

# Acta Borussica

Neue Folge



# **Acta Borussica**

Neue Folge

1. Reihe

**Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums  
1817–1934/38**

herausgegeben von der

Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften  
(vormals Preußische Akademie der Wissenschaften)

unter der Leitung von  
Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer

2001

Olms-Weidmann

Hildesheim · Zürich · New York

**Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums  
1817–1934/38**

**Band 5**

**10. November 1858 bis 28. Dezember 1866**

bearbeitet

von

Rainer Paetau

2001

Olms-Weidmann

Hildesheim · Zürich · New York

Kommission „Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38“

Jürgen Kocka (Vorsitzender) · Wolfram Fischer · Wolfgang Neugebauer (Projektleiter)  
Hagen Schulze · Werner Vogel · Peter-Christian Witt · Klaus Zernack

Lektorat und Layout: Edelgard Schaffranke

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme  
Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der  
Deutschen Bibliothek erhältlich.

Dieser Band wurde durch die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und  
Forschungsförderung im Akademienprogramm mit Mitteln des Bundes (Bundesministerium für  
Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie) und des Landes Berlin (Senatsverwaltung für  
Wissenschaft, Forschung und Kultur) gefördert.

∞ ISO 9706

© Georg Olms Verlag AG, Hildesheim 2001

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem, alterungsbeständigem Papier

Herstellung: Strauss Offsetdruck, Mörlenbach

ISBN 3-487-11002-4

# Inhalt

Vorwort .....	I
Zur Form der Edition .....	VII
Einleitung .....	1
Abkürzungsverzeichnis .....	41
Regesten Nr. 1/1858 bis 429/1866 .....	49
Sachregister .....	267
Personenregister .....	336
Ortsregister .....	404
Die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums .....	421
Verzeichnis der zitierten Archivalien .....	424
Verzeichnis der mehrfach zitierten Literatur .....	439

# Vorwort

*von Jürgen Kocka und Wolfgang Neugebauer*

Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften legt hiermit einen weiteren von insgesamt zwölf Regesten-Bänden vor, mit denen die archivalisch überlieferten Beratungs- und Ergebnisprotokolle des Preußischen Staatsministeriums von 1817 bis 1934/38 erstmals wissenschaftlich erschlossen werden. Damit macht sie einen bislang lediglich punktuell ausgewerteten Quellenbestand in Form einer Regesten-Edition zugänglich, die als Hilfs- und Findmittel besonderer Art Grundlagen für weitere Forschung bietet. Es ist zu erwarten, daß die damit möglich werdende, genaue Auswertung der Protokolle des Staatsministeriums – dieses für die preußische Politik lange zentralen Gremiums – die Kenntnis der neueren preußischen und preußisch-deutschen Geschichte sowie die Einsicht in zentrale Probleme des 19. und 20. Jahrhunderts erheblich verbessern wird.

Der vorliegende Band, bearbeitet von Rainer Paetau, behandelt den Zeitraum vom 10. November 1858 bis zum 28. Dezember 1866.

Parallel zur Publikation der Regesten-Bände werden die im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem – zumeist handschriftlich – überlieferten Protokolle vom Verlag Olms-Weidmann auf Mikrofiche in den Handel gebracht. Im Kopf der Regesten wird jeweils auf das betreffende Mikrofiche verwiesen, so daß Benutzer, die über die hier vorgelegten Inhaltsangaben hinaus Informationen benötigen, einen unmittelbaren Zugriff auf die Fundstelle haben.

Die Regesten enthalten zusammengefaßt die Verhandlungsgegenstände der Beratungsprotokolle, nach einzelnen Tagesordnungspunkten gegliedert. Im Kopf der Regesten sind der Sitzungstermin, der Teilnehmerkreis und die Überlieferungsform der Quellen verzeichnet. Wichtige, im Regestentext zitierte Dokumente werden in den möglichst knapp gehaltenen Anmerkungen nachgewiesen. Dadurch wird eine Vernetzung der Protokolle mit den Sachakten des Staatsministeriums und darüber hinaus auch mit denen der jeweiligen Fachministerien erreicht sowie auf andere Archivbestände verwiesen. So bieten die hier edierten Protokoll-Regesten Zugang zu zahlreichen Quellenbeständen und ggf. zur Spezialliteratur. Detaillierte Sach-, Personen- und Ortsregister erschließen nicht nur die hier abgedruckten Regesten, sondern die gesamten Protokolltexte.

Nach Abschluß dieser chronologisch gegliederten Stammedition ist geplant, sachthematische Bände zu exemplarischen Themen zu erarbeiten. Dabei sollen die Quellen aus dem Bestand des Staatsministeriums durch Akten der anderen Ministerien sowie durch weitere Quellen ergänzt sowie unter systematischen Fragestellungen gesammelt und eine erste Analyse vorgenommen werden. Unter anderem ist vorgesehen, Bände zu den Themen „Das Preußische Staatsministerium – die moderne Bürokratie – die Verwaltungspraxis im 19. und 20. Jahrhundert“, „Zensurpolitik und Öffentlichkeit in Preußen seit 1819“ sowie „Selbstverwaltung im 19./20. Jahrhundert“ vorzulegen.

Das Staatsministerium war das oberste beratende und beschließende Kollegialorgan des preußischen Staates und in seiner Funktion einem Kabinett der parlamentarischen Demokratie vergleichbar. In ihm waren alle Fachressorts vertreten.

Die Entstehung des Staatsministeriums reicht in die Reformjahre 1808/10 zurück.<sup>1</sup> Im Jahr 1817 erhielt es als Gesamtministerium eine formalisierte Struktur, wonach es zu einem kollegial organisierten Zentralgremium auszubilden war. Dieses konnte jedoch erst nach 1822 wirksam funktionieren, war doch bis dahin dem Staatsministerium mit dem Staatskanzler Hardenberg eine einflußreiche Persönlichkeit übergeordnet.

Als Verhandlungsformen waren sowohl die mündliche als auch die schriftliche Beratung in Gestalt der Sitzung oder des Umlaufverfahrens üblich. Beide Formen hatten in der Regel in Immediatberichten festgehaltene Vorschläge oder Beschlüsse zum Ergebnis, die an den Monarchen zur Sanktionierung weitergereicht wurden, und zuvor über das Zivilkabinett gelangten. Dieses „Büro“ des Monarchen, das durch die direkte Verbindung zum Herrscher einflußreich sein konnte, hatte dessen Entscheidungen an die entsprechenden Staatsorgane zur weiteren Bearbeitung zu übermitteln. Die Beschlüsse des nach dem Kollegialprinzip arbeitenden Staatsministeriums erhielten für die einzelnen Minister erst mit der königlichen Anordnung (Kabinettsordre) ihre Verbindlichkeit. Eine spezifische, auch in Protokollen festgehaltene und in der Edition chronologisch eingearbeitete Beratungsart waren die Conseils/Kronräte, die vom Monarchen einberufen und unter seiner Leitung abgehalten wurden.

---

<sup>1</sup> *Literatur in Auswahl: Otto Hintze, Das preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert, zuerst 1908, wieder in ders., Regierung und Verwaltung. Gesammelte Abhandlungen zur Staats-, Rechts- und Sozialgeschichte Preußens, 2. Aufl. hrsg. von Gerhard Oestreich, Göttingen 1967, S. 530–619, bes. S. 551 ff. u. 557 ff. – Ernst Klein, Funktion und Bedeutung des preußischen Staatsministeriums, in: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 9/10 (1961), S. 195–261, bes. S. 198 ff. – Werner Frauendienst, Das preußische Staatsministerium in vorkonstitutioneller Zeit, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 116 (1960), S. 104–177. – Fritz Rietdorf, Das Preußische Staatsministerium im Wandel der Preußischen Verfassungsgeschichte, jur. Diss. Göttingen 1939. – Ludwig von Rönne, Das Staats-Recht der Preußischen Monarchie, 2. Bd., 1. Abt., 2. Aufl. Leipzig 1864, S. 58–67. Ernst Müller/Ernst Posner, Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs zu Berlin-Dahlem, I. Hauptabteilung (= Mitteilungen der Preußischen Archivverwaltung, Heft 24), Leipzig 1934, S. 96. – Hans Branig/Winfried Bliß/Werner Petermann (Bearb.), Übersicht über die Bestände des Geheimen Staatsarchivs in Berlin-Dahlem, Teil 2, Köln/Berlin 1967, S. 41–48.*

Struktur und Funktion des Staatsministeriums unterlagen den wechselnden Zeitumständen. Seit 1848 gab es für den Vorsitzenden das Amt des Ministerpräsidenten, der *primus inter pares* war. Davon unberührt blieb die den Ministern seit der Reformzeit weitgehend eingeräumte Verfügungsgewalt über ihr Ressort, doch kam es in praxi bekanntlich auf die Persönlichkeit des Ministerpräsidenten an. Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs begann eine, mit wenigen kurzen Unterbrechungen, bis 1918 währende Personalunion von Reichskanzler und preußischem Ministerpräsidenten. Während das preußische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten im Auswärtigen Amt des Reiches aufging, fungierte das preußische Kriegsministerium seit 1871 praktisch als Reichsministerium; 1919 ging es in das neu gegründete Reichswehr-Ministerium über.

Der Ort des Staatsministeriums im Verfassungssystem blieb lange Zeit unverändert. Zwar traten seit 1848/50 neben König und Staatsministerium als neue politisch wirkende Kraft die beiden Häuser des Landtages, ab 1867/71 der Reichstag hinzu. Bis 1918 aber blieb das Staatsministerium *de jure* allein dem Monarchen gegenüber verantwortlich, wengleich *de facto* die Parlamente zunehmend Bedeutung erlangten. Die Konflikte in diesem veränderten politischen Kräfteverhältnis spiegeln sich vielfach in den Protokollen wider. Mit dem Übergang von der konstitutionellen Monarchie zur parlamentarischen Demokratie übernahm das Staatsministerium wesentliche Funktionen des Staatsoberhauptes und wurde zum obersten Exekutivorgan. Der vom Landtag gewählte Ministerpräsident hatte die Richtlinien-Kompetenz inne und war dem Parlament gegenüber verantwortlich. Die Staatsminister, ernannt vom Ministerpräsidenten, leiteten ihr Amt selbständig und in Eigenverantwortung gegenüber dem Landtag. Unverändert blieb die übliche Form der kollegialen Beschlußfassung im Staatsministerium, allerdings ohne Mehrstimmrecht des Ministerpräsidenten bei Stimmgleichheit.

Das Ende des preußischen Staatsministeriums fiel zusammen mit dem Ende des preußischen Staates in den Jahren des ersten (1932) und zweiten (1933) „Preußenschlages“ sowie der Gleichschaltung der Länder durch die nationalsozialistische Reichsregierung.

In der gesamten Zeit seines Wirkens widmete sich das Staatsministerium durchgängig vor allem der Innenpolitik und der Verwaltung, in den einzelnen historischen Epochen jeweils mit unterschiedlichen Schwerpunkten. So beschäftigte sich das Staatsministerium in den ersten Jahrzehnten häufig mit Problemen der verwaltungsmäßigen und rechtlichen Integration der neuen Provinzen in die Monarchie, der Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse, der Rechtsvereinheitlichung und Modernisierung (Gesetzrevision), mit den Kompetenzverschiebungen zwischen Justiz und Verwaltung und dem „Gemeinwohl“, dem Ausbau der Infrastruktur sowie der Politik gegen-



über den Provinzialständen. Nach 1840 war die Reform der Stände- und Verfassungsfrage ein signifikantes Thema, zu dem das Staatsministerium gemeinsam mit der Immediatkommission für die ständischen Angelegenheiten den Monarchen zu beraten hatte. Die Edition kann hierzu zahlreiche, bislang unbekannte Protokolle erstmals vorstellen.

Seit 1848/50 rückten das Verhältnis zu den Repräsentativorganen des preußischen Konstitutionalismus sowie die preußische Politik im nationalen Einigungsprozeß neu auf die Tagesordnung des Staatsministeriums; die harten Auseinandersetzungen dazu in der Zeit nach 1858 spiegeln sich in der Quelle allseitig wider. Das betrifft zum einen den Ausbau der Verfassung von 1850 sowie zum anderen die Vorgeschichte und Entstehung des Heeres- und Verfassungskonflikts, zu der neue und vertiefende Aspekte präsentiert werden. Im Unterschied zu anderen Zeitabschnitten – mit Ausnahme des Ersten Weltkrieges – sind die Protokolle aus der ersten Hälfte der sechziger Jahre auch zur Militär- und Außenpolitik inhaltsreich.

Mit der Gründung des deutschen Kaiserreichs etablierte sich als durchgängiges zentrales Wirkungsfeld für das Staatsministerium die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Preußen und Reich. Thematisch stark in den Beratungen vertreten waren nun die Finanz- und Steuerpolitik, die Haltung gegenüber der Sozialdemokratie und generell die Stellungnahmen zu den Anträgen und Beschlüssen des preußischen und des Reichsparlaments. Die Protokolle des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts lassen im Zeichen des sich entwickelnden Interventionsstaates sowohl den Bedeutungsgewinn von Parlamenten, Parteien und gesellschaftlichen Kräften erkennen als auch das Streben der Regierung, mit Gesetzen und bürokratischer Reglementierung die Gesellschaft unter der Kontrolle des Obrigkeitsstaates zu halten. Beratungsthemen der 1880 und 1890er Jahre, wie die antipolnische Gesetzgebung, der Abbau des Kulturkampfes oder Probleme der Landwirtschaft wurden nach der Jahrhundertwende abgelöst von der Zollpolitik und Fragen der Reform des Dreiklassenwahlrechts, wobei die antipolnische Gesetzgebung mit der Ansiedlungspolitik in den östlichen Provinzen ihre Fortsetzung fand. Im Ersten Weltkrieg dominierte die Organisation der Kriegsernährungswirtschaft als Teil einer zunehmend staatlich gelenkten, doch im Ergebnis scheiternden Ökonomie.

Die Neuordnung der politischen Verhältnisse seit 1918 brachte für die Arbeit des Staatsministeriums neue Inhalte, wie die Grundlegung einer demokratischen Verfassung sowie die Koalitionspolitik in Preußen. Grundthema blieb auch in der Weimarer Republik das Verhältnis Preußens zum Reich, das von den Konflikten um die bisherige preußische Vormachtstellung bestimmt war. Weiterhin spiegeln die Beratungsprotokolle dieser Jahre häufig die Bemühungen um eine Verwaltungsreform sowie die Konflikte um die Demokratisierung der Verwaltungsspitze und der Bürokratie wider. Die Personal- und Beamtenpolitik zählte allerdings nicht zu den neuen

Tätigkeitsfeldern; sie gehörte vielmehr zu den wichtigen Themen, denen sich das Staatsministerium während seiner gesamten Existenz nahezu kontinuierlich widmete.

Diese beständigen wie auch wechselnden, kurzzeitigen Themen aus dem über 130 Jahre dauernden Wirken des preußischen Staatsministeriums werden in den zwölf Bänden mit Regesten zu etwa 5500 Sitzungsprotokollen systematisch dokumentiert.

Das Editionsprojekt erschließt somit eine Stammquelle zur preußisch-deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Damit wird zugleich ein Defizit geschichtswissenschaftlicher Arbeit beseitigt, das seit längerem in der Forschung beklagt worden, aber den politischen Rahmenbedingungen geschuldet war. Denn der kriegsbedingten Auslagerung des Archivmaterials vom Geheimen Staatsarchiv in Berlin-Dahlem hatte sich eine mehr als vierzig Jahre währende Trennung angeschlossen – die wichtigsten preußischen Archivbestände ziviler Regierungs- und Verwaltungsstellen wurden seit 1949 in Merseburg verwahrt. Langfristig angelegte, serielle Editionen zur Geschichte des preußischen Staates waren unter diesen Bedingungen nicht realisierbar. Die nach 1990 möglich gewordene Vereinigung der erhalten gebliebenen, reichen Archivbestände im Geheimen Staatsarchiv schuf die unabdingbaren Voraussetzungen, um diese Lücke in der edierten Quellenbasis zur neueren preußischen Geschichte ausfüllen zu können. In den Jahren 1989/90 von Historikern aus der DDR angestellte Überlegungen, diesen Quellenbestand zu edieren, sind unter starker Beteiligung von Kollegen aus der Bundesrepublik, vor allem aus der Historischen Kommission zu Berlin, zu dem Editionsprojekt konzipiert worden. Dieses ist nach wechselnder Trägerschaft im Jahre 1994 von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften übernommen worden. Die Akademie schließt mit diesem Werk an eine Tradition der früheren Preußischen Akademie der Wissenschaften an, besonders an die Editionen zur inneren Geschichte Preußens im (17. und) 18. Jahrhundert, die unter Leitung Gustav Schmollers als ACTA BORUSSICA erarbeitet wurden.<sup>2</sup> Deshalb trägt das Werk den Titel „ACTA BORUSSICA. Neue Folge“.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Neugebauer, Wolfgang, *Zum schwierigen Verhältnis von Geschichts-, Staats- und Wirtschaftswissenschaften am Beispiel der ACTA BORUSSICA*, in: *Die Königlich-Preußische Akademie der Wissenschaften im Kaiserreich*, hrsg. von Jürgen Kocka unter Mitarbeit von Rainer Hohlfeld und Peter Th. Walther, Berlin 1999, S. 235–275.

<sup>3</sup> Vgl. dazu des näheren die jährlichen Berichte, in: *Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (vormals Preußische Akademie der Wissenschaften), Jahrbuch*, Jg. 1994 ff., Berlin 1995 ff. – auch zum Diskussionsstand zu möglichen sachthematischen Bänden im Rahmen des Gesamtprojektes. – Vgl. ferner das „Probeheft“: *Die Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38*, hrsg. von der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften unter der Leitung von Jürgen Kocka, Wolfgang Neugebauer, Reinhold Zilch; bearbeitet von Bärbel Holtz, Rainer Paetau, Christina Rathgeber, Gerhard Schulze, Hartwin Spenkuch, Reinhold Zilch; Hildesheim, Zürich, New York 1996.

Das Editionsprojekt wäre ohne die kooperative Haltung des Geheimen Staatsarchivs Stiftung Preußischer Kulturbesitz Berlin-Dahlem nicht zu realisieren gewesen. Den dort tätigen Mitarbeitern ist für ihre begleitende Unterstützung des Projekts ausdrücklich zu danken.

## *Zur Form der Edition*

In Anlehnung an das Verfahren der ACTA BORUSSICA gilt für die Regesten das **Prinzip**: Quellentext in recte, *Formulierungen des Bearbeiters in kursiv*. Das formale Verfahren der Texterstellung orientiert sich an den Grundsätzen von Johannes Schultze<sup>1</sup>, die Kennzeichnung der Überlieferungsformen von Quellenstücken im Regest-Kopf oder ggf. in den Anmerkungen folgt der Terminologie von Heinrich Otto Meisner<sup>2</sup>.

### *Der Regest-Kopf*

Die **Numerierung** der Stücke erfolgt chronologisch unter Einbeziehung auch von Protokollen, die nicht in der überlieferten Hauptreihe (GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bde. 1–183) der Protokolle im Bestand Rep. 90/90a „Staatsministerium“ des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz enthalten sind und an anderen Stellen lagern; nachträgliche Funde sind ggf. mit a–Nummern eingefügt. In die Zählung und Chronologie mit aufgenommen sind ebenfalls die sog. Conseil- bzw. (ab 1888) Kronratsitzungen<sup>3</sup>, d.h. Beratungen des Staatsministeriums unter Vorsitz des Monarchen.

Sofern eine Staatsministerialsitzung durch eine Überlieferung außerhalb der Hauptreihe nachweisbar war, wurde versucht, den Sitzungsinhalt zu rekonstruieren und daraus ggf. ein Regest zu erstellen, auch wenn dies in Einzelfällen lückenhaft bleiben mußte.

Der **Tagungsort** ist nur genannt, wenn die Sitzung nachweisbar nicht in den jeweiligen Diensträumen des Staatsministeriums stattfand.

Die Angabe zum **Fundort** des Protokolls aus der Hauptreihe verzeichnet lediglich Band- und Blattzahl, auf die vollständige Archivsignatur wird verzichtet. Bei neu aufgefundenen Protokollen ist hingegen der archivalische Fundort vollständig angegeben. Danach folgt jeweils die Microfiche-Nummer (MF).

**Parallelüberlieferungen** (Abschriften) von Protokollen werden nachgewiesen, soweit sie den Bearbeitern zur Kenntnis gelangten. Eine systematische Suche in allen relevanten Beständen nach Doubletten konnte aus arbeitsökonomischen Gründen nicht stattfinden. Protokollauszüge, die sich in großer Zahl in den Sachakten Preußens und des Reiches finden, werden generell nicht erfaßt, es sei denn, sie ersetzen ein fehlendes Protokoll oder erleichtern die Rekonstruktion eines schlecht lesbaren Protokollteiles.

Unter „**Anwesend**“ erscheinen die Namen der Minister ohne Titel und entsprechend dem Muster der Protokolle nach dem Anciennitäts-Prinzip.

**Weitere Teilnehmer** sind ohne Dienstbezeichnung aufgeführt, diese ist im Personenregister nachgewiesen. Hingegen werden Adelstitel und bei gleichen Namen zur Unterscheidung die Initialen der Vornamen ergänzt. Vertreten sie Minister oder nehmen in kommissarischer Funktion teil, so wird dies in eckigen Klammern vermerkt.

Werden im Protokoll Minister oder weitere Teilnehmer nicht explizit genannt, sind deren Namen in eckige Klammern gesetzt.

Die Sigel [V] und [U] stehen für den Vorsitz in der Beratung bzw. die Unterschrift unter dem Protokoll. Angaben wie [zu 1–3] beziehen sich auf die Teilnahme zu den einzelnen Tagesordnungspunkten.

### *Der Regest-Text*

Die Formulierungen folgen möglichst der Quellsprache unter Einhaltung des genannten Prinzips der Typenwahl zwischen **recte** und **kursiv**. Die Schreibweise wurde vorsichtig modernisiert. Die **Interpunktion** stammt weitgehend von den Bearbeitern, wobei Punkte, Semikolons und Kommas verwendet wurden, um

---

<sup>1</sup> Schultze, Johannes, *Richtlinien für die äußere Textgestaltung bei Herausgabe von Quellen zur neueren deutschen Geschichte*, in: *Blätter für deutsche Landesgeschichte*, Jg. 98 (1962), S. 1–11, wieder abgedruckt bei Walther Heinemeyer (Hrsg.), *Richtlinien für die Edition landesgeschichtlicher Quellen* (Gesamtverein der deutschen Geschichts- und Altertumsvereine), Marburg/Köln 1978, S. 25–36.

<sup>2</sup> Meisner, Heinrich Otto, *Archivalienkunde vom 16. Jahrhundert bis 1918*, Göttingen 1969.

<sup>3</sup> GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2c Nr. 3 Bde. 1–VI. Die Microfiches für die Conseil-/Kronrats-Protokolle tragen den Zusatz KR und sind in Abgrenzung von den Sitzungsprotokollen des Staatsministeriums römisch numeriert, so auch in den Registern.

bei Aneinanderreihung von Quellenbegriffen auf häufige, die Lesbarkeit erschwerende [...] verzichten zu können.

Die **Zählung der Tagesordnungspunkte** (TOP) erfolgt gemäß der Reihung in der Quelle. In eckige Klammern gesetzte Numerierungen sind vom Bearbeiter rekonstruiert. Außerhalb der Tagesordnung behandelte TOP werden in runde Klammern gesetzt. Bei „Serien-Themen“ kann eine Zusammenfassung erfolgen, z.B. **3.–5. Drei Ordenssachen**.

Oftmals steht am Beginn des Regest-Textes ein einführendes Stichwort, das sowohl zur schnellen inhaltlichen Orientierung über den TOP als auch zur Rückkopplung an die Begrifflichkeit des Sachregisters dienen soll.

**Beschlüsse** des Staatsministeriums sind mit einem [B] gekennzeichnet, ggf. direkt an dem entsprechenden Textteil des Tagesordnungspunktes. Damit werden der Verlauf der Diskussion erkennbar sowie der Bezug zum eigentlichen Beschluß deutlich. Dabei ist es unerheblich, ob im Protokoll ausdrücklich von einem Beschluß die Rede ist oder andere Formulierungen bei der Feststellung eines Beratungsergebnisses verwandt wurden.

Bei **Ernennungen, Titelverleihungen** sowie **Ordens-, Disziplinar- und Pensionssachen** werden im Regest in der Regel nur diese Sammelbegriffe genannt, nicht die Namen der Personen. Diese sind aber, sofern im Protokoll erwähnt, in das Personenregister aufgenommen worden.

#### *Die Anmerkungen*

Der Anmerkungsapparat legt den Schwerpunkt auf den Nachweis der Sachakten zu dem Beratungsgegenstand primär durch Akten des Geheimen Staatsarchivs. Gleichzeitig wird für im Regest-Text explizit erwähnte **Dokumente** ein archivalischer **Nachweis** bzw. **Druck** aufgeführt. Da der Bestand Rep. 90/90a „Staatsministerium“ durch Kriegsverluste spürbare Lücken aufweist, ist auf andere Bestände zurückgegriffen worden.

Es war nicht das Ziel, in den Anmerkungen einen repräsentativen oder umfänglichen Nachweis der **Literatur** zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten zu bieten. Wenn dennoch Literatur angegeben wird, dann deshalb, weil sie jene Sitzung des Staatsministeriums ausdrücklich mitbehandelt oder wichtige Sachhinweise gibt.

#### *Die Register*

Alle Register erschließen nicht nur die Regesten, sondern auch den vollständigen Protokolltext einschließlich Anlagen. Hingegen werden die Anmerkungen, Aktenvermerke auf Protokollen sowie mitverfilmte andere Schriftstücke nicht in die Register aufgenommen.

Im Register werden gemäß dem Editionsprinzip Akten-Angaben recte und *Regest-Angaben kursiv* angegeben. Die **Zahlenkombination** beinhaltet die Nachweise für die Regest-Nummer (kursiv gesetzt) sowie Aktenband-Nummer und die Blattzahl der Quelle (beide recte gesetzt), z.B. *144/20 88–93v*.

Eindeutige Schreibfehler im Protokoll, auch bei ausländischen Namen und Bezeichnungen, wurden stillschweigend korrigiert.

#### *Das Sachregister*

Das **feingliedrige Sachregister** erschließt vollständig die Protokolle einschließlich Anlagen sowie die Regesten. Es enthält also auch Stichworte aus Protokollteilen, die in den Regesten nicht berücksichtigt werden konnten.

Die **Hauptbegriffe** sind möglichst quellennah und auf einer mittleren Abstraktionsstufe formuliert. Zu zentralen Themen wurden systematisierende Hauptbegriffe gewählt, z.B. Ablösungen, konstitutionelle Regierung, Preußen-Reich-Verhältnis, Weltkrieg 1914–1918.

In der **Ordnung** der Hauptbegriffe erscheinen Firmen, Korporationen, Parteien, Zeitungen usw. unter ihrem ausgeschriebenen Eigennamen.

Zentralbehörden und Institutionen Preußens und des Reiches werden nicht unter „Preußen“ bzw. „Reich“ geführt, sondern stehen im Register unter den offiziellen Namen, also Kriegsministerium, Ministerium des Innern, Ministerium für Handel und Gewerbe, Reichsamt des Innern, Reichsjustizamt usw.

Sachverhalte, die eine inhaltliche sowie eine regionale oder institutionelle Nachweisung sinnvoll erscheinen ließen, sind doppelt verzeichnet und sowohl unter dem systematisierenden Hauptbegriff als auch unter dem strukturierenden Begriff (Provinzen, Städte, Parteien, Parlamente usw.) auffindbar.

Sämtliche **Ernennungen, Titelverleihungen, Ordens-, Disziplinar- und Pensionssachen** sind diesen standardisierten Hauptbegriffen zugeordnet. In der zweiten Ebene stehen dann die einzelnen Kategorien, in der dritten ggf. die Verwaltungseinheiten. Eine Doppelverzeichnung bei den jeweiligen, zumeist regionalen Behörden erfolgt in diesen Fällen nicht. Allein Ernennungen von Ministern werden unter den Stichworten der jeweiligen Ministerien und beim Hauptbegriff „Staatsministerium“ selbst aufgeführt.

#### *Das Personenregister*

Das **kommentierende Personenregister** enthält die wichtigsten Lebensdaten und die Berufsentwicklung mit Haupt- und bedeutenden Nebenfunktionen bei Ministern, (Unter-)Staatssekretären, wichtigen höheren Beamten sowie allen anderen in den Protokollen erwähnten Personen, wobei gerade bei den letzteren Lücken bleiben mußten.

Die Namen der Minister, (Unter-)Staatssekretäre im Staatsministerium und Protokollführer aus den Anwesenheitslisten und den Unterschriftsleisten werden als in den Protokollen inbegriffen angesehen und nur mit der jeweiligen Regest-Nummer und der Bandzahl, nicht aber mit Blattzahlen nachgewiesen. Das trifft auch für den Monarchen im Conseil/Kronrat zu, ebenso bei den weiteren Teilnehmern, die nur gesondert mit Blattzahlen an Stellen nachgewiesen sind, wo sie referieren oder mit anderen Äußerungen hervortreten. Damit sollte vermieden werden, daß sich das Personenregister besonders bei den Ministern zu einem ausufernden Sprecherregister auswächst.

#### *Das Ortsregister*

Es wurde ein **reines Ortsregister** angefertigt. Andere geographische Begriffe (wie z.B. Provinzen und Staaten), überwiegend mit Verwaltungseinheiten oder anderen Sachbezügen verbunden, sind in das Sachregister eingegangen. Gebäude, Straßen, Plätze oder sonstige Lokalitäten, die als Ereignisstätten in Protokollen genannt werden, sind dem jeweiligen Ort zugeordnet. Das Ortsregister folgt den zeitgenössischen Bezeichnungen und Zuordnungen.



## Einleitung

Dieser fünfte Band der Regesten-Edition erschließt die 426 Protokolle, die von den Sitzungen des Preußischen Staatsministeriums einschließlich des Kronrats in der Zeit zwischen Anfang November 1858 und Ende Dezember 1866 handschriftlich in elf Bänden der Protokoll-Stammreihe vorliegen.<sup>1</sup> Hinzu kommen 15 Regest-Rekonstruktionen zu Sitzungen, über die in der Stammreihe kein Protokoll überliefert ist, von denen aber zufällig Teil-Protokolle unterschiedlicher Quellen-Provenienz entdeckt wurden oder andere verlässliche Quellenhinweise vorhanden sind.

Die vorliegenden Regesten bieten einen ebenso schnellen wie zusammenhängenden Überblick über zahlreiche, sehr unterschiedliche Beratungsthemen und Beschlüsse des zentralen Exekutivorgans Preußens. Im Anmerkungsapparat zu diesen Tagesordnungspunkten werden Vorlagen, Voten, Immediatberichte etc. aus den Sachakten des Staatsministeriums und der beteiligten Ressortministerien oder anderer Zentralbehörden angeführt, so daß der ursprüngliche Sachzusammenhang und Verwaltungsvorgang, von dem die Protokolle ein Teil waren, wieder erkennbar wird.<sup>2</sup> Gedruckte zeitgenössische Quellen ergänzen diese Archivalien. Hinweise auf grundlegende Forschungsliteratur, die auf diesen Archivalien basiert oder zumindest den Sachzusammenhang näher erläutert, sollen den Benutzer rasch zum Kern des jeweiligen Themas führen. Für spezielle und gezielte Nachforschungen dient das feingliedrige Sachregister, das nicht nur auf die entsprechenden Regesten verweist, sondern in erster Linie die Protokolle erschließt, indem auf die Protokollbände und die Blattzahl verwiesen wird. Das Personenregister legt mit seinen Biogrammen einen Schwerpunkt auf die Ministerialbeamten, die von der zukünftigen Forschung gewiß noch intensiver zu beachten sein werden. Ein Ortsregister, ein Aktenverzeichnis und eine ausgewählte Bibliographie runden diese Edition ab.

Der vorliegende Regesten-Band ergänzt und erweitert bereits vorhandene Quellen-Editionen zur Reichsgründungszeit, die durch den Abdruck ausgewählter Dokumente ihren eigenen, hohen Wert besitzen.<sup>3</sup> Deren Vorzüge und Grenzen sind ebenso offensichtlich wie die dieser Regesten-Edition einer seriellen, freilich durchgängig wichtigen Quelle. Die Protokolle des Preußischen Staats-

<sup>1</sup> GStAPK, I. HA, Rep. 90a, B III 2b Nr. 6 Bde. 70–78. Die Protokoll-Bände des Kronrats werden zur eindeutigen und schnellen Unterscheidung in römischen Ziffern angegeben: Rep. 90a, B III 2c Nr. 3 Bd. II–III. Vgl. auch die Archiv- und Aktenübersicht am Ende dieses Bandes.

<sup>2</sup> Soweit dies wegen der teilweise disparaten und lückenhaften Überlieferung der Akten vom Zeitaufwand her für vertretbar erschien.

<sup>3</sup> Die folgenden älteren Quellen-Editionen haben auch für diese Regesten-Edition großen Wert: Otto Fürst von Bismarck, Die gesammelten Werke (= Friedrichsruher Ausgabe), 15 Bde., Berlin 1924–35 [fortan: Bismarck, GW]; Die Auswärtige Politik Preußens 1858–1871. Diplomatische Aktenstücke, hrsg. v. der Historischen Reichskommission durch Erich Brandenburg u.a., 10 Bde. (Bd. 7 für 1866 nicht erschienen!), Oldenburg i.O. 1932–45 [fortan: APP]. Noch nicht erschienen ist der Bd. 3 der III. Abt. von: Quellen zur Geschichte des Deutschen Bundes, hrsg. v. Lothar Gall. Sind damit die preußische Außenpolitik und insbesondere die Schleswig-Holsteinische Frage wie generell die Deutsche Frage hinreichend durch Quellen-Editionen erschlossen, so liegen für andere Bereiche überwiegend einführende Quellen-Dokumentationen vor, etwa: Huber, Ernst-Rudolf (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 2, 3. Aufl., Stuttgart 1986 [dieses Grundlagenwerk ist zu folgenden Themen zu konsultieren]; Schlumbohm, Jürgen (Hrsg.), Der Verfassungskonflikt in Preußen 1862–1866, Göttingen 1970; Engelberg, Ernst (Hrsg.), Im Widerstreit um die Reichsgründung, Berlin 1970; Fenske, Hans (Hrsg.), Der Weg zur Reichsgründung 1850–1870, Darmstadt 1977. Zu weiteren speziellen Quellen-Dokumentationen vgl. die Bibliographie im Anhang sowie die Quellenkunde von Siemann, Wolfram (Bearb.), Restauration, Liberalismus und nationale Bewegung (1815–1870). Akten, Urkunden und persönliche Quellen, Darmstadt 1982.



ministeriums spiegeln selbstverständlich nicht die gesamte preußische Regierungspolitik dieses Zeitraumes. Darauf wird im Folgenden noch näher einzugehen sein. Die Kommunikations- und Interaktionsformen zwischen den Ministern und auch zwischen dem Staatsministerium und Monarchen waren derart vielfältig und komplex, daß der Prozeß der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung bis hin zum Regierungshandeln und Verwaltungsakt bei günstiger Überlieferungslage immerhin annähernd rekonstruierbar ist. Hierfür sind vor allem auch verschiedene Quellenarten heranzuziehen, um die Gefahr einseitiger Schlußfolgerungen zu minimieren. Im Bewußtsein dieser Begrenzung erlaubt gleichwohl der quasi fokussierte Blick durch die Protokolle Einsichten darüber, wie in Preußen Regierungspolitik gemacht wurde und was es mit preußischen Regierungsstilen im Zeichen des monarchischen Konstitutionalismus auf sich hatte.<sup>4</sup> Der vorliegende Regesten-Band kann – wie die anderen Bände dieser Edition – hierfür einen Baustein liefern.

Die Regesten setzen ein zu Beginn der Regentschaft des Thronfolgers Wilhelm anstelle seines schwer erkrankten Bruders Friedrich Wilhelm IV., als mit einem personellen Wechsel des Staatsministeriums am 5./6. November 1858 die liberal-konservative Neue Ära in Preußen eingeleitet wurde. Das Ende dieses Regesten-Bandes mit Ablauf des Jahres 1866 ist dagegen eher pragmatischen Gründen geschuldet: Der Deutsche Bund existierte de facto nicht mehr<sup>5</sup>, während die Fundamente des Norddeutschen Bundes bereits gegossen waren. So wie die Ereignisse des Jahres 1866 zu einer tiefen Zäsur im Denken und Bewußtsein vieler Deutschen führten, so änderten sich auch einige fundamentale Strukturen. Im anschließenden Regesten-Band sechs (1867–1878) werden daher manch neue sachthematische Begriffe im Zentrum stehen, die die spätere Kaiserzeit bis ins 20. Jahrhundert hinein charakterisieren.<sup>6</sup>

### *1. Verfassung und Nation – Neue Ära, Verfassungskonflikt und gewaltsame Neuordnung Deutschlands: Große Themen und Schwerpunkte in den Beratungen des Staatsministeriums von 1858 bis 1866*

Was steht in den Protokollen, zu welchen Themen kann man etwas erwarten und zu welchen weniger oder gar nichts? Ohne genauere Kenntnis des Staatsministeriums als verfassungsmäßige Institution und als (Mit-)Regierungsorgan, das in praxi seine eigene Dynamik entwickelte, lassen sich hierauf keine verlässlichen Antworten geben.<sup>7</sup> Dabei ist vor allem zu berücksichtigen, daß in den ereignisreichen acht Jahren von Ende 1858 bis Ende 1866 Prinzregent Wilhelm, seit Anfang Januar 1861 König, mit Hilfe von drei sehr verschiedenen Staatsministerien regierte: mit den Altliberalen der Neuen Ära bis März 1862, die mit ihren vielversprechenden Reformvorhaben zum Ausbau der Verfassung vor allem am Konflikt über die Heeresreform scheiterten; mit dem Übergangsministerium Hohenlohe-Ingelfingen/von der Heydt im Krisen-Halbjahr 1862; schließlich seit September 1862 mit dem Ministerium Bismarck, das seine Hauptaufgabe – den Verfassungskonflikt zu beenden – auf dem Gebiet der Außen- und Militärpolitik erledigte.

Zwar enthalten die Protokolle eine Vielzahl an Themen gemäß der umfassenden Tätigkeit des Staatsministeriums als Regierungsorgan seit 1858/59. Doch soll sich die folgende thematische

<sup>4</sup> Dies ist ein Forschungsdesiderat ebenso wie eine übergreifende Darstellung des Preußischen Staatsministeriums. Erste wichtige Ansätze liegen bereits vor, allerdings auf noch unzureichender Quellenbasis; vgl. die in der Bibliographie genannte Literatur zum Staatsministerium bzw. hier Anmerkung 114.

<sup>5</sup> Nach dem Prager Friedensvertrag (Art. IV) zwischen Preußen und Österreich vom 23. August 1866 beschloß die Bundesversammlung am 24. August, ihre Tätigkeit einzustellen und den Deutschen Bund als aufgelöst zu betrachten.

<sup>6</sup> Zur Bedeutung der Zäsur 1866 vgl. zusammenfassend und mit unterschiedlichen Akzentsetzungen etwa: Nipperdey, Thomas, *Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat*, München 1983, S. 790–795; Sheehan, James J., *German History 1770–1866*, Oxford 1989, S. 909–911; Wehler, Hans-Ulrich, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 3: *Von der „Deutschen Doppelrevolution“ bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914*, München 1995, S. 296–298.

<sup>7</sup> Präliminarien dazu im folgenden Punkt 2 der Einleitung.

Merkmalsanalyse der Quelle im Lichte der Forschungslage auf die Grundprobleme und Herausforderungen der jeweiligen Staatsministerien konzentrieren, um deren Entscheidungs- und Handlungsspielraum angesichts einer Aufbruch- und Umbruchzeit zu skizzieren.

In der Epoche der Reichsgründung entwickelten generell zwei säkulare Prozesse eine starke Schubkraft: zum einen die Nationalisierung und Nationalstaatsbildung, kurz die Deutsche Frage im Rahmen des europäischen Mächtegleichgewichts; zum anderen die Konstitutionalisierung und Verrechtlichung, kurz die Verfassungsfrage mit der Zielrichtung auf die Entwicklung eines Rechtsstaats. Während sich diese Grundprobleme als Herausforderungen an die preußischen Regierungen in den Protokollen seit 1858/59 ausreichend – wenn auch nicht gleichmäßig – widerspiegeln, so gilt dies weniger für einen dritten säkularen Prozeß: die sich seit den 1850er Jahren beschleunigende Industrialisierung mit ihren Leitsektoren der Eisenbahnen und Schwerindustrie sowie mit der entstehenden Sozialen Frage.

Die mit der **Deutschen Frage** im engen Zusammenhang stehende **Außen- und Militärpolitik** nehmen in den Protokollen seit 1858/59 einen im Vergleich zu anderen Epochen höheren Anteil ein. Das ist einerseits nicht überraschend, erfolgte doch in den 1860er Jahren eine grundstürzende Neuordnung des Wiener Systems von 1814/15 für Mitteleuropa. Andererseits ist das häufigere Vorkommen dieser Themen in den Protokollen insofern bemerkenswert, als Außen- und Militärpolitik nicht zur Domäne des Staatsministeriums gehörten, da sie den Kern der Prärogative des Monarchen ausmachten. Doch was sich de jure leicht trennen ließ, erwies sich in praxi als komplexes, zusammenhängendes Ganzes und daher auch konfliktrichtig: Die nationale Frage ließ sich längst nicht mehr auf eine außenpolitische und militärische Hegemonie- und Machtfrage zwischen Monarchen und Staaten reduzieren. Sie entwickelte vielmehr eine spezifische Dynamik als gesellschaftliche Bewegung mit eigenem Legitimitäts- und Partizipationsanspruch, wurde in der politischen Öffentlichkeit heftig diskutiert und übte zunehmend Einfluß auf die Politik aus. Niemand sollte diese Zusammenhänge klarer erkennen als der preußische Ministerpräsident Otto von Bismarck, der zur Überraschung vieler die Klaviatur der „Revolution von oben“ in Beziehung zur „Revolution von unten“ beherrschte.

Der politische Kurswechsel vom Herbst 1858 in Preußen kam nicht nur in der Übernahme der Regentschaft durch Wilhelm, der Entlassung des konservativen Ministeriums unter Otto Frh. von Manteuffel und der Bildung eines liberal-konservativen unter Karl Anton Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen zum Ausdruck. Er dokumentierte sich auch in einer Vielzahl politischer Programme, die im Zuge des liberalen Aufbruchs und im Vorfeld der Wahl zum Abgeordnetenhaus vom November 1858 entworfen wurden.<sup>8</sup> Während die Liberalen zunächst mit der Devise, nicht drängen und nichts überstürzen zu wollen, ins Zentrum der Macht vordrangen, wollte auch Prinzregent Wilhelm nicht nachstehen und politische Grenzmarken abstecken. Am 8. November 1858, zwei Tage nach der Ernennung des neuen Ministeriums, hielt er eine programmatische Ansprache an seine Minister, denen Wilhelm seine Regierungsgrundsätze offiziell präsentierte.<sup>9</sup> Was nun die Deutsche Frage und die preußische Außenpolitik betrifft, so wollte Wilhelm ein freundschaftliches Verhältnis zu allen Großmächten, „ohne sich die Hände frühzeitig durch Traktate zu binden“. In Deutschland müsse Preußen „moralische Eroberungen machen“, und es sei „überall das Recht zu schützen“.

---

<sup>8</sup> Vgl. Grünthal, Günther, Die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus von 1858, in: Kocka, Jürgen u.a. (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für G. A. Ritter zum 65. Geburtstag, München 1994, S. 329–345.

<sup>9</sup> Dieses Schlüsseldokument der Neuen Ära, auf das sich die Beteiligten häufiger beriefen und dessen Interpretation immer wieder zu Kontroversen zwischen Wilhelm und den altliberalen Ministern führte, ist am Ende dieser Einleitung abgedruckt. Auf dieses Regierungsprogramm wird auch noch im folgenden Punkt 2 eingegangen.

Die erste außenpolitische Bewährungsprobe stellte sich für den Prinzregenten und seine neuen Minister gleich Anfang **1859** mit dem **Italien-Krieg**. Der Konflikt zwischen Österreich und dem Königreich Piemont-Sardinien, von Napoleon III. unterstützt, brachte in der liberalen Aufbruchstimmung sofort Bewegung in die Deutsche Frage. Denn daß Ministerpräsident Cavour, der mit der italienischen Nationalstaatsbewegung unter Mazzini und Garibaldi kooperierte, zunächst Österreich aus Oberitalien zu verdrängen und sodann den Einheitsstaat Italien zu gründen suchte, erschien vielen Liberalen kleindeutscher Richtung nachahmenswert. Die Donaumonarchie ließ sich zum militärischen Vorgehen provozieren, weil sie auf die Unterstützung des Deutschen Bundes und insbesondere Preußens gemäß Bundesrecht setzte. Doch die preußischen Entscheidungsträger übten sich im Attentismus, zeigten sich uneins und unschlüssig, bis das rasche Vorgehen der Kriegsparteien in Oberitalien und der Vorfriede von Villafranca ihnen eine Entscheidung abnötigte. Dies wird anhand der Protokolle des Staatsministeriums und Kronrats hinreichend deutlich, die auch die teilweise erregten Debatten widerspiegeln.<sup>10</sup> Weitgehende Einigkeit zwischen Wilhelm und dem Staatsministerium bestand nur über das allgemeine Ziel: Die Bedrängnis der Habsburger zu nutzen, um Preußens Position im Deutschen Bund zuungunsten Österreichs zu verbessern, mithin „moralische Eroberungen“ in Deutschland zu machen. Angesichts zu erwartender diplomatisch-militärischer Mißerfolge sollte Österreich also Preußens Hilfe durch bundespolitische Gegenleistungen erkaufen. Im übrigen sollte der Deutsche Bund aus der Angelegenheit möglichst herausgehalten werden, solange das Bundesgebiet nicht direkt verletzt werde, um selbst eine Politik der freien Hand für preußische Interessen zu betreiben. So wurde das Konzept der bewaffneten Neutralität und Vermittlung geboren, dessen Vater Außenminister Alexander Frh. von Schleinitz war, unterstützt namentlich von Finanzminister Robert Frh. von Patow und den anderen altliberalen Ministern.<sup>11</sup> Ihre Taktik hieß: Hinhalten Österreichs; Hinauszögern der Mobilmachung; Vermeiden eines preußischen Militäreinsatzes; keine Provokation des expansionistischen Napoleons III., der mit dem linken Rheinufer als „natürlicher Grenze“ liebäugelte; Spielen der Vermittlerrolle auf einem europäischen Kongreß. Gegner dieser Taktik war das Militär, bei den Sitzungen des Staatsministeriums, des Kronrats und des „engeren“ Kronrats<sup>12</sup> vertreten durch Kriegsminister Eduard von Bonin, den Chef des Geheimen Militärkabinetts Edwin Frh. von Manteuffel und durch den Generalstabschef Helmuth von Moltke. Sie votierten für eine zügige Mobilmachung und letztlich für die militärische Intervention zugunsten Österreichs; wie manche Liberale und Anhänger der Nationalstaatsbewegung schreckten auch sie nicht vor einem Krieg gegen das bonapartistische Frankreich zurück. Kriegsminister Bonin, als Vertreter der ehemaligen Wochenblattpartei den Altliberalen nahestehend, geriet innerhalb des Ministeriums in eine schwierige Situation, bot sogar seinen Rücktritt an.<sup>13</sup> Prinzregent Wilhelm spitzte die Lage durch sein Verhalten zu, da er zwischen den Ansichten des Außenministers und der Mehrheit der Minister einerseits sowie denen der militärischen Berater und seiner eigenen Auffassung andererseits hin- und herschwankte. Paradox erschien die Lage ohnehin, da die Bruchlinien in der öffentlichen Meinung über Preußens Haltung gegenüber Österreich quer durch alle politischen Lager verliefen. Am Ende hatte sich die Regierung zwischen alle Stühle gesetzt. Seitdem lastete auf Preußen das Odium des Verrats: für die einen, die Pro-Österreicher, am Bundesgenossen; für die anderen, die Anti-Österreicher, an der gemeinsamen nationalen Sache. Prinzregent Wilhelm zeigte sich denn auch mit der Politik seines

<sup>10</sup> Vgl. z.B. die Sitzung am 5.7. und den Kronrat am 8.7.1859. – Grundlegende Quellen- und Literaturhinweise finden sich in den Regesten zu den Sitzungen, auf die hier verwiesen wird.

<sup>11</sup> Vgl. z.B. die Sitzungen am 8.5., 5.6., 11.6., 5.7. und 8.7.1859. – Zum Begriff „altliberal“ bzw. „Altliberale“ im Folgenden vgl. z.B. Bahne, Siegfried, Vor dem Konflikt. Die Altliberalen in der Regentschaftsperiode der „Neuen Ära“, in: Engelhardt, Ulrich u.a. (Hrsg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt, Stuttgart 1976, S. 154–196, hier S. 166 f.

<sup>12</sup> Zum Begriff des „engeren“ Kronrats vgl. noch unten Punkt 2 der Einleitung.

<sup>13</sup> Vgl. die Sitzungen am 11.6. sowie am 5.7. und 8.7.1859.

Staatsministeriums alles andere als zufrieden, wozu er freilich selbst beigetragen hatte.<sup>14</sup> Und zahlreiche Probleme während der Mobilmachung bestärkten ihn in seinem Vorhaben, die anstehende Heeresreform nun zügig voranzutreiben.

Ausweislich der Protokolle war der Italien-Krieg von Ende Februar bis Mitte Juli 1859 achtmal Gegenstand von Beratungen des Staatsministeriums und sechsmal des Kronrats, wo die wesentlichen Dinge besprochen und ausführlicher als bei den Sitzungen des Staatsministeriums protokolliert wurden. Hinzu kommen mehrere Besprechungen des „engeren“ Kronrats, von denen hier drei dokumentiert werden.<sup>15</sup> Bei diesen Beratungen wurde in der Regel mit den drei zuständigen Vertretern des Staatsministeriums (Hohenzollern-Sigmaringen oder Auerswald, Schleinitz und Bonin) sowie mit den höchsten Militärs (Manteuffel und Moltke) und gegebenenfalls weiteren Vertrauenspersonen unter höchster Geheimhaltung die außenpolitisch-militärische Generallinie abgesteckt. Allein aufgrund dieser Quellen ist zweierlei bemerkenswert: 1. Außenminister Schleinitz war offensichtlich um engen Kontakt zu beiden Häusern des Landtags bemüht, insbesondere zum Abgeordnetenhaus, um sein außenpolitisches Konzept zu erläutern und parlamentarisch-öffentlichen Rückhalt zu gewinnen.<sup>16</sup> 2. Prinzregent Wilhelm suchte über den Kronrat anscheinend die beratende Diskussion mit den Ministern und Militärs, auch in militärischen Bereichen, die eigentlich seiner exklusiven Prerogative vorbehalten waren – ohne allerdings zu konsequenten Entscheidungen zu gelangen. Ob und welche Schlußfolgerungen er aus dieser Verfahrensweise angesichts der geringen Erfolge der preußischen Politik im Italien-Krieg zog, bleibt näher zu untersuchen.

Der italienische Krieg hatte auf die Beziehungen zwischen Preußen, Österreich und den deutschen Mittelstaaten, generell für die Deutsche Frage, weitreichende Nachwirkungen und setzte Wilhelm mit seinem Staatsministerium unter Handlungsdruck. So verschärfte sich der traditionelle Dualismus zwischen Preußen und Österreich um die Vorherrschaft im Deutschen Bund wieder; die Wiener und Berliner Politik schwankte in den folgenden Jahren mehr denn je zuvor zwischen Konfrontation und Kooperation. In dieser Konstellation gerieten die deutschen Mittel- und Kleinstaaten erneut leicht zum Spielball der beiden deutschen Vormächte, so sehr sie auch versuchten, entweder als Trias-Politik ein Gegengewicht des dritten Deutschlands zu schaffen oder – je nach Interessen und geopolitischer Einflusssphäre – die eine oder andere Vormacht zu favorisieren. So überrascht es nicht, daß der jahrelang schwelende **Verfassungskonflikt in Kurhessen**<sup>17</sup> phasenweise immer wieder auf die Tagesordnung der deutschen Politik gelangte. Das war bereits in den Jahren von 1850 bis 1852 der Fall gewesen, und das wiederholte sich zwischen 1859 und 1862, als das Preußische Staatsministerium sich neunmal diesem Konflikt widmete, davon dreimal im Rahmen des Kronrats.<sup>18</sup> Diesmal setzten Wilhelm und seine Minister alles daran, „zu moralischen Eroberungen“ in der Deutschen Frage zu gelangen und „überall das Recht zu schützen“. So stützten sie die liberal-nationale Kammeropposition Kurhessens, die die Wiederherstellung der fortschrittlichen Verfassung von 1831 verlangte<sup>19</sup>, gegen den Kurfürsten und seine oktroyierte Verfassung. Da

<sup>14</sup> Vgl. die Hinweise von Senner, Martin, Preußens Strategie und Politik im Krimkrieg und im italienischen Krieg, in: Gehler, Michael u.a. (Hrsg.), *Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung*, Stuttgart 1996, S. 173–200, hier S. 197 f. und 199.

<sup>15</sup> Vgl. Sitzungen am 27.2., 8.5. und 5.6.1859.

<sup>16</sup> Vgl. z.B. *Stenographische Berichte des Abgeordnetenhauses, Verhandlungen* v. 9.3. und 28.4.1859, S. 322 und 931.

<sup>17</sup> Vgl. dazu die Einleitung von Seier, Hellmut (Hrsg.), *Akten und Dokumente zur kurhessischen Parlaments- und Verfassungsgeschichte 1848–1866*, Marburg 1987 (der Schwerpunkt liegt hier allerdings auf den inneren kurhessischen Verhältnissen). Für die Vorgeschichte des Konflikts in den Jahren 1850–52 vgl. komprimiert Huber, Ernst Rudolf, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 2, 3. Aufl., Stuttgart etc. 1988; S. 926–933; für den Konflikt seit 1859 ders., Bd. 3, S. 436–449; ferner Biefang, Andreas, *Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868*, Düsseldorf 1994, S. 132–137.

<sup>18</sup> Die Sitzungen konzentrierten sich angesichts der Zuspitzung des Konflikts zwischen Februar und Juni 1862; vgl. vor allem die Sitzungen am 12., 16. und 26.2. sowie am 29.5. und 23.6.1862.

<sup>19</sup> Grundlage hierfür war eine spitzfindige Denkschrift des neuen preußischen Gesandten am Bundestag, Usedom, zum Bundesbeschuß von 1852, dem nun die Geschäftsgrundlage entzogen wurde. Vgl. dazu die aufschlußreiche Debatte im Staatsministerium am 10.10.1859 (mit Quellenangaben im Regest).

dieser Bundesbeschlüsse in seinem Sinne interpretierte und zeitweilig gar ignorierte, beraubte er sich letztlich der Unterstützung Österreichs. Der Konflikt eskalierte schließlich im Frühjahr 1862, weil der Kurfürst stur an seinem legitimistischen Kurs festhielt und erst in letzter Minute einlenkte. König Wilhelm und sein Ministerium hatten indes Mühe, dieses Ergebnis dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und der Marschbereitschaft von Truppen an der kurhessischen Grenze zuzuschreiben.<sup>20</sup>

Der Ausgang des Italien-Krieges einerseits und die liberal-nationale Aufbruchstimmung andererseits hatte allen Beteiligten klar gemacht, daß die Deutsche Frage zunächst auch die Frage nach der **Reform des Deutschen Bundes** war. Die zahlreichen Bundesreformpläne<sup>21</sup>, die seitdem in der politischen Öffentlichkeit, bei den einzelnen deutschen Regierungen und am Bundestag kursierten, kommen hingegen in den Protokollen des Staatsministeriums nur punktuell zur Sprache: so die geheime Teplitzer Punktation vom 26. Juli 1860<sup>22</sup> über preußisch-österreichische Bündnisverhandlungen; die preußische Zurückweisung des Beust-Plans vom Oktober 1861 mit dem Unionsplan von Außenminister Bernstorff, diesmal von Österreich und einigen Mittelstaaten mit Kollektiv-Noten Anfang Februar 1862 abgelehnt<sup>23</sup>, worauf Berlin mit der diplomatischen Anerkennung des neu gegründeten Nationalstaats Italien konterte<sup>24</sup>; die Ablehnung des österreichischen Vorschlags von Delegiertenversammlungen am Bundestag zur Vorbereitung bundeseinheitlicher Gesetze im Januar 1863.<sup>25</sup> Schließlich startete Kaiser Franz Joseph persönlich einen Coup. Kurzfristig lud er alle deutschen **Bundesfürsten** zu einem **Kongreß** für Mitte August **1863** nach **Frankfurt** ein, um einen neuen Plan zur grundlegenden Umgestaltung des Deutschen Bundes zu präsentieren und in monarchischer Souveränität zur sofortigen Annahme zu empfehlen. Hauptadressat war natürlich Wilhelm I., der sich der versammelten monarchischen Solidarität nicht zu entziehen können glaubte. Zum anderen war es vor allem Bismarck, der angesichts der Vielzahl an Konflikten und Krisen, die im Jahr 1863 seine Stellung als Ministerpräsident ohnehin unterhöhlten, nun kurzerhand ausgeschaltet werden sollte. Es kam, wie bekannt ist, zu schweren Auseinandersetzungen zwischen Wilhelm I. und Bismarck, der mit Rücktritt drohte, wenn der König zum Fürstenkongreß fahren sollte.<sup>26</sup> Wilhelm I. folgte letztlich dem Rat seines Ministerpräsidenten und ließ sich den Grund seiner Absage diktieren, um dem geschickt eingefädelten, aber unzeitgemäßen Plan Österreichs den Boden zu entziehen: *Le roi règne, mais il ne gouverne pas!* Als konstitutioneller Monarch könne er nicht selbstherrlich weitreichende Entscheidungen treffen, ohne den Rat seiner verantwortlichen Minister eingeholt zu haben. So kam das Staatsministerium ins taktische Spiel. Es folgte ganz der Regieanweisung Bismarcks und stellte in seinem Immediatbericht<sup>27</sup> der fürstlichen Bundesreformakte vom 1. September 1863 drei Hauptforderungen entgegen: ein Vetorecht für Preußen und Österreich im Kriegsfall; Parität zwischen beiden Vormächten im Bundesvorsitz; die entscheidende dritte *Conditio* war ein direkt gewähltes Bundesparlament mit Abgeordneten gemäß der Bevölkerungszahl der einzelnen Bundesstaaten – damit war die Sache für Wien erledigt. Die weitergehende Strategie, Preußens Selbstisolierung zu nutzen und ein Kleindeutschland unter

<sup>20</sup> Vgl. die Kronrats-Sitzung am 23.6.1862.

<sup>21</sup> Vgl. die klassischen Überblicksdarstellungen von Srbik, Heinrich Ritter von, *Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit von Villafranca bis Königgrätz*, Bd. 3, München 1942, S. 277 ff.; Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 3, S. 378 ff.

<sup>22</sup> Vgl. den Bericht von Außenminister Schleinitz in der Sitzung am 29.7.1860.

<sup>23</sup> Vgl. vor allem die Sitzungen am 4.1. sowie am 9., 12. und 26.2.1862.

<sup>24</sup> Vgl. die Sitzungen am 12., 16. und 26.2.1862.

<sup>25</sup> Vgl. Sitzung am 15.1.1863.

<sup>26</sup> Zur relativ gut erforschten Geschichte des Frankfurter Fürstentags vgl. Srbik, *Deutsche Einheit*, Bd. 4, S. 1–77; Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 3, S. 420–434. Vgl. ferner Gall, Lothar, *Bismarck. Der weiße Revolutionär*, Frankfurt/M. etc. 1983, S. 286–290. Leider nichts Neues bietet zu diesem Punkt Kaernbach, Andreas, *Bismarcks Konzepte zur Reform des Deutschen Bundes. Zur Kontinuität der Politik Bismarcks und Preußens in der Deutschen Frage*, Göttingen 1991, S. 191–197.

<sup>27</sup> Vgl. die Kronrats-Sitzung am 16.9.1863.

Führung Österreichs zu etablieren, scheiterte bereits an der Heterogenität und Uneinigkeit der Mittel- und Kleinstaaten und hätte wohl sofort eine schwere Krise in Mitteleuropa heraufbeschworen. Konfrontativ war die Deutsche Frage gegen Preußen wie gegen die liberale Nationalstaatsbewegung offensichtlich nicht zu lösen.

Von anderen wichtigen außenpolitischen Ereignissen wurde der **Polen-Aufstand Anfang 1863** in den Sitzungsniederschriften des Staatsministeriums nur am Rande unter primär innenpolitischen und wirtschaftlichen Problemaspekten namentlich der Ostprovinz Posen behandelt.<sup>28</sup> Die für die preußisch-russischen Beziehungen wichtige geheime Konvention Alvensleben kommt in den Protokollen nicht vor. Dagegen spiegelt sich der Ausbruch des schwelenden Konflikts um die **Herzogtümer Schleswig und Holstein** zum Jahresbeginn **1864** mit dem folgenden **Krieg** Preußens und Österreichs **gegen Dänemark** adäquat in den Sitzungsprotokollen. Von Ende November 1863, als die einseitige Inkorporierung des Herzogtums Schleswig in den dänischen Staat durch die neue November-Verfassung bereits sanktioniert worden war und zum 1. Januar in Kraft trat, bis zum Einmarsch der alliierten Truppen ins Schleswigsche Anfang Februar wurde die Krise in sechs Sitzungen ausschließlich des Kronrats erörtert.<sup>29</sup> Dreimal nahm der Chef des Militärkabinetts Manteuffel teil; Hauptredner waren Wilhelm I. und Bismarck, gelegentlich auch Roon. Nachdem die militärischen Landoperationen für die alliierten Deutschen überwiegend schnell und erfolgreich durchgeführt worden waren – am 12. Mai 1864 konnte der erste Waffenstillstand geschlossen werden –, war der Krieg bis zum zweiten Waffenstillstand am 20. Juli und dem folgenden Präliminarfrieden noch zweimal Gegenstand von Sitzungen des Kronrats und fünfmal des Staatsministeriums.<sup>30</sup> Dabei ging es einmal um das Problem der kurzfristigen Beschaffung von Kriegsschiffen und ansonsten um Fragen der Finanzierung des Militäreinsatzes.

Ursachen, Verlauf und Ergebnis dieses europäischen Regionalkonflikts, der sich als Schlüsselereignis für die preußische Lösung der Deutschen Frage entpuppte, sind hinlänglich bekannt<sup>31</sup>, so daß hier nur auf folgende zwei Punkte hinzuweisen bleibt:

1. Allein anhand der Protokolle wird deutlich, wie sich die preußischen Hauptakteure – namentlich Bismarck – zwischen zwei Handlungspolen bewegten. Da war einmal die europäische Vertragslage (Londoner Protokoll 1852), an die sie sich hielten, um den übrigen Mächten, vor allem Großbritannien<sup>32</sup>, möglichst keine Gelegenheit zur Intervention zu bieten. Von daher erklärt sich ihr Standpunkt in der komplizierten Erbfolgefrage, indem sie den Ansprüchen des populären Augustenburger Erbprinzen Friedrich enge Grenzen setzten. Zugleich bot der Rekurs auf die europäischen Verträge den taktischen Winkelzug, die weitere Aktion ohne größere Rücksichtnahme auf den Deutschen Bund kooperativ mit Österreich durchzuführen. Auf der anderen Seite ließ der Konflikt – ähnlich wie 1848/49 – die liberal-nationalstaatlichen Herzen in ganz Deutschland höher schlagen.<sup>33</sup> Diese Schwungkraft wollten die Akteure zugunsten einer preußischen Lösung der Deutschen Frage ebenfalls nutzen, woraus sich manche Zielkonflikte ergaben. So sehr Bismarck zunächst immer wieder auf das europäische Vertragsrecht hinwies, so sehr waren Roons Worte in der Sitzung am 3. Januar 1864 *Opinio communis* im Staatsministerium: daß ein Krieg jetzt das Nationalgefühl beruhigen und die inneren Fragen erledigen werde. Außenpolitik war nun einmal

<sup>28</sup> Vgl. z.B. die Sitzungen am 2.3. und 29.4.1863.

<sup>29</sup> Vgl. die Kronräte am 26.11.1863, am 2., 3., 15. und 29.1. sowie am 3.2.1864.

<sup>30</sup> Vgl. die Sitzungen des Kronrats am 13.5. und 13.6. sowie die des Staatsministeriums am 8.3., 13.4., 12.6. sowie am 6. und 12.7.1864. Weitergehende Finanzfragen wurden auch in den Sitzungen des Jahres 1865 besprochen, so am 30.1., 3.4., 1.5. und 22.6.

<sup>31</sup> Zusammenfassung der zahlreichen älteren Studien bei Becker, Otto, *Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung*, Heidelberg 1958, S. 88–94; Gall, *Bismarck*, S. 293–312. – Vgl. auch die einführende Quellensammlung von Malettke, Klaus (Hrsg.), *Die Schleswig-Holsteinische Frage (1862–1866)*, Göttingen 1969.

<sup>32</sup> Vgl. dazu Hildebrand, Klaus, *No Intervention. Pax Britannica und Preußen 1865/66–1869/70*, München 1997, S. 85 ff.

<sup>33</sup> Vgl. Daebel, Joachim, *Die Schleswig-Holstein-Bewegung in Deutschland 1863/64*, Köln 1969; Biefang, *Politisches Bürgertum in Deutschland*, S. 310–356. – Zum Folgenden vgl. z.B. die Worte Wilhelms I. in der Sitzung am 26.11.1863.

die Domäne Bismarcks; warum sollte er sie da nicht bei sich bietender Gelegenheit nutzen, um die innenpolitische bzw. parlamentarische Handlungsblockade zu kompensieren.

2. So strittig die Frage nach der Planmäßigkeit und den großen Zielen Bismarcks, nach seiner politischen Strategie und Herrschaftstechnik seit jeher gewesen ist, hinsichtlich der Herzogtümer handelte er ganz offensichtlich nach der Maxime, sie zumindest im preußischen Einflußbereich zu behalten und bei günstiger Gelegenheit zu annektieren. Gleich nach Kriegsbeginn, im Kronrat vom 3. Februar 1864, bezeichnete Bismarck die Annexion bereits als „Endziel“; Wilhelm I. fügte an dieser Stelle des Protokolls die Randnotiz hinzu, daß es sich dabei nur um „eine der sich herausstellenden Eventualitäten in der Zukunft“ handle.<sup>34</sup> Nicht zuletzt aus marine-strategischen Gründen hätten Bismarck und Roon die Herzogtümer nicht mehr hergegeben und höchstens als einen von Preußen abhängigen Mittelstaat akzeptiert: Die Planungen für den Bau eines Nord-Ostsee-Kanals<sup>35</sup> liefen bereits seit Beginn des Krieges gegen Dänemark ebenso wie die zur Verlegung der Marinestation der Ostsee von Danzig nach Kiel, die Ende März 1865 verfügt wurde.<sup>36</sup>

Der für Preußen so erfolgreich verlaufene Schleswig-Holstein-Krieg brachte für Bismarck die Wende. Seitdem saß er politisch deutlich fester im Sattel als etwa ein Jahr zuvor, als die oppositionellen Liberalen und auch viele Konservative angesichts der ebenso riskanten wie unorthodoxen Politik des Ministerpräsidenten jederzeit mit seiner Absetzung rechneten und Nachfolger bereits in den Startlöchern standen.<sup>37</sup> Diese neue politische Selbstsicherheit Bismarcks seit Sommer 1864 spiegelte sich in mancherlei Phänomenen. Allein die signifikant geringere Anzahl an Sitzungen des Staatsministeriums und Kronrats von Mitte 1864 bis Ende 1865 kann bereits als formales Indiz dafür gelten.<sup>38</sup> Der Informationsfluß aus der Quelle „Protokolle“ wird für diesen Zeitraum damit geringer, was auch den Bereich der Außenpolitik betraf. So läßt sich anhand der Protokolle zur Schönbrunner Konferenz im August 1864, zum Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864, der das gemeinsame Kondominium Preußens und Österreichs über die nordelbischen Herzogtümer errichtete, oder zur Gasteiner Konvention vom 14. August 1865 nichts sagen.<sup>39</sup>

Dabei stand Wilhelms I. Regierung 1865 im Hinblick auf die Lösung der Deutschen Frage am Kreuzweg: Sollte die seit dem Schleswig-Holstein-Krieg begonnene Kooperation mit Österreich im Sinne einer konservativen Allianz fortgesetzt werden? Dann hätten die Verhandlungen um eine

<sup>34</sup> Bereits Silvester 1863 soll Bismarck im privaten Kreise geäußert haben, die 'up ewig Ungedeelten' müßten einmal Preußen werden – den Zeitpunkt hatte er freilich offengelassen. Vgl. so Keudell, Robert v., Fürst und Fürstin Bismarck. Erinnerungen aus den Jahren 1846 bis 1872, Berlin, Stuttgart 1901, S. 140; auch in: Bismarck, GW, Bd. 7, S. 83; vgl. auch das Kapitel über Schleswig-Holstein in den Erinnerungen Bismarcks, GW, Bd. 15, S. 250–268.

<sup>35</sup> Vgl. Sitzung am 23.12.1864, TOP 1. Vgl. auch Teuteberg, Hans-Jürgen u. Oelke, Matthias, Politische, militärische und wirtschaftliche Überlegungen über eine Nord-Ostsee-Verbindung zwischen der Revolution von 1848 und der Gründung des Norddeutschen Bundes 1868, in: Lagoni, Rainer u.a. (Hrsg.), Nord-Ostsee-Kanal 1895–1995. Festschrift, Neumünster 1995, S. 51–85.

<sup>36</sup> Diese Maßnahme war Teil des Flottengründungsplans von 1865, dessen Grundlagen Anfang 1862 gelegt, durch den Heeres- und Verfassungskonflikt aber verzögert wurde. Vgl. etwa den Kronrat am 6.5.1862 und die Sitzung am 27.2.1865.

<sup>37</sup> So etwa der Pariser Botschafter Robert von der Goltz, der das Ohr Wilhelms I. hatte und der Bismarcks Politik offen kritisierte. Vgl. dazu Stolberg-Wernigerode, Otto Gf. v., Robert Heinrich Graf von der Goltz. Botschafter in Paris 1863–1869, Berlin, Leipzig 1941, S. 140–155; Gall, Bismarck, S. 304–307.

<sup>38</sup> In der zweiten Jahreshälfte 1864 nur noch 11 Sitzungen gegenüber der ersten mit 20 Sitzungen (davon 7 Kronräten); im ganzen Jahr 1865 nur 27 Sitzungen gegenüber 51 im Jahr 1863 oder 58 im Jahr 1866. Vgl. dazu noch unten, Punkt 3 der Einleitung.

<sup>39</sup> Über den geheimen Kronrat v. 21.7.1865 in Regensburg, bei dem es im Vorfeld der Gasteiner Konvention um Preußens kritische Finanzlage für den Fall eines raschen Kriegsausbruches ging, konnten bislang keine weiteren Quellen eruiert werden, die über das wenig Bekannte dazu hinausgehen. Vgl. die Bemerkung des Hrsg. F. Thimme in: Bismarck, GW, Bd. 5, Dok. 140, S. 237 f.; APP, Bd. 6, Dok. 191, S. 277. Zu den Schwierigkeiten Preußens, bereits zu diesem Zeitpunkt einen Krieg zu finanzieren, vgl. Röhl, John C. G., Kriegsgefahr und Gasteiner Konvention. Bismarck, Eulenburg und die Vertagung des preußisch-österreichischen Krieges im Sommer 1865, in: Geiss, Immanuel u. Wendt, Bernd Jürgen (Hrsg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, Düsseldorf 1973, S. 89–103.

Handels- und Zollunion als Kern einer mitteleuropäischen Einigung forciert werden müssen.<sup>40</sup> Oder sollte doch der italienische Weg gegangen werden: Die liberal-nationalstaatliche Bewegung, wie sie sich beispielhaft im Nationalverein organisiert hatte, zusammen mit einigen Klein- und Mittelstaaten ins Boot zu holen und die Entscheidung gegen Österreich zu suchen? Die preußisch-österreichische Kooperation war für den Ministerpräsidenten letztlich eine variable Funktion seiner Deutschlandpolitik unter Berücksichtigung der europäischen Mächtebeziehungen. Sowohl hinsichtlich der Ziele als auch der Mittel wollte sich Bismarck bis zum entscheidenden Augenblick alle Optionen offenhalten. Gerade das gemeinsame Kondominium über die Herzogtümer Schleswig und Holstein enthielt für Bismarck die Möglichkeit, bei günstiger außen- wie nationalpolitischer Gelegenheit einen Konflikt mit Österreich vom Zaune zu brechen. Kennzeichnend für diese Zwischenzeit war der Kronrat vom 29. Mai 1865: Zwar mahnte Bismarck zur einstweiligen Zurückhaltung, doch herrschte Einvernehmen über das anzustuernde Ziel einer Annexion der Herzogtümer – und zwar ganz bewußt auf die Gefahr eines Krieges hin. Allein Kronprinz Friedrich sprach sich entschieden gegen Annexion und „Bürgerkrieg“ aus.<sup>41</sup>

Im Zuge einer Politik des Hinhaltens und partiellen Entgegenkommens wurde ein **Krieg gegen Österreich** nicht nur immer wahrscheinlicher, sondern seit Sommer 1865 auch militärisch wie finanziell vorbereitet.<sup>42</sup> Nachdem sich der österreichische Ministerrat unter Vorsitz Franz Josephs am 21. Februar 1866 praktisch zur Kriegführung durchgerungen hatte<sup>43</sup>, tagte am 28. Februar der preußische Kronrat: In einem ausholenden Vortrag leitete Bismarck den preußisch-österreichischen Dualismus historisch ab und machte die Habsburger für nationale Defizite des Deutschen Bundes seit 1815 ebenso verantwortlich wie für Blockaden seiner Reform. Österreich behindere Preußens „Beruf, an die Spitze von Deutschland zu treten“ und treibe „uns dem Kriege entgegen“, der nun unausweichlich geworden sei. Seit dieser Sitzung lief die Krise auf den Krieg zu, so offen die Entscheidungssituationen auch noch blieben. Bismarcks Kriegsziel war begrenzt, nämlich Österreich aus Deutschland hinauszudrängen; die Kriegsschuld sollte möglichst den Habsburgern aufgebürdet werden.

Auf die weitere Entwicklung zum und im Kriege von 1866 kann hier nicht weiter eingegangen werden, zumal diese Schlüsselphase der preußisch-deutschen Geschichte seit langem gut erforscht ist.<sup>44</sup> Ausweislich der Protokolle sind die Vorkriegs- und Kriegsthemen von Anfang Mai bis Ende Juli 1866 in knapp einem Dutzend Sitzungen des Staatsministeriums und Kronrats Gegenstand der Beratungen. Ausführliches zur „großen“, also zur Außen- und Militär-Politik ist vor allem den Kronrats-Niederschriften zu entnehmen, so vom 3. Mai zur Mobilmachung und vom 4. Juni zum geplanten, aber durch Österreichs Absage nicht zustande gekommenen Pariser Kongreß. In der heißen Phase des unerwartet kurzen Krieges und des anschließenden Waffenstillstands mit dem Vorfrieden von Nikolsburg, von Ende Juni bis Anfang August<sup>45</sup>, befanden sich die Entscheidungsträger der Außen- und Militärpolitik ohnehin im Hauptquartier bzw. im Gefolge Wilhelms I., nahmen also an den regulären Sitzungen des Staatsministeriums in Berlin gar nicht teil.

<sup>40</sup> Grundlegend dazu Böhme, Helmut, Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848–1881, Köln, Berlin 1966 [3. Aufl. 1974], S. 153 ff. Wesentliches bereits bei Stadelmann, Rudolf, Das Jahr 1865 und das Problem von Bismarcks deutscher Politik, München, Berlin 1933.

<sup>41</sup> Für die spätere Entscheidung zum Krieg von 1866 kommt der Kronrat-Sitzung am 29.5.1865 eine Schlüsselstellung zu. Vgl. Stadelmann, Das Jahr 1865, S. 29–31; Becker, Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, S. 115–117; Gall, Bismarck, S. 327 f. und 331.

<sup>42</sup> Zur Finanzierung des Krieges 1866 vgl. Collani, Hans-Joachim, Die Finanzgebarung des preußischen Staates zur Zeit des Verfassungskonfliktes 1862–1866, Düsseldorf 1939, S. 36–57; Stern, Fritz, Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder, Frankfurt/M. etc. 1977, S. 90–131; Treue, Wilhelm, Die Finanzierung der Kriege 1864–1871 durch die deutschen Länder, in: VSWG, 75 (1988), S. 1–14; Kessel, Eberhard, Moltke, Stuttgart 1957, S. 435–439.

<sup>43</sup> Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867. VI. Abt.: Das Ministerium Belcredi, Bd. 1: Juli 1865 bis März 1866, bearb. v. H. Brettner-Messler, Wien 1971, Dok. 52, S. 297–303 (TOP 5).

<sup>44</sup> Vgl. die Literaturangaben im Beitrag von Schulze, Hagen, Preußen von 1850 bis 1871. Verfassungsstaat und Reichsgründung, in: Büsch, Otto (Hrsg.), Handbuch der preußischen Geschichte, Bd. 2, Berlin, New York 1992, S. 341–348.

<sup>45</sup> Vgl. Kohl, Horst, Bismarck-Regesten, Bd. 1, Leipzig 1891, S. 291 und 296; Roon, Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generalfeldmarschalls Kriegsministers Grafen von Roon, Bd. 2, 5. Aufl., Berlin 1905, S. 438 und 477.



Zu den ersten, unmittelbaren Ergebnissen des Zusammenspiels von Diplomatie, Krieg und Nationalstaatsbewegung zählten die preußischen **Annexionen** und die Gründungsphase des Norddeutschen Bundes. Im Kronrat vom 15. August 1866 stand die Inbesitznahme derjenigen norddeutschen Länder auf der Tagesordnung, die an der Seite Österreichs gestanden hatten: Hannover, Kurhessen, Nassau und die Freie Stadt Frankfurt. Die Annexion dieser Gebiete war für die Minister bis hin zum Kronprinzen völlig selbstverständlich, zumal es für Preußen um die Herstellung eines zusammenhängenden, geschlossenen Staatsgebietes ging, um die Landverbindung zu den Westprovinzen. Allein Wilhelms I. Bedenken mußten noch aus dem Weg geräumt werden, der sich aus legitimistisch-dynastischen Gründen zunächst schwer tat, gleichberechtigte Souveräne wie den König von Hannover abzusetzen bzw. gegen Abfindungen zu mediatisieren. Daß Wilhelm I. das entsprechende Vereinigungsgesetz<sup>46</sup> schon fünf Wochen später in Kraft setzen konnte, ist eines von vielen Indizen für das atemberaubende Tempo des politischen Wandels im Sommer 1866 wie für die eingetretenen Veränderungen im Abgeordnetenhaus gegenüber der von Bismarck geführten Regierung. Zum Jahreswechsel 1866/67 war schließlich auch die Annexion Schlesiens und Holsteins gesetzlich auf den Weg gebracht, so daß Preußen hinsichtlich seines Staatsgebietes und seiner Bevölkerungszahl kräftig expandierte. Diese territorialen Machtverschiebungen in Verbindung mit dem Ende des Deutschen Bundes und der **Gründung des Norddeutschen Bundes**<sup>47</sup> veränderten die mitteleuropäische Landkarte von 1866 radikal. Die Informationen zu den beiden letztgenannten Themen fließen zwar aus den Protokollen nicht gerade reichlich. Immerhin wird deutlich, wie schnell Bismarck die neue staatliche Ausgestaltung vorantrieb. Zunächst mußte ein Wahlgesetz für den konstituierenden Reichstag her, wozu der Ministerpräsident gleich nach der Entscheidungsschlacht bei Königgrätz erste Anweisungen gegeben hatte.<sup>48</sup> Als dieses allgemeine Wahlrecht nach dem Muster des Reichswahlgesetzes von 1849 Mitte Oktober vorlag, hatte Bismarck sich bereits nach Rügen an die Ostsee zurückgezogen, um mit den sog. Putbusser Diktaten die Eckpunkte der neuen Verfassung abzustecken. Der Verfassungs-Entwurf wurde im Staatsministerium und im Kronrat am 12. und 14. Dezember beraten und bildete in dieser Form die Grundlage für die Verhandlungen mit den Bevollmächtigten der verbündeten norddeutschen Staaten.<sup>49</sup> Damit waren zur Jahreswende 1866/67 die entscheidenden Weichen für die Institutionalisierung des norddeutschen Bundesstaats gestellt.

Neben der Außenpolitik machte vor allem das **Militärwesen** den Kern der monarchischen Vorrechte aus, über die der König nach Vorschlägen seiner Berater souverän entscheiden konnte. Der Monarch als Oberbefehlshaber hatte die Kommandogewalt allein in seiner Hand. Ein parlamentarisches Mitwirkungsrecht gab es nach der Verfassung allerdings für den Militäretat im Rahmen des Staatshaushalts, der jährlich im Wege des konstitutionellen Gesetzgebungsverfahrens zu bewilligen war. Bei der seit 1859 anstehenden **Heeresreform** versuchten nun die Liberalen, mit Hilfe dieses parlamentarischen Budgetrechts die Verfassung weiter auszubauen und die Immediat-Beziehungen zwischen Monarch und Militär zu konstitutionalisieren. Wilhelm dagegen war gewillt, im Militärischen grundsätzlich keine weiteren Einschränkungen seiner Kronrechte hinzunehmen. In dieser Auffassung wurde er namentlich vom Chef des Geheimen Militärkabinetts, Generaladjutanten Edwin Frh. von Manteuffel, bestärkt, der sogar die Drohung mit dem Staats-

<sup>46</sup> Vom 20.9.1866, GS, S. 555. Vgl. ferner die Sitzungen am 27.9. (TOP 3), 28.9. (TOP 3 und 4) u.a. Vgl. die Beiträge von Jürgensen, Barmeyer, Anderhub und Kluge in: Baumgart, Peter (Hrsg.), Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat, Köln, Wien 1984.

<sup>47</sup> Gründungsvertrag war das Abkommen zwischen Preußen und den norddeutschen Staaten nördlich des Mains v. 18.8.1866, wonach ein Bundesstaat auf der Grundlage des preußischen Bundesreformplans v. 10.6. begründet werden sollte. Vgl. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 166b/173 und 185/196, S. 234–236 und 268–270; ders., Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 536–539 und 644 f.

<sup>48</sup> Vgl. Sitzungen am 12. und 28.8.1866 (TOP 6); ferner Pollmann, Klaus Erich, Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867–1870, Düsseldorf 1985, S. 68–79.

<sup>49</sup> Zur Entstehung des Norddeutschen Verfassungsentwurfs vgl. – die ältere Literatur zusammenfassend – Becker, Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, S. 221 ff.; Gall, Bismarck, S. 384–387.

streich ins Spiel brachte.<sup>50</sup> Angesichts dieser Konstellation hatte die Entwicklung von der Heeresreform zum **Heereskonflikt** eine große Wahrscheinlichkeit. Im Folgenden wird die Entstehung und erste Phase der Heeresreform etwas detaillierter geschildert, weil die verfassungsstrukturellen Grundprobleme in den Protokollen frühzeitig in der Neuen Ära, weit vor dem eigentlichen „großen Konflikt“ seit 1862, zu Tage traten.

Über die Notwendigkeit einer Heeresreform bestand weitgehend Konsens. Die militärischen Defizite waren seit langem bekannt und in Denkschriften festgehalten; zuletzt traten sie bei der Mobilmachung 1859 deutlich zu Tage. Seitdem drängte der Prinzregent zur raschen Umsetzung der Planungen. Da der altliberale Kriegsminister Bonin das Projekt dilatorisch behandelte, wurde er am 3. Dezember 1859 entlassen. In einer noch am gleichen Tage stattfindenden Kronratsitzung erläuterte Wilhelm selbst dem Staatsministerium die für seine Politik zentrale Rolle der Reform bis ins Detail und ließ sofort einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Kriegsdienstpflichtgesetzes von 1814 präsentieren, an dem er mitgewirkt hatte. Der neue Kriegsminister, Generalleutnant Albrecht v. Roon, vertrat diese Novelle in den folgenden Beratungen des Staatsministeriums bis Anfang Februar 1860 ganz im Sinne des Prinzregenten. In diesen Sitzungen dominierte die Kostenfrage. Der altliberale Finanzminister, Robert Frh. von Patow, profilierte sich von Anfang an als harter Gegenspieler Roons. Er benutzte die Finanzlage Preußens nicht nur als Argument zur Kostensenkung und speziell zur Reduzierung der Dienstzeit von drei auf zwei Jahre, sondern auch zur zeitlichen Streckung, wenn nicht gar zur Verzögerung des gesamten Vorhabens. Im Kronrat am 7. Januar 1860 griff Wilhelm erneut ein; man verständigte sich auf die Eckpunkte eines Kompromisses, der aber eine Entscheidung über die Grundfragen lediglich hinausschob. So sollten die Mehrkosten der Reform über fortgesetzte Steuerzuschläge, die bereits im Zuge der Mobilmachung anlässlich des Italien-Krieges erhoben worden waren, sowie aus Mitteln des Staatsschatzes gedeckt und in Form eines Nachtrags zum Etatgesetz von 1860 dem Landtag vorgelegt werden. Patow und die Altliberalen im Ministerium mußten also hinnehmen, daß keine substantiellen Abstriche, insbesondere nicht in der Dienstzeitfrage, zu erzielen waren. Prinzregent Wilhelm und Roon akzeptierten dagegen, daß die Durchführung der Reform generell an die Finanzlage Preußens gebunden wurde und Mehrkosten jährlich neu vom Landtag zu bewilligen waren. Am 10. Februar 1860 brachte das Staatsministerium drei Gesetzentwürfe zur Heeresreform im Abgeordnetenhaus ein.<sup>51</sup> Auf die parlamentarischen Debatten ist hier nicht weiter einzugehen, da sie in der Literatur schon mehrfach behandelt worden sind.<sup>52</sup> Es hagelte harsche Kritik an den Vorlagen, nicht zuletzt auch an der vorgesehenen Abschaffung der symbolträchtigen Landwehr. Prinzregent Wilhelm und das Staatsministerium sahen sich daher Anfang Mai 1860 veranlaßt, den Gesetzentwurf zur Novellierung des Kriegsdienstpflichtgesetzes von 1814 gänzlich zurückzuziehen und den Nachtragsetat

<sup>50</sup> Vgl. Schmidt-Bückerburg, Rudolf, Das Militärkabinett der preußischen Könige und deutschen Kaiser. Seine geschichtliche Entwicklung und staatsrechtliche Stellung 1787–1918, Berlin 1933, S. 70 ff., bes. S. 84–92; Craig, Gordon A., Porträt eines politischen Generals: Edwin von Manteuffel und der Verfassungskonflikt in Preußen [1951], in: Ders., Krieg, Politik und Diplomatie, Wien, Hamburg 1968, S. 121–156.

<sup>51</sup> Gesetzentwürfe betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienst [Novelle zum Gesetz v. 3.9.1814], betr. die Feststellung des Nachtrags zum Staatshaushaltsetat für das Jahr 1860 sowie betr. die Forterhebung eines Zuschlags zur klassifizierten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Mahl- und Schlachtsteuer. Details dazu sowie weitere Quellen und wichtige Literaturangaben in den Anmerkungen der Regesten vor allem zu den Sitzungen am 3., 5., 17., 22. und 28.12.1859, am 7.1. sowie 4. und 8.2.1860.

<sup>52</sup> Vgl. dazu bereits Löwenthal, Fritz, Der preußische Verfassungskonflikt 1862–1866, München, Leipzig 1914, S. 34 ff.; ferner Zechlin, Egmont, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht [1930], 2. Aufl., Stuttgart 1960, S. 173–183; Ritter, Gerhard, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland, Bd. 1, München 1954, S. 162–174; Craig, Gordon A., Die preußisch-deutsche Armee 1640–1945. Staat im Staate, Düsseldorf 1960, S. 167–170; Börner, Karl Heinz, Die Krise der preußischen Monarchie von 1858 bis 1862, Berlin 1976, S. 115–123. Zur Schlüsselstellung der Liberalen vgl. Winkler, Heinrich August, Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat. Studien zur Geschichte der Deutschen Fortschrittspartei 1861–1866, Tübingen 1964; Biefang, Andreas, National-preußisch oder deutsch-national? Die Deutsche Fortschrittspartei in Preußen 1861–1867, in: GG, 23 (1997), S. 360–383.

1860 durch eine Vorlage über den „außerordentlichen Geldbedarf der Militärverwaltung“ zu ersetzen. Damit sollte die bereits im Gange befindliche Reorganisation von Heereseinheiten, als erhöhte Kriegsbereitschaft deklariert, mit einer Pauschalsumme und befristet bis zum 30. Juni 1861 finanziell gesichert werden. In dieser Form stimmte das Abgeordnetenhaus den Gesetzentwürfen mehrheitlich zu; das sog. erste Provisorium konnte legislativ auf den Weg gebracht werden. Die Entscheidung über die Durchführung der eigentlichen Heeresreform wurde also vertagt; das gab den Liberalen weiteren Raum zur politischen Instrumentalisierung von Wilhelms Reformprojekt. Das taktische Verhalten von Wilhelm, Roon und den Altliberalen in der Regierung, die sich jeweils ihre Hintertüren offen halten wollten, wird anhand der Protokolle deutlich erkennbar.

Rund ein Jahr später wiederholte sich dieses Szenario in Form eines zweiten Provisoriums.<sup>53</sup> Die Mehrkosten der laufenden Militär-Reorganisation wurden diesmal als Extraordinarium zum allgemeinen Etat vom Landtag bewilligt. Allerdings knüpften die Liberalen daran die Bedingung, daß in der nächsten Session eine Novelle zum Kriegsdienstpflichtgesetz von 1814 eingebracht werden sollte, denn nur legislativ – unter Mitwirkung der beiden Landtags-Kammern – könne die Heeresreform dauerhaft verwirklicht werden. Genau diesen Anspruch wiesen Wilhelm I., seit dem Tode seines Bruders Anfang Januar 1861 König von Preußen, Manteuffel und auch Roon als Einschränkung der monarchischen Rechte strikt zurück.<sup>54</sup> Eine derartige Novellierung hätte andererseits den Vorteil gehabt, daß die gesetzlich festgelegten Heereseinrichtungen finanziell dauerhaft gesichert gewesen wären, die Mittel also nicht jedes Jahr neu beantragt werden müßten. Das war der entscheidende Grund – der sich darüber hinaus gut als ein politisches Entgegenkommen an die Opposition im Abgeordnetenhaus deklarieren ließ<sup>55</sup> –, warum Roon in den folgenden Jahren noch fünfmal, zuletzt Anfang Februar 1865, einen entsprechenden Gesetzentwurf einbrachte<sup>56</sup>: freilich angesichts der heiß umstrittenen Dienstzeitfrage und generell des festgefahrenen Verfassungskonflikts seit 1862 ohne Aussicht auf Erfolg. Erst der politische Wandel von 1866/67 ermöglichte schließlich die Verabschiedung des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienst vom 9. November 1867 – allerdings nicht mehr durch das preußische Abgeordnetenhaus, sondern durch den Reichstag des Norddeutschen Bundes.

Daß die Heeresreform in monarchischer Prerogative als *fait accompli* und nicht über den Weg der Gesetzgebung unter Mitbeteiligung des Landtags ins Leben trat, gehörte zum Kern des Heereskonflikts. Dieser Konflikt trug zusammen mit einer ganzen Reihe von steckengebliebenen und gescheiterten Reformvorhaben der Neuen Ära dazu bei, daß viele Liberale sich enttäuscht fühlten, radikalisierten und neu formierten: So erzielten die Linksliberalen der 1861 gegründeten Fortschrittspartei bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus trotz des Dreiklassenwahlrechts immer größere Erfolge. Das setzte die altliberalen Minister im Staatsministerium weiter unter Druck; die Kontroversen innerhalb des Ministeriums nahmen an Zahl und Schärfe zu. Auch das Vertrauensverhältnis zwischen Wilhelm I. und den altliberalen Ministern litt seit 1861 zusehends, wie die Auseinandersetzung um die Huldigung anstelle der Krönung exemplarisch belegt. Roon und vor

<sup>53</sup> Vgl. die Sitzungen am 19. und 23.9., 18. und 19.10.1860 sowie am 17.4. und 1.5.1861.

<sup>54</sup> Vgl. die Ausführungen Roons in den Sitzungen am 22., 28. und 31.12.1860 sowie die Wilhelms I. in der Kronrats-sitzung v. 9.–12.1.1861 gegen die Auffassungen der altliberalen Minister.

<sup>55</sup> Vgl. z.B. die Sitzung am 7. und 16.1.1865. Roon griff dabei auf Überlegungen und Pläne zurück, die bereits seinem überraschenden Vorstoß in der Septemberkrise 1862 zugrundelagen; vgl. Sitzung am 16. und 17.9.1862. Im Kern ging es dabei um eine gesetzliche Festlegung des Soldatenkontingents proportional zur Bevölkerungszahl in Verbindung mit der mehrjährigen Festlegung eines bestimmten Betrages (Pauschquantum) als fixen Militär-Normaletat unter formaler Aufrechterhaltung der dreijährigen Dienstzeit. Diese Überlegungen und Pläne Roons sollten 1866/67 in Bismarcks Verfassungspläne und in die Verfassung des Norddeutschen Bundes eingehen (Art. 60 und 62). Vgl. dazu bereits Dehio, Ludwig, Bismarck und die Heeresvorlagen der Konfliktzeit, in: HZ, 144 (1931), S. 31–47, bes. S. 35 f. und 46; ferner Pollmann, Parlamentarismus, S. 241–251.

<sup>56</sup> Die Wiedervorlage des aussichtslosen Gesetzentwurfs läßt sich freilich auch als Indiz dafür werten, daß das Staatsministerium unter Leitung Bismarcks einen legalen Kurs demonstrieren wollte: in Richtung Abgeordnetenhaus, aber auch in Richtung Militärpartei um Manteuffel.

allem mehr die „Militärpartei“ hinter Manteuffel plädierten sogar für Abberufung der altliberalen Minister.<sup>57</sup> Die Hoch- bzw. Altkonservativen witterten nach dem Machtverlust Ende 1858 eine neue Chance. So war die politische Situation derart aufgeladen, daß mit dem sog. Antrag Hagen die März-Krise 1862 ausbrach und der Heereskonflikt sich zum offenen **Verfassungskonflikt** zuzuspitzen begann. Hierüber geben die Protokolle in Verbindung mit den zugehörigen Sachakten des Staatsministeriums detaillierte Informationen.

Die Fortschritts-Liberalen im Abgeordnetenhaus waren im Frühjahr 1862 nicht mehr bereit, ein drittes Provisorium zur Finanzierung der fortgesetzten Militär-Reorganisation zu bewilligen. Um mögliche Etatüberschreitungen zu begrenzen und zu verhindern, daß die – wie bislang üblich – nur grob angegebenen Kapitel und Titel des Etatentwurfs unkontrolliert verschoben werden, mithin die Heeresreform durch Etatüberschreitung oder durch Einsparungen an anderer Stelle finanziert werde, stimmte das Abgeordnetenhaus am 6. März 1862 mehrheitlich dem Antrag des Abgeordneten Hagen zu, Etattitel vom Entwurf 1862 an zu vermehren, zu „spezialisieren“ sowie die Verausgabung nur für den angegebenen Zweck zu gestatten. Finanzminister Patow hielt diese budgetrechtliche Forderung für berechtigt, zugleich aber auch für ein parlamentarisches Mißtrauenszeichen. Da auch das Vertrauensverhältnis zum Monarchen seit langem brüchig war, baten die altliberalen Minister der Neuen Ära gemeinsam um ihre Entlassung. Sie entsprach auch Wilhelms I. Intentionen. Doch damit der Vorgang nicht im parlamentarisierenden Lichte erschien, achtete er strikt auf eine konstitutionell-monarchische Form des Regierungswechsels<sup>58</sup> und ließ zunächst das Abgeordnetenhaus auflösen.<sup>59</sup> Die Neuwahlen von Anfang Mai 1862 bescherten der Fortschrittspartei und dem Linken Centrum eine überwältigende Mehrheit. Das neue konservative Staatsministerium unter Finanzminister August von der Heydt<sup>60</sup> sah sich daher veranlaßt, schon bei der gemeinsamen Vorlage der Etatpläne für 1862 und 1863 Ende Mai Entgegenkommen zu zeigen. So war beispielsweise die Spezifizierungs-Forderung des Antrags Hagen, die zur Märzkrise und zum Ministerwechsel geführt hatte, wie selbstverständlich erledigt. Gleichwohl war der Spielraum für einen Kompromiß angesichts der verhärteten Fronten immer noch gering, als die Haushaltsverhandlungen Anfang September 1862 in die abschließende heiße Phase kamen. Um endlich die gesetzlichen Mittel für die Heeresreform dauerhaft bewilligt zu bekommen, hielt es von der Heydt in der Sitzung des Staatsministeriums am 6. September für unerläßlich, auch in der politisch aufgeladenen Dienstzeitfrage „zu weiteren Konzessionen“ bereit zu sein. Als Roon diese Sensation im Abgeordnetenhaus vorsichtig andeutete, war er in eine schwierige Lage geraten. Denn Wilhelm I. sah sich zu einem substantiellen Entgegenkommen nicht in der Lage und rückte schon gar nicht von der dreijährigen Militärzeit ab. Der König machte seinem Kriegsminister schwere Vorwürfe und zeigte sich tief getroffen. Roon mußte postwendend vor den verblüfften Abgeordneten eine Kehrtwende machen und alles als Mißverständnis ausgeben; der Eklat war da. In dramatischen Sitzungen des Staatsministeriums bzw. Kronrats zwischen dem 6. und 19. September lief alles auf eine Alternative zwischen Scylla und Charybdis hinaus: Weiterregieren ohne gesetzlich zustandekommenes Budget, was von der Heydt und Außenminister Albrecht Graf von Bernstorff als nicht verfassungsmäßig ablehnten, oder Abdankung Wilhelms I. zugunsten seines Sohnes Friedrich. Während von der Heydt, Bernstorff sowie Handelsminister Heinrich von Holtzbrinck ihre Rücktrittsgesuche einreichten, waren die anderen Minister zum budgetlosen Regieren bereit. Die Krise Preußens war die Stunde Bismarcks, der als Retter in der Not erschien.<sup>61</sup>

<sup>57</sup> Vgl. Roon, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 44–49, bes. S. 45 f.; Craig, Die preußisch-deutsche Armee, S. 177–181.

<sup>58</sup> Zum Wechsel des Staatsministeriums am 17./18.3.1862 vgl. noch unten Punkt 2 der Einleitung.

<sup>59</sup> Vgl. die Sitzungen v. 7. bis 19.3.1862.

<sup>60</sup> Das Ministerium wurde interimistisch von Adolph Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen als Ministerpräsident geführt, de facto war indes von der Heydt die – auch für Wilhelm I. – maßgebende Persönlichkeit. Vgl. dazu noch unten Punkt 2 der Einleitung.

<sup>61</sup> Vgl. Regest zur Sitzung am 24.9.1862 mit den dort genannten Quellen und Literaturnachweisen. Zum Ministerwechsel vgl. noch unten Punkt 2 der Einleitung.

Das Weitere ist gut bekannt und wird in den folgenden Protokollen en detail deutlich.<sup>62</sup> Mit dem Hinweis auf die lückenhafte Verfassung<sup>63</sup> und eine staatliche Notsituation regierten Wilhelm I. und Bismarck fortan ohne gesetzlich festgestellten Haushalt. Zwar ließen sie im Landtag bis 1866 immer wieder Etatentwürfe einbringen, die freilich alle ohne Aussicht auf Annahme blieben. Dem Abgeordnetenhaus wurde nur noch das gesetzlich Notwendige vorgelegt und im übrigen mit Hilfe königlicher (Not-)Verordnungen in Anlehnung an Artikel 63 der Verfassung regiert, und sei es nur für wenige Monate wie bei der Presse-Verordnung vom 1. Juni 1863. Mit vorzeitigen Sessions-Schließungen, Auflösungen des Abgeordnetenhauses und Neuwahlen, Beamendisziplinierungen etc. sollten die Parlamentsanhänger müde gemacht werden. Doch die Oppositionellen sahen sich in ihrem Mißtrauen und Widerstand nur bestärkt. Gelegentliche Kompromißangebote an die Liberalen konnten daher als solche kaum mehr wahrgenommen werden, zumal Bismarcks flexibler und unorthodoxer Politikstil als unberechenbar erschien. Gewiß, der Ministerpräsident dehnte die Verfassung und Gesetze zugunsten der Kronrechte und einer starken monarchischen Regierung, wovon die Protokolle reichlich Zeugnis geben. Auf der anderen Seite ließ er sich aber weder von Ultra-Konservativen noch von der „Militärpartei“ um Manteuffel zum bonapartistischen Staatsstreich oder zur Aufhebung der Verfassung von 1850 hinreißen, zumal auch Wilhelm I. sich seinem im Oktober 1858 geleisteten Eid auf die Verfassung verpflichtet fühlte. So wurde der Verfassungskonflikt auch legal mit dem umstrittenen Indemnitätsgesetz vom 14. September 1866 beendet, über dessen Entstehung anhand der Protokolle allerdings nur wenig zu erfahren ist.<sup>64</sup>

Eng mit dem Budget- und Verfassungskonflikt im Zusammenhang stand die **Reform der Oberrechnungskammer**.<sup>65</sup> Auch dabei ging es für die Liberalen der Neuen Ära in erster Linie um den Ausbau der Verfassung, genauer: um ein Ausführungsgesetz zu Artikel 104, das die Befugnisse der Oberrechnungskammer zur jährlichen Etatprüfung und letztlich zur Entlastung der Regierung durch den Landtag näher regeln sollte. Es handelte sich dabei nicht allein um pure Rechnungsprüfung, sondern vielmehr um die parlamentarische Etat- und Finanzkontrolle im Rahmen der konstitutionellen Verantwortung des Staatsministeriums. Die Brisanz ergab sich aus dem engen Kontext zum Budgetrecht. Die Altliberalen in der Regierung um Finanzminister Patow gingen folglich auch hier abwartend und vorsichtig zu Werke. Im Frühjahr 1861 lag schließlich ein Gesetzentwurf auf dem Beratungstisch des Staatsministeriums – und stieß sofort auf den energischen Widerspruch von der Heydts und Roons.<sup>66</sup> Heiße Debatten über den Entwurf fanden in rund einem Dutzend Sitzungen

<sup>62</sup> Zur insgesamt guten Forschungslage seit Bismarcks Ernennung zum Ministerpräsidenten am 23.9./8.10.1862 vgl. in knapper Auswahl folgende quellennahe Studien: Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 322 ff.; Becker, Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, S. 68 ff.; Gall, Bismarck, S. 248 ff.; Engelberg, Ernst, Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin 1985, S. 525 ff.; Pflanze, Otto, Bismarck. Der Reichsgründer, München 1997, S. 176 ff. Vgl. ferner den Überblick bei Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 305–332.

<sup>63</sup> Die Lückentheorie kommt substantiell in den Protokollen ab der Sitzung v. 8.9.1862 zur Sprache. Vgl. dazu den Überblick bei Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 333–348; Becker, Winfried, Die angebliche Lücke der Gesetzgebung im preußischen Verfassungskonflikt, in: Historisches Jb., 100 (1980), S. 257–285; Kraus, Hans-Christof, Ursprung und Genese der „Lückentheorie“ im preußischen Verfassungskonflikt, in: Der Staat, 29 (1990), S. 209–234. – Wilhelm I. legte seine Auffassung zum Verfassungskonflikt im Brief an Vincke-Olbendorf v. 2.1.1863 dar; vgl. Bismarck, Erinnerung und Gedanke, GW, Bd. 15, S. 208 f.

<sup>64</sup> Zur inhaltlichen Fassung des Begriffs Indemnität gab es Differenzen im Staatsministerium im Zusammenhang mit dem Entwurf der Thronrede zur Eröffnung des Landtags am 5. August 1866, in der die Indemnität angekündigt wurde. Im Gegensatz zu Bismarck und von der Heydt tat sich die Mehrheit der Minister wie übrigens auch Wilhelm I. schwer, das parlamentarische Budgetrecht explizit anzuerkennen und eine Indemnitätsvorlage aufzustellen; in der Thronrede wollten diese Minister sich daher mit Scheinzugeständnissen begnügen. Vgl. die Anmerkung zum Regest der Sitzung am 18./19.7.1866.

<sup>65</sup> Hierzu und zum Folgenden, allerdings ohne Auswertung von Archivalien: Schmökel, Hermann, Die Entstehung des Ober-Rechnungskammer-Gesetzes vom 27. März 1872 und das preußische Budgetrecht, Berlin 1932, S. 43–60; Brodersen, Carsten, Rechnungsprüfung für das Parlament in der konstitutionellen Monarchie, Berlin 1977, S. 75–104. Zur Grundproblematik bereits in aller Kürze die Festschrift von Ditfurth, Theodor v., Zur Geschichte der Königlich Preußischen Oberrechnungskammer, Berlin 1909, S. 60–62.

<sup>66</sup> Die strittigen Kernpunkte des Entwurfs wurden bereits im Kronrat v. 9.4.1861 deutlich angesprochen.

im Dezember 1861 und Januar 1862 statt, davon allein in drei Kronratssitzungen. Ende Januar 1862 konnte Patow die lang angekündigte Vorlage im Abgeordnetenhaus nur einbringen, weil die konservative Minister-Minorität, gestärkt durch die erheblichen Vorbehalte des Königs gegen den Entwurf, formal zurücksteckte und Patows altliberale Mehrheit wesentliche Abstriche machen mußte.<sup>67</sup> Allein von der zeitlichen Abfolge her fiel der Gesetzentwurf also nicht nur in die Endphase der Neuen Ära mit dem Konflikt um die Finanzierung der Heeresreform, sondern er war selbst einer von mehreren gewichtigen Gründen für das Scheitern der Altliberalen in der Regierung. Denn im Kern der Auseinandersetzungen innerhalb des Staatsministeriums bzw. zwischen den altliberalen Ministern und Wilhelm I. ging es hier sowohl um die Stärkung der parlamentarischen Rechnungskontrolle gegenüber der Regierung als auch um die Begrenzung der monarchischen Rechte.

Im einzelnen kreisten die Differenzen um drei Probleme. Zum einen war die konkrete Begriffsbestimmung der Etatsüberschreitungen, zu denen die nachträgliche Zustimmung des Landtags einzuholen war, strittig: Sollte sich die Prüfung nur auf die Abweichungen des allgemeinen Etatgesetzes wie bisher beziehen, oder sollte sie auch die Mehrausgaben der Einzeletats umfassen? Hier ergab sich eine bemerkenswerte Koinzidenz mit dem im Abgeordnetenhaus zum Etatentwurf 1862 Anfang März eingebrachten Antrag Hagen, der ja eine spezifizierte Aufstellung der Einzeletats einforderte. Strittig war zweitens der Umfang der „Bemerkungen“ der Oberrechnungskammer, mithin die Reichweite der Rechnungs- und Etatprüfung. So wurde kontrovers debattiert, ob der Prüfauftrag sich nur auf Etatgesetze oder auch auf andere Finanzgesetze erstrecken sollte. Drittens schließlich ging es um ein engeres, direktes Verhältnis zwischen der Oberrechnungskammer und dem Landtag, um unabhängig von der Regierung eine genauere Vorprüfung durch das Parlament zu ermöglichen.<sup>68</sup> Von all den liberalen Vorstellungen konnte angesichts der vehementen Gegenwehr der konservativen Minister nur ein Teil in den Gesetzentwurf eingehen. Die Kommission des Abgeordnetenhauses zerpfückte daher die Regierungsvorlage derart, daß sich ein Gegenentwurf ergab. Allerdings konnte das Plenum der Abgeordneten nicht mehr die Vorlagen diskutieren, da das Haus im Zuge der Märzkrise 1862 aufgelöst wurde. Das brisante Thema wurde von der neuen Regierung rasch ad acta gelegt; erst zehn Jahre später sollte auf die Debatten und Vorlagen von 1861/62 zurückgegriffen und ein Oberrechnungskammergesetz verabschiedet werden.

Weit mehr als die Reform der Oberrechnungskammer gehörte die Forderung nach einer **Ministeranklage**<sup>69</sup> zum Kernbestand der liberal-konstitutionellen Staatstheorie. Sie war im Artikel 61 der Verfassung garantiert und bedurfte ebenfalls einer Konkretisierung durch ein Ausführungsgesetz, das die Regierung der Neuen Ära umgehend auf den Weg bringen wollte. Doch erst der altliberale Justizminister August von Bernuth, nach dem Rücktritt des aus der Manteuffel-Ära übernommenen Ludwig Simons seit Mitte Dezember 1860 im Amt, forcierte die Vorlage eines Gesetzentwurfs, der seitdem rund ein Dutzend Mal im Staatsministerium beraten wurde bis zum Ende der Neuen Ära; danach sollte das Thema bis 1918 nicht mehr substantiell von der preußischen Regierung behandelt werden.

Auch dieses Vorhaben erwies sich bereits innerhalb des Staatsministeriums als konfliktrichtig und trug zur Verschärfung der Fronten 1861/62 bei. Gewissermaßen wiederholte sich das Spiel um die

<sup>67</sup> Vgl. etwa den Mehrheits-Beschluß in der Sitzung am 4.12.1861, der nach Intervention Wilhelms im Kronrat am 21.12.1861 zugunsten der konservativen Minderheit um Roon aufgehoben wurde.

<sup>68</sup> Da die Oberrechnungskammer allein der Regierung ihre „Bemerkungen“ zu übermitteln hatte, konnte diese seit 1850 selbst entscheiden, welche Informationen davon an den Landtag weitergeleitet werden sollten. Dieses Verfahren führte zu ständigen Reibereien zwischen dem Staatsministerium und Abgeordnetenhaus; vgl. so z.B. die Sitzungen am 14., 21., 25. und 28.6.1862.

<sup>69</sup> In den Akten und Quellen allgemein als Ministerverantwortlichkeit bezeichnet, womit hier die juristische gemeint war. Zu den Bedeutungsvarianten des Begriffs vgl. Rönne, Ludwig v., *Das Staats-Recht der Preußischen Monarchie*, Bd. 1/2, 3. Aufl., Leipzig 1870, S. 595–612, hier S. 598 f.; ferner Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 3, S. 66 f. – Generell zum folgenden Thema vgl. die aus den Akten gearbeitete Untersuchung von Hahn, Erich, *Ministerial Responsibility and Impeachment in Prussia 1848–63*, in: *Central European History*, 10 (1977), S. 3–27.

Reform der Oberrechnungskammer: Wilhelm und die ihn unterstützenden konservativen Minister versuchten, den Gesetzentwurf wenn nicht zu verhindern so doch wesentlich zu entschärfen. Denn am Horizont erschien ihnen die Gefahr, das Abgeordnetenhaus könne auf juristischem Wege ein Ziel erreichen, wozu ihm sonst die politische Kraft fehlte, nämlich einzelne Minister oder gar das Ministerium indirekt zum Rücktritt zu zwingen. In drei Kronratssitzungen intervenierte Wilhelm und setzte seine Bedingungen durch, bevor er den Entwurf zur Vorlage im Landtag genehmigte.<sup>70</sup> So verlangte er die Einstimmigkeit beider Häuser des Landtags bei einer Anklageerhebung, die Beschränkung einer Anklage auf den Tatbestand der Verfassungsverletzung, die Exemption des Kriegsministers und die Aufhebung der im Artikel 49 der Verfassung enthaltenen Beschränkung des königlichen Begnadigungsrechtes im Falle einer Ministeranklage. Damit waren dem Gesetzentwurf die Zähne gezogen. Gleichwohl wurde er Ende Januar 1862 im Landtag vorgelegt, auf Wunsch Wilhelms I. zunächst dem Herrenhaus, das weitere Beschränkungen vornahm. Doch mit dem Scheitern der Altliberalen im März 1862 war es auch um dieses Gesetzesvorhaben geschehen. Denn für Bismarck war die Forderung nach einer Ministeranklage schlicht unvereinbar mit dem monarchischen Recht, jederzeit über einen Minister selbst zu entscheiden. Im übrigen führte das budgetlose Regieren in der Konfliktzeit die potentielle Brisanz einer Ministeranklage deutlich vor Augen.<sup>71</sup>

Ein weiteres wichtiges Gesetzesprojekt war für die Liberalen der Neuen Ära die **Regelung der Grundsteuer** als Ausführung von Artikel 101 der Verfassung. Dieses Vorhaben sollte in eine enge Verbindung zur geplanten **Reform des Herrenhauses** geraten.<sup>72</sup> Da der Gesetzentwurf zur Grundsteuer auf die Aufhebung der ständischen Steuerprivilegien – insbesondere des altpreußischen Landadels – zielte, war die Gegenwehr dieser Kammer vorauszusehen. Finanzminister Patow und seinen altliberalen Ministerkollegen gelang das taktische Kunststück, die Reform der Grundsteuer junktimartig mit der Finanzierung der Heeresreorganisation zu verknüpfen.<sup>73</sup> Nach Ablehnung der Grundsteuervorlage im Mai 1860 folgte Wilhelm I. daher den Vorschlägen des Staatsministeriums, das opponierende Herrenhaus politisch unter Druck zu setzen und genehmigte Ende September 1860 einen Pairsschub.<sup>74</sup> Diese zunächst noch moderate Maßnahme sollte dem Herrenhaus, das mehrere Gesetzesvorhaben in Ausführung von Verfassungs-Artikeln blockierte, als Zeichen dienen, den Bogen nicht zu überspannen. Mit einem Pairsschub – der Berufung aufgrund des persönlichen Vertrauens des Monarchen – wurde konkret die Gruppe derjenigen Mitglieder gestärkt, die in aller Regel für Gesetzentwürfe der Regierung stimmen würden. Einschneidender sollte hingegen

<sup>70</sup> Vgl. dazu insbesondere die Kronratssitzungen am 21. und 31.12.1861. Vgl. ferner Haupts, Leo, Die liberale Regierung in Preußen in der Zeit der „Neuen Ära“. Zur Geschichte des preußischen Konstitutionalismus, in: HZ, 227 (1978), S. 45–85, hier S. 81 f.

<sup>71</sup> So wurde Anfang März 1863 von H. Schulze-Delitzsch eine Gesetzesinitiative zur Ministeranklage gestartet und der Entwurf Ende April mit überwältigender Mehrheit angenommen – was freilich nur von demonstrativer Bedeutung war. Das traf auch für den Konnex zu, den R. Gneist in der Indemnitätsdebatte des Abgeordnetenhauses Anfang September 1866 herstellte. Pikanterweise hatte auch Innenminister Eulenburg den Zusammenhang von Indemnität und Ministeranklage in seinen Vorschlägen zur Lösung des Verfassungskonflikts im Schreiben an Bismarck v. 28.6.1866 thematisiert, ohne daß darauf weiter zurückgekommen wurde. Vgl. Rep. 77, Nr. 5700, Bl. 67–68v; ferner Ritter, Gerhard, Die Entstehung der Indemnitätsvorlage von 1866, in: HZ, 114 (1915), S. 17–64, hier S. 26 u. 56–59. – Eine spekulative Einschätzung des Verlaufs des Verfassungskonflikts seit 1862, wenn ein Ministeranklage-Gesetz nach Artikel 61 der Verfassung zustandegekommen wäre, bei Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 66.

<sup>72</sup> Vgl. hierzu die aus den Akten gearbeitete Studie von Pyta, Wolfram, Liberale Regierungspolitik im Preußen der „Neuen Ära“ vor dem Heereskonflikt. Die preußische Grundsteuerreform von 1861, in: FBPG. N.F., 2 (1992), S. 179–247; Amend, Anja, Von der Kunst, eine „Steuerfrage aus einer Parteifrage in eine Finanzfrage zu verwandeln.“ Das preußische Grundsteuergesetz vom 21. Mai 1861 als historisches Kaleidoskop, St. Katharinen 1997, S. 94 ff. (ohne Benutzung von Archivalien); detailliert Spenkuch, Hartwin, Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtags 1854–1918, Düsseldorf 1998, S. 58–86.

<sup>73</sup> Vgl. etwa die Sitzungen am 4.2. und 19.9.1860. Das Paket von vier Gesetzentwürfen zur Grund- und Gebäudesteuer war im Staatsministerium generell unstrittig und bedurfte nur in einigen wichtigen Detailfragen wie der aufwendigen Katastererstellung eingehender ministerieller Beratung.

<sup>74</sup> Vgl. den Kronrat am 20.9. sowie die Sitzung am 2.10.1860.

das Vorhaben der altliberalen Minister sein, die überproportionale Repräsentanz des ritterschaftlichen Klein- bzw. Landadels, der Vertreter des „alten und befestigten Grundbesitzes“ als Rückgrat der konservativen Reform-Blockaden, zu kappen. Ein Mittel dazu war die vorgesehene Halbierung der hundertjährigen Mindestbesitzdauer, was die Zahl der Wahlberechtigten vermehrt und insbesondere den bürgerlichen Rittergutsbesitzern neue Chancen eröffnet hätte. Gegenüber der vom Staatsministerium ausgearbeiteten Revision der Herrenhaus-Verordnung vom Oktober 1854 verhielt sich Wilhelm I. jedoch deutlich zurückhaltender. Er wollte offensichtlich das Herrenhaus nicht weiter provozieren oder gar brüskieren, nachdem die Grundsteuervorlage von der Ersten Kammer Anfang Mai 1861 angenommen worden war. Und als sich die Beziehungen zwischen König und Staatsministerium bis Ende 1861 krisenhaft zuspitzten, behandelte der König die Sache nicht nur dilatorisch, sondern setzte auch eine Entschärfung der Bestimmungen im Entwurf durch.<sup>75</sup> Nach massiven Vorstellungen des altliberalen Innenministers Graf von Schwerin genehmigte Wilhelm I. schließlich die neue Herrenhaus-Verordnung (Präsentationswahl-Reglement) vom 5. November 1861, die der ritterschaftlichen Rechten im Herrenhaus gewisse Zügel anlegte. Eine größere praktische Bedeutung sollte diese Verordnung aber nicht erlangen, da sie nach dem Ende der Neuen Ära aus formalen Gründen einfach nicht angewandt wurde. Eine umgehende Rücknahme dieser Verordnung nach dem Amtsantritt Bismarcks wurde erwogen und doch verworfen, um dem Ansehen des Königs nicht zu schaden. Erst drei Jahre später, am 10. November 1865, trat ein revidiertes Reglement in Kraft.<sup>76</sup>

Die ritterschaftlichen Hoch- und Altkonservativen machten das Herrenhaus erneut zu einer Bastion, an der das für die Liberalen der Neuen Ära wichtige Gesetzesvorhaben zur **Reform des Eherechts** abprallte.<sup>77</sup> Auch hierbei ging es um ein Ausführungsgesetz zu Artikel 19 der Verfassung, der komplementär zur Trennung von Staat und Kirche die **Einführung der Zivilehe** mit Zivilstandsregister vorsah – ob als obligatorische oder als fakultative Zivilehe, war offen und damit strittig geblieben. Allein diese Verfassungsaussage bedeutete für die Konservativen einen Angriff auf ihr legitimistisches Modell vom christlichen Staat im Sinne des Herrenhausmitglieds und Vordenkers Friedrich Julius Stahl; Änderungen des Eherechts gehörten daher konsequent zu ihrem Restaurationsprogramm der 1850er Jahre, um über das Institut der Ehe nicht die Trennung, sondern die Verbindung von Staat und Kirche für das Volk konkret erfahrbar zu machen. Umgekehrt maßten die Liberalen der Eherechtsreform eine Schlüsselstellung für die Säkularisierung von Gesellschaft und Staat und zur Durchsetzung individueller Freiheitsrechte zu. Den Angriff auf die obligatorische kirchliche Trauung starteten die Altliberalen der Neuen Ära gleich Ende 1858, als Prinzregent Wilhelm vom Staatsministerium Maßnahmen gegen die zahlreichen Trauungsverweigerungen evangelischer Geistlicher forderte, die das strenge Ehescheidungsrecht bewahren wollten. Geschickt verknüpften Kultusminister Moritz von Bethmann Hollweg und Justizminister Simons das Problem der Scheidungen mit der Eheschließung durch Einführung der fakultativen Zivilehe.<sup>78</sup> Ihr gemeinsamer Gesetzentwurf wurde bereits Mitte Februar 1859 dem Abgeordnetenhaus vorgelegt und nach begrifflichen Präzisierungen Anfang April 1859 angenommen. Doch seitdem wurden die Entwürfe wegen der Hürde Herrenhaus zwischen den beiden Häusern des Landtags und dem Staatsministerium hin- und hergeschoben, da alle Seiten an ihren Auffassungen zur Zivilehe fest-

<sup>75</sup> Vgl. die Kronräte v. 9.–12.1. sowie am 5.11. und die Sitzung am 3.11.1861.

<sup>76</sup> Vgl. Sitzung am 11.4.1865; ferner Spenkuch, *Das Preußische Herrenhaus*, S. 85 f.

<sup>77</sup> Mit Fragen der Eherechtsreform beschäftigte sich das Staatsministerium ausweislich der Protokolle rund zwei Dutzend Mal in der Zeit der Neuen Ära, davon fünfmal in Kronratssitzungen. Danach war das Thema für die Regierung bis 1866 so gut wie erledigt. – Grundlegende neuere Forschung hierzu: Buchholz, Stephan, *Eherecht zwischen Staat und Kirche. Preußische Reformversuche in den Jahren 1854 bis 1861*, Frankfurt/M. 1981, S. 80–107. Zu einigen sozialgeschichtlichen Aspekten und für die Reichsgründungszeit mehr überblicksartig auch Blasius, Dirk, *Ehescheidung in Deutschland 1794–1945. Scheidung und Scheidungsrecht in historischer Perspektive*, Göttingen 1987, S. 39 ff.

<sup>78</sup> Wilhelm hatte sich gegen die obligatorische Zivilehe ausgesprochen, dem sich das Staatsministerium nachgebend anschloß. Vgl. z. B. die Sitzungen am 11.1. und 11.2.1859 sowie am 9. und 12.2.1862.



hielten. Auch hier verschärften sich die Beziehungen zwischen Regierung und Parlament wiederum, als die Vorlagen in den heraufziehenden Konflikt um die Heeresreform hineingerieten. Und weil angesichts der stark divergierenden Auffassungen, unterstützt von zahlreichen Petitionen, der Kompromiß einer fakultativen Zivilehe keine Aussicht auf Erfolg hatte, zog das Staatsministerium die Vorlage Ende März 1861 ersatzlos zurück. Erst 12 Jahre später, unter den Bedingungen des Kulturkampfes, sollte sich eine gesetzliche Regelung der Eherechtsprobleme anbahnen.

Zu harten Auseinandersetzungen zwischen Herrenhaus, Wilhelm I. und den altliberalen Ministern der Neuen Ära kam es weiterhin in der Frage einer **Kommunalreform**.<sup>79</sup> Konkret ging es dabei um eine Neufassung der Kreisordnung und der ländlichen Polizeiverwaltung in den östlichen Provinzen sowie um eine Novelle zur Städteordnung vom Mai 1853. Dieser Reformansatz zielte – auch in Ausführung der Artikel 42 und 105 der Verfassung<sup>80</sup> – in erster Linie darauf, die grundherrschaftlichen Privilegien bzw. die Macht der Rittergutsbesitzer in den Landkommunen zu stützen, die herkömmliche ständische Gliederung durch ein Repräsentationsprinzip zu ersetzen und letztlich die kommunale Selbstverwaltung partizipatorisch zu stärken. Im Zentrum des Konflikts stand die **Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen**, die sich in den Protokollen des Staatsministeriums rund zwei Dutzend Mal niederschlug und die in der Zeit von Anfang 1860 bis Anfang 1862 zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Innenminister Graf von Schwerin und Wilhelm I. führte, so daß Schwerin seinen Rücktritt anbot.<sup>81</sup> Um die Vorlage im Herrenhaus überhaupt durchzubringen, intervenierte Wilhelm I. von Anfang an vehement gegen die Aufhebung des Virilstimmrechts der Rittergutsbesitzer; ihnen sollte die Hälfte der Kreistagsitze reserviert werden, die andere Hälfte den Landgemeinden und Städten zusammen. Die altliberalen Minister konnten sich damit schwerlich abfinden; gleichwohl legte Schwerin einen moderaten Gesetzentwurf vor, der vom König immer wieder hinausgezögert und nur unwillig unterzeichnet worden war. Doch die übergroße Mehrheit des Herrenhauses war zu keinerlei Änderungen an den bestehenden Kreisordnungen bereit; das bekannte, ergebnislose Spiel des Hin- und Herschiebens von Entwürfen begann von neuem. Und als Wilhelm I. nach dem Ende der liberalen Ära an einer Neufassung der Kreisordnung in seinem Sinne festhielt, folgten die zuständigen Minister bis hin zu Bismarck dem Ratschlag einiger Konservativer, den Entwurf zunächst von den Provinziallandtagen begutachten zu lassen.<sup>82</sup> Damit war das Thema auf die lange Bank geschoben, was der Taktik des Konfliktministers Bismarck gelegen kam. Es sollte erst nach 1866 im Zuge der Verwaltungsintegration der annektierten Länder wieder aufgegriffen werden und schließlich in das Gesetz über die Kreisordnung von 1872 münden.

Die bisher angeführten konfliktreichen Themen dominierten die Beziehungen des Staatsministeriums zum Monarchen wie zum Landtag und prägten die Sitzungen der Minister seit dem liberalen Aufbruch von 1858. Daneben gab es indes eine ganze Reihe anderer Sachthemen, die weniger im Vordergrund der Beratungen des Staatsministeriums standen oder sich als weniger konfliktträchtig

<sup>79</sup> Vgl. den Überblick im Grundlagenwerk von Heffter, Heinrich, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Stuttgart 1969 (1. Aufl. 1950), S. 408–410.

<sup>80</sup> Beide Artikel waren wieder aufgehoben bzw. verändert worden durch die Gesetze v. 24.5.1853 (GS, S. 228/238) und v. 14.4.1856 (GS, S. 353), womit auch die liberalen Kommunalordnungen vom März 1850 ihr Ende fanden. Zur Kommunalverfassung der 1850er Jahre als Ausgangspunkt für die Reformansätze seit 1858 vgl. den Überblick bei Bornhak, Conrad, Preußische Staats- und Rechtsgeschichte, Berlin 1903, S. 473 f.; Heffter, Die deutsche Selbstverwaltung, S. 329 f.; ferner Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 126–128.

<sup>81</sup> Vgl. hierzu vor allem die Sitzungen am 28.2., 3. und 5.11. sowie am 14., 18.–21. und 31.12.1861. – Auch innerhalb des Staatsministeriums war der Gesetzentwurf umstritten; die Position Wilhelms zugunsten der Großgrundbesitzer teilte anfangs namentlich Landwirtschaftsminister Erdmann Graf von Pückler. Vgl. etwa die Sitzung am 22./23.2.1860.

<sup>82</sup> Vgl. Sitzung am 18. und 20.10.1862; ferner Petersdorff, Herman v., Kleist-Retzow. Ein Lebensbild, Stuttgart, Berlin 1907, S. 439; einzelne Hinweise hierzu bei Benzig, Hans Gerhard, Bismarcks Kampf um die Kreisordnung von 1872, Hamburg 1997, S. 43.

erwiesen, die aber ebenfalls die Neue Ära charakterisieren. Von diesen Themen, die gleichfalls auf den Ausbau des Verfassungs- und des sich bildenden Nationalstaats tendierten, seien einige in gebotener Kürze erwähnt.

Für den Bildungsbereich ist der wenig erfolgreiche Versuch des Kultusministers Bethmann Hollweg zu nennen, in Ausführung des Verfassungs-Artikels 26 den **Entwurf** eines allgemeinen **Unterrichtsgesetzes** durchzubringen.<sup>83</sup> Nachdem die Universitäten ausgeklammert worden waren, setzte eine umfassende Regelung die im Detail aufwendige Abstimmung mit anderen Ressorts voraus und stieß sich an zahlreichen heterogenen Strukturen in kommunalen wie kirchlichen Bereichen. So wurde der Gesetzentwurf erst in den letzten Tagen der Neuen Ära in drei aufeinanderfolgenden Sitzungen Anfang März 1862 im Staatsministerium beraten und zur Vorlage im Landtag angenommen.<sup>84</sup> Der nachfolgende Kultusminister Heinrich von Mühler nahm den Entwurf kurzerhand zu den Akten.

Die **Emanzipation der Juden** zumindest ein Stück weit voranzubringen, gehörte ebenfalls zum Reformprogramm der Liberalen seit 1858.<sup>85</sup> Die Brisanz dieses Themas erfuhren die altliberalen Minister gleich seit Anfang 1859, als den – gewiß nicht zahlreichen – jüdischen Rittergutsbesitzern die Ausübung ständischer Rechte erlaubt und infolgedessen das Staatsministerium mit zahlreichen Beschwerden von alteingesessenen Großgrundbesitzern überzogen wurde. Politischen Druck von anderer Seite übte das Abgeordnetenhaus aus, indem es die seit 1859 regelmäßig eingehenden Petitionen des Münsteraner Oberrabbiners Sutro auf verfassungsgemäße Zulassung von Juden zum Staatsdienst ebenso regelmäßig „zur Berücksichtigung“ an das Staatsministerium überwies. Fürsprecher dieser Initiative war vor allem der altliberale Justizminister Bernuth, der sich mit seiner Auslegung der Verfassungsgrundsätze der Artikel 4, 12 und 14 allerdings schwerlich durchsetzen konnte. Angesichts dieser Widerstände bereits im Staatsministerium – namentlich Roons, von der Heydts und Bethmann Hollwegs – blieb sein Versuch, Juden den Zugang zum Justizdienst zu erleichtern, stecken und wurde von seinem Nachfolger Leopold Graf zur Lippe kassiert.<sup>86</sup> Ein neuer Ansatz zur Gleichberechtigung der Juden und ihrer Konfession sollte erst unter den Bedingungen des Norddeutschen Bundes erfolgen.

Angesichts zahlreicher Beschwerden gegen Übergriffe der Verwaltung auf Individualrechte, insbesondere der Polizei in den 1850er Reaktionsjahren, war es für die Liberalen der Neuen Ära ein weiteres wichtiges Anliegen, den gerichtlichen Rechtsschutz gegenüber den Behörden in Richtung einer **Verwaltungsgerichtsbarkeit** zu stärken. Da die Rechtsverhältnisse in den Provinzen stark divergierten, überrascht es kaum, daß das Ergebnis mit dem Gesetz über die Erweiterung des Rechtswegs vom 13. März 1861 eher bescheiden ausfiel. Auch hier hatten die Justizminister,

<sup>83</sup> Vgl. zu den Grundsätzen der Unterrichtsartikel 20–26 auch den Artikel 112 der Verfassung von 1850; dazu Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 120. Ein umfassendes Unterrichtsgesetz in Ausführung zu Artikel 26 der Verfassung sollte in Preußen nicht zustande kommen. Vgl. auch den Überblick von Neugebauer, Wolfgang, Das Bildungswesen in Preußen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts, in: Büsch, Otto (Hrsg.), Handbuch der Preußischen Geschichte, Bd. 2, Berlin, New York 1992, S. 605–798, hier S. 707 ff.

<sup>84</sup> Zu den Entwurfs-Stadien vgl. etwa: Die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Unterrichtswesens in Preußen. Vom Jahre 1817 bis 1868. Aktenstücke mit Erläuterungen aus dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, Berlin 1869, S. 195 ff.; Clausnitzer, L[eopold] u. H. Rosin, Geschichte des Preußischen Unterrichtsgesetzes mit besonderer Berücksichtigung der Volksschule, 6. Aufl., Spandau 1912, S. 202–222.

<sup>85</sup> Neuere einführende Überblicke hierzu bieten etwa Toury, Jacob, Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847–1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation, Düsseldorf 1977, S. 318–321; Brammer, Annegret H., Judenpolitik und Judengesetzgebung in Preußen 1812 bis 1847 mit einem Ausblick auf das Gleichberechtigungsgesetz des Norddeutschen Bundes von 1869, Berlin 1987, S. 383–390.

<sup>86</sup> Vgl. die aufschlußreichen Debatten allein in den Sitzungen am 4.1.1860, 26.2. und 17.4.1861 sowie am 25.1. und 26.2.1862. Grundlegend hierzu die aus den Akten gearbeitete Studie von Strenge, Barbara, Juden im preußischen Justizdienst 1812–1918. Der Zugang zu den juristischen Berufen als Indikator der gesellschaftlichen Emanzipation, München etc. 1996, S. 122–131.

namentlich Bernuth, es mit erheblichen „Bedenken“<sup>87</sup> bereits innerhalb des Staatsministeriums zu tun; das Übrige erledigte wiederum das Herrenhaus. So endete auch dieser Anlauf bei Novellierungs-Entwürfen über die Zulässigkeit des Rechtswegs gegen Polizeiverfügungen (Gesetz v. 11.5.1842) und über die Polizeiverwaltung (Gesetz v. 11.3.1850) sowie über die gerichtliche Verfolgung von Beamten wegen Verletzung ihrer Amtspflichten (Gesetz v. 13.2.1854 in Ausführung des Artikel 97 der Verfassung von 1850).<sup>88</sup> Insbesondere der letztere Bereich war stark umstritten, da es um die inflationäre Praxis der Erhebung von Kompetenzkonflikten durch die vorgesetzten Behörden zugunsten der Beamten ging.<sup>89</sup> Ein rechtsstaatlicher Sprung sollte erst 1875 mit der Errichtung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts erfolgen.

Zu der politischen Machtbeziehung zwischen Monarch/monarchischer Regierung und Parlament gesellte sich als dritter Faktor die Verwaltung. Für die Durchsetzung der Politik des Staatsministeriums kam dabei der **Personal- und Beamtenpolitik** eine Schlüsselfunktion zu, was sich auch in der Zahl der Tagesordnungspunkte spiegelt. Entscheidend war dabei zunächst einmal die Auswahl der höheren, der sog. politischen Beamten, die nach dem Disziplinargesetz von 1852 jederzeit zur Disposition gestellt werden konnten; die zu vollziehenden Ernennungen oder Entlassungen oblagen dem König gemäß Artikel 47 der Verfassung.<sup>90</sup> Im Unterschied zur Manteuffelschen Reaktionsära offenbarte das Staatsministerium der Neuen Ära eine liberalere Haltung gegenüber der politischen Loyalität der Beamten. Das zeigte sich erstens im Zuge des Regierungswechsels Ende 1858, als lediglich zwei hochkonservative, als aktiv regierungsfeindlich bekannte Verwaltungsbeamte zur Disposition gestellt wurden: der Oberpräsident der Rheinprovinz, Hans von Kleist-Retzow, und der Regierungspräsident von Minden, Friedrich Peters.<sup>91</sup> Nachsicht wollten die liberalen Minister zweitens gegenüber denjenigen Beamten zeigen, die 1848/49 regierungsseitig „auffällig“ geworden waren, wie deren politisches Verhalten in der Revolutionszeit zeitgenössisch umschrieben wurde. Doch setzte Wilhelms Revolutionstrauma den Anträgen des Staatsministeriums, auf explizite Loyalitätserklärungen dieser Beamten bei außerplanmäßigen Gehaltserhöhungen oder Beförderungen zu verzichten, enge Grenzen.<sup>92</sup> Drittens ging das Staatsministerium von der Auffassung aus, oppositionelles Wahlverhalten von Beamten nicht als Verletzung der Treuepflicht anzusehen.<sup>93</sup>

<sup>87</sup> So die in den Akten des Staatsministeriums gängige Umschreibung von gravierenden Einwänden bis hin zu Ablehnungen.

<sup>88</sup> Vgl. vor allem die Sitzungen am 7.1.1860, am 1., 7. und 13.3.1861 sowie am 4. und 26.2.1862.

<sup>89</sup> Vgl. hierzu, bereits unter partieller Auswertung von Akten des Justizministeriums, Loening, Edgar, Gerichte und Verwaltungsbehörden in Brandenburg-Preußen. Ein Beitrag zur Preußischen Rechts- und Verfassungsgeschichte, Halle 1914, S. 262–286; den Überblick bei Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 123–125; ferner für die Lage in den 1850er Jahren Fu, Arne, Kompetenzkonflikte im preußischen Recht des 19. Jahrhunderts, Frankfurt/M. etc. 1999, S. 174–191 (ohne Auswertung von Archivalien); Lemmer, Georg, Die Geschichte des preußischen Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte (1847–1945), Aalen 1997, S. 86 ff.

<sup>90</sup> Vgl. Gesetz betr. die nichtrichterlichen Beamten, die Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand v. 21.7.1852 (GS, S. 465), § 87, 2 (Auflistung der höheren Beamtenstellen). Grundlage hierfür war bereits die VO v. 11.7.1849 (GS, S. 271). Das Vorschlagsrecht zur Anstellung der höheren Beamten durch das Staatsministerium war bereits mit KO v. 3.11.1817 betr. die Geschäftsführung bei den Oberbehörden geregelt worden. – Zum Begriff der politischen Beamten vgl. die zeitgenössische zusammenfassende Bemerkung von Lotz, Albert, Geschichte des deutschen Beamtentums, Berlin 1909, S. 439 f.

<sup>91</sup> Vgl. Sitzungen am 13. und 18.11.1858. Am 4.6.1859 wurde ferner der Regierungspräsident von Gumbinnen, Fedor v. Byer(e)n, zur Disposition gestellt.

<sup>92</sup> Anlaß für die Initiativen des Staatsministeriums war die Gehalts-Reklamation des Richters Riel aus Soldin; vgl. Sitzung am 23.7.1859, TOP 4 (Bd. 71, Bl. 131–131v). Vgl. auch Rejewski, Harro-Jürgen, Die Pflicht zur politischen Treue im preußischen Beamtenrecht (1850–1918), Berlin 1973, S. 59 f. und die Dokumente S. 166 f.

<sup>93</sup> So das Wahl-Zirkular des Innenministers Schwerin an die Ober- und Regierungspräsidenten v. 10.10.1861; vgl. die Sitzungen am 30.9. und 5.10.1861 im Kontext des Ekklats zwischen den altliberalen Ministern und Wilhelm I. über einen persönlichen Wahlerlaß des Königs.

All diese Ansätze zu einer liberaleren Beamtenpolitik wurden mit dem Regierungswechsel vom März 1862 wieder zurückgeschraubt.<sup>94</sup> Vor allem aber Bismarck ging sofort bei Übernahme der Regierung im September 1862 und zu Beginn des Verfassungskonflikts zu einer strikten Disziplinierung der Beamten über. Betroffen waren zuerst diejenigen, die als Abgeordnete der Opposition angehörten – und die nach Ansicht des Königs pflichtwidrig und gewissenlos die „gefährvolle Krisis“ Preußens im Herbst 1862 verursacht hätten, in der Wilhelm I. mit seinem Thronverzicht gespielt hatte.<sup>95</sup> In der Tat stellte sich für manche Beamte das seit 1848/50 neue Problem der Vereinbarkeit von Staatsamt und Abgeordnetenmandat. Denn die Staatsdiener hatten seit Einführung der Verfassung 1850 nicht nur den „Eid der Treue und des Gehorsams“ gegenüber dem König zu leisten, sondern auch die „gewissenhafte Beobachtung der Verfassung [zu] beschwören“ (Art. 108).<sup>96</sup> Daraus ergaben sich in praxi eine Reihe von Konflikten, auch solche des Gewissens. Doch darum kümmerte sich Bismarck einstweilen wenig; unter Erfolgsdruck stehend ging es ihm um rasches Handeln. So sollten beispielsweise Beamten-Abgeordnete mit Hilfe eines Gesetzentwurfs über Stellvertretungskosten ebenso eingeschüchtert werden wie mit der strafrechtlichen Verfolgung wegen bestimmter Meinungsäußerungen bzw. Verstoßes gegen Artikel 84 der Verfassung.<sup>97</sup> Gravierender erwies sich die weite Auslegung der Disziplinalgesetze mit dem Ergebnis, daß zahlreiche Beamte „im Interesse des Dienstes“ versetzt oder zur Disposition gestellt wurden. Betroffen waren insbesondere einige Kreisrichter und andere Juristen, die seit dem Vormärz auffallend liberal orientiert und Bismarck besonders verhaßt waren, sowie einige Verwaltungsbeamte überwiegend im Range von Regierungsräten.<sup>98</sup>

Ein neuer Schub in der Beamtendisziplinierung erfolgte in der zweiten Jahreshälfte 1863, als auch zahlreiche Beamte ihren Unmut gegen die Einschränkung der Pressefreiheit durch die spektakuläre Presse-Verordnung vom 1. Juni 1863 äußerten oder gar offen protestierten.<sup>99</sup> Auch Regierungspräsidenten, die sich der altliberalen Regierung der Neuen Ära verbunden fühlten und Anweisungen zur politischen Überwachung von Beamten nicht im Sinne des Staatsministeriums strikt genug anwandten, wurden versetzt oder zur Disposition gestellt.<sup>100</sup>

All diese Maßnahmen gegen oppositionelle Beamte schienen Bismarck nicht zu genügen. Doch mit weitergehenden Initiativen setzte er sich weder im Staatsministerium noch bei Wilhelm I. durch: so mit seinem Vorschlag, die Disziplinalgesetze zu verschärfen und den Kreis der politischen Beamten auszuweiten; mit der Aufhebung von planmäßigen Besoldungserhöhungen etwa von Kreisrichtern oder der Außerkraftsetzung des Anciennitätsprinzips bei Ernennungen bzw. Beförderungen zugunsten eines politischen Treueprinzips; mit einer Verschärfung des Vereinsrechts, etc.<sup>101</sup>

<sup>94</sup> So z.B. in den Ministerial-Erlassen zur Wahl des Abgeordnetenhauses von Anfang Mai 1862; vgl. die Sitzungen am 21., 24. und 31.3.1862. Vgl. auch Rejewski, Die Pflicht zur politischen Treue, S. 60–62.

<sup>95</sup> Die Worte Wilhelms I. fielen im Kronrat v. 20.10.1862. – Zum Problem des Thronverzichts vgl. noch unten Punkt 2 der Einleitung.

<sup>96</sup> Vgl. etwa die Eidesleistungen unmittelbar nach der Thronbesteigung Wilhelms I. Anfang Januar 1861, z.B. Sitzungen am 2., 5., 16. und 30.1. sowie am 12./13.2.1861.

<sup>97</sup> Zum Gesetzentwurf über die Stellvertretungskosten von Beamten, die ein Abgeordnetenmandat übernommen hatten, vgl. die Sitzungen am 29.9., 18. und 20.10 sowie am 6. und 20.12.1862. Zur Debatte über die strikte Anwendung strafrechtlicher Möglichkeiten gemäß Artikel 84 der Verfassung vgl. Sitzung am 19.6.1865.

<sup>98</sup> Vgl. so die Fälle, die bereits in der Kronrats-Sitzung am 20.10.1862 erörtert wurden. – Zu diesem hinreichend erforschten Kapitel der Beamten-Disziplinierung während des Verfassungskonflikts vgl. z.B. bereits Löwenthal, Der preußische Verfassungskonflikt, S. 190 f., 202 f. und 262–265; v.a. Hess, Adalbert, Das Parlament, das Bismarck widerstrebte. Zur Politik und sozialen Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses der Konfliktzeit (1862–1866), Köln, Opladen 1964, S. 104–119 (Namens-Liste von über zwei Dutzend bestraften Beamten: S. 115 bis 119); Rejewski, Die Pflicht zur politischen Treue, S. 62–76; Ormond, Thomas, Richterwürde und Regierungstreue. Dienstrecht, politische Betätigung und Disziplinierung der Richter in Preußen, Baden und Hessen 1866–1918, Frankfurt/M. 1994, S. 32–44.

<sup>99</sup> Vgl. dazu noch unten im Punkt 2 der Einleitung.

<sup>100</sup> Vgl. etwa die Sitzung am 11.6.1863, auf der die Versetzung von vier Regierungspräsidenten beschlossen wurde.

<sup>101</sup> Vgl. z.B. die Sitzungen am 11.6., 16.6. und 24.10.1863, 24.2. und 6.7.1864 sowie am 19.6.1865.

Daß der disziplinarrechtliche Arm auch bis zu liberal gesinnten Ministerialbeamten bzw. Vortragenden Räten reichte, die vereinzelt offen gegen Maßnahmen der Regierung Bismarcks protestierten oder um Entlassung baten, drang seinerzeit weniger an die Öffentlichkeit und ist von der Forschung bislang kaum beachtet worden.<sup>102</sup>

All diese Anordnungen führten im Ergebnis dazu, daß der einstige Beamtenliberalismus als ein Zweig der Bürokratietradition Preußens nach dem Verfassungskonflikt und nach der Wende-Erfahrung von 1866/67 erheblich geschwächt, der etatistisch-konservative Zweig dagegen gestärkt wurde.

Die Beamtenpolitik erschöpfte sich freilich nicht in der politischen Disziplinierung der Staatsdiener. Vielmehr war die Fürsorge originärer Bestandteil staatlicher Wohlfahrtspolitik Preußens. Dieser sozialpolitische Bereich begann etwa bei der Witwen-, Waisen- und Veteranenversorgung von Beamten und deren Angehörigen. Doch als zunehmende Routinegeschäfte des Staatsministeriums gehörten dazu vor allem die zahlreichen **Gehalts- und Pensionsregelungen** inklusive Rekursachen, **Rang- und Titelfragen** bis hin zu **Beförderungen** und generell **Ernennungen**. Und da das Staatsministerium oberste Disziplinarbehörde für Verwaltungsbeamte war, kamen ebenso häufig **Disziplinarsachen** – meist von Subaltern-Beamten – zur Sprache.<sup>103</sup>

Zu den zahlreichen Tagesordnungspunkten in den Sitzungs-Protokollen des Staatsministeriums gehörten schließlich auch die **Ordenssachen und Titelverleihungen**. Waren sie im Vormärz noch kein Beratungsgegenstand, so entwickelten sie sich in der Reichsgründungszeit allmählich zu routinemäßigen Vorgängen<sup>104</sup> Die auffällige quantitative Ausweitung dieser TOP erfolgte dann im Bismarckreich. Das hing nicht nur mit der tendenziell inflationären Verleihungspraxis in der zweiten Jahrhunderthälfte zusammen, vor allem im Wilhelminismus, sondern beruhte auch schlicht darauf, daß das Staatsministerium sich das Vorschlagsrecht für die Verleihungen durch den Monarchen, das bei den einzelnen Ressortministern lag, als Kollegialorgan sicherte.<sup>105</sup> Orden wurden regelmäßig bei den seit 1810 alljährlich stattfindenden Krönungs- bzw. Ordensfesten oder anlässlich von Reisen des Königs in die Provinzen sowie bei Militärübungen verliehen, im Falle der Beamten unregelmäßig bei Dienstjubiläen, Pensionierungen oder für herausragende dienstliche Leistungen. Hinzu kamen die Auszeichnungen anlässlich besonderer Ereignisse wie der Krönung 1861 oder der Kriege von 1864 und 1866. Bei den Titelverleihungen dominierten die Amtstitel, während Titularräte wie Geheim- oder Kommerzienrat im vorliegenden Bearbeitungszeitraum eher selten vorgeschlagen wurden. Symbolische Zeichen monarchisch-staatlicher Anerkennung und gesellschaftlichen Prestiges wie das Orden- und Titelwesen gehören bekanntlich zum Merkmalskatalog der sich herausbildenden und entwickelnden bürgerlichen Gesellschaft des 19. und frühen 20. Jahrhunderts in Preußen-Deutschland. Dieses weite Feld nicht nur funktionalistisch etwa zur staatlichen

<sup>102</sup> Vgl. z.B. den Fall des Geh. Oberregierungsrats im Handelsministerium R. Hoene, der aus Protest gegen einen Wahlerlaß im Herbst 1863 seine Entlassung einreichte, oder den Fall des Regierungsrats im Innenministeriums W. Wohlers, der 1865 wegen seiner liberalen Einstellung und ungeachtet seiner anerkannten Kompetenz nicht in üblicher Weise befördert wurde. Der Unmut auch mancher Ministerialbeamten entzündete sich ferner an der Presseverordnung v. 1.6.1863, auf die noch eingegangen wird. Vgl. z.B. die Kritik des ansonsten regierungsloyalen Geh. Legationsrats im Außenministerium Abeken, Heinrich, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit, Berlin 1898, S. 286. Für eine systematische Auswertung derartiger Fälle sind vor allem die überlieferten Personalakten heranzuziehen.

<sup>103</sup> Grundlage war das bereits oben erwähnte Disziplinar-Gesetz v. 21.7.1852 für nicht-richterliche Beamte; vgl. ferner das entsprechende Gesetz über Dienstvergehen der Richter und die unfreiwillige Versetzung derselben auf eine andere Stelle oder in den Ruhestand v. 7.5.1851 (GS, S. 218), geändert durch Gesetz v. 26.3.1856 (GS, S. 201).

<sup>104</sup> Sie werden in den Regesten deshalb ebenfalls summarisch bezeichnet; vgl. z.B. die Sitzungen am 14. und 18.9.1861 anlässlich der Krönung oder am 2.10.1865. – Zahlreiche Akten zu Ordenslisten wie zu Einzelfällen befinden sich im Bestand Rep. 90, Staatsministerium und Rep. 89, Geh. Zivilkabinett des GStAPK.

<sup>105</sup> Vgl. hinsichtlich der Ordensverleihungen den Beschluß in der Sitzung am 15.9.1866, der den weiteren Vorgang formalisierte. Eine Initiative hierzu hatte Innenminister Eulenburg bereits in seinem Schreiben an Bismarck v. 31.5.1865 ergriffen; vgl. Rep. 90, Nr. 2056, Bl. 21–21v.

Herrschaftssicherung zu begreifen, sondern ebenso als mentalitätsgeschichtliches Phänomen bürgerlicher Gesellschaften empirisch vergleichend zu analysieren, bleibt ein Desiderat der Forschung.<sup>106</sup>

Zusammenfassend dokumentieren die Protokolle sehr deutlich, wie das altliberal dominierte Staatsministerium der Neuen Ära überwiegend mit Gesetzentwürfen und Verordnungen zum Ausbau des Verfassungs- und Rechtsstaats beschäftigt war. Dagegen richtete das konservative Staatsministerium seit 1862, namentlich unter Führung Bismarcks, sein Augenmerk auf die Austragung des Verfassungskonflikts mit der Strategie, das Abgeordnetenhaus möglichst wenig in die konstitutionelle Praxis einzubinden. Dadurch wurde die preußische Gesetzgebung in diesen Jahren weitgehend lahmgelegt. Denn die Stärke der monarchischen Regierung im Konflikt sollte dadurch demonstriert werden, daß das Abgeordnetenhaus als für den Staat funktionslos vorzuführen versucht wurde; in der Sprache Bismarcks: es „absterben zu lassen“.<sup>107</sup>

So überrascht es auch wenig, das einige große Themen der frühen Reichsgründungszeit kaum oder eher am Rande in den Protokollen dieser Zeit behandelt wurden.<sup>108</sup> Das betrifft vor allem den sozio-ökonomischen wie den kommunikations- und integrationsgeschichtlichen Sektor, der diese Epoche als Aufbruch- und Umbruchzeit kennzeichnet. Beispielhaft hierfür ist der Eisenbahnbau anzuführen, der in den Protokollen mehr unter dem räumlichen Aspekt der Linienführung und weniger unter dem der Finanzierungsformen zur Sprache kam<sup>109</sup>. Die Liberalisierung des Gewerbes, von Aktiengesellschaften über den Bergbau bis zum Versicherungswesen, nimmt in den Niederschriften ebenfalls keine herausragende Stellung ein. Zu nennen sind ferner der Ausbau einer leistungsfähigen Gerichtsorganisation und die Rechtsangleichung, insbesondere die Schaffung eines einheitlichen deutschen Zivil- und Strafprozeßrechts.<sup>110</sup> Weitere Beispiele sind die Einführung eines deutschen Handelsrechts<sup>111</sup> bis hin zur Durchsetzung einheitlicher Maß- und Gewichtssysteme – auf den ersten Blick alles weniger spektakuläre Maßnahmen, die aber das Fundament der rechtlichen wie ökonomischen Nationalstaatsbildung darstellten.

## 2. *Zwischen Krisen und Kriegen: Das Staatsministerium am Beginn eines Epochenumbruchs 1858 bis 1866*

Organisation, Aufgaben und Kompetenzen des Staatsministeriums waren seit 1814/17 nur punktuell durch einige wenige Kabinettsordres, Verfügungen und Gesetze explizit geregelt.<sup>112</sup> Auch die Verfassung von 1850 enthielt nichts Grundlegendes zur staatsrechtlichen Stellung des Staatsmini-

<sup>106</sup> Allein die Überlieferungen im GStAPK bieten hierfür eine gute Quellengrundlage. Als ein neueres Beispiel sei verwiesen auf Kaudelka-Hanisch, Karin, *Preußische Kommerzienräte in der Provinz Westfalen und im Regierungsbezirk Düsseldorf (1810–1918)*, Dortmund 1993.

<sup>107</sup> So unter Zustimmung der Minister im Kronrat am 19.6.1865. Vgl. auch Bismarcks Ausführungen im Kronrat am 13.6.1864.

<sup>108</sup> Dazu zählt z.B. der Eisenbahnbau, die zwischenstaatliche Rechtsangleichung im Sinne einer Nationalisierung der Rechtssysteme, Pressepolitik, etc. – Einen Überblick zum Spektrum der im Staatsministerium ausweislich der Protokolle behandelten Themen bietet das Sachregister.

<sup>109</sup> Vgl. dazu Brophy, James M., *Capitalism, Politics, and Railroads in Prussia, 1830–1870*, Columbus/Ohio 1998, S. 135 ff.; zum Bau und zu einzelnen Linien: Stahr, Gerhard (Bearb.), *Eisenbahnen in Preußen 1838–1920. Entwicklung des Streckennetzes*, Berlin 1995.

<sup>110</sup> Vgl. z.B. die Sitzungen am 18. und 31.10.1860, am 12./13.2. und 25.6.1861 zur ZPO und StPO.

<sup>111</sup> Vgl. etwa die Sitzung am 26.4.1861 zur Einführung des HGB.

<sup>112</sup> Grundlage waren die Geschäftsordnung des Staatsministeriums v. 16.4.1817 und die KO v. 3.11.1817 über die Geschäftsführung der Oberbehörden, Punkt VIII (GS 1817, S. 291); vgl. Klein, Ernst, *Funktion und Bedeutung des Preußischen Staatsministeriums*, in: *JbGMOD*, 9/10 (1961), S. 195–261, hier S. 202 f.. Zu den frühen Jahren des Staatsministeriums vgl. die Einleitung von Bd. 1 (1817–1829) dieser Regesten-Edition, bearb. von C. Rathgeber; zu den 1840er Jahren die Einleitung zu Regesten-Band 3, bearb. von B. Holtz.

steriums als Kollektivorgan der Minister.<sup>113</sup> Doch die knappen Aussagen zur formellen Grundlage sagen wenig über die tatsächliche Bedeutung dieses Ministerkollegiums in den jeweiligen Epochen. Zwar blieben de jure die monarchischen Rechte dominant: denn formell bestimmte der König die Organisation des Staatsministeriums; er ernannte und entließ die Minister, die zuallererst ihm verantwortlich waren; politische Entscheidungen ergingen in seinem Namen, nachdem er dazu den zuständigen Ressortminister gehört oder das ganze Ministerkollegium ihn beraten hatte – vom verfassungs-exemten Militär, dessen Oberbefehlshaber der König war, ganz abgesehen. Das Prinzip des Beamtenministeriums, den Willen der Krone zum Ausdruck zu bringen, wurde formell gewahrt. So war und blieb das Staatsministerium ein monarchisches Organ. Mit diesen allgemein bekannten Feststellungen ist seine tatsächliche Rolle indes nicht hinreichend zu beschreiben und zu analysieren. Denn entscheidend waren in praxi die jeweiligen Kommunikationsformen, die Entscheidungsprozesse und letztlich die Machtstrukturen, in deren Kontext der Monarch und die Minister handelten und ihre Fähigkeiten mehr oder weniger stark realisieren konnten. Einige Aspekte hierzu aus der ersten Hälfte der Reichsgründungszeit werden im Folgenden als Baustein für eine noch ausstehende Gesamtgeschichte des preußischen Staatsministeriums vorgestellt.<sup>114</sup>

**Mitglieder des Staatsministeriums** waren neben dem Ministerpräsidenten als Vorsitzenden die acht Ressortminister.<sup>115</sup> Sodann gehörte dazu der einzige Minister ohne Portfeuille im Zeitraum von 1858 bis 1866, Rudolf von Auerswald, der in der Neuen Ära aufgrund seiner Vertrauensstellung zu Wilhelm und angesichts der späteren, häufigeren Abwesenheit des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen weithin die Funktion des Ministerpräsidenten erfüllte. Hinzu kam als Besonderheit im Zuge der Neuorganisation der obersten Marinebehörden der Chef der Admiralität bzw. der Marineverwaltung: Das war zunächst provisorisch in Personalunion der Ministerpräsident Hohenzollern-Sigmaringen. Ihm folgte vom April 1859 bis Dezember 1860 der den Altliberalen nahestehende Vizeadmiral Jan Schroeder, dem ausdrücklich die Verantwortlichkeit und das Stimmrecht eines Ministers verliehen wurde.<sup>116</sup> Danach führte Kriegsminister Roon vorübergehend die

<sup>113</sup> Vom Staatsministerium ist nur in den Artikeln 57, 58 und 63 zur Regentschaft und zu provisorischen Verordnungen mit Gesetzeskraft die Rede. Hinzu kommen die Artikel, in denen es um die Minister geht; vgl. insbesondere die Artikel 44, 45 und 61 zur Verantwortlichkeit der Minister, zu deren Ernennung und Entlassung sowie zur Ministeranklage. Vgl. auch den Überblick bei Rönne, *Das Staatsrecht der Preußischen Monarchie*, Bd. 2/1, S. 67 ff. (bes. S. 69 f.); ähnlich die gedruckte Übersicht über die Ressortverhältnisse der kgl. Ministerien und Zentralbehörden (= Beilage des Staatsanzeigers, Nr. 47, 23.2.1867), in: *Rep.* 76, IIa Sekt. 46 Gen. 1 Bd. 1, Bl. 52; weiterhin die Denkschrift über Organisation und Geschäftsbetrieb des Staatsministeriums v. 24.1.1868 (verfaßt wahrscheinlich von Costenoble für die Regierung Württembergs), Entwurf in: *Rep.* 90, Nr. 393, n.f., wörtliche Wiedergabe auch in: *Fraudendienst*, Werner, Manuskript „Das Preußische Staatsministerium 1808–1918. Organisation und Geschichte“, S. 57–57d, in: *BArch Koblenz, NL Fraudendienst*, Nr. 3. Vgl. ferner Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 3, S. 64–68.

<sup>114</sup> Grundlegende Teilaspekte für das Folgende wurden behandelt von: Hintze, Otto, *Das preußische Staatsministerium im 19. Jahrhundert*, in: *Beiträge zur brandenburgischen und preußischen Geschichte. Festschrift zu Gustav Schmollers 70. Geburtstag*, Leipzig 1908, S. 403–493 (auch in: *Ders., Gesammelte Abhandlungen*, Bd. 3, 2. Aufl., Göttingen 1967); Rietdorf, Fritz, *Das Preußische Staatsministerium im Wandel der preußischen Verfassungsgeschichte*, Göttingen 1939; Klein, *Funktion und Bedeutung des Preußischen Staatsministeriums*; darauf fußend und mit Schwerpunkt auf der Kaiserzeit der Überblick von Hubatsch, Walther, *Das Preußische Staatsministerium von Bismarck bis zum Ende der Monarchie*, in: Hauser, Oswald (Hrsg.), *Zur Problematik „Preußen und das Reich“*, Köln, Wien 1984, S. 165–179.

<sup>115</sup> Vgl. dazu die Minister-Liste am Ende dieses Bandes. – Ehemalige, sog. inaktive Staatsminister waren also nicht Mitglied des Staatsministeriums, wie vor 1848 üblich; vgl. die Einleitung zum *Regesten*-Bd. 3 dieser Editionsreihe, bearb. von B. Holtz, S. 17 f. Auch der Minister des Kgl. Hauses Ludwig von Massow, im Oktober 1856 zum Mitglied des Staatsministeriums mit Stimmrecht ernannt, verlor diese Stellung mit KO v. 6.11.1858; vgl. *Rep.* 90, Nr. 1935, n.f.

<sup>116</sup> Vgl. die Amtseinführung und Eidabnahme in der Sitzung am 19.4.1859 sowie zur Entlassung die Sitzung am 22.12.1860 (dazu die dort angegebenen Quellen- und Literaturhinweise). Fehlerhaft dazu Brysch, Thomas, *Marinepolitik im preußischen Abgeordnetenhaus und Deutschen Reichstag 1850–1888*, Hamburg, etc. 1996, S. 20, 108 und 110 f. – Eine ähnliche Stellung wie Schroeder als Mitglied des Staatsministeriums sollte Anfang 1872 der Chef der Admiralität, Albrecht von Stosch, erhalten mit dem entscheidenden Unterschied, daß er lediglich den Charakter und

Geschäfte der Marineverwaltung, bis diese Mitte April 1861 im neu errichteten Marineministerium aufging und Roon in Personalunion zum Marineminister ernannt wurde.<sup>117</sup>

Von den drei **Ministerpräsidenten** im vorliegenden Zeitraum hatten zwei diese Funktion in praxi nur partiell inne bzw. erfüllten sie lediglich nominell. Das war einmal der bereits genannte Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen<sup>118</sup> vom November 1858 bis März 1862 sowie sein interimistischer Nachfolger bis September 1862, Adolf Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen. Dabei wurde dieses Amt offiziell von Hohenzollern-Sigmaringen weitergeführt und mit Rücksicht auf dessen Gesundheitszustand lediglich kommissarisch bzw. befristet von Hohenlohe-Ingelfingen übernommen.<sup>119</sup> Tatsächlich jedoch nahm Hohenzollern-Sigmaringen seit dem großen Konflikt zwischen der altliberalen Ministermehrheit und Wilhelm I. um die Huldigungsfrage im Juni 1861 nur noch selten an den protokollierten Sitzungen des Staatsministeriums teil. Und Hohenlohe-Ingelfingen war nur an der Hälfte der 45 Sitzungen zwischen März und September 1862 zugegen, ohne durch besondere Redebeiträge hervortreten. Praktisch hatte also Auerswald von Beginn der Neuen Ära an und insbesondere seit Mitte 1861 die Funktionen eines Ministerpräsidenten<sup>120</sup> übernommen, bis er sich angesichts des zugespitzten Konflikts zwischen den altliberalen Ministern um Finanzminister Frh. von Patow und Wilhelm I. seit Januar 1862 ebenfalls von den Sitzungen fernhielt, ja seinen Rückzug aus der Politik einleitete. Die gleiche Aufgabe erfüllte von März bis September 1862 der dienstälteste Minister, Finanzminister August von der Heydt, maßgeblich gestützt von Kriegsminister Roon.<sup>121</sup> Versahen die beiden nominellen Ministerpräsidenten, soweit sie an den Sitzungen des Ministeriums überhaupt teilnahmen, seit der Ära Otto Frh. von Manteuffels ihre Funktion mehr moderierend und vermittelnd ohne anhand der Protokolle erkennbar nennenswerten Einfluß auf die Politik Preußens, so sollte sich dies mit der Berufung Otto von Bismarcks im September 1862 schlagartig ändern.

Die **Ernennung Bismarcks zum Ministerpräsidenten** war bekanntlich Wilhelms letzter Versuch, einen Weg aus der Staatskrise vom Herbst 1862, aus dem offen ausgebrochenen Etat- und Verfassungskonflikt zu finden. Bismarcks Berufung, in den Monaten und Wochen zuvor namentlich von Roon stark gefördert, stieß zunächst sogar bei vielen Konservativen auf verhaltene Skepsis und war von anderen wie den politischen Kreisen um Königin Augusta und Kronprinz Friedrich mehr oder weniger offen bekämpft worden. Auch Wilhelm I. war und blieb zunächst unsicher über seine Entscheidung.<sup>122</sup> Bismarck setzte sich ganz bewußt von der bisherigen Politik namentlich des Ministeriums der Neuen Ära ab und trat mit Paukenschlägen in der politischen Öffentlichkeit des Abgeordnetenhauses auf, womit er beim König durchaus Wohlwollen fand. Doch zugleich irritierte Bismarck politische Freunde und Gegner durch sein ungewöhnliches, unorthodoxes Verhalten und

---

nicht die Kompetenzen eines Ministers verliehen bekam. Stosch sollte zur Entlastung Roons, der als Marineminister entbunden wurde, wirken.

<sup>117</sup> Mit KO v. 16.4.1861 (GS, S. 205); vgl. auch Hubatsch, Walther, Der Admiralstab und die obersten Marinebehörden in Deutschland 1848–1945, Frankfurt/M. 1958, S. 224.

<sup>118</sup> Vgl. Zingeler, K. Th., Karl Anton Fürst von Hohenzollern. Ein Lebensbild nach seinen hinterlassenen Papieren, Stuttgart, Leipzig 1911, S. 96–122.

<sup>119</sup> Vgl. Regest zur Sitzung am 12.3.1862. – Die in der Literatur des öfteren anzutreffende Aussage, daß Hohenzollern-Sigmaringen im März 1862 entlassen wurde, ist demnach nicht völlig korrekt; vgl. so z.B. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 294. Zu den genauen Daten vgl. die Ministerliste am Ende dieses Bandes. – Es war üblich, die Aufgabe von Ministerämtern bzw. Rücktrittsgesuche mit dem Gesundheitszustand zu begründen, oftmals mit Augenleiden. Die Beispiele hierfür sind zahlreich, so etwa das Rücktrittsgesuch von Justizminister Simons; vgl. dazu die Hinweise im Regest zur Sitzung am 22.12.1860.

<sup>120</sup> Auerswald erhielt auch die Besoldung im Range eines Ministerpräsidenten; vgl. die Ernennungsurkunde v. 6.11. sowie die Mitteilung Hohenzollern-Sigmaringens v. 7.11.1858 in: Rep. 92, NL Auerswald, Nr. 2a, n.f.

<sup>121</sup> Im Kronrat am 27.5.1862 wurde von der Heydt explizit als „stellvertretender Vorsitzender“ bezeichnet (Bd. III, Bl. 186v).

<sup>122</sup> Ein Indiz hierfür: Bismarck wurde am 23.9.1862 zunächst nur als Staatsminister ohne Portefeuille und interimistischer Vorsitzender des Staatsministeriums berufen und definitiv zum Ministerpräsidenten und Außenminister am 8.10.1862 ernannt. Zur Berufung Bismarcks vgl. die Regesten zur Sitzung am 24.9. und am 5.10.1862.



seinen neuen Politikstil. Da er indes mit dem Ansatz von Zuckerbrot und Peitsche gegenüber der Opposition nicht so recht vom Fleck kam, blieb Bismarcks Stellung bis Ende 1863 ziemlich unsicher. Viele Liberale und andere Gegner Bismarcks rechneten im Grunde jederzeit mit seinem Scheitern bzw. mit seiner Abberufung; personelle Alternativen wie der Botschafter in Paris, Robert Graf von der Goltz, machten Bismarck politisch zu schaffen.<sup>123</sup> Erst die außenpolitischen und militärischen Erfolge im Verlauf des Krieges gegen Dänemark im Frühjahr 1864 führten für Bismarck die Wende herbei. Seitdem saß er politisch fest im Sattel, seitdem begann sich das auszuprägen, was mit den Ereignissen von 1866/67 zum Durchbruch kommen und 1870/71 erneut bestätigt werden sollte. Der Ministerpräsident entpuppte sich als eine politische Persönlichkeit, die de jure kaum Leitungsfunktionen besaß, de facto aber immer selbstbewußter innerhalb des Ministeriums gegenüber den Ministern und nach außen, auch gegenüber dem König, auftrat: Kraft seiner zunehmenden politischen Kompetenz und charismatischen Autorität, fundamentiert in seinen Erfolgen insbesondere in der Außenpolitik und deutschen Nationalstaatsbildung, übte Bismarck innerhalb des Ministeriums quasi ein Weisungsrecht gegenüber den Ministerkollegen aus und bestimmte weithin die Richtlinien der Politik, ohne daß er formal bzw. verfassungsrechtlich diese Befugnisse überhaupt besaß. Selbstverständlich wußte Bismarck um seine Grenzen im Umgang mit Wilhelm I., dessen monarchische Rechte er ebenso respektierte wie er sie diplomatisch steuerte. Freilich konnte sich Bismarck auch nicht mit allem und gegenüber jedem völlig durchsetzen; politische Spannungen, Reibereien und Zusammenstöße mit machtorientierten, eigensinnigen oder von ausgeprägten Ehrgefühlen geleiteten Ministern waren da nicht zu umgehen. So blieb Bismarck weithin das, als was er begonnen hatte: ein durchsetzungsfähiger Ministerpräsident des Konflikts.

Daß die einen politisch schwach blieben, ausweislich der Sitzungs-Protokolle kaum hervortraten und mehr nominell präsidierten, während andererseits eine Persönlichkeit wie Bismarck die Möglichkeiten dieses Amtes zu nutzen wußte, hatte eine Ursache in der Stellung des Vorsitzenden des Staatsministeriums oder – wie er seit März 1848 formeller bezeichnet wurde – des Ministerpräsidenten. Diese war in der Tat wie die des gesamten Regierungskollegiums staatsrechtlich weithin vage und stand in Konkurrenz zu den einzelnen Ressortministern. Seit der Verfassungsgebung von 1848/50 mußte die monarchische Regierungspolitik auch gegenüber dem Landtag vertreten werden, dessen beide Häuser an der Gesetzgebung mitwirkten. So hatten die Minister, die ihre Ressorts selbständig führten, zumindest eine doppelte Verantwortung: einmal die traditionelle gegenüber dem Monarchen, von dessen Vertrauen sie abhingen und für den sie die Sachverantwortung für Gesetze, Verordnungen, etc. qua Kontratsignatur übernahmen; sodann gegenüber dem Landtag, dem gegenüber sie gewisse Rechenschaftspflichten zu erfüllen hatten, wobei freilich ein förmliches Mißtrauensvotum oder gar ein Rücktrittszwang ausgeschlossen blieb.<sup>124</sup> Angesichts dieser rechtlich abgesicherten Ressortminister blieb dem Ministerpräsidenten die Stellung eines *primus inter pares*. Immerhin wurde seine Position gegenüber den Ministern mit der Kabinettsordre vom September 1852 auch formal-rechtlich ein Stück weit gestärkt: Jenseits aller geschäftsordnungsmäßigen Verfahrensregeln mußte der Ministerpräsident über alle Gegenstände „von Wichtigkeit“ informiert werden, die dieser auf die Tagesordnung der Sitzungen setzen konnte. In diesen Fällen sollten ihm auch die Immediatberichte der Minister vorgelegt werden, bevor sie an den König abgingen. Ebenso war der Ministerpräsident über Immediatvorträge vorher zu unterrichten,

<sup>123</sup> Bismarck stellte als Außenminister im Dezember 1863 dem König die Vertrauensfrage angesichts kamarilla-artiger Einflußnahme in der Krise um die Herzogtümer Schleswig und Holstein. Vgl. das Schreiben Bismarcks an Wilhelm I. v. 1.12.1863 in: Ders., GW, Bd. 14, S. 658.

<sup>124</sup> Dies in Anlehnung an Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 66 f., der von einer dreifachen Ministerverantwortlichkeit spricht und diese unter Hinweis auf die entsprechenden Artikel der Verfassung von 1850 näher begründet.

wobei es ihm freigestellt blieb, anwesend zu sein und seine Position zu vertreten – hiervon ausgenommen blieb nur der Kriegsminister.<sup>125</sup>

Der Wechsel der Ministerpräsidenten in diesen Jahren war zugleich ein **Wechsel des Staatsministeriums** verbunden mit einem **Wechsel des Regierungsprogramms**, ob explizit formuliert oder nur mündlich vage vereinbart. Das zeigte sich gleich beim Übergang von der Regierung Manteuffel auf die Regierung Hohenzollern/Auerswald im November 1858. Vorausgegangen war die Übernahme der Regentschaft durch den Thronfolger Wilhelm.<sup>126</sup> Wegen der Regierungsunfähigkeit des schwer erkrankten Königs Friedrich Wilhelm IV. wurde sein Bruder am 23. Oktober 1857 erstmals mit der dreimonatigen Stellvertretung des Königs beauftragt, die – mehrfach erneuert – nach dem Beschluß des Kronrats vom 20. September 1858 in die Übertragung der Regentschaft am 7. Oktober mündete. Nachdem beide Häuser des Landtags verfassungsgemäß der Regentschaft zugestimmt hatten, leistete Wilhelm vor den Abgeordneten und Mitgliedern des Herrenhauses den Eid auf die Verfassung nach Artikel 58 am 26. Oktober 1858. Daß nunmehr das Ende der Ära Manteuffel unmittelbar bevorstand, war offensichtlich, so bedeckte sich Wilhelm mit Rücksicht auf seinen kranken Bruder auch hielt.<sup>127</sup> Der politische Neuanfang, von einer liberalen Öffentlichkeit euphorisch erhofft, spiegelte sich personell in der Ernennung Hohenzollern-Sigmaringens zum Ministerpräsidenten am 5. November 1858 sowie am folgenden Tag in den Ernennungen von sieben weiteren Politikern konstitutionell-altliberaler Orientierung.<sup>128</sup> Lediglich Handelsminister von der Heydt<sup>129</sup> und Justizminister Simons verblieben in ihren Ämtern und standen für das mehr konservative Element dieses Ministeriums der Neuen Ära. Das Revirement erstreckte sich weiterhin auf eine Reihe wichtiger Ministerialbeamter wie Unterstaatssekretäre und Gesandte. Die politische Kontinuität zu den Regierungsgrundsätzen seines Bruders, eine Absage an die Kamarilla-Politik der Hochkonservativen und die vorsichtige Erwähnung konstitutionell-nationaler Ziele sollten für den Prinzregenten den Kern seines Regierungsprogramms ausmachen: **Wilhelms Ansprache an das Staatsministerium vom 8. November 1858** in seinem Palais (Unter den Linden) in Gegenwart des Generaladjutanten und Chefs des Geh. Militärkabinetts.<sup>130</sup> Das Programm war ebenso gemäßigt konservativ wie vage formuliert, und es enthielt für die maßgeblichen politischen Gruppierungen

<sup>125</sup> KO v. 8.9.1852 in: Rep. 90, Nr. 396, n.f.; auch Rep. 84a (D), Nr. 2047, Bl. 229; gedruckt in: Poschinger, Heinrich v. (Hrsg.), Unter Friedrich Wilhelm IV. Denkwürdigkeiten des Ministerpräsidenten Otto Frh. von Manteuffel, Bd. 2, Berlin 1901, S. 247 f.; ferner Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 6, S. 10. Bekanntlich berief sich später Bismarck bei seiner Entlassung auf diese KO; vgl. Bismarck, Erinnerung und Gedanke, GW, Bd. 15, S. 513. Vgl. dazu auch Rietdorf, Das Preußische Staatsministerium, S. 73–75; Klein, Funktion und Bedeutung des Preußischen Staatsministeriums, S. 219.

<sup>126</sup> Details in: Rep. 90, Nr. 1947, n.f. Vgl. auch: Materialien zur Geschichte der Regentschaft in Preußen, Anfang Oktober bis Ende Dezember 1858, Berlin 1859, S. 1–18. An neueren Darstellungen vgl. detailliert Grünthal, Günther, Das Ende der Ära Manteuffel, in: JbGMOD, 39 (1990), S. 179–219, bes. S. 204 ff.; überblicksartig Börner, Die Krise der preußischen Monarchie, S. 31–38 und 43 f.; ferner Barclay, David E., Anarchie und guter Wille. Friedrich Wilhelm IV. und die preußische Monarchie, Berlin 1995, S. 389–393.

<sup>127</sup> Als ersten hatte Wilhelm den zu ihm auf Gegenkurs gegangenen Innenminister Ferdinand von Westfalen am 7.10.1858 entlassen und vorläufig durch Eduard Flottwell ersetzt. Auf das Thema Ministerwechsel wird noch weiter unten eingegangen.

<sup>128</sup> Vgl. die Ministerliste am Ende dieses Bandes. – Zu personellen Alternativen im Vorfeld der Regierungsbildung vgl. Grünthal, Das Ende der Ära Manteuffel, S. 210–217.

<sup>129</sup> Gegen das Verbleiben von der Heydts im Amt sprachen zahlreiche Geschäftsleute Ende 1858 aus Westfalen, dem Rheinland sowie aus Oberschlesien wegen dessen bisheriger Wirtschaftspolitik. Vgl. so Brophy, Capitalism, Politics and Railroads, S. 140.

<sup>130</sup> Als Schlüsseldokument der Neuen Ära wird es hier als Anhang zur Einleitung abgedruckt. – Im Nachlaß Auerswald (Rep. 92, Nr. 13, n.f.) ist ein Exemplar dieser Ansprache Wilhelm überliefert; dort findet sich auch ein (alt-)liberales Programm (ohne Unterschrift, Datum u. Ort). Es besteht hinreichend Grund zu der Annahme, daß es sich um ein Memorandum aus der Feder Auerswalds handelte als Vorlage für Wilhelms Ansprache. Vgl. dazu auch Grünthal, Günther, Eine „englische Partei“ in Berlin? Sir Robert Morier und die Neue Ära in Preußen, in: Ritter, Gerhard A. u. Wende, Peter (Hrsg.), Rivalität und Partnerschaft. Studien zu den deutsch-britischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Anthony J. Nicholls, Paderborn etc. 1999, S. 29–51, hier S. 45 f.

das, was ihnen wichtig erschien. Doch während es für Wilhelm die Grenzen eines konstitutionellen Gleichgewichtssystem markierte, die er nicht zu überschreiten gedachte, nahmen die liberalen Gruppen das Programm als Ausgangsbasis für die weitere Konstitutionalisierung Preußens, für den Ausbau der Verfassung von 1850 im Sinne der gesetzlichen Ausführung von Verfassungs-, „Versprechen“.<sup>131</sup> Genau das hatten sich innerhalb des Staatsministeriums namentlich Finanzminister Frh. von Patow und Graf von Schwerin, Innenminister seit Juli 1859, sowie von Bernuth, Justizminister seit Dezember 1860, auf die Fahnen geschrieben, so vorsichtig sie zunächst auch zu Werke gingen; doch sollten sie bald zwischen Monarch und Abgeordnetenhaus eingeklemmt sein. Diese unterschiedlichen Interpretationen des November-Programms führten innerhalb des Staatsministeriums, vor allem aber zwischen den altliberalen Ministern und Wilhelm zu Meinungsverschiedenheiten bis hin zu offenen Konflikten seit Frühjahr 1861 und letztlich zum Bruch der Regierung der Neuen Ära.<sup>132</sup>

Der Regierungswechsel im März 1862 verlief dramatisch. Wie bereits dargelegt, betrachteten die altliberalen Minister das Procedere um den Antrag Hagen im Abgeordnetenhaus als parlamentarisches Mißtrauenszeichen. Da auch das Vertrauensverhältnis zum Monarchen seit langem brüchig geworden und das Staatsministerium politisch gespalten war, baten die altliberalen Minister gemeinsam um ihre Entlassung. Sie entsprach auch Wilhelms I. Intentionen. Doch damit der Vorgang nicht im parlamentarischen Lichte erschien, achtete er strikt auf eine konstitutionell-monarchische Form des Regierungswechsels: Wilhelm sprach den Ministern sein Vertrauen aus, wies also das Entlassungsgesuch zurück und ließ vielmehr das Abgeordnetenhaus auflösen; die altliberalen einerseits und die konservativen Minister andererseits sollten sodann kurzfristig jeweils eine „Denkschrift“ verfassen, in denen sie das weitere Vorgehen und ihre Auffassungen über Wilhelms Regierungsgrundsätze darzulegen hatten; gleichzeitig präsentierte Wilhelm den neuen, interimistisch ernannten Ministerpräsidenten Adolf Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen; aufgrund ihrer „Denkschrift“ entließ er schließlich die Altliberalen am 17./18. März<sup>133</sup> aus ihren Ämtern; es folgte das weitere Revirement unter maßgeblichem Einfluß von der Heydts.<sup>134</sup> Auch diesem neuen Ministerium Hohenlohe-Ingelfingen/von der Heydt unterbreitete Wilhelm I. programmatische Regierungsgrundsätze, basierend auf seinem November-Programm von 1858, um die Minister auf seine Auffassung von monarchischer Herrschaft unter konstitutionellen Bedingungen zu verpflichten und den verbreiteten „Irrtum [...], was parlament[arische] Regierung bedeutet“ anstelle parlamentarischer Gesetzgebung, zu korrigieren.<sup>135</sup>

Zum Regierungswechsel im September 1862 ist bereits einiges oben im Kontext des Verfassungskonflikts gesagt worden. Diesmal stand Preußen am Rande einer Staatskrise, in der Wilhelm I. mit seiner Abdankung ebenso spielte wie er sie ins Kalkül ziehen mußte. Auf seinen letzten Versuch, zur Durchsetzung der Heeresreform auch ohne gesetzlich festgestellten Etat mit Hilfe der verfassungsrechtlich umstrittenen Konstruktion der „Lückentheorie“ regieren zu müssen, ließ sich allein

<sup>131</sup> Vgl. dazu Manca, Anna Gianna, Konstitutionelles und antikonstitutionelles Verfassungsverständnis in Preußen um die Mitte des 19. Jahrhunderts, in: FBPG, N.F. 8 (1998), S. 203–235 (bes. die Auflistung S. 214).

<sup>132</sup> Vgl. dazu vor allem die Sitzung am 17.6. und den Kronrat am 3.7.1861 anläßlich des Huldigungskonflikts, ferner die Sitzungen am 30.9. und 3.11. sowie den Kronrat am 5.11.1861 im Zusammenhang mit der Kontroverse über einen persönlichen Wahlerlaß Wilhelms I.

<sup>133</sup> Der Ministerwechsel erfolgte am 18. März. Wegen der für Wilhelm I. historisch belasteten Erinnerung an den 18. März 1848 ließ er die Entlassungs- und Ernennungsurkunden auf den 17. März datieren. Vgl. die Anmerkungen zu den Sitzungen am 14. und 19.3.1862.

<sup>134</sup> Zum Regierungswechsel im März 1862 vgl. detailliert die Sitzungen zwischen dem 7. und 19. März.

<sup>135</sup> Zu den Regierungsgrundsätzen Wilhelms I. vgl. die KO v. 17. und 19.3.1862 in: Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 118–119v; Ringhoffer, Karl (Hrsg.), Im Kampfe für Preußens Ehre. Aus dem Nachlaß des Grafen Albrecht v. Bernstorff, Berlin 1906, S. 528 f. Vgl. weiterhin die Hinweise in den Regesten zu den Sitzungen am 14. und 19.3.1862. – Das Zitat Wilhelms aus seinem Schreiben an von der Heydt v. 3.6.1862 in: Schultze, Johannes (Bearb.), Kaiser Wilhelms I. Briefe an Politiker und Staatsmänner, Bd. 2, Berlin, Leipzig 1931, Dok. 332, S. 187.

eine Person wie Bismarck ein. Dieser wollte sich während des legendären Berufungsgesprächs im Schloßpark von Babelsberg am 22. September 1862 angesichts der Krise nicht vom König an die Leine programmatischer Regierungsgrundsätze nehmen lassen. Nach Bismarcks Darstellung wischte er es sinngemäß mit der Bemerkung beiseite, daß es in dieser Lage nicht um ein detailliertes Regierungsprogramm gehe, sondern um „Königliches Regiment oder Parlamentsherrschaft“. Im übrigen verstehe er sich nicht als „konstitutioneller Minister“, sondern als „Eurer Majestät Diener“, der „Allerhöchster Befehle in letzter Instanz auch dann befolge, wenn dieselben meinen persönlichen Auffassungen nicht entsprechen“.<sup>136</sup> In der Krisenlage des preußischen Herbstes 1862 waren das Worte nach dem Herzen des Königs, die seine Vorbehalte gegen Bismarcks Ernennung aus dem Weg räumten.<sup>137</sup> Er wollte den Unterschied, ja den Bruch mit dem Ministerium der Neuen Ära deutlich vor Augen führen. Und er wollte freie Hand haben, um Wilhelms Heeresreform durchsetzen und die innenpolitische Pattsituation des Verfassungskonflikts zugunsten der Krone auflösen zu können. Bismarcks Worte kennzeichnen weder seine Auffassung über die Stellung als Ministerpräsident noch sein tatsächliches Verhalten, wenn sie auch einen wahren Kern enthielten. Wie bereits oben dargelegt: Der König herrschte nicht nur, sondern regierte auch ein gutes Stück selbst – aber es geschah seit 1862/63 in wesentlichen Dingen fast immer so, wie Bismarck es mit Unterstützung der übrigen Minister „vorgeschlagen“ hatte. Im übrigen bestand die vornehmste Aufgabe des Staatsministeriums für ihn darin, die Rechte der Krone gegenüber dem Landtag, insbesondere gegenüber dem Abgeordnetenhaus zu behaupten. Bedingung hierfür war für Bismarck eine enge persönliche Kommunikation mit dem Monarchen – und nicht zugleich mit Abgeordneten, wie es ansatzweise die altliberalen Minister probiert hatten. Doch wenn es Bismarcks Zielen diene, hielt auch er enge Verbindungen zu Parlamentariern, um etwa angesichts außenpolitischer Prioritäten innenpolitische Lösungen des Verfassungskonflikts zu sondieren.

So wie der Ministerpräsident formell *primus inter pares* war, so leiteten die einzelnen Minister ihre Ressorts selbständig und waren nur dem Monarchen unmittelbar verantwortlich. Waren sie innerhalb des Kollegiums Staatsministerium *de jure* gleichgestellt, so gab es doch konstitutionell bedingte Abweichungen. Eine **Sonderstellung** nahm bekanntlich der **Kriegsminister** ein. Seine Amtsbefugnis war von Exemtionen durchlöchert, da das Militär extrakonstitutionellen Status besaß und der Monarch gemäß Artikel 46 der Verfassung von 1850 den Oberbefehl innehatte. Die Kompetenzen des Kriegsministers erstreckten sich dabei nicht auf Kommandosachen, sondern lediglich auf die Militärverwaltung – ein Dualismus, der zum verfassungsrechtlichen Kern des Heereskonflikts gehörte.<sup>138</sup> Die Verfechter der monarchischen Rechte achteten daher genau darauf, was im Staatsministerium behandelt wurde bzw. nicht besprochen werden sollte. Namentlich Edwin Frh. von Manteuffel als Chef des Geh. Militärkabinetts<sup>139</sup> strebte danach, den konstitutionellen Geschäftsgang und auch die Zuständigkeiten des Kriegsministers zu begrenzen, so daß Reibereien zwischen ihm und dem altliberalen Kriegsminister Bonin, aber auch mit dem konservativen Roon an der Tagesordnung waren. Bonin, der sich während des Italien-Krieges und zu Beginn der Heeresreform zu sehr im Gegensatz zum Prinzregenten wähnte, zog alsbald die Konsequenzen und

<sup>136</sup> Zitiert nach Bismarck, Erinnerung und Gedanke, GW, Bd. 15, S. 179; ferner nach dem Schreiben Bismarcks an Wilhelm I. v. 1.12.1863 in: GW, Bd. 14, S. 658. Vgl. auch die Hinweise in dem Regest zur Sitzung am 24.9.1862.

<sup>137</sup> Nachträglich versuchte Wilhelm I. doch noch, Bismarck an sein Regierungsprogramm zu binden, ohne daß es für ihn irgendeine besondere Bedeutung gehabt hätte. So schrieb Wilhelm am 30.5.1863 an Bismarck, daß er an seinem politischen „Glaubensbekenntnis“ v. 8.11.1858 weiterhin festhalte und es „ausgeführt“ werden solle, sobald politisch wieder „Ruhe zurückgekehrt ist.“ Vgl. Berner, Ernst (Hrsg.), Kaiser Wilhelms des Großen Briefe, Reden und Schriften, Bd. 2, Berlin 1906, Dok. 329, S. 64 f.

<sup>138</sup> Dieser Dualismus spiegelte sich auch in der doppelten Eidesleistung des Kriegsministers: Als Offizier hatte er den Eid auf den Monarchen als obersten Kriegsherrn geleistet, als Minister auch auf die Verfassung. Grundlegend hierzu: Meisner, Heinrich Otto, Der Kriegsminister 1814–1914. Ein Beitrag zur militärischen Verfassungsgeschichte, Berlin 1940; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 76–78.

<sup>139</sup> Vgl. dazu Schmidt-Bückeberg, Das Militärkabinet der preußischen Könige, S. 57–96.

trat Anfang Dezember 1859 zurück.<sup>140</sup> Die Ernennung Roons, berufen zur Durchsetzung von Wilhelms Heeresreform, sollte indes die Wirkung eines Keils im Staatsministerium der Neuen Ära entfalten. Hielt er sich in den Sitzungen ausweislich der Protokolle zu vielen Tagesordnungspunkten im allgemeinen mit Äußerungen zurück, so trat er seit dem Frühjahr 1861 als starker Verfechter der monarchischen Rechte gegen die konstitutionellen Intentionen seiner altliberalen Kollegen auf. In den Konflikten und Krisen zwischen dem Staatsministerium und dem Monarchen stützte Roon die Position Wilhelms I. nachdrücklich, stellte mit Immediatberichten und -vorträgen seine politischen Ansichten in den Vordergrund, arbeitete den Altliberalen zusehends entgegen und scheute sich schließlich auch nicht, ihre Entlassung zu empfehlen.<sup>141</sup> Zusammen mit Finanzminister von der Heydt bildete Roon 1862 die Stütze des Übergangsministeriums Hohenlohe-Ingelfingen. Und als von der Heydt und Außenminister Graf von Bernstorff es in der Herbstkrise 1862 ablehnten, ohne gesetzmäßigen Etat zu regieren, hatte Roon die Berufung Bismarcks bereits eingefädelt. Fundiert durch ähnliche politische Grundauffassungen, verband beide eine Freundschaft, die durch die militärischen und außenpolitischen Erfolge seit 1864 besiegelt wurde. Konnte sich Bismarck als Ministerpräsident auf Roon verlassen, so war sich Letzterer der Unterstützung des Ministerpräsidenten für seine militärischen Ziele sicher. Wie in den Protokollen hinreichend deutlich wird, herrschte zwischen beiden eine hohe politische Interessenidentität.

Eine weitere **Sonderstellung** innerhalb des Staatsministeriums hatte aufgrund der monarchischen Prerogative der **Außenminister**. Daß trotzdem vergleichsweise häufig außenpolitische Themen in den Protokollen zur Sprache kommen, hing bekanntlich mit den Verwicklungen der nationalen, Deutschen Frage im europäischen Mächtegleichgewicht zusammen, die seit dem Italien-Krieg einen neuen Schub erhielt. Der altliberale Außenminister und Vertraute des Königlichen Hofes von Schleinitz hatte in dieser Krisensituation keine gute Figur gemacht und trat schließlich sein Amt im Oktober 1861 an Graf Bernstorff ab.<sup>142</sup> Dieser verstärkte die konservative Gruppe innerhalb des Staatsministeriums um Roon und von der Heydt. In der Herbstkrise 1862 nahm Bernstorff das budgetlose Regieren zum Anlaß, seinen Abschied einzureichen, zumal es ihn wieder auf den Posten eines Botschafters nach London zog.<sup>143</sup>

Schließlich hatte auch der **Finanzminister** eine **Sonderstellung** seit 1852 insofern inne, als er in Etatfragen nicht überstimmt werden konnte und im Konfliktfall die Entscheidung des Königs herbeiführen sollte.<sup>144</sup> Dem Finanzminister als Chef eines Querschnittsressorts in Etatfragen kam damit eine Schlüsselstellung zu, die im Regierungsalltag zu mannigfachen Auseinandersetzungen führte – der Konflikt um die Finanzierung der Heeresreform ist nur ein, allerdings herausragendes Beispiel. Insbesondere der altliberale Finanzexperte von Patow erwies sich von Anfang an als wortführende, durchsetzungsfähige und wenig konfliktscheue Persönlichkeit – und zusammen mit Innenminister Graf von Schwerin und Justizminister von Bernuth eine Leitfigur des Whig-Ministeriums der Neuen Ära, während die Stellung des als stellvertretenden Ministerpräsidenten fungierenden von Auerswald zumindest ausweislich der Protokolle unauffällig und blaß blieb.<sup>145</sup> Eine starke Position hatte auch Patows konservativer Nachfolger von der Heydt im Übergangsministerium 1862 inne und erneut seit Juni 1866. Dagegen fiel Karl von Bodelschwingh als Finanzminister

<sup>140</sup> Zu den Rücktrittsgründen vgl. die Hinweise im Regest zum Kronrat am 3.12.1859.

<sup>141</sup> Verwiesen sei aus Platzgründen auf die Anmerkungen der jeweiligen Regesten seit der Märzkrise 1861. Vgl. beispielhaft Roon, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 38–44 und 52–54. Vgl. auch Bismarcks Lob auf Roon, während er von den meisten anderen Ministern seit 1862 abfällig sprach, in: Bismarck, Erinnerung und Gedanke, GW, Bd. 15, S. 206.

<sup>142</sup> Vgl. die Hinweise im Regest zur Sitzung am 3.11.1861.

<sup>143</sup> Vgl. die Hinweise in den Regesten zur Sitzung am 19., 24. und 27.9.1862.

<sup>144</sup> Vgl. die KO v. 15.2.1852 im Anschluß an den Kronrat vom gleichen Tag, in: Rep. 90, Nr. 393, n.f.; ferner Rietdorf, Das Preußische Staatsministerium, S. 68 f.

<sup>145</sup> Ob und inwieweit Auerswald als Vertrauter Wilhelms die politischen Fäden mehr im Hintergrund zog, bleibt genauer zu untersuchen. – Daß Bethmann Hollweg, Auerswald und von der Heydt „die energischsten Persönlichkeiten“ im Staatsministerium der Neuen Ära gewesen seien bzw. eine „Schlüsselrolle“ spielten, läßt sich anhand der Protokolle nicht bestätigen. Vgl. so z.B. Mommsen, Wolfgang J., Das Ringen um den nationalen Staat. Die Gründung und der innere Ausbau des Deutschen Reiches unter Otto von Bismarck 1850 bis 1890, Berlin 1993, S. 103 und 121.

unter Bismarck deutlich ab. Er trat Anfang Juni 1866 zurück, um die finanzielle Mobilmachung und damit den Krieg gegen Österreich nicht verantworten zu müssen.<sup>146</sup>

Die personelle Fluktuation im Staatsministerium, die Zahl der **Ministerwechsel** war im gesamten Zeitraum von 1858 bis 1866 im Vergleich zu anderen Jahren oder Epochen eher hoch. Das lag vor allem an den Konflikten um die Reformprojekte der Neuen Ära sowie am Heeres- und Verfassungskonflikt, die zu den spektakulären Revirements im März und September 1862 führten. Doch darüber hinaus lohnt es, einzelne Fälle näher zu betrachten. Der frühe Wechsel im Innenministerium von Eduard Flottwell zu Graf von Schwerin Anfang Juli 1859 lag darin begründet, daß Flottwell das Amt nach der vorgezogenen Entlassung Westphalens Anfang Oktober 1858 nur auf Drängen des Prinzregenten und von vornherein auf wenige Monate befristet übernommen hatte.<sup>147</sup> Der neue Minister des Innern, das altliberale Schwergewicht Schwerin war ähnlich wie Patow ein Motor liberal-konstitutioneller Reformprojekte, scheute dabei seit 1860/61 keine Konflikte mit Wilhelm und bot mehrfach seinen Rücktritt an.<sup>148</sup> Dagegen beruhte die Entlassung des aus der Ära Manteuffel übernommenen Justizministers Simons im Dezember 1860 auf dessen Verwicklungen in die Affäre um den Berliner Polizeidirektor Stieber.<sup>149</sup>

Daß einzelne Minister den Monarchen um ihre Entlassung baten, war nicht neu. Außergewöhnlich war indes, daß die altliberalen Minister in kritischen Situationen gemeinsam ihren Rücktritt anboten mit dem Ziel, ihren politischen Forderungen Nachdruck zu verleihen: so etwa auf dem Höhepunkt des Konflikts um die Huldigungsfrage im Juni 1861.<sup>150</sup> Und die Form des gemeinsamen Rücktritts in der März-Krise 1862 wurde von Wilhelm I. zunächst als unkonstitutionell zurückgewiesen.<sup>151</sup>

Diese Beispiele charakterisieren die Tendenz des altliberal dominierten Staatsministeriums, sich aus der engen Bindung an den Monarchen zu lösen, mehr Eigen- und Selbständigkeit an den Tag zu legen und so gemeinsam als Regierungsorgan mehr Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Wie der Verlauf der vielen Kontroversen und Konflikte von 1861/62 zeigte, sollten die altliberalen Minister damit einige bemerkenswerte Erfolge erzielen, stießen letztendlich aber bei Wilhelm I. auf Widerstand.

In diesem Zusammenhang ist auch die protokollierte **Beschlußfassung** in den Sitzungen des Staatsministeriums von Interesse. Grundsätzlich ist zunächst daran zu erinnern, daß Beschlüsse des Staatsministeriums formalrechtlich lediglich den Charakter von Empfehlungen für die Entscheidungsfindung des Monarchen hatten. Erst wenn die monarchische Anordnung durch Kabinettsordre verbindlich wurde und zur Vollstreckung anstand, übernahm der konstitutionelle Minister mit seiner Kontrasignatur die Verantwortung für den so zustande gekommenen exekutiven Akt.<sup>152</sup> Das sicherte dem einzelnen Minister einen gewissen souveränen Spielraum bei Abstimmungen über strittige Fragen im Ministerkollegium. Wie erwähnt, sah die Praxis etwas anders aus, da der Monarch vertrauensvoll den meisten Empfehlungen seiner Minister folgte, unter Bismarck seit 1864 tendenziell mehr als unter dem Staatsministerium der Neuen Ära. Überhaupt läßt sich diese Phase von 1858 bis 1862 mit einer häufigen Vertagung der Beschlußfassung kennzeichnen; darüber hinaus kam es des öfteren zu knappen Majoritätsentscheidungen und einzelnen Kampfab-

<sup>146</sup> Vgl. die Hinweise im Regest zum Kronrat am 4.6.1866.

<sup>147</sup> Vgl. die Hinweise im Regest zur Sitzung am 13.7.1859.

<sup>148</sup> So bereits beim Eklat um den Gesetzentwurf zur Kreisordnung; vgl. die Hinweise im Regest zum Kronrat am 28.2.1861.

<sup>149</sup> Vgl. die Hinweise in den Regesten zu den Sitzungen am 27.11. und 28.12.1860.

<sup>150</sup> Vgl. den Hinweis im Regest zur Sitzung am 17.6.1861. – Nach Roon, Denkwürdigkeiten, Bd. 1, S. 395, sollen die altliberalen Minister zu Beginn ihrer Regierung vereinbart haben, bei der „unfreiwilligen Entlassung“ eines Ministers gemeinsam zurückzutreten. Im Fall des Rücktritts Bonins Ende 1859 taten sie es aber nicht.

<sup>151</sup> Vgl. Wilhelms I. Bemerkungen zur Form des Rücktritts im Kronrat am 8.3.1862.

<sup>152</sup> Zum Beschlußfassungsrecht vgl. bereits Hintze, Das preußische Staatsministerium, S. 482–485; Rietdorf, Das Preußische Staatsministerium, S. 60–68.

stimmungen über brisante Reformprojekte, wobei dem Ministerpräsidenten bei Stimmgleichheit die Entscheidung zufiel (Mehrstimmrecht).<sup>153</sup> Allerdings herrschte offensichtlich die Auffassung vor, Kampfabstimmungen möglichst zu vermeiden, um das Gefühl für die Einmütigkeit und Solidarität im Kollegium nicht unnötig zu belasten.

Majoritätsbeschlüsse wurden von den einzelnen Ministern prinzipiell als bindend angesehen. Gleichwohl nahmen sie in zahlreichen Fällen für sich das Recht in Anspruch, ihre Minderheitsposition entweder im gemeinsamen Immediatbericht des Staatsministeriums, in Separatvoten oder persönlich im Immediatvortrag dem König zur Kenntnis zu bringen, ggf. sogar eine Revision der Beschlußlage herbeizuführen.<sup>154</sup>

Ferner wurden Meinungsverschiedenheiten zwischen zwei oder mehreren Ministern des öfteren mit Abstimmungen erledigt. Schließlich gab es auch eine Reihe von Beschlüssen des Staatsministeriums, die mehrheitlich gegen den bekannten Willen des Monarchen gefaßt wurden. Das war wiederum vor allem bei den strittigen Reform-Gesetzentwürfen der Neuen Ära der Fall. So genehmigte Wilhelm I. Ende Februar 1861 nach langem Ringen und gegen seine Überzeugung die Vorlage des Gesetzentwurfs zur Kreisordnung im Landtag, wies aber ausdrücklich die politische Verantwortung hierfür allein dem Staatsministerium zu.<sup>155</sup> Das mag das Selbstbewußtsein der altliberalen Minister und ihr Ansehen bei den liberalen Mehrheitsgruppen im Abgeordnetenhaus erhöht haben, trug aber in weiteren Fällen dazu bei, das konstitutionell notwendige Vertrauensverhältnis zum Monarchen auszuhöhlen – das Ergebnis vom März 1862 ist bekannt.

All diese Fälle dürfen freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die weit überwiegende Mehrheit der im Staatsministerium gefaßten Beschlüsse einmütig erfolgte; ganz abgesehen davon, daß viele Entscheidungen im Umlaufverfahren durch Votenwechsel getroffen wurden.<sup>156</sup>

Was das **Verhältnis zwischen dem Staatsministerium und dem Monarchen** betrifft, so ist hier am Beispiel von Konflikten, Krisen und Kriegen oder der Stellung des Ministerpräsidenten Wesentliches bereits angeklungen. Hervorzuheben bleibt der Vertrauensbruch zwischen Wilhelm I. und dem altliberal geführten Staatsministerium der Neuen Ära im Frühsommer 1861, der durch den **Konflikt um die Erbhuldigung** eintrat:<sup>157</sup> Als Wilhelm I. Anfang 1861 nach dem Tod seines Bruders den Thron bestiegen hatte, wollte er sich nach alter Tradition von den Ständen auf Provinziallandtagen in Treue und Gehorsam huldigen lassen, wie zuletzt beim Regierungsantritt Friedrich Wilhelms IV. 1840 geschehen. Patow und Bernuth hielten den Huldigungseid jedoch für unvereinbar mit der Verfassung von 1850, dem sich die übrigen Minister anschlossen – mit Ausnahme Roons. Erschien bereits das dem neuen König höchst ärgerlich, so hielten ihm seine „Berater“ außerdem noch vor, er behandle die Reform-Gesetzentwürfe dilatorisch und vergebe damit zukünftige Wahlchancen. Daraufhin ließ Wilhelm sich ausdrücklich versichern, daß das Staatsministerium „parlamentarische Regierung“ nicht mit „parlamentarischer Gesetzgebung“ verwechsle. Die Wogen schlugen hoch in diesen Juni-Wochen; es war vom Rücktritt des gesamten Ministe-

<sup>153</sup> Beispiele für knappe Mehrheitsentscheidungen: Sitzungen am 3.5.1859 (TOP 6), am 4.1.1860 (TOP 3) oder am 6.11.1866. Das Mehrstimmrecht des Ministerpräsidenten wurde z.B. in der Sitzung am 16.1.1865 (TOP 1) oder am 23.1.1866 ausgeübt. – Weitere grundsätzliche Details zum Beschlußfassungsrecht im Staatsministerium in: Rep. 90, Nr. 396, n.f. (u.a. ein Promemoria Costenobles v. 15.1.1867).

<sup>154</sup> Im Fall der brisanten Reform der Oberrechnungskammer beispielsweise trugen Patow und von der Heydt die Mehrheits- und Minderheitspositionen des Staatsministeriums bei Wilhelm I. persönlich vor. Zuvor hatte Wilhelm bereits eine Mehrheitsentscheidung über die Fassung eines wichtigen Paragraphen des Entwurfs als nicht ausreichend zurückgewiesen und es auch abgelehnt, die Entscheidung darüber selbst zu treffen. Vgl. die Hinweise in den Regesten zu den Sitzungen am 11., 15. und 18.1.1862.

<sup>155</sup> Vgl. den Kronrat am 28.2.1861.

<sup>156</sup> Aus diesen Gründen sowie in seinerzeit für die Ministerialverwaltung wichtigen Fällen sind in den Akten des Staatsministeriums und anderer Ressorts förmliche Beschlüsse überliefert. Vgl. z.B. die Hinweise im Regest zur Sitzung am 3.1.1859, TOP 5; Sitzung am 30.11.1864 (Prot.-Bd. 76, Bl. 130).

<sup>157</sup> Zum Folgenden vgl. die Hinweise in den Regesten zu den Sitzungen am 17.4., am 7., 8.–13., 17., 25. und 26.6. sowie zum Kronrat am 3.7.1861.

riums wie von Abdankung die Rede.<sup>158</sup> Schließlich fügte sich Wilhelm unwillig in den Kompromiß einer **Krönung**, der ersten seit 1701 und zugleich der letzten in Preußen. Sie wurde in der Tradition Friedrichs I. am **18. Oktober 1861 in Königsberg** zelebriert. Wilhelm I. inszenierte sie demonstrativ als Selbstkrönung aufgrund von Gottesgnadentum und somit als deutliche Spitze gegen die Liberalen.<sup>159</sup>

Wilhelm I. war im vorliegenden Zeitraum alles andere als ein schwacher Monarch. Die Verteidigung und Ausübung der monarchischen Prerogative im Rahmen der Verfassung von 1850 gehörte für ihn zum Kern preußischer Staatstradition. Wilhelm war nicht nur zentraler Entscheidungsträger in Fragen über Krieg und Frieden, sondern nahm auch kräftigen Einfluß auf Schlüsselprobleme der anderen Politikbereiche. Die verschiedenen Kommunikationsformen zwischen Monarch und Staatsministerium zur Entscheidungsfindung der Exekutive sind bereits angesprochen worden. Eine in formeller Hinsicht wie in praxi wichtige Form war der **Conseil** bzw. **Kronrat**<sup>160</sup>: Sitzungen des Staatsministeriums unter dem Vorsitz des Königs, wie sie seit 1848/49 üblich geworden waren. Diese Besprechungen setzte formell der König an, die Initiative dazu konnte indes auch vom Ministerpräsidenten ausgehen. Abgesehen von wenigen Routinesachen wie Begnadigungen in Fällen von Todesurteilen wurde auf diesen Sitzungen in aller Regel politisch Elementares, ja Brisantes besprochen. Kronräte fanden daher zu wichtigen Gesetzesvorhaben, zu den Kontroversen und Krisen zwischen Staatsministerium und Monarch, zum Heeres- und Verfassungskonflikt sowie zu einigen außenpolitischen Fragen und Krisen bis hin zu den Kriegen von 1859, 1864 und 1866 statt. Die relativ hohe Anzahl und zeitweise Dichte von Kronräten spiegeln daher auch die politisch konfliktreichen Phasen und Wendereignisse wider, denn Wilhelm I. machte von diesem spezifischen Beratungsinstitut zwar nicht gleichmäßigen, aber doch regen Gebrauch. Zu den Kronräten kam eine Vielzahl „engerer“ Kronräte hinzu, zu denen Wilhelm neben dem Ministerpräsidenten nur bestimmte Fachminister und entsprechende Experten einlud und die vor allem zu wichtigen außenpolitischen und militärischen Fragen angesetzt wurden. So fanden etwa eine Reihe „engerer“ Kronrats-Sitzungen im Vorfeld des italienischen Krieges von 1859 statt.<sup>161</sup> Da über diese Besprechungen im Unterschied zu den formellen Kronräten offiziell keine Protokolle angefertigt wurden, sind einige Aufzeichnungen darüber, die zufällig entdeckt wurden, als Rekonstruktionen in die Regestenfolge mit aufgenommen worden.

Zum typischen Verlauf der Kronratssitzungen: Der König hielt als erster einen längeren Vortrag zum anstehendem Thema, in dem er seine Sicht der Dinge präsentierte. Sodann formulierte er die offenen Probleme und Fragen, zu denen er die Stellungnahme der einzelnen Minister wünschte. Diese Runde begann mit den meist längeren Ausführungen des Ministerpräsidenten, gefolgt vom zuständigen Ressortminister. Die übrigen Minister schlossen sich dem entweder kurz an oder begründeten hierzu ihre abweichenden Ansichten.<sup>162</sup> Am Ende der Sitzung stand auffallend oft kein Beschluß. Denn zum einen wurden in Sitzungen des Kronrats häufig innenpolitische Konflikte oder

<sup>158</sup> Vgl. den Hinweis im Regest Nr. 148a. Im Bearbeitungszeitraum sind zwei weitere Fälle mit einer Abdankungsdrohung Wilhelms bekannt: Einmal im Zuge der Debatte um die Heeresreform; vgl. den Hinweis zur Sitzung am 23.9.1860. Sodann im Zuge der September-Krise 1862; vgl. die Hinweise zur Sitzung am 17.9.1862. Vgl. dazu auch Treue, Wilhelm, Wollte König Wilhelm I. 1862 zurücktreten?, in: FBPG, 51 (1939), S. 275–310.

<sup>159</sup> Die Vorbereitungen zur Krönungsfeier, soweit das Staatsministerium damit zu tun hatte, fanden ihren Niederschlag in den Sitzungen seit September 1861. Einzelne Dokumente auch in: Via Regia. Preußens Weg zur Krone. Ausstellung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz [Katalog bearb. v. I. Gundermann], Berlin 1998. Zur Krönung vgl. den Überblick von Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 288–290; ferner Bußmann, Walter, Die Krönung Wilhelms I. am 18. Oktober 1861, in: Albrecht, Dieter u.a. (Hrsg.), Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Repgen zum 60. Geburtstag, Berlin 1983, S. 189–212 (ohne Auswertung von Akten).

<sup>160</sup> Beide Begriffe sind als synonym anzusehen; die ältere Bezeichnung Conseil wurde 1888 auf Wunsch Friedrichs III. durch das Wort Kronrat ersetzt. Vgl. das Handschreiben Bismarcks v. 21.3.1888 in: Rep. 90a, B III 2c Nr. 1 Bd. 1, Bl. 10–10v; ferner Frauendienst, Manuskript „Das Preußische Staatsministerium“, S. 49. - Wie erwähnt, sind die Protokolle dieser Kronrats-Sitzungen in besonderen Aktenreihen überliefert.

<sup>161</sup> So z.B. am 27.2., 8.5. und 8.6.1859.

<sup>162</sup> Seit 1862/63 wurden tendenziell mehr und mehr die Ausführungen Bismarcks protokolliert.



außenpolitische Krisen verhandelt, so daß die Voraussetzung für eine Beschlußfassung erst geschaffen werden mußte. Zum anderen behielt Wilhelm I., die monarchische Form wählend, sich seine Entscheidung gerne vor<sup>163</sup> – was ihn aber nicht davon abhalten sollte, wenig später im Sinne der Mehrheitsmeinung der Minister zu verfügen.

Der **Kronprinz** schließlich war Mitglied des Staatsministeriums von Anfang an, da er als Thronfolger umfassend wie praxisnah mit den Staatsgeschäften vertraut sein sollte. Berufen durch königliche Anordnung<sup>164</sup>, besaß Prinz Friedrich Wilhelm im Unterschied zum Kronprinzen der Vormärzzeit kein Stimmrecht im Staatsministerium. Friedrich fühlte sich mit den altliberalen Ministern der Neuen Ära politisch verbunden, was sich etwa in der Wahl seines Beraters, des Historikers Max Duncker, ausdrückte. Es spiegelte sich vor allem in der regelmäßigen Teilnahme an den Sitzungen des Staatsministeriums dieser Zeit, in denen Friedrich sich gebührend mit Äußerungen zurückhielt. Seine Tagebücher indessen lassen die vielfältigen Kontakte zu den Altliberalen erkennen und verdeutlichen, wie tiefgehend die Konflikte der altliberalen Minister mit seinem Vater ihn berührten.<sup>165</sup>

Die Frage, warum Kronprinz Friedrich in den Krisen von 1862/63 nicht selbstbewußter und offensiver auftrat und insbesondere den angesprochenen Thronverzicht seines Vaters nicht zu seinen Gunsten forcierte, führt zwar in den Bereich der ungeschehenen Geschichte, kann aber die komplexen und ambivalenten Situationslagen tiefer ausleuchten, in denen der Kronprinz sich befand.<sup>166</sup> Jedenfalls gehörte er zusammen mit seiner Mutter, Königin Augusta, und seiner Frau Viktoria – Tochter der britischen Königin – zu den offenen Gegnern Bismarcks. Um sich von dessen Politik zu distanzieren, nahm der Kronprinz seit Mai 1863 an den Sitzungen des Staatsministeriums nicht mehr teil. Aufsehen erregte dann die „Danziger Episode“, wie Bismarck den Vorfall spöttisch in seinen Erinnerungen bezeichnete. In Danzig sprach Friedrich sich öffentlich gegen die Presse-Verordnung vom 1. Juni 1863<sup>167</sup> aus, mit der Bismarck die Pressefreiheit der Opposition in ihrem Kampf gegen das budgetlose Regieren treffen wollte. Da diese „Preß-Ordonnanz“, wie die Oppositionellen sie in Anlehnung an das französische Muster der Juli-Revolution 1830 nannten, vom König gebilligt und in seinem Namen ergangen war, geriet Friedrich in einen scharfen Konflikt mit seinem Vater, dem er versprechen mußte, sich in Zukunft politisch zurückzuhalten. Fortan dispensierte Wilhelm den Kronprinzen auf dessen Wunsch hin von der Teilnahme an den Sitzungen des Staatsministeriums mit Ausnahme der Kronräte. Auch in den Krisen im Vorfeld der Kriege von 1864 und 1866 stand der Kronprinz dem Ministerpräsidenten als Gegner gegenüber<sup>168</sup>; beide fanden erst nach den Erfolgen von 1866 zu einem *modus vivendi*.

Über die politischen Beziehungen und Kommunikationsformen zwischen dem Staatsministerium und beiden Häusern des Landtags, dem Abgeordnetenhaus und dem Herrenhaus, ist bereits oben im Zusammenhang der Sachthemen das Notwendige gesagt worden; alles Weitere würde hier den

<sup>163</sup> So vorzugsweise bei der vom Staatsministerium vorbereiteten, dem Monarchen jedoch zustehenden Entscheidung, Todesurteile entweder zu bestätigen oder im Gnadenwege in Zuchthausstrafen umzuwandeln. Vgl. z.B. den Kronrat am 25.3.1865.

<sup>164</sup> Vgl. den Hinweis im ersten Regest zur Sitzung am 10.11.1858. Zum Folgenden vgl. auch Rep. 90, Nr. 1949, n.f.

<sup>165</sup> Vgl. Meisner, Heinrich Otto (Hrsg.), Kaiser Friedrich III. Tagebücher von 1848–1866, Leipzig 1929, S. 62 ff. – Als neuere Biographie vgl. Kollander, Patricia, Frederick III. Germany's Liberal Emperor, Westport, London 1995 (ohne Auswertung relevanter Aktenbestände).

<sup>166</sup> Dazu neuerdings Kraus, Hans-Christof, Militärreform oder Verfassungswandel? Kronprinz Friedrich von Preußen und die „deutschen Whigs“ in der Krise von 1862/63, in: Reif, Heinz (Hrsg.), Adel und Bürgertum in Deutschland. Entwicklungslinien und Wendepunkte im 19. Jahrhundert, Berlin 2000, S. 207–232, der die Restriktionen für die politischen Alternativen Friedrichs betont.

<sup>167</sup> Vgl. dazu den Kronrat am 1.6.1863. Die (Not-)Verordnung v. 1.6. wurde mit VO v. 21.11.1863 wieder aufgehoben (GS, S. 349 und 705). Hierzu und zum Folgenden vgl. die Dokumente in: Meisner, Heinrich Otto, Der preußische Kronprinz im Verfassungskampf 1863, Berlin 1931, S. 65 ff.; Einzelnes auch in: Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, S. 74–82; Kollander, Frederick III, S. 38–43.

<sup>168</sup> Vgl. z.B. die kurzen Stellungnahmen des Kronprinzen in den Kronräten am 2./3.1.1864, 29.5.1865 und 28.2.1866.

Rahmen sprengen. Und der Staatsrat, dessen politische Blüte mehr im Vormärz lag, hatte in der Reichsgründungszeit kaum noch Bedeutung.<sup>169</sup>

### 3. Zur Entstehung, Art und Überlieferung der Quelle „Protokolle“ von 1858–1866

Die Protokollierung der Sitzungen des Staatsministeriums hatte mehrere Aufgaben zu erfüllen. Sie diente vor allem der Beweissicherung. So fixierten die Niederschriften zumindest die Beschlüsse und nannten meistens auch die Gründe oder spiegeln gar den Entscheidungsprozeß, die zu dem jeweiligen Beschluß führten. Die Protokolle waren ferner eine wichtige Arbeitsrichtlinie für die einzelnen Ressortminister und deren Ministerialräte, die die Beschlüsse in Verwaltungsakte umzusetzen hatten. Schließlich dienten sie der Information für nicht anwesende Minister und – nicht zuletzt – als eine Informations- und Entscheidungsgrundlage für den Monarchen.<sup>170</sup> Daraus leitet sich auch ihr generell hoher, wenn auch teilweise selektiver Quellenwert ab. Die Vorgeschichte der Entstehung von Gesetzen, Verordnungen oder Novellen etwa ist ohne diese Quellengruppe nicht adäquat zu erforschen.

Die Protokolle sind für den Bearbeitungszeitraum von Ende 1858 bis Ende 1866, soweit sie offiziell aufgenommen wurden, weitgehend geschlossen in der Hauptreihe überliefert. Nur wenige Einzelstücke ließen sich aus anderen Ministerialbeständen aufspüren oder konnten rekonstruiert werden.<sup>171</sup> Mit den protokollierten Sitzungen erschöpfte sich aber keineswegs die Tätigkeit des Staatsministeriums. Aufgrund anderer Quellen sind weitere Sitzungen bekannt, zum Teil als vertrauliche (Vor-)Besprechungen der Minister, auch mit dem Monarchen in unterschiedlicher Besetzung.<sup>172</sup>

Im Zusammenhang mit den oben genannten Konflikten, Krisen und Kriegen sind zu einem Gutteil die folgenden statistischen Beobachtungen zu sehen: Die Anfertigung bzw. Überlieferung der Protokolle ist sowohl von ihrer jährlichen Anzahl als auch vom Umfang her recht unterschiedlich. Fanden im Durchschnitt der Jahre 1859 bis 1861, also in den Kernjahren der Neuen Ära, rund 47 protokollierte Sitzungen und 11 Kronräte statt, so waren es in den Jahren 1863 bis 1866 im Mittel lediglich rund 34 Sitzungen und 7 Kronräte pro Jahr. Die höchste Zahl an Sitzungen entfiel auf die Jahre 1861 und 1862, ebenfalls Phasen mit der höchsten Anzahl von Kronräten. Umgekehrt fanden in der zweiten Jahreshälfte 1865 beispielsweise nur 5 Sitzungen und kein Kronrat statt. 1864 und 1865 sind die Jahre mit der geringsten Protokoll-Dichte. Und seit der Ministerpräsidentenschaft

<sup>169</sup> Zur Frage einer Reaktivierung des Staatsrats vgl. die Denkschrift des Justizministers zur Lippe vom Januar 1865 in: Rep. 90a, B III 1 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 203–215. Einzelne weitere Hinweise bei Schneider, Hans, *Der Preußische Staatsrat 1817–1918. Ein Beitrag zur Verfassungs- und Rechtsgeschichte*, München, Berlin 1952, S. 245 ff.

<sup>170</sup> Ob und inwieweit der Monarch die Protokolle des Staatsministeriums tatsächlich zur Kenntnis nahm, kann aufgrund der Quellenlage noch nicht zuverlässig gesagt werden; die genauere Erforschung dieses Problems muß einem geplanten sachthematischen Band vorbehalten bleiben. Nach vorliegenden Indizien hatte Wilhelm I. zumindest einzelne Protokolle bis 1866 aufmerksam gelesen; vgl. so z.B. seine Einwände gegen das Protokoll der Sitzung am 24.3.1859 in der Ordre v. 8.4.1859 an Ministerpräsident Hohenzollern-Sigmaringen, in: Rep. 77, Tit. 1116 Nr. 2 Bd. 2, n.f. Ein weiterer Beleg in der KO v. 11.8.1860, in der Wilhelm sich ausdrücklich auf das Protokoll der Sitzung am 29.7.1860 bezog, in: Rep. 92, NL Auerswald, Nr. 13, n.f.

<sup>171</sup> Vgl. die Regesten Nr. 27a, 48a–b, 102a, 120, 136a, 148a, 175, 177a, 183a, 190a, 268a, 301a, 388 und 406a. Der Quellennachweis dieser Stücke findet sich im Regestkopf, im Sachregister ist er aus praktischen Gründen allgemein als „Fundort“ bezeichnet. – Die nachträglich gefundenen oder rekonstruierten Protokollstücke sind auch als Mikrofiche-Supplements des Olms-Weidmann-Verlags erhältlich.

<sup>172</sup> Vgl. etwa die Hinweise auf Sitzungen und Besprechungen in: Kaiser Friedrich III. *Tagebücher*; S. 62 ff.; Kohl, *Bismarck-Regesten*, Bd. 1, S. 185 ff. (hier sind andererseits nicht alle offiziellen Sitzungen verzeichnet). Hinweise auf Kronratssitzungen z.B. in der KO v. 11.8.1860 (Rep. 92, NL Auerswald, Nr. 13, n.f.: „Conseil“ am 1.8.1860) oder am 21.7.1865 in Regensburg im Vorfeld des Gasteiner Vertrages (Bismarck, GW, Bd. 5, Dok. 140, S. 237 f.; APP, Bd. 6, Dok. 191, S. 277).

Bismarcks läßt sich eine Tendenz zu kürzeren Protokollen und allgemeineren Formulierungen erkennen.

Auch hinsichtlich der **Art und Form** weisen die im vorliegenden Zeitraum überlieferten **Protokolle** eine größere Variationsbreite auf. Es handelt sich nicht um stenographische Sitzungsberichte, sondern überwiegend um Beschlußprotokolle, größtenteils aber mit einer deutlichen Tendenz zum Verlaufsprotokoll. Letzteres trifft insbesondere auf die Fälle zu, in denen dem Hauptprotokoll ein umfangreicheres Teil-Protokoll<sup>173</sup> zu einem Tagesordnungspunkt angefügt wurde.

Eine gewisse Sonderstellung nehmen die zahlreichen Teil-Protokolle zum Tagesordnungspunkt Disziplinarsachen ein. Da es sich mehr um Routineangelegenheiten handelte, zu denen meist nicht alle Minister anwesend waren, sind diese Teil-Protokolle als Beschluß zu jedem Einzelfall in standardisierter Form dem Hauptprotokoll angefügt, in der Regel von einer Seite Umfang.<sup>174</sup>

Brisante Themen und Vorfälle werden in den Protokollen gelegentlich nur erwähnt, gelegentlich ausführlicher mit dem Für und Wider präsentiert. Andere Themen, deren Bedeutung auf den ersten Blick kaum erkennbar ist, werden des öfteren in einer überraschenden Breite wiedergegeben. So wechseln nicht nur kürzere mit längeren Protokollen, sondern es stehen zudem auch „große“ und brisante Themen wie die über Krieg und Frieden unmittelbar neben „kleinen“ des bürokratischen Alltags. Bei genauerem Hinsehen wird allerdings deutlich, daß derartige unspektakuläre Tagesordnungspunkte oft Grundsatzentscheidungen bzw. Präzedenzfälle waren, eine Abweichung von bisherigen Normen darstellten oder Meinungsverschiedenheiten zwischen Ministern spiegeln. Und manche Themen schlagen sich in den Protokollen überhaupt nicht nieder, werden nur indirekt erwähnt oder lassen sich bestenfalls aus anderen Kontexten erschließen. Dabei ist freilich daran zu erinnern, daß die Protokolle lediglich ein Mittel von mehreren der Regierungskommunikation und somit im Kontext des weiteren Verwaltungshandelns zu sehen sind; der Konnex zwischen Protokollen, die die Gründe für eine Beschlußlage dokumentieren, und darauf beruhenden Immediatberichten beispielsweise war konstitutiv.

Dagegen sind die Protokolle der Kronrats-Sitzungen fast immer Verlaufsprotokolle. Ihr Quellenwert ist durchgängig hoch zu veranschlagen, während der der Staatsministerialsitzungen variiert, insgesamt freilich – allein schon aufgrund der Wiedergabe der Beschlußlage des höchsten Beratungsgremiums der Exekutive – ebenfalls hoch anzusetzen ist.

Diese Feststellung gilt auch ungeachtet der oft knappen **Diktion der Protokolle**. So sind die Formulierungen des Textes meist diplomatisch gedämpft bzw. geglättet, gerade auch bei scharfen Diskussionen und harten Konflikten. Dem eingelesenen Benutzer vermittelt gleichwohl auch diese Art eines meist trockenen und langatmigen Kanzleistils die Spannung, die in zahlreichen Sitzungen zwischen den Ministern geherrscht haben muß. Des weiteren erschließt sich die Brisanz oftmals erst im Vergleich eines Tagesordnungspunktes oder Sachproblems über mehrere Sitzungen hinweg, natürlich auch unter Heranziehung weiterer Ministerialakten wie Voten und Immediatberichte, wie sie in den Anmerkungen der Regesten vermerkt sind.

Das alles lag nicht im Belieben des **Protokollführers**, für den es im Rahmen der verschiedenen Verordnungen zum allgemeinen Geschäftsgang bestimmte Instruktionen<sup>175</sup> gab und der selbstverständlich den Anweisungen und Korrekturen des Ministerpräsidenten zu folgen hatte. Nach der

<sup>173</sup> Zeitgenössisch auch als „Separat-Protokoll“ bezeichnet; vgl. etwa die Sitzung am 31.10.1863, TOP 4 (Prot.-Bd. 75, Bl. 121v); ferner die Randbemerkung zu TOP 1 der Sitzung am 24.2.1866. Ein anderes Mal ist von einem „Neben-Protokoll“ die Rede; vgl. Sitzung am 24.5.1865.

<sup>174</sup> Vgl. z.B. die Sitzungen am 11.12.1858, 23.7.1859, 19.1.1865 oder am 20.1.1866. – Zuständiger Referent für diese TOP war langjährig H. Frh. von Wangenheim.

<sup>175</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 3710, n.f.; dazu Rep. 90, Annex C, Nr. 5, n.f. (Entwurf 1836). Genauerer hierzu muß einer späteren Analyse vorbehalten bleiben.

Genehmigung des Textes unterzeichnete der Protokollführer die Reinschrift als beglaubigtes Protokoll, von dem bei Bedarf Abschriften oder Teilabschriften (Auszüge) für die Ressortminister angefertigt wurden. Eine Vollziehung der Reinschriften durch die Minister erfolgte des öfteren, war jedoch nicht die Regel. Ganz überwiegend wurden dagegen die Teil-Protokolle von den anwesenden Ministern unterschrieben und von Nichtanwesenden als gelesen gezeichnet.<sup>176</sup> Regelmäßig wurden lediglich die Kronrats-Protokolle vollzogen: Nachdem der Ministerpräsident und die Minister in der Reihenfolge ihrer Anciennität die Niederschrift unterzeichnet hatten, genehmigte Wilhelm I. den Protokolltext mit seiner Unterschrift, gelegentlich unter Hinzufügung von Korrekturen oder Anweisungen (Marginaldekrete).<sup>177</sup>

Protokollführer im gesamten Bearbeitungszeitraum war August Costenoble, bereits seit Ende 1846 Vortragender Rat im Staatsministerium und zugleich zeitweise im Geh. Zivilkabinett tätig.<sup>178</sup> Bei dessen Abwesenheit übernahm Immanuel Hegel, ein Sohn des bekannten Philosophen und ebenfalls ein langjähriger Beamter des Staatsministeriums, die Protokollführung, bis er Anfang 1865 zum Berliner Konsistorium wechselte.<sup>179</sup> Seitdem hatte vertretungsweise Hermann Wagener, seit 1866 zweiter Vortragender Rat im Staatsministerium, die Protokollaufnahme zu übernehmen, in Einzelfällen auch der als Hilfsarbeiter abgeordnete und spätere Unterstaatssekretär Gustav Homeyer oder der Bismarck-Vertraute Karl Ludwig Zitelmann, der 1867 ebenfalls zum Vortragenden Rat im Staatsministerium avancieren sollte.

\*\*\*\*\*

Zum Schluß ein Wort des Dankes: Die intensive Arbeit an diesem Regestenband, von den Quellenrecherchen bis zur Drucklegung, ist durch die wohlwollende Unterstützung anderer gefördert worden. Stellvertretend seien die Mitarbeiter des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Berlin-Dahlem genannt, die es verstanden, durch die nicht immer einfache Lage der Aktenüberlieferung nach der Zusammenführung der ehemaligen Merseburger und Dahlemer Bestände zu lotsen. Sodann ist den Kolleginnen und Kollegen dieses Editionsprojekts – B. Holtz, C. Rathgeber, E. Schaffranke, G. Schulze, H. Spenkuch und R. Zilch – für hilfreiche Hinweise und Unterstützung herzlich zu danken. Ihrem außergewöhnlichen Engagement und ihren vielfältigen Kenntnissen ist es beispielsweise zuzuschreiben, daß manche Quellen aus der komplexen Fülle erschlossen oder das Potential an Ungenauigkeiten und Fehlern im Manuskript verringert werden konnten. Für mögliche weitere Monita trägt freilich allein der Bearbeiter die Verantwortung, der korrigierende Hinweise auch zukünftig gerne entgegennimmt. Last but not least gilt der Dank für wohlwollende Betreuung des gesamten Editionsprojekts dem Projektleiter, Prof. Dr. W. Neugebauer, und der zuständigen Akademie-Kommission unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Dr. h.c. J. Kocka.

<sup>176</sup> Diese wurden in der Regel auch von den Vortragenden Räten abgezeichnet. – Vgl. z.B. die Sitzungen am 8.12.1858 (TOP 1, 2–4), 5.4.1859 (TOP 1), 9.10.1860 (TOP 2–3) oder am 22.12.1865 (TOP 2).

<sup>177</sup> So vor allem in der Zeit der Neuen Ära. Wesentliche Marginalien des Monarchen sind in den Regesten vermerkt.

<sup>178</sup> Vgl. auch die Hinweise von Meisner, Heinrich Otto, Zur neueren Geschichte des preußischen Kabinetts, in: FBPG, 36 (1924), S. 39–209, hier S. 55, 62 und 63. Biographisch ist über diesen langjährigen Ministerialbeamten an zentraler Stelle wenig bekannt.

<sup>179</sup> Vgl. auch seine nicht allzu umfangreichen Aufzeichnungen: Hegel, Immanuel, Erinnerungen aus meinem Leben, Berlin 1891.

**Ansprache des Prinzregenten Wilhelm an das Staatsministerium  
im Berliner Stadtschloß am 8. November 1858<sup>1</sup>**  
(Regierungsprogramm)

„Nachdem wir durch eine ernste Krisis gegangen sind, sehe ich Sie, die mein Vertrauen zu den ersten Räten der Krone berufen hat, zum ersten Male um mich versammelt. Augenblicke der Art gehören zu den schwersten im Leben des Monarchen, und ich als Regent habe sie nur noch tiefer empfunden, weil ein unglückliches Verhältnis mich in meine Stellung berufen hat. Die Pietät gegen meinen schwer heimgesuchten König und Herrn ließ mich lange schwanken, wie manche Erlebnisse, die ich unter seiner Regierung wahrnahm, in eine bessere Bahn wieder überzuleiten seien, ohne meinen brüderlichen Gefühlen und der Liebe, Sorgfalt und Treue, mit welcher unser allergnädigster König seine Regierung führte, zu nahe zu treten.

Wenn ich mich jetzt entschließen konnte, einen Wechsel in den Räten der Krone eintreten zu lassen, so geschah es, weil ich bei allen von mir Erwählten dieselbe Ansicht traf, welche die meinige ist: daß nämlich von einem Bruche mit der Vergangenheit nun und nimmermehr die Rede sein soll. Es soll nur die sorgliche und bessernde Hand angelegt werden, wo sich Willkürliches oder gegen die Bedürfnisse der Zeit Laufendes zeigt. Sie alle erkennen es an, daß das Wohl der Krone und des Landes unzertrennlich ist, daß die Wohlfahrt beider auf gesunden, kräftigen, konservativen Grundlagen beruht. Diese Bedürfnisse richtig zu erkennen, zu erwägen und ins Leben zu rufen, das ist das Geheimnis der Staatsweisheit, wobei von allen Extremen sich fernzuhalten ist.

Unsere Aufgabe wird in dieser Beziehung keine leichte sein, denn im öffentlichen Leben zeigt sich seit kurzem eine Bewegung, die, wenn sie teilweise erklärlich ist, doch andererseits bereits Spuren von absichtlich überspannten Ideen zeigt, denen durch unser ebenso besonnenes als gesetzliches und selbst energisches Handeln entgegengetreten werden muß. Versprochenes muß man treu halten, ohne sich der bessernden Hand dabei zu entschlagen, nicht Versprochenes muß man mutig verhindern. Vor allem warne ich vor der stereotypen Phrase, daß die Regierung sich fort und fort treiben lassen müsse, liberale Ideen zu entwickeln, weil sie sich sonst von selbst Bahn brächen. Gerade hierauf bezieht sich, was ich vorhin Staatsweisheit nannte. Wenn in allen Regierungshandlungen sich Wahrheit, Gesetzlichkeit und Konsequenz ausspricht, so ist ein Gouvernement stark, weil es ein reines Gewissen hat, und mit diesem hat man ein Recht, allem Bösen kräftig zu widerstehen.

In der Handhabung unserer inneren Verhältnisse, die zunächst vom Ministerium des Innern und der Landwirtschaft ressortieren, sind wir von einem Extrem zum anderen seit 1848 geworfen worden. Von einer Kommunalordnung, die ganz unvorbereitet Selfgovernment einführen sollte, sind wir zu den alten Verhältnissen zurückgedrängt worden, ohne den Forderungen der Zeit Rechnung zu tragen, was sonst ein richtiges Mittehalten bewirkt haben würde. Hieran die bessernde Hand dereinst zu legen, wird erforderlich sein; aber vorerst müssen wir bestehen lassen, was eben erst wieder hergestellt ist, um nicht neue Unsicherheit und Unruhe zu erzeugen, die nur bedenklich sein würde.

Die Finanzen haben sich in acht Jahren von einem sehr unglücklichen Stande so gehoben, daß nicht nur das Budget gut balanciert, sondern Überschüsse sich ergeben. Aber noch kann bei weitem nicht allen Bedürfnissen entsprochen werden, die sich in allen Branchen und Administrationen kundgeben. Hätte man vor zwei Jahren in den Steuervorlagen richtiger operiert, so würden wir durch

---

<sup>1</sup> BPH, Rep. 51, Nr. 120; Rep. 92, NL Auerswald, Nr. 13, n.f. [Textgrundlage]; Rep. 90, Nr. 111, n.f.; Rep. 77, Tit. 496a Nr. 104 Bd. 1, Bl. 27–28v; Preußischer Staatskalender für das Jahr 1861, Berlin 1862, S. LI–LIV; Das Staatsarchiv, 2 (1862), Dok. 253, S. 218–222; Kohl, Horst (Hrsg.), Dreißig Jahre preußisch-deutscher Geschichte 1858–1888 in amtlichen Kundgebungen, Gießen 1888, Dok. 3, S. 3–6; Berner, Ernst (Hrsg.), Kaiser Wilhelms des Großen Briefe, Reden und Schriften, Bd. 1, Berlin 1906, Dok. 265, S. 445–449; Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 2, 3. Aufl., Stuttgart etc. 1986, Dok. 35, S. 35–37.

Bewilligung derselben jetzt auf viele Jahre hinaus drängenden Bedürfnissen haben gerecht werden können. Wie zu diesen Bedürfnissen die Mittel zu beschaffen sein werden, wird eine Hauptaufgabe der Zukunft sein. Die wahre Besteuerungsfähigkeit des Landes ist dabei vor allem ins Auge zu fassen.

Handel, Gewerbe und die damit eng verbundenen Kommunikationsmittel haben einen nie geahnten Aufschwung genommen, doch muß auch hier Maß und Ziel gehalten werden, damit nicht der Schwindelgeist uns Wunden schlage. Den Kommunikationswegen müssen nach wie vor bedeutende Mittel zu Gebote gestellt werden; aber sie dürfen nur mit Rücksicht auf alle Staatsbedürfnisse bemessen und dann müssen die Etats innegehalten werden.

Die Justiz hat sich in Preußen immer Achtung zu erhalten gewußt. Aber wir werden bemüht sein müssen, bei den veränderten Prinzipien der Rechtspflege das Gefühl der Wahrheit und der Billigkeit in alle Klassen der Bevölkerung eindringen zu lassen, damit Gerechtigkeit auch durch Geschworene wirklich gehandhabt werden kann.

Eine der schwierigsten und zugleich zartesten Fragen, die ins Auge gefaßt werden muß, ist die kirchliche, da auf diesem Gebiete in der letzten Zeit viel vergriffen worden ist. Zunächst muß zwischen beiden christlichen Konfessionen eine mögliche Parität obwalten. In beiden Kirchen muß aber mit allem Ernste den Bestrebungen entgegengetreten werden, die dahin abzielen werden, die Religion zum Deckmantel politischer Bestrebungen zu machen. In der evangelischen Kirche, wir können es nicht leugnen, ist eine Orthodoxie eingekehrt, die mit ihrer Grundanschauung nicht verträglich ist und die sofort in ihrem Gefolge Heuchler hat. Diese Orthodoxie ist dem segensreichen Wirken der evangelischen Union hinderlich in den Weg getreten, und wir sind nahe daran gewesen, sie zerfallen zu sehen. Die Aufrechthaltung derselben und ihre Weiterbeförderung ist mein fester Wille und Entschluß, mit aller billigen Berücksichtigung des konfessionellen Standpunktes, wie dies die dahin einschlagenden Dekrete vorschreiben. Um diese Aufgabe lösen zu können, müssen die Organe zu deren Durchführung sorgfältig gewählt und teilweise gewechselt werden. Alle Heuchelei, Scheinheiligkeit, kurzum alles Kirchenwesen als Mittel zu egoistischen Zwecken ist zu entlarven, wo es nur möglich ist. Die wahre Religiosität zeigt sich im ganzen Verhalten des Menschen; dies ist immer ins Auge zu fassen und von äußerem Gebahren und Schaustellungen zu unterscheiden. Nichtsdestoweniger hoffe ich, daß, je höher man im Staate steht, man auch das Beispiel des Kirchenbesuchs geben wird. – Der katholischen Kirche sind ihre Rechte verfassungsmäßig festgestellt. Übergriffe über diese hinaus sind nicht zu dulden. – Das Unterrichtswesen muß in dem Bewußtsein geleitet werden, daß Preußen durch seine höheren Lehranstalten an der Spitze geistiger Intelligenz stehen soll, und durch seine Schulen die den verschiedenen Klassen der Bevölkerung nötige Bildung gewähren, ohne diese Klassen über ihre Sphären zu heben. Größere Mittel werden hierzu nötig werden.

Die Armee hat Preußens Größe geschaffen und dessen Wachstum erkämpft; ihre Vernachlässigung hat eine Katastrophe über sie und dadurch über den Staat gebracht, die glorreich verwischt worden ist durch die zeitgemäße Reorganisation des Heeres, welche die Siege des Befreiungskrieges bezeichneten. Eine vierzigjährige Erfahrung und zwei kurze Kriegsepisoden haben uns indes auch jetzt aufmerksam gemacht, daß manches, was sich nicht bewährt hat, zu Änderungen Veranlassung geben wird. Dazu gehören ruhige politische Zustände und – Geld, und es wäre ein schwerer bestrafender Fehler, wollte man mit einer wohlfeilen Heeresverfassung prangen, die deshalb im Momente der Entscheidung den Erwartungen nicht entspräche. Preußens Heer muß mächtig und angesehen sein, um, wenn es gilt, ein schwerwiegendes politisches Gewicht in die Wagschale legen zu können.

Und so kommen wir zu Preußens politischer Stellung nach außen. Preußen muß mit allen Großmächten im freundschaftlichsten Vernehmen stehen, ohne sich fremden Einflüssen hinzugeben und ohne sich die Hände frühzeitig durch Traktate zu binden. Mit allen übrigen Mächten ist das freundliche Verhältnis gleichfalls geboten. In Deutschland muß Preußen moralische Eroberungen machen, durch eine weise Gesetzgebung bei sich, durch Hebung aller sittlichen Elemente und durch Ergreifung von Einigungselementen, wie der Zollverband es ist, der indes einer Reform wird

unterworfen werden müssen. – Die Welt muß wissen, daß Preußen überall das Recht zu schützen bereit ist. Ein festes, konsequentes und, wenn es sein muß, energisches Verhalten in der Politik, gepaart mit Klugheit und Besonnenheit, muß Preußen das politische Ansehen und die Machtstellung verschaffen, die es durch seine materielle Macht allein nicht zu erreichen imstande ist.

Auf dieser Bahn mir zu folgen, um sie mit Ehren gehen zu können, dazu bedarf ich Ihres Beistandes, Ihres Rates, den Sie mir nicht versagen werden. Mögen wir uns immer verstehen zum Wohle des Vaterlandes und des Königtums von Gottes Gnaden.“

## Abkürzungsverzeichnis

a. D.	= außer Dienst
AA	= Auswärtiges Amt
Abschr.	= Abschrift
Abt.	= Abteilung
Abt.-Dirig.	= Abteilungsdirigent
ADAV	= Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
Adhib.	= Adhibendum (Anhang)
AG	= Aktiengesellschaft
AH	= Abgeordnetenhaus
AK	= Armeekorps
Akad. d. Wiss.	= Akademie der Wissenschaften
Altlib./ altlib.	= Altliberale/ altliberal
AMinr.	= Außenminister
Amtm.	= Amtmann
Amtsger.	= Amtsgericht
Anh.	= Anhang
Anl.	= Anlage
ao.	= außerordentliche(r)
APP	= Auswärtige Politik Preußens (Akten-Dokumentation 1858–71)
AppGer.	= Appellationsgericht
AppGerR	= Appellationsgerichtsrat
AR	= Aufsichtsrat
Ass.	= Assessor
Aufl.	= Auflage
[B]	= Beschluß
BauR	= Baurat
bayer.	= bayerische(r)
Bd./Bde.	= Band/ Bände
Bearb.	= Bearbeiter
Begr.	= Begründer
BergA	= Bergamt
BergAss.	= Bergassessor
BergHptm.	= Berghauptmann
BergR	= Bergrat
Bevollm.	= Bevollmächtigter
Bez.	= Bezirk
BezPräs.	= Bezirkspräsident
BGB	= Bürgerliches Gesetzbuch
Bgm.	= Bürgermeister
bkF	= bei keiner Fraktion
BPH	= Brandenburg-Preußisches Hausarchiv
BT	= Bundestag
BundesR	= Bundesrat



dän.	= dänische(r)
Denkschr.	= Denkschrift
Dept.	= Departement
DFP	= Deutsche Fortschrittspartei
DFsP	= Deutsche Freisinnige Partei
Dir.	= Direktor
Dirig.	= Dirigent
div.	= diverse
DkP	= Deutschkonservative Partei (ab 1876)
Dok.	= Dokument
DRP	= Deutsche Reichspartei
Drucks.	= Drucksache
dt.	= deutsche(r)
ev.	= evangelisch
Exz.	= Exzellenz
Expl.	= Exemplar
f./ ff.	= folgende (Seite/Seiten bzw. Blatt/Blätter)
FinMinm.	= Finanzministerium
FinMinr.	= Finanzminister
ForstR	= Forstrat
Forts.	= Fortsetzung
Frh.	= Freiherr
Fst.	= Fürst
Fstm.	= Fürstentum
FsVg	= Freisinnige Vereinigung
FVP	= Fortschrittliche Volkspartei
Geh.	= Geheimer
GehFinR	= Geheimer Finanzrat
GehKabR	= Geheimer Kabinettsrat
GehKrR	= Geheimer Kriegsrat
GehOFinR	= Geheimer Oberfinanzrat
GehOJusR	= Geheimer Oberjustizrat
GehR	= Geheimer Rat
gen.	= genannt
Gen.	= General
GenDir.	= Generaldirektor
GenGouv.	= Generalgouverneur
GenKom.	= Generalkommissar
GenKomm.	= Generalkommission
GenKonsul	= Generalkonsul
GenLtn.	= Generalleutnant
GenMaj.	= Generalmajor
GenSekr.	= Generalsekretär
GenStab	= Generalstab
GenStAnw.	= Generalstaatsanwalt
Ger.	= Gericht
GerAss.	= Gerichtsassessor
GerRef.	= Gerichtsreferendar
Ges.	= Gesellschaft
Gf.	= Graf
Gfscht.	= Grafschaft
Ghzg.	= Großherzog

Ghzgtm.	= Großherzogtum
GO	= Geschäftsordnung
Gouv.	= Gouverneur
GS	= Gesetz-Sammlung für die Königlich Preußischen Staaten
GStAPK	= Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin-Dahlem
Gutsbes.	= Gutsbesitzer
GW	= O. v. Bismarck, Gesammelte Werke (Friedrichsruher Ausgabe)
HA	= Hauptabteilung
HandMinm.	= Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten
HandMinr.	= Handelsminister
hannov.	= hannoveranische(r)
HausMinm.	= Ministerium des Königlichen Hauses
hess.	= hessische(r)
HGB	= Handelsgesetzbuch
HH	= Herrenhaus
Hilfsarb.	= Hilfsarbeiter
Hptm.	= Hauptmann
Hrsg./ hrsg.	= Herausgeber/ herausgegeben
Hzg.	= Herzog
hzgl.	= herzoglich
Hzgtm.	= Herzogtum
i.R.	= im Ruhestand
interim.	= interimistisch
JbGMOD	= Jahrbuch zur Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands
JMinBl.	= Justizministerialblatt
JMinm.	= Justizministerium
JMinr.	= Justizminister
JusKom.	= Justizkommissar
JusR	= Justizrat
KabMinr.	= Kabinettsminister
KabR	= Kabinettsrat
kais.	= kaiserlich
kath.	= katholisch
Kdo.	= Kommando
Kdr.	= Kommandeur
KG	= Kammergericht
kgl.	= königlich
KGR	= Kammergerichtsrat
Kgr.	= Königreich
KO	= Kabinettsorder
Kom.	= Kommissar
Komm.	= Kommission
kommand.	= kommandierender
kommissar.	= kommissarisch
kons.	= konservative
KonsR	= Konsistorialrat
konst.	= konstitutionell
KoP	= Konservative Partei (1848–76)
KR	= Kronrat
KrDept.	= Kriegsdepartement

KrMinm.	= Kriegsministerium
KrMinr.	= Kriegsminister
KrR	= Kriegsrat
Krs.	= Kreis
KrsGer.	= Kreisgericht
KrsGerR	= Kreisgerichtsrat
KrsGerSekr.	= Kreisgerichtssekretär
KrsJusR	= Kreisjustizrat
KrsSekr.	= Kreissekretär
KuMinm.	= Kultusministerium
KuMinr.	= Kultusminister
Landesdir.	= Landesdirektor
LandMinm.	= Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
LandMinr.	= Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten
LandR	= Landrat
LegR	= Legationsrat
LegSekr.	= Legationssekretär
LG	= Landgericht
LGO	= Landgemeindeordnung
LGR	= Landgerichtsrat
Lib.	= Liberal(e)
LibRP	= Liberale Reichspartei
LibVg	= Liberale Vereinigung
LT	= Landtag
lt.	= laut
Ltn.	= Leutnant
MAA	= Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten
Maj.	= Major
MdA	= Mitglied des Abgeordnetenhauses
MdH	= Mitglied des Herrenhauses
MdI	= Ministerium des Innern
MdR	= Mitglied des Reichstags
MdStR	= Mitglied des Staatsrats
MedR	= Medizinalrat
MF	= Mikrofiche
MinBauDir.	= Ministerialbaudirektor
MinBauR	= Ministerialbaurat
MinDir.	= Ministerialdirektor
Minm.	= Ministerium
Minm.öA	= Ministerium der öffentlichen Arbeiten
MinPräs.	= Ministerpräsident
MinR	= Ministerialrat
Minr. Kgl. Haus	= Minister des Königlichen Hauses
Minr.	= Minister
Minr.dI	= Minister des Innern/ Innenminister
Mio.	= Million
Mitarb.	= Mitarbeiter
Mitgl.	= Mitglied
MöA	= Minister der öffentlichen Arbeiten
n. f.	= nicht foliiert
NatLib.	= Nationalliberale
NatVers.	= Nationalversammlung

NL	= Nachlaß
NLP	= Nationalliberale Partei
OAmtm.	= Oberamtmann
OAppGer.	= Oberappellationsgericht
OB	= Oberbürgermeister
OBauR	= Oberbaurat
OBergA	= Oberbergamt
OBergHptm.	= Oberberghauptmann
OBergR	= Oberbergat
Oberstltn.	= Oberstleutnant
OGerR	= Obergerichtsrat
OJusR	= Oberjustizrat
OKdo.	= Oberkommando
OKirchenR	= Oberkirchenrat
OKonsR	= Oberkonsistorialrat
OLG	= Oberlandesgericht
OLGAss.	= Oberlandesgerichtsassessor
OLGR	= Oberlandesgerichtsrat
OLtn.	= Oberleutnant
OPostR	= Oberpostrat
OPräs.	= Oberpräsident
OPräsidium	= Oberpräsidium
OPräsR	= Oberpräsidialrat
ORechR	= Oberrechnungsrat
ORegR	= Oberregierungsrat
ORevisionsR	= Oberrevisionsrat
OStAnw.	= Oberstaatsanwalt
österr.	= österreichische(r)
OVG	= Oberverwaltungsgericht
OVGR	= Oberverwaltungsgerichtsrat
OZensurGer.	= Oberzensurgericht
PolDir.	= Polizeidirektor
polit.	= politisch
PolKom.	= Polizeikommissar
PolLtn.	= Polizeileutnant
poln.	= polnische(r)
PolPräs.	= Polizeipräsident
PolR	= Polizeirat
PostR	= Postrat
Präs.	= Präsident
preuß.	= preußisch
Prot.	= Protokoll
Prov./ prov.	= Provinz/ provinzial
ProvAusschuß	= Provinzialausschuß
ProvLT	= Provinziallandtag
ProvSchulR	= Provinzialschulrat
RAdI	= Reichsamt des Innern
RechR	= Rechnungsrat
Rechtsanw.	= Rechtsanwalt
Ref.	= Referendar
Reg./ reg.	= Regierung/ regierender
RegAss.	= Regierungsassessor

RegBez.	= Regierungsbezirk
RegPräs.	= Regierungspräsident
RegR	= Regierungsrat
RegRef.	= Regierungsreferendar
RegSekr.	= Regierungssekretär
RegVizepräs.	= Regierungsvizepräsident
ReichsR	= Reichsrat
Reinschr.	= Reinschrift
REisenbahnA	= Reichseisenbahnamt
RFKP	= Reichs- und Freikonservative Partei
RG	= Reichsgericht
RGR	= Reichsgerichtsrat
rhein.	= rheinische(r)
Rittergutsbes.	= Rittergutsbesitzer
Rittm.	= Rittmeister
RJA	= Reichsjustizamt
Rklr.	= Reichskanzler
RKom.	= Reichskommissar
RKrMinr.	= Reichskriegsminister
RMarineA	= Reichsmarineamt
RPA	= Reichspostamt
RPatentA	= Reichspatentamt
RSA	= Reichsschatzamt
RT	= Reichstag
Sekr.	= Sekretär
Stadtger.	= Stadtgericht
StadtGerR	= Stadtgerichtsrat
StadtR	= Stadtrat
StAnw.	= Staatsanwalt
Stellv./ stellv.	= Stellvertreter/ stellvertretender
StenBerAH	= Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten
StenBerHH	= Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Preußischen Herrenhauses
StMinm.	= Staatsministerium
StPO	= Strafprozeßordnung
StR	= Staatsrat
StS	= Staatssekretär
Suppl.	= Supplement
TOP	= Tagesordnungspunkt
Tlr.	= Taler
Univ.	= Universität
UStS	= Unterstaatssekretär
Verw.	= Verwaltung
VerwGerDir.	= Verwaltungsgerichtsdirektor
Vizepräs.	= Vizepräsident
vollz.	= vollzogene
Vors.	= Vorsitzender
Votr.	= Vortragender
VotrR	= Vortragender Rat

Wirkl.	= Wirklicher
Wirkl.GehLegR	= Wirklicher Geheimer Legationsrat
Wiss./ wiss.	= Wissenschaft/ wissenschaftlich
z. D.	= zur Disposition gestellt
Zentrum	= Zentrumspartei
Zivilgouv.	= Zivilgouverneur
Zivilkab.	= Zivilkabinett
ZPO	= Zivilprozeßordnung



## Nr. 1 Sitzung des Staatsministeriums im Berliner Stadtschloß am 10. November 1858.

Reinschr., Bd. 70, Bl. 283–284v; MF 414.

Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm<sup>1</sup>, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

1. Presse. Zeitungsartikel<sup>2</sup> zu bevorstehenden AH-Wahlen gebilligt. [B] — 2. AH-Wahlen. Erlaß<sup>3</sup> an die Regierungs-Präsidenten gebilligt; keine unangemessene [...] Einwirkung auf die Wahlen durch Beamte.<sup>4</sup> [B] — 3. Berufung der Provinzial-Landtage in Preußen, Schlesien, Sachsen, Westfalen und der Rheinprovinz; vertagt. — 4. Ministerielle Zuordnung der Zentral-Preßstelle. Auerswald erhält provisorisch die obere Leitung. [B] — 5. Verwaltung der Hohenzollernschen Lande. Mitwirkung nicht nur durch den Ministerpräsidenten, sondern auch durch Auerswald<sup>5</sup>. [B] — 6. Funktionen des Ministerpräsidenten. Zuordnung des Staatsarchivs und provisorische Übernahme der Funktionen des Chefs der Admiralität<sup>6</sup>. [B] — 7. Beamte. Wahrung des Amts-Geheimnisses durch Ministerialbeamte angemahnt. — 8. Prinzregent Wilhelm verlangt Reform des Ehescheidungsrechtes<sup>7</sup>; vertagt.

---

<sup>1</sup> Die Anwesenheit des Prinzen und späteren Kaisers Friedrich III. in dieser und in den folgenden Sitzungen des Ministerrats bzw. Staatsministeriums erschließt sich aus dem Brief des Prinzen v. 4.11.1861, gedr. in: Meisner, Heinrich Otto (Hrsg.), Kaiser Friedrich III. Tagebücher von 1848–1866, Leipzig 1929, S. 489; vgl. auch den Brief des Prinzregenten Wilhelm v. 22.12.1858 in: Rep. 90, Nr. 1949, n.f.

<sup>2</sup> Es konnte nicht ermittelt werden, über welchen Artikel verhandelt wurde.

<sup>3</sup> Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

<sup>4</sup> Zum Kontext vgl. Börner, Karl H., Die Krise der preußischen Monarchie von 1858 bis 1862, Berlin 1976, S. 47–50.

<sup>5</sup> Mit KO v. 15.11.1858 in: Rep. 89, Nr. 3727, Bl. 23.

<sup>6</sup> Mit KO v. 15.11.1858 in: Rep. 89, Nr. 3727, Bl. 22.

<sup>7</sup> Zum Problem der Ehescheidung in den 1850er Jahren, auch als Ausgangspunkt für das folgende Reformprojekt der liberalen Kräfte in der Neuen Ära, vgl. Buchholz, Stephan, Eherecht zwischen Staat und Kirche. Preußische Reformversuche in den Jahren 1854 bis 1861, Frankfurt/M. 1981, S. 19ff.

## Nr. 2 Sitzung des Staatsministeriums am 13. November 1858.

Reinschr., Bd. 70, Bl. 285–286; MF 414.

Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

1. Einberufung einiger Provinzial-Landtage und Ernennung ihrer Marschälle, Vize-Marschälle und Kommissare. — Absetzung des Ober-Präsidenten der Rheinprovinz, H. v. Kleist-Retzow<sup>1</sup>, und

---

<sup>1</sup> Vgl. Petersdorff, Herman v., Kleist-Retzow. Ein Lebensbild, Stuttgart, Berlin 1907, S. 298–302.



*Ernennung A. v. Pommer-Esche.*<sup>2</sup> [B] — **2. Zentral-Preßstelle. Neue ministerielle Zuordnung und Leitung von Auerswald, Flottwell und Schleinitz; Besetzung der Direktorenstelle.**<sup>3</sup> [B]

<sup>2</sup> Zum Revirement der politischen Beamten zu Beginn der Neuen Ära vgl. Hartung, Fritz, *Studien zur Geschichte der preußischen Verwaltung [1942–48]*, in: Ders., *Staatsbildende Kräfte der Neuzeit. Gesammelte Aufsätze*, Berlin 1961, S. 259; Huber, Ernst Rudolf, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3: Bismarck und das Reich*, 3. Aufl., Stuttgart 1988, S. 274 f.; Rejewski, Harro-J., *Die Pflicht zur politischen Treue im preußischen Beamtenrecht (1850–1918)*, Berlin 1973, S. 56–60.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90a, B III 4h Nr. 1, Bl. 70–71; ferner Rep. 2.3.35, Nr. 88, Bl. 1–3v. Mit Absetzung O. Metzlers wurde v. Jasmund neuer Direktor.

### **Nr. 3 Sitzung des Staatsministeriums am 17. November 1858.**

*Reinschr., Bd. 70, Bl. 287–288v; MF 414.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**1. Presse. Zeitungsartikel**<sup>1</sup> mit Programm des Ministeriums gebilligt, von dem ein heilsamer Einfluß auf bevorstehende AH-Wahlen erwartet wird. [B] — **2. AH-Wahlen. Debatte über zwei Entwürfe**<sup>2</sup> eines Erlasses an Behörden und Wahlmänner über die Intentionen der Regierung; nur auf besonderen Wunsch des Prinz-Regenten soll der Wahl-Erlass ergehen. [B] — **3. Ernennung.** [B] — **4. Ernennung J. v. Gruners zum Unterstaatssekretär im Außenministerium.**<sup>3</sup> [B] — **5. Umstrittene Ernennung H. v. Mühlens zum Direktor im Kultusministerium.**<sup>4</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. *Preußische Zeitung*, Nr. 538 v. 18.11.1858; ferner Rep. 90, Nr. 111, n.f.

<sup>2</sup> Konten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

<sup>3</sup> Vgl. III. HA MAA, ZB Nr. 423, n.f.; ferner Gruner, Justus v., *Rückblick auf mein Leben*, in: *Deutsche Revue*, 26/2 (1901), S. 333–345, hier S. 344.

<sup>4</sup> Mühlens lehnte ab; vgl. Sitzung am 16.12.1858, TOP 2.

### **Nr. 4 Sitzung des Staatsministeriums am 18. November 1858.**

*Reinschr., Bd. 70, Bl. 289–289v; MF 414.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**1. Regierungs-Präsident F. Peters in Minden wird zur Disposition gestellt; Neubesetzung der Stelle mit M. v. Bardeleben.** [B] — **2. HH-Mitglieder. Ernennungs-Vorschläge zur Verstärkung des Herrenhauses vereinbart.** [B] Hinweis auf Kosten-Aufwand für Reise und Aufenthalt einiger nicht-erblicher HH-Mitglieder, insbesondere von Professoren.<sup>1</sup> — **3.–4. Zwei Ernennungen.** [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90a, A VIII 3 Nr. 6, n.f. (Antrag Bethmann Hollwegs, Voten, Immediatbericht v. 22.12.1859, KO v. 2.1.1860 u.a.).

## Nr. 5 Sitzung des Staatsministeriums am 24. November 1858.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1], Bd. 70, Bl. 290–292; MF 414.*

*Anwesend<sup>1</sup>: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V, U], Flottwell [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Simons [U], Schleinitz [U], Bonin [U], Patow [U], Bethmann Hollweg [U]. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Moser, Noah [beide zu 2], Scheele, F. H. Sydow [beide zu 1, U].*

**1. Pensions- und Gehaltssache.** [B] — **2. Debatte über Zulassung privater Lebens-, Feuer- und Immobilien-Versicherungsgesellschaften im Verhältnis zu ständischen Sozietäten. Zukünftig keine Prüfung der Bedürfnisfrage mehr bei Zulassung von Agenten.**<sup>2</sup> [B] — **3. Titelverleihung und Ernennung.** [B] — **4. Staatsrat.** Vom Staatsministerium wird es in seiner großen Mehrheit für äußerst bedenklich erachtet, einem anderen als demjenigen, welcher das Präsidium des Staatsministeriums zu führen hat, das Präsidium des Staatsrats zu übertragen. *Daher Vorschlag, interimistisch [...] Hohenzollern-Sigmaringen zum Präsidenten des Staatsrats zu ernennen.*<sup>3</sup> [B] — **5. Mitteilung über vorläufige Ergebnisse der Wahlen zum Abgeordnetenhaus.**<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> *Gelesen [U]: Pückler. – Kronprinz Friedrich Wilhelm war nicht unterzeichnungsbefugt, was im Folgenden nicht mehr angemerkt wird. Vgl. dazu die erste Sitzung am 10.11.1858 (Anm. 1) sowie die Einleitung.*

<sup>2</sup> *Damit verbunden war die Aufhebung der KO v. 5.1.1847 in: GS, S. 32. Weiteres hierzu in: Rep. 90, Nr. 1218, n.f.*

<sup>3</sup> *Zur Ernennung Hohenzollerns vgl. Rep. 90, Nr. 886, n.f.; vgl. Schneider, Hans, Der preußische Staatsrat 1817–1918, München etc. 1952, S. 245.*

<sup>4</sup> *Wahlergebnisse in: Zeitschrift des Kgl. Preußischen statistischen Bureaus, 2 (1862), S. 92, 101 und 112. Vgl. Grünthal, Günther, Die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus von 1858, in: Kocka, Jürgen u.a. (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter, München etc. 1994, S. 329–345.*

## Nr. 6 Sitzung des Staatsministeriums am 27. November 1858.

*Reinschr., Bd. 70, Bl. 293–293v; MF 414.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**1. Königliche Begnadigung oder Vollstreckung bei Todesurteilen in vier Fällen.** [B]

## Nr. 7 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Dezember 1858.

*Reinschr., Bd. 70, Bl. 294–296; MF 414.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

1. *Königliche Begnadigung oder Vollstreckung bei Todesurteilen in drei Fällen.* [B] — 2. *Ernennung G. v. Viebahns zum Regierungspräsidenten in Oppeln.* [B] — 3. *Ernennung.* [B] — 4. *Gesetzes-Vorhaben. Im Landtag 1859 einzubringende Gesetzentwürfe.*

**Nr. 8 Sitzung des Staatsministeriums im Berliner Stadtschloß<sup>1</sup> am 8. Dezember 1858.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1–4], Bd. 70, Bl. 299–312v; MF 414.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 2–4], Hegel [zu 1, U], Ribbeck [zu 2–4].*

1. *Behörden-Zuordnung.* Verwaltung des Münzwesens wird dem Finanz-Ministerium zugeordnet und Rendantur des Staatsschatzes der General-Staatskasse übertragen.<sup>2</sup> [B] — 2.–3. *Presse- und Gewerbefreiheit sowie Verwaltungsgerichtsbarkeit.* Handhabung der Preß-Aufsicht seitens der Verwaltung, namentlich bei Beschlagnahme von Druckschriften und bei Konzessions-Entziehungen aufgrund von Beschwerden gegen die Polizeibehörden in Verbindung mit Entzug der Konzessionen Gewerbetreibender; Einverständnis über Lockerung der Handhabung durch Behörden und über Novelle zum Preß-Gesetz mit dem Ziel, die richterliche zu Lasten der administrativen Kompetenz zu stärken. Verweigerung oder Entziehung gewerblicher Konzessionen wegen politischer Parteistellung. *Beschwerden über Mißbräuche seitens der Behörden;* politische Parteistellung und Mitgliedschaft in einer religiösen Dissidenten-Genossenschaft für sich allein sind kein Grund zur Versagung oder Entziehung gewerblicher Konzessionen.<sup>3</sup> [B] — 4. *Meinungsverschiedenheit über Ausschließung der Juden von Ausübung der Polizeigewalt; vertagt. Flottwell erklärt die Ausschließung der Juden von Ausübung der ständischen Rechte für nicht haltbar; Revision wird vorbereitet.* [B] — 5. *Termin zur Einberufung des Landtages. – Debatte über Ausführungsgesetz zum Artikel 61 der Verfassung:* Ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz wird von mehreren Seiten für eine unabweisliche Forderung der Zeit erachtet; ein Entwurf dazu ist dem nächsten Landtage vorzulegen.<sup>4</sup> — 6.–7. *Zwei Ernennungen.* [B] — 8. *Ernennung F. Frh. v. Wintzingerodes zum Regierungspräsidenten in Potsdam.* [B]

<sup>1</sup> Ortsangabe nach Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 3, Bl. 59.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 151, I A Nr. 2299, n.f. (Immediatbericht v. 8.12.1858 etc.); ferner KO v. 3.1.1859 betr. Überweisung der bisher mit der Verwaltung des Staatsschatzes vereinigten Münzverwaltung an das Finanzministerium, in: GS, S. 8; ferner MinBl. innere Verwaltung, S. 73.

<sup>3</sup> Weiteres hierzu in: Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 3, Bl. 59 ff. Vgl. auch MinBl. innere Verwaltung 1859, S. 11.

<sup>4</sup> Grundlegend hierzu: Hartung, Fritz, *Verantwortliche Regierung, Kabinette und Nebenregierungen im konstitutionellen Preußen 1848–1918* [1932], in: Ders., *Volk und Staat in der deutschen Geschichte*, Leipzig 1940, S. 245 ff. Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 3, S. 55–73; Böckenförde, Ernst-W., *Der Verfassungstyp der deutschen konstitutionellen Monarchie im 19. Jahrhundert* [1967], in: Ders. (Hrsg.), *Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815–1918)*, Köln 1972, S. 146–170.

## Nr. 9 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Dezember 1858.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1 und 3], Bd. 70, Bl. 313–329; MF 414/415.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt i.V. Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hegel [zu 1–2, U], Th. v. Sulzer [für Flottwell, zu 1 U], H. Frh. v. Wangenheim [zu 1, U].*

**1.** 12 Disziplinarsachen. [B] — **2.** Inkraftsetzung des bereits angenommenen Gesetzentwurfs<sup>1</sup> betr. Salzverkauf in den Hohenzollernschen Landen. [B] — **3.** Liberale AH-Fraktionen. Verhalten der Staatsregierung gegenüber den in Folge des [...] Schlesischen Wahlprogramms in der nächsten Sitzungsperiode des Landtags zu erwartenden Gesetzes-Anträgen. *Debatte teilweise vertagt.*<sup>2</sup> — **4.** Runderlaß<sup>3</sup> des Innenministers betr. Lockerung der Handhabung gewerblicher Konzessionsentziehungen in Verbindung mit dem Preß-Gesetz wird gebilligt. [B] — **5.** Termin zur Eröffnung der Landtags-Session 1859. [B]

<sup>1</sup> Rep. 90, Nr. 1472, n.f. (dazu auch Immediatbericht v. 11.12.1858). Vgl. Gesetz und VO v. 13.12.1858 in: GS, S. 606 und 608.

<sup>2</sup> Zum (alt-)liberalen Schlesischen Wahlprogramm vom 12.10.1858 vgl. z.B.: Salomon, Felix, *Die deutschen Parteiprogramme, H. 1, Leipzig etc. 1907, S. 40 f.*; Fenske, Hans (Hrsg.), *Der Weg zur Reichsgründung 1850–1870, Darmstadt 1977, S. 133.*

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 2410, Bl. 156–157v.

## Nr. 10 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Dezember 1858.

*Reinschr., Bd. 70, Bl. 330–331; MF 415.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 3].*

**1.** Ernennung Th. v. Sulzers zum Unterstaatssekretär im Innenministerium. [B] — **2.** Ernennung. [B] — **3.** Debatte über Reform des landrechtlichen Eherechts; *vertagt.* [B] — **4.** Behandlung der Dissidenten; *vertagt.* — **5.** Ministeranklage. Meinungsverschiedenheiten über die Gesetzesinitiative zur Ministerverantwortlichkeit gemäß Art. 61 der Verfassung; Justizminister äußert Bedenken. Man einigte sich jedoch dahin, daß in der nächsten Landtagsdiät ein solches Gesetz nicht vorgelegt, vielmehr [...] der Zukunft vorbehalten werden soll.<sup>1</sup> [B] — **6.–7.** Zu erwartende Gesetzesanträge im Landtag, die sich aus dem Schlesischen Wahlprogramm der Liberalen ergeben; unter anderem Feststellung der Wahlbezirke<sup>2</sup>, Reform der Kommunal-, Kreis- und Provinzialverfassung, Aufhe-

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 84a (D), Nr. 2094; insbesondere Memorandum des Generalstaatsanwalts F. Grimm (undat.), Bl. 8–23; ferner Rep. 77, Tit. 182 Nr. 65 Bd. 1.

<sup>2</sup> Eine Neueinteilung der Wahlbezirke hatte Prinzregent Wilhelm seit dem Frühjahr 1858 immer wieder, aber erfolglos bei dem früheren Innenminister F. v. Westphalen angemahnt, was zu seiner Entlassung beitrug. Vgl. die Korrespondenz hierzu in: Schultze, Johannes (Bearb.), *Kaiser Wilhelms I. Briefe an Politiker und Staatsmänner, Bd. 2, Berlin, Leipzig 1931, S. 116–123.*

bung der gutsherrlichen Polizei. *Diese sind* während der nächsten Landtagsdiät 1859 nicht zum Gegenstand legislativer Vorlagen zu machen. [B]

### **Nr. 11 Sitzung des Staatsministeriums am 15./16. Dezember 1858.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 70, Bl. 332–345; MF 415.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V, U], Flottwell [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Simons [U], Schleinitz [U], Bonin [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U]. — Prot.: [?].*

*Weitere Teilnehmer: Costenoble, Friedberg, Lehnert [nur am 16.12.].*

*Gesetzentwurf<sup>1</sup> zum Eherecht. Notwendigkeit einer Reform wird einstimmig anerkannt; Ziel ist es, die Zivil-Ehe, mindestens – nach dem Beispiele Englands – in fakultativer Form einzuführen. Es wird mit allen gegen eine Stimme die Einführung der bürgerlichen Eheschließung als Ergänzung der kirchlichen für die Fälle der versagten priesterlichen Einsegnung beschlossen. Zur Vorbereitung sind einige hervorragende Mitglieder des Abgeordneten- und Herrenhauses als Vertrauensmänner über den Gesetzentwurf zu hören und zu einer Konferenz hierher einzuberufen. [B]*

---

<sup>1</sup> *Voten und Entwürfe in: Rep. 84a (M), Nr. 49022, Bl. 229–276; vgl. auch Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 139 Bd. 3, Bl. 69–73v, 81–82v und 87–91 (jeweils Abschr.).*

### **Nr. 12 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Dezember 1858.**

*Reinschr., Bd. 70, Bl. 346–346v; MF 415.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg, Lehnert [beide zu 1].*

**1. Gesetzentwurf zum Eherecht. Bevor er im LT eingebracht wird, soll der Entwurf mit einflußreichen Landtagsmitgliedern beraten werden.<sup>1</sup> [B] — 2. Personelle Umgruppierungen im Kultusministerium, nachdem H. v. Mühlner die ihm angebotene Direktorenstelle abgelehnt hat.<sup>2</sup> [B]**

---

<sup>1</sup> *Zu dieser Beratungs-Konferenz unter Leitung des Justizministers am 5./6.1.1859, für eine monarchische Regierung bemerkenswerten Vorgehensweise, vgl. Rep. 84a (M), Nr. 49022, Bl. 277–304v (Einladungen, Antwortschreiben etc.).*

<sup>2</sup> *Ein allgemeiner Hinweis hierauf bei Reichle, Walter, Zwischen Staat und Kirche. Das Leben und Wirken des preußischen Kultusministers Heinrich v. Mühlner, Berlin 1938, S. 115.*

### Nr. 13 Sitzung des Kronrats im Palais des Prinzregenten am 20. Dezember 1858.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen*<sup>1</sup>, Bd. II, Bl. 263–268v, Abschr. Bl. 257–262; MF KR 12. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 3, Bl. 72–77; Rep. 84a (D), Nr. 2094, Bl. 2–7.

*Anwesend: Prinzregent Wilhelm [V, U], Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [U], Flottwell [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Simons [U], Schleinitz [U], Bonin [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U]. — Prot.: [?].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

**1.** *In der bevorstehenden Landtags-Session 1859 einzubringende Gesetzentwürfe, unter anderem: Reform des Ehescheidungsrechts, mit der der Prinzregent sich grundsätzlich einverstanden erklärt. Regulierung der Grundsteuer; hierzu empfiehlt der Prinzregent, mit großer Vorsicht zu Werke zu gehen, damit die Parteien sie nicht zu Agitationen gegen die Regierung benutzen. — 2.* Verhalten der Regierung gegenüber Anträgen, die gemäß dem liberalen Schlesischen Programm in der LT-Session 1859 zu erwarten sind. Prinzregent<sup>2</sup> stimmt der beabsichtigten Art der Beantwortung etwaiger Interpellationen und Anträge zu und betont, daß die Regierung dem Landtage gegenüber [...] als ein in sich einiges Ganzes dastehen und in dieser Einigkeit [...] einen unerschütterlichen Halt gegen Anfechtungen jeder Art suchen soll.<sup>3</sup> – Entwurf eines Ausführungsgesetzes zum Artikel 61 der Verfassung betr. Ministeranklage soll dem nächsten Landtag noch nicht vorgelegt, vielmehr der Zukunft vorbehalten werden.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Es handelt sich um drei Randbemerkungen des Prinzregenten.

<sup>2</sup> Zur Meinungsbildung des Prinzregenten über die neun Punkte des Schlesischen Wahlprogramms siehe seine Briefe v. 6.10. u. 8.12.1858 in: Schultze (Hrsg.), Kaiser Wilhelms I. Briefe, Bd. 2, S. 121 f. und 126 f. In diesem Zusammenhang ist auch auf die Ansprache des Prinzregenten an das Staatsministerium v. 8.11.1858 (Regierungsprogramm) hinzuweisen; vgl. die Anlage zur Einleitung.

<sup>3</sup> Vgl. Haupts, Leo, Die liberale Regierung in Preußen in der Zeit der „Neuen Ära“, in: HZ, 227 (1978), S. 68 f. und 75.

<sup>4</sup> Ein Gesetz über die juristische Ministerverantwortlichkeit lehnte der Prinzregent in seiner Randbemerkung zum Protokoll ab: Da ich mich gegen die Ausführung dieses § (61) erklärte, [...]. Vgl. dazu Zechlin, Egmont, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht [1930], 2. Aufl., Stuttgart 1960, S. 171.

### Nr. 14 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Dezember 1858.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [2 und 6], Bd. 70, Bl. 347–362v; MF 415/416.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg, Lehnert [beide zu 6], G. Meyer [zu 2], Ribbeck [zu 6].*

**1.** *Ernennung und Titelverleihungen.* [B] — **2.** *Gesetzentwurf*<sup>1</sup> *betr. Änderungen des Strafgesetzbuches wird gebilligt.* [B] — **3.** *Debatte über Zulassung privater Lebens-, Feuer- und Immobilien-Versicherungen neben den bisherigen ständischen Sozietäten.*<sup>2</sup> [B] — **4.** *Gesetzentwurf*<sup>3</sup> *betr. Aus-*

<sup>1</sup> Rep. 90a, XIV Nr. 1 Bd. 3, Bl. 163–172; Rep. 120, A I 2 Nr. 54 Bd. 1, n.f.; StenBerHH, Session 1859, Drucks. Nr. 10. Vgl. Gesetz v. 30.5.1859 in: GS, S. 320.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 1218, n.f.

führung der Landesvermessung in Hohenzollern-Hechingen wird gebilligt. [B] — **5.** Entwurf<sup>4</sup> betr. Fischerei-Ordnung für das Pommersche Haff wird gebilligt. [B] — **6.** Stellungnahme zur Petition von Dissidenten-Gemeinden betr. Beschwerden über ihre Rechtsstellung, über Willkür staatlicher und kirchlicher Behörden sowie Forderung nach Zivilehe und freien Konfessionsformen.<sup>5</sup> [B]

<sup>3</sup> Rep. 76, IIa Sekt. 42 Nr. 1 Bd. 1, n.f.; StenBerAH, Session 1859, Drucks. Nr. 8. Vgl. Gesetz v. 11.4.1859 in: GS, S. 190.

<sup>4</sup> Rep. 90, Tit. XXX A Nr. 63, n.f. Darin auch Immediatbericht v. 16.1.1859. Vgl. StenBerHH, Session 1859, Drucks. Nr. 83. Vgl. Fischerei-Ordnung v. 2.7.1859 in: GS, S. 453.

<sup>5</sup> Immediatbericht v. 24.1.1859 und weiteres Material in: Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XIV Nr. 162 Bd. 3, Bl. 55–66.

## Nr. 15 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Januar 1859.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [6–7], Bd. 71, Bl. 1–10; MF 416.

Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Gerhardt, F. H. Sydow [beide zu 6, U], H. Frh. v. Wangenheim [zu 7, U].

**1.** Krondotation. Abfassung des Gesetzentwurfs<sup>1</sup> betr. Erhöhung der Kronfideikommiß-Rente. [B] — **2.–4.** Zwei Ernennungen und Ordenssache. [B] — **5.** Titelverleihung. – Grundsätze bei Ernennungen von mittleren und höheren Beamten: Auch in künftigen Fällen soll in allen Departements eine Beförderung eines Rats aus der dritten in die zweite Rangklasse nicht ohne [...] Vortrag im Staatsministerium Allerhöchsten Orts beantragt und die Zustimmung des Staatsministeriums jedesmal im Immediatbericht erwähnt werden.<sup>2</sup> [B] — **6.–7.** Acht Pensions- und Disziplinarsachen. [B] — **8.** Planung der Thronrede zur Landtagseröffnung am 12.1.1859.

<sup>1</sup> StenBerAH, Session 1859, Drucks. Nr. 5. Vgl. Gesetz v. 30.4.1859 in: GS, S. 204.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 182 Nr. 35 Bd. 2, Bl. 135–135v (Beschluß etc.); Rep. 77, Nr. 4084, Bl. 65–65v. Zum Hintergrund: Die entsprechende KO v. 30.6.1851 zur Ernennung von Ministerialbeamten sei bisher nicht immer angewendet worden; vgl. Rep. 84a (D), Nr. 4384, Bl. 182 und 195.

## Nr. 16 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Januar 1859.

Reinschr., Bd. 71, Bl. 11–12; MF 416.

Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: R. v. Puttkamer [zu 5].

**1.–4.** Drei Ernennungen und zwei Titelverleihungen. [B] — **5.** Eisenbahnen. Mehrbedarf an Kapital für Ausbau der Rhein-Nahe-Eisenbahn; staatliche Zinsgarantie für Prioritätsanleihe.<sup>1</sup> [B] —

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1859, Drucks. Nr. 83; dazu: AH-Kommissionsbericht, Drucks. Nr. 127, und AH-Verhandlungen v. 9.4.1859, S. 728–744 (Annahme). Vgl. Gesetz v. 18.7.1859 in: GS, S. 387.

6. Entwurf<sup>2</sup> der Thronrede zur Eröffnung der Landtags-Session am 12.1.1859 gebilligt. [B] — 7. Gesetzentwurf<sup>3</sup> zur Reorganisation der Admiralität. Dazu Bedenken des Handelsministers; Einsetzung einer Kommission. [B] — 8. Marine. Stellungnahme zur Allerhöchsten Ordre vom 5.1.1859 über die projektierte Anlage eines Kriegshafens bei der Insel Rügen<sup>4</sup>; vertagt.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 1, Bl. 174–176; StenBerAH, Session 1859, Verhandlungen v. 12.1.1859, S. 1–2. Die Thronrede hielt MinPräs. Hohenzollern-Sigmaringen. – Die Einberufung der beiden Häuser des Landtags ging auf die entsprechende VO v. 18.12.1858 zurück; vgl. GS, S. 616.

<sup>3</sup> Rep. 76, I Sekt. 2 Nr. 29 Bd. 1, Bl. 100–101v; Weiteres dazu in: Rep. 90a, B III 6 Nr. 6 Bd. 2, Bl. 2–20 (Vorlagen; Einsetzung der Prüfungskommission etc.).

<sup>4</sup> KO v. 5.1.1859; Voten inkl. Denkschrift der Admiralität v. 17.12.1858 u. 7.1.1859 als Vorlagen etc. in: Rep. 90a, Y II 2b Nr. 1 Bd. 2, Bl. 92–127.

## Nr. 17 Sitzung des Kronrats im Palais des Prinzregenten am 10. Januar 1859.

Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 39–42; MF KR 13.

Anwesend: Prinzregent Wilhelm [V, U], Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [U], Flottwell [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Simons [U], Schleinitz [U], Bonin [U], Massow [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: Illaire.

Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Erhöhung der Krondotation. Meinungsverschiedenheit zwischen dem Minister des Königlichen Hauses und dem Finanzminister über die Fassung des § 2 wird durch Abänderung beigelegt. Prinzregent genehmigt Gesetzentwurf. – Zum Verhältnis Regierung und Parlament bemerkt der Finanzminister, man habe sorgfältig den Schein zu vermeiden, als solle [...] der künftigen Beschlußnahme der legislativen Faktoren präjudiziert werden.

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1859, Drucks. Nr. 62. Vgl. Gesetz v. 30.4.1859 in: GS, S. 204.

## Nr. 18 Sitzung des Kronrats im Palais des Prinzregenten am 11. Januar 1859.

Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 44–49; MF KR 13–14. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 139 Bd. 3, Bl. 109–113v.

Anwesend: Prinzregent Wilhelm [V, U], Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [U], Flottwell [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Simons [U], Schleinitz [U], Bonin [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U]. — Prot.: [?].

Weitere Teilnehmer: W. Hoffmann, Illaire, Neander, R. v. Uechtritz.

Eherechtsreform. Einführung der fakultativen Zivil-Ehe, wie vom Staatsministerium vorgeschlagen. Präsident und Vertreter des Evangelischen Oberkirchenrats sowie der Innenminister sprechen sich gegen das Reformvorhaben aus. Prinzregent äußert Bedenken gegen die vorgeschlagene Einführung der fakultativen Zivil-Ehe und behält sich Entscheidung vor.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Zum Begriff der obligatorischen und fakultativen Zivilehe vgl. Buchholz, Eherecht zwischen Staat und Kirche, S. 82 f.



## Nr. 19 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Januar 1859.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1–2], Bd. 71, Bl. 13–16; MF 416.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Krienes [zu 1, U], Schuhmann [zu 2], F. H. Sydow [zu 1, U].*

**1. Pensionssache.** [B] — **2.** Ablösung der Reallasten *und* Regulierung der gutsherrlichen Verhältnisse. *Gesetzentwurf*<sup>1</sup> wegen Abänderung der §§ 68 und 69 und Ergänzung des § 72 des Gesetzes vom 2. März 1850 *wird mit einigen Modifikationen gebilligt.* [B] — **3. Ernennung.** [B] — **4.** Grundsätzliches *Einvernehmen zur Reform der Grundsteuergesetzgebung.*

---

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerHH, Session 1859, Drucks. Nr. 8; vgl. auch Drucks. Nr. 49. Gesetz v. 19.3.1860 in: GS, S. 98.*

## Nr. 20 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Januar 1859.

*Vollz. Teilreinschriften, Bd. 71, Bl. 17–23; MF 416.*

*Anwesend [U]<sup>1</sup>: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: [?].*

*Weitere Teilnehmer: Costenoble, H. Frh. v. Wangenheim [U].*

*Sieben Disziplinarsachen.* [B]

---

<sup>1</sup> *Gelesen [U]: Bonin.*

## Nr. 21 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Februar 1859.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1, 3–4], Bd. 71, Bl. 24–30; MF 416.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Bitter, Meinecke, F. H. Sydow [alle zu 1], Wenzel [zu 4], L. v. Winter [zu 3], A. v. Wolff [zu 5].*

**1. Zwei Pensionssachen.** [B] — **2. Ernennung.** [B] — **3.** Ausübung ständischer Rechte *durch jüdische Rittergutsbesitzer. Die Ausschließung der Juden von den Kreis- und Provinziallandtagen ist rechtswidrig; legislatorische Regelung nicht erforderlich, da bestehende Gesetze ausreichend sind.*<sup>1</sup> [B] — **4. Stellungnahme zum Antrag des Herrenhauses betr. die Fixation der in den Städten mit**

---

<sup>1</sup> *Reskript v. 16.2.1859 in: MinBl. innere Verwaltung, S. 50.*

Königlichen Polizei-Verwaltungen [...] aus städtischen Mitteln beizutragenden Kosten.<sup>2</sup> [B] — **5. Stellungnahme zu Petitionen, die an das Abgeordnetenhaus gerichtet gewesen sind.** [B] — **6. Eherechtsreform.** Bericht über Verhandlungen mit Mitgliedern des Abgeordneten- und Herrenhauses betr. Gesetzentwurf zur Reform des Ehescheidungsrechts bzw. zur Einführung der Zivilehe. Änderung des Entwurfs zur fakultativen Zivilehe; Prinzregent soll um Entschließung zur Gesetzesvorlage gebeten werden.<sup>3</sup> [B]

<sup>2</sup> Der Vorgang betr. den Gesetzentwurf zum Staatshaushaltsetat 1859; es ging um Entlastung des Staatshaushalts und um Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Vgl. *StenBerHH, Session 1859, Drucks. Nr. 96, S. 3–7.*

<sup>3</sup> Zur Konferenz zwischen Vertretern der Regierung und des Parlaments vgl. die Sitzungen vom 15. u. 16.12.1858. Die Konferenz fand am 5./6.1.1859 statt; Bericht in: *Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 139 Bd. 3, Bl. 58–65v.*

## Nr. 22 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Februar 1859.

*Reinschr., Bd. 71, Bl. 31–31v; MF 416.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. Jacobi [zu 1], G. v. Kameke [zu 2], A. Richter, Wenzel [beide zu 1].*

**1.–2. Stellungnahmen zu Petitionen an das Abgeordnetenhaus betr. Sonn- und Festtage gemäß Polizei-Verordnung in der Rheinprovinz sowie betr. Revision des Festungs-Rayon Regulativs von 1828.** [B] — **3. Titelverleihung.** [B]

## Nr. 23 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Februar 1859.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2]<sup>1</sup>, Bd. 71, Bl. 32–35; MF 417.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. de la Croix, v. Vegesack [beide zu 2].*

**1. Stellungnahme zur Petition an das Abgeordnetenhaus betr. Gewerbe-Konzession.**<sup>2</sup> [B] — **2. Gründung von 600 Freistellen an Gymnasien für Söhne bedürftiger Offiziere.** Das Bedürfnis des Heeres an Offiziers-Aspiranten wird anerkannt, doch soll keine Bevorzugung eines einzelnen Standes erfolgen. Weitere Verhandlungen sind erforderlich; vertagt.<sup>3</sup> — **3. Eherechtsreform.** Immediatbericht zum Ehegesetzentwurf [...] vorgelesen und vollzogen.<sup>4</sup> — **4. Ernennung.** [B]

<sup>1</sup> TOP 2: Verhandelt im Königlichen Schloß zu Berlin.

<sup>2</sup> *StenBerAH, Session 1859, Drucks. Nr. 68, S. 1–6.*

<sup>3</sup> Bei diesem TOP handelte es sich um eine der Maßnahmen, die sich aus der Denkschrift Roons zur Heeresreform vom Juli 1858 ableitete. Einführend wie grundlegend hierzu Ritter, Gerhard, *Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland, Bd. 1, München 1954, S. 152–158, bes. S. 155.*

<sup>4</sup> Vgl. *Rep. 84a (M), Nr. 49023, Bl. 27–70; ferner StenBerAH, Session 1859, Drucks. Nr. 46. Der Gesetzentwurf wurde am 13.4.1859 im AH angenommen, vom HH aber verworfen. Zum Verfahren im LT vgl. auch Buchholz, Eherecht zwischen Staat und Kirche, S. 92–97.*

**Nr. 24 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Februar 1859.**

*Reinschr., Bd. 71, Bl. 36–37; MF 417.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 3].*

**1. Eherechtsreform.** Mündlich erteilter Befehl des Prinz-Regenten *betr.* Formulierung der projektierten Bestimmung zur Einführung der fakultativen Zivilehe; *dieser wird einstimmig als unannehmbar befunden.* [B] — **2. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr.** Abänderung des Gesetzes über Ablösung der Reallasten v. 2.3.1850. *Stellungnahme zum Kommissionsbericht des Herrenhauses.* [B] — **3. Stellungnahme zu der dem Abgeordnetenhaus vorliegenden Petition betr.** Amnestie für politische Verbrecher. [B] — **4.–5. Zwei Ernennungen und Titelverleihung.** [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerHH, Session 1859, Drucks. Nr. 13.*

**Nr. 25 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Februar 1859.**

*Reinschr., Bd. 71, Bl. 38; MF 417.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg, Th. v. Sulzer, L. v. Winter [alle zu 1].*

**1. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr.** Abänderung des Preß-Gesetzes v. 12.5.1851 *wird zurückgezogen; Neufassung vertagt.* [B] — **2. Ernennung und Versetzung.** [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 2410, Bl. 170.*

**Nr. 26 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Februar 1859.**

*Reinschr., Bd. 71, Bl. 39–39v; MF 417.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: F. H. Sydow [zu 1].*

[1.] *Stellungnahme zu Petitionen an das Abgeordnetenhaus betr. Verhalten von Beamten der Provinz Posen gegenüber der polnischen Minderheit.*<sup>1</sup> — [2.] *Etat-Aufstellung. Patow wünscht frühere Einbringung der Etatentwürfe, um den Mißstand zu beseitigen, daß die Feststellung des Staatshaushalts-Etats immer erst mehrere Monate nach Beginn des Etats-Jahres erfolgt.*

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1859, Drucks. Nr. 37; ferner Drucks. Nr. 68, S. 6–16, Nr. 73, S. 1–5 und Nr. 111, S. 23.*

## Nr. 27 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Februar 1859.

*Reinschr., Bd. 71, Bl. 40; MF 417.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Bitter [zu 2].*

**1. Etat-Überschüsse.** *Dem Antrage des Herrenhauses<sup>1</sup> ist entgegenzutreten, Überschüsse pro 1856 und 1857 sind an den Staatsschatz zu überweisen. [B] — 2. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Regulierung der Grundsteuer wird trotz einiger Bedenken unverändert angenommen. [B]*

<sup>1</sup> *StenBerHH, Session 1859, Drucks. Nr. 26.*

<sup>2</sup> Vgl. *Rep. 89, Nr. 27417, insbes. Bl. 122; StenBerAH, Session 1859, Drucks. Nr. 66; Dokumentation: Die Gesetzentwürfe betreffend die Regulierung der Grundsteuer. Nebst den Motiven und einer erläuternden Einleitung sowie den Kommissionsberichten des Hauses der Abgeordneten, Berlin 1859. Vgl. auch Pyta, Wolfram, Liberale Regierungspolitik im Preußen der „Neuen Ära“ vor dem Heereskonflikt: Die preußische Grundsteuerreform von 1861, in: FBPG, N.F. 2 (1992), S. 179–247; Amend, Anja, Von der Kunst, eine „Steuerfrage aus einer Parteifrage in eine Finanzfrage zu verwandeln“. Das preußische Grundsteuergesetz vom 21. Mai 1861 als historisches Kaleidoskop, St. Katharinen 1997 (ohne Aktenauswertung).*

## Nr. 27a Sitzung des „engeren“ Kronrats<sup>1</sup> am 27. Februar 1859.

*Druck: APP, Bd. 1, Dok. 162, S. 274–284.<sup>2</sup>*

*Anwesend:<sup>3</sup> Prinzregent Wilhelm [V], Hohenzollern-Sigmaringen, Bonin, Schleinitz. — Prot.: [?]<sup>3</sup>.*

*Weitere Teilnehmer: Illaire, E. Frh. v. Manteuffel, H. v. Moltke.*

<sup>1</sup> *Bearbeiter und Herausgeber der Auswärtigen Politik Preußens 1858–1871 (im Folgenden APP) haben diese Sitzung in der nachstehend genannten personellen Zusammensetzung als die eines „engeren Kronrats“ bezeichnet und hinzugefügt, daß es sich nicht um eine Beratung des „ordentlichen“ Kronrats handelte. Weiter: „Die Bildung einer Kommission in dieser Zusammensetzung ... war in einer Denkschrift des Außenministeriums (Konzept Hepke) ‘betreffend die Erörterung der bevorstehenden militärischen Aufgaben Preußens’ vom 6. Februar vorgeschlagen worden nach dem Vorgang der Zeit von 1838/39.“ Nach APP, Bd. 1, S. 274, Anm. 1.*

<sup>2</sup> *Zur Überlieferung dieser Quelle wird lediglich vermerkt: „GStA Berlin“. Die Überlieferung konnte anhand der Findbücher und Akten bislang nicht verifiziert werden.*

<sup>3</sup> *Nach einem Vermerk Moltkes nahmen außer den hier Genannten noch Prinz Friedrich Wilhelm sowie Generaladjutant G. v. Alvensleben als Protokollführer teil. Nach APP, Bd. 1, S. 274, Anm. 1.*

*Italien-Krise.*<sup>4</sup> Beratung über die schwebende politische Frage und die militärischen Anordnungen, welche sie fordern dürfte. *Bericht des Außenministers*; Denkschrift<sup>5</sup> des Chefs des Generalstabes wird vorgelesen. *Fragen erörtert zum Stand der diplomatischen Beziehungen, zur Neutralität oder Intervention, zur Mobilmachung, zu den Bundeskontingenten und -festungen sowie zur Pferdeausfuhr.*

---

<sup>4</sup> Es handelte sich um den bevorstehenden Krieg zwischen Piemont-Sardinien, Frankreich und Österreich-Ungarn in der italienischen Frage. Vgl. als Überblick mit Literaturhinweisen den Beitrag von Hagen Schulze in: Büsch, Otto (Hrsg.), *Handbuch der Preußischen Geschichte*, Bd. 2, Berlin etc. 1992, S. 322 f.

<sup>5</sup> Denkschrift v. 7.2.1859 in: *Moltkes Militärische Werke*, hrsg. v. Großen Generalstabe, Abt. I: *Militärische Korrespondenz*, 1. Teil, Berlin 1902, Dok. 2, S. 4–35. Zum Kontext vgl. Kessel, Eberhard, *Moltke*, Stuttgart 1957, S. 265 bis 289.

## **Nr. 28 Sitzung des Staatsministeriums im Abgeordnetenhaus (Ministerzimmer)<sup>1</sup> am 28. Februar 1859.**

*Reinschr.*, Bd. 71, Bl. 41–41v; MF 417.

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg, Th. v. Sulzer [beide zu 1].*

**1.** Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Überweisung von Konzessions-Entziehung im Preßgewerbe an die Gerichte; *dieser ist bis zur nächsten Landtagsdiät zurückzustellen. Bis dahin soll der Grundsatz gelten, daß eine administrative Konzessionsentziehung [...] nach den bestehenden Gesetzen unzulässig ist.* [B] — **2.** Zurücknahme zweier Jagdgesetz-Entwürfe. [B] — **3.–5.** Drei Ernennungen. [B]

---

<sup>1</sup> Ortsangabe nach Einladungskarte zu dieser Sitzung in: *Rep.* 90, Nr. 2410, Bl. 180.

<sup>2</sup> *Ebd.*, Bl. 171–172 und 176.

## **Nr. 29 Sitzung des Staatsministeriums am 2. März 1859.**

*Reinschr.*, Bd. 71, Bl. 42; MF 417.

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

[**1.**] *Italien-Krise. Bericht des Außenministers über die politische Lage. Erlaß eines Pferdeausfuhr-Verbots<sup>1</sup> gebilligt.* [B] — [**2.**] *Ernennung.* [B]

---

<sup>1</sup> *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

## **Nr. 30 Sitzung des Staatsministeriums am 8. März 1859.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [3], Bd. 71, Bl. 43–45v; MF 417.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Herzbruch [zu 3], Hoene, Krienes [beide zu 2], A. L. von der Reck [zu 4].*

**1. Italien-Krise.** Mitteilung über die gegenwärtige politische Situation [...] an beide Häuser des Landtages und über das beschlossene Pferde-Ausfuhrverbot.<sup>1</sup> [B] — **2.** Reorganisation der Admiralität. Der Kommissions-Entwurf<sup>2</sup> wird modifizierend gebilligt; Differenzen über das Verhältnis des Oberkommandos zu dem Chef der Marine-Verwaltung.<sup>3</sup> [B] — **3. Eherecht.** Gesetzentwurf<sup>4</sup> betr. das eheliche Güterrecht in der Provinz Westfalen und in den landrechtlichen Teilen der Rheinprovinz wird mit Änderungen genehmigt.<sup>5</sup> [B] — **4.** Thüringische Eisenbahn-Gesellschaft. Vertragsgemäße Mitwirkung beim Betrieb der Werrabahn angemahnt. [B]

<sup>1</sup> *StenBerAH, Session 1859, Verhandlungen v. 9.3.1859, S. 321–322; StenBerHH, Session 1859, 9.3.1859, S. 63–66; auch in: APP, Bd. 1, Dok. 179, S. 309 f.*

<sup>2</sup> *Rep. 90a, B III 6 Nr. 6 Bd. 2, Bl. 29 ff., insbes. Bl. 47–58v. Vgl. auch Rep. 76, I Sekt. 2 Nr. 3 Bd. 1, Bl. 112–113v; ebd., Bl. 102–107v und 110–111v die Stellungnahme der Kommission mit Minderheitsvotum Hoenes v. 28.2.1859.*

<sup>3</sup> *Immediatberichte v. 12. u. 14.3.1859 mit Reorganisations-Entwurf sowie KO v. 14.3.1859 in: Rep. 90a, B III 6 Nr. 6 Bd. 2, Bl. 60–71; vgl. auch Rep. 89, Nr. 32224, Bl. 115–122. Allerh. Erlaß v. 14.3.1859 in: GS, S. 127. Vgl. Hubatsch, Walther, Der Admiralstab und die obersten Marinebehörden in Deutschland 1848–1945, Frankfurt/M. 1958, S. 22 f. und Dok. 4, S. 222 f.*

<sup>4</sup> *StenBerAH, Session 1859, Drucks. Nr. 97. Der Gesetzentwurf war bereits zur Jahreswende 1856/57 im AH beraten und angenommen worden, im HH aber unerledigt geblieben; vgl. StenBerHH, Session 1856–57, Drucks. Nr. 49.*

<sup>5</sup> *Gesetz v. 16.4.1860 in: GS, S. 165.*

## **Nr. 31 Sitzung des Staatsministeriums am 11. März 1859.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 71, Bl. 46–50; MF 417.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: F. v. Düesberg, Herzbruch, E. J. F. v. Koenen [alle zu 1], Lehnert [für Bethmann Hollweg, zu 1], Ribbeck [zu 1].*

**1. Restitution mediatisierter Rechte und Entschädigungen für die Fürsten H. zu Wied und F. zu Solms-Braunfels; die Grundsätze für Verhandlungen<sup>1</sup> gebilligt.** [B] — **2. Ernennung C. Seydels zum Regierungspräsidenten in Sigmaringen.** [B]

<sup>1</sup> *Details in: Rep. 90, Nr. 67 (Wied) und Nr. 93 (Solms-Braunfels). Zu diesen Fällen vgl. auch Schier, Rolf, Standesherrn. Zur Auflösung der Adelsherrschaft in Deutschland (1815–1918), Heidelberg etc. 1978, S. 20 ff., insbes. S. 104–111; grundlegend zum Verlauf der Mediatisierung und zur Rechtslage seit 1806/15 bzw. seit 1848 auch Gollwitzer, Heinz, Die Standesherrn. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815–1918, Stuttgart 1957, S. 15–35 und 123–131.*

## **Nr. 32 Sitzung des Staatsministeriums am 17. März 1859.**

*Reinschr., Bd. 71, Bl. 51–51v; MF 417.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: A. L. von der Reck [zu 1].*

**1. Eisenbahnaktien-Amortisationsfonds.** Antrag<sup>1</sup> der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses *abgelehnt*, den § 6 des Gesetzes vom 30.5.1853 *betr. die von den Eisenbahnen zu entrichtende Abgabe gesetzgeberisch aufzuheben*. [B] — **2. Juden.** Die Petition<sup>2</sup> im Abgeordnetenhaus *betr. Aufhebung der bisherigen Beschränkungen der Anstellung von Juden im Staatsdienst; das Staatsministerium will dies in seine Erwägung ziehen*. [B] — **3.–4. Zwei Ernennungen.** [B] — **5. Etat-Überschüsse.** Antrag<sup>3</sup> der Finanz-Kommission des Herrenhauses auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfs wegen Überweisung *der Überschüsse aus den Jahren 1856–57 an den Staatsschatz abgelehnt*. [B]

<sup>1</sup> *StenBerAH, Session 1859, Anlagen Nr. 40; vgl. ebd., Drucks. Nr. 182 II. – Vgl. Gesetz v. 21.5.1859 in: GS, S. 243.*

<sup>2</sup> *StenBerAH, Session 1859, Drucks. Nr. 68, S. 25–28; dazu Verhandlungen v. 23.3.1859, S. 474–496. Vgl. auch Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XIIIa Nr. 51 Bd. 7, Bl. 105 ff. und 127 ff. (betr. Oberrabbiner A. Sutro aus Münster).*

<sup>3</sup> *StenBerHH, Session 1859, Drucks. Nr. 38; dazu Verhandlungen v. 12.3.1859, S. 101–130.*

### **Nr. 33 Sitzung des Staatsministeriums am 24. März 1859.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 71, Bl. 52–52v, Anlage: Bl. 53; MF 417. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 182 Nr. 35 Bd. 2, Bl. 137–139; Rep. 84a (D), Nr. 4384, Bl. 196; Rep. 151, HB Nr. 292, n.f.*

*Anwesend [U]<sup>1</sup>: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Bethmann Hollweg. — Prot.: Costenoble.*

Auerswald *teilt* den an ihn mündlich ergangenen Befehl *des Prinzregenten mit, der* von allen wichtigen Erklärungen, welche ein Minister in einem der Häuser des Landtags abzugeben beabsichtigt, vorher Anzeige *erwartet*. Hohenzollern-Sigmaringen *ergänzt, daß dies nicht für solche Erklärungen zutrifft, die mit* bisher festgehaltenen Grundsätzen *der Regierung übereinstimmen*. Die anwesenden Minister erklären sich hiermit durchaus einverstanden und erkennen zugleich die Notwendigkeit an, möglichst alle wichtigen Erklärungen [...] vorher zum Gegenstand der Beratung im [...] Staatsministerium zu machen, wie das auch schon bisher der Regel nach geschehen ist.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> *Gelesen [U]: Pückler, Bonin.*

<sup>2</sup> *Zum Vorgang vgl. bereits die Sitzung am 19.3.1858, vgl. Rep. 84a (D), Nr. 4384, Bl. 184. Zum vorliegenden Protokoll der Sitzung am 24.3.1859 erließ Prinzregent Wilhelm am 8.4. folgende Ordre an Hohenzollern-Sigmaringen, die dem Protokoll in Abschrift beiliegt (Bl. 53): Bei Einsicht dieses Protokolls muß ich bemerken, daß ich die von mir ausgesprochene Ansicht: daß die Herren Staats-Minister sich mit den abzugebenden Antworten auf unvorbereitete Anfragen im Laufe der Sitzungen der größten Vorsicht befließigen möchten und zum Öfteren den Englischen Usus anzunehmen hätten, eine zu gebende Antwort auf einen bestimmten Sitzungstag hinausschiebend anzuzeigen, nicht aufgenommen finde, weshalb ich diesen Zusatz zur Kenntnis und Nachachtung dem Staatsministerium zugehen lasse. KO v. 8.4.1859 auch in: Rep. 151, HB Nr. 292, n.f.*

### Nr. 34 Sitzung des Staatsministeriums am 28. März 1859.

*Reinschr., Bd. 71, Bl. 54–54v; MF 417.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**1. Italien-Krise.** *Antrag der Regierung Württembergs auf Verbot der Ausfuhr von Schießpulver abgelehnt, da dieses der gegenwärtigen politischen Situation nicht angemessen ist.* [B] — **2. LT-Session.** *Zeitpunkt der Schließung des Landtags besprochen. Außerdem wird es als wünschenswert anerkannt, den Gesetzentwurf zum Eherecht noch in dieser Diät an das Herrenhaus zu bringen.*

### Nr. 35 Sitzung des Staatsministeriums am 1. April 1859.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1], Bd. 71, Bl. 55–59; MF 417.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Heyder [zu 1, U], Hübener [zu 1], F. H. Sydow [zu 1, U].*

**1. Drei Pensionssachen.** [B] — **2.** *Antrag des Justizministers, F. v. Zander für Ernennung zum Kronsyndikus vorzuschlagen, wird mehrheitlich abgelehnt, um die Zusammensetzung des Herrenhauses nicht zu verändern.* [B] — **3.** *Ehemalige reichsunmittelbare Fürsten erhalten in amtlichen Erlassen [...] die Bezeichnung „Herr Fürst“, in der Korrespondenz hingegen ist das Wort „Herr“ wegzulassen.* [B] — **4.** *Erklärung im Abgeordnetenhaus zur Landwehr.*<sup>1</sup> [B]

---

<sup>1</sup> *Es handelte sich um eine Erklärung zum Antrag der AH-Kommission zur Prüfung des Staatshaushalts-Etats, hier der Militärverwaltung, die im Etat angesetzte Summe zur Vermehrung von 409 Offiziersstellen zu verwenden unter der Bedingung, daß eine weitere Umgestaltung der Landwehr-Ordnung nicht ohne gesetzliche Regelung erfolge. Daran schloß sich eine heftige Debatte darüber an, ob die Landwehr zugunsten der Linie zur Disposition gestellt werde, wie von liberaler Seite befürchtet und in der Denkschrift Roons vom Juli 1858 tatsächlich intendiert, und ob die Landwehr-Ordnung von 1815 als Gesetz oder kgl. VO anzusehen sei. Damit war eine der Kernfragen des zukünftigen Heeres- und Verfassungskonflikts gestellt. Vgl. StenBerAH, Session 1859, Drucks. Nr. 114, S. 19f.; dazu AH-Verhandlungen v. 2.4.1859, S. 621–627. Zur Vorgeschichte der Heeresreform s. in diesem Zusammenhang den Beitrag von Messerschmidt, Manfred, Die politische Geschichte der preußisch-deutschen Armee, in: Forstmeier, Friedrich u.a. (Hrsg.), Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648–1939, Abschnitt 4/1, München 1975, S. 179–186; sowie Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, Bd. 1, S. 160–162.*

### Nr. 36 Sitzung des Staatsministeriums am 5. April 1859.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 71, Bl. 60–63v; MF 417.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*



*Weitere Teilnehmer: F. v. Duesberg, Herzbruch, E. J. F. v. Koenen, Ribbeck [alle zu 1].*

**1.** Restitution mediatisierter Rechte *und* Entschädigungen für die *Grafenhäuser* Stolberg-Wernigerode, Stolberg-Stolberg und Stolberg-Rossla.<sup>1</sup> [B] — **2.** Beschluß wird ausgesetzt, *ob gegen die Neue Preußische Zeitung gerichtliche Maßnahmen ergriffen werden sollen wegen eines Artikels, in dem das Verhalten der Regierung heftig angegriffen worden ist.*

<sup>1</sup> *Details der Verhandlungen in: Rep. 90, Nr. 260 [Stolberg-Wernigerode] und Nr. 209 [Stolberg-Stolberg u. Stolberg-Rossla]. Vgl. auch Bornhak, Conrad, Die Mediatisierung der Grafschaften Stolberg-Stolberg und Stolberg-Rossla, in: FBPG, 19 (1906), S. 353–370, bes. S. 366 ff.*

### **Nr. 37 Sitzung des Staatsministeriums am 9. April 1859.**

*Reinschr., Bd. 71, Bl. 64–64v; MF 417.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**1.** *Polenpolitik. Beantwortung einer Interpellation im Abgeordnetenhaus betr. einer 1858 in der Provinz Posen angeblich durch die Polizeibehörden in provokatorischer Absicht verbreiteten aufrührerischen Proklamation zum Aufstand der Polen gegen Rußland.*<sup>1</sup> [B] — **2.** Hohenzollern-Sigmaringen teilt den an ihn ergangenen Allerhöchsten Erlaß<sup>2</sup> *des Prinzregenten* vom 8. d.M. mit, *wie die Minister sich bei unvorbereiteten Anfragen im Landtag zu verhalten haben.* — **3.** *Etat-Vorlage. Anzustreben ist, die Budgetberatungen 1859 im Abgeordnetenhaus noch vor Ostern abzuschließen.* [B]

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1859, Drucks. Nr. 118; dazu AH-Verhandlungen v. 11.4.1859, S. 745–753.*

<sup>2</sup> *Vgl. Sitzung am 24.3.1859.*

### **Nr. 38 Sitzung des Staatsministeriums am 15. April 1859.**

*Reinschr., Bd. 71, Bl. 65–66v; MF 417. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 182 Nr. 37 Bd. 3, Bl. 84–85v.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**1.** *Ernennung.* [B] — **2.** *Presse-Aufsicht. Der Berliner Polizeipräsident ist auf seine Pflicht hinzuweisen, die der Regierung feindlichen Tagesblätter sorgsam zu überwachen und bei Rechtsverstößen zu beschlagnahmen.* [B] — **3.** *Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen die Unterzeichner der vor kurzem in öffentlichen Blättern erschienenen, gegen die Ansichten und Kundgebungen des Kultusministers in der sog. Dissidentenfrage gerichteten Erklärung.* [B] — **4.** *Polizeiliche Überwachung einer öffentlichen Versammlung zur Dissidentenfrage.* [B] — **5.** *Protest der Stände des Belgarder Kreises gegen die verfügte Zulassung jüdischer Rittergutsbesitzer zu den Kreistagen; ähnliche gesetzwidrige Manifestationen der Kreisstände sind in Zukunft zu verhindern.* [B]

### Nr. 39 Sitzung des Staatsministeriums am 19. April 1859.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [3], Bd. 71, Bl. 67–86; MF 417/418.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schroeder. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: E. J. F. v. Koenen, F. H. Sydow, H. Frh. v. Wangenheim [alle zu 3, U].*

**1. Amtseinführung und Eidabnahme** des zum Chef der Marine-Verwaltung ernannte[n] Vize-Admiral[s] J. Schroeder.<sup>1</sup> — **2. Ernennung.** [B] — **3. Zwei Pensions- und 17 Disziplinarsachen.** [B]

---

<sup>1</sup> *Die Ernennung Schroeders mit den Befugnissen und der Verantwortlichkeit eines Ministers war mit KO v. 6.4.1859 erfolgt; vgl. Rep. 90, Nr. 956, n.f. und ebd., Nr. 2527, Bl. 136–136v; ferner Rep. 89, Nr. 32224, Bl. 123–123v. Zum Kontext vgl. Allerh. Erlaß zur Reorganisation der Admiralität v. 14.3.1859 in: GS, S. 127; ferner Hubatsch, Der Admiralstab, S. 222 f. – Daß Schroeder weder dem Staatsministerium angehörte noch eine ministerähnliche Position inne hatte, muß demnach als widerlegt gelten, ebenso wie eine Reihe anderer Folgerungen daraus, die zu finden sind in: Brysch, Thomas, Marinepolitik im preußischen Abgeordnetenhaus und Deutschen Reichstag 1850–1888, Hamburg etc. 1996, S. 20, 108, 110 f. u. 112 f. u. ö.*

### Nr. 40 Sitzung des Staatsministeriums am 28. April 1859.

*Reinschr., Bd. 71, Bl. 87–87v; MF 418.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**1. Italien-Krise. Erklärung des Außenministers** über die heutige politische Situation für das Abgeordneten- und Herrenhaus.<sup>1</sup> [B] — **2.–3. Zwei Ernennungen.** [B] — **4. Mitteilung über Ernennung Max Dunckers zum Leiter der Zentralstelle für Preß-Angelegenheiten mit dem Versprechen [...], bei geeigneter Gelegenheit in eine Professur bei der hiesigen Universität einzurücken.**<sup>2</sup> [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1859, Verhandlungen v. 28.4.1859, S. 931; ebs. Drucks. Nr. 183; Auszüge in: APP, Bd. 1, Dok. 344, S. 508 f. Zum Sachverhalt vgl. auch Huber Ernst Rudolf (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 2, 3. Aufl., Stuttgart 1986, Dok. 20–22, S. 23 f.*

<sup>2</sup> *Der Eintritt Dunckers in den Dienst des Staatsministeriums war am 10.4.1859 zugesichert; vgl. Rep. 89, Nr. 3736, Bl. 16–21. Das Versprechen einer Professur war mit KO v. 21.4.1859 erfolgt; vgl. Immediatbericht v. 31.5.1861 in: Rep. 90, Tit. XIII Nr. 67, n.f. Vgl. ferner Rep. 92, NL Duncker Nr. 62. Vgl. auch Nöth-Greis, Gertrud, Das Literarische Büro als Instrument der Pressepolitik, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.), Pressepolitik und Propaganda. Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg, Köln 1997, S. 1–78, hier S. 8. – Zur politischen Einflußnahme auf Berufungen seit 1858 vgl. Andernach, Norbert, Der Einfluß der Parteien auf das Hochschulwesen in Preußen 1848–1918, Göttingen 1972, S. 27–37 (S. 28 zu Duncker).*

### Nr. 41 Sitzung des Kronrats am 29. April 1859.

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 50–51; MF KR 14.*

Anwesend: Prinzregent Wilhelm [V, U], Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [U], Flottwell [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Simons [U], Schleinitz [teilw.], Bonin [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U]. — Prot.: [Costenoble].

Weitere Teilnehmer: Illaire.

(Besprechung der gegenwärtigen politischen Situation *anlässlich des ausgebrochenen Italien-Krieges.*)<sup>1</sup> – *Königliche Begnadigung oder Vollstreckung bei Todesurteilen in drei Fällen.*

<sup>1</sup> Vgl. hierzu die Denkschrift zur Haltung Preußens im Krieg (ohne Datum u. Unterschrift) in: III. HA MAA, Nr. 173, Bl. 5–8v bzw. 182–185; gedr. in: Angelow, Jürgen, Von Wien nach Königgrätz. Die Sicherheitspolitik des Deutschen Bundes im europäischen Gleichgewicht (1815–1866), München 1996, Dok. 23, S. 401–403.

## Nr. 42 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Mai 1859.

Reinschr., Bd. 71, Bl. 88–89v; MF 418.

Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schroeder. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

**1. Etatmittel und Italien-Krieg.** Vertagung der Beratung des Herrenhauses über den Gesetzentwurf betr. Eisenbahn-Anleihe; *gegebenenfalls* ist von dieser Vorlage ganz Abstand zu nehmen und die zu beantragende Kreditbewilligung auf eine Anleihe zu Kriegszwecken zu beschränken.<sup>1</sup> [B] — **2. Schätzung des Kreditbedarfs für den Kriegsfall auf 50 Mio. Tlr.** — **3. Vorlage eines Gesetzentwurfs betr. Verwendung der Eisenbahn-Abgabe<sup>2</sup> sowie der Zinseinnahmen aus Amts- und Zeitungs-Kautions-Kapitalien und Ermächtigung,** die zu einmaligen Ausgaben durch den Etat bewilligten Fonds sowie die Bestände des Staatsschatzes zu Kriegszwecken zu verwenden.<sup>1</sup> [B] — **4. Verschiebung der bewilligten Erhöhung der Beamtenbesoldungen auf 1.7.1859; Einsparungen sind** dringenden Staats-Ausgaben zuzuführen. [B] — **5. Steuern.** Vom Landtage ist die Ermächtigung für die Regierung zu begehren, im Falle eines Krieges die direkten Steuern [...] zu erhöhen. [B] — **6. Antrag des Chefs der Marine-Verwaltung Schroeder, 2 Mio. Tlr. für den Bau von 20 bis 40 Dampf-Kanonenbooten zum Küstenschutz zu bewilligen, wird mit 6 gegen 5 Stimmen** abgelehnt; Schroeder wird anheimgestellt, denselben Antrag nach den Umständen zu modifizieren. [B]

<sup>1</sup> Hier und im Folgenden geht es um drei Einzelvorlagen von Gesetzentwürfen v. 4.5.1859, die zur Finanzierung der preußischen Mobilmachung anlässlich des Italien-Kriegs dienten. Vgl. Immediatbericht v. 20.5.1859 mit vollz. Gesetzentwürfen in: Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 9, Bl. 16–20v; ferner StenBerAH, Session 1859, Drucks. Nr. 182 und 183; StenBerHH, Session 1859, Drucks. Nr. 135–138. Vgl. Gesetz betr. den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung v. 21.5.1859 und andere Gesetze gleichen Datums in: GS, S. 242–244.

<sup>2</sup> Vgl. Bergengrün, Alexander, Staatsminister August Freiherr von der Heydt, Leipzig 1908, S. 189–191.

## Nr. 43 Sitzung des „engeren Kronrats“<sup>1</sup> am 8. Mai 1859.

Druck: APP, Bd. 1, Dok. 162, S. 546–553.

<sup>1</sup> Von dem Bearbeiter und den Herausgebern der APP (Bd. 1, S. 546) ist diese Sitzung in der nachstehend genannten personellen Zusammensetzung als die eines „engeren Kronrats“ bezeichnet worden. Vgl. auch Sitzung am 27.2.1859.

Anwesend: Prinzregent Wilhelm [V], Hohenzollern-Sigmaringen, Bonin, Auerswald, Schleinitz. — Prot.: [?]<sup>2</sup>.

Weitere Teilnehmer: E. Frh. v. Manteuffel, H. v. Moltke.

*Italien-Krieg.* Mission des Generalleutnants A. v. Willisen nach Wien und die dabei maßgebenden politischen Gesichtspunkte. *Prinzregent weist* auf den bisher verfolgten Grundsatz hin, sich jeder Demonstration zu enthalten, die Frankreich provozieren kann. *Die Folge ist, daß Preußen seit Monaten die bittersten Anschuldigungen hinsichtlich Preußens Stellung in Deutschland über sich ergehen lassen muß. Soll Preußen daher ein Armeekorps in der Mitte Deutschlands aufstellen? Bonin sieht im Verhalten Frankreichs den Grund dafür, daß man zum Krieg schreiten und ein offenes Bündnis mit Wien eingehen muß. Moltke mahnt, daß Preußen in nächster Zukunft auch zur Tat und namentlich zur Mobilmachung schreiten sollte.*<sup>3</sup> *Schleinitz, Auerswald und Hohenzollern-Sigmaringen plädieren für Zurückhaltung und Abwarten. Entscheidung des Prinzregenten. Willisen soll die österreichischen Kriegsziele und Friedensbedingungen erkunden und in Wien durchblicken lassen [...], daß Preußen zur Hilfe bereit ist und mit seiner ganzen Armee für Österreichs Machtstellung und Deutschlands Sicherheit eintreten wird, daß es aber den Moment des Einschreitens seiner eigenen selbständigen Entschließung vorbehält.*<sup>4</sup>

<sup>2</sup> Nach dem Bearbeiter der APP, Bd. 1, S. 546, heißt es: „Ausfertigung von der Hand Alvenslebens“.

<sup>3</sup> Moltkes Militärische Werke, Abt. I: Militärische Korrespondenz, 1. Teil, Dok. 16, S. 100–103.

<sup>4</sup> Zur Instruktion für Willisen, der am 9.5.1859 mit Begleitschreiben Wilhelms nach Wien reiste, vgl. III. HA MAA, Nr. 173, Bl. 13–16v und 20–21; gedr. in: Angelow, Von Wien nach Königgrätz, Dok. 25 und 26, S. 405–408. Vgl. auch, insbes. zu Willisens Wiener Tätigkeit und seinen Depeschenwechsel mit dem Außenministerium, ebd. Nr. 173, Bl. 59 ff. (inkl. Handakten Willisens); APP, Bd. 1, Dok. 378, 389, 390, 400, 401 und 410, S. 553–555, 570–574, 586–591 und 605–608; ferner BPH, Rep. 51, E 32, Bl. 213–221. Vgl. Kentmann, Hans, Preußen und die Bundeshilfe an Österreich im Jahre 1859, in: MIOG, Ergänzungs-Bd. 12 (1933), S. 297–415, hier S. 352–360; ferner Srbik, Heinrich Ritter v., Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz, Bd. 2, 3. Aufl., München 1940, S. 333–376, insbes. S. 358–363; Senner, Martin, Preußens Strategie und Politik im Krimkrieg und im italienischen Krieg, in: Gehler, Michael u.a. (Hrsg.), Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1996, S. 173–200, hier S. 194–196.

## Nr. 44 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Mai 1859.

Reinschr., Bd. 71, Bl. 90–90v; MF 418.

Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schroeder. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

**1.** *Italien-Krieg.* Es wird für zweckmäßig erachtet, in Gemeinschaft mit den übrigen Zollvereinsstaaten ein Verbot der Ausfuhr von Schlachtvieh nach Frankreich zu erlassen. [B] — **2.** Thronrede zur bevorstehenden Schließung des Landtags mit Abänderungen genehmigt.<sup>1</sup> [B] — **3.–5.** Vier Titelverleihungen. [B]

<sup>1</sup> Allerh. Botschaft v. 12.5.1859 zur Schließung der beiden Häuser des Landtags am 14.5.1859, in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 1, Bl. 187. Zur Thronrede vgl. Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 96–97v; StenBerAH, Session 1859, Verhandlungen v. 14.5.1859, S. 1117 f.; auch in: Kohl, Horst (Hrsg.), Dreißig Jahre preußisch-deutscher Geschichte 1858–1888 in amtlichen Kundgebungen, Gießen 1888, Dok. 5, S. 9–11.

## Nr. 45 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Mai 1859.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 71, Bl. 91–94v, Anlage: Bl. 95–95v; MF 418.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin [teilw.], Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Costenoble [zu 5–6], Noah [zu 1, U], K. v. Voigts-Rhetz [teilw. für Bonin].*

**1.** Entwurf<sup>1</sup> des Erlasses betr. Zulassung privater Lebens-, Feuer- und Immobilier-Versicherungsgesellschaften im Verhältnis zu ständischen Sozietäten; Differenzen zwischen Handels- und Finanzminister über freie Markt-Konkurrenz oder staatliche Schutzpolitik beigelegt. [B] — **2.** Italien-Krieg. Anregung einiger süddeutscher Staaten abgelehnt, ein Ausfuhrverbot für Kriegsmaterialien aller Art sowie für Futtermittel aus der Zollunion zu erlassen. [B] — **3.** Jagdrecht. Keine Vorlage der 1857 ausgearbeiteten Gesetz-Entwürfe zur Novellierung der Jagdgesetze v. 31.10.1848 und 7.3.1850, insbesondere zur Bildung eines Entschädigungsfonds für die 1848 vom Verlust des Jagdrechts betroffenen früheren Besitzer.<sup>2</sup> [B] — **4.** Projekt Eisenbahnbau von Breslau zur oberschlesischen Industrieregion wird in Rücksicht auf die gegenwärtigen Zeitverhältnisse zurückgestellt. [B] — **5.** Disziplinarsache. [B] — **6.** Antrag [...] des Prinzen Karl auf Stiftung einer Verdienstmedaille des Johanniter-Ordens abgelehnt.<sup>3</sup> [B] — **7.** Erstellung eines Sachregisters zur Gesetzsammlung. [B]

<sup>1</sup> Entwurf des Erlasses liegt als Anlage dem Teilprot. bei (Bl. 95–95v). Vgl. KO v. 2.7.1859 in: Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 141–141v. Weitere wichtige Details in: Rep. 90, Nr. 1218, n.f. (Immediatbericht v. 29.5.1859 etc.). Zur Bedeutung des Erlasses betr. das Verfahren bei der Konzessionierung und Zulassung von Versicherungsgesellschaften v. 2.7.1859 (GS, S. 394) im Sinne einer marktorientierten Liberalisierung vgl. einfürend Atzpodien, Hans Chr., Die Entwicklung der preußischen Staatsaufsicht über das private Versicherungswesen im 19. Jahrhundert, jur. Diss. Bonn 1982, S. 65, 76 und 80 f.

<sup>2</sup> Vgl. Immediatbericht v. 14.6.1859 in: Rep. 89, Nr. 31774, n.f., sowie ebd., KO v. 1.7.1859. Wegen der Problematik und Brisanz dieser Sache stimmte der Prinzregent den Vorschlägen des Staatsministeriums zwar zu, mahnte indes an, die Lösung der Fragen im Auge zu behalten und baldmöglichst Vorschläge zu unterbreiten.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 2019, n.f. Darin unter anderem: Antrag des Prinzen Karl an seinen Bruder den Prinzregenten v. 5.2.1859; Immediatbericht v. 4.6.1859; KO v. 27.7.1859, mit der Prinzregent Wilhelm eine plausible Begründung der Ablehnung verlangte. Das Staatsministerium behandelte die Sache dilatorisch.

## Nr. 46 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Mai 1859.

*Reinschr., Bd. 71, Bl. 96–96v; MF 418.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Delbrück [zu 1], A. L. von der Reck [zu 2].*

**1. Zinsen.** Die im Entwurfe<sup>1</sup> vorgelegte Verordnung betr. Suspension der Beschränkungen des [...] Zinssatzes wird *mehrheitlich angenommen*. [B] — **2. Eisenbahnen.** Vertrag zwischen Preußen und Herzogtum Nassau über Eisenbahnbau zwischen Köln-Deutz und Gießen, über Bau der Rheinbrücke bei Koblenz und über Zinsgarantie für die Kosten dieses Baues wird *gebilligt*.<sup>2</sup> [B] — **3. Ernennung.** [B]

<sup>1</sup> Rep. 84a (D), Nr. 5718, Bl. 204; Voten ebd. Vgl. Sitzung am 4.6.1859, TOP 1, in der der hier genehmigte Entwurf der VO einstweilen wieder zurückgenommen werden sollte. Vgl. auch Bergengrün, Staatsminister August Frh. von der Heydt, S. 268.

<sup>2</sup> Vgl. KO v. 24.5. u. 21.8.1859 in: Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 137v und 143v; StenBerAH, Session 1860, Drucks. 185 u. 239; Staatsvertrag v. 8.2.1860 in: GS, S. 289.

## Nr. 47 Sitzung des Kronrats am 28. Mai 1859.

Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 52–53; MF KR 14.

Anwesend: Prinzregent Wilhelm [V, U], Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [U], Flottwell [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Simons [U], Schleinitz [teilw., U], Bonin [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U]. — Prot.: [Costenoble].

Weitere Teilnehmer: Illaire.

*Italien-Krieg und Finanzprobleme.* Ausführung des Anleihe-Gesetzes vom 21.5.1859 betr. den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung anlässlich der Mobilmachung.<sup>1</sup> Patow berichtet, daß alle seine Bemühungen, eine Anleihe von 30 Mio. Tlr. im Auslande oder bei inländischen Bankiers zu negociieren, erfolglos geblieben sind und daß es daher unvermeidlich erscheint, die Anleihe durch Eröffnung von Subskriptionen im ganzen Lande zu realisieren. Zu dem Ende wird man an den Patriotismus der Nation appellieren, zugleich aber den Subskribenten angemessene Vorteile anbieten müssen. *Einzelheiten der Anlage-Bedingungen.* Minister und Prinzregent erklären sich mit allen diesen Vorschlägen des Finanzministers einverstanden.<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 10, 100 und 255; dazu Verhandlungen v. 21.5.1860, S. 1203–1208.

<sup>2</sup> Vgl. Allerh. Erlasse v. 28.5.1859 in: GS, S. 277, 278 und 279. Die nachträgliche Genehmigung dieser provisorisch erlassenen Verordnungen durch den Landtag erfolgte mit Gesetz v. 12.4.1860 in: GS, S. 184.

## Nr. 48 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Juni 1859.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [5], Bd. 71, Bl. 97–102; MF 418.

Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Delbrück [zu 1], Ribbeck [zu 5], Th. v. Sulzer [zu 2 und 4].

**1. Zinsen.** Der am 23. Mai beschlossene Entwurf einer VO betr. Suspension der bestehenden Zinsbeschränkungen wird wegen der inzwischen günstigeren Gestaltung der Verhältnisse des Geldmarktes einstweilen zurückgenommen. [B] — **2. Drei Ernennungen.** [B] — **3. Pensionssache.** [B]

— 4. *Regierungspräsident F. v. Byern in Gumbinnen zur Disposition gestellt*<sup>1</sup>; *Ernennung von E. v. Kries*. [B] — 5. *Immediat-Gesuch des Fürsten Lichnowsky wegen Anerkennung seines Anspruchs auf das Prädikat „Durchlaucht“ abgelehnt*.<sup>2</sup> [B] — 6.–7. *Zwei Ernennungen*. [B]

<sup>1</sup> *Immediatbericht v. 4.6.1859 und anderes in: Rep. 90, Nr. 989, Bl. 176–212.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 246; KO v. 2.7.1859 auch in: Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 143.*

#### **Nr. 48a Sitzung des „engeren“ Kronrats am 5. Juni 1859.**

*Aufzeichnung des Prinzregenten vom 12.6.1859, Druck: APP, Bd. 1, Dok. 440, S. 654; dazu Dok. 434, S. 646f.*

*Anwesend: [Bonin, Schleinitz, Gruner, Auerswald, Hohenzollern-Sigmaringen, Prinz Friedrich Wilhelm]*<sup>1</sup>.

*Italien-Krieg – Preußens Vermittlung und Mobilmachung*.<sup>2</sup> *Der Prinzregent stellt fest, daß die Anwesenden mit seiner Auffassung im allgemeinen einverstanden sind, jedoch nicht mit der sofortigen Absendung eines Bevollmächtigten in die Hauptquartiere, um das Halt! zu gebieten*.<sup>3</sup> *Schleinitz wünscht, die Mobilmachung der Armee auszusprechen und Noten nach London und Petersburg zu senden mit dem Ziel, ein gemeinschaftliches Inhibitorium gegen die Fortführung des Krieges und Einigung über Friedensbasen zu erreichen. Doch zuvor ist noch Abwarten, bis eine Schlacht geschlagen sei, anzuraten sowie eine Versammlung des Konseils. Dazu äußert der Prinzregent: Ungern gab ich denen von meiner Meinung Abweichenden nach, wobei ich H[ohen]zoll[ern] auf meiner Seite hatte.*

<sup>1</sup> *Nach Einladungsschreiben des Prinzregenten v. 5.6.1859 morgens in: APP, Bd. 1, Dok. 434, S. 647.*

<sup>2</sup> *Hintergrund dieser Sitzung war die gerade eingegangene Nachricht, daß die Österreicher bei Magenta am 4.6.1859 geschlagen worden waren; in den folgenden Tagen mußten sie die Lombardei und Mittelitalien den Franzosen überlassen. Vgl. Ghillany, F.W. (Hrsg.), Europäische Chronik von 1492 bis Ende April 1865, Bd. 2, Leipzig 1865, S. 492.*

<sup>3</sup> *Gemeint sind die Hauptquartiere der Kriegsgegner in Oberitalien. Vgl. die Meinungsbildung des Prinzregenten im Einladungsschreiben v. 5. Juni morgens zu dieser Sitzung mit dem Ergebnis: Preußen muß daher sofort Frankreich und Sardinien Halt gebieten, da der erste Zweck des Krieges erreicht ist [...]. Vgl. APP, Bd. 1, Dok. 434, S. 646; ferner Schreiben Schleinitz' v. 15.6.1859, ebd., S. 662 f.*

#### **Nr. 48b Sitzung des Kronrats am 7. Juni 1859.**

*Aufzeichnung des Prinzregenten vom 12.6.1859, Druck: APP, Bd. 1, Dok. 440, S. 654.*

*Anwesend: [?].*

*Italien-Krieg und Preußens Mobilmachung. Die in der Sitzung des engeren Kronrats vom 5. Juni gefaßten Beschlüsse werden angenommen, jedoch die Ausführung auf Patows dringenden Wunsch bis zum 11. Juni ausgesetzt, damit nicht [...] die Zeichnung der Mobilmachungs-Anleih[e] beeinträchtigt wird*.<sup>1</sup>

<sup>1</sup> *Weitere inoffizielle Gespräche zwischen Schleinitz, Bethmann Hollweg und dem Prinzregenten am 8.6.1859 und des Staatsministeriums am 8. u. 9.6.1859 nach der o.g. Aufzeichnung des Prinzregenten ebenfalls in: APP, Bd. 1, S. 655.*

**Nr. 49 Sitzung des Kronrats im Berliner Stadtschloß am 11. Juni 1859.**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 54–55v; MF KR 14. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 8, Bl. 15–16v.*<sup>1</sup>

*Anwesend: Prinzregent Wilhelm [V, U], Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Simons [U], Schleinitz [U], Bonin [U], Patow [U], Bethmann Hollweg [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: A. Gf. v. Bernstorff, A. Gf. v. Pourtalès, G. Frh. v. Usedom.*

*Italien-Krieg und Mobilmachung. Während Bonin die Mobilmachung der ganzen Armee fordert<sup>2</sup>, plädieren Schleinitz und Patow aus diplomatischen und finanziellen Gründen – um Zeichnung der Staatsanleihe nicht zu gefährden – für die Teil-Mobilmachung von vorläufig fünf Armeekorps. Übrige Minister und Prinzregent sind mit Letzterem einverstanden.*<sup>3</sup> [B]

---

<sup>1</sup> Ähnliche Version des Prinzregenten gedr. in: APP, Bd. 1, Dok. 440, S. 656 f.

<sup>2</sup> Nach der Version des Prinzregenten hatte auch Hohenzollern-Sigmaringen diese Forderung erhoben. Vgl. APP, Bd. 1, Dok. 440, S. 656 f.

<sup>3</sup> Diesen Beschluß quittierte Prinzregent mit: leider. Vgl. Anm. 1. – Die Teil-Mobilmachung von sechs Armeekorps erfolgte mit KO v. 14.6.1859; vgl. Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 8, Bl. 18–19v, auch in: Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 140–141. – Zur Meinung des Prinzregenten über Österreich vgl. seinen Brief v. 8.6.1859 in: Schultze, Johannes (Bearb.), Kaiser Wilhelms I. Weimarer Briefe, Bd. 2, Berlin 1924, Dok. 291, S. 14 f.

**Nr. 50 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Juni 1859.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 71, Bl. 103–105; MF 418.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Flottwell, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Bitter [zu 2], Wever [zu 1].*

**1. Gerichte.** Entwurf<sup>1</sup> einer Verordnung wegen Ergänzung des Artikels VIII des Gesetzes vom 26. April 1851 betr. die Gerichts-Organisation wird genehmigt. [B] — **2. Steuern.** Gesetzentwurf betr. Erhebung von Steuer-Zuschlägen vom 21.5.1859<sup>2</sup> soll ungeachtet der Teil-Mobilmachung zum 4.7.1859 ausgefertigt werden. [B] — **3. Presse.** Entwurf<sup>1</sup> eines für die Preußische Zeitung bestimmten Artikels über die Motive der angeordneten Teil-Mobilmachung wird genehmigt. [B] — **4.–6. Vier Ernennungen.** [B]

---

<sup>1</sup> Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

<sup>2</sup> Vgl. Sitzung am 3.5.1859, TOP 5; Gesetz v. 21.5.1859 in: GS, S. 244.

**Nr. 51 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Juli 1859.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrektur, Bd. 71, Bl. 106–108v; MF 418. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep 90a, Y IX 2 Nr. 8, Bl. 36–37v.*



*Anwesend [U]: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Bethmann Hollweg, Schroeder. — Prot.: [Costenoble].*

*Italien-Krieg und Mobilmachung. Antrag Bonins auf Mobilmachung der restlichen drei Armeekorps, der vom Prinzregenten schon vorläufig, jedoch vorbehaltlich der Anhörung des Staatsministeriums genehmigt worden ist.<sup>1</sup> Nach Bonin geht die beantragte Mobilmachung der ganzen Armee auf einen Befehl des Prinzregenten zurück und ist militärisch notwendig. Dem widersprechen der Finanz- und Außenminister aus finanziellen und diplomatischen Gründen. Nach Schleinitz kann Preußen dann seinen bisherigen [...] vermittelnden Standpunkt nicht länger aufrechterhalten; Frankreich wird diese Maßnahme als eine Drohung und als den Anfang einer feindlichen Aktion auffassen. Das Staatsministerium lehnt die Mobilmachung der ganzen Armee ab. Bonin gibt zu Protokoll, diesen Beschluß nur für den gegenwärtigen Augenblick mitzutragen.<sup>2</sup> [B]*

<sup>1</sup> KO v. 4.7.1859 in: Rep 90a, Y IX 2 Nr. 8, Bl. 34. Vgl. auch *Militärische Schriften Kaiser Wilhelms*, hrsg. vom Königlichen Preußischen Kriegsministerium, Bd. 2, Berlin 1897, S. 304; *Moltkes militärische Werke*, Abt. 1: *Militärische Korrespondenz*, 1. Teil, Dok. 39, S. 160 f.

<sup>2</sup> Bonin entwarf daraufhin sein Entlassungsgesuch für den Fall, daß die Mobilmachung der ganzen Armee vom Regenten abgelehnt werden sollte. Nach dem Ergebnis der KR-Sitzung am 8.7.1859 führte Bonin sein Vorhaben nicht aus. Vgl. *Militärische Schriften Kaiser Wilhelms*, Bd. 2, S. 304.

## Nr. 52 Sitzung des Kronrats im Palais des Prinzregenten am 8. Juli 1859.

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 56–64v; MF KR 14. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XLIV A Nr. 18/1, n.f.*

*Anwesend: Prinzregent Wilhelm [V, U], Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Simons [U], Schleinitz [U], Bonin [U], Patow [U], Bethmann Hollweg [U], Schroeder [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire, E. Frh. v. Manteuffel, H. v. Moltke.*

*Italien-Krieg und Stellung Preußens unmittelbar nach Abschluß des Waffenstillstands<sup>1</sup>. Der Prinzregent drückt seine Überraschung darüber aus, daß das Staatsministerium die Mobilmachung der ganzen Armee abgelehnt hat, die doch eine notwendige Konsequenz der früheren Entschließungen und Anordnungen darstellt. Jetzt sei anscheinend ein Umschlag in der bisherigen Auffassung der politischen Aufgabe Preußens seitens des Staatsministeriums eingetreten. Auch in der öffentlichen Meinung ist ein Umschwung zuungunsten Preußens festzustellen, der aber auf die Entscheidungen der Regierung [...] keinen Einfluß [aus]üben darf. Preußen befindet sich unzweifelhaft in einer fast beispiellos schwierigen Lage. Andererseits erscheint der Moment für die Kriegserklärung günstig; ein siegreicher Kampf gegen Frankreich wird Preußen die Führerschaft in Deutschland sichern. Ein Nichthandeln jedenfalls erinnert an die unselige Politik von 1805. – Schleinitz rät von einem Krieg gegen Frankreich ab. Zwar hat die bewaffnete Neutralität Preußens zu einer unglücklichen Lage geführt, so daß nur die Wahl zwischen zwei Übeln und Gefahren bleibt, doch sind zunächst die Ergebnisse der Friedens-Unterhandlungen abzuwarten. – Bonin widerspricht Schleinitz und hält ihm eine Umkehr unserer bisherigen Politik vor. Der Eintritt Preußens in den Krieg gegen Frankreich ist notwendig und unvermeidlich, um die Sicherheit aller Staaten gegen Revolution und Usurpation zu gewährleisten. Wenn Preußen in diesem Kampfe vorangeht, wird es eine große Rolle*

<sup>1</sup> Vgl. Ghillany, *Europäische Chronik*, Bd. 2, S. 496. Dieser Waffenstillstand führte zum Präliminarfrieden von Villafranca am 11.7.1859.

spielen. – *Bethmann Hollweg und Patow raten vom Krieg gegen Frankreich ab. – Der Prinzregent nimmt Vorschlag von der Heydts an, weitere Verhandlungen nach dem gerade abgeschlossenen Waffenstillstand abzuwarten und die Mobilmachung der restlichen drei Armeekorps solange auszusetzen.*<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Mit KO v. 14.7.1859 wurde die KO v. 4.7.1859 wieder aufgehoben, vgl. Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 8, Bl. 40. – Wiedergabe der wesentlichen Gedanken des Prinzregenten bei Kentmann, Preußen und die Bundeshilfe an Österreich, S. 393 f. Vgl. auch Helfert, Rolf, Der preußische Liberalismus und die Heeresreform von 1860, Bonn 1989, S. 54–58 (sinn-gemäße, aber im Ergebnis falsche Wiedergabe dieser KR-Sitzung). Vgl. auch Senner, Preußens Strategie und Politik, S. 197 f.

### **Nr. 53 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Juli 1859.**

*Reinschr. Bd. 71, Bl. 109; MF 418.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**1. Amtseinführung des neuen Innenministers M. Gf. v. Schwerin.**<sup>1</sup> — **2. Zwei Ernennungen.** [B] — **3. Italien-Krieg und Mobilmachung.** Nach Bekanntwerden des Präliminarfriedens zwischen Österreich und Frankreich am 11.7.1859 wird einstimmig beschlossen, den angeordneten Abmarsch der Truppen nach dem Westen zu sistieren.<sup>2</sup> [B]

---

<sup>1</sup> Die Ernennung war mit KO v. 3.7.1859 erfolgt; zugleich war der Regent der Entlassung Flottwells seinem Antrage gemäß gefolgt und hatte ihm die Stelle des OPräs. in Potsdam wieder übertragen. Vgl. Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 108 bis 108v; ferner Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 141v–142v (KO-Abschr.). – Flottwell hatte bereits bei der Bildung des Ministeriums Hohenzollern-Sigmaringen Anfang Nov. 1858 den Wunsch geäußert, aus gesundheitlichen Gründen wieder sein Amt als OPräs. Brandenburgs übernehmen zu wollen. Der Regent hatte Flottwell am 8.12.1858 gebeten, bis zum Ende der Landtags-Session 1859 im Amt als Minr.dI zu bleiben. Vgl. Rep. 92, NL Flottwell Nr. 1, Bl. 19–24.

<sup>2</sup> Mit KO v. 14.7.1859 wurde die am 4.7. angeordnete Truppenverlegung zurückgenommen, vgl. Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 8, Bl. 40 sowie Militärische Schriften Kaiser Wilhelms, Bd. 2, S. 304; Moltkes Militärische Werke, Abt. I: Militärische Korrespondenz, I. Teil, Dok. 42, S. 171 f.

### **Nr. 54 Sitzung des Kronrats im Palais des Prinzregenten am 21. Juli 1859.**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 65–67v; MF KR 14. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XLIV A Nr. 18/1, n.f.*

*Anwesend: Prinzregent Wilhelm [V, U], Prinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [U], Simons [U], Schleinitz [U], Bonin [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Schroeder [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: C. Horn [für Patow], Illaire.*

*Italien-Krieg. Prinzregent gibt seine Auffassung der durch den Frieden von Villafranca<sup>1</sup> eingetretenen politischen Situation bekannt. Die durch den überraschenden Friedensschluß herbeigeführte Lage Preußens ist eine schwierige, in hohem Grade unangenehme und gefährliche. Für den wahrscheinlichen Fall eines Angriffs von Frankreich kann Preußen weder von Österreich noch von übrigen deutschen Staaten nennenswerte Hilfe erwarten, muß also seine militärischen Vorkehrungen so treffen, als wenn es den Kampf um seine Existenz allein zu führen hätte. – Die hierfür zur Verfügung stehenden Finanzmittel werden auf 30 Mio. Tlr. geschätzt. – Nach Schleinitz ist ein Angriff von Frankreich vorläufig nicht zu befürchten. Die Verbesserung seiner militärischen Einrichtungen Preußens ist notwendig, doch sind die außerordentlichen Ausgaben für militärische Rüstungen einweilen so weit wie möglich zu beschränken und für den Fall wirklicher Gefahr bereitzuhalten.<sup>2</sup> – Bonin spricht sich in gleichem Sinne aus; die Demobilmachung steht bevor.<sup>3</sup>*

<sup>1</sup> *Präliminarfriede v. 11.7.1859; vgl. Martens, G. Fr., Samwer, Ch. (Hrsg.), Nouveau Recueil Général de Traités, Conventions et Autres Transactions Remarquables, (1. Sér.), Bd. 16/2, Göttingen 1860, S. 516; leichter zugänglich, aber nicht hinreichend quellenkritisch: Napoleon III. und die italienische Einigung, bearb. v. Beatrix Mesmer, Bern 1969, S. 28 f.*

<sup>2</sup> *USSt Gruner im Außenministerium berichtet in seinen Erinnerungen, daß nach Bekanntwerden des Vorfriedens von Villafranca Schleinitz' Außenpolitik während der Krise auch von Liberalen kritisiert worden sei und er seinen Rücktritt angeboten bzw. sein Verbleiben im Amt an die Bedingung geknüpft habe, daß das Staatsministerium in Zukunft bei wichtigen Ereignissen, „welche des Einverständnisses seiner Kollegen bedürften, nicht im gesamten Ministerrate, sondern in einem [engeren] Komitee beraten werden sollten“, wozu er den Ministerpräsidenten, den Außen-, Kriegs- und Innenminister sowie Auerswald zählte. Diese Bedingung Schleinitz' soll angenommen worden sein. Vgl. Gruner, Justus v., Rückblick auf mein Leben, in: Deutsche Revue, Bd. 26/3 (1901), S. 80. Ähnliches berichtet der preuß. Gesandte in London: Bernstorff, Albrecht Gf. v., Im Kampfe für Preußens Ehre, hrsg. v. K. Ringhoffer, Berlin 1906, S. 410 und 415 f.*

<sup>3</sup> *Die Demobilmachung zum 1.8.1859 erfolgte mit KO v. 25. u. 28.7.1859; vgl. Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 8, Bl. 46 und 51. Vgl. auch Moltkes Militärische Werke, Abt. I: Militärische Korrespondenz, 1. Teil, Dok. 42, S. 172–174. Zur Demobilmachung des Bundesheeres vgl. Huber, (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 32 und 33, S. 33.*

## Nr. 55 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Juli 1859.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [4–5], Bd. 71, Bl. 110–134; MF 418/419.*

*Anwesend: Auerswald [V], Simons, Schleinitz, Bethmann Hollweg, Schwerin. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Krienes [zu 4, U], Nobiling, Ribbeck [beide zu 4], Schede, F. H. Sydow [beide zu 4, U], H. Frh. v. Wangenheim [zu 5, U].*

**1. Ernennung.** [B] — **2. Disziplinarsache gegen Landrat H. v. Puttkammer.** [B] — **3. Ernennung.** [B] — **4. Vier Pensions- und Gehaltssachen.**<sup>1</sup> [B] — **5. 21 Disziplinarsachen.** [B]

<sup>1</sup> *Die vom Staatsministerium als unbegründet zurückgewiesene Gehaltsreklamation des Kreisrichters Riel (Bl. 131 bis 131v) war insofern von genereller Bedeutung, als es um die Aufhebung des politischen Treuebekenntnisses von Beamten ging, die in der Revolution 1848/49 der Regierung unliebsam aufgefallen waren. Vgl. dazu den Immediatbericht v. 19.10., KO v. 14.11. und Beschluß des Staatsministeriums v. 31.12.1859 in: Rep. 90, Nr. 2322, Bl. 98–105v. Vgl. auch Rejewski, Die Pflicht zur politischen Treue, S. 59 f. und 164–169.*

**Nr. 56 Sitzung des Staatsministeriums am 3. August 1859.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [4], Bd. 71, Bl. 135–142; MF 419.*

*Anwesend: Auerswald [V], Simons, Schleinitz, Bethmann Hollweg, Schwerin. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hasselbach, C. Horn [beide zu 1], H. v. Klützwow [zu 2–3], H. Frh. v. Wangenheim [zu 4, U].*

**1. Ende des Italien-Krieges.** Nachdem die Württembergische Regierung einseitig die Aufhebung des Pferde-Ausfuhr-Verbots angeordnet hat, sollen Bayern und Baden zur Verhinderung des Ausganges von Pferden nach Württemberg aufgefordert werden. Zugleich ist das noch bestehende Verbot der Ausfuhr von Schlachtvieh diesseits aufzuheben.<sup>1</sup> [B] — **2. Immediat-Gesuch des Grafen O. von Keyserling-Neustadt** um Verleihung eines *Stimmrechts gemäß der 1843 verliehenen Kollektivstimme für Gf. Keyserling-Rautenburg im Provinzial-Landtag* der Provinz Preußen; *vertagt*. [B] — **3. HH-Mitgliedschaft.** Immediat-Gesuch des Grafen A. von Renard um Verleihung von Sitz und Stimme im Herrenhaus mit erblicher Berechtigung für das Majorat Gr. Strehlitz *wird abgelehnt*. [B] — **4. Sieben Disziplinarsachen.** [B]

<sup>1</sup> Vgl. KO v. 15.8.1859, in: Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 143v.

**Nr. 57 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Oktober 1859.**

*Reinschr., Bd. 71, Bl. 143–144v; MF 419.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Bethmann Hollweg, Schwerin, Schroeder. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hering [für Bonin]<sup>1</sup>.*

**1. Kurhessische Verfassungsfrage.** Promemoria und Entwurf<sup>2</sup> eines [...] in der deutschen Bundesversammlung abzugebenden Votums. *Es erklärt sich eine Stimme für Anerkennung des Bundesbeschlusses vom März 1852, der die Kurhessische Verfassung von 1831 außer Wirksamkeit gesetzt hat; zugleich warnt sie vor der Unzuträglichkeit [...], wenn die Preußische Regierung den von ihr selbst im Jahre 1852 empfohlenen Standpunkt jetzt ganz aufgeben sollte. Die große Majorität votiert für den Entwurf.*<sup>3</sup> [B] — **2. Stimmrecht für O. Gf. v. Keyserling-Neustadt** gemäß der 1843 verliehenen Kollektivstimme für Gf. Keyserling-Rautenburg im Provinzial-Landtag der Provinz Preußen. Patows nachträglich[e] Bedenken dagegen bleiben unberücksichtigt.<sup>4</sup> [B] — **3.–4. Fünf Ernennungen.** [B]

<sup>1</sup> Bonin hatte v. 1.9.–14.10.1859 Urlaub; vgl. Rep. 90, Nr. 589, n.f.

<sup>2</sup> Promemoria, Entwurf und ausgefertigte Fassung des Votums in: Rep. 75A, Nr. 697, n.f. Vgl. Rep. 90, Tit. XLIV A Nr. 19, n.f. Vgl. auch die Darstellung von UStS Gruner, Rückblick auf mein Leben, S. 160–162.

<sup>3</sup> Zur politischen Brisanz des Verfassungsstreits in Kurhessen seit den Ereignissen vom Sommer 1859 vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 436–440.

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 69, n.f. (Votum Finanzminister v. 7.10.1859; Immediatbericht v. 22.9.1859 im Entwurf, KO v. 31.10.1859); Rep. 89, Nr. 13933, n.f.; KO v. 16.1.1860 in: Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 153.

**Nr. 58 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Oktober 1859.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [5–6], Bd. 71, Bl. 145–160; MF 419/420.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Simons, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: W. Günther [zu 6], Kaliski, Lehnert, H. de Rège, Ribbeck [alle zu 5], Schede [zu 6], F. H. Sydow, H. Frh. v. Wangenheim [beide zu 5].*

**1. Disziplinarmaßnahme gegen Landrat O. v. Diest wegen seiner Behauptungen gegen von der Heydt.**<sup>1</sup> [B] — **2. Ernennung.** [B] — **3. Gesuch betr. Aufwandsentschädigung für Dienstreise.** [B] — **4. Kein juristisches Verfahren wegen Beleidigung des Staatsministeriums.** [B] — **5. 12 Disziplinar-, Gehalts- und Pensionssachen.** [B] — **6. Beamte. Nebentätigkeiten bei Aktiengesellschaften und anderen Unternehmen sind genehmigungspflichtig.** [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 859 Nr. 19; Bergengrün, Staatsminister A. Frh. von der Heydt, S. 257–265.

**Nr. 59 Sitzung des Staatsministeriums am 2. November 1859.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [3], Bd. 71, Bl. 161–171; MF 420.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Schwerin. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Kalisky [zu 3, U].*

**1. Zwei Ernennungen.** [B] — **2. Ostasien-Expedition. Teilnahme eines landwirtschaftlichen Sachverständigen an der Expedition nach Japan.**<sup>1</sup> [B] — **3. Pensions-Reklamationen der früheren Gesandten Chr. Frh. v. Bunsen und F. v. Rönne.**<sup>2</sup> [B] — **4. Ernennung.** [B]

<sup>1</sup> Vgl. Spieß, Gustav, *Die preußische Expedition nach Ostasien während der Jahre 1860–1862. Reiseskizzen*, Berlin, Leipzig 1864, bes. S. 1–12 (Anlaß und Mitglieder der Expedition); Delbrück, Rudolph, *Lebenserinnerungen*, Bd. 2, Leipzig 1905, S. 178–184; Salewski, Michael, *Die Preussische Expedition nach Japan (1859–1861)*, in: *Revue Internationale d'Histoire Militaire*, 70 (1988), S. 39–57; Lange, Gerhard, *Die Bedeutung des preußischen Innenministers Friedrich Albrecht Graf zu Eulenburg für die Entwicklung Preußens zum Rechtsstaat*, Berlin 1993, S. 28–39. — *Die Ostasien-Expedition führte vor allem zum Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit Japan, ratifiziert im Januar 1864; vgl. dazu III. HA MAA, II Nr. 5102 und Nr. S 5101.*

<sup>2</sup> Hier (Bl. 171) die Randnotiz Roons, daß Bonin mit KO v. 27.11.1859 seiner Stelle entbunden worden war. Vgl. Sitzung am 30.11. u. 7.12.1859.

**Nr. 60 Sitzung des Kronrats im Palais des Prinzregenten am 9. November 1859.**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 68–68v; MF KR 14.*

*Anwesend [U]: Prinzregent Wilhelm [V], Hohenzollern-Sigmaringen, Auerswald, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

*Königliche Begnadigung oder Vollstreckung bei Todesurteilen in sechs Fällen.*

**Nr. 61 Sitzung des Staatsministeriums am 22. November 1859.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [5–6, 9], Bd. 71, Bl. 172–181v; MF 420.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Bonin, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. de la Croix [zu 9, U], Friedberg, Hegel [beide zu 5, U], Noah, F. H. Sydow [beide zu 6, U], v. Vegesack [zu 9, U].*

**1.–4.** *Vier Titelverleihungen und zwei Ernennungen.* [B] — **5.** *Disziplinarsache gegen Landrat Szczesny.*<sup>1</sup> [B] — **6.** *Provinz Posen. Petition des Gutsbesitzers W. v. Wolniewicz; Zurechtweisung des Oberpräsidenten E. v. Puttkamer.*<sup>2</sup> [B] — **7.–8.** *Etat 1859. Verwendung des durch den diesjährigen Etat bewilligten Extraordinairenfonds. Meinungsverschiedenheit zwischen Finanz- und Kultusminister beigelegt. Patow wünscht Rückstellung eines Teilbetrags für 1859 und 1860.*<sup>3</sup> [B] — **9.** *Gründung von 600 Gymnasial-Freistellen für Offizierssöhne. Wegen Standesbevorzugung wird der Antrag abgelehnt.*<sup>4</sup> [B] — **10.** *Trennung der Stellen eines Direktors des Statistischen Büros und Professors der Staatswissenschaften an der Berliner Universität nach dem Tod W. Dietericis.* [B]

<sup>1</sup> Vgl. KO v. 17.12.1859 in: Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 150v.

<sup>2</sup> Näheres hierzu in: Rep. 90, Tit. XXXIII C Nr. 95, n.f.

<sup>3</sup> Zu dieser Meinungsverschiedenheit vgl. Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 8, Bl. 179–207v.

<sup>4</sup> Zur politischen Bedeutung dieses TOP vgl. Sitzung am 10.2.1859, TOP 2.

**Nr. 62 Sitzung des Staatsministeriums am 30. November 1859.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [6 und 8], Bd. 71, Bl. 182–189v; MF 420.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Schroeder. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg, A. Richter [beide zu 8, U], F. H. Sydow, Wenzel [beide zu 6, U].*

**1.** *Nachfolge Bonins. Intentionen des Prinzregenten zur Wiederbesetzung der Stelle des Kriegsministers.*<sup>1</sup> *Minister äußern ihre übereinstimmenden Wünsche.* [B] — **2.** *Ernennung.* [B] — **3.–4.** *Zwei Ordenssachen.* [B] — **5.** *Disziplinarsache.* [B] — **6.** *Gehalts- und Pensionssache.*<sup>2</sup> [B] — **7.** *Gesetzentwurf*<sup>3</sup> *wegen Abänderung des Gesetzes über Ablösung der Reallasten und Regulierung der gutsbäuerlichen und bäuerlichen Verhältnisse vom 2.3.1850 genehmigt.* [B] — **8.** *Reform des Ehrechtes. Debatte, ob der Gesetzentwurf*<sup>4</sup> *im Landtag überhaupt eingebracht werden soll, da*

<sup>1</sup> Bonin war mit KO v. 27.11.1859 entlassen worden; vgl. Rep. 90, Nr. 892, n.f.

<sup>2</sup> Beschluß zur Gehaltssache liegt dem Teilprot. bei.

<sup>3</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1860, Drucks. Nr. 8; StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 71; ferner Gesetz v. 19.3.1860 in: GS, S. 98.

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 139 Bd. 3, Bl. 202–218 und 228–235v; StenBerHH, Session 1860, Drucks. Nr. 7; ferner StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 70.

*Ablehnung durch das Herrenhaus wahrscheinlich ist. Änderung des Entwurfs gemäß Empfehlungen des Abgeordnetenhauses.*<sup>5</sup> [B]

<sup>5</sup> Vgl. ferner Rep. 84a (M), Nr. 49024, Bl. 56 ff. (Voten, Immediatbericht v. 9.12., Gesetzentwurf). Der Gesetzentwurf wurde am 16.1.1860 im HH eingebracht; zum Verfahren im LT vgl. Buchholz, *Eherecht zwischen Staat und Kirche*, S. 100–105.

### **Nr. 63 Sitzung des Kronrats im Palais des Prinzregenten am 3. Dezember 1859.**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 69–69v, Anlage: Bl. 70–81v; MF KR 14.*

*Anwesend [U]: Prinzregent Wilhelm [V], Hohenzollern-Sigmaringen, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Schroeder. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire, E. Frh. v. Manteuffel, G. v. Alvensleben.*

*Heeresreform. Vortrag<sup>1</sup> des Prinzregenten über Dringlichkeit und Stand der Reform der Armee-Organisation sowie über Differenzen mit Bonin, die zu seinem Rücktritt führten,<sup>2</sup> Bedeutung der Landwehr- und Dienstzeitfrage. Aufforderung an das Staatsministerium, sich nunmehr über den vorgelegten Reformplan [...] zu erklären.*

<sup>1</sup> Als Anlage beigelegt; gedruckt in: *Militärische Schriften Kaiser Wilhelms*, Bd. 2, S. 448–460; auch in: Berner, Ernst (Hrsg.), *Kaiser Wilhelms d. Gr. Briefe, Reden und Schriften*, Bd. 1, Berlin 1906, Dok. 278, S. 461–478.

<sup>2</sup> Zu den Hintergründen des Rücktritts Bonins vgl. *Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generalfeldmarschalls Kriegsministers Grafen von Roon*, 5. Aufl., Bd. 1, Berlin 1905, S. 380–404, vor allem S. 395, 398 f. und 401 f.; *Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold von Gerlachs*, Bd. 2, Berlin 1892, S. 710; ferner Schmidt-Bückeberg, Rudolf, *Das Militärkabinett der preußischen Könige und deutschen Kaiser*, Berlin 1933, S. 63–70; Hartung, *Verantwortliche Regierung*, S. 250; Meisner, Heinrich Otto, *Der Kriegsminister 1814–1914*, Berlin 1940, S. 23–25; Börner, *Die Krise der preußischen Monarchie*, S. 96 f.

### **Nr. 64 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Dezember 1859.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 71, Bl. 190–191; MF 420.*

*Anwesend [U]: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Schroeder. — Prot.: [Costenoble].*

[1.] *Heeresreform. Der durch KO v. 3.12.1859<sup>1</sup> zugefertigte Gesetzentwurf betr. die Reform der Organisation der Armee wird zur vorläufigen Beratung gestellt; einstimmig wird Einverständnis über Grundprinzipien des Gesetzentwurfs erzielt mit dem Vorbehalt, erst nach Vorlage der Kostenberechnungen Modifikationen im Detail anzubringen.* [B] — [2.] *Gegen die sofortige Ernennung Roons zum Kriegs-Minister wird von keiner Seite eine Erinnerung erhoben.*

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 150.

**Nr. 65 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Dezember 1859.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [4], Bd. 71, Bl. 192–195v; MF 420.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Schroeder. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Aulike [zu 4], Delbrück [zu 3], Friedberg [zu 4], Hering [für Roon zu 4].*

**1. Amtseinführung Roons als Kriegsminister.<sup>1</sup> — 2. Marine-Beamte.** *Versetzung des Direktors für Verwaltungsangelegenheiten der Marineverwaltung, Gaebler, beantragt.<sup>2</sup> [B] — 3. Technische Hochschulen.* *Errichtung einer polytechnische[n] Schule in der Rheinprovinz; Mehrheit für Standort Aachen.<sup>3</sup> [B] — 4. Einleitung gerichtlicher Untersuchungen gegen [...] katholische Geistliche im Großherzogtum Posen wegen Einsegnung von Doppelhehen. [B]*

<sup>1</sup> *Ernennung war mit KO v. 5.12.1859 erfolgt; vgl. Rep. 90, Nr. 892, n.f.; vgl. auch Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 111; Roon, Denkwürdigkeiten, Bd. 1, S. 398 f. und 401–404.*

<sup>2</sup> *Dies erfolgte auf Betreiben des neuen Chefs der Marine-Verwaltung Schroeder, der bereits auf eine einjährige Beurteilung Gaeblers bei laufendem Gehalt hingewirkt hatte. Vgl. Schroeders Votum v. 7.12.1859 und weitere Voten in: Rep. 90, Nr. 957, n.f.*

<sup>3</sup> *Für den Standort Aachen anstelle Kölns hatte Prinzregent Wilhelm plädiert z.B. mit KO v. 19.11.1859; vgl. Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 148–148v. Ferner Rep. 76, Vb Sekt. 6 Tit. 1 Nr. 1 Bd. 1. Zur Entscheidung über die Standortfrage und Gründung der späteren TH Aachen in den Jahren 1858–63 vgl. die quellennahe Darstellung von Düwell, Kurt, Gründung und Entwicklung der Rheinisch-Westfälischen Hochschule Aachen bis zu ihrem Neuaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Klinkenberg, Hans M. (Hrsg.), Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen 1870–1970, Stuttgart 1970, S. 19–176, hier S. 25–46 und 113 ff. (Dok.).*

**Nr. 66 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Dezember 1859.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [3–4], Bd. 71, Bl. 196–207v; MF 420/421.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Schroeder. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg, Hegel [beide zu 3, U], Herzbruch, Lehnert, Ribbeck [alle zu 4].*

**1. Ernennung.** [B] — **2. Versetzung des Landrats O. von Diest als Disziplinarmaßnahme bekräftigt.**<sup>1</sup> [B] — **3. Disziplinarsache.** [B] — **4. Petition<sup>2</sup> des Oberrabbiners Sutro und anderer Synagogen-Gemeinden auf Zulassung der jüdischen Staatsangehörigen zu öffentlichen Ämtern.** *Differenzen zwischen Innen-, Justiz- und Kultusminister<sup>3</sup> vorläufig zurückgestellt, um vorerst die*

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 874 D Nr. 4; ferner Rep. 77, Nr. 752 und 754.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 499, Bl. 2–19v; StenBerAH, Session 1859, Drucks. Nr. 68, S. 25–28. Der Fall Sutro ist dokumentiert von Brillling, Bernhard, Ein Kapitel aus dem Kampf der preußischen Juden um ihre Gleichberechtigung, in: Theokratia, 2 (1970–72), S. 273–306, hier Dok. 17 und 18, S. 298–302.*

<sup>3</sup> *Voten und anderes in: Rep. 90, Nr. 499, Bl. 25–84v; Rep. 84a (D), Nr. 11946, Bl. 165–202v.*



Zulassung der Juden zur Ausübung der Dominalpolizei für Rittergutsbesitzer und zum Dorf-Schulzenamt in den östlichen Provinzen zu gestatten.<sup>4</sup> [B]

<sup>4</sup> *Randbemerkung [Schrift Costenobles], daß dieser TOP in der Sitzung am 4.1.1860 erneut beraten worden ist und zu ferner weiten Beschlüssen [...] geführt hat. Vgl. Rep. 90, Nr. 499, Bl. 89–94v; Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XIIIa Nr. 51 Bd. 7, Bl. 206–215 und 220–232. Dazu Erlaß v. 3.2.1860 in: MinBl. innere Verwaltung, S. 19.*

## Nr. 67 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Dezember 1859.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 71, Bl. 208–211; MF 421.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Schroeder. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Günther [zu 2].*

**1. Termin für Eröffnung der Landtags-Session 1860.** [B] — **2. Heeresreform.** Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienst wird mit einigen Modifikationen angenommen, dabei jedoch die definitive Beschlußnahme bis nach Vorlegung des speziellen Armee-Reformplans und der Berechnung der damit verbundenen Kosten vorbehalten.<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> *Rep. 90a, Y 1 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 131–134v; vgl. StenBerAH, Session 1860, Anlagen Nr. 170 und Drucks. Nr. 47; zur Einbringung der Vorlage Verhandlungen v. 10.2.1860, S. 96–98. Vgl. auch: Aktenstücke über die Gesetz-Entwürfe betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienst und die Feststellung eines Nachtrages zu dem Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1860 ..., Berlin 1860.*

<sup>2</sup> *Vermerk [Verfasser?]: Vorstehende Beschlüsse sind unter dem von dem Herrn Finanzminister beantragten Vorbehalte gefaßt worden, die einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfs nochmals in Erwägung zu ziehen, wenn sich dazu bei Prüfung des Planes zur Reform der Armee-Organisation ein Anlaß ergeben sollte. – Vgl. auch Rep. 90a, Y 1 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 128–130.*

## Nr. 68 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Dezember 1859.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [3–4], Bd. 71, Bl. 212–218v; MF 421.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. Jacobi [zu 4], C. E. Oppermann [zu 3], A. v. Levetzow [zu 4].*

**1. Auflösung der Polizeidirektion Frankfurt/O.** [B] — **2. Ostasien-Expedition.** Teilnahme eines landwirtschaftlichen Sachverständigen an Expedition nach Japan bekräftigt. [B] — **3. Jagdrecht.** Entwurf eines allgemeinen Wildschongesetzes; soll in Novelle des Jagdpolizeigesetzes aufgenommen werden. [B] — **4. Leichenfuhrwesen in Berlin; Debatte über seine Verpachtung oder Freigabe** als gewerbsmäßiges Geschäft. [B] — **5. Titelverleihung.** [B] — **6. Marine-Beamte.** Versetzung des Direktors für Verwaltungsangelegenheiten der Marineverwaltung, Gaebler, wird zurückgestellt.<sup>1</sup> [B]

<sup>1</sup> *Vgl. Sitzung am 1.6.1860, TOP 9. Der Versuch, Gaebler bei der Ober-Rechnungskammer unterzubringen, war erfolglos geblieben. Vgl. Rep. 90, Nr. 957, n.f.*

## Nr. 69 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Dezember 1859.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 71, Bl. 219–225; MF 421.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Schroeder. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: J. v. Hartmann, K. v. Voigts-Rhetz [beide zu 2].*

**1. Ernennung und Titelverleihung.** [B] — **2. Heeresreform.** *Beratung des in der Denkschrift<sup>1</sup> Roons v. 18.12.1859 näher erläuterte[n] Plan[s] zur Reorganisation der Armee und dessen Mehrkosten gegen den Etat für 1860. Hohenzollern-Sigmaringen betont die unabweisliche Notwendigkeit einer wesentlichen Reform der Organisation der Armee. Patow macht finanzielle Bedenken gegen die Reform geltend. Seinen Vorschlägen gemäß wird einstimmig beschlossen, daß eine neue Organisation der Armee in dem in der Denkschrift [...] entwickelten Sinne [...] notwendig und der vorgelegte Reformplan [...] zweckmäßig ist. Zugleich sollte aber mit Rücksicht auf die Finanzkräfte des Landes eine Reduktion der laufenden Kosten der neuen Armee-Organisation von ca. 9,5 Mio. auf 6 bis 6,5 Mio. Taler als nötig anerkannt und der Kriegsminister ersucht werden, von diesem Gesichtspunkte aus technisch festzustellen, ob und wie der Plan in seiner Ausführung zu modifizieren ist.*<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> *Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 2, Bl. 135–148.*

<sup>2</sup> *Abschr. in: Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 2, Bl. 156–160v. Vgl. Helfert, Der preußische Liberalismus und die Heeresreform 1860, S. 93–95.*

## Nr. 70 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Dezember 1859.

*Reinschr. mit Korrektur, Bd. 71, Bl. 226–227v; MF 421.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. de la Croix, Herzbruch, Schuhmann, Ulrich, H. Frh. v. Wangenheim [alle zu 4].*

**1. Adresse inländischer Bischöfe an den Prinzregenten zur Aufrechterhaltung der weltlichen Herrschaft des Papstes Pius IX.; Beschlußnahme hierzu ausgesetzt.**<sup>1</sup> — **2. Außenpolitische Lage und italienische Frage auf dem bevorstehende[n] Kongreß.**<sup>2</sup> — **3. Verweis gegen Landrat A. Frh. v. Ende.** [B] — **4. Gesetzentwurf**<sup>3</sup> betr. die Ablösung der Reallasten in den Hohenzollernschen

<sup>1</sup> *Der Kirchenstaat wurde 1859/60 sowohl von der radikalen italienischen Nationalstaatsbewegung unter Mazzini und Garibaldi als auch von Napoleon III. zugunsten eines italienischen Einheitsstaates zur Disposition gestellt. Vgl. auch Anm. 2.*

<sup>2</sup> *Gemeint war der von Napoleon III. für Anfang Januar 1860 geplante Kongreß der europäischen Mächte zur Lösung der Italienischen Frage nach dem Frieden von Zürich vom 10.11.1859 und generell zur Revision der seit 1814/15 bestehenden Verträge; dieser Kongreß, der in Paris stattfinden sollte, kam aber nicht zustande. Vgl. III. HA MAA, Nr. 886, Bl. 1 ff.; zum Kontext Srbik, Deutsche Einheit, Bd. 3, S. 294–299.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 15; Gesetz v. 28.5.1860 in: GS, S. 221.*

Landen. *Differenzen zwischen Bethmann Hollweg und Pückler per Mehrheitsbeschluß beigelegt.* [B] — **5. Ordens-Vorschläge.** [B]

### **Nr. 71 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Dezember 1859.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1 und 3], Bd. 71, Bl. 228–253; MF 421/422.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V zu 2], Auerswald [V zu 1 u. 3], von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 1], Th. v. Sulzer [für Schwerin zu 1], H. Frh. v. Wangenheim [zu 3, U].*

**1. Kein Strafantrag gegen die Preußische ‘Volkszeitung’<sup>1</sup> [...] wegen Beleidigung des Staatsministeriums, namentlich von der Heydts.** [B] — **2. Ordenssachen.** [B] — **3. 24 Disziplinarsachen.** [B]

---

<sup>1</sup> Näheres dazu konnte nicht ermittelt werden.

### **Nr. 72 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Januar 1860.**

*Reinschr., Bd. 72, Bl. 1–2; MF 422.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: H. v. Mallinckrodt [zu 1], Martins [zu 2].*

**1. AH-Wahlrecht.** Gesetzentwurf<sup>1</sup> wegen Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten wird angenommen. [B] — **2. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. die Berg- und Hüttenarbeiter** angenommen. [B] — **3. Juden. Mehrheitlich beschlossen, den § 2 des Gesetzes vom 23.7.1847 – Ausschließung der Juden von bestimmten öffentlichen Ämtern – durch die Art. 4 und 12 der Verfassungsurkunde von 1850 [...] als aufgehoben zu betrachten.**<sup>3</sup> [B]

---

<sup>1</sup> *Rep. 169 C, 80 Nr. 9 Bd. 2; Rep. 77, Tit. 496a Nr. 88 Bd. 1, Bl. 53–60; vgl. StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 18. Vgl. Gesetz v. 27.6.1860, in: GS, S. 357. Ferner: Kühne, Thomas, Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914, Düsseldorf 1994, S. 215–224.*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 12. Vgl. Gesetz v. 21.5.1860, in: GS, S. 201; ferner Ausführungs-Instruktionen zu diesem Gesetz v. 16.6.1860, in: MinBl. innere Verw., S. 153.*

<sup>3</sup> *Zur Beschlußlage vgl. Sitzung am 14.12.1859; Erlaß v. 3.2.1860 in: MinBl. innere Verwaltung, S. 19.*

### **Nr. 73 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Januar 1860.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 72, Bl. 3–9; MF 422.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg, R. Jacobi, Noah [alle zu 2], Schuhmann [zu 1–2], Hoene [zu 3].*

**1.** Ausdehnung der Gemeinheitsteilungs-Ordnung vom 7. Juni 1821 auf die Umlegung von Grundstücken, welche einer gemeinschaftlichen Benutzung nicht unterliegen; *vertagt*. [B] — **2.** *Verwaltungsgerichtsbarkeit*. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. einige Abänderungen des Gesetzes vom 8. April 1847 über das Verfahren bei Kompetenzkonflikten *zwischen Gerichten und Verwaltungsbehörden* wird mit einigen Modifikationen angenommen. [B] — **3.** Gesetzentwurf<sup>2</sup> *betr. Aufhebung von Beschränkungen des vertragsmäßigen Zinsfußes* wird *mehrheitlich* angenommen. [B]

<sup>1</sup> *Rep. 77, Tit. 114 Nr. 175 Bd. 3, Bl. 177–181; auch Rep. 204, Nr. 30, Bl. 2 ff. (div. Voten von Mitgliedern des Gerichtshofs). Vgl. Lemmer, Georg, Die Geschichte des preußischen Gerichtshofes zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte (1847–1945), Aalen 1997, S. 86–96 u. Dok. IV, S. 262 f.; Fu, Arne, Kompetenzkonflikte im preußischen Recht des 19. Jahrhunderts, Frankfurt/M. etc. 1999, S. 127 ff.*

<sup>2</sup> *Rep. 84a (D), Nr. 5718, Bl. 224–225 sowie Nr. 5719, Bl. 1–4. Vgl. StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 14. Vgl. auch Bleich, Fritz, Zinsfreiheit als Problem der deutschen Wirtschaftspolitik zwischen 1857 und 1871, in: Schmollers Jb., 91/1 (1971), S. 269–306, hier S. 300.*

## Nr. 74 Sitzung des Kronrats am 7. Januar 1860.

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 84–89; MF KR 14. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 2, Bl. 162–167.*

*Anwesend: Prinzregent Wilhelm [V, U], Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Simons [U], Schleinitz [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U]. — Prot.: [?].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

*Heeresreform. Prinzregent* erklärt es für notwendig, die vollständige Ausführung des [...] Plans zur Reform der Armee-Organisation nicht auf eine ganz unbestimmte Zukunft hinauszuschieben, vielmehr diese *in fünf bis sechs Jahren abzuschließen*. Am Grundsatz der 3-jährigen Dienstzeit *ist festzuhalten*. Roon wünscht einen Beschluß, den Reformplan mit Kosten von ca. 9,5 Mio. Tlr. *derart finanziell zu strecken, daß sein Ziel 1864 vollständig erreicht sein wird*. Patow begründet, warum bis 1862 nicht mehr als 6,5 Mio. Tlr. zur Verfügung stehen.<sup>1</sup> Es wird hierauf von mehreren Seiten bemerkt, daß eine wesentliche Meinungsverschiedenheit über die Sache nicht zu bestehen *scheint, was Patow für sehr bedenklich erachtet*. *Einverständnis*, daß vom Landtage jetzt nur die Bewilligung der für das Jahr 1860 erforderlichen Mehrkosten der neuen Armee-Organisation verlangt wird, *da weder dem Staatsministerium noch der Landes-Vertretung zugemutet werden kann, zugleich mit der Bewilligung der jetzt zum Etat zu bringenden Summen die Verpflichtung anzuerkennen, in irgend welcher bestimmten Frist auch die zur vollständigen Ausführung des Reformplans noch nötigen Mittel [...] zu beschaffen.*<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> *Zu den unterschiedlichen Auffassungen Patows und Roons vgl. auch Sitzung am 22.12.1859.*

<sup>2</sup> *Zu dieser Sitzung vgl. Helfert, Der preußische Liberalismus und die Heeresreform 1860, S. 95 f. (sinngemäße, aber nicht quellengetreue Wiedergabe der Ausführungen Roons und Patows).*

**Nr. 75 Sitzung des Kronrats im Palais des Prinzregenten am 11. Januar 1860.**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 90–91; MF KR 14/15.*

*Anwesend: Prinzregent Wilhelm [V, U], Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Simons [U], Schleinitz [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U], Schroeder [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

**1.** Der bereits beratene Entwurf<sup>1</sup> der Thronrede zur Eröffnung der Landtags-Session 1860 wird noch einmal Punkt für Punkt durchgenommen.<sup>2</sup> [B] — **2.–3.** Gesetzentwürfe zur Feststellung des Staatshaushalts-Etats 1860<sup>3</sup> sowie zur Regulierung der Grundsteuer gebilligt.<sup>4</sup> [B] — **4.** Gesetzentwurf betr. die Feststellung der Wahlbezirke für die Wahlen der Abgeordneten gebilligt. [B] — **5.** Besetzung der Direktorenstelle im Statistischen Büro und der Professur für Statistik an der Berliner Universität; Verhandlungsauftrag. [B] — **6.** Vorlage der Gesetzentwürfe betr. die Berg- und Hüttenarbeiter sowie die Aufhebung der Beschränkung des vertragsmäßigen Zinsfußes gebilligt. [B]

---

<sup>1</sup> Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 113–126v (Entwürfe) und 127–130v (Druck-Expl.); vgl. StenBerAH, Session 1860, Verhandlungen (Eröffnungssitzung) v. 12.1.1860, S. 1–3; Kohl (Hrsg.), *Dreißig Jahre preußisch-deutscher Geschichte*, Dok. 7, S. 12–15.

<sup>2</sup> Zur Einberufung des LT am 12.1.1860 vgl. Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 1, Bl. 193–204.

<sup>3</sup> Vgl. *Immediatbericht* v. 10.1.1860 in: Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 8, Bl. 208–208v.

<sup>4</sup> Zur Verknüpfung von Grundsteuerreform und Heeresreform durch die (Alt)Liberalen seit der Jahreswende 1859/60 vgl. in diesem Zusammenhang Pyta, *Liberale Regierungspolitik*, S. 196–206 und 212–215.

**Nr. 76 Sitzung des Kronrats im Palais des Prinzregenten am 17. Januar 1860.**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 92–92v; MF KR 15.*

*Anwesend: Prinzregent Wilhelm [V, U], Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Simons [U], Schleinitz [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

*Königliche Begnadigung oder Vollstreckung bei Todesurteilen in vier Fällen.*

**Nr. 77 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Januar 1860.**

*Reinschr., Bd. 72, Bl. 10–11; MF 422.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Schroeder. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. v. Kehler [zu 4].*

**1. Heeresreform.** Motive zu dem Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienst werden *modifiziert angenommen*. [B] — **2. Vorläufige Mitteilung über Mehrkosten der neuen Armee-Organisation für 1860.** — **3. Ernennung.** [B] — **4. Presse.** Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. *Deklaration des § 54 des Gesetzes über die Presse v. 12.5.1851 angenommen*. [B]

---

<sup>1</sup> Rep. 90a, Y 1 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 176–207v; vgl. *StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 47*.

<sup>2</sup> Rep. 90, Nr. 2410, Bl. 183; vgl. *StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 43*. – Gesetz v. 21.4.1860 in: *GS, S. 185*.

## **Nr. 78 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Januar 1860.**

*Vollz. Reinschr., Bd. 72, Bl. 12–13; MF 422. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VIII 4 Nr. 12 Bd. 1, Bl. 8–9; Rep. 151, HB Nr. 292, n.f.*

*Anwesend [U]*<sup>1</sup>: *Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Schroeder. — Prot.: [Costenoble].*

*Verhältnis zum Abgeordnetenhaus. Einige Abgeordnete wünschen amtliche Mitteilung über die Erledigung der der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesenen Petitionen. Ein derartiges Recht zur Kontrolle wird dem Landtag nicht zugestanden; mündliche Auskünfte einzelner Minister sind dagegen empfehlenswert.* [B]

---

<sup>1</sup> *Gelesen [U]: Roon, Patow.*

## **Nr. 79 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Februar 1860.**

*Reinschr., Bd. 72, Bl. 14–14v; MF 422.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Baumeister, H. v. Klützw [beide zu 3], H. v. Mallinckrodt [zu 4], C. E. Oppermann [zu 3].*

**1. Titelverleihung.** [B] — **2. Zuziehung von Regierungs-Kommissarien zu den Petitionsberatungen des Landtags beschlossen.**<sup>1</sup> [B] — **3. Opportunität der Novellierung des Jagdpolizeigesetzes 1850 ist von interministerieller Kommission zu prüfen.** [B] — **4. Entwurf eines Gesetzes betr. das städtische Einzugs-, Bürgerrechts- und Einkaufsgeld wird angenommen.**<sup>2</sup> [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 125, Bl. 19–25 (Vereinfachung des Verfahrens bei Petitionen). Dazu auch StenBerAH, Session 1860, Verhandlungen v. 1.2.1860, S. 69 f.*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerHH, Session 1860, Drucks. Nr. 28. Vgl. Gesetz v. 14.5.1860 in: GS, S. 237.*

**Nr. 80 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Februar 1860.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [5]<sup>1</sup>, Bd. 72, Bl. 15–32v; MF 422/423.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Schroeder. — Prot.: Beglaubigt Hegel [U].*

**1.–2. Zwei Ernennungen.** [B] — **3. Spekulationen in der Öffentlichkeit über Auflösbarkeit des Herrenhauses wegen seiner oppositionellen Haltung.** [B] — **4. Eherecht. Anstehende Beratung des Gesetzentwurfs betr. das eheliche Güterrecht in der Provinz Westphalen im Abgeordnetenhaus nach Beschluß des Herrenhauses.**<sup>2</sup> [B] — **5. Finanzierung der Heeresreform.** Entwurf<sup>3</sup> des Etats für die durch diese Reorganisation der Armee herbeigeführten Mehrausgaben pro 1860. Patows grundsätzliche Bedenken gegen die Steigerung des Militäretats auf ca. 12 Mio. Tlr. jährlich für die nächsten Jahre; diese seine persönliche Überzeugung will er zurückstellen, kann aber im Landtag keine Erklärungen über die Leichtigkeit und Unbedenklichkeit der Beschaffung der erforderlichen Geldmittel abgeben. Im Landtag wird das Verlangen hervortreten, ob die Verbesserung der Heeres-einrichtung nicht mit einem geringeren Mehraufwande zu erzielen sein wird; das Staatsministerium wird diesem Streben entgegenzutreten haben. Über die Konsequenzen, zu denen dies führen kann, darf man sich keine Illusionen machen. Schwerin weist auf den Beschluß hin, dem Landtage zu versichern, die Mehr-Ausgaben in jedem Jahr seiner erneuerten Prüfung und Beschlußnahme zu unterwerfen. Roon bekräftigt, daß der Fortschritt der Ausführung um die Vollendung der Reorganisation sich nach dem Maße der verfügbaren Finanzkräfte zu richten hat. – Damit Verfahren zur Einbringung der Gesetzentwürfe gebilligt.<sup>4</sup> [B]

<sup>1</sup> Es sind zwei Versionen der Teilreinschrift überliefert: Die erste (Bl. 17–24v), unterzeichnet von Auerswald, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin und Schroeder, weist mehrere hs. Randbemerkungen als Ergänzungen zu Redebeiträgen auf; der Verfasser ist nicht eindeutig identifizierbar. Die zweite Version (Bl. 25–32v) enthält diese Randbemerkungen im Text und wurde von allen Ministern unterzeichnet. – Abschr. dieses Teilprot. in: Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 2, Bl. 170–175.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1860, Verhandlungen v. 1.2.1860, S. 35–38; ebs. Drucks. Nr. 10.

<sup>3</sup> Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 2, Bl. 177–207v, 213–217 und 219–228v; vgl. auch StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 47 und 48 I–II; dazu Verhandlungen v. 10.2.1860, S. 96–98 (Einbringung der Gesetzentwürfe durch Hohenzollern-Sigmaringen, Roon und Patow); Aktenstücke über die Gesetz-Entwürfe betr. die Verpflichtung zum Kriegsdienst und die Feststellung eines Nachtrages zu dem Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1860, Berlin 1860. Vgl. Börner, Die Krise der preußischen Monarchie, S. 99.

<sup>4</sup> Vgl. Helfert, Der preußische Liberalismus und die Heeresreform 1860, S. 97f. (sinngemäße, aber nicht quellengetreue Wiedergabe der Ausführungen Patows und Roons; falsche Angabe der Akten-Blattzahlen).

**Nr. 81 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Februar 1860.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 72, Bl. 33–34; MF 423.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: H. v. Dechen [zu 1], Friedberg [zu 3], Herzbruch [zu 1], Wever [zu 2].*

1. *Bergbau*. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. die Einrichtung von Berg-Hypotheken-Kommissionen bei den Oberbergämtern *inkl.* Plan zur Vereinfachung der Organisation der Bergbehörden *wird angenommen*. [B] — 2. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. die Befugnis der Auditeure zur Aufnahme von Akten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und die Förmlichkeiten der militärischen Testamente *angenommen*. [B] — 3. *Anstehende* Beratung des Gesetzentwurfs zur Eherechts-Reform im Herrenhause; Amendement des Grafen Itzenplitz *zurückgewiesen*.<sup>3</sup> [B] — 4. *Finanzierung der Heeresreform*. Gesetzentwürfe<sup>4</sup> betr. *Feststellung eines Nachtrags zum Etat 1860 sowie betr. Forterhebung eines Zuschlags zur klassifizierten Einkommen-, Klassen-, Mahl- und Schlachtsteuer* *angenommen*. [B]

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 98. Der Gesetzentwurf wurde mit Allerh. Ermächtigung v. 21.5.1860 zurückgezogen.*

<sup>2</sup> *Rep. 90, Tit. XXXV B Nr. 10, n.f. Vgl. StenBerHH, Session 1860, Drucks. Nr. 39. Vgl. Gesetz v. 8.6.1860 in: GS, S. 240.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerHH, Session 1860, Verhandlungen v. 13.–16.2.1860, S. 40–123; ebs. Drucks. Nr. 23.*

<sup>4</sup> *Vgl. Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 2, Bl. 212–228v; StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 48 I–II. Vgl. Börner, Die Krise der Preußischen Monarchie, S. 116 f.*

## Nr. 82 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Februar 1860.

*Reinschr., Bd. 72, Bl. 35; MF 423.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

1. *Gesetzentwurf* betr. Reform des Eherechts *soll* nicht zurückgezogen werden, *obwohl das Herrenhaus einen wesentlichen Teil – die fakultative Zivilehe – bereits verworfen hat*.<sup>1</sup> [B] — 2. *Dem Herrenhaus steht* über die Frage, ob *ein Mitglied desselben seine Mitgliedschaft aufkündigen kann, nur eine gutachtliche Äußerung und nicht eine entscheidende Stimme zu*.<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerHH, Session 1860, Verhandlungen v. 15.2.1860, S. 105. Der Gesetzentwurf wurde am 16.2.1860 in stark gekürzter Fassung an das AH überwiesen; vgl. Rep. 84a (M), Nr. 49024, Bl. 141–143. Das AH stellte die ursprüngliche Fassung wieder her und übersandte den Entwurf erneut an das HH.*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerHH, Session 1860, Drucks. Nr. 19, S. 7–9; dazu Verhandlungen v. 17.2.1860, S. 127–132.*

## Nr. 83 Sitzung des Staatsministeriums im Berliner Stadtschloß<sup>1</sup> am 22./23. Februar 1860.

*Zwei Reinschriften mit vollz. Teilreinschriften [1 und 3], Bd. 72, Bl. 36–49; MF 423.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon*<sup>2</sup>. — *Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer*<sup>3</sup>: *W. Günther, Herzbruch [beide zu 3], Maybach [zu 1, U], Th. v. Sulzer, L. v. Winter [beide zu 3].*

<sup>1</sup> *Die Sitzung am 23.2. zu TOP 3 soll im Abgeordnetenhaus stattgefunden haben; vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 63.*



**1. Eisenbahnen. Abgeordneten-Antrag<sup>4</sup> auf Streckenverlegung der projektierten Eisenbahn von Guben nach Riesa in Erwägung gezogen.** [B] — **2. Petitionen<sup>5</sup> wegen Revision des Gesetzes vom 15. April 1857 betr. Ablösung der den geistlichen und Schul-Instituten sowie den milden Stiftungen zustehenden Reallasten. Novellierung strittig; vertagt.**<sup>6</sup> [B] — **3. Gesetzentwurf<sup>7</sup> betr. Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen, der – ungeachtet seiner konservativen Grundlagen (so Bethmann Hollweg) – als Beginn einer umfassenderen Reform der ländlichen Gemeinde- und Polizei-Verfassung bezeichnet wird. Pückler bemängelt, daß durch die Scheidung des großen ländlichen Grundbesitzes von den Landgemeinden [...] dem großen Grundbesitz die Ausübung des ihm gebührenden Einflusses erschwert wird.**<sup>8</sup> Entwurf wird nach erheblichen Erörterungen genehmigt; abweichende Ansichten werden im Immediatbericht<sup>9</sup> vermerkt. [B]

<sup>2</sup> Schleinitz und Roon waren am 23.2. nicht anwesend.

<sup>3</sup> Bei der Fortsetzung der Debatte zu TOP 3 am 23.2. waren nur v. Winter als Referent sowie v. Sulzer anwesend.

<sup>4</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 17; vgl. auch Drucks. Nr. 128.

<sup>5</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 113, S. 10–14; dazu Verhandlungen v. 9.3.1860, S. 426–428.

<sup>6</sup> Vgl. Sitzung am 15.12.1860, TOP 2.

<sup>7</sup> Rep. 90a, V II 3 Nr. 2 Bd. 2, n.f. Vgl. StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 149.

<sup>8</sup> Pücklers Bemerkung bezog sich insbesondere auf § 8 des Entwurfs. Hierzu steht am Ende des Teilprot. (Bl. 48): Vermerk: In Folge einer Allerhöchsten Willens-Äußerung hat der Entwurf der Kreisordnung vor der Allerhöchsten Genehmigung behufs einer stärkeren Vertretung des großen Grundbesitzes diejenigen Änderungen erfahren, welche in der Anlage B. zusammengestellt sind. Vgl. dazu Schreiben Schwerins an Prinzregenten Wilhelm v. 14.3.1860 in: Rep. 89, Nr. 14114, Bl. 56–57v.

<sup>9</sup> Rep. 90a, V II 3 Nr. 2 Bd. 2, n.f. (v. 29.2.1860).

## Nr. 84 Sitzung des Staatsministeriums am 2. März 1860.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1–2], Bd. 72, Bl. 50–54; MF 423.

Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Brüggemann [zu 2], Noah [zu 3], R. Philipsborn [zu 4], Schede, F. H. Sydow [beide zu 1, U].

**1. Gehaltssache.** [B] — **2. Schulen.** Errichtung eines katholischen Gymnasiums in der Provinz Posen ohne staatlichen Zuschuß, welcher nur nach Grundsatz der Förderung der deutschen Sprache und Bildung vergeben wird.<sup>1</sup> [B] — **3. Zulassung einer Lebens- und Feuerversicherungsgesellschaft in Preußen.** [B] — **4. Post.** Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. die Abänderung mehrerer auf das Postwesen sich beziehender Vorschriften [...] angenommen. [B] — **5. Steuer-Privilegium des Fürsten zu Fürstenberg wird modifiziert.**<sup>3</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90a, Q III 2 Nr. 6 Bd. 1, Bl. 136–139 (Schreiben Bethmann Hollwegs v. 15.2.1860 etc.).

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 116. Vgl. Gesetz v. 21.4.1860 in: GS, S. 209.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 41, n.f. (Immediatberichte v. 27.12.1859; Änderungsantrag des Finanzministers v. 13.2.1860; modifizierter Immediatbericht v. 2.3.1860 und KO v. 12.3.1860). Vgl. ferner Eltz, Erwein H., Die Modernisierung einer Standesherrschaft. Karl Egon III. und das Haus Fürstenberg in den Jahren nach 1848/49, Sigmaringen 1980, S. 74 ff.

## Nr. 85 Sitzung des Staatsministeriums am 8. März 1860.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [4–5], Bd. 72, Bl. 55–60; MF 423.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 5], Hellwig [zu 6], F. v. Mühler [zu 4, U], Stiehl [zu 5].*

**1.** Gesuch [...] um die Konzession zur Erteilung von Privat-Unterricht *genehmigt*. [B] — **2.** Anregung der Eisenacher evangelischen Kirchen-Konferenz *befürwortet*, eine Fürbitte für das gesamte deutsche Vaterland in das allgemeine Kirchengebet *aufzunehmen*. [B] — **3.** Aufhebung des Verbots der in München erscheinenden Historisch-Politischen Blätter.<sup>1</sup> [B] — **4.** *Gehaltssache*. [B] — **5.** *Schulen. Keine Vorlegung eines Gesetzentwurfs*<sup>2</sup> *betr. die Unterhaltung von öffentlichen Elementarschulen während der gegenwärtigen Landtagsdiät; Differenzen sollen von interministerieller Kommission ausgeräumt werden*. [B] — **6.** *Gewerbesteuern. Gesetzentwurf*<sup>3</sup> *betr. Abänderung einiger Bestimmungen des Gewerbesteuer-Gesetzes von 1820 gebilligt*. [B]

<sup>1</sup> *Forts. des Titels: für das katholische Deutschland. Vgl. dazu Klöber, Wilhelm, Die deutsche Frage 1859–1871 in großdeutscher und antiliberaler Beurteilung. Die Zeiläufe Dr. Jörgs in den Historisch-Politischen Blättern für das katholische Deutschland, München 1932; ferner Srbik, Deutsche Einheit, Bd. 2, S. 319–321.*

<sup>2</sup> *Rep. 90, Nr. 2397, Bl. 95–114v (Denkschr. des Kultusministers v. 21.6.1860. Abschr.). Vgl. Die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Unterrichtswesens in Preußen. Vom Jahre 1817 bis 1868. Aktenstücke mit Erläuterungen aus dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, Berlin 1869, S. 196 ff.; ferner Clausnitzer, Leopold v. und H. Rosin. Geschichte des Preußischen Unterrichtsgesetzes mit besonderer Besichtigung der Volksschule, 6. Aufl., Spandau 1912, S. 212 f.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 131. Vgl. Gesetz v. 19.7.1861 in: GS, S. 697.*

## Nr. 86 Sitzung des Kronrats am 26. März 1860.

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 93–97v; MF KR 15. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Tit. XLIV A Nr. 18/1, n.f.; Druck: APP, Bd. 2/1, Dok. 116, S. 259–262.<sup>1</sup>*

*Anwesend: Prinzregent Wilhelm [V, U], Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Simons [U], Schleinitz [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U], Schroeder [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

*Außenpolitische Lage nach Einverleibung von Savoyen und Nizza durch Frankreich. Preußens Mißbilligung dieser Annexionen, gleichzeitig ist möglichst freundliches Verhalten zu Frankreich zu bewahren.<sup>2</sup> Vorhandensein einer von Westen her drohenden Gefahr wird allgemein anerkannt;*

<sup>1</sup> *Vermerk des Bearbeiters: „Originalniederschrift von der Hand Illaires“; ohne nähere Angabe zur Überlieferung im GStAPK. Diese gedr. Abschr. ist weitgehend identisch mit der hier vorliegenden Quelle, wenn auch nicht vollkommen wortgetreu.*

<sup>2</sup> *Im Hintergrund stand der Wunsch Napoleons III., mit Prinzregent Wilhelm zu konferieren. Wilhelm traf gemeinsam mit den übrigen deutschen Fürsten, aber ohne den Kaiser Österreichs, mit Napoleon am 16. und 17.9.1860 in Baden-Baden zusammen. Vgl. dazu Srbik, Deutsche Einheit, Bd. 3, S. 313–316.*

*deshalb Vorschlag Schleinitz', eine formelle Verständigung mit Österreich zu suchen.*<sup>3</sup> *Dies wird abgelehnt wegen Auswirkungen auf die Deutsche Frage. Das Festhalten an dem bisherigen Programm Preußens für seine deutsche Politik, [...] moralische Eroberungen in Deutschland zu machen und überall im Deutschen Bunde das Recht zu schützen, wird für das einzige sichere Mittel erklärt, künftigen, von außen drohenden Gefahren entgegenzutreten. – Entsprechende Depesche an den preußischen Gesandten in Paris gebilligt.*<sup>4</sup> [B]

<sup>3</sup> Österreich versuchte seit Ende Januar 1860, Preußen zu einem Bündnis gegen Frankreich zu bewegen. Zu den Hintergründen vgl. Srbik, *Deutsche Einheit*, Bd. 3, S. 299–304 (S. 303 mit Bezug auf diese KR-Sitzung). – Zur Position des Außenministers vgl. Kaiser Friedrich III. *Tagebücher*, S. 64: „Schleinitz erscheint unschlüssig und erhebt mancherlei Bedenken.“ Da weder der Prinzregent noch ein anderer Minister die außenpolitischen Vorschläge Schleinitz' teilten, sah dieser sich zu einem Rücktrittsgesuch v. 5.4.1860 veranlaßt, das vom Prinzregenten aber nicht angenommen wurde. Vgl. APP, Bd. 2/1, Dok. 128, S. 282–285. Hohenzollern-Sigmaringen hatte dem Prinzregenten erfolglos vorgeschlagen, ihn anstelle Schleinitz' zum Außenminister zu berufen; vgl. Zingeler, *Karl Anton Fürst von Hohenzollern*, S. 107.

<sup>4</sup> Rep. 81, Paris II Nr. 116 Bd. 2, Bl. 90–91v; vgl. ferner III. HA MAA, Nr. 880, Bl. 13 ff. Vgl. auch APP, Bd. 2/1, Dok. 114, S. 252–255.

## Nr. 87 Sitzung des Staatsministeriums am 7. April 1860.

*Vollz. Reinschr., Bd. 72, Bl. 61–61v; MF 423. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 84a (D), Nr. 7833, Bl. 23–24.*

*Anwesend [U]<sup>1</sup>: Auerswald [V], von der Heydt, Simons, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: [Hegel ?].*

*Weitere Teilnehmer: G. Meyer, Noah, Wichern.*

*Strafvollzug. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. die Vollstreckung der Zuchthausstrafe durch Einzelhaft wird in laufender Session nicht mehr dem Landtag vorgelegt.* [B]

<sup>1</sup> Gelesen [U]: Hohenzollern-Sigmaringen, Schleinitz.

<sup>2</sup> Rep. 84a (D), Nr. 7833, Bl. 13–16; weiteres dazu ebd.

## Nr. 88 Sitzung des Staatsministeriums am 11. April 1860.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [3], Bd. 72, Bl. 62–71; MF 423/424.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Simons, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Delbrück [zu 1], H. Frh. v. Wangenheim [zu 3, U].*

**1.** *Gewerbeordnung. Antrag<sup>1</sup> der Abgeordneten H. Duncker auf Annahme eines Gesetzentwurfs betr. Abänderung der Gewerbeordnung von 1845 und Aufhebung der entsprechenden Verordnung vom 9. Februar 1849; eine derartige Vorlage wird in Erwägung gezogen.* [B] — **2.** *Stempelsteuer.*

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 159.*

Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Abänderung der Bestimmungen über die Stempelsteuerpflicht der Wechsel  
mehrheitlich gebilligt. [B] — **3. Neun Disziplinarsachen.** [B]

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 195.*

**Nr. 89 Sitzung des Kronrats am 11. April 1860.**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 98–98v; MF KR 15.*

*Anwesend: Prinzregent Wilhelm [V, U], Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Simons [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Roon [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

*Königliche Begnadigung oder Vollstreckung bei Todesurteilen in vier Fällen.*

**Nr. 90 Sitzung des Staatsministeriums am 21. April 1860.**

*Reinschr., Bd. 72, Bl. 72–72v; MF 424.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 2].*

**1. Ernennung.** [B] — **2. Stellungnahmen gegenüber der Petitionskommission des Abgeordneten-  
hauses zum Verlangen nach einem Gesetzentwurf zur Ministeranklage sowie nach Aufhebung des  
Staats-Gerichtshofes und Überweisung der Aburteilung der Preß-Verbrechen an die Schwurger-  
ichte.** [B] — **3. Juden. Aufhebung der Beschlüsse vom 9.9.1851 und 8.9.1852 betr. Zulassung von  
Juden zur Prüfung als Feldmesser und zur Eidabnahme.**<sup>1</sup> [B]

<sup>1</sup> *Unmittelbarer Anlaß war die Petition A. Sutros vom Februar 1859, die er am 6.2.1860 angemahnt und erneuert hatte; vgl. StenBerAH, Session 1860, Drucks. Nr. 160, S. 1–5. Vgl. auch die Dokumentation des Falles in: Brillling, Ein Kapitel aus dem Kampf der preußischen Juden, S. 288 f. und 305 f.*

**Nr. 91 Sitzung des Staatsministeriums am 29. April 1860.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1], Bd. 72, Bl. 73–85; MF 424.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Costenoble [für H. Frh. v. Wangenheim zu 1, U], W. Günther, A. L. von der Reck [beide zu 5].*

1. Elf Disziplinarsachen. [B] — 2. Ernennung. [B] — 3. Titelverleihung. [B] — 4. Versetzung des Oberpräsidenten der Provinz Posen, E. v. Puttkamer, in den einstweiligen Ruhestand.<sup>1</sup> [B] — 5. Eisenbahnfonds und Ausführung dreier projektierter Eisenbahnlinien. [B]

<sup>1</sup> Vgl. *Immediatbericht* v. 31.3.1860 in: *Rep.* 89, Nr. 13586, Bl. 22–31v; *KO* v. 11.4.1860 auch in: *Rep.* 90, Nr. 2527, Bl. 161–161v.

## Nr. 92 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Mai 1860.

*Reinschr.*, Bd. 72, Bl. 86–86v; MF 424.

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble.*

1. Abgeordneten-Anfrage betr. Verwendung katholischer Stiftungsfonds. [B] — 2. Zwei Ernennungen. [B] — 3. Frage erörtert, in welcher Weise die Schließung des Landtags am Ende der Session 1860 einzuleiten sein wird.

## Nr. 93 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Juni 1860.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [9]*, Bd. 72, Bl. 87–91v; MF 424.

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Schwerin, Roon, Schroeder. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: O. Hoffmann [zu 6–7], H. de Rège [zu 7], Wehrmann [zu 8], C. W. E. Wolf [zu 7].*

1. Ernennung. [B] — 2. Mitteilung über juristisches Anklageverfahren gegen den Literaten W. Eichhoff im Verhältnis zu einem früheren Verfahren.<sup>1</sup> — 3. Ernennung. [B] — 4. Juden. Zurückweisung der Eingabe von B. Gf. zu Stolberg-Wernigerode gegen Zulassung von Juden zu öffentlichen Ämtern.<sup>2</sup> [B] — 5. Ernennung. [B] — 6. Pensionen für Beamte und Militärpersonen. Revision geplant.<sup>3</sup> [B] — 7. Pensionsansprüche von Eisenbahn-Beamten. Meinungsverschiedenheit zwischen Finanz- und Handelsminister; vertagt.<sup>4</sup> [B] — 8. Antrag des Herrenhauses<sup>5</sup> auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs betr. Meliorationen und Statuten der Deichv-Verbände. [B] —

<sup>1</sup> Vgl. *Rep.* 90, Tit. XXXIII C Nr. 70 (Eichhoff); *Rep.* 84 (M), Nr. 58190 (Lindenberg); *Rep.* 77, Tit. 343a Nr. 125 Bd. 1–3; ferner: Eichhoff, *W[ilhelm], Berliner Polizei-Silhouetten*, Berlin 1860–61. Der Vorgang stand im Kontext der folgenden Stieber-Affäre.

<sup>2</sup> Vgl. *Rep.* 90, Nr. 499, Bl. 130–142; *Rep.* 89, Nr. 23684, Bl. 106–121v; *KO* v. 23.5.1860 inkl. *Denkschrift* veröffentl. in: *MinBl. innere Verwaltung.*, S. 142. Vgl. auch Michaelis, Alfred, *Die Rechtsverhältnisse der Juden in Preußen seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts*, Berlin 1910, S. 34–41.

<sup>3</sup> Vgl. *Rep.* 90, Nr. 504, n.f. (Patow an MinPräs. v. 18.5.1860 etc.).

<sup>4</sup> Vgl. *Sitzung* am 9.10.1860, TOP 3.

<sup>5</sup> Vgl. *StenBerHH*, Session 1860, Drucks. Nr. 136.

**9. Marine-Beamte. Versetzung des Direktors für Verwaltungsangelegenheiten der Marineverwaltung, Gaebler, in den einstweiligen Ruhestand.**<sup>6</sup> [B]

---

<sup>6</sup> Gaebler erhob hiergegen mit *Immediatgesuch* v. 4.6.1860 Einspruch, der von Roon und anderen Ministern zurückgewiesen wurde. Vgl. *Rep.* 90, Nr. 957, n.f.

**Nr. 94 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Juni 1860.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [2], Bd. 72, Bl. 92–107; MF 424.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Simons, Schleinitz. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: J. v. Pommer-Esche [für Patow], Th. v. Sulzer [für Schwerin], H. Frh. v. Wangenheim [zu 2, U].*

**1. Ernennung.** [B] — **2. 15 Disziplinarsachen.** [B]

**Nr. 95 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Juli 1860.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [2–3], Bd. 72, Bl. 108–110; MF 424/425.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: F. Müller [für Simons], F. H. Sydow [zu 3, U], H. Frh. v. Wangenheim [zu 2, U].*

**1. Ernennung.** [B] — **2.–3. Disziplinar- und Pensionssache.** [B] — **4. Ernennung.** [B] – (Nach dem Schluß der Sitzung fand eine Besprechung über verschiedene Fragen der äußeren *und* inneren Politik statt.)<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Hierbei dürfte es sich vor allem um die anstehende Zusammenkunft von Prinzregent Wilhelm mit dem Kaiser von Österreich, Franz Joseph I., am 25. u. 26.7.1860 in Teplitz gehandelt haben. Vgl. die folgende Sitzung.

**Nr. 96 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Juli 1860.**

*Reinschr., Bd. 72, Bl. 111–111v; MF 425.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: F. Müller [für Simons].*

**1.–2. Zwei Ernennungen.** [B] — **3. Einberufung einiger Provinzial-Landtage.** [B] — **4. Teplitzer Übereinkunft mit Österreich.** Schleinitz berichtet über die Zusammenkunft von Prinzregent

*Wilhelm mit Kaiser Franz Joseph I. in Teplitz am 25./26. Juli.*<sup>1</sup> — **5. Finanzierung der Heeresreform.**<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Vgl. III. HA MAA, I Nr. 6114, n.f.; ebd., I Nr. 6116, n.f. Rep. 81, Wien I Nr. 213 Bd. 7. Vgl. auch Schultze (Bearb.), Kaiser Wilhelms I. Briefe, Bd. 2, S. 149–155 (an Schleinitz v. 14.–26.7.1860); Zingeler, Karl Anton Fürst zu Hohenzollern, S. 108 f.; Srbik, Heinrich Ritter v. (Hrsg.), Quellen zur deutschen Politik Österreichs 1859–1866, Bd. 1, Dok. 213–258, insbes. Nr. 236–239; APP, Bd. 2/1, Dok. 219–237, insbes. Nr. 229–230. Ferner Srbik, Deutsche Einheit, Bd. 3, S. 321–328; überblicksartig Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 404 f.

<sup>2</sup> Hierzu soll ein besonderes [Teil-]Protokoll aufgenommen worden sein, das dem Protokoll-Bd. nicht beiliegt. Abschrift dieses TOP jedoch in: Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 3, Bl. 90; hier der eigenhändige Vermerk, daß das erwähnte (Teil-)Protokoll nicht bei den Akten sei. – Die Existenz dieses Teilprot. ergibt sich auch aus einer eigenh. Ordre des Prinzregenten an das Staatsministerium v. 11.8.1860, in der Wilhelm sich auf dieses Protokoll bezieht und z.T. indirekt wiedergibt. Vgl. ebd., Bl. 91–94v, Abschr. in: Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 166v–171. – In der KO v. 11.8.1860 aus Ostende, wo der Prinzregent sich aufhielt, bezog sich Wilhelm auf einen „Conseil“ am 1.8.1860, in dem Patow zur Finanzierungsfrage der Heeresreform vorgetragen hatte.

## **Nr. 97 Sitzung des Staatsministeriums am 25. August 1860.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 72, Bl. 112–113; MF 425.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Simons, Patow, Pückler. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hering [für Roon]<sup>1</sup>, F. H. Sydow [zu 1, U].*

**1. Pensionssache.** [B] — **2. Ernennung.** [B] — **3. Heeresreform.** Mitteilung über zwei Ordres<sup>2</sup> des Prinzregenten zur Finanzierung der Heeresreform sowie über die dem nächsten Landtag vorzulegenden Gesetzentwürfe.

<sup>1</sup> Roon hatte ab 15.8.1860 für vier Wochen Urlaub; vgl. Rep. 90, Nr. 589, n.f.

<sup>2</sup> KO v. 11.8.1860 betr. Heeresreform und v. 15.8.1860 betr. anstehende Gesetzentwürfe in: Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 166 bis 171. Die KO v. 11.8.1860 in Form einer detaillierten Stellungnahme Wilhelms zum Dissens über die Finanzierung der Heeresreform auch in: Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 3, Bl. 91–94v; Rep. 92, NL Auerswald Nr. 13, n.f. Ebd. Nr. 25, n.f. der Brief Patows an Auerswald v. 26.8.1860, in dem der Finanzminister seinen Standpunkt erläuterte. Vgl. auch die Sitzung am 19.9.1860, TOP 8.

## **Nr. 98 Sitzung des Staatsministeriums am 17. September 1860.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [2], Bd. 72, Bl. 114–117; MF 425.*

*Anwesend: Auerswald [V], Simons, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg, Hegel [beide zu 2, U].*

**1. Ernennung.** [B] — **2. Zwei Disziplinarsachen.** [B] — **3. Immediatbericht**<sup>1</sup> über das gegen den sog. Deutschen Nationalverein zu beobachtende Verfahren. [B] — **4. Ernennung.** [B] — **5. Die Ab-**

<sup>1</sup> Rep. 89, Nr. 15369, Bl. 5–11v; Rep. 77, Tit. 343a Nr. 120 Bd. 1, Bl. 154–163 (Entwurf). – Vom 3.–5.9.1860 hatte in Coburg eine Generalversammlung des Nationalvereins stattgefunden, auf der über die deutsche Verfassungsreform, das deutsche Wehrsystem und über die Italienische Frage debattiert worden war. Vgl. Ghillany, Europäische Chronik, Bd. 2, S. 540. Zur Haltung des Prinzregenten gegenüber dem Nationalverein vgl. z.B. seine Unterredung mit dem

sicht der Ritterschafts-Mitglieder des Rheinischen Provinzial-Landtages, bei der Eröffnungssitzung nicht in der Standes-Uniform zu erscheinen, ist als Demonstration zu ignorieren. [B] — 6. Bisherige Landtags-Marschälle bleiben auch für die neu einzuberufenden Provinzial-Landtage im Amt. [B] — 7. Reform des Eherechts. In der Landtags-Session 1861 soll der Gesetzentwurf betr. Einführung der obligatorischen Zivilehe nicht wieder eingebracht werden, wenn die Ordre v. 8.6.1857<sup>2</sup> aufgehoben wird, daß Pfarrer nur mit Genehmigung vorgesetzter Behörden Geschiedene wieder trauen dürfen. Bethmann Hollweg ist gegen Aufhebung dieser Ordre. [B]

---

König von Bayern am 19.6.1860 in Baden: APP, Bd. 2/1, Dok. 203, S. 504 f. Grundlegend ferner Na'aman, Shlomo, Der deutsche Nationalverein, Düsseldorf 1987, S. 55 ff.; Biefang, Andreas, Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868, Düsseldorf 1994, S. 120 ff., insbes. S. 151 f.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 84a (M), Nr. 49025, Bl. 106–106v.

## Nr. 99 Sitzung des Staatsministeriums am 19. September 1860.

Reinschr., Bd. 72, Bl. 118–120; MF 425.

Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

1. Übertragung der Marineverwaltung von der Admiralität auf das Kriegsministerium empfohlen.<sup>1</sup> [B] — 2.–6. Bericht der Minister über Gesetzentwürfe, die für den nächsten Landtag 1861 vorbereitet werden. — Schwerin weist auf Notwendigkeit hin, im Landtag einen Gesetzentwurf zur juristischen Ministerverantwortlichkeit einzubringen; Simons Bedenken dagegen. [B] — 7. Anstellung eines aus dem Hannoverschen Staatsdienst entlassenen Amtmanns in Aussicht genommen. [B] — 8. Finanzierung der Heeresreform. Patow berichtet über den Stand der Beratungen zum Etatentwurf 1861: Er muß auf seiner früher abgegebenen Erklärung beharren, daß für die Armee reform nicht mehr als 6,5 Mio. Tlr. pro Jahr bzw. 3,25 Mio. für das zweite Semester 1861 zur Verfügung stehen. Weitere Erhöhung der bestehenden oder Einführung neuer Steuern sind für jetzt nicht in Aussicht zu nehmen. Das Staatsministerium erklärt sich hiermit einverstanden. [B]

---

<sup>1</sup> Diese gutachtliche Äußerung des Staatsministeriums war vom Prinzregenten am 21.1. und erweitert am 23.8.1860 angeordnet worden; vgl. Rep. 90a, B III 6 Nr. 6 Bd. 2, Bl. 120–178. Zur weiteren Reorganisation der Marineverwaltung vgl. KO v. 22.11.1860 sowie KO v. 16.4.1861 (ebd.).

## Nr. 100 Sitzung des Kronrats am 20. September 1860.

Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 99–102v; MF KR 15.

Anwesend [U]: Prinzregent Wilhelm [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: [Costenoble].

Weitere Teilnehmer: Illaire.

Bericht<sup>1</sup> der Minister über Gesetzentwürfe, die für den nächsten Landtag 1861 vorbereitet werden. Darunter Novelle zur Gewerbeordnung; Minderung der Beschränkungen des Rechtsweges; Ermittlungen der Gerichte von Amts wegen; Eidesleistung von jüdischen Justizbeamten; Etat 1861;

---

<sup>1</sup> Angeordnet mit KO v. 15.8.1860, vgl. Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 166.



*Befugnisse der Oberrechnungskammer*<sup>2</sup>; *Beamten-Pensionen*; Grundsteuer; *Novelle zur Gewerbesteuer und zum Jagdpolizeigesetz*; *Kreisordnung*; *Novelle zur Städteordnung*; *Verpflichtung zum Kriegsdienst*; *Entzug des Wahlrechts für Soldaten*. – *Debatte über weiteres Verfahren mit dem Gesetzentwurf zur Einführung der Zivilehe, der im Herrenhaus abgelehnt worden ist; hierzu wird ein Immediatbericht angefordert*. – *Mit Wunsch nach Pairsschub im Herrenhaus erklärt der Prinzregent sich im Allgemeinen einverstanden*. [B]

<sup>2</sup> *Die Vorlage eines derartigen Gesetzentwurfs hatte das AH bereits am 9.5.1859 gefordert; vgl. Schreiben des AH-Präsidenten v. 9.5. in: Rep. 90, Nr. 1448, n.f.*

## Nr. 101 Sitzung des Staatsministeriums am 23. September 1860.

*Vollz. Reinschr., Bd. 72, Bl. 121–124v; MF 425. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 3, Bl. 98–98v; Rep. 92, NL Auerswald Nr. 16, n.f.*

*Anwesend [U]: Auerswald [V], von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: [Costenoble]*<sup>1</sup>.

*Finanzierung der Heeresreform*. Mitteilung von Auerswald, daß nach Verhandlungen zwischen den beteiligten [...] Ministern die Kosten für die Reorganisation der Armee für das zweite Semester des Jahres 1861 im Ordinarium auf ca. 3,7 Mio. Tlr. mit Genehmigung des Prinzregenten vorläufig festgestellt sind.<sup>2</sup> Patow stimmt unter der Bedingung zu, daß dem nächsten Landtag 1861 von der Regierung die Versicherung gegeben wird, in Zukunft weitere Ersparnisse durch Beurlaubungen oder andere Maßnahmen zu ermöglichen. Alle Minister erklären sich vollständig einverstanden. [B]

<sup>1</sup> *Dieses Protokoll ist in zwei Versionen überliefert: Die erste Version (Bl. 121–121v) in der Schrift Costenobles als Protokollant wurde nicht von allen Ministern unterzeichnet, da Finanzminister Patow Korrektur der Zahlen-Angaben wünschte (vgl. Bl. 122 und 123). Die korrigierte zweite Version ist das von allen anwesenden Ministern vollz. Protokoll (Bl. 124–124v).*

<sup>2</sup> *Für den Fall der Verweigerung dieser Summe soll Prinzregent Wilhelm mit seiner Abdankung gedroht haben; so Roon, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 36 f.*

## Nr. 102 Sitzung des Staatsministeriums am 25./26. September 1860.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [3–4], Bd. 72, Bl. 125–146; MF 425.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Schwerin. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 3], Hering [für Roon], Noah [zu 3], H. Frh. v. Wangenheim [zu 4, U].*

**1.–2.** *Zwei Ernennungen*. [B] — **3.** *Die Klage des Regierungsvizepräsidenten von Posen, O. Frh. v. Mirbach, gegen den Abgeordneten W. v. Niegolewski wegen Verleumdung ist zivilrechtlich und nicht von Amts wegen zu verfolgen*. [B] — **4.** *17 Disziplinarsachen*. [B] — **5.** *Bericht über Ausfall der Kartoffelernte in Oberschlesien*. — **6.** *Finanzierung der Heeresreform. Verfahren zum Entwurf eines Immediatberichts betr. Militäretat 1861 gemäß Beschluß v. 23.9.1860*. [B]

## Nr. 102a Sitzung des Kronrats am 26. September 1860.<sup>1</sup>

*Teilabschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 84a (M), Nr. 49025, Bl. 71–72.*

*Anwesend: Prinzregent Wilhelm [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: [?].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

**2.**<sup>2</sup> *Bericht über anstehende Gesetzentwürfe zur Vorlage im nächsten Landtag 1861, hier des Justizministers über die Reform des Eherechts. Nachdem das Herrenhaus den Gesetzentwurf zur Einführung der fakultativen Zivil-Ehe wiederholt abgelehnt hat und da die – von der Mehrheit des Staatsministeriums als die prinzipiell wichtigere angesehene – obligatorische Zivil-Ehe [...] aus praktischen Gründen zurückgestellt werden soll, kann von einer erneuten Vorlage an den Landtag ganz abgesehen werden, wenn die Kabinettsordres vom 8.6.1857 und 10.2.1859 betr. Trauung Geschiedener<sup>3</sup> zurückgenommen werden. Dagegen spricht sich Bethmann Hollweg aus. Prinzregent Wilhelm erwartet Immediatbericht dazu.*

<sup>1</sup> *Hinweise auf diese KR-Sitzung im Protokoll der Sitzung des Staatsministeriums am 9.10.1860, Bd. 72, Bl. 154v; Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 139 Bd. 4, Bl. 35v und 50.*

<sup>2</sup> *Es konnte nur die Teil-Abschr. zu TOP 2 ermittelt werden.*

<sup>3</sup> *Vgl. Rep. 84a (M), Nr. 49025, Bl. 106–106v; ebd., Nr. 49023, Bl. 102–105.*

## Nr. 103 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Oktober 1860.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1 und 3], Bd. 72, Bl. 147–152; MF 425/426.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hergenbahn [zu 1, U], Köhnemann [zu 3, U], H. de Rège [zu 2–3], F. H. Sydow, Wollny [beide zu 1, U].*

**1.** *Zwei Gehaltssachen. [B] Grundsätzlich erfordern Reklamationen, direkt an den Prinzregenten gerichtet, den gutachterlichen Bericht des Staatsministeriums. [B] — 2. Besoldung für Richter. [B] — 3. Erbschafts-Stempelsteuer für Legate.<sup>1</sup> [B] — 4. Bekanntmachung<sup>2</sup> der Allerhöchsten Ordres v. 29.9.1860 betr. Ergänzung des Herrenhauses durch Berufungen aus besonderem monarchischen Vertrauen sowie durch Verleihung des Präsentationsrechts an Städte.<sup>3</sup>*

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 90a, F IV 9 Nr. 1 Bd. 2, n.f.*

<sup>2</sup> *Staats-Anzeiger, Nr. 234 v. 4.10.1860; vgl. Rep. 77, Tit. 496b Nr. 1 Bd. 3, Bl. 80. Diese Berufungen gingen auf den Immediatbericht v. 25.9.1860 zurück; vgl. Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1 Bd. 3, Bl. 186–187v. Die Namen der neu berufenen Mitglieder des Herrenhauses auch in: StenBerHH, Session 1861, Anlagen Nr. 38, S. 313 f.*

<sup>3</sup> *Zur Bedeutung dieses Pairsschubs für das HH, in dem 1861 wichtige Gesetzentwürfe z.B. über Grundsteuern beraten werden sollten, vgl. Pyta, Liberale Regierungspolitik, S. 220 f.; Spenkuch, Hartwin, Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages 1854–1918, Düsseldorf 1998, S. 62–67.*

## Nr. 104 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Oktober 1860.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [2–3], Bd. 72, Bl. 153–158; MF 426.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 2, U], W. Günther [zu 3, U], A. Richter [zu 2], C. W. E. Wolf [zu 3, U].*

**1. Schleinitz' Bericht zur außenpolitischen Lage.**<sup>1</sup> — **2. Reform des Eherechts. Weitere Klärung zur vorgesehenen Aufhebung der Ordre v. 8.6.1857 betr. Trauung Geschiedener. Minderheitsvotum dazu von Bethmann Hollweg.**<sup>2</sup> [B] — **3. Pensionsansprüche von Militär-Invaliden, die bei ehemals privaten, nun staatlichen Eisenbahn-Gesellschaften beschäftigt waren.** [B]

<sup>1</sup> Hierüber soll eine ausführliche Beratung stattgefunden haben, deren Thematik und Ergebnisse weder im vorliegenden Protokoll-Bd. noch in den Sachakten verifiziert werden konnten. Vom Kontext her dürfte es sich um Folgendes gehandelt haben: 1. Um die Zusammenkunft von Prinzregent Wilhelm und Schleinitz mit Königin Victoria I. und Außenminister J. Russell in Koblenz am 12.10.1860. 2. Um die Zusammenkunft von Kaiser Franz Joseph I., Zar Alexander II. und Prinzregent Wilhelm in Warschau am 22.10.1860. 3. Generell um die Italienische Frage und speziell um die Stellungnahme zur italienischen Annexionspolitik des Kgr. Piemont-Sardinien (preuß. Protestnote v. 13.10.1860). Vgl. dazu Gruner, Rückblick, Bd. 3, S. 83–86; ferner APP, Bd. 2/1, Dok. 258 ff. Vgl. auch KR-Sitzung am 19.10.1860.

<sup>2</sup> Eine Mitschrift zu diesem TOP, unterzeichnet von Friedberg, in: Rep. 84a (M), Nr. 49025, Bl. 74–76. Vgl. ferner den Immediatbericht v. 29.10.1860 in: Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 139 Bd. 4, Bl. 50–70.

## Nr. 105 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Oktober 1860.

*Reinschr., Bd. 72, Bl. 159–160v; MF 426.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Simons, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Th. v. Sulzer, L. v. Winter [beide zu 1].*

**1. Maßnahmen, um die Zahl der im Herrenhaus vorherrschenden und oppositionell-konservativen Vertreter des alten und des befestigten Grundbesitzes zu vermindern. Revision des Präsentationswahl-Reglements vom 12. Oktober 1854 sowie verbessertes Wahlrecht für bürgerliche [...] Rittergutsbesitzer beschlossen.**<sup>1</sup> [B] — **2. Herrenhaus-Mitgliedschaft. Verleihung der erblichen Berechtigung im Verband des Familien-Fideikommisses an A. Gf. v. Dönhoff. — 3. Förderung der Präsenz im Herrenhaus von Prof. J. Bauerband, Bonn, durch Tätigkeit im hiesigen Justizministerium.**<sup>2</sup> [B] — **4. Wahlen 1861 zum Abgeordnetenhaus. Einsetzung von Ministerialbeamten des Innenministeriums als Wahlkommissare anstelle von Landräten.** [B] — **5. Kommunen. Geplante Novelle zur Städteordnung für die 6 östlichen Provinzen sowie zu den Städteordnungen der beiden westlichen Provinzen.** [B] — **6. Roon beantragt gleichwertige Gestellung von Pferden aus allen Provinzen gemäß Heeresreform; vertagt.**

<sup>1</sup> Vgl. Immediatbericht v. 13.12.1860 in: Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1 Bd. 3, Bl. 195–210; ferner Rep. 77, Tit. 496b Nr. 1 Bd. 3, Bl. 109 ff., bes. Bl. 161–167v (mit Marginalie Wilhelms). – Diese und die folgenden, in TOP 2 und 3 genannten Maßnahmen standen im Zusammenhang mit der erwarteten Opposition der HH-Mehrheit gegen die Gesetzentwürfe zur Grundsteuer, die wiederum im Lichte der anstehenden Heeresreform zu sehen waren.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90a, A VIII 3 Nr. 6, n.f.

**Nr. 106 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Oktober 1860.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [3–4], Bd. 72, Bl. 161–169v; MF 426.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Simons, Patow, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Boretius [zu 4, U], Delbrück [zu 2], Herzbruch, Nausester, Teisler [alle zu 4, U], Ulrich [zu 3].*

**1. Ernennung.** [B] — **2. Technische Hochschulen.** Frage, ob die für die Rheinprovinz projektierte polytechnische Schule in Köln oder in Aachen zu errichten ist; *Mehrheit votiert nun für Köln.*<sup>1</sup> [B] — **3. Meinungsverschiedenheit zwischen Kultus- und Finanzminister über Dotation zweier Kaplan-Stellen beigelegt.** [B] — **4. Meinungsverschiedenheit zwischen Handels- und Kriegsminister über Wegeunterhaltung bei überwiegend militärischer Nutzung beigelegt.** [B] — **5. Finanzierung der Heeresreform, insbesondere Mehrkosten für Etat 1861. Dem Prinzregenten soll zum einen der von Roon gewünschte Entwurf einer Ordre zur Vollziehung vorgelegt werden, der die Bedingung enthält, von der Patow in der Sitzung vom 23. v. M. seine Zustimmung zu der zu beantragenden Mehrkostensumme abhängig gemacht hatte. Zum anderen wird Patow zugleich einen Immediatbericht entwerfen. Über die jeweilige Fassung sollen sich beide Minister verständigen.** [B] — **6. Antrag der Königl. Sächsischen Regierung auf Verhandlungen über eine allgemeine deutsche Zivilprozeß-Ordnung wird grundsätzlich befürwortet.** [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. dagegen den Beschluß in der Sitzung am 7.12.1859. Dort weitere Angaben zum Sachverhalt.*

**Nr. 107 Sitzung des Kronrats im Palais des Prinzregenten am 19. Oktober 1860.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrektur, Bd. III, Bl. 104–107; MF KR 15.*

*Anwesend: Prinzregent Wilhelm [V, U], Prinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [U], von der Heydt [U], Simons [U], Patow [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire, Delbrück [zu 2].*

**1. Vortrag des Prinzregenten a)** über das völkerrechtswidrige Verfahren der Sardinischen Regierung in Italien, über das Verhalten der Europäischen Großmächte [...] und über die Gründe, *warum Preußen sich vorläufig auf einen offiziellen Protest wider jenes Verfahren der Sardinischen Regierung beschränkt hat*<sup>1</sup>; **b)** über die bevorstehende Konferenz zwischen Kaiser Franz Joseph I., Zar Alexander II. und Prinzregent Wilhelm in Warschau am 22. Oktober<sup>2</sup>; **c)** über die dringende Notwendigkeit, die begonnene Heeresreform mit Konsequenz durchzuführen. *Prinzregent wiederholt seine Prinzipien: daß die dreijährige [...] Dienstzeit mit aller Festigkeit aufrecht erhalten werden muß; daß er dabei das Maß der finanziellen Kräfte des Staats berücksichtigen wird – wobei es aber Grenzen gibt, die durchaus eingehalten werden müßten, wenn nicht das ganze Gebäude zertrüm-*

---

<sup>1</sup> *Vgl. APP, Bd. 2/1, Dok. 258, 262, 264, 268, 269, etc.*

<sup>2</sup> *Vgl. APP, Bd. 2/1, Dok. 274 etc.; ferner Srbik, Deutsche Einheit, Bd. 3, S. 333–335; Friese, Christian, Rußland und Preußen vom Krimkrieg bis zum Polnischen Aufstand, Berlin 1931, S. 224–231.*

mert werden soll.<sup>3</sup> Die Ausführung der Heeresreform ist für die zweite Hälfte 1861 so zu modifizieren, daß der Betrag von ca. 3,7 Mio. Tlr. nicht überschritten wird. — 2. Technische Hochschulen. Standortfrage zur geplanten polytechnischen Schule in der Rheinprovinz. Mehrheit plädiert für Köln anstelle Aachens; Prinzregent behält sich Entscheidung vor.<sup>4</sup> — 3. Königliche Vollstreckung und Begnadigung bei Todesurteilen in fünf Fällen.

<sup>3</sup> So die Randbemerkung Wilhelms.

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 76, Vb Sekt. 6 Tit. I Nr. 1 Bd. 1, Bl. 234–235 und 267 f.; Düwell, Gründung und Entwicklung der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, S. 37.

## Nr. 108 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Oktober 1860.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [6], Bd. 72, Bl. 170–172e; MF 426.

Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Patow, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Eck [zu 6], Frantz [zu 1], C. D. F. Müller [zu 8], Wollny [zu 6, U].

1. Ernennung eines Landrats; Ablehnung der drei von den Rittergutsbesitzern des Kreises Strassburg präsentierten Kandidaten. [B] — 2. Ernennung. [B] — 3. Vorschlag der Großherzoglich Badischen Regierung auf Erlaß einer gemeinsamen deutschen Kriminalprozeß-Ordnung befürwortet. [B] — 4. Besetzung der Bürodirektorenstelle des Herrenhauses. [B] — 5. Ernennung. [B] — 6. Beschwerde des Oberpräsidenten E. Frh. Senfft von Pilsach betr. Genehmigung von Dienstreisen außerhalb der jeweiligen Provinzen.<sup>1</sup> [B] — 7. Regulierung der Schlesischen Decem-Verhältnisse; vertagt. — 8. Einholung von Stellungnahmen der Westfälischen und Rheinischen Provinzial-Landtage zu geplanten Gesetzentwürfen betr. Einzugsgeld der Landgemeinden. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 775, n.f. (Immediateingabe v. 14.12.1859; KO v. 4.1., 9.5. u. 12.10.1860, Voten und anderes.)

## Nr. 109 Sitzung des Staatsministeriums am 7. November 1860.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [2–3], Bd. 72, Bl. 173–184v; MF 426.

Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Patow, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: R. de la Croix [zu 2], G. Meyer, Noah [beide zu 3], Schuhmann [zu 2, U], Wollny [zu 2].

1. Versetzung eines Beamten. [B] — 2. Regulierung der Schlesischen Decemverhältnisse; vertagt.<sup>1</sup> — 3. Strafvollzug. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. die Vollstreckung der Zuchthausstrafe durch Einzelhaft. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Sitzung am 15.2.1861, TOP 5.

<sup>2</sup> Rep. 84a (D), Nr. 7833, Bl. 13–16 und 27–30v.

**Nr. 110 Sitzung des Staatsministeriums am 14. November 1860.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 72, Bl. 185–188; MF 426/427.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg, A. Richter [beide zu 2, U], Th. v. Sulzer [zu 1].*

1. *Regierungsvizepräsident von Posen, O. Frh. v. Mirbach, wird zur Disposition gestellt.*<sup>1</sup> [B] —
2. *Reform des Eherechts. Antrag Patows zur vorgesehenen Aufhebung der KO v. 8.6.1857 betr. Trauung Geschiedener wird abgelehnt.* [B] —
3. *Ordenssache.* [B]

<sup>1</sup> *Vgl. Immediatbericht v. 15.11.1860 in: Rep. 90, Nr. 994, Bl. 60–79 (Entwurf).*

**Nr. 111 Sitzung des Staatsministeriums am 21. November 1860.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [2], Bd. 72, Bl. 189–205; MF 427.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. de la Croix, Friedberg, Hegel [alle zu 2, U], C. D. F. Müller [zu 1], F. H. Sydow, H. Frh. v. Wangenheim [beide zu 2, U].*

1. *Kautions- und Steuerpflicht von Zeitschriften mit Unterhaltungslektüre; vertagt.* —
2. *16 Gehalts- und Disziplinarsachen.* [B] —
3. *Ernennung.* [B]

**Nr. 112 Sitzung des Staatsministeriums am 27. November 1860.**

*Reinschr., Bd. 72, Bl. 206–208v; MF 427.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

1. *Ordenssache.* [B] —
2. *Stieber-(Schwarck-)Affäre. Untersuchung wegen Ungesetzlichkeiten und Mißbräuche beim Berliner Polizeipräsidium eingeleitet; Polizeidirektor Stieber, inzwischen rechtskräftig freigesprochen, soll sein bisheriges Amt nicht wieder einnehmen, aber der Beamtendisziplin*

unterworfen bleiben; Oberstaatsanwalt Schwarck am Kammergericht wird zur Disposition gestellt.<sup>1</sup> [B]

<sup>1</sup> Zur Stieber-(Schwarck)-Affäre, in die auch Justizminister Simons verwickelt war, vgl. Rep. 77, Tit. 874 S Nr. 22a (Stieber); Rep. 77, Tit. 874 S Nr. 24 (Schwarck); Rep. 77, Tit. 343a Nr. 127 Bd. 1 (Zedlitz); Rep. 90, F Nr. 2870 (Stieber/Schwarck). BPH, Rep. 51, E 64 (Denkschr. o.D.). Stieber wurde mit KO v. 30.11.1860 in den einstweiligen Ruhestand mit Wartegeld versetzt; vgl. Rep. 89, Nr. 14948, Bl. 137 (Abschr. mit Textverlust). Vgl. ferner Denkwürdigkeiten des Geheimen Regierungsrats Dr. Stieber, Berlin 1884, S. 109–191, bes. S. 190 f. (Diese ältere Ausgabe ist dem gekürzten und quellenkritisch zu hinterfragenden ND vorzuziehen: Stieber, Wilhelm, Spion des Kanzlers. Die Enthüllungen von Bismarcks Geheimdienstchef, Stuttgart 1978.) – Prinz Friedrich Wilhelm vermerkte, daß Justizminister Simons durch die „Enthüllungen“ Stiebers „schlimm mitgenommen wird“; in der Sitzung am 27.11.1860 soll „Simons sehr bewegt“ gewesen sein. Vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 71 f. (hier auch der Hinweis, daß eine weitere, inoffizielle Sitzung des Staatsministeriums zu dieser Affäre am 28.11.1860 stattfand). Simons reichte wenige Tage später sein Rücktrittsgesuch ein; vgl. Sitzung am 22.12.1860. Zur Affäre vgl. ferner Gerlach, Leopold v., Denkwürdigkeiten, Bd. 2, Berlin 1892, S. 356 f. und 758 f.; Gerlach, Ernst Ludwig v., Von der Revolution zum Norddeutschen Bund. Politik und Ideengut der preußischen Hochkonservativen 1848–1866. Aus dem Nachlaß hrsg. v. H. Diwald, Bd. 2, Göttingen 1970, S. 1060 f. und 1066. Zu Stieber vgl. auch Siemann, Wolfram, „Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung.“ Die Anfänge der politischen Polizei 1806–1866, Tübingen 1985, S. 18 f., 22 f. und 371–385.

## Nr. 113 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Dezember 1860.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1 und 3], Bd. 72, Bl. 209–219; MF 427.

Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 2], Herzbruch, Schuhmann [beide zu 1].

1. Ablösungen. Vorlage des Gesetzentwurfs<sup>1</sup> wegen Einführung des III. Abschnittes des [...] Gesetzes vom 2. März 1850 betr. Ablösung der Reallasten und Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in Neu-Vorpommern und Rügen soll ohne Anhörung des Pommerschen Provinzial-Landtag[s] erfolgen. [B] — 2. Titelverleihung. [B] — 3. Ministeranklage. Zulässigkeit und Notwendigkeit eines Ausführungsgesetzes zur juristischen Verantwortlichkeit der Minister gemäß Artikel 61 der Verfassung wird mehrheitlich anerkannt.<sup>2</sup> Mehrere Minister betonen allerdings, daß sie nur deswegen für den Erlaß eines solchen Gesetzes sind, weil die Verfassung es postuliert. Übereinstimmung darüber, daß mit einem Verantwortlichkeitsgesetz dem Parlamentarismus nicht Vorschub geleistet und die königliche Gewalt nicht geschwächt wird. Das Staatsministerium sollte jetzt die Initiative ergreifen, um dem Abgeordnetenhaus zuzukommen; vertagt<sup>3</sup>. [B]

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 8.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 84a (D), Nr. 2094, Bl. 158–165 (Votum des Justizministers und Weiteres ebd.); Rep. 77, Tit. 182 Nr. 65 Bd. 1, Bl. 209–338v (Voten Okt./Nov. 1860); Rep. 90, Nr. 182, n.f. Vgl. Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 190 f.; Hahn, Erich, Ministerial Responsibility and Impeachment in Prussia 1848–63, in: CEH, 10 (1977), S. 3–27, hier S. 14–16; Haupts, Die liberale Regierung in Preußen, S. 77–80.

<sup>3</sup> Vgl. Sitzung am 28.12.1860, TOP 6.

**Nr. 114 Sitzung des Kronrats im Palais des Prinzregenten am 5. Dezember 1860.**

*Reinschr., Bd. III, Bl. 103–103v; MF KR 15.*

*Anwesend [U]: Prinzregent Wilhelm [V], Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen, Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

*Königliche Begnadigung oder Vollstreckung bei Todesurteilen in drei Fällen.*

**Nr. 115 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Dezember 1860.**

*Reinschr., Bd. 72, Bl. 220–231; MF 427/428.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Simons, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Delbrück [zu 3–4], Friedberg [zu 6], Herzbruch [zu 5–6], Martins [zu 5], A. Richter [zu 6], H. Frh. v. Wangenheim [zu 1, U], L. v. Winter [zu 7].*

**1.** *Sechs Disziplinar-, Pensions- und Gehaltssachen.* [B] — **2.** *Ordenssache.* [B] — **3.** *Gesetzesentwurf<sup>1</sup> betr. die Errichtung gewerblicher Anlagen; vertagt.* [B]. — **4.** *Gesetzesentwurf<sup>2</sup> betr. Ermäßigung der Rheinzölle; Aufhebung der Durchgangszölle vorgesehen.* [B] — **5.** *Gesetzesentwurf<sup>3</sup> betr. die Kompetenz der Ober-Bergämter gebilligt.* [B] — **6.** *Beitragspflicht der Patrone zum Bau der Kirchen, Pfarren und Schulen in der Niederlausitz.* [B] — **7.** *Entwurf<sup>4</sup> einer Allerhöchsten Ordre betr. Maßnahmen zur Verminderung der Zahl der im Herrenhaus vorherrschenden und oppositionell-konservativen Vertreter des alten und befestigten Grundbesitzes. Revision des Präsentationswahl-Reglements vom 12.10.1854. Patows Bedenken, um Verständigung mit Herrenhaus über Gesetzesentwurf zur Reform der Grundsteuern nicht zu gefährden.* [B] — **8.** *Berufungen zum Herrenhaus aufgrund Präsentationsrechte neuer Städte durch KO v. 29.9.1860.* [B] — **9.** *Umlaufverfahren für Teilprotokoll v. 1.12.1860 betr. Gesetzesentwurf zur Ministeranklage.* [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 100.*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 29. Vgl. Gesetz v. 26.2.1861 in: GS, S. 109. Ferner Delbrück, Lebenserinnerungen, Bd. 2, S. 190–192.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 14. Vgl. Gesetz v. 10.6.1861 und Ausführungs-Erlaß v. 29.6.1861 in: GS, S. 425 und 429.*

<sup>4</sup> *Rep. 77, Tit. 496 b Nr. 1 Bd. 3, Bl. 145–172; Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1 Bd. 3, Bl. 195–212.*

**Nr. 116 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Dezember 1860.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 72, Bl. 232–235v; MF 428.*

*Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*



Weitere Teilnehmer: *R. de la Croix, Herzbruch, Schuhmann* [alle zu 2].

**1. Mitteilung über antipreußische Demonstration von Schülern der landwirtschaftlichen Lehranstalt im Krs. Oppeln. — 2. Einvernehmen zur Novellierung des Gesetzes vom 15. April 1857<sup>1</sup> betr. Ablösung der den geistlichen und schulischen Instituten sowie den milden Stiftungen zustehenden Reallasten. [B] — 3. Eröffnungstermin der Landtags-Session 1861. [B]**

<sup>1</sup> GS, S. 363.

## Nr. 117 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Dezember 1860.

*Reinschr., Bd. 72, Bl. 236–237; MF 428.*

Anwesend: *Prinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth*<sup>1</sup>. — Prot.: *Beglaubigt Costenoble [U]*.

Weitere Teilnehmer: *Costenoble* [zu 4], *G. v. Alvensleben* [zu 1].

**1. Heeresreform. Der Erklärung Roons, daß das Kriegsdienstgesetz von 1814 der Ausführung der beabsichtigten Reorganisation der Armee nicht entgegensteht, daß es mithin für diesen Zweck einer Abänderung jenes Gesetzes nicht bedarf, wird von mehreren Seiten widersprochen<sup>2</sup>; vertagt<sup>3</sup>. [B] — 2. Pension des in den Ruhestand versetzten Chefs der Marineverwaltung im Ministerrang, Vizeadmiral J. Schroeder.<sup>4</sup> [B] — 3. Verfahren im Fall der Beschwerde von Gräfin Hatzfeldt.<sup>5</sup> [B] — 4. Ordenssachen. [B]**

<sup>1</sup> *Simons hatte am 2.12.1860 mündlich bei dem Prinzregenten Wilhelm um seine Entbindung vom Amt gebeten und sie mit Handschreiben v. 8.12. offiziell nachgesucht. Die Entlassung als Justizminister erfolgte mit KO v. 14.12.1860. Vgl. Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 116–118v; Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 176–176v (Abschr. KO); Rep. 84 (M), Nr. 40116, Bl. 203a (KO); JMinBl. 1860, S. 458 und 558. Zu den Hintergründen des Rücktritts im Zusammenhang der Stieber-Affäre vgl. Sitzung am 27.11.1860 sowie Schulthess Europäischer Geschichtskalender, 1 (1860), S. 133; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 288, Anm. 4. – Die Ernennung Bernuths war mit KO v. 17.12.1860 erfolgt; vgl. Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 120; JMinBl. 1860, S. 461.*

<sup>2</sup> *Zu diesem Grundkonflikt der Heeresreform vgl. bereits die Sitzung am 1.4.1859, TOP 4, und die Debatte im Abgeordnetenhaus in: StenBerAH, Session 1859, Verhandlungen v. 2.4.1859, S. 621–627.*

<sup>3</sup> *Vgl. Sitzung am 28.12.1860, TOP 7.*

<sup>4</sup> *Schroeder war am 6.12.1860 entlassen worden; vgl. Rep. 90, Nr. 892, n.f. (Schreiben Wilhelms v. 15.1.1861, Abschr.); ferner Nr. 956, n.f. (darin unter anderem Schreiben Schroeders an Hohenzollern-Sigmaringen v. 1.8.1860 mit Mitteilung über sein Entlassungsgesuch; KO v. 6.12.1860); ferner Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 176. Hintergrund war die erneute Reorganisation der Marineführung mit KO v. 22.11.1860 u. 16.4.1861; vgl. ebd., Bl. 174v–175. Vgl. auch Rep. 89, Nr. 32224, Bl. 129–129v.*

<sup>5</sup> *Näheres hierzu ließ sich bislang nicht ermitteln.*

## Nr. 118 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Dezember 1860.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [6], Bd. 72, Bl. 238–242; MF 428.*

Anwesend: *Prinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth*. — Prot.: *Beglaubigt Costenoble [U]*.

Weitere Teilnehmer: Costenoble [zu 1], Friedberg [zu 6].

1. Ordenssachen. [B] — 2. Ernennung. [B] — 3. Bildung einer General-Kommission für das Statistische Büro. [B] — 4.–5. Keine juristischen Ermittlungsverfahren gegen Zeitungsredakteure wegen Beleidigung des ehemaligen Justizministers und des Berliner Polizeipräsidenten.<sup>1</sup> [B] — 6. Ministeranklage bzw. juristische Ministerverantwortlichkeit. Neuer Justizminister Bernuth hält Ausführungsgesetz zu Artikel 61 der Verfassung für geboten und politisch rätlich. Differenzen über Beschluß vom 1. Dezember, daß beide Häuser des Landtags einer Anklageerhebung zustimmen müßten, weil im Widerspruch zu Artikel 61 der Verfassung. Bedenken Roons hinsichtlich der Stellung des Kriegs-Ministers. Weitere Überarbeitung des Gesetzentwurfs erforderlich<sup>2</sup>; vertagt. [B] — 7. Heeresreform. Gegen die Ansicht Roons<sup>3</sup>, daß es zur Durchführung der beabsichtigten Reorganisation der Armee wenigstens in den nächsten 2 Jahren einer Abänderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen nicht bedarf, werden von einigen Seiten Zweifel und Bedenken [...] erhoben; vertagt.

<sup>1</sup> Diese Vorgänge standen im Zusammenhang mit der Stieber-Affäre.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 182, n.f.; Rep. 84a (D), Nr. 2094, Bl. 316–327; Rep. 77, Tit. 182 Nr. 65 Bd. 1, Bl. 340–351v. Vgl. Hahn, Ministerial Responsibility, S. 16 f.

<sup>3</sup> Votum Roons v. 27.12.1860 in: Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 3, Bl. 120–121v.

## Nr. 119 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Dezember 1860.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 72, Bl. 243–247v; MF 428.

Anwesend: Prinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Roon, Bernuth. — Prot.: Hegel [U].

Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 2].

1. Schleswig-Holstein-Frage. Gegen die Bedenken des Gesandten am Bundestag, G. Frh. v. Usedom, wird die Auffassung Schleinitz' bestätigt, entschieden gegen Dänemark vorzugehen und die 1858 beschlossene, aber aufgeschobene Bundesexekution<sup>1</sup> einzuleiten, um den verfassungs- und vertragsmäßigen Zustand von 1850/52 in den Herzogtümern wieder herzustellen.<sup>2</sup> [B] — 2. Ministeranklage. Einzelbestimmungen des Gesetzentwurfes über die Verantwortlichkeit der Minister.<sup>3</sup> [B] — 3. Heeresreform. Auerswald, von der Heydt und Schleinitz treten der Ansicht Roons bei, daß eine legislative Modifikation des Kriegsdienstgesetzes von 1814 wenigstens für die ersten zwei Jahre nicht erforderlich erscheint. Einvernehmen, auf dem nächsten Landtage eine legislative Beratung über diesen Gegenstand zu vermeiden. Roon wird anheimgegeben, in dieser Sache die Allerhöchste Entscheidung herbeizuführen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 127 und 128, S. 176 f.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 75A, Nr. 727, Bl. 116–166 (Immediatberichte Usedom v. 11., 12., 15. u. 19.12.1860), Bl. 180–184v (Schleinitz an Usedom v. 31.12.1860, auch in: APP, Bd. 2/2, Dok. 309, S. 63–70). Zum Kontext vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 450–455.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 182, n.f. (Abschr. des Teilprot. und weiteres Material).

**Nr. 120 Sitzung des Kronrats im Schloß Sanssouci am 2. Januar 1861.**

*Begl. Abschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1962, n.f.; Rep. 92, NL Auerswald Nr. 16, n.f.; MF-Suppl. 1.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Schleinitz [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U], Bernuth [U]. — Prot.: [?].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire, C. H. W. v. Obstfelder [beide U].*

*Vereidigung der Minister bei Thronwechsel bzw. Regierungsantritt. Nach dem Tode von Friedrich Wilhelm IV.<sup>1</sup> am 2. Januar nimmt der neue König Wilhelm I. mittelst Handschlag an Eidesstatt und unter Hinweis auf ihren Diensteid die Verpflichtung und ehrerbietigste Huldigung der Minister und des Geheimen Kabinettsrats Illaire entgegen.<sup>2</sup>*

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 96 Nr. 15; III. HA MAA, I Nr. 12759; ferner Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 72–77. Vgl. Bußmann, Walter, Zwischen Preußen und Deutschland. Friedrich Wilhelm IV., Berlin 1990, S. 412–430; Grünthal, Günther, Das Ende der Ära Manteuffel, in: JbGMOD, 39 (1990), S. 179–219; Barclay, David E., Anarchie und guter Wille. Friedrich Wilhelm IV. und die preußische Monarchie, Berlin 1995, S. 394–397.*

<sup>2</sup> *Zur Einberufung dieser Sitzung vgl. Telegramm Auerswalds v. 2.1.1861 in: Rep. 90, Nr. 1957, n.f. – Zur Thronbesteigung Wilhelms I. vgl. Rep. 90, Nr. 1957, n.f.; Rep. 77, Tit. 98 Nr. 80 Bd. 1.*

**Nr. 121 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Januar 1861.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 73, Bl. 1–4; MF 428.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Hegel [U].*

**1.** *Vereidigung bei Thronbesteigung. Mitteilung über Vereidigung der Beamten der Marine-Verwaltung; Oberbefehlshaber Prinz Adalbert ist dabei über seine Befugnisse hinausgegangen.<sup>1</sup> [B] — **2.** *Procedere zur Vereidigung der Zivil-Staatsbeamten.<sup>2</sup> [B] — **3.** *Amnestie bei Thronbesteigung. Differenzen über Rechte des Monarchen und des Landtags; vertagt. [B] — **4.** *Gebrauch des schwarzen Trauerrandes für die zur Allerhöchsten Vollziehung gelangenden Ausfertigungen. [B]****

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 1965, n.f.*

<sup>2</sup> *Begl. Abschrift des Vereidigungs-Protokoll in: Rep. 90, Nr. 1965, n.f. Vgl. auch Rep. 77, Tit. 98 Nr. 81.*

**Nr. 122 Sitzungen des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 9., 11. u. 12. Januar 1861.**

*Vollz. Reinschr. mit Randbemerkungen, Bd. III, Bl. 108–111v; MF KR 15.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Schleinitz [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U], Bernuth [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 2 und 4], Illaire, L. v. Winter [zu 5].*

(*Wilhelm I.* weist auf die gefahrdrohende Lage der europäischen und der inneren preußischen Verhältnisse hin; er betont seinen Entschluß [...], an dem Programm vom 8. November 1858 festzuhalten und [...] allen revolutionären Forderungen entschiedenen Widerstand entgegenzusetzen.) — **1.** Amnestie bei Thronwechsel einstweilen nur im Fall politischer Verbrechen oder Vergehen; einen Gnadenerlaß der durch Militär-Gerichte verurteilten Personen behält sich *Wilhelm I.* vor.<sup>1</sup> — **2.** Ministeranklage bzw. Entwurf eines Ausführungsgesetzes zu Artikel 61 der Verfassung. Majorität will die Initiative dazu [...] ergreifen. *Wilhelm I.* behält sich Entscheidung vor angesichts der geltend gemachten schweren Bedenken.<sup>2</sup> — **3.** Heeresreform. *Wilhelm I.* stützt die Ansicht *Roons*, daß zur Ausführung der neuen Armee-Organisation eine Novellierung des Kriegsdienstgesetzes 1814 erst später nötig sein wird. [B] — **4.** Reform des Eherechts. Antrag auf Aufhebung der KO v. 8.6.1857 betr. Trauung von Geschiedenen wird zurückgestellt; statt dessen Einbringung des in der letzten Landtags-Diät unerledigt gebliebenen Gesetzentwurfs<sup>3</sup> zur Einführung der Zivilehe.<sup>4</sup> [B] — **5.** Revision des Präsentationswahl-Reglements zum Herrenhaus v. 12.10.1854, um die Zahl der dominierenden Vertreter des alten und befestigten Grundbesitzes zu verringern. *Wilhelm I.* hält den Antrag für rechtlich zulässig und auch für zweckmäßig, den Zeitpunkt aber nicht für günstig, da viele Mitglieder des Herrenhauses über den Pairsschub vom September 1860 verstimmt sind. Antrag sowie die Wiederbesetzung der zur Zeit erledigten Stellen von Vertretern des alten und befestigten Grundbesitzes sollen ausgesetzt bleiben.<sup>5</sup> [B] — **6.** Entwurf<sup>6</sup> der Thronrede zur Eröffnung des Landtags 1861. [B]

<sup>1</sup> *Immediatbericht und KO-Entwurf v. 10.1. sowie Gnadenerlaß v. 12.1.1861 in: Rep. 90, Nr. 1972, n.f.; ferner Rep. 89, Nr. 18670, Bl. 1a–19v. Vgl. auch JMinBl. 1861, S. 9, 10 und 28. Weiteres Material in: III. HA MAA, I Nr. 8312.*

<sup>2</sup> *Hierzu Randbemerkung Wilhelms I. am Ende des Protokolls: Bei der Diskussion über das Minist. Verantwortl. Gesetz habe ich mich dahin ausgesprochen, daß dasselbe <nicht> auf Hoch- u. Landesverrat anwendbar sein könne u. daß der §, der die Begnadigung dem König entzieht u. dem allg. Landtag zuweist [§ 49 Verfassung], gestrichen werden müsse. Wilhelm hatte sich dabei verschrieben; in einer späteren Randbemerkung vom 18.11.1861 ersetzte er das sinnentstellende Wort nur durch nicht. – Zur Debatte über TOP 1 und 2 am 9.1.1861 vermerkte der Kronprinz: „Konseil beim König, etwas sehr heiß, wegen der Amnestie und Ministerverantwortlichkeit, [...] heftige Meinungsverschiedenheit.“ Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 77. Vgl. weiter Rep. 90, Nr. 182, n.f.; Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 190 f.; Hahn, Ministerial Responsibility, S. 17.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerHH, Session 1861, Drucks. Nr. 17. Weiterführend Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 139 Bd. 4, Bl. 112 ff.*

<sup>4</sup> *Vgl. zur Debatte im KR über die Not-Zivilehe die Notizen des Kronprinzen: Kaiser Wilhelm III. Tagebücher, S. 78.*

<sup>5</sup> *Hierzu Randbemerkung Wilhelms I.: Ich habe mich für die sofortige Wiederbesetzung ausgesprochen, da 4 opposit. Stimmen kein Grund wäre[n], sie auszusetzen. – Zum Vorgang vgl. Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1 Bd. 3, Bl. 195–213v; Rep. 77, Tit. 496b Nr. 1 Bd. 3, Bl. 161–175 (hier, Bl. 161, eine sinngemäß ähnliche Randbemerkung Wilhelms zum Immediatbericht v. Dez. 1860, den Antrag dilatorisch zu behandeln.) Vgl. auch Pyta, Liberale Regierungspolitik, S. 222f.*

<sup>6</sup> *Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 131–148; vgl. auch Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 7 Bd. 1, Bl. 48–49; StenBerAH, Session 1861, Verhandlungen v. 14.1., S. 1–3; Kohl (Hrsg.), Dreißig Jahre preußisch-deutscher Geschichte, Dok. 10, S. 20–23.*

## Nr. 123 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Januar 1861.

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 5–5v; MF 428.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: F. H. Sydow [zu I].*

**1.** Amnestie-Verordnung bei Thronbesteigung. Den Inhalt [...] im Allgemeinen genehmigt; weitere Abstimmung erforderlich<sup>1</sup>; vertagt<sup>2</sup>. [B] — **2.** Gesetzentwürfe<sup>3</sup> betr. Änderung der Städteordnung für sechs östliche Provinzen sowie betr. Mobilisierung der Kuxe sollen zuerst in das Herrenhaus eingebracht werden. [B] — **3.** Keine Beeidigung der Geistlichen beider Konfessionen bei Thronbesteigung. [B] — **4.–5.** Zwei Titelverleihungen. [B]

<sup>1</sup> *Votum und KO-Entwurf des Justizministers v. 14.1.1861 in: Rep. 90, Nr. 1959, n.f. Vgl. auch Rep. 77, Tit. 98 Nr. 83 Bd. 1.*

<sup>2</sup> *Vgl. Sitzung am 15.2.1861, TOP 2.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerHH, Session 1861, Drucks. Nr. 15; StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 16.*

## Nr. 124 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Januar 1861.

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 6–6v; MF 428.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Bitter [zu 3], W. v. Kehler [zu 2].*

**1.** Ernennung. [B] — **2.** Kommunen. Der Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Abänderung der Städteordnung für die sechs östlichen Provinzen von 1853 wird angenommen. [B] — **3.** Grundsteuer. Geringfügige Modifikation der im Landtag bereits eingebrachten Grundsteuer-Vorlagen.<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerHH, Session 1861, Drucks. Nr. 15.*

<sup>2</sup> *Vgl. Immediatbericht v. 19.1.1861 in: Rep. 89, Nr. 27418, Bl. 2–9; ferner StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 9. – Die umstrittenen Gesetzentwürfe zur Grundsteuerreform, in engem Zusammenhang mit der Heeresreform stehend, wurden in beiden LT-Häusern angenommen; vgl. StenBerAH, Session 1861, Verhandlungen v. 12.3. u. 17.5.1861, S. 461–463 und 1293–1297; StenBerHH, Session 1861, Drucks. Nr. 55 und Verhandlungen v. 7.5.1861, S. 535 f. Vgl. Gesetze v. 21.5.1861 in: GS, S. 253, 317 und 327. Vgl. dazu Pyta, Liberale Regierungspolitik, S. 225–242.*

## Nr. 125 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Januar 1861.

*Vollz. Reinschr., Bd. 73, Bl. 7–8; MF 428. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1965, n.f.; Rep. 90, Nr. 2334, Bl. 170–170v.*

*Anwesend [U]<sup>1</sup>: Auerswald [V], von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: [Costenoble].*

*Vereidigung. Aufgrund entsprechender Verweigerungen wird der Beschluß<sup>2</sup> bekräftigt, daß Beamte, welche zugleich Landtags-Mitglieder sind und als solche den Eid gemäß Artikel 108 der Verfassung leisteten, außerdem noch den vorschriftsmäßigen Diensteid zu leisten haben.<sup>3</sup> [B]*

<sup>1</sup> *Gelesen [U]: Hohenzollern-Sigmaringen.*

<sup>2</sup> *Vgl. Sitzung am 5.1.1861, TOP 2.*

<sup>3</sup> *Dieser Beschluß wurde wieder revidiert; vgl. Sitzung am 12.2.1861, TOP 2.*

## Nr. 126 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Februar 1861.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1 und 3], Bd. 73, Bl. 9–14; MF 428.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Costenoble [zu 1], Delbrück [zu 4], Friedberg [zu 1], Hegel [zu 1, U], C. E. Oppermann [zu 5], Schuhmann [zu 3], F. H. Sydow [zu 3, U].*

**1. Disziplinarsache.**<sup>1</sup> [B] — **2. Der Polizeipräsident in Posen, v. Baerensprung, ist zur Disposition gestellt.** [B] — **3. Pensions- und Gehaltssache.** [B] — **4. Technische Hochschulen. Mehrheitsbeschluß bekräftigt, die polytechnische Schule in Köln und nicht in Aachen zu errichten.**<sup>2</sup> [B] — **5. Gesetzentwurf**<sup>3</sup> betr. die Pensionsberechtigung der Gemeinde-Forstbeamten in der Rheinprovinz wird angenommen. [B] — **6. Novelle zum Jagdpolizeigesetz von 1850; vertagt.**

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90, Annex F, Nr. 2041.

<sup>2</sup> Vgl. Immediatbericht v. 4.2.1861 in: Rep. 76, Vb Sekt. 6 Tit. I Nr. 1 Bd. 1, Bl. 265–266v; ferner Düwell, *Gründung und Entwicklung der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen*, S. 39 f.

<sup>3</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1861, Drucks. Nr. 31.

## Nr. 127 Sitzung des Staatsministeriums am 12./13. Februar 1861.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [2–3], Bd. 73, Bl. 15–18v; MF 428/429.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Eck [zu 3], O. Hoffmann [zu 4], Wollny [zu 3].*

**1. Zivilprozeß- und Strafprozeßordnung; Rechtsvereinheitlichung. Einsetzung einer Kommission zur Revision des preußischen Zivil- und Strafprozeßrechts und zur Anbahnung eines allgemeinen deutschen Prozeßrechts.**<sup>1</sup> [B] — **2. Vereidigung bei Thronwechsel. Beamte im Bereich der Provinzial-Schulkollegien sollen ihren Diensteid erneuern; von Beamten, die zugleich Mitglieder des Landtags sind, ist nicht eine nochmalige Ablegung des Diensteids, sondern nur die Erklärung über ihre Gebundenheit an den früher geleisteten Diensteid zu fordern. Beschluß vom 30. Januar damit revidiert.**<sup>2</sup> [B] — **3. Meinungsverschiedenheit beigelegt über Fassung des Protokolls der Sitzung v. 31.10.1860 und des Immediatberichts betr. Beschwerde des Oberpräsidenten der Provinz Pommern, E. Frh. v. Senfft von Pilsach, wegen Genehmigung und Beschränkung von Dienstreisen.**<sup>3</sup> [B] — **4. Gesetzentwurf**<sup>4</sup> betr. die Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten; vertagt. [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. auch JMinBl. 1861, S. 52. Anlaß zur Strafprozeßreform waren Initiativen, namentlich der Regierung Badens, ein gemeinsames deutsches Strafprozeßrecht auf den Weg zu bringen. Vgl. Rep. 84a (D), Nr. 8066.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 1965, n.f. sowie ebd., Nr. 2334, Bl. 171–194.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90., Nr. 775, n.f. (Immediatbericht v. 21.3.1861; KO v. 25.5.1861; Rundschr. des Staatsministeriums an Oberpräsidenten v. 25.6.1861 etc.); vgl. auch Rep. 89, Nr. 13438, Bl. 103–153v.

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 504, n.f.

**Nr. 128 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Februar 1861.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [5], Bd. 73, Bl. 19–23v; MF 429.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. de la Croix, Herzbruch, Schartow, Schuhmann [alle zu 5], F. H. Sydow [zu 2], L. v. Winter [zu 4], Wollny [zu 5].*

**1. Eherechtsreform.** Erklärung gegenüber der Kommission des Herrenhauses, daß die Staatsregierung hinsichtlich der Einführung der Notehe [...] dieselbe Stellung einnimmt wie vor einem Jahr.<sup>1</sup> [B] — **2. Amnestie-Verordnung bei Thronbesteigung** wird genehmigt.<sup>2</sup> [B] — **3. Gesetzentwurf betr. Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten.** Patows Wunsch auf Verzichtleistung angesichts der gegenwärtigen Finanzlage des Staates. [B] — **4. Kommunen.** Gesetzentwurf<sup>3</sup> betr. die Kreisordnung wird angenommen. [B] — **5. Gesetzentwurf<sup>4</sup> zur Novellierung des Gesetzes v. 14.4.1857** betr. Ablösung der den geistlichen und Schul-Instituten sowie den frommen und milden Stiftungen zustehenden Reallasten; Regulierung der schlesischen Decem-Verhältnisse ist damit erledigt. [B]

---

<sup>1</sup> Daraufhin wurde dieser Gesetzentwurf erneut im HH abgelehnt; vgl. *StenBerHH, Session 1861, Verhandlungen v. 13.3.1861, S. 137. Das Staatsministerium zog nun den Gesetzentwurf ganz zurück; vgl. Rep. 84a (M), Nr. 49026, Bl. 58–59 (Immediatbericht v. 14.3.1861); ferner StenBerHH, Session 1861, Drucks. Nr. 64. Vgl. auch Buchholz, Eherecht zwischen Staat und Kirche, S. 104–106.*

<sup>2</sup> *Immediatbericht v. 14.2.1861 inkl. KO-Entwurf in: Rep. 90, Nr. 1972, n.f.; vgl. auch Rep. 89, Nr. 18670, Bl. 43–48.*

<sup>3</sup> *Rep. 90a, V II 3 Nr. 2 Bd. 3, Bl. 1–92 (inkl. Immediatbericht v. 20.2.1861 etc.); auch Rep. 89, Nr. 14114, Bl. 59–66 und 67–103.*

<sup>4</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 772 Nr. 1 Bd. 8, n.f. (Gesetzentwurf und Immediatbericht v. 20.2.1861); vgl. auch StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 58.*

**Nr. 129 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Februar 1861.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 24–24v; MF 429.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Eck, Heyder, H. de Rège, Wollny [alle zu 2].*

**1. Ernennung.** [B] — **2. Gesetzentwurf betr. Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer.** Differenzen zwischen Patow und von der Heydt; vertagt<sup>1</sup>. [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. Sitzung am 21.3.1861, TOP 3.*

**Nr. 130 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Februar 1861.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [3–4], Bd. 73, Bl. 25–44; MF 429.*

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Bitter [zu 2], Herzbruch [zu 4], Maybach [zu 1], Schuhmann [zu 4], Wollny [für Patow, zu 4].

**1. Eisenbahnen. Billigung des Gesetzentwurfs<sup>1</sup> betr. Gewährung staatlicher Zinsgarantie für eine Prioritätsanleihe der Rhein-Nahe-Eisenbahn-Gesellschaft. [B] — 2. Gewerbesteuer. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. einige Abänderungen des Gewerbe-Steuer-Gesetzes 1820 gebilligt. [B] — 3. Acht Disziplinarsachen. [B] — 4. Zulassung der Juden zum Richteramte.<sup>3</sup> Bernuth, Schwerin, Pückler, Hohenzollern-Sigmaringen und der Vertreter Patows votieren aufgrund des Beschlusses in der Sitzung am 4.1.1860 für die Zulassung der Juden, die übrigen fünf Minister dagegen. Die Sache bleibt ausdrücklich der Entscheidung des Königs vorbehalten.<sup>4</sup> [B]**

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 93 u. Nr. 145. Vgl. Gesetz v. 22.6.1861 in: GS, S. 233.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 68. Vgl. Gesetz v. 19.7.1861 in: GS, S. 697.

<sup>3</sup> Anlaß war eine erneute Petition des Oberrabbiners Sutro v. 24.1.1861 an das AH, die dem Staatsministerium wiederum zur Berücksichtigung überwiesen worden war; vgl. StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 219, S. 1–8. Vgl. ferner Votum des Justizministers v. 17.2.1861 in: Rep. 90, Nr. 499, Bl. 150–162v; ebs. Rep. 84a (D), Nr. 11947, Bl. 33–65. Vgl. Auerbach, Leopold, Das Judentum und seine Bekenner in Preußen und in den anderen deutschen Bundesstaaten, Berlin 1890, S. 258 f.; Strenge, Barbara, Juden im preußischen Justizdienst 1812–1918, München etc. 1996, S. 124–128.

<sup>4</sup> Ein Immediatbericht wurde letztlich nicht erstattet; vgl. Sitzungen am 17.4.1861, TOP 2; 25.1.1862, TOP 3.

## Nr. 131 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 28. Februar 1861.

Vollz. Reinschr. mit Randbemerkung Wilhelms I., Bd. III, Bl. 112–116; MF KR 15. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, V II 3 Nr. 2 Bd. 3, n.f.; Rep. 77, Tit. 772 Nr. 1 Bd. 8, n.f.

Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Schleinitz [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U], Bernuth [U]. — Prot.: [Costenoble].

Weitere Teilnehmer: Illaire.

**Kommunen. Gesetzentwurf<sup>1</sup> einer Kreisordnung, wonach den Rittergutsbesitzern [...] auf den Kreistagen nicht [...] mindestens die Hälfte, sondern nur mindestens ein Drittel der Stimmen zugeteilt werden soll. Wilhelm I. erscheint jene Bestimmung unzweckmäßig und gefährlich, unter anderem weil das Herrenhaus die Vorlage unzweifelhaft ablehnen wird; weil die bei Rittergutsbesitzern ohnehin schon herrschende Verstimmung nicht weiter verstärkt werden soll; weil die Beseitigung der bisherigen privilegierten Stellung der Rittergutsbesitzer auf den Kreistagen zwar notwendig ist, man aber Schritt vor Schritt vorgehen und auch anerkennen muß, daß den Rittergutsbesitzern wegen ihrer höheren Intelligenz ein vorwiegender Einfluß auf die Beschlüsse der Kreis-Versammlungen gebührt. Diese Bestimmung des Entwurfs wird von den meisten Mitgliedern des Staatsministeriums verteidigt; Vorlage dieses Gesetzentwurfs ist eine politische Notwendigkeit. Wilhelm I.**

<sup>1</sup> Rep. 90a, V II 3 Nr. 2 Bd. 3, Bl. 1–95v; Rep. 89, Nr. 14114, Bl. 59–103; vgl. Rep. 77, Tit. 772 Nr. 1 Bd. 8, n.f. (Entwürfe etc.).



*genehmigt zwar die Einbringung des Entwurfs beim Landtage, weist die Verantwortung für diesen politisch höchst bedenklichen Schritt aber dem Staatsministerium allein zu.*<sup>2</sup> [B]

<sup>2</sup> *Bei Unterzeichnung des Protokolls vermerkte Wilhelm I. am Rande: Die Einbringung des Gesetzes habe ich nachträglich noch hinausgeschoben. Vgl. auch die Randbemerkung Wilhelms v. 23.2. im Immediatbericht v. 20.2.1861 zu diesem Gesetzentwurf in: Rep. 89, Nr. 14114, Bl. 59. – Zu dieser KR-Sitzung notierte der Kronprinz: „[...] da aber sämtliche Minister einstimmig für dieselbe Kreisordnung, unterschrieb der König, jedoch mit ungnädiger Stimmung und entsprechender Namenszeichnung. König ganz unglücklich über diesen Akt, meinend, er werde zu Konzessionen gedrängt und stieße dem Adel vor den Kopf, angesichts der drohenden auswärtigen Verhältnisse. – Hohenzollern und ich nachher allein bei Papa. Ich suchte dann den Ministern die Stimmung zu erklären, die nur durch Einflüsterungen übertriebener Art ihn so schwarzsehend machen kann. – 1. März 1861. Langer Ministerkonseil bei Auerswald, ernst und spannend. König will nicht die von Graf Schwerin vorgelegte Kreisordnung einbringen lassen, und als Hohenzollern ihm die gestern vollzogene Order ihrer Unleserlichkeit wegen zeigte, eine andere erbittend, ward jene zerrissen, jedoch eine neue nicht gewährt. Minister wissen nicht, was zu tun, wenn ihre Vorschläge ohne Ausnahme keinen Allerhöchsten Beifall finden und doch die Landesvertretung noch wichtige Vorlagen erwartet. Ich sprach ihnen Mut zu.“ Vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 83. Vgl. auch Roon, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 38–44. Innenminister Schwerin soll seinen Rücktritt angeboten haben; so Hartung, Verantwortliche Regierung, S. 252. Vgl. ferner Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 191.*

### **Nr. 132 Sitzung des Staatsministeriums am 1. März 1861.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 45–45v; MF 429.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Moelle [zu 1], F. H. Sydow [zu 2], Wever [zu 4].*

**1. Rechtzeitige Aufstellung und Vorlage der Etatentwürfe.** Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. die Ergänzung des Art. 99 der *Verfassung 1850* wird angenommen. [B] — **2.** Gesetzentwurf betr. die gerichtliche Verfolgung von Beamten wegen *Amts- und Diensthandlungen*; *vertagt*<sup>2</sup>. — **3. Ernennung.** [B] — **4.** Gesetzentwurf<sup>3</sup> wegen Errichtung einer *Depositen-Kasse für den Bezirk des Appellations-Gerichtshofs Köln* wird angenommen. [B]

<sup>1</sup> *Rep. 90, Nr. 1378, Bl. 8–27 (inkl. Voten und Immediatbericht v. 21.3.1861); vgl. StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 124. Zum Problem der rechtzeitigen Etat-Feststellung, das sich seit 1850 zu einem permanenten Problem zwischen Regierung und Abgeordnetenhaus entwickelt hatte, vgl. Hahndorff, Eva, Das Budgetrecht in den Verhandlungen des Preußischen Landtags (1848–66), Stettin 1931, S. 59–62.*

<sup>2</sup> *Vgl. Sitzung am 13.3.1861, TOP 2.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 91.*

### **Nr. 133 Sitzung des Staatsministeriums am 6. März 1861.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 46–46v; MF 429.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Delbrück [zu 1], L. Jacobi [zu 4], Maybach [zu 3].*

1. *Gewerbe*. Gesetzentwürfe<sup>1</sup> betr. Errichtung gewerblicher Anlagen sowie betr. Abänderung einiger Bestimmungen der allgemeinen Gewerbeordnung werden angenommen; weitere Anträge auf Beseitigung aller Gewerbebeschränkungen abgelehnt. [B] — 2. *Vereine*. Von prohibitiven Maßregeln gegen den sog. Deutschen Nationalverein aufgrund des § 8 des Vereins-Gesetzes<sup>2</sup> vom 11. März 1850 ist Abstand zu nehmen. [B] — 3. *Annahme der Gesetzentwürfe*<sup>3</sup> betr. Eisenbahnbau Altenbeken-Höxter-Holzminden sowie betr. staatliche Zinsgarantie für das Anlagekapital des Eisenbahnbaus Angermünde-Stralsund. [B] — 4. Gesetzentwurf<sup>4</sup> betr. den Kleinhandel mit Spiritus angenommen. [B]

<sup>1</sup> Rep. 90, Nr. 1650, Bl. 45–96 (inkl. Immediatbericht); vgl. StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 100; ferner Gesetze v. 22.6. u. 1.7.1861 in: GS, S. 441 und 749. Vgl. auch Delbrück, Lebenserinnerungen, Bd. 2, S. 158–160.

<sup>2</sup> VO über die Verhütung eines die gesetzliche Freiheit und Ordnung gefährdenden Mißbrauchs des Versammlungs- und Vereinsrechts, in: GS 1850, S. 277.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 29632, Bl. 62–66 (u.a. Immediatbericht v. 6.3.1861); Rep. 77, Tit. 258 Nr. 1 Bd. 7, n.f. (Votum von der Heydts v. 31.3.1860). Vgl. StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 94. Vgl. Gesetze v. 22.6.1861 in: GS, S. 226 und 235.

<sup>4</sup> Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

### Nr. 134 Sitzung des Staatsministeriums am 7. März 1861.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 73, Bl. 47–50; MF 429.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: GehKrR Bornemann, R. Jacobi, Noah, Schuhmann, F. H. Sydow [alle zu 2].

1. *Zwei Ernennungen*. [B] — 2. *Verwaltungsgerichtsbarkeit*. Gesetzentwürfe<sup>1</sup> betr. die Erweiterung des Rechtsweges sowie betr. einige Abänderungen und Ergänzungen des Gesetzes vom 11. Mai 1842 über die Zulässigkeit des Rechtsweges in Beziehung auf polizeiliche Verfügungen [...] und des Gesetzes vom 11. März 1850 über die Polizei-Verwaltung werden angenommen; dazu Sondervoten Bethmann Hollwegs und von der Heydts. [B]

<sup>1</sup> Rep. 90, Nr. 323, n.f. (dazu Voten und Immediatbericht v. 12.3.1861). Vgl. StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 103 und 105. Vgl. ferner Loening, Edgar, Gerichte und Verwaltungsbehörden in Brandenburg-Preußen, Halle 1914, S. 262–286, bes. S. 274–278 und 281–284.

### Nr. 135 Sitzung des Staatsministeriums am 13. März 1861.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 73, Bl. 51–54; MF 429/430.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: R. Jacobi, Noah, F. H. Sydow [alle zu 2].

1. *Verwaltungsgerichtsbarkeit*. Immediatbericht über die Resultate der Revision der materiellen Gesetzgebung über die Zulässigkeit des Rechtsweges wird *genehmigt*.<sup>1</sup> [B] — 2. *Gesetzentwurf*<sup>2</sup> betr. die gerichtliche Verfolgung von Beamten wegen Amts- und Diensthandlungen *gegen Voten von der Heydts und Bethmann Hollwegs* angenommen. [B] — Mitteilung *Auerswalds, daß Wilhelm I. bei Gesetzentwürfen* von prinzipieller Wichtigkeit *zunächst* den mündlichen Vortrag *des betreffenden Ministers* wünscht, *bevor der Immediatbericht über die Vorlage für den Landtag bei ihm eingereicht wird*. — 3. *Mitteilung über den Bau einer Eisenbahnstrecke von Güstrow nach Stettin*.

<sup>1</sup> Rep. 90, Nr. 323, n.f. (Abschr. und Immediatbericht v. 13.3.1861). Vgl. Gesetz betr. Erweiterung des Rechtsweges v. 24.5.1861 in: GS, S. 241.

<sup>2</sup> Rep. 90, Nr. 323, n.f.; vgl. StenBerAH, Session 1861, Drucksachen Nr. 104. Vgl. Loening, Gerichte und Verwaltungsbehörden, S. 271–276 und 278.

### Nr. 136 Sitzung des Staatsministeriums am 21. März 1861.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [4], Bd. 73, Bl. 55–60; MF 430.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Eck, Heyder [beide zu 3], G. Meyer, Noah [beide zu 4], H. de Rège [zu 3], Wichern [zu 4], Wollny [zu 3].*

1. *Ernennung eines Landrats für Neu-Ruppin. Vorschläge der Rittergutsbesitzer abgelehnt*. [B] — 2. *Keine Anklageerhebung gegen polnische Zeitung wegen Beleidigung des Staatsministeriums*. [B] — 3. *Gesetzentwurf*<sup>1</sup> betr. *Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer wird mehrheitlich angenommen. Differenzen zwischen Patow und von der Heydt über den Begriff der Etat-Überschreitung und über parlamentarische Budgetkontrolle*.<sup>2</sup> [B] — 4. *Strafvollzug. Gesetzentwurf betr. Vollstreckung der Zuchthausstrafe durch Einzelhaft einstweilen zurückgestellt*.<sup>3</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 151, I A Nr. 30, n.f.

<sup>2</sup> Zur Grundproblematik vgl. bereits Dufurth, Theodor v., *Zur Geschichte der Königlichen Preussischen Oberrechnungskammer*, Berlin 1909, S. 60–62; ferner Schmökel, Hermann, *Die Entstehung des Ober-Rechnungskammer-Gesetzes vom 27. März 1872 und das preussische Budgetrecht*, Berlin 1932, S. 44–46; Brodersen, Carsten, *Rechnungsprüfung für das Parlament in der konstitutionellen Monarchie. Ein Beitrag zu den Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung des parlamentarischen Budgetrechts in Preußen-Deutschland 1848–1877*, Berlin 1977, S. 75–83.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 84a (D), Nr. 7833, Bl. 52–82 (Denkschr. des Innenministers). Vgl. auch Holtzendorff, Franz v., *Gesetz oder Verwaltungsmaxime? Rechtliche Bedenken gegen die preussische Denkschrift betr. die Einzelhaft*, Berlin 1861.

### Nr. 136a Sitzung des „engeren“ Kronrats am 25./27. März 1861.

*Druck: APP, Bd. 2/2, Dok. 367, S. 267–269.*<sup>1</sup>

<sup>1</sup> Entwurf in: III. HA MAA, I Nr. 6115, n.f. Vgl. auch die Überlieferung im Bericht des österreichischen Gesandten in Berlin, A. Gf. v. Károlyi, v. 31.3.1861 in: Srbik (Hrsg.), *Quellen zur deutschen Politik Österreichs 1859–1866*, Bd. 1, Dok. 394, S. 627–633, hier S. 629–633; ferner Huber (Hrsg.), *Dokumente*, Bd. 2, Dok. 94(93), S. 117–120. — Ein Protokoll dieser Sitzung konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Über diese Sitzung berichtete

Anwesend: Wilhelm I. [V], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen, Auerswald, Schleinitz, Roon.

Weitere Teilnehmer: K. Frh. v. Werther.<sup>2</sup>

Verhandlungen mit Österreich über eine Militärkonvention und ein Defensivbündnis. Überarbeitung des Vertrags-Entwurfs.<sup>3</sup>

auch der Kronprinz; vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 86; ferner der österreichische Gesandte in Berlin, Gf. v. Károlyi, in: Srbik (Hrsg.), Quellen zur deutschen Politik Österreichs 1859–1866, Bd. 1, Dok. 388, S. 621.

<sup>2</sup> Nach Angaben des Kronprinzen und des österr. Gesandten in Berlin; vgl. Anm. 1.

<sup>3</sup> Der bisherige Entwurf des Außenministeriums mit Immediatbericht Schleinitz' v. 22.2.1861 in: III. HA MAA, I Nr. 6114, n.f.; auch in: APP, Bd. 2/2, Dok. 352, S. 207–215. Vgl. ferner die Darstellung der militärischen Verhandlungen mit Österreich im Jahr 1861 in: III. HA MAA, I Nr. 6116, n.f. (7 Bl. am Ende der Akte); sowie Srbik, Deutsche Einheit, Bd. 1, S. 336–351; Kessel, Moltke, S. 311–323 (insbes. zu den Spannungen zwischen Außen- und Kriegsministerium). – Zur wirtschaftl. Bedeutung dieser Verhandlungen vgl. Böhme, Helmut, Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848–1881, 2. Aufl., Köln, Berlin 1972, S. 100–105.

### Nr. 137 Sitzung des Staatsministeriums am 26. März 1861.

Zwei Reinschriften mit vollz. Teilreinschr. [6], Bd. 73, Bl. 61–65; MF 430.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon [zu 5–8], Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [zu 1–4, U], Hegel [zu 5–8, U].

Weitere Teilnehmer: Maybach [zu 6].

1. Entbindung des Polizei-Präsidenten von Baerensprung zu Posen von seinem jetzigen Amte wird vorläufig zurückgenommen. [B] — 2. Der Entwurf des allgemeinen deutschen Handels-Gesetzbuches soll noch in dieser Diät im Landtag eingebracht werden. [B] — 3. Erklärung zur Zusammenlegung von Grundstücken in Gemengelage gemäß Gemeinheitsteilungs-Ordnung von 1821.<sup>1</sup> [B] — 4. Eventuell zu ergreifende Mittel, um die Annahme der Grundsteuer-Vorlagen im Landtag durchzusetzen. — [5.] Vorbereitungen zur bevorstehenden Landeshuldigung. [B] — [6.] Bau zweier Eisenbahnstrecken zur Verbindung Schlesiens und Österreichs<sup>2</sup>; Bedenken Roons. [B] — [7.] Feuerversicherungen. Meinungsverschiedenheiten zwischen Innen- und Handelsminister; vertagt. — [8.] Immediatbericht<sup>3</sup> zum Gesetzentwurf betr. Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer; Vorbehalte von der Heydts. [B]

<sup>1</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1861, Drucks. Nr. 65, S. 8 f.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 258 Nr. 1 Bd. 7, n.f. (Votum von der Heydts v. 23.5.1860).

<sup>3</sup> Entwurf ohne Datum in: Rep. 151, I A Nr. 30, n.f.

### Nr. 138 Sitzung des Staatsministeriums am 3. April 1861.

Reinschr., Bd. 73, Bl. 66–66v; MF 430.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Eck [für von der Heydt zu 2], Hoene [für von der Heydt zu 1], G. Meyer [zu 1], Wollny [zu 2].

**1.** Entwurf<sup>1</sup> eines deutschen Handels-Gesetzbuches soll umgehend im Landtag eingebracht werden; Entwurf des Ausführungs-Gesetzes folgt. [B] — **2.** Immediatbericht zum Gesetzentwurf betr. Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer wird mit Änderungen genehmigt.<sup>2</sup> [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH*, Session 1861, Drucks. Nr. 129; ferner *Rep.* 90, Nr. 1659, Bl. 9–11. Zur Eilbedürftigkeit der Einbringung des Gesetzentwurfs vgl. *Delbrück, Lebenserinnerungen*, Bd. 2, S. 164 f.

<sup>2</sup> Vgl. *Rep.* 151, I A Nr. 30, n.f.

### Nr. 139 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 9. April 1861.

Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 117–119; MF KR 15. — *Begl. Abschr.*: *GStAPK*, I. HA, *Rep.* 151, I A Nr. 30, n.f.

Anwesend [U]: Wilhelm I. [V], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen, Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: [Costenoble u. ?]<sup>1</sup>.

Weitere Teilnehmer: Boetticher, Illaire.

Gesetzentwurf betr. die Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer. Strittig ist die parlamentarische Budgetkontrolle, die sich aus Artikel 104 der Verfassung in Verbindung mit § 16 des Entwurfs herleitet. Namentlich von der Heydt, unterstützt von Roon und z.T. auch von Bethmann Hollweg, erblickt darin eine Schmälerung der Prerogative der Krone. Patow und die übrigen Minister weisen diese Interpretation zurück. Wilhelm I. verlangt eine bislang fehlende nähere Darlegung des Verfahrens, welches der Aufstellung der im § 16 des Entwurfs erwähnten Bemerkungen der Oberrechnungs-Kammer wird vorhergehen müssen. Entscheidung des Königs bleibt bis dahin ausgesetzt.<sup>2</sup>

---

<sup>1</sup> Überliefert in zwei handschriftlichen Fassungen; ab Bl. 118 Schrift Costenobles.

<sup>2</sup> Vgl. *Rep.* 151, I A Nr. 30, n.f. und *Rep.* 89, Nr. 24635, n.f.: Diese gewünschte Darlegung reichte Patow am 11. und 14.4.1861 nach. Dazu vermerkte Wilhelm I., daß der § 16 umgearbeitet werden müsse oder besser ganz fortzulassen sei; der Gesetzentwurf könne so jedenfalls nicht dem Landtag vorgelegt werden. Die Arbeit am Gesetzentwurf ruhte seitdem bis zum Herbst 1861; vgl. Schriftwechsel zwischen Patow und von der Heydt vom Juli 1861. Vgl. ferner *Schmökel, Die Entstehung des Ober-Rechnungskammer-Gesetzes 1872*, S. 35 f.; *Brodersen, Rechnungsprüfung*, S. 75–83.

### Nr. 140 Sitzung des Staatsministeriums am 17. April 1861.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [6 und 9], Bd. 73, Bl. 67–80; MF 430.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

*Weitere Teilnehmer: Friedberg, Ribbeck, A. Richter [alle zu 6], H. Frh. v. Wangenheim [zu 9, U], L. v. Winter [zu 7].*

**1. Ernennung.** [B] — **2. Zulassung der Juden zum Richteramte.** *Da hierüber weiterhin eine Meinungsverschiedenheit existiert, soll zumindest die Verfügung v. 10.7.1857 aufgehoben und Juden vorläufig zur Auskultatur [...] zugelassen werden.*<sup>1</sup> [B] — **3. Erklärung zur Beratung im Herrenhaus über Gesetzentwurf betr. Einführung des III. Abschnitts des Gesetzes v. 2.3.1850 über Ablösung der Reallasten und Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in Neu-Vorpommern und Rügen.** [B] — **4. Erklärung zum Antrag im Abgeordnetenhaus auf Vorlage eines Gesetzentwurfs betr. Ausdehnung der Gemeinheitsteilungs-Ordnung 1821 auf die Umlegung von Grundstücken, die einer gemeinschaftlichen Benutzung nicht unterliegen.**<sup>2</sup> [B] — **5. Polen.** *Mitteilung über Geheimbriefe Garibaldis an polnischen Freiheitskämpfer L. v. Mierolawski.* [B] — **6. Heranziehung der aus der Kirche durch gerichtliche Erklärung ausgeschiedenen Personen bzw. Dissidenten zu Kirchen- und Pfarrabgaben.**<sup>3</sup> [B] — **7. Huldigungsfrage.** *Immediatbericht*<sup>4</sup> *zur Huldigung Wilhelms I.* [B] — **8. Militäretat.** *Erklärung Roons zur Beratung des Abgeordnetenhauses über den Gesetzentwurf zur Feststellung des Etats 1861.*<sup>5</sup> [B] — **9. Zehn Disziplinarsachen.**<sup>6</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Verfügung v. 21.5.1861 in: *JMinBl.*, S. 104; ferner Michaelis, *Die Rechtsverhältnisse der Juden*, S. 99 f.; Auerbach, *Das Judentum und seine Bekenner*, S. 258 f.

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerAH*, Session 1861, Drucks. Nr. 102.

<sup>3</sup> Vgl. *StenBerAH*, Session 1861, Drucks. Nr. 202, S. 1–31.

<sup>4</sup> Vgl. *Rep.* 90, Nr. 1969, n.f. (*Immediatbericht v. 17.4.1861*); *Rep.* 77, Tit. 98 Nr. 82 Bd. 1, n.f. (*Entwurf des Innenministers und anderes*).

<sup>5</sup> Vgl. *StenBerAH*, Session 1861, *Verhandlungen v. 24.–31.5.1861*, S. 1374–1519.

<sup>6</sup> Zu B. v. Kornatzki vgl. *Rep.* 90, *Annex F*, Nr. 1449.

## Nr. 141 Sitzung des Staatsministeriums am 24. April 1861.

*Reinschrift mit vollz. Reinschr., Bd. 73, Bl. 81–83v; MF 430.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V, U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Schleinitz [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U], Bernuth [U]. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Maybach.*

*Verhandlungen mit Mecklenburgischer Regierung zum Bau einer Eisenbahnstrecke von Pasewalk nach Güstrow und von Stralsund nach Rostock.*<sup>1</sup> [B]

<sup>1</sup> *Nach Angaben des Kronprinzen wurde in dieser Sitzung weiterhin über das Folgende gesprochen: „Dann Beratung über Königliche Botschaft an Hohenzollern, die gegenwärtige innere politische Situation, nebst Interpellation Schleinitz's in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit. Ich sein Gegner, weil er keine Exekution will, während ich ein entschiedenes Auftreten Preußens verlange, das unser sinkendes Ansehen in Deutschland wieder erheben muß, [...]“ Unter dem 25.4.1861 vermerkte der Kronprinz: „Hohenzollern bei mir wegen gestrigen politischen Erörterungen im Ministerrat, die Papa nicht ganz teilen soll.“ Weiter unter dem 30.4.1861: „Politisches wichtiges Gespräch mit Papa frühmorgens wegen Schleswig-Holsteins und unserer Situation bei Schleinitzens sichtlicher Tatenlosigkeit.“ Vgl. Kaiser Friedrich III. *Tagebücher*, S. 89 f.*

## Nr. 142 Sitzung des Staatsministeriums am 26. April 1861.

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 84; MF 430.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Heimsoeth [zu 1].*

**1.** Entwurf<sup>1</sup> des Einführungs-Gesetzes zum allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuche angenommen. [B] — **2.** Der Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Erhebung der Stempelsteuer von Zeitungen, Zeitschriften und Anzeigebültern soll dem Landtag noch in dieser Session vorgelegt werden. [B]<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Rep. 90, Nr. 1659, Bl. 43–67v; auch *StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 178. Einführungs-gesetz zum HGB v. 24.6.1861 in: GS, S. 449; Instruktionen des Justizministers hierzu in: JMinBl. 1861, S. 328; ferner: Das Allgemeine Deutsche Handels-Gesetzbuch nebst dem preußischen Einführungs-Gesetz v. 24. Juni 1861, der Ministerial-Instruktion v. 12. Dez. 1861 ..., Berlin 1862. Vgl. Delbrück, *Lebenserinnerungen*, Bd. 2, S. 161–165. Zum Kontext Rumppler, Helmut, *Das „Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch“ als Element der Bundesreform im Vorfeld der Krise von 1866*, in: Ders. (Hrsg.), *Deutscher Bund und deutsche Frage 1815–1866*, Wien 1990, S. 215–234.*

<sup>2</sup> Rep. 77, Tit. 926 Nr. 17, n.f.; vgl. *StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 191. Vgl. Gesetz v. 29.6.1861, GS, S. 689.*

<sup>3</sup> Zu dieser Sitzung vermerkte der Kronprinz: „Plötzlich angesagter Ministerrat im Abgeordnetenhaus wegen des Königs Ansichten über schlechte Aussichten im Abgeordnetenhaus: Militärkommission. Ferner kurze Beratung über neues Handelsgesetzbuch [...]“. Vgl. *Kaiser Friedrich III. Tagebücher*, S. 90.

## Nr. 143 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 1. Mai 1861.

*Vollz. Reinschr. mit Randbemerkungen Wilhelms I., Bd. III, Bl. 120–124v; MF KR 15. — Unvollständige Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 3, Bl. 150–154v.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Schleinitz [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U], Bernuth [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

*Finanzierung der Heeresreform. Erörterung von Maßnahmen für den Fall, daß das Abgeordnetenhaus den Erhöhungen des Militäretats nicht in dem Umfang zustimmen wird, der zur Aufrechterhaltung der Reorganisation der Armee notwendig ist. Für diesen Fall wird die Auflösung des Abgeordnetenhauses für notwendig erachtet; Differenzen über den Zeitpunkt und die Modalitäten der dann möglichen Auflösung. Die von der Kommission des Abgeordnetenhauses<sup>1</sup> vorgeschlagene Form der Bewilligung der Mehrausgaben nur im Extraordinarium des Etats – von Roon als äußer-*

<sup>1</sup> Vgl. 1. u. 2. Bericht der 12. Kommission über den Etat der Militär-Verwaltung für 1861 v. 7. u. 10.5.1861, in: *StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 199 und 200. – Zur Debatte und Abstimmung im AH vgl. StenBerAH, Session 1861, Verhandlungen v. 27.–31.5.1861, S. 1391–1519. Die Bewilligung der Mehrausgaben für die Heeresreform erfolgte im Extraordinarium des Etats 1861 mit 11 Stimmen Mehrheit (darunter sieben Minister), also weiterhin als Provisorium und verbunden mit dem Antrag, daß dem nächsten Landtag ein Gesetzentwurf über die Einführung der zweijährigen Dienstzeit in Abänderung des Dienstpflichtgesetzes 1814 vorgelegt werde. Zum Etat der Militär-Verwaltung 1861 und zum Gesetzgebungsverfahren vgl. Rep. 151, I A Nr. 617, n.f.; ferner Zechlin, *Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht*, S. 183 f.; Börner, *Die Krise der preußischen Monarchie*, S. 133 f.; Helfert, *Der preußische Liberalismus*, S. 196–205.*

ste Grenze des Zulässigen *bezeichnet* – *akzeptiert* Wilhelm I. unger<sup>2</sup>. *Staatsministerium will seinen Einfluß geltend machen, um die unverkürzte Bewilligung sämtlicher für den Mehrbedarf der Armee geforderten Summen durchzusetzen und die Annahme der von der Kommission des Abgeordnetenhauses beantragten Bewilligungsform abzuwenden. Wenn der Staatshaushalts-Etat 1861 nicht angenommen werden sollte, ist man allgemein einverstanden, daß die Zahlbarmachung solcher extraordinären Ausgabefonds, welche zur Bestreitung laufender Verwaltungsbedürfnisse notwendig sind und deshalb die Natur des Ordinarii haben, auch ohne vorgängige Bewilligung statthaft ist. Wilhelm I. verpflichtet die Anwesenden zur strengsten Geheimhaltung des Inhalts der heutigen Beratung.*<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> So die Randbemerkung Wilhelms I., Bl. 121v.

<sup>3</sup> Vgl. auch Randbemerkung Wilhelms I., Bl. 124v.

### **Nr. 144 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Mai 1861.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 85–85v; MF 430.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Heyder, Horn, Maclean, Moelle, H. de Rège, Ritter.*

*Besoldungserhöhung für Beamte mit Ausnahme der höheren Beamten gemäß Gesetzentwurf zum Etat 1861.*<sup>1</sup> [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Denkschrift in: *StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 252, S. 19–47.*

### **Nr. 145 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Mai 1861.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 86–86v; MF 430.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**1.** *Disziplinarverfahren gegen den Berliner Polizeipräsidenten E. Frh. v. Zedlitz-Neukirch.*<sup>1</sup> *Bevor das Verfahren eröffnet wird, soll Frh. v. Zedlitz zur Nachsuchung eines längeren Urlaubes veranlaßt und L. v. Winter mit der einstweiligen Amtsausübung beauftragt werden.*<sup>2</sup> [B] — **2.** *Ernennung.* [B]

---

<sup>1</sup> *Der Vorgang stand im Zusammenhang mit der Stieber-Affäre.*

<sup>2</sup> Vgl. *Rep. 77, Tit. 343a Nr. 127 Bd. 1; Rep. 89, Nr. 14954, Bl. 80. Ferner: Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 91. Winter übernahm die kommissarische Verwaltung des Polizei-Präsidiums am 3.6.1861.*



## Nr. 146 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Mai 1861.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 73, Bl. 87–90; MF 430.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Breithaupt, Löwe [beide zu 1, U], Ribbeck [zu 2].*

**1. Pensionssache.** [B] — **2.** Ausweisung eines Jesuiten-Missionars *aus dem Regierungsbezirk Marienwerder.* [B] — **3.** *Disziplinarverfahren gegen Berliner Polizeipräsidenten. E. Frh. v. Zedlitz-Neukirch wird zur Disposition gestellt.*<sup>1</sup> — **4.** Beschwerde über die Ausschließung der Soldaten von dem Besuch der Zusammenkünfte von Dissidenten.<sup>2</sup> [B] — **5.** *Einrichtung einer Abteilung zur Regelung der Grundsteuer im Finanz-Ministerium unter Leitung R. Bitters.*<sup>3</sup> [B] — **6.** *Marine-Beamte. Im Zuge der Reorganisation der Marine-Verwaltung<sup>4</sup> wird der ehemalige Abteilungs-Direktor Gaebler zur Disposition gestellt.*<sup>5</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 343a Nr. 127 Bd. 1, Bl. 6–25, 32–54 und 55–68 (Denkschrift, Entwürfe) sowie Bl. 1–5 und 26–31 (Immediatbericht v. 22.5.1861). Die Maßnahme gegen den PolPräs. genehmigte Wilhelm I. zunächst nicht und wünschte nähere Begründung; vgl. seine Randbemerkung v. 23.5.1861 zum Immediatbericht, ebd., Bl. 26. Dazu Immediatbericht v. 24.5.1861; ebd., Bl. 69–70v; vgl. ebs. Rep. 89, Nr. 14954, Bl. 53–78v. – In seinem Schreiben an Auerswald v. 26.5.1861 hatte Wilhelm I. seinen Verdacht ausgedrückt, daß die geforderte Entlassung Zedlitz' als eine erste Konzession an das Abgeordnetenhaus angesehen werde, um die Militärvorlage durchzubringen. Vgl. Schultze (Bearb.), Kaiser Wilhelms I. Briefe, Bd. 2, Dok. 305, S. 169f. – Der Kronprinz schrieb hierzu unter dem 2.6.1861: „S.M. hat etwas lebhaft Partei genommen für Zedlitz, indem er an das Staatsministerium seine Eingabe in der unglücklichen Polizeiangelegenheit als oberflächlich und ungenügend zurücksendete mit dem Bescheid, dieses königliche Urteil Zedlitz mitzuteilen. Über diesen Allerhöchsten Erlaß heute Ministerrat ohne mein Beisein [...], in welchem Graf Schwerin so außer sich, daß er seine Entlassung einreicht. Hohenzollern teilte dieses dem König in Babelsberg mit. S.M. sehr aufgebracht, doch geneigt, wenigstens das Verlangen, Zedlitz Mitteilung machen lassen, zurückzunehmen. Ich merke immer mehr, daß die meisten Minister der Meinung sind, dieses Ministerium komme nicht mehr mit S.M. zusammen, weil die Auffassungen zu abweichend werden.“ Unter dem 5.6.1861 vermerkte der Kronprinz, daß Wilhelm I. Gf. Schwerin beruhigen und die Angelegenheit Zedlitz beilegen konnte. Vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 93f.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 189, S. 1–9.

<sup>3</sup> Vgl. KO v. 31.5.1861 in: Rep. 89, Nr. 27418, Bl. 15–15v.

<sup>4</sup> KO v. 16.4.1861 in: GS, S. 205. Vgl. Hubatsch, Der Admiralstab, S. 26 und 224–227.

<sup>5</sup> Vgl. dazu das Schreiben Roons v. 10.2.1861 in: Rep. 90, Nr. 957. n.f.

## Nr. 147 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Mai 1861.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1], Bd. 73, Bl. 91–106; MF 430/431.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg, Hegel, H. Frh. v. Wangenheim [alle zu 1, U].*

**1.** *15 Disziplinarsachen.* [B] — **2.–3.** *Zwei Ernennungen.* [B]

**Nr. 148 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Juni 1861.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 107–108v; MF 431.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Patow, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Th. v. Sulzer [zu 4].*

**1. Zwei Titelverleihungen. [B] — 2. Ordensverleihung. [B] — 3. Ernennung. [B] — 4. Huldigungsfrage. Zu der von Wilhelm I. gewünschten Erbhuldigung soll zunächst die zweifelhafte staatsrechtliche Frage, ob die Einforderung eines Huldigungs-Eides von Deputierten, die nach dem Wahlmodus für die Provinzial-Landtage gewählt sind, verfassungsgemäß ist, durch Gutachten der Kronsyndizi geklärt werden.<sup>1</sup> [B] — 5. Macdonald-Affäre. Die im verletzende[n] Ton verfaßte Depesche des britischen Außenministers J. Russell soll nicht eingehend beantwortet werden im Interesse der Aufrechterhaltung eines guten Vernehmens mit England.<sup>2</sup> [B]**

<sup>1</sup> *Vgl. eigenhändigen Erlaß Wilhelms I. v. 5.6.1861 und Immediatbericht (Entwurf) v. 8.6.1861 mit Sondervotum Roons in: Rep. 90, Nr. 1969, n.f.; ebs. Rep. 77, Tit. 98 Nr. 78, n.f. Der Kronprinz vermerkte hierzu: „Die Huldigungsfrage sei lange erwogen worden [...]. Die Minister meinen gehen zu müssen.“ Vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 94. Zum Rücktrittsangebot des Staatsministeriums vgl. auch die folgenden Sitzungen bis zum 3.7.1861.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 90, Tit. XLIV C Nr. 60; StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 181 und Verhandlungen v. 6.5.1861, S. 1071–1079; Bericht des Gesandten Gf. v. Bernstorff v. 7.5.1861 in: APP, Bd. 2/2, Dok. 381, S. 339–343; Ringhoffer (Hrsg.), Im Kampfe für Preußens Ehre. A. v. Bernstorff, S. 415 und 430; Bismarck, GW, Bd. 3, S. 239, Anm. 5, und S. 247; Schultze, Johannes (Hrsg.), Max Duncker. Politischer Briefwechsel aus seinem Nachlaß, Stuttgart, Berlin 1923, Dok. 311, S. 228, Anm. 1, und Dok. 316, S. 233; Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 63 f.*

**Nr. 148a Sitzungen des Staatsministeriums am 8., 10., 12. und 13. Juni 1861.**

*Druck: Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 94 f.*

*Anwesend: [?].*

*Differenzen zwischen Wilhelm I. und Ministern über Huldigungsfrage und Zwistigkeiten der letzten Monate. Rücktrittsangebot des Staatsministeriums; Wilhelm I. erwägt Abdankung.<sup>1</sup>*

<sup>1</sup> *Zu den Ergebnissen dieser Sitzungen vgl. die Immediatberichte v. 8.6. (mit Sondervotum Roons) und v. 13.6.1861; dazu eigenhändiger Erlaß Wilhelms I. v. 13.6.1861 sowie seine Randbemerkung zum Immediatbericht v. 13.6., in: Rep. 90, 1969, n.f. Der Entwurf des Immediatberichts v. 10.6.1861 in: Rep. 77, Tit. 98 Nr. 82 Bd. 1, n.f. Für die Mehrheit der Mitglieder des Staatsministeriums war der von Wilhelm I. geforderte Huldigungseid der Stände nach dem Vorbild von 1840 nicht mit der Verfassung von 1850 vereinbar; Wilhelm I. dagegen sah in seiner Verweigerung die monarchischen Rechte und preußischen Traditionen verletzt. Die unterschiedlichen Auffassungen sind dokumentiert vor allem in den Immediatberichten v. 17.4. u. 8.6.1861 sowie in den eigenhändigen Erlassen Wilhelms I. v. 5.6. u. 13.6.1861, in: Ebd. Vgl. auch die Auffassung des Kronprinzen zur Huldigungsfrage in seiner vermittelnden Stellungnahme vom Juni 1861, gedr. in: Kaiser Friedrich III. Tagebücher, Anh. S. 486 f. Weiterhin einzelne Notizen Bernhardis in der Zeit vom 10.6.–3.7.1861: Aus dem Leben Theodor von Bernhardis, Bd. 4, S. 137–142. Vgl. ferner Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 194–197; Börner, Die Krise der preußischen Monarchie, S. 138–140.*

**Nr. 149 Sitzung des Staatsministeriums am [17. Juni 1861]<sup>1</sup>.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 109; MF 431.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Hegel [U].*

**1. Huldigungsfrage.** Bedenken gegen Wilhelms I. Wünsche betr. Huldigungsfeiern.<sup>2</sup> [B] — **2. Verhältnis Monarch – Regierung.** Immediatbericht betr. die Stellung des gegenwärtigen Ministeriums im Allgemeinen mit Abänderungen genehmigt.<sup>3</sup> [B] — **3.–4. Vier Ernennungen.** [B]

<sup>1</sup> Textverlust des Datums im Protokoll; verifiziert nach Abschr. zu 1 in: Rep. 90, Nr. 1969, n.f.

<sup>2</sup> Vgl. Randbemerkung Wilhelms I. zum Bericht des Staatsministeriums v. 13.6.1861 sowie seinen eigenh. Erlaß gleichen Datums; dazu als Antwort des Staatsministeriums der Immediatbericht v. 17.6.1861, in: Rep. 90, Nr. 1969, n.f.

<sup>3</sup> Vgl. Immediatbericht v. 18.6.1861 in: Rep. 90, Nr. 1969, n.f. Dieser Bericht war unterzeichnet von Auerswald, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin und Bernuth. Der nicht anwesende Hohenzollern-Sigmaringen stimmte in der Tendenz mit dem Inhalt überein; vgl. sein Schreiben v. 26.6.1861 in: Schultze (Hrsg.), Max Duncker. Politischer Briefwechsel, Dok. 361, S. 280f. Diese Minister wollten nur dann weiterhin im Amt bleiben, wenn Wilhelm I. die Einbringung einiger fertiger Gesetzentwürfe bewilligte. Hierzu zählten sie insbesondere die Reform des Herrenhauses und der Kreisordnung für die östlichen Provinzen sowie die gesetzliche Regelung der Ministeranklage und der Oberrechnungskammer. Vgl. die Notizen des Kronprinzen zu dieser Sitzung am 17.6., Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 95.

**Nr. 150 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Juni 1861.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [2, 3 und 5], Bd. 73, Bl. 113–119v; MF 431.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon [teilw.], Bernuth. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 2], Herzbruch [zu 3 und 5], L. Jacobi, R. Jacobi [beide zu 4], E. J. F. v. Koenen [zu 3], Ribbeck [zu 5], Wollny [zu 2, U].*

**1. Marine-Beamte.** Der Einspruch Roons gegen Versetzung des Direktors der ehemaligen Marine-Verwaltung, Gaebler, in den einstweiligen Ruhestand wird verworfen.<sup>1</sup> [B] — **2.** Gegenzeichnung Allerhöchster Erlasse in Stellvertretung eines abwesenden oder sonst verhinderten Ministers kann nur durch einen anderen Minister erfolgen.<sup>2</sup> [B] — **3. Restitution standesherrlicher Rechte und Entschädigung für die Fürstenhäuser Solms-Hohensolms-Lich, Solms-Braunfels sowie Thurn und**

<sup>1</sup> Mit KO v. 4.7.1861 wurde Gaebler in den einstweiligen Ruhestand mit Wartegeld versetzt, nachdem er seit 1859 beurlaubt gewesen war und weder in der Marine noch in anderen Verwaltungen eine weitere adäquate Anstellung für ihn gefunden worden war. Vgl. Immediatbericht v. 18.7.1861, den Wilhelm I. als unvollständig befand und eine erneute Berichterstattung anordnete. Vgl. Rep. 90, Nr. 957, n.f.

<sup>2</sup> Voten hierzu als Vorlagen in: Rep. 84a (D), Nr. 4385, Bl. 1–16v. Zum Kontext gehört auch die KO v. 2.8.1858, mit der der seinerzeitige Prinzregent Wilhelm eine klare Regelung der Stellvertretungsfrage von Ministern angefordert hatte; vgl. Rep. 84a (D), Nr. 4384, Bl. 177–182v. Zum Beschluß des Staatsministeriums v. 21.6.1861 wünschte Wilhelm I. mit KO v. 23.7. eine genauere Begründung, da vom bisherigen Verfahren abgewichen werde; vgl. Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 193v; ferner Rep. 90, Nr. 587, n.f. Vgl. auch Rietdorf, Fritz, Das Preußische Staatsministerium im Wandel der Preußischen Verfassungsgeschichte, Göttingen 1939, S. 62 f.

Taxis.<sup>3</sup> [B] — **4. Gewerbliche Genehmigung** auswärtiger Aktiengesellschaften; *Ressortabstimmung*. — **5. Gesetzentwurf geplant betr.** Alodifikation der Alt-, Vor- und Hinterpommerschen Lehne und Abänderung der Lehns-*Taxe*.<sup>4</sup> [B] — **6. Ernennung**. [B]

<sup>3</sup> Vgl. *Rep.* 90, Nr. 72 (Solms-Hohensolms-Lich), Nr. 91 und 93 (Solms-Braunfels) und Nr. 158 (Thurn und Taxis). Vgl. auch Schier, *Standesherrn*, S. 110. Zum Zusammenhang zwischen Entschädigungen für Standesherrn, deren Eintritt in das Herrenhaus oder Sitzeinnahme mit der Abstimmung über die Grundsteuervorlage im Herrenhaus Anfang Mai 1861 vgl. Pyta, *Liberale Regierungspolitik*, S. 224 und 239 f.

<sup>4</sup> Vgl. auch den Antrag in: *StenBerAH*, Session 1861, Drucks. Nr. 45.

## Nr. 151 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Juni 1861.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 73, Bl. 120–122; MF 431.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwe-  
rin, Roon, Bernuth. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg, F. Hellwig [beide zu 4], O. Hoffmann [zu 2, U], v. Kirchbach,  
F. H. Sydow [beide zu 2].*

**1. Huldigungsfeier beraten.**<sup>1</sup> [B] — **2. Anrechenbarkeit von Militärpensionen auf die von Kommunalbeamten.** [B] — **3. Verantwortlichkeit der Militär-Intendanten.**<sup>2</sup> — **4. Herbeiführung einer einheitlichen deutschen Zivilprozeßgesetzgebung soll nicht als Bundestags-Sache behandelt werden, sondern ist auf dem Wege zwischenstaatlicher Verhandlungen zu verwirklichen.**<sup>3</sup> [B]

<sup>1</sup> *Entwurf des Immediatberichts und einer KO betr. außerordentl. Einberufung des Landtags v. 25.6.1861 in: Rep.* 90, Nr. 1969, n.f.

<sup>2</sup> *Bei dieser Meinungsverschiedenheit zwischen Kriegsminister und Oberrechnungskammer ging es um Zuständigkeiten bei der Bearbeitung von Liquidations- und Rechnungssachen, wozu sich das Staatsministerium am 2.9.1861 äußerte. Vgl. Rep.* 89, Nr. 32019, n.f.

<sup>3</sup> *Nicht-autorisiertes Teilprot. hierzu, nur von Bernuth unterzeichnet, in: Rep.* 84a (M), Nr. 48058, Bl. 2–13. Weiteres in: *Rep.* 84a (M), Nr. 48061; vgl. auch *KO v. 25.2.1861 in: Rep.* 90a, X V 1 Nr. 1 Bd. 2, n.f.

## Nr. 152 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Juni 1861.

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 123–123v; MF 431.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwe-  
rin, Roon, Bernuth. — Prot.: Hegel [U].*

**1. Huldigungsfrage.** Immediatbericht und Entwurf<sup>1</sup> einer Allerhöchsten Ordre zur außerordentlichen Einberufung des Landtags. [B] — **2. Patow wünscht baldige Einberufung der Provinziallandtage zur Vornahme der ihnen obliegenden Wahlen für die Grundsteuer-Regulierung.**<sup>2</sup> —

<sup>1</sup> *Rep.* 90, Nr. 1969, n.f. – Eine außerordentliche LT-Sitzung wäre nach Ansicht des Staatsministeriums erforderlich gewesen, da die von Wilhelm I. gewünschte Erbhuldigung mit Eidesleistung durch Vertreter des Volkes keine gesetzliche Grundlage gehabt hätte. Gegen dieses Vorgehen äußerte das Staatsministerium gleichzeitig seine Bedenken. Wilhelm I. antwortete darauf eigenhändig am 29.6.1861, worauf das Staatsministerium noch am gleichen Tag Stellung bezog (ebd.).

<sup>2</sup> Vgl. *Wahl-Anweisung des Finanzministers v. 30.9.1861, in: Staats-Anzeiger*, Nr. 245 v. 12.10.1861, S. 1901.

3. Thronbesteigung Wilhelms I.. Keine kostenträchtigen Änderungen der Königl. Wappen und Titel. [B]

**Nr. 153 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 3. Juli 1861.**

*Vollz. Reinschr. mit Randbemerkungen Wilhelms I., Bd. III, Bl. 126–131; MF KR 15. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 859 Nr. 37a, n.f.*

*Anwesend [U]<sup>1</sup>: Wilhelm I. [V], Auerswald, von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

*Huldigungskonflikt und Frage eines Rücktritts des Staatsministeriums.<sup>2</sup> Wilhelm I. lehnt es ab, den Huldigungseid als ein unveräußerliches Recht der Krone durch ein Gesetz vom Landtag bestätigen zu lassen. Er hält an der Erbhuldigung prinzipiell fest und wird dies auch öffentlich kund geben. Gleichwohl nimmt er den Vorschlag einer Krönung als dem höheren Akt an, wenn auch mit Überwindung eines tiefen persönlichen Widerstrebens gegen alles äußere Gepränge und nur in Anerkennung der Rücksichten und Pflichten, denen der Monarch auch mit Aufopferung seiner individuellen Gefühle sich zu unterwerfen hat.<sup>3</sup> [B] Hinsichtlich der von ihm noch nicht vollzogenen Gesetzentwürfe und des Rücktrittsangebots will Wilhelm I. keine so tiefgehende Divergenz über die Regierungs-Maximen erkennen; er hält am November-Programm von 1858 fest.<sup>4</sup> – Nach Schwerin kommt es jetzt auf die bestimmtere Ausführung dieses Programms im Sinne einer Fortentwicklung der inneren Gesetzgebung an; nur dann werden die anstehenden Wahlen für die Regierung zu einem erfolversprechenden Ergebnis führen. – Wilhelm I. erkennt an, daß das Staatsministerium sich gegen eine parlamentarische Regierung ausgesprochen und nur für eine parlamentarische Gesetzgebung erklärt hat.<sup>5</sup> Die Minister können nicht erwarten, daß er Gesetzentwürfe unverändert annimmt.<sup>6</sup> Er hat sie zu prüfen, und bei Nicht-Einverständnis eine Ausgleichung und Annäherung der Ansichten zu versuchen. Ein Wille und eine Ansicht müsse zuletzt entscheiden und dies sei die des Königs. Wer von den Ministern sich dessen Entscheidung aus Gewissens-Überzeugung nicht anschließen vermöge, müsse dann allerdings zurücktreten.*

<sup>1</sup> *Gelesen [U]: Hohenzollern-Sigmaringen.*

<sup>2</sup> *Anläßlich des Konflikts über die Huldigungsfrage und auf dem Hintergrund wichtiger Gesetzentwürfe, die von Wilhelm I. bislang nicht vollzogen worden waren, hatte das Staatsministerium in seiner Denkschrift v. 18.6.1861 seinen Rücktritt angeboten. Vgl. Sitzung am 17.6.1861, TOP 2; sowie die Sitzungen v. 7.–13.6.1861. Vgl. auch Immediatbericht v. 26.6., den Wilhelm I. eigenhändig mit Erlaß v. 29.6.1861 beantwortete; in: Rep. 90, Nr. 1969, n.f., Abschr. auszugsweise in: Rep. 90, Nr. 111, n.f.*

<sup>3</sup> *Krönungs-VO v. 3.7.1861 in: Rep. 90, Nr. 1969, n.f.; veröffentl. in: Staats-Anzeiger, Nr. 160 v. 6.7.1861, S. 1311; Das Staatsarchiv, 1 (1861), S. 96 f. Zur Entscheidung Wilhelms I. für die Krönung vgl. auch den Brief des Kronprinzen v. 5.7.1861, gedr. in: Poschinger, Margaretha v., Kaiser Friedrich, Bd. 1, Berlin 1899, S. 383 f. Vgl. auch Via Regia. Preußens Weg zur Krone. Ausstellung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz, Berlin 1998, S. 101 f.*

<sup>4</sup> *Vgl. so bereits Wilhelms I. Erlaß v. 29.6.1861 in: Rep. 90, Nr. 1969, n.f.*

<sup>5</sup> *Dies hatte Wilhelm I. in seinem eigenh. Erlaß an das Staatsministerium v. 29.6.1861 bereits postuliert; vgl. ebd.*

<sup>6</sup> *Das Folgende ist eine Randbemerkung (Bl. 130v), die als Einschaltung Wilhelms bezeichnet wurde, aber nicht seine Handschrift trägt. Diese Randbemerkung ist nicht vollkommen, aber fast wörtlich überliefert (mit Orts- und Datumsangabe: Baden[-Baden] 13. Juli 1861) in: Berner (Hrsg.), Kaiser Wilhelms d. Gr. Briefe, Reden u. Schriften, Bd. 2, Dok. 298, S. 16; auch in: Roon, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 51.*

**Nr. 154 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Juli 1861.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 124–124v; MF 431.*

*Anwesend: Schleinitz [V], Patow, Roon. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Lehnert [für Bethmann Hollweg], F. Müller [für Bernuth], Th. v. Sulzer [für Schwerin].*

*Informationen über den Attentatsversuch auf Wilhelm I. am 14. Juli in Baden-Baden. Anordnung von Dankgottesdiensten.<sup>1</sup> [B]*

---

<sup>1</sup> Zum Attentatsversuch vgl. die Aufzeichnung Wilhelms I. in: Berner (Hrsg.), *Kaiser Wilhelms d. Gr. Briefe, Reden u. Schriften*, Bd. 2, Dok. 299, S. 16 f. Vgl. auch III. HA MAA, I Nr. 8913.

**Nr. 155 Sitzung des Staatsministeriums am 11. September 1861.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 125–126v; MF 431. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 98 Nr. 82 Bd. 2, n.f.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: J. v. Gruner [für Schleinitz], Hering [für Roon], C. D. F. Müller, R. Frh.v. Stillfried-Rattonitz [beide zu 3].*

**1. Ernennung.** [B] — **2. Informationen aus London über Vorbereitungen zu einem Attentat auf Wilhelm I. – Keine Beteiligung des Berliner Polizeipräsidiums am deutschen Polizei-Vereine.**<sup>1</sup> [B] — **3. Krönungsfeier. Entwürfe**<sup>2</sup> *zum Programm, für Einladungen, Ansprachen, zur Medaille und Proklamation.* [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Siemann, „Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung“, S. 242 ff., bes. S. 297–303; ders. (Hrsg.), *Der 'Polizeiverein' deutscher Staaten. Eine Dokumentation zur Überwachung der Öffentlichkeit nach der Revolution von 1848/49*, Tübingen 1983.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 98 Nr. 82 Bd. 2, n.f.; zur Krönungs-Medaille: Rep. 90, Nr. 2024, n.f.; auch Rep. 77, Tit. 98 Nr. 85; Entwurf der Ansprache Wilhelms I.: Rep. 90, Nr. 1969, n.f.

**Nr. 156 Sitzung des Staatsministeriums am 12. September 1861.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 127–127v; MF 431.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: J. v. Gruner [für Schleinitz].*

**1.–4. Auszeichnungen, Titel- und Ordensverleihungen anlässlich der Krönung.**<sup>1</sup> [B] — **5. Ernennung.** [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 98 Nr. 83 Bd. 1 und Adhib. 1 und 2.

**Nr. 157 Sitzung des Staatsministeriums am 13. September 1861.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1–3], Bd. 73, Bl. 128–150; MF 431/432.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Falk [zu 1, U], Hering [für Roon], C. Horn [für Patow], H. Frh.v. Lentz [zu 1, U], Ribbeck [zu 2], R. v. Sydow [für Bernstorff], H. Frh. v. Wangenheim [zu 3], Wollny [zu 2].*

**1. Pensionssache.** [B] — **2. Gesuch des Fürsten H. zu Hohenlohe-Oehringen auf Gleichstellung mit den ehemaligen Reichsunmittelbaren sowie auf Erhebung seiner oberschlesischen Fideikommiß-Besitzungen zu einem Herzogtum mit Verleihung der Herzogswürde wird mehrheitlich abgelehnt; statt dessen Erhebung zu einer freien Standesherrschaft und zum Fürstentum mit erblicher Mitgliedschaft im Herrenhause.**<sup>1</sup> [B] — **3. 18 Disziplinarsachen.** [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 154 (Hohenlohe-Oehringen, Herzog v. Ujest).

**Nr. 158 Sitzung des Staatsministeriums am 14. September 1861.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 151–155; MF 432.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Breithaupt [zu 1, U], Hergenhahn [zu 3], Hering [für Roon], Herzbruch [zu 2], C. Horn [für Patow], Ribbeck [zu 2], R. v. Sydow [für Schleinitz].*

**1. Pensionssache.** [B] — **2. Restitution mediatisierter standesherrlicher Rechte und Entschädigung für das Grafenhaus Stolberg-Wernigerode.**<sup>1</sup> [B] — **3. Auszeichnungen, Titel- und Ordensverleihungen anlässlich der Krönung.** [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 260 und 200.

**Nr. 159 Sitzung des Staatsministeriums am 17. September 1861.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 156; MF 432.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

Weitere Teilnehmer: Hering [für Roon], C. Horn [für Patow], R. v. Sydow [für Schleinitz].

**1. Ernennung.** [B] — **2.–3. Auszeichnungen, Ordensverleihungen und Gnadenbezeugungen anlässlich der Krönung.** [B]

## **Nr. 160 Sitzung des Staatsministeriums am 17. September 1861.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 157–157v; MF 432.*

Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Henning [zu 2], Hergenhausen [zu 4], Hering [für Roon], C. Horn [für Patow], F. Sydow [zu 2], R. v. Sydow [für Schleinitz], Wulfshein [zu 3].

**1. Krönungsfeier. Illumination öffentlicher Gebäude.**<sup>1</sup> [B] — **2. Amnestie anlässlich der Krönung, jedoch nicht für Steuerdefraudenten.**<sup>2</sup> [B] — **3. Wahlrecht zum Abgeordnetenhaus.** Abänderung des Wahl-Reglements vom 30. Mai 1849.<sup>3</sup> [B] — **4. Ordensvorschläge und Nobilitierungs-Gesuche anlässlich der Krönung.** [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. KO v. 19.9.1861 in: Rep. 90, Nr. 1969, n.f.

<sup>2</sup> Vgl. Entwurf entsprechender KO und Immediatbericht v. 18.9.1861 in: Rep. 90, Nr. 1972, n.f.; KO v. 19.9.1861 in: Rep. 77, Tit. 98 Nr. 82 Bd. 2, n.f.; vgl. ferner Rep. 89, Nr. 18670, Bl. 54–59v.

<sup>3</sup> Anlaß waren Beschwerden über Verstöße gegen die VO über die Ausführung der Wahl der Abgeordneten zur Zweiten Kammer bzw. zum AH v. 30.5.1849 sowie das Reglement zu dieser VO v. 31.4.1849, insbesondere die Bildung von Urwahlbezirken gemäß § 1. Vgl. hierzu das Votum des Innenministers v. 11.9. und 1.10.1861 mit Entwürfen; in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 3 Bd. 2, Bl. 83–136; ferner das neue Wahlreglement v. 4.10.1861 in: MinBl. innere Verwaltung, S. 218. Vgl. auch Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 12 und 70.

## **Nr. 161 Sitzung des Staatsministeriums am 18. September 1861.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 158–158v; MF 432.*

Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

**1.–4. Titel- und Ordensverleihungen anlässlich der Krönung.**<sup>1</sup> [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 98 Nr. 83 Bd. 1 und 2 sowie Adhib. 1 und 2. – Nach dem Einladungsschreiben Auerswalds v. 18.9.1861 zu dieser Sitzung sollten auch zwei Entwürfe für die Krönungsreden Wilhelms I. besprochen werden; vgl. Rep. 77, Tit. 98 Nr. 82 Bd. 2, n.f. (Entwürfe beiliegend).

## **Nr. 162 Sitzung des Kronrats im Schloß Koblenz am 21. September 1861.**

*Vollz. Reinschr. mit Randbemerkung, Bd. III, Bl. 132–133v; MF KR 15.*



*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen, Auerswald [U], von der Heydt [U], Schleinitz [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U], Bernuth [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

**1.** Krönungs-Programm<sup>1</sup> für den 18. Oktober 1861 wird bis auf einzelne Punkte festgestellt. Weitere Krönungs-Proklamation genehmigt.<sup>2</sup> [B] — **2.** Titelverleihungen. Königliche Gnadenbezeugungen anlässlich der Krönung.

---

<sup>1</sup> Div. Entwürfe in: Rep. 90, Nr. 1969, n.f.; Rep. 77, Tit. 98 Nr. 82 Bd. 1 und 2, n.f.; Druck-Expl. in: BPH, Rep. 51, E 1 Bd. 2 (Fasc. 1 und 6); BPH, Rep. 51, Nr. 47; veröffentl. in: Staats-Anzeiger, Nr. 245 v. 12.10.1861, S. 1897.

<sup>2</sup> KO v. 23.9.1861 in: Rep. 90, Nr. 1969, n.f.; veröffentl. in: Staats-Anzeiger, Nr. 231 v. 26.9.1861, S. 1801.

### **Nr. 163 Sitzung des Kronrats im Schloß Koblenz am 22./23. September 1861.**

*Zwei vollz. Reinschriften, Bd. III, Bl. 134–136; MF KR 16.*

*Anwesend<sup>1</sup>: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [U], von der Heydt [U], Schleinitz [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U], Bernuth [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

**1.** Amnestie-Verordnung anlässlich der Krönung.<sup>2</sup> [B] — **2.–[3.]** Königliche Begnadigung oder Vollstreckung bei Todesurteilen in neun Fällen.

---

<sup>1</sup> Der Kronprinz war nur am 22.9. anwesend; Schleinitz nur am 23.9.1861.

<sup>2</sup> *Votum des Justizministers und Immediatbericht des Staatsministeriums v. 18.9.1861 mit Entwurf der KO sowie Gnadenerlaß v. 18.10.1861 in: Rep. 90, Nr. 1972, n.f.; ferner Rep. 89, Nr. 18670, Bl. 54–80; veröffentl. in: Staats-Anzeiger, Nr. 251 v. 19.10.1861, S. 1945; JMinBl. 1861, S. 244 und 245 (mit Ausführungs-VO).*

### **Nr. 164 Sitzung des Staatsministeriums am 30. September 1861.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 159–160v; MF 432.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Patow, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. v. Sydow [für Schleinitz].*

**1.–3.** Krönung. Ordens-Vorschläge und Auszeichnungen, Gottesdienst und Krönungs-Medaillen. [B] — **4.** Wilhelms I. Geneigtheit, evangelische Geistliche anlässlich der Krönung zu Bischöfen zu ernennen, wird nicht gefolgt. [B] — **5.** Stellung des Königs und der Regierung zu bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus. Einstimmige Ablehnung von Wilhelms I. Vorhaben, sich in einem Manifeste an das Volk über die Wahlen in irgend einer Weise auszusprechen. Mehrheit auch dagegen, daß Wilhelm I. seine Intentionen in Bezug auf die Regierung des Staats als eine Deklaration

des Programms vom 8. November 1858 öffentlich zu erkennen gibt.<sup>1</sup> [B] — **6. AH-Wahlen.** Anforderung von Berichten der Regierungs-Präsidenten über Umfang der Wahlbewegungen und über die bis jetzt aufgestellten Kandidaten.<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> Zu dem sich hier anbahnenden Konflikt zwischen Wilhelm I. und dem Staatsministerium vgl. die folgenden Sitzungen bis zum 5.11.1861.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 867 Nr. 6 Adhib. I Bd. 1.

## Nr. 165 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Oktober 1861.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 73, Bl. 161–165v; MF 432.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 2], Wulfshein [zu 3].*

**1.** Erweiterung des Roten Adlerordens. [...] Stiftung eines Großkreuzes *anlässlich der Krönung.* [B] — **2.** Der frühere Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Ministeranklage wird mit wenigen Änderungen genehmigt. Artikel 49 der Verfassung 1850 soll unverändert bleiben, monarchisches Begnadigungsrecht nicht erweitert werden. Zugleich soll Artikel 61 durch ein Gesetz modifiziert werden.<sup>2</sup> [B] — **3.** AH-Wahlen. Instruktion<sup>3</sup> betr. die bevorstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus an die Regierungspräsidenten. Wilhelm I. soll entschieden widerraten werden, seine Wünsche und Erwartungen über die Wahlen in einer nach der Krönungsfeier zu erlassenden Proklamation oder in einer anderen Form öffentlich auszusprechen.<sup>4</sup> Hierfür ist die Ansprache<sup>5</sup> bei der Krönungsfeier besser geeignet. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Voten des Justizministers sowie Immediatbericht des Staatsministeriums v. 11.10.1861 mit zwei Gesetzentwürfen in: Rep. 90, Nr. 183, n.f.; Rep. 89, Nr. 179, Bl. 88–101. Zum Kontext vgl. Hahn, Ministerial Responsibility, S. 17–19.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 84a (D), Nr. 2095, Bl. 86–89v.

<sup>3</sup> Entwurf des Wahlzirkulars des Innenministers v. 10.10.1861 in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 33 Bd. 3, Bl. 43–46v.

<sup>4</sup> Vgl. Immediatbericht v. 10.10.1861, den Roon nicht unterzeichnete, vielmehr ein Sondervotum abgab, in: Rep. 90, Nr. 111, n.f. (Immediatbericht mit Randnotiz Roons sowie Abschr. der Randbemerkung Wilhelms I. v. 10.10.); BPH, Rep. 51, E 1 Bd. 2 (Fasc. 3: Sondervotum Roons). Noch am gleichen Tag notierte Wilhelm I. als Randbemerkung zum Immediatbericht: Ich hatte, selbst bei abfälliger Ansicht des Staatsministeriums über ein zu erlassendes Manifest, die Vorlage eines solchen dennoch verlangt. Da diese fehlt, so sehe ich ihr entgegen. Außerdem fehlen die auf pag. 6 genannten Erlasse, die gleichfalls, und natürlich vor deren Entsendung, Mir einzureichen sind (zit. nach Abschr., ebd.). Der anstehende Konflikt wurde nach Abschluß der Krönungsfeiern Ende Oktober bis Anfang November 1861 ausgetragen; vgl. Sitzungen bis 5.11.1861. Vgl. auch Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 199.

<sup>5</sup> Wilhelm I. unterließ dies; vgl. seine Ansprache v. 18.10.1861 in: Rep. 90, Nr. 1969, n.f. (begl. Abschr.); gedr. in: Berner (Hrsg.), Kaiser Wilhelms d. Gr. Briefe, Reden und Schriften, Bd. 2, Dok. 302, S. 19 f.; Kohl (Hrsg.), Dreißig Jahre preußisch-deutscher Geschichte, Dok. 16, S. 29 f.; Schultness Europäischer Geschichtskalender, 2 (1861), S. 46 f. – Zur Krönungsfeier vgl. auch die Prachtausgabe: Die Krönung Ihrer Majestäten des Königs Wilhelm und der Königin Augusta von Preußen zu Königsberg am 18. Oktober 1861 [bearb. v. R. Gf. v. Stillfried], Berlin 1868 [1873 auch als Buchhandelsausgabe publiziert]. Vgl. auch: Bußmann, Walter, Die Krönung Wilhelms I. am 18. Oktober 1861. Eine Demonstration des Gottesgnadentums im preußischen Verfassungsstaat, in: Albrecht, Dieter u.a. (Hrsg.), Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Repgen zum 60. Geburtstag, Berlin 1983, S. 189–212; ferner Via Regia. Preußens Weg zur Krone, S. 95 ff.

**Nr. 166 Sitzung des Staatsministeriums am 3. November 1861.**

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 73, Bl. 167–171v; MF 432. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 111, n.f.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald [U], von der Heydt [U], Bernstorff<sup>1</sup> [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U], Bernuth [U]. — Prot.: [Costenoble].

Konflikt zwischen Wilhelm I. und dem Staatsministerium über Regierungsprogramm und Wahl-Erlasse. Beratung über Wilhelms I. Marginal-Ordre<sup>2</sup> vom 1.11.1861 und seinen wiederholten Wunsch, einen persönlich gezeichneten Erlaß über die Auslegung des Regierungsprogramms vom 8. November 1858 sowie ein regierungsamtliches Zirkular an die Ober- und Regierungspräsidenten zur direkteren Wahlbeeinflussung zu verfügen. Schwerin fühlt sich, um des Gewissens willen, außer Stande, die von des Königs Majestät befohlene Ordre zu kontrasignieren. Die Differenz über die Auslegung des Regierungsprogramms ist nicht länger zu verschleiern, muß vielmehr jetzt durch Verständigung mit Wilhelm I. oder durch Personal-Veränderungen im Staatsministerium beseitigt werden. Dem schließen sich alle Mitglieder des Staatsministeriums an. Bis auf Roon und Bernstorff bleiben die übrigen Minister<sup>3</sup> bei ihrem Rat an Wilhelm I., keine direkte Stellungnahme zu den

<sup>1</sup> Schleinitz hatte am 9.7.1861 aus gesundheitl. Gründen um seine Entlassung als Außenminister gebeten. Diesem Gesuch war Wilhelm I. mit KO v. 16.7.1861 nachgekommen und hatte zugleich seinen Wunsch, von Ihren bewährten Diensten noch Gebrauch zu machen, geäußert – womit die Ernennung zum Minr. des Kgl. Hauses, die am 31.8.1861 erfolgte, bereits angedeutet worden war. Bernstorff hatte mit Schreiben v. 8.7.1861 seine Bereitschaft nur zu einer provisorischen Übernahme des Außenministeriums erklärt und zugleich gewünscht, daß ihm sein Posten als Gesandter in London offengehalten werde. Wilhelm I. war dem mit KO v. 16.7.1861 nachgekommen und hatte ihm die einstweilige Leitung des Außenministeriums übertragen. Darüber hinaus war Bernstorff die Beendigung einer längeren, mehrwöchigen Kur in Karlsbad genehmigt worden. Diese Regelung war Schleinitz nicht tragbar erschienen. In Rücksprache mit Hohenzollern-Sigmaringen hatte er daher mit Schreiben v. 22.7.1861 zu einer Abänderung der KO v. 16.7. geraten und vorgeschlagen, daß erstens er so lange im Amt bleiben sollte, bis Bernstorff im Stande sein werde, das Amt faktisch zu übernehmen; zweitens sollte Bernstorff definitiv und nicht einstweilig zum Außenminister ernannt werden. Wilhelm I. war diesen Anregungen mit KO v. 31.7.1861 nachgekommen: Schleinitz war weiterhin mit der Fortführung der Geschäfte des Ministeriums beauftragt, die Schleinitz nicht USSt Gruner so lange aufgebürdet wissen wollte. Der Wechsel im Außenministerium war am 10.10.1861 erfolgt. Vgl. Rep. 90, Nr. 891, Bl. 107–115v; Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 130–149; ebd., Nr. 3151, Bl. 103–104; III. HA MAA, ZB Nr. 424, n.f.; Staats-Anzeiger, Nr. 245 v. 12.10.1861, S. 1897; Ringhoffer (Hrsg.), Im Kampfe für Preußens Ehre. A. v. Bernstorff, S. 416–421. – Die Ernennung Schleinitz' zum Minister des Kgl. Hauses mit KO v. 31.8.1861 in: Rep. 90, Nr. 1935, n.f.; auch ebd., Nr. 2527, Bl. 197. – Zur Ernennung Bernstorffs vgl. auch Alter, Peter, Albrecht Graf von Bernstorff als preußischer Gesandter in London, in: Alter, Peter u. Muhs, Rudolf (Hrsg.), Exilanten und andere Deutsche in Fontanes London, Stuttgart 1996, S. 416–430, hier S. 423–425.

<sup>2</sup> Randbemerkung Wilhelms I. zum Immediatbericht v. 29.10.1861, den Roon nicht mitgezeichnet hatte (zu Roons Haltung vgl. seine Schreiben von Ende Oktober 1861 in: Rep. 92, NL Auerswald Nr. 27). In diesem Bericht hatte das Staatsministerium seine ablehnende Haltung gegenüber Wilhelms I. Wünsche (wie bereits in den Berichten v. 10.10. u. 22.10.1861) erneuert. Vor allem in seiner ausführlichen Antwort v. 25.10.1861 hatte Wilhelm I. dem Staatsministerium Untätigkeit hinsichtlich öffentlicher Klarstellungen zum Regierungsprogramm bzw. zu seiner Ansprache v. 8.11.1858 und damit Mitschuld an mißverständlichen Wähler-Auffassungen vorgehalten, so daß nach Wilhelm I. nun die Gefahr drohte, daß eine super-constitutionelle Kammer gewählt werde, mit der in Preußen nicht zu regieren ist. Die von Schwerin verzögert vorgelegten Entwürfe zweier Wahl-Erlasse hatte Wilhelm I. am 31.10. in seinem Sinne grundlegend verändert und sich erneute Vorlage in Reinschrift in kürzester Frist erbeten. Vgl. Rep. 90, Nr. 111, n.f. Vgl. auch die Notiz des Kronprinzen v. 3.11.1861: „Minister wollen ihre Entlassung einreichen, wenn S.M. beharren, mit den eigenhändigen Zusätzen sogar, die Kabinettsorder zu erlassen. Welch eine Kalamität [...]“. So Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 116. Vgl. ferner Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 200; Börner, Die Krise der preußischen Monarchie, S. 146.

<sup>3</sup> Roon und Bernstorff wünschten eine Deklaration des Programms vom 8. November 1858 in Form eines Ministerial-Erlasses und nicht als Allerh. Manifestation (Bl. 171v). Hohenzollern-Sigmaringen trat im allgemeinen den von der Mehrheit des Staatsministeriums geäußerten Ansichten bei (Bl. 170). Er sollte die Resultate dieser Sitzung Wilhelm I.

*Wahlen abzugeben. Im übrigen mahnen sie Wilhelms I. Entscheidung an über Vorlegung von Gesetzentwürfen zur Ministeranklage, Ober-Rechnungs-Kammer, [...] Kreisordnung und ländliche Polizei-Verfassung in den östlichen Provinzen sowie zur Reform des Herrenhauses; von einigen Seiten wird außerdem die Notwendigkeit hervorgehoben, daß 1862 keine größere Summe zu Militärzwecken als 1861 gefordert werden soll. [B]*

*zunächst mündlich vortragen (Bl. 171v). Von der Heydt stimmte mit der Mehrheit, außer daß er es nicht für rätlich erachtet, zum Bruch zu drängen (Randbemerkung Bl. 171). Beschlußlage: Bl. 170v–171v.*

### **Nr. 167 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 5. November 1861.**

*Reinschr. mit Randbemerkung Wilhelms I., Bd. III, Bl. 138–140v; MF KR 16. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 111, n.f.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenzollern-Sigmaringen [U], Auerswald [U], von der Heydt [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U], Bernuth [U], Bernstorff [U]. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

*Verständigung im Konflikt zwischen Wilhelm I. und dem Staatsministerium über Regierungsprogramm und Wahl-Erlasse. Alle Beteiligten erklären, auf dem Boden des Programm[s] vom 8. November 1858 zu stehen. Zugleich werden von einigen Seiten – namentlich von Schwerin – Meinungsverschiedenheiten über Auffassung und Auslegung des Programms hervorgehoben, während Wilhelm I. auf dessen absichtlichen Mißdeutungen in der Öffentlichkeit hinweist. Nachdem Wilhelm I. genehmigt hat, daß Gesetzentwürfe zur neuen Kreisordnung sowie zur Reorganisation der ländlichen Polizei-Verfassung in den östlichen Provinzen öffentlich in Aussicht gestellt werden dürfen und daß er den vor längerer Zeit beantragten Erlaß wegen Reform des Herrenhauses nunmehr vollziehen wird<sup>1</sup>, einigt man sich auf zweierlei: Verfügung eines modifizierten Wahl-Zirkulars<sup>2</sup> durch Schwerin und Verzicht Wilhelms I. auf eine persönliche Wahlordre an das Staatsministerium.<sup>3</sup>*

<sup>1</sup> *Allerh. Erlaß betr. Änderung des Reglements v. 12.10.1854 über die Wahl der von den Provinzialverbänden der Grafen sowie der für den alten und befestigten Grundbesitz zu präsentierenden Mitglieder des Herrenhauses v. 5.11.1861, in: Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1 Bd. 3, Bl. 214–214v; veröffentl. in: MinBl. innere Verwaltung, S. 261.*

<sup>2</sup> *Rep. 77, Tit. 496a Nr. 33 Bd. 3, Bl. 95–97; vgl. auch Schulthess Europäischer Geschichtskalender, 2 (1861), S. 48 f.*

<sup>3</sup> *Hierzu Randbemerkung Wilhelms I.: Dagegen verpflichtete S.M. der König das Staatsministerium ausdrücklich, in dem Erlaß des Ministers des Innern hervorzuheben, daß Allerhöchst Sie erneuert kürzlich noch erst befohlen hätten, das Programm des 8.10.58 als die allein maßgebenden Regierungs-Maximen darzustellen. – Die Verständigung zwischen Wilhelm I. und dem Staatsministerium in dieser KR-Sitzung dürfte nicht zuletzt auf den Vermittlungsversuch des Kronprinzen zurückzuführen sein, unternommen mit seinem Brief v. 4.11.1861, in: Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 488–491 und 117. Vgl. ferner Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 200 f.; Börner, Die Krise der preußischen Monarchie, S. 146 f. und 156.*

### **Nr. 168 Sitzung des Staatsministeriums am 9. November 1861.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [3 und 6], Bd. 73, Bl. 172–178; MF 432.*

*Anwesend: Hohenzollern-Sigmaringen [V], Auerswald, von der Heydt, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 3, U], Hegel [zu 3 und 6, 3 U], H. Frh. v. Lentz [zu 5], Loos [zu 4], F. H. Sydow [zu 5–6, U], Wollny [zu 6, U].

1. Bildung dreier Oberamtsbezirke in Hohenzollernschen Landen gebilligt. [B] — 2. Ernennung. [B] — 3. Drei Disziplinarsachen, unter anderem gegen Landrat M. v. Lavergne-Peguillen.<sup>1</sup> [B] — 4. Anstellung versorgungsberechtigter Militär-Personen im Kommunaldienst. [B] — 5. Genehmigungsverfahren für Beamte zur Übernahme von Ämtern in der Gemeindevertretung und -verwaltung. [B] — 6. Verfahren<sup>2</sup> zur Einstellung naturalisierter Staatsbürger in den Staats-, Kirchen- und Schuldienst ist unvereinbar mit Artikel 4 der Verfassung 1850; Aufhebung beantragt. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90, Annex F Nr. 928 und Nr. 1632.

<sup>2</sup> Vgl. KO v. 17.10.1847 in: MinBl. innere Verwaltung, S. 305.

## Nr. 169 Sitzung des Staatsministeriums am 13. November 1861.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1 und 3], Bd. 73, Bl. 179–184v; MF 432/433.

Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Patow, Bethmann Hollweg, Bernuth. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Falk [zu 1, U], Herzbruch [zu 4], J. G. A. Klotz [zu 3], Maybach [zu 3, U], Moelle [zu 2], Schede [zu 1, U], Th. v. Sulzer [für Schwerin], Wever, Wollny [beide zu 3].

1. Zwei Pensionssachen. [B] — 2. Verteilung der Krönungs-Medaille.<sup>1</sup> [B] — 3. Keine finanzielle Beteiligung der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft an der Fortifikation des Koblenzer Güterbahnhofs. [B] — 4. Vorbereitung eines Gesetzentwurfs über Rechte der Hypothekengläubiger bei Brandschadensfällen in den östlichen Provinzen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 2024, n.f.

## Nr. 170 Sitzung des Staatsministeriums am 16. November 1861.

Reinschr., Bd. 73, Bl. 185–186v; MF 433.

Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Patow, Bethmann Hollweg, Schwerin, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Hering [für Roon], R. Jacobi [zu 1], Knerck, H. Frh. v. Lentz [beide zu 2], Moelle [zu 3], Ulrich [zu 2], Wollny [zu 1].

1. Königliches Recht zur Begnadigung bei bereits vollstreckten Strafen wird verworfen. [B] — 2. Übergang des aufgehobenen Reformaten-Kloster[s] zu Neustadt in fiskalisches Eigentum. [B] — 3. Bericht Patows zum Stand der Verhandlungen über den Staatshaushalts-Etat 1862. Zur Fortführung der neuen Armee-Organisation können für 1862 neue Zuschüsse über den für 1861 bewilligten Betrag hinaus nicht gewährt werden. Der Defizit-Betrag ist wie 1861 aus dem Staatsschatz zu decken. [B] — 4. Verleihung eines erblichen Sitzes im Herrenhaus an L. Fürst zu Sayn-Wittgenstein. [B]

**Nr. 171 Sitzung des Staatsministeriums am 22. November 1861.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 187–189v; MF 433. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 77, Tit. 772 Nr. 1 Bd. 8, n.f.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hobrecht, Wollny [beide zu 1].*

**1. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Kreisordnung für die östlichen Provinzen. Debatte vor allem über §§ 7 und 14 des Entwurfs betr. Teilnahme-Verhältnis des großen Grundbesitzes an der Kreis-Vertretung. [B] — 2. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Ablösung der mit dem Besitze gewisser Grundstücke verbundenen Berechtigung und Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzen-Amts genehmigt. [B]**

<sup>1</sup> *Rep. 90a, V II 3 Nr. 2 Bd. 3, Bl. 117–126v; auch Rep. 77, Tit. 772 Nr. 1 Bd. 8, n.f. (inkl. Immediatbericht v. 28.11.1861). Mit KO v. 19.11.1861 hatte Wilhelm I. die Vorlage angemahnt.*

<sup>2</sup> *StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 8.*

**Nr. 172 Sitzung des Staatsministeriums am 27. November 1861.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 190–191; MF 433.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Bornemann, Wollny [beide zu 7].*

**1.–2. Zwei Ernennungen. [B] — 3. Berliner Polizeipräsident E. Frh. v. Zedlitz wird zur Disposition gestellt.<sup>1</sup> — 4. Begnadigungs-Gesuch. [B] — 5. Immediatbericht<sup>2</sup> über die Finanzlage des Staats und über die Notwendigkeit, die Mehrbewilligungen für das Militärbudget pro 1862 auf die darin bezeichnete Summe zu beschränken. [B] — 6. Forderung Roons, in der nächsten Landtagssitzung eine definitive Regulierung über die Finanzierung der Heeresreform herbeizuführen. — 7. Aktives und passives Wahlrecht für aktive Militärpersonen gegen Vorbehalte Roons bestätigt.<sup>3</sup> [B]**

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 343a Nr. 127 Bd. 1, Bl. 196–219; vgl. auch Rep. 89, Nr. 14954, Bl. 82–89. Zedlitz wurde mit KO v. 30.12.1861 zum 1.1.1862 in den Ruhestand versetzt.*

<sup>2</sup> *Vom 27.11.1861, in: Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 3, Bl. 243–269.*

<sup>3</sup> *Vgl. Denkschrift Roons v. 2.11.1861 in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 16 Bd. 4, Bl. 246–248v; ebd., Votum Bernuths v. 9.11.1861.*

**Nr. 173 Sitzung des Staatsministeriums am 30. November 1861.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [4–5], Bd. 73, Bl. 192–197; MF 433.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

Weitere Teilnehmer: R. de la Croix, Friedberg [beide zu 4], Herzbruch [zu 5], H. Frh. v. Lentz [zu 4].

1. J. v. Gerlach, Landrat von Gardelegen, soll zur Disposition gestellt werden wegen Wahlbeeinflussung.<sup>1</sup> [B] — 2. Einleitung gerichtliche[r] Verfolgung gewisser Organe der sog. Fortschrittspartei durch Berliner Ober-Staats-Anwaltschaft. [B] — 3. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Abänderung und Ergänzung einiger Bestimmungen des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienst 1814 wird mit einigen Änderungen angenommen. [B] Zuletzt wird fast einstimmig der Wunsch ausgesprochen, daß die Dienstzeit im stehenden Heere auf eine 7-jährige, mithin die Dienstzeit in der Reserve auf einen 4-jährigen Zeitraum abgekürzt wird. — 4. Verwendung des Erfurter Exjesuiten-Fonds.<sup>3</sup> [B] — 5. Gesetzentwurf<sup>4</sup> betr. Aufhebung des Lehnsverbandes von Alt-, Vor- und Hinterpommern und die Abänderung der Lehnstaxe gebilligt. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, Nr. 5089; ferner Kraus, Hans-Christof, Ernst Ludwig von Gerlach. Politisches Denken und Handeln eines preußischen Altkonservativen, Göttingen 1994, Bd. 2, S. 730–732.

<sup>2</sup> Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 3, Bl. 271–276v und 288–289v. Vgl. auch StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 15.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90a, P II 2 Nr. 8.

<sup>4</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 9. Dazu mehrere Petitionen von Rittergutsbesitzern; ebd., Journal Nr. 39, 13, 12, 60 und 77.

## Nr. 174 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Dezember 1861.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 73, Bl. 198–205v; MF 433.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Delbrück [zu 2], Friedlaender, R. Philipsborn [beide zu 1], F. H. Sydow [zu 2], Wollny [zu 1–2].

1. Post-Lieferungen. Gesetzentwurf über die Haftverbindlichkeit der [...] Postverwaltung bei Verlust, Beschädigung und verzögerter Ablieferung von Postsendungen; vertagt. [B] — 2. Gesetzentwurf über die Einrichtung und Befugnisse der Ober-Rechnungs-Kammer. Debatte vor allem zu §§ 16 und 17 des Entwurfs über parlamentarische Budgetprüfung<sup>1</sup>; vertagt. [B]

<sup>1</sup> Die Arbeit am Gesetzentwurf war nach Intervention Wilhelms I. zurückgestellt worden; vgl. KR-Sitzung am 9.4.1861. Zwischenzeitlich hatte sich das Staatsministerium auf die Einsetzung einer interministeriellen Kommission verständigt; diese Kommission unter Vorsitz von MinDir. C. Horn hatte am 9.10.1861 getagt und versucht, einen konsensfähigen Gesetzentwurf als Grundlage der weiteren Beratungen zu präsentieren. Vgl. Rep. 151, I A Nr. 30, n.f.

## Nr. 175 Vertrauliche Besprechung des Staatsministeriums am 5. Dezember 1861.

Teilw. vollz. Reinschr., Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 3, Bl. 281–284v<sup>1</sup>; MF-Suppl. 1.

<sup>1</sup> Eine weitere, im wesentlichen identische Version des Protokolls, das aber nur von Roon unterzeichnet ist, ebd., Bl. 305–308v. – Patow hatte das von Roon und ihm bereits gezeichnete Protokoll am 6.1.1862 in Umlauf gegeben. Da gegen die Darstellung des von Patow entworfenen und von Roon überarbeiteten bzw. geänderten Protokolls Einwände erhoben worden waren, blieb das Protokoll bei Auerswald aus Krankheitsgründen liegen. Am 18.2.1862 ließ

Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Patow [U], Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon [U], Bernuth, Bernstorff. — Prot.: [?].

Militäretat 1862; Stellungnahme zur KO Wilhelms I. v. 2. Dezember.<sup>2</sup> Mehrheit begrüßt die von Wilhelm I. genehmigte Reduktion des Militär-Etats pro 1862, lehnt zugleich aber die daran geknüpfte Bedingung ab, daß Wilhelm I. keine weiteren Herabsetzungen genehmigen bzw. anderenfalls mit allen Sr. Majestät zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten wird. Roon relativiert diese Aussage Wilhelms I., lehnt aber eine weitere Minderung des Militäretats im Zuge des Gesetzgebungsverfahrens ebenfalls strikt ab. Roon widerspricht der Ansicht Schwerins, daß die Vorlage zum Militäretat 1862 nur dann Aussicht auf Annahme im Landtag hat, wenn gleichzeitig Gesetzentwürfe eingebracht werden, die den Ausbau der Verfassung bezwecken. Bernstorff und von der Heydt schließen sich Roon<sup>3</sup> an.

Roon über von der Heydt im Büro des Staatsministeriums nach dem Verbleib des Protokolls nachfragen. Patow antwortete in einer Randnotiz v. 30.3.1862 auf die Anfrage Costenobles v. 20.2.1862, daß die Sache sich aufgrund der aktuellen politischen Lage erledigt habe und das Protokoll lediglich noch zu den Akten gehen solle. Vgl. ebd., Bl. 280, 304–304v und 309.

<sup>2</sup> KO v. 2.12. als Antwort Wilhelms I. auf den Immediatbericht des Staatsministeriums v. 27.11.1861, in: Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 3, Bl. 279–279v.

<sup>3</sup> Zur politischen Grundeinstellung Roons vgl. seine Denkschrift für Wilhelm I. v. 10.11.1861 in: Roon, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 52–54.

## Nr. 176 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Dezember 1861.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [3], Bd. 73, Bl. 206–221; MF 433.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 3], R. Jacobi [zu 2–3], F. H. Sydow, Wollny [beide zu 2].

1.<sup>1</sup> Eröffnung des Landtages im Januar 1862. [B] — 2. Weitere Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Einrichtung und die Befugnisse der Ober-Rechnungs-Kammer. [B] — 3. Wilhelms I. Einwände<sup>2</sup> gegen den Gesetzentwurf zur Ministeranklage. Mehrheit spricht sich prinzipiell für Beibehaltung der bei Wilhelm I. eingereichten Vorlage aus. Gegebenenfalls soll Artikel 49 der Verfassung geändert werden und der König das bislang beschränkte Begnadigungsrecht zurückerhalten. Gegebenenfalls soll auch Artikel 61 der Verfassung aufrechterhalten werden, d.h. Beibehaltung des Anklagerechts eines jeden Hauses des Landtags bzw. Verzicht auf übereinstimmenden Beschluß beider Häuser.<sup>3</sup> [B]

<sup>1</sup> Nach Angaben des Kronprinzen wurde vor Eintritt in die Tagesordnung folgendes behandelt: „Eröffnungen S.M. durch Auerswald. 1. Stellvertretung im Fall der Erkrankung des Souveräns. 2. Was zu tun, falls Waldeck Präsident des Abgeordnetenhauses würde.“ Vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 119.

<sup>2</sup> Handschreiben Wilhelms I. v. 19.11.1861 zum Immediatbericht v. 11.10.1861 in: Rep. 90, Nr. 183, n.f.; auch in: Rep. 84a (D), Nr. 2095, Bl. 108–108v; Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 208–209.

<sup>3</sup> Immediatbericht v. 16.12. sowie Votum Roons gegen die Vorlage v. 17.12.1861 in: Ebd.; vgl. auch Rep. 84a (D), Nr. 2095, Bl. 109–132; Rep. 89, Nr. 179, Bl. 102–132v. Vgl. ferner Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 210 f.; Hahn, Ministerial Responsibility, S. 19 f.



**Nr. 177 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Dezember 1861.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 222–222v; MF 433.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**1. Orden.** *Änderung der Überschriften zur KO betr. Erweiterung des Hohenzollernschen Hausordens und Stiftung des Königl. Kronen-Ordens anlässlich der Krönung.*<sup>1</sup> [B] — **2. Redaktions-Änderungen am Gesetzentwurf betr. die Einrichtung und die Befugnisse der Ober-Rechnungskammer.** [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. KO v. 16. u. 18.10., Stiftungs-Urkunde v. 18.10. und Immediatbericht v. 14.12.1861 in: Rep. 90, Nr. 2018, n.f. Vgl. GS 1862, S. 9 und 12.*

**Nr. 177a Sitzung des Staatsministeriums am 12. Dezember 1861.**

*Vollz. Reinschr.*<sup>1</sup>, *Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1948, Bl. 4; MF-Suppl. 1.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V, U], von der Heydt [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U], Bernuth [U], Bernstorff [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Stellvertretung des Monarchen in Regierungsgeschäften. Es wird einstimmig festgestellt, daß dem Könige unzweifelhaft das Recht zusteht, im Falle seiner vorübergehenden Verhinderung [...] durch eine vom Staatsministerium zu kontrasignierende Ordre den Thronfolger mit der Stellvertretung in der oberen Leitung der Staats-Geschäfte zu beauftragen.* [B]

---

<sup>1</sup> *Hinweis auf dieses separierte Protokoll mit Aktennotiz im Protokoll-Bd. 73 der Stammreihe, Bl. 221a (MF 433).*

**Nr. 178 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Dezember 1861.**

*Reinschr., Bd. 73, Bl. 223–224; MF 433.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Moelle [zu 4].*

**1. Ernennung.** [B] — **2. Gesetzentwurf betr. Kreisordnung für die östlichen Provinzen.** *Änderungswünsche Wilhelms I. sind nicht für ratsam zu halten.*<sup>1</sup> [B] — **3. Titelverleihung an den Vizepräsidenten des Obertribunals.**<sup>2</sup> [B] — **4. Etat 1862.** *Um Durchführung des Militär-Etats zu erleichtern,*

---

<sup>1</sup> *Vgl. Wilhelms I. Randnotiz v. 6.12. zum Immediatbericht v. 28.11.1861, in der er erneut eine hälftige Stimmenzahl der Rittergutsbesitzer auf den Kreistagen wünschte. Marginaldekret und Immediatbericht v. 15.12.1861 in: Rep. 89, Nr. 14114, Bl. 106–109v und 110–114; vgl. auch Rep. 77, Tit. 772 Nr. 1 Bd. 8, n.f. Vgl. bereits die KR-Sitzung am 28.2.1861.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 1988, Bl. 42–48.*

sollen Vorhaben zurückgestellt werden, deren Deckung aus dem Dispositionsquantum vorgesehen war. [B] — **5. Gesetzentwurf betr. Änderung und Ergänzung des Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste 1814. Roon geht auf den Wunsch der übrigen Minister ein, die Dienstzeit für das stehende Heer inkl. Reservezeit auf sieben Jahre zu beschränken.**<sup>3</sup> [B]

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 3, Bl. 279–285v.

## Nr. 179 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Dezember 1861.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 73, Bl. 225–228; MF 434.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: G. Meyer, Wollny [beide zu 2].

**1.** Bewilligung eines besonderen Gehalts für *Kriegsminister Roon* in seiner Eigenschaft als *Marine-Minister*<sup>1</sup>; *Dissens darüber beigelegt.* [B] — **2.** *Strafprozeßreform.* Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. die Anklagebefugnis des Verletzten im Strafverfahren. [B] — **3.** *Ministerialbeamte. Bisheriges Zahlenverhältnis zwischen Räten der 2. und 3. Klasse wird beibehalten.* [B]

<sup>1</sup> Roon war am 5.3.1861 zum Marineminister ernannt worden. Vgl. die Mitteilung Wilhelms an das Staatsministerium v. 16.4.1861, in: Rep. 90, Nr. 892, n.f.

<sup>2</sup> Rep. 90a, X VI 2 Nr. 1 Bd. 3, Bl. 24–40v; vgl. StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 4.

## Nr. 180 Sitzungen des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 18., 19., 20. und 21. Dezember 1861.

Vollz. Reinschr. mit Randbemerkungen Wilhelms I., Bd. III, Bl. 142–155v; MF KR 16.

Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm<sup>1</sup>, Auerswald [U], von der Heydt [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [am 18. u. 19.12., U], Schwerin [U], Roon [U], Bernuth [U], Bernstorff [U]. — Prot.: [Costenoble].

Weitere Teilnehmer: Illaire, Boetticher [am 19.12.].

[1.] *Allgemeine politische Lage nach den Wahlen zum AH v. 6. Dezember.*<sup>2</sup> *Wilhelm I. analysiert den Grund des schlechten Ergebnisses der Wahlen, die der neugegründeten Deutschen Fortschrittspartei den großen Zuwachs gebracht haben; die demokratische Partei wird nun unter der*

<sup>1</sup> Der Kronprinz nahm nur am 18.12. teil; vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 120.

<sup>2</sup> Zum Wahlergebnis und zu den Fraktionsstärken im AH 1862 I vgl. die Wahlberichte Schwerins an Wilhelm I. v. 8., 18. u. 20.12.1861, in: BPH, Rep. 51, J Nr. 620 t, Bl. 9–45; Entwürfe in: Rep. 77, Tit. 867 Nr. 6 Bd. 2, Bl. 181–190v; ferner: Zeitschrift d. Preuß. Statistischen Bureau, 2 (1862), S. 77–120; Eisfeld, Gerhard, Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland 1858–1870, Hannover 1969, S. 110–114. – Der Kronprinz bemerkte zu der Sitzung am 18.12.: „S.M. sehr erregt gemacht durch die unseligen Zuträgereien und Vorspiegelungen der Kreuzzeitungspartei, die ihm nur von Barrikaden, Straßenémeuten usw. spricht!“ Vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 120. Zur Wirkung des Wahlausgangs auf Wilhelm I. vgl. Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 205–208; ferner Börner, Die Krise der preußischen Monarchie, S. 148 und 154; Helfert, Der preußische Liberalismus, S. 225–228.

Maske der Mäßigung die Regierung von einer Konzession zur anderen drängen und so die Macht des Königtums immer mehr und mehr untergraben. Darum *ist es* doppelt gefährlich, dem neuen Abgeordnetenhaus in den 3 jetzt vorliegenden Gesetz-Entwürfen über die *Kreisordnung, Ministeranklage und Oberrechnungskammer* liberale Konzessionen zu machen. *Schwerin* sieht den *Wahl-  
ausgang* nicht so trübe; *das Staatsministerium* wird der Demokratie *keine liberalen* Konzessionen machen; *die Vorlage der Gesetzentwürfe* allerdings ist das Land zu erwarten berechtigt. *Dem schließen sich die übrigen Minister im wesentlichen an mit Ausnahme von Roon und Bernstorff; Heydt lehnt nur den Gesetzentwurf zur Oberrechnungskammer ab.* — [2.] Versuch einer Einigung über *umstrittene* Gesetz-Entwürfe. — *Zur Oberrechnungskammer: Wilhelm I. stimmt der von Roon, von der Heydt und Bernstorff vertretenen Minderheitsmeinung<sup>3</sup> über §§ 7 und 16 des Entwurfs zu.* [B] — *Zur Kreisordnung für die östlichen Provinzen: Strittig bleibt Verminderung des Stimmen-Anteils der größeren Grundbesitzer auf den Kreistagen von der Hälfte auf ein Drittel bzw. Aufhebung des Virilstimmrechts der Rittergutsbesitzer. Wilhelm I. behält sich Entscheidung vor; man darf sich die konservative Partei nicht verfeinden.* — *Zur Ministeranklage: Wilhelm I. nennt vier Bedingungen für Genehmigung des Gesetzentwurfs, dem alle Minister mit der Vorlage eines modifizierten Entwurfs zuzustimmen versprechen. Über die Stellung des Kriegsministers soll indes noch verhandelt werden.* [B] — [3.] *Wilhelm I. behält sich vor, Landrat J. v. Gerlach wegen Dienstwidrigkeiten bei AH-Wahlen 1861 zur Disposition zu stellen.*

<sup>3</sup> *Gemeinsames abweichendes Votum v. 17.12. zum Immediatbericht v. 16.12.1861 in: Rep. 89, Nr. 24635, n.f.*

## Nr. 181 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Dezember 1861.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [4], Bd. 73, Bl. 229–230v; MF 434.*

*Anwesend: Auerswald [V], von der Heydt, Patow, Pückler, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 3–4], Hobrecht, Wollny [beide zu 3].*

**1. Einverständnis zur Berufung der Vertreter des alten und befestigten Grundbesitzes in das Herrenhaus durch Wilhelm I. — 2. Ernennung.** [B] — **3. Juden. Verfahren gegen jüdischen Rittergutsbesitzer zur Ausschließung desselben von der Ausübung ständischer Rechte wegen bescholtenen Rufes aufgehoben.**<sup>1</sup> [B] — **4. Gesetzentwurf betr. Ministeranklage überarbeitet gemäß Beschlüssen der Kronrat-Sitzung v. 21. Dezember. Alinea 2 des Artikels 49 der Verfassung über königliches Begnadigungsrecht wird nicht modifiziert, sondern aufgehoben. Statt dessen Aufnahme einer Bestimmung im Gesetzentwurf nach Vorbild des Baden'schen Gesetzes von 1820.<sup>2</sup> Keine Sonderbestimmungen für Kriegsminister.**<sup>3</sup>

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 77, Tit. 438 Nr. 48 Bd. 3, n.f.*

<sup>2</sup> *Gemeint war § 10 des Gesetzes v. 5.10.1820; vgl. Badisches Regierungsblatt, S. 1552.*

<sup>3</sup> *Vgl. Immediatbericht v. 26.12.1861 mit modifizierten Gesetzentwürfen in: Rep. 90, Nr. 183, n.f.; vgl. Rep. 89, Nr. 179, Bl. 134–155v; auch Rep. 84a (D), Nr. 2095, Bl. 170–172. Vgl. ferner Hahn, Ministerial Responsibility, S. 20 f.*

**Nr. 182 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Dezember 1861.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1], Bd. 74, Bl. 231–258; MF 434.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hobrecht [zu 2], H. Frh. v. Wangenheim [zu 1, U], Wollny [zu 2].*

**1.** 27 Disziplinarsachen. [B] — **2.** Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. die ländliche Polizei-Verwaltung in den 6 östlichen Provinzen wird angenommen. [B] — **3.** Gesetzentwurf betr. Ministeranklage. Motive genehmigt.<sup>2</sup> [B] — **4.** Gesetzentwurf betr. Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer. Besprechung.<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Rep. 77, Tit. 598 Nr. 7 Bd. 5, n.f.; vgl. *StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 7.*

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 84a (D), Nr. 2095, Bl. 174–182v (Entwurf).

<sup>3</sup> *Im Nachgang zur KR-Sitzung v. 18.–21.12.1861 ging es um die Fassung verschiedener Vorschläge zu den umstrittenen §§ 16–18 des Gesetzentwurfs; vgl. Patows Bericht über die Mehrheitsmeinung des Staatsministeriums v. 26.12.1861 in: Rep. 89, Nr. 24635, n.f. – Zu dieser Sitzung am 30.12. vermerkte der Kronprinz: „[...] die Situation ist völlig unhaltbar, die Minister können in den Gesetzesvorlagen über Oberrechnungskammer, Ministerverantwortlichkeit und Kreisordnung nicht anders, der König denkt gegen sie, und Bernstorff, Roon und v.d. Heydt sind anders als ihre Kollegen. Mithin Anarchie von oben. Es geht nicht anders mehr, als daß der König entweder den Ministern mit dem alten Vertrauen entgegenkommt und sie gewähren läßt oder aber ihre schon mehrmals ausgesprochene Entlassungsbitte endlich annimmt. Wie können sie sonst vor den Landtag treten, ohne den König hinter sich zu haben.“ Vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 122.*

**Nr. 182a Sitzung des Staatsministeriums am 31. Dezember 1861.**

*Teilreinschr. [1]<sup>1</sup>, Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 10 Bd. 1, Bl. 7; MF-Suppl. 2.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Schleinitz, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Roon, Bernuth. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: [?]*

**1.** *Schleswig-Holstein-Frage.* Bedenken des Bundestags-Gesandten *Usedom* gegen das beabsichtigte entschiedene Vorgehen gegen Dänemark aufgrund der Bundes-Exekutionsandrohung werden zurückgewiesen; Dänemark soll den Forderungen des Deutschen Bundes [...] Genüge leisten. [B]

---

<sup>1</sup> *Das Protokoll dieser Sitzung ist in der Stammreihe der Protokoll-Bde. (hier: Bd. 73) nicht überliefert. Anhand der vorliegenden Akten konnte bislang nur TOP 1 verifiziert werden.*

**Nr. 183 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 31. Dezember 1861.**

*Vollz. Reinschr. mit Randbemerkungen Wilhelms I., Bd. III, Bl. 156–160v; MF KR 16.*

Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [U], von der Heydt [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U], Bernuth [U], Bernstorff [U]. — Prot.: [Costenoble].

Weitere Teilnehmer: Illaire.

**1.** Gesetzentwurf betr. Ministeranklage. §§ 3, 7, 18 und 25 des Entwurfs sowie Motive modifiziert. – Staatsministerium gegen Sonderstellung des Kriegsministers. Wilhelms I. Vorbehalt wird explizit vermerkt, daß ein General nur durch ein Kriegsgericht gerichtet werden darf.<sup>1</sup> — **2.** Gesetzentwurf betr. Kreisordnung für die östlichen Provinzen. Weiterhin Dissens über Minderung des Stimmenanteils für Vertreter größeren Grundbesitzes auf Kreistagen. Wilhelm I. genehmigt den Gesetzentwurf wider seine bessere Auffassung. [B] – Das Staatsministerium verpflichtet sich für diese und alle anderen im LT noch einzubringenden Vorlagen, an allen Bestimmungen, die Wilhelm I. für notwendig erachtet hat, streng und unverbrüchlich festzuhalten, allen dagegen zu erwartenden Amendements mit einmütiger Festigkeit entgegenzutreten [...] und sich unter keiner Bedingung über die einmal beschlossenen Grenzen hinausdrängen zu lassen.<sup>2</sup> [B] — **3.** Gesetzentwurf betr. Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer. Wilhelm I. lehnt § 16 des Entwurfs ab, in dem er eine Einschränkung seiner kgl. Rechte erblickt; von der Heydt, Roon und Bernstorff teilen diese Meinung.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Randbemerkung und Einfügung Wilhelms I., Bl. 160.

<sup>2</sup> Hierzu Randbemerkung Wilhelms I. v. 4.1.1862 (Bl. 159): Am Neujahrstage habe ich das Staatsministerium nochmals in diesem Sinne angedreht u. durch Handschlag jedes einzelnen Ministers die nebenstehende Verpflichtung bekräftigen lassen. Vgl. auch Rep. 90a, V II 3 Nr. 2 Bd. 3, Bl. 135–136v. Mit KO v. 11.2.1862 wurde die Vorlage des Gesetzentwurfs betr. Kreisordnungen im LT genehmigt (ebd., Bl. 137).

<sup>3</sup> Vgl. Patows Bericht über die Mehrheitsmeinung des Staatsministeriums v. 26.12.1861 sowie Vorschläge zur Fassung des § 16 des Entwurfs in: Rep. 89, Nr. 24635, n.f. Zu dieser Sitzung vgl. auch Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 122.

## Nr. 184 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Januar 1862.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [2 und 5], Bd. 74, Bl. 1–15; MF 434/435.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 2], Hobrecht, R. Jacobi, MacLean, C. E. Oppermann, Wever, Wollny [alle zu 5].

**1.** Landrat J. v. Gerlach zur Disposition gestellt. [B] — **2.** Gesetzentwürfe betr. Ministeranklage. Gegen den Vorbehalt<sup>1</sup> Wilhelms I. bekräftigt das Staatsministerium seine Ablehnung einer Sonderstellung des Kriegsministers als Offizier. Roon schließt sich dem nur für seine Person an, ohne zukünftige Amtsinhaber binden zu wollen.<sup>2</sup> [B] — **3.** Erklärung zum Bundes-Reform-Projekt von

<sup>1</sup> Vgl. KR-Sitzung v. 31.12.1861.

<sup>2</sup> Vgl. Immediatbericht v. 6.1.1862 inkl. zweier modifizierter Gesetzentwürfe zur Ministeranklage in: Rep. 89, Nr. 179, Bl. 137–160; auch in: Rep. 90, Nr. 183, n.f.; ferner Rep. 84a (D), Nr. 2095, Bl. 196–231v (Entwürfe). Wilhelms Marginalien v. 10. u. 11.1.1862 zu diesem Immediatbericht: Rep. 89, Nr. 179, Bl. 156; Abschr. in: Rep. 84a (D), Nr. 2095, Bl. 232.

Beust.<sup>3</sup> [B] *Einzig Schwerin weist Bernstorffs Unionsplan zurück.*<sup>4</sup> — **4. Gesetzentwurf betr. Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer.** Allerhöchste Entscheidung über die einander gegenüberstehenden Fassungs-Vorschläge der Majorität und der Minorität des Staatsministeriums bezüglich § 16 des Entwurfs wird erbeten.<sup>5</sup> [B] — **5. Entwurf**<sup>6</sup> einer Wege-Ordnung angenommen. [B]

<sup>3</sup> Es ging um Bernstorffs Depesche an den preuß. Gesandten in Dresden v. 20.12.1861, mit der der Vorschlag des sächs. Außenministers Beust zu einer Bundesreform zurückgewiesen wurde. Vgl. Rep. 81, Dresden IV A Nr. 24/b, n.f.; div. Material zu Bernstorffs Unionsplan in: III. HA MAA, Nr. 148–150 und 156; vgl. ferner die Dokumentation in: Das Staatsarchiv, 2 (1862), vor allem Dok. 177; Schulthess Europäischer Geschichtskalender, 2 (1861), S. 78–82, 85–88 und 96–98; Srbik (Hrsg.), Quellen zur deutschen Politik Österreichs, Bd. 2, Dok. 603; auszugsweise auch: Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 95, S. 121–123; vgl. ferner APP, Bd. 2/2, Dok. 434, S. 547–552. Zum Kontext: Srbik, Deutsche Einheit, Bd. 3, S. 366–384, vor allem S. 374 f.; Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 215–218; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 409–411. Zur Rolle Badens: Gall, Lothar, Der Liberalismus als regierende Partei. Das Großherzogtum Baden zwischen Restauration und Reichsgründung, Wiesbaden 1968, S. 210–220.

<sup>4</sup> Zu Bernstorffs außenpolitischem Programm und Zielen in der deutschen Frage vgl. seine Denkschrift zum Amtsantritt im Herbst 1861: Ringhoffer (Hrsg.), Im Kampfe für Preußens Ehre. A. v. Bernstorff, S. 424–435; dazu Gruner, Rückblick, S. 159 f.; vgl. auch Srbik, Deutsche Einheit, Bd. 3, S. 363–365.

<sup>5</sup> Der umstrittene § 16 des Entwurfs betraf die parlamentarische Budgetkontrolle. Vgl. Rep. 151, I A Nr. 30, n.f. (Schriftwechsel zwischen von der Heydt und Patow v. 3.1.1862 betr. § 16; ferner Entwurf des Immediatberichts v. 6.1.1862 inkl. überarb. Gesetzentwurf).

<sup>6</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1862, Drucks. Nr. 5.

## Nr. 185 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Januar 1862.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 74, Bl. 16–17v; MF 435.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: M. Duncker [zu 2], Pape, Wollny [beide zu 1].

**1. Einführung des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches erfordert eine Ergänzung der Gesetze über die gerichtlichen Gebühren und Kosten.**<sup>1</sup> [B] — **2. Entwurf**<sup>2</sup> der Thronrede zur Eröffnung des Landtags am 14.1.1862. [B] — **3. Titelerleihung.** [B] — **4. Ernennung L. v. Winters zum Polizeipräsidenten von Berlin.** [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90a, X VII Nr. 1 Bd. 3, n.f. (VO-Entwurf inkl. Motive etc.); ferner VO v. 27.1.1862 in: GS, S. 33.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 172–189.

## Nr. 186 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Januar 1862.

Reinschr., Bd. 74, Bl. 18–19; MF 435.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [V], Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: M. Duncker [zu 1], Nausester, W. Wohlers, Wollny [alle zu 5].

1. Dissens über Thronrede zur Eröffnung des Landtags am 14.1.1862. Die Ankündigung einer außerordentlichen Kreditforderung für die Erweiterung der Marine, für die Vervollkommnung der Artillerie und für die Verstärkung der Festungen soll nicht aufgenommen werden. [B] — 2. Zwei Ernennungen. [B] — 3. Abänderungen des Gesetzentwurfes über die Verpflichtung zum Kriegsdienst.<sup>1</sup> [B] — 4. Gesetzentwurf betr. Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer. Patow und von der Heydt sollen wegen des strittigen § 16 des Entwurfs gemeinsam bei Wilhelm I. vortragen.<sup>2</sup> [B] — 5. Entwurf einer Städteordnung; vertagt.

<sup>1</sup> Vgl. *Immediatbericht* v. 11.1.1862 inkl. Gesetzentwurf in: *Rep.* 90a, YI Nr. 1 Bd. 3, Bl. 287–296v.

<sup>2</sup> Vgl. dazu die Angabe des Kronprinzen: „½ 6 Uhr abends Sitzung bei Sr. M. mit v.d. Heydt, Patow und Bernstorff“; *Kaiser Friedrich III. Tagebücher*, S. 124. Ferner *Immediatbericht* v. 12.1.1862 in: *Rep.* 151, I A Nr. 30, n.f. (Entwurf); *Rep.* 89, Nr. 24635, n.f.

### Nr. 187 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Januar 1862.

*Vollz. Reinschr.*, Bd. 74, Bl. 21–22v; MF 435. — Abschriften: *GStAPK*, I. HA, *Rep.* 90a, B III 2c Nr. 3 Bd. III, Bl. 161–162v (MF KR 16); *Rep.* 90, Nr. 183, n.f.; *Rep.* 84a (D), Nr. 2095, Bl. 233–235.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [V, U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U], Bernuth [U], Bernstorff [U]. — Prot.: [Costenoble].

*Gesetzentwürfe zur Ministeranklage.* Nachdem das Staatsministerium die Anregung Wilhelms I. abgelehnt hat, für einen Offizier als Kriegsminister eine Sonderstellung einzuführen<sup>1</sup>, besteht Wilhelm I. darauf, daß seine Marginalie im Kronrats-Protokoll v. 31.12.1861 nicht gestrichen wird. Zugleich widerspricht Wilhelm I. nicht der Ansicht, daß Bernuth sich dadurch nicht für gebunden erachtet. Wilhelm I. genehmigt die Einbringung des Gesetzentwurfs im Landtag.<sup>2</sup> Staatsministerium sieht damit die Sache für erledigt an.<sup>3</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Sitzung am 4.1.1861 sowie den *Immediatbericht* v. 6.1.1862 inkl. zweier modifizierter Gesetzentwürfe zur Ministeranklage in: *Rep.* 89, Nr. 179, Bl. 137–160; auch in: *Rep.* 90, Nr. 183, n.f.; ferner *Rep.* 84a (D), Nr. 2095, Bl. 196–231v (Entwürfe).

<sup>2</sup> Vgl. Wilhelms Marginalien v. 10. u. 11.1.1862 zum *Immediatbericht* v. 6.1. sowie zum *Immediatvortrag* von der Heydts, Patows und Bernstorffs v. 11.1.1862 in: *Rep.* 89, Nr. 179, Bl. 156; *Abschr.* in: *Rep.* 84a (D), Nr. 2095, Bl. 232. Noch am 11.1.1862 hatte Wilhelm I. seine Ermächtigung zur Einbringung der Gesetzentwürfe im LT erteilt. Bernuth legte die zwei Gesetzentwürfe dem HH am 23.1.1862 vor; vgl. *StenBerHH*, Session 1862, Verhandlungen S. 18–19; dazu *Drucks.* Nr. 7; ferner *StenBerAH*, Session 1862 I, *Drucks.* Nr. 83 I–II.

<sup>3</sup> Zum weiteren Verlauf dieser Gesetzesvorlagen: Die Entwürfe wurden im HH beraten, modifiziert, am 6.3.1862 mit 83 gegen 38 Stimmen angenommen und dem AH am 8.3. überwiesen. Vgl. *StenBerHH*, Session 1862, *Drucks.* Nr. 15; *StenBerAH*, Session 1862 I, *Drucks.* Nr. 83; ferner *Rep.* 169 C, 66 Nr. 3 Bd. 2, Bl. 167–177v. Zur Beratung im HH vgl. auch Hahn, *Ministerial Responsibility*, S. 21–23. Inzwischen hatten im März 1862 ein Ministerwechsel und Anfang Mai AH-Neuwahlen stattgefunden. Dieses neugewählte AH lehnte es am 29.7.1862 indes ab, die vom HH modifizierten Gesetzentwürfe zu beraten, da „eine Kontinuität der gegenwärtigen Session des Abgeordnetenhauses und derjenigen des letzten Winters nicht stattfindet“. Vgl. *StenBerAH*, Session 1862 II, *Drucks.* Nr. 94; dazu *Verhandlungen* v. 28./29.7.1862, S. 879–886 und 901–920. Vgl. auch *StenBerHH*, Session 1862, *Drucks.* Nr. 57. Vgl. auch Sitzung am 3.5.1862.

### Nr. 188 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Januar 1862.

*Reinschr.*, Bd. 74, Bl. 23–23v; MF 435.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [V], Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: M. Duncker [zu 1], W. Wohler, Wollny [beide zu 3].

1. Thronrede zur Eröffnung des Landtags am 14.1.1862 nach Änderungen definitiv festgestellt.<sup>1</sup> — 2. Ein die Preußische Armee beleidigende[r] Artikel der Coburger Zeitung wird im diplomatischen Wege beantwortet. [B] — 3. Gesetzentwürfe<sup>2</sup> betr. einer allgemeinen Städte-Ordnung sowie einer Land-Gemeinde-Ordnung für die Rheinprovinz werden mit einigen Modifikationen angenommen. [B]

<sup>1</sup> Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 192–215v (Entwürfe); ebd., A VIII 2b Nr. 7 Bd. 1, Bl. 51–52. Vgl. StenBerAH, Session 1862 I, Verhandlungen v. 14.1.1862, S. 1–3; Kohl (Hrsg.), Dreißig Jahre preußisch-deutscher Geschichte, Dok. 18, S. 31–35.

<sup>2</sup> Rep. 77, Tit. 479 Nr. 230 Bd. 1 u. 2, n.f.; ebd., Tit. 767 Nr. 5 Bd. 5, n.f. (ebd. Voten u. Immediatbericht v. 16./17.1.1862). Vgl. ferner StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 21 und 22.

## Nr. 189 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Januar 1862.

Reinschr., Bd. 74, Bl. 24–24v; MF 435.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [V], Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Hegel [U].

Gesetzentwurf betr. Einrichtung und Befugnisse der Oberrechnungskammer. Wilhelm I. will die Vorlage des Gesetzentwurfs solange aussetzen, bis sich das Staatsministerium über den strittigen § 16 zur parlamentarischen Budgetkontrolle geeinigt hat.<sup>1</sup> Von der Heydt und Roon wiederholen ihre Ablehnung, ohne daraus eine Kabinettsfrage machen zu wollen; Bernstorff spricht sich nun für Genehmigung des Entwurfs aus.<sup>2</sup> Majorität des Staatsministeriums verlangt, daß die Minorität sich angesichts der Gefahren der Situation ihr anzuschließen hat. Keine Einigung; vertagt<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> Vgl. so die Randbemerkung Wilhelms I. v. 13.1. zum Immediatbericht v. 12.1.1862, in: Rep. 89, Nr. 24635, n.f.

<sup>2</sup> Vgl. bereits das Votum Bernstorffs v. 11.1.1862 in: Rep. 89, Nr. 24635, n.f.

<sup>3</sup> Vgl. Sitzung am 18.1.1862, TOP 2. – Zu dieser Sitzung v. 15.1.1862 vermerkte der Kronprinz: „Grellste Meinungsverschiedenheit zwischen Patow und v.d. Heydt über Oberrechnungskammergesetz; jeder behauptet, die Rechte der Krone zu verteidigen und daß der andere sie schwächt. Kein Resultat erzielt. Roon sagte an Patow Dinge, die er besser unterlassen hätte.“ Vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 125.

## Nr. 190 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Januar 1862.

Reinschr., Bd. 74, Bl. 25; MF 435.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [V], Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

1. Gesetzentwurf betr. Regulierung der gutsherrlichen und bäuerlichen Verhältnisse in Neu-Vorpommern und Rügen zurückgezogen. [B] — 2. Gesetzentwurf betr. Einrichtung und Befugnisse



der Oberrechnungskammer. Einigung über §§ 16 und 17 des Entwurfs zur parlamentarischen Budgetkontrolle im Sinne der Majorität des Staatsministeriums.<sup>1</sup> [B]

<sup>1</sup> Zu diesem TOP vermerkte der Kronprinz: „Oberrechnungskammer durch eine Art Kompromiß zwischen Patow und v.d. Heydt momentan ausgeglichen, indem die Minoritätsminister sich auch als Reportminister ansehen wollen und die Vorlage ihres Sinne verteidigen, während Patow still bleibt; kommt's zu Interpellationen, so soll sich's dann finden, was weiter. Schlimme Ausgleichung Sr.M. zu Gefallen, die gewiß einst noch den Ministern teuer zu stehen kommen wird.“ Vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 125.

## Nr. 190a Sitzung des Staatsministeriums im Abgeordnetenhaus am 20. Januar 1862.

Fundort: Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 125.<sup>1</sup>

Anwesend: [?]

[1.] Art der Einbringung der wichtigen Gesetzesvorlagen im Herren- oder Abgeordnetenhaus. — [2.] Behandlung der polnischen Abgeordneten, die nicht in Königsberg<sup>2</sup> erscheinen wollten, und der Steuerverweigerer von 1848/49 nebst bestraften politischen Verbrechen.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Diese Beratung des Staatsministeriums wird verifiziert durch eine Notiz im Protokoll der KR-Sitzung am 21.1.1862, Bd. III, Bl. 163. Die Sitzung dürfte zur Vorbereitung der folgenden KR-Sitzung am 21.1.1861 gedient haben.

<sup>2</sup> Gemeint ist die Krönungsfeier vom 18.10.1861.

<sup>3</sup> Zu TOP 2 vgl. die Ordre Wilhelms I. v. 18.1.1862 in: Rep. 77, Tit. 867 Nr. 6 Bd. 2, Bl. 321; ferner Bl. 324–325. Vgl. auch Schultze (Bearb.), Kaiser Wilhelms I. Briefe, Bd. 2, Dok. 316, S. 178.

## Nr. 191 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 21. Januar 1862.

Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 163–168v; MF KR 16.

Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U], Bernuth [U], Bernstorff [U]. — Prot.: [Costenoble].

Weitere Teilnehmer: Illaire.

1. Im Landtag der Session 1862 I einzubringende Gesetzentwürfe. Strittig bleibt nur der Gesetzentwurf über die Verpflichtung zum Kriegsdienst, der nach Entscheidung Wilhelms I. im Sinne Roons zuerst dem Herrenhaus vorgelegt werden soll. [B] — 2. Haltung der Regierung gegenüber den Forderungen der sog. Fortschritts-Partei.<sup>1</sup> Die Minister sprechen einstimmig gegen: Verkürzung der Militär-Dienstzeit; Aufhebung der Militär-Gerichtsbarkeit in Strafsachen; neues Wahlgesetz; Aufhebung des Staatsgerichtshofs; Ausdehnung der Kompetenz der Schwurgerichte auf politische Verbrechen und Vergehen; Angriffe auf die Legalität des Herrenhauses; Anforderungen [...] im Interesse der Polnischen Nationalität; Angriffe auf die Wirksamkeit des Geheimen Zivil-Kabinetts und des Militär-Kabinetts; Überschreitung der fest gezogenen Grenzen in der sog. deutschen Frage.<sup>2</sup> — 3. Gesetzentwurf betr. Einrichtung und Befugnisse der Ober-

<sup>1</sup> Zu diesem TOP vgl. Wilhelms I. Schreiben an von der Heydt v. 16.1.1863 in: Schultze (Bearb.), Kaiser Wilhelms I. Briefe, Bd. 2, Dok. 315, S. 176 f.; Bergengrün, Staatsminister August Freiherr von der Heydt, S. 280.

<sup>2</sup> Zum letzten Punkt vgl. auch APP, Bd. 2/2, Dok. 437, Anm. 1, S. 558.

rechnungskammer.<sup>3</sup> *Kompromiß-Fassung des § 16 über parlamentarische Budgetkontrolle genehmigt. Wenn im Abgeordnetenhaus dazu ein Ammendment im Sinne der Majorität des Staatsministeriums beantragt wird, soll darüber die Bestimmung Sr. Majestät eingeholt werden, bevor das Staatsministerium dazu eine Erklärung abgibt.*<sup>4</sup> [B] — **4. Gesetzentwurf<sup>5</sup> betr. Staatshaushalts-Etat für 1862 genehmigt.** [B]

<sup>3</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 9; auch in: Hertel, [K.Th.] (Hrsg.), Die Preußische Ober-Rechnungskammer. Ergh., Berlin 1890, S. 49–69.*

<sup>4</sup> Vgl. auch *StenBerAH, Session 1862 I, Verhandlungen v. 22.1.1862, S. 40 (Einbringung des Gesetzentwurfs durch Patow); ebs. Drucks. Nr. 87 (Kommissionsbericht). Mit diesem AH-Kommissionsbericht v. 7.3.1862 wurde der Regierungsvorlage ein weitgehend umgestalteter Entwurf entgegengesetzt, der aber wegen der AH-Auflösung am 11.3.1862 nicht mehr im Plenum beraten wurde. Vgl. zu den parlamentarischen Verhandlungen Schmökel, Die Entstehung des Ober-Rechnungskammer-Gesetzes, S. 43–52; Brodersen, Rechnungsprüfung, S. 83–104.*

<sup>5</sup> *Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 4–5; ebd., Bl. 3–3v der Immediatbericht v. 21.1.1862. Vgl. auch Rep. 151, I A Nr. 627, n.f.; ferner StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 6 I–II.*

## Nr. 192 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Januar 1862.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [2–3], Bd. 74, Bl. 26–29v; MF 435.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [V], Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. de la Croix [zu 1], Herzbruch [zu 1–3], Hobrecht [zu 1], Hoene, Pape [beide zu 2], Wollny [zu 1–3].*

**1. Ritter-Akademie des Domstifts zu Brandenburg. Rechtliche Zweifel über Zuschüsse.**<sup>1</sup> [B] — **2. Handelsgerichte. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Bearbeitung der Handelssachen durch besondere Abteilungen der Stadt- und Kreisgerichte genehmigt; ebenso die Zulassung von Juden als Handelsrichter.** [B] — **3. Zulassung der Juden zu Richterämtern wird von der Majorität des Staatsministeriums beschlossen<sup>3</sup> mit der Einschränkung, daß jüdische Richter nicht einen christlichen Eid abnehmen dürfen; von der Heydt, Roon und Bernstorff lehnen diese Zulassung ab.**<sup>4</sup> [B] — **4. Dienstjubiläum des Chef-Präsidenten der Ober-Rechnungs-Kammer Karl Wilhelm Boetticher.** [B] — **5. Vorbereitung des Entwurfs eines Unterrichtsgesetzes.** [B]

<sup>1</sup> Vgl. *Rep. 77, Tit. 159 Nr. 13 Bd. 4.*

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 26.*

<sup>3</sup> Zur Beschlußlage vgl. *Sitzungen am 14.12.1859 (TOP 4) sowie am 4.1.1860 (TOP 3) u. 26.2.1861 (TOP 4).*

<sup>4</sup> Vgl. *Immediatbericht v. 21.2.1862 sowie das abweichende Votum von der Heydts, Roons und Bernstorffs in: Rep. 90, Nr. 499, Bl. 176–214; vgl. auch Rep. 84a (D), Nr. 11947, Bl. 163–197. Vgl. ferner Auerbach, Das Judentum und seine Bekenner, S. 258 f.; Strenge, Juden im preußischen Justizdienst, S. 129 f.*

## Nr. 193 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Februar 1862.

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 30–32v; MF 435.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Gerhardt, R. Jacobi, G. Meyer, Wichern [alle zu 9].*

1. *Gesetzentwürfe*<sup>1</sup> einer allgemeinen Städteordnung und einer Rheinischen Landgemeinde-Ordnung sind zuerst dem Abgeordnetenhaus vorzulegen. [B] — 2. *Ernennung*. [B] — 3. *Interpellation A. Diesterwegs im Abgeordnetenhaus zur Weiterentwicklung der Volksschul-Regulative 1854*.<sup>2</sup> [B] — 4. *Gesetzentwurf betr. Ministeranklage ist keinenfalls eher in das Abgeordnetenhaus einzubringen, als bis die erste Lesung der damit verbundenen Verfassungs-Änderungen im Herrenhause erfolgt sein wird*. [B] — 5. *Zeitungsartikel zum Gesetzentwurf über die Ministeranklage, insbesondere zur Stellung des Kriegsministers. Hierzu werden Roon und Bernuth gleichlautende öffentliche Erklärungen abgeben*. [B] — 6. *AH-Antrag auf Novellierung des Gesetzes von 1854 betr. gerichtliche Verfolgung von Beamten wegen Amts- und Diensthandlungen*.<sup>3</sup> — 7. *Verwaltungsgerichtsbarkeit. AH-Antrag auf Novellierung der Gesetze betr. Zulässigkeit des Rechtsweges gegen polizeiliche Verfügungen von 1842 sowie betr. Polizeiverwaltung von 1850. Erarbeitung von Vorschlägen hierzu*.<sup>4</sup> [B] — 8. *Annahme der Gesetzentwürfe*<sup>5</sup> betr. Revision des Grundsteuer-Katasters in den Provinzen Rheinland und Westfalen sowie betr. Stempelsteuer von ausländischen Zeitungen. [B] — 9. *Gesetzentwurf*<sup>6</sup> betr. *Vollstreckung der Zuchthausstrafe durch Einzelhaft nach Änderung wird angenommen*. [B] — 10. *Abänderungs-Vorschläge zum Gesetzentwurf betr. Wege-Ordnung gebilligt*. [B]

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 21 und 22*.

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 16; ferner Verhandlungen v. 5.2.1862, S. 72–78*.

<sup>3</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 11; Gesetz v. 13.2.1854 in: GS, S. 86*.

<sup>4</sup> Vgl. *Rep. 90, Nr. 323, n.f. (Voten und anderes); StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 13. Gesetz v. 11.5.1842 in: GS, S. 192; Gesetz v. 11.3.1850 in: GS, S. 265*.

<sup>5</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 25 und 24*.

<sup>6</sup> *Rep. 84a (D), Nr. 7833, Bl. 169–172 und 185–188; ferner Bl. 202–205v Immediatbericht v. 17.3.1862. Der Gesetzentwurf wurde 1862 nicht im Landtag eingebracht*.

## Nr. 194 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Februar 1862.

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 33–34v; MF 435.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

1. *Wilhelms I. Ordre*<sup>1</sup> zu den *Gesetzentwürfen* betr. *Kreis-Ordnung für die östlichen Provinzen und betr. der obligatorischen Zivilehe; letztere wird über kurz oder lang notwendig sein*. [B] — 2. *Reform der deutschen Bundes-Verfassung. Mitteilung über identische Noten Österreichs und anderer deutscher Staaten v. 2. Februar*.<sup>2</sup> [B] — 3. *Etat-Spezialisierung. Kontroverse über Antrag der Bud-*

<sup>1</sup> Vgl. *Schultze (Bearb.), Kaiser Wilhelms I. Briefe, Bd. 2, Dok. 320, S. 181 f.: Wilhelm I. sprach sich entschieden gegen die obligatorische Zivilehe aus und für die Annahme eines HH-Amendements, das dem großen Grundbesitz die Hälfte der Sitze in der Kreisrepräsentation zubilligte*.

<sup>2</sup> *Die identischen Noten Österreichs und anderer deutscher Mittelstaaten, mit denen der preußische Unionsplan v. 20.12.1861 als Antwort auf den Beust-Plan zurückgewiesen wurde, in: Das Staatsarchiv, 2 (1862), Dok. 229, S. 147–150; auszugsweise in: Schulthess Europäischer Geschichtskalender, 3 (1862), S. 25–27.; Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 97, S. 126–127. Vgl. weiterhin APP, Bd. 2/2, Dok. 440–441, S. 569–574; Srbik (Hrsg.), Quellen zur deutschen Politik Österreichs, Bd. 2, div. Dokumente vom Jan.-Febr. 1862. Zum Kontext: Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 219–224; Srbik, Deutsche Einheit, Bd. 3, S. 375–383. Zur Rolle Badens vgl. Gall, Der Liberalismus als regierende Partei, S. 216 f.*

getkommission des Abgeordnetenhauses, eine größere Spezialisierung der Ausgabeteil des Staatshaushalts-Etats 1862 zu verlangen. Majorität hält mit Patow diesen Anspruch für begründet.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Wilhelm I. wies Patow noch am 9.2. an, daß Sie in keinerlei Art auf diesen Antrag [Hagen] eingehen dürfen. Vgl. Schultze (Bearb.), Kaiser Wilhelms I. Briefe, Bd. 2, Dok. 321, S. 182 f. Vgl. auch das Votum Roons v. 12.2.1862 in: Rep. 90, Nr. 1378, Bl. 32–33v.

## Nr. 195 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Februar 1862.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [3–4, 6], Bd. 74, Bl. 35–39; MF 435.

Anwesend: von der Heydt [V], Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Falk [zu 3–4], Hoene, Pape [beide zu 6].

1. Stellungnahme zum AH-Antrag auf Einführung der obligatorischen Zivil-Ehe.<sup>1</sup> [B] — 2. Oberpräsident der Provinz Posen, G. v. Bonin, wird sein Entlassungs-Gesuch [...] wahrscheinlich zurücknehmen.<sup>2</sup> — 3. Pensionssache. [B] — 4. Gesetzentwurf<sup>3</sup> betr. den Ansatz der Gerichtskosten bei Nachlaß-Regulierungen angenommen. [B] — 5. Beamtenrecht. Dienst-Einkommen bei zeitweiser Amsenthebung bzw. Beurlaubung.<sup>4</sup> [B] — 6. Gesetzentwurf<sup>5</sup> betr. die Rechts-Verhältnisse der Schiffsmannschaften auf den Seeschiffen angenommen. [B] — 7. Erklärung im AH zur Kurhessische[n] Frage.<sup>6</sup> [B] — 8. Reform der deutschen Bundes-Verfassung. Antwort auf die identische Kollektiv-Note von Österreich und mehreren deutschen Regierungen.<sup>7</sup> [B] — 9. Diplomatische Anerkennung des Königreichs Italien. [B] — 10. Stellungnahme zum AH-Antrag<sup>8</sup> auf Gesetzentwurf betr. Abschaffung der Wucher-Gesetze. [B]

<sup>1</sup> StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 27 (Antrag Aßmann u.a.); dazu Immediatbericht v. 12.2.1862 in: Rep. 84a (M), Nr. 49026, Bl. 100–102v u. 105; vgl. auch Rep. 76, III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 139 Bd. 4.

<sup>2</sup> Immediatbericht v. 10.3.1862 in: Rep. 90, Nr. 540, n.f.; auch Rep. 89, Nr. 13586, Bl. 85–88; vgl. Rep. 77, Tit. 190 Nr. 15 Bd. 3, Bl. 36–66. Bonin hatte sich durch die Verleihung des Charakters Wirkl.GehR in seinen Rechten verletzt gefühlt, da er als ehemaliger Finanzminister den Rang eines Staatsministers reklamierte. Wegen dieser Zurücksetzung hatte er am 26.10.1861 um seine Entlassung gebeten.

<sup>3</sup> Rep. 90a, X VII Nr. 1 Bd. 3, n.f.; vgl. StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 71.

<sup>4</sup> Konkreter Anlaß war der Fall des seit 1859 beurlaubten Marine-Beamten Gaebler, der gegen die verlängerte Maßnahme ein Immediatgesuch v. 4.6.1860 gerichtet hatte. Das Staatsministerium hatte die Frage Wilhelms I. v. 4.7.1861 dilatorisch behandelt: [...] ob ein Beamter sich gegen die zeitweise Enthebung von seinen Geschäften auch wider seinen Willen gefallen lassen müsse, wenn ihm die mit dem Amt verbundenen Einnahmen verbleiben. Auf den erst am 16.3.1862 erstatteten Bericht des Staatsministeriums – eine der letzten Amtshandlungen des Ministeriums der Neuen Ära – antwortete Wilhelm I. am 27.3.1862, daß die seinerzeit erfolgte Verlängerung der Beurlaubung Gaeblers nicht ohne seine Genehmigung hätte erfolgen dürfen. Vgl. Rep. 90, Nr. 957, n.f.

<sup>5</sup> Rep. 89, Nr. 27748; vgl. StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 70. Vgl. Gesetz v. 26.3.1864 in: GS, S. 693.

<sup>6</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1862 I, Verhandlungen v. 14.2.1862, S. 114 f. Vgl. auch Drucks. Nr. 32 und 36.

<sup>7</sup> Die Antwort-Note Preußens v. 12.2., die der Gesandte Werther in Wien an den österr. Außenminister Rechberg am 14.2.1862 übergab, in: Rep. 81, Wien II Nr. 302 Bd. 1, n.f. Vgl. auch APP, Bd. 2/2, Dok. 442–443, S. 574–579; Srbik (Hrsg.), Quellen zur deutschen Politik Österreichs, Bd. 2, Dokumente v. Jan.–Febr. 1862; ferner: Das Staatsarchiv, 2 (1862), Dok. 232, S. 154–156; auszugsweise in: Schulthess Europäischer Geschichtskalender, 3 (1862), S. 29.; Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 98, S. 127 f. Zum Kontext: Srbik, Deutsche Einheit, Bd. 3, S. 375–383.

<sup>8</sup> StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 20, 59 und 67; vgl. Rep. 84a (D), Nr. 5719, Bl. 53–57.

**Nr. 196 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 16. Februar 1862.<sup>1</sup>**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 170–174v, Anlage: Bl. 172–173; MF KR 16.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U], Bernuth [U], Bernstorff [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

**1. Wilhelms I. Wunsch nach Maßnahmen, um verletzenden Äußerungen im Abgeordnetenhaus in Zukunft entgegenzuwirken.<sup>2</sup> [B] — 2. Kurhessische Frage. Wenn in Kurhessen die Ordnung in einem, für die allgemeinen deutschen Interessen und namentlich für die Nachbarstaaten gefährlichem Maße gestört werden sollte, dann könnte ein bewaffnetes Einschreiten Preußens erforderlich werden; es ist auf keinen Fall ein bewaffnetes Einschreiten von seiten einer anderen deutschen Regierung zu dulden. Zugleich wird eine Verständigung mit Österreich gesucht mit dem Ziel, einen gemeinschaftlichen, dem Bundestage vorzulegenden Vorschlag zu unterbreiten.<sup>3</sup> [B] — 3. Diplomatische Anerkennung Italiens. Zunächst soll von der italienischen Regierung eine Erklärung über angemessene moralische Garantien in bezug auf die künftigen Beziehungen von Italien zu Deutschland und Preußen eingefordert werden.<sup>4</sup> [B] — 4. Deutsche Frage. Der AH-Antrag Albrecht<sup>5</sup> entspricht dem Standpunkt der Regierung. Dagegen muß dem Verlangen, die wünschenswerte bundesstaatliche Einigung in Deutschland im gewaltsamen Wege herbeizuführen, entschieden entgegen getreten werden.<sup>6</sup> — 5. Erklärung Bethmann Hollwegs zu einer AH-Interpellation betr. den Erlaß eines Schulkollegiums zum politischen Verhalten von Lehrern.<sup>7</sup> [B]**

<sup>1</sup> Diese KR-Sitzung war kurzfristig von Wilhelm I. einberufen worden; vgl. Schultze (Bearb.), *Kaiser Wilhelms I. Briefe*, Bd. 2, Dok. 322, S. 183.

<sup>2</sup> Anlaß war die AH-Debatte über die Kurhessische Frage v. 14./15.2.; vgl. *StenBerAH, Session 1862 I, Verhandlungen v. 15.2.1862, vor allem S. 138–142.*

<sup>3</sup> Vgl. APP, Bd. 2/2, Dok. 444, S. 579 f. Ferner die AH-Resolution v. 15.2.1862, mit der eine eigenständige preußische Intervention in Kurhessen gefordert wurde, in: Huber (Hrsg.), *Dokumente*, Bd. 2, Dok. 119, S. 168; Ringhoffer (Hrsg.), *Im Kampfe für Preußens Ehre. A. v. Bernstorff*, S. 461–463. Zum Kontext: Srbik, *Deutsche Einheit*, Bd. 3, S. 403 f.; Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 3, S. 443 f.

<sup>4</sup> Vgl. APP, Bd. 2/2, Dok. 444, S. 580 f. und Dok. 447, S. 587–590. Ferner *StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 40 und 75.* Zum Kontext: Srbik, *Deutsche Einheit*, Bd. 3, S. 388 f.

<sup>5</sup> Dieser liegt dem KR-Protokoll als Anlage bei (Bl. 172–173); vgl. *StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 38*; vgl. ferner *Drucks. Nr. 37.*

<sup>6</sup> Vgl. APP, Bd. 2/2, Dok. 444, S. 581.

<sup>7</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 41.*

**Nr. 197 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Februar 1862.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [3], Bd. 74, Bl. 40–41; MF 435.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [V], Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 3 und 5, 3 U], Hegel [zu 3, U].*

1. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. eine Abänderung des Gesetzes *über die Gemeinheitsteilungs-Ordnung 1850*<sup>2</sup> und der Rheinischen Gemeinheitsteilungs-Ordnung 1851 wird genehmigt. [B] — 2. Ernennung. [B] — 3. Disziplinarsache. [B] — 4. *Etat 1862 und Antrag Hagen. Über die Frage wegen einer größeren Spezialisierung des zu publizierenden Staatshaushalts-Etats findet eine längere Diskussion statt*<sup>3</sup>; vertagt. — 5. *Eherechtsreform. Im Sinne Wilhelms I. soll zur AH-Forderung nach Einführung der obligatorischen Zivil-Ehe bzw. zur Beseitigung einiger Eehindernisse eine dilatorische Erklärung abgegeben werden.*<sup>4</sup> [B] — 6. Gesetzentwurf<sup>5</sup> über die Aktien-Gesellschaften wird genehmigt. [B]

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 35.*

<sup>2</sup> *Im Protokoll steht hier: 5. März 1810; dieses Datum des Gesetzes ist mit Bleistift überschrieben: 2.3.1850. Vgl. GS 1850, S. 139.*

<sup>3</sup> *Vgl. dazu und zum Votum Roons v. 12.2.1862 das Votum Bernuths v. 22.2.1862 in: Rep. 90, Nr. 1378, Bl. 36–39v.*

<sup>4</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 29. Wilhelms I. Ablehnung der obligatorischen Zivil-ehe in: Schultze (Bearb.), Kaiser Wilhelms I. Briefe, Bd. 2, Dok. 320, S. 181.*

<sup>5</sup> *Entwurf konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

## Nr. 198 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Februar 1862.

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 42–43v; MF 435/436.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [V], Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon [zu 1–6], Bernuth, Bernstorff [zu 1–6]. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. Jacobi, W. v. Kehler, Noah, F. H. Sydow [alle zu 7].*

1. *Strafrechtliches Verfahren gegen Herausgeberin der Tagebücher von K. A. Varnhagen von Ense*<sup>1</sup> wegen Majestätsbeleidigung. [B] — 2. *Zulassung von Juden zu Richter-Ämtern ist von Wilhelm I. abgelehnt worden.*<sup>2</sup> — 3. *Polemik zwischen der Berliner Allgemeinen Zeitung und der Volkszeitung.*<sup>3</sup> — 4. *Ernennung.* [B] — 5. *Bundesreform. Festhalten am bisherigen Standpunkt.* [B] – *Besprechungen der Italienischen Frage, des Standes der Verfassungswirren in Kurhessen sowie der daran sich knüpfenden Eventualitäten und der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit.* — 6. *Etat 1862 und Antrag Hagen. Erklärung gegenüber der Budgetkommission*<sup>4</sup> des Abgeordnetenhauses über die verlangte Spezialisierung der Positionen des Staatshaushalts-Etats. [B] *Nach Roon kann dem Abgeordnetenhaus die Befugnis, einseitig und endgültig Abänderungen in der Fassung und Form des Staatshaushalts-Etats vorzunehmen, ohne Genehmigung des Staatsministeriums nicht zugestanden werden.* — 7. *Verwaltungsgerichtsbarkeit. Gesetzentwurf von 1861 betr. Abänderung der Gesetze über die Zulässigkeit des Rechtswegs bei polizeilichen Verfügungen von 1842 sowie über die Polizei-Verwaltung von 1850*<sup>5</sup> *soll nun reproduziert werden, nicht dagegen der Gesetz-*

<sup>1</sup> *[Assing, Ludmilla (Hrsg.), Aus dem Nachlaß Varnhagens von Ense. Tagebücher von K. A. Varnhagen von Ense, Bd. 1 und 2, Leipzig 1861. Der Fall ist dokumentiert in: Houben, Heinrich H., Verbotene Literatur, Bd. 1, 2. Aufl., Dessau 1925, S. 595–605, bes. S. 600f. Zum Verbotsverfahren vgl. auch Gatter, Nikolaus, „Gift, geradezu Gift für das unwissende Publicum.“ Der diaristische Nachlaß von Karl August Varnhagen von Ense und die Polemik gegen Ludmilla Assings Editionen (1860–1880), Bielefeld 1996, S. 356–371.*

<sup>2</sup> *Vgl. Marginal-Dekret Wilhelms I. v. 22.2. zum Immediatbericht v. 21.2.1862 in: Rep. 90, Nr. 499, Bl. 200; auch Rep. 84a (D), Nr. 11947, Bl. 199.*

<sup>3</sup> *Vgl. dazu Immediatbericht des Minr.dI v. 25.2.1862 mit Randbemerkungen Wilhelms I. in: Rep. 77, Tit. 864 Nr. 24a Bd. 1, Bl. 139–152v.*

<sup>4</sup> *Vgl. Rep. 169 C, 4 Nr. 10a Bd. 13.*

<sup>5</sup> *Vgl. Gesetz v. 11.5.1842 in: GS, S. 192; Gesetz v. 11.3.1850 in: GS, S. 265. Zum Gesetzentwurf vgl. StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 102 und 105.*

entwurf betr. Konflikte bei gerichtlichen Verfolgungen wegen Amts- und Diensthandlungen von 1854.<sup>6</sup> [B]

<sup>6</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 323, n.f. (Voten). Gesetz v. 13.2.1854 in: GS, S. 86. Vgl. auch Loening, Gerichte und Verwaltungsbehörden, S. 262–286.

## Nr. 199 Sitzung des Staatsministeriums am 1. März 1862.

Reinschr., Bd. 74, Bl. 44–45v; MF 436.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [V], Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Frantz [zu 1], Friedberg [zu 4], Meinecke [zu 3], Noah [zu 2], R. Philipsborn [zu 3].

1. Entwurf<sup>1</sup> eines neuen Paßgesetzes angenommen. [B] — 2. Verhältnisse der Mennoniten und Quäker; *Gesetzentwurf geplant, um die bisher geübte Toleranz aufrechtzuerhalten.*<sup>2</sup> [B] — 3. *Gesetzentwurf*<sup>3</sup> betr. Aufhebung des Orts-Briefbestellgeldes und Abänderung des Brief-Porto-Tarifs. — 4. *Beratung des Gesetzentwurfs zur Ministeranklage im Herrenhaus.*<sup>4</sup> [B] — 5. Zulassung der Juden zu Richterämtern. *Nach ablehnendem Bescheid Wilhelms I. wird mehrheitlich beschlossen, den früheren Antrag erneut einzureichen.*<sup>5</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 77.

<sup>2</sup> Vgl. Antrag auf Vorlegung eines solchen Gesetzes in: StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 72.

<sup>3</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 42. Vgl. Gesetz v. 16.9.1862 in: GS, S. 315.

<sup>4</sup> Vgl. HH-Kommissionsbericht v. 25.2.1862 in: StenBerHH, Session 1862, Drucks. Nr. 14; dazu Verhandlungen vom 4.–6.3.1862, S. 36–38, 48 f. und 69–83. Der modifizierte Gesetzentwurf wurde im HH am 6.3.1862 mit 83 gegen 38 Stimmen angenommen. Vgl. ferner Rep. 169 C, 66 Nr. 3 Bd. 2, Bl. 70–185. Vgl. Hahn, Ministerial Responsibility, S. 21–23.

<sup>5</sup> Vgl. Immediatbericht der Majorität des Staatsministeriums v. 4.3. und Minoritäts-Votum (von der Heydt, Roon, Bernstorff) v. 6.3.1862 in: Rep. 84a (D), Nr. 11947, Bl. 208–215v und 217–217v.

## Nr. 200 Sitzung des Staatsministeriums am 3. März 1862.

Reinschr. mit vollz. Reinschr.<sup>1</sup>, Bd. 74, Bl. 46–46ev; Anlage: Bl. 46f–46g; MF 436. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2398, Bl. 79–86v.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [V], Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Hegel [U].

Weitere Teilnehmer: Eck, Friedberg, Lehnert, H. Frh. v. Lentz, Ribbeck, Schuhmann, Stiehl.

Ausführungsgesetz zum Art. 26 der Verfassung 1850 – Entwurf<sup>2</sup> des Unterrichts-Gesetzes. *Beratung des ersten Abschnitts über niedere Schulen sowie insbesondere der 24 Fragen, die in Vorberatungen der Minister-Kommissare<sup>3</sup> aufgeworfen worden sind; vertagt.* [B]

<sup>1</sup> Weiteres, ausführlicheres Protokoll unterzeichnet von: von der Heydt, Bethmann Hollweg, Roon und Bernstorff.

<sup>2</sup> Rep. 90, Nr. 2397, Bl. 239–257 und Bl. 259–292v (Motive); ebd. auch Voten der Minister. Vgl. ferner: Die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Unterrichtswesens in Preußen. Vom Jahre 1817 bis 1868. Aktenstücke und Erläute-

---

rungen aus dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, Berlin 1869, S. 200 ff. Zum Kontext vgl. Clausnitzer und Rosin, *Geschichte des preußischen Unterrichtsgesetzes*, S. 214 f.

<sup>3</sup> Protokolle dieser Vorberatungen v. 3.–18.2.1862 in: *Rep. 90, Nr. 2398, Bl. 33–59v.*

### **Nr. 201 Sitzung des Staatsministeriums im Herrenhaus (Ministerzimmer) am 5. März 1862.**

*Reinschr. mit vollz. Reinschr.*<sup>1</sup>, *Bd. 74, Bl. 47–48k; MF 436.* — *Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2398, Bl. 87–93.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Patow [teilw.], Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff.* — *Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Eck, H. Frh. v. Lentz, Ribbeck, Schuhmann, Stiehl, Wiese.*

*Fortsetzung der Beratung des Unterrichts-Gesetzentwurfs. Artikel 22 und 25 der Verfassung sind zu ändern. [B] Abschnitt über höhere Schulen<sup>2</sup> behandelt; vertagt. [B]*

---

<sup>1</sup> Weiteres, ausführlicheres Protokoll unterzeichnet von: von der Heydt, Bethmann Hollweg, Roon und Bernstorff.

<sup>2</sup> §§ 162–201 des Entwurfs: *Rep. 90, Nr. 2398, Bl. 7–24v (inkl. Motive).*

### **Nr. 202 Sitzung des Staatsministeriums im Abgeordnetenhaus (Ministerzimmer) am 6. März 1862.**

*Reinschr. mit vollz. Reinschr.*<sup>1</sup>, *Bd. 74, Bl. 49–49d; MF 436.* — *Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2398, Bl. 94–98.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [V], Bethmann Hollweg, Schwerin [teilw.], Bernstorff.* — *Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Eck, Lehnert, H. Frh. v. Lentz, Ribbeck.*

*Fortsetzung der Beratung des Unterrichts-Gesetzentwurfs. Der Abschnitt über die Universitäten<sup>2</sup> soll nicht in dem Gesetzentwurf aufgenommen werden, da er im wesentlichen nur den bestehenden Zustand reproduziert und da Artikel 26 der Verfassung 1850 hier nicht zwingend zutrifft.<sup>3</sup> [B]*

---

<sup>1</sup> Weiteres, ausführlicheres Protokoll unterzeichnet von anwesenden Ministern mit Ausnahme Schwerins sowie: Gelesen [U]: Roon.

<sup>2</sup> *Rep. 90, Nr. 2398, Bl. 67–75.*

<sup>3</sup> Mit dieser Sitzung war der gesamte Gesetzentwurf inkl. der Entwürfe zur Abänderung der Art. 22 und 25 der Verfassung sowie der Motive vom Staatsministerium angenommen; vgl. *Rep. 90, Nr. 2398, Bl. 100–170*; vgl. auszugsweise zum Schulwesen auch Huber, Ernst Rudolf u. Huber, Wolfgang (Hrsg.), *Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts*, Bd. 2, Berlin 1976, Dok. 38, S. 83–85. Die Vorlagen wurden indes ein Opfer des politischen Wechsels vom März 1862: Der neue Kultusminister Mühler hielt die Einbringung der Gesetzentwürfe im Landtag für untunlich und behielt sich vor, sie zu geeigneter Zeit wieder in Anregung zu bringen. Vgl. *Rep. 90, Nr. 2398, Bl. 99–99v (Mühler an Hohenlohe-Ingelfingen v. 24.4.1862)*. Vgl. ferner: *Die Gesetzgebung auf dem Gebiete des Unterrichtswesens in Preußen 1817–1868*, S. 275.



**Nr. 203 Sitzung des Staatsministeriums am 7. März 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 51–55v; MF 436. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1378, Bl. 41–46.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Stellung zum AH-Beschluß v. 6. März betr. Etatentwurf 1862, hier: Verlangen nach Vermehrung der Titel bzw. Spezialisierung (Antrag Hagen).<sup>1</sup> Patow hält die praktischen Konsequenzen des Beschlusses für gering; eine Schmälerung der Rechte der Krone liegt nicht vor; der Beschluß ist kein plausibler Grund zur Auflösung des AH. Roon bewertet die materielle Bedeutung des Beschlusses nicht so gering, da der König in der Disposition über die Armee wesentlich beschränkt wird. Schwerin wie die Mehrheit der Minister sehen die prinzipielle und politische Bedeutung des Beschlusses darin, daß das AH seine Macht der Regierung gegenüber zur Geltung zu bringen beabsichtigt. Schwerin plädiert für Auflösung des AH, da bei dem jetzigen Landtag keine Aussicht auf das Zustandekommen wichtiger Gesetze besteht. Der Beschluß bedeutet für von der Heydt eine Niederlage der Regierung; durch längeres Zaudern und Nachgeben ist nichts zu gewinnen; vielmehr muß die Regierung jetzt ihre Kraft durch eine Tat an den Tag lege[n] und sofort zur Auflösung des AH schreiten. Pückler und Bethmann Hollweg plädieren zugleich für eine Neugestaltung des an einem inneren Zwiespalt leidenden Staatsministeriums. Dem König wird entweder die Entlassung des Ministeriums oder die Auflösung des Abgeordnetenhauses empfohlen.<sup>2</sup> [B]*

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1862 I, Verhandlungen v. 6.3.1862, S. 273–300 (Abstimmung über Antrag Hagen: S. 299 f.); ferner Drucks. Nr. 65 (Kommissionsbericht zum Antrag Hagen v. 1.3.1862); Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 39, S. 40. Zu den Motiven der Abgeordneten, die dem Antrag Hagen zugestimmt hatten, vgl. ihre Erklärung v. 12.3.1862 in: Parisius, Deutschlands politische Parteien, S. 53 f. – Anlässlich der Beratung des Antrags Hagen in der AH-Budgetkommission hatte Wilhelm I. bereits am 9.2.1862 Patow angewiesen, darauf in keinerlei Art einzugehen. Am 6.3., nach Annahme des Antrags Hagen, sprach Wilhelm I. gegenüber Patow vom Ernst des Moments und daß die Auflösungsfrage des AH nun in den Vordergrund rücke. Vgl. Schultze (Bearb.), Kaiser Wilhelms I. Briefe, Bd. 2, Dok. 321 und 324, S. 182 f. und 184. Vgl. hierzu Löwenthal, Fritz, Der preußische Verfassungskonflikt 1862–1866, München, Leipzig 1914, S. 70–72. Bergsträsser, Ludwig, Kritische Studien zur Konfliktzeit, in: Historische Vierteljahrschrift, 19 (1919/20), S. 346–376, hier S. 362–368; Kaminski, Verfassung und Verfassungskonflikt, S. 61 f.; ferner Hahndorff, Das Budgetrecht in den Verhandlungen des Preußischen Landtags, S. 69–74; zum Kontext: Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 225 f.*

<sup>2</sup> *Zu dieser Sitzung vgl. auch Börner, Die Krise der preußischen Monarchie, S. 164; Helfert, Der preußische Liberalismus und die Heeresreform, S. 231 f.*

**Nr. 204 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 8. März 1862.**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 176–179v; MF KR 16/17.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [U], Patow [U], Pückler [U], Bethmann Hollweg [U], Schwerin [U], Roon [U], Bernuth [U], Bernstorff [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

*Auflösung des Abgeordnetenhauses oder Ministerwechsel nach Annahme des Antrags Hagen. von der Heydt hält ein ferneres Zusammenwirken mit dem AH nicht für tunlich und deshalb entweder die Entlassung des gegenwärtigen Ministeriums oder die Auflösung des Abgeordnetenhauses für*

geboten. *Patow erachtet die materielle Seite des AH-Beschlusses v. 6. März von geringer Wichtigkeit; doch das feindselige Verhalten des AH ist allerdings dazu geeignet, die Maßregel der Auflösung zu rechtfertigen. Da Neuwahlen aber kaum bessere Resultate bringen, soll zunächst dem AH Gelegenheit zur Revision des Beschlusses gegeben werden. Bernuth, Pückler und Bethmann Hollweg schließen sich dem an; Bethmann Hollweg hält zudem eine Neugestaltung des Ministeriums für notwendig. Roon widerspricht den Ansichten Patows: Das AH tendiert dazu, die Macht des Parlaments zu erhöhen und die Macht der Krone zu schwächen; daher sofortige Auflösung des AH. Bernstorff und von der Heydt stimmen dem zu, denn mit dem AH ist nicht zu regieren. Wilhelm I. erklärt sich mit der Auflösung einverstanden; doch entspricht es konstitutionellen Prinzipien, daß zunächst das Ministerium seine Entlassung nachsucht und dann erst mit der Zurückweisung dieses Gesuchs die Auflösung des AH angeordnet werden kann.* [B] Von mehreren Seiten, namentlich von Bethmann Hollweg, wird ein Mangel an Einigkeit im Ministerium angesprochen; notwendig ist daher auch eine Verständigung über die künftigen Grundsätze der Regierung über ein festes Programm.

### Nr. 205 Sitzung des Staatsministeriums am 8. März 1862.

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 56–56v; MF 436.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Patow, Pückler, Bethmann Hollweg, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

[1.] *Immediatbericht*<sup>1</sup> genehmigt, in welchem sämtliche Herrn Minister ihre Entlassung nachsuchen. [B] — [2.] *Bedeutung einer vorzeitigen Auflösung des Abgeordnetenhauses für die Disposition einzelner Ministerien über* extraordinären Ausgabefonds.

<sup>1</sup> *Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 80–80v (vollz. Entwurf); Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 150–151 (Ausfertigung). Der Immediatbericht war auch von Auerswald unterschrieben worden.*

### Nr. 206 Sitzung des Staatsministeriums am 9. März 1862.

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 57–57v; MF 436. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 82–83.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [V], Patow, Pückler, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*AH-Auflösung und Ministerwechsel. Mitteilung über Wilhelms I. Ordre vom heutigen Tage, daß er das Entlassungs-Gesuch des Staatsministeriums vom 8. März abgelehnt hat und nun den Vorschlag erwartet, das Abgeordnetenhaus aufzulösen.*<sup>1</sup> *Die Ausführung der Auflösungs-VO soll bis zum 11. März ausgesetzt werden, weil das Staatsministerium über weitere erforderlich erscheinenden Maßregeln beraten will.*<sup>2</sup> [B] – *Mitteilung über Bethmann Hollwegs Gesuch auf Entlassung.*<sup>3</sup>

<sup>1</sup> *KO v. 9.3.1862 in: Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 81; vgl. auch Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 152.*

<sup>2</sup> *Dies wurde Wilhelm I. mündlich durch von der Heydt in einer für den Kronprinzen irritierenden Weise mitgeteilt; vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 130 f. Darüber und generell wegen der AH-Auflösung und des Rücktrittangebots des Staatsministeriums geriet der Kronprinz, den Altliberalen um Patow nahestehend, in Konflikt mit Wilhelm I., der seinem Sohn fortan politische Zurückhaltung auferlegte. Und von der Heydt empfahl in einem vertraulichen Immediatschreiben v. 9.3.1862, daß der Kronprinz an der Sitzung am 10.3. nicht teilnehmen sollte. Vgl. Rep. 92 (M),*

von der Heydt, Nr. 31; Schultze (Hrsg.), *Max Duncker. Politischer Briefwechsel, Dok. 408, S. 322 f.*; ferner Zechlin, *Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 226–228.*

<sup>3</sup> Vgl. Schreiben Bethmanns an von der Heydt v. 9. und 10.3.1862 in: *BPH, Rep. 192, von der Heydt, Nr. 2*; ferner Notizen des Kronprinzen v. 9.3.1862 in: *Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 130 f.*

## Nr. 207 Sitzung des Staatsministeriums am 10. März 1862.

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 58–59; MF 436.*

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Auerswald [V], von der Heydt, Patow, Pückler, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

1. Wilhelms I. Genehmigung zur Aussetzung der Auflösung des AH bis zum 11. März.<sup>1</sup> — 2. Darlegung der Gründe im AH, warum das Staatsministerium die Auflösung empfohlen hat; gleichzeitig Vertagung des HH.<sup>2</sup> [B] — 3. Kontroverse über weitere Maßnahmen, um bei den anstehenden Neuwahlen zum AH einen guten Erfolg zu erreichen.<sup>3</sup> — 4. Entlassungsgesuch Bethmann Hollwegs befürwortet; Schwerin übernimmt interimistisch die obere Leitung des Kultusministeriums.<sup>4</sup> [B]

<sup>1</sup> VO betr. Auflösung des AH und Vertagung des HH v. 11.3.1862 in: *Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 2, Bl. 36*; vgl. *StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 94*; auch in: *MinBl. innere Verwaltung, S. 49.*

<sup>2</sup> Entwurf der Ansprache von der Heydts im AH v. 11.3. mit Randbemerkungen Wilhelms I. in: *BPH, Rep. 51 J Nr. 263 [Mappe 1, Bl. 16–19]*. Vgl. *StenBerAH, Session 1862 I, Verhandlungen v. 11.3.1862, S. 301 f.*; *StenBerHH, Session 1862, Verhandlungen v. 11.3.1862, S. 85*; ferner: *Die innere Politik der Preußischen Regierung von 1862 bis 1866. Sammlung der amtlichen Kundgebungen und halbamtlichen Äußerungen, Berlin 1866, Dok. 5, S. 7 f.*

<sup>3</sup> Vgl. *Immediatbericht v. 10.3.1862*; vollz. Entwurf in: *Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 84–85*; Ausfertigung: *Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 153–154*; Unter anderem kündigten die Minister darin Vorschläge von großer Bedeutung an, daß es indes nicht geringe Schwierigkeiten gebe, darüber eine Einigung im Schoße des Staatsministeriums herbeizuführen, was möglicherweise einzelnen Mitgliedern des Staatsministeriums das Ausscheiden aus ihren Ämtern zur gebieterischen Pflicht machen könnte.

<sup>4</sup> Wilhelm I. hatte zunächst das Entlassungsgesuch Bethmann Hollwegs erregt zurückgewiesen, weil dieser die VO zur Auflösung des AH nicht gegenzeichnen wollte. Die Entlassung Bethmanns erfolgte mit KO v. 10.3.1862; vgl. *Rep. 90, Nr. 894, Bl. 57–60*; *Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 155–155v*. Vgl. ferner *Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 130 f.*

## Nr. 208 Sitzung des Staatsministeriums am 12. März 1862.

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 60–61; MF 436.*

Anwesend: Wilhelm I. [eingangs, V], Hohenlohe-Ingelfingen [V zu 1–4], Auerswald, von der Heydt, Patow, Pückler, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Wulfshein [zu 1].

(Einführung des zum interimistischen Präsidenten<sup>1</sup> des Staatsministeriums ernannten Prinz Adolph zu Hohenlohe-Ingelfingen durch Wilhelm I., der sodann seinen Erlaß<sup>2</sup> v. 11.3.1862 an das Staats-

<sup>1</sup> Die Ernennung war am 11.3.1862 erfolgt; vgl. *Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 86 und Bl. 87*; ferner *Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 157 und 158*; vgl. auch *MinBl. innere Verwaltung, S. 50*. Zur Art und Weise, wie Wilhelm I. dem Staatsministerium den neuen Minister-Präsidenten präsentierte, vgl. seine Ankündigung v. 11.3. in: *Schultze (Bearb.), Kaiser Wilhelms I. Briefe, Bd. 2, Dok. 328, S. 185 f.*; ferner *Wilhelms I. Handschreiben an Auerswald v. 11.3.* in: *Rep. 92, NL Auerswald Nr. 16, n.f.* – Nach Aufzeichnung des Kronprinzen war die Berufung Hohenlohe-Ingelfingens zum „Stellvertreter fürs

ministerium verliert und die Sitzung verläßt.) — **1.** AH-Wahl 1862. Festsetzung der Wahltermine auf den 24. April und 5. Mai. [B] — **2.** Wilhelms I. Wunsch zurückgewiesen, eine Proklamation an das Volk zu erlassen.<sup>3</sup> Der gegenwärtige Zeitpunkt zum Erlaß einer solchen Proklamation ist nicht geeignet; vorher sollte eine Reorganisation des Ministeriums und die Aufstellung eines festen, nicht nur Grundsätze, sondern Handlungen und Maßregeln enthaltenden Programms vorangehen. [B] — **3.** Kontroverse über Neugestaltung des Ministeriums. Patows Antrag einstimmig genehmigt, daß sowohl die Majorität als auch die Minorität des Staatsministeriums ein bestimmtes Programm aufstellen sollen. [B] — **4.** Frage, ob die am 11. März erfolgte Vertagung des HH rechtlich einer Schließung des LT gleichzustellen ist oder nicht; vertagt.

Ministerpräsidium“ wegen der längeren Erkrankung Hohenzollern-Sigmaringens und Auerswalds bereits in der Sitzung am 12.2.1862 erwogen worden. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 128. – Hohenzollern-Sigmaringen blieb nominell weiterhin MinPräs., und Hohenlohe-Ingelfingen ging von Anfang an davon aus, daß er lediglich kommissarisch, auf zwei bis drei Monate, dieses Amt ausfüllen wird. Vgl. so sein Schreiben an Wilhelm I. v. 12.3.1862 in: Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 159.

<sup>2</sup> Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 89–90v (eigenhändig); vgl. Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 221–221v; Rep. 92 (M), von der Heydt, Nr. 24; gedr. in: Ringhoffer (Hrsg.), Im Kampfe für Preußens Ehre. A. Gf. v. Bernstorff, S. 516–518.: Wilhelm I. bezog sich auf den Immediatbericht v. 9.3., in dem der Rücktritt der altliberalen Minister angedeutet worden war, wenn keine Einigung auf ein Programm in ihrem Sinne erfolgen sollte. Im eigenhändigen Erlaß v. 11.3., der einem Regierungsprogramm glich, legte Wilhelm I. seine Ansichten über die jetzige Krisis des Staatslebens dar, deren Ursache er in der vom Staatsministerium versäumten Beeinflussung der AH-Wahl 1861 sah, so daß mehrheitlich Abgeordnete gewählt worden seien, die eine parlamentarische Regierung durchsetzen und die königliche Macht einschränken wollten. Das allernächste Hauptaugenmerk für das Staatsministerium sei daher die gesetzliche Beeinflussung der anstehenden Neuwahlen, zumal auf dem Felde der Legislative jetzt die Ruhe einzutreten habe. Soweit die Minister dem zustimmten, wollte Wilhelm I. daher keinen Grund sehen, warum mit einzelnen Austritts-Möglichkeiten gegen mich vorgegangen werden sollte.

<sup>3</sup> Es handelte sich um einen kurzfristig von Max Duncker i.A. Schwerins ausgearbeiteten Entwurf für ein kgl. Regierungsprogramm v. 12.3.1862; vgl. Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 92–95. Vgl. in diesem Kontext auch Wilhelms o.g. Ordre an das Staatsministerium v. 11.3.1862.

## Nr. 209 Sitzung des Staatsministeriums am 14. März 1862.

Reinschr., Bd. 74, Bl. 62–62v; MF 436.

Anwesend: Hohenlohe-Ingelfingen [V], Auerswald, von der Heydt, Patow, Pückler, Schwerin, Roon, Bernuth, Bernstorff. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

[1.] Regierungs-Programme der Majorität (Auerswald, Patow, Pückler, Schwerin, Bernuth) und der Minorität (von der Heydt, Roon, Bernstorff), die zusammen mit einem Immediatbericht Wilhelm I. vorgelegt werden sollen.<sup>1</sup> — [2.] AH-Wahl. Wahltermine bestätigt. — [3.] Frage, ob die am

<sup>1</sup> Vgl. Denkschrift der Minorität v. 13.3. und der Majorität v. 14.3.1862 zusammen mit Randnotizen Wilhelms I. v. 15.3. in: Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 168–179v; Abschriften in: Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 98–107; Rep. 92 (M), von der Heydt, Nr. 25, Bl. 3–10; Rep. 92, NL Auerswald Nr. 13, n.f.; gedr. auszugsweise in: Ringhoffer (Hrsg.), Im Kampfe für Preußens Ehre. A. Gf. v. Bernstorff, S. 519–528. Immediatbericht des Staatsministeriums v. 14.3.1862 zus. mit Randbemerkung Wilhelms I. v. 15.3. in: Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 97–97v (vollz. Konzept); Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 161–161v (Ausfertigung); Rep. 92 (M), von der Heydt, Nr. 25, Bl. 2–2v. – Die Verfasser der jeweiligen Denkschriften hatten für den Fall der Nichtanerkennung ihres Programms durch Wilhelm I. ihren Rücktritt erklärt. Wilhelm I. machte davon Gebrauch und erklärte im Erlaß an Hohenlohe-Ingelfingen v. 17.3.1862: Ich habe aus den [...] Denkschriften ersehen, daß über mehrere wichtige Fragen Meinungsverschiedenheiten im Schoße des Staatsministeriums bestehen, welche eine Veränderung in der gegenwärtigen Zusammensetzung desselben zu meinem Bedauern unvermeidlich machen. Und: Die Ansichten von der Heydts, Roons und Bernstorffs beruhten auf seinen Regierungsgrundsätzen v. 8.11.1858, die auch in Zukunft zu verfolgen seien. Die Minister der Majoritäts-Denkschrift seien daher mit dem heutigen Tag entlassen und an ihrer Stelle ernannt: Izenplitz, Müller, zur Lippe und Jagow, während von der Heydt das FinMinm. übernehmen und das Amt des Handelsministers interimistisch verwalten solle. Parallel dazu verfaßte Wilhelm I.

11. März erfolgte Vertagung des HH rechtlich einer Schließung des Landtags gleichkommt, ist der Zukunft vorzubehalten. [B] — [4.] Budgetrecht, *rechtzeitige Etat-Vorlage*. Patows Wunsch, daß die Gesetzentwürfe über den Staatshaushalts-Etat für 1862 und für 1863 zusammen dem neu einzu-berufenden AH vorgelegt werden, damit das den Etat feststellende Gesetz in Zukunft schon vor Beginn des Etat-Jahres zustande gebracht wird.<sup>2</sup>

*eigenhändig eine Art Regierungsprogramm für das neue Staatsministerium, wozu er im Schreiben an Hohenlohe-Ingelfingen v. 29.3.1862 auch seine Randbemerkungen zu den beiden Denkschriften gezählt wissen wollte. Entsprechende KO in: Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 109–116; Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 162–167 (Entwürfe, Abschr.); Rep. 92 (M), von der Heydt, Nr. 26. Der regierungsprogrammatische Erlaß Wilhelms I. v. 17.3. gedr. in: Ringhoffer (Hrsg.), Im Kampfe für Preußens Ehre. A. Gf. v. Bernstorff, S. 528 f. Die Umbildung der Regierung hatte entscheidend in den Händen von der Heydts gelegen; vgl. Schreiben Hohenlohe-Ingelfingens v. 15.3. und das von der Heydts v. 16.3.1862 in: BPH, Rep. 192, von der Heydt, Nr. 4, Bl. 13–13v; Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 108–108v. Vgl. auch Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 132 f. – Die Einführung des neuen Staatsministeriums fand am 18.3.1862 durch Wilhelm I. statt; vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 132; Hohenlohe-Ingelfingen, Prinz Kraft zu, Aus meinem Leben. Bd. 2, Berlin 1906, S. 305; Schreiben Hohenlohe-Ingelfingens v. 18.3.1862 in: Rep. 92, NL Auerswald Nr. 12, n.f. Danach ließ Wilhelm wegen der Erinnerung an den 18. März 1848 die Entlassungs- und Ernennungsurkunden der Minister auf den 17.3. datieren. – Zu den Denkschriften und zum Regierungswechsel vgl. Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 228–230; Helfert, Der preußische Liberalismus, S. 234–236.*

<sup>2</sup> Zu dem andauernden Problem der rechtzeitigen Feststellung der Etatgesetze vgl. Hahndorff, Das Budgetrecht in den Verhandlungen des Preußischen Landtags, S. 59–62.

## Nr. 210 Sitzung des Staatsministeriums am 19. März 1862.

Reinschr., Bd. 74, Bl. 63–63v; MF 436.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenlohe-Ingelfingen [V], von der Heydt<sup>1</sup>, Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler<sup>2</sup>, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

1. AH-Wahl. Veröffentlichung einer Allerhöchsten Ordre an das Staatsministerium v. 19. März.<sup>3</sup> [B] — 2. Pressepolitik. Leitung des mit dem Staatsministerium bislang verbundenen Literarischen Bureaus wird dem Innenministerium unterstellt.<sup>4</sup> [B] — 3. Mitwirkung bei der Leitung der Verwaltung des Staatsschatzes wird Hohenlohe-Ingelfingen übertragen.<sup>5</sup> [B]

<sup>1</sup> Von der Heydt war mit der Entlassung Patows das Amt des Finanzministers mit KO v. 17.3.1862 übertragen worden, während er die Leitung des Handelsministerium bis zur Neubesetzung interimistisch weiterführen sollte. Vgl. Rep. 90, Nr. 895, n.f.

<sup>2</sup> Ernennung zum Kultusminister war mit KO v. 17.3.1862 erfolgt; die Geschäfte übernahm Mühler am 19.3. Vgl. Rep. 90, Nr. 894, Bl. 63–64.

<sup>3</sup> Die KO v. 19.3.1862 enthielt zugleich Wilhelms I. allgemeine Regierungsgrundsätze; vgl. Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 118 bis 119v; auch Rep. 90a, D I 1 Nr. 1, Bl. 4–4v; gedr. in: Die innere Politik der Preußischen Regierung, Dok. 7, S. 9 f. – Mit diesem Allerh. Erlaß v. 19.3. wurde zugleich die Ansprache Wilhelms an das Staatsministerium v. 8.11.1858 veröffentlicht; vgl. Aktennotiz in: Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 75; Druck-Expl. in: Rep. 90, Nr. 111, n.f.; Rep. 77, Tit. 496a Nr. 104 Bd. 1, Bl. 27–28v. Diese Druckzettel sollten zur bevorstehenden AH-Wahl in allen Städten und Landkreisen verteilt werden; vgl. den Erlaß des Innenministers v. 22.3.1862 in: Ebd., Bl. 29–32. – Die Ansprache Wilhelms I. v. 8.11.1858 war bereits veröffentlicht worden in: Materialien zur Geschichte der Regentschaft in Preußen, Berlin 1859, S. 58–61; Preußischer Staats-Kalender für das Jahr 1861, S. LI–LIV; ferner in: Staatsarchiv, 2 (1862), Dok. 253, S. 218–222.

<sup>4</sup> KO v. 19.3.1862 in: Rep. 90a, B III 4h Nr. 1, Bl. 77. Vgl. Fischer-Frauentdienst, Irene, Bismarcks Pressepolitik, Münster 1963, S. 30.

<sup>5</sup> KO v. 19.3.1862 in: Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 219v.

**Nr. 211 Sitzung des Staatsministeriums am 21. März 1862.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 74, Bl. 64–69; MF 436/437.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenlohe-Ingelfingen [V], von der Heydt, Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Wulfshein [zu 1].*

**1.** Dreiklassenwahlrecht. Trotz Unstimmigkeiten zwischen der Wahl-VO v. 30.5.1849 und dem Wahl-Reskript v. 18.6.1849 über die Bildung der drei Wähler-Abteilungen nach Steuerleistung ist eine Abänderung derzeit nicht opportun.<sup>1</sup> [B] — **2.** Reduktion des Zinssatzes für Staats-Anleihen von 4,5 auf 4 %. [B] — **3.** Zwei Titelverleihungen. [B] — **4.** Abgeordnetenhaus-Wahl. Verfügung des Innenministers an die Oberpräsidenten wird genehmigt.<sup>2</sup> [B] — **5.** Bildung der Urwahlbezirke. Roon wünscht keine Zersplitterung der dem Militärstande angehörenden Urwähler.

<sup>1</sup> Zum Wahlrecht vgl. GS 1849, S. 205; ferner Schilfert, Gerhard, Sieg und Niederlage des demokratischen Wahlrechts in der deutschen Revolution 1848/49, Berlin 1952, Anh. Dok. 12–13, S. 365–374.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 496a Nr. 104 Bd. 1, Bl. 10–21 und 36–41v (Entwurf und Abschr.). Der Runderlaß v. 22.3.1862, namentlich gegen die Fortschrittspartei gerichtet, gedr. in: Die innere Politik der Preußischen Regierung, Dok. 8, S. 10–12; Fenske (Hrsg.), Der Weg zur Reichsgründung, Dok. 65, S. 243–245. – Eine „legale, aber energische Beeinflussung der Wahlen durch alle Behörden“ forderte Wilhelm I. z.B. in seinem Schreiben v. 2.4.1862; vgl. Oncken, Hermann (Hrsg.), Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854–1871. Briefwechsel, Denkschriften, Tagebücher, Berlin 1927, Bd. 1, Dok. 156, S. 329 f.

**Nr. 212 Sitzung des Staatsministeriums am 24. März 1862.<sup>1</sup>**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1–2], Bd. 74, Bl. 70–94; MF 437.*

*Anwesend: Hohenlohe-Ingelfingen [V], von der Heydt, Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Falk, Hasselbach [beide zu 1], H. Frh. v. Wangenheim [zu 2, U].*

**1.** Pensionssache. [B] — **2.** 23 Disziplinarsachen. [B] — **3.–4.** Drei Titelverleihungen. [B] — **5.** AH-Wahl. General-Verfügung an Beamte der Gerichtsbehörden; redaktionelle Änderung empfohlen.

<sup>1</sup> Zuvor am 22. März hatte Wilhelm I. eine Ansprache an das Staatsministerium gehalten, in der er die politischen Meinungsverschiedenheiten mit einigen Ministern und deren Entlassung erläuterte. Vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 133.

**Nr. 213 Sitzung des Staatsministeriums am 31. März 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 95–96v; MF 437.*

*Anwesend: Hohenlohe-Ingelfingen [V], von der Heydt, Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Hegel [U].*

1. *AH-Wahl*. Zirkular-Erlaß an Justizbeamte genehmigt.<sup>1</sup> [B] Mitteilung Roons über zwei Verfügungen<sup>2</sup> an Militär-Beamte und Soldaten. Aufhebung des Wahlrechts für Militärangehörige ist nicht im Wege der Verordnung, sondern als Gesetzentwurf vorzubereiten.<sup>3</sup> — 2. *AH-Wahl und Wahlkampf* in Provinz Sachsen. Verhalten der Beamten und Wahl-Versammlung der Fortschrittspartei. [B] — 3. *AH-Wahl*. Verfügung betr. Beamte als Wahlkandidaten und Wahlkommisarien zugleich.<sup>4</sup> [B] — 4. *Etatentwurf 1862*. Mögliche Einsparungen im Militär-Etat, um auf den vom Abgeordnetenhaus zu genehmigenden Steuerzuschlag von 25 % vom 1.7.1862 an verzichten zu können.<sup>5</sup> [B] — 5. *Einzubringende Gesetzentwürfe*. In neuer LT-Session sind Vorlagen auf das Notwendigste zu beschränken<sup>6</sup>; hierzu gehören der Etat 1862, die Handelsverträge und die Militär-Konventionen. Dagegen sind die Entwürfe zur Ministeranklage, Ober-Rechnungskammer, Kreis- und Wegeordnung zurückzulegen. [B] Roon hält weiterhin die Novelle über die Kriegsdienstpflicht sowie den Entwurf zur Entwicklung der Marine für dringlich. — 6. Die vom früheren Justizminister Bernuth verfolgte Übertragung von Richterämtern an Juden ist als erledigt zu betrachten. [B] — 7. *Ernennung*. [B] — 8. *Der Direktor der Marine-Verwaltung, Gaebler, bleibt weiterhin zur Disposition gestellt*.<sup>7</sup> [B]

<sup>1</sup> Runderlaß des Justizministers v. 31.3.1862 in: Rep. 90, Nr. 111, n.f.; vgl. auch JMinBl., S. 106 f.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 496a Nr. 104 Bd. 1, Bl. 96–97.

<sup>3</sup> Vgl. KO v. 27.3.1862 in: Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 223–223v

<sup>4</sup> Mit diesem Runderlaß des Innenministers v. 31.3.1862 wurde der Erlaß v. 10.10.1861 modifiziert; vgl. Rep. 77, Tit. 496a Nr. 104 Bd. 1, Bl. 75–75v.

<sup>5</sup> Gemeint war damit der zum Etatentwurf für 1862 gehörende Gesetzentwurf betr. Forterhebung eines Zuschlags von 25 % zur klassifizierten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Mahl- und Schlachtsteuer für die Zeit vom 1.7.1862 bis 31.12.1863; vgl. StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 6 II. Das entsprechende Gesetz v. 10.6.1861 (GS, S. 341) war bis zum 30.6.1862 terminiert. — Zu diesem TOP hielt von der Heydt am 4.4. Vortrag bei Wilhelm I.; vgl. seinen Immediatbericht v. 4.4.1862 in: Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 4, Bl. 2–3.

<sup>6</sup> Vgl. so bereits Wilhelms Erlaß v. 11.3.1862 in: Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 89–90v.

<sup>7</sup> KO v. 27.3.1862 in: Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 223v.

## Nr. 214 Sitzung des Staatsministeriums am 2. April 1862.

Reinschr., Bd. 74, Bl. 97–98; MF 437.

Anwesend: Hohenlohe-Ingelfingen [V], von der Heydt, Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

1. *Wahlrecht und Militär*. Mitteilung über Allerhöchste Ordre v. 27. März<sup>1</sup> betr. Vorlegung eines Gesetzentwurfs wegen Ausschließung der Militärangehörigen von der Teilnahme an AH-Wahlen. — 2. *Oberpräsident E. Frh. Senfft v. Pilsach soll sein Entlassungs-Gesuch näher begründen*.<sup>2</sup> [B] — 3. *HH-Session*. Gutachten<sup>3</sup> über die Frage vorgelegt, ob die am 11. März erfolgte Vertagung des HH rechtlich eine Schließung ist oder eine Fortsetzung der Sitzungsperiode. — 4.–5. *Titelverleihung und Ernennung*. [B] — 6. *Stieber-Affäre 1860/61*. Wiederanstellung des zur Disposition gestellten Oberstaatsanwalts Schwarck. [B]

<sup>1</sup> Rep. 77, Tit. 496a Nr. 16 Bd. 4, Bl. 327; weiteres Material dazu ebd.

<sup>2</sup> Vgl. Haake, Paul, Ernst Freiherr Senfft von Pilsach als Politiker, in: FBPG, 53 (1941), S. 311 f.

<sup>3</sup> *Votum zur Lippes* v. 2.4.1862 in: Rep. 90, Nr. 308, Bl. 40–42; vgl. Rep. 77, Tit. 496a Nr. 16 Bd. 4, Bl. 271–273.

**Nr. 215 Sitzung des Staatsministeriums am 9. April 1862.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [5], Bd. 74, Bl. 99–101; MF 437.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenlohe-Ingelfingen [V], von der Heydt, Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg, Hegel [beide zu 5, U].*

**1. Ernennung.** [B] — **2. Stieber-Affäre 1860/61.** Gegen Bedenken Wilhelms I. wird für Aufhebung des zur Disposition gestellten Oberstaatsanwalts Schwarck votiert. [B] — **3. HH-Session.** Unentschiedenheit über strittige Frage, ob die am 11. März erfolgte Vertagung des HH rechtlich eine Schließung oder Unterbrechung ist. Verfahren wie 1849.<sup>1</sup> [B] — **4. Keine Änderung des AH-Wahlreglements v. 4.10.1861.** [B] — **5. Disziplinarsache.** [B] — **6. Titelverleihung.** [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 308, Bl. 43–50 (ferner Immediatbericht v. 24.4.1862; KO v. 5.5.1862, nach der es sich um eine Fortsetzung der Sitzungsperiode handelte). Die Brisanz der Frage einer Sitzungs-Kontinuität wurde z.B. deutlich in Verbindung mit dem umstrittenen Gesetzentwurf zur Ministeranklage; zu diesem Problem vgl. etwa den Antrag Twesten in: StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 61; dazu Verhandlungen v. 28./29.7.1862, S. 879–886 und 901–920.

**Nr. 216 Sitzung des Staatsministeriums am 12. April 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 102–102v; MF 437. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 4, Bl. 4–4v.*

*Anwesend: Hohenlohe-Ingelfingen [V], von der Heydt, Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Hegel [U].*

**Etatentwurf 1862.** Aufhebung des Steuerzuschlages<sup>1</sup> von 25 % zum 1.7.1862. Roon stellt Reduktion des Militär-Etats für 1863 von ca. 1,8 Mio. Tlr. in Aussicht<sup>2</sup>; vertagt.

---

<sup>1</sup> Gemeint war der zum Etatentwurf für 1862 gehörende Gesetzentwurf betr. Forterhebung eines Zuschlags von 25 % zur klassifizierten Einkommensteuer, zur Klassensteuer und zur Mahl- und Schlachtsteuer für die Zeit vom 1.7.1862 bis 31.12.1863; vgl. StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 6 II. Das entsprechende Gesetz v. 10.6.1861 (GS, S. 341) war bis zum 30.6.1862 terminiert.

<sup>2</sup> Über mögliche Einschränkungen des Militäretats hatte Roon am 8.4.1862 eine Denkschrift vorgelegt, die auf Anordnung Wilhelms I. v. 5.4. von einer General-Immediatkommission unter Leitung des Generalfeldmarschalls Frh. v. Wrangel am 10.4. diskutiert worden war. Denkschrift und Protokoll in: Militärische Schriften Kaiser Wilhelms, Bd. 2, Dok. 12 und 13, S. 460–479.

**Nr. 217 Sitzung des Staatsministeriums am 14. April 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 103–104v; MF 437.*

*Anwesend: Hohenlohe-Ingelfingen [V], von der Heydt, Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hübener [zu 1], Moelle [zu 2].*



1. *Bau der Eisenbahn von Krefeld nach Kleve.*<sup>1</sup> [B] — 2. *Gemeinsame Vorlage der Gesetzentwürfe zum Staatshaushalts-Etat 1862 und 1863.*<sup>2</sup> [B] — 3. *Militäretat. Mit Ausnahme Roons plädiert die Mehrheit gegen eine Veröffentlichung des Allerhöchsten Erlasses v. 5.4. an Generalfeldmarschall Frh. v. Wrangel betr. Beratung von Generälen am 10.4. über Ermäßigung des Militär-Etats.*<sup>3</sup> [B] — 4. *Veröffentlichung des Allerhöchsten Erlasses nach Vollziehung vorgesehen, daß der Steuer-Zuschlag von 25 % vom 1.7.1862 an nicht mehr erhoben wird.* [B] — 5. *Gerichtliche Verfolgung von Zeitungsredakteuren wegen Beleidigung des Staatsministeriums, namentlich des Finanzministers.* [B] — 6. *Adelsprädikat der Gebrüder von Roy.* [B] — 7. *Hinwirken auf Vereinigung der konstitutionellen, sog. altliberalen Partei mit der konservativen Partei.*<sup>4</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 258a Nr. 42, Bl. 73 (Denkschrift); Rep. 89, Nr. 29651, n.f. (Immediatbericht v. 18.1.1860).

<sup>2</sup> Vgl. hierzu das Schreiben von der Heydts an alle Minister v. 26.3.1862, in dem er von einer größeren Spezialisierung der Etattitel für 1863 sprach, in: Rep. 90, Nr. 1378, Bl. 50–56; ferner Immediatbericht v. 23.4.1862 in: Ebd., Bl. 59–70v; als Entwurf auch in: Rep. 151, I A Nr. 627, n.f. Mit KO v. 24.4.1862 genehmigte Wilhelm I. die Vorlage beider Etattentwürfe für 1862 und 1863 im Landtag inkl. Spezialisierung des Etats 1863; vgl. ebd. sowie Rep. 90a, E VI I Nr. 1 Bd. 9, Bl. 9. Ferner Bergengrün, Staatsminister August Frh. von der Heydt, S. 287 f. und 293 f.

<sup>3</sup> Roon ließ die KO veröffentlichen; vgl. Fußnote in: *Militärische Schriften Kaiser Wilhelms*, Bd. 2, S. 468.

<sup>4</sup> Zur Lage der Altliberalen nach den Wahlen v. 6.5.1862 und zur Auflösung der Fraktion Grabow vgl. Parisius, *Deutschlands politische Parteien*, S. 61 f.; Eisfeld, *Die Entstehung der liberalen Parteien*, S. 115 f.

## Nr. 218 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 16. April 1862.

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 180–181v; MF KR 17. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 4, Bl. 7–9.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenlohe-Ingelfingen [U], von der Heydt [U], Roon [U], Bernstorff [U], Itzenplitz [U], Mühler [U], zur Lippe [U], Jagow [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Finanzierung der Heeresreform; Aufhebung von Steuerzuschlägen; Reduzierung des Militäretats 1862/63. Wilhelm I. genehmigt Roons Vorschläge zur Ermäßigung des Militär-Etats [...] als eine vorübergehende Maßregel sowie den Antrag von der Heydts, durch anderweitige Mehreinnahmen und Ersparnisse auf Steuerzuschläge von 25 % zum 1.7.1862 zu verzichten.*<sup>1</sup> [B]

<sup>1</sup> KO v. 16.4.1862 in: Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 4, Bl. 11; veröffentlicht in: *MinBl. innere Verwaltung*, S. 132. Vgl. auch: *Die innere Politik der Preußischen Regierung 1862–66, Dok. 9, S. 13.*

## Nr. 219 Sitzung des Staatsministeriums am 24. April 1862.

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 105–105v; MF 437.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenlohe-Ingelfingen [V], von der Heydt, Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

1. *Titel ‘Gestütsdirektor’ für Vorsteher größerer königlicher Landgestüte.* [B] — 2. *Titelverleihung.* [B] — 3. *Gerichtliche Verfolgung des „Patrioten“ wegen Beleidigung des Staatsministeri-*

ums. [B] — **4.** Disziplinarmaßnahmen gegen Justizbeamte, die ihren Protest gegen den Wahlerlaß<sup>1</sup> veröffentlichten. [B] — **5.** Aufforderung an das Berliner Polizei-Präsidium, vermehrt von der Befugnis Gebrauch zu machen, strafbare Zeitungs-Artikel zu beschlagnahmen. — **6.** Im bevorstehenden Landtage einzubringende Gesetzentwürfe.

<sup>1</sup> Runderlaß des Justizministers v. 31.3.1862 in: Rep. 90, Nr. 111, n.f.; vgl. auch JMinBl., S. 106 f. Vgl. ferner Rejewski, Die Pflicht zur politischen Treue, S. 62.

## Nr. 220 Sitzung des Staatsministeriums am 30. April 1862.

Reinschr., Bd. 74, Bl. 106–107; MF 437.

Anwesend: Hohenlohe-Ingelfingen [V], von der Heydt, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Heymann, Meinecke, M. Philipsborn, Pfeffer [alle zu 2].

**1.** Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Novellierung der Gemeinheitsteilungs-Ordnung v. 7.6.1821 und der Rheinischen Gemeinheitsteilungs-Ordnung v. 19.5.1851. [B] — **2.** Meinungsverschiedenheit zwischen von der Heydt und Roon über Eisenbahnlinie vom Jadegebiet nach Minden; Bau verschoben.<sup>2</sup> [B] — **3.** Mitteilung, daß Oberpräsident E. Frh. Senfft von Pilsach sein Entlassungs-Gesuch zurückgenommen hat.<sup>3</sup> — **4.–5.** Zwei Berufungen zum Mitglied des Herrenhauses. [B] — **6.–7.** Gerichtliche Verfolgung von Presseorganen wegen Beleidigung des Staatsministeriums. [B] — **8.** Voraussichtlicher Termin für Wieder-Eröffnung des Landtags im Mai 1862. [B]

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 35.

<sup>2</sup> Vgl. den Schrift- bzw. Votenwechsel v. Januar bis Februar 1862 in: Rep. 77, Tit. 258 Nr. 1 Bd. 7, n.f.

<sup>3</sup> Vgl. Haake, Ernst Freiherr Senfft von Pilsach als Politiker, S. 311 f.

## Nr. 221 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Mai 1862.

Reinschr., Bd. 74, Bl. 108–109; MF 437.

Anwesend: Hohenlohe-Ingelfingen [V], von der Heydt, Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

**1.** Staatsschulden. Mitteilung über Anleihen-Konvertierung. — **2.** Gesetzentwurf betr. Wege-Ordnung zurückgezogen.<sup>1</sup> [B] — **3.** Gesetzentwurf betr. Kreisordnung. Notwendigkeit einiger Modifikationen der Vorlage. [B] Debatte, ob diese im Rahmen der Beratung im HH erreicht werden können oder ob Entwurf zur Überarbeitung zurückgezogen werden soll; vertagt. — **4.** Gesetzentwürfe betr. Ministeranklage<sup>2</sup> sowie betr. Auflösung des Pommerschen Lehnsverbandes<sup>3</sup> werden nicht

<sup>1</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1862, Drucks. Nr. 6.

<sup>2</sup> Der Gesetzentwurf war am 6.3.1862 in modifizierter Form vom HH mit 83 gegen 38 Stimmen angenommen worden. Wegen der Auflösung des AH am 11.3.1862 konnte das neugewählte AH erst im Juli 1862 die Beratung über die Vorlagen aufnehmen. Vgl. Rep. 169 C, 66 Nr. 3 Bd. 2, Bl. 167–177v (HH-Präs. an AH-Präs. v. 8.3.1862 mit Gesetzentw.); ferner StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 94; dazu Verhandlungen v. 28./29.7.1862, S. 879–886 und 901–920; StenBerHH, Session 1862, Drucks. Nr. 57.

zurückgezogen bzw. der Beratung im HH überlassen. [B] — 5. Vorlage der Gesetzentwürfe betr. ländliche Polizei-Verfassung in den östlichen Provinzen, betr. Ablösung der Lehnschulzenberechtigung<sup>4</sup> sowie betr. Abänderung der Rheinischen Landgemeinde-Verfassung erst in der Session 1863. [B] — 6. Vorlage eines Gesetzentwurfs betr. Finanzierung des Ausbaus der Flotte eventuell noch in der Session 1862; Vorlage der Militär-Novelle betr. Kriegsdienstpflicht vorbehalten. — 7. Zwei Titelverleihungen. [B]

<sup>3</sup> Vgl. *StenBer HH, Session 1862, Drucks. Nr. 9 (Gesetzentw.) und Nr. 87 (HH-Kommissionsbericht v. 8.10.1862)*. – Der Gegenstand wurde erst 1866 wieder aufgenommen: Vgl. *StenBerAH, Session 1866/67, Drucks. Nr. 83 (Gesetzentwurf) und Nr. 121 (AH-Kommissionsbericht)*. Vgl. Gesetz v. 4.3.1867 in: GS, S. 362. Dazu Wilmowski, *G[ustav] v., Beiträge zum Pommerschen Lehnrecht, Berlin 1870, S. 114 ff.*

<sup>4</sup> Gemeint war der Gesetzentwurf betr. Ablösung der mit dem Besitz gewisser Grundstücke verbundenen Berechtigung und Verpflichtung zur Verwaltung des Schulzen-Amtes; vgl. *StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 8.*

## Nr. 222 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 6. Mai 1862.

*Vollz. Reinschr. mit Randbemerkung Wilhelms I., Bd. III, Bl. 182–184v; MF KR 17.*

Anwesend [U]: Wilhelm I. [V]: Hohenlohe-Ingelfingen, von der Heydt, Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: [?].

[1.] Eröffnung des Landtags am 19. Mai.<sup>1</sup> [B] Vorschlag, daß Hohenlohe-Ingelfingen die Eröffnung im Allerhöchsten Auftrage vollziehen soll. — [2.] Im Landtag 1862/63 vorzulegende Gesetzentwürfe, unter anderem: Im HH eingebrachte Vorlagen über Ministeranklage und Kreisordnung<sup>2</sup> für die östlichen Provinzen sind nicht zurückzuziehen, sondern deren Modifikationen bleibt abzuwarten. Die in der letzten Session nicht behandelten Vorlagen über die Oberrechnungskammer, die ländliche Polizeiverwaltung in den östlichen Provinzen etc. sind erst 1863 wieder einzubringen. Die Novellierung des Gesetzes über die Kriegsdienstpflicht von 1814 ist dem AH nicht vorzulegen. Dagegen sollen 1862 dem AH die Gesetzentwürfe über die Etats<sup>3</sup> 1862 und 1863, Handelsverträge<sup>4</sup> mit ostasiatischen und südamerikanischen Staaten etc. vorgelegt werden. Roon und von der Heydt kündigen einen Gesetzentwurf zum Ausbau der Flotte<sup>5</sup> an.

<sup>1</sup> Vgl. *Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 4 Bd. 2, Bl. 38 und 43; VO v. 6. und 16.5.1862 in: GS, S. 135.*

<sup>2</sup> Hierzu die Randbemerkung Wilhelms, daß Jagow über die Abänderungen des Gesetzentwurfs noch Vortrag zu halten und Wilhelms I. Standpunkt dazu zu berücksichtigen habe. Vgl. *Immediatbericht v. 13.5.1862 in: Rep. 77, Tit. 772 Nr. 1 Bd. 8, n.f. (Entwurf)*.

<sup>3</sup> Am 24.4.1862 hatte Wilhelm I. es genehmigt, die Etatentwürfe für 1862 und 1863 gemeinsam im LT einzubringen; vgl. *Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 9.*

<sup>4</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 11, 12, 18, 25 und 34. Vgl. auch Delbrück, Lebenserinnerungen, Bd. 2, S. 173–188.*

<sup>5</sup> Grundlage hierfür war Roons Denkschrift v. 18.2.1862 in: *Rep. 90a, Y II 2b Nr. 1 Bd. 2, Bl. 158–219. Ebd. diverse Voten Roons und von der Heydts über die Finanzierung des Flottengründungsplans. Vgl. ferner Gesetzentwurf betr. außerordentliche Bedürfnisse der Marine-Verwaltung für 1862, den Roon am 15.7.1862 im AH einbrachte, in: StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 96. Vgl. Gesetz v. 19.11.1862 in: GS, S. 399.*

## Nr. 223 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Mai 1862.

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 110; MF 437.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenlohe-Ingelfingen [V], von der Heydt, Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**1. Landtags-Eröffnungsrede am 19. Mai. Entwürfe<sup>1</sup> der Minister. [B] — 2. Ernennung. [B] — 3. Gerichtliche Verfolgung von Publizisten wegen Beleidigung des Staatsministeriums. [B]**

---

<sup>1</sup> *Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 217–230v.*

## **Nr. 224 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Mai 1862.**

*Reinschr. mit vollz. Reinschr.<sup>1</sup>, Bd. 74, Bl. 111–113; MF 438.*

*Anwesend: Hohenlohe-Ingelfingen [V], von der Heydt, Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Aulike, Wollny.*

*Kirche. Meinungsverschiedenheit zwischen von der Heydt und Mühler über Auszahlung eines staatlichen Zuschusses ohne Kassen-Ordre an das Bistum Kulm und deren Folgen beigelegt. [B]*

---

<sup>1</sup> *Weiteres, ausführlicheres Protokoll unterzeichnet von anwesenden Ministern.*

## **Nr. 225 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Mai 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 114–114v; MF 438.*

*Anwesend: Hohenlohe-Ingelfingen [V], von der Heydt, Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Eck, Scheele [beide zu 1].*

**1. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Anfertigung und Verwendung von Stempelmarken. Keine Vorlage betr. Stempelsteuer für Wechsel pp. bis zum Wertbetrage von 300 Tlr. [B] — 2. Thronrede. Entwurf<sup>2</sup> der Landtags-Eröffnungs-Rede am 19. Mai festgestellt. [B] — 3. Ernennung. [B] — 4. Gerichtliche Verfolgung eines Redakteurs wegen Beleidigung des Staatsministeriums. [B]**

---

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 9. Vgl. auch Gesetz v. 2.9.1862 in: GS, S. 295.*

<sup>2</sup> *Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 231–235, 237–241 und 243–247. Vgl. ferner Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 7 Bd. 1, Bl. 53–54; StenBerAH, Session 1862 II, Verhandlungen v. 19.5.1862, S. 1–3; Kohl (Hrsg.), Dreißig Jahre preußisch-deutscher Geschichte, Dok. 20, S. 36–40.*

## **Nr. 226 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Mai 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 115–115v; MF 438.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Hohenlohe-Ingelfingen [V], von der Heydt, Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Hegel [U].*

Weitere Teilnehmer: Frantz [zu 2], J. v. Hartmann, F. Hellwig, H. Frh. v. Lentz [alle zu 1].

1. Vorlage von drei 1861 und 1862 mit Coburg, Waldeck und Altenburg geschlossenen Militär-Konventionen im LT.<sup>1</sup> [B] — 2. Wiedervorlage des Gesetzentwurfs<sup>2</sup> betr. Paßwesen im LT. [B] — 3.–4. Ernennung und Titelverleihung. [B] — 5. Gerichtliche Verfolgung der ‘Tribüne’ wegen Beleidigung von der Heydts. [B] — 6. Mitteilungen über die Verhandlungen in der Kurhessischen Sache.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 26.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 6.

<sup>3</sup> Vgl. Bernstorffs Runderlaß an die Gesandten v. 24.5.1862 in: APP, Bd. 2/2, Dok. 460, S. 645–647.

## Nr. 227 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Mai 1862.

Reinschr., Bd. 74, Bl. 116; MF 438.

Anwesend: Hohenlohe-Ingelfingen [V], von der Heydt, Roon, Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck<sup>1</sup>. — Prot.: Hegel [U].

Weitere Teilnehmer: F. Hellwig [für Bernstorff], Moelle [zu 1].

1. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Staatshaushalts-Etats pro 1862 und 1863 sowie Rechnungen<sup>3</sup> über den Staatshaushalt pro 1859 und 1860 zur Vorlage im LT. [B] — 2. Gesetzentwurf<sup>4</sup> betr. Sistierung der Revision des Grundsteuerkatasters in den westlichen Provinzen. [B]

<sup>1</sup> Seine Ernennung zum Handelsminister war mit KO v. 18.5.1862 erfolgt, zugleich von der Heydt von der interimistischen Leitung entbunden. Vgl. Rep. 90, Nr. 895, n.f.; Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 182–182v. – Sowohl OPräs. J. v. Pommer-Esche als auch MinDir. R. Delbrück hatten zuvor die Übernahme dieses Amtes abgelehnt; vgl. ihre Mitteilungen v. 16. und 17.3.1862 in: Rep. 92 (M), NL von der Heydt Nr. 27 und 28. Vgl. auch Bergengrün, Staatsminister A. Frh. von der Heydt, S. 286. Zur Option Delbrücks urteilte Wilhelm I. am 9.5.: Delbrück ist opiniater und freilich aus guten Gründen. Vgl. Schultze (Bearb.), Kaiser Wilhelms I. Briefe, Bd. 2, Dok. 331, S. 187. Nach R. Delbrück hatte auch RegPräs. F. v. Kühlwetter die Übernahme des Amtes abgelehnt; vgl. Delbrück, Lebenserinnerungen, Bd. 2, S. 235.

<sup>2</sup> Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 11–20 (inkl. Immediatbericht v. 25.5.1862); auch Rep. 151, I A Nr. 627, n.f. Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 13 und 14. Beide Vorlagen wurden umgehend vom FinMinr. im LT eingebracht; vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Verhandlungen v. 26.5.1862, S. 38 f.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 1448, n.f. (Immediatbericht v. 25.5.1862 etc.); ferner StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 15 und 16.

<sup>4</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 10. Vgl. auch Gesetz v. 26.9.1862, in: GS, S. 336.

## Nr. 228 Sitzung des Kronrats am 27. Mai 1862.

Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 186–189; MF KR 17. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VIII 5b Nr. 11 Bd. 1, Bl. 11–15v.

Anwesend [U]: Wilhelm I. [V], Hohenlohe-Ingelfingen, von der Heydt, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Hegel [U].

Weitere Teilnehmer: J. v. Gruner [für Bernstorff].

*Stellung und Verhalten des Staatsministeriums bei bevorstehender Beratung des AH über Adresse an Wilhelm I.<sup>1</sup> Minister sollen sich auf die unerläßlichen Erklärungen in möglichster Kürze und in einer jede Provokation vermeidenden ruhigen Haltung beschränken. Mehrere Entstellungen und Verdrehungen sind zu korrigieren. Wilhelm I. wird die Annahme der Adresse ablehnen, wenn der Satz stehenbleiben sollte, der König möge seinem Volke den inneren Frieden zurückgeben.<sup>2</sup> [B]*

<sup>1</sup> Die AH-Kommission nahm am 28.5. ihre Beratung auf und präsentierte ihren Entwurf einer Adresse des AH an den König mit Bericht v. 30.5. Vgl. *StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 23.*

<sup>2</sup> Vgl. *Adreß-Debatte und Redebeiträge der Minister von der Heydt, Roon und zur Lippe in: StenBerAH, Session 1862 II, Verhandlungen v. 4.–6.6.1862, S. 123–246 (namentl. Abstimmung S. 243–246).*

## Nr. 229 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Mai 1862.

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 117–118; MF 438.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Roon, u.a.<sup>1</sup> — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: J. v. Gruner [für Bernstorff]<sup>2</sup>.*

[1.] Besprechung über die Kommissionsberatung des Adressentwurfs *im Abgeordnetenhaus*. — [2.] *Kurhessischer Verfassungskonflikt.*<sup>3</sup> Notwendigkeit, *durch* weiteres Vorgehen Preußens ohne längeren Verzug *die Kurhessische Sache* zu einer befriedigenden Lösung zu führen. [...] Preußen *darf* eine längere Zögerung nicht dulden, ohne seine Ehre bloß zu stellen; es *ist* daher noch heute eine wirksame Pression auf den Kurfürsten auszuüben, damit [...] die Entlassung der Hessischen Minister [...] als die Wirkung der Forderung Preußens angesehen werden *kann und nicht als* Folge des Bundesbeschlusses. *Eine* kräftige Politik *wird* von der Ehre *und* dem Ansehen Preußens geboten. *Österreich* *ist* die Erklärung zu übergeben, daß, wenn die Forderung Preußens vom Kurfürsten nicht binnen kürzester Frist erfüllt *wird*, Preußen sich genötigt sehen *muß*, sich als Großmacht durch Selbsthilfe Genugtuung zu verschaffen. *Bernstorff* *soll* sich *hierfür* die Allerhöchste Zustimmung *einholen.*<sup>4</sup> [B]

<sup>1</sup> *Anwesende sind im Protokoll nicht explizit verzeichnet; sie sind erschlossen aus Nennungen im Protokoll-Text. Nicht anwesend waren Hohenlohe-Ingelfingen (beurlaubt) und Bernstorff (erkrankt).*

<sup>2</sup> *Gruner nahm die bisherige Haltung Bernstorffs im Kurhessischen Konflikt sowie die Beschlüsse dieser Sitzung zum Anlaß, seinen Rücktritt einzuleiten: Noch am 30.5. trat er einen Erholungsurlaub an; am 16.7. genehmigte Wilhelm I. sein Entlassungsgesuch v. 12.7.1862 und versetzte Gruner in den einstweiligen Ruhestand mit Wartegeld. R. v. Sydow übernahm kommissarisch das Amt des UStS im Außenministerium. Vgl. Gruner, *Rückblick auf mein Leben*, Bd. 3, S. 163; *Aus dem Leben Theodor von Bernhardis*, Bd. 4, S. 275–277 und 281–283; ferner Ringhoffer (Hrsg.), *Im Kampfe für Preußens Ehre. A. v. Bernstorff*, S. 469 und 471.*

<sup>3</sup> *Zur Lageeinschätzung vgl. Bernstorffs Runderlaß v. 24.5.1862 in: APP, Bd. 2/2, Dok. 460, S. 645–647. Vgl. ferner Srbik, *Deutsche Einheit*, Bd. 3, S. 403–407; Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 3, S. 443–447.*

<sup>4</sup> *Vgl. Rep. 81 (M), Wien II Nr. 307 Bd. 3, n.f. (Bernstorffs Erlaß an Werther v. 30.5.1862, Nr. 138). Vgl. ferner Schriftwechsel zwischen Wilhelm I. und Bernstorff v. 29.5. bis 5.6.1862, gedr. in: Ringhoffer (Hrsg.), *Im Kampfe für Preußens Ehre. A. v. Bernstorff*, S. 469–474; ferner Srbik (Hrsg.), *Quellen zur deutschen Politik Österreichs 1859–1866*, Bd. 2, Dok. 780 und 784–786, S. 382 f. und 385–389.*

**Nr. 230 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Juni 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 119–119v; MF 438.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Schartow [zu 1], R. v. Sydow [für Bernstorff].*

**1.** Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. *Novellierung der Gemeinheitsteilungs-Ordnung v. 7.6.1821 und Rheinischer Gemeinheitsteilungs-Ordnung v. 19.5.1851 ist noch in gegenwärtiger Session des Landtags einzubringen.* [B] — **2.** *Entstellungen in der Presse über die Haltung des Staatsministeriums zur Adress-Debatte im AH<sup>2</sup> werden gerügt.* [B] — **3.** *Revision der AH-Geschäftsordnung.*<sup>3</sup> *Dem Präsidenten des AH steht nicht das Recht zu, durch Erteilung des Ordnungsrufes einen Minister der Krone seiner Disziplin zu unterwerfen.* [B] — **4.** *AH-Adresse. Besprechung, in welcher Weise des Königs Majestät die Adresse in Empfang nehmen und erwidern kann.*

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 35.*

<sup>2</sup> *Zur Debatte über den Bericht der AH-Kommission vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Verhandlungen v. 4.–6.6.1862, S. 111–144, 145–179 und 182–246. Vgl. auch Rep. 90a, A VIII 5b Nr. 11 Bd. 1, Bl. 20–25.*

<sup>3</sup> *Zu den Anträgen auf Abänderung der Geschäftsordnung des AH vgl. StenBerAH, Session 1862 I, Drucks. Nr. 79 (Kommissionsbericht v. 5.3.); StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 20 (Kommissionsbericht v. 27.5.); zur Debatte ebd. Verhandlungen v. 31.5., S. 57–86; v. 2.6., S. 89–105; Abstimmung über die Geschäftsordnung am 6.6.1862, S. 182. Vgl. auch Plate, A., Die Geschäftsordnung des Preußischen Abgeordnetenhauses, Berlin 1904, S. 10–12.*

**Nr. 231 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Juni 1862.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [4], Bd. 74, Bl. 120–124v; MF 438.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Falk [zu 4, U], R. Philipsborn [zu 7].*

**1.** *Mitteilung über Wilhelms I. Empfang der AH-Deputation zur Überreichung der Adresse am heutigen Tag.* — **2.** *Entbindung L. v. Winters von der kommissarischen Verwaltung des Polizei-Präsidiums Berlin. Notwendig ist, jene wichtige politische Stellung einem Mann zu übertragen, welcher das volle Vertrauen des Ministeriums besitzt und von dem eine energische Handhabung der politischen Polizei erwartet werden kann.*<sup>1</sup> [B] — **3.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **4.** *Pensionssache.* [B] — **5.** *Juden. Versagung der Ernennung des jüdischen Kaufmanns J. Cohen zum Handelsrichter, da er christliche Eide abnehmen muß.* [B] — **6.** *Regulierung des Rechtszustandes des Fürstlich Sayn-Wittgenstein-Berleburgschen Hauses.*<sup>2</sup> [B] — **7.** *Post. Gesetzentwurf*<sup>3</sup> *wegen Aufhebung des Orts-Briefbestellgeldes genehmigt.* [B] — **8.** *Regulierung der grundherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in Neu-Vorpommern zurückgestellt.* [B]

<sup>1</sup> *Vgl. Immediatbericht Jagows v. 22.5.1862 in: Rep. 89, Nr. 14954, Bl. 90–96.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 318.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 42. Vgl. Gesetz v. 16.9.1862 in: GS, S. 315.*

**Nr. 232 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Juni 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 125–125v; MF 438.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: L. Hahn [zu 3], R. v. Sydow [für Bernstorff].*

**1.** Entbindung des Berliner Polizei-Präsidenten L. v. Winter von der kommissarischen Verwaltung des Amtes sowie Ernennung O. v. Bernuths.<sup>1</sup> [B] — **2.** Mitteilung über Wilhelms I. Empfang der AH-Deputation zur Überreichung der Adresse vom 7. Juni.<sup>2</sup> [B] — **3.** Regierungsprogramm. Wilhelms I. Anweisung<sup>3</sup> zur Veröffentlichung, daß seine Ansprache an das Staatsministerium v. 8.11.1858 unveränderte Richtschnur der Regierung gewesen und in allen Punkten zur Ausführung gebracht worden ist. [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. *Immediatbericht v. 14.6. sowie Immediatbericht von der Heydts und Jagows v. 19.6.1862 in: Rep. 89, Nr. 14954, Bl. 98–99 und 101–101v. Die Ernennung Bernuths erfolgte mit KO v. 24.6. und 19.8.1862, die Amtsübernahme am 2.7.1862 (ebd., Bl. 100, 102 und 103–104). Vgl. auch Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 148.*

<sup>2</sup> *Die kurze Antwort, die Wilhelm I. der AH-Deputation gab, ist gedr. in: Staats-Anzeiger, Nr. 133 v. 11.6.1862, S. 1016; vgl. auch Schulthess Europäischer Geschichtskalender, 3 (1862), S. 150. Vgl. ferner die Schilderung des Flügeladjutanten Wilhelms I.: Hohenlohe-Ingelfingen, Prinz Kraft zu, Aus meinem Leben, Bd. 2, S. 313 f.; Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 145; weiterhin Bergengrün, Staatsminister August Frh. von der Heydt, S. 292 f.*

<sup>3</sup> *An von der Heydt v. 8.6.1866 in: Schultze (Bearb.), Kaiser Wilhelms I. Briefe, Bd. 2, Dok. 333, S. 188–190.*

**Nr. 233 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Juni 1862.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [4], Bd. 74, Bl. 126–136; MF 438.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Bornemann [zu 3], R. v. Sydow [für Bernstorff], H. Frh. v. Wangenheim [zu 4, U], Wollny [zu 3].*

**1.** *Etat-Vorlagen. AH-Beratungen über Gesetzentwürfe betr. Etats 1862 und 1863; Antrag<sup>1</sup> abgelehnt, daß Etatentwürfe eines jeden Jahres dem Hause der Abgeordneten spätestens bis zum 1. September des vorhergehenden Jahres vorzulegen sind.* [B] — *Rechnungsprüfung. Ferner ist der Antrag der AH-Budgetkommission abzulehnen, daß die Regierung zur Entlastung der Staatshaushaltsrechnungen die Bemerkungen der Ober-Rechnungskammer bzw. deren Monita vorzulegen hat.*<sup>2</sup> [B] — **2.** *Ernennung.* [B] — **3.** *Meinungsverschiedenheit über eine Gehaltssache beigelegt.* [B] — **4.** *Neun Disziplinarsachen.* [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. Antrag Borsche in: StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 41; dazu der entsprechende Bericht der AH-Kommission (zur Prüfung der Gesetzentwürfe über die Staatshaushalts-Etats 1862 und 1863) v. 14.6.1862 in: Ebd., Drucks. Nr. 45. Der Gesetzentwurf Borsche wurde beraten und angenommen in den AH-Verhandlungen am 25.6.1862, S. 343–366.*

<sup>2</sup> *Vgl. als Vorlage das Promemoria Wollnys v. 14.6.1862 und die KO v. 21.6.1862, worin die Art umrissen wurde, wie die Oberrechnungskammer mit ihren Bemerkungen zur Etatprüfung an den Landtag zu berichten habe; in: Rep. 151, I A Nr. 263, n.f.*



**Nr. 234 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Juni 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 137; MF 438.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. v. Sydow [für Bernstorff].*

**1. Legislaturperiode und Sessions-Gliederung des AH für 1862.<sup>1</sup> [B] — 2. Keine Änderung am Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Paßwesen. [B]**

---

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 36; dazu Verhandlungen v. 18.6.1862, S. 284 f.*

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 6.*

**Nr. 235 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Juni 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 138–138v; MF 438.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Martins [zu 1], R. v. Sydow [für Bernstorff], Wollny [zu 2].*

**1. Gesetzentwurf<sup>1</sup> wegen weiterer Ermäßigung der Bergwerksabgaben, deren Regelung sich aus dem Handelsvertrag mit Frankreich ergibt. [B] — 2. AH-Prüfung auf Entlastung der Etat-Rechnungen 1859 und 1860. Antrag der AH-Budgetkommission<sup>2</sup> auf Vorlage der Bemerkungen der Ober-Rechnungs-Kammer abgelehnt.<sup>3</sup> [B] — 3. Tendenz des AH moniert, bei Gesetzentwürfen<sup>4</sup> die Ausführungs-VO durch das Innenministerium zu streichen. Hierzu wird ein Votum des Justizministers angefordert. [B] — 4. Vereinfachung der Aufsicht über Privatschulen gemäß KO v. 10.6.1834<sup>5</sup> durch Provinzialbehörden. [B]**

---

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 62. Vgl. Gesetz v. 20.10.1862 in: GS, S. 351.*

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1862 II, Anlagen Nr. 39, S. 302–310.*

<sup>3</sup> Vgl. *Immediatbericht v. 21.6.1862 mit KO an Oberrechnungskammer in: Rep. 151, HB Nr. 1427, n.f. (Entwürfe und Abschr.).*

<sup>4</sup> So bei der Beratung über die Vorlage des Paßgesetzes; vgl. *StenBerAH, Session 1862 II, Verhandlungen v. 18.6.1862, S. 285–304, hier S. 303 f.; und v. 20.6.1862, S. 317.*

<sup>5</sup> Vgl. *GS, S. 135.*

**Nr. 236 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 23. Juni 1862.**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 191–195; MF KR 17.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [U], Roon [U], Bernstorff [U], Itzenplitz [U], Mühler [U], zur Lippe [U], Jagow [U], Holtzbrinck [U]. — Prot.: Hegel [U].*

Weitere Teilnehmer: E. Frh. v. Manteuffel, H. W. v. Schack, R. v. Sydow, H. v. Thile, G. Frh. v. Usedom [alle zu 1].

[1.] Kurhessischer Verfassungskonflikt. Nach Erfüllung der Bundesbeschlüsse v. 13./24. Mai durch Wiederherstellung der kurhessischen Verfassung von 1831 und der Wahlordnung von 1849 durch den hessischen Kurfürsten am 21.6.1862<sup>1</sup> sowie nach Neubildung der kurhessischen Regierung sind Preußens Forderungen in der Hauptsache nunmehr als erfüllt zu betrachten; die am 21. Juni angeordnete Konzentration der Truppen ist einzustellen.<sup>2</sup> Wilhelms I. Verlangen nach persönliche[r] Genugtuung [...] durch ein Schreiben des Kurfürsten sowie nach günstiger Darstellung des Konflikts in der regierungsnahen Presse. [B] — [2.] Etat-Vorlagen. Ablehnung des AH-Antrags<sup>3</sup> auf Verpflichtung der Regierung, den jährlichen Staatshaushalts-Etat vor dem 1. September resp. dem 1. März des vorhergehenden Jahres vorzulegen. [B] — [3.] Königliche Begnadigung oder Vollstreckung bei Todesurteilen in fünf Fällen.

<sup>1</sup> Vgl. Huber (Hrsg.), *Dokumente*, Bd. 2, Dok. 117/120 bis 120/123, S. 169–172. Zum Kontext: Srbik, *Deutsche Einheit*, Bd. 3, S. 405–408; Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 3, S. 446 f.

<sup>2</sup> Mit KO v. 25.6.1862 erfolgt. Zur Lagebeurteilung vgl. die Erlasse Bernstorffs an Werther v. 24.–27.6.1862 in: *Rep.* 81 (M), *Wien II* Nr. 307 Bd. 2, n.f. (Nr. 163–170); auszugsweise auch in: *APP*, Bd. 2/2, Dok. 465, Anm. 7, S. 666 f. Vgl. auch Kaiser Friedrich III. *Tagebücher*, S. 143 f. und 147 f.

<sup>3</sup> Vgl. *StenBerAH*, Session 1862 II, *Drucks.* Nr. 45; dazu *Verhandlungen* v. 25.6.1862, S. 343–360.

## Nr. 237 Sitzung des Staatsministeriums am 25. Juni 1862.

*Reinschr.*, Bd. 74, Bl. 142–142v; MF 438.

Anwesend: von der Heydt [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: R. v. Sydow [für Bernstorff], Wollny [zu 1].

1. AH-Prüfung auf Entlastung der Etat-Rechnungen 1859 und 1860. Bemerkungen der Ober-Rechnungs-Kammer sind dem Landtag nicht zur Verfügung zu stellen.<sup>1</sup> [B] — 2. Kurhessischer Verfassungskonflikt. Schreiben des Kurfürsten an Wilhelm I. als befriedigend anerkannt.<sup>2</sup> — 3. Keine Veröffentlichung der Antwort Wilhelms I. an Deputation aus Elbing betr. Wahlen.<sup>3</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. *Rep.* 151, *HB* Nr. 1427, n.f. (*Immediatbericht*, *KO*, etc.); *KO* v. 24.6.1862 an die Oberrechnungskammer über Bemerkungen für den LT, gedr. in: Hertel, *Die Preußische Ober-Rechnungskammer*. *Erg.*, S. 127. Ferner *StenBerAH*, Session 1862 II, *Verhandlungen* v. 27.6.1862, S. 411 f. (*Erklärung* von der Heydts zum Bericht der AH-Kommission zur Etat-Prüfung für 1859). Vgl. auch Schmökel, *Die Entstehung des Ober-Rechnungs-Kammer-Gesetzes* 1872, S. 62–64. – Vgl. auch Sitzung am 14.6.1862, TOP 1.

<sup>2</sup> Vgl. hierzu Ringhoffer (Hrsg.), *Im Kampfe für Preußens Ehre*. A. v. Bernstorff, S. 474 f.; Kaiser Friedrich III. *Tagebücher*, S. 139 f. (*Eintragung* v. 15.5.); ferner Srbik, *Deutsche Einheit*, Bd. 3, S. 408.

<sup>3</sup> Näheres hierzu konnte nicht ermittelt werden.

## Nr. 238 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Juni 1862.

*Reinschr.*, Bd. 74, Bl. 139–140v; MF 438.

Anwesend: von der Heydt [V], Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

*Weitere Teilnehmer: Moelle [zu 1–2], Wollny [zu 1].*

**1.** *AH-Prüfung auf Entlastung der Etat-Rechnungen 1859 und 1860. Bemerkungen der Ober-Rechnungs-Kammer sind ihrem Inhalte nach wie die Formulierungen im 1861 vorgelegten Gesetzentwurf betr. Einrichtung und die Befugnisse der Oberrechnungskammer abzufassen; einstweilen keine weitere Diskussion darüber.*<sup>1</sup> [B] — **2.** *Einverständnis mit dem Verlangen der AH-Budgetkommission, Etats-Überschreitungen schon in der nächsten Landtagssitzung nach dem jedesmaligen Rechnungs-Abschluß vorzulegen.* [B] — **3.** *AH-Beratungen über Gesetzentwürfe betr. Etats 1862 und 1863. Mitteilung über Erinnerungen der AH-Budgetkommission gegen Einzeletat für Pressefonds<sup>2</sup> im Staatsministerium sowie für Verwaltung des Staatsschatzes<sup>3</sup>.* [B] — **4.** *Keine weitere Beratung des Gesetzentwurfs betr. Aufhebung der Zinsbeschränkungen im HH wegen erfolgter AH-Auflösung im März 1862.* [B] — **5.** *Oberpräsident G. v. Bonin, zugleich Mitglied des Abgeordnetenhauses, soll bei den gegenwärtigen Verhältnissen im Großherzogtum Posen und im benachbarten Königreich Polen persönlich in der Provinz anwesend sein. Anderenfalls ist er zur Disposition zu stellen.*<sup>4</sup> [B] — **6.** *Ernennung.* [B] — **7.** *Landrat im Kreise Zeitz zur Disposition gestellt.* [B] — **8.** *Maßnahmen gegen Erzbischof L. v. Przulski in Posen wegen Beleidigung der Staatsregierung.*<sup>5</sup> [B] — **9.** *Ernennung.* [B]

<sup>1</sup> Die KO v. 24.6.1862 an die Oberrechnungskammer über ihre Bemerkungen für den LT (vgl. Sitzung am 25.6.1862, TOP 1) wurde nicht veröffentlicht. Zu den daraus sich ergebenden Folgen im AH vgl. Schmökel, Die Entstehung des Ober-Rechnungs-Kammer-Gesetzes 1872, S. 64 f.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 100, S. 6–9; dazu Verhandlungen v. 29./30.7.1862, S. 920–937 und 939–953.

<sup>3</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 100, S. 4–6.

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 190 Nr. 15 Bd. 3, Bl. 68–70.

<sup>5</sup> Vgl. Baske, Praxis und Prinzipien der preußischen Polenpolitik, S. 136 f.

## **Nr. 239 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Juli 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 141–141v; MF 438.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hegel [zu 1].*

**1.** *AH-Prüfung auf Entlastung der Etat-Rechnungen 1859 und 1860. Nachweisung der Einnahmen und Ausgaben sowie des Bestandes des Staatsschatzes muß im Staatsinteresse vom AH als vertrauliche Mitteilung behandelt werden.* [B] — **2.** *Ernennung.* [B]

## **Nr. 240 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Juli 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 147–148v; MF 439.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Roon, Bernstorff, Itzenplitz, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Herzbruch, Ribbeck, Burghart, Greiff [alle zu 3], Meinecke [zu 5].*

**1.** *AH-Beratungen über Gesetzentwürfe betr. Etats 1862 und 1863. Angesichts langjähriger Überlegungen zur Reorganisation des Staatsrats ist der Einzeletat für das Staatssekretariat nur noch bis 1864 vorzusehen<sup>1</sup>; zum Einzeletat für den Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte<sup>2</sup> soll die Revision der allgemeinen Prozeßgesetzgebung abgewartet werden.* [B] — **2.** *Stiftung einer Verdienst-Medaille des Johanniter-Ordens wird mehrheitlich abgelehnt.*<sup>3</sup> [B] — **3.** *Restitution mediatisierter standesherrlicher Rechte und Entschädigung für das Grafenhaus Stolberg-Wernigerode.*<sup>4</sup> [B] — **4.** *Proposition betr. Aufhebung der Zuchthausgefälle in der Provinz Schlesien.*<sup>5</sup> [B] — **5.** *AH-Beratungen über Gesetzentwürfe betr. Etats 1862 und 1863. Keine Zustimmungspflicht des AH zur Konvertierung der Staats-Anleihen von 1850 und 1852.*<sup>6</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90a, B III 1 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 175–178 (Votum des Justizministers v. 14.7.1862). Zum Antrag der AH-Budgetkommission vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 100, S. 10 f.; dazu Verhandlungen v. 30.7.1862, S. 953 f. Vgl. auch Schneider, Der preußische Staatsrat, S. 246.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Verhandlungen v. 30.7.1862, S. 958.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 2019, n.f. Darin unter anderem der Immediatbericht v. 21.7. und KO v. 27.10.1862 an Prinz Karl. Das vorherige Staatsministerium hatte den Antrag bereits abgelehnt, vgl. Sitzung am 19.5.1859.

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 200, n.f.

<sup>5</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 118; dazu Verhandlungen v. 23.8.1862, S. 1350–1352.

<sup>6</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 116, S. 12–15.

## Nr. 241 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Juli 1862.

Reinschr., Bd. 74, Bl. 143; MF 438.

Anwesend: von der Heydt [V], Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Hegel [U].

**1.** *Etat-Spezialisierung. AH-Beratungen über Gesetzentwürfe betr. Etats 1862 und 1863; gegen weitere Spezialisierung der Einzeletats ausgesprochen; derartige Anträge des AH sind der Regierung höchstens zur Erwägung zu stellen.*<sup>1</sup> [B] — **2.** *Zwei Titelverleihungen.* [B]

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 100, S. 16–24; dazu Verhandlungen v. 30.7.1862, S. 963–966.

## Nr. 242 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Juli 1862.

Reinschr., Bd. 74, Bl. 144–144v; MF 438.

Anwesend: von der Heydt [V], Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

**1.** *Verhältnis zum AH und dessen Geschäftsordnung. Den etwaigen Übergriffen einzelner Redner des Abgeordnetenhauses ist in Zukunft durch entschiedene Wahrung des Rechts der Regierung entgegenzutreten und im äußersten Falle der Antrag auf Erlaß des Ordnungs-Rufes an den Präsidenten des Hauses zu stellen.* [B] — **2.** *AH-Beratung der Etatentwürfe 1862 und 1863. Einspruch gegen Minderung des Einzeletats für die Eisenbahn-Verwaltung.*<sup>1</sup> [B] — **3.** *Zwei Ernennungen.* [B]

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 103; dazu Verhandlungen v. 31.7. und 1.8.1862, S. 979 ff., bes. S. 1013–1016 und S. 1043–1045.

**Nr. 243 Sitzung des Staatsministeriums am 6. August 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 145–145v; MF 438.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: J. G. A. V. v. Brauchitsch, O. Hoffmann, W. v. Kehler.*

*AH-Beratung über Etatentwürfe 1862 und 1863. Anträge auf Abschaffung der Gendarmerie-Brigadeur[e] sowie auf Verminderung der Distrikt-Gendarmerie-Offiziere sind dilatorisch zu behandeln.<sup>1</sup> [B]*

---

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 158, S. 17–19 und 37; dazu Verhandlungen v. 2.10.1862, S. 1975 f.*

**Nr. 244 Sitzung des Staatsministeriums am 12. August 1862.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [3], Bd. 74, Bl. 146–146v und 150–151; MF 438/439.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Abeken, A. v. Pommer-Esche [beide zu 3].*

**1.–2. Ernennung und Titelverleihung.** [B] — **3. Bedingung für zwei Ernennungen am Domkapitel Köln, die seit langem zwischen Erzbischof J. v. Geissel und der Staatsregierung strittig gewesen sind.**<sup>1</sup> [B] — **4. Berufung der Provinzial-Landtage für Oktober 1862; deren Stellungnahme zum Gesetzentwurf über die Kreisordnung ist erwünscht.** [B] — **5. Bernuths definitive Ernennung zum Berliner Polizei-Präsidenten.**<sup>2</sup> [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. *Trippen, Norbert, Das Domkapitel und die Erzbischofswahlen in Köln 1821–1929, Köln 1972, S. 131–138.*

<sup>2</sup> Vgl. *Immediatbericht Jagows und KO v. 19.8.1862 in: Rep. 89, Nr. 14954, Bl. 103–104.*

**Nr. 245 Sitzung des Staatsministeriums am 22. August 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 152–152v; MF 439.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Roon, Bernstorff, Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Delbrück [zu 2], Kette [für Itzenplitz], M. Philipsborn [zu 2], Wollny [zu 1].*

**1. Beamte. Kein Eingehen auf die Kollektiv-Eingabe von Subalternbeamten wegen Verbesserung**

ihrer Lage. [B] — 2. Handelsvertrag mit Frankreich 1862.<sup>1</sup> Antwort an die Regierungen Bayerns und Württembergs auf ihre Ablehnung zum Beitritt vom 8./11.8.1862. [B] — 3. Ernennung W. v. Selchows zum Oberpräsidenten von Brandenburg. [B] — 4. Zwei Ernennungen. [B]

<sup>1</sup> Der Vertrag war am 29.3. paraphiert und die endgültige Unterzeichnung am 2.8.1862 vollzogen worden, nachdem AH und HH dem Vertrag zugestimmt hatten. Zum Vertragsabschluß vgl. III. HA MAA, II Nr. 4189–4191. Zum Folgenden vgl. Schreiben Bernstorffs an den Gesandten in München v. 26.8.1862, gedr. in: *StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 137, S. 19–31*. Zu den Konsequenzen für den Deutschen Zollverein vgl. die in Übereinstimmung mit dem Handels- und Staatsministerium von der AH-Kommission am 1.9. vorgeschlagene und am 5.9.1862 angenommene Resolution: *Ebd., S. 18*; ferner AH-Verhandlungen v. 5.9.1862, S. 1517–1551, bes. S. 1549–1551. Weitere Details: Delbrück, *Lebenserinnerungen, Bd. 2, S. 236–244*. Vgl. ferner Böhme, *Deutschlands Weg zur Großmacht, S. 108–111 und 116–123*; zusammengefaßt ders., *Verfassungskonflikt und Handelspolitik. Die Frage der Kontinuität im Jahre 1862*, in: Ders. (Hrsg.), *Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1879, Köln, Berlin 1968, S. 195–225, hier S. 213–215*.

### Nr. 246 Sitzung des Staatsministeriums am 3. September 1862.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [2 und 4], Bd. 74, Bl. 153–168; MF 439.*

Anwesend<sup>1</sup>: von der Heydt [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Falk [zu 2, U], R. Jacobi [zu 3], R. v. Sydow [für Bernstorff], H. Frh. v. Wangenheim [zu 4, U], Wever [zu 2, U].

1. Westfälische Landgemeinde-Ordnung 1841<sup>2</sup>. Gutachten vom Provinzial-Landtag Westfalen wird angefordert über Abänderungen der Landgemeinde-Ordnung. [B] — 2. Zwei Pensionssachen. [B] — 3. Wahl-VO zum HH v. 5.11.1861. Matrikel-Kommission des Herrenhauses soll keine Debatte über Rechtsbeständigkeit des Erlasses von 1861 betr. Wahlen der Vertreter des alten und befestigten Grundbesitzes führen. Weiterhin ist alles zu vermeiden [...], was auch nur den Schein erregen könnte, als bestehe im Schoße des Staatsministeriums selbst ein Zweifel über jene Frage.<sup>3</sup> [B] — 4. 12 Disziplinarsachen. [B]

<sup>1</sup> Auch der Kronprinz scheint anwesend gewesen zu sein; vgl. seine Aufzeichnungen: *Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 157f.* Dort auch die Angabe, daß in der Wilhelmstraße 74, also in dem Dienstgebäude des Staatsministeriums, getagt wurde.

<sup>2</sup> LGO Westfalens v. 31.10.1841 in: *GS, S. 297*.

<sup>3</sup> Vgl. *Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 1 Bd. 3, Bl. 224 ff.* Dazu *Immediatbericht von der Heydts v. 3.9.1862 in: BPH, Rep. 51, J Nr. 263 [Mappe 1858–69, Bl. 15–15v]*.

### Nr. 247 Sitzung des Staatsministeriums am 6. September 1862.

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 169–169av; MF 439.*

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Hegel [U].

Weitere Teilnehmer: R. v. Sydow [für Bernstorff].

*Bevorstehende AH-Beratungen über Etatentwürfe 1862 und 1863, hier Militär-Etat<sup>1</sup>. Bericht von der Heydts über Finanzüberschüsse 1862 von etwa 3,5 Mio. Tlr. Weiterhin ist ratsam [...], zum geeigneten Zeitpunkte im Laufe der Landtagsverhandlungen sich zu weiteren Konzessionen hinsichtlich der Dauer der Dienstzeit geneigt zu erklären.<sup>2</sup> – Roon widerspricht der im AH geäußerten Ansicht, daß der rechtskräftige Militäretat 1861 nur die Ausgaben für die Heeresreform deckt, die bis 31.12.1861 verausgabt wurden, und daß für 1862 bereits getätigte Ausgaben eine nachträgliche Bewilligung durch Indemnitätsbitte erfolgen muß. Eine Verringerung der Dienstzeit von drei auf zwei Jahre kann nur unter Gewährung der drei Ersatzmittel erfolgen: Vermehrung der Unteroffiziersschulen und der Kapitulanten sowie eine raschere und gründlichere Ausbildung der Soldaten durch stehende Lager.<sup>3</sup> – Staatsministerium erwägt Auflösung des AH für den Fall, daß es den Etatentwurf 1862 um 6 Mio. Tlr. kürzt, um die Einführung der zweijährigen Dienstzeit zu erzwingen.<sup>4</sup> [B]*

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 138.*

<sup>2</sup> Vgl. so auch das persönliche Schreiben von der Heydts an Wilhelm I. v. 5.9.1862, in: *BPH, Rep. 51, J Nr. 263 [Mappe 1858–69, Bl. 19–20v]; gedr. in: Schultze (Bearb.), Kaiser Wilhelms I. Briefe, Bd. 2, Dok. 338, S. 195 f.*

<sup>3</sup> Zu diesen Plänen Roons, Ideen der Alt- bzw. gemäßigten Liberalen aufgreifend, vgl. die Denkschrift v. 10.10.1862, die Wilhelm I. am 19.10. mit ablehnenden Marginalien versah und am 18.11.1862 an Roon sandte; gedr. in: *Militärische Schriften Kaiser Wilhelms, Bd. 2, S. 479–488. Vgl. auch Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, Bd. 1, S. 192–195.*

<sup>4</sup> Zum Kontext dieser Sitzung vgl. *Bergengrün, Staatsminister A. Frh. von der Heydt, S. 298 f.; Börner, Die Krise der preußischen Monarchie, S. 199 f.*

## **Nr. 248 Sitzung des Staatsministeriums am 8. September 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 169b–169c; MF 439.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Holtzbrinck. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. v. Sydow [für Bernstorff].*

*AH-Beratungen über Etatentwürfe 1862 und 1863, hier Militäretat; Berichte von der Heydts und Roons über Audienzen bei Wilhelm I. am 7. September<sup>1</sup>. Wilhelm I. hat ausgedehntere Konzessionen, als bereits in dem Etatentwurf pro 1863 bewilligt, entschieden abgelehnt und die Ansicht geltend gemacht, daß die Regierung, solange eine Vereinbarung über den neuen Etat nicht zustande kommt, auch ohne Auflösung des Abgeordnetenhauses die Verwaltung auf Grund des pro 1861 gesetzlich festgestellten Staatshaushalts-Etats ungehindert fortführen kann und letzterer bis zur Publikation des neuen Etats gesetzliche Gültigkeit behält. Diese Ansicht ist nach von der Heydt den Bestimmungen der Verfassung nicht entsprechend. Dazu Roon: Er hat nun keine Vorschläge mehr, ohne die persönliche Ehre Wilhelms I. zu kompromittieren<sup>2</sup>; vertagt.*

<sup>1</sup> Vgl. *Roon, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 111.*

<sup>2</sup> Zum Kontext dieser Sitzung vgl. *Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 279 f.; Börner, Die Krise der preußischen Monarchie, S. 200.*

## **Nr. 249 Sitzung des Staatsministeriums am 9. September 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 169d–169e; MF 439.*

Anwesend: von der Heydt [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow, Holtzbrinck. — Prot.: Hegel [U].

Weitere Teilnehmer: Moelle [zu 1], R. v. Sydow [für Bernstorff].

[1.] AH-Beratungen über Etatentwürfe 1862 und 1863, hier Militäretat. Erklärung<sup>1</sup> von der Heydts im Namen des Staatsministeriums zu Beginn der AH-Beratung. [B] — [2.] Finanzminister von der Heydt weist erneut auf die dringende Notwendigkeit hin, durch weitere Reduktionen des Militär-Etats seitens der Regierung ein Entgegenkommen zu zeigen, um den Konflikt mit dem AH zu begrenzen. Roon gegen weitere Konzessionen, dem sich die übrigen Minister außer Holtzbrinck anschließen. Einvernehmen darüber, daß der Etat 1861 im Konfliktfall keine fortdauernde Gültigkeit hat.<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Verhandlungen v. 11.9.1862, S. 1564–1566. Vgl. auch Löwenthal, Der preußische Verfassungskampf, S. 92 f.

<sup>2</sup> Vgl. Immediatbericht v. 9.9.1862 mit Randbemerkung Wilhelms I. v. 10.9. in: Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 124–126v (Entwurf und Abschr. der Randbemerkung); BPH, Rep. 51, J Nr. 263 [Mappe 1862–63, Bl. 35–37v, Abschr.; vgl. auch Mappe 1849–69, Bl. 15–15v]. Immediatbericht v. 9.9.1862 gedr. in: Ringhoffer (Hrsg.), Im Kampfe für Preußens Ehre. A. v. Bernstorff, S. 533–536; Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 41, S. 42 f. Vgl. ferner das persönliche Schreiben von der Heydts an Wilhelm I. v. 9.9.1862 in: BPH, Rep. 51, J Nr. 263 [Mappe 1858–69, Bl. 21–21v], gedr. in: Schultze (Bearb.), Kaiser Wilhelms I. Briefe, Bd. 2, Dok. 339, S. 196–198. – Vgl. auch Promnitz, Kurt, Bismarcks Eintritt in das Ministerium, Berlin 1908, S. 90–94; Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 281 f.; Ritter, Staatskunst und Kriegshandwerk, S. 190 f. (betr. Roon); Börner, Die Krise der preußischen Monarchie, S. 200 f.

## Nr. 250 Sitzung des Kronrats am 16. September 1862.<sup>1</sup>

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen Wilhelms I., Bd. III, Bl. 196–199v; MF KR 17.

Anwesend [U]: Wilhelm I. [V], von der Heydt, Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Hegel [U].

Budgetloses Regieren, Verhalten der Staatsregierung in bezug auf die Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über Etatentwürfe 1862 und 1863, hier Militär-Etat. Finanzminister von der Heydt wiederholt die Überzeugung des Staatsministeriums, daß auf der Grundlage des Etatgesetzes 1861 nicht ohne weiteres und für so lange, bis daß ein neuer Etat zustande kommt, weiterregiert werden kann. Da eine Ablehnung des Militäretat-Entwurfs 1862 durch AH zu befürchten ist, wird zu rechter Zeit eine Verständigung mit dem Landtage zu erstreben sein, um [...] den drohenden Konflikt zu vermeiden. Das Amendement Stavenhagens<sup>2</sup> bietet im jetzigen Augenblick eine Brücke zur Verständigung. – Wilhelm I. zeigt sich überrascht, da bisher vom Staatsministerium die Ansicht vorgetragen worden ist, daß die Regierung aufgrund des letzten Budgets die Verwaltung fortzusetzen befugt ist, wenn das neue Budget vom Landtage verworfen werden sollte; hier besteht eine Lücke in der Verfassung. – Roon plädiert für Abwarten, um den Austrag des Konflikts bis zur nächsten Sitzungsperiode des LT hinauszuschieben. Bedingtes Eingehen auf das Amendement Stavenhagens erscheint möglich. – Bernstorff empfiehlt Annahme des Amendements. Da ein Fortre-

<sup>1</sup> Die Sitzung soll abends stattgefunden haben, nachdem Wilhelm I. nachmittags die Minister einzeln zur Audienz empfangen hatte. Vgl. so Promnitz, Bismarcks Eintritt, S. 137; Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 289 f. und 292.

<sup>2</sup> Abänderungsvorschlag Stavenhagens, Sybels und Twestens v. 8.9.1862 zum Bericht der AH-Budgetkommission über den Militäretat-Entwurf 1862; vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 144. Am 17.9.1862 sollte darüber im AH verhandelt werden.



gieren ohne Budget nicht verfassungsmäßig ist, so wird die Regierung nachgeben müssen. – Jagow plädiert für Abwarten, da der Konflikt sich erst im nächsten Frühjahr [...] zuspitzen wird; bis dahin kann ohne gesetzlichen Etat regiert werden. Itzenplitz und Mühler schließen sich dem an. – Justizminister zur Lippe empfiehlt Annahme des Amendements Stavenhagen, wenn der Konflikt sich dadurch vermeiden läßt. Gegebenenfalls muß aber ohne gesetzlich festgestelltes Budget weiterregiert werden, um die notwendigen Ausgaben bestreiten zu können. – Wilhelm I. gegen weitere Konzessionen, da Gegner der Armee-Reorganisation im AH beabsichtigen, dieselbe zugrunde zu richten, um ihre Macht über das Königtum geltend zu machen; eine Verständigung wird mit solchen Gegnern überhaupt nicht möglich sein. Gleichwohl gestattet er dem Staatsministerium, auf das Amendement Stavenhagen einzugehen, um den Wunsch einer Verständigung mit der Landesvertretung zu erkennen zu geben.<sup>3</sup> [B]

<sup>3</sup> Zu dieser Sitzung vgl. auch Zechlin, *Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht*, S. 292 f.; Ritter, *Staatskunst und Kriegshandwerk*, S. 190 f.; Börner, *Die Krise der preußischen Monarchie*, S. 208 f.; Helfert, *Der preußische Liberalismus und die Heeresreform*, S. 267 f.

## Nr. 251 Sitzung des Kronrats am 17. September 1862.<sup>1</sup>

Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 200–202v; MF KR 17.

Anwesend [U]: Wilhelm I. [V], von der Heydt, Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Hegel [U].

AH-Beratungen über Etatentwürfe 1862 und 1863, hier Militäretat. Roon erläutert seine heute Vormittag im Hause der Abgeordneten abgegebene Erklärung<sup>2</sup> hinsichtlich der Zustimmung der Regierung zu dem Stavenhagenschen Amendement; das AH bzw. dessen Budgetkommission sieht nun bestimmteren Erklärungen der Regierung entgegen. Sollte er zu weit gegangen sein und den Allerhöchsten Intentionen Sr. Majestät zuwider gehandelt haben, so kann er nur alleruntertänigst um Verzeihung bitten. Eine gesetzliche Feststellung der zweijährigen Dienstzeit hat er keineswegs in Aussicht gestellt; doch angesichts der großen Gefahren des drohenden Konflikts sind weitere Zugeständnisse beim Militär-Etat inzwischen unvermeidlich geworden. – Jagow spricht sich gegen weitere Konzessionen im jetzigen Augenblick aus; die Regierung soll fest zu ihrer Position stehen; der Konflikt kann bis zum Frühjahr hinausgeschoben werden. – Itzenplitz, Mühler und zur Lippe schließen sich der Ansicht Jagows an, während von der Heydt und Bernstorff die Meinung Roons stützen. – Wegen dieser Meinungsverschiedenheit wird die Sitzung zu einer besonderen Besprechung des Staatsministeriums für mehrere Stunden unterbrochen. Danach trägt Roon Folgendes vor: Vom AH soll die Genehmigung des Militäretat-Entwurfs 1862 in Verbindung mit dem Amendement Stavenhagen verlangt werden; der Etatentwurf 1863 dagegen soll zurückgezogen, umgearbeitet und in der nächsten Sitzungsperiode zusammen mit dem Gesetzentwurf über die Dienst-

<sup>1</sup> Die Sitzung soll nachmittags begonnen, dann für einige Zeit zu einer besonderen Besprechung der Minister ohne Wilhelm I. unterbrochen und schließlich abends fortgesetzt worden sein. Vgl. hier Bl. 201v sowie Promnitz, *Bismarcks Eintritt*, S. 149; Zechlin, *Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht*, S. 294–297. – Nach seinen Erinnerungen will I. Hegel „Zeuge“ dieser Sitzung gewesen sein, obwohl er gemäß Protokoll nicht anwesend war. Immerhin gibt er einige Sachverhalte dieser Sitzung zutreffend wider. Vgl. Hegel, *Immanuel, Erinnerungen aus meinem Leben*, Berlin 1891, S. 18 f.

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1862 II, Verhandlungen v. 17.9.1862*, S. 1733 f. sowie S. 1738 und 1740. Vgl. auch die Erläuterungen Roons und von der Heydts in den anschließenden Sondersitzungen der AH-Budgetkommission vom 17.–19.9.1862, Protokolle in: *Rep. 169 C, 4 Nr. 9a Bd. 11, Bl. 413 ff.* – Roon über seine Rolle am 17.9. in einem Brief an Perthes v. 20.9.1862: „Ein schwächlicher Versöhnungsversuch am 17., bei dem leider mir die Hauptrolle zugefallen war, ist ohne Resultat geblieben und damit von Neuem konstatiert, daß die Opposition keinen Frieden, sondern Unterwerfung will.“ Roon, *Denkwürdigkeiten*, Bd. 2, S. 116 f.

pflicht dem LT vorgelegt werden; dabei ist für 1864 eine Reduktion der Dienstzeit in Erwägung zu ziehen. – Wilhelm I. weist diesen Vorschlag mit Entschiedenheit zurück, da er wie der frühere Antrag auf eine Verkürzung der Dienstzeit hinausläuft. Auch muß der Etatentwurf 1863 unverkürzt aufrechterhalten werden. Das Staatsministerium hat hiernach die morgen abzugebende Erklärung der Regierung einzurichten.<sup>3</sup> Die Minister erklären, diesem Befehl pflichtschuldigst nachkommen zu wollen.<sup>4</sup> [B]

<sup>3</sup> Vgl. Protokoll der AH-Budgetkommission v. 18.9.1862 in: Rep. 169 C, 4 Nr. 9a Bd. 11, Bl. 413 ff; ferner StenBerAH, Session 1862 II, Verhandlungen v. 19.9.1862, bes. S. 1743 f., 1748 f., 1750 f., 1758 und 1759 f. (Redebeiträge Roons).

<sup>4</sup> Im vorliegenden Protokoll ist nicht davon die Rede, daß Wilhelm I. von der Möglichkeit seiner Abdankung gesprochen habe. Seine Abdankungs-Absicht wird indes im Protokoll der folgenden Sitzung am 19.9.1862 bestätigt. – Zu dieser Sitzung vgl. Bergengrün, Staatsminister A. Frh. von der Heydt, S. 304 f.; Promnitz, Bismarcks Eintritt, S. 149–153; Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 294–297; Treue, Wilhelm, Wollte König Wilhelm I. 1862 zurücktreten?, in: FBPG, 51 (1939), S. 275–310, hier S. 292 f.; Börner, Die Krise der preußischen Monarchie, S. 209 f.

## Nr. 252 Sitzung des Staatsministeriums am 19. September 1862.<sup>1</sup>

Reinschr., Bd. 74, Bl. 169f–169g; MF 439.

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, von der Heydt [V], Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Hegel [U].

Ministerkrise und Frage der Abdankung Wilhelms I. [1.] Mitteilungen von der Heydts und Bernstorffs über Einreichung ihrer Rücktrittsgesuche.<sup>2</sup> — [2.] Meinungsverschiedenheit<sup>3</sup> über die Frage weiterer Konzessionen an die Mehrheit im AH, um Etatentwürfe 1862 und 1863 im LT durchzubringen, sowie über Fortregieren ohne Budget. Jagow distanziert sich vom Immediatbericht vom 9. September. Roons Ansicht, daß es zwar dem konstitutionellen Katechismus widerspricht, aber durch die preußische Verfassung nicht behindert wird, wenn die Regierung die Verwaltung ohne Budget bis zur Eröffnung der nächsten Sitzungsperiode des LT im Januar fortführt. Eine Auflösung des AH ist indes dann zweckmäßig, wenn es den Etatentwurf ablehnen sollte. Mühler stimmt dem zu. Einigkeit darüber, von einer Vertagung des LT einstweilen Abstand zu nehmen und den Abschluß der Budgetberatungen abzuwarten.<sup>4</sup> — [3.] Bedenken gegen Wilhelms I. Absicht der Abdankung, die er in der KR-Sitzung v. 17. September geäußert hatte.<sup>5</sup> [B]

<sup>1</sup> Die Sitzung soll 19 Uhr begonnen haben; so Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 160.

<sup>2</sup> Zu von der Heydt vgl. sein Schreiben v. 19.9.1862 in: BPH, Rep. 51, J Nr. 263 [Mappe 1862–63, Bl. 42–44 und 54–55v, Entwurf, Ausfertigung, Abschr.]; wiederholt im Schreiben v. 20.9.1862, ebd., Bl. 52–52v. Ebd., Bl. 57 die Antwort Wilhelms I. v. 21.9.1862 (Non avenu ...). Vgl. so auch Schultze (Bearb.), Kaiser Wilhelms I. Briefe, Bd. 2, Dok. 342, 344 und 345, S. 199–202. Vgl. auch Bergengrün, Staatsminister A. Frh. von der Heydt, S. 305 f. – Zu Bernstorff vgl. Ringhoffer (Hrsg.), Im Kampfe für Preußens Ehre. A. v. Bernstorff, S. 537–542. Vgl. ferner Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 160.

<sup>3</sup> Vgl. z.B. das Schreiben Roons an Bernstorff v. 21.9.1862 in: Ringhoffer (Hrsg.), Im Kampfe für Preußens Ehre. A. v. Bernstorff, S. 542–544.

<sup>4</sup> Zur Vertagungs-Absicht vgl. Randbemerkung Wilhelms I. zum Schreiben von der Heydts v. 19.9.1862 in: BPH, Rep. 51, J Nr. 263 [Mappe 1862–63, Bl. 40]; gedr. in: Schultze (Bearb.), Kaiser Wilhelms I. Briefe, Bd. 2, Dok. 343, S. 200 f.

<sup>5</sup> Vgl. Immediatbericht v. 21.9.1862, gedr. in: Kaiser Friedrich III. Tagebücher, Anh. S. 494–497. Ebd., S. 498–500 der eigenhändige Entwurf der Abdankungsurkunde Wilhelms I.; auch in: Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 43 und 44, S. 45–49. Vgl. ferner Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 300 f. und 304–306; grundlegend Treue, Wollte König Wilhelm I. 1862 zurücktreten?, bes. S. 296; Börner, Die Krise der preußischen Monarchie, S. 212 und 220 f.; Gall, Lothar, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt/M. etc. 1983, S. 222 f., 240 und 242.

**Nr. 253 Sitzung des Staatsministeriums am 24. September 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 169h; MF 439.*

*Anwesend: Bismarck<sup>1</sup> [V], von der Heydt [zu 1]<sup>2</sup>, Roon, Bernstorff, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Hegel [U].*

**[1.] Ministerwechsel.** Mitteilung Bismarcks über Verhandlungen, die seiner Ernennung vorausgegangen sind.<sup>3</sup> Meinungs austausch zwischen von der Heydt und Bernstorff einerseits und übrigen Ministern andererseits. — **[2.]** Besprechung der politischen Situation. *AH soll um Aussetzung der Beratungen über Militäretat-Entwurf 1863 für einige Tage ersucht werden.*<sup>4</sup> [B]

<sup>1</sup> Bismarck war mit KO v. 23.9.1862 zum Staatsminister und interimistischen Vorsitzenden des Staatsministeriums berufen, zugleich Hohenlohe-Ingelfingen von dieser Funktion entbunden worden. Vgl. Rep. 90, Nr. 2352, Bl. 36; Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 183 und 184.

<sup>2</sup> Gemäß Protokoll verließ von der Heydt die Sitzung nach TOP 1. – Da von der Heydt auf seinem Rücktrittsgesuch v. 19.9. beharrt hatte, wurde er mit KO v. 23.9.1862 seines Amtes entbunden, sollte aber noch bis zur Berufung eines Nachfolgers die Geschäfte des Finanzministeriums weiterführen. Die definitive Entlassung erfolgte mit KO v. 30.9.1862. Vgl. Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 186, 187 und Bl. 188. Zu weiteren Bleibeverhandlungen vgl. Bismarcks Schreiben an Wilhelm I. v. 22.9., 3.10. und 11.10.1862 in: GW, Bd. 14/2, Dok. 912, 916 und 922, S. 621, 622 f. und 625; Bergengrün, Staatsminister A. Frh. von der Heydt, S. 307–309.

<sup>3</sup> Gemeint sind die Babelsberger Gespräche zwischen Wilhelm I. und Bismarck v. 22. und 23. September. Vgl. dazu die in wichtigen Details unterschiedlichen Überlieferungen von Wilhelm I. in: Kaiser Friedrich III. Tagebücher, Anh. S. 497 f.; sowie Bismarck, Otto v., Erinnerung und Gedanke, hrsg. v. G. Ritter und R. Stadelmann, Berlin 1932 (GW, Bd. 15), S. 178–180. Zur Berufung vgl. ferner Bismarcks Schreiben an Wilhelm I. v. 22.9.1862 und an seine Frau v. 24.9.1862 sowie an Wilhelm I. v. 1.12.1863 in: Bismarck, GW, Bd. 14/2, Dok. 912, 913 und 998, S. 621 und 658. – Zur Rolle Roons bei der Berufung Bismarcks vgl. Roon, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 109–111 und 117–120; Bismarck, GW, Bd. 14/2, Dok. 908, S. 619 (Bismarck an Roon v. 12.9.1862); dazu Gall, Bismarck, S. 240 und 241 f. Vgl. ferner Promnitz, Bismarcks Eintritt, S. 210–254; Zechlin, Bismarck und die Grundlegung deutscher Großmacht, S. 312–321; Börner, Die Krise der preußischen Monarchie, S. 219 f.; Gall, Bismarck, S. 244–247.

<sup>4</sup> Vgl. Schreiben Bismarcks an den Präsidenten des AH Grabow v. 24.9. in: StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 160. – Das AH hatte in der Schlußabstimmung über den Militäretat-Entwurf 1862 am 23.9. die angesetzten Ausgaben für die Heeresreform abgelehnt. Der derart reduzierte Etatentwurf 1862 wurde vom AH am 3.10. angenommen und dem HH überwiesen. Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Verhandlungen v. 3.10.1862, S. 2055.

**Nr. 254 Sitzung des Staatsministeriums am 25. September 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 169i–169iv; MF 439.*

*Anwesend: Bismarck [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Hegel [U].*

*AH-Beratung des Etatentwurfs 1863. Roon empfiehlt Zurückziehung der Vorlage, da Militäretat-Entwurf vom AH ebenso abgelehnt werden wird wie der für 1862. Anderenfalls wird die Regierung in Schwierigkeiten geraten, da dann von einer weiteren Verausgabung der Summen für die Reorganisation in gutem Glauben nicht weiter die Rede sein kann. Die Zurückziehung der Vorlage ist formal damit zu begründen, daß die Bewilligung der Kosten für die Reorganisation von der Feststellung des Gesetzes über die Dienstpflicht und Rekrutierung seitens des Abgeordnetenhauses*

abhängig gemacht wird. Außerdem soll mit dem Etatentwurf 1863 gleichzeitig der für 1864 vorgelegt werden. Mehrheit schließt sich Roon an, während zur Lippe und Mühler sich gegen die Zurückziehung des Etatentwurfs aussprechen.<sup>1</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. *Immediatbericht v. 27.9.1862 mit Entwurf der Allerh. Ermächtigung zur Zurückziehung des Etatentwurfs 1863* in: *Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 26–27*; *KO v. 27.9.1862 gedr. in: StenBerAH, Session 1862 II, Verhandlungen v. 29.9.1862, S. 1890*; vgl. ferner *ebd. Drucks. Nr. 167. Zu weiteren Motiven, den Etatentwurf zurückzuziehen, vgl. das Schreiben Bismarcks an den Kronprinzen v. 13.10.1862 in: Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 505.*

## Nr. 255 Sitzung des Staatsministeriums am 27. September 1862.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 74, Bl. 169k–170v; MF 439.*

*Anwesend: Bismarck [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Wever [zu 1].*

**1. Pensionssache.**<sup>1</sup> [B] — **2. Ernennung.** [B] — **3. Mitteilung über Entlassungsgesuche Bernstorffs und Holtzbrincks.**<sup>2</sup> — **4. Staatshaushalt 1863. Die Erklärung**<sup>3</sup> Bismarcks, im Namen des Staatsministeriums den Etatentwurf für 1863 zurückzuziehen, wird für die nächste AH-Sitzung gebilligt. [B]

<sup>1</sup> *Zum Fall des RegR v. Besser vgl. Rep. 90, Nr. 831, Bl. 75–123.*

<sup>2</sup> *Vgl. Ringhoffer (Hrsg.), Im Kampfe für Preußens Ehre. A. v. Bernstorff, S. 545 f. Vgl. auch Sitzung am 19.9.1862.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Verhandlungen v. 29.9.1862, S. 1889 f.; Bismarck, GW, Bd. 10, S. 137 f.; Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 45, S. 49 f.*

## Nr. 256 Sitzung des Staatsministeriums am 29. September 1862.

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 171–171v; MF 439.*

*Anwesend: Bismarck [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**1. AH-Beratung des Gesetzentwurfs betr. Paßwesen.** Gegen fortgesetzten Widerspruch des AH<sup>1</sup> ist am § 7 der Vorlage festzuhalten, auch wenn dadurch das Zustandekommen des Paßgesetzes vereitelt werden sollte. Denn dem Bestreben des AH, Gesetzentwürfe der Regierung von anerkannt heilsamem Inhalt durch Bemängelung einzelner Bestimmungen zu verstümmeln, darf durch Nachgiebigkeit nicht Vorschub geleistet werden. [B] — **2. Beamte als Abgeordnete und Beamten-Disziplinierung.** Die Frage, ob Kosten der Stellvertretung der dem Beamtenstande angehörenden Mitglieder des AH auch in Zukunft aus der Staatskasse bestritten werden sollen, wird vertagt.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 154.*

<sup>2</sup> *Zur Disziplinierung der Beamten, die nach Bismarck den Kern der AH-Opposition bildeten, vgl. z.B. sein Schreiben an den Kronprinzen v. 13.10.1862 in: Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 505 f. Vgl. hierzu Hess, Adalbert, Das Parlament, das Bismarck widerstrebte. Zur Politik und sozialen Zusammensetzung des preußischen Abgeordnetenhauses der Konfliktzeit (1862–1866), Köln etc. 1964, S. 73 ff.*

### Nr. 257 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Oktober 1862.

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 172; MF 439.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**1. Amtseinführung des Finanzministers Bodelschwingh.**<sup>1</sup> — **2. Geplante Resolutionen**<sup>2</sup> *des AH über Zurückziehung des Etatentwurfs 1863. Bismarcks abzugebende Erklärung soll die Prinzipienfragen möglichst wenig berühren.* [B] — **3. Ernennung.** [B]

---

<sup>1</sup> Seine Ernennung war mit KO v. 30.9.1862 erfolgt; zugleich schied von der Heydt aus diesem Amt. Vgl. Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 188. Ferner Bismarck, GW, Bd. 14/2, Dok. 916, S. 623.

<sup>2</sup> Die Resolution Forckenbecks hatte die Budgetkommission des AH als Antwort auf die Erklärung des Staatsministeriums zur Zurückziehung des Etatentwurfs 1863 am 29.9. angenommen. Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 167, S. 3.

### Nr. 258 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 5. Oktober 1862.

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 203–203v; MF KR 17.*

*Anwesend [U]: Wilhelm I. [V], Bismarck, Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: [Costenoble].*

**[1.] Ministerwechsel.** *Wilhelm I. spricht in anerkennenden Worten über den ausgeschiedenen Minister von der Heydt und über Bernstorff, dessen Entlassung bevorsteht. An den bisher in der äußeren Politik beobachteten Grundsätzen ist auch ferner festzuhalten.*<sup>1</sup> — **[2.]** *Zum Verhalten der Staatsregierung bei der anstehenden AH-Debatte*<sup>2</sup> *über Resolutionen zur Zurückziehung des Etatentwurfs 1863. Bismarck soll nicht eine vorher formulierte, förmliche Erklärung namens der Staatsregierung abgeben, sondern in eigenem Namen sprechen, wobei er den günstigsten Zeitpunkt zur Abgabe seiner Erklärung während der AH-Debatte selbst bestimmen kann.*<sup>3</sup> [B] — **[3.]** *Ministervereidigung. Wilhelm I. erläßt Bodelschwingh die Erneuerung des Diensteides und verpflichtet ihn mittelst Handschlags an Eidesstatt.*

---

<sup>1</sup> Bernstorffs Entlassung als Außenminister und Ernennung zum Botschafter in London erfolgte mit KO v. 8.10.1862; zugleich wurde Bismarck zum Außenminister und definitiven Ministerpräsidenten ernannt. Vgl. Rep. 90, Nr. 891, Bl. 118–119; Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 193–193v; Ringhoffer (Hrsg.), *Im Kampfe für Preußens Ehre. A. v. Bernstorff*, S. 545 f. Ferner Rep. 90, Nr. 2352, Bl. 40–42.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, *Verhandlungen* v. 6.10.1862, S. 2093–2126.

<sup>3</sup> Bismarck beantragte im AH am 6.10. eine Vertagung der Debatte auf den nächsten Tag mit der Ankündigung, dann eine Erklärung abzugeben. Zur Erklärung Bismarcks vgl. StenBerAH, Session 1862 II, *Verhandlungen* v. 7.10.1862, S. 2127 f. Daraufhin wurde die Debatte im AH fortgesetzt, schließlich der Antrag der Budgetkommission (Resolution Forckenbeck) angenommen (S. 2150–2153). Die Erklärung Bismarcks auch in: Bismarck, GW, Bd. 10, S. 142 f.

### Nr. 259 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Oktober 1862.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 74, Bl. 173–174v; MF 439.*

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz<sup>1</sup>, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Hegel, G. Meyer [beide zu 1, U].

[1.] Zwei Disziplinarsachen. [B] — [2.] Ernennung. [B]

---

<sup>1</sup> Nach der Entlassung Holtzbrincks (KO v. 8.10.1862) war Itzenplitz einstweilen mit der Leitung des Handelsministeriums beauftragt worden. Vgl. Rep. 90, Nr. 895, n.f.

## Nr. 260 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Oktober 1862.

Reinschr., Bd. 74, Bl. 175; MF 439.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Hegel [zu 2].

1. Schließung des Landtages am 13. Oktober.<sup>1</sup> [B] — 2. Rede Bismarcks zur Schließung des Landtages.<sup>2</sup> [B] — 3. Ernennung. [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. KO v. 11.10.1862 in: StenBerAH, Session 1862 II, Drucks. Nr. 182. Die KO wurde dem AH von Bismarck am 13.10. mitgeteilt; vgl. dazu Verhandlungen, S. 2246.

<sup>2</sup> Zur Thronrede, die Bismarck anstelle Wilhelms I. hielt, vgl. Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 7 Bd. 1, Bl. 55–56; StenBerAH, Session 1862 II, Verhandlungen v. 13.10.1862, S. 2259 f.; vgl. auch Bismarck, GW, Bd. 10, S. 144–146; Kohl (Hrsg.), Dreißig Jahre preußisch-deutscher Geschichte, Dok. 21, S. 40–43. Zum Kontext vgl. Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 353 f.

## Nr. 261 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Oktober 1862.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 74, Bl. 176–185, Anlage<sup>1</sup>: Bl. 186–189; MF 439/440.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Moelle [zu 1].

1. Budgetloses Regieren; Grundsätze der Ausgabentätigung und Rechnungslegung für 1862, nachdem ein Etatgesetz nicht zustande gekommen war; Etatentwürfe für 1863 und 1864. AH-Beschlüsse zu dem nicht angenommenen Etatentwurf 1862 sind nicht [...] maßgebend; Ausgaben sind zu leisten je nachdem, ob zur Fortführung der Verwaltung oder im Interesse der Landeswohlfahrt notwendig. – Ansätze der Einzeletats: Unter anderem keine Besoldungserhöhungen für Beamte 1862. Beschränkung der Ausgaben; nur der wirklich notwendige Staatsaufwand darf bestritten werden. Ausgaben sind zu leisten, um rechtliche Verpflichtungen des Staates zu erfüllen oder Nachteile von

---

<sup>1</sup> Zusammenstellung der durch die Beschlüsse des Hauses der Abgeordneten von dem Staatshaushalts-Etat pro 1862 abgesetzten resp. demselben hinzugesetzten Beträge (zu 1). Vgl. dazu Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 34–42.

der Staatskasse abzuwenden. – *Eine vorläufige Rechnungslegung ist dem LT baldmöglichst gleich nach Jahresschlusse vorzulegen. – Etatentwurf 1863 ist entsprechend umzuarbeiten und dem LT gleich Anfang 1863 vorzulegen. – Ebenso soll der Gesetzentwurf über die Wehrpflicht möglichst bald im LT eingebracht werden.* [B] — **2.** Wiederanstellung eines 1861 entlassenen Beamten im Handelsministerium. [B]

## Nr. 262 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Oktober 1862.

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 190–191; MF 440.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hobrecht [zu 1].*

**1.** *Einberufung der Provinzial-Landtage zum 9. November. Ernennung der Provinziallandtags-Marschälle. Provinzial-Landtage westlicher Provinzen mit Begutachtung des Gesetzentwurfs zur Kreis-Ordnung beauftragt; Frage vertagt, ob dieser auch den Provinzial-Landtagen östlicher Provinzen vorgelegt werden soll.* [B] — **2.** *Titelverleihung.* [B] — **3.** *Beamten-Disziplinierung. Maßregeln gegen Beamte, die als Abgeordnete eine oppositionelle Stellung gegen die Regierung offenbaren, sowie gegen andere, der Regierung feindselig gesinnte oder als unzuverlässig befundene Beamte. Meinungsverschiedenheit über die Frage, ob Beamten als Mitglieder des AH die Kosten ihrer Stellvertretung auferlegt werden können. Einige oppositionelle Beamte sind zu versetzen oder zur Disposition zu stellen.*<sup>1</sup> [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. hierzu Bismarcks Schreiben an den Kronprinzen v. 13. und 29.10.1862 in: Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 505 f. Ferner Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 347–351, vor allem S. 349.*

## Nr. 263 Sitzung des Kronrats am 20. Oktober 1862.

*Vollz. Reinschr.<sup>1</sup>, Bd. III, Bl. 205–208v; MF KR 17.*

*Anwesend [U]: Wilhelm I. [V], Bismarck, Bodelschwingh, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

*Beamten-Disziplinierung. Einigkeit hinsichtlich der allgemeinen Prinzipien; Differenzen über konkrete Maßnahmen, die noch näher geprüft werden sollen. Für Wilhelm I. ist es nicht hinnehmbar, daß Beamte als Mitglieder des AH durch ihre faktiöse Opposition gegen die Regierung, die nicht auf gewissenhafter Überzeugung, sondern nur auf persönliche[n] Rücksichten beruhen kann, dazu beigetragen haben, den Staat in eine so gefahrvolle Krisis, wie die gegenwärtige, zu drängen. Bismarck: Ein oppositionell gesinnter Beamter kann als Mitglied des AH seine Gesinnungen in seiner Beamten-Wirksamkeit kaum zurückdrängen; solche Beamte werden bei Wahlen dem Könige ergebene Wähler über die Allerhöchste Willensmeinung irre leiten. – Neun Beamte sind wegen*

---

<sup>1</sup> *Überlieferung in zwei Versionen: als nicht-vollz. Protokoll in der Schrift Costenobles (Bl. 205–206v) und mit geringfügigen Hinzufügungen (Bl. 206 bzw. 208) als vollz. Protokoll (Bl. 207–208v).*

ihrer oppositionellen Haltung als Abgeordnete *entweder* zur Disposition *zu stellen oder zu versetzen*.<sup>2</sup> *Den Ober- und Regierungspräsidenten ist sorgsame Überwachung der politischen Haltung der Beamten zur Pflicht zu machen.* [B]

---

<sup>2</sup> Darunter Bockum-Dolffs, Diederichs und Osterrath. Vgl. zu diesen Fällen Hess, *Das Parlament, das Bismarck widerstrebt*, S. 105 f. und 115 f.; Rejewski, *Die Pflicht zur politischen Treue*, S. 65 f.; zum Kontext: Zechlin, *Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht*, S. 349–351.

## Nr. 264 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Oktober 1862.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 74, Bl. 192–198v; MF 440.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hobrecht [zu 1, U], Noah [zu 3].*

**1.** *Gesetzentwurf zur Kreis-Ordnung. Gegen Jagows Votum soll der Entwurf allen Provinzial-Landtagen zusammen mit einer Denkschrift zur Begutachtung vorgelegt werden. Dabei ist der ältere Entwurf von 1860 und nicht der von 1862 für die weitere Entwicklung zum Anhalt zu nehmen.* [B] *Bismarcks Vorschlag vertagt, daß zur Fortentwicklung der bestehenden Kreis-Verfassungen die Kreistage angehört werden sollen.*<sup>1</sup> — **2.** *Juden. Revision des Beschlusses v. 23.12.1861 betr. Aufhebung des Verfahrens zur Entziehung der ständischen Rechte eines jüdischen Rittergutsbesitzers.*<sup>2</sup> [B] — **3.** *Antrag rheinischer Provinzialstände wird abgelehnt, der Provinzial-Hilfskasse die Annahme verzinslicher Deposita von Privatpersonen zu gestatten.* [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. *Immediatbericht des Innenministers v. 22.10.1862 (Auszug) sowie Entwürfe in: Rep. 77, Tit. 772 Nr. 1 Bd. 9, n.f. Vgl. ferner Rep. 89, Nr. 13910, n.f. (Immediatbericht u. Denkschrift).*

<sup>2</sup> Vgl. zu diesem Fall *Rep. 77, Tit. 438 Nr. 48 Bd. 3, n.f.*

## Nr. 265 Sitzung des Staatsministeriums am 2. November 1862.

*Vollz. Reinschr., Bd. 74, Bl. 199–201v; MF 440.*

*Anwesend [U]: Bodelschwingh [V], Itzenplitz, zur Lippe, Jagow. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: O. v. Hagen [U], Hering [für Roon, U], O. Krug von Nidda, Lehnert [für Mühler, U], Löwe [U], C. E. Oppermann, R. v. Sydow [für Bismarck], W. Wohlers.*

*Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Errichtung von Gebäuden in der Nähe der auf dem linken Rheinufer der Rheinprovinz belegenen Waldungen. Differenzen beigelegt.* [B]

---

<sup>1</sup> *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*



**Nr. 266 Sitzung des Staatsministeriums am 17. November 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 202–202v; MF 440. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2414, Bl. 47–47v.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: L. Hahn, Hegel [beide zu 1–2].*

*Pressepolitik. Einvernehmen darüber, die sog. Sternzeitung zum 1. Januar 1863 eingehen zu lassen und von diesem Zeitpunkt an einige offiziöse Artikel [...] in den nicht amtlichen Teil des Staats-Anzeigers aufzunehmen und für andere geeignete Privatzeitungen zu benutzen.<sup>1</sup> [B] – Regierungsblätter. Entwicklungsgang und jetzige Einrichtung des Staats-Anzeigers dargelegt. Eine Anweisung an Behörden wird beschlossen, vom 1.1.1863 an für amtliche Publikationen den Staats-Anzeiger sowie Amts- und Kreisblätter zu benutzen und nur in Ausnahmen Privat-Zeitungen. [B]*

---

<sup>1</sup> *Vgl. Immediatbericht v. 21.11.1862 in: Rep. 90, Nr. 2414, Bl. 47a–57v; ferner KO v. 24.11.1862 in: Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 243v–244. Vgl. auch Naujoks, Eberhard, Bismarck und die Organisation der Regierungspresse, in: HZ, 205 (1967), S. 46–80, hier S. 52 f.; ferner Nöth-Greis, Das Literarische Büro, S. 16–18.*

**Nr. 267 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Dezember 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 203–204; MF 440.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**1.** *Reorganisation des Staats-Anzeigers. Gegen den Wunsch I. Hegels wird sein Verbleiben im Kuratorium des Staats-Anzeigers befürwortet. [B] — 2.–3. Drei Ernennungen. [B] — 4. Einstweilige Versetzung des Oberpräsidenten der Provinz Posen, G. v. Bonin, in den Ruhestand.<sup>1</sup> [B] — 5. Wilhelms I. indirekte Empfehlung einstimmig abgelehnt, dem ehemaligen Berliner Polizeipräsidenten L. v. Winter anlässlich seiner Bestätigung als Oberbürgermeister von Danzig einen Titel zu verleihen. [B] — 6. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Pensionen der rheinischen Kommunal-Forstbeamten. Für zulässig erachtet, einen vom Landtag genehmigten Gesetzentwurf auch dann noch zum Gesetz zu erheben, wenn seit der Genehmigung desselben durch den Landtag eine neue Landtagssitzung mit einem neu gewählten Abgeordnetenhouse statt gefunden hat. [B]*

---

<sup>1</sup> *Erfolgte mit KO v. 7.12.1862; vgl. Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 248. Zu den Hintergründen vgl. Immediatbericht. v. 6.12.1862 in: Rep. 89, Nr. 13586, Bl. 89–89v; ferner Rep. 77, Tit. 190 Nr. 15 Bd. 3, Bl. 72–73. Vgl. auch die Bemerkung von Bonins Nachfolger: Aus dem Leben des Oberpräsidenten Carl von Horn 1863 bis 1869, in: Deutsche Revue, 38/2 (1913), S. 356.*

<sup>2</sup> *War nach den Beschlüssen des HH vom AH im April 1861 angenommen worden; vgl. StenBerAH, Session 1861, Verhandlungen v. 6. und 26.4.1861, S. 644–650 und 891 f.*

## Nr. 268 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Dezember 1862.

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 205–206v; MF 440.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Jagow. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: v. Hülsen [zu 4], R. Jacobi [zu 1, 3–4], König, Hoene, [beide zu 2], G. Meyer [zu 3–4].*

**1.** *Anregung des AH<sup>1</sup> auf Revision des Wahl-Reglements v. 4.10.1861. Losentscheid bei Stimmen-gleichheit zweier Kandidaten ist zweckmäßig; hierzu aber keine Vorlage eines Gesetzentwurfs wegen eines so wenig bedeutenden Gegenstandes. [B] — 2.* *Entschädigung eines Elbe-Schiffers, dessen Boot von einem Kriegsschiff übersegelt worden war. [B] — 3.* *Wehrvereine. Verbot der Sammlung und Anschaffung von Waffen sowie Ausschließung von Landwehrleuten aus diesen Vereinen.<sup>2</sup> [B] — 4.* *Beamte als Abgeordnete und Beamten-Disziplinierung. Vorbereitung eines Gesetzentwurfs betr. Übernahme der Stellvertreter-Kosten durch Beamte, die zu Mitgliedern des AH gewählt wurden.<sup>3</sup> [B] Kostenübernahme für Mitglieder des HH behält sich Bismarck im Gegensatz zur Majorität vor. — 5.* *Ministeranklage. Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Minister ist in nächster Landtags-Session 1863 nicht vorzulegen.<sup>4</sup> [B]*

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1862 II, Verhandlungen v. 18.7.1862, S. 659.*

<sup>2</sup> *Vgl. Immediatbericht v. 6.12.1862 in: Rep. 77, Tit. 865 Nr. 3 Bd. 1, Bl. 137–142 (Entwurf).*

<sup>3</sup> *Voten zum Gesetzentwurf in: Rep. 76, Ila Sekt. 54 Gen. Nr. 19 Bd. 2, Bl. 199–248.*

<sup>4</sup> *Voten zu einem neuen Gesetzentwurf seit Ende Oktober 1862 in: Rep. 84a (D), Nr. 2096, Bl. 1–66. – Der Beschluß wurde in der Sitzung am 6.1.1863 wieder revidiert.*

## Nr. 268a Besprechung des Staatsministeriums am 7. Dezember 1862.

*Fundort: Bismarck, GW, Bd. 4, Dok. 12, S. 19 f.<sup>1</sup>*

*Anwesend: [?]*

**[1.]** *Antwort Wilhelms I. auf Ergebenheits-Adressen.<sup>2</sup> — [2.]* *Veröffentlichung der KO<sup>3</sup> betr. Feier des Landwehrfestes bzw. 50-Jahrfeier der Befreiungskriege sowie 100-Jahrfeier des Friedens von Hubertusburg. — [3.]* *Ministerwechsel. Bodelschwingh und Roon verzichten auf ihre Bedenken gegen die Ernennung Eulenburgs zum Minister des Innern; die Mehrheit der Minister hat ihren gestrigen Widerspruch gegen das Revirement zurückgenommen. Bismarck bittet um umgehende Vervollständigung des Ministeriums.<sup>4</sup>*

<sup>1</sup> *Bei der Überlieferung handelt es sich um das Immediatschreiben Bismarcks v. 7.12.1862, in dem er über die heutige Besprechung der Minister Nachstehendes berichtet.*

<sup>2</sup> *Gedr. in: Die innere Politik der Preußischen Regierung 1862–1866, Dok. 23, S. 128–131.*

<sup>3</sup> *KO v. 3.12.1862 in: Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 245–245v.*

<sup>4</sup> *Mit KO v. 8.12.1862 erfolgte folgendes Revirement: Itzenplitz wurde als Landwirtschaftsminister entlassen und zum Handelsminister ernannt; OPräs. Selchow wurde zum Landwirtschaftsminister ernannt; Jagow wurde entlassen und erhielt die Stelle Selchows als OPräs. Brandenburgs; statt dessen wurde Eulenburg zum Innenminister ernannt. Vgl. Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 129. – Zur Beurteilung des Ministerwechsels und einzelner Minister, hier namentlich Eulenburgs, vgl. Bismarck, Erinnerung und Gedanke, GW, Bd. 15, S. 204–207; ders. GW, Bd. 4, Dok. 12, S. 20.*

**Nr. 269 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Dezember 1862.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1], Bd. 74, Bl. 207–228; MF 440/441.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Lentz, H. Frh. v. Wangenheim, Wever, F. W. B. Wiebe, W. Wohlers [alle zu 1, U].*

**1.** *Drei Pensions- und 19 Disziplinarsachen.* [B] — **2.** *Keine Veröffentlichung zum Gerichtsurteil gegen R. Haym wegen Beleidigung des Staatsministeriums.* [B] — **3.** *Presserecht. Juristisches Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung des Staatsministeriums.* [B] — **4.–6.** *Drei Titelverleihungen.* [B] — **7.** *Etat 1862. Über Ersparnisse an etatsmäßigem Gehalt für 1862 kann, obwohl kein Etatsgesetz zustande gekommen ist, wie früher zu Unterstützungen disponiert werden.* [B]

**Nr. 270 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Dezember 1862.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 229–229v; MF 441.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: O. Hoffmann [zu 4–5], G. Meyer [zu 3].*

**1.** *Publikation des vom LT 1861 angenommenen Gesetzentwurfs betr. Pensionsberechtigung der Kommunal-Forstbeamten in der Rheinprovinz wird in Rücksicht auf die Provinzialstände noch einige Zeit ausgesetzt.* [B] — **2.** *Ernennung.* [B] — **3.** *Beamte als Abgeordnete und Beamten-Disziplinierung. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Reisekosten und Diäten und die Kosten amtlicher Stellvertretung der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten wird ohne Abänderung angenommen. Dem möglichen Antrag auf Ausdehnung des Gesetzentwurfs auf Mitglieder des HH ist zu widersprechen.* [B] — **4.** *Abrechnung von Reise- und Umzugskosten für Minister. Dazu Bemerkungen der Oberrechnungskammer.* [B] — **5.** *Mehrheit gegen Einbringung eines Gesetzentwurfs betr. Pensionierung der unmittelbaren Beamten in den LT 1863.*<sup>2</sup> [B]

---

<sup>1</sup> *Rep. 90a, A VIII 3 Nr. 7 Bd. 1, Bl. 116–122 (inkl. Immediatbericht v. 23.12.1862). Vgl. auch Rep. 76, Ila Sekt. 54 Gen. Nr. 19 Bd. 2, Bl. 249–252; vgl. StenBerAH, Session 1863, Drucks. Nr. 8.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 818, n.f. (Entwurf, Voten etc.).*

**Nr. 271 Sitzungen des Staatsministeriums am 31. Dezember 1862 und am 1., 2. und 3. Januar 1863.**

*Reinschr., Bd. 74, Bl. 230–232; MF 441.*

Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm<sup>1</sup>, Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

**1.** Mitteilung, daß in den Baumwoll[...]Weberdistrikten der Provinz Schlesien ein Notstand zu besorgen ist; Maßnahmen erörtert. — **2.** Novellierung des Kriegsdienstpflichtgesetzes 1814. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Abänderung und Ergänzung des Gesetzes v. 3.9.1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienst beraten und mit Änderungen vorbehaltlich angenommen.<sup>3</sup> [B] — **[3.]** Drei Ernennungen. [B] — **[4.]** Keine Verschiebung des Termins des internationalen statistischen Kongresses in Berlin 1863 erwünscht.<sup>4</sup>

<sup>1</sup> Außer am 2.1.1863.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 4, Bl. 21–32v. Ebd., Bl. 33–35v, Abschr. des Teilprot. zu TOP 2.

<sup>3</sup> Der Vorbehalt betraf § 11 des Entwurfs, über den sich der Kriegs- und der Handelsminister noch verständigen sollten.

<sup>4</sup> Näheres dazu in: Rep. 120, A V I Nr. 13.

## Nr. 272 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Januar 1863.

Reinschr., Bd. 75, Bl. 2–2v; MF 441.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: G. Meyer [zu 1].

**1.** Ministeranklage. Änderung des Beschlusses vom 6.12.1862; Mehrheit stimmt gegen Roon, Itzenplitz und Selchow für die revidierte Vorlage des Gesetzentwurfs im LT.<sup>1</sup> [B] — **2.** Novellierung des Kriegsdienstpflichtgesetzes von 1814. Detailbestimmungen des Gesetzentwurfs zur Kriegsdienstpflicht.<sup>2</sup> [B] — **3.** 100-Jahrfeier des Friedens von Hubertusburg und 50-Jahrfeier der Befreiungskriege. Kostenbeteiligung des Ministeriums des Königlichen Hauses.

<sup>1</sup> Vgl. das Minderheitsvotum von Itzenplitz v. 25.11.1862 mit Randbemerkungen Wilhelms I. v. 12.1.1863 sowie Immediatbericht v. 13.1.1863 in: Rep. 90, Nr. 184, Bl. 6–16v; ferner Rep. 84a (D), Nr. 2096, Bl. 67. – Tatsächlich wurde dieser Gesetzentwurf im LT nicht eingebracht und das Thema im Staatsministerium bis Ende 1873 nicht mehr offiziell beraten. Vgl. auch Sitzung am 9.1.1863, TOP 3. Zum Kontext des budgetlosen Regierens und der Debatte über die Ministerverantwortlichkeit vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 312 f; ferner Hahn, Ministerial Responsibility, S. 23 f.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 4, Bl. 36–37.

## Nr. 273 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Januar 1863.

Reinschr., Bd. 75, Bl. 3; MF 441.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Hegel [zu 2].

**1. Militärinvaliden. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Versorgung der Militär-Invaliden von 1806/12 genehmigt. [B] — 2. Thronrede zur LT-Eröffnung am 14. Januar. Vorläufiger Entwurf<sup>2</sup>. [B] — 3. Im LT 1863 einzubringende Gesetzentwürfe. [B]**

---

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1863, Drucks. Nr. 15. Der Gesetzentwurf stand im Zusammenhang mit der bevorstehenden 50-Jahrfeier der Befreiungskriege.*

<sup>2</sup> *Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 263–265.*

## **Nr. 274 Sitzung des Staatsministeriums am 13. Januar 1863.**

*Reinschr., Bd. 75, Bl. 4–4v; MF 441.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hegel [zu 1], Moelle [zu 3], Wollny [zu 2].*

**1. Thronrede zur LT-Eröffnung am 14. Januar. Entwurf<sup>1</sup> gebilligt. [B] — 2. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Einrichtung und Befugnisse der Ober-Rechnungs-Kammer wird mit einigen Abänderungen genehmigt. [B] — 3. Gesetzentwurf<sup>3</sup> betr. Staatshaushalts-Etat für 1863 genehmigt. [B] — 4. 50-Jahrfeier der Befreiungskriege. Veranstaltungen am 17. März 1863.<sup>4</sup> [B]**

---

<sup>1</sup> *Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 7 Bd. 1, Bl. 57–58v; vgl. StenBerAH, Session 1863, Verhandlungen v. 14.1.1863, S. 1–3; ferner Bismarck, GW, Bd. 10, S. 148–151.*

<sup>2</sup> *Rep. 151, I A Nr. 31, n.f. (Gesetzentwürfe, Voten und Entwurf des Immediatberichts). Die Abänderungen betrafen die §§ 5 und 12 des Entwurfs. Der Gesetzentwurf wurde dem LT 1863 nicht vorgelegt; vgl. die Übersicht über die legislative Tätigkeit in: StenBerHH, Session 1863, Drucks. Nr. 71, S. 1–6.*

<sup>3</sup> *Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 43–48v (inkl. Immediatbericht v. 13.1.1863); vgl. StenBerAH, Session 1863, Drucks. Nr. 4.*

<sup>4</sup> *Vgl. KO v. 18.1.1863 in: StenBerAH, Session 1863, Drucks. Nr. 14.*

## **Nr. 275 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Januar 1863.**

*Reinschr., Bd. 75, Bl. 5; MF 441.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**[1.] Novellierung des Kriegsdienstpflichtgesetzes von 1814. Die von Wilhelm I. zur Erwägung gestellten Abänderungen des Entwurfs zur Kriegsdienstpflicht werden teils befürwortet, teils nicht empfohlen.<sup>1</sup> [B] — [2.] Bundesreformplan. Mitteilung Bismarcks über das beim Bundestage**

---

<sup>1</sup> *Vgl. Immediatbericht v. 20.1.1863 (mit Abschrift der Randbemerkung Wilhelms I.) in: Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 4, Bl. 40–48v (Entwurf) und Bl. 51–57 (vollz.); weiteres Material ebd. Vgl. StenBerAH, Session 1863, Drucks. Nr. 25. Der Gesetzentwurf wurde von Roon am 10.2.1863 eingebracht. Zum Kontext vgl. auch Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 314 f.*

abzugebende Votum in der Delegiertenfrage.<sup>2</sup> — [3.] Veranstaltungen zur 50-Jahrfeier der Befreiungskriege am 17. März.<sup>3</sup> [B]

<sup>2</sup> Zu diesem TOP soll bereits am 8.1.1863 eine vertrauliche Besprechung der Minister stattgefunden haben; vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 182 f. – Gemeint war das Votum, daß der Gesandte Sydow am 22.1.1863 im Frankfurter Bundestag über die Frage einer von Österreich und den Mittelstaaten favorisierten Bundes-Delegiertenversammlung zur Beratung von Bundesgesetzen abgeben sollte. Entwurf des Votums in: III. HA MAA, Nr. 153, Bl. 161–182 (Entwürfe u.a.); APP, Bd. 3, Dok. 78, 95 und 136–138, S. 123–126, 149 f. und 199–203; Bismarck, GW, Bd. 4, Dok. 24, S. 38–40. Ferner Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 374–411, bes. S. 410; Srbik, Deutsche Einheit, Bd. 3, S. 443–460, bes. S. 459 f.; zusammenfassend Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 416–420.

<sup>3</sup> Vgl. Immediatbericht v. 15.1.1863, wobei es vor allem um die Grundsteinlegung für ein Denkmal Friedrich Wilhelms III. und andere Standbilder im Berliner Lustgarten ging, in: Rep. 89, Nr. 20916, Bl. 67–69v.

## Nr. 276 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Januar 1863.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 75, Bl. 6–7v; MF 441.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Moelle [zu 1], Pape [zu 3], Wever, Wollny [beide zu 2].

1. Militäinvaliden. Gesetzentwürfe<sup>1</sup> betr. Erhöhung der Pensionen und Unterstützungsfonds für Invaliden und Veteranen der Kriege von 1806/12; dazu Allerh. Botschaft<sup>2</sup> beschlossen. [B] — 2. Gesetzentwurf<sup>3</sup> betr. Gebührenpflichtigkeit der rheinischen Vormundschaftssachen beschlossen. [B] — 3. Gesetzentwürfe betr. Ergänzung und Erläuterung der Allgemeinen Deutschen Wechselordnung<sup>4</sup> sowie betr. Gerichtsbarkeit der Konsuln<sup>5</sup> beschlossen. [B] — 4. Zwei Ernennungen. [B] — 5. Antwort Wilhelms I. auf Adressen rheinischer und westfälischer Städte.<sup>6</sup> [B] — 6. Keine Einwände gegen Berliner Studentenfeier am 3.2.1863. [B]

<sup>1</sup> Rep. 90a, Y V 2e Nr. 1, n.f. (KO v. 24.12.1862; Immediatbericht v. 6. u. 22.1.1863 etc.); vgl. StenBerAH, Session 1863, Drucks. Nr. 13 und 15. Vgl. Gesetz v. 10.3.1863 in: GS, S. 103.

<sup>2</sup> KO v. 18.1.1863 betr. 100-Jahrfeier des Friedens von Hubertusburg und 50-Jahrfeier der Befreiungskriege in: Rep. 90a, Y V 2e Nr. 1, n.f.; vgl. StenBerAH, Session 1863, Drucks. Nr. 14.

<sup>3</sup> Rep. 90a, X VII Nr. 1 Bd. 3, n.f. Immediatbericht v. 25.2.1863 ebd. Vgl. StenBerAH, Session 1863, Drucks. Nr. 21; ferner Gesetz v. 5.6.1863 in: GS, S. 368.

<sup>4</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1863, Drucks. Nr. 66. Vgl. auch Gesetz v. 27.5.1863 in: GS, S. 357.

<sup>5</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1863, Drucks. Nr. 18; ferner StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 9. Vgl. Gesetz v. 29.6.1865 in: GS, S. 681.

<sup>6</sup> Näheres hierzu konnte in den vorliegenden Akten nicht ermittelt werden. Möglicherweise ist die Antwort Wilhelms I. v. 18.1.1863 auf die Adresse rheinischer u. westfälischer Industrieller gemeint; vgl.: Die innere Politik der Preußischen Regierung 1862–66, Dok. 27, S. 138 f.; vgl. auch Löwenthal, Der Preußische Verfassungstreit, S. 148 f.

## Nr. 277 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Februar 1863.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [6], Bd. 75, Bl. 8–12; MF 441.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Friedberg [zu 6], Hegel [zu 6, U], R. Jacobi [zu 9], G. Meyer [zu 6 und 9, 6 U].

1. Ernennung. [B] — 2. Ordensverleihung. [B] — 3. Gedenkfeier für den verstorbenen Landesökonomierat Koppe. [B] — 4. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Herabsetzung der Bergwerks-Abgaben im Mansfeldschen beschlossen. [B] — 5. Ernennung. [B] — 6. Drei Disziplinarsachen. [B] — 7. Immobilien-Abgaben Ostpreußen. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Abänderung zum § 13 des ostpreußischen Provinzialrechts beschlossen. [B] — 8. Erneute Billigung des Gesetzentwurfs betr. Ergänzung und Erläuterung der Allgemeinen Deutschen Wechselordnung. [B] — 9. Einberufung und Schließung des Landtags. Einstweilen keine Vorlage eines Gesetzentwurfs betr. Deklaration und Abänderung der Art. 51 u. 77 der Verfassung.<sup>3</sup> [B] — 10. Rangverhältnisse für LT-Mitglieder bei Hoffesten. [B]

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1863, Drucks. Nr. 58. Vgl. Gesetz v. 17.6.1863 in: GS, S. 462.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1863, Drucks. Nr. 31.

<sup>3</sup> Seit März 1862 war die Frage einer Sitzungs-Kontinuität des HH in Verbindung mit strittigen Gesetzentwürfen wie der Ministeranklage in der Schwebe geblieben; vgl. Rep. 90, Nr. 308, Bl. 106–117; ferner Rep. 77, Tit. 496a Nr. 16 Bd. 4, Bl. 381–401: ebd., Bd. 5, Bl. 1–30v.

## Nr. 278 Sitzung des Staatsministeriums am 2. März 1863.

Reinschr., Bd. 75, Bl. 13–13v; MF 441.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

1. Mitteilung über Wilhelms I. Eröffnung<sup>1</sup> an Bismarck v. 1.3.1863; vertagt. — 2. Polen-Aufstand und Konvention Alvensleben v. 8.2.1863<sup>2</sup>. Wirtschaftliche Folgen in den östlichen Provinzen.<sup>3</sup> [B] — 3. Pressepolitik. Artikel<sup>4</sup> für den Staats-Anzeiger über jetzige politische Situation. [B] — 4. Synodal-Einrichtungen. Kein staatlicher Zuschuß zu den Kosten der Kreis-Synode in den östlichen Provinzen. [B] — 5. Grundsteinlegung des Denkmals Friedrich Wilhelms III. im Berliner Lustgarten am 17.3.1863. Mitteilung über Wilhelms Absicht, um das Denkmal 10 weitere Statuen aufstellen zu lassen; es werden von mehreren Seiten Bedenken gegen den ästhetischen Wert der Aufstellung einer größeren Zahl von Statuen erhoben. Unter allen Umständen ist es unzweckmäßig, gegenwärtig mit einem Antrag auf eine Geldbewilligung für die Errichtung des Denkmals vor den Landtag zu treten.<sup>5</sup> [B]

<sup>1</sup> Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

<sup>2</sup> Zum Vertrag: III. HA MAA, I Nr. 8788 sowie I Nr. 8760. Vgl. weiterhin Bismarck, GW, Bd. 4, Dok. 30, S. 48 f. und Dok. 34, S. 56; APP, Bd. 3, Dok. 155, 164, 165 und 167–169, S. 222–224 und 231–235. Vgl. Zechlin, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht, S. 412–528; Rautenberg, Hans-Werner, Der polnische Aufstand von 1863 und die europäische Politik, Wiesbaden 1979, S. 69–77.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90a, U II Nr. 7, Bl. 1–20.

<sup>4</sup> Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Es könnte sich um die Vorgänge im Ghzgtm. Posen gehandelt haben, wo Grenzübertritte von Teilnehmern am polnischen Aufstand für Aufsehen gesorgt hatten. Vgl. dazu Staats-Anzeiger, Nr. 56 v. 6.3.1863, S. 430 f.

<sup>5</sup> Immediatbericht v. 2.3.1863 in: Rep. 89, Nr. 20916, Bl. 79–80v (mit Randbemerkung Wilhelms I.). Weiteres Material dazu in: Rep. 76, Ve Sekt. 4 Abt. I Nr. 23 Bd. 3.

### **Nr. 279 Sitzung des Staatsministeriums am 6. März 1863.**

*Reinschr., Bd. 75, Bl. 14–14v; MF 441.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Jacobs, Meinecke, Pfeffer [alle zu 3], Pinder [zu 2].*

**1.** *Immediatbericht<sup>1</sup> zur KO v. 1.3.1863. [B] — 2. Grundsteinlegung für Denkmal Friedrich Wilhelms III. im Berliner Lustgarten. Gegen-Vorstellungen zum Verlangen Wilhelms I., eine Vorlage im LT zur Finanzierung des Denkmals einzubringen. Umarbeitung des Entwurfs einer Stiftungs-Urkunde für die Feier der Grundsteinlegung am 17.3.1863. [B] — 3. Marine. Meinungsverschiedenheit<sup>2</sup> zwischen Finanz- und Marineminister über die Beschaffung der erhöhten Mittel des auf den diesjährigen Etat gebrachten Baufonds für den Jadehafen; vertagt.*

---

<sup>1</sup> *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Vgl. auch Sitzung am 2.3.1863 (TOP 1).*

<sup>2</sup> *Votenwechsel zum Antrag Roons v. 4.3. auf Ausbau der Flotte allgemein und der Kriegshäfen speziell in: Rep. 151, I C Nr. 4969, Bl. 203–291.*

### **Nr. 280 Sitzung des Staatsministeriums am 9. März 1863.**

*Reinschr., Bd. 75, Bl. 15–15v; MF 441.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Pinder [zu 2].*

**1.–2.** *Grundsteinlegung für Denkmal Friedrich Wilhelms III. im Berliner Lustgarten. Stiftungs-Urkunde beschlossen. Programm zur Feier der Grundsteinlegung am 17. März gebilligt.<sup>1</sup> [B] — 3. 50-Jahrfeier der Befreiungskriege am 17. März. Wilhelms I. Absicht<sup>2</sup> zur Stiftung einer Denkmünze nachträglich gebilligt. [B]*

---

<sup>1</sup> *KO v. 17.3.1863 mit Stiftungs-Urkunde in: Rep. 89, Nr. 20916, Bl. 86–86v; vgl. auch Staats-Anzeiger, Nr. 66 v. 18.3.1863, S. 510–512; Die innere Politik der Preußischen Regierung 1862–66, Dok. 33, S. 168–170. – Immediatbericht v. 10.3.1863 in: Rep. 89, Nr. 20916, Bl. 93–94. Wilhelms Stellungnahme dazu v. 24.3.1863 in: Rep. 76, Ve Sekt. 4 Abt. I Nr. 23 Bd. 3, Bl. 89 bzw. 108.*

<sup>2</sup> *KO v. 7.3.1863 mit Stiftungs-Urkunde in: Rep. 89, Nr. 20916, Bl. 92 und 93–94.*

### **Nr. 281 Sitzung des Staatsministeriums am 24. März 1863.**

*Vollz. Teilreinschriften, Bd. 75, Bl. 16–29; MF 441/442.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Bodelschwingh [zu 2], Roon, Itzenplitz, Mühler [zu 1], zur Lippe, Eulenburg. — Prot.: [Costenoble].*



Weitere Teilnehmer: *W. v. Brandenstein* [zu 2, U], *H. Frh. v. Wangenheim* [zu 1, U], *Wever* [zu 2, U].

[1.] 12 Disziplinarsachen. [B] — [2.] Drei Pensions-sachen. [B]

## Nr. 282 Sitzung des Staatsministeriums am 8. April 1863.

*Reinschr., Bd. 75, Bl. 30–30v; MF 442.*

Anwesend: *Kronprinz Friedrich Wilhelm, Bismarck* [V], *Bodelschwingh, Roon, Mühler, zur Lippe, Eulenburg*. — Prot.: *Beglaubigt Costenoble* [U].

1. *Presseinformation für Ministerien. Einvernehmen darüber erzielt, den im Literarischen Büro bearbeiteten sog. Tagesbericht eingehen zu lassen; anderweitige Versorgung der Ministerien mit den bemerkenswertesten Kundgebungen der Tagespresse.*<sup>1</sup> [B] — 2. *50-Jahrfeier der Befreiungskriege. Veröffentlichung der Danksagung Wilhelms I.<sup>2</sup> an die Veteranen und an die Teilnehmer der Feier vom 17. März.* [B] — 3. *Beamten-Disziplinierung und Pressepolitik. Wilhelm I. erwartet Maßnahmen, um das Verhalten der Beamten gegen die Regierung und auch die Presse zu zügeln.*<sup>3</sup> [B] — 4. *Ernennung.* [B]

<sup>1</sup> Vgl. *Mitteilung Eulenburgs v. 14.3.1863 in: Rep. 90a, B III 4h Nr. 1, Bl. 82–84v; auch Rep. 84a (M), Nr. 46725, Bl. 133–234v.*

<sup>2</sup> Vom 5.4.1863, veröffentlicht in: *Staats-Anzeiger, Nr. 84 v. 10.4.1863, S. 681.*

<sup>3</sup> Vgl. *Rep. 90, Nr. 2410, Bl. 205 (KO v. 7.4.1863, Auszug); ferner Rep. 90, Nr. 2322, Bl. 109.*

## Nr. 283 Sitzung des Staatsministeriums am 10. April 1863.

*Reinschr., Bd. 75, Bl. 31–31v; MF 442.*

Anwesend: *Bismarck* [V], *Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Eulenburg*. — Prot.: *Beglaubigt Costenoble* [U].

Weitere Teilnehmer: *Eck* [zu 1].

1. *Selbsthilfe-Genossenschaften. Der Antrag<sup>1</sup> von Schultze-Delitzsch auf Annahme eines Gesetzesentwurfs zur privatrechtlichen Stellung der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften wird zurückgewiesen. Der Grundgedanke wird zwar befürwortet, doch das Einbringen einer eigenen Vorlage ist geplant.* [B] — 2. *Zwei Ernennungen.* [B] — 3. *Statistischer Kongreß in Berlin 1863. Liste derjenigen Personen besprochen, die mit der Vorberatung der dem Kongreß vorzulegenden Gegenstände betraut werden sollen.* [B] — 4. *HH-Beratung zum Gesetzesentwurf betr. Gerichtsbarkeit der Konsuln. Ablehnung des Antrags, Nicht-Christen von richterlichen Funktionen auszuschließen.*<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1863, Drucks. Nr. 85; Weiteres dazu in: Rep. 120, E XV 1 Nr. 1 Bd. 1. Vgl. dazu Aldenhoff, Rita, Schultze-Delitzsch. Ein Beitrag zur Geschichte des Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung, Baden-Baden 1984, S. 191–194; Schubert, Werner, Zur Entstehung der Genossenschaftsgesetze Preußens und des Norddeutschen Bundes (1863–1868), in: ZRG, Germ. Abt., 105 (1988), S. 97–121, hier S. 101–110.*

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerHH, Session 1863, Verhandlungen v. 22.4.1863, S. 113–123. Gesetzesentwurf ebd., Drucks. Nr. 18.*

**Nr. 284 Sitzung des Staatsministeriums am 19. April 1863.**

*Reinschr., Bd. 75, Bl. 32–32v; MF 442.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Herzbruch, E. J. F. v. Koenen [beide zu 1].*

**1. Restitution mediatisierter standesherrlicher Rechte und Entschädigungen.** *Bisherige Grundsätze der Vertragsschließung bestätigt.<sup>1</sup> 1848/49 abgeschlossene, aber nicht vom König bestätigte Verträge mit ehemals Reichsunmittelbaren über den Verzicht auf Jurisdiktion und Polizei-Verwaltung sollen nicht vorgelegt werden. [B] — 2. Bau der Eisenbahnlinie von Danzig nach Neufahrwasser. [B]*

---

<sup>1</sup> *Zum Problem, ob und inwieweit derartige Verträge mit Standesherrn der Zustimmung des LT bedürfen, vgl. Rep. 90, Nr. 65, Bl. 158 ff.*

**Nr. 285 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 29. April 1863.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrektur, Bd. III, Bl. 209–210; MF KR 17.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Bismarck [U], Bodelschwingh [U], Roon [U], Itzenplitz [U], Mühler [U], zur Lippe [U], Selchow [U], Eulenburg [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

**1. Polnischer Aufstand und Sicherheit in der Provinz Posen.** *Bismarcks Plädoyer für Ausnahmeregelungen und zur Verhängung des Belagerungszustandes in einigen Bezirken. Mit Rücksicht auf den LT und das Ausland soll die Initiative hierfür nicht vom Staatsministerium, sondern von lokalen Autoritäten bzw. Provinzialbehörden ausgehen. Vorbereitung einer entsprechenden Verfügung durch den Innen- u. Kriegsminister.<sup>1</sup> [B] Wilhelm I. bezeichnet dies als das Wenigste, was unter den obwaltenden Umständen geschehen muß; ohne Verhängung des Belagerungszustandes über alle vom Aufstand bedrohten Grenzkreise sind die Gefahren nicht abzuwenden.<sup>2</sup> — 2. AH-Interpellation<sup>3</sup> zur Beeidigung der Beamten auf die Verfassung. [B] — 3. Königliche Begnadigung oder Vollstreckung bei Todesurteilen in sechs Fällen.*

---

<sup>1</sup> *Verfügung v. 1.5.1863 an den Militär-Gouverneur und OPräs. in: Rep. 90a, U II 2 Nr. 7, Bl. 28–31. Vgl. ferner Rep. 77, Tit. 343a Nr. 122 Bd. 8, Bl. 391–402.*

<sup>2</sup> *Vgl. auch Baske, Siegfried, Praxis und Prinzipien der preußischen Polenpolitik vom Beginn der Reaktionszeit bis zur Gründung des Deutschen Reiches, in: Bernath, Mathias u.a. (Hrsg.), Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 9, Berlin 1963, S. 7–268, hier S. 89 f. und 227 f.*

<sup>3</sup> *Anfrage R. Virchows in: StenBerAH, Session 1863, Drucks. Nr. 131.*

**Nr. 286 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Mai 1863.**

*Reinschr., Bd. 75, Bl. 33–33v; MF 442.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hegel [zu 5], Jacobs, A. v. Rieben, Meinecke [alle zu 6].*

**1. Beamten-Disziplinierung.** Landrat von *Querfurt*, C. v. *Helldorff*, wird zur *Disposition* gestellt, da er der Ministerial-Verfügung in Preßsachen ausdrücklich den Gehorsam verweigert hat.<sup>1</sup> [B] — **2. Titelverleihung.** [B] — **3. Geschäftsgang beim LT.** Mitglieder der *AH-Budgetkommission* dürfen in anderweitiger offizieller Funktion keine *Auskünfte* über die wirtschaftliche Lage staatlicher Institutionen einholen. [B] — **4. Mitteilung über den Stand der Verhandlungen zur Gründung einer Hypothekenbank.** — **5. Rechnungsprüfung.** Dem *AH* soll mit der Rechnung über den Staatshaushalts-Etat auch eine Rechnung über die Verwaltung des Staatsschatzes nebst Bemerkungen der Ober-Rechnungs-Kammer von 1859 an vorgelegt werden. [B] — **6. Marine.** Plan zur Gründung einer Preußischen Kriegsflotte nebst den dafür notwendigen Kriegshäfen<sup>2</sup>. *Finanzierungsfragen; vertagt.*

---

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 77, Nr. 5182, Bl. 9–9v und 11.*

<sup>2</sup> *Vgl. Druckschr.: Plan zur Gründung der Preußischen Kriegs-Marine, Berlin 1863; in: Rep. 90a, Y II 2b Nr. 1 Bd. 3, Bl. 8–57. Voten der Minister ebd. Dazu auch Rep. 151, I C Nr. 4969, Bl. 2 ff., insbes. Bl. 204–251v. Vgl. ferner Brysch, Marinepolitik im preußischen Abgeordnetenhaus, S. 157–159.*

**Nr. 287 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Mai 1863.**

*Reinschr., Bd. 75, Bl. 34–35; MF 442.*

*Anwesend: Kronprinz Friedrich Wilhelm, Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Jacobs [zu 3], E. Keller [zu 2], Meinecke [zu 3], Wollny [zu 2].*

**1. Polen-Aufstand.** *Aufhebung der Immunität* von zwei Abgeordneten des *AH*, Gf. J. *Dzialynski* und A. *Guttry*.<sup>1</sup> [B] — **2. Unterstützungsfonds für evangelische Geistliche.** *Keine Vorlage eines Gesetzesentwurfs betr. Hilfsfonds für emeritierte evangelische Geistliche in der Provinz Preußen.* [B] — **3. Marine.** Plan zur Gründung einer Preußischen Kriegsflotte und erforderlicher Kriegshäfen. *Keine Mehrheit für Roons Antrag<sup>2</sup>, hierfür eine Anleihe aufzunehmen. Bau eines Ostsee-Kriegshafens im Jasmunder Bodden (Rügen) mehrheitlich befürwortet.* [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 132, Bl. 14.*

<sup>2</sup> *Rep. 151, I C Nr. 4969, Bl. 203–203v. Die Bedenken des Finanzministers im Votenwechsel mit Roon ebd., Bl. 254 ff.*

**Nr. 288 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Mai 1863.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1–2], Bd. 75, Bl. 36–62; MF 442.*

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Ribbeck [zu 2], H. Frh. v. Wangenheim [zu 1, U].

1. 23 Disziplinarsachen. [B] — 2. Titelverleihungen bzw. Standeserhöhungen bei Krönungsfeier 1861. Modalitäten der Vererbung verliehener Grafen- u. Freiherrn-Würde richten sich nach der KO v. 23.2.1843. [B] — 3.–4. Drei Ernennungen. [B]

## Nr. 289 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 26. Mai 1863.

Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 211–211v; MF KR 17.

Anwesend [U]: Wilhelm I. [V], Bismarck, Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: [Costenoble].

[1.] Konflikt mit AH um Disziplinarrecht des AH-Präsidenten gegenüber den Ministern und Schließung der Session. Entwurf<sup>1</sup> des Allerhöchsten Bescheids v. 26.5.1863 auf die Adresse<sup>2</sup> des Abgeordnetenhauses v. 22.5.1863 genehmigt. Gemäß Antrag des Staatsministeriums wird die Landtags-Session zum 27. Mai geschlossen. Entwurf<sup>3</sup> der Schließungs-Thronrede genehmigt, den Wilhelm I. in mehreren Punkten als zu scharf empfindet und angemessene Milderung anmahnt. [B] — [2.] Etatentwurf 1863. Erklärung Bodelschwinghs zur Frage, wann das AH wieder einberufen oder aufgelöst werden sollte, um den Gesetzentwurf zum Staatshaushalts-Etat für 1863 [...] noch in diesem Jahre im LT zu Stande zu bringen.

<sup>1</sup> Rep. 90a, A VIII 5b Nr. 11 Bd. 1, Bl. 65 ff. (Bismarcks Immediatbericht v. 23.5.1863 und diverse Entwürfe).

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1863, Verhandlungen v. 22.5.1863, S. 1311 f. sowie Rep. 90a, A VIII 5b Nr. 11 Bd. 1, Bl. 61–64v. Die AH-Adresse v. 22.5. war die Antwort auf die Botschaft Wilhelms I. v. 20.5.1863, durch Bismarck im AH verlesen: StenBerAH, Verhandlungen v. 21.5.1863, S. 1262. Vgl. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 54–60, S. 65–74; Löwenthal, Der preußische Verfassungskampf, S. 175–183; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 315–317.

<sup>3</sup> Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 269–273v; die von Bismarck verlesene Thronrede in: StenBerAH, Session 1863, Verhandlungen v. 27.5.1863, S. 1325 f. Vgl. auch Bismarck, GW, Bd. 10, S. 183 f.

## Nr. 290 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 1. Juni 1863.

Vollz. Reinschr. mit Randbemerkung Wilhelms I., Bd. III, Bl. 212–213, zwei Anlagen<sup>1</sup>: Bl. 214–225; MF KR 17. — Abschr. [1]: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 2410, Bl. 212–214v; Teildrucke: Fischer-Frauendienst, Bismarcks Pressepolitik, Münster 1963, Anhang S. 148 f.; Meisner, Heinrich Otto, Der preußische Kronprinz im Verfassungskampf 1863, Berlin 1931, Dok. 3, S. 66 f. [Reden Wilhelms I. und Bismarcks].

Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Bismarck [U], Bodelschwingh [U], Roon [U], Itzenplitz [U], Mühler [U], zur Lippe, Selchow, Eulenburg [U]. — Prot.: [Costenoble].

Weitere Teilnehmer: Illaire.

<sup>1</sup> Entwurf d. Immediatberichts, ohne Datum u. Unterschrift (Bl. 214–221) sowie Entwurf der Presse-VO (Bl. 222–225).

**1. Pressepolitik.** Entwurf<sup>2</sup> einer Verordnung betr. Verbot von Zeitungen und Zeitschriften genehmigt. [B] *Debatte über den schlimmen Eindruck, den diese VO im In- und Ausland hervorrufen wird; Wilhelm I. befürchtet einen öffentlichen Vorwurf der Verfassungsverletzung. Bismarck betont die Notwendigkeit der Verordnung gegen Übergriffe [...] der Presse, welche die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit gefährden und auf den Umsturz des Staats gerichtet sind. Die übrigen Minister erkennen dies allseits an ebenso wie die Wahrscheinlichkeit, daß die Verordnung vom AH beim nächsten Zusammentritt verworfen wird. Die Verfassungsmäßigkeit<sup>3</sup> der VO nach Artikel 63 wird bejaht.*<sup>4</sup> — **2. Ernennung.** [B]

<sup>2</sup> Vgl. hier die Anlage sowie Rep. 77, Tit. 380 Nr. 27, Bl. 1–10; ferner Rep. 90, Nr. 2410, Bl. 215–223v (Immediatbericht v. 1.6.1863 in vollz. Abschr.). Presse-VO v. 1.6.1863 in: GS, S. 349; auch Staats-Anzeiger, Nr. 127 v. 3.6.1863, S. 1089–1091; Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 61/60, S. 74–76.

<sup>3</sup> Darauf legte Wilhelm I. besonderen Wert, wie seiner Randbemerkung (Bl. 213) zu entnehmen ist.

<sup>4</sup> Zur Presse-VO vom 1.6.1863 vgl. Loeber, Irmgard, Bismarcks Pressepolitik in den Jahren des Verfassungskonfliktes (1862–1866), München 1935, S. 32–38; Fischer-Frauendienst, Bismarcks Pressepolitik, S. 19 f.; Naujoks, Eberhard, Die parlamentarische Entstehung des Reichspressegesetzes in der Bismarckzeit (1848/74), Düsseldorf 1975, S. 29–33.

## Nr. 291 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Juni 1863.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 75, Bl. 63–64; MF 442.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: W. v. Brandenstein [zu 1, U], Eck, Herzbruch, Meinecke, Noah [alle zu 2].*

**1. Pensionssache.** [B] — **2. Hypothekenbanken.** *Differenzen<sup>1</sup> über Grundsätze ihrer Konzessionierung; vertagt.*

<sup>1</sup> Vgl. dazu das Protokoll einer interministeriellen Kommission v. 15./16.5.1863 in: Rep. 120, A XI 1 Nr. 11 Bd. 2, Bl. 214–225. Zur Entstehung dieser Kommission und ihrer Aufgabe vgl. Rep. 90, Nr. 1164, n.f. (KO v. 28.2.1863; Itzenplitz an Bismarck v. 27.5.1863, u.a.).

## Nr. 292 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Juni 1863.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 75, Bl. 65–80v; MF 442/443.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Moelle [zu 2].*

**1. Einberufung oder Auflösung des AH.** Frage erörtert, ob der am 27. Mai geschlossene LT im Herbst oder erst im Januar 1864 einberufen und ob das AH vorher aufgelöst werden soll. Bismarck plädiert für Einberufung des LT im Januar 1864 und für Hinausschiebung der Neuwahl; Itzenplitz und Selchow stimmen dem zu. Bodelschwingh wiederholt seine Auffassung, daß der LT Anfang Oktober nach vorhergegangener Neuwahl des AH einberufen werden muß, damit der Etatentwurf 1863 noch rechtzeitig vorgelegt und beraten werden kann. Roon, Lippe und Eulenburg schließen sich dem sinngemäß an; vertagt. — **2. Budgetloses Regieren und Grundsätze der Ausgabentäti-**

gung 1863. Modifikation des Beschlusses v. 15.10.1862; unter anderem sind neue Beamtenstellen, Besoldungs-Erhöhungen, Zuschüsse für Unterrichts-Anstalten und andere Staats-Institute [...] zahlbar zu machen; ausnahmsweise in dringenden Fällen kann der Beginn von Bauten und Anlagen [...] gestattet werden; Dispositionsfonds aus Überschüssen von 1862. [B] — 3.<sup>1</sup> Gesetzentwurf betr. Etat 1863 ist dem nächsten Landtag unverändert wieder vorzulegen. [B] — 4. Oberrechnungskammer. Rechnungsprüfung für 1862 soll nach der dem LT vorgelegten Rechnungs-Übersicht über die wirklich stattgefundenen Einnahmen u. Ausgaben erfolgen.<sup>2</sup> [B] — 5. Laternen-Signale für die Seeschifffahrt. Regelung nicht im Wege einer Gesetzesvorlage, sondern auf VO-Wege. [B]

<sup>1</sup> Die folgenden TOP 3 und 4 wurden gemäß Teilprot. zu TOP 2 behandelt (Bl. 78v–80v), im vorliegenden Protokoll aber als eigenständige TOP aufgelistet.

<sup>2</sup> Vgl. Gesetzentwurf betr. Feststellung der Übersicht der Staatseinnahmen und Staatsausgaben für 1862, sowie Nachweisung der aus den Überschüssen von 1862 zu bestreitenden außerordentlichen Staatsausgaben für 1863, in: Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 64–82 und 102–106; ferner Rep. 151, I A Nr. 630.

### Nr. 293 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Juni 1863.

Reinschr., Bd. 75, Bl. 81–81v; MF 443. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 1164, n.f.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Hegel [U].

Weitere Teilnehmer: Herzbruch, Meinecke, Noah, Wehrmann.

Grundsätze der Konzessionierung von Hypothekenbanken.<sup>1</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. auch den Beschluß des Staatsministeriums über Normativ-Bestimmungen v. 23.6.1863 in: Rep. 90, Nr. 1164, n.f.; ferner Rep. 120, A XI 1 Nr. 11 Bd. 2, Bl. 259–261.

### Nr. 294 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Juni 1863.

Reinschr., Bd. 75, Bl. 82–84v; MF 443.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Hegel [U].

1. Einberufung des AH. Bodelschwingh wiederholt seine Auffassung, das AH spätestens zum 15.10.1863 einzuberufen, damit es den Etatentwurf 1863 noch beraten kann; die Regierung hat den guten Willen zu zeigen, ihrer verfassungsmäßigen Pflicht [...] nachzukommen. Majorität plädiert für I.11. [B] — 2. Änderungen des Wahlgesetzes und Wahlreglements. Vorschläge zur Beseitigung von Mißständen des Wahlaktes bei Urwahlen.<sup>1</sup> [B] — 3. Im LT 1863/64 einzubringende Gesetzentwürfe. Vorlagen, um organische Reformen zur Ausführung der Verfassung voranzubringen, unter anderem betr. Kreisordnung, ländliche Polizeiordnung in östl. Provinzen, Arbeiter-Assoziationen, Hypothekenwesen, evtl. neues Preßgesetz.<sup>2</sup> [B] — 4. Vereine. Kein dringendes Bedürfnis

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 77, Tit. 496a Nr. 33 Bd. 4, Bl. 156 ff.; Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 Bd. 3, Bl. 155 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Immediatbericht v. 15.6.1863 in: Rep. 90a, A IX 2 Nr. 2 Bd. 1, Bl. 70–70v (Auszug).

zur Verschärfung der [...] polizeilichen Mittel des Vereinsrechts.<sup>3</sup> [B] — **5. Beamten-Disziplinierung.** Majorität lehnt Bismarcks Vorschlag zur Verschärfung der Gesetzgebung über die Beamten-disziplin ab.<sup>4</sup> [B] — **6. Versetzung von vier Regierungspräsidenten, nämlich Kühlwetter, Massenbach, Naumann und Spankeren, sowie eines Oberregierungsrats.** [B] — **7. Beamten-Anstellungen. Schnellere Beförderung tüchtiger Assessoren zu Räten; kein strenges Anciennitätsprinzip.** [B]

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 2257, Bl. 105–107. Im hier behandelten Immediatbericht v. 15.6.1863 ging es um Vorschläge, welche besonderen innenpolitischen Maßnahmen während des Verfassungskonflikts zu ergreifen sind.

<sup>4</sup> Vgl. dazu KO v. 7.4.1863 in: Rep. 90, Nr. 2322, Bl. 109; ebd., Bl. 120 Immediatbericht v. 15.6.1863. Vgl. ferner Rejewski, Die Pflicht zur politischen Treue, S. 68.

## Nr. 295 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Juni 1863.

Reinschr., Bd. 75, Bl. 85–85v; MF 443.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Hegel [U].

**1.–2. Pressepolitik. Kein Empfang der Stadtverordneten-Deputationen betr. Presse-Verordnung v. 1.6.1863; entsprechende Immediat-Eingaben bzw. Petitionen sind von den Provinz-Regierungen zu beantworten; gegebenenfalls ist Ordnungsstrafe wegen gesetzlicher Kompetenzüberschreitung zu verhängen.**<sup>1</sup> [B] — **3. Immediatbericht betr. Auflösung des AH.**<sup>2</sup> [B] — **4. Beamte als Abgeordnete und Beamten-Disziplinierung. Übernahme der Stellvertreter-Kosten durch Beamte, die zu Mitgliedern des AH gewählt wurden; vertagt.**

<sup>1</sup> Vgl. Immediatbericht v. 15.6.1863 in: Rep. 90, Nr. 2410, Bl. 230–230v.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 3 Bd. 2, Bl. 157–158v.

## Nr. 296 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Juni 1863.

Reinschr., Bd. 75, Bl. 86–86v; MF 443.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Hegel [U].

**1. Presse-Verordnung und Kronprinzen-Konflikt. Bekanntgabe und Anweisung zur sekreten Aufbewahrung der Dokumente.**<sup>1</sup> — **2. Vollziehung des Protokolls v. 9.6. zum Gesetzentwurf betr. Etat 1863 sowie des Immediatberichts<sup>2</sup> zur Rechnungsprüfung für 1862 durch die Oberrechnungskammer.** — **3. Auflösung, Neuwahl und Wieder-Einberufung des AH. Vollziehung des Immediatberichts<sup>3</sup> betr. Auflösung des Abgeordnetenhauses und erneuter Einberufung.**

<sup>1</sup> Es handelte sich um Wilhelms I. Handschreiben an Bismarck v. 6.6., die KO v. 11.6. sowie um eine Abschrift des Handschreibens Wilhelms I. an den Kronprinzen v. 10.6.1863. Zu diesen Dokumenten und deren Kontext vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 197–200; Bismarck, Erinnerung und Gedanke, GW, Bd. 15, S. 217–226; Meisner, Der preußische Kronprinz im Verfassungskampf, Dok. 5–15, S. 68–79; danach Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 62/61–68/67, S. 76–82.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 121–130v.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 1 Bd. 1, Bl. 108–114 (Entwurf). Die Auflösung des AH erfolgte mit VO v. 2.9.1863.

**Nr. 297 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 16. Juni 1863.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen Wilhelms I., Bd. III, Bl. 226–229; MF KR 17/18.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Bismarck [U], Bodelschwingh [U], Roon [U], Itzenplitz [U], Mühler [U], zur Lippe, Selchow, Eulenburg [U]. — Prot.: Hegel [U].*

**1. Pressepolitik.** *Immediateingaben zur Presse-Verordnung v. 1. Juni sind nicht im Geheimen Zivilkabinett, sondern im Innenministerium zu bearbeiten.* [B] — **2. Auflösung, Neuwahl und Wieder-Einberufung des AH.**<sup>1</sup> *Bismarcks Minoritäts-Meinung, das AH erst im Januar 1864 einzu-berufen und eine Neuwahl zu vermeiden; die Regierung soll den Beweis liefern, daß sie auch ohne die Majorität des [Abgeordneten-Hauses] regieren kann; eine AH-Auflösung führt zur nächsten, so daß man auf diesem Wege durch eine Kette von Auflösungen zu einem eigentlichen Staatsstreich getrieben wird, durch welchen auch die Formen der Verfassung zerbrochen werden. Wilhelm I. stützt die Ansicht Bodelschwinghs und der Mehrheit: Da in jedem Jahre das Budget gesetzlich fest-gestellt werden muß, so ist das AH für Anfang November einzuberufen; allerdings sollen das AH vorher aufgelöst und Neuwahlen kurzfristig angesetzt werden, was noch geheimzuhalten ist. Denn es erscheint mit der Würde der Regierung nicht verträglich [...], mit dem gegenwärtigen Hause, welches seine Mitwirkung versagen zu wollen ausdrücklich erklärt hat, noch ferner zu verhandeln.*<sup>2</sup> [B] — **3. AH-Wahlrecht.** *Abänderungen des Wahlbezirks-Gesetzes v. 27.6.1860; jeder Verwal-tungskreis soll in Zukunft auch einen Wahlkreis bilden.*<sup>3</sup> [B] — **4. Pläne für die im nächsten LT 1863/64 einzubringenden Vorlagen.** *Vordringlich sind ein neues Preßgesetz, eine Kreisordnung sowie die Reform des Hypothekenwesens und die Regelung der Arbeiter-Assoziationen*<sup>4</sup>. [B] — **5. Mitglieder des AH und Vereinsrecht.** *Wilhelm I. stimmt dem Mehrheitsvotum zu, daß eine Ver-schärfung der Gesetzgebung über das Vereinswesen für jetzt nicht notwendig ist. Abgeordnete sind an Instruktionen von Wahlversammlungen nicht gebunden.* [B] — **6. Beamten-Disziplinierung.** *Gegen Bismarck und Roon stimmt Wilhelm I. der Majorität zu, Disziplinargesetze durch Erlaß einer provisorischen Verordnung nicht zu verschärfen; die verfügbaren Mittel der Disziplin sollen jedoch mit vollem Nachdruck angewandt werden.*<sup>5</sup> [B] — **7. Versetzung des Regierungsprä-sidenten zu Arnsberg Spankeren in den einstweiligen Ruhestand.** [B] — **8. Berufungen zu Mitglie-dern des HH.** *Wilhelm I. stellt im allgemeinen eine nicht zu zahlreiche Verstärkung des Herren-hauses [...] in Aussicht.*

<sup>1</sup> *Vgl. Immediatbericht des Staatsministeriums v. 15.6.1863 in: Rep. 90a, A VIII 1d Nr. 1 Bd. 3, Bl. 157–158v.*

<sup>2</sup> *Die Auflösung des AH erfolgte mit VO v. 2.9.1863, in: GS, S. 533.*

<sup>3</sup> *Bericht hierzu in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 1 Bd. 1, Bl. 108–114. Vgl. auch Kühne, Dreiklassenwahlrecht, S. 222.*

<sup>4</sup> *Zur Regelung der Arbeiterassoziationen vgl. auch den Protokoll-Auszug in: Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, I. Abt., Bd. 1: Grundfragen staatlicher Sozialpolitik. Die Diskussion der Arbei-terfrage auf Regierungsseite vom preußischen Verfassungskonflikt bis zur Reichstagswahl von 1881, bearb. v. Florian Tennstedt u. Heidi Winter, Stuttgart etc. 1994, Dok. 14, S. 39. Vgl. dazu auch das Immediatschreiben von Itzenplitz v. 24. Juni 1863 inkl. Denkschrift, ebd. Dok. 15, S. 40–52.*

<sup>5</sup> *Vgl. Rejewski, Die Pflicht zur politischen Treue, S. 68 f.*

**Nr. 298 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 17. Juni 1863.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrektur Wilhelms I., Bd. III, Bl. 230–232; MF KR 18.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Bismarck [U], Bodelschwingh [U], Roon [U], Itzenplitz [U], Mühler [U], zur Lippe, Selchow, Eulenburg [U]. — Prot.: Hegel [U].*



*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

**1.–2. Königliche Begnadigung oder Vollstreckung bei Todesurteilen in neun Fällen. — 3. Militär-Dienstzeit, Rekruten-Einziehung.** Angesichts angespannter europäischer Mächte-Beziehungen plädiert Wilhelm I. für Einziehung der Infanterie-Rekruten bereits zum Oktober und nicht erst zum Januar 1864; das Heer muß im Frühjahr in kriegsfähiger Stärke gerüstet sein.<sup>1</sup> Nach Bodelschwingh ist der hierfür erforderliche Mehrbedarf im Etat-Entwurf für 1863 nicht enthalten. Aus verfassungsrechtlichen Gründen empfiehlt er zunächst die offizielle Rekruten-Einberufung für Anfang 1864, um dann bei Bedarf die vorgezogene Einberufung durch den König als *extraordinaire* Ausgabe zu deklarieren. Wilhelm I. dazu: *Als Kriegsherr kann er die Entscheidung nicht von der Meinung des Landtags abhängig machen und behält sich Entschließung vor. Bismarck weist auf Rüstungen Frankreichs hin.*<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Vgl. so bereits Wilhelm I. in seinem Schreiben an Bismarck v. 7.6.1863, in: Berner (Hrsg.), *Kaiser Wilhelms d. Gr. Briefe*, Bd. 2, Dok. 330, S. 65.

<sup>2</sup> Mit KO v. 18.6.1863 befahl Wilhelm I. mit Rücksicht auf Ersparnisse zugunsten des Etat-Ansatzes 1863 vorläufig die Einberufung der Rekruten für Anfang Januar 1864, behielt sich aber bei veränderten politischen Verhältnissen eine frühere Einberufung vor. Vgl. Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 4, Bl. 264–265.

## **Nr. 299 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Juni 1863.**

*Reinschr., Bd. 75, Bl. 87–88; MF 443.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Mühler, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Aulike, H. Frh. v. Lentz.*

*Polenpolitik und Klöster in West-Preußen. Weitere vorläufige Überlassung des Klosters in Neustadt an Franziskaner-Mönche; Unterstützung der katholischen Geistlichen zur Stärkung deutscher Bildung. [B]*

## **Nr. 300 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Juni 1863.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 75, Bl. 89–91v; MF 443.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Mühler, Eulenburg. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Noah [zu 1].*

**1. Keine Genehmigung für eine Dortu-Stiftung<sup>1</sup> zugunsten Potsdams. [B] — 2. Militär-Dienstzeit, Einberufung von Rekruten.** Verlesung der KO v. 18.6.1863<sup>2</sup>, daß Infanterie-Rekruten unter dem Vorbehalt einer früheren Einziehung im Falle des Bedürfnisses *Anfang Januar 1864 einberufen werden*. Roon weist darauf hin, daß für vier Armeekorps an der polnischen Grenze die Entlassung

<sup>1</sup> In Erinnerung an den Kämpfer der Badischen Revolutionsarmee, der 1849 vom preußischen Kriegsgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet worden war. Vgl. Gass, *Karl, Zielt gut, Brüder! Das kurze Leben des Maximilian Dortu, Wilhelmshorst 2000*, S. 146f. u. 150–152.

<sup>2</sup> Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 4, Bl. 265.

der Reserven bis zur Einstellung der Rekruten *hinausgeschoben wird*.<sup>3</sup> — **3. Heeresreform.** Militär-Vorlagen *sollen* dem Landtage im wesentlichen unverändert wieder vorgelegt werden, solange das Abgeordnetenhaus in seiner bisherigen Tendenz *verharrt*, bei welcher auf eine Verständigung überhaupt nicht gerechnet werden *kann* u. jede entgegenkommende Konzession seitens der Regierung nur die Festigkeit ihrer Stellung beeinträchtigen *wird*. [B] — **4. Wahl-Bestätigung für den Breslauer Oberbürgermeister A. Hobrecht.** [B]

<sup>3</sup> Dies sollte Wilhelm I. mit KO v. 4.8.1863 genehmigen; vgl. Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 4, Bl. 271.

## Nr. 300a Sitzung des Kronrats am 2. September 1863.

*Fundort: Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 213<sup>1</sup>.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V], Kronprinz Friedrich Wilhelm, u.a. — Prot.: [?].*

*Weitere Teilnehmer: [?].*

[1.] *Bundesreformplan*<sup>2</sup>. Erst Besprechung über abwartende Stellung Preußens dem Frankfurter Fürstentag gegenüber, bis Schriftstück<sup>3</sup> aus Frankfurt eingetroffen *ist*. Lage *ist* ernst. — [2.] Dann Beschluß, den Landtag unterm heutigen Datum aufzulösen. Zwar *haben* die Minister sämtlich jetzt im Lande *den* Wunsch vernommen, keine Auflösung, weil gegenwärtig mehr Ruhe, auch dank den Preßordonnanzen, *besteht*; aber Minister *können* diesem Landtag nicht wieder vor die Augen treten, der dem König gesagt hat, daß man mit seinem Regime nicht gehen *will*.<sup>4</sup> [B]

<sup>1</sup> Diese Sitzung wird verifiziert durch Bismarck, *Erinnerung u. Gedanke*, GW, Bd. 15, S. 221 (Schreiben des Kronprinzen an Bismarck v. 3.9.1863). Nach Kohl, Horst (Hrsg.), *Bismarck-Regesten*, Bd. 1, Leipzig 1891, S. 207, fand der erste Teil der Sitzung [TOP 1] bereits am 1.9.1863 mittags statt.

<sup>2</sup> Hierzu und zum Folgenden grundlegend III. HA MAA, Nr. 193–204; Einzelnes gedr. in: Berner (Hrsg.), *Kaiser Wilhelms d. Gr. Briefe*, Bd. 2, Dok. 331–333, S. 65–71; Schultze (Bearb.), *Kaiser Wilhelms I. Weimarer Briefe*, Bd. 2, Dok. 316–322, S. 38–54; Bismarck, *Erinnerung und Gedanke*, GW, Bd. 15, S. 232–235; Bismarck, GW, Bd. 4, Dok. 109 ff., S. 150 ff.; Srbik (Hrsg.), *Quellen zur deutschen Politik Österreichs*, Bd. 3, Dok. 1168, 1169, 1173, 1174 und 1182, S. 237–239, 242 f. und 250; Huber (Hrsg.), *Dokumente*, Bd. 2, Dok. 102/103–105/106, S. 134–141. *Grundlegende Darstellungen*: Srbik, *Deutsche Einheit*, Bd. 4, S. 39 ff.; Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 3, S. 420–435; Gall, *Bismarck*, S. 286–290.

<sup>3</sup> Gemeint ist der Beschluß des Frankfurter Fürstenkongresses, gerichtet an Wilhelm I., v. 1.9.1863; vgl. dazu die Angaben zur folgenden KR-Sitzung am 16.9.1863.

<sup>4</sup> Zur Stellungnahme des Kronprinzen hierzu und zum Konflikt mit seinem Vater über Bismarcks Regierungspolitik vgl. die Eintragung v. 3.9.1863 in: *Kaiser Friedrich III. Tagebücher*, S. 213.

## Nr. 301 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 16. September 1863.

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 233–234v; MF KR 18.*

*Anwesend [U]: Wilhelm I. [V], Bismarck, Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: [?].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

**1. Bundesreformplan; Stellungnahme zum Beschluß des Frankfurter Fürstenkongresses v. 1. September<sup>1</sup>.** Nach Bismarck sind die Anträge des Fürstentages abzulehnen und weitere Verhandlungen über Bundes-Reform-Vorschläge nur unter drei Bedingungen zu führen: Preußen und Österreich müssen im Deutschen Bunde ein Veto gegen Majoritätsbeschlüsse erhalten, zumindest bei Kriegserklärungen; Preußen beansprucht Parität mit Österreich in der Leitung der Bundes-Angelegenheiten; ferner sind direkte Wahlen für das projektierte Bundes-Abgeordnetenhaus zu fordern und das Delegationsprinzip abzulehnen.<sup>2</sup> Wilhelm I. genehmigt diesen Entwurf des Immediatberichts<sup>3</sup>, der als Erklärung Preußens auf die Bundes-Reform-Akte den Fürsten zugehen sowie veröffentlicht werden soll.<sup>4</sup> Bismarck wird mit der Überarbeitung dieser Reformakte gemäß den drei Grundbedingungen beauftragt. [B] — **2. Wahlrecht für Militärangehörige.** Zukünftig keine Beteiligung des Militärs bei Wahlen zum Abgeordnetenhaus mehr. [B] Meinungsverschiedenheit darüber, ob dies durch ein Gesetz, das zumal als ein die Verfassung abänderndes Gesetz anzusehen ist, oder auf dem Wege einer Verordnung erfolgen kann. Hierzu wird ein Immediatbericht angefordert.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Bundesreformakte und Kollektivschreiben der in Frankfurt versammelten Souveräne an Wilhelm I. v. 1.9.1863 in: III. HA MAA, Nr. 204, Bl. 13–15v; Abschriften auch in ebd., Nr. 196, Bl. 196–229; vgl. APP, Bd. 3, Dok. 675, S. 755 f.; ferner Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 106/107 und 107/108, S. 142–153.

<sup>2</sup> Vgl. Augst, Richard, Bismarcks Stellung zum parlamentarischen Wahlrecht, Leipzig 1917, S. 68–84, bes. S. 71 f.

<sup>3</sup> Entwürfe des Immediatberichts v. 15.9. in: III. HA MAA, Nr. 197, Bl. 1–49; Abschriften auch in ebd., Nr. 154, Bl. 61–68; Rep. 90, Tit. XLIV C Nr. 24 Bd. 4, Bl. 134–141; Ausfertigung gedr. in: APP, Bd. 3, Dok. 692, S. 779–786; Bismarck, GW, Bd. 4, Dok. 124, S. 166–171; auszugsw. Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 108/109, S. 154–157.

<sup>4</sup> Vgl. auch die identischen Schreiben Wilhelms I. an die Unterzeichner der Frankfurter Bundesreformakte v. 22.9.1863 in: III. HA MAA, Nr. 197, Bl. 170–189 (Entwürfe); Abschriften in ebd., Nr. 154, Bl. 69–70v. Vgl. APP, Bd. 3, Dok. 706, S. 802 f.; Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 110, S. 157 f. Vgl. auch Kaernbach, Andreas, Bismarcks Konzepte zur Reform des Deutschen Bundes. Zur Kontinuität der Politik Bismarcks und Preußens in der Deutschen Frage, Göttingen 1991, S. 194–196.

<sup>5</sup> Immediatbericht v. 19.9. in: Rep. 77, Tit. 496a Nr. 16 Bd. 5, Bl. 77–82 (Entwurf). Dazu Randvermerk Wilhelms I. v. 22.9. (ebd., Bl. 85, Abschr.): Da keine Aussicht bestehe, einen entsprechenden Gesetzentwurf im AH durchzubringen, wolle er Soldaten ermahnen, sich nicht an den bevorstehenden Wahlen zu beteiligen. Vgl. auch KO v. 28.9.1863 an Roon (ebd., Bl. 113, Abschr.) sowie Roon, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 166–168.

## Nr. 302 Sitzung des Staatsministeriums am 29. September 1863.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1–2], Bd. 75, Bl. 92–111; MF 443.

Anwesend: Bodelschwingh [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: R. Jacobi [zu 2], H. Frh. v. Wangenheim [zu 1, U].

**1. 16 Disziplinarsachen.** [B] — **2. AH-Wahlrecht.** Zahlt ein Urwähler zwei Drittel der im Urwahlbezirk aufkommenden Steuern, so bildet dieser Urwähler allein die erste Wahlabteilung. Entsprechende Bestimmung des Wahlzirkulars v. 18.6.1849 ist unrichtig, soll aber nicht generell, sondern nur in Einzelfällen aufgehoben werden. [B] — **3. Presserecht.** Rekurs-Entscheidungen gemäß § 5 der Presse-Verordnung v. 1.6.1863 sind im einfachen Verfahren vorzunehmen. [B]

## Nr. 303 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Oktober 1863.

Reinschr., Bd. 75, Bl. 112; MF 443.

Anwesend: Bodelschwingh [V], Itzenplitz, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: R. Jacobi [zu 2], Lehnert [für Mühler], Meinecke [zu 1].

**1.** Witwen-Verpflegungs-Anstalt für Beamte. Beitritt erfolgt bei Heirat. [B] — **2.** Rekurs gegen Verbot einer polnischen Zeitung in Thorn abgelehnt. [B] — **3.** Dienstjubiläen. Beibehaltung der bisherigen Bestimmung über Ordens-Dekoration. [B]

### **Nr. 304 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Oktober 1863.**

Reinschr. mit vollz. Reinschr.<sup>1</sup>, Bd. 75, Bl. 113–115; MF 444.

Anwesend: Bodelschwingh [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: R. de la Croix, W. v. Kehler, Wollny.

Bisheriges Verfahren bei Einziehung der Beiträge zum Hebammen-Unterstützungsfonds von Juden und Dissidenten ist im wesentlichen beizubehalten. [B]

---

<sup>1</sup> Die eine (Bl. 113) als beglaubigtes Protokoll des Protokollanten, die andere (Bl. 114–115) ausführlicher und von den anwesenden Ministern vollz. Reinschr.

### **Nr. 305 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Oktober 1863.**

Reinschr., Bd. 75, Bl. 116–116v; MF 444.

Anwesend: Bodelschwingh [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: v. Buddenbrock [zu 2], R. Jacobi [zu 1], W. v. Kehler, Wollny [beide zu 2].

**1.** Mennoniten. Keine Abänderung ihrer privilegienmäßigen Rechtsverhältnisse.<sup>1</sup> [B] — **2.** Land-Gendarmerie. Meinungsverschiedenheiten über Reorganisation des Offizier-Korps beigelegt. [B]

---

<sup>1</sup> Details hierzu in: Rep. 76, III Sekt. I Abt. 13a Nr. 2 Bd. 8.

### **Nr. 306 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Oktober 1863.**

Reinschr., Bd. 75, Bl. 117–117v; MF 444.

Anwesend: Bodelschwingh [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Moser, Ribbeck, L. A. Wiese, Wollny.

*Gründung einer polytechnischen Hochschule in Aachen und nicht in Köln; zukünftiger Lehrplan darf ultramontane[n] Bestrebungen nicht Vorschub leisten; Ressort-Zuständigkeit zwischen Kultus- und Handelsministerium vorbehalten; Mitfinanzierung der Gründung durch private Vereine, Aachen-Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft und durch die Stadt.*<sup>1</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. *Immediatbericht v. 31.10.1863* sowie *KO v. 14.11.1863 betr. Gründung der polytechn. Hochschule Aachen in: Rep. 76, Vb. Sekt. 6 Tit. I Nr. 1 Bd. 2, Bl. 166–175 und 194*. Vgl. ferner Düwell, *Gründung und Entwicklung der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen*, S. 42 f.

### **Nr. 307 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 14. Oktober 1863.**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 236–236v; MF KR 18.*

*Anwesend [U]: Wilhelm I. [V], Bismarck, Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: [Costenoble].*

**1. Schleswig-Holstein-Frage.** *Vortrag Bismarcks über die Dänische Frage und über die Maßregeln, zu welchen die Preußische Regierung infolge der gegen die Herzogtümer Holstein und Lauenburg beschlossenen Bundes-Exekution<sup>1</sup> genötigt ist. Kosten-Voranschlag für militärische Vorbereitungen angefordert. Unterstützung des Hannoverschen Antrags, Kosten-Vorschuß im Wege einer Matrikular-Umlage von Bundes-Mitgliedern zu leisten. Allgemeines Ziel: Vermeidung kriegerischer Verwicklungen ohne Beeinträchtigung der Ehre Preußens.*<sup>2</sup> [B] — **2. Herrenhaus.** *Eine Verstärkung wird erwünscht; Wilhelm I. sagt Prüfung einer Liste von Neuberufungen zu.*

<sup>1</sup> *Bundesbeschluß v. 1.10.1863, in: Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 128/131, S. 182. Hierzu und zum Folgenden vgl. Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 456–459.*

<sup>2</sup> *Vgl. auch Bismarcks Schreiben an den Bundestags-Gesandten Sydow v. 16.10.1863 in: Bismarck, GW, Bd. 4, Dok. 138, S. 184–187.*

### **Nr. 308 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Oktober 1863.**

*Reinschr., Bd. 75, Bl. 118–118v; MF 444.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**1. 100-Jahrfeier der Ober-Hofbuchdruckerei.** *Titelverleihung an Inhaber R. Decker.*<sup>1</sup> [B] — **2. Öffentliche Meinung im Regierungsbezirk Köln.** *Stellungnahmen von Landräten und Magistraten angefordert.* [B] — **3. Ernennung.** [B] — **4.–5. Landtags-Session 1863/64.** *Vorbereitung der Thronrede zur LT-Eröffnung. Pläne für einzubringende Gesetzesvorlagen; nachträgliche Vorlage der Presse-Verordnung v. 1.6.1863.<sup>2</sup> – Heeresreform. Novellierung des Gesetzes betr. Kriegsdienstpflicht von 1814; im wesentlichen unveränderte Wiedervorlage. Sofern das neue Abgeord-*

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 90, Tit. XXI B Nr. 24 Bd. 2, n.f. Wilhelm I. wollte Decker den Titel eines Geh. Kommerzienrats verleihen. Das Patent wurde von Bismarck unterzeichnet, während Handelsminister Itzenplitz seine Unterschrift verweigerte; vgl. seinen Immediatbericht v. 30.12.1862 sowie sein Votum v. 23.10.1863, mit dem er eine erneute Beratung im Staatsministerium verlangte und als Kompromiß eine Nobilitierung andeutete.*

<sup>2</sup> *Die Presse-Notverordnung v. 1.6.1863 wurde mit VO v. 21.11.1863 (GS, S. 705) wieder aufgehoben, nachdem die nachträgliche Vorlage im AH entschieden zurückgewiesen worden war. Vgl. Rep. 77, Tit. 380 Nr. 27, Bl. 106 ff.; StenBerAH, Session 1863 II, Verhandlungen v. 19.11.1863, S. 75–111.*

netenhaus *mehr als bisher* auf die Wünsche der Regierung einzugehen *bereit sein wird, sind weitere Gesetzentwürfe zu unterbreiten*. [B]

### Nr. 309 (I.) Sitzung des Staatsministeriums am 24. Oktober 1863.

*Reinschr., Bd. 75, Bl. 120; MF 444.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Moelle [zu 2].*

**1.** 100-Jahrfeier der Ober-Hofbuchdruckerei Decker. Aufhebung des Beschlusses v. 20. Oktober; statt dessen Deckers Erhebung in den Adelsstand empfohlen. [B] — **2.** Etat 1864. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Staatshaushalt 1864 verabschiedet mit Ausnahme einer Differenz zwischen Bodelschwingh und Roon.<sup>2</sup> [B] — **3.** Ernennung. [B]

---

<sup>1</sup> Rep. 151, I A Nr. 642, n.f. Vgl. StenBerAH, Session 1863–64, Drucks. Nr. 8. Der Gesetzentwurf wurde am 13./16.11.1863 im LT eingebracht.

<sup>2</sup> Zu dieser Differenz über eine vom Finanzminister gewünschte Verminderung des Militäretats vgl. Rep. 151, HB Nr. 1428. Vgl. ferner Rep. 151, I A Nr. 646, n.f. (Korrespondenz zwischen Bodelschwingh und Roon, u.a.).

### Nr. 310 (II.) Sitzung des Staatsministeriums am 24. Oktober 1863.

*Vollz. Reinschr., Bd. 75, Bl. 119; MF 444.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: [Costenoble].*

*Besoldung und Beamten-Disziplinierung. Anregung Bismarcks, etatmäßige Besoldungserhöhung für Richter an Kreisgerichten von 1864 an nicht mehr nach dem Anciennitätsprinzip gemäß KO v. 12.11.1860<sup>1</sup> vorzunehmen, sondern dem Justizminister Einfluß auf die Gehalts-Ascensionen der richterlichen Beamten wieder zu verschaffen; hierfür ist Aufhebung der KO zu beantragen. Bis auf zur Lippe schließen sich alle dieser Anregung an; vertagt.<sup>2</sup>*

---

<sup>1</sup> GS, S. 517.

<sup>2</sup> Vgl. Sitzung am 24.2.1864, TOP 2.

### Nr. 311 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Oktober 1863.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1, 3–5], Bd. 75, Bl. 121–129; MF 444 und MF-Suppl. 2.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. de la Croix [zu 1 und 3], Stüler [zu 4], J. A. v. Vangerow [zu 5, U], Wollny [zu 3].*

**1. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Medizinalgewicht mit Änderung** angenommen. [B] — **2. Erzbistum Gnesen und Posen. Mitteilung über Weigerung des Erzbischofs L. v. Przulski, zur 50-Jahrfeier der Völkerschlacht von Leipzig 1813 eine kirchliche Feier zu veranstalten. Auftrag an Mühler, in einer entschiedenen Weise zu antworten und feindselige Gesinnung des Erzbischofs zu monieren.**<sup>2</sup> [B] — **3. Provinz Posen. Schließung eines katholischen Gymnasiums.**<sup>3</sup> [B] – Meinungsverschiedenheit über die Errichtung eines katholischen Schullehrer-Seminars. *Vertagt bis Abschluß von Landesverrats-Prozessen gegen Polen.* — **4. Parlaments-Neubau. Kein Parlamentsgebäude für beide Häuser des Landtages von monumentaler Bedeutung; lediglich Neubau für AH. Hierfür wird das Grundstück der Porzellan-Manufaktur<sup>4</sup> für besonders geeignet erachtet, deren Verlegung notwendig ist. Kostenschätzung angefordert.**<sup>5</sup> [B] — **5. Zwei Pensionssachen.** [B]

<sup>1</sup> Rep. 120, A IX 1 Nr. 52 Bd. 1–2. Vgl. Gesetz betr. das Preußische Medizinalgewicht v. 16.3.1867 in: GS, S. 386. – Zur Einführung einheitlicher Medizinalgewichte in den deutschen Bundesstaaten der frühen 1860er Jahre vgl. Rep. 75A, Nr. 1192. Zum Kontext vgl. Hocquet, Jean-Claude, *Harmonisierung von Maßen und Gewichten als Mittel zur Integrierung in Deutschland im 19. Jahrhundert*, in: Schremmer, Eckart (Hrsg.), *Wirtschaftliche und soziale Integration in historischer Perspektive*, Stuttgart 1996, S. 110–123.

<sup>2</sup> Zum Schreiben Mühlers an den Erzbischof vgl. Reichle, *Zwischen Staat und Kirche*. Kultusminister H. v. Mühler, S. 131 und 152–154.

<sup>3</sup> Zu dieser Maßnahme, eine Folge des polnischen Aufstands, vgl. das Schreiben Mühlers v. 10.10.1863, dazu Minister-voten und den Immediatbericht v. 10.12.1863, in: Rep. 90a, Q III 2 Nr. 6 Bd. 1, Bl. 141–156.

<sup>4</sup> Leipziger Str. 4.

<sup>5</sup> Vgl. Rep. 93, B Nr. 1949, n.f. (u.a. Stellungnahmen Stülers und der Ministerialbaukommission). Vgl. Engel, Helmut, *Parlamentarische Provisorien. Die Tagungsorte der preußischen Parlamente von 1847 bis zur Reichsgründung*, in: *Der Preußische Landtag. Bau und Geschichte*, Berlin 1993, S. 9–40, hier S. 32 f.

## Nr. 312 Sitzung des Staatsministeriums am 4. November 1863.

Reinschr., Bd. 75, Bl. 130; MF 444.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

**1. Schleswig-Holstein-Frage<sup>1</sup>.** Mitteilung Bismarcks über Vermittlungs-Versuche Englands, insbesondere hinsichtlich der von seiten des Deutschen Bundes an Dänemark zu stellende[n] Forderung in betreff der Finanz-Überschüsse des Herzogtums Holstein, um gegebenenfalls die beschlossene Bundes-Exekution zu suspendieren.<sup>2</sup> [B] — **2. Heeresreform. Übergabe des Gesetzentwurfs betr. Verpflichtung zum Kriegsdienst.** — **3. Thronrede zur LT-Eröffnung am 9. November. Vorläufige Beratung.**

<sup>1</sup> Grundlegendes zur Lage: Aegidi, Ludwig K. u. Klauhold, Alfred (Hrsg.), *Aktenstücke zur Deutsch-Dänischen Frage aus den Jahren 1861 bis 1863*, Hamburg 1863; *Siebente Sammlung von Aktenstücken betreffend die Verfassungsverhältnisse der Herzogtümer Holstein und Lauenburg* [Ms.-Druck für dän. Reichsrat], Kopenhagen 1864; ferner Huber (Hrsg.), *Dokumente*, Bd. 2, Dok. 126/129–128/131, S. 178–183.

<sup>2</sup> Zahlreiche Quellen zu den britischen Vermittlungsansätzen vom Oktober und November 1863 in: APP, Bd. 4, Dok. 12–83; ferner Bismarcks Promemoria v. 30.10.1863 in: Ders., GW, Bd. 4, Dok. 145, S. 196 f. Vgl. Steefel, Lawrence D., *The Schleswig-Holstein-Question*, Cambridge, London 1932, S. 82–88; Mosse, Werner E., *Queen Victoria and her Ministers in the Schleswig-Holstein Crisis 1863–1864*, in: *English Historical Review*, 78 (1963), S. 263–283; Sandiford, Keith A.P., *Great Britain and the Schleswig-Holstein Question 1848–64*, Toronto, Buffalo 1975, S. 60–63.

**Nr. 313 Sitzung des Staatsministeriums am 6. November 1863.**

*Reinschr., Bd. 75, Bl. 131; MF 444.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Thronrede zur LT-Eröffnung am 9. November. Entwurf<sup>1</sup> angenommen. [B]*

---

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 1, Bl. 286–289.*

**Nr. 314 Sitzung des Staatsministeriums am 7. November 1863.**

*Reinschr., Bd. 75, Bl. 132–133; MF 444.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: G. Meyer [zu 2].*

- 1. Thronrede zur LT-Eröffnung am 9. November. Mitteilung über Wilhelms I. Textänderungen.**<sup>1</sup> —
- 2. Presserecht.** Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. mehrere Abänderungen des Preß-Gesetzes von 1851 und des Straf-Gesetzbuches wird angenommen. [B] —
- 3. Heeresreform.** Der umgearbeitete Entwurf<sup>3</sup> eines Gesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienst wird mit Modifikationen angenommen. [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1863–64, Verhandlungen v. 9.11.1863, S. 1–3; die von Wilhelm I. verlesene Thronrede auch in: Bismarck, GW, Bd. 10, S. 186–189.*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerHH, Session 1863–64, Drucks. Nr. 5; Loeber, Bismarcks Pressepolitik, Dok. 6, S. 86–89.*

<sup>3</sup> *Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 5, n.f.; vgl. StenBerAH, Session 1863–64, Drucks. Nr. 18. Zur Einbringung des Gesetzentwurfs durch Roon im AH vgl. Verhandlungen v. 23.11.1863, S. 135–138.*

**Nr. 315 Sitzung des Staatsministeriums am 14. November 1863.**

*Reinschr., Bd. 75, Bl. 134; MF 444.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Jordan, Meinecke, C. W. E. Wolf [alle zu 1].*

- 1. Eisenbahnbau.** Verhandlungen mit dem Königreich Hannover und Großherzogtum Oldenburg über Linie Wesel–Münster–Bremen–Hamburg. [B] —
- 2. Ernennung.** [B]



**Nr. 316 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 26. November 1863.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. III, Bl. 237–240; MF KR 18. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 10 Bd. 1, Bl. 11–16v.*

*Anwesend [U]: Wilhelm I. [V], Bismarck, Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

*Schleswig-Holstein-Frage. Maßnahmen angesichts der politischen Verwicklungen infolge des Thronwechsels in Dänemark<sup>1</sup>. Hierzu Vortrag Wilhelms I.<sup>2</sup>: Die täglich wachsende öffentliche Bewegung, der ein patriotischer Gedanke zugrunde liegt, darf nicht ignoriert werden. Preußen und Österreich wollen am Londoner Traktat von 1852 festhalten, im Unterschied zu vielen deutschen Kleinstaaten. Da durch die Sanktion der neuen dänischen Verfassung<sup>3</sup> die Inkorporierung Schlesiens in Dänemark ausgesprochen ist und damit die Rechte der Herzogtümer verletzt worden sind, muß nun die vom Deutschen Bunde beschlossene Exekution gegen Dänemark ausgeführt werden. Preußen erkennt damit das Sukzessionsrecht des neuen dänischen Königs, Christian IX., für die Herzogtümer an und lehnt dasselbe für den Erbprinzen Friedrich von Augustenburg ab. – Einstweilen muß noch die Aufforderung des Deutschen Bundes zur Ausführung der Bundesexekution gegen Dänemark abgewartet werden. Doch es liegt im Interesse Deutschlands und Preußens, daß Holstein so bald wie möglich in den Händen deutscher Truppen ist. Für die Exekution sind nunmehr die militärischen Vorbereitungen unverzüglich aufzunehmen; denn Hauptsache ist, daß Preußen ein Lebenszeichen gibt. – Bismarck weist auf das absehbare Einvernehmen mit Österreich<sup>4</sup> und auf Kriegsgefahren hin; Erklärung, die er im Namen des Staatsministeriums demnächst im AH abgeben will.<sup>5</sup> – Finanzierung der Bundesexekution durch Matrikular-Umlage. [B]*

<sup>1</sup> Am 15.11.1863 war Friedrich VII. verstorben, am 16.11. hatte Prinz Christian von Sonderburg-Glücksburg den dänischen Thron als Christian IX. bestiegen. Zu den daraus sich ergebenden Erbfolge-Streitigkeiten in Verbindung mit dem Zweiten Londoner Protokoll v. 8.5.1852 vgl. Srbik, *Deutsche Einheit*, Bd. 4, S. 85–91; Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 3, S. 460–463.

<sup>2</sup> Indirekte Wiedergabe in: Berner (Hrsg.), *Kaiser Wilhelms d. Gr. Briefe*, Bd. 2, Dok. 339, S. 75 f.; ferner Schultze (Bearb.), *Kaiser Wilhelms I. Weimarer Briefe*, Bd. 2, Dok. 322, S. 52 f.

<sup>3</sup> Das sog. März-Patent v. 30.3.1863 hatte die staatsrechtliche Trennung Holsteins von Schleswig und Dänemark bzw. die Inkorporierung Schlesiens in Dänemark verfügt; dies erkannte auch der neue König Christian IX. mit dem dänischen Grundgesetz vom 18.11.1863 (November-Verfassung) an.

<sup>4</sup> Vgl. *Verhandlungen zwischen Bismarck und Gf. Karolyi* v. 27. u. 30.11.1863, die zu den identischen Noten Preußens und Österreichs an die übrigen deutschen Bundesstaaten v. 3.12. führten, dem Vollzug der am 1.10. beschlossenen Bundesexekution zuzustimmen; der Bundestag beschloß dies am 7.12.1863. Vgl. hierzu die Erklärung Österreichs und Preußens im Bundestagsausschuß v. 28.11., gedr. in: Bismarck, *GW*, Bd. 4, Dok. 174, S. 220 f.; APP, Bd. 4, vor allem Dok. 148, 173 und 186, S. 218 f., 255–257 und 271 f. Ferner Huber (Hrsg.), *Dokumente*, Bd. 2, Dok. 130/133, 132/135 und 133/136, S. 185 und 187 f. Vgl. dazu Srbik, *Deutsche Einheit*, Bd. 4, S. 92–94; Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 3, S. 463–467.

<sup>5</sup> *StenBerAH, Session 1863–64, Verhandlungen* v. 1.12.1863, S. 208 f. Vgl. auch Bismarck, *GW*, Bd. 10, Dok. 10, S. 191–194. – Anlaß zu dieser Erklärung war die Plenardebatte des AH über den Antrag Stavenhagen, Virchows u.a. auf Anerkennung des Erbprinzen Friedrich von Augustenburg als Herzog von Schleswig und Holstein; vgl. *ebd.*, *Drucks. Nr. 16 und 23* sowie *Verhandlungen* v. 1./2.12.1863, S. 204–235 und 237–284. – Unmittelbar vor der AH-Sitzung am 1.12. teilte Wilhelm I. Bismarck mit: „[...] wünsche ich, daß Sie im Laufe der Diskussion nicht die Ansicht aussprechen, daß Ihnen ein selbständiges Holstein aus gewissen Gründen nicht genehm sei – da dies nicht meine Ansicht ist – weshalb ich große Vorsicht empfehle, da die Sache zu ernst und groß ist, um sich durch ein Wort zu binden.“ Vgl. Berner (Hrsg.), *Kaiser Wilhelms d. Gr. Briefe*, Bd. 2, Dok. 340, S. 76.

**Nr. 317 Sitzung des Staatsministeriums am 15. Dezember 1863.**

*Reinschr., Bd. 75, Bl. 135–135v; MF 444.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Moelle [zu 4–5].*

**1.–3. Drei Ernennungen.** [B] — **4. Budgetrecht, rechtzeitige Etat-Vorlage.** Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. die Ergänzung des Art. 99 der Verfassungs-Urkunde mit Änderungen angenommen. [B] — **5. Provinz Ostpreußen.** Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Erwerbung eines Hauses für die Provinzial-Steuerdirektion zu Königsberg angenommen. [B] — **6. Versetzung des Regierungspräsidenten J. v. Schleinitz** von Bromberg nach Trier. [B] — **7. Polen-Aufstand.** Belagerungs-Zustand in der Provinz Posen braucht nicht mehr verhängt zu werden. [B] — **8. Provinz Posen.** Schließung eines katholischen Gymnasiums.<sup>3</sup> [B]

<sup>1</sup> *Rep. 90, Nr. 1378, Bl. 86–110v (inkl. Voten und Immediatbericht des Staatsministeriums v. 17.12.1863); vgl. StenBerAH, Session 1863–64, Drucks. Nr. 62. Der Gesetzentwurf wurde im AH Mitte Januar 1864 abgelehnt; Bodelschwingh nahm ihn daraufhin zu den Akten.*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1863–64, Drucks. Nr. 69.*

<sup>3</sup> *Vgl. Rep. 90a, Q III 2 Nr. 6 Bd. 1, Bl. 153–163 (Immediatbericht v. 11.12.1863, KO v. 16.12.1863 zur Aufhebung des Gymnasiums in Trzemeszno, etc.).*

**Nr. 318 Sitzung des Kronrats am 2. und 3. Januar 1864.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. III, Bl. 241–244; MF KR 18. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 10 Bd. 1, Bl. 28–32v; Druck: Sternfeld, R., Der Preußische Kronrat vom 2./3. Januar 1864, in: HZ, 131 (1925), S. 75–79; Teildruck: Stern, Alfred, Geschichte Europas von 1848 bis 1871, Bd. 9, Stuttgart, Berlin 1923, Anh. S. 582–584.<sup>1</sup>*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Bismarck [U], Bodelschwingh [U], Roon [U], Itzenplitz [U], Mühler [U], zur Lippe [U], Selchow [U], Eulenburg [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Abeken, Illaire, E. Frh. v. Manteuffel [beide am 3.1.].*

*Schleswig-Holstein-Frage. Bemerkungen Wilhelms I. zur Berechtigung Preußens, nach Inkraftsetzung der dänischen November-Verfassung zum 1.1.1864 sich vom Londoner Vertrag 1852 sofort loszusagen; zum Antrag<sup>2</sup> Preußens und Österreichs an die Bundesversammlung, das Herzogtum Schleswig zum Schutz desselben gegen die traktatenwidrige Inkorporierung in die Dänische Monarchie zu besetzen; zum wahrscheinlichen Beschluß der Bundesversammlung in der Sukzessionsfrage [...] zugunsten des Erbprinzen Friedrich von Augustenburg sowie zur Gefahr einer Majorisierung der deutschen Großmächte durch die deutschen Mittel- und Kleinstaaten; zum britischen*

<sup>1</sup> *Der Druck Sternfelds ist im Detail quellen-editorisch nicht vollkommen zuverlässig. – Indirekte Wiedergabe wichtiger Passagen des Prot. auch in: Boysen, Carl, Beiträge zu Bismarcks Politik in der Schleswig-Holsteinischen Frage, in: Zeitschr. der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, 64 (1936), S. 287–290.*

<sup>2</sup> *APP, Bd. 4, Dok. 259, S. 359 f. Vgl. auch Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 136/140, S. 192 f.*

*Vermittlungsvorschlag*<sup>3</sup> einer europäischen Konferenz. *Konkrete Frage ist nun*, ob Preußen sich schon jetzt [...] von dem Londoner Trakte von 1852 lossagen und für die Trennung der Herzogtümer Holstein und Schleswig von Dänemark die Waffen ergreifen oder ob es sich vorläufig von jenem Traktate noch nicht lossagen und sich darauf beschränken *soll*, zur Erzwingung der Erfüllung der im Jahre 1852 von Dänemark übernommenen Verpflichtungen im Verein mit Österreich Schleswig zu okkupieren, was dann höchstwahrscheinlich einen Krieg mit Dänemark und damit eine Lösung des Traktats von 1852 zur Folge haben wird? *Ein europäischer Krieg ist im einen wie im anderen Falle* in Aussicht zu nehmen. *Auch* die weitere Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark *kann* niemanden befriedigen. – *Dazu Bismarck*: Das sofortige Lossagen Preußens von dem Trakte von 1852 *wird* mehr dem Interesse der Augustenburger Sukzessions-Ansprüche, das vorläufige Festhalten an dem Traktate hingegen mehr dem Interesse der Wahrung der Rechte der Elbherzogtümer entsprechen. *Er kann* nicht dafür stimmen, daß Preußen sich schon jetzt von dem Londoner Traktate lossage, *weil* Österreich ihm auf diesem Wege nicht folgen *und Preußen sich von den Signatarmächten isolieren würde*. *Plädoyer*, den im Verein mit Österreich am Bundestage gestellten Antrag v. 28.12. auf Besetzung des Herzogtums Schleswig betretenen Weg konsequent zu verfolgen und als vorläufiges Ziel desselben die Personalunion der Herzogtümer mit Dänemark, mit Rendsburg als Bundesfestung, im Auge zu behalten. *Die Gefahr eines Bürgerkrieges in Deutschland hält er für unwahrscheinlich*; nicht [...] *ungünstig ist die Situation, wenn deutsche Mittel- und Kleinstaaten* auf jeden ferneren Einfluß in Deutschland Verzicht leisten *müßten bei weiterem Verhalten gegen Preußen und Österreich*. *Der Bundesversammlung steht im übrigen* nicht das Recht zu, einen Erbfolgestreit über ein deutsches Land endgültig zu entscheiden [...] oder gar den Besitzstand durch gewaltsame Einsetzung eines Prätendenten [...] zu ändern. – *Roon*: *Ein Krieg ist jetzt als Bedürfnis anzusehen* [...], um das Nationalgefühl zu beruhigen und die inneren Fragen zur Erledigung zu bringen; *deshalb Plädoyer für umgehende Besetzung Schlesiens*.<sup>4</sup> – *Beratung für heute abgebrochen*. – *Bismarck wiederholt seine Ansichten am nächsten Tag*; die übrigen Staats-Minister *sprechen* sich in gleichem Sinne aus. *Der Kronprinz dagegen plädiert* für das sofortige Zurücktreten Preußens von dem Londoner Traktate sowie für Unterstützung der Sukzessions-Ansprüche des Erbprinzen von Augustenburg.<sup>5</sup> *Wilhelm I.*<sup>6</sup> *übernimmt die vom Staatsministerium einstimmig empfohlenen Vorschläge*.<sup>7</sup> [B]

<sup>3</sup> Vgl. APP, Bd. 4, Dok. 260, S. 360 f. und Dok. 273–275, S. 369–373. Vgl. auch Steefel, *The Schleswig-Holstein Question*, S. 161–168; ferner Voigt, Johannes H., *Englands Außenpolitik während des deutsch-dänischen Konflikts 1862–1864*, in: *Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte*, 89 (1964), S. 61–194, hier S. 94–98; Sandiford, *Great Britain and the Schleswig-Holstein Question*, S. 77–81.

<sup>4</sup> *In seiner Erinnerung behauptete Bismarck*, er habe der Armee 1864 einen Krieg verschafft, den sie allgemein wünschte. Vgl. Kolb, Eberhard, *Strategie und Politik in den deutschen Einigungskriegen. Ein unbekanntes Bismarck-Gespräch aus dem Jahr 1865*, in: MGM, 48 (1990), S. 123–142, hier S. 129.

<sup>5</sup> Vgl. Kaiser Friedrich III. *Tagebücher*, S. 231 sowie ebd., Dok. 15, S. 522–524 (*Denkschr. v. 3.1.1864 für Wilhelm I.*). Vgl. ferner Boysen, Carl, *Der Kronprinz und Schleswig-Holstein*, in: FBPG, 48 (1936), S. 71–119, hier S. 78–81.

<sup>6</sup> *Hierzu Einfügung Wilhelms I. am Rande (Bl. 243v)*: [...] wengleich Allhdies. das Recht, sofort von dem Vertrage m[it] London zurückzutreten, nochmals anerkannten, doch aus den überwiegenden Nützlichkeits-Gründen.

<sup>7</sup> *Zu diesen KR-Sitzungen vgl. auch Srbik, Deutsche Einheit, Bd. 4, S. 108 f.*

## Nr. 319 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Januar 1864.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1–2], Bd. 76, Bl. 1–20; MF 444/445.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

Weitere Teilnehmer: Eck [zu 5], Hegel [zu 2–3], G. Meyer [zu 2], H. Frh. v. Wangenheim [zu 1, U], Wollny [zu 5].

**1.–2.** 18 Disziplinarsachen. [B] — **3.** AH-Wahl 1863. Erklärung zur Anfrage der Wahlkommission des Abgeordnetenhauses.<sup>1</sup> [B] — **4.** Beamten-Versetzung. [B] — **5.** Hypothekenbanken. Erteilung der Konzession für drei Hypotheken-Kredit-Gesellschaften – und nicht allein für die Preußische Hypothekenbank – wird mehrheitlich beschlossen.<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> Der knappe Protokoll-Text macht keine näheren Angaben. Es handelte sich wohl um die parlamentarische Untersuchung gesetzwidriger Beeinflussungen der Wähler während der letzten AH-Wahl vom Oktober 1863. Zur Auseinandersetzung zwischen Abgeordnetenhaus und Staatsministerium von 1863/64 vgl. Rep. 90, Nr. 111, n.f.; ferner Rep. 90a, A VIII 5b Nr. 22, Bl. 7. Vgl. auch StenBerAH, Session 1863–64, Drucks. Nr. 15, 102 und 103.

<sup>2</sup> Details hierzu in: Rep. 120, A XI 1 Nr. 11 Bd. 3.

### Nr. 320 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 15. Januar 1864.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. III, Bl. 245–246v; MF KR 18. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 10 Bd. 1, Bl. 42–45.

Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Bismarck [U], Bodelschwingh [U], Roon [U], Itzenplitz [U], Mühler [U], zur Lippe [U], Selchow [U], Eulenburg [U]. — Prot.: [Costenoble].

Weitere Teilnehmer: Illaire, E. Frh. v. Manteuffel.

Schleswig-Holstein Frage. [**1.**] Bericht Bismarcks über die Erklärung<sup>1</sup> Preußens und Österreichs in der Bundesversammlung am 14. Januar zum selbständigen Vorgehen der Pfandbesetzung des Herzogtums Schleswig sowie über das Ultimatum<sup>2</sup> an die dänische Regierung auf Zurücknahme der November-Verfassung binnen 48 Stunden. — [**2.**] Entwurf einer mit Österreich über die gemeinschaftliche Aktion gegen Dänemark abzuschließenden Punktation wird mit Änderungen verabschiedet.<sup>3</sup> [B] — [**3.**] Verstärkte militärische Mobilmachungen<sup>4</sup> und ihre Finanzierung.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> Vgl. dazu den Bericht Sydows v. 14.1.1864 in: APP, Bd. 4, Dok. 325, S. 431 f.; vgl. auch Bismarcks Zirkular v. 18.1. in: Ders., GW, Bd. 4, Dok. 229, S. 281. Ferner Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 137/141, S. 193.

<sup>2</sup> III. HA MAA, Nr. 429, Bl. 13–14. Vgl. Erlaß Bismarcks an Balan v. 13.1. in: APP, Bd. 4, Dok. 323, S. 427 f.; auch in Bismarck, GW, Bd. 4, Dok. 223, S. 276 f.; das Ultimatum wurde dem dänischen Außenminister am 16.1. übergeben.

<sup>3</sup> Punktation v. 16.1.1864, von Bismarck und Károlyi am 17.1. unterzeichnet. Vgl. APP, Bd. 4, Dok. 332, S. 439–442; zur Vorgeschichte auch Dok. 327, S. 535. Zur österr. Fassung vgl. Srbik (Hrsg.), Quellen zur deutschen Politik Österreichs, Bd. 3, Dok. 1411, S. 603–606; zur Vorgeschichte auch Dok. 1410, 1420, 1421, 1427, 1429–1431 und 1433. Vgl. auch Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 138/142, S. 193–195.

<sup>4</sup> Hierzu Randbemerkung Wilhelms I. (Bl. 246v).

<sup>5</sup> Zu dieser KR-Sitzung vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 234. Vgl. ferner Srbik, Deutsche Einheit, Bd. 4, S. 111; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 470–472.

### Nr. 321 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 29. Januar 1864.

Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. III, Bl. 247–249; MF KR 18.

Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Bismarck [U], Bodelschwingh [U], Roon [U], Mühler [U], zur Lippe [U], Selchow [U], Eulenburg [U]. — Prot.: [Costenoble].

Weitere Teilnehmer: Illaire, E. Frh. v. Manteuffel.

*Schleswig-Holstein-Frage. 1. Folgende Vorlagen<sup>1</sup> genehmigt. Schreiben Bismarcks und Roons an Generalfeldmarschall F. Frh. v. Wrangel<sup>2</sup>; dazu Schreiben Wrangels an den dänischen Oberbefehlshaber im Herzogtum Schleswig zur ultimativen Räumung des Herzogtums; sowie Proklamation Wrangels an die Bevölkerung des Herzogtums bei Einrücken der preußisch-österreichischen Truppen. [B] — 2. Entwurf<sup>3</sup> einer Instruktion für Generalfeldmarschall Wrangel in politischer und militärischer Hinsicht zur Ausübung seines Oberbefehls. [B] – Einflußnahme auf die Presse in Hamburg und Holstein. – Vorschläge für Ernennung des Zivilkommissars im Herzogtum Schleswig.<sup>4</sup> — 3. Beantwortung der Note Großbritanniens an Preußen und Österreich<sup>5</sup>, ob sie an dem Prinzip der Integrität der Dänischen Monarchie festhalten wollen. Dazu Wilhelm I.: Es kommt darauf an, England und die übrigen außerdeutschen Großmächte einigermaßen zu befriedigen, ohne die Preußische Regierung für alle zukünftigen Eventualitäten [...] zu sehr die Hände zu binden, wie es durch die von England begehrte erneuerte Garantie der Integrität der Dänischen Monarchie geschieht. Bismarck verliest die neuesten Depeschen und legt zwei Entwürfe<sup>6</sup> zur Beantwortung der britischen Note vor sowie den Entwurf<sup>7</sup> einer Depesche an die Botschafter in London, Paris und St. Petersburg. Während Wilhelm I. den letzteren Entwurf genehmigt, äußert er Bedenken gegen die Entwürfe der Antwortnote: Wenn Dänemark das Herzogtum Schleswig freiwillig räumen sollte<sup>8</sup>, wird die von Preußen erstrebte Lösung des Londoner Traktats von 1852 durch den Kriegsfall vereitelt. Alle anwesenden Minister stimmen Bismarck zu und empfehlen die Annahme eines der beiden Entwürfe; vertagt.*

<sup>1</sup> Konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

<sup>2</sup> Wrangel hatte bereits mit KO v. 19.12.1863 den Oberbefehl über die Truppen zur Ausführung der Bundesexekution in Holstein erhalten; der Oberbefehl erstreckte sich nun allein über die preuß. und österr. Truppen, mit denen eine Besetzung des Hgztm. Schleswig vorbereitet wurde. Vgl. III. HA MAA, Nr. 427, Bl. 111.

<sup>3</sup> III. HA MAA, Nr. 429, Bl. 312–320 (mit Randnotizen Wilhelms I. v. 27.1. und KO v. 29.1.) sowie Bl. 23–26 (Abschr. der Instruktion v. 29.1.). Vgl. auch Bismarck, GW, Bd. 4, Dok. 241, S. 295–297.

<sup>4</sup> Mit KO v. 2.2.1864 wurde E. Frh. v. Zedlitz-Neukirch ernannt; vgl. III. HA MAA, Nr. 429, Bl. 48.

<sup>5</sup> Identische Note Russells an die britischen Botschafter in Wien u. Berlin v. 20.1.1864 in: Das Staatsarchiv, Bd. 6, Hamburg 1864, Dok. 1438, S. 570 f.; Maletke, Klaus (Hrsg.), Die Schleswig-Holsteinische Frage (1862–1866), Göttingen 1969, Dok. 12, S. 39. Vgl. auch APP, Bd. 4, Dok. 349, S. 462–465; Dok. 354, S. 472. Vgl. ferner Voigt, Englands Außenpolitik, S. 108; Sandiford, Great Britain and the Schleswig-Holstein Question, S. 92.

<sup>6</sup> Konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. – Die Entwürfe waren mit der österreichischen Regierung über den Gesandten Károlyi in Berlin abgesprochen; vgl. APP, Bd. 4, Dok. 359, 369, 371 und 375.

<sup>7</sup> Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. – Vgl. APP, Bd. 4, Dok. 376, S. 491–493.

<sup>8</sup> Dies hatte Bismarck der britischen Regierung vorgeschlagen; vgl. Bismarck, GW, Bd. 4, Dok. 238, S. 292. Vgl. auch ebd., Dok. 239; APP, Bd. 4, Dok. 367 und 370.

## Nr. 322 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 3. Februar 1864.

Vollz. Reinschr. mit Randnotiz Wilhelms I., Bd. III, Bl. 250–252; MF KR 18.

Anwesend [U]<sup>1</sup>: Wilhelm I. [V], Bismarck, Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: [Costenoble].

Weitere Teilnehmer: Illaire.

*Schleswig-Holstein-Frage. [1.] Fortsetzung der am 29. Januar abgebrochenen Beratung über gemeinsame Beantwortung der britischen Note vom 20. Januar durch Preußen und Österreich.<sup>2</sup>*

<sup>1</sup> Seine Unterschrift versah Wilhelm I. mit dem Zusatz, daß dieses Protokoll vorzugsweise zu sekretieren ist (Bl. 252).

Wilhelms I. Bedenken, daß man nun, nachdem preußisch-österreichische Truppen in das Herzogtum Schleswig einmarschiert sind und es bereits zu Kampfhandlungen gekommen ist<sup>3</sup>, kaum glaubhaft erklären kann, weiterhin an dem Prinzip der Integrität Dänemarks festhalten zu wollen. Rußland und Frankreich unterstützen wenig die Aufrechterhaltung des Londoner Traktats von 1852; Preußen wird seine teilweise wieder erworbene Sympathie in der öffentlichen Meinung Deutschlands verlieren. Wenn diese Textstelle der Erklärung gemäß Absprache mit Österreich nicht mehr geändert werden kann, verlangt er, daß die abzugebende Erklärung mindestens auf den Tag vor Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Dänemark antedatiert wird. Dazu Bismarck: Der Text der Erklärung kann nicht mehr geändert werden, nachdem Kaiser Franz Joseph I. bereits zugestimmt hat; die gemeinsame Erklärung soll daher auf den 30. Januar zurückdatiert werden, was Wilhelm I. – obwohl mit Widerstreben – genehmigt.<sup>4</sup> [B] Bismarck weiter: Es liege ihm fern, diese Integrität Dänemarks aufrecht erhalten zu wollen. Vielmehr sieht er die Vereinigung der Herzogtümer Schleswig und Holstein mit der Preußischen Monarchie als das Endziel der jetzt begonnenen Aktion an.<sup>5</sup> Da ein europäischer Krieg droht, will er die Herzogtümer als Kompensations-Objekte festhalten. Deshalb ist er gegen jede Begünstigung des Augustenburger Anspruches, um das gegenüber Preußen feindselige mittelstaatliche Element in Deutschland nicht zu verstärken. — [2.] Eine Instruktion für den preußischen Zivilkommissar im Herzogtum Schleswig, E. Frh. v. Zedlitz-Neukirch, wird von Wilhelm I. angefordert.<sup>6</sup>

<sup>2</sup> Vor der KR-Sitzung hatte Bismarck an Roon geschrieben: „Der König hat mir in der Nacht geschrieben, will die ganze Sache wieder umwerfen, nachdem sie in Wien angenommen und von dort schon nach London mitgeteilt ist. Darum Conseil.“ So Roon, *Denkwürdigkeiten*, Bd. 2, S. 200. – Zum Kontext vgl. Srbik (Hrsg.), *Quellen zur deutschen Politik Österreichs*, Bd. 3, Dok. 1458, 1460, 1463–1465, S. 668, 670 f. und 673–675; ferner APP, Bd. 4, Dok. 382 und 383, S. 501 f. Ferner Berner (Hrsg.), *Kaiser Wilhelms d.Gr. Briefe*, Bd. 2, Dok. 349, S. 87.

<sup>3</sup> Der Einmarsch in das Hzgtm. Schleswig war von Rendsburg aus am Morgen des 1.2. erfolgt; Details hierzu und zu den ersten Kampfhandlungen bei Schleswig in: *Der Deutsch-Dänische Krieg 1864*, hrsg. v. Großen Generalstabe, Bd. 1, Berlin 1886, S. 121 ff. sowie Bd. 2 (1887), Dok. 75, Anl.-S. 229 ff.

<sup>4</sup> Erklärung Preußens und Österreichs an Großbritannien v. 31.[!]1.1864 in: APP, Bd. 4, Dok. 379, S. 497; Bismarck, GW, Bd. 4, Dok. 240, S. 294 f.; vgl. auch Huber (Hrsg.), *Dokumente*, Bd. 2, Dok. 142/146, S. 198 f.

<sup>5</sup> Hierzu Randnotiz Wilhelms I. v. 8.2. (Bl. 251v): [...], daß eine Vereinigung der Herzogtümer mit der Krone Preußen wohl als eine der sich herausstellenden Eventualitäten in der Zukunft zu bezeichnen wäre, also nicht als das alleinige Ziel der Preuß. Politik anzusehen seien. – Nach Keudell soll Bismarck bereits in der Silvesternacht 1863/64 im privaten Kreise geäußert haben: „Die ‘up ewig Ungedeelten’ müssen einmal Preußen werden. Das ist das Ziel, nach dem ich steuere; ob ich es erreiche, steht in Gottes Hand.“ Keudell, Robert v., *Fürst und Fürstin Bismarck. Erinnerungen aus den Jahren 1846 bis 1872*, Berlin, Stuttgart 1901, S. 140; vgl. auch Bismarck, GW, Bd. 7, S. 83.

<sup>6</sup> Zu dieser KR-Sitzung vgl. auch Srbik, *Deutsche Einheit*, Bd. 4, S. 115–117; ferner Gall, *Bismarck*, S. 302 und 307.

## Nr. 323 Sitzung des Staatsministeriums am 9. Februar 1864.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1–3], Bd. 76, Bl. 21–24v; MF 445.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Hegel, G. Meyer [beide zu 1, U], J. A. v. Vangerow [zu 2, U], W. Wohlers [zu 3, U].

1.–3. Disziplinarsache<sup>1</sup> und zwei Pensionssachen. [B] — 4.–5. Zwei Ernennungen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90, Annex F Nr. 1924.

**Nr. 324 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Februar 1864.**

*Reinschr., Bd. 76, Bl. 25; MF 445.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Moelle [zu 1].*

**1. Etat 1864.** Nach Ablehnung der Regierungsvorlage zum Staatshaushalt durch das AH<sup>1</sup> werden die Modalitäten besprochen, nach denen die Ressortminister über die jeweiligen Ausgabefonds verfügen können.<sup>2</sup> [B] — **2. Johanniter-Orden.** Bedingungen für Zulassung einer neuen Genossenschaft des katholischen Johanniter-Malteser-Ritter Ordens für Preußen. [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1863–64, Verhandlungen v. 16.1.1864, S. 723–727; Verhandlungen v. 25.1.1864, S. 917 f. und 924–931. Vgl. auch Schreiben des AH-Präsidenten an das Staatsministerium v. 25.1.1864 in: Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 172–172v.*

<sup>2</sup> *Von Ministern vollz. Beschluß in: Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 175–178v.*

**Nr. 325 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Februar 1864.**

*Reinschr., Bd. 76, Bl. 26–26v; MF 445.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Aulike, H. Frh. v. Lentz [beide zu 4].*

**1. Keine gerichtliche Verfolgung der Wiener Presse wegen Verunglimpfung Bismarcks.** [B] — **2. Pressepolitik.** Anregung Bismarcks zur Vereinfachung von Immediat-Zeitungsberichten der Rheinischen Regierungen; *Berichte über die öffentliche Stimmung sollen indes eingehender dargestellt werden.* — **3. Polnischer Aufstand.** Bericht<sup>1</sup> über gewaltsame Störungen der öffentlichen Ruhe in einigen Posenschen Grenzkreisen. *Vorschläge zur Sicherheitspolitik.* — **4. Polenpolitik und Klöster in West-Preußen.** Beilegung der Meinungsverschiedenheit zwischen Bodelschwingh und Mühler über Beschlußlage v. 20.6.1863 und Fassung des Immediatberichts zur Besetzung des Klostergebäudes in Neustadt durch Franziskaner. [B]

---

<sup>1</sup> *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

**Nr. 326 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Februar 1864.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [3], Bd. 76, Bl. 27–28; MF 445.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

Weitere Teilnehmer: Burghart, Klostermann, Wever, W. Wohlers [alle zu 3].

**1. Etat 1864. Immediatbericht<sup>1</sup> über die Behandlung der diesjährigen Etatsfonds, nachdem die Regierungsvorlage im AH gescheitert ist.** [B] — **2. Besoldung und Beamten-Disziplinierung. Mehrheit für Bismarcks Ansicht, den Erlaß v. 12.11.1860<sup>2</sup> betr. Einführung des Anciennitätsprinzips bei Besoldung der richterliche[n] Beamten aufzuheben.**<sup>3</sup> [B] — **3. Bergbau-Abgaben. Bergbau ist als Gewerbe im Sinne des § 8 des Rheinischen Gemeinde-Verfassungs-Gesetzes v. 15.5.1856<sup>4</sup> anzusehen.** [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 187–198. Mit KO v. 28.2.1864 (ebd., Bl. 199) genehmigte Wilhelm I. den Bericht und den Beschluß des Staatsministeriums v. 12.2.1864 (ebd., Bl. 200–202).

<sup>2</sup> GS, S. 517.

<sup>3</sup> Hierzu Aktennotiz v. 31.3.1864 in: Rep. 90, Nr. 2322, Bl. 187: Da richterliche Beamte, insbes. Kreisrichter, sich zahlreich der AH-Opposition angeschlossen hätten, sei für die Aufhebung der KO v. 12.11.1860 bzw. für die Aufhebung von Gehaltszulagen plädiert worden. Wilhelm I. habe dies befürwortet und einen entsprechenden KO-Entwurf unterzeichnet, doch sei die Ausführung nach mehrfachen Interventionen des Justizministers unterblieben.

<sup>4</sup> GS, S. 435.

## Nr. 327 Sitzung des Staatsministeriums am 8. März 1864.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [2–3], Bd. 76, Bl. 29–40; MF 445.

Anwesend: Bismarck [teilw. V]<sup>1</sup>, Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Scheele [zu 2], F. H. Sydow [zu 1], J. A. v. Vangerow [zu 2, U], H. Frh. v. Wangenheim [zu 1 und 3, U], Wollny [zu 1].

**1. Pensionen. Witwen-Pensionen und Unterstützungsgelder ehemaliger Beamter der Hohenzollernschen Lande.** [B] — **2. Pensionssache.** [B] — **3. Zehn Disziplinarsachen.** [B] — **4.–5. Zwei Titelverleihungen.** [B] — **6. Mitteilung Bismarcks über die jetzige politische Lage.**<sup>2</sup> — **7. Ordensverleihungen. Verfahren für Vorschläge von Ministern bzw. vom Staatsministerium.** [B] — **8. Geschäftsordnung des Staatsministeriums. Vertretung von Ministern bei Sitzungen des Staatsministeriums und bei Vollziehung amtlicher Dokumente in Anlehnung an den Beschluß v. 21.6.1861.**<sup>3</sup> [B]

<sup>1</sup> Bismarck nahm nur vorübergehend an der Sitzung teil (vgl. Bl. 29).

<sup>2</sup> Keine näheren Angaben im Protokoll. Es dürfte sich um den Krieg gegen Dänemark gehandelt haben, in dem die preußischen und österreichischen Truppen am 8.3.1864 die Grenze nach Jütland überschritten. Dieses sowie ein Angebot zum Waffenstillstand und zu einer Friedenskonferenz war zwischen Bismarck und Károlyi (2. Punktation) am 6.3.1864 vereinbart worden. Gleichzeitig richteten Preußen und Österreich am 7.3. eine gemeinsame Note an die europäischen Mächte. Vgl. APP, Bd. 4, Dok. 427 ff., insbes. Dok. 513, 514, 517, 520, 524; Srbik (Hrsg.), Quellen zur deutschen Politik Österreichs, Bd. 3, Dok. 1502 ff., insbes. Dok. 1517, 1530, 1537, 1539 und 1545. Die 2. preuß.-österreich. Punktation v. 6.3. auch in Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 143/147, S. 199 f. Zum Kontext vgl. auch Srbik, Deutsche Einheit, Bd. 4, S. 123 f. und 131.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 587, n.f. (Immediatbericht v. 31.3.1864 u.a.); ferner Rietdorf, Das Preußische Staatsministerium, S. 62 f.



**Nr. 328 Sitzung des Staatsministeriums am 23. März 1864.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 76, Bl. 41–43v; MF 445.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Herzbruch [zu 1], Kieschke [zu 2], E. J. F. v. Koenen [zu 1], Meinecke, Ribbeck [beide zu 2].*

**1.** *Restitution mediatisierter standesherrlicher Rechte und Entschädigung für den Fürsten zu Salm-Horstmar.*<sup>1</sup> [B] — **2.** *Entschädigung für die Stadt Marienburg infolge Herabsetzung des Tarifs ihrer Trajekt-Anstalt durch den Bau der Eisenbahnbrücke über den Nogat.* [B] — **3.** *Verbot des Hausierhandels mit Sensen in der Provinz Posen.* [B] — **4.–5.** *Zwei Titelverleihungen.* [B] — **6.** *Ernennung.* [B] — **7.** *Wahlbestätigung für den Oberbürgermeister Deetz von Frankfurt/O.*<sup>2</sup> [B] — **8.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **9.** *Etat 1863. Mitteilung Bodelschwinghs über Resultate des Finanzabschlusses pro 1863.* — **10.** *Mitteilungen über Bestellung eines Co-Adjutors für den Erzbischof von Gnesen und Posen.*<sup>3</sup> — **11.** *Erweiterung des Kronenordens und des Hohenzollernschen Hausordens.* [B]

---

<sup>1</sup> *Details hierzu in: Rep. 90, Nr. 202.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 77, Nr. 720.*

<sup>3</sup> *Vgl. Baske, Praxis und Prinzipien der preußischen Polenpolitik, S. 137.*

**Nr. 329 Sitzung des Staatsministeriums am 13. April 1864.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1–2], Bd. 76, Bl. 44–60; MF 445/446.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Noah [zu 5], J. A. v. Vangerow [zu 2, U], H. Frh. v. Wangenheim [zu 1, U], K. v. Wilmowski [zu 2].*

**1.** *13 Disziplinarsachen.* [B] — **2.** *Zwei Pensionssachen.* [B] — **3.–4.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **5.** *Johanniter-Malteser-Ritter-Orden. Konzessionierung; Statut-Entwurf<sup>1</sup> modifiziert.* [B] — **6.** *Zwei Ernennungen.* [B] — **7.** *Titelverleihung.* [B] — **8.** *Schleswig-Holstein-Frage und Krieg gegen Dänemark. Bismarck macht ausführliche Mitteilung über die jetzige politische Situation, namentlich über den Stand der diplomatischen Verhandlungen.*

---

<sup>1</sup> *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

**Nr. 330 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 13. Mai 1864.**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 254–254v; MF KR 18. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y II 2b Nr. 1 Bd. 3, Bl. 94–95; Rep. 151, HB Nr. 949, Bl. 13–14v.*

Anwesend [U]: Wilhelm I. [V], Bismarck, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: [Costenoble].

Weitere Teilnehmer: A. v. Rieben [für Roon].

Krieg gegen Dänemark und Ankauf von Kriegsschiffen<sup>1</sup>. Bismarck macht auf die Unzulänglichkeit der Preußischen Marine zu einem nachhaltigen Widerstande gegen die neuerlich noch verstärkte Dänische Seemacht und auf die dringende Notwendigkeit aufmerksam, die Preußische Marine besonders durch einige Panzerschiffe zu verstärken, damit die Marine im Falle der Erneuerung der Feindseligkeiten nach Ablauf der jetzt eingetretenen Waffenruhe imstande ist, der Dänischen Seemacht Herr zu werden. Bismarck befürwortet mit großer Entschiedenheit die Vorschläge des Marine-Ministeriums, umgehend Kriegsschiffe in Frankreich und Nordamerika zu kaufen. Wilhelm I. genehmigt dies.<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> Einzelheiten dazu in: Rep. 151, HB Nr. 949; III. HA MAA, I Nr. 10653 und 10654.

<sup>2</sup> In seiner Randnotiz (Bl. 254v) fügte Wilhelm I. hinzu, daß er ungern [...] so wichtige Gegenstände im Conseil in Abwesenheit der Hauptbeteiligten Roon und Bodelschwingh zur Erörterung u. zum Beschluß bringe; seine sofortige Genehmigung sei erfolgt, um preisgünstig und unter dem Zeitdruck des Waffenstillstands die Flotte zu stärken. Vgl. dazu Rep. 92 (M), NL Zitelmann, Nr. 4/2, Bl. 21–21v (Bodelschwingh an Bismarck v. 13.5.1864).

### Nr. 331 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Mai 1864.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1–2], Bd. 76, Bl. 61–64; MF 446.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Barretzki [zu 7], Eck, König [beide zu 2], J. G. A. Klotz [zu 3], Pape [zu 2], Schultze [zu 1], J. A. v. Vangerow [zu 1, U], Wollny [zu 7].

1. Zwei Pensionssachen. [B] — 2. Prisengericht. Entwürfe<sup>1</sup> eines Prisen-Reglements und einer Verordnung zum Verfahren in Prisen-sachen, die weder im Wege der Gesetzgebung noch der Oktroyierung, sondern mittels eines Allerhöchsten Erlasses einzuführen sind. [B] — 3. Landesvermessung. Beauftragung von Sachverständigen zur Erarbeitung der Grundsätze für die Landesvermessung in Zusammenarbeit mit dem Generalstab. [B] — 4. Restitution mediatisierter standesherrlicher Rechte und Entschädigung für das Fürstenhaus Bentheim-Tecklenburg; Aussetzung der Verhandlungen.<sup>2</sup> [B] — 5. Ernennung. [B] — 6. Landtags-Etat. Frage, ob und wie über den Gratifikations- und Unterstützungsfonds 1863 für Beamte des AH zu disponieren ist. Grundsatzfrage, ob darüber das Staatsministerium oder die Präsidenten des LT zu verfügen haben; vertagt. — 7. Meinungsverschiedenheit zwischen Bodelschwingh und Roon über Regulierung des Servis- und Einquartierungswesens beigelegt. [B] — 8. Keine Veröffentlichung des Strafurteils gegen G. Weiss wegen Beleidigung des Staatsministeriums. [B]

<sup>1</sup> Rep. 89, Nr. 27750. Vgl. Allerh. Erlaß v. 20.6.1864 in: GS, S. 369.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 241.

**Nr. 332 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Juni 1864.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 76, Bl. 65–71; MF 446.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Eck [zu 2], Hegel [zu 1, U], R. v. Keudell<sup>1</sup> [zu 2], G. Meyer [zu 1, U], Pape [zu 2].*

**1. Zwei Disziplinarsachen.<sup>2</sup> [B] — 2. Disziplinarrecht für Konsuln.** Die Frage wird mehrheitlich bejaht, besoldete Konsuln wie diplomatische Agenten im Sinne des § 87 des Disziplinar-Gesetzes v. 21.7.1852<sup>3</sup> zu behandeln.<sup>4</sup> [B] — **3.–6. Vier Ernennungen.** [B]

<sup>1</sup> Zur Anforderung und Berufung des persönlichen Mitarbeiters R. v. Keudell als Hilfsarbeiter im Staats- und Außenministerium vgl. Bismarcks Schreiben an Eulenburg v. 8.10.1863, Entwurf in: Rep. 90, Tit. XIV Nr. 57, n.f. Vgl. Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, S. 122 und 125–131.

<sup>2</sup> Zu J. Baltzer vgl. Rep. 90, Annex F Nr. 87.

<sup>3</sup> GS, S. 465.

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 814, Bl. 180–205 (Voten u.a.).

**Nr. 333 Sitzung des Staatsministeriums am 8. Juni 1864.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1–2], Bd. 76, Bl. 72–75v; MF 446.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Wilke [zu 2], Windhorn, Wollny [beide zu 1].*

**1. Einheitliche metrische Maße.** Erklärung in der Deutschen Bundesversammlung, daß Preußen der Einführung des Meter-Maßes unter Bedingungen zustimmt.<sup>1</sup> [B] — **2. Meinungsverschiedenheit zwischen Bodelschwingh und Roon über Abänderung des Reisekosten-Regulatives für die Armee v. 28.12.1848<sup>2</sup> beigelegt.** [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 75A, Nr. 1272 und 1273.

<sup>2</sup> GS 1849, S. 81. Vgl. zum Folgenden Allerh. Erlaß v. 4.8.1864 in: GS, S. 558.

**Nr. 334 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Juni 1864.**

*Reinschr., Bd. 76, Bl. 75a–75av; MF 446.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**1. Ernennung.** [B] — **2. Finanzierung des Krieges gegen Dänemark und Verfassungskonflikt.** Zur Deckung außerordentlicher Kriegs-Ausgaben sind zunächst die Mittel des Staatsschatzes zu verwenden, sodann Kündigung der Steuer-Kredite. Erst dann ist gegebenenfalls der LT einzuberufen

zur Bewilligung einer Anleihe. [B] *Mehrheit hält es nicht für ratsam [...], vorher einen Versuch zur Beschaffung der Anleihe ohne Bewilligung des Landtages zu machen. Frage erörtert, ob vor Einberufung des LT das AH aufgelöst werden sollte.*

**Nr. 335 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 13. Juni 1864.**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 255–259v; MF KR 18.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Bismarck [U], Bodelschwingh [U], Roon [U], Itzenplitz, Mühler [U], zur Lippe [U], Selchow [U], Eulenburg [U]. — Prot.: [Hegel, U].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

**1. Königliche Begnadigung oder Vollstreckung bei einem Todesurteil. — 2. Schleswig-Holstein-Frage, Finanzierung des Krieges gegen Dänemark und Verfassungskonflikt<sup>1</sup>.** Vortrag Bodelschwinghs über außerordentliche Bedürfnisse der Militär- und Marine-Verwaltung, deren laufende Kosten noch bis Juli durch den Staatsschatz gedeckt sind. Zukünftiger Finanzbedarf kann nur durch neue Staats-Anleihe gedeckt werden, teilweise auch durch Einziehung ausstehender Steuer-Kredite sowie durch Emission des noch nicht ausgegebenen Teils von genehmigten Anleihen für Eisenbahnbauten. – Bismarck hebt die großen Schwierigkeiten hervor, die das AH der Regierung in der Verfolgung und kräftigen Durchführung ihrer Politik bereitet. Ablehnung des AH hinsichtlich Aufnahme einer neuen Anleihe ist daher wahrscheinlich, was die Stellung der Regierung in dem schwebenden Konflikt den auswärtigen Mächten gegenüber wesentlich schwächen und die Anleihe verteuern wird. Teilnahme des LT ist daher so lange als möglich [...] zu vermeiden und zunächst alle anderweit zu beschaffenden Hilfsmittel zu benutzen [...]. Schon in der Berufung des Landtags liegt das Geständnis, daß die Regierung ohne seine Hilfe nicht weiter gehen kann. Je länger dagegen die Regierung sich ohne den Landtag zu halten weiß, um so mehr wird ihm gegenüber die selbständige Macht der Krone dargetan. Die Anleihe kann als provisorische Verordnung mit Gesetzeskraft nach Art. 63 der Verfassung erfolgen. Solange der Krieg gegen Dänemark nicht größere Dimensionen annimmt, kann man sich mit vorhandenen Hilfsmitteln bis auf weiteres begnügen. – Bodelschwingh spricht sich entschieden gegen die Ansicht aus, daß ohne Verfassungs-Verletzung eine von dem Landtage nicht genehmigte Staats-Anleihe im Wege der provisorischen Verordnung oder in anderer Weise aufgenommen werden kann. Ohne Gesetz kann die Staatsschulden-Verwaltung keinen Staatsschuldschein ausfertigen. Er hält es für unwahrscheinlich, daß der LT eine Anleihe zur Fortführung des Krieges verweigern wird; anderenfalls ist immer noch der Frage näherzutreten, zur Rettung des Staats über die Schranken der Verfassung hinwegzugehen. Solange jedoch die Unmöglichkeit, mit der Verfassung zu regieren, nicht in offenkundigster Weise konstatiert ist, darf die Regierung sie nicht in ihrer wesentlichsten Bestimmung verletzen. – Roon und Mühler stützen die Ansichten Bismarcks; zur Lippe, Eulenburg und Itzenplitz stimmen Bodelschwingh zu. Wilhelm I. resümiert: Es ist gegenwärtig noch nicht der Moment zur Beschlußfassung gekommen; Meinungsverschiedenheiten bestehen darüber, wann der Moment eintreten wird und was dann zu tun ist. Einstweilen sollen die vorhandenen Fonds und insbesondere die Steuer-Kredite zu den außerordentlichen Ausgaben verwendet werden. [B]

<sup>1</sup> Abschr. dieses TOP in: Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 11 Bd. 1, Bl. 33–38v.

**Nr. 336 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Juni 1864.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 76, Bl. 76–77; MF 446.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hegel, G. Meyer [beide zu 1, U], Ribbeck, Wollny [beide zu 2].*

**1. Disziplinarsache.** [B] — **2. Grenzen von Kommunen und Wahlbezirken.** Veränderungen von Kreisgrenzen, die Wahlbezirke alterieren, bedürfen keiner legislativen Feststellung. [B] — **3. Ernennung.** [B] — **4. Militärausrüstung.** Außerordentliche Kredite zur Verstärkung der Artillerie; Bedenken gegen Anregung Wilhelms I. zur durchgängigen Herstellung der Kanonen aus Gußstahl. [B] — **5. Krieg 1864 und Ordensverleihungen.** Dekoration von Zivil-Personen, die an Gefechten mit Auszeichnung teilgenommen haben. [B]

**Nr. 337 Sitzung des Staatsministeriums am 6. Juli 1864.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 76, Bl. 77a–81v; MF 446.*

*Anwesend: Bodelschwingh [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Eulenburg. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hoyer [zu 2], E. Keller [zu 1], H. Frh. v. Lentz [zu 1–2], Lucanus [zu 2].*

**1. Meinungsverschiedenheit über Reglement des zu bildenden Emeritenfonds für evangelische Geistliche in den Provinzen Preußen und Sachsen beigelegt; kein Gesetzgebungsverfahren, sondern Regelung im Wege einer Verordnung.** [B] — **2. Meinungsverschiedenheit über Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Regulierung der schlesischen Zehntverfassung beigelegt.** [B] — **3. Besoldung und Beamten-Disziplinierung.** Bismarcks Vorschlag, Gehaltserhöhungen für Beamte nicht mehr nach dem Anciennitätsprinzip vorzunehmen und hierfür die KO v. 12.11.1860 aufzuheben, ist für weitere sechs Monate zurückzulegen. [B] — **4. Finanzierung des Krieges gegen Dänemark und Verfassungskonflikt.** Gegen Roon beharren die übrigen Minister darauf, das AH für Neuwahlen noch nicht aufzulösen, es vielmehr zur Bewilligung einer Staats-Anleihe verfassungsgemäß einzuberufen; dies aber erst nach Rückkehr Wilhelms I. von seiner Kur Mitte August. [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 99. Vgl. auch Drucks. Nr. 106 (Kommissionsbericht) sowie Verhandlungen v. 1. u. 4.4.1865, S. 915–918 und 930–940 (Annahme des Gesetzentwurf). Ferner Gesetz v. 10.4.1865 in: GS, S. 172.*

**Nr. 338 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Juli 1864.**

*Reinschr., Bd. 76, Bl. 82–82v; MF 446.*

*Anwesend: Bodelschwingh [V], Roon, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

1. Beleidigung des Staatsministeriums. Veröffentlichung eines Gerichtsurteils befürwortet. [B] — 2.–4. Zwei Ernennungen und Titelverleihung. [B] — 5. Bewilligung einer Kriegs-Anleihe und Frage der LT-Einberufung; dazu Immediatbericht.<sup>1</sup> [B]

<sup>1</sup> Immediatbericht v. 14.7.1864 mit Randvermerken Wilhelms I. v. 10.8. in: Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 11 Bd. 1, Bl. 49–52.

### **Nr. 339 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Juli 1864.**

*Reinschr., Bd. 76, Bl. 83–83v; MF 446.*

*Anwesend: Bodelschwingh [V], Mühler, zur Lippe, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. Jacobi, MacLean [beide zu 1].*

1. Wege-Ordnung. Meinungsverschiedenheit über Gesetzentwurf<sup>1</sup> zwischen Eulenburg und Itzenplitz beigelegt; keine weitere Begutachtung durch Provinziallandtage. [B] — 2.–4. Zwei Ernennungen und eine Berufung zum Mitglied des HH. [B]

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 124.

### **Nr. 340 Sitzung des Staatsministeriums am 7. September 1864.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [4], Bd. 76, Bl. 84–86v; MF 446.*

*Anwesend: Bodelschwingh [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: Brassert, H. Frh. v. Lentz [beide zu 2], H. Frh. v. Wangenheim [zu 4], Wollny [zu 1].*

1. Pensionssache. [B] — 2. Meinungsverschiedenheit zwischen Handels- und Finanzministerium über Freistellen in den Waisenhäusern von Potsdam und Klein Glienicke beigelegt. [B] — 3. Berufung der Mitglieder des Disziplinarhofes für nicht-richterliche Beamte. [B] — 4. Disziplinarsache. [B]

### **Nr. 341 Sitzung des Staatsministeriums am 3. Oktober 1864.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1], Bd. 76, Bl. 87–109; MF 446/447.*

*Anwesend: Bodelschwingh [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Wangenheim [zu 1, U].*

[1.] 22 Disziplinarsachen. [B] — [2.] Differenz mit dem Haus-Ministerium über Unterbringung der Fourage für den Königl. Marstall während eines Umbaus. [B]

### **Nr. 342 Sitzung des Staatsministeriums am 9. November 1864.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1–3], Bd. 76, Bl. 110–116; MF 447.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. de la Croix [zu 2], Eck [zu 2, U], Hegel [zu 1, U], Klostermann [zu 4], H. Frh. v. Lentz, Linhoff [beide zu 3], Löwe, C. E. Oppermann [beide zu 4], J. A. v. Vangerow [zu 1–2], W. Wohlers [zu 4].*

**1. Disziplinarsache.** [B] — **2. Vier Pensionssachen.** [B] — **3. Erfurter Exjesuitenfonds.** *Verwendung seiner noch verfügbaren Überschüsse zur Verbesserung des katholischen Kirchenwesens und nicht zugunsten von Schulzwecken; Meinungsverschiedenheit zwischen Bodelschwingh und Mühler darüber beigelegt.*<sup>1</sup> [B] — **4. Gesetzentwurf**<sup>2</sup> *betr. Errichtung von Gebäuden in der Nähe der auf dem linken Rheinufer in der Rheinprovinz gelegenen Waldungen.* [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 90a, P II 2 Nr. 8.*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 8. Vgl. auch Drucks. Nr. 39 (Kommissionsbericht) sowie Verhandlungen v. 20.2.1865, S. 223–246 (Annahme des Gesetzentwurfs).*

### **Nr. 343 Sitzung des Staatsministeriums am 26. November 1864.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1–2], Bd. 76, Bl. 117–120; MF 447.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Herzbruch, Ribbeck [beide zu 1–2].*

**1.–2. Restitution mediatisierter standesherrlicher Rechte und Entschädigungen für den Herzog v. Ujest und den Fürsten v. Fürstenberg**<sup>1</sup>. [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 41 sowie Nr. 79.*

### **Nr. 344 Sitzung des Staatsministeriums am 30. November 1864.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 76, Bl. 121–130v; MF 447.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Friedberg, Wichern [beide zu 1].*

**1. Strafvollstreckung.** Mehrheit gegen Vorlage eines Gesetzentwurfs über Einzelhaft bei Zuchthausstrafen und damit gegen Reduktion der Haftzeit; Meinungsverschiedenheit zwischen Eulenburg und zur Lippe damit beigelegt. [B] — **2. Ernennung.** [B]

#### **Nr. 345 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Dezember 1864.**

*Reinschr., Bd. 76, Bl. 131–131v; MF 447.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Bitter, A. v. Wolff.*

*Grundsteuer-Verordnungen.* Zwei Entwürfe<sup>1</sup> betr. Feststellung der Grundsteuer-Hauptsummen und deren Unterverteilung für die westlichen und östlichen Provinzen sowie für die ständischen Verbände gemäß §§ 7 und 9 des Grundsteuer-Gesetzes v. 21.5.1861<sup>2</sup>. [B]

---

<sup>1</sup> Konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. – Vgl. VO v. 12.12.1864 in: GS, S. 673 und 683.

<sup>2</sup> GS, S. 253.

#### **Nr. 346 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Dezember 1864.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 76, Bl. 132–135v; MF 447.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Hegel [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. Jacobi, C. E. Oppermann, Wever, A. v. Wolff, Wollny [alle zu 2].*

**1. Amnestie-Frage.** *Wilhelms I. Wunsch nach Amnestie im Zuge der Dankfeiern zum Krieg gegen Dänemark wird einstimmig als bedenklich bezeichnet; Roon auch gegen Begnadigung verurteilter Soldaten.* [B] *Immediatvortrag Bismarcks und Roons vorgesehen.* — **2.** Entwurf einer Wege-Ordnung. *Keine Begutachtung durch den Staatsrat, da sonst weitere mehrjährige Verzögerung zu befürchten ist.*<sup>1</sup> *Meinungsverschiedenheit bis auf einen Punkt beigelegt.* [B]

---

<sup>1</sup> *Zur Frage der Reaktivierung des Staatsrats vgl. in diesem Zusammenhang die Denkschrift zur Lippes vom Januar 1865 in: Rep. 90a, B III 1 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 203–215.*

#### **Nr. 347 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Dezember 1864.**

*Reinschr., Bd. 76, Bl. 136–137; MF 447.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*



**1. Planung eines Nord-Ostsee-Kanals.** Projekt ist von der größten Wichtigkeit für Marine und Handelsschifffahrt; Kosten werden auf 40 Mio. Tlr. geschätzt, von denen ein Viertel durch Preußen und drei Viertel durch eine Aktien-Gesellschaft aufgebracht werden sollen.<sup>1</sup> [B] — **2. Titelverleihung.** [B] — **3. Amnestie.** Einverständnis mit Wilhelms I. Wunsch nach Amnestie für zivilrechtlich verurteilte Soldaten, die am Feldzug gegen Dänemark teilnahmen. [B] — **4. Bismarcks Vorschläge<sup>2</sup> zur Reform der bestehenden Vorschriften für die Abgeordneten-Wahlen.**

<sup>1</sup> Vgl. *Immediatbericht* v. 28.2.1865 in: *Rep.* 89, Nr. 29265, Bl. 31–35. Grundlage hierfür waren Gutachten des GehOBauR K. Lentze; vgl. *Rep.* 120, C XVI 1 Nr. 32 Bd. 1, Bl. 4 ff. Zum Kontext vgl. Teuteberg, Hans-Jürgen u. Oelke, Matthias, *Politische, militärische und wirtschaftliche Überlegungen über eine neue Nord-Ostsee-Verbindung zwischen der Revolution von 1848 und der Gründung des Norddeutschen Bundes 1868(!)*, in: Lagoni, Rainer, u.a. (Hrsg.), *Nord-Ostsee-Kanal 1895–1995. Festschrift, Neumünster 1995*, S. 51–85, hier S. 68 ff.

<sup>2</sup> Konnten in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

### Nr. 348 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Januar 1865.

*Reinschr., Bd. 77, Bl. 1–2; MF 448.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**1. Heeresreform.** Novelle zum *Kriegsdienst-Gesetz von 1814* für die Reorganisation der Armee erfolgt nicht aus Gründen rechtlicher Notwendigkeit, doch aus Utilitätsgründen bzw. politische[r] Zweckmäßigkeit.<sup>1</sup> Majorität gegen Roon und Bodelschwingh daher für Wiedervorlage des Gesetzesentwurfs im AH mit der Modifikation, die Friedensstärke der Armee nach einem Prozentsatz der Bevölkerung zu bemessen, um eine feste gesetzliche Grundlage für die Regulierung des Friedens-Etats der Armee zu erhalten. Dies wird zugleich als nicht ganz aussichtslosen Versuch der Verständigung mit der Opposition des Landtages bewertet, ohne die Königl. Machtvollkommenheit zu beeinträchtigen. [B] — **2.–4. Vier Ernennungen, Titelverleihung und zwei Berufungen.** [B] — **5. LT-Eröffnung am 14. Januar.** Entwurf<sup>2</sup> der Thronrede. [B]

<sup>1</sup> Grundlage dieser Debatte war Roons Denkschrift, die er Bismarck und allen Ministern Mitte Dezember 1864 überreicht hatte; vgl. *Rep.* 90a, Y I Nr. 1 Bd. 5, n.f. Mit Hilfe der prozentualen Kontingentierung sollte zum einen die Heeresstärke gesetzlich festgelegt werden; daran gekoppelt war zum anderen die ein für allemal geltende Bewilligung eines Pauschalquantums pro Soldat, womit der Kriegsminister sich von der jährlichen Bewilligung des Militäretats unabhängiger zu machen beabsichtigte. Auf diese Weise sollte ein Ausgleich zwischen den Interessen des Monarchen u. der Opposition im AH, mithin die Überwindung des Heeres- und Verfassungskonflikts versucht werden. Wilhelm I. verweigerte diesem Ausgleich letztlich seine Zustimmung nach der folgenden KR-Sitzung am 9.1.1865, so wie er bereits den ähnlichen Vermittlungsplan Roons und Bismarcks vom Herbst 1862 abgelehnt hatte (Sitzung am 6.9.1862). Vgl. im einzelnen Dehio, Ludwig, *Bismarck und die Heeresvorlagen der Konfliktzeit*, in: *HZ*, 144 (1931), S. 31–47.

<sup>2</sup> *Rep.* 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 2, Bl. 35–41v.

### Nr. 349 Sitzung des Kronrats am 9. Januar 1865.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. III, Bl. 260–261v; MF KR 18.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Bismarck [U], Bodelschwingh [U], Roon [U], Itzenplitz [U], Mühler [U], zur Lippe [U], Selchow [U], Eulenburg [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: Illaire.*

**1.–2.** *LT-Eröffnung am 14. Januar. Entwurf<sup>1</sup> der Thronrede, die Wilhelm I. selbst zu halten gedenkt, mit verschiedenen Abänderungen [...] genehmigt. [B] — 3. Heeresreform. Bismarcks Plädoyer, am Mehrheits-Beschluß vom 7. Januar festzuhalten. Roon ist erneut gegen die Wiedervorlage der Novelle zum Kriegsdienstgesetz 1814 im AH; auch eine Normierung der gewöhnlichen Friedensstärke der Armee nach einem Prozentsatze der Bevölkerung wird bekräftigt. Wilhelms I. Entscheidung für Wiedervorlage des Gesetzentwurfs im AH, aber Bedenken gegen den Vorschlag einer Kontingentierung, da die Festlegung der Stärke der Armee allein dem König als Oberbefehlshaber zusteht. Gleichwohl soll Roon den Kontingentierungs-Vorschlag in einer vorsichtig formulierten Fassung vorlegen.<sup>2</sup> [B]*

<sup>1</sup> *Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 2, Bl. 42–50v; vgl. auch ebd., A VIII 2b Nr. 7 Bd. 1, Bl. 63–64v; StenBerAH, Session 1865, Verhandlungen v. 14.1.1865, S. 1–4; Kohl (Hrsg.), Dreißig Jahre preußisch-deutscher Politik, Dok. 37, S. 73–77.*

<sup>2</sup> *Mit Bezug auf diese KR-Sitzung: Dehio, Bismarck und die Heeresvorlagen, S. 40 f.*

### **Nr. 350 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Januar 1865.**

*Reinschr., Bd. 77, Bl. 3–4; MF 448. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, I A Nr. 653, n.f.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Moelle [zu 1–4].*

**1.–2.** *Etat 1865. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Feststellung des Staatshaushalts 1865 beschlossen. Meinungsverschiedenheit zwischen Selchow und Bodelschwingh beigelegt über Aufnahme einer Besoldungs-Zulage für Ministerialräte und -direktoren in den Etatentwurf 1865. [B] — 3. Etat 1864. Verwendung der nicht verausgabten extraordinären Ausgabefonds. [B] — 4. Rechnungsprüfung für die Etats 1859–62. Allgemeine Rechnungen für 1859–61<sup>2</sup> sind dem Landtage von neuem behufs Entlastung der Staats-Regierung vorzulegen; LT-Vorlage zur nachträglichen Genehmigung der Etat-Überschreitungen 1859–60 durch das Außenministerium ist erforderlich; AH-Anträge auf Spezifizierung der Bemerkungen der Oberrechnungskammer sowie auf Nachweisung der Aktivforderungen des Staatsschatzes sind abzulehnen; allgemeine Rechnung für 1862<sup>3</sup> ist mit den Bemerkungen der Oberrechnungskammer dem Landtage ohne Gesetz zur nachträglichen Genehmigung der Rechnungs-Positionen und zur Entlastung der Staats-Regierung vorzulegen. [B]*

<sup>1</sup> *Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 211–213 (mit Immediatbericht v. 14.1.1865); ferner Rep. 151, I A Nr. 653, n.f. Vgl. StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 7.*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 33. Vgl. ferner Drucks. Nr. 185 (Bericht der AH-Budgetkommission).*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 164. Vgl. ferner Drucks. Nr. 251 (Bericht der AH-Budgetkommission).*

### **Nr. 351 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Januar 1865.**

*Reinschr., Bd. 77, Bl. 5–6; MF 448.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

Weitere Teilnehmer: R. Jacobi, A. v. Wollff, Wollny [alle zu 1].

1. *Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Wege-Ordnung. Meinungsverschiedenheit über Wegebaukosten in den Gutsbezirken durch Stimmenscheidung Bismarcks beigelegt.* [B] — 2. *Heeresreform. In die Novelle zum Kriegsdienstgesetz von 1814 ist dringend die Bestimmung aufzunehmen, durch welche die gewöhnliche Friedensstärke der Armee nach einem angemessenen Prozentsatze der Bevölkerung normiert wird.*<sup>2</sup> [B] — 3. *Erweiterung der Stadt Stettin. Beauftragung einer Kommission von Ministerial-Räten.* [B] — 4. *Siegesdenkmäler für Gefallene des Krieges 1864 in Berlin, Düppel und auf Alsen.*<sup>3</sup> *Ausführung der Monumente im Herzogtum Schleswig im Charakter möglichst einfacher Erinnerungszeichen.* [B] — 5. *Zusatz zu dem Gesetzentwurf<sup>4</sup> wegen Pensionierung und Unterstützung der Militär-Invaliden und deren Hinterbliebenen.* [B]

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 124. Vgl. weiter Drucks. Nr. 131 (Bericht der AH-Komm.) u. Verhandlungen v. 29.5.1865, S. 1747–1761 (Ablehnung des Gesetzentwurfs).*

<sup>2</sup> Vgl. *Immediatbericht v. 23.1.1865 in Form einer Denkschrift über die politische Zweckmäßigkeit der Aufnahme einer Bestimmung über die normale Friedensstärke der Armee in den Gesetzentwurf in Betreff der Verpflichtung zum Kriegsdienst; ferner Wilhelms I. Randbemerkung dazu und sein Handschreiben v. 24.1. in: Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 5, n.f. – Zum Vorgang vgl. auch Wilhelms I. Denkschrift zur Reorganisation der Armee vom Januar 1865 in: Militärische Schriften Kaiser Wilhelms d. Gr., Bd. 2, Dok. 15, S. 489–495; auch in: Berner (Hrsg.), Kaiser Wilhelms d. Gr. Briefe, Bd. 2, Dok. 360, S. 95–103.*

<sup>3</sup> Vgl. *entsprechende KO v. 18.12.1864 in: Rep. 90, Nr. 2528, Bl. 62–62v. Dazu Alings, Reinhard, Monument und Nation. Das Bild vom Nationalstaat im Medium Denkmal – zum Verhältnis von Nation und Staat im deutschen Kaiserreich 1871–1918, Berlin, New York 1996, S. 157.*

<sup>4</sup> *Rep. 90a, Y V 2f Nr. 2, n.f.; vgl. StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 44. Vgl. weiter Drucks. Nr. 123 (Bericht der AH-Kommission) sowie Verhandlungen v. 25. u. 26.4.1865, S. 1135–1141 und 1143–1184 (Annahme des Gesetzentwurfs in veränderter Fassung). Vgl. Gesetz v. 6.7.1865 in: GS, S. 777.*

## Nr. 352 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Januar 1865.

Vollz. Teilreinschriften, Bd. 77, Bl. 7–26; MF 448.

Anwesend [U]<sup>1</sup>: Bodelschwingh [V], Mühler, zur Lippe. — Prot.: [Costenoble ?].

Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Wangenheim [U].

20 Disziplinarsachen. [B]

<sup>1</sup> Gelesen [U]: Bismarck, Roon, Itzenplitz, Selchow, Eulenburg.

## Nr. 353 Sitzung des Staatsministeriums am 30. Januar 1865.

Reinschr., Bd. 77, Bl. 27–28; MF 448.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: R. de la Croix [zu 1–2], Wollny [zu 2].

1.–2. *Provinz Posen. Schließung einer Schule wegen der nationalpolnischen, antipreußischen Tendenzen des Vorstehers um ein Jahr verschoben.* [B] – Errichtung eines neuen katholischen Schul-

lehrer-Seminars zu Exin. [B] — **3. Heeresreform.** Entwurf<sup>1</sup> der Novelle zum Kriegsdienst-Gesetz von 1814 in der Hauptsache *angenommen, der ohne schriftliche Motive dem Landtage vorgelegt werden soll. Keine Aufnahme einer Bestimmung über die Größe des jährlich zum Dienst im stehenden Heere einzuziehenden Kontingents.* [B] — **4. Erklärung<sup>2</sup> im AH zum Gesetzentwurf betr. Prisen-Ordnung.** [B] — **5. Mitteilung an die Budgetkommission des AH** über die für den dänischen Krieg aus dem Staatsschatz entnommene Summe. [B]

<sup>1</sup> Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 5, n.f.; vgl. *StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 42; ferner Roons Rede bei Einbringung des Gesetzentwurfs, Verhandlungen v. 8.2.1865, S. 95–97. Die Motive des Gesetzentwurfs auszugsweise auch in: Die innere Politik der Preußischen Regierung 1862–66, Dok. 112, S. 365–371.*

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1865, Verhandlungen v. 31.1.1865, S. 84–88; dazu Drucks. Nr. 26 (Interpellation Rönne).* Vgl. auch Rep. 89, Nr. 27750.

### Nr. 354 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Februar 1865.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1–2], Bd. 77, Bl. 29–37; MF 448.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. de la Croix, H. Frh. v. Lentz [beide zu 3], H. v. Schelling [zu 1], H. Frh. v. Wangenheim [zu 2, U].*

**1. Pensionssache.** [B] — **2. Sieben Disziplinarsachen.** [B] — **3. Polenpolitik und Klöster in Westpreußen.** *Dilatorische Behandlung der Sache wegen Evakuierung der Klostergebäude von Franziskanern in Neustadt.* [B] — **4. Keine Aufhebung der Wuchergesetze.**<sup>1</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 63, S. 4–9; Verhandlungen v. 27.2.1865, S. 302–314.*

### Nr. 355 Sitzung des Staatsministeriums am 10. Februar 1865.

*Reinschr., Bd. 77, Bl. 38; MF 448.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Heise [zu 2], Herzog [zu 1], O. Hoffmann [zu 2].*

**1. Koalitionsfrage.** Erklärung<sup>1</sup> im AH zum Antrag auf Aufhebung der §§ 181 u. 182 der Gewerbeordnung von 1845 bzw. *Aufhebung des Koalitions-Verbots; zuvor Bildung einer Sachverständigen-Kommission. Zugleich Beratung über Produktiv-Assoziationen der Arbeiter durch Staats-Unter-*

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 25 (Antrag Schulze-Delitzsch u.a. v. 23.1.1865); Verhandlungen v. 11., 14. u. 15.2.1865, S. 119–145 (Erklärung des Handelsministers Itzenplitz v. 11.2. S. 120 f.), S. 148–175 und 178–202 (Antrag in veränderter Fassung angenommen und als Gesetzentwurf an das HH überwiesen). Vgl. auch die Verfügung des Handelsministers v. 4.3.1865 in: MinBl. innere Verwaltung, S. 54 f. Vgl. dazu Volkmann, Heinrich, *Die Arbeiterfrage im preußischen Abgeordnetenhaus 1848–1869, Berlin 1968, S. 142–177, bes. S. 165 ff. Protokoll-Auszug und Erklärung des Handelsministers im AH auch in: Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik, I. Abt., Bd. 1: Grundfragen staatlicher Sozialpolitik. Die Diskussion der Arbeiterfrage, Dok. 39 und 40, S. 106–108.**

stützungen. [B] — 2. Mehrheit für Fortführung der Hinterpommerschen Eisenbahn von Köslin bis Stolp. [B]

### Nr. 356 Sitzung des Staatsministeriums am 27. Februar 1865.

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 77, Bl. 39–42; MF 448/449. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 151, I C Nr. 4970, Bl. 92–95.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Zitelmann [U].*

*Weitere Teilnehmer: A. v. Rieben, Wollny.*

*Ausbau der Marine. Der Flottengründungsplan<sup>1</sup> ergibt sich nach Roon aus dem Status der Machtstellung und der geographischen Lage Preußens; Ziel ist es, eine den skandinavischen Mächten ebenbürtige und ihnen überlegene Marine zu schaffen. Die zugrunde gelegte 12-jährige Periode kann je nach Finanzlage gestreckt werden. — Bodelschwingh<sup>2</sup> hält den Plan für finanziell unausführbar. [...] Neben der bestehenden Landarmee ist es unmöglich, eine so große Flotte zu halten. Die Opposition im AH wird den Plan zum Anlaß nehmen, den Etat der Landarmee zu Gunsten der Flotte zu verkürzen. — Bismarck bezeichnet den Plan als das Ideal dessen, was Preußen [...] anzustreben hat, und der nach Maßgabe der finanziellen Mittel auszuführen ist. Der Plan soll aber nicht als Gesetzesvorlage an den LT gehen, sondern als Motiv dienen, um das jetzt zu fordernde Extraordinarium zu beantragen. — Einigung unter anderem darüber, nach dieser Session bei dem LT eine entsprechende Anleihe einzubringen.<sup>3</sup> [B]*

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90a, Y II 2b Nr. 1 Bd. 3, Bl. 177–201v; auch Rep. 89, Nr. 32224/1. Ferner: Die innere Politik der Preußischen Regierung 1862–1866, Dok. 128, S. 455–464.

<sup>2</sup> Vgl. auch sein Votum v. 20.2.1865 in: Rep. 90a, Y II 2b Nr. 1 Bd. 3, Bl. 240–243v. Vgl. ferner Rep. 151, I C Nr. 4970.

<sup>3</sup> Vgl. Immediatbericht v. 26.3.1865, sowie den Gesetzentwurf betr. außerordentl. Geldbedarf der Marine-Verwaltung in: Rep. 90a, Y II 2b Nr. 1 Bd. 3, Bl. 247–292; dazu auch Rep. 151, I C Nr. 4970, Bl. 97–145. Vgl. auch Roons Rede bei Einbringung des Gesetzentwurfs in: StenBerAH, Session 1865, Verhandlungen v. 5.4.1865, S. 961 f.; ferner Drucks. Nr. 136 (Gesetzentwurf) und 211 (Kommissionsbericht). Vgl. auch Brysch, Marinepolitik im preußischen Abgeordnetenhaus, S. 165–170, bes. S. 168 f.

### Nr. 357 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 25. März 1865.

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 262; MF KR 18.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Bismarck [U], Bodelschwingh [U], Roon [U], Itzenplitz [U], Mühler [U], zur Lippe [U], Selchow [U], Eulenburg [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Königliche Begnadigung oder Vollstreckung bei Todesurteilen in vier Fällen.*

### Nr. 358 Sitzung des Staatsministeriums am 3. April 1865.

*Reinschr., Bd. 77, Bl. 43–44v; MF 449.*

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow [zu 2–6], Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: M. Pinder [zu 1].

**1.** Siegesdenkmal des Krieges von 1864 in Berlin. Unterstützung für den Entwurf des Bildhauers F. Drake; als Standort den Königsplatz empfohlen.<sup>1</sup> [B] — **2.** Etat 1865. Stellungnahme zu den Beratungen des AH über den Gesetzentwurf des Staatshaushalts.<sup>2</sup> [B] — **3.** Anträge betr. eine auf Aktien-Basis zu errichtende landwirtschaftliche Bank. [B] — **4.** Kosten und Finanzierung des Krieges 1864. Erstellung einer Denkschrift und LT-Vorlage.<sup>3</sup> [B] — **5.** Zwei Ernennungen. [B] — **6.** Übersetzung der Gesetzsammlung ins Polnische. Personalie.<sup>4</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 93, B Nr. 2367, Bl. 1 ff.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 151, I A Nr. 653, n.f. (Schreiben des AH-Präsidenten Grabow v. 27.3.1865 u.a.); ferner StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 80 (Kommissionsbericht) sowie Verhandlungen v. 14., 15. u. 23.3.1865, S. 471–517 und 674 f.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 11, Bl. 63–84v.

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 145, n.f. Vorlage war ein Promemoria Flenders v. 1.4.1865 über unzuverlässige Übersetzungen; der Beschluß ebd.

### Nr. 359 Sitzung des Staatsministeriums am 7. April 1865.

Reinschr., Bd. 77, Bl. 45–45v; MF 449.

Anwesend: Bismarck [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: R. Phillipsborn.

Telegraphie-Kongreß in Paris. Instruktionen für eine internationale Konvention zur Beförderung chiffrierter Privatdepeschen.<sup>1</sup> [B]

<sup>1</sup> Vgl. III. HA MAA, II Nr. 8119.

### Nr. 360 Sitzung des Staatsministeriums am 11. April 1865.

Reinschr., Bd. 77, Bl. 46–47v; MF 449.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Burghart [zu 1], B. Gf. zu Eulenburg [zu 3], O. Hoffmann [zu 2].

**1.** Grundsteuern. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. die Regulierung der direkten Besteuerung im Fürstentum Hohenzollern-Hechingen. Klärung der Entschädigungsfrage für K. A. Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen erforderlich. [B] — **2.** Meinungsverschiedenheit über Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Bewilligung einer Zins-Garantie für den Eisenbahnbau von Köslin nach Stolp beigelegt. [B] — **3.** Herren-

<sup>1</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1866, Drucks. Nr. 82.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 193.

haus-Mitgliedschaft. Revision der Verordnung v. 5.11.1861 betr. Präsentationsberechtigungen des alten und des befestigten Grundbesitzes wird im Allgemeinen genehmigt; Herabsetzung der Besitzzeit auf 30 Jahre.<sup>3</sup> [B] — 4. Drei Ernennungen. [B]

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90a, A VIII 1c Nr. 10, n.f.; zur Ausführung Rep. 77, Tit. 496b Nr. 26 Bd. 1. Die Mindest-Besitzzeit wurde letztlich auf 50 Jahre festgelegt; vgl. VO v. 10.11.1865 in: GS, S. 1077. Zum Kontext Spenkuch, Das Preußische Herrenhaus, S. 84–86.

## Nr. 361 Sitzung des Staatsministeriums am 24. April 1865.

Reinschr., Bd. 77, Bl. 48–50v; MF 449.

Anwesend: Bismarck [V zu 3], Bodelschwingh [V zu 1–2], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Herzog [zu 1–2].

1. Staatliche Aufsicht über Hypothekenbanken. Ressortzuständigkeit zugunsten des Handelsministeriums mehrheitlich entschieden. [B] — 2. Notenbanken. Keine Erteilung eines Bankzettel-Privilegiums für Ober-Lausitz. [B] — 3. Siegesdenkmäler des Krieges 1864. Kosten für die Grundsteinlegung sollen durch Extraordinarium der General-Staats-Kasse und für die Denkmäler durch den Kronfideikommiß-Fonds bestritten werden; jedenfalls keine Vorlage an den LT, da mit Ablehnung durch das AH zu rechnen ist. [B]

## Nr. 362 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Mai 1865.

Reinschr., Bd. 77, Bl. 51–53; MF 449.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].

Weitere Teilnehmer: Moelle [zu 1–2], Jacobs, Sixtus [beide zu 1].

1. Kosten und Finanzierung des Krieges 1864. Details zur Erstellung einer Denkschrift und LT-Vorlage.<sup>1</sup> [B] — 2. Versorgung der Militär-Invaliden. AH-Amendement<sup>2</sup> zum Gesetzentwurf<sup>3</sup> würde nicht tragbare finanzielle Mehrbelastung verursachen; Erklärung im HH<sup>4</sup> dazu. [B] — 3. Heeresreform. AH-Amendement<sup>5</sup> zur Novelle zum Kriegsdienst-Gesetz von 1814; vertagt.

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 11, Bl. 79–155 (inkl. Immediatbericht v. 6.5.1865 u. Entwurf der Denkschrift); ferner StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 179.

<sup>2</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 153/V; dazu Verhandlungen v. 26.4.1865, S. 1175–1181. Ferner Schreiben des AH-Präsidenten Grabow v. 14.6.1865 in: Rep. 90a, Y V 2e Nr. 1, n.f.; vgl. auch ebd., Y V 2f Nr. 2, n.f.; ferner Gesetz v. 6.7.1865 in: GS, S. 777.

<sup>3</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 44.

<sup>4</sup> Vgl. StenBerHH, Session 1865, Verhandlungen v. 10.6.1865, S. 257.

<sup>5</sup> Vgl. StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 154.

**Nr. 363 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 3. Mai 1865.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. III, Bl. 263–265v; MF KR 18. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 5, n.f.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Bismarck [U], Bodelschwingh [U], Roon [U], Itzenplitz [U], Mühler [U], zur Lippe [U], Selchow [U], Eulenburg [U]. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: G. v. Alvensleben, E. Frh. v. Manteuffel.*

*Heeresreform und Verfassungskonflikt; Stellung zum AH-Amendement<sup>1</sup> G. v. Bonins betr. Novelle<sup>2</sup> des Kriegsdienst-Gesetzes 1814. Plädoyer Bismarcks im Namen des Staatsministeriums, mit Ausnahme Bodelschwinghs, daß es für die Regierung empfehlenswert ist, durch Anerkennung der in dem Abänderungs-Vorschläge liegenden Verständigungs-Elemente ihre Geneigtheit zur Lösung des bestehenden Konflikts zu dokumentieren und dadurch einen für die künftigen Neuwahlen vorteilhafteren Eindruck im Lande hervorzubringen. Dies ist mehr eine Frage der parlamentarischen Taktik, denn das Amendement ist größtenteils [...] unannehmbar. Insbesondere das vorgeschlagene Prinzip der Kontingentierung der Friedensstärke der Armee nach der Bevölkerungszahl ist bedenkenswert. Nachdem Wilhelm I. erklärt hat, daß das Amendement letztlich zur Umwerfung der Reorganisation der Armee führt, stimmt die Mehrheit der Minister Bismarcks Vorschlag zu, sich über die Kontingentierungsfrage in einer mehr negativen als positiven Weise zu äußern, indes die Geneigtheit der Regierung zum Eingehen auf das Prinzip der Kontingentierung durchblicken zu lassen. Wilhelm I. erkennt darin eine Beschränkung der jetzt bestehenden königlichen Machtvollkommenheit, verlangt Vorlage einer schriftlichen Erklärung und behält sich Entscheidung vor.<sup>3</sup>*

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 154. Dazu Verhandlungen v. 28.4.–5.5.1865, S. 1196–1357. Der Gesetzentwurf wurde am 5.5. vom AH abgelehnt, wie es im Kommissionsbericht v. 6.4. bereits empfohlen worden war (Drucks. Nr. 135).*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1865, Drucks. Nr. 42 (Gesetzentwurf) und Drucks. Nr. 135 (AH-Kommissionsbericht).*

<sup>3</sup> *Vgl. weiter Wilhelms I. Schreiben v. 3. u. 4.5. im Anschluß an diese KR-Sitzung an Roon in: Roon, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 331 f.; auch in: Berner (Hrsg.), Kaiser Wilhelms d. Gr. Briefe, Bd. 2, Dok. 365, S. 106–108. Vgl. weiter die AH-Verhandlungen v. 4. u. 5.5.1865, S. 1296–1357, in denen es zum Eklat zwischen Roon und R. Gneist kam und die Novelle schließlich vom AH abgelehnt wurde (StenBerAH, Session 1865, Verhandlungen v. 7.6., S. 1928–1944). Vgl. dazu auch Kriegsminister v. Roon als Redner, Bd. 2, S. 309–325; ferner Dehio, Bismarck und die Heeresvorlagen, S. 45.*

**Nr. 364 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Mai 1865.**

*Reinschr., Bd. 77, Bl. 54–55v; MF 449.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: R. de la Croix [zu 3], MacLean, Moelle [beide zu 1], Wever, W. Wohlers [beide zu 2–3].*

- 1. Beamten-Besoldung.** *Besoldungserhöhung für Ministerial-Subaltern-Beamte ab 1866. [B] —*
- 2. Beamten-Pensionen.** *Frage mehrheitlich bejaht, ob der 1861 vom LT angenommene Ge-*



setzentwurf<sup>1</sup> betr. Pensionsberechtigung der Kommunal- und Forstbeamten in der Rheinprovinz nachträglich noch die königliche Sanktion erhalten soll und dann zu publizieren ist.<sup>2</sup> [B] — **3. Ressort-Zuständigkeiten. Gemeinsame Beteiligung des Kultus- und Justizministeriums bei Immediat-Anträgen auf Verleihung des Rechts einer juristischen Person an Anstalten oder Gesellschaften.**<sup>3</sup> [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1861, Drucks. Nr. 83; Verhandlungen v. 6.4.1861, S. 650.*

<sup>2</sup> Vgl. *das Gesetz v. 11.9.1865 in: GS, S. 989.*

<sup>3</sup> Vgl. *Rep. 90, Nr. 2281, Bl. 6–64 (u.a. Immediatbericht v. 8.7.1865).*

### **Nr. 365 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Mai 1865.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1], Bd. 77, Bl. 56–84; MF 449.*

*Anwesend: Bodelschwingh [V zu 2], Itzenplitz [V zu 1], Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: G. Homeyer, H. Frh. v. Wangenheim [beide zu 1 teilw., U], C. W. E. Wolf [zu 2].*

**1. 28 Disziplinarsachen.** [B] – Gemäß Disziplinalgesetz v. 21.7.1852<sup>1</sup> gibt generell in Disziplinar-Untersuchungen wider nichtrichterliche Beamte bei Stimmengleichheit das Votum des Vorsitzenden [...] den Ausschlag.<sup>2</sup> [B] — **2. Eisenbahnbau.** Bedenken zur Lippes zurückgewiesen betr. Prioritäts-Anleihe zum Bau der Eisenbahnstrecke von Pasewalk nach der Mecklenburgischen Grenze. [B]

---

<sup>1</sup> GS, S. 465.

<sup>2</sup> Vgl. *auch den Zirkular-Erlaß an die Provinzialregierungen v. 28.7.1865 in: MinBl. innere Verwaltung, S. 177.*

### **Nr. 366 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 29. Mai 1865.**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 267–271; MF KR 18. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 10 Bd. 1, Bl. 115–121v; Druck: Clark, Chester W., Franz Joseph and Bismarck. *The Diplomacy of Austria before the War of 1866*, Cambridge 1934, S. 542–547; Teildruck: APP, Bd. 6, Dok. 100, S. 174–179.<sup>1</sup>*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Bismarck [U], Bodelschwingh [U], Roon [U], Itzenplitz [U], Mühler [U], zur Lippe [U], Selchow [U], Eulenburg [U]. — Prot.: [Costenoble].*

---

<sup>1</sup> *Sinngemäße Wiedergabe wichtiger Passagen des KR-Prot. vom Hrsg. Fr. Thimme in: Bismarck, GW, Bd. 5, S. 189 f.; ähnlich Fenske (Hrsg.), Der Weg zur Reichsgründung, Dok. 84, S. 300–303; ferner Meyer, Arnold O., Der preußische Kronrat vom 29. Mai 1865, in: Gesamtdeutsche Vergangenheit. Festgabe für H. Ritter von Srbik, München 1938, S. 308–318, bes. S. 313 f.*

Weitere Teilnehmer: G. v. Alvensleben, E. Frh. v. Manteuffel, H. v. Moltke.<sup>2</sup>

*Schleswig-Holstein-Frage und Verhältnis zu Österreich. Wunsch Wilhelms I. zur Entscheidungsfindung über die Frage, was Preußen für die Zukunft der Herzogtümer verlangen soll, ob Annexion<sup>3</sup> oder nur Bewilligung der bisher gestellten [...] Forderungen an Österreich<sup>4</sup> und ob zur Durchführung des einen oder des anderen auch die Gefahr eines Krieges nicht gescheut werden soll? – Plädoyer Bismarcks, zunächst Preußens Minimalbedingungen durchzusetzen und erst, wenn dieser Versuch gänzlich scheitern sollte, ein höheres Ziel ins Auge zu fassen. Skizze Bismarcks für eine dreifache Art der Ausführung der Annexion, worauf es früher oder später hinauslaufen wird. Auch die öffentliche Meinung fordert die Annexion, selbst auf die Gefahr eines Krieges im großen Stil. Deshalb sein Rat, jetzt von weiteren Verhandlungen Abstand zu nehmen, vorläufig von ferneren Versuchen der Verständigung mit Österreich abzulassen und die weitere Entwicklung der Ereignisse stillschweigend abzuwarten. Sollte dieselbe zu einem Kriege mit Österreich führen, so wird dann als Preis [...] nicht bloß die Einverleibung von Schleswig und Holstein in die Preußische Monarchie, sondern die Herbeiführung eines staatsrechtlichen Verhältnisses der deutschen Mittel- und Kleinstaaten zu Preußen [...] ins Auge zu fassen sein.<sup>5</sup> – Die übrigen Minister stimmen dem zu mit Ausnahme Itzenplitz', der für eine umgehende Annexion und Bruch mit Österreich plädiert. – Der Kronprinz spricht sich entschieden gegen die Annexion und für den Versuch aus, die [...] Minimalbedingungen zu erlangen. Nur so kann Preußen die Führung Deutschlands in die Hände bekommen, keineswegs aber durch Krieg mit Österreich und mit den süddeutschen Staaten im Charakter eines deutschen Bürgerkrieges.<sup>6</sup> – Moltke äußert die Meinung der Armee, daß die volle Annexion der Herzogtümer das beste Mittel sein wird, alle berechtigten Interessen zu befriedigen und daß zur Erreichung dieses Zieles Preußen auch einen Krieg gegen Österreich nicht zu scheuen hat.<sup>7</sup> – Wilhelm I. behält sich eine Entscheidung vor.<sup>8</sup>*

<sup>2</sup> Die Teilnahme von Moltke u. Alvensleben hatte Manteuffel im Schreiben v. 28.5. an Wilhelm I. empfohlen; gedr. in: Stadelmann, Rudolf, *Das Jahr 1865 und das Problem von Bismarcks deutscher Politik*, München, Berlin 1933, Anlage Dok. 1, S. 79–82, hier S. 82.

<sup>3</sup> Hierzu hatte Wilhelm I. bereits deutliche Worte gefunden in seinem Brief an den Ghzg. von Sachsen-Weimar v. 27.3.1865 in: Schultze (Bearb.), *Kaiser Wilhelms I. Weimarer Briefe*, Bd. 2, Dok 327, S. 60–62.

<sup>4</sup> Vgl. Bismarcks Erlaß an den Gesandten in Wien v. 22.2.1865 in: APP, Bd. 5, Dok. 471, S. 687–696; ferner Bismarck, GW, Bd. 5, Dok. 62, S. 96–103. Dazu Becker, *Bismarcks Ringen*, S. 114.

<sup>5</sup> Auszüge auch in: Poschinger, Heinrich v. (Hrsg.), *Die Ansprachen des Fürsten Bismarck 1848–1894*, Stuttgart etc. 1895, S. 6. Vgl. auch Bismarcks Rede im AH am 1.6.1865 in: Bismarck, GW, Bd. 10, Dok. 61, S. 235–241.

<sup>6</sup> Vgl. auch Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 391.; ferner M. v. Poschinger, *Kaiser Friedrich*, Bd. 2, S. 140.

<sup>7</sup> Vgl. auch Moltkes Denkschrift vom März 1865 über die augenblickliche Kriegsfähigkeit Österreichs in: III. HA MAA, I Nr. 6106, Bl. 93–96v; gedr. in: Moltkes Militärische Werke, Abt. I: Militärische Korrespondenz, 2. Teil: Aus den Dienstschriften des Krieges 1866, Berlin 1896, Dok. 4, S. 25–29; dazu und zu Moltkes Haltung in der Annexionsfrage vgl. Kessel, Moltke, S. 435 f.

<sup>8</sup> Manteuffel hatte in seinem Schreiben an Wilhelm I. v. 28.5.1865 empfohlen, daß der König in der KR-Sitzung seine Meinung zu dem Problem nicht äußern und lediglich die Ansichten der Minister hören sollte. Er begründete dies 1. mit der Geheimhaltung in dieser brisanten Frage, 2. zur Vermeidung von Mißverständnissen und 3. mit dem Hinweis, daß der Monarch die Verantwortlichkeit bei derartigen politischen Entscheidungen allein trage; Wilhelm I. könne sich allerdings nach dem Kronrat noch mit Bismarck und mit ihm beraten. Vgl. den Abdruck des Schreibens in: Stadelmann, *Das Jahr 1865*, S. 81 f. – Zu dieser KR-Sitzung vgl. auch Steefel, *The Schleswig-Holstein Question*, S. 260; Srbik, *Deutsche Einheit*, Bd. 4, S. 237 ff., bes. S. 251–254; Becker, *Bismarcks Ringen*, S. 115–117; Böhme, *Deutschlands Weg zur Großmacht*, S. 183 f.; Gall, *Bismarck*, S. 326–331.

## Nr. 367 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 19. Juni 1865.

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. III, Bl. 272–275; MF KR 19. — Teildruck: Stern, Geschichte Europas von 1848 bis 1871, Bd. 9, Anh. S. 586 f.*

Anwesend [U]: Wilhelm I. [V], Bismarck, Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Costenoble.

Weitere Teilnehmer: F. v. Mühler.

**1. Königliche Begnadigung oder Vollstreckung bei einem Todesurteil. — 2. Verfassungskonflikt, Stellung der Staats-Regierung gegenüber dem Abgeordnetenhaus und seinen letzten feindseligen Beschlüssen<sup>1</sup>.** *Wilhelms I. Geneigtheit, das bisherige AH im Winter 1865/66 noch einmal zu berufen und nach kurzer Zeit wieder zu schließen, wenn es auf seiner oppositionellen Haltung beharrt. Möglichst keine Königliche Ansprache bei Neuwahlen. — Roons Plädoyer für Auflösung des AH im nächsten Herbst, da Widerwärtigkeit einer erneuerten Verhandlung mit dem bisherigem AH für die Autorität der Regierung und des Königs herabwürdigend ist. Er wünscht sich ein Königliches Manifest auf Herbeiführung besserer Wahlen. Sollten die AH-Wahlen zu keinem besseren Ergebnis führen, so ist dies ein Beweis der Fehlerhaftigkeit des bisherigen Wahl-Apparats und der Notwendigkeit einer Änderung des Wahlgesetzes. — Mehrere andere Minister schließen sich Roons Ansicht an. — Eulenburg spricht sich für die Beibehaltung des 1864 verabredeten Operations-Plan[s] aus. Erneute Berufung des jetzigen AH im Winter 1865/66 und Schließung nach möglichst kurzer Zeit; Neuwahlen im Herbst 1866. Ein befriedigender Erfolg ist vom gegenwärtigen Wahlsystem wohl nicht [zu] erwarten; einziger Ausweg bildet die Einführung des allgemeinen Stimmrechts, was aber eine bedenkliche Maßregel ist. — Bismarck schließt sich Eulenburg an und ergänzt: Mit der bestehenden Verfassung ist auf die Dauer nicht zu regieren und eine tief eingreifende Änderung derselben nicht zu vermeiden [...]; der Schlag, der notwendig früher oder später geführt werden muß, soll aber nicht schon im Winter 1865/66, sondern erst 1866/67 erfolgen. Bis dahin wird die Regierung sich nicht passiv verhalten dürfen, vielmehr aggressiv vorgehen müssen; u.a. durch gerichtliche Verfolgung von Abgeordneten, die durch Artikel 84 der Verfassung nicht gedeckte Handlungen bzw. Äußerungen getan haben; durch Oktroyierung des Militärgesetzes, durch Absetzung von Beamten, durch Publikation des Budgets etc. Im übrigen weist Bismarck auf die Chancen hin, die sich aus einer Komplikation der auswärtigen Verhältnisse ergeben könnten. — Wilhelm I. unterstützt Bismarcks Ansichten lebhaft<sup>2</sup> und behält sich Entscheidung vor.*

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1865, Verhandlungen v. 5.5.1865, S. 1323–1357 (Ablehnung des Gesetzentwurfs betr. Novel-lierung des Kriegsdienstpflicht-Gesetzes 1814); ferner Verhandlungen v. 2.6.1865, S. 1864–1903 (Ablehnung des Gesetzentwurfs betr. den außerordentlichen Geldbedarf der Marine-Verwaltung; dazu Schreiben des AH-Präsidenten Grabow an das Staatsministerium v. 2.6. in: Rep. 90a, Y II 2b Nr. 1 Bd. 3, Bl. 294); weiterhin Verhandlungen v. 12.6.1865, S. 2052–2069 (Debatte über Schlußbericht der AH-Budgetkommission zum Etatentwurf 1865 [Drucks. Nr. 244] mit Ablehnung der Regierungs-Vorlage und Annahme eines reduzierten Etats-Entwurfs). Daraufhin ließen Wilhelm I. und Bismarck den Landtag zum 17.6.1865 schließen; vgl. AH-Drucks. Nr. 260. — Zu den Vorgängen vgl. auch Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd. 3, S. 325–327.*

<sup>2</sup> *So die eigenhändige Einfügung Wilhelms I. am Rande (Bl. 275).*

## Nr. 368 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Juni 1865.

*Reinschr., Bd. 77, Bl. 85–86v; MF 449/450. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 245–248.*

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Moelle.

*Budgetrecht und Staatshaushalt 1865. Verständigung über Grundsätze des Ausgaben-Verfahrens für den Fall, daß kein Etat-Gesetz zustande kommen sollte.*<sup>1</sup> Zustimmung zu einigen vom AH gestrichenen Ausgabe-Positionen des Etats, während an anderen festgehalten werden soll, unter anderem an den Kosten der Reorganisation der Armee. Der so von Wilhelm I. genehmigte Etatentwurf<sup>2</sup> wird nur die Bedeutung einer Norm für die Verwaltung, nicht aber die Bedeutung eines Gesetzes haben. [B] – Zahlbarmachung der 4,25 Mio. Tlr. zur Verstärkung der artilleristischen und fortifikatorischen Ausrüstung gemäß der vom AH abgelehnten Vorlage<sup>3</sup> über außerordentliche Kosten des Krieges gegen Dänemark 1864. [B]

<sup>1</sup> Die Etat-Vorlage des Staatsministeriums für 1865 war im AH abgelehnt, statt dessen ein reduzierter Etat-Entwurf an das HH überwiesen worden; vgl. *StenBerAH, Session 1865, Verhandlungen v. 12.6.1865, S. 2052–2069; StenBerHH, Session 1865, Drucks. Nr. 120. Das HH lehnte den Etat-Entwurf 1865 ab mit dem gleichzeitigen Beschluß, die zur heilsamen und Preußens Aufgabe entsprechenden Fortführung der Staatsverwaltung erforderlichen Ausgaben als Verwaltungsnorm festzustellen [...]. Vgl. Rep. 90, Nr. 1378, Bl. 114–122v.*

<sup>2</sup> *Vgl. Immediatbericht v. 4.7. mit KO v. 5.7.1865 in: Rep. 151, I A Nr. 653, n.f., teilw. auch in: Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 251–285v; veröffentlicht in: Staats-Anzeiger, Nr. 167 v. 19.7.1865.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1865, Verhandlungen v. 13.6.1865, S. 2097–2139; ferner Schreiben des AH-Präsidenten Grabow v. 13.6. in: Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 11 Bd. 1, Bl. 182–182v.*

### Nr. 369 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Juni 1865.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [2–3], Bd. 77, Bl. 87–91v; MF 450.*

*Anwesend: Bodelschwingh [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Costenoble [zu 1], G. Homeyer [zu 2], Jacobs, Henk [beide zu 5], H. v. Schelling [zu 2, U], H. Frh. v. Wangenheim [zu 3, U], W. Wohlers, Linhoff, C. D. F. Müller [alle zu 6].*

**1.** *Verwaltungs- und Kassen-Defekte. Rekurs im Bereich des Außenministeriums zurückgewiesen. [B] — 2.–3. Pensionssache und zwei Disziplinarsachen. – Generelles zur Pensionsregelung bei Dienstentlassung. [B] — 4. Gründung landwirtschaftlicher Banken. Ablehnung des Namens Preußische Agrikultur AG. [B] — 5. Marine. Entwurf<sup>1</sup> der über die Aufnahme und Verpflegung von Passagieren auf Kriegsschiffen zu erlassenden Bestimmungen wird mit Modifikationen genehmigt. [B] — 6. Klöster. Beschwerde eines Alexianer Klosters über die Rechnungslegung wird abgewiesen. [B] — 7. Ernennung. [B]*

<sup>1</sup> *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

### Nr. 370 Sitzung des Staatsministeriums am 19. September 1865.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1], Bd. 77, Bl. 92–113; MF 450.*

*Anwesend: Bodelschwingh [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Homeyer [U].*

*Weitere Teilnehmer: G. Homeyer, G. Meyer, H. Frh. v. Wangenheim [alle zu 1, U].*

1. 21 Disziplinarsachen.<sup>1</sup> [B] — 2. Ernennung und Versetzung in den Ruhestand. [B]

<sup>1</sup> Vgl. auch Rep. 90, Annex F Nr. 1659 (Leopold) und Nr. 2145 (Pechau).

### Nr. 371 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Oktober 1865.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1], Bd. 77, Bl. 114–116; MF 450.

Anwesend: Bodelschwingh [V], Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Bitter, B. Gf. zu Eulenburg [beide zu 2], H. v. Schelling [zu 1].

1. Zwei Pensionssachen. [B] — 2. Grundsteuer-Regulierungskosten. Meinungsverschiedenheit zwischen Finanz- und Justizminister über Maßnahmen zur Wiedereinziehung der aus der Staatskasse vorgeschossenen Regulierungskosten gemäß Grundsteuer-Gesetz v. 21.5.1861. Da alle Provinzen an der Aufbringung dieser Kosten beteiligt sind, wird zuvor Einberufung der Provinzialstände verlangt.<sup>1</sup> [B] — 3. Ordenssachen zur bevorstehenden Jubelfeier des Königs in der Provinz Westfalen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. hierzu Rep. 90a, F III 2 Nr. 2 Bd. 1, n.f. (Denkschrift des Finanzministers; Immediatbericht v. 10.10. und KO v. 21.10.1865 zur Einberufung der Provinzialstände; etc.).

### Nr. 372 Sitzung des Staatsministeriums am 22. Dezember 1865.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 77, Bl. 117–120; MF 450.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Costenoble [zu 4], Frh. v. Schleinitz [zu 3], F. H. Sydow [zu 2], Wollny [zu 2–3].

1. Lehrer-Pensionen. Entwurf eines Pensions-Gesetzes für die Lehrer der öffentlichen Volksschulen wird bis Vorlage des Entwurfs eines Dotations-Gesetzes [...] ausgesetzt. [B] — 2. Gerichtsgelühren. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Ermäßigung und Aufhebung des Gerichtskosten-Zuschlages wird prinzipiell angenommen, ist aber noch zu überarbeiten. [B] — 3. Marine. Detail-Bestimmung zum Entwurf über Aufnahme und Verpflegung der Passagiere auf Kriegsschiffen angenommen. [B] — 4. Mängel der gelieferten Übersetzung der Gesetzsammlung ins Polnische.<sup>2</sup> [B] — 5.–7. Acht Ernennungen. [B] — 8. Ressort-Gliederung. Majorität für Beibehaltung einer besonderen Ministerial-Abteilung für die katholischen Kirchen-Angelegenheiten im Kultusministerium. [B]

<sup>1</sup> Rep. 90a, X VII Nr. 1 Bd. 4, n.f. (dazu Voten u. Immediatbericht v. 17.1.1866); vgl. StenBerAH, Session 1866, Drucks. Nr. 38. Vgl. Gesetz v. 22.12.1866 in: GS, S. 811.

<sup>2</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 145, n.f. (Korrespondenz mit Oberpräsidenten von Posen; Voten etc.).

### Nr. 373 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Dezember 1865.

*Reinschr. mit vollz. Reinschriften [1], Bd. 77, Bl. 121–121v und 123–131; MF 450.*

*Anwesend: Bismarck [V zu 2–3], Bodelschwingh [V zu 1], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg [beide zu 2–3]. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: G. Homeyer, G. Meyer, H. v. Schelling, Schuhmann [alle zu 1, U].*

**1. Zwei Pensions- und sieben Disziplinarsachen.** [B] — **2. Im Landtag 1866 einzubringende Vorlagen.** Im Allgemeinen sind möglichst wenig und namentlich nicht solche Sachen vorzulegen, welche dazu geeignet sind, das Abgeordnetenhaus zu prinzipiellen Deklamationen gegen das System der Regierung und zu Kundgebungen seiner Bereitwilligkeit zu veranlassen, für gewisse gemeinnützige Zwecke [...] mehr zu bewilligen, als dafür von der Regierung verlangt wird. Insbesondere kein Gesetzentwurf mehr betr. Reorganisation der Armee.<sup>1</sup> [B] — **3. Ernennung.** [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90a, A IX 2 Nr. 2 Bd. 1.

### Nr. 374 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Dezember 1865.

*Reinschr., Bd. 77, Bl. 122; MF 450.*

*Anwesend: Bismarck [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

**1. Ernennung.** [B] — **2. Herrenhaus-Mitgliedschaft.** Gesuch des L. Gf. Henckel von Donnersmarck um Ernennung zum Mitglied des HH abgelehnt. [B] — **3. Ordenssachen.** [B] – In Zukunft auch Verleihungen an Subalternbeamte ohne Rats-Charakter. [B]

### Nr. 375 Sitzung des Staatsministeriums am 1. Januar 1866.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 78, Bl. 1d–5v; MF 451.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: H. v. Dechend [zu 1].*

**1. Preußische Bank.** Novellierung<sup>1</sup> der Bankordnung v. 5.10.1846<sup>2</sup> mit dem Ziel, weitere Filialen in anderen deutschen Staaten zu gründen sowie das Stammkapital zu erhöhen. [B] — **2. Ordenssachen.** [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90a, D III 4b Nr. 1 Bd. 2, n.f. (Gesetzentwürfe, Voten u. Immediatbericht des Staatsministeriums v. 3.2.1866). Vgl. auch StenBerAH, Session 1866, Drucks. Nr. 49 (wegen vorzeitiger Schließung des AH bzw. LT nicht behandelt). Bereits im Frühjahr 1865 war ein entsprechender Gesetzentwurf im AH abgelehnt worden. Vgl. ferner Poschinger, H[einrich] v., Bankwesen und Bankpolitik in Preußen, Bd. 3, Berlin 1879 (ND: 1971), S. 31–41.

<sup>2</sup> GS, S. 435.

**Nr. 376 Sitzung des Staatsministeriums am 11. Januar 1866.**

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 6–6v; MF 451.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: H. A. v. Glisczinski, MacLean [beide zu 1].*

1. Versorgung der Militärpersonen im Zivildienst. *Entwurf<sup>1</sup> eines Reglements angenommen.* [B] —
2. *Titelverleihung und zwei Ernennungen.* [B] —
3. *Übersetzung der Gesetz-Sammlung ins Polnische. Personalie.* [B]

---

<sup>1</sup> *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

**Nr. 377 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Januar 1866.**

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 7; MF 451.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Eck, Herzbruch, Wollny.*

*Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften mit Modifikationen angenommen.* [B]

---

<sup>1</sup> *Rep. 120, E XV 1 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 178 ff.; vgl. StenBerHH, Session 1866 I, Drucks. Nr. 10. Der Entwurf wurde am 8.2.1866 dem HH vorgelegt. Vgl. auch Aldenhoff, Schulze-Delitzsch, S. 195; Schubert, Zur Entstehung der Genossenschaftsgesetze, S. 110–113.*

**Nr. 378 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Januar 1866.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften, Bd. 78, Bl. 8–26; MF 451.*

*Anwesend: Bodelschwingh [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Wangenheim [U].*

*18 Disziplinarsachen.* [B]

**Nr. 379 Sitzung des Staatsministeriums am 23. Januar 1866.**

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 27–27v; MF 451. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 120, BB I 1 Nr. 12 Bd. 2, Bl. 356–357; Druck: Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914. I. Abt., Bd. 1: Grundfragen staatlicher Sozialpolitik. Die Diskussion der Arbeiterfrage auf Regierungsseite ..., bearb. v. Florian Tennstedt und Heidi Winter, Stuttgart etc. 1994, Dok. 53, S. 161 f.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Herzbruch, Herzog, Ribbeck, Wollny.*

*Gewerbeordnung, Koalitionsrecht und kommunale Abgaben. Gesetzentwurf zur Novellierung der Gewerbeordnung von 1845, hier die §§ 181–183 bzw. Verabredung von Arbeitseinstellungen, sowie Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Aufhebung der Einzugsgelder in Städten und gleichartiger Kommunal-Abgaben wird mit Änderungen mit knapper Mehrheit angenommen. Auswirkungen auf Streikrecht gemäß Gesindeordnung von 1854<sup>2</sup> und Bergarbeiter-Gesetz von 1860<sup>3</sup>.*

<sup>1</sup> Zu beiden Gesetzentwürfen: Rep. 120, BB I 1 Nr. 12 Bd. 2, Bl. 300–348v. Vgl. auch StenBerAH, Session 1866 I, Drucks. Nr. 26 und 56. Dazu Immediatbericht v. 10.2.1866 in: Rep. 89, Nr. 29959, Bl. 1–19v. Vgl. auch Delbrück, Lebenserinnerungen, Bd. 2, S. 356 f.; zum Koalitionsproblem vgl. Kollmann, Horst, Die Entstehungsgeschichte der deutschen Koalitionsgesetzgebung, Breslau 1916; ferner Volkmann, Die Arbeiterfrage im preußischen Abgeordnetenhaus, S. 159 und 165–177. Vgl. Gesetz betr. Aufhebung der Einzugsgelder ... v. 2.3.1867 in: GS, S. 361.

<sup>2</sup> GS, S. 214.

<sup>3</sup> GS, S. 201.

**Nr. 380 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 24. Januar 1866.**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 276–277; MF KR 19.*

*Anwesend [U]: Wilhelm I. [V], Bismarck, Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: F. v. Mühler.*

*Königliche Begnadigung oder Vollstreckung bei Todesurteilen in sieben Fällen.*

**Nr. 381 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Februar 1866.**

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 28–29v; MF 451.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Herzbruch [zu 5], R. Jacobi [zu 3–4], Schede [zu 5].*



1. *Reisekosten*. Meinungsverschiedenheit zwischen Finanz- und Innenminister über Abrechnung des Oberpräsidenten Eichmann mehrheitlich beigelegt. [B] — 2. *Geschäftsgang in Disziplinarsachen*. Präjudizialbuch<sup>1</sup> eingeführt. [B] — 3. *Baurecht*. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Bauten in Städten und Dörfern angenommen. [B] — 4. *Brückenbau Berlin*. Eine den Bedürfnissen des Verkehrs entsprechende Verbreiterung der Königsbrücke ist wünschenswert; Meinungsverschiedenheit darüber beigelegt. [B] — 5. *Baurecht und Unfallschutz*. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Maßnahmen zur Abwendung des Einsturzes von Neubauten wird in wesentlichen Bestimmungen gebilligt. [B] — 6. *Zwei Ernennungen*. [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 678, n.f.

<sup>2</sup> Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.

### **Nr. 382 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Februar 1866.**

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 30–30v; MF 451.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: C. W. E. v. Wolf [zu 3].*

1.–2. *Herrenhaus-Mitgliedschaft*. Berufung des gewählten Vertreters der Stadt Köln. [B] – Keine Erstattung der Kosten für Stellvertretung für Beamte. [B] — 3. *Eisenbahnbau von Berlin nach Lehrte*. Meinungsverschiedenheit über Erteilung der Konzession an zwei Eisenbahn-Gesellschaften; teilweise vertagt.<sup>1</sup> [B]

---

<sup>1</sup> Anträge, Ministervoten u.a. in: Rep. 77, Tit. 258 Nr. 1 Bd. 10, Bl. 12–54v. Zur Ausführung dieses Eisenbahn-Projekts vgl. III. HA MAA, II Nr. 7165.

### **Nr. 383 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Februar 1866.**

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 31; MF 451.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Jordan, Weishaupt [beide zu 1].*

1. *Projekt einer Schweizer Alpenbahn*. Die Subventionsfrage ist auf der Konferenz der beteiligten deutschen Staaten noch zu klären.<sup>1</sup> [B] — 2. *Nordpol-Expedition*. Unterstützung im Interesse der Marine.<sup>2</sup> [B]

---

<sup>1</sup> Berichte, Voten u. andere Vorlagen in: III. HA MAA, II Nr. 7688, Bl. 83 ff. Vgl. auch Rep. 77, Tit. 258 Nr. 1 Bd. 9, Bl. 234–241 (Ministervoten).

<sup>2</sup> Vgl. auch StenBerAH, Session 1866 I, Drucks. Nr. 41.

**Nr. 384 Sitzung des Staatsministeriums am 24. Februar 1866.**

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 32; MF 451.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Costenoble [zu 2], R. v. Phillipsborn [zu 1].*

**1. Postgebühren.** Ermäßigung des Briefportos für den deutsch-österreichischen Postverein gemäß Karlsruher Konferenz sowie auch innerhalb Preußens.<sup>1</sup> [B] — **2. Gefängnisse.** Weiteres Verfahren betr. Beschwerde Berliner Gefangener über die schlechte Beschaffenheit des hiesigen Schuldgefängnisses. [B]

<sup>1</sup> *Randbemerkung, daß dieser Beschluß infolge der Ereignisse des Jahres 1866 nicht zur Ausführung und ferner das Separat-Protokoll dieses TOP nicht zu den Akten des Staatsministeriums gelangte.*

**Nr. 385 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 28. Februar 1866.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. III, Bl. 278–282v; MF KR 19. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 12 Bd. 1, Bl. 1–9; PA Bonn, R 16, n.f.; Druck: APP, Bd. 6, Dok. 499, S. 611–616.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Bismarck [U], Bodelschwingh [U], Roon [U], Itzenplitz [U], Mühler [U], zur Lippe [U], Selchow [U], Eulenburg [U]. — Prot.: Costenoble.*

*Weitere Teilnehmer: R. Gf. von der Goltz, H. v. Moltke, E. Frh. v. Manteuffel, G. v. Alvensleben, H. v. Tresckow, F. v. Mühler.*

*Konflikt mit Österreich; Wahrscheinlichkeit eines Krieges<sup>1</sup>. Wilhelm I.<sup>2</sup> leitet die neuerlich eingetretene Spannung in dem Verhältnisse Preußens zu Österreich weniger aus der von Preußen ins Auge gefaßte[n] Annexion der Elbherzogtümer Schleswig und Holstein her als vielmehr aus dem systematische[n] Bestreben des Österreichischen Kabinetts zu verhindern, daß Preußen Sympathien in der Bevölkerung der Elbherzogtümer und in der Deutschen Frage erwirbt sowie aus der traditionellen mißwollenden Politik [...] gegen Preußen. Nun drängt sich die Frage auf, ob Preußen mit Österreich in Frieden wird leben können oder ob seine Ehre es zum Kriege gegen Österreich nötigt und nach welchen Unterstützungen es sich im letzteren Falle umzusehen hat? Durch das Zerwürfnis mit seinem natürlichen Alliierten – Österreich – wird Preußen dazu gedrängt werden, eine Verständigung mit Frankreich und Italien anzustreben. Im Falle eines Krieges gegen Österreich wird es nicht bloß um die Elbherzogtümer, sondern auch um Preußens Stellung in Deutschland gehen. Auf eine entscheidende politische Präponderanz, namentlich im nördlichen Deutschland, hat Preußen einen wohlberechtigten Anspruch. Eine solche Stellung ist die Bestimmung Preußens. Man hat Österreich gegenüber keinen Zweifel darüber zu lassen, wie ernst Preußen die Sache ansieht. –*

<sup>1</sup> *Am 21.2. hatte der österreichische Ministerrat unter Vorsitz Franz Josephs Vorbereitungen zur Kriegsführung beschlossen: Die Protokolle des österreichischen Ministerrats 1848–1867. VI. Abt.: Das Ministerium Belcredi, Bd. 1: Juli 1865–März 1866, bearb. v. H. Brettner-Messler, Wien 1971, Dok. 52, S. 297–303 (TOP 5).*

<sup>2</sup> *Wilhelm I. befahl zu Beginn strengste Geheimhaltung. – Einige indirekte Wiedergaben seines Redebeitrags in: Berner (Hrsg.), Kaiser Wilhelms d. Gr. Briefe, Bd. 2, Dok. 373, S. 112.*

*Bismarck*: Preußen ist die einzige lebensfähige politische Schöpfung, die aus den Ruinen des alten deutschen Reiches hervorgegangen ist, und hierauf *beruht* sein Beruf, an die Spitze von Deutschland zu treten. Österreich *hat* das [...] aus Eifersucht von jeher bekämpft, indem es die Führung Deutschlands, obwohl selbst dazu unfähig, Preußen nicht gönnt *hat*. Der Deutsche Bund ist von Anfang an nur als ein Mittel zur wirksamen Verteidigung der deutschen Lande gegen Frankreich aufgefaßt worden und *hat* niemals eigentlich nationales Leben gewonnen. *Preußens* Versuche zur Reform des Bundes *sind* am Widerstand Österreichs gescheitert. [...] Österreich *gönnt* Preußen *weder* den ihm gebührenden Einfluß in Deutschland *noch* die Frucht seiner Siege *im Krieg gegen Dänemark von 1864*. Deshalb ist es eine Demütigung, wenn Preußen sich jetzt zurückziehen wollte, was um jeden Preis vermieden werden muß. Dann aber ist der Bruch mit Österreich wahrscheinlich. [...] Die ganze historische Entwicklung der deutschen Verhältnisse, die feindselige Haltung Österreichs *treibt* uns dem Kriege entgegen. Es würde ein Fehler sein, ihm jetzt aus dem Wege zu gehen. [...] Der gegenwärtige Moment *ist* für Preußen günstig. *Vorher muß Preußen auswärtige Bundesgenossen gewinnen, nämlich Italien und Frankreich. Namentlich mit Napoleon III. sind* bestimmtere Garantien zu vereinbaren für den Fall, daß der Kampfpreis ein größerer werden sollte als der Besitz der Elbherzogtümer. Darüber also *hat* man sich jetzt zu entscheiden, ob die Frage der Herzogtümer und die deutsche Frage verfolgt werden *soll* ohne Rücksicht auf die Gefahr eines Bruches und eines Krieges mit Österreich? – *Alle Anwesenden äußern sich ähnlich bis auf den Kronprinzen, der sich entschieden für eine Fortführung der auf eine friedliche Verständigung mit Österreich gerichteten Unterhandlungen ausspricht, zumal ein Bruderkrieg nur die Gelüste Frankreichs nach deutscher Beute wieder wachrufen würde.*<sup>3</sup> – *Wilhelm I. resümiert, daß für den Fall, daß der Versuch einer wünschenswerten Verständigung mit Österreich scheitern sollte, die geeigneten auswärtigen Allianzen gesucht werden müßten. So genehmigt Wilhelm I. eine außerordentliche Mission nach Florenz, allerdings ohne eines Rasselns mit dem Schwerte.*<sup>4</sup>

<sup>3</sup> Vgl. Kaiser Friedrich III. Tagebücher, S. 412 und 541–544 (Mitschrift des Kronprinzen). – Auch Bodelschwingh soll vor einem Bruderkrieg gewarnt haben; so Roon, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 398 und 423. Zur Haltung Manteuffels vgl. Wilhelms I. Schreiben v. 23.4.1866 in: Berner (Hrsg.), Kaiser Wilhelms d. Gr. Briefe, Bd. 2, Dok. 378, S. 120 f.

<sup>4</sup> Zu dieser Sitzung vgl. auch die Aufzeichnung Moltkes in: APP, Bd. 6, Dok. 500, S. 617–619; auch Moltkes Militärische Werke, Abt. I, 2. Teil: Aus den Dienstschriften des Krieges 1866, Dok. 7, S. 46 f.; ferner Reichle, Zwischen Staat und Kirche. Kultusminister H. v. Mühler, S. 170 f. (mit falscher Datierung auf den 26.2.); O. Gf. zu Stolberg-Wernigerode, Robert H. Graf von der Goltz, S. 198 f. und Dok. 71, S. 424–428. Vgl. weiterhin Srbik, Deutsche Einheit, Bd. 4, S. 317–319; Becker, Bismarcks Ringen, S. 118 f., Gall, Bismarck, S. 343–347.

## Nr. 386 Sitzung des Staatsministeriums am 7. März 1866.

Reinschr., Bd. 78, Bl. 33–33v; MF 451.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: R. de la Croix [zu 3], Illing, v. Karczewski [beide zu 2], Lucanus [zu 3], C. D. F. Müller [zu 2–3], Ribbeck, Schuhmann [beide zu 3].

1. Ernennung. [B] — 2. Militärdienst. Meinungsverschiedenheit zwischen Kriegs- und Innenminister über Auslegung der Militär-Ersatzinstruktion v. 9.12.1858 beigelegt. [B] — 3. Schulen. Gesetzentwurf betr. die Einrichtung und Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen in Verbindung

mit teilweiser Aufhebung des Artikel 25 der Verfassung. Zurückstellung und vorherige Beratung der Prinzipien, auf denen der Entwurf beruhen soll. [B]<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Nach Reichle, *Zwischen Staat und Kirche*. Kultusminister H. v. Mühler, S. 172, soll Bismarck in dieser Sitzung auch einen Bericht über Kompensationsforderungen Napoleons III. für seine Neutralität in einem Konflikt- oder Kriegsfall zwischen Preußen und Österreich geliefert haben.

### Nr. 387 Sitzung des Staatsministeriums am 14. März 1866.

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 34–34v; MF 451.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Linhoff, Moelle [beide zu 1], Wollny [zu 2].*

**1. Universitäten.** Meinungsverschiedenheit zwischen Kultus- und Finanzminister über Erhöhung der Dotation der Akademie zu Münster beigelegt. [B] — **2. Polizei-Präsidium und Kriminalgericht Berlin.** Mehrheit für den Ankauf eines Grundstücks für Erweiterungs-Bauten.<sup>1</sup> [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 89, Nr. 14946.

### Nr. 388 Sitzung des Staatsministeriums am 17. März 1866.

*Reinschr. und vollz. Teilreinschr. [3], Bd. 78, Bl. 35–35v, und Fundort: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 10, Bl. 17–22; MF 451/452 und MF-Suppl. 2.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Illing [zu 2], Moelle [zu 3].*

**1. Drei Ernennungen.** [B] — **2. Invasionen.** Bestimmungen über das Verhalten der Zivilbehörden in der Rheinprovinz und in Westfalen bei einer feindlichen Invasion geändert.<sup>1</sup> [B] — **3. Etatentwurf<sup>2</sup> 1866.** Grundsätze zur Feststellung des Staatshaushalts 1866; beizubehaltende und abzusetzende Positionen im Extraordinarium; Verfahren wie 1865. [B]<sup>3</sup>

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 84a (D), Nr. 11603, Bl. 133 ff.

<sup>2</sup> Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 10, Bl. 12–13; vgl. *StenBerAH, Session 1866 I, Drucks. Nr. 12. Der Gesetzentwurf konnte im LT bzw. AH nicht zu Ende beraten werden, da das AH am 23.2.1866 geschlossen worden war (vgl. dazu Bismarcks Thronrede in: StenBerAH, Session 1866 I, S. 291 f.) – Das vollz. Teilprot. zu 3 (ebd., Bl. 17–22; nicht im Protokoll-Bd. 78 überliefert) enthält detailliertere Informationen als das Haupt-Protokoll.*

<sup>3</sup> Nach Reichle, *Zwischen Staat und Kirche*. Kultusminister H. v. Mühler, S. 172, ging es in dieser Sitzung auch um den Stand des Konflikts mit Österreich sowie um Probleme der Geldbeschaffung für eine Mobilmachung und Kriegführung.

**Nr. 389 Sitzung des Staatsministeriums am 3. April 1866.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 78, Bl. 36–39v; MF 452.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Grolig [zu 1], C. D. F. Müller [zu 2], Ribbeck [zu 1–2], Rocholl [zu 1], Wever, Wehrmann [beide zu 2].*

**1.** *Stadtplanung Berlin. Tore, Torgebäude und andere öffentliche Gebäude, die im Zuge der Niederlegung der Stadtmauer vom Abbruch verschont bleiben sollen. [B] — 2.* *Deichverbände im Regierungsbezirk Magdeburg. Meinungsverschiedenheit über Revision des Deichstatuts für den Landkreis Jerichow beigelegt. [B]*

**Nr. 390 Sitzung des Staatsministeriums am 7. April 1866.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1], Bd. 78, Bl. 40–66; MF 452.*

*Anwesend: Bodelschwingh [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: H. Frh. v. Wangenheim [zu 1, U].*

**1.** *26 Disziplinarsachen. [B] — 2.* *Vereidigung der neu ernannten Erzbischöfe von Köln sowie von Posen und Gnesen nicht in Gegenwart Wilhelms I. und der Minister, sondern allein durch den Kultusminister. Rangstellung des Kölner Erzbischofs vor dem aus Posen-Gnesen. [B] — 3.–5.* *Drei Ernennungen. [B]*

**Nr. 391 Sitzung des Staatsministeriums am 21. April 1866.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1–4], Bd. 78, Bl. 67–73; MF 452.*

*Anwesend: Bodelschwingh [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Wagener [U].*

*Weitere Teilnehmer: Eck [zu 3], G. Homeyer [zu 1, U], G. Meyer [zu 1–2, U], H. v. Schelling [zu 4, U], Wagener [zu 2].*

**1.–2.** *Zwei Disziplinarsachen. [B] — 3.–4.* *Vier Pensionssachen. [B]*

**Nr. 392 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Mai 1866.**

*Vollz. Reinschr.*<sup>1</sup>, *Bd. 78, Bl. 74–75; MF 452.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: [Costenoble].*

*Weitere Teilnehmer: O. Krug von Nidda.*

*Kriegsgefahr und Änderung der Eigentumsverhältnisse der Kohlebergwerke in Saarbrücken. Keine Mehrheit für Bismarcks Plan, die im fiskalischen Besitz befindlichen Bergwerke in Aktiengesellschaften mit staatlicher Mehrheits-Beteiligung umzuwandeln, da Preußen im Kriegsfall zur Abtretung des Saarbrücker Gebiets an Frankreich unabweisbar genötigt werden könnte.*<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> *Randvermerk (Bl. 74): Secretandum. — Ein Auszug zu diesem Protokoll im wesentlichen mit dem Redebeitrag Bismarcks in: Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 12 Bd. 1, Bl. 14–15. Hier (Bl. 14) die Randvermerke: Geheim sowie: Dieser Plan ist nicht zur Ausführung gelangt.*

<sup>2</sup> *Vgl. Bismarcks Votum v. 30.4.1866 in: Ders., GW, Bd. 5, Dok. 319, S. 474 f. Vgl. ferner Oncken, Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III., Bd. 1; Hellwig, Fritz, Der Kampf um die Saar 1860–1870. Beiträge zur Rheinpolitik Napoleons III., Leipzig 1934, S. 132 ff.; Srbik, Deutsche Einheit, Bd. 4, S. 393 f. Zum Plan einer Privatisierung der Saarbrücker Bergwerke, um sie vor dem potentiellen Zugriff Napoleons III. zu bewahren sowie um Mittel zur Kriegsfinanzierung zur Verfügung zu haben, vgl. Collani, Hans-Joachim, Die Finanzgebarung des preußischen Staates zur Zeit des Verfassungskonfliktes 1862–1866, Düsseldorf 1939, S. 48–53; ferner Treue, Wilhelm, Die Finanzierung des Krieges von 1866, in: Ders., Wirtschafts- und Technikgeschichte Preußens, Berlin, New York 1984, S. 477–480.*

**Nr. 393 Sitzung des Kronrats am 3. Mai 1866.**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 283–284v; MF KR 19. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 12 Bd. 1, Bl. 16–19v; PA Bonn, R 16, n.f.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Bismarck [U], Bodelschwingh [U], Roon [U], Itzenplitz [U], Mühler [U], zur Lippe [U], Selchow [U], Eulenburg [U]. — Prot.: Costenoble.*

*Weitere Teilnehmer: H. v. Moltke, F. v. Mühler, K. F. v. Savigny.*

*Krieg 1866 und Mobilmachung. Wilhelms I. Vortrag über das Verhältnis zu Österreich seit dem Kronrat vom 28. Februar: Österreich hat Preußens Programm einer möglichst friedlichen Lösung des drohenden Konflikts durch Truppen-Anhäufungen an den Grenzen konterkariert; Österreich hat durch unprovokierte Kriegs-Rüstungen gegen Italien seine Abrüstungs-Vorschläge vereitelt; trotz der erneuerten Abrüstungs-Vorschläge Preußens setzt Österreich seine Kriegs-Vorbereitungen fort. Nun stellt sich für Preußen die Frage einer Erweiterung der diesseitigen Gegen-Rüstungen. — Bismarck<sup>1</sup> und alle Minister betonen die Notwendigkeit schleuniger Ergreifung ausreichender Schutz-Maßregeln, zumal Kaiser Franz Joseph sich von seiner kriegslüstigen Umgebung zu einem feindlichen Schritte gegen Preußen [...] wird fortreiben lassen. Während Roon und Moltke für die Mobilmachung der ganzen Armee plädieren, sprechen Eulenburg und andere aus politischen Rücksichten für Teil-Mobilmachung. — Wilhelm I. läßt seine Intention erkennen, unver-*

<sup>1</sup> *Bismarck hatte mit Schreiben v. 1.5.1866 Wilhelm I. mitgeteilt, daß er den Krieg gegen Österreich befürworte; vgl. Rep. 90, Annex B Nr. 369 (Faksimile).*

züglich die Teil-Mobilmachung anzuordnen<sup>2</sup>, doch die Mobilmachung der ganzen Armee wird wahrscheinlich bald [...] nachfolgen müssen.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> KO v. 3. u. 5.5.1866 betr. Mobilmachung von fünf Armeekorps in: Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 12 Bd. 1, Bl. 21–22v. Dazu Roons Grundzüge über die Ausführung der mit KO v. 3.5. angeordneten Kriegsbereitschaft v. 4.5.1866 in: Rep. 151, I C Nr. 4857, n.f. Ebd. weitere Mobilmachungs-Ordres der folgenden Tage, bis am 12.5. das gesamte Feldheer mobilisiert war. Vgl. auch Wilhelms I. Schreiben an Roon in der Nacht vor dieser KR-Sitzung in: Berner (Hrsg.), Kaiser Wilhelms d. Gr. Briefe, Bd. 2, Dok. 380, S. 124.

<sup>3</sup> Zur Mobilmachung Preußens seit dem 3.5. vgl.: Der Feldzug von 1866 in Deutschland, hrsg. v. d. kriegsgeschichtl. Abt. des Großen Generalstabes, Berlin 1867, S. 16 und 18 f.; Moltkes Militärische Werke, Abt. I, 2. Teil: Aus den Dienstschriften des Krieges 1866, Dok. 53 ff., S. 153 ff. Vgl. ferner Rahne, Hermann, Mobilmachung. Militärische Mobilmachungsplanung und -technik in Preußen und im Deutschen Reich von Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg, Berlin 1983, S. 45–52.

### Nr. 394 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Mai 1866.

Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1], Bd. 78, Bl. 76–79; MF 452/453.

Anwesend: Bismarck<sup>1</sup> [V teilw.], Bodelschwingh [V teilw.], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Bitter, B. Gf. zu Eulenburg [beide zu 2], Hammer [zu 1], H. v. Schelling [zu 2], H. Frh. v. Wangenheim [zu 1, U].

1. Drei Disziplinarsachen. [B] — 2. Grundsteuer. Neue Verordnung gefordert betr. Vorschriften über das Reklamations-Verfahren gemäß Grundsteuer-Gesetz v. 21.5.1861<sup>2</sup> und der Verordnung v. 12.12.1864.<sup>3</sup> [B] — 3.–4. Drei Ernennungen. [B]

<sup>1</sup> Bismarck und Roon waren nur im Anfange der Sitzung zugegen (Bl. 76).

<sup>2</sup> Vgl. GS, S. 253.

<sup>3</sup> Vgl. GS, S. 673 und 683.

### Nr. 395 Sitzung des Staatsministeriums am 19. Mai 1866.

Vollz. Reinschr. mit Korrektur<sup>1</sup>, Bd. 78, Bl. 80; MF 453.

Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon [U], Itzenplitz [U], Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: [?].

Öffentliche Bauten in Berlin und Arbeitsbeschaffung. Gegen den alleinigen Widerspruch des Finanz-Ministers wird beschlossen, Etatmittel für den Bau der neuen Porzellan-Manufaktur anderweitig zu verwenden, unter anderem für Beschäftigung von Arbeitern, zur Niederlegung der Stadtmauer Berlins<sup>2</sup> und zum Bau eines schiffbaren Kanals in Charlottenburg. [B]

<sup>1</sup> Das Protokoll wurde nur von Roon und Itzenplitz unterzeichnet.

<sup>2</sup> Vgl. Voten, Immediatbericht des Staatsministeriums v. 7.7.1866 u.a. in: Rep. 90, Nr. 1800, n.f.

**Nr. 396 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 30. Mai 1866.**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 286–287v; MF KR 19.*

*Anwesend [U]: Wilhelm I. [V], Bismarck, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Costenoble.*

*Weitere Teilnehmer: F. v. Mühler.*

*Königliche Begnadigung oder Vollstreckung bei Todesurteilen in sieben Fällen.<sup>1</sup>*

<sup>1</sup> *Hierzu im Prot.-Bd. (Bl. 285) ein Schreiben des Justizministeriums an das Staatsministerium v. 12.11.1866, daß die Todesstrafen durch Allerhöchst vollzogene Confirmations-Rescripte v. 11.11.1866 in lebenslängliche Zuchthausstrafen gemildert worden sind.*

**Nr. 397 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 4. Juni 1866.**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 288–289v; MF KR 19. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 12 Bd. 1, Bl. 37–38v; PA Bonn, R 16, n.f.*

*Anwesend [U]: Wilhelm I. [V], Bismarck, von der Heydt<sup>1</sup>, Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Costenoble.*

*Weitere Teilnehmer: H. v. Moltke, G. v. Alvensleben, H. v. Tresckow, F. v. Mühler.*

*Bevorstehender Krieg gegen Österreich<sup>2</sup>. Bismarcks Instruktion für den Pariser Kongreß<sup>3</sup> gebilligt für den Fall, daß dieser doch noch stattfinden sollte. Von der Heydt, Itzenplitz, Roon und andere sprechen von der Notwendigkeit, jenseits diplomatischer Bemühungen die doch unvermeidliche Waffen-Entscheidung so bald wie möglich herbeizuführen. Wilhelm I. mahnt, das Unrecht des ersten Friedensbruchs auf Österreich zu werfen; durch die Rüstungen, durch die Vereitlung der Abrüstungs-Vorschläge und neuerdings durch das Zerreißen der Gasteiner Konvention<sup>4</sup> hat sich Österreich bereits Schritt vor Schritt ins Unrecht gesetzt. Bismarck: Weiteres Abwarten, für die nächsten Tage allerdings noch geboten, hat enge Grenzen. Die Pflicht der Selbsterhaltung gebietet Preußen, den Kampf nicht zu lange hinauszuschieben. Daß Österreich den Krieg will, ist unzweifelhaft. Der Rücktritt Österreichs von der Gasteiner Konvention gibt Preußen die Befugnis [...], an*

<sup>1</sup> *Zum Amtswechsel Bodelschwingh – von der Heydt mit KO v. 2.6.1866 vgl. Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 201–204v. Ebd. Bodelschwinghs eigenhändiges Rücktrittsgesuch v. 31.5.; vgl. auch BPH, Rep. 51 J, Nr. 46 K 1. Zu den Gründen des Rücktritts gehörte, daß Bodelschwingh einen Krieg gegen Österreich nicht mitverantworten wollte und seit längerem die finanzielle Mobilmachung nur halbherzig betrieben, wenn nicht gar verzögert hatte. Vgl. Bergengrün, Staatsminister August Frh. von der Heydt, S. 322 f.; Roon, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 423; Delbrück, Lebenserinnerungen, Bd. 2, S. 374; ferner Böhme, Deutschlands Weg zur Großmacht, S. 206.*

<sup>2</sup> *Auf Anregung Moltkes hatte bereits am 25.5.1866 eine Lagebesprechung bei Wilhelm I. stattgefunden, an der neben Bismarck eine Reihe hoher Militärbefehlshaber teilgenommen hatte; vgl. Kessel, Eberhard (Hrsg.), Moltke Gespräche, Hamburg 1940, S. 61–67. – Zum Kontext des Folgenden vgl. Srbik, Deutsche Einheit, Bd. 4, S. 394–405.*

<sup>3</sup> *Vgl. III. HA MAA, Nr. 888, Bl. 273 ff. u. Nr. 889, Bl. 1 ff. (Bismarcks Instruktion Bl. 215–225). Vgl. auch Hahn, Ludwig (Hrsg.), Zwei Jahre Preußisch-Deutscher Politik 1866–1867, Berlin 1868, Dok. 48–52, S. 100–107; ferner Oncken, Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III., Bd. 1, S. 30 ff. und Dok. 121, 122, 126, 135 und 136.*

<sup>4</sup> *Vgl. Österreichs Erklärung am Bundestag sowie Preußens Gegenerklärung v. 1.6. in: Hahn, Zwei Jahre Preußisch-Deutscher Politik, Dok. 53–55, S., 107–111; auszugsweise in: Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 162a/167 und 162b/168, S. 227–229.*



der militärischen Besetzung Holsteins teilzunehmen.<sup>5</sup> – *Einberufung der Holsteinische[n] Stände-Versammlung wird allseits als unberechtigte[r] Eingriff in die Souveränitätsrechte Preußens über Holstein bezeichnet.*<sup>6</sup>

<sup>5</sup> Vgl. auch Bismarck, *GW*, Bd. 5, S. 519 ff., vor allem Bismarcks Erlaß an den Gesandten in Wien v. 3.6. und den Runderlaß an wichtige europäische Missionen v. 4.6. (Dok. 370–371, S. 522–526).

<sup>6</sup> Vgl. auch Bismarcks Erlasse an den Gouverneur von Schleswig seit dem 1.6. in: Bismarck, *GW*, Bd. 5, Dok. 365, 366, 372, 373, 377, 379–381, S. 519 ff.

## Nr. 398 Sitzung des Staatsministeriums im Außenministerium am 15. Juni 1866.

*Vollz. Reinschr., Bd. 78, Bl. 81–82v; MF 453.*

*Anwesend [U]: Bismarck [V], Bodelschwingh, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: [Wagener?].*

**1. Ausfuhr-Verbot für Pferde.**<sup>1</sup> [B] — **2. Zollverein. Antrag des Königreichs Hannover auf Auszahlung seiner Zollvereins-Rate wird abgelehnt.** [B] — **3. Einstweilen keine Prolongation der Wechsel-Verpflichtungen der Nicht-Kaufleute.** [B] — **4. Zwangsversteigerungen. Einstweilen keine Maßnahmen zur Sistierung der Beschränkung der Substationen.** [B] — **5. Insolvenzrecht. Gesetzentwurf zur Aufhebung der Schulhaft geplant.** [B] — **6. Heutige Beschlüsse zu TOP 3 bis 5 nur als vorläufige angesehen; definitive Beschlußfassung soll später erfolgen nach einer Konferenz von ministeriellen Kommissarien.** [B] — **7. Regelung der Beleihung von Hypotheken durch die Darlehens-Kassen zurückgestellt.**<sup>2</sup> [B] — **8. Subventionen. Vorläufig keine finanziellen Zuschüsse für Handel und Industrie, da die disponiblen Staatsmittel vor allem für die Kriegs-Zwecke bereitgehalten werden müssen.** [B] — **9. Belagerungszustand. Aussetzung einer Entscheidung über Anwendung des Artikels 111 der Verfassung im Kriegsfall.**

<sup>1</sup> Vgl. *Rep.* 77, Tit. 872 Nr. 5 Bd. 1–2.

<sup>2</sup> Hierzu *Promemoria des Finanzminister* v. 14.8.1866 betr. die Ausschließung der Hypotheken von der Beleihung durch die Darlehenskassen u.a. in: *Rep.* 90a, D III 4f Nr. 5 Bd. 1, n.f. Vgl. ferner Delbrück, *Lebenserinnerungen*, Bd. 2, S. 372 f.

## Nr. 399 Sitzung des Staatsministeriums am 18. Juni 1866.

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 83–83v; MF 453. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, F V 1 Nr. 1 Bd. 4, Bl. 226–226v.*

*Anwesend: Bismarck [V], Bodelschwingh, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Delbrück, Henning, J. v. Pommer Esche.*

*(Krieg 1866. Mitteilung Bismarcks über die militärischen Operationen in Sachsen, Hannover und*

Kurhessen.<sup>1)</sup> – *Deutscher Zollverein und Krieg 1866*. Maßregeln [...] gegen Bayern und andere Zollvereins-Staaten, die sich im Kriegszustand gegen Preußen befinden. Zollvertrags-Verhältnis zu diesen Staaten aufgehoben; Bismarcks Plädoyer für eine neue Zolllinie von Sachsen aus am Main entlang. [B]

<sup>1</sup> Preußen hatte am 15.6. diesen drei Staaten ein Ultimatum auf Abschluß eines Bündnisses gestellt und befand sich, nachdem darauf nicht eingegangen worden war, mit ihnen seit dem 16.6. im Kriegszustand. Vgl. III. HA MAA, Nr. 214 und 215. Einige Dokumente dazu auch in Hahn (Hrsg.), *Zwei Jahre Preußisch-deutscher Politik*, Dok. 65–70, S. 128–137. Zu den Kriegshandlungen vgl.: *Der Feldzug von 1866*, S. 49 ff.; *Moltkes Militärische Werke*, Abt. I, 2. Teil: *Aus den Dienstschriften des Krieges 1866*, Dok. 120 ff., S. 227 ff.; ferner Helmert, Heinz, *Kriegspolitik und Strategie. Politische und militärische Ziele der Kriegführung des preußischen Generalstabes vor der Reichsgründung (1859–69)*, Berlin 1970, S. 74–98; Craig, Gordon, *Königgrätz*, München 1987 (engl. 1966; dt. ND: Wien, Darmstadt 1997), S. 50 ff.

## Nr. 400 Sitzung des Staatsministeriums am 4. Juli 1866.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1], Bd. 78, Bl. 84–87; MF 453.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Ribbeck [zu 1–2], H. v. Schelling [zu 1], Synold von Schüz [für Roon], Wagener [zu 4], Wehrmann [zu 2], K. Frh. v. Werther [für Bismarck]<sup>1</sup>, Wever [zu 2].*

**1.** *Zwei Pensionssachen.* [B] — **2.** *Deiche.* Meinungsverschiedenheit beigelegt über Anwendung des Gesetzes betr. Deichwesen v. 28.1.1848<sup>2</sup> auf Teiche des rechten Elbufers in beiden Jerichowschen Kreisen.<sup>3</sup> [B] — **3.** *Verfassungskonflikt und Staatshaushalt.* Beschluß bekräftigt, im nächsten Landtage lediglich den Etat-Entwurf für 1867 einzubringen, nicht aber den für 1866, gemäß dem Grundsatz, dem nächsten Landtage nur die durch die gegenwärtige politische Lage des Landes unerlässlich gebotenen Vorlagen zugehenzulassen.<sup>4</sup> [B] — **4.** *Antrag der Königin-Witwe Elisabeth auf Unterstützung der Frauen- und Jungfrauen-Vereine zur Erleichterung der Not von Soldaten-Familien befürwortet.* [B] — **5.** *Militärvereine.* Beratung der Denkschrift<sup>5</sup> ausgesetzt über die den Interessen der Armee gewidmeten freiwilligen Vereins-Tätigkeit. — **6.** *Österreichische Kriegsgefangene.* Ihre Beschäftigung in Festungen, beim Chaussee- und Eisenbahn-Bau sowie privat in der Landwirtschaft gegen Vergütung.<sup>6</sup>

<sup>1</sup> Während des Aufenthalts Bismarcks im Großen Hauptquartier war Werther mit seiner Vertretung im Staatsministerium als auch in anderen Amtsgeschäften mit KO v. 15.6.1866 beauftragt worden. Vgl. Rep. 90, Nr. 891, Bl. 120–121.

<sup>2</sup> GS, S. 54.

<sup>3</sup> Vgl. Rep. 90a, N I Nr. 7 Bd. 1, n.f.

<sup>4</sup> Vgl. Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 10, Bl. 31 ff., vor allem Bl. 34 zur Modifizierung des Beschlusses v. 17.3.1866.

<sup>5</sup> Näheres hierzu ließ sich anhand der vorgelegten Akten nicht zuverlässig ermitteln. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte es sich jedoch um die Beratung einer Denkschrift gehandelt haben, die Bismarck am 13.6.1866 Finanzminister von der Heydt u.a. Ministern übersandt hatte: Denkschrift betr. die schleunige Einsetzung einer Immediatkommission zur Regulierung der freiwilligen, den Interessen der Armee gewidmeten Vereins-Tätigkeit. Vgl. indes auch Rep. 151, I C Nr. 4857, n.f. Denkschrift v. 9.6.1866 in: Rep. 90a, B III 6 Nr. 46, Bl. 7–11v.

<sup>6</sup> Vgl. III. HA MAA, I Nr. 6127.

### Nr. 401 Sitzung des Staatsministeriums am 5. Juli 1866.

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 88; MF 453.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: K. Frh. v. Werther [für Bismarck].*

**1. Landtags-Eröffnung.** Bestimmung des Zeitpunktes für die Berufung des Landtages *wird ausgesetzt*, weil die weitere Entwicklung der politischen Verhältnisse dabei zu berücksichtigen ist.<sup>1</sup> [B] — **2. Darlehenskassen.** *Der Antrag des Finanzministers wird modifiziert, für die Verordnung betr. Ausgabe von Darlehenskassenscheinen<sup>2</sup> beim Landtage die Erteilung der Indemnität nachzusehen.* [B]

---

<sup>1</sup> *Am 3.7.1866 hatten Wahlen zum Abgeordnetenhaus stattgefunden. — Zum Kontext vgl. auch Bismarcks Schreiben an das Staatsministerium v. 5.7.1866 in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 1 Bd. 1, Bl. 124; ferner die Stellungnahmen Eulenburgs, von der Heydt u.a. in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 2, Bl. 95 ff.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 90a, D III 4f Nr. 5 Bd. 1, n.f.; ferner StenBerAH, Session 1866 II, Drucks. Nr. 17, ferner Drucks. Nr. 56 (Kommissionsbericht v. 13.9.), dazu Verhandlungen v. 18.–19.9.1866, S. 398–442. Vgl. VO betr. Gründung öffentlicher Darlehenskassen und Ausgabe von Darlehenskassenscheinen v. 18.5.1866 und VO zur Aufhebung dieser VO v. 27.9.1866; dazu das Indemnitäts-Gesetz v. 27.9.1866 in: GS, S. 227, 583 und 584. Vgl. auch Bergengrün, Staatsminister August Frh. von der Heydt, S. 335 f. — Zur befürchteten Kreditnot infolge der finanziellen Mobilmachung bzw. Kriegsfinanzierung vgl. bereits Löwenthal, Der preußische Verfassungskonflikt, S. 184 f. und 310 f.*

### Nr. 402 Sitzung des Staatsministeriums am 7. Juli 1866.

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 89–90; MF 453.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Burchardt [zu 1], R. de la Croix, Linhoff, Noah [alle zu 2], Ribbeck [zu 1], Synold von Schütz [für Roon], H. Frh. v. Wangenheim [zu 1], K. Frh. v. Werther [für Bismarck], Wollny [zu 2].*

**1. Steuern in Hohenzollern-Sigmaringen.** *Meinungsverschiedenheit beigelegt über Höhe der Entschädigung für beabsichtigte Regulierung der direkten Besteuerung bzw. Aufhebung der Grundsteuerfreiheit.* [B] — **2.–3. Schulen in Posen.** *Meinungsverschiedenheit zwischen Kultus- und Finanzminister beigelegt; anstelle eines katholischen Gymnasiums wird Simultan-Gymnasium errichtet. Damit ist der Immediatantrag auf Errichtung von Simultan-Gymnasien in der Provinz Posen erledigt.*<sup>1</sup> [B]

---

<sup>1</sup> *Vgl. Rep. 90a, Q III 2 Nr. 6 Bd. 1, Bl. 164–186 (Voten, etc.); ferner StenBerAH, Session 1865, Verhandlungen v. 31.5.1865, S. 1820–24 (Stellungnahme Mühlens S. 1823); dazu Drucks. Nr. 92 und 130.*

### Nr. 403 Sitzung des Staatsministeriums am 14. Juli 1866.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1], Bd. 78, Bl. 91–104; MF 453.*

Anwesend: von der Heydt [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Begloubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Synold von Schüz [für Roon], H. Frh. v. Wangenheim [zu 1], K. Frh. v. Werther [für Bismarck].

1. 14 Disziplinarsachen. [B] — 2. Österreichische Kriegsgefangene. Modifikation zur Regelung ihrer Beschäftigung gegen Vergütung.<sup>1</sup> [B] — 3. Militärvereine. Einstweilen kein Eingreifen der Regierung zugunsten der freiwilligen, den Interessen der Armee gewidmeten Vereins-Tätigkeit. [B] — 4.–5. Zwei Ernennungen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. III. HA MAA, I Nr. 6127.

## Nr. 404 Sitzung des Staatsministeriums am 18. und 19. Juli 1866.

Zwei Reinschriften mit vollz. Teilreinschr. [4], Bd. 78, Bl. 105–114; MF 453.

Anwesend: von der Heydt [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Begloubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Moelle [zu 5], Synold von Schüz [für Roon], H. Frh. v. Wangenheim [zu 4, U], K. Frh. v. Werther [für Bismarck].

1. und [6.] Landtags-Eröffnung. Entwurf<sup>1</sup> der Thronrede am 18. Juli vorläufig, am 19. Juli vollständig beraten. [B] — 2.–3. Zwei Ernennungen, darunter provisorisch die des Zivilkommissars für die besetzte Stadt Frankfurt/M., G. v. Diest. [B] — [4.] Neun Disziplinarsachen. [B] — [5.] Militärretat. Gesetzentwurf<sup>2</sup> betr. Bewilligung eines Kredits für die außerordentlichen Ausgaben der Militär-Verwaltung wird gebilligt. [B] — [7.] Bündnis-Verträge. Mitteilung des Außenministeriums über den Wortlaut des am 8.4.1866 mit Italien abgeschlossenen Allianz-Vertrages gegen Österreich.<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Diverse Entwürfe und Voten in: Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 6 Bd. 2, Bl. 95–208. Im Staatsministerium hatte es am 18.7. ernste Meinungsverschiedenheiten (so Werther an Bismarck v. 18.7.) über die Erwähnung der Indemnität in der Thronrede gegeben, während gleichzeitig Bismarck im Hauptquartier zur Eile drängte und sogar mit seinem Rücktritt drohte, da er umgehend ein Wahlgesetz in Anlehnung an den Entwurf von 1849 vorlegen wollte. Vgl. dazu III. HA MAA, Nr. 240, Bl. 60–61. Eulenburg hatte am 28.6. an Bismarck geschrieben, daß die öffentliche Stimmung jetzt geeignet sei zur Lösung des Verfassungskonflikts. Vgl. Rep. 77, Nr. 5700, Bl. 66–76v. Die Thronrede vom 5.8.1866 kündigte die Indemnitäts-Vorlage an; vgl. StenBerAH, Session 1866 II, Verhandlungen, S. 1–2. Eine Indemnitätsvorlage an den LT für die seit 1862 nicht verfassungsgemäß zustande gekommenen Etats und die trotzdem getätigten Staatsausgaben hatte von der Heydt zur Bedingung seiner Amtsübernahme als Finanzminister am 2.6.1866 gemacht. Vgl. dazu Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, S. 269; ferner Bergengrün, Staatsminister August Frh. von der Heydt, S. 332 f.; Dehio, Ludwig, Beiträge zur Bismarcks Politik im Sommer 1866 unter Benutzung der Papiere Robert von Keudells, in: FBPG, 46 (1934), S. 147–155. Vgl. Ritter, Gerhard, Die Entstehung der Indemnitätsvorlage von 1866, in: HZ, 114 (1915), S. 17–64; Becker, Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, S. 194 f.; Engelberg, Bismarck, S. 623–625.

<sup>2</sup> Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 13, Bl. 56–59v (ebd. auch die Promemorias Bodelschwings vom Mai 1866); vgl. StenBerAH, Session 1866 II, Drucks. Nr. 20; ferner Drucks. Nr. 63 (Kommissionsbericht) sowie Verhandlungen v. 14.8. (Einbringung des Entwurfs durch von der Heydt) und v. 24./25.9.1866, S. 55 f. und 469–505. Vgl. auch Hahn (Hrsg.), Zwei Jahre Preußisch-Deutscher Politik, Dok. 141–144, S. 270–286; Bergengrün, Staatsminister August Frh. von der Heydt, S. 336.

<sup>3</sup> Vgl. III. HA MAA, I Nr. 5693.

**Nr. 405 Sitzung des Staatsministeriums am 21. Juli 1866.**

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 115–115v; MF 453.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Wagener [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hepke [zu 2], Synold von Schüz [für Roon], K. Frh. v. Werther [für Bismarck].*

**1. Krieg 1866, Zivilverwaltung und Verwendung von Staatsgeldern im Königreich Hannover.** Wiedererstattung der von Hannover nach England geschafften [...] Staats-Gelder soll nicht durch einen Vertrag, sondern im Verwaltungswege geregelt werden.<sup>1</sup> [B] — **2. Bündnisse mit Kleinstaaten, Entstehung des Norddeutschen Bundes.** Entwurf<sup>2</sup> eines Allianz-Vertrages mit denjenigen deutschen Staaten, welche ihre Beziehungen zur Frankfurter Koalition abgebrochen haben, wird modifizierend gebilligt. [B]

<sup>1</sup> *Vgl. Immediatbericht v. 10.12.1866 mit VO-Entwurf in: Rep. 90, Tit. XLI Nr. 3. n.f. Ferner die VO v. 10.12.1866 betr. Amortisation aus vormals Hannoverschen Kassen fortgeschafften Wertpapiere ... in: GS, S. 763.*

<sup>2</sup> *Rep. 90a, A VII 1 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 6–7; ferner III. HA MAA, Nr. 240, Bl. 45–47. Vgl. weiterhin den Bericht Werthers über diesen TOP an Bismarck v. 21.7. (Bl. 66–66v) sowie die Notizen des Referenten Hepke über seinen Vortrag (Bl. 64–65v und 67–69v); Antwort Bismarcks v. 20. und 31.7. (Bl. 74–74v und 100); modifizierter Entwurf (Bl. 92 bis 94). Vgl. die Bündnisverträge v. 18. u. 21.8.1866 in: GS, S. 626 und 631.*

**Nr. 406 Sitzung des Staatsministeriums am 1. August 1866.**

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 116–116v; MF 453.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Itzenplitz, Mühler, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Wagener [U].*

*Weitere Teilnehmer: Synold von Schüz [für Roon], K. Frh. v. Werther [für Bismarck].*

**1. Krieg 1866. Mitteilung über Bedingungen des mit Österreich und Bayern geschlossenen Waffenstillstandes.**<sup>1</sup> — **2.–3. Landtags-Eröffnung am 5. August.** Bismarcks redaktionelle Veränderungen in der Thronrede werden gebilligt.<sup>2</sup> [B] — **Mitteilung zum Gottesdienst zur Eröffnung des Landtags.** — **4. Adelsverleihung.** [B] — **5. Ernennung.** — **6. Nächste Sitzung des Staatsministeriums am 4. August.**<sup>3</sup> [B]

<sup>1</sup> *Vgl. III. HA MAA, Nr. 234 und 238; ebd., I Nr. 6131. Zum Präliminarfrieden von Nikolsburg v. 26.7.1866 vgl. auch Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 3, Dok. 177/184, S. 247–249.*

<sup>2</sup> *Vgl. KO v. 18., 26. u. 28.7.1866 betr. Einberufung beider Häuser des Landtags zunächst zum 30.7., wegen der Differenzen über die Erwähnung der Indemnität in der anstehenden Thronrede verschoben auf den 5.8. Thronrede in: StenBerAH, Session 1866 II, Verhandlungen, S. 1–2; vgl. auch Rep. 90a, A VIII 2b Nr. 7 Bd. 1, Bl. 69–69v; auch in: Kohl (Hrsg.), Dreißig Jahre preußisch-deutscher Geschichte, Dok. 49, S. 94 f.*

<sup>3</sup> *Keine Aufzeichnung über diese Sitzung im vorliegenden Protokoll-Bd.; kein Nachweis dazu in den vorliegenden Sachakten. Nach Kohl (Hrsg.), Bismarck-Regesten, Bd. 1, S. 296, war Bismarck am 4. August abends nach Berlin zurückgekehrt; eine Sitzung des Staatsministeriums im MAA wird unter dem 6. August vermerkt.*

## Nr. 406a Sitzung des Staatsministeriums am 12. August 1866.

*Rekonstruktion nach GStAPK, III. HA MAA, Nr. 240, Bl. 148.*<sup>1</sup>

*Entwurf<sup>2</sup> eines Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes.*

<sup>1</sup> *Hier der Randvermerk zum Wahlgesetz-Entwurf: Festgestellt in der Staats-Ministerialsitzg. am 12. August 66. – Ein Protokoll konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. Ein weiterer Hinweis auch in der Sitzung am 1.8.1866, TOP 6. Vgl. auch den Hinweis auf diese Sitzung in: Kohl (Hrsg.), Bismarck-Regesten, Bd. 1, S. 297.*

<sup>2</sup> *III. HA MAA, Nr. 240, Bl. 148–159v (inkl. Motive). Vgl. StenBerAH, Session 1866 II, Drucks. Nr. 10; Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes v. 15.10.1866, in: GS, S. 623; auch Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 186/197, S. 270f. – Zur Entstehung vgl. u.a. Bismarcks Schreiben an das Staatsministerium v. 8.7.1866 in: Rep. 90, Nr. 117, Bl. 5. Ferner Augst, Bismarcks Stellung zum parlamentarischen Wahlrecht, S. 80–82; Pollmann, Klaus E., Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867–1870, Düsseldorf 1985, S. 68–79, bes. S. 79.*

## Nr. 407 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 15. August 1866.

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 290–293v; MF KR 19. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90, Nr. 220, Bl. 9–17v; PA Bonn, R 16, n.f. Druck: Philippi, Hans, Preußen und die braunschweigische Thronfolgefrage 1866–1913, Hildesheim 1966, Anl. 1, S. 187–190.*<sup>1</sup>

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Bismarck [U], von der Heydt [U], Roon [U], Itzenplitz [U], Mühler [U], zur Lippe [U], Selchow [U], Eulenburg [U]. — Prot.: Costenoble.*

*Weitere Teilnehmer: F. v. Mühler.*

**1. Einverleibung des Königreichs Hannover, des Kurfürstentums Hessen, des Herzogtums Nassau und der Freien Stadt Frankfurt/M.. Wilhelms I. Bedenken gegen dieses Vorhaben, da es seinem Gefühle widerstrebt, bisher gleichberechtigte deutsche Fürsten [...] durch einen Akt vollständig zu depossedieren, welcher mit den Gewalt-Akten des Kaisers Napoleon I. [...] große Ähnlichkeit haben würde. Er beabsichtigt daher, den Souveränen dieser Staaten bzw. dessen Erbnachfolgern bestimmte Landesteile weiterhin zu überlassen. Weiterhin plädiert er für ein schonungsvolles Verfahren zur Entbindung der Offiziere und Beamten von ihrem Eid auf den Landesherrn. – Bismarck: Für Preußen ist die bloße Existenz der gedachten Staaten zwischen dem Osten und dem Westen der Monarchie eine geographische Drohung [...]. Eine Politik der gedachten Regierungen, die [...] sich feindselige Angriffe auf Preußen für den Fall eines deutschen Konflikts vorbehält, kann und darf von Preußen nicht geduldet werden. Im übrigen ist bei der beabsichtigten Territorial-Veränderung [...] das Zerreißen bisher zusammengehöriger Länder zu vermeiden, da dadurch auf beiden Seiten Unzufriedenheit erzeugt und in den aufrechterhaltenen kleinen Höfen ein Herd für preußenfeindliche Intrigen aller Art geschaffen wird. Zumindest was Hannover und Hessen angeht, spricht Bismarck sich für die vollständige Einverleibung aus. – Die anderen Minister sprechen einstimmig für die vollständige Einverleibung Hannovers, Hessens, Nassaus und Frankfurts und gegen die Zerreißung dieser Länder auf das Entschiedenste. – Der Kronprinz empfiehlt die unbedingte und vollständige Annektierung der gedachten Staaten ohne alle Entschädigung auf das Entschiedenste und erklärt dies zur Pflicht der Nation und der Armee gegenüber. – Angesichts dieser Voten stimmt Wilhelm I. der Einverleibung Hannovers, Hessens, Nassaus und Frankfurts zu und behält sich**

<sup>1</sup> *Auszüge des Prot. auch in: Stern, Geschichte Europas 1815–1871, Bd. 10, Anh., S. 539.*

*Entschädigungen für die Souveräne vor.*<sup>2</sup> [B] — **2.** *Hinsichtlich der künftigen Verhältnisse von Ober-Hessen bestimmt Wilhelm I. den Verbleib bei Hessen-Darmstadt unter der Auflage, dem zu gründenden Norddeutschen Bunde beizutreten.* [B] — **3.** *Friedensverhandlungen mit Bayern*<sup>3</sup>. *Wilhelms I. Wunsch, das nördlich vom Main gelegene Culmbacher Land und vielleicht auch die [...] Stadt Bayreuth für Preußen zu erlangen.*

<sup>2</sup> *Vgl. III. HA MAA, I Nr. 6150. KO v. 16.8.1866 sowie Gesetzentwurf betr. die Vereinigung des Königreichs Hannover, des Kurfürstentums Hessen, des Herzogtums Nassau und der Freien Stadt Frankfurt mit Preußen in: StenBerAH, Session 1866 II, Drucks. Nr. 29. Vereinigungs-Gesetz v. 20.9.1866 sowie Besitznahme-Patente mit Proklamationen an die jeweiligen Einwohner v. 3.10.1866 in: GS, S. 555 und 591–602. Vgl. ferner Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 180/186–181b/188, S. 253–255.*

<sup>3</sup> *Vgl. III. HA MAA, Nr. 238; auch ebd. I Nr. 6139/1. Friedensvertrag mit Bayern v. 22.8.1866 auch in: StenBerAH, Session 1866 II, Drucks. Nr. 49.*

## Nr. 408 Sitzung des Staatsministeriums am 24. August 1866.

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 117–117v; MF 453.*

*Anwesend: Bismarck [V], von der Heydt, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*(Krieg 1866. Bismarcks Mitteilungen über den Stand der Friedensverhandlungen).*<sup>1</sup> — **1.** *Annexionen. Abänderung des § 1 zum Gesetzentwurf*<sup>2</sup> *betr. die Übernahme der Regierung über das Königreich Hannover, das Kurfürstentum Hessen, das Herzogtum Nassau und die Freie Stadt Frankfurt gemäß den Bedenken des Abgeordnetenhauses*<sup>3</sup>. [B] — **2.–3.** *Vier Ernennungen.* [B]

<sup>1</sup> *Am 23.8. hatten der österr. und preuß. Gesandte den Prager Friedensvertrag unterzeichnet. Vgl. III. HA MAA, Nr. 234 bzw. I Nr. 6130/1–6132. Ferner Huber (Hrsg.), Dokumente, Bd. 2, Dok. 182/185, S. 249–252.*

<sup>2</sup> *Rep. 90, Nr. 220, Bl. 18–22v; vgl. StenBerAH, Session 1866 II, Drucks. Nr. 29.*

<sup>3</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1866 II, Drucks. Nr. 47 (AH-Kommissionsbericht).*

## Nr. 409 Sitzung des Staatsministeriums am 28. August 1866.

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 118–119v; MF 453/454.*

*Anwesend: Bismarck [V], von der Heydt, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Wagener [U].*

**1.** *Krieg 1866. Mitteilung, daß Kriegs-Kontributionen Badens vollständig eingezahlt worden sind.* — **2.** *Anweisung an Hzg. v. Ujest, nach Ratifikation des Friedensvertrags mit Österreich Brünn gleichzeitig mit der letzten Militär-Abteilung zu verlassen.* [B] — **3.–4.** *Staatsschatz, Kreditbedarf, Militäretat und Krieg 1866. Über Mittel des Staatsschatzes, außer zu Kriegszwecken, soll nur mit Zustimmung des Landtags verfügt werden; keine Dotierung des Staatsschatzes auf Zeit. Höhe des beanspruchten Militär-Kredits von 60 Mio. Tlr. wird als unbedenklich bezeichnet.*<sup>1</sup> [B] — **5.** *Grundsteuer. Grundsteuer-Regulierungs-Kosten sind definitiv auf die Staatskasse zu über-*

<sup>1</sup> *Weiteres hierzu in: Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 13, Bl. 62–86. Vgl. auch Rep. 151, HB Nr. 1510. Das Gesetz v. 28.9.1866 betr. den außerordentlichen Geldbedarf der Militär- und Marineverwaltung und die Dotierung des Staatsschatzes in: GS, S. 607. Vgl. Bergengrün, Staatsminister August Frh. von der Heydt, S. 336–340.*

nehmen. [B] — **6. Wahlgesetz für den zu konstituierenden Reichstag. Vorgelegter Entwurf<sup>2</sup> soll Titel für Norddeutschland erhalten; Antrag der AH-Kommission auf Redefreiheit abgelehnt.** [B] — **7. Bergwerke.** Verhandlungen über Neuordnung der Eigentumsverhältnisse für Kohlenbergwerke in Saarbrücken sollen wieder aufgenommen werden. [B] — **8. Krieg 1866. Mitteilung über Zahlungsfristen für die österreichische Kriegs-Kontribution.** — **9. Staatshaushalt und Militärfrage.** Roons nähere Mitteilungen über die fernere Behandlung des Militär-Etats und der Militär-Organisation insbesondere im Hinblick auf den zukünftigen Norddeutschen Bunde.

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1866 II, Drucks. Nr. 10. Vgl. auch Drucks. Nr. 48 (AH-Kommissionsbericht v. 4.9.1866).*

## Nr. 410 Sitzung des Staatsministeriums am 15. September 1866.

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 120–121; MF 454.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Th. v. Podbielski [zu 1], Synold von Schüz [für Roon].*

**1. Verstärkung der Armee.** Roons Antrag zugestimmt, unverzüglich die Verstärkung der Wehrkraft des Landes einzuleiten; Kosten hierfür sind von den neu erworbenen Territorien zu tragen.<sup>1</sup> [B] — **2. Statut betr. Stiftung eines Erinnerungs-Kreuzes für den Feldzug von 1866.**<sup>2</sup> [B] — **3. Erlaß einer Amnestie-Ordre.**<sup>3</sup> [B] — **4. Nobilitierungen und Ordensverleihungen. Verfahrensregeln und Zuständigkeiten; Mitwirkung des Staatsministeriums.**<sup>4</sup> [B] — **5. Zwei Ordenssachen.** [B] — **6. Titelverleihung anstelle Ernennung.** [B]

<sup>1</sup> Vollz. Beschluß des Staatsministeriums v. 15.9.1866 in: *Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 5, n.f. Vgl. auch III. HA MAA, I Nr. 6142.*

<sup>2</sup> Vgl. *III. HA MAA, I Nr. 6153. Statut v. 20.9. mit Erweiterung v. 17.11.1866 in: GS, S. 556 und 739.*

<sup>3</sup> Vgl. *Immediatbericht des Staatsministeriums v. 15.9.1866 in: Rep. 89, Nr. 18670, Bl. 136–142; Gnadenerlaß v. 20.9. u. 2.10.1866 in: Staats-Anzeiger, Nr. 242 v. 5.10.1866, S. 3455.*

<sup>4</sup> Vgl. *Rep. 90, Nr. 2056, n.f. und Nr. 2078, n.f. (Voten, KO u.a.).*

## Nr. 411 Sitzung des Staatsministeriums am 27. September 1866.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [1–2], Bd. 78, Bl. 122 und 124–125; MF 454.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Hasselbach, H. v. Schelling [beide zu 1], F. H. Sydow [zu 2], H. v. Thile [für Bismarck], Wagener [zu 1].*

**1. Pensionssache.** [B] — **2. Disziplinarsache.** [B] — **3. Annexionen.** Entwurf<sup>1</sup> des Besitzergreifungs-Patents für Königreich Hannover mit Königlicher Proklamation genehmigt; dieses Patent

<sup>1</sup> *Rep. 90, Nr. 220, Bl. 120–137 (div. Entwürfe); auch Rep. 77, Tit. 50 Nr. 83 Bd. 1, Bl. 72 ff. Vgl. Besitznahme-Patent und Kgl. Proklamation v. 3.10.1866 in: GS, S. 591 und 592. Generell hierzu Barmeyer, Heide, Hannovers Eingliederung in den preußischen Staat. Annexion und administrative Integration 1866–1868, Hildesheim 1983, S. 27–35 und Dok. 24, 25, 30, 35, 39 und 40.*



soll zugleich Modell für Kurhessen, Nassau und Frankfurt/M. sein. [B] — **4. Militärdienst. Mehrheitliche Billigung eines Berichts<sup>2</sup> über die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in den neu erworbenen Ländern.** [B]

---

<sup>2</sup> Entwurf und Immediatbericht v. 10.10.1866 etc. in: Rep. 90a, Y I Nr. 1 Bd. 5, n.f. Vgl. Allerh. Erlaß betr. Einführung der allg. Wehrpflicht in den neuerworbenen Landesteilen ... v. 13.10.1866 in: GS, S. 646.

## **Nr. 412 Sitzung des Staatsministeriums am 28. September 1866.**

Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [2], Bd. 78, Bl. 123–123c; MF 454.

Anwesend: von der Heydt [V], Roon [zu 1, 3–4], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: O. Hoffmann [zu 2], Noah, H. Frh. v. Lentz [beide zu 1], Scholz [zu 2], H. v. Thile [für Bismarck].

**1. Polenpolitik und Klöster in West-Preußen. Erneute Vorlage des Immediatberichts gemäß Sitzung am 20.2.1864 zur Räumung ehemaliger Klostergebäude in Neustadt von Franziskanern.** [B] — **2. Schlesien. Meinungsverschiedenheit zwischen Handels- und Kultusminister mit Finanzminister über Görlitzer Kirchen- u. Schulverhältnisse beigelegt.** [B] — **3. Annexionen. Vorläufig kein Erlaß einer Verordnung über einstweilige Einrichtung der obersten Zivil-Verwaltung in den neu erworbenen Ländern.**<sup>1</sup> [B] — **4. Annexionen. Feierlichkeit anläßlich der Publikation der Besitz-Ergreifungs-Patente für Frankfurt/M., Hannover und Kurhessen.**<sup>2</sup> [B]

---

<sup>1</sup> Zu den Kompetenz- und Ressortverhältnissen sowie zur Etablierung einer Zivil- und Militärverwaltung in den annektierten Ländern vgl. Rep. 90a, B III 7a Nr. 14, Bl. 11–18v und 27–31v; ferner Rep. 77, Tit. 50 Nr. 83 Bd. 1, Bl. 174 und 190 ff. Vgl. auch Delbrück, Lebenserinnerungen, Bd. 2, S. 384.

<sup>2</sup> Vgl. Rundschreiben des Innenministers v. 29.9.1866 in: Rep. 90, Nr. 220, Bl. 110–112v; (Bl. 120 ff.) div. Entwürfe der Besitzergreifungs-Patente inkl. Kgl. Proklamationen v. 3.10.1866; vgl. auch GS, S. 591.

## **Nr. 413 Sitzung des Staatsministeriums am 20. Oktober 1866.**

Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [1], Bd. 78, Bl. 126–127; MF 454.

Anwesend: Itzenplitz [V], Mühler, zur Lippe, Selchow,. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Th. v. Podbielski [für Roon], H. v. Schelling [zu 1].

**1. Pensionssache.** [B] — **2.–4. Vier Ordenssachen.** [B] — **5. Zwei Ernennungen und zwei Titelverleihungen.** [B] — **6. Herzogtum Lauenburg. Dilatorische Behandlung des Entlassungsgesuchs des Regierungs-Präsidenten L. Gf. v. Kielmannsegg.**<sup>1</sup> [B]

---

<sup>1</sup> Immediatbericht v. 21.10.1866 in: Rep. 90, Nr. 989, Bl. 254–254v.

**Nr. 414 Sitzung des Staatsministeriums am 26. Oktober 1866.**

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 128; MF 454.*

*Anwesend: Itzenplitz [V], Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Th. v. Podbielski [für Roon].*

**1. Krieg 1866.** Friedensfeier in sämtlichen Kirchen des Landes *am 11. November.*<sup>1</sup> [B] — **2. Herrenhaus.** Kein strafrechtliche[s] Verfahren gegen Clemens Gf. v. Westphalen wegen seines Schreibens zur Niederlegung seiner Mitgliedschaft im HH.<sup>2</sup> [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. *Immediatbericht v. 27.10.1866 und anderes zu den Festgottesdiensten in: Rep. 90a, Y IX 2 Nr. 12 Bd. 1, Bl. 85–87.*

<sup>2</sup> Vgl. *StenBerHH, Session 1866, Verhandlung v. 7.8. u. 19.12.1866, S. 7 und 144. Zu Westphalens Protest gegen den Krieg 1866 vgl. ferner Westphalen, Ludger Gf. v., Aus dem Leben des Grafen Clemes A. von Westphalen zu Fürstenberg (1805–1885), 2. Aufl., Münster 1982, S. 165–167 und 171.*

**Nr. 415 Sitzung des Staatsministeriums am 29. Oktober 1866.**

*Reinschr. mit Korrekturen, Bd. 78, Bl. 129; MF 454.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: O. Hoffmann [zu 1], Th. v. Podbielski [für Roon].*

**1. Annexionen.** Entwurf<sup>1</sup> eines Regulativs für die künftige Verwaltung der Stadt Frankfurt a.M. [B] — **2. Bauordnung.** Erneute Vorlage des Gesetzentwurfs<sup>2</sup> betr. Alignement in den Städten im Landtag. [B] — **3.** Bildung einer besonderen Abteilung für die direkten Steuern im Finanzministerium zugestimmt. [B]

---

<sup>1</sup> *Rep. 77, Tit. 50 Nr. 83 Bd. 2.*

<sup>2</sup> Vgl. *Gesetzentwurf betr. Bauten in Städten und Dörfern in: StenBerHH, Session 1866 II, Drucks. Nr. 67.*

**Nr. 416 Sitzung des Staatsministeriums am 31. Oktober 1866.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [5], Bd. 78, Bl. 130–134; MF 454.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Costenoble [zu 4], Eck [zu 3], Lucanus, G. Meyer, RegR Müller [alle zu 5], Nausester [zu 4], Th. v. Podbielski [für Roon], Wagener, Wollny [beide zu 3].*

1. Gehalts-Erhöhung für Minister gebilligt. [B] — 2. Immediat-Gesuch um Ernennung zum Mitglied des Herrenhauses wird widerrufen. [B] — 3. Erneute Vorlage des Gesetzentwurfs<sup>1</sup> betr. Genossenschaften im Landtag. [B] — 4. Beamtenrecht. Exekution gegen Beamte nur aufgrund unerlaubte[r] Handlungen im Sinne von allgemeinen Strafgesetzen. [B] — 5. Volksschule und Lehrer-Besoldung. Erster Punkt der Prinzipienfragen für den projektierten Gesetzentwurf über die Einrichtung u. Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen wird beraten hinsichtlich der Dienst-Einkommen der Volksschullehrer. Nähere Prüfung des Vorschlags, Mindestgehälter nicht legislativ zu regeln, sondern durch Einstellung eines Etat-Titels; vertagt. [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 120, E XV I Nr. 1 Bd. 2, Bl. 259–385; StenBerAH, Session 1866 II, Drucks. Nr. 86. Der Entwurf war am 8.2.1866 dem HH, aber nicht mehr dem AH vorgelegt worden.

### Nr. 417 Sitzung des Staatsministeriums am 3. November 1866.

Reinschr., Bd. 78, Bl. 135–135v; MF 454.

Anwesend: von der Heydt [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Wollny [zu 4].

1. Zwei Ernennungen. [B] — 2. Annexionen und Neuordnung der Verwaltung. Der Geltungsbe-  
reich von nur für die alten Landesteile bestimmten Gesetze[n] muß nicht explizit genannt werden.  
[B] — 3. Reichstags-Wahlrecht. Publikation des Reichswahlgesetzes v. 15.10.1866 in den neu  
erworbenen Territorien.<sup>1</sup> [B] — 4. Kommunalvermögen. Keine Überweisung der Mittel der aufge-  
lösten Kommunalkasse in Frankfurt/O. an General-Staatskasse bzw. Staatsschatz, sondern an  
dortige Regierungs-Hauptkasse.<sup>2</sup> [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 117, Bl. 32–44 (u.a. Immediatbericht des Staatsministeriums v. 10.11.1866 inkl. VO-Entwurf). Vgl. VO v. 14.11.1866 in: GS, S. 735.

<sup>2</sup> Zur Meinungsverschiedenheit zwischen Kultus- und Finanzminister vgl. Rep. 90, Tit. XLI A Nr. 95 Bd. 1, n.f.

### Nr. 418 Sitzung des Staatsministeriums am 6. November 1866.

Reinschr., Bd. 78, Bl. 136; MF 454.

Anwesend: von der Heydt [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].

Weitere Teilnehmer: Burghart, H. v. Dechend, R. Jacobi [alle zu 2], R. v. Keudell, Moelle [beide zu 1], W. Wohlers [zu 2].

1. Staatshaushalt 1867. Etat-Entwurf<sup>1</sup> gebilligt nach Beilegung der Meinungsverschiedenheit mit dem Außenministerium über Ausgabe-Erhöhung für das Präsidium des Norddeutschen Bundes. [B]

---

<sup>1</sup> Rep. 90a, E VI I Nr. 1 Bd. 10, Bl. 100 und 105–107v (inkl. Immediatbericht v. 10.11.1866); vgl. StenBerAH, Session 1866 II, Drucks. Nr. 77.

— **2. Kommunalsteuern.** Meinungsverschiedenheit *mehrheitlich dahingehend beigelegt, daß Kommanditen der Preußischen Bank zur Kommunalsteuer nicht heranzuziehen sind.* [B]

### **Nr. 419 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 7. November 1866.**

*Vollz. Reinschr. mit Korrekturen, Bd. III, Bl. 295–298; MF KR 19.*

*Anwesend [U]: Wilhelm I. [V], von der Heydt, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Eulenburg. — Prot.: Costenoble.*

*Weitere Teilnehmer: F. v. Mühler, Th. v. Podbielski [für Roon], H. v. Thile [für Bismarck].*

*Im Landtag 1866/67 einzubringende Vorlagen. Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Etat 1867 – dazu von der Heydt: Zusätzliche Mittel für Erhöhung der Besoldung der Unterbeamten sind unumgänglich; noch keine Einigung über Mehrforderungen des Kriegs-Ministeriums, so daß Deckungslücke besteht. Wilhelm I.: Angesichts der Unsicherheit der politischen Zukunft Preußens, insbesondere hinsichtlich der Beziehungen zu Österreich und Frankreich, ist eine Ermäßigung des Militäretats ebenso abzulehnen wie eine Reduktion der Dienstzeit um 3 Monate. Ausgleich des Defizits durch Hinausschieben der geplanten Sold-Erhöhung der Armee und der Gehaltserhöhung für Unterbeamte auf den 1.4.1867. [B] – Die Meinungsverschiedenheit zwischen Finanz- und Kriegsminister über Finanzierung der in den neu erworbenen Landesteilen errichteten 3 Armeekorps berührt nicht unmittelbar den Etat-Entwurf. – Weitere Liste der mittelfristig geplanten und im Landtag einzubringenden Gesetzentwürfe.*

---

<sup>1</sup> *Der Etat-Entwurf wurde am 12.11. im AH eingebracht; vgl. Verhandlungen v. 12.11.1866, S. 542–544; die Annahme erfolgte nach Änderungen im AH am 18.12. und im HH am 22.12.1866. Vgl. Gesetz betr. Staatshaushalts-Etat für 1867 v. 22.12.1866 in: GS, S. 812.*

### **Nr. 420 Sitzung des Staatsministeriums am 18. November 1866.**

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 137–138; MF 454.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Wagener [U].*

*Weitere Teilnehmer: Th. v. Podbielski [für Roon], H. v. Thile [für Bismarck].*

**1.** *Dotationen nach dem Krieg 1866. Keine Nennung von Namen im Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Verleihung von Dotationen.* [B] — **2.** *Staatshaushalt 1867. Der Grundsatz wird bekräftigt, geschäftlich nicht mit den einzelnen Abgeordneten, sondern nur mit dem Präsidenten des AH zu verkehren.*<sup>2</sup> [B] — **3.–4.** *Zwei Ernennungen; Ordensverleihung zurückgewiesen.* [B] — **5.** *RT-Wahlen. Termin für die Wahlen zum konstituierenden Norddeutschen Parlament auf Anfang Dezember festgelegt.* [B] — **6.** *Annexion Schlewigs und Holsteins. Hinausschieben der Debatte im AH über Einverleibung*

---

<sup>1</sup> *Rep. 90a, Y V 2d Nr. 1, Bl. 2–14v. Vgl. StenBerAH, Session 1866 II, Drucks. Nr. 87; dazu Verhandlungen v. 16.11.1866, S. 567–572.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 90, Nr. 125, Bl. 26–30 (Schreiben von der Heydts v. 18.11.1866 u.a.). Vgl. auch StenBerAH, Session 1866 II, Verhandlungen v. 12., 13. u. 16.11.1866, S. 544–558 und 572–584.*

der Herzogtümer<sup>3</sup> bis nach Vorlegung des entsprechenden Vertrages mit Oldenburg<sup>4</sup>. [B] — 7. *Annexion Hannovers. Termin für den Übertritt von Hannoverschen Offizieren in die Preußische Armee.* [B]

<sup>3</sup> *Gesetzentwurf in: StenBerAH, Session 1868 II, Drucks. Nr. 52.*

<sup>4</sup> *Vertrag über Verzicht des Großherzogs auf Erbfolge in den Herzogtümern gegen Entschädigung v. 27.9.1866, in: StenBerAH, Session 1866 II, Drucks. Nr. 103 und 105. Vgl. auch Rep. 77, Tit. 50 Nr. 84 Bd. 1, Bl. 135–141.*

## Nr. 421 Sitzung des Staatsministeriums am 20. November 1866.

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 139–140; MF 454.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Wagener [U].*

*Weitere Teilnehmer: Th. v. Podbielski [für Roon], F. H. Sydow [zu 1].*

1. *Annexionen und Neuordnung der Verwaltung. Verordnung<sup>1</sup> betr. Publikation von Gesetzen in neuerworbenen Landesteilen genehmigt; Zwangspflicht zur Haltung der Gesetzsammlung.* [B] —
2. *Dotationen nach dem Krieg 1866. Wilhelms I. Wunsch wird zugestimmt, eine Dotation nicht nur für Prinz Karl, sondern auch für Kronprinz Friedrich Wilhelm zu bewilligen; Dotationen sind durch Verstärkung des Kron-Fidei-Kommiß-Fonds zu decken.*<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden. – Vgl. VO v. 1.12.1866 in: GS, S. 743.*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 90a, Y V 2d Nr. 1 Bd. 1, Bl. 15 ff. (unter anderem Handschreiben Wilhelms I. v. 20.11.1866).*

## Nr. 422 Sitzung des Staatsministeriums am 22. November 1866.

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 141–142; MF 454.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Wagener [U].*

*Weitere Teilnehmer: Moelle [zu 1–2], Th. v. Podbielski [für Roon].*

- 1.–2. *Staatshaushalt 1867; Beratung der Vorlage im AH. Abgeordneten-Antrag<sup>1</sup> zur Bewilligung eines Pauschquantums für den Militär-Etat ist unannehmbar. Kritik an Erhöhung des Gehalts der Minister sowie Absetzung einiger Positionen im Etatansatz des Außenministeriums ist zu erwarten; Regierung wird an ihren Beschlüssen festhalten.* [B] —
3. *Dotationen nach dem Krieg 1866. Beschluß auf Vertraulichkeit wird bekräftigt, also weder im Gesetzentwurf noch in den AH-Beratungen die Namen der zu Dotierenden zu nennen.*<sup>2</sup> [B] —
- 4.–5. *Ordenssachen und Ernennung.* [B] —
6. *LT-Vorlagen 1866/67. Mitteilung Selchows, zwei Gesetzentwürfe vorzulegen, unter anderem ein Jagdschon-Gesetz. — 7. Handelsministerium. Mitteilung von Itzenplitz, zur Vergrößerung seines Ministeriums ein Haus anzukaufen und Kaufpreis im Extraordinarium für 1867 einzustellen.*

<sup>1</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1866 II, Verhandlungen v. 10.12.1866, S. 1038–1040 (Antrag abgelehnt). Vgl. Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 10, Bl. 111–117 (Immediatbericht v. 25.11.1866, etc.).*

<sup>2</sup> *Vgl. Rep. 90a, Y V 2d Nr. 1 Bd. 1, Bl. 20–25v (Immediatbericht v. 23.11.1866, etc.).*

**Nr. 423 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 26. November 1866.**

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 299–300; MF KR 19. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, Y V 2d Nr. 1 Bd. 1, Bl. 27–28v.*

*Anwesend [U]: Wilhelm I. [V], von der Heydt, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Costenoble.*

*Weitere Teilnehmer: F. v. Mühler, Th. v. Podbielski [für Roon, U], H. v. Thile [für Bismarck, U].*

*Dotationen nach dem Krieg 1866. Wilhelm I. wünscht befriedigende Erledigung des Gesetzentwurfs und entsprechende Erklärung der Regierung für die AH-Kommission. Meinungsverschiedenheit, ob und inwieweit die Namen<sup>1</sup> der zu Dotierenden im AH genannt werden sollen oder ob andernfalls der Gesetzentwurf zurückzuziehen ist. Die Regierung kann einem, die Namen der zu dotierenden Personen enthaltenden Gesetze ihre Zustimmung nicht erteilen und ebenso wenig auf eine Diskussion über solche Namen eingehen.<sup>2</sup> [B]*

<sup>1</sup> *Es handelte sich um Bismarck sowie die Generäle Roon, Moltke, Herwarth von Bittenfeld, Steinmetz und Vogel von Falkenstein, die jeweils 1,5 Mio. Tlr. erhalten sollten. Vgl. Rep. 90a, Y V Nr. 1 Bd. 1, Bl. 43–43v. Wilhelm I. hatte im Handschreiben an das Staatsministerium v. 20.11. seinen Mißmut über die bisherige Behandlung der Dotationsvorlage ausgedrückt (Bl. 15–16v).*

<sup>2</sup> *Vgl. StenBerAH, Session 1866 II, Drucks. Nr. 100 (AH-Kommissionsbericht v. 1.12.); dazu Verhandlungen v. 6.12.1866, S. 935–940 (Annahme des Gesetzentwurfs). Vgl. Gesetz betr. Verleihung von Dotationen in Anerkennung hervorragender, im letzten Kriege erworbener Verdienste v. 28.12.1866, in: GS 1867, S. 25. Zum Verhalten oppositioneller Abgeordneter vgl. auch Roon, Denkwürdigkeiten, Bd. 2, S. 503–505.*

**Nr. 424 Sitzung des Staatsministeriums am 2. Dezember 1866.**

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 143–144v; MF 454.*

*Anwesend: von der Heydt [V], Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Begloubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Costenoble [zu 3], H. v. Lebbin, C. D. F. Müller [beide zu 2], Th. v. Podbielski [für Roon], F. H. Sydow [zu 2].*

**1. Annexionen und Strafrecht.** Einführung des I. und II. Teils des Preußischen Straf-Gesetzbuches v. 14.4.1851 in Frankfurt/M. beabsichtigt. [B] — **2. Annexionen und Beamtenpolitik.** Meinungsverschiedenheit über künftige Pensionierungsfälle im Großherzogtum Hessen beigelegt. [B] — **3. Militärinvaliden.** Gesetzentwurf<sup>1</sup> betr. Erweiterung mehrerer Bestimmungen des Invaliden-Versorgungs-Gesetzes v. 6.7.1865<sup>2</sup> wird genehmigt. [B] — **4. Ernennung.** [B] — **5. Berufung des M. Gf. v. Kwilecki zum Mitglied des Herrenhauses** wird ungeachtet von Bedenken gegen seine politische Vergangenheit 1863 befürwortet.<sup>3</sup> [B] — **6. Annexionen und Banken.** Einführung der Bankordnung<sup>4</sup> in allen [...] neu einverleibten Landesteilen, auch in Frankfurt/M.<sup>5</sup> [B] — **7. Ver-**

<sup>1</sup> *Rep. 90a, Y V 2f Nr. 2 Bd. 1, n.f. (Entwurf, Immediatbericht v. 4.12.1866, etc.); vgl. StenBerAH, Session 1866 II, Drucks. Nr. 108. Der Gesetzentwurf wurde im AH am 7.1. und im HH am 15.1.1867 angenommen. Vgl. Gesetz v. 9.2.1867 in: GS, S. 217.*

<sup>2</sup> *GS, S. 777.*

<sup>3</sup> *Vgl. Rep. 89, Nr. 286; ferner Spenkuch, Das Preußische Herrenhaus, S. 168.*

<sup>4</sup> *GS 1846, S. 435 und GS 1856, S. 342.*

waltung des Hannoverschen Eisenbahnwesens. *Keine weitere Zuziehung* ständischer Kommissarien. [B]

<sup>5</sup> Vgl. *Rep. 90a, D III 4b Nr. 1 Bd. 2, n.f. (Immediatbericht v. 12.12.1866. VO-Entwürfe, etc.). Vgl. VO v. 16.12.1866 in: GS, S. 810.*

## Nr. 425 Sitzung des Staatsministeriums am 12. Dezember 1866.

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 145–145v; MF 454.*

*Anwesend: Bismarck [V], von der Heydt, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: K. F. v. Savigny<sup>1</sup>.*

**1. Ordenssache.** [B] — **2. Zwei** Gesetz-Entwürfe betr. die Aufhebung des Salz-Monopols<sup>2</sup> und betr. die Bewilligung einer Eisenbahn-Anleihe von 24 Mio. Tlr.<sup>3</sup> werden genehmigt. [B] — **3. Verfassung** des Norddeutschen Bundes. *Den Entwurf<sup>4</sup> [...] speziell beraten und mit Abänderungen genehmigt.* [B]

<sup>1</sup> *Zur Rolle Savignys bei der Ausarbeitung von Vorentwürfen zur Verfassung des Norddeutschen Bundes und weiteren Verhandlungen darüber vgl. Karl Friedrich von Savigny 1814–1875. Briefe, Akten, Aufzeichnungen ..., hrsg. v. Willy Real, Bd. 2, Boppard a. Rh. 1981, Dok. 823, 828 und 829.*

<sup>2</sup> *Rep. 90, Nr. 1472, n.f. (ferner Immediatbericht v. 12.12.1866); vgl. StenBerAH, Session 1866 II, Drucks. Nr. 113. Vgl. ferner die Übereinkunft v. 8.5.1867 und Gesetz u. VO v. 9.8.1867 in: GS, S. 1313, 1317 und 1320.*

<sup>3</sup> *Konnte in den vorliegenden Akten nicht nachgewiesen werden.*

<sup>4</sup> *III. HA MAA, Nr. 240, Bl. 163–187v; ebd., Nr. 252, Bl. 176 ff. (hier sind vor allem die Stadien und Vorentwürfe mit Bismarcks Korrekturen, namentlich die Putbuser Diktate, überliefert). Vgl. auch Rep. 90a, A VII 1 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 15–16. Zu den Vorentwürfen verschiedener Bearbeiter und zu Bismarcks Putbuser Diktaten vgl. auch Bismarck, GW, Bd. 6, Dok. 615, 616 und 618, S. 167–171, vor allem die Vorbemerkung von F. Thimme zu Dok. 629, S. 187 f.; Keudell, Fürst und Fürstin Bismarck, S. 326 f. und 334–343. Der Vorentwurf Max Dunckers in: Triepel, Heinrich, Zur Vorgeschichte der Norddeutschen Bundesverfassung in: Festschrift Otto Gierke zum Siebzigsten Geburtstag, Weimar 1911, S. 589–644, hier Anlage S. 631–641. Grundlegend sind ferner: Becker, Bismarcks Ringen, S. 221 ff.; Huber, Deutsche Verfassungsgeschichte, Bd. 3, S. 649 f.; zusammenfassend Gall, Bismarck, S. 384–387.*

## Nr. 426 Sitzung des Kronrats im Palais Wilhelms I. am 14. Dezember 1866.

*Vollz. Reinschr., Bd. III, Bl. 301–302; MF KR 19. — Abschriften: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, A VII 1 Nr. 1 Bd. 1, Bl. 17–19; PA Bonn, R 16, n.f.*

*Anwesend: Wilhelm I. [V, U], Kronprinz Friedrich Wilhelm, Bismarck [U], von der Heydt [U], Roon [U], Itzenplitz [U], Mühler [U], zur Lippe [U], Selchow [U], Eulenburg [U]. — Prot.: Costenoble.*

*Weitere Teilnehmer: F. v. Mühler, K. F. v. Savigny.*

Verfassung des Norddeutschen Bundes. *Den Entwurf<sup>1</sup> in der Fassung beraten, den er in der Sitzung des Staatsministeriums am 12. Dezember und nach Bismarcks Immediatvortrag am 13. Dezember erhalten hat. Wilhelm I. genehmigt weitere Abänderungen wie: statt Bundestag soll es Bundesrat und statt Gesandte nun Bevollmächtigte heißen; die Bundes-Exekution (Artikel 21) soll nicht durch das Präsidium, sondern durch den Bundes-Oberfeldherr[n] angeordnet und vollstreckt werden; weitere, z.T. nur redaktionelle Änderungen betr. Artikel 28, 47, 55 und 56 sowie den Abschnitt über das Kriegswesen.*<sup>2</sup> [B]

<sup>1</sup> III. HA MAA, Nr. 240, Bl. 163–187v; ferner Bismarck, *GW*, Bd. 6, Dok. 629, S. 187–196. Die in dieser KR-Sitzung vorgenommenen Änderungen sind dort vom Hrsg. Thimme als Entwurf A in den Anmerkungen vermerkt.

<sup>2</sup> Zu dieser Sitzung vgl. Becker, *Bismarcks Ringen*, S. 286–289.

## Nr. 427 Sitzung des Staatsministeriums am 16. Dezember 1866.

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschr. [3], Bd. 78, Bl. 146–150; MF 454.*

*Anwesend: Bismarck [V], Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Wagener [U].*

*Weitere Teilnehmer: B. Gf. zu Eulenburg [zu 3].*

**1. Beratung des Gesetzentwurfs betr. Genossenschaften im AH. Regierung will am § 4 festhalten, besteht demnach auf staatlicher Zulassung der Genossenschaften.**<sup>1</sup> [B] — **2. RT-Wahlrecht und Annexionen.** Wahl-Gesetz v. 15.10.1866 soll sofort auch in den noch nicht wirklich einverleibten Ländern publiziert werden.<sup>2</sup> [B] — **3. RT-Wahlrecht.** Reglement<sup>3</sup> zur Ausführung des Wahlgesetzes v. 15.10.1866 mit Modifikationen, unter anderem zur Bildung von Wahlbezirken, angenommen. [B]

<sup>1</sup> Vgl. *Rep. 120, E XV 1 Nr. 1 Bd. 3, Bl. 24–25 (Itzenplitz an Bismarck v. 15.12.1866); StenBerAH, Session 1866 II, Anlagen Nr. 104 (AH-Kommissionsbericht v. 5.12.); dazu Verhandlungen v. 18.12., S. 1255–1281 (Annahme des Gesetzentwurf). Gesetz betr. die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften v. 27.3.1867 in: GS, S. 501. Vgl. Aldenhoff, Schulze-Delitzsch, S. 195–197; Schubert, Zur Entstehung der Genossenschaftsgesetze, S. 111–113.*

<sup>2</sup> Vgl. *Rep. 90, Nr. 117, n.f. (VO-Entwürfe, Immediatbericht des Staatsministeriums v. 28.12.); Rep. 77, Tit. 533 Nr. 1 Bd. 2, Bl. 33 ff. Vgl. VO v. 28.12.1866 betr. Einführung des Wahlgesetzes für den RT des Norddeutschen Bundes in Schleswig und Holstein sowie in bayerischen und hessischen Gebieten in: GS, S. 891 und 895.*

<sup>3</sup> *Entwürfe in: Rep. 90, Nr. 117, n.f.; Rep. 77, Tit. 533 Nr. 9 Bd. 1, Bl. 6–20v, 29–37v, 98–116, 134–145v und 171–181v. Vgl. Reglement zur Ausführung des Wahlgesetzes ... v. 30.12.1866 in: MinBl. innere Verwaltung, 1867, S. 1. Vgl. ferner Pollmann, Parlamentarismus im Norddeutschen Bund, S. 86–92.*

## Nr. 428 Sitzung des Staatsministeriums am 17. Dezember 1866.

*Reinschr., Bd. 78, Bl. 151; MF 454. — Abschr.: GStAPK, I. HA, Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 10, Bl. 121.*

*Anwesend: Bismarck [V], von der Heydt, Roon, Itzenplitz, Mühler, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Wagener [U].*



*Staatshaushalt 1867; Beratung des Gesetzentwurfs im AH. Bismarck wird ermächtigt [...], namens des Staatsministeriums die ihm nach Lage der Sache und dem Verlauf der Debatte zeitmäßig erscheinenden Erklärungen nach seinem Ermessen abzugeben.*<sup>1</sup> [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. *StenBerAH, Session 1866 II, Verhandlungen v. 18.12.1866, S. 1231–1255 (Annahme des Etat-Entwurfs)*. Vgl. auch *Bismarck, GW, Bd. 10, Dok. 46, S. 289*; ferner *Rep. 90a, E VI 1 Nr. 1 Bd. 10, Bl. 122–155v (Schreiben des AH-Präsidenten v. 18.12.66, etc.)*. *Gesetz betr. Staatshaushalts-Etat für 1867 v. 22.12.1866 in: GS, S. 812*.

## **Nr. 429 Sitzung des Staatsministeriums am 28. Dezember 1866.**

*Reinschr. mit vollz. Teilreinschriften [2], Bd. 78, Bl. 152–166; MF 454/455.*

*Anwesend: Roon [V], Mühlner, zur Lippe, Selchow, Eulenburg. — Prot.: Beglaubigt Costenoble [U].*

*Weitere Teilnehmer: Wagener [zu 2], H. Frh. v. Wangenheim [zu 2, U].*

**1. Ordensfest 1867. Vorschläge für Ordensverleihungen.**<sup>1</sup> [B] — **2. 14 Disziplinarsachen.** [B] — **3. Ernennung, Titelverleihung sowie Versetzung des Hannoverschen Oberkronanwalts L. Windhorst in den Ruhestand.**<sup>2</sup> [B]

---

<sup>1</sup> Vgl. *Rep. 90, Nr. 2051 und 2056*.

<sup>2</sup> Vgl. *Bachem, Karl, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumsparlei, Bd. 3, Köln 1927, S. 181*; *Anderson, Margaret L., Windhorst. Zentrumsolitiker und Gegenspieler Bismarcks, Düsseldorf 1988, S. 96*.

# Sachregister

*Vorbemerkung: Eine Reihe allgemeiner bzw. komplexer Struktur- und Prozeßbegriffe sind nicht aufgenommen, etwa Agrarreform, Reformpolitik, konstitutionelle Monarchie oder Konstitutionalismus, Verfassungskonflikt, etc.*

## **Aachen (Regierungsbezirk)**

- Gendarmerie, Reorganisation 305/75 116–116v

## **Aachen (Stadt)**

- Polytechn. Hochschule, Finanzierungs-Beteiligung bei Gründung 306/75 117

## **Aachener Verein zur Beförderung der Arbeitsamkeit**

- Polytechn. Hochschule Aachen, Finanzierungs-Beteiligung bei Gründung 306/75 117

## **Aachen-Münchener-Feuerversicherungs-Gesellschaft**

- Polytechn. Hochschule Aachen, Finanzierungs-Beteiligung bei Gründung 306/75 117

## **Abgeordnetenhaus**

- Adressen 228/III 186–189; 229/74 117, 230/74 119–119v, 231/74 120, 232/74 125

- - Konflikt (1863) 289/III 211

- Annexionen (1866) /Staatsgebiets-Erweiterung 408/78 117, 420/78 138v

- Anträge 32/71 51; 78/72 12–13, 83/72 36, 38–40, 88/72 62–62v; 193/74 31, 31v, 194/74 33–33v, 195/74 35; 196/III 170v–174v; 197/74 40–40v; 355/77 38; 422/78 141–141v

- Beamte, Gratifikationen (1863) 331/76 61v

- Budget-Kommission, Mitglieder 286/75 33

- Budgetrecht (allg.)

- - Etat-Spezifizierung/Antrag Hagen (1862) 194/74 34–34v, 197/74 40–40v, 198/74 43–43v, 203/74 51–55v; 204/III 176–179v; 241/74 143

- - Etat-Überschreitungen, Grundsätze 238/74 139

- - Etat-Vorlagen, rechtzeitige Einbringung 233/74 126; 236/III 194–194v

- - Rechnungsprüfung, Grundsätze 235/74 138, 237/74 142

- Dotationen (1866), Gesetzentwurf 423/III 299–300

- Etat-Gesetzentwürfe

- - Vorlage 1861: 143/III 120–124v

- - Vorlagen 1862 u. 1863: 194/74 34–34v, 197/74 40–40v, 198/74 43–43v, 203/74 51–55v; 204/III 176–179v; 233/74 126–126v, 238/74 139–139v, 240/74 147–147v, 241/74 143, 242/74 144, 243/74 145–145v, 247/74 169–169av, 248/74, 249/74 169d; 250–251/III; 252–254/74, 261/74 177v–178

- - Vorlage 1863: 255/74 169k, 257/74 172; 258/III 203–203v; 298/III 230v–232

- - Vorlagen 1863 u. 1864: 292/75 66–66v

- - Vorlage 1865: 358/77 43v, 368/77 85–86v

- - Vorlage 1867: 420/78 137v, 422/78 141–141v, 428/78 151

- Gebäude, Neubau-Pläne und Standortfrage 311/75 121v, 126–127v

- Genossenschaften, Gesetzentwurf 427/78 146

- Geschäftsordnung 242/74 144, 230/74 119

- Heeresreform, Gesetzentwürfe 300/75 89v, 308/75 118v

- Interpellationen 37/71 64; 193/74 30–30v; 285/III 210

- Kommissionsbeschlüsse 35/71 55–55v
- Kriegsdienstpflicht-Gesetz (1814), Novellierung 300/75 89v, 308/75 118v; 362/77 52v–53; 363/III 52v–53
- Kurhessische Verfassungsfrage 195/74 36
- Legislatur- und Sessionsgliederung 234/74 137
- Militär-Invaliden, Gesetzentwurf 362/77 52–52v
- Mitglieder (MdA)
  - Beamte 256/74 171–171v, 262/74 190v–191; 263/III 207–208v; 268/74 205v–206, 270/74 229; 295/75 85v; 331/76 61v
  - Diäten 262/74 190v–191, 268/74 206, 270/74 229
  - Immunität, Aufhebung 287/75 34
  - imperatives Mandat 297/III 228–228v
  - Polen-Abgeordnete, Verhalten bei Krönung (1861) 190a/Fundort
- Paßwesen, Gesetzentwurf 234/74 137, 235/74 138–138v, 256/74 171
- Petitionen 21/71 24v, 22/71 31–31v, 23/71 32–32v, 24/71 36v, 26/71 39, 32/71 51, 61/71 172v–173, 177–179v, 66/71 196–196v, 197–206v; 78/72 12–13, 79/72 14, 83/72 36–36v, 90/72 72–72v; 146/73 88v, 168/73 172–173
- Polen-Aufstand (1863) 278/75 13
- Presse-VO (1.6.1863) 290/III 212v
- Prisen-Ordnung, Gesetzentwurf 353/77 28
- Rechnungsprüfungen
  - Etat 1859 u. 1860: 235/74 138, 237/74 142, 238/74 139, 239/74 141
  - Grundsätze 235/74 138, 237/74 142
- Schleswig-Holstein-Frage 316/III 238, 239v
- Sessionen (Eröffnung, Dauer, Schließung, Thronreden)
  - 1859: 9/70 313v; 15/71 2–2v, 16/71 11v, 34/71 54, 44/71 90
  - 1860: 67/71 208; 75/III 90; 92/72 86–86v
  - 1861: 116/72 232v; 122/III 111v
  - 1862 I: 176/73 206; 184/74 2, 185/74 16, 186/74 18–18v, 188/74 23, 203/74 51–55v; 204/III 176–179v; 206/74 57–57v, 207/74 58–58v
  - 1862 II: 220/74 107; 222/III 182–182v; 223/74 110, 225/74 114, 260/74 175
  - 1863: 273/75 3, 274/75 4; 289/III 211–211v, 292/75 65–65v, 294/75 82, 295/75 85v, 296/75 86–86v; 297/III 226–227v; 300a/Fundort
  - 1864: 292/75 65–65v, 296/75 86–86v; 297/III 226–227v; 308/75 118v, 312/75 130, 313/75 131, 314/75 132
  - 1865: 348/77 2; 349/III 260
  - 1866: 406/78 116
  - 1866 II: 401/78 88, 404/78 105, 105v
- Wahlen
  - 1859: 1/70 283, 3/70 287–287v, 5/70 290v, 10/70 331; 13/II 266v–267
  - 1861: 72/72 1; 75/III 90–90v; 105/72 160; 153/III 130–130v; 164/73 160–160v, 165/73 161v–162, 166/73 167–171v; 167/III 138–140v; 173/73 192; 180/III 142–149, 154v–155v; 184/74 1
  - 1862: 207/74 58v, 208/74 60, 209/74 62, 210/74 63, 211/74 64v, 212/74 70, 213/74 95–95v, 219/74 105–105v, 220/74 106v–107; 228/III 187–187v; 237/74 142v
  - 1863: 295/75 85v; 297/III 226–227v; 319/76 1
  - 1865/66: 363/III 263v, 264, 264v
- Wahlgesetze/Wahlreglements
  - Abteilungsbildung bei Urwahlen 302/75 92, 93–95
  - MdI-Zirkular (18.6.1849) 302/75 93–95
  - Mißstände bei Urwahlen 294/75 82–82v

- - VO v. 30.5. u. 18.6.1849 *160/73* 157v; *211/74* 64, 66–69
- - VO v. 4.10.1861 *215/74* 100–100v
- - VO v. 4.10.1861, keine Revision *268/74* 205
- - Wahlbezirke, Gesetz (27.6.1860) *10/70* 331; *13/II* 266v–267; *72/72* 1; *75/III* 90–90v, *191/III* 166; *294/75* 82–82v; *297/III* 227v; *308/75* 118v; *336/76* 76; *367/III* 273v, 274
- Beamte; Herrenhaus; Landtag; Staatsministerium; Wahlrecht

#### **Ablösungen**

- der Reallasten (Gesetz 2.3.1850)
- - Hohenzollern Lande, Einführung, Gesetzentwurf *70/71* 226–227
- - Novellierung (1859/60) *19/71* 13–15, *24/71* 36–36v, *62/71* 183
- - Vorpommern und Rügen, Einführung, Gesetzentwurf *113/72* 209, 218–219; *140/73* 67v; *190/74* 25
- für geistl. u. schulische Institutionen sowie milde Stiftungen (Gesetze 2.3.1850/15.4.1857)
- - Novellierung *83/72* 36–36v, *116/72* 232–232v, 233–235v; *128/73* 19v–20, 21–23v

#### **Abolition**

- bei Thronwechsel *121/73* 3–4
- Amnestie; Begnadigungen; Strafrecht

#### **Adel**

- Ritterakademien; Rittergutsbesitzer; Standesherrn

#### **Adelsverleihungen**

- Einzelfälle *217/74* 104; *309/75* 120; *406/78* 116–116v
- Verfahren und Zuständigkeiten *410/78* 120v–121

#### **Admiralität**

- Marine

#### **Akademien**

- Münster *387/78* 34
- Universitäten, allgemein und einzelne

#### **Aktien-Gesellschaften**

- Finanzbeteiligung am Nord-Ostsee-Kanal (Projekt) *347/76* 136–137
- Gesetzentwurf *197/74* 40v
- nicht-preußische, gewerbl. Zulassung *150/73* 113v

#### **Allgemeine Deutsche Wechselordnung** (1849)

- Ergänzung und Erläuterung, Gesetzentwurf *276/75* 6, *277/75* 8v
- Banken; Wechsel

#### **Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch**

- Einführungsgesetz f. Preußen (1861)
- - Entwurf *137/73* 61, *138/73* 66, *142/73* 84
- - Kostensätze, Gesetzentwurf *308/75* 118v
- - VO betr. gerichtl. Gebühren *185/74* 16, 17–17v
- Wuchergesetze *354/77* 29

#### **Allod**

- Lehen

#### **Altliberale**

- Liberale Parteien

#### **Amnestie**

- Krieg 1864
- - für Soldaten *346/76* 137, *347/76* 137
- Krieg 1866 *410/78* 120v
- Petitionen *24/71* 36v

- Thronbesteigung und Krönung (1861) *121/73* 3–4; *122/III* 108v; *123/73* 5, *128/73* 19, *160/73* 157–157v; *163/III* 134–136

→ Abolition; Begnadigungen; Strafjustiz

### **Anleihen**

→ Staatsanleihen

### **Annexionen** (1866/67)

- Armee-Korps-Aufstellung *419/III* 296v–297

- Bankordnung (1846/56) *424/78* 144–144v

- Besitzergreifungs-Patente, Gesetzentwürfe *407/III* 290–293; *408/78* 117, *411/78* 122, *412/78* 123v, *415/78* 129; *419/III* 297v

- Gesetzgebung, Geltungsbereich *417/78* 135

- Gesetzsammlung, Einführungs-VO *421/78* 139–139v

- Wahlgesetz Norddt. Reichstag (15.10.1866), Einführung *427/78* 146

- Wehrpflicht, Einführung *411/78* 122

- Zivilverwaltung, Einführung *412/78* 123–123v

→ einzelne Länder; Staatsgebiet

### **Apotheken**

- Medizinalgewichte, Gesetzentwurf *311/75* 121, 122–123; *373/77* 121v

### **Appellationsgerichte**

- Köln

- - Depositen-Kasse, Einrichtung *132/73* 45v

- - Gerichtskosten Vormundschaft *276/75* 6, 7–7v

→ Gerichte

### **Arbeiter**

- Berg- und Hüttenarbeiter, Arbeitsverhältnisse *72/72* 1; *75/III* 90v–91; *379/78* 27–27v

- Landarbeiter, Arbeitsverhältnisse *379/78* 27–27v

- Seeleute, Rechtsverhältnisse, Gesetzentwurf *195/74* 35v, 37–37v; *222/III* 183v; *308/75* 118v

- Weber, Notlage in Schlesien *271/74* 230

→ Koalitionsrecht

### **Arbeiter-Assoziationen** *355/77* 38

- Gesetzentwurf geplant *294/75* 83; *297/III* 228; *308/75* 118v

### **Arbeitsbeschaffung**

- bei Erwerbslosigkeit *395/78* 80

### **Arbeitseinstellungen**

→ Streiks

### **Arbeitsrecht**

- Seemanns-Ordnung, Gesetzentwurf *222/III* 183v; *308/75* 118v

- - Kriegsdienstpflicht-Gesetz (1814) *314/75* 133

→ Koalitionsrecht

### **Armee**

→ Militär

### **Arnsberg** (Regierung)

- Regierungspräsident, Versetzung in einstw. Ruhestand *297/III* 229

### **Attentate**

- auf Wilhelm I. *154/73* 124–124v, *155/73* 125

### **Auditoriat**

→ Kriegsministerium

### **Augustenburger Herzöge**

→ Schleswig-Holstein-Frage

**Ausfuhren**

→ Exporte

**Außenministerium**

→ Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten

**Auszeichnungen**

→ Ordenssachen; Gedenkmünzen

**Baden** (Großherzogtum)

- Alpenbahn, Subventionen 383/78 31
- Bundesreform, Beust-Plan 194/74 33v
- Krieg 1866, Dt. Zollverein 399/78 83
- Ministeranklage-Gesetz (1820), Vorbild für Preußen 181/73 230
- Rheinzölle 115/72 220v
- Strafprozeß-Ordnung, deutsche
- - Entstehung: Verhandlungen mit Preußen 108/72 170–170v

**Banken**

- Aktienbanken 358/77 44
- Darlehenskassen
- - Darlehenskassenscheine 401/78 88
- - Gründung 401/78 88
- - Hypotheken-Beleihung 398/78 82
- Depositen-Kassen
- - Appellationsgerichtshof Köln, Einrichtung 132/73 45v
- - Provinzial-Hilfskassen 264/74 192–192v
- Landwirtschaftliche Banken 358/77 44
- - Konzessionierung 369/77 87v
- - Namensgebung 369/77 87v
- Notenbanken
- - Bankzettel-Privilegium Oberlausitz 361/77 49–49v
- Wechselordnung, Allgemeine Deutsche (1849)
- - Ergänzung und Erläuterung, Novellierung 276/75 6, 277/75 8v
- Hypothekenbanken; Preuß. Bank; Wechsel

**Bankordnung** (5.10.1846)

- Einführung in 1866/67 annektierten Gebieten 424/78 144–144v
- Novellierung 375/78 1d–5v

**Baurecht, Bauordnungen**

- Neubauten
- - Gesetzentwurf 381/78 28v, 415/78 129; 419/III 297
- - Unfallschutz 381/78 29
- - Waldnähe, Rheinprovinz, Gesetzentwurf 265/74 199–201v; 342/76 110–110v

**Bayern** (Königreich)

- annektierte Gebiete durch Preußen (1866) 419/III 297v
- Bundesreform, Beust-Plan 194/74 33v
- Krieg 1866
- - Friedensvertrag (22.8.) 407/III 293v
- - territoriale Ansprüche Preußens 407/III 293v
- Preußen
- - Handels- und Zollvertrag mit Frankreich (1862) 245/74 152
- Rheinzölle 115/72 220v
- Wahlgesetz Norddt. Reichstag (1866), Einführung in annektierten Gebieten 427/78 146

**Beamte**

- Abgeordnete (MdA)
- - Gratifikationen 331/76 61v
- - Stellvertretungs-Kosten 256/74 171–171v, 262/74 190v–191; 263/III 207–207v; 268/74 205v–206; 270/74 229; 295/75 85v; 382/78 30
- Amtsenthebung und Dienst Einkommen 195/74 35v
- Amtshandlungen und gerichtliche Verfolgungen 9/70 315–317; 132/73 45, 135/73 51, 52–54; 180/III 148v
- Anciennitätsprinzip
- - bei Anstellungen 294/75 84
- - KO (12.11.1860) 310/75 119; 326/76 27, 337/76 77av
- - u. Leistungsprinzip 294/75 84
- Beamtenrecht
- - Strafbarkeit von Handlungen 416/78 130–130v
- - Verschärfung zur Disziplinierung 294/75 83–83v
- Besoldungen/Gehälter/Einkommen 42/71 88v; 144/73 85–85v
- - Amtsenthebung und Dienst Einkommen 195/74 35v
- - Besoldungs-Grundsätze 310/75 119; 326/76 27
- - Erhöhungen und Eingruppierung, Richter 103/72 147v
- - Etat 1862 261/74 178v–180, 269/74 207v
- - Etat 1865 368/77 85–86
- - Konfliktzeit und budgetloses Regieren 292/75 65v–66, 69v–74v
- - Lehrer an Volksschulen 419/III 297
- - Ministerial-Subaltern-Beamte, Erhöhung ab 1866 364/77 54
- - Richter 310/75 119; 326/76 27, 337/76 77av
- - Unterbeamte 419/III 295, 295v, 296v
- - Zulage für Ministerialbeamte 350/77 3–3v
- Dienst-Abnahme (Verfassungs-Art. 108)
- - AH-Interpellation 285/III 210
- - als Mitglieder des Landtags 121/73 1v, 125/73 7–8, 127/73 15–15v
- - bei Thronwechsel (1861) 120/Fundort; 121/73 1–2, 3, 125/73 7–8, 127/73 15–15v, 16
- Dienstjubiläen 192/74 27, 269/74 207–207v
- - Ordens- und Titelverleihungen 269/74 207–207v; 303/75 112
- Dienstreisen 58/71 145v
- - Reise- und Umzugskosten 270/74 229v
- - Transport und Verpflegung auf Kriegsschiffen 369/77 87v, 372/77 117v
- Disziplinarmaßnahmen und Pensionen 369/77 87–87v
- Disziplinarrecht
- - Entscheidung bei Stimmgleichheit 365/77 81–83
- - Gesetz (21.7.1852) 332/76 65, 66–69
- Disziplinarrecht von Konsuln 332/76 65, 66–69
- Disziplinierung in der Konfliktzeit 262/74 190v–191; 263/III 207–208v; 268/74 205v–206; 270/74 229; 282/75 30–30v; 286/75 33, 294/75 83–84; 297/III 228v–229; 310/75 119, 315/75 134; 326/76 27, 337/76 77av; 367/III 275
- Eingaben
- - Beschwerden über soziale Lage 245/74 152
- Eisenbahn-Verwaltung
- - Einstellung Versorgungsberechtigter 242/74 144
- Ernennungen, Grundsätze 15/71 2
- Kassen-Defekte, Einzelfälle 369/77 87

- Kommunal-Beamte
- - Rheinprovinz 267/74 204, 270/74 229
- - als Stadt- und Gemeinde-Verordnete, Verfahren 168/73 172v–173
- Landräte zur Disposition gestellt 286/75 33
- Ministerial-Beamte
- - Amtsgeheimnis 1/70 284–284v
- - Entlassungen 93/72 89–91v
- - Verhältnis der Stellenzahlen f. Räte 2. u. 3. Klasse 179/73 225–226
- (als) naturalisierte Staatsbürger 168/73 173–173v, 174–175v
- Nebentätigkeiten, Regelung 58/71 146–146v
- Ordensverleihungen f. Subalternbeamte 374/77 122
- Treuebekanntnis 55/71 131–131v
- Unterstützungen
- - Beamten-Witwen 327/76 29
- - Etat 1862 269/74 207v
- Versetzungen
- - Einzelfälle 109/72 173
- - in den Ruhestand, Einzelfälle 370/77 92
- - aus politischen Gründen 2/70 285v, 4/70 289, 262/74 190v–191; 263/III 208–208v; 294/75 83v–84
- Wahlrecht, passives 425/78 145
- Wiederanstellung Entlassener, Einzelfälle 261/74 176–176v
- Witwen-Verpflegungs-Anstalt 303/75 112
- Ernennungen; Disziplinar-, Gehalts- und Pensionssachen; Disziplinarhof; Pensionen
- Beamte (Militär-)**
- Dienst-Abnahme bei Thronwechsel (1861) 121/73 3
- Versorgung im Zivildienst, Reglement 376/78 6–6v
- Marine
- Befreiungskriege**
- Gedenkfeiern
- Begnadigungen**
- Grundsätze 170/73 185–185v
- Ministeranklage 165/73 163–165v, 176/73 207–221
- Todesurteile, Einzelfälle
- - kgl. Begnadigung und Vollstreckung 6/70 293–293v, 7/70 294; 41/III 50–51, 60/III 68–68v, 76/III 92–92v, 89/III 98–98v, 107/III 106–106v, 114/III 103–103v, 163/III 134–136, 367/III 272, 396/III 286–287v
- bei Thronwechsel 121/73 3–4; 122/III 108v; 123/73 5, 128/73 19
- Abolition; Amnestie; König; Strafjustiz
- Begräbnisse**
- Leichenfuhrwesen Berlin 68/71 212v–213, 216–218v
- Belagerungszustand**
- Posen
- Bergbau**
- Abgaben der Bergwerke
- - Ermäßigung, Gesetzentwurf 235/74 138; 277/75 8
- - Handelsvertrag mit Frankreich (1862) 235/74 138
- - Rheinische Gemeinde-Verfassung (15.5.1856) 326/76 27–27v, 28
- Arbeitsverhältnisse 72/72 1; 75/III 90v–91; 379/78 27–27v



- Bergbehörden
- - Organisation, Reform 81/72 33
- Forstordnungen 265/74 199–201v
- Krieg 1866 und Eigentumsverhältnisse Saarland 392/78 74–75, 409/78 119
- Kuxe
- - Mobilisierung, Gesetzentwurf 99/72 118; 100/III 99; 123/73 5
- Mansfelder Bergbau
- - Bergwerksabgaben-Verminderung 277/75 8
- Oberbergämter
- - Bonn 319/76 1
- - Berg-Hypotheken-Kommission 81/72 33
- - Kompetenzen 99/72 118; 100/III 99; 115/72 220v
- Staat/Fiskus
- - Unternehmens-Beteiligungen Saarbrücker Kohlebergwerke 392/78 74–75
- Waldschutz Rheinprovinz 342/76 110, 111–111v

### **Berlin**

- Bauten/Stadtplanung
- - Abgeordnetenhaus, Neubau-Pläne und Standortfrage 311/75 121v, 126–127v
- - Bauflichter 389/78 38–38v, 39v
- - Brückenbau 381/78 28v–29
- - Kanalbau 395/78 80
- - Marstall, Umbau 341/76 87
- - Porzellan-Manufaktur 311/75 126v; 395/78 80
- - Stadtmauerabriß 389/78 37–39v, 395/78 80
- - Stadttore 389/78 37–39v
- Leichenfuhrwesen 68/71 212v–213, 216–218v
- Rennbahn, Vors. des Schiedsgerichts 348/77 2
- Denkmäler

### **Berliner Allgemeine Zeitung**

- Verhältnis zur Volkszeitung 198/74 42v

### **Bernstein-Regal**

- Ostpreußen, Revision der Strafbestimmungen 419/III 297v

### **Binnenschifffahrt**

- Donau, Abgaben 419/III 297v
- Elbe
- - Abgaben-Aufhebung, Stader Zoll, Gesetzentwurf 222/III 184
- - Schiffsunglück 268/74 205–205v
- Mosel, Abgaben-Aufhebung, Gesetzentwurf 222/III 184
- Rhein
- - Abgaben-Aufhebung, Gesetzentwurf 419/III 296v
- - Rheinbrücke Koblenz 46/71 96
- - Zoll-Ermäßigung 115/72 220v

### **Bodenkredit-Anstalten**

- Hypothekenbanken

### **Botschaften**

- Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten

### **Brandenburg (Provinz)**

- Kirche (evangelische)
- - Emeritenfonds 337/76 78v, 79

- Provinziallandtag
- - ständische Rechte f. Rittergutsbesitzer 264/74 192
- Ritter-Akademie 192/74 26
- Bremen** (Freie Hansestadt)
- Zollanschluß 425/78 145v
- Breslau** (Stadt)
- Oberbürgermeister, Wahlbestätigung 300/75 89v–90
- Brockhaus Verlag**
- Presserechts-Verfahren 198/74 42
- Bromberg** (Regierungsbezirk)
- Lehrerseminare, katholische 311/75 121v, 124–125
- Regierungspräsident, Versetzung 317/75 135
- Schulen, katholische 311/75 121v, 124–125, 317/75 135v
- Brückenbau**
- Berlin 381/78 28v–29
- Koblenz 46/71 96
- Brüder des rauhen Hauses** (Orden)
- Ordensauszeichnungen 336/76 76v
- Budgetrecht**
- Budgetloses Regieren, Konflikt 1862 ff. (Lückentheorie) 248/74, 249/74 169e; 250/III 196–199v, 251/III 200–202v; 252/74 169f–169g, 261/74 176, 177–185; 292/75 65v–66v, 67–80v, 294/75 82; 297/III 226–227v; 324/76 25, 326/76 27, 334/76 75a–75av; 335/III; 337/76 77av–77bv, 338/76 82–82v; 350/77 3v–4, 353/77 28
- Einnahmen-Ausgaben-Nachweis 239/74 141
- Etat-Ausgaben, nachträgl. Bewilligung 247/74 169–169v
- Etat-Gesetze, rechtzeitige Vorlage 317/75 135
- Etat-Spezifizierung, Antrag Hagen (1862) 194/74 34–34v, 197/74 40–40v, 198/74 43–43v, 203/74 51–55v; 204/III 176–179v, 222/III 183v–184; 241/74 143
- Etat-Überschreitungen, Grundsätze 238/74 139
- Etat-Überschreitungen, nachträgl. Genehmigung 350/77 3v
- Oberrechnungskammer, Bemerkungen zur Rechnungsprüfung 233/74 126–126v, 235/74 138, 237/74 142, 238/74 139; 350/77 4
- Oberrechnungskammer, Einrichtung und Befugnisse (Verfassungs-Art. 104), Gesetzentwurf 136/73 55–57v; 139/III 117–119; 174/73 198–199v, 176/73 206; 180/III 142–152, 183/III 159–160; 186/74 19, 189/74 24–24v, 190/74 25; 191/III 168–168v; 274/75 4
- Staatsanleihen-Konvertierung, AH-Zustimmung umstritten 240/74 148v
- Staatsschatz, Bestands-Kontrolle 239/74 141; 350/77 4, 353/77 28
- Verfassungsänderung zu Art. 99, Gesetzentwurf 317/75 135
- Oberrechnungskammer; Staatshaushalt
- China**
- Handels- und Schifffahrtsvertrag (2.9.1861) 222/III 184
- Ostasien-Expedition
- Christkatholiken**
- Dissidenten
- Coburger Zeitung**
- über Armee Preußens 188/74 23

**Dänemark (Königreich)**

- Krieg 1864
- - Bundesexekution (1863/64) 312/75 130; 316/III 237–240
- - Einmarsch in Jütland 327/76 29
- - Londoner Vertrag (1852) 316/III 237–238, 318/III 241–244, 321/III 248–249
- - Marine, Stärke-Einschätzung 330/III 254v
- - November-Verfassung (1863) 318/III 241–244, 320/III 245–246v, 321/III 248–249
- - Thronwechsel (Nov.1863) 316/III 237–238
- - Ultimatum Preußens und Österreichs 320/III 245–246v, 321/III 247–247v
- - Waffenstillstand 330/III 254v
- Schleswig-Holstein-Frage, Krieg 1864

**Dänische Frage**

- Schleswig-Holstein-Frage

**Darlehenskassen**

- Banken; Hypotheken

**Decem**

- Steuern, Zehnt-System

**Deckersche Ober-Hofbuchdruckerei**

- 100-Jahrfeier (1863) und Nobilitierung des Inhabers 308/75 118, 309/75 120

**Defraudation**

- Steuerhinterziehung

**Deiche**

- Wasserwirtschaft

**Denkmäler**

- Berlin
- - Friedrich Wilhelm III. 275/75 5, 277/75 9, 278/75 13v, 279/75 14, 280/75 15
- - Siegessäule 351/77 5v, 358/77 43–43v, 361/77 49v–50v
- - Statue Blücher 278/75 13v, 279/75 14
- - Statue Bülow 278/75 13v, 279/75 14
- - Statue Gneisenau 278/75 13v, 279/75 14
- - Statue Hardenberg 278/75 13v, 279/75 14
- - Statue Wilh. Humboldt 278/75 13v, 279/75 14
- - Statue Kleist 278/75 13v, 279/75 14
- - Statue Scharnhorst 278/75 13v, 279/75 14
- - Statue Stein 278/75 13v, 279/75 14
- - Statue Tauentzien 278/75 13v, 279/75 14
- - Statue York 278/75 13v, 279/75 14
- Krieg 1864
- - Alsen, Düppel und Berlin 351/77 5v, 358/77 43–43v, 361/77 49v–50v

**Depositen-Kassen**

- Banken

**Deutsche Fortschrittspartei**

- gerichtl. Verfolgung 173/73 192
- Programm-Forderungen 1861/62
- - Stellung des Staatsministeriums 191/III 165–168
- Wahlen zum Abgeordnetenhaus
- - 1861: 180/III 142–149
- - 1862: 213/74 95v
- Abgeordnetenhaus; Liberale Parteien

**Deutsche Frage**

- Bundesreformpläne 184/74 1v–2, 194/74 33v, 195/74 36, 198/74 42v–43; 275/75 5
- Deutscher Zollverein 228/III 187v–188
- Konflikt Preußen–Österreich, Krieg 1866 366/III 267–271, 385/III 278–282v, 393/III 283–284v, 397/III 288–289v
- Krieg 1864, Folgen 366/III 267–271
- Kurhessen, Verfassungskonflikt 198/74 43; 196/III 170v–174; 229/74 117–118; 236/III 191–194
- Mainlinie 375/78 4
- Preußens Politik
  - - Beibehaltung bisheriger Politik 191/III 167v–168
  - - Handels- und Zollvertrag mit Frankreich (1862) 245/74 152
  - - Teplitzer Gespräche 96/72 111v
  - - Verhältnis zu Österreich 86/III 93–97v; 96/72 111v
  - - Ziele und Verhalten 86/III 93–97v
- Schleswig (Hzgtm.), Deutschland-Begriff 375/78 3–3v
- Schleswig-Holstein-Bewegung 316/III 237–237v, 238–238v, 318/III 241–244
- Wehr- und Schützenvereine, Waffenverbot 268/74 205v

**Deutscher Bund**

- Auflösung (1866) 407/III 290–293v
- Bundesexekution gegen Dänemark (1.10.1863) 316/III, 318/III 241–244, 320/III 246
  - - Finanzierung 307/III 236
  - - Großbritannien, Vermittlungen 312/75 130
- Bundesfestungen
  - - Krieg 1859 27a/Fundort 278; 54/III 66
  - - Rekruten-Einziehung (1863/64) 298/III 231v
- Bundesheer
  - - Krieg 1859 27a/Fundort 277–278; 43/Fundort 546–553
- Bundesreform
  - - Bernstorffs Unionsplan 184/74 2, 194/74 33v
  - - Beust-Plan 184/74 1v, 194/74 33v, 195/74 36, 198/74 42v–43
  - - Delegiertenversammlung, Plan 275/75 5
  - - Frankfurter Fürstenkongreß (1863) 301/III 233–234; 300a/Fundort
  - - Verhältnis Preußen – Österreich 385/III 280–280v, 397/III 288–289
- Bundestag
  - - Delegiertenversammlung geplant 275/75 5
  - - Krieg 1859, Stellung und Maßnahmen 43/Fundort 546–553
  - - Kurhessen, Verfassungskonflikt 57/71 143–144; 196/III 170v–171; 229/74 117–118; 236/III 191–194
  - - Schleswig-Holstein-Frage 119/72 243; 182a/Fundort; 307/III 236
  - - Voten Preußens 275/75 5
  - - Zivilprozeßordnung, deutsche: Entstehung 151/73 120–120v
- Bundesversammlung
  - - Preußen, Erklärung 333/76 74–75v
- europ. Mächtegleichgewicht 385/III 280
- Matrikular-Beiträge der Mitglieder
  - - für Bundesexekution gegen Dänemark 307/III 236
- metrische Maßeinheiten, Einführung 333/76 72, 74–75v
- Militärkommission und Militärausschuß
  - - Krieg 1859, Stellung und Maßnahmen 27a/Fundort 278; 43/Fundort 546–553
- Preßgesetz (1854) 8/70 303

- Schleswig-Holstein-Frage
- - Anträge und Erklärungen Preußens 316/III 238v–239, 318/III, 320/III
- - Bundesexekution gegen Dänemark (1863/64) 316/III 237–240, 318/III 241–244, 320/III 246
- - Bundesversammlung, Beschlüsse 318/III 241–244, 320/III 245–246v
- - Erbfolgefrage 318/III 241, 241v, 243v
- - Matrikular-Umlage 316/III 238v, 239
- Süddeutschland
- - Beziehungen zu Preußen (1866) 419/III 295v
- Krieg 1866

**Deutscher Nationalverein**

- Stellung Preußens 98/72 114
- Vereinsrecht 133/73 46–46v

**Deutscher Polizeiverein**

- Polizei-Präsidium Berlin, Teilnahme 155/73 125v

**Deutscher Zollverein**

- Deutsche Frage 228/III 187v–188
- Exportverbote
- - nach Frankreich (1859) 44/71 90, 56/71 135
- Hannover
- - Raten-Rückzahlung verlangt 398/78 81
- Krieg 1866 399/78 83–83v
- Preußen
- - Bevollmächtigte in Hannover und Kassel 348/77 1v
- - Handels- und Zollvertrag mit Frankreich (1862) 245/74 152
- Exporte

**Deutsch-Österreichischer Postverein**

- Briefporto-Ermäßigung 384/78 32

**Direkte Steuern**

- Sigmaringen und Hechingen
- - Gesetzentwurf 419/III 296v

**Dissidenten**

- Hebammen-Unterstützungs-Fonds
- - Beitragsleistung 304/75 113–115
- Kirchenabgaben 140/73 68–68v, 69–70
- Konfessionsformen 14/70 348v–362v
- Rechtsstellung 8/70 306, 10/70 330v; 13/II 268; 14/70 348v–362v; 38/71 65–65v
- Eherecht

**Disziplinar-, Gehalts- und Pensionssachen** 5/70 290, 291, 292, 9/70 318–329; 15/71 2, 3, 4–10, 19/71 13, 16, 20/71 17–23, 21/71 24, 29, 30, 35/71 55, 56–59, 39/71 68–86, 45/71 91v–92, 48/71 97v, 55/71 110–134, 58/71 146, 149–160, 62/71 182v, 184–186, 66/71 196, 207–207v; 88/72 62v–71, 91/72 73, 75–85, 94/72 92, 93–107, 95/72 108, 110, 98/72 114, 116, 117, 102/72 128v, 130–146, 111/72 190–204, 115/72 220, 226–231; 126/73 9, 11, 130/73 25, 37–44, 140/73 68v, 71–80, 147/73 91, 92–106, 157/73 128, 133–150; 233/74 126v, 127–136, 246/74 154, 155–158, 161–168, 269/74 207, 208–225; 277/75 8, 10–12; 281/75 16–26, 302/75 92, 96–111; 340/76 85, 86–86c, 341/76 87, 88–109, 342/76 110, 115; 352/77 7–26, 354/77 29, 30–32, 34–37, 365/77 56, 57–80, 84, 369/77 87, 89–91v, 370/77 92, 93–113, 373/77 121, 123–131; 378/78 8–26, 390/78 40, 41–66, 391/78 67, 68, 72, 394/78 76, 77–79, 403/78 91, 92–104, 404/78 105, 106–114, 411/78 122, 123, 429/78 152, 153–166

- Disziplinarsachen

**Disziplinarhof** (für nicht-richterl. Beamte)

- Mitglieder, Berufungen 340/76 85; 374/77 122

**Disziplinarsachen** (Einzelfälle) 56/71 135v–142, 71/71 228, 230–252; 110/72 185; 145/73 86–86v, 146/73 87v–88v, 168/73 172, 176–178; 259/74 174–174v, 261/74 176–176v; 288/75 36, 40–62; 319/76 1, 3–20, 323/76 21, 23, 327/76 29, 30–39, 329/76 44, 46–57, 60, 332/76 65, 70–71, 336/76 76, 77

- Grundsatzentscheidungen

- - Dienstentlassung, Pensionsregelung 369/77 87–87v

- - Präjudizialbuch eingeführt 381/78 28–28v

- Landräte 58/71 145–145v, 61/71 172v, 176–176v, 66/71 196, 70/71 226; 173/73 192; 180/III 154v–155v; 182/73 231, 232–258; 184/74 1, 197/74 40, 41, 212/74 70, 72–94, 215/74 100v, 101

- Oberpräsidenten Posen 61/71 172v, 177–179v; 91/72 73–73v

- Polizeipräsidenten Posen 126/73 9, 137/73 61

- Regierungspräsidenten Arnberg 297/III 229

→ Beamte

**Donau**

→ Binnenschifffahrt

**Dotationen**

- verdiente Politiker und Militärs im Krieg 1866, Gesetzentwurf 420/78 137–137v, 421/78 139v–140, 422/78 141v; 423/III 299–300

**Dreiklassenwahlrecht**

→ Abgeordnetenhaus; Wahlrecht

**Ehe- und Familienrecht**

- Vormundschaft, Gerichtskosten 276/75 6, 7–7v

**Eherecht**

- Ehescheidungsrecht

- - Doppelehen 65/71 192v–193, 194–195v

- - Trauung Geschiedener 104/72 153, 154–155v, 110/72 185; 122/III 110–111

- Gütergemeinschaft

- - Einführung in Westfalen, Gesetzentwurf 30/71 44, 45–45v; 80/72 15v

- - KO v. 8.6.1857, Aufhebung vorgesehen 104/72 153, 154–155v, 110/72 185; 122/III 110–111

- - Westfalen/Ostrhein, Gesetzentwurf 419/III 297v

- Zivilehe, Einführung

- - Abgeordnetenhaus-Erklärung 197/74 40v

- - Gesetzentwurf 1/70 284v, 10/70 330v, 11/70 332–345, 12/70 346–346v; 13/II 263v–265;

18/III 44–49; 21/71 24v, 23/71 32v, 24/71 36, 34/71 54, 62/71 183, 187–189v; 81/72 33–33v,

82/72 35, 98/72 114v–115, 99/72 119v; 100/III 99v–100v; 102a/Fundort; 122/III 110–111;

128/73 19; 194/74 33–33v, 195/74 35

- Zivilnotehe 81/72 33–33v

→ Großbritannien

**Eidesleistung** (Verfassungs-Art. 108)

→ Beamte

**Einkommensteuer** (inkl. Klassensteuer)

- Aufhebung des Zuschlags (zum 1.7.1862) 216/74 102, 217/74 103v–104; 218/III 180–181v

- Erhebung eines Zuschlags, Gesetzentwurf 42/71 88v–89, 50/71 103, 69/71 220–225; 80/72 27v, 28, 81/72 33v; 191/III 168v; 213/74 95v–96v

- Klassensteuer anstelle der Mahl- und Schlachtsteuer, Gesetzentwurf 419/III 296v

**Eisenbahnen**

- Abgabe, Mehreinnahmen 218/III
- Aktienfonds 32/71 51, 42/71 88–88v; 91/72 73v–74
- Anleihen
  - 24 Mio., Gesetzentwurf 425/78 145
  - Verwendung zur Kriegsfinanzierung (1864) 334/76 75a; 335/III 255v–256; 337/76 77b
- Behörden
  - Hannover 424/78 144v
  - Erfurt, Eisenbahn-Kommissariat 30/71 44–44v
- Eisenbahn-Brücken
  - Königsberg/Nogat 328/76 41
- Eisenbahn-Fonds (staatl.), Einsparungen 216/74 102; 218/III 181
- Eisenbahn-Gesellschaften
  - Berlin-Lehrter, Konzessionen 382/78 30–30v
  - Berlin-Stettiner 360/77 46v, 365/77 56
  - Rhein-Nahe, staatl. Zinsgarantie f. Prioritäts-Anleihe 130/73 25
  - Rheinische, Beteiligung am Festungsbau 169/73 179, 182–184v
- Eisenbahn-Linien (allg.), Kapitalbeschaffung 13/II 263v; 16/71 11v, 46/71 96–96v
- Eisenbahn-Linien (einzelne, Streckenbau)
  - Alpenbahn 383/78 31
  - Altenbeken–Hoexter 13/II 263v; 99/72 118–118v; 100/III 99; 133/73 46v
  - Angermünde–Stralsund 91/72 73v–74, 99/72 118–118v; 100/III 99v; 133/73 46v
  - Berlin–Küstrin 222/III 184v, 335/III 256
  - Berlin–Lehrte 382/78 30–30v
  - Berlin–Potsdam–Magdeburger, Konzessionen 382/78 30–30v
  - Breslau–Oberschlesische Industrieregion 45/71 91v
  - Bromberg–Thorn 13/II 263
  - Danzig–Köslin 284/75 32
  - Danzig–Neufahrwasser 284/75 32–32v
  - Frankenstein–Wildenschwerdt 137/73 62–62v, 63–65
  - Görlitz–Waldenburg 222/III 184v, 353/III 255v
  - Guben–Röderau 83/72 36, 38–40
  - Hamburg–Bremen–Münster–Venloo 315/75 134
  - Jadebahn → Oldenburg–Minden
  - Köln–Gießen 46/71 96–96v
  - Königsberg–Pillau 91/72 73v–74
  - Köslin–Stolp 355/77 38, 360/77 46–46v
  - Krefeld–Kleve 217/74 103
  - Kreiensen–Altenbeken 91/72 73v–74
  - Niederlausitz 83/72 38
  - Niederschlesien 13/II 263v
  - Oldenburg–Minden 220/74 106
  - Pasewalk–Güstrow 141/73 81–83v
  - Pasewalk–Mecklenburgische Grenze/Neubrandenburg 365/77 56–56v
  - Rhein–Nahe 16/71 11v
  - Saarbrücken 13/II 263v
  - Schlesische Gebirgsbahn → Görlitz–Waldenburg
  - Stettin–Güstrow 135/73 51–51v
  - Stralsund–Rostock 141/73 81–83v

- - Waldenburg–Josephstadt 137/73 62–62v, 63–65
- - Westfälische Eisenbahn → Altenbeken–Hoexter
- Eisenbahn-Verwaltung
- - Etat 1859 32/71 51, 42/71 88–88v
- - Etat 1862, Ausgaben-Minderung 242/74 144
- Verträge
- - Magdeburg–Leipziger-Eisenbahngesellschaft 242/74 144
- Zinsgarantien (staatl.) 360/77 46–46v
- Brückenbau
- Eisenbahnbeamte**
- Beamte; Pensionen
- Elbe**
- Flußniederungen, Teiche 400/78 84–84
- Binnenschifffahrt
- Elbing (Stadt)**
- Deputation bei Wilhelm I., Wahlprotest (1862) 237/74 142v
- Elementarschulen**
- Volksschulen
- England**
- Großbritannien
- Erbfolge/Erbrecht**
- Nachlaßregulierung, Gerichtskosten, Gesetzentwurf 222/III 183v
- Erbschaftssteuer**
- Stempelsteuer f. Legate 103/72 147v–148, 149–150
- Ernennungen (Einzelfälle)**
- Grundsätze des Verfahrens 15/71 2; 294/75 84, 310/75 119; 326/76 27, 337/76 77av
- Bergbaubeamte 319/76 1
- Disziplinarhof nicht-richterl. Beamte, Hilfsarbeiter 90/72 72
- Gerichtshof zur Entscheidung d. Kompetenzkonflikte 9/70 315–317; 277/75 8
- Justizbeamte (sonstige)
- - Strafanstalten, Direktoren 288/75 36
- Kronsyndizi 35/71 55
- Landräte
- - Aschersleben 348/77 1v
- - Belgard 372/77 117v
- - Belzig-Zauch 178/73 223
- - Bergheim 370/77 92
- - Bitterfeld 372/77 117v
- - Braunsberg 348/77 1v
- - Chodziesen 159/73 156
- - Danzig 370/77 92; 394/78 76v
- - Darkehmen 372/77 117v
- - Demmin 134/73 47
- - Deutsch-Krone 48/71 97
- - Dortmund 92/72 86
- - Dramburg 338/76 82
- - Erfurt 369/77 88
- - Essen 48/71 97
- - Falkenberg 390/78 40
- - Friedeberg 403/78 91v



- Gardelegen *147/73* 91
- Gerdauen *95/72* 110
- Gladbach *93/72* 88
- Goldap *372/77* 117v
- Görlitz *16/71* 11
- Grimmen *38/71* 65
- Halberstadt *372/77* 117v
- Heiligenstadt *358/77* 44v
- Heilsberg *358/77* 44v
- Heinsberg *92/72* 86
- Jerichow II *271/74* 232
- Koblenz *48/71* 97
- Kreuznach *193/74* 30
- Löbau *150/73* 114
- Lüben *386/78* 33
- Mansfeld *238/74* 140
- Mayen *21/71* 24
- Meseritz *225/74* 114
- Militsch *124/73* 6
- Mohrungen *61/71* 172–172v
- Neu-Ruppin *136/73* 55
- Nimptsch *271/74* 232
- Obornik *226/74* 115
- Oels *53/71* 109
- Oletzko *80/72* 15
- Oschersleben *332/76* 65
- Osterode *394/78* 76v
- Osterode i.Pr. *271/74* 232
- Ost-Prignitz *28/71* 41v
- Ottweiler *102/72* 128
- Preuß. Eylau *53/71* 109
- Querfurt *16/71* 11
- Regenwalde *328/76* 41v
- Rothenburg *172/73* 190
- Sagan *259/74* 173
- Samter *155/73* 125
- Sangerhausen *186/74* 18v
- Schievelbein *372/77* 117v
- Schleiden *339/76* 83
- Schlochau *132/73* 45
- Schönau *15/71* 1–1v
- Schwiebus *186/74* 18v
- Stallupönen *134/73* 47
- Strasburg *108/72* 170
- Teltow *276/75* 6
- Ückermünde *277/75* 8
- Wehlau *55/71* 110v
- Wetzlar *80/72* 15
- Wipperfürth *328/76* 41v

- - Zeitz 276/75 6–6v
- - Zell 118/72 238
- Landwirtschaftsbeamte
- - Direktor Komm. f. Gemeinheitsteilungen Pommern 197/74 40
- Marinebeamte
- - Kommissariat Jade-Gebiet 66/71 196; 77/72 10v
- - Marineministerium 267/74 203–203v
- Ministerialbeamte (sonstige)
- - Außenministerium 3/70 288; 29/71 42; 267/74 203v; 308/75 118
- - Finanzministerium 14/70 347; 46/71 96v, 50/71 104, 57/71 144, 61/71 172; 98/72 114; 145/73 86v, 149/73 109; 317/75 135; 420/78 137v–138
- - Grundsätze des Verfahrens 15/71 2
- - Handelsministerium 3/70 288–288v, 5/70 290v, 10/70 330–330v; 23/71 32v–33, 24/71 36v, 28/71 41v, 40/71 87, 50/71 103v; 108/72 170v; 317/75 135; 332/76 65, 334/76 75a; 390/78 40
- - Innenministerium 10/70 330; 40/71 87; 96/72 111
- - Justizministerium 55/71 110; 105/72 160; 413/78 126v
- - Kriegsministerium 57/71 144–144v; 329/76 44, 332/76 65
- - Kultusministerium 3/70 288–288v, 7/70 294v, 12/70 346v; 15/71 1v–2; 332/76 65; 372/77 118; 429/78 152
- - Landwirtschaftsministerium 93/72 87v; 394/78 76, 406/78 116v
- - Marineministerium 267/74 203–203v, 270/74 229
- - Ministerium des Innern 360/77 47v; 429/78 152
- - Ober-Examinations-Kommission (Geschäftskreis der Regierungen, StMinm.) 329/76 44
- - Oberrechnungskammer 282/75 30v
- - Staatsministerium 2/70 285v–286; 40/71 87v; 373/77 121v
- Oberpräsidenten
- - Brandenburg 245/74 152–152v
- - Rheinland 2/70 285v
- Polizeipräsidenten
- - Berlin 185/74 16–16v, 232/74 125, 244/74 146v
- - Breslau 214/74 97v
- Postbeamte
- - Direktoren 106/72 161; 372/77 117v
- - Generalpostamt 215/74 99
- - Postdirektion Arnsberg 58/71 145v; 315/75 134
- Provinzialbeamte (sonstige)
- - Reg. Arnsberg 424/78 144
- - Reg. Breslau 14/70 347
- - Reg. Düsseldorf 16/71 11
- - Reg. Frankfurt/O. 394/78 76v
- - Reg. Koblenz 59/71 162
- - Reg. Merseburg 4/70 289v
- - Reg. Münster 231/74 120v; 360/77 47v
- - Reg. Oppeln 58/71 145
- - Reg. Sigmaringen 140/73 67
- - Steuereinspektion Köln 98/72 114
- Regierungspräsidenten
- - Danzig 290/III 213
- - Frankfurt/O. 260/74 175
- - Gumbinnen 48/71 97v

- Merseburg 149/73 109
- Minden 4/70 289
- Oppeln 7/70 294
- Potsdam 8/70 311
- Sigmaringen 31/71 46
- Trier 317/75 135
- Regierungsvizepräsidenten
- Koblenz 147/73 91
- Magdeburg 329/76 44v
- Münster 231/74 120v
- Posen 111/72 189
- Stettin 149/73 109; 329/76 44v
- Stralsund 32/71 51v
- Richter
- AppGer. Arnsberg 372/77 118
- AppGer. Frankfurt/O. 97/72 112
- AppGer. Glogau 48/71 98
- AppGer. Insterburg 148/73 107v
- AppGer. Köln, Vizepräs. 338/76 82
- AppGer. Köslin 50/71 103v
- AppGer. Marienwerder 214/74 98, 215/74 99–99v; 372/77 118
- AppGer. Paderborn 413/78 126
- AppGer. Posen 8/70 311; 129/73 24
- AppGer. Präs. u. Vizepräs. 390/78 40
- AppGer. Ratibor 97/72 112
- AppGer. Stettin 329/76 44v
- OAppGer. Celle, Vizepräs. 417/78 135
- KG, Präs. u. Vizepräs. 388/78 35
- Kreisgerichte, Direktoren 8/70 311; 25/71 38, 28/71 41v, 32/71 51–51v, 39/71 67, 48/71 98, 59/71 161, 69/71 219; 91/72 73, 93/72 87, 94/72 92, 96/72 111, 98/72 114, 102/72 128, 108/72 170; 156/73 127–127v, 168/73 172, 172/73 190, 181/73 229; 198/74 42v, 223/74 110, 238/74 140v, 239/74 141v, 242/74 144–144v, 244/74 146, 245/74 152v; 283/75 31v, 288/75 36, 317/75 135; 323/76 21, 331/76 61v, 336/76 76, 339/76 83v; 372/77 118; 381/78 29v, 388/78 35, 422/78 142
- (Ober-)Tribunal, Vizepräs. 328/76 41v; 403/78 91
- (Ober-)Tribunale, Räte 50/71 103v, 59/71 161; 95/72 110; 149/73 109; 233/74 126v; 288/75 36, 381/78 29v
- Stadtgerichte, Direktoren u. Präs. 255/74 169k; 376/78 6v, 388/78 35
- Staatsanwälte
- AppGer. Bromberg 376/78 6v
- AppGer. Marienwerder 245/74 152v
- Insterburg 4/70 289v
- Kreisgericht Rybnik 62/71 182
- Obertribunal Berlin 19/71 13; 404/78 105
- Obertribunal Königsberg 417/78 135
- Paderborn 309/75 120
- Posen 329/76 44v
- Universitätsbeamte
- Bonn 24/71 37

- Unterstaatssekretäre
- - Außenministerium 267/74 203v
- Wasserbau-Beamte 323/76 21
- Zivilkommissare (in annekt. Gebieten 1866/67)
- - Frankfurt/M. 404/78 105
- - Hzgtm. Schleswig 321/III 248
- Beamte; Titelverleihungen
- Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften**
- Genossenschaften
- Europäisches Gleichgewicht der Mächte**
- Krieg 1859 und Preußen 43/Fundort 546–553; 48a/Fundort
- Italienische Frage 122/III 108
- Krieg 1866 366/III 269, 269v
- Evangelischer Oberkirchenrat**
- Kirche (evangelische)
- Expeditionen**
- Nordpol
- - Unterstützung Preußens 383/78 31
- Ostasien (1859–62) 59/71 161–161v, 68/71 212
- Exporte**
- Verbote in Krisen- und Kriegszeiten 27a/Fundort 280, 284; 29/71 42, 30/71 43, 34/71 54, 44/71 90, 45/71 91–91v; 54/III 67–67v; 56/71 135; 398/78 81
- Feiern**
- Gedenkfeiern
- Festungs-Rayon-Regulativ (1828)**
- Petitionen zur Revision 22/71 31–31v
- Militär
- Feuer-Sozietäten/Versicherung**
- Versicherungen
- Finanzministerium**
- Ministerium der Finanzen
- Fischereiordnung**
- Pommersches Haff 13/II 263v; 14/70 348v
- Flotte, Flottenpolitik**
- Marine
- Fluß-Schifffahrt**
- Binnenschifffahrt
- Forstwirtschaft**
- Forst-Lehranstalt Neustadt/Warthe 286/75 33
- Forstordnungen und Baurecht 265/74 199–201v
- Waldschutz
- - Baurecht 265/74 199–201v
- - Rheinufer, linkes 342/76 110, 111–111v
- Fortifikationen**
- Militär
- Frankfurt/M. (Freie Stadt)**
- Annexion durch Preußen (1866)
- - allgemein 404/78 105, 408/78 117, 411/78 122, 415/78 129
- - Gesetz (20.9.) und Besitzergreifungs-Patent (3.10.) 407/III 290–293; 412/78 123v

- - Strafgesetzbuch 424/78 143
- - Zivilverwaltung 412/78 123–123v
- Frankfurt/O. (Stadt)**
- Oberbürgermeister, Wahlbestätigung 328/76 41v
- Kommunalkasse, Auflösung 417/78 135v
- Frankfurter Fürstenkongreß (1863)**
- Stellungnahme Preußens 301/III 233–234
- Deutscher Bund, Bundesreform
- Frankreich**
- Deutsche Frage
- - Verhältnis zu Preußen 86/III 93–97v
- Handels- und Zollvertrag (29.3./2.8.1862)
- - allgemein 213/74 96, 96v; 222/III 184; 235/74 138, 245/74 152
- - Krieg 1866 399/78 83–83v
- Krieg 1859
- - Annexion Savoyens und Nizzas 86/III 93–97v
- - Kompensationen nach Friedensvertrag 86/III 93–97v
- - Schlacht bei Magenta 48a/Fundort 654
- - Verhältnis zu Preußen 43/Fundort 546–553; 48a/Fundort; 51/71 106–108v; 52/III 56–64v, 54/III 65–67v, 86/III 93–97v
- Krieg 1864
- - Verkauf von Kriegsschiffen 330/III 254, 254v
- Krieg 1866 366/III 269, 270
- - Kompensationen 393/III 283–284v
- - Verhältnis zu Preußen 385/III 278–282v; 392/78 74–75; 393/III 283–284v
- - Ziele Napoleons III. 392/78 74v.75
- Militärrüstung
- - Rekruten-Einziehung (1863/64) 298/III 231v
- Preußen, Beziehungen 419/III 295v
- Schleswig-Holstein-Frage 318/III
- Franziskaner**
- kath. Kirche, Prov. Preußen 299/75; 325/76 26–26v; 354/77 29; 412/78 123
- Frauen-Vereine**
- Unterstützungen für Militär-Angehörige 400/78 84c
- Freidenker/Freie Gemeinden**
- Dissidenten
- Fürsten**, ehem. reichsunmittelbare
- Standesherrn
  
- Gasteiner Konvention (14.8.1865)** 385/III 279, 280v
- Schleswig-Holstein-Frage
- Gebäudesteuer**
- Einführung, Gesetzentwurf 75/III 90
- Gedenkfeiern**
- Befreiungskriege, 50-Jahrfeier (1863) 268a/Fundort; 272/75 2c, 274/75 4v, 275/75 5, 276/75 6, 280/75 15, 282/75 30, 311/75 121
- Friede von Hubertusburg, 100-Jahrfeier (1863) 268a/Fundort; 272/75 2v, 282/75 30
- Gedenkmünzen** (u.ä.)
- Befreiungskriege, 50-Jahrfeier 280/75 15
- Krieg 1866 410/78 120–121v

**Gefängnisse**

- Berlin, Beschwerden 384/78 32
- Strafvollzugs-Reform 87/72 61–61v, 109/72 173v–174, 175–181v; 384/78 32
- Strafrecht

**Gehaltssachen** 84/72 50, 54, 85/72 55v–56, 57, 103/72 147, 151, 152, 111/72 205; 126/73 14; 233/74 126v

- Grundsätze 103/72 147–147v
- Beamte; Disziplinarsachen

**Geheimes Militärkabinett**

- Militärkabinett

**Geheimes Staatsarchiv**

- Staatsarchiv

**Geheimes Zivilkabinett**

- Zivilkabinett

**Geld- und Währungspolitik**

- Zinsen
- - Aufhebung von Beschränkungen des Zinssatzes, Gesetzentwurf 46/71 96, 48/71 97; 73/72 3v; 75/III 90v–91; 195/74 36–36v, 238/74 139v
- - Reduktion für Staatsanleihen 211/74 64–64v
- - Zinsgarantien f. Prioritätsanleihen 16/71 11v; 130/73 25
- - Zinssatz-Reduzierung f. Staatsanleihen 211/74 64–64v
- Münzwesen; Staatsanleihen; Wuchergesetze; Zinsen

**Gemeinden**

- Kommunen

**Gemeindeordnungen**

- Rheinprovinz (1845/56)
- - Novellierung 188/74 23–23v, 193/74 30, 221/74 108v
- Westfalen (1841) 246/74 153
- Kommunen

**Gemeinheitsteilungen**

- Ordnung (1821)
- - Grundstücks-Umlegung 140/73 67v–68
- - Novellierung 73/72 3–3v; 197/74 40, 220/74 106, 230/74 119
- Landwirtschaft

**Gendarmerie**

- Polizei

**General-Staatskasse**

- Denkmäler-Finanzierung 361/77 50
- Kriegs-Finanzierung (1864) 335/III 255v
- Mittelverwendung (1859) 42/71 88–88v
- Verbindung mit Staatsschatz-Rendantur 8/70 309–309v, 312–312v
- Staatsschatz

**Genossenschaften**

- Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
- - Genossenschaftsregister 427/78 146
- - privatrechtl. Stellung, Gesetzentwurf (Genossenschaftsgesetz v. 27.3.1867) 377/78 7, 416/78 130; 419/III 297; 427/78 146
- - staatliche Zulassung 427/78 146

- Selbsthilfe
- - Schultze-Delitzsch 283/75 31–31v
- rechtl. Stellung 283/75 31–31v
- Gerichte**
- Appellationsgericht Köln
- - Depositen-Kasse, Einrichtung 132/73 45v
- - Gerichtskosten bei Vormundschaftssachen 276/75 6, 7–7v
- Gerichtsgebäude
- - Berlin, Kriminalgericht, Grundstücksankauf 387/78 34–34v
- Gerichtsgebühren
- - Einführung Allg. Dt. HGB 185/74 16, 17–17v
- - Ermäßigung und Aufhebung, Gesetzentwurf 372/77 117, 119–120
- - Nachlaßregulierung, Gesetzentwurf 195/74 35–35v, 38; 222/III 183v
- Gerichtskosten
- - Vormundschaft 276/75 6, 7–7v
- - Zuschlags-Aufhebung, Gesetzentwurf 419/III 297v
- Gerichtsordnung, -organisation (26.4.1851)
- - Art. 8, Ergänzung 50/71 103, 105
- Kreisgerichte
- - Zuständigkeit f. Handelsgerichtsbarkeit, Gesetzentwurf 192/74 26–26v, 28–28v; 222/III 183
- Obergerichte
- - Ermittlungen von Amts wegen 100/III 100v
- Stadtgerichte
- - Zuständigkeit f. Handelsgerichtsbarkeit, Gesetzentwurf 192/74 26–26v, 28–28v; 222/III 183
- Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte**
- Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten und Behörden (Gesetz v. 8.4.1847)
- - Novellierung 9/70 315–317; 13/II 267v–268; 28/71 41; 73/72 3v, 4–9
- Mitglieder 277/75 8
- Reorganisation oder Auflösung 240/74 147–147v
- Verwaltungsgerichtsbarkeit
- Gesandtschaften**
- Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten
- Gesetze**
- Geltung in 1866 annektierten Gebieten 417/78 135
- Gesetzgebung**
- Grundsätze 267/74 204
- Gesetz-Sammlung**
- annektierte Länder (1866)
- - Einführung und Haltungspflicht 421/78 139–139v
- Register-Herstellung 45/71 92v
- Übersetzung ins Polnische 358/77 44v, 372/77 117v; 376/78 6v
- Gesinde-Ordnung** (24.5.1854)
- Koalitionsfrage 379/78 27–27v
- Gewerbe**
- Abgaben
- - Bergbau Rheinprovinz 326/76 27–27v, 28
- Buchdrucker
- - Gewerbe-Konzessionen 8/70 301v, 310
- Buchhändler
- - Gewerbe-Konzessionen 8/70 301v

- Gewerbeanlagen
- - Errichtung von, Gesetzentwurf *115/72* 220–220v; *133/73* 46
- Gewerbefreiheit
- - Versicherungswesen *45/71* 91, 94–95v
- Hausierhandel
- - Verbot von Sensen *328/76* 41–41v
- Kleingewerbe
- - Spiritushandel, Gesetzentwurf *133/73* 46v
- Verleger
- - Gewerbe-Konzessionen *8/70* 310
- Gewerbe-Ordnung** (17.1.1845)
- Koalitions-Verbote (§§ 181 u. 182)
- - Aufhebungs-Antrag *355/77* 38, *373/77* 121v; *379/78* 27–27v
- Konzessionen *8/70* 301–306, 310–310v; *13/II* 263, 266; *23/71* 32–32v, *28/71* 41; *77/72* 10v–11; *290/III* 214v
- Novellierung *88/72* 62–62v, *99/72* 118; *100/III* 99; *133/73* 46; *373/77* 121v; *379/78* 27–27v
- Gewerbe-Steuer**
- Erhöhung geplant *80/72* 27v–28
- Gewerbesteuer-Gesetz (1820)
- - Novellierung *85/72* 56–56v, *99/72* 118v; *100/III* 101–101v; *130/73* 25
- Gewichtsmaße**
- Maße und Gewichte
- Großbritannien**
- Krieg 1859, Verhältnis zu Preußen *43/Fundort* 551–552; *48a/Fundort*; *52/III* 56–64v, *54/III* 65v
- Krieg 1866, Verhältnis zu Preußen *385/III* 279
- Macdonald-Affäre *148/73* 108–108v
- Schleswig-Holstein-Frage, Vermittlungen *312/75* 130; *316/III* 239, *318/III* 241–244, *321/III* 248–249, *322/III* 250–252
- Vorbild für Preußen
- - nicht bei Strafvollstreckung durch Einzelhaft *344/76* 124v–125v
- - im Verfassungsrecht bei Ministeranklage *113/72* 211v
- - bei Zivilehe *11/70* 336v
- Grundkreditbanken**
- Hypothekenbanken
- Grundsteuer**
- Aufhebung der Befreiung
- - in Hohenzollern-Sigmaringen *402/78* 89–89v
- Grundsteuer-Gesetz (21.5.1861)
- - Ausführung und Erhebung *152/73* 123
- - Ausführungs-Verordnungen (12.12.1864) *345/76* 131–131v
- - Gesetzentwurf (1859–60) *13/II* 263v, 265–265v; *19/71* 13, *27/71* 40; *75/III* 90; *80/72* 27v–28, *99/72* 118v; *100/III* 101; *124/73* 6–6v, *137/73* 61v
- - Ständische Verbände *345/76* 131–131v; *361/77* 49–49v
- Grundsteuer-Kataster
- - westl. Provinzen: Aufhebung periodischer Revisionen, Gesetzentwurf *222/III* 184; *227/74* 116
- Grundsteuer-Regulierung
- - Prov. Sachsen *213/74* 95
- Hohenzollern-Hechingen, Fstm. *360/77* 46
- Regulierungs-Kosten *371/77* 114; *409/78* 118v–119
- - Gesetzentwurf *419/III* 296v



- Reklamationen

- - Verfahrens-Grundsätze 394/78 76

**Gutsbezirke**

- Wegeordnung und Baulasten 351/77 5

**Gutsherrschaft**

- Regulierung

- - allgemein 19/71 13–15

- - Polizeifunktionen d. Gutsherren 9/70 314, 10/70 331; 13/II 266v, 267

**Gymnasien**

→ Schulen, höhere

**Hamburg** (Freie Hansestadt)

- Schleswig-Holstein-Konflikt und Presse 321/III 247v–248

- Zollanschluß 425/78 145v

**Handelsgesetzbuch, allg. deutsches**

→ Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch

**Handelsgesetzbuch, rheinisches**

→ Rheinisches Handelsgesetzbuch

**Handelsministerium**

→ Ministerium für Handel, Gewerbe ...

**Handelsrecht/-gerichtsbarkeit**

- Handelsgerichte

- - Zuständigkeit von Kreis- u. Stadtgerichten, Gesetzentwurf 192/74 26–26v, 28–28v; 222/III 183

- Handelsmakler, Pflichten und Rechte, Gesetzentwurf 419/III 297

- Handelsrichter, Grundsätze zur Ernennung 231/74 120v

- Norddt. Bund 425/78 145

**Handelsverträge**

- China (2.9.1861) 222/III 184

- Frankreich (29.3./2.8.1862) 213/74 96, 96v; 222/III 184; 235/74 138, 245/74 152

- - Krieg 1866 399/78 83–83v

- Italien (31.12.1865)

- - Krieg 1866 399/78 83–83v

- Japan (24.1.1861) 222/III 184

- Paraguay (geplant) 222/III 184

- Siam/Thailand (7.2.1862) 222/III 184

**Handwerker**

- Stiftungen, Potsdam 300/75 89, 91–91v

→ Arbeiter

**Hannover** (Königreich)

- Annexion durch Preußen (1866)

- - Beamten-Übernahme, Ober-Kronanwalt 429/78 152

- - Besitzergreifungs-Gesetz (20.9.) und -Patent (3.10.) 407/III 290–293; 408/78 117, 411/78 122, 412/78 123v

- - Eisenbahn-Verwaltung 424/78 144v

- - Offiziers-Übernahme 420/78 138

- - Okkupation und Zivilverwaltung 405/78 115

- - Wiedererstattung und Verwendung hannov. Staatsgelder 405/78 115

- - Zivilverwaltung 405/78 115, 412/78 123–123v

- Beamten-Übernahme (in preuß. Dienst) 99/72 119v

- Bundesreform, Beust-Plan 194/74 33v

- Eisenbahnbau, Verhandlungen *315/75* 134
- Regierung
- - Vorschläge zur Finanzierung der Bundesexekution gegen Dänemark *307/III* 236
- Rittergutsbesitzer *131/III* 113v
- Schleswig-Holstein-Konflikt, Bundesexekution *320/III* 246
- Stader/Brunshausener Zoll, Aufhebungs-Vertrag (22.6.1861) *222/III* 184
- Zollvereins-Raten
- - Auszahlung von Preußen abgewiesen *398/78* 81
- Haushalts-Etat**
- Staatshaushalt
- Hausier-Handel**
- Gewerbe
- Hausministerium, Königliches**
- Ministerium des Königlichen Hauses
- Hebammen-Unterstützungs-Fonds**
- Beiträge von Juden und Dissidenten *304/75* 113–115
- Heeresreform**
- Militär
- Heroldsamt**
- kgl. Wappen, Sigel, Titel *152/73* 123–123v
- Roter Adlerorden *165/73* 161
- Standeserhöhungen
- - Grundsätze *288/75* 37–39
- Herrenhaus**
- Anträge *32/71* 51v; *93/72* 88v
- Bürodirektor, Stellenbesetzung *108/72* 170v
- Forderungen nach Reform des Herrenhauses *228/III* 188v
- Gesetzentwürfe 1861/62, Verweigerung *183/III* 157v–158v
- Kommissionsbericht, Stellungnahme Staatsministerium *24/71* 36–36v
- Kreisordnung östl. Provinzen, Gesetzentwurf *221/74* 108–108v; *222/III* 182v–183, 184v
- Kronsyndici, Anhörung bei strittigen Gesetzentwürfen *189/74* 24v
- Matrikel-Kommission
- - VO v. 5.11.1861, Rechtsfrage *246/74* 153–154
- Ministeranklage, Gesetzentwurf *199/74* 45, *221/74* 108v; *222/III* 182v–183
- Mitglieder (MdH)
- - alter und befestigter Grundbesitz *105/72* 159–159v, *115/72* 221–221v; *122/III* 111–111v; *181/73* 229; *246/74* 153–154; *360/77* 47–47v
- - Aufkündigungen/Austrittserklärungen *82/72* 35; *414/78* 128
- - Aufwandsentschädigungen *4/70* 289–289v
- - Beamte *268/74* 205v–206, *270/74* 229; *382/78* 30
- - Beibehaltung bestehender Mitgl.-Bestimmungen *191/III* 166v
- - Berufungen *4/70* 289; *100/III* 102; *103/72* 148; *297/III* 229, *307/III* 236–236v; *339/76* 83v; *348/77* 1v, *374/77* 122; *382/78* 30, *416/78* 130, *424/78* 144
- - Diäten *270/74* 229
- - erbl. Mitgliedschaft, Verleihungen *56/71* 135v; *105/72* 159v–160; *170/73* 186v; *220/74* 106v
- - Präsentationswahl-Reglement (VO v. 12.10.1854), Revision *105/72* 159–159v, *115/72* 221–221v; *122/III* 111–111v; *166/73* 169v; *167/III* 140
- - Präsentationswahl-Reglement (VO v. 5.11.1861) *167/III* 140; *246/74* 153–154
- - Präsentationswahl-Reglement (VO v. 10.11.1865) *360/77* 47–47v

- - Rittergutsbesitzer *105/72* 159–159v
- - Städte, Präsentationsrecht *115/72* 221v
- Paßwesen, Gesetzentwurf *256/74* 171
- Pommernscher Lehnsverband, Auflösung, Gesetzentwurf *221/74* 108v; *222/III* 182v–183
- Verhältnis zum Staatsministerium *80/72* 15v
- Vertagungsfrage *207/74* 58–58v, *208/74* 61, *209/74* 62–62v, *213/74* 96v, *214/74* 97–97v, *215/74* 99v–100
- Zinsbeschränkungen-Aufhebung, Gesetzentwurf *238/74* 139v
- Zivilehe, Gesetzentwurf *81/72* 33–33v, *82/72* 35
- Hessen (Kurfürstentum) / Kurhessen**
- Annexion durch Preußen (1866)
- - Gesetz (20.9.1866) und Besitzergreifungs-Patent (3.10.1866) *407/III* 290–293; *408/78* 117, *411/78* 122, *412/78* 123v
- - Zivilverwaltung *412/78* 123–123v
- Rheinzölle *115/72* 220v
- Verfassungskonflikt
- - Stellung und Maßnahmen Preußens *57/71* 143–144; *86/III* 95, 96v–97; *195/74* 36; *196/III* 170v–171, *198/74* 43, *226/74* 115v; *228/III* 188; *229/74* 117–118; *236/III* 191–194; *237/74* 142–142v, *269/74* 207
- Hessen-Darmstadt (Großherzogtum)**
- Annexion durch Preußen (1866/67)
- - Beamten-Pensionen *424/78* 143–144
- - Ober-Hessen *407/III* 293
- - Wahlgesetz Norddt. RT (1866), Einführung *427/78* 146
- Bundesreform, Beust-Plan *194/74* 33v
- Krieg 1866, Deutscher Zollverein *399/78* 83
- Historisch-Politische Blätter (München)**
- Verbots-Aufhebung *85/72* 55v
- Hochschulen**
- Lehrerseminare
- - Bauten *61/71* 173v
- Technisches Gewerbe-Institut Berlin
- - Vorbild für Gründung Polytechn. Hochschule Aachen *306/75* 117
- Technische (Poly-) Hochschulen
- - Aachen, Gründung *65/71* 192v; *106/72* 161–161v; *107/III* 105–106; *126/73* 9v; *306/75* 117–117v
- Universitäten
- Hofbuchdruckerei**
- Deckersche Ober-Hofbuchdruckerei
- Hohenzollern Lande (ehem. Fürstentum, Regierungsbezirk Sigmaringen)**
- Fürstenhaus, Entschädigungen *360/77* 46
- Gendarmerie, Reorganisation *305/75* 116–116v
- Landesvermessung *13/II* 263v; *14/70* 348–348v
- Pensionen für Beamten-Witwen *327/76* 29
- Reallasten, Ablösung, Gesetzentwurf *70/71* 226–227
- Salzverkauf *9/70* 313
- Schulwesen, Unterrichts-Gesetzentwurf *201/74* 47v, 48dv
- Steuern
- - direkte, allg. *360/77* 46; *402/78* 89–89v
- - Grundsteuer *360/77* 46; *402/78* 89–89v

- Verwaltung
- - allgemein *1/70* 284
- - Oberamtsbezirke, Einrichtung *168/73* 172
- Vorfluter *13/II* 263v
- Hubertusburg, Friede von**
- Gedenkfeiern
- Hypotheken**
- Beleihung durch Darlehenskassen *398/78* 82
- Gläubigerrechte *169/73* 179–179v
- Hypothekenrecht, Reform *419/III* 297v
- Hypothekenbanken**
- Gründung und Konzessionierung, Gesetzentwurf *286/75* 33, *291/75* 63–63v, *293/75*; *297/III* 228
- Preußische Hypotheken-Bank, Zulassung *319/76* 1–2; *361/77* 49
- staatl. Aufsicht, Ressortzuständigkeit *361/77* 48–49
- Banken
- Immobilien-Versicherungen**
- Versicherungen
- Immobilien-Besitzer**
- Ostpreußen, Abgaben *277/75* 8–8v
- Indemnität**
- Landtag
- Innenministerium**
- Ministerium des Innern
- Invasionen**
- Zivilbehörden, Verhalten bei *388/78* 35
- Italien**
- Italienische Frage/Nationalstaatsgründung (bis 1860)
- - allgemein *70/71* 226; *86/III* 93–97v; *104/72* 153; *107/III* 104–104v
- - diplom. Anerkennung durch Preußen *195/74* 36; *196/III* 171–171v; *198/74* 43
- Krieg 1859
- - deutsche öffentliche Meinung und Preußen *43/Fundort* 546–553; *52/III* 56–64v, *54/III* 66
- - Stellung und Maßnahmen deutscher Kleinstaaten *43/Fundort* 546–553
- - Stellung und Maßnahmen Preußens *27a/Fundort*; *29/71* 42, *30/71* 43, *34/71* 54, *40/71* 87; *41/III* 50; *42/71* 88–89v; *43/Fundort* 546–553; *45/71* 91–91v; *47/III* 52–53; *48a–48b/Fundort*; *49/III* 54–55v; *50/71* 103, *51/71* 106–108v; *52/III* 56–64v; *53/71* 109; *54/III* 65–67v
- - Waffenstillstand und Präliminarfriede Villafranca *52/III* 56–64v, *54/III* 65
- Krieg 1866 *366/III* 269, 270
- - Allianzvertrag mit Preußen (8.4.) *404/78* 105v
- - Handelsvertrag Dt. Zollverein (31.12.1865) *399/78* 83–83v
- - Verhältnis zu Österreich *393/III* 283, 283v
- - Verhältnis zu Preußen *385/III* 278–282v, *419/III* 295v
- Jadehafen**
- Marine
- Jagd**
- Jagd-Polizei-Gesetz (1850)
- - Novellierung *10/70* 331; *28/71* 41–41v, *45/71* 91v, *68/71* 212–212v, 214–215; *79/72* 14–14v, *99/72* 118v; *100/III* 101v–102; *126/73* 9v–10; *422/78* 142

- Wildhege
- - Schonung des Wildes, Gesetzentwurf 308/75 118v

### **Japan**

- Expedition nach 59/71 161–161v, 68/71 212
- Handels- und Schiffsvertragsvertrag (24.1.1861) 222/III 184

### **Jesuiten**

- Ausweisungen 146/73 87–87v
- Erfurter Ex-Jesuitenfonds, fiskal. Mittelverwendung 173/73 193, 194–196v; 342/76 110, 111–111v

### **Johanniter-Orden**

- Ordensauszeichnungen 336/76 76v
- Verdienst-Medaille 45/71 92; 240/74 147v–148
- Malteser-Orden

### **Juden**

- Hebammen-Unterstützungs-Fonds, Beiträge 304/75 113–115
- Rechtsgleichstellung/Judenemanzipation
- - Ausübung ständischer Rechte 8/70 306–308, 310v; 13/II 266v; 21/71 24, 25–27v, 66/71 196–196v, 197–206v; 93/72 87v
- - Beschwerden gegen Rechtsgleichstellung 38/71 65v–66v; 93/72 87v
- - Gesetz v. 23.7.1847, de facto-Aufhebung § 2 72/72 1–2
- - Petitionen 32/71 51, 66/71 197; 90/72 72v; 130/73 29
- - Rittergutsbesitzer, Ausübung d. Polizeigewalt 13/II 266v; 66/71 196–196v, 197–206v
- - Rittergutsbesitzer, Ausübung ständischer Rechte 181/73 229–229v; 264/74 192
- - Rittergutsbesitzer, als Mitgl. von Kreistagen, Breslau 214/74 97v
- - Zulassung zu öffentl. Ämtern, allgemein 32/71 51; 72/72 1–2
- - Zulassung als Lehrer 72/72 1v–2
- - Zulassung als Richter und Staatsanwälte 72/72 1v; 130/73 25v–26, 27–36, 140/73 67–67v; 192/74 26v–27, 29–29v, 198/74 42–42v, 199/74 45–45v, 213/74 96v
- - Zulassung zum Schulzenamt 66/71 196–196v, 197–206v; 93/72 87v
- - Zulassung zur christl. Eidabnahme 90/72 72v; 100/III 101; 231/74 120v
- - Zulassung zur Feldmesser-Prüfung 90/72 72v
- Schulen (höhere)
- - Unterricht, Gesetzentwurf 201/74 48f–48fv
- Dissidenten

### **Justizbauten**

→ Gerichte

### **Justizministerium**

- Ministerwechsel
- - Bernuth – zur Lippe 209/74
- - Simons – Bernuth 112/72 206–208v, 118/72
- Stieber-(Schwarck-)Affäre 112/72 206–208v, 118/72 238–238v

### **Kammergericht**

- Oberstaatsanwälte 214/74 97v–98
- Stieber-(Schwarck-)Affäre 112/72 206–208v, 118/72 238–238v

### **Kanäle**

- Charlottenburg, Bauten 395/78 80
- Nord-Ostsee-Kanal / Kaiser-Wilhelm-Kanal
- - Projekt-Pläne, Finanzierungsfrage 347/76 136–137
- Wasserwirtschaft

**Kapitalsachen**

→ Straffjustiz

**Kautionen**

- Periodika *111/72* 189

**Kautions-Depositum**

- Zinseinnahmen, Verwendung *42/71* 88v

**Kirche (evangelische)**

- Deutsche Frage, Fürbitten *85/72* 55v

- Emeritenfonds *287/75* 34; *337/76* 77a, 78–81v

- Kirchenbau, Lausitz *115/72* 220v–221

- Konferenzen zu Eisenach 1860 *85/72* 55v

- Krieg 1866

- - Dank- und Festgottesdienste *406/78* 116, *414/78* 128

- Oberkirchenrat (Evangelischer)

- - Emeritenfonds *337/76* 77a, 78–81v

- - Erteilung von Dimissorialien *104/72* 155

- - Kosten für Kreis-Synode östl. Provinzen *278/75* 13–13v

- - Stellung zur Zivilehe *18/III* 44–49

- Prov. Schlesien, Verhältnisse in einzelnen Orten *412/78* 123, 123a–123c

- Synodal-Einrichten

- - östl. Provinzen, Finanzierung *278/75* 13–13v

- Unterstützungsfonds für Emeriten *287/75* 34; *337/76* 77a, 78–81v

- Verhältnis zum Staat (allg.) *11/70* 332–345; *13/II* 264–265

→ Dissidenten

**Kirche (katholische)**

- Bischöfe bzw. Erz-, / Bistümer

- - Amtsantritt und Vereidigung *390/78* 40

- - Bittschriften an den König *70/71* 226

- - Ernennungen, Grundsätze *164/73* 159–160

- - Gnesen und Posen *238/74* 140–140v; *311/75* 121–121v; *328/76* 42; *390/78* 40

- - Köln, Ernennung und Differenzen *244/74* 146–146v, 150–151; *390/78* 40

- - Kulm, Staats-Zuschüsse und deren Auszahlung *224/74* 111–113; *299/75* 87–88

- - Paderborn *106/72* 161v–162, 164–167

- Geistliche, Prov. Preußen *299/75* 87–88

- Klöster und Franziskaner, Prov. Preußen *299/75* 87–88; *325/76* 26–26v; *354/77* 29; *412/78* 123

- Papsttum

- - weltliche Herrschaft/Kirchenstaat

- - italienische Nationalstaatsgründung *70/71* 226

- Schulen/Schulpolitik

- - Bromberg (RegBez.) *311/75* 121v, 124–125, *317/75* 135v

- - Lehrerseminare *353/77* 27v

- - Posen (Prov.) *84/72* 50, 51–53v; *402/78* 89v

- Stiftungsfonds, Verwendung *92/72* 86

→ Dissidenten; Eherecht; Klöster; Schulen

**Kirche/Konfessionen (allgemein)**

- Bischöfe, Ernennungen und staatl. Einfluß *164/73* 159–160

- Geistliche, Vereidigung und Ordination bei Thronwechsel *123/73* 5–5v

- Nicht-Christen, Gerichtsbarkeit der Konsuln *283/75* 31v

- Religionsunterricht und Unterrichts-Gesetzentwurf *201/74* 48av–48b, 48g, *202/74* 49a

- Schulaufsicht und Unterrichts-Gesetzentwurf *200/74* 46–46ev, *201/74* 47–48e, 48g, *202/74* 49a

- Universitäten, Mitaufsicht der theolog. Fakultäten 202/74 49b–49c
- Verhältnis Kirche–Staat (allg.)
- - Ernennung von Bischöfen 164/73 159–160
- Klöster
- Klassensteuern**
- Einkommensteuer
- Klöster**
- Alexianer, Beschwerden 369/77 87v–88
- Franziskaner, Prov. Preußen 299/75 87–88; 325/76 26–26v; 354/77 29; 412/78 123
- Reformaten, Übergang auf Fiskus 170/73 185v
- Koalitionsrecht**
- Gesinde-Ordnung (1854) 379/78 27–27v
- Gewerbe-Ordnung (1845)
- - Antrag auf Aufhebung der Verbote 355/77 38
- - Novellierung 379/78 27–27v
- Streiks
- Koblenz** (Regierungsbezirk)
- Gendarmerie, Reorganisation 305/75 116–116v
- Köln** (Regierungsbezirk)
- Gendarmerie, Reorganisation 305/75 116–116v
- öffentliche Meinung/Zeitungsberichte 308/75 118
- Kölner Zeitung** 232/74 125
- Kommunalsteuern**
- Kommanditisten d. Preußischen Bank 418/78 136
- Kommunen**
- Abgaben, Steuern
- - Bürgerrechts- bzw. Einzugsgeld 79/72 14v, 99/72 119; 100/III 102v; 108/72 171v–172; 379/78 27–27v; 419/III 297v
- Gemeindeordnungen/Land-
- - Rheinprovinz 188/74 23–23v, 193/74 30, 221/74 108v
- - Westfalen (1841) 246/74 153
- Kreisordnungen
- - für östl. Provinzen, Gesetzentwurf 83/72 36v–37, 41–48, 99/72 119; 100/III 102; 128/73 19v; 131/III 112–116; 166/73 169; 167/III 139v–140; 171/73 187–189, 178/73 223; 180/III 142–149, 152–153v, 183/III 157–159; 194/74 33, 213/74 96v, 221/74 108–108v; 222/III 182v–183; 244/74 146v, 262/74 190–190v, 264/74 192, 193–198v; 294/75 83; 297/III 228; 308/75 118v
- Landgemeinden
- - Einzugsgeld 108/72 171v–172
- - Errichtung von Bauten, Gesetzentwurf 381/78 28v
- Ortspolizeiverwaltung
- - Finanzierung 21/71 24–24v, 28–28v
- Pressepolitik
- - Proteste gegen Presse-VO v. 1.6.1863 295/75 85–85v
- Schulzenamt 171/73 189–189v; 221/74 108v
- Selbstverwaltung, Reform geplant 9/70 314, 10/70 331; 13/II 267
- Städte
- - Bürgerrechts- bzw. Einzugsgeld 79/72 14v, 99/72 119; 100/III 102v; 379/78 27–27v; 419/III 297v
- - Errichtung von Bauten, Gesetzentwurf 381/78 28v

- - Kreisordnungen, Gesetzentwurf 264/74 192, 193–198v
- - Oberbürgermeister, Wahlbestätigungen 267/74 203v; 300/75 89v–90; 328/76 41v
- Städteordnungen
- - für östl. Provinzen (1853), Novellierung 79/72 14v, 99/72 119; 100/III 102; 105/72 160–160v; 123/73 5, 124/73 6
- - für Prov. Preußen, Gesetzentwurf 186/74 19, 188/74 23–23v, 193/74 30
- - Rheinische (1856) 100/III 102v; 105/72 160–160v
- Verwaltungsgrenzen und Wahlbezirke, Abgrenzung 336/76 76
- Kompetenzkonflikte**
- zwischen Gerichten und Behörden (Gesetz 8.4.1847)
- - Novellierung 9/70 315–317; 13/II 267v–268; 28/71 41; 73/72 3v, 4–9
- Gerichtshof z. Entscheidung der Kompetenzkonflikte; Verwaltungsgerichtsbarkeit
- König/Königliches Haus**
- Abdankungsfrage (1862) 252/74 169fv–169g
- Adressen
- - des Abgeordnetenhauses 230/74 119–119v, 231/74 120, 232/74 125; 289/III 211
- - Ergebenheits- 268a/Fundort
- - rheinisch-westf. Städte 276/75 6v
- Amnestie
- - Krieg 1864 346/76 137, 347/76 137
- - Krieg 1866 410/78 120v
- - Thronbesteigung und Krönung (1861) 121/73 3–4; 122/III 108v; 123/73 5, 128/73 19, 160/73 157–157v; 163/III 134
- Attentat auf Wilhelm I. 154/73 124–124v, 155/73 125
- Begnadigungsrecht
- - Beleidigungsverfahren, gerichtl. 93/72 87–87v
- - Ministeranklage 122/III 108v–109v
- - Officialdelikte, Einzelfälle 6/70 293–293v, 7/70 294; 41/III 50–51, 89/III 98–98v, 107/III 106–106v, 114/III 103–103v, 163/III 134–136, 236/III 194v–195, 285/III 210, 298/III 230–230v, 335/III 255, 357/III 262, 367/III 272, 380/III 276–277, 396/III 286–287v
- Deputation aus Elbing, Wahlprotest (1862) 237/74 142v
- Friedrich Wilhelm IV.
- - Tod und Trauerordnung 120/Fundort; 121/73 4
- Hoffeste, Rangverhältnisse 277/75 8v–9
- Immediat-Eingaben 297/III 226
- KO v. 1.3.1863 [?] 278/75 13, 279/75 14
- Krondotation-Erhöhung, Gesetzentwurf 13/II 263v; 15/71 1; 17/III 39–42
- Kronfideikommiß-Fonds
- - Denkmäler-Kosten 361/77 50
- - Dotationen (Krieg 1866) 421/78 140
- Kronprinz Friedrich Wilhelm
- - Dotation (Krieg 1866) 420/78 137–137v
- - Konflikt um Presse-VO (Juni 1863) 296/75 86
- - Stellvertretung des Monarchen 177a/Fundort
- Krönung (1861)
- - Amnestie und Begnadigungen 160/73 157–157v; 163/III 134
- - Auszeichnungen, Orden- und Titelverleihungen 156/73 127, 158/73 151–152, 159/73 156, 160/73 157v, 161/73 158–158v; 162/III 133–133v; 164/73 159
- - Huldigungsfrage 137/73 62, 140/73 68v, 148/73 107v–108; 148a/Fundort; 149/73 109, 151/73 120, 152/73 123; 153/III 126–131



- - Krönungs-Medaille *164/73* 159, *169/73* 179
- - protokollarische Vorbereitungen *155/73* 125v–126v, *160/73* 157; *162/III* 132–133v; *164/73* 159
- - Standeserhöhungen *162/III* 133v; *288/75* 36, 37–39
- Majestätsbeleidigungen, Einzelfälle *198/74* 42
- Marstall Berlin
- - Umbau und Unterbringung der Fourrage *341/76* 87
- Oberbefehlshaber, Kriegsherr
- - Entscheidung über Rekruten-Einziehung *298/III* 230–230v
- - Kriegsdienstgesetz (1814), Novelle *363/III* 263–265v
- - Recht zur Bestimmung der Armeestärke *349/III* 260–261v
- Polen-Abgeordnete, Empfang bei Hofe *190a/Fundort*
- Prinzen v. Preußen, Dotationen (Krieg 1866) *420/78* 137–137v
- Rechtsvorschriften, Gegenzeichnung von Ministern *150/73* 113–113v, 116–117
- Staatsministerium
- - Ansprache Wilhelms (v. 8.11.1858) *107/III* 104v, *122/III* 108; *149/73* 109; *153/III* 129v–130v; *164/73* 160–160v, *166/73* 167–171v; *167/III* 138–140v; *232/74* 125–125v
- - Regierungsgrundsätze/-programm *208/74* 60v–61, *209/74* 62, *210/74* 63
- - Minister-Vereidigung *120/Fundort*; *258/III* 203v
- Stellvertretung des Monarchen *177a/Fundort*
- Thronreden im Landtag *15/71* 2–2v, *16/71* 11v, *44/71* 90; *75/III* 90, *122/III* 111v; *184/74* 2, *185/74* 16, *186/74* 18–18v, *188/74* 23, *223/74* 110, *225/74* 114, *260/74* 175; *273/75* 3, *274/75* 4; *289/III*; *308/75* 118v, *312/75* 130, *313/75* 131, *314/75* 132; *348/77* 2, *349/III* 260; *404/78* 105, 105v, *406/78* 116
- Thronwechsel Friedrich Wilhelm IV. – Wilhelm I. (1861) *120/Fundort*
- - Amnestie und Begnadigungen *121/73* 3–4; *122/III* 108v; *123/73* 5, *128/73* 19
- - Diensteid-Abnahme *120/Fundort*; *121/73* 1–3, *123/73* 5–5v
- - Trauerordnung für Friedrich Wilhelm IV. *121/73* 4
- Wappen, Sigel, Titel *152/73* 123–123v
- Ministerium des Königlichen Hauses; Staatsministerium; Zivilkabinett
- Königsberg** (Stadt)
- Eisenbahnbrücke über Nogat *328/76* 41
- Schulen, Finanz-Zuschüsse *328/76* 41
- Trajekt-Anstalt, Tarife *328/76* 41
- Kongresse**, internationale
- Statistik Berlin (1863) *271/74* 232; *283/75* 31v
- Telegraphie Paris (1865) *359/77* 45–45v
- Konkurse**
- Schuldhaft bei Zahlungsunfähigkeit *398/78* 81v
- Zwangsversteigerung
- Konservative**
- Preußischer Volksverein, Wahl 1861 *180/III* 142–149
- Vereinigung mit Altliberalen angeregt *217/74* 104–104v
- Kreuzzeitungs-Partei
- Konstitutionelle Partei**
- Liberale Parteien
- Konsularwesen**
- Konsuln-Gerichtsbarkeit, Gesetzentwurf *276/75* 6, *283/75* 31v
- Konzessionen**
- Gewerbe-Ordnung

**Korporationsrechte**

- Verleihung, Mitwirkung von Justiz- und Kultusministerium 364/77 55–55v

**Kredite**

- Wechsel, Stempelsteuerepflicht, Gesetzentwurf 88/72 62v

**Kreisgerichte**

→ Gerichte

**Kreisordnung**

- für 6 östliche Provinzen, Gesetzentwurf 83/72 36v–37, 41–48, 99/72 119; 100/III 102; 128/73 19v; 131/III 112–116; 166/73 169; 167/III 139v–140; 171/73 187–189, 178/73 223; 180/III 142–149, 152–153v, 183/III 157–159; 194/74 33, 213/74 96v, 221/74 108–108v; 222/III 182v–183; 244/74 146v, 262/74 190–190v, 264/74 192, 193–198v; 294/75 83; 297/III 228; 308/75 118v

→ Kommunen

**Kreuzzeitung**

→ Neue Preuß. Zeitung

**Kreuzzeitungs-Partei**

- Wahlen 1861 180/III 148–148v

→ Konservative

**Krieg 1859 (Italien)**

- deutsche öffentliche Meinung und Preußen 43/Fundort 546–553; 52/III 56–64v, 54/III 66
- Stellung und Maßnahmen deutscher Kleinstaaten 43/Fundort 546–553
- Stellung und Maßnahmen Preußens 27a/Fundort; 29/71 42, 30/71 43, 34/71 54, 40/71 87; 41/III 50; 42/71 88–89v; 43/Fundort 546–553; 45/71 91–91v; 47/III 52–53; 48a–48b/Fundort; 49/III 54–55v; 50/71 103, 51/71 106–108v; 52/III 56–64v; 53/71 109; 54/III 65–67v
- Waffenstillstand und Präliminarfriede Villafranca 52/III 56–64v, 54/III 65

**Krieg 1864 (Dänemark)**

- allgemein 329/76 45
- Annexions-Frage 366/III 267–271, 385/III 278–282v
- Denkmäler des Sieges 351/77 5v, 358/77 43–43v, 361/77 49v–50v
- Einmarsch in Jütland 327/76 29
- Europäische Mächte, Verhalten 320/III 245v, 321/III 248v, 322/III
- Finanzierung des Krieges 320/III 246; 334/76 75a–75av; 335/III; 337/76 77av–77bv, 338/76 82–82v; 353/77 28, 358/77 44–44v, 362/77 51–52, 368/77 86v
- Kronprinz, Stellung und Verhalten 366/III 270
- Londoner Vertrag (1852) 318/III 241–244, 321/III 248–249, 322/III 250–252
- Mobilmachung 320/III 246–246v, 321/III 247–247v
- Öffentliche Meinung 366/III 267, 268v
- Presse in Holstein 321/III 247v–248
- Preußen – Österreich: 2. Punktation (6.3.) 327/76 29
- Prisen-Reglement 331/76 61, 62a–62av
- Siegesfeiern 346/76 132
- Ultimatum Preußens und Österreichs 320/III 245–246v, 321/III 247–247v
- Waffenstillstand 330/III 254v
- Ziele, polit. 322/III 251–251v
- Zivilkommissar Hzgtm. Schleswig, Ernennung und Instruktionen 321/III 248, 322/III 252

→ Dänemark; Schleswig-Holstein-Frage

**Krieg 1866 (Österreich u.a.)**

- Allianzvertrag mit Italien (8.4.) 404/78 105v
- Amnestie (nach Sieg) 410/78 120v
- Annexionen 407/III 290–293v; 408/78 117
- Deutscher Zollverein 399/78 83–83v

- Dotationen f. Politiker u. Militärs (Siegprämie)
- - Gesetzentwurf 420/78 137–137v, 421/78 139v–140, 422/78 141v; 423/III 299–300
- Entstehung, Anlaß 385/III 278–282v, 393/III 283–284v, 397/III 288–289v
- Erinnerungs-Kreuz 410/78 120–121v
- Festgottesdienste 414/78 128
- Finanzierung des Krieges 398/78 82, 409/78 118–118v
- Frankfurter Koalition 405/78 115v
- Friedensschlüsse/-verträge
- - mit Bayern (22.8.) 406/78 116; 407/III 293v
- - mit Österreich in Prag (23.8.) 406/78 116, 408/78 117, 409/78 118
- Grundrechte der Verfassung, Suspension 398/78 82–82v
- Kohlebergwerke Saarbrücken, Eigentums- und Beteiligungsfragen 392/78 74–75, 409/78 119
- Kriegsgefangene, Zwangsarbeit 400/78 85, 403/78 91
- Kriegskontributionen
- - Baden 409/78 118
- - Österreich 409/78 119–119v
- Mobilmachung 393/III 283–284v, 397/III 288–289v
- Okkupation, Mähren/Brünn 409/78 118
- okkupierte, später annektierte Gebiete
- - Zivilverwaltung allg. 404/78 105
- - Zivilverwaltung, Hannover 405/78 115
- Pariser Kongreß geplant 397/III 288–289
- Pferde-Exportverbot 398/78 81
- Proteste 414/78 128
- süddeutsche Staaten 405/78 115v
- Österreich; Schleswig-Holstein-Frage

### **Kriegsministerium**

- Auditoriat
- - Gerichtsbarkeit, Gesetzentwurf 81/72 33, 34
- - Personal- und Gehaltssachen 233/74 126v
- Marineverwaltung, Übernahme (1860/61) 99/72 118
- Ministeranklage (Verfassungs-Art. 61) und Kriegsminister 180/III 154v, 183/III 160–160v; 184/74 1–1v, 3–11v, 187/74 21–22v, 193/74 30v–31
- Ministerwechsel
- - Bonin – Roon 62/71 182; 63/III 69–81v; 64/71 190v, 65/71 192

### **Kriegsrecht**

- Grund- und Verfassungsrechte (Verfassungs-Art. 3)
- - Suspension im Kriegsfall 398/78 82–82v

### **Krondotation**

→ König/Königliches Haus

### **Kronfideikommiß**

→ König/Königliches Haus

### **Kronprinz**

→ König/Königliches Haus

### **Kronsyndici**

- Anhörung bei strittigen Gesetzentwürfen 189/74 24v
- Mitglieder, Berufungen 339/76 83v
- Herrenhaus

### **Kultusministerium**

→ Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten

**Kurhessen**

→ Hessen (Kurfürstentum)

**Kuxe**

→ Bergbau

**Landes-Ökonomie-Kollegium**

→ Landwirtschaft

**Landgemeinde-Ordnungen**

→ Gemeindeordnungen

**Landtag**

- Einberufung und Schließung, Grundsätze 277/75 8v
  - Gesetzentwürfe/Vorlagen des StMinm. (geplant f. einzelne Sessionen) 7/70 294v–296; 190a/Fundort; 191/III 163–165; 219/74 105v, 221/74 108–109v; 222/III 182v–184v; 273/75 3, 294/75 82v–83, 300/75 89v, 308/75 118v; 373/77 121–121v; 419/III 295–298
  - Indemnität
    - - Darlehenskassenscheine 401/78 88
    - - Staatshaushalt 1862–66 (Gesetz 14.9.1866) 404/78; 419/III 297
  - Mitglieder
    - - Gratifikationen (Etat 1863) 331/76 61v
    - - keine Mitgliedschaft als MdR 425/78 145
    - - Rangverhältnisse bei Hoffesten 277/75 8v–9
    - - Verfassungseid (Art. 108) 121/73 1v, 125/73 7–8
  - Parlaments-Neubau, Standortfrage 311/75 121v, 126–127v
  - Rechnungs-Prüfung
    - - Etat 1859 und 1860 227/74 116
  - Sessionen (Eröffnung, Thronreden, Dauer, Schließung)
    - - 1859: 9/70 313v; 15/71 2–2v, 16/71 11v, 34/71 54, 44/71 90
    - - 1860: 67/71 208; 75/III 90; 92/72 86–86v
    - - 1861: 116/72 232v; 122/III 111v
    - - 1862 I: 176/73 206; 184/74 2, 185/74 16, 186/74 18–18v, 188/74 23
    - - 1862 II: 222/III 182–182v; 223/74 110, 225/74 114
    - - 1863: 273/75 3, 274/75 4
    - - 1864: 296/75 86–86v, 308/75 118v, 312/75 130, 313/75 131, 314/75 132
    - - 1865: 348/77 2; 349/III 260
    - - 1866: 406/78 116
    - - 1866 II: 401/78 88, 404/78 105, 105v
  - Staatsschatz, Mittelverwendung 409/78 118v
- Abgeordnetenhaus; Herrenhaus

**Landwehr**

→ Heeresreform

**Landwirtschaft**

- Gemeinheitsteilungen/Flurbereinigung
    - - Gemeinheitsteilungs-Ordnung (1821) 140/73 67v–68
    - - Grundstücks-Arrondierungen 137/73 61–61v
  - Landes-Ökonomie-Kollegium, Stellung zur Wegeordnung, Gesetzentwurf 184/74 12–12v
  - Lehranstalten, Akademien
    - - Proskau 286/75 33
    - - Schülerverhalten 116/72 232
  - Meliorationen, HH-Antrag auf Gesetzentwurf 93/72 88v
- Ablösungen; Gemeinheitsteilungen; Gesinde-Ordnung; Lehen; Wasserwirtschaft

**Landwirtschaftsministerium**

→ Ministerium für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten

**Lauenburg** (Herzogtum)

- Regierungspräsident, Entlassungsgesuch *413/78* 126v

**Lausitz** (Landschaft)

- Kirchen- und Schulbauten *115/72* 220v–221

**Legate**

→ Erbschaftssteuer

**Legislative**

- Grundsätze *267/74* 204

**Lehen/Lehnsrecht**

- Allod *150/73* 113v–114, 118–118v

- Lehnschulzenberechtigung, Ablösung, Gesetzentwurf *221/74* 108v

- Pommern, Auflösung des Lehnsverbandes, Gesetzentwurf *150/73* 113–113v, 118–118v, *173/73* 193–193v, 197; *221/74* 108v; *222/III* 182v–183, *419/III* 297v

**Lehrerseminare**

→ Schulen

**Liberale Parteien, Liberalismus**

- Altliberale, Vereinigung mit Konservativer Partei angeregt *217/74* 104–104v

- Schlesisches Wahlprogramm (Okt. 1858) *9/70* 313, 314–317, *10/70* 331; *13/II* 265v–268v

→ Deutsche Fortschrittspartei

**Literarisches Büro** (seit Febr. 1860)

- Presse-Spiegel *282/75* 30

- Tagesberichte, Aufhebung *282/75* 30

- Übergang vom Staats- auf Innenministerium *210/74* 63

→ Pressepolitik; Zentralstelle f. Preß-Angelegenheiten

**Litorale**

→ Österreich

**Londoner Vertrag** (8.5.1852)

- Verstoß Dänemarks *316/III* 237–240

→ Schleswig-Holstein-Frage

**Lübeck** (Freie Hansestadt)

- Oberappellationsgericht *425/78* 145v

- Zollanschluß *425/78* 145v

**Magdeburger Zeitung** *269/74* 207

**Mahl- und Schlachtsteuer**

- Aufhebung des Zuschlags (zum 1.7.1862) *216/74* 102, *217/74* 103v–104; *218/III* 180–181

- Erhebung eines Zuschlags (Erhöhung)

- - Gesetzentwurf *42/71* 88v–89, *50/71* 103, *69/71* 220–225; *80/72* 27v, 28, *81/72* 33v; *191/III* 168v; *213/74* 95v–96v

**Main**

- als neue Zolllinie (1866) *399/78* 83

**Malteser-Orden** (kath.)

- Zulassung *324/76* 25, *329/76* 44–44v

→ Johanniter-Orden

**Marienwerder** (Regierungsbezirk)

- Jesuiten, Ausweisungen *146/73* 87–87v

- Presserecht, Verbot polnischer Zeitungen *303/75* 112

- Regierungs-Hauptkasse, unzulässige Geldauszahlung *224/74* 111–113

**Marine**

- Admiralität
- - Auflösung und Zuordnung zum Kriegsministerium 99/72 118
- - Chef der 1/70 284; 30/71 43–44
- - Kommissariat Jade-Gebiet 66/71 196
- - Marineverwaltung, Chef der 30/71 43–44, 39/71 67, 42/71 89–89v; 93/72 88v, 89–91v, 117/72 236–236v
- - Oberkommando, Oberbefehlshaber 30/71 43–44
- - Reorganisation, Gesetzentwurf (1858/59) 16/71 11v–12, 30/71 43–44
- Beamte
- - Dienstleid bei Thronwechsel 121/73 3
- - Ernennungen 66/71 196; 77/72 10v; 267/74 203–203v
- - Marineverwaltung 65/71 192–192v, 66/71 196, 68/71 213; 93/72 88v, 89–91v, 117/72 236–236v; 146/73 89, 150/73 113
- Etat 1863, Baufonds 279/75 14–14v
- Etat 1864, Kriegsfinanzierung 330/III 254–254v, 335/III 255–259v
- Etat 1865, Anleihe/außerordentl. Geldbedürfnisse, Gesetzentwurf 356/77 40v, 41–42, 368/77 86–86v
- Etat 1866, Anleihe/außerordentl. Geldbedürfnisse, Gesetzentwurf 373/77 121
- Flottenausbau 186/74 18–18v, 213/74 96v, 219/74 105v, 221/74 108v; 222/III 184v; 286/75 33v, 287/75 34–34v; 368/77 86–86v, 373/77 121
- - Flottengründungsplan (v.a. Finanzierung) 356/77 39–42, 368/77 86–86v
- - Schiffs-Ankäufe 330/III 254–254v; 368/77 86–86v
- Krieg 1864, Kauf von Kriegsschiffen 330/III 254–254v
- Kriegshäfen
- - Bauvorhaben 286/75 33v, 287/75 34–34v
- - Jade 279/75 14–14v, 286/75 33v, 287/75 34–34v; 356/77 41, 368/77 86v
- - Jasmunder Bodden-Projekt (Insel Rügen) 16/71 12; 286/75 33v, 287/75 34–34v
- - Kiel 356/77 41, 373/77 121
- Kriegsschiffbau 42/71 89–89v
- Kriegsschiffe, Transport und Verpflegung von Zivilbeamten 369/77 87v, 372/77 117v
- Küstenschutz 54/III 66–67, 318/III 243v
- Marineministerium
- - Errichtung 146/73 89
- - Kriegsfinanzierung (1864) 330/III 254–254v
- Marine-Verwaltung
- - Abt.-Direktor z.D. 213/74 96v
- - außerordentl. (Finanz-)Bedürfnisse, Gesetzentwurf 219/74 105v, 221/74 108v; 222/III 184v
- - Chef d. Marine-Verw. 30/71 43–44, 39/71 67, 42/71 89–89v; 93/72 88v, 89–91v, 117/72 236–236v
- Nordpol-Expedition 383/78 31
- Ostasien-Expedition 59/71 161–161v, 68/71 212
- Reorganisation der Marine (1861) 146/73 89
- Schiffsunglück, Entschädigungen 268/74 205–205v
- Schleswig-Holstein-Konflikt
- - Bundesexekution, Sicherheitsmaßnahmen 316/III 239v
- - Küstensicherung 318/III 243v
- Seeleute, Rechtsverhältnisse, Gesetzentwurf 195/74 35v, 37–37v
- Heeresreform; Militär

**Maße und Gewichte**

- Einführung metrischer Systeme 333/76 72, 74–75v
- Vereinheitlichung der Medizinalgewichte, Gesetzentwurf 311/75 121, 122–123; 373/77 121v

**Mecklenburg–Schwerin** (Großherzogtum)

- Eisenbahnbau, Verhandlungen mit Preußen 135/73 51–51v, 141/73 81–83v; 365/77 56–56v

**Mediatisierung**

- Standesherrn

**Medizinwesen**

- Medizinalgewichte, Vereinheitlichung, Gesetzentwurf 311/75 121, 122–123; 373/77 121v

**Meliorationen**

- Landwirtschaft; Wasserwirtschaft

**Mennoniten**

- Grundbesitz-Erwerb 305/75 116
- Privilegien 305/75 116
- Rechtsverhältnisse 199/74 44–44v; 305/75 116

**Merziger Wochenblatt** 220/74 106v–107**Militär**

- Amnestie für Soldaten
- - Krieg 1864 346/76 137, 347/76 137
- annektierte Länder (1866)
- - Armeekorps-Aufstellung 419/III 296v–297
- - Offiziere, Übernahme 420/78 138
- - Wehrpflicht-Einführung 411/78 122
- Artillerie
- - Einführung gezogener Geschützrohre 186/74 18–18v
- - Einführung von Gußstahl-Geschützrohren 336/76 76–76v
- - Verstärkung auf Festungen 336/76 76–76v
- Dienstzeit und Einziehungstermine
- - Einziehung von mehreren Söhnen 386/78 33
- - Rekruten-Einziehung und Reserve-Entlassung (1863/64) 298/III 230–230v; 300/75 89–89v
- Einquartierung in Provinzen, Regulierung 96/72 111v
- Festungen, Verstärkung der Artillerie 336/76 76–76v
- Festungsbau, Befestigungen
- - Finanzierung 169/73 179, 182–184v; 186/74 18–18v
- - Koblenz, Güterbahnhof 169/73 179, 182–184v
- - Norddeutscher Bund 425/78 145v
- Generalstab-Chef
- - Denkschriften zum Krieg 1859 27a/Fundort 274, 276, 279, 280, 283
- Graudenzer Vorfälle 346/76 132v
- Heer (allg.)
- - Kriegsfähigkeit (1864) 298/III 230v
- - Verstärkung gefordert (nach 1866) 410/78 120
- Heeresreform
- - Artillerie, Einführung gezogener bzw. Gußstahlrohre 186/74 18–18v; 336/76 76–76v
- - Denkschriften zur Reform 63/III 69–81v; 69/71 219, 220–225
- - Dienstzeit-Frage 63/III 71v, 72, 74, 75, 79, 79v, 74/III 84; 80/72 30–30v; 107/III 104v; 173/73 192–193, 178/73 223v–224; 191/III 163–164v, 165–165v; 247/74 169–169a, 248–249/74; 250–251/III; 252/74, 271/74 230–232; 272/75 2–2v; 349/III 260v, 419/III 296

- - Finanzierungsfrage 63/III 78, 78v, 79, 81v; 64/71 190–191, 67/71 208, 211, 69/71 219, 220–225; 74/III 84–89; 77/72 10–10v, 80/72 16, 17–32v, 81/72 33v, 96/72 111v, 97/72 112, 99/72 119v–120, 101/72 124–124v, 102/72 129, 106/72 162v–163; 107/III 104v–105; 140/73 68v; 143/III 120–124v; 166/73 169v, 170/73 185v–186, 172/73 190v; 175/Fundort; 178/73 223v; 186/74 18–18v, 188/74 23, 194/74 34–34v, 197/74 40–40v, 198/74 43–43v, 203/74 52v, 53, 53v; 204/III 176v, 177v, 178v; 213/74 95v–96v, 216/74 102–102v, 217/74 103–104, 247/74 169–169av, 248–249/74; 250–251/III; 252–254/74, 255/74 169k, 257/74 172; 258/III 203–203v; 261/74 176, 177–185; 292/75 65v–66, 78–78v; 410/78 120
- - Gestellung von Pferden 105/72 160v
- - KO v. August 1860 [?] 97/72 112
- - Kapitulanten 247/74 169v
- - Kontingentierungsfrage (1865): Bindung fester Etatzuweisungen an Bevölkerungs-Quote 348/77 1–1v; 349/III 260–261v; 351/77 5–5v, 353/77 27v; 363/III 263v–265v
- - Kriegsdienstpflicht-/Wehrgesetz (3.9.1814), Novellierung 63/III 69–81v; 64/71 190–191, 67/71 208, 209–211; 74/III 88–89; 77/72 10–10v, 80/72 26–32; 100/III 102v; 117/72 236, 118/72 239–239v, 119/72 243–243v; 122/III 109v–110; 173/73 192–193, 178/73 223v–224; 186/74 18v–19; 191/III 163–164v; 213/74 96v, 219/74 105v, 221/74 109; 222/III 183v; 247/74 169–169av; 251/III 202; 254/74 169i, 261/74 185, 271/74 230–232; 272/75 2–2v, 275/75 5, 300/75 89v, 308/75 118v, 312/75 130, 314/75 132–133; 348/77 1–1v; 349/III 260–261v; 351/77 5–5v, 353/77 27v–28; 363/III 263–265v, 367/III 272, 275; 368/77 86, 373/77 121v; 409/78 119v
- - Landwehr-Debatte 35/71 55–55v
- - Öffentlichkeit 348/77 1–1v; 349/III 260–261v
- - Offiziers-Ausbildung 23/71 32v, 34–35
- - Truppenübungsplätze 247/74 169v
- - Unteroffiziersschulen 247/74 169v
- - Verhalten 1866, taktisch-politisch 409/78 119v
- - Vorbildfunktion der Reform 419/III 296
- - Wehrsteuer 271/74 231v
- Kadettenhaus Wahlstatt 231/74 122–124v
- König als Kriegsherr/Oberbefehlshaber
- - Entscheidung über Rekruten-Einziehung 298/III 230–230v
- Kriegsgefangene
- - Arbeitseinsätze, Grundsätze 400/78 85
- Landwehr, Verbot der Mitgliedschaft in Wehrvereinen 268/74 205v
- Militär-Ersatz-Instruktionen (9.12.1858) 386/78 33
- Militärfiskus, Straßenunterhaltung 106/72 162–162v, 168–169v
- Militärintendanten, Verantwortlichkeit in Rechnungssachen 151/73 120
- Militärvereine 400/78 84v, 403/78 91
- Militärverwaltung
- - außerordentl. Geldbedarf, Gesetz (28.9.1866) 409/78 118–118v
- Mobil- und Demobilmachungen
- - Krieg 1859 27a/Fundort; 42/71 88–89v; 43/Fundort 546–553; 47/III 52–53; 48a–48b/Fundort; 49/III 54–55v; 50/71 103, 51/71 106–108v; 52/III 56–64v; 53/71 109; 54/III 65–67v
- - Krieg 1864 320/III 246–246v, 321/III 247–247v
- - Krieg 1866 393/III 283–284v, 397/III 288–289v
- - Kurhessischer Konflikt (1862) 229/74 117–118; 236/III 191–194
- Öffentlichkeit, Unterstützung des Militär 400/78 84v, 403/78 91
- Offiziere
- - Ausbildung 61/71 174–174v, 180–181v
- - Rekrutierung 61/71 174–174v, 180–181v



- Schleswig-Holstein-Konflikt und Krieg 1864
- - Besetzung Hzgtm. Schleswig 318/III 241–244
- - Bundesexekution, Vorbereitungen 316/III 237v–238v, 239v
- - Instruktionen für Oberbefehlshaber 321/III 247–247v
- - Mobilmachung 318/III, 320/III 246–246v, 321/III 247–247v
- - Servis- und Einquartierungen 331/76 61v–62
- Soldaten/Militär-Angehörige
- - als Dissidenten 146/73 88v
- - Ehemalige: Anstellung und Versorgung in Zivilverwaltung 168/73 172; 376/78 6–6v
- - Pensionen 276/75 6
- - Reisekosten-Regulativ (28.12.1848) 333/76 72–72v, 73–73v
- - Sold-Erhöhung 419/III 296v
- - Unterstützungen durch Frauenvereine 400/78 84v
- - Wahlrecht 100/III 102v; 172/73 190v–191; 213/74 95, 214/74 97; 301/III 234–234v
- Städtische Retablissementsbauten
- - Erleichterung, Gesetzentwurf 373/77 121v
- Verwaltung, außerordentliche Finanz-Bedürfnisse (1864) 334/76 75a–75av; 335/III 255–259v
- Wehrkraft-Verstärkung (nach Krieg 1866) 410/78 120
- Wehrpflicht (allg.)
- - Einführung in annektierten Ländern (1866) 411/78 122
- - Glaubens-Minoritäten 199/74 44–44v
- [einzelne Kriege]; König; Kriegsministerium; Marine; Militärkabinett

**Militärbeamte**

→ Beamte; Pensionen

**Militär-Etat**

- 1859, Gesetzentwurf 42/71 88–89v; 47/III 52–53, 54/III 66–67; 80/72 29
- 1860, Gesetzentwurf 69/71 220–225; 74/III 84–89; 80/72 16, 17–32v
- 1861, Gesetzentwurf 143/III 120–124v
- 1862, Gesetzentwurf 172/73 190v; 216/74 102–102v, 217/74 103–103v; 218/III; 247/74 169–169av, 248–249/74; 250–251/III; 252–254/74
- 1863, Gesetzentwurf 216/74 102–102v, 217/74 103–103v; 218/III; 247/74 169–169av, 248/74 169b–169c, 249/74 169d–169e; 250/III 196–199, 251/III 200–202v; 252/74 169f–169g, 253/74 169h, 254/74 169i, 255/74 169k, 257/74 172; 258/III 203–203v
- 1864, Gesetzentwurf 309/75 120
- - außerordentliche Artillerie-Ausgaben 336/76 76–76v
- 1866, außerordentlicher Kredit, Gesetzentwurf 404/78 105–105v
- 1867, Gesetzentwurf 419/III 295–297; 422/78 141
- Kontingentierungsfrage: Bindung der Etatzuweisung an Bevölkerungs-Quote 348/77 1–1v; 349/III 260–261v; 351/77 5–5v, 353/77 27v; 363/III 263v–265v
- Staatshaushalt

**Militär-Gerichtsbarkeit**

- keine Aufhebung 191/III 165v–166
- Auditeure, Gesetzentwurf 81/72 33, 34
- Ministeranklage (Verfassungs-Art. 61) 176/73 206–206v, 207–221; 180/III 154v, 183/III 160–160v; 184/74 1–1v, 3–11v, 187/74 21–22v, 193/74 30v–31
- Todesurteile, Einzelfälle
- - kgl. Begnadigungs- und Vollstreckungsrecht 298/III 230–230v, 357/III 262

**Militär-Invaliden**

- Pensionierung und Unterstützung, Gesetzentwurf 351/77 5v–6, 362/77 52–52v

- Versorgung, Gesetzentwurf 273/75 3, 276/75 6
- Versorgungs-Gesetz (6.7.1865), Novellierung 419/III 297v–298; 424/78 144

**Militärkabinett, Geheimes**

- Abwehr polit. Angriffe 191/III 167

→ König

**Militär-Konventionen**

- Sachsen–Altenburg (30.3.1862) 213/74 96v, 226/74 115
- Sachsen–Coburg–Gotha (1.6.1861) 226/74 115
- Waldeck–Pyrmont (23.2.1862) 213/74 96v, 226/74 115

**Minister**

→ Staatsministerium

**Ministeranklage** (Verfassungs-Art. 61)

- Gesetzentwurf 8/70 310v, 10/70 330v–331; 13/II 268; 90/72 69, 99/72 119, 113/72 209–209v, 210–217v, 118/72 238v–239, 240–242, 119/72 243, 244–247v; 122/III 108v–109v; 165/73 161–161v, 163–165v; 180/III 142–149, 153v–154v; 181/73 229v, 230–230v, 182/73 231; 183/III 156–157, 160–160v; 184/74 1–1v, 3–11v, 187/74 21–22v, 193/74 30v, 199/74 45, 213/74 96v, 221/74 108v; 222/III 182v–183; 268/74 206–206v; 272/75 2

- Stellung des Kriegsministers 180/III 154v, 183/III 160–160v; 184/74 1–1v, 3–11v, 187/74 21–22v, 193/74 30v–31

→ Verfassung 1850 (Art. 61)

**Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten**

- Etat-Entwurf 1867 422/78 141v
- Gesandte, Konsuln u.a. diplomat. Vertreter
  - - Begriffs-Abgrenzungen, Diplomaten-Kategorien 332/76 66–69
  - - Disziplinarrecht der Konsuln 332/76 65, 66–69
  - - Konsuln-Gerichtsbarkeit, Gesetzentwurf 276/75 6, 283/75 31v
  - - Kassen-Defekte 369/77 87
- Gesandtschaft/Botschaft Paris
  - - Anweisungen betr. Konflikt Savoyen-Nizza 86/III 93–97v
- Ministerwechsel
  - - Schleinitz – Bernstorff 166/73
  - - Bernstorff – Bismarck 252/74 169f, 253/74, 255/74 169k
- Unterstaatssekretäre 3/70 288; 267/74 203v

→ Ernennungen

**Ministerium der Finanzen**

- Abteilungen
  - - direkte Steuern 415/78 129
  - - Grundsteuern 146/73 88v–89
- Ministerwechsel
  - - Patow – v.d. Heydt 209/74
  - - v.d. Heydt – Bodelschwingh 252/74 169f, 253/74, 257/74 172; 258/III 203
  - - Bodelschwingh – v.d. Heydt 397/III
- Regierung-Hauptkasse Marienwerder
  - - Beamte, Disziplinarmaßnahme 224/74 111–113
- Waisenhäuser, Freistellen 340/76 84v–85

→ Ernennungen; General-Staatskasse; Münzwesen; Staatsschatz

**Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten** (Kultus-)

- Abteilung Katholische Kirche
  - - Beibehaltung der Abt. 372/77 118
  - - Leitung 410/78 121

- Ministerialbeamte
- - Abt.-Direktoren 372/77 118
- Ministerwechsel
- - Bethmann-Hollweg – Mühlner 206/74 57v, 207/74 58v–59, 209/74
- Ernennungen

#### **Ministerium des Innern**

- Ministerwechsel
- - Flottwell – Schwerin 53/71 109
- - Schwerin – Jagow 209/74
- - Jagow – Eulenburg 268a/Fundort
- Ernennungen

#### **Ministerium des Königlichen Hauses**

- Beamte
- - Dienstleid-Abnahme bei Thronwechsel 120/Fundort
- Gedenkfeiern 272/75 2v
- Konflikt mit Staatsministerium wegen Marstall 341/76 87
- Militärpersonen im Zivildienst, Versorgung 376/78 6
- Ministerwechsel
- - Dienstleid-Abnahme 120/Fundort
- - Massow – Schleinitz 166/73
- Standeserhöhungen 288/75 37–39
- König/Königliches Haus

#### **Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten**

- Ministerwechsel
- - v. d. Heydt – Holtzbrinck 209/74
- - Holtzbrinck – Itzenplitz 255/74 169k; 268a/Fundort
- Stellenbesetzungsplan 3/70 288, 5/70 290v
- Vergrößerung des Gebäudes, Hauskauf 422/78 142
- Ernennungen

#### **Ministerium für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten**

- Beamte, Gedenkfeiern f. Verstorbene 277/75 8
- Ministerwechsel
- - Pückler – Itzenplitz 209/74
- - Itzenplitz – Selchow 268a/Fundort; 269/74
- Ernennungen

#### **Ministerverantwortlichkeit, juristische**

- Ministeranklage

#### **Minoritäten**

- Rechtsstellung 199/74 44–44v

#### **Mönche**

- [einzelne Ordensverbände]

#### **Mosel**

- Binnenschifffahrt

#### **Münzwesen**

- ministerielle Zuordnung (1858/59) 8/70 309, 312–312v

#### **Nadwislanin** (poln. Zeitung in Thorn)

- Verbot 303/75 112

**Nassau** (Herzogtum)

- Annexion durch Preußen (1866)
- - Gesetz (20.9.) und Besitzergreifungs-Patent (3.10.) 407/III 290–293; 408/78 117, 411/78 122
- Bundesreform, Beust-Plan 194/74 33v
- Rheinzölle 115/72 220v
- Verträge mit Preußen
- - Eisenbahnbau 46/71 96–96v

**Nationalverein**

→ Deutscher Nationalverein

**Neue Preußische Zeitung** (Kreuz-Zeitung) 36/71 60; 80/72 15v, 102/72 125–125v

**Nizza** (Grafschaft)

- Annexion durch Frankreich 86/III 93–97v

**Nobilitierungen**

→ Adelsverleihungen

**Norddeutscher Bund**

- Bundesarmee, in Verfassungs-Entwürfen 426/III 301v
- Bundesexekution, in Verfassungs-Entwürfen 426/III 301–301v
- Bundesrat, in Verfassungs-Entwürfen (1866/67) 426/III 301
- Entstehung des Bundes (1866/67)
- - Allianz mit Staaten der Frankfurter Koalition 405/78 115v
- - Krieg 1866 366/III 269v
- Präsidium, Etat-Ansatz 1867 418/78 136
- Verfassung: Entstehung und Gesetzentwurf
- - allgemein 425/78 145–145v; 426/III 301–302
- - Bundesarmee 426/III 301v
- - Bundesexekution 426/III 301–301v
- - Bundesrat 426/III 301
- Reichstag

**Nord-Ostsee-Kanal**

→ Kanäle

**Nordpol-Expedition**

→ Expeditionen

**Notenbanken**

→ Banken

**Oberkirchenrat, Evangelischer**

→ Kirche (evangelische)

**Oberpräsidenten**

- Dienstreisen
- - Genehmigung durch StMinm. 108/72 170v–171v, 172a–172e; 127/73 16–16v, 17–18v
- Reisekosten-Abrechnung 381/78 28
- Verantwortlichkeit gegenüber StMinm. 108/72 172a–172e

**Oberrechnungskammer**

- Einrichtung und Befugnisse (Verfassungs-Art. 104), Gesetzentwurf 99/72 118v; 100/III 101; 129/73 24–24v, 136/73 55–57v, 137/73 62v, 138/73 66–66v; 139/III 117–119; 166/73 169, 174/73 198–199v, 176/73 206, 177/73 222v; 180/III 142–152; 182/73 231; 183/III 159–160; 184/74 2–2v, 186/74 19, 189/74 24–24v, 190/74 25; 191/III 168–168v; 213/74 96v; 222/III 183; 237/74 142; 274/75 4; 419/III 296v–297
- Mitglieder, keine gleichzeitige Mitgliedschaft im LT/AH 274/75 4
- Präsidenten, Dienstjubiläen 192/74 27

- Rechnungsprüfung
- - Bemerkungen allg. (für den Landtag) 233/74 126–126v, 235/74 138, 237/74 142, 238/74 139; 292/75 66–66v, 80–80v
- - Etat 1859 286/75 33–33v
- - Etat 1862 296/75 86
- - Etats 1859–62 350/77 3v–4
- - Gesetzsammlung, Kosten f. Übersetzung ins Polnische 376/78 6v
- - Reise- und Umzugskosten der Minister 270/74 229v
- - Reisekosten der Oberpräsidenten 381/78 28
- - Staatsschatz (1859) 286/75 33–33v
- Budgetrecht; Staatshaushalt; Verfassungs-Urkunde 1850 (Art. 104)

#### **Offizialdelikte**

→ Strafrecht

#### **Oldenburg** (Großherzogtum)

- Eisenbahnbau, Verhandlungen 315/75 134
- Schleswig und Holstein, Erbansprüche
- - Vertrag mit Preußen (27.9.1866) 419/III 297v

#### **Orden**

- Hohenzollernscher Hausorden 177/73 222; 328/76 42
- Kronen-Orden 177/73 222; 328/76 42
- Roter Adlerorden 165/73 161

**Ordenssachen** (Einzelfälle) 15/71 1v, 62/71 182–182v, 70/71 227v, 71/71 228; 110/72 185–185v, 112/72 206, 115/72 220, 117/72 237, 118/72 238; 148/73 107, 156/73 127, 158/73 151–152, 159/73 156, 161/73 158–158v; 277/75 8; 371/77 114–114v, 374/77 122; 375/78 1d, 410/78 121, 413/78 126, 420/78 138, 422/78 141v–142, 425/78 145, 429/78 152

#### **Ordensverleihungen** (allgemein, Grundsätze)

- Beamte
- - Dienstjubiläen 303/75 112
- - Subalternbeamte 374/77 122
- Krieger-Teilnehmer/Zivilisten (1864) 336/76 76v
- Ordensfeste 429/78 152
- Verfahren/Zuständigkeiten/Vorschläge des StMinm. 327/76 29–29v; 410/78 120v–121

#### **Ostasien-Expedition** (1859–62) 59/71 161–161v, 68/71 212

→ Japan

#### **Österreich** (-Ungarn)

- Bundesreform
- - Beust-Plan (1861/62) 184/74 1v, 194/74 33v, 195/74 36, 198/74 42v–43
- - Delegiertenversammlung, Plan 275/75 5
- - Frankfurter Fürstenkongreß (1863) 301/III 233–234
- - Verhältnis Preußen – Österreich allg. 385/III 280–280v, 397/III 288–289
- Deutsche Frage und Beziehung zu Preußen
- - allgemein 86/III 93–97v; 96/72 111v
- - Delegiertenversammlung, Plan 275/75 5
- - Kriege 1864 u. 1866 366/III 267–271
- - Militär- und Bündnisverhandlungen (1861) 136a/Fundort
- - Teplitzer Gespräche (1860) 96/72 111v
- Deutsch-Österreichischer Postverein, Briefporto-Ermäßigung 384/78 32
- Italienische Frage
- - Litorale/Küstenland 86/III 94v–95
- - Savoyen und Nizza 86/III 93–97v

- - Venetien 86/III 94v–95
- - Verhältnis zu Preußen 107/III 104–104v
- - Warschauer Gespräche (1860) 107/III 104–104v
- Krieg 1859
- - Kompensationen nach Friedensvertrag 86/III 93–97v
- - Schlacht bei Magenta 48a/Fundort 654
- - Verhältnis zu Preußen 43/Fundort 546–553; 48a/Fundort; 51/71 106–108v; 52/III 56–64v, 54/III 65–67v, 86/III 93–97v
- Krieg 1864
- - Bundesexekution 312/75 130; 316/III 237–240
- - Preußen – Österreich: 2. Punktation (6.3.) 327/76 29
- - Ultimatum an Dänemark 320/III, 321/III 247–247v
- Krieg 1866
- - Entstehung, Anlaß 385/III 278–282v, 393/III 283–284v, 397/III 288–289v
- - Friedensvertrag Prag (23.8.) 406/78 116, 408/78 117, 409/78 118
- - Kriegs-Finanzierung 397/III 289
- - Kriegskontributionen 409/78 119–119v
- - Mobilmachung, Truppenaufmärsche 393/III 283–284
- - Verhältnis zu Italien 393/III 283, 283v, 397/III 289
- - Verhältnis zu Preußen 366/III 267–271, 385/III 278–282v, 393/III 283–284v, 397/III 288–289v, 419/III 295v
- Kurhessen, Verfassungskonflikt 196/III 170v–171; 229/74 117–118; 236/III 192v
- Postgebühren, Ermäßigung für deutsche Staaten 384/78 32
- Schleswig-Holstein-Frage
- - Bundesexekution und Einvernehmen mit Preußen 316/III 239, 318/III, 320–322/III
- - Londoner Vertrag (1852) 322/III
- - Punktation mit Preußen (16.1.1864) 320/III
- Deutscher Bund; Deutsche Frage; [einzelne Kriege]; Schleswig-Holstein-Frage
- Ostpreußen** (Provinz)
- Immobilien
- - Abgaben und Reallasten 277/75 8–8v
- Provinzialrecht
- - Abänderung § 13 Zus. 213 277/75 8–8v
- Steuerdirektion Königsberg
- - Haus-Erwerb, Gesetzentwurf 317/75 135

**Papsttum**

- weltliche Herrschaft/Kirchenstaat
- - italienische Nationalstaatsgründung 70/71 226
- Kirche (katholische)

**Paraguay**

- Handels- und Schifffahrtsvertrag 222/III 184

**Paßwesen**

- Gesetzentwurf 199/74 44; 222/III 183v; 226/74 115, 234/74 137, 235/74 138–138v, 256/74 171

**Patriot** (Zeitschr.) 219/74 105, 225/74 114–114v**Pensionen**

- Beamte annektierter Gebiete (1866) 424/78 143–144
- Disziplinar-Maßnahmen 369/77 87–87v
- Eisenbahnbeamte als ehem. Militärpersonen 104/72 153–153v, 156–158
- Gesetzentwurf 127/73 16v, 128/73 19–19v; 270/74 229v

- Kommunalbeamte *151/73* 120, 121–122
- - Rheinprovinz, Gesetzentwurf *126/73* 9v; *267/74* 204, *270/74* 229; *364/77* 54–55
- Lehrer, Gesetzentwurf *372/77* 117
- Militärinvaliden als ehem. Eisenbahnbeamte *104/72* 153–153v, 156–158
- Militärpersonen *93/72* 88–88v; *151/73* 120, 121–122
- Rechtslage, KO (26.8.1854) *327/76* 29
- Revision der Pensionsregelung *93/72* 88–88v, *99/72* 118v; *100/III* 101; *127/73* 16v, *128/73* 19–19v
- Witwen, Hohenzollern Lande *327/76* 29
- Witwen-Verpflegungs-Anstalt *303/75* 112
- Beamte; Disziplinar-, Gehalts- und Pensionsachen
- Pensionsachen** (Einzelfälle) *5/70* 290, 291; *59/71* 161v–162, 163–171; *95/72* 109, 110, *97/72* 112, 113, *117/72* 236–236v; *126/73* 12–13, *146/73* 87, 90, *157/73* 128, 131–132, *158/73* 151, 155, *169/73* 179, 180–181; *195/74* 35, 39, *212/74* 70, 71, *231/74* 120v, 122–124v, *246/74* 153, 159, 160, *255/74* 169k, 170–170v, *269/74* 207, 226–228; *281/75* 27–29, *291/75* 64, 64, *311/75* 121v, 128–129; *323/76* 21, 22, 24–24v, *327/76* 29, 40, *329/76* 44, 58–59, *331/76* 61, 63–64, *340/76* 84–84v, *342/76* 110, 112–114, 116; *354/77* 29, 33, *369/77* 90, *371/77* 114, 115, 116, *373/77* 121; *391/78* 67–67v, 69–71, 73, *400/78* 84, 86, 87, *411/78* 122, 124, *413/78* 126
- Disziplinar-, Gehalts- und Pensionsachen
- Personenstand**
- Geburtenregister *304/75* 113–115
- Petitionen**
- Abgeordnetenhaus
- Pferde**
- Export-Verbot in Krisen- und Kriegszeiten *29/71* 42, *30/71* 43, *34/71* 54, *44/71* 90, *45/71* 91–91v; *54/III* 67–67v; *56/71* 135; *398/78* 81
- Piemont**
- Sardinien-Piemont, Königreich
- Polen** (als Minderheit in Preußen)/**Polenpolitik**
- amtl. Dokumente, Übersetzungen ins Polnische *358/77* 44v
- antipreuß. Demonstrationen, RegBez. Oppeln *116/72* 232
- Posen (Prov.)
- - Beschwerden über Beamten-Verhalten *26/71* 39–39v, *37/71* 64, *61/71* 172v–173, 177–179v
- - Erzbischof, polit. Verhalten *238/74* 140–140v; *311/75* 121–121v
- - Sprachenkonflikt *26/71* 39–39v; *84/72* 51–53v
- Preußen (Prov.)
- - Germanisierung *325/76* 26v
- Verbot poln. Zeitungen in Thorn *303/75* 112
- Posen (Prov.); Preußen (Prov.)
- Polen** (Königreich bzw. Kongreß-Polen) / **Polnische Frage**
- politische Verhältnisse *238/74* 139v
- Polen-Aufstand (1863)
- - Aufrufe zum Aufstand in Preußen (vor 1863) *37/71* 64
- - italienische Einflüsse *140/73* 68
- - juristische Verfahren, Prozesse *287/75* 34, *311/75* 125
- - Konvention Alvensleben (8.2.1863) *278/75* 13
- - Militär-Maßnahmen Preußens, Dienstzeit-Verlängerung *300/75* 89–89v
- - Preußen, Stellung und Maßnahmen allg. *285/III* 209–210; *325/76* 26
- - wirtschaftl. Folgen in östlichen Provinzen *278/75* 13

- Posen (Prov.), kein Belagerungszustand 317/75 135–135v
- Preußen, Beibehaltung bisheriger Politik 191/III 166v–167
- Polizei**
- Beschwerden über Beschlagnahme 8/70 299v–306, 309–310
- Direktion Frankfurt/O., Auflösung 68/71 212
- Gendarmerie
- - Offiziers-Stellen, Verminderung (im Etat 1862–63) 243/74 145–145v
- - Reorganisation des Offizier-Korps 305/75 116–116v
- Höhere Polizei
- - Etat-Geheimfonds 1862 261/74 178
- Polizei-Verwaltung
- - Ortspolizei, anteilige Finanzierung 21/71 24–24v, 28–28v
- - östl. Provinzen, Gesetzentwurf 83/72 41–43v; 166/73 169–169v; 167/III 139v–140; 182/73 231; 221/74 108v; 222/III 183; 294/75 83
- - Polizei-Verwaltungs-Gesetz (1850), Novellierung 134/73 47–47v, 48–50; 198/74 43v
- Preßgesetz (1851) 8/70 299v–306, 309–310
- Rechtsweg gegen Polizeiverfügungen
- - allgemein 9/70 315–317
- - Gesetz (11.5.1842), Novellierung 134/73 47–47v, 48–50
- - VO (30.12.1820), Novellierung 243/74 145–145v
- Überwachung öffentl. Versammlungen 38/71 65v
- Polizei-Präsidium Berlin; Verwaltungsgerichtsbarkeit
- Polizeifunktionen, gutsherrliche**
- Gutsherrschaft
- Polizei-Präsidium Berlin**
- Deutscher Polizeiverein, Teilnahme 155/73 125v
- Erweiterungsbau, Grundstücksankauf 387/78 34–34v
- Polizei-Präsidenten
- - Bernuth 244/74 146v
- - Winter 185/74 16–16v, 231/74 120–120v, 232/74 125
- - Zedlitz 145/73 86–86v, 146/73 87v–88v, 172/73 190
- Presse, Beschlagnahmen 219/74 105v
- Stieber-(Schwarck-)Affäre (1860) 93/72 87–87v, 112/72 206–208v, 118/72 238–238v; 172/73 190; 215/74 99–99v
- Polizeiverein, Deutscher**
- Deutscher Polizeiverein
- Pommern (Provinz)**
- Ablösung der Reallasten (Gesetz v. 2.3.1850)
- - Einführung in Vorpommern und Rügen, Gesetzentwurf 113/72 209, 218–219; 140/73 67v; 190/74 25
- - Regulierung gutsherrl. und bäuerl. Verhältnisse 113/72 209, 218–219; 140/73 67v; 190/74 25, 231/74 121
- Eisenbahn Köslin – Stolp 355/77 38, 360/77 46–46v
- Kirche (evangelische), Emeritenfonds 337/76 78v, 79
- Lehnsverband-Auflösung, Gesetzentwurf 150/73 113v–114, 118–118v, 173/73 193–193v, 197; 221/74 108v; 222/III 182v–183, 419/III 297v
- Oberpräsident Senfft v. Pilsach, Entlassungsgesuch 214/74 97, 220/74 106v
- Provinziallandtag, Ernennung Marschall und Vize-Marschall 262/74 190
- Wasserwirtschaft, Vorfluter in Neu-Vorpommern 422/78 142



**Porzellan-Manufaktur, Königliche (Berlin)**

- Neubauten, Etatmittel (1866) 395/78 80
- Verlegung im Zuge des Abgeordnetenhaus-Neubaus 311/75 126v

**Posen (Provinz und Regierungsbezirk)**

- Beamten-Verhalten 126/73 9, 137/73 61
  - Hausierhandel, Verbot von Sensen 328/76 41–41v
  - Kirche (katholische)
  - Doppelehen, Einsegnung 65/71 192v–193, 194–195v
  - Oberpräsidenten
    - - Bonin 195/74 35, 238/74 139v–140, 267/74 203v
    - - Disziplinarsachen 61/71 172v–173, 177–179v; 91/72 73–73v
    - - Puttkamer 91/72 73–73v
  - Polen-Aufstand (1863)
    - - allgemein 285/III 209–210; 325/76 26
    - - Belagerungs-Zustand 285/III 209–210; 317/75 135–135v
  - Polizei-Präsident, z.D.-Stellung 126/73 9, 137/73 61
  - Regierungsvizepräsident, Abberufung 110/72 185
  - Schulen
    - - kath. Gymnasien, Auflösung 402/78 89v
    - - kath. Gymnasium, Errichtung in Gnesen 84/72 50, 51–53v
    - - Kozmian'schen Unterrichtsanstalten 353/77 27–27v
    - - Simultan-Schulen, Einrichtung 402/78 89v–90
    - - Sprachenfrage und polnische Minderheit 84/72 50, 51–53v
- Polen (als Minderheit)

**Post**

- Briefporto, Gesetzentwurf 84/72 50v; 199/74 44v–45; 222/III 184; 231/74 121; 384/78 32; 419/III 297
  - Haftung für Postsendungen, Gesetzentwurf 84/72 50v; 174/73 198, 200–205v
- Telegraphie

**Postverein**

→ Deutsch-Österr. Postverein

**Potsdam (Stadt)**

- Dortu-Stiftung 300/75 89, 91–91v

**Presse/Pressepolitik**

- allgemein 50/71 103v
- amtliche Publikationen 266/74 202–202v
- Beschlagnahmungen 219/74 105v
- Gesetzeslage, Verschärfung 314/75 132
- juristische Verfahren
  - - allgemein 217/74 104
  - - Einzelfälle, sonstige 223/74 110
  - - Magdeburger Zeitung 269/74 207
  - - Merziger Wochenblatt 220/74 106v–107
  - - Patriot 219/74 105, 225/74 114–114v
  - - Tribüne 226/74 115v
  - - Trierer Zeitung 220/74 107
  - - Wiener Zeitungen 325/76 26
- Kautionen u. Steuern f. Periodika 111/72 189
- Monarch, Verfahren für Immediat-Zeitungsberichte 325/76 26
- Pressefreiheit 8/70 299–306, 309v–310

- Presse-Verordnung (1.6.1863)
- - Entstehung und Entwurf 282/75 30–30v; 290/III 212–213
- - Exempel für Konfliktzeit 335/III 257
- - Kronprinz Friedrich, Stellung und Konflikt 296/75 86
- - Landtags-Vorlage, nachträglich 300a/Fundort; 308/75 118v
- - Presse-Gesetz (1851) 290/III 214–221
- - Protest-Eingaben 295/75 85–85v; 297/III 226
- - Rekurs-Entscheidungen 302/75 92
- Schleswig-Holstein-Konflikt (1864) 321/III 247v–248
- Staatsministerium
- - Abgeordnetenhaus, Adress-Debatte (1862) 230/74 119
- - Konfliktzeit 286/75 33
- - Kurhess. Verfassungskonflikt (1862) 236/III 193v–194
- - Neue Preußische Zeitung 36/71 60; 80/72 15v
- - Presseberichte aus Rheinprovinz 325/76 26
- - Presse-VO (1.6.1863) 290/III 212–225
- - Pressefonds 1862, Kürzung 238/74 139v
- - Preußische Volkszeitung 80/72 15
- - Preußische Zeitung 232/74 125
- - Publikation offiziöser Artikel 266/74 202
- - Staats-Anzeiger 278/75 13
- - Sternzeitung/Preußische Allgemeine Zeitung 219/74 105v, 266/74 202
- - Zeitungsberichte aus RegBez. Köln 308/75 118
- Überwachung von Zeitungen 38/71 65
- Zeitungs-Verbote in Thorn 303/75 112
- einzelne Zeitungen/Periodika; Staats-Anzeiger; Zentralstelle für Preß-Angelegenheiten
- Pressegesetz (12.5.1851)**
- Ausführung § 1 9/70 313v
- Beschlagnahme 8/70 299v–306, 309–310; 13/II 265v–266
- Gewerbe-Konzessionen 8/70 301v, 9/70 313v; 13/II 263, 265v–266; 77/72 10v–11
- Novellierung 8/70 302–304v, 310; 13/II 263, 266; 25/71 38, 28/71 41; 77/72 10v–11; 294/75 83; 297/III 228; 308/75 118v, 314/75 132
- Preß-Verordnung (1.6.1863) 290/III 214–221
- Vergehen, Gerichtszuständigkeit 90/72 72v
- Pressegesetz, Deutscher Bund (1854) 8/70 303**
- Presserecht**
- Persönlichkeits-Schutz
- - Einzelfälle 198/74 42
- Staatsministerium, Beleidigungen
- Preußen (Provinz)**
- Kirche (evangelische), Emeritenfonds 287/75 34; 337/76 77a, 78–81v
- Klöster, Nutzung durch Franziskaner 299/75 87–88; 325/76 26–26v; 354/77 29; 412/78 123
- Provinziallandtag
- - Berufung (1858/59) 1/70 283v, 2/70 285
- - Teilnahmerechte 56/71 135–135v, 57/71 144
- Preußische Allgemeine Zeitung (Stern-Zeitung) 50/71 103v; 219/74 105v, 232/74 125**
- kein offiziöses Regierungsorgan (seit 1.1.1863) 266/74 202
- Preußische Bank**
- Filial-Gründungen 375/78 1d–5v
- Geschäftserweiterung, Gesetzentwurf 373/77 121v

- Kommanditisten
- - Kommunalsteuern *418/78* 136
- Staatsanleihen, Übernahme *221/74* 108
- Stammkapital, Erhöhung *375/78* 1d–5v
- Banken; Bankordnung (1846)
- Preußische Correspondenz** (gegr. 1854 von Zentralst. f. Preßangel. beim StMinm.) *1/70* 283
- Preußische Hypotheken Aktien-Bank**
- Hypothekenbanken
- Preußische Volkszeitung** (gegr. 1859, neu-konservativ) *71/71* 228, 229–229v; *80/72* 15
- Preußischer Volksverein**
- Wahl 1861 *180/III* 142–149
- Konservative
- Prise**
- Seerecht
- Providentia** (Lebens- und Feuerversicherungs-Gesellschaft, Frankfurt/M.), Zulassung *84/72* 50–50v
- Provinzial-Hilfskassen**
- Deposita, keine Annahme von Privatpersonen *264/74* 192–192v
- Provinziallandtage** (allgemein)
- Einberufungen *96/72* 111–111v; *262/74* 190, *244/74* 146v
- Marschälle/Vize-Marschälle *262/74* 190
- Provinzialstände, Einberufungen wegen Grundsteuer-Regulierungskosten *371/77* 114
- Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen
- - Kreisordnungen *244/74* 146v, *264/74* 192, 193–198v
- - Wegeordnung *339/76* 83
- Teilnahmerechte der Familien-Fideikommiß-Besitzer *56/71* 135–135v, *57/71* 144
- Prozeßrecht**
- Zivilprozeß-Ordnung
  
- Quäker**
- Rechtsstellung *199/74* 44–44v
  
- Rayons**
- Festungen
- Reallasten/Realabgaben**
- Ablösungen
- Rechnungsprüfung**
- Oberrechnungskammer
- Rechtsvorschriften**
- Gegenzeichnung von Ministern *150/73* 113–113v, 116–117
- König; Staatsministerium
- Reichstag** (Norddt. Bund)
- Wahlen 1866 zum konstit. RT *420/78* 138
- Wahlgesetz (15.10.1866)
- - Ausführungs-Reglement (30.12.1866) *427/78* 146–146v, 147–150
- - Einführung in annektierten Gebieten *417/78* 135–135v, *427/78* 146
- - Entwurf *406a*/Fundort; *409/78* 119
- - Redefreiheit abgelehnt *409/78* 119
- Wahlrecht
- - gemäß Verfassungs-Entwurf *425/78* 145

**Rennbahn (Berlin)**

- Schiedsgericht, Vorsitzender 348/77 2

**Rhein**

- Brückenbau Koblenz 46/71 96
- Rheinufer, linkes
- - Neubauten in Waldnähe, Gesetzentwurf 342/76 110–110v
- Binnenschifffahrt

**Rheinisches Handelsgesetzbuch**

- Novellierung 13/II 263v

**Rheinprovinz**

- Baurecht/Bauordnung 265/74 199–201v
- - Einzelbestimmungen 99/72 118; 100/III 99v
- - Errichtung von Gebäuden in Waldnähe, Gesetzentwurf 342/76 110–110v
- Beamte (Kommunal- und Forst-)
- - Pensionen 126/73 9v; 267/74 204, 270/74 229; 364/77 54–55
- Bergbau-Abgaben 326/76 27–27v, 28
- Depositions-Verfahren 99/72 118–120; 100/III 101
- Einquartierungen 99/72 119; 100/III 102v
- Forstordnungen 265/74 199–201v
- Gemeinde-Ordnung (1845/56)
- - Beamten-Pensionen 364/77 54–55
- - Novellierung 188/74 23–23v, 193/74 30, 221/74 108v
- Gemeinheitsteilungs-Ordnung (1851)
- - Novellierung 197/74 40, 220/74 106, 230/74 119
- Grundsteuer-Gesetz (21.5.1861)
- - Ausführungs-VO (12.12.1864) 345/76 131–131v
- Grundsteuer-Kataster
- - Aufhebung periodischer Revisionen, Gesetzentwurf 222/III 184; 227/74 116
- Hochschulen
- - Errichtung Polytechnikum (Techn. Hochschule) Aachen 65/71 192v; 106/72 161–161v; 107/III 105–106; 126/73 9v; 306/75 117–117v
- Klöster, Alexianer 369/77 87v–88
- Oberpräsidenten
- - Abberufung (1858) 2/70 285v
- - Reisekosten-Abrechnung 381/78 28
- Polizei-Verordnung, Sonn- und Festtage 22/71 31
- Presse
- - Immediat-Zeitungsberichte der Regierungspräsidenten 325/76 26
- Provinziallandtag
- - Berufung (1858) 1/70 283v, 2/70 285
- - Einzugsgeld der Landgemeinden 108/72 171v–172
- - Ritterschaft, Verhalten 98/72 114–114v
- - Städteordnung (1856) 105/72 160–160v
- Provinzialstände
- - Pensionen f. Kommunalbeamte 270/74 229
- - Provinzial-Hilfskasse, Erweiterung des Geschäftsbereichs 264/74 192–192v
- Schulen
- - Provinzial-Schulkollegien 196/III 174–174v

- Städteordnung (1856)
- - Novellierung *100/III* 102v
- Zivilbehörden, Verhalten bei Invasionen *388/78* 35
- Ritterakademien**
- Brandenburg *192/74* 26
- Rittergutsbesitzer**
- politische Ämter und Repräsentanz
- - auf Kreistagen *131/III* 112–116; *178/73* 223; *180/III* 144–145, 146, 146v, 152–153v, *183/III* 157–159
- - als Landräte *136/73* 55
- ständische Rechte
- - Ausübung als Juden *181/73* 229–229v; *264/74* 192
- - Provinziallandtag Brandenburg *264/74* 192
- Gutsherrschaft
- Rußland**
- Italienische Frage
- - Verhältnis zu Preußen *107/III* 104–104v
- - Warschauer Gespräche (1860) *107/III* 104–104v
- Krieg 1859
- - Verhältnis zu Preußen *43/Fundort* 547, 552; *48a/Fundort*; *52/III* 56–64v, *54/III* 65v
- Krieg 1866 *366/III* 269
- Polen-Aufstand (1863)
- - Vertrag mit Preußen (8.2.1863) *278/75* 13
- - Verhältnis zu Preußen *278/75* 13
  
- Saarland** (Bergbaugebiet)
- Kohlebergwerke, Anteils- und Eigentumsverhältnisse *392/78* 74–75, *409/78* 119
- Sachsen** (Königreich)
- Bundesreform
- - Beust-Plan (1861/62) *184/74* 1v, *194/74* 33v
- Polizei, Mitteilungen an PolPräs. Berlin *155/73* 125–125v
- Rittergutsbesitzer *131/III* 113v
- Schleswig-Holstein-Konflikt (1863/64)
- - Bundesexekution in Holstein *320/III* 246
- Zivilprozeß-Ordnung, deutsche
- - Entstehung: Verhandlungen mit Preußen *106/72* 163–163v
- Sachsen** (Provinz)
- Grundsteuer-Regulierung *213/74* 95
- Kirche (evangelische), Emeritenfonds *337/76* 77a, 78–81v
- Kohlebergbau
- - Hypothekenfolien f. Gerechtigkeiten *100/III* 100v
- Provinziallandtag, Berufung (1858) *1/70* 283v, *2/70* 285
- Ernennungen
- Sachsen-Altenburg** (Herzogtum)
- Militär-Konvention (30.3.1862) *226/74* 115
- Sachsen-Coburg-Gotha** (Herzogtum)
- Militär-Konvention (1.6.1861) *226/74* 115
- Säkularisation**
- Jesuiten-Fonds, fiskal. Verwendung *173/73* 193, 194–196v

- Kirche (katholische)
- - Entschädigungen, Stiftungsfonds 92/72 86
- Klöster, Übergang auf Fiskus 170/73 185v
- Salz**
- Salzhandel, staatl.
- - Ersparnisse 1862/63 216/74 102
- - Mehreinnahmen 1863 218/III 180–181v
- Salzmonopol, Aufhebung, Gesetzentwurf 425/78 145
- Sardinien-Piemont** (Königreich)
- italienische Annexionspolitik
- - Protest Preußens 107/III 104
- Krieg 1859
- - Schlacht bei Magenta 48a/Fundort 654
- - Verhältnis zu Preußen 48a/Fundort
- Savoyen** (Herzogtum)
- Annexion durch Frankreich (1860) 86/III 93–97v
- Schiffahrt**
- Laternen-Signale auf See 292/75 66v
- Seemanns-Ordnung, Gesetzentwurf 222/III 183v; 308/75 118v
- Binnenschiffahrt, Seerecht
- Schlesien** (Provinz)
- Bankzettel-Privilegium in der Oberlausitz (Antrag) 361/77 49–49v
- Grundsteuer, Belastung für Stände 361/77 49–49v
- Kirchenverhältnisse, einzelne Orte 412/78 123, 123a–123c
- Landwirtschaft
- - Ernteauffälle, Kartoffeln 102/72 128v
- - Lehranstalt Proskau 286/75 33
- - Lehranstalten, Schülerverhalten 116/72 72 232
- Notstand der Weber 271/74 230
- Provinziallandtag
- - Berufung (1858) 1/70 283v, 2/70 285
- - Zehntverfassung 337/76 77av
- Schulverhältnisse, einzelne Orte 412/78 123, 123a–123c
- Zehnt (-Reallasten)
- - Regulierung, Gesetzentwurf 108/72 171v, 109/72 173–173v, 182–182v; 128/73 19v–20, 22–23; 337/76 77a–77av
- Zuchthausgefälle, Aufhebung 240/74 148–148v
- Ernennungen
- Schleswig und Holstein** (Herzogtümer)
- Annexion durch Preußen (1866)
- - Preußische Bank, Filialgründung 375/78 1d, 3–3v
- - Vertrag mit Ghzgtm. Oldenburg 420/78 138
- - Wahlgesetz Norddt. Reichstag (15.10.1866), Einführung 427/78 146
- Schleswig-Holstein-Frage**
- Abgeordnetenhaus, Erklärung des StMinm. 316/III 238, 239v
- Augustenburger
- - Erbensprüche, jurist. Prüfung 366/III 267v
- - Erbfolge in Herzogtümern 316/III 237–237v
- Bundes-Exekution (Beschluß 1858), Umsetzung 119/72 243; 182a/Fundort

- Bundes-Exekution (1.10.1863)
- - Großbritannien, Vermittlungen 312/75 130
- - militär. Vorbereitungen 307/III 236, 316/III, 318/III, 320/III 246
- Erbfolgefrage 316/III 237–237v, 318/III 241, 241v, 243v, 366/III 267v
- Gasteiner Konvention (14.8.1865) 397/III 288v, 289
- Holstein, Hzgtm.
- - Finanzüberschüsse 312/75 130
- Italienische Frage 198/74 43
- Krieg 1864
- - allgemein 329/76 45
- - Annexions-Frage 366/III, 385/III 278–282v
- - Denkmäler des Sieges 351/77 5v, 358/77 43–43v, 361/77 49v–50v
- - Einmarsch in Jütland 327/76 29
- - Europäische Mächte, Verhalten 320/III 245v, 321/III 248v, 322/III
- - Finanzierung des Krieges 320/III 246; 334/76 75a–75av; 335/III; 337/76 77av–77bv, 338/76 82–82v; 353/77 28, 358/77 44–44v, 362/77 51–52, 368/77 86v
- - Kronprinz, Stellung und Verhalten 366/III 270
- - Londoner Vertrag (1852) 318/III, 321/III 248–249, 322/III
- - Mobilmachung 320/III 246–246v, 321/III 247–247v
- - Öffentliche Meinung 366/III 267, 268v
- - Presse in Holstein 321/III 247v–248
- - Preußen – Österreich: 2. Punktation (6.3.) 327/76 29
- - Prisen-Reglement 331/76 61, 62a–62av
- - Siegesfeiern 346/76 132
- - Ultimatum an dän. Oberbefehlshaber 321/III 247–247v
- - Waffenstillstand 330/III 254v
- - Ziele, polit. 322/III 251–251v
- - Zivilkommissar Hzgtm. Schleswig, Ernennung u. Instruktionen 321/III 248, 322/III 252
- Preußen, Stellung und Maßnahmen allg. 86/III 95, 96v–97; 198/74 43
- Ständeversammlung Holsteins (Juni 1866) 397/III 289–289v
- Annexionen; Krieg 1864; Krieg 1866
- Schleswigsche Frage**
- Schleswig-Holstein-Frage
- Schuldrecht**
- Schuldhaft bei Zahlungsunfähigkeit 398/78 81v
- Schuldverschreibungen**
- Staatsanleihen
- Schulen**
- Lehrer-Seminare
- - Bromberg (RegBez.) 311/75 121v, 124–125
- - katholische 353/77 27v
- - Unterricht, Gesetzentwurf 201/74 48cv
- Privatschulen
- - Konzessionen 85/72 55–55v
- - Kozmian'schen (Posen) 353/77 27–27v
- - Staatsaufsicht an Prov.-Behörden teilw. übertragen 235/74 138v
- Provinzial-Schulkollegien
- - Koblenz 196/III 174–174v
- Schlesien (Prov.), Verhältnisse in einzelnen Orten 412/78 123, 123a–123c
- Schulbauten, Lausitz 115/72 220v–221

- Unterricht
- - Gesetzentwurf (Verfassungs-Art. 26) *9/70* 314v–315; *13/II* 267–267v; *85/72* 56, 58–60, *99/72* 119v; *100/III* 102; *192/74* 27, *200/74* 46–46ev, *201/74* 47–48k, *202/74* 49–49d; *416/78* 132v
- - Stiehlschen-Regulative (1854) *193/74* 30–30v
- Volksschulen
- Schulen** (höhere)
- Gymnasien, kath.
- - Prov. Posen *402/78* 89v
- Katholizismus
- - Aufhebung kath. Gymnasien *311/75* 121v, 124–125, *317/75* 135v
- - Errichtung kath. Gymnasien *84/72* 50, 51–53v
- Schulbauten
- - Errichtung kath. Gymnasium, Gnesen *84/72* 50, 51–53v
- - Grundsätze staatl. Förderung *84/72* 52–52v
- - Preußen (Prov.) *299/75* 87–88
- Simultan-Schulen
- - Posen (Prov.) *402/78* 89v–90
- Stiftung von Freistellen an Gymnasien *23/71* 32v, 34–35
- Unterricht
- - Gesetzentwurf *201/74* 47v–48, 48ev–48k, *202/74* 49a
- Schulzenamt**
- Kommunen
- Schweiz**
- Alpenbahn-Projekt
- - Subventionen europ. Staaten *383/78* 31
- Schwurgerichte**
- gegen Ausdehnung der Kompetenzen *191/III* 166v
- Seehandlung**
- Landwirtschaftsbank, Beteiligung *358/77* 44
- Staatsanleihen, Übernahme (1862) *221/74* 108
- Seemanns-Ordnung**
- Arbeitsrecht
- Seerecht**
- Prisen-Reglement *331/76* 61, 62a–62av; *353/77* 28
- Schifffahrt
- Selbstverwaltung**
- Kommunen; Kreisordnung
- Siam**
- Handels- und Schifffahrtsvertrag *222/III* 184
- Sigmaringen** (Regierungsbezirk)
- Hohenzollern Lande
- Skandinavismus**
- Schleswig-Holstein-Frage *318/III* 242
- Sozialpolitik**
- Arbeitsrecht; Militär-Invaliden
- Sporteln**
- Gerichte
- Staatsanleihen**
- Eisenbahn-Bauten, Gesetzentwurf *419/III* 297



- Krieg 1859 27a/Fundort 284; 42/71 88–89v; 47/III 52–53; 48b/Fundort; 49/III 54v–55, 54/III 66–67
- Krieg 1864 334/76 75a–75av; 335/III; 337/76 77av–77bv, 338/76 82–82v
- Krieg 1866 409/78 118v
- Marine-/Flottenausbau 356/77 40v, 41–42, 368/77 86–86v, 373/77 121
- Staatsanleihen 1850 u. 1852
- - Konvertierung 240/74 148v
- Zinsgarantien 16/71 11v; 130/73 25
- Zinssatz-Reduzierung 211/74 64–64v
- Geld- und Währungspolitik; Staatsschulden

#### **Staats-Anzeiger**

- Aufnahme offiziöser Artikel 266/74 202–202v
- Pressepolitik des StMinm. 278/75 13
- Reorganisation (zum 1.1.1863) 266/74 202–202v, 267/74 203
- Pressepolitik

#### **Staatsarchiv, Geheimes 1/70 284**

#### **Staatsbürgerschaft**

- Erlangung durch Naturalisation
- - Einstellung als Beamte 168/73 173–173v, 174–175v
- Paßgesetz 234/74 137

#### **Staatsgebiet**

- Erweiterung, Annexionen (1866/67)
- - Besitzergreifungs-Patente 407/III 290–293; 408/78 117, 411/78 122, 412/78 123v, 415/78 129; 419/III 297v
- Annexionen; einzelne Länder; Krieg 1866

#### **Staatsgerichtshof**

- Aufhebungs-Debatte 90/72 72v; 191/III 166v
- Prozesse, Landesverrat
- - Polnische Aufständische (1863) 311/75 125

#### **Staatshaushalt**

- Etat 1859
- - Gesetzentwurf 13/II 263v; 26/71 39v, 32/71 51, 51v, 37/71 64v
- - Extraordinarium 61/71 172v–174
- Etat 1860
- - Gesetzentwurf 69/71 219, 220–225; 74/III 84–89, 75/III 90; 77/72 10–10v, 80/72 16, 17–32v, 81/72 33v
- Etat 1861
- - Beamten-Besoldung 144/73 85–85v
- - Frage der Fortgeltung für 1862/63 248/74, 249/74 169e, 261/74 176, 177–182
- - Gesetzentwurf 99/72 119v–120, 101/72 124–124v, 102/72 129, 106/72 162v–163; 107/III 104v–105; 140/73 68v; 143/III 120–124v; 144/73 85–85v
- - Militärbudget 143/III 120–124v
- Etat 1862
- - Armee-Reorganisation-Fonds 261/74 178
- - Beamten-Gehälter 269/74 207v
- - Dispositions-Fonds f. polit. Zwecke 261/74 178
- - Finanzierung der Heeresreform 166/73 169v, 170/73 185v–186
- - Gesetzentwurf 166/73 169v, 170/73 185v–186, 172/73 190v, 178/73 223v; 191/III 168v; 194/74 34–34v, 197/74 40–40v, 198/74 43–43v, 203/74 51–55v, 205/74 56–56v, 209/74 62v, 216/74 102–102v, 217/74 103; 218/III, 222/III 183v; 227/74 116, 233/74 126–126v, 238/74 139–

- 139v, 240/74 147–147v, 241/74 143, 242/74 144, 243/74 145–145v, 247/74 169–169av, 248/74 169b–169c, 249/74 169d–169e; 250/III 196–199v, 251/III 200–202v; 252/74 169f–169g, 253/74 169h, 254/74 169i
- - Militärbudget 172/73 190v; 175/Fundort; 186/74 18–18v, 188/74 23; 204/III 178v; 213/74 95v–96v, 216/74 102–102v, 217/74 103–103v; 218/III 180–181v
  - - Polizei-Fonds f. geheime Zwecke 261/74 178
  - - Pressepolitik-Fonds 238/74 139v
  - - Spezialisierung der Etat-Titel/Antrag Hagen 194/74 34–34v, 197/74 40–40v, 198/74 43–43v, 203/74 51–55v; 204/III 176–179v, 222/III 183v–184; 241/74 143
  - - Staatsschatz-Verwaltung 238/74 139v
  - - Überschüsse und Verwendung 247/74 169; 292/75 76v–77v
  - - Verfahren ohne Gesetz 261/74 176, 177–185, 186–189
  - - Verwendung von Ersparnissen 269/74 207v
  - Etat 1863
  - - budgetloses Regieren, Verfahren ohne Gesetz 261/74 176, 177–185
  - - Einzelfonds Abgeordnetenhaus/LT, Beamte 331/76 61v
  - - Extraordinäre Ausgaben 298/III 232
  - - Finanzabschluß 328/76 41v
  - - Gesetzentwurf 209/74 62v, 217/74 103; 218/III 180–181v, 222/III 183v; 227/74 116, 233/74 126–126v, 240/74 147–147v, 242/74 144, 247/74 169–169av, 248/74 169b–169c, 249/74 169d–169e; 250/III 196–199v, 251/III 200–202v; 252/74 169f–169g, 253/74 169g, 254/74 169i, 255/74 169k, 257/74 172; 258/III 203–203v; 274/75 4–4v; 289/III 211–211v; 292/75 65–66, 67–78v, 294/75 82, 296/75 86; 298/III 230v–232
  - - Militärbudget 213/74 95v–96v, 216/74 102–102v, 217/74 103–103v; 218/III 180–181v
  - - Spezialisierungs-Antrag 222/III 183v–184
  - Etat 1864
  - - Besoldungsfonds 310/75 119
  - - Differenzen mit Kriegsministerium 309/75 120
  - - extraordinäre Ausgabenfonds, Verwendung 350/77 3v
  - - Gesetzentwurf 254/74 169i; 292/75 66, 79–79v, 309/75 120, 310/75 119; 324/76 25, 326/76 27
  - - Krieg 1864, Finanzierung 330/III 254–254v
  - Etat 1865
  - - Besoldungs-Zulage für Ministerialbeamte 350/77 3–3v
  - - Gesetzentwurf 350/77 3–3v, 358/77 43v; 367/III 275; 368/77
  - - Krieg 1864, Kosten und Finanzierung 358/77 44–44v, 362/77 51–52, 368/77 86v
  - Etat 1866
  - - außerordentlicher Militär-Kredit, Gesetzentwurf 404/78 105–105v
  - - Besoldungs-Zulage für Ministerialbeamte 350/77 3–3v
  - - Besoldungserhöhung f. Ministerial-Subaltern-Beamte 364/77 54
  - - Gesetzentwurf 388/78 35–35v, 400/78 84v
  - - Krieg 1866, Finanzierung 398/78 82
  - - Mittelverwendung 395/78 80
  - Etat 1867
  - - Extraordinarium 422/78 142
  - - Gesetzentwurf 400/78 84v, 418/78 136; 419/III 295–297; 420/78 137v, 422/78 141, 428/78 151
  - - Militärbudget 419/III 295–297
  - - Mittel f. Präsidium Norddt. Bund 418/78 136

- Etat-Grundsätze
- - Einbringung der Etat-Geszentwürfe/rechtzeitige Vorlage 99/72 118v; 100/III 101; 132/73 45; 209/74 62v, 233/74 126–126v; 236/III 194–194v; 238/74 139
- - Etat-Überschreitungen 238/74 139; 274/75 4
- - interim. Fortdauer geltender Etat-Gesetze 99/72 118v; 100/III 101; 132/73 45
- Etat-Prüfungen/Rechnungsberichte
- - 1856/57: 13/II 263v; 27/71 40, 32/71 51v
- - 1859 u. 1860: 227/74 116
- - 1859–62: 350/77 3v–4
- - 1863: 328/76 41v–42
- - 1864: 353/77 28
- Indemnitäts-Gesetz (14.9.1866) 408/78; 419/III 297
- Oberrechnungskammer; Staatsschatz
- Staatskasse, General-**
- General-Staatskasse
- Staatskredite**
- Staatsanleihen; Staatsschulden-Verwaltung
- Staatsministerium**
- Abgeordnetenhaus
- - Abgeordnete, jurist. Ermittlungen 367/III 275
- - Adressen 228/III, 289/III 211
- - Auflösungsfrage 247/74 169av, 248/74 169b–169c, 249/74 169d–169dv; 250/III 196–199v, 251/III 200–202v; 252/74 169f–169g; 367/III 272–275
- - Disziplinargewalt des AH-Präsidenten über Minister 230/74 119
- - Erklärungen des StMinm. zum Krieg 1859 30/71 43, 40/71 87
- - Erklärungen u.a. Stellungnahmen 353/77 28, 355/77 38; 363/III 263–265v
- - Konfliktzeit 334/76 75a–75av; 335/III 255–259v; 337/76 77av–77bv, 338/76 82–82v; 361/77 50–50v
- - Minister-Verhalten 242/74 144
- - Obstruktion bei Heeresreform 300/75 89v
- - Petitionen, parlamentar. Kontrolle 78/72 12–13, 79/72 14
- - Stellungnahmen zu Geszentwürfen 362/77 52–53, 368/77
- - Verständigung d. Regierung mit parlamentar. Gruppen 21/71 24v
- - Wahlen, Einflußnahme 1/70 283, 3/70 287–287v; 105/72 160; 153/III 130–130v; 164/73 160–160v, 165/73 161v–162, 166/73 167–171v; 167/III 138–140v; 173/73 192; 319/76 1
- - Wahlrechtsänderung geplant 347/76 137
- Beleidigungen von Ministern, Ermittlungs- und Strafverfahren 58/71 145–146, 66/71 196, 71/71 228, 229–229v; 172/73 190–190v; 217/74 104, 219/74 105, 220/74 106v–107, 223/74 110, 225/74 114–114v, 226/74 115v, 269/74 207; 331/76 62, 338/76 82
- Diensteid-Abnahme
- - bei Thronwechsel (1861) 120/Fundort
- Disziplinarsachen, Grundsätze
- - Präjudizialbuch eingeführt 381/78 28–28v
- Einzeletat StMinm.
- - 1862, Dispositionsfonds f. polit. Zwecke 261/74 178
- Fortschrittspartei, Forderungen (1861/62) 191/III 165–168
- Geschäftsordnung
- - Gegenzeichnung Allerh. Erlasse/Kabinettsorder 327/76 29v
- - Minister-Stellvertretung 150/73 113–113v, 116–117; 327/76 29v

- Gesetzentwürfe/Landtags-Vorlagen (geplant für Session)
- 1859: *7/70* 294v–296
- 1861: *97/72* 112, *99/72* 118–120; *100/III* 99–102v
- 1862 I: *190a*/Fundort; *191/III* 163–165
- 1862 II: *219/74* 105v, *221/74* 108–109v; *222/III* 182v–184v
- 1863: *273/75* 3
- 1863 II: *294/75* 82v–83; *297/III* 228; *300/75* 89v, *308/75* 118v
- 1866: *373/77* 121–121v
- 1866 II: *419/III* 295–298
- Herrenhaus
- Erklärungen StMinm. zum Krieg 1859 *30/71* 43
- Konflikte im StMinm. um Krieg 1859 *51/71* 106–108v; *52/III* 56–64v
- Krise (März 1862) *203/74* 51–55v; *204/III* 176–179v; *205/74* 56, *206/74* 57–57v, *207/74* 58–59, *208/74* 60–61, *209/74* 62–62v; *228/III* 186–186v, 188v–189
- Krise (Sept. 1862) *247/74* 169–169a, *248/74* 169b–169c, *249/74* 169d–169e; *250/III* 196–199v, *251/III* 200–202v; *252/74* 169f–169g, *253/74* 169h, *254/74* 169i, *255/74* 169k
- Landtag
- Erklärungen des StMinm., Verfahrensregeln *33/71* 52–52v
- Kontrolle über Erledigung von Petitionen *78/72* 12–13, *79/72* 14
- Legislative, Grundsätze *17/III* 40–40v
- Minister
- Besoldung des Kriegsministers *179/73* 225
- Gegenzeichnung von Rechtsvorschriften *150/73* 113–113v, 116–117
- Gehaltserhöhung (Etat-Entwurf 1867) *416/78* 130, *422/78* 141–141v
- Reise- und Umzugskosten *270/74* 229v
- Verhalten im AH *242/74* 144
- Minister-Eid *258/III* 203v
- Ministerpräsident
- Personalunion Staatsrat (1858/59) *5/70* 290v
- Thronrede im LT (1862 II) *222/III* 182–182v; *223/74* 110, *225/74* 114
- Ministerwechsel: Ernennungen, Amtseinführungen, Rücktritte
- Amtseinführung Minister (allg.) *53/71* 109
- Bernstorff – Bismarck *252/74* 169f, *253/74*, *255/74* 169k
- Bernuth – zur Lippe *209/74*
- Bethmann-Hollweg – Mühlner *206/74* 57v, *207/74* 58v–59, *209/74*
- Bodelschwingh – v.d. Heydt *397/III*
- Bonin – Roon *62/71* 182; *63/III* 69–81v; *64/71* 190v, *65/71* 192
- Flottwell – Schwerin *53/71* 109
- v.d. Heydt – Bodelschwingh *252/74* 169f, *253/74*, *257/74* 172; *258/III* 203
- v.d. Heydt – Holtzbrinck *209/74*
- Hohenzollern-Sigmaringen – Hohenlohe-Ingelfingen *208/74* 60
- Hohenlohe-Ingelfingen – Bismarck *253/74*
- Holtzbrinck – Itzenplitz *255/74* 169k; *268a*/Fundort
- Itzenplitz – Selchow *268a*/Fundort; *269/74*
- Jagow – Eulenburg *268a*/Fundort
- Patow – v.d. Heydt *209/74*
- Pückler – Itzenplitz *209/74*
- Schleinitz – Bernstorff *166/73*
- Schwerin – Jagow *209/74*
- Simons – Bernuth *112/72* 206–208v, *118/72*

- Oberpräsidenten, Verantwortlichkeit *108/72* 172a–172e; *127/73* 16–16v, 17–18v
- Rechtsvorschriften, Gegenzeichnung der Minister *150/73* 113–113v, 116–117
- Regierungsprogramme *148a*/Fundort; *208/74* 60v–61, *209/74* 62, *210/74* 63; *258/III* 203
- - Neue Ära (Ansprache Wilhelms v. 8.11.1858) *107/III* 104v, *122/III* 108; *149/73* 109; *153/III* 129v–130v; *164/73* 160–160v, *166/73* 167–171v; *167/III* 138–140v; *232/74* 125–125v
- Rücktrittsfrage *153/III* 126–131

→ Abgeordnetenhaus; Budgetrecht; Ernennungen; Herrenhaus; König

#### **Staatsrat**

- Gesetzentwürfe, Begutachtung *346/76* 132v–133
- Präsident, Personalunion mit MinPräs. *5/70* 290v
- Reorganisationsfrage *240/74* 147
- Staatssekretariat, Auflösung beantragt *240/74* 147–147v

#### **Staatschatz**

- Bestandsnachweis für Abgeordnetenhaus *239/74* 141
  - Etatüberschüsse, Verwendung *27/71* 40, *32/71* 51v
  - Kommunalkasse, Übernahme aufgelöster *417/78* 135v
  - Kriegs-Finanzierung (1864) *334/76* 75a–75av; *335/III* 255v–259v
  - Kurator *8/70* 312v
  - Leitung, Mitwirkung des MinPräs. *210/74* 63
  - ministerielle Zuordnung in Verbindung mit General-Staatskasse (1858/59) *8/70* 309, 312–312v
  - Mittelverwendung *42/71* 88–88v; *409/78* 118–118v
  - Rechnungsprüfung *350/77* 4, *353/77* 28
  - Rendantur *8/70* 309–309v, 312–312v
  - Verwaltung, Einzeletat (1862) *238/74* 139v
- General-Staatskasse; Staatshaushalt

#### **Staatsschulden(-Verwaltung)**

- Ersparnisse (1863) *218/III* 181
  - Schuldschein-Amortisationsfonds *216/74* 102
  - Staatsanleihen
  - - 1859: *47/III* 52v–53
  - - Konvertierung *221/74* 108, *240/74* 148v
- Kautions-Depositum

#### **Staatsverträge**

- Italien, Allianzvertrag (8.4.1866) *404/78* 105v
- Eisenbahnen; Handelsverträge; Militär-Konventionen

#### **Städte**

- Bürgerrechts- bzw. Einzugsgeld *79/72* 14v, *99/72* 119; *100/III* 102v; *379/78* 27–27v; *419/III* 297v
  - Errichtung von Bauten, Gesetzentwurf *381/78* 28v
  - Herrenhaus-Vertreter, Köln *382/78* 30
  - Oberbürgermeister, Wahlbestätigungen
  - - Breslau *300/75* 89v–90
  - - Danzig *267/74* 203v
  - - Frankfurt/O. *328/76* 41v
- Kommunen

#### **Städtebau, Stadtplanung**

- Berlin
- - Baufluchten *389/78* 38–38v, 39v
- - Kanalbau *395/78* 80

-- Stadtmauerabriß 389/78 37–39v, 395/78 80

-- Stadttore 389/78 37–39v

- Erleichterung städt. Retablissements, Gesetzentwurf 373/77 121v

### **Städteordnungen**

- allgemeine preuß., Gesetzentwurf 186/74 19, 188/74 23–23v, 193/74 30

→ Kommunen

### **Standesämter**

- Ehe- und Geburtenregister 304/75 113–115

### **Standeserhöhungen**

- Einzelfälle 157/73 128, 129–130; 162/III 133v; 288/75 36, 37–39

-- anläßl. Krönung (1861) 162/III 133v; 288/75 36, 37–39

- Grundsätze (KO v. 23.2.1843) 288/75 36, 37–39

### **Standesherrn**

- Fürsten

-- Steuer-Privilegien 84/72 50v

-- Titelfragen 48/71 97v–98, 99–102

- Fürstenhäuser

-- Bentheim-Tecklenburg 331/76 61–61v

-- Blücher 48/71 99v, 101

-- Carolath-Beuthen 48/71 99v

-- Fürstenberg 343/76 117–117v, 118–118v

-- Hardenberg 48/71 99v, 101

-- Hatzfeld 48/71 99v

-- Hohenlohe-Oehringen 157/73 128, 129–130, 343/76 117, 119–120

-- Lynar 48/71 99v

-- Pless 48/71 99v

-- Radziwill 48/71 99v, 101

-- Rheina-Wolbeck 48/71 99v

-- Salm-Horstmar 328/76 41, 43–43v

-- Solms-Braunfels 150/73 113v, 119–119v

-- Solms-Hohensolms-Lich 150/73 113v, 115–115v

-- Stolberg-Wernigerode 158/73 151, 153–154v

-- Sulkowski 48/71 99v, 101

-- Thurn und Taxis 150/73 113v

- Mediatisierung

-- Restitution standesherrl. Rechte und Entschädigungen, Einzelfälle 31/71 46, 47–50, 35/71 55, 36/71 60, 61–63v, 48/71 97v–98, 99–102; 150/73 113v, 115–115v, 119–119v, 157/73 128, 129–130, 158/73 151, 153–154v; 231/74 120v–121, 240/74 148; 328/76 41, 43–43v, 331/76 61–61v, 343/76 117–120

-- Restitution standesherrl. Rechte und Entschädigungen, Grundsätze 284/75 32

-- Vertragsentwürfe 1848/49 284/75 32

### **Statistisches Büro**

- Direktorenstelle

-- Besetzung (1860) 75/III 90v

-- Trennung von Professur 61/71 174v

- General-Kommission gebildet 118/72 238

- Statistik-Kongreß Berlin (1863) 271/74 232; 283/75 31v

### **Statuen**

→ Denkmäler

**Stempelmarken**

- Anfertigung und Verwendung, Gesetzentwurf 222/III 184

**Stempelsteuer**

- Beschwerden, Reklamationen 117/72 236v–237
- Rechte, geringfügige (unter 50 Tlr.)
- - Gesetzentwurf 222/74 184
- Stempelmarken
- - Anfertigung und Verwendung, Gesetzentwurf 225/74 114
- Wechsel
- - Gesetzentwurf 88/72 62v
- - bis 300 Tlr., Gesetzentwurf 225/74 114
- Zeitungen und Zeitschriften, ausländische
- - Ermäßigung, Gesetzentwurf 222/III 184
- Zeitungen und Zeitschriften, Gesetzentwurf 142/73 84

**Sternzeitung**

- Preußische Allgemeine Zeitung

**Stettin (Stadt)**

- Stadterweiterung 351/77 5v

**Steuerhinterziehung**

- keine Amnestie bei Krönung (1861) 160/73 157–157v

**Steuern**

- Steuer-Kredite
- - Verwendung zur Kriegs-Finanzierung (1864) 334/76 75a–75av; 335/III 255v, 256, 259v; 337/76 77b
- Steuerpflicht von Presse-Periodika 111/72 189
- Zehnt-System Prov. Schlesien 108/72 171v, 109/72 173–173v, 182–182v; 128/73 19v–20, 22–23; 337/76 77a–77av
- [einzelne Steuern und Abgaben]

- Stieber-Affäre** (1860) 112/72 206–208v, 118/72 238–238v; 172/73 190; 215/74 99–99v

**Stiftungen**

- Dortu-Stiftung Potsdam abgelehnt 300/75 89, 91–91v

**Strafanstalten**

- Gefängnisse, Strafjustiz

**Strafgesetzbuch** (14.4.1851)

- Einführung im annektierten Frankfurt/M. (1866) 424/78 143
- Novellierung 13/II 263v; 14/70 347, 363–363v
- Presserecht 314/75 132
- Wuchergesetze 354/77 29

**Strafjustiz**

- Abolition bei Thronwechsel 121/73 3–4
- Amnestien
- - Petitionen 24/71 36v
- - bei Thronbesteigung und Krönung (1861) 121/73 3–4; 122/III 108v; 123/73 5, 128/73 19, 160/73 157–157v; 163/III 134–136
- Anklagebefugnis des Verletzten im Strafverfahren, Gesetzentwurf 179/73 225, 227–228; 222/III 183v
- Begnadigungen bei Thronwechsel 121/73 3–4; 122/III 108v; 123/73 5, 128/73 19
- Gefängnisse und Strafvollzugs-Reform 87/72 61–61v, 109/72 173v–174, 175–181v; 136/73 57v–58, 59–60; 384/78 32
- Majestätsbeleidigungen, Verfahren 414/78 128

- Strafvollstreckung
- - Einzelhaft, Gesetzentwurf 87/72 61–61v, 109/72 173v–174, 175–181v; 136/73 57v–58, 59–60; 193/74 31v–32
- Todesurteile, Einzelfälle
- - kgl. Begnadigungs- und Vollstreckungsrecht 6/70 293–293v, 7/70 294; 41/III 50–51, 60/III 68–68v, 76/III 92–92v, 89/III 98–98v, 107/III 106–106v, 114/III 103–103v, 163/III 134–136, 236/III 194v–195, 285/III 210, 298/III 230–230v, 335/III 255, 357/III 262, 367/III 272, 380/III 276–277, 396/III 286–287v
- Zuchthausgefälle, Aufhebung in Prov. Schlesien 240/74 148–148v

#### **Strafprozeß-Ordnung**

- Revision 127/73 16, 179/73 227v
- Verhandlungen mit deutschen Staaten 108/72 170–170v; 127/73 16

#### **Strafvollzug**

- Reform allg. 384/78 32
- Zuchthausstrafe
- - Einzelhaft, keine gesetzl. Einführung 344/76 121, 122–130v

#### **Straßenbau-/unterhaltung**

- Differenzen mit Militärfiskus 106/72 162–162v, 168–169v
- Einzelfälle 106/72 162–162v, 168–169v

#### **Streiks**

- Koalitionsrecht
- - Gesinde-Ordnung (1854) 379/78 27–27v
- - Gewerbe-Ordnung (1845) 379/78 27–27v
- Verabredungen zu Arbeitseinstellungen, Gesetzentwurf 379/78 27–27v

#### **Studenten**

- Berlin, Feiern (Febr. 1863) 276/75 6v

#### **Subhastation**

- Zwangsversteigerung

#### **Subventionen**

- Wirtschaft 398/78 82–82v

#### **Telegraphie**

- Depeschen-Beförderung, internationale 359/77 45–45v
- internationaler Kongreß in Paris (1865) 359/77 45–45v
- Straf-Befugnisse höherer Telegraphen-Beamter, Gesetzentwurf 419/III 297

#### **Teplitzer Gespräche** (Juli 1860) 96/72 111v

- Österreich

#### **Thailand**

- Siam

#### **Thronreden**

- König; Landtag

#### **Thüringen**

- Landeszinsfuß 375/78 3v–4

**Titelverleihungen**, Einzelfälle 5/70 290v, 14/70 347; 15/71 2, 16/71 11–11v, 22/71 31v, 24/71 36v, 44/71 90–90v, 61/71 172, 68/71 213, 69/71 219; 79/72 14, 91/72 73, 113/72 209; 123/73 5v, 148/73 107, 156/73 127, 158/73 151–152, 159/73 156, 161/73 158–158v; 162/III 133–133v; 178/73 223; 185/74 16, 211/74 64v, 212/74 70, 214/74 97v, 215/74 100v, 219/74 105, 221/74 109, 226/74 115–115v, 241/74 143, 244/74 146, 262/74 190v, 269/74 207–207v; 286/75 33, 308/75 118; 327/76 29, 328/76 41v, 338/76 82, 347/76 137; 348/77 1v; 376/78 6v, 408/78 117–117v, 410/78 121, 413/78 126



**Tribüne** (Allgemeine Gerichtszeitung, Berlin)

- gerichtl. Verfolgung 226/74 115v

**Trierer Zeitung** 220/74 107

**Ultramontanismus**

- Lehrplan künftiger polytechn. Hochschule Aachen 306/75 117

**Unfallschutz**

- Bauwesen, Gesetzentwurf 381/78 29

**Universitäten** (allgemein)

- Unterricht, Gesetzentwurf 202/74 49–49d

**Universitäten** (einzelne)

- Berlin

- - Berufung M. Dunckers in Aussicht gestellt 40/71 87v

- - Professur für Statistik, Besetzung 1860 75/III 90v

- - Studentenfeier (Febr. 1863) 276/75 6v

- Bonn, Theolog. Fakultät 202/74 49b

- Breslau, Theolog. Fakultät 202/74 49b

- Münster

- - Dotationen 387/78 34

- - Gehälter der Professoren 387/78 34

→ Hochschulen

**Unterricht**

→ Schulen

**USA**

- Kriegsschiffe, Verkauf (1864) 330/III 254, 254v

**Venetien**

→ Österreich

**Vereine**

- Wehrvereine, Waffen-Verbot 268/74 205v

**Vereins- und Versammlungsrecht**

- Korporationsrechte

- - Verleihung, Mitwirkung von Justiz- und Kultusministerium 364/77 55–55v

- Verschärfung erwogen 294/75 83; 297/III 228–228v

**Verfassung des Norddeutschen Bundes** (1867)

→ Norddeutscher Bund

**Verfassungs-Urkunde** (31.1.1850)

- Art. 22: Änderung, Gesetzentwurf 201/74 48dv

- Art. 25: Änderung, Gesetzentwurf 201/74 48dv

- Art. 25: Änderung in Verbindung mit Volksschul-Gesetzentwurf 386/78 33–33v

- Art. 26: Ausführungsgesetz zum Unterrichtswesen 9/70 314v–315; 13/II 267–267v; 85/72 56, 58–60; 192/74 27, 200/74 46–46ev, 201/74 47–48k, 202/74 49–49d

- Art. 27: 335/III 257

- Art. 49: Änderung, Gesetzentwurf 165/73 163–165v, 176/73 207–221; 180/III 154; 181/73 229v, 230–230v; 272/75 2

- Art. 51: keine Änderung 277/75 8v

- Art. 61: Ausführungsgesetz zur Ministeranklage 8/70 310v, 10/70 330v–331; 13/II 268; 99/72 119, 113/72 209–209v, 210–217v, 118/72 238v–239, 240–242, 119/72 243, 244–247v; 122/III 108v–109v; 165/73 163–165v, 176/73 207–221; 180/III 153v–154v; 181/73 229v, 230–230v,

- 182/73 231; 183/III 156–157, 160–160v; 184/74 1–1v, 3–11v, 187/74 21–22v, 199/74 45, 213/74 96v, 221/74 108v; 222/III 182v–183; 268/74 206–206v; 272/75 2
- Art. 63: 335/III 257; 337/76 77b
  - - Presse-VO v. 1.6.1863 290/III 212–225
  - Art. 69: Ausführungsgesetz betr. Wahlbezirke 10/70 331; 13/II 266v–267; 72/72 1; 75/III 90–90v
  - Art. 72: Ausführungs-VO betr. Wahlmänner 160/73 157v
  - Art. 73: 234/74 137
  - Art. 76: 297/III 226–227v
  - Art. 77: keine Änderung 277/75 8v
  - Art. 82: 233/74 126v
  - Art. 83: 297/III 228–228v
  - Art. 99: Etatgesetze 99/72 118v; 100/III 101; 132/73 45; 209/74 62v, 248/74 169b, 249/74 169e; 250/III 196–199v, 251/III 200–202v; 252/74 169f–169g, 257/74 172; 317/75 135; 419/III 296v–297
  - - Kriegsdienstpflicht-Gesetz (1814) 363/III 264v
  - Art. 103: 337/76 77b
  - Art. 104: Ausführungsgesetz zur Oberrechnungskammer 136/73 55–57v, 137/73 62v, 138/73 66–66v; 139/III 117–119; 174/73 198–199v, 176/73 206, 177/73 222v; 180/III 149–152; 182/73 231; 183/III 159–160; 184/74 2–2v, 186/74 19, 189/74 24–24v, 190/74 25; 191/III 168–168v; 213/74 96v; 222/III 183; 274/75 4
  - Art. 105: Ausführungsgesetze zur kommunalen Selbstverwaltung 83/72 36v–37, 41–48, 99/72 119; 100/III 102; 105/72 160–160v; 123/73 5, 124/73 6, 128/73 19v; 131/III 112–116; 166/73 169; 167/III 139v–140; 171/73 187–189; 264/74 192, 193–198v
  - Art. 111: Grund- und Freiheitsrechte im Krisen- und Kriegsfall 398/78 82–82v
  - Lückentheorie 248/74 169b, 249/74 169e; 250/III 196–199v, 251/III 200–202v; 252/74 169f–169g, 257/74 172; 258/III 203–203v; 260/74 175; 317/75 135
  - Verfassungs-Ausbau durch Ausführungsgesetze 228/III 188v
- Verkehr/Verkehrswege**
- Binnenschifffahrt; Brückenbau; [einzelne Flüsse]; Kanäle; Straßenbau
- Versicherungen**
- Bedürfnisprüfung, Abschaffungs-Frage 5/70 290, 14/70 347v–348; 45/71 91, 94–95v
  - Feuerversicherung
  - - Feuerschäden und Hypothekengläubiger 169/73 179–179v
  - - Regulierung 137/73 62v
  - Zulassung nicht-preuß. Gesellschaften 84/72 50–50v
  - Zulassung privater und ständischer Feuer-, Immobilier- und Lebensvers.
  - - Agenten und Gesellschaften 5/70 290, 14/70 347v–348; 45/71 91, 94–95v
- einzelne Versicherungen
- Verwaltungsbehörden**
- Invasionen
- Verwaltungsgerichtsbarkeit**
- Amtshandlungen und gerichtl. Verfolgung (Gesetz v. 13.2.1854)
  - - Novellierung 132/73 45, 135/73 51, 52–54; 180/III 148v; 193/74 31, 198/74 43v
  - Kompetenzkonflikte zwischen Gerichten und Behörden (Gesetz v. 8.4.1847)
  - - Novellierung 9/70 315–317; 13/II 267v–268; 28/71 41; 73/72 3v, 4–9
  - Konsuln 283/75 31v
  - Polizeiverfügungen, Rechtsweg gegen (Gesetz v. 11.5.1842)
  - - Novellierung 9/70 315–317; 134/73 47–47v, 48–50; 193/74 31–31v, 198/74 43v, 243/74 145–145v

- Rechtsweg
- - Erweiterung, Gesetzentwurf *100/III* 100v; *134/73* 47–47v, 48–50, *135/73* 51, 52–52v
- Gerichtshof z. Entscheidung der Kompetenzkonflikte; Kompetenzkonflikte; Polizei
- Volksschulen**
- Einrichtung und Unterhaltung, Gesetzentwurf *85/72* 56, 58–60; *386/78* 33–33v, *416/78* 130v–131, 132–134
- Finanzierung, Unterhaltung
- - Gesetzentwurf zurückgezogen *85/72* 56, 58–60
- - Kopfschuldgeld *85/72* 58–60
- Kommunalreform *85/72* 58–60
- Lehrer
- - Gehaltserhöhung *419/III* 297
- - Pensionen, Gesetzentwurf *372/77* 117
- Schul-Vorstände, Einrichtung *85/72* 58–60
- Volksschullehrer, Einkommensverhältnisse *416/78* 130v–131, 132–134
- Schulen
- Volkszeitung** (Berlin) *118/72* 238–238v; *198/74* 42v
- Volkszeitung** (Trier) *118/72* 238v
- Vormundschaft**
- Ehe- und Familienrecht
- Vossische Zeitung** *269/74* 207
  
- Wahlen**
- Abgeordnetenhaus; Reichstag
- Wahlrecht**
- Abgeordnetenhaus
- - Abteilungsbildung bei Urwahlen *302/75* 92, 93–95
- - Änderungen geplant *347/76* 137
- - Gesetz v. 27.6.1860, Novellierung *297/III* 227v
- - Mißstände bei Urwahlen *294/75* 82–82v
- - Soldaten und Wahlrecht *213/74* 95, *214/74* 97; *301/III* 234–234v
- - Wahl-VO (30.5. u. 18.6.1849) *160/73* 157v; *211/74* 64, 66–69
- - Wahl-VO (4.10.1861) *160/73* 157v; *211/74* 64, 66–69, *215/74* 100–100v, *268/74* 205
- - Wahlbezirke (Verfassungs-Art. 69, Gesetz 27.6.1860) *10/70* 331; *13/II* 266v–267; *72/72* 1; *75/III* 90–90v, *191/III* 166; *294/75* 82–82v; *297/III* 227v; *308/75* 118v; *336/76* 76; *367/III* 273v, 274
- - Wahlgesetze, Änderung *367/III* 273, 273v, 274
- Allgemeines Wahlrecht, als polit. Mittel *367/III* 274
- Reichstag (Norddt. Bund)
- - Wahlgesetz (15.10.1866) *406a*/Fundort; *409/78* 119, *417/78* 135–135v, *425/78* 145, *427/78* 146–146v, 147–150
- Wahlkreise und Grenzen kommunaler Körperschaften *336/76* 76
- Waisenhäuser** (zivile)
- Berlin, Schindler *231/74* 122, 124
- Glienicke (Klein-), Freistellen für Finanzministerium *340/76* 84v–85
- Potsdam, Freistellen für Finanzministerium *340/76* 84v–85
- Wald**
- Forstwirtschaft
- Waldeck-Pyrmont** (Fürstentum)
- Militär-Konvention (23.2.1862) *226/74* 115

**Warschauer Monarchen-Treffen** (Okt. 1860) *107/III* 104–104v

**Wasserwirtschaft**

- Deich-Statute *389/78* 36–36v
- Deich-Verbände
- - Herrenhaus-Initiative *93/72* 88v
- - Sachsen, Prov. *389/78* 36–36v
- - Statuten *93/72* 88v
- Deiche
- - Elbe, Krs. Jerichow *400/78* 84–84v
- Deichgesetz (28.1.1848), Anwendung *400/78* 84–84v
- Flußniederungen *400/78* 84–84v
- Meliorationen
- - Gesetzinitiative des HH *93/72* 88v
- Vorfluter
- - Hohenzollernsche Lande *13/II* 263v
- - Neu-Vorpommern *422/78* 142
- [einzelne Flüsse]; Kanäle

**Waterloo**, Schlacht bei

- Krieg 1866 und Frankreich, Analogie *392/78* 74v–75
- Gedenkfeiern

**Wechsel**

- Wechselverpflichtungen für Nicht-Kaufleute
- - Prolongation zurückgestellt *398/78* 81–81v
- Kredite

**Wechselordnung**, Allgemeine Deutsche (1849)

- Allgemeine Deutsche Wechselordnung; Banken

**Wegebau**

- Straßenbau

**Wegeordnung**

- Gesetzentwurf *184/74* 2v, 12–15, *193/74* 32–32v, *213/74* 96v, *221/74* 108; *222/III* 182v; *339/76* 83, *346/76* 132v–133v, 134–135v; *351/77* 5

**Wehrsteuer**

- Heeresreform

**Wehrvereine**

- Vereine

**Westfalen** (Provinz)

- Ehe-Güterrecht *100/III* 100v
- Grundsteuer-Gesetz (21.5.1861)
- - Ausführungs-VO (12.12.1864) *345/76* 131–131v
- Grundsteuer-Kataster
- - Aufhebung periodischer Revisionen, Gesetzentwurf *222/III* 184; *227/74* 116
- Gemeindeordnung/Land- (1841)
- - Novellierung geplant *246/74* 153
- Ordensverleihungen *371/77* 114–114v
- Provinziallandtag
- - Berufung (1858) *1/70* 283v, *2/70* 285
- - Einzugsgeld der Landgemeinden *108/72* 171v–172
- - Ernennung Marschall und Vize-Marschall *262/74* 190
- - Stellungnahme zur LGO (1841) *246/74* 153

- Regierungspräsidenten
- - Minden, Abberufung (1858) *4/70* 289
- Zivilbehörden
- - Verhalten bei Invasionen *388/78* 35
- Ernennungen
- Wildhege**
- Jagd, Jagdpolizeigesetz (1850)
- Wuchergesetze**
- Aufhebung *354/77* 29
- Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch; Geld- und Währungspolitik; Zinsen
- Württemberg** (Königreich)
- Bundesreform, Beust-Plan *194/74* 33v
- Krieg 1866
- - Deutscher Zollverein *399/78* 83
- Preußen
- - Handels- und Zollvertrag mit Frankreich (1862) *245/74* 152
- Regierung
- - Exportverbote in Kriegssituation (1859) *34/71* 54, *56/71* 135
  
- Zeit, Die** (offiziöse Zeitung der Regierung Manteuffel 1850–58) *1/70* 283, *3/70* 287
- Zeitungen, Zeitschriften**
- Stempelsteuer, Gesetzentwurf *142/73* 84
- Stempelsteuer-Ermäßigung f. ausländische Zeitungen *222/III* 184
- Zeitungsverbot**
- Presserecht
- Zentralstelle für Preß-Angelegenheiten** (1850–60)
- allgemein *1/70* 283v–284, *2/70* 285v–286
- Einzeletat 1862, Kürzung *238/74* 139v
- Literarisches Büro; Pressepolitik
- Zettelbanken**
- Banken
- Zinsen**
- Aufhebung von Beschränkungen des Zinssatzes, Gesetzentwurf *46/71* 96, *48/71* 97; *73/72* 3v; *75/III* 90v–91; *195/74* 36–36v, *238/74* 139v
- Zinsgarantien f. Prioritätsanleihen *16/71* 11v; *130/73* 25
- Zinssatz-Reduzierung f. Staatsanleihen *211/74* 64–64v
- Geld- und Währungspolitik; Staatsanleihen; Wuchergesetze
- Zivilkabinett, Geheimes**
- Abwehr von Angriffen *191/III* 167
- Kabinettsrat, Diensteid-Abnahme *120/Fundort*
- Presse-VO (1.6.1863) *297/III* 226
- König/Königliches Haus
- Zivilprozeß-Ordnung, Preußen**
- Revision *127/73* 16, *151/73* 120–120v
- Gerichte
- Zivilprozeß-Ordnung, Reich** (1877/79)
- Entstehung: zwischenstaatl. Verhandlungen *106/72* 163–163v; *127/73* 16, *151/73* 120–120v

**Zivilrecht**

- Beleidigungen
- - Einzelfälle 93/72 87–87v
- - Majestätsbeleidigungen 198/74 42
- Beleidigungsverfahren
- - Staatsministerium/Regierung 269/74 207
- Gewährleistungen bei Kaufverträgen 13/II 263v
- Haftung bei Bau-Unfällen 381/78 29
- Kautionswesen 13/II 263v

**Zollverein**

→ Deutscher Zollverein

**Zülz** (ehem. Herrschaft) 261/74 178v

**Zwangsversteigerung**

- Beschränkungen 398/78 81v
- Konkurse, Schuldhafte

## Personenregister

*Die Umlaute ä, ö, ü werden computertechnisch bedingt im Alphabet wie a, o, u und nicht wie ae, oe, ue behandelt.*

**Abeken, Heinrich** (1809–1872), Theologe und Privatlehrer, 1846–47 Gesandtschaft Rom/Vatikan, 1848 Hilfsarbeiter MAA, 1850 Wirkl.LegR, 1855 GehLegR, Aug. 1866 Wirkl.GehLegR 244/74 146–146v, 150–151; 318/III

**Abitz, Friedrich**, KrsGerSekr. zu Wongrowitz, 1860 Disziplinarsache 91/72 76

**Abt, Gustav**, Hüttenmeister z.D. zu Gleiwitz, 1865 Pensionssache 371/77 115

**Adalbert, Prinz von Preußen** (1811–1873), 1829 OLTn., 1830 Kapitän, 1833 Maj., 1838 Oberst, 1840 GenMaj., 1843–54 GenInspekteur Artillerie, 1846 GenLTn., 1848 Verfasser Denkschrift zur Bildung einer dt.Flotte, 1849–71 Oberbefehlshaber bzw. Chef d. OKdo. d. Marine, 1854 Admiral (im Gen.-Rang), 1871 GenInspekteur Marine 121/73 3

**Adamèck**, Schuhmacher-Geselle zu Reichthal, 1866 Begnadigungssache 380/III 276v

**Adlung**, bis 1862 StAnw. Erfurt, seit 1862 OStAnw. KG 212/74 70

**Adolf, Herzog von Nassau** (1817–1905), 1839–66 reg. Hzg. 407/III 290v, 292

**Agricola, Otto** (1829–1902), 1861/62–1902 LandR Kreuznach, 1867–70 MdA (RFKP), 1867 MdR 193/74 30

**Ahrendt**, Schlosser aus Moetze [?], 1862 Begnadigungssache 236/III 194v

**Albrecht**, Dir. KrsGer. Konitz, 1862 MdA (Grabow) 196/III 171v–174

**Albrecht**, KrsGerR Stolp, 1863 Dir. KrsGer. Belgard 317/75 135

**Albrecht**, Maurer zu Rosenfelde, 1866 Begnadigungssache 380/III 276v

**Alexander II.** (1818–1881), 1855 Zar von Rußland 107/III 104v

**Allerdt**, bis 1862 KrsGerR Ostrowo, seit 1862 Dir. KrsGer. Rogasen 239/74 141v

**Allnoch, Anton**, Schulze zu Beigwitz, 1864 Disziplinarsache 341/76 109

**Alvensleben, Gebhardt K. L. v.** (1798–1867), 1818 Lt., 1827 OLTn., 1834 Hptm., 1845 Maj., 1850 Oberstlt., 1851 Oberst, 1856 GenMaj., 1857 Kommandant von Berlin, 1860 GenLTn., 1856 MdH 348/77 2

**Alvensleben, Gustav v.** (1803–1881), 1847 Maj., 1847–58 Mitgl. GenStab, 1855 Oberst, Nov. 1858 GenMaj., Okt. 1858 GenAdjutant d. Prinz-Regenten bzw. Wilhelms I., Jan. 1863 GenLTn., Febr. 1863 Konvention „Alvensleben“, März 1868 Gen., Okt. 1872 a.D. 27a/Fundort 274; 43/Fundort 546; 63/III 69–69v, 76v, 78v; 117/72 236; 363/III, 366/III, 385/III 278–282v, 397/III 288–289v

**Ambrohn, Otto Victor** (1811–1875), Ass. OLG, RegR Berlin, 1861 Administrator Herrschaft Beutnitz, 1862 GenBevollm. des Fürsten K.A. v. Hohenzollern-Sigmaringen f. östl. Prov., 1864 Hilfsarb. FinMin., GehRevisionsR, 1866 GehOFinR, 1869 Übertritt in Dienst des Fürsten K.A. v. Hohenzollern-Sigmaringen, 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1849–62 u. 1870–73 MdA (Auerswald-Schwerin, Centrum, Mathis, Grabow, Konstitutionell, bkF) 83/72 38–40; 140/73 67v–68; 420/78 137v

**Amelung, C. Gustav** (1818–1866), 1855 BergAss., 1856 Bergmeister Bochum u. Hilfsarb. HandMin., 1857 Dir. BergA Halberstadt, 1860 GehBergR HandMin., 1864 BergHptm. u. Dir. BergA Breslau 108/72 170v

- Ammon, Friedrich v.** (1794–1874), Jurist, 1832 Oberprokurator Düsseldorf, 1835 AppGerR Köln, GehJusR, 1839 Präs. der Rheinischen Eisenbahndirektion, 1848/49 RKom. für Anhalt-Bernburg, 1851 Senatspräs. Rhein. AppGerHof Köln, 1856 GehJusR, 1826–31 Mitgl. ProvLT Rheinprovinz, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer u. 1859–61 MdA (v. Vincke) 295/75 85
- Amsel, Eduard Robert**, Grenzaufseher zu Lissau, 1863 Disziplinarsache 302/75 108
- Andrzejewski, Oeuserius** [?], Lehrer zu Groß Wysoweko, 1862 Disziplinarsache 269/74 213
- Anton**, bis 1862 KrsGerR Glogau, seit 1862 Dir. KrsGer. Dramburg 213/74 96v
- Anz**, bis 1860 KrsGerR Tilsit, seit 1860/61 Dir. KrsGer. Kaukehmen 108/72 170
- Apponyi, Rudolf Graf** (1812–1876), österr. Diplomat, 1849 Gesandter in Karlsruhe u. Darmstadt, 1851 Turin, 1854 München, 1856–71 London (seit 1861 Botschafter), 1871–76 Paris 322/III 250
- Areiszewski, Hugo v.**, Steueraufseher, 1861 Disziplinarsache 147/73 97
- Arendt**, 1824 Wasserbaumeister, 1856 Reg- u. BauR Breslau, 1859 Pensionssache 35/71 56–57v
- Arndt, Johann Albert**, Prof. Dr., Prorektor zu Torgau, 1865 Disziplinarsache 370/77 113
- Arndt, Rudolph**, Telegraphen-Sekr., 1861 Disziplinarsache 168/73 176
- Arnoldi, Heinrich Rudolph Th.**, Obersteuerkontrolleur zu Magdeburg, 1865 Disziplinarsache 352/77 18
- Assing, Ludmilla** (1821–1880), 1874 verehelichte Grimelli, Schriftstellerin, Nichte K.A. Varnhagens von Ense u. Hrsg. seiner Tagebücher, 1862 verurteilt wegen Majestätsbeleidigung u. Auswanderung nach Florenz 198/74 42
- Auerswald, Rudolf v.** (1795–1866), Rittergutsbes., Jugendfreund Wilhelms I., 1824–34 LandR Heiligenbeil, 1835–42 GenLandschaftsR, 1838–42 OB Königsberg, 1842–48 RegPräs. Trier, Ende März 1848 OPräs. Ostpreußen, Juni–Sept. 1848 MinPräs. u. AMinr., 1848–49 OPräs. Ostpreußen, 1850–51 OPräs. Rheinprovinz, Ende Juni 1851 z.D., 6.11.1858–17.3.1862 Minr. o. Portefeuille, 1862–66 OBurggraf Marienburg, Mitgl. ProvLT Ostpreußen, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1848 Mitgl. preuß. NatVers., 1849–50 Mitgl. 1. Kammer (Präs.), 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus (Präs.), 1852–62 MdA (Linke, bkF) 1–12/70; 13/II; 14/70; 15–16/71; 17–18/III; 19–24/71, 27–40/71; 41/III; 42/71; 43/Fundort; 44–48/71; 48a/Fundort; 49/III; 50–51/71; 52/III; 53/71; 54/III; 55–59/71; 60/III; 61–62/71; 63/III; 64–71/71; 72–73/72; 74–76/III; 77–85/72; 86/III; 87–88/72; 89/III; 91–93/72, 95–96/72, 98–99/72; 100/III; 101–102/72; 102a/Fundort; 103–106/72; 107/III; 108–113/72; 114/III; 115–119/72; 120/Fundort; 121/73; 122/III; 123–130/73; 131/III; 132–136/73; 136a/Fundort; 137–138/73; 139/III; 140–142/73; 143/III; 144–152/73; 153/III; 155–161/73; 162–163/III; 164–166/73; 167/III; 168–174/73; 175/Fundort; 176–177/73; 177a/Fundort; 178–179/73; 180/III; 181–182/73; 182a/Fundort; 183/III; 184–185/74, 206/74 57v, 207–209/74
- Augustin, Karl**, Polizeidiener, 1861 Disziplinarsache 147/73 103
- Aulike, Matthias** (1807–1865), Dr., 1833 Ass., 1839 Hilfsarb. KuMinm., 1841 GehRegR, 1846 GehORegR, 1854 MdStR, 1855 Wirkl.GehORegR, 1858 MinDir. (Abt. kath. Kirchenangel.), 1848/49 Mitgl. dt. NatVers. 65/71 192–193, 194–195v; 224/74 111–113; 299/75; 325/76 26–26v
- Aydam, Carl**, Büroassistent zu Leobschütz, 1864 Disziplinarsache 319/76 10
- Baatz, Martin**, Schulze zu Hagenow, 1859 Disziplinarsache 55/71 115
- Baerensprung, Friedrich Wilhelm Edmund v.** (1816–1868), 1848–51 LandR Wreschen, 1851–61 PolDir. bzw. PolPräs. Posen, 1861 z.D., 1852–55 MdA (Meser) 126/73 9, 137/73 61
- Baese, Eduard**, KrsGerSekr. zu Bütow, 1860 Disziplinarsache 88/72 67
- Baeyer, Johann Jakob** (1794–1885), 1815 Ltn., 1823 OLn., 1836 Maj. u. Mitgl. d. Milit. Studienkomm., 1845 Oberstltn., 1848 Oberst, 1852 GenMaj., 1858 als GenLtn. z.D., 1863–67 Beauftragter für trigonometrische Landesvermessung 331/76 61
- Bailliodz, Eduard v.**, Oberforstmeister 109/72 173
- Balan, Hermann v.** (1812–1874), 1832 Auskultator, seit 1833 im diplomat. Dienst, 1837–41 LegSekr. Brüssel, 1842 Hilfsarb. MAA, LegR, 1846 Minister-Resident Frankfurt/M., 1849 Geh. LegR, 1850 z.D., 1851 VortR MAA, 1854 Wirkl.GehLegR, 1854 MdStR, 1858 Gesandter Stutt-



- gart, 1859–63 Kopenhagen, 1862 Wirkl.GehR (Exz.), 1864 ao. Gesandter Kopenhagen, 1864–74 Brüssel, 1872–73 interim. StS AA 320/III 245, 246
- Balk, Christian**, Lehrer, 1860 Disziplinarsache 102/72 142
- Baltzer, Johann** (1803–1871), 1829 Priester Bonn, 1830 Prof. f. Kirchen-Dogmatik, 1846 zugl. Domkapitular Breslau, 1864 Disziplinarsache 332/76 65, 71
- Bandow**, Obertelegraphist zu Königsberg, 1864 Disziplinarsache 332/76 65, 70
- Bardeleben, Karl Moritz Ferdinand v.** (1777–1868), 1797 Ltn., 1808 Hptm., 1814 Maj., 1815 Oberstltm., 1823 Oberst, 1834 GenMaj., 1842 GenLtn., 1850 Gen. 237/74 142
- Bardeleben, Moritz v.** (1814–1890), 1836 Dr. jur. Berlin, 1842 RegAss., 1846 LandR Bernkastel, Juni 1848 PolPräs. Berlin, 1848–49 kommissar. RegPräs. Arnsberg, 1850 GehRegR MdI, 1851 Gesandter Frankfurter Bundestag, 1858 RegPräs. Minden, 1866 RegPräs. Aachen, 1872–89 OPräs. Rheinprovinz, Wirkl.GehR, 1854–61 MdA (bkF, Mathis), 1872 MdH 4/70 289
- Barretzki**, Intendanturrat bei Militär-Intendantur Garde-Korps Berlin, 1867 GehKrR, 1871/72 GehKrR KrMinm. 331/76 61v–62
- Bartels, Julius** (1810–1870), 1833 Auskultator, 1844 Ass., 1851 KrsGerR Liegnitz, 1856 AppGerR Breslau, 1862 KGR, 1866 OTribunalR 381/78 29v
- Basold, Friedrich**, KrsGer.-Büroassistent 102/72 130
- Bassenge, Lothar** (1818–1889), 1845 GerAss., 1849 Kreisrichter bzw. KrsGerR Liegnitz, 1860 Dir. KrsGer. Lüben, 1870 AppGerR Ratibor, 1879–86 Präs. LG Hirschberg, 1862–66 MdA (DFP, Linkes Centrum) 96/72 111
- Bauer** (gest. 1861/62), Dir. bzw. seit 1859 Präs. GenKomm. f. Regulierung gutsherrl. u. bäuerl. Verhältnisse u. f. Gemeinheits-Aufhebungen Prov. Pommern in Stargard 44/71 90; 226/74 115v
- Bauer, August Adolph Heinrich**, Exekutor Stadtger. zu Berlin, 1866 Disziplinarsache 403/78 99
- Bauer**, RegKanzlei-Diätarius zu Koblenz, 1859 Pensionssache 39/71 74
- Bauerband, Johann Joseph** (1800–1878), 1826 GerAss. LG Kleve, 1828–44 Anwalt, 1844 Prof. jur. Bonn, 1852 GehJusR, 1854 Kronsyndikus, 1848 Mitgl. preuß. NatVers. (linkes Centrum), 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1854 MdH 105/72 160
- Baumeister, Georg Ottomar** (geb. 1800), 1825 OLGAss., 1829 Dir. Stadtger. Hirschberg, 1832 OLGR Breslau, 1846 Mitgl. Ober-Zensur-Gericht, 1839 GehJusR JMinm., 1844 GehOJusR, 1872 i.R. 79/72 14
- Baumgart, Friedrich Adolph**, Forstaufseher zu Lasseck, 1864 Disziplinarsache 341/76 93
- Baumgartt, Friedrich**, Lehrer zu Arensdorf, 1862 Disziplinarsache 246/74 168
- Beck, Carl Wilhelm Heinrich**, Bgm. zu Monzingen, 1864 Disziplinarsache 319/76 7
- Becker, Albrecht Franz Heinrich** (1809–1877), 1830 Auskultator, 1832 Ref., 1840 Ass., 1843 Univ.-Richter, 1849 StadtGerR Königsberg, 1850 AppGerR Insterburg, 1852 Dir. Stadtger. Königsberg, 1862 dessen Präs., 1863 Vizepräs. AppGer. Magdeburg, 1864 Präs. AppGer. Königsberg, 1868 Insterburg 255/74 169k
- Becker, Heinrich Diedrich**, KrsGerSekr. zu Rogasen, 1864 Pensionssache 342/76 116
- Becker, Oscar**, Student, unternahm Attentatsversuch auf Wilhelm I. am 14.7.1861 in Baden-Baden 154/73 124–124v
- Behrendt, August**, Billetdiener, 1860 Disziplinarsache 102/72 134
- Behrent, Ludwig**, Grenzaufseher a.D., 1860 Disziplinarsache 91/72 84
- Behr-Negendank, Ulrich v.** (1861: **Graf**) (1826–1902), Fideikommiß- bzw. Rittergutsbes. Semlow, 1866/67–68 LandR Franzburg, 1869 RegPräs. Stralsund, 1883–91 OPräs. Pommern, 1891 Wirkl.GehR, 1868 MdH, 1871–74 u. 1881–83 MdR (RFKP) 220/74 106v; 288/75 37
- Bekuhrs, Ferdinand E.**, PolSekr. zu Magdeburg, 1862 Disziplinarsache 269/74 215
- Belka, Wilhelm**, Hilfs-Forstaufseher zu Paruschowitz, 1865 Disziplinarsache 352/77 25
- Benda, Carl Ernst Eberhard**, Obersteuerkontrolleur zu Schwetz, 1866 Disziplinarsache 403/78 94

**Bendemann, Emil** (1807–1882), 1836 RegAss. MdI, 1838 Merseburg, 1841 RegR u. KassenR Stettin, 1859 GehBergR HandMinm., 1866 GehOBergR, 1882 Wirkl.GehOBergR u. a.D. 24/71 36v; 408/78 117

**Bentheim-Tecklenburg-Rheda, Franz Fürst v.** (1800–1885), Standesherr, 1826 Ltn., 1843 OLtn., 1852 Hptm., 1861 Oberstltn., 1865 Oberst, 1872 MdH (nicht eingetreten), 1884 Mitgl. ProvLT Westfalen 331/76 61–61v

**Bentkowski, Wladyslaw v.** (1817–1887), Gutsbes. Grojec (Galizien), 1843 nach Posen emigriert, Ltn. preuß. Armee, 1848 Mitgl. poln. Legion in Ungarn, 1850 wieder in Posen, Publizist, 1852–63 MdA (Pole), Jan. 1863 Beteiligter am poln. Aufstand, bis 1866 Haft in Magdeburg, 1868–80 Leiter Cegielskiwerke Posen 26/71 39–39v

**Benwich, Leopold**, Steuereinzieher zu Ragnit, 1860 Disziplinarsache 88/72 66

**Bernauer**, seit 1834 im Staatsdienst, zuletzt RegR Oppeln, 1859 aus Krankheitsgründen beurlaubt, 1861 a.D., 1861 Pensionssache 157/73 128, 131–132

**Bernhard, Franz Theodor**, Lehrer zu Duhnau, 1864 Disziplinarsache 329/76 55

**Bernstorff, Albrecht Graf v.** (1809–1873), 1833 Kammerherr, 1842 VotrR MAA, 1845 Gesandter München, 1848–51 Gesandter Wien, Mitgl. Wochenblattpartei, 1851–53 Gesandter Neapel, 1854–61 Gesandter London, 1852 Wirkl.GehR (Exz.), 16./31.7. bzw. 10.10.1861–8.10.1862 AMinr., 1862–73 Botschafter London 49/III 54–55v; 166/73; 167/III; 168/73, 170–174/73; 175/Fundort; 176–177/73; 177a/Fundort; 178–179/73; 180/III; 181–182/73; 183/III; 184–189/74; 191/III; 192–195/74; 196/III; 197–203/74; 204/III; 205–217/74; 218/III; 219/74, 221/74; 222/III; 223–226/74; 236/III; 238–241/74, 243–245/74; 250–251/III; 252–253/74, 255/74 169k; 258/III 203, 322/III 250

**Bernuth, August v.** (1808–1889), 1849 VotrR JMinm., 1855–59 GehOJusR u. Vizepräs. AppGer. Glogau, 1859 Präs. AppGer. Posen, 17.12.1860–17.3.1862 JMinr., 1849–50 Mitgl. 1. Kammer, 1860 MdH, 1867–89 MdR (NLP) 8/70 311; 117–119/72; 120/Fundort; 121/73; 122/III; 123–130/73; 131/III; 132–138/73; 139/III; 140–142/73; 143/III; 144–152/73; 153/III; 155–161/73; 162–163/III; 164–166/73; 167/III; 168–174/73; 175/Fundort; 176–177/73; 177a/Fundort; 178–179/73; 180/III; 181–182/73; 182a/Fundort; 183/III; 184–189/74; 191/III; 192–195/74; 196/III; 197–201/74, 203/74; 204/III; 205–209/74

**Bernuth, Otto v.** (1816–1887), 1843 RegAss. Danzig, 1846 Koblenz, 1848/50–62 LandR Liegnitz, 1862 PolPräs. Berlin, 1867–84 RegPräs. Köln, 1849–52 u. 1859–61 MdA (Rechte, Graf Pückler) 232/74 125, 244/74 146v

**Berswordt, Rudolf v.** (1817–1877), Rittergutsbes. Schwierse, 1859–68 LandR Oels, 1861 MdA (Graf Pückler) 53/71 109

**Berthold, Carl Adolph**, Dr., Gymnasiallehrer zu Stendal, 1864 Disziplinarsache 329/76 57

**Besser, v.** (geb. ca. 1805), RegR Königsberg, 1862 z.D. u. Pensionssache 255/74 169k, 170–170v

**Bethmann Hollweg, Moritz August** (1840: v.) (1795–1877), Dr. jur., seit 1820 Prof. d. Rechte, 1842–48 Kurator Univ. Bonn, 1845 MdStR, 1848–72 Begr. u. Präs. dt. ev. Kirchentage, 1848 Mitbegr. Verein für König u. Vaterland (konserv.), 1852–55 Begr. u. Vors. der nach ihm benannten Fraktion, führendes Mitgl. Wochenblattpartei, 6.11.1858–10.3.1862 KuMinr., 1849–51 Mitgl. 1. Kammer, 1852–55 u. 1859–61 MdA (v. Bethmann, bkF) 1–12/70; 13/II; 14/70; 15–16/71; 17–18/III; 19–28/71, 30–40/71; 41/III; 42/71, 44–48/71; 49/III; 50–51/71; 52/III; 53/71; 54/III; 55–58/71; 60/III; 61–62/71; 63/III; 64–71/71; 72–73/72; 74–76/III; 77–85/72; 86/III; 87–88/72; 89/III; 90–92/72, 95–96/72, 98–99/72; 100/III; 101/72; 102a/Fundort; 103–106/72; 107/III; 108–113/72; 114/III; 115–119/72; 120/Fundort; 121/73; 122/III; 123–130/73; 131/III; 132–138/73; 139/III; 140–142/73; 143/III; 144–152/73; 153/III; 155–161/73; 162–163/III; 164–166/73; 167/III; 168–174/73; 175/Fundort; 176–177/73; 177a/Fundort; 178–179/73; 180/III; 182/73; 182a/Fundort; 183/III; 184–189/74; 191/III; 192–195/74; 196/III; 197–203/74; 204/III; 205/74, 206/74 57v, 207/74 58v

- Beust, Friedrich Ferdinand Frh. v.** (1868: **Graf**) (1809–1886), seit 1831 im MAA Kgr. Sachsen, Mai 1848 Gesandter Berlin, 1849–66 sächs. AMinr., 1866–71 AMinr. Österreichs (seit 1868 mit Titel ‘Reichskanzler’), 1871–78 österr. Botschafter London, 1878–82 österr. Botschafter Paris, 1882 a.D. *184/74* 1v–2; *419/III* 295v
- Bialecki, Joseph**, Fleischer-Lehrling zu Podgorz, 1866 Begnadigungssache *396/III* 286, 286v
- Bialk, Joseph**, Lumpensammler aus Groß Dommtau [?], 1863 Begnadigungssache *298/III* 230v
- Bielawski, Ignatz**, Lehrer zu Panienka, 1862 Disziplinarsache *269/74* 220
- Bilinski, Maximilian**, Lehrer zu Zerkow, 1863 Disziplinarsache *288/75* 45
- Bindrich, August**, Assistent zu Hansdorf, 1866 Disziplinarsache *378/78* 24
- Bischoff**, Büdner zu Pretschen, 1866 Begnadigungssache *396/III* 287
- Bismarck, Otto v.** (1865: **Graf**, 1871: **Fürst**) (1815–1898), 1845 Rittergutsbes. Schönhausen, Jurist, 1851–59 GehLegR u. Gesandter am Frankfurter Bundestag, 1854–98 MdStR, Jan. 1859–Febr. 1862 Gesandter St. Petersburg, Mai–Sept. 1862 Gesandter Paris, 23.9./8.10.1862–21.12.1872 u. 9.11.1873–20.3.1890 MinPräs., 8.10.1862–20.3.1890 zugl. AMinr., Juli 1867–Jan. 1870 zugl. Bundeskanzler, 18.1.1871–20.3.1890 zugl. Rklr. u. AMinr. Dt. Reich, 1867–76 zugl. Minr. f. Hzgtm. Lauenburg, 23.8./13.9.1880–31.1.1890 zugl. HandMinr., 1846–48 Mitgl. ProvLT Sachsen, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1849 Mitgl. 1. Kammer, 1849–52 Mitgl. 2. Kammer (Rechte), 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1867 u. 1891–93 MdR (bkF) *253–257/74*; *258/III*; *259–262/74*; *263/III*; *264/74*, *266–268/74*; *268a/Fundort*; *269–271/74*; *272–282/75*, *283–284/75*; *285/III*; *286–288/75*; *289–290/III*; *291–296/75*; *297–298/III*; *299–300/75*; *301/III*, *307/III*; *308–315/75*; *316/III*; *317/75*; *318/III*; *319/76*; *320–322/III*; *323–329/76*; *330/III*; *331–334/76*; *335/III*; *336/76*, *342–347/76*; *348/77*; *349/III*; *350–351/77*, *353–356/77*; *357/III*; *358–362/77*; *363/III*; *364/77*; *366–367/III*; *368/77*, *372–374/77*; *375–377/78*, *379/78*; *380/III*; *381–384/78*; *385/III*; *386–389/78*, *392/78*; *393/III*; *394–395/78*; *396–397/III*; *398–399/78*; *407/III*; *408–409/78*, *425/78*; *426/III*; *427–428/78*
- Bismarck-Bohlen, Theodor Graf v.** (1790–1873), auf Karlsburg, 1808 Ltn., 1813 OLtn., 1815 Hptm., 1819 Maj., 1828 Oberstltm., 1854 als GenMaj. a.D. *158/73* 152
- Bitter, Rudolf** (1880: v.) (1811–1880), 1834–45 Reg. Posen, 1845 RegR Merseburg, 1847–48 RegR Köln, 1848 GehFinR FinMinm., 1855 GehOFinR, 1861 Wirkl.GehOFinR u. Dir. Zentraldirektion z. Regelung d. Grundsteuer, 1866 MinDir. FinMinm., 1869 UStS Mdi, 1871 Bevollm. z. BundesR, 1873 Präs. Seehandlung, 1874 Wirkl.GehR (Exz.), 1872 MdH *21/71* 30, *27/71* 40, *50/71* 103; *124/73* 6–6v, *130/73* 25, *146/73* 88v–89; *345/76* 131–131v; *371/77* 114; *394/78* 76
- Blank, Gottlieb**, KrsGer.-Bote zu Kaukehmen, 1865 Disziplinarsache *352/77* 20
- Blaschke, Franz**, Lehrer zu Rothsürben, 1865 Disziplinarsache *352/77* 14
- Bless**, Kanzlei-Diätarius HandMinm., 1861 entlassen, 1862 Disziplinarsache *261/74* 176–176v
- Bley, Friedrich**, Steuer-Kassen-Rendant zu Aldenhoven, 1860 Disziplinarsache *94/72* 103
- Blücher v. Wahlstatt, Gebhardt Graf** (1861: **Fürst**) (1799–1875), 1855 MdH *162/III* 133v
- Bobertag**, Dr. med., Oberstabsarzt Kadettenhaus zu Wahlstatt *231/74* 122–124
- Bochen, Johann**, Lehrer, 1860 Disziplinarsache *102/72* 145
- Bock, Gustav**, Steuer-Einnehmer zu Ratingen, 1859 Disziplinarsache *71/71* 238
- Böcke, Louis**, Büroassistent KrsGer. zu Beuthen, 1863 Disziplinarsache *302/75* 101
- Bockum-Dolffs, Florenz v.** (1802–1899), Gutsbesitzer, 1833 RegAss. Münster, 1837 RegR Merseburg, 1837/38–52 LandR Soest, 1852 z.D., 1859–62 ORegR Koblenz, 1862 (Straf-)Versetzung „im Interesse des Dienstes“ nach Gumbinnen, 1865 a.D., 1833/1841–53 Mitgl. ProvLT Westfalen, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1862–67 Begr. u. Vors. Fraktion Linkes Centrum AH, 1852–67 MdA (Linke, Vincke, Linkes Centrum), 1867–84 MdR (Freie Vereinigung, Gruppe Löwe-Berger, bkF) *59/71* 162; *263/III* 208; *294/75* 83v
- Bode, Friedrich** (1793–1877), 1818 Ref. KG, 1820 Ass. KG, JusR Stadtger. Berlin, 1825 KGR, 1832 GehJusR, 1836 GehOJusR JMinm., 1840 ChefPräs. OLG Stettin, 1842 Dir. Revisions-Kollegium, Wirkl.GehORegR und MinDir. Mdi, 1844 MdStR, 1845 StS und Präs. Ober-Zensur-Gericht,

- Wirkl.GehOJusR, Okt. 1848 z. D. gestellt, Nov. 1848–52 UStS (interim.) LandMinm., Mitgl. Gerichtshof z. Entscheidung d. Kompetenzkonflikte, 1861 Wirkl.GehR (Exz.), Vors. Zentral-Komm. für die Rentenbanken, 1870 i.R., 1850–52 Mitgl. 1. Kammer, 1855–58 MdA (bkF) 240/74 147v
- Bode, Richard** (1824–1867), bis 1862 KrsGerR Alt-Landsberg, 1862/63 Dir. KrsGer. Inowraclaw (Posen), 1866/67 MdA (KoP) 238/74 140v
- Bödefeld, Georg**, Waldwärter zu Nehden, 1863 Disziplinarsache 288/75 50
- Bodenschwingh (-Plettenberg), Gisbert Frh. v.** (1790–1866), Rittergutsbes., Mitgl. 1. Kammer, Kammerherr, 1854 MdH, Vize-Marschall ProvLT Westfalen 2/70 285
- Bodenschwingh, Karl v.** (1800–1873), Bruder des Ministers Ernst v. B., 1837 LandR Hamm, 1844 ORegR Minden, 1845 Vizepräs. Reg. Münster, 1849 RegPräs. Arnsberg, 1854 MdStR, 23.7.1851–6.11.1858 u. 30.9.1862–2.6.1866 FinMinr., 1833–71 Mitgl. ProvLT Westfalen, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1851–1858 u. 1866–73 MdA (bkF, KoP), 1867–73 MdR (KoP) 257/74; 258/III; 259–262/74; 263/III; 264–268/74; 268a/Fundort; 269–271/74; 272–284/75; 285/III; 286–288/75; 289–290/III; 291–296/75; 297–298/III; 299–300/75; 301/III; 302–306/75; 307/III; 308–315/75; 316/III; 317/75; 318/III; 319/76; 320–322/III; 323–329/76, 331–334/76; 335/III; 336–347/76; 348/77; 349/III; 350–356/77; 357/III; 358/77, 360–362/77; 363/III; 364–365/77; 366–367/III; 368–373/77; 375–379/78; 380/III; 381–384/78; 385/III; 386–392/78; 393/III; 394–395/78, 398–400/78, 403–404/78, 406/78
- Bodenschwingh, Ludwig v.** (1811–1879), 1831 Auskultator, 1838 GerAss., 1844 RegAss. Minden, 1845 RegR, 1850 ORegR Königsberg, 1851 Minden, 1853 Vizepräs. Reg. Stettin, 1855 MinDir. FinMinm. (Abt. Domänen u. Forsten) u. Wirkl.GehFinR, 1867 RegPräs. Minden, 1872–75 OPräs. Hessen-Nassau, 1849–52 MdA (Rechte), 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus 420/78 138
- Boetticher, Karl Wilhelm** (1864: v.) (1791–1868), Dr. jur., 1812 Auskultator, 1817 GerAss. Glogau, 1819 OLGR Naumburg, 1820 KGR, 1824 Hilfsarb. JMinm., 1826 Präs. OLG Insterburg, 1831 Vizepräs. OLG Frankfurt/O., 1831 Präs. OLG Stettin, 1840 Wirkl.GehOJusR StMinm., 1840 MdStR, 1842–48 OPräs. Preußen, 1844–50 zugl. RegPräs. Königsberg, 1850 Bundeskom. Frankfurt/M., 1851–55 RegPräs. Frankfurt/O., 1855–68 Präs. Oberrechnungskammer, 1855 Wirkl.GehR (Exz.), Mitgl. Staatsschuldenkomm., 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1854–55 MdA (bkF) 68/71 213; 139/III 117–119, 180/III 149–151v; 192/74 27, 237/74 142
- Bolle, Wilhelm**, Ger.-Bote, 1861 Disziplinarsache 157/73 147
- Bonin, Eduard v.** (1793–1865), 1815 OLtn., 1829 Maj., 1840 Oberstltm., 1842 Oberst, 1848 GenMaj., 1848/49 Oberfehlshaber Bundestruppen im Krieg Hzgtm. Schleswig u. Holstein, 1852 GenLtn., 13.1.1852–5.5.1854 u. 6.11.1858–27.11.1859 KrMinr., Mai 1859 Gen., 1851–54 Mitgl. 1. Kammer, 1859 MdA (bkF) 1/70, 3–12/70; 13/II; 14/70; 15–16/71; 17–18/III; 22–27/71; 27a/Fundort; 29–31/71, 34–39/71; 41/III; 42/71; 43/Fundort; 44–46/71; 47/III; 48/71; 48a/Fundort; 49/III; 50–51/71; 52/III, 54/III; 59/71; 60/III; 61/71, 62/71 182; 63/III 70–70v, 76v–79, 81v
- Bonin, Gustav v.** (1797–1878), 1820 RegRef. Stettin, 1825 RegR Köslin, 1828 Reg. Magdeburg, 1832 Kammerherr, 1835 GenKomm. Prov. Sachsen, 1842 Vizepräs. Reg. Magdeburg, GehORegR, 1844 RegPräs. Köln, 1845–50 OPräs. Sachsen, Sept.–Nov. 1848 FinMinr., 1850–51 und Mai 1860–62 OPräs. Posen, zugl. RegPräs. Posen, 1861 Wirkl.GehR (Exz.), 1863 i.R., 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1849 Mitgl. 1. Kammer, 1850–55 u. 1859–67 MdA (bkF, altlib.), 1871–78 MdR (DRP) 156/73 127; 195/74 35, 238/74 139v–140, 267/74 203v; 362/77 52–53; 363/III 263–265v
- Bonin, Karl G. E. v.** (1814–um 1865), Obersteuerkontrolleur zu Naugard, 1860 Disziplinarsache 88/72 64
- Borchart, Carl Friedrich**, KrsGer.-Gefangenenwärter zu Rosenberg/Pr., 1866 Disziplinarsache 403/78 97
- Borchert, Friedrich**, Holzaufseher, 1860 Disziplinarsache 111/72 200
- Borck**, Kanzler im Generalkonsulat Bukarekt 369/77 87

- Boretius, Georg** (1813–1875), 1834 Auskultator, 1841 OLGAss., 1843/44 RegAss. Königsberg, 1849 RegR u. OPräsR Königsberg, 1859 GehRegR HandMinm., 1866 GehORegR 50/71 103v; 106/72 162–162v, 168–169v; 408/78 117
- Börger, August**, Rittm. [Hptm.] a.D. u. Landesgestüt-Aufseher zu Lindenau, 1860 Disziplinarsache 95/72 108, 110
- Bormann, Friedrich**, Lehrer aus Wustermitz 212/74 79
- Bormann, Johann**, Gefangenenwärter, 1860 Disziplinarsache 115/72 231
- Born, Dr. med.**, Kreisarzt Görlitz, 1861 Disziplinarsache 157/73 131v
- Bornemann, Karl** (1806–1897), GehKrR im KrMinm. 134/73 48–50, 172/73 190v–191; 233/74 126v
- Bornemann, Friedrich Wilhelm Ludwig** (1798–1864), seit 1819 im Justizdienst, 1825–31 Hilfsarb. OAppGer. Greifswald, 1831 KGR, 1837 GehFinR FinMinm., 1841 GehOFinR, 1842 MdStR, 1843 Wirkl.GehOJusR, 1843 StS StR, 1843 Präs. OZensurGer., 1844 Dir. JMinm., 20.3. bis 20.6.1848 JMinr., 1848–64 Vizepräs. Obertribunal, 1860 Kronsyndikus, 1861 Wirkl.GehR (Exz.), 1848 Mitgl. preuß. NatVers., 1849 Mitgl. 1. Kammer, 1860 MdH 127/73 16, 178/73 223; 328/76 41v
- Borowski, Ernst**, KrsGerSekt. in Marienwerder 182/73 256
- Borries, Georg v.** (1811–1870), 1834 Auskultator, 1836 GerRef., dann RegRef., 1838–70 LandR Herford, 1862 Vizemarschall ProvLT Westfalen, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1848 Mitgl. preuß NatVers., 1851–68 Mitgl. ProvLT Westfalen, 1849–50 u. 1855–56 MdA (Auerswald/Schwerin, unbek.) 262/74 190
- Borrmann, Adolph**, Lehrer zu Halberstadt, 1859–61 Disziplinarsache 71/71 239; 147/73 101
- Borsche, Gottfried Albert** (1809–1879), 1831 Auskultator OLG Frankfurt/O., 1832 RegRef., 1836 RegAss., 1837/38 u. 1841 kommissar. LandR Soldin u. Frankfurt/O., 1841 RegR, 1856 ORechR Oberrechnungskammer, 1867 dsgl. Rechnungshof Norddt. Bund bzw. Dt. Reich, 1878 a.D., 1859–67 MdA (Vincke, Grabow, Linkes Centrum, NLP) 233/74 126
- Braatz, August Albert**, Lehrer zu Clausdorf, 1864 Disziplinarsache 329/76 52
- Brandenstein, Wilhelm v.** (1819–1894), 1840 Auskultator, 1846 GerAss., 1850 Krs.-Richter Glogau, 1856 AppGerR Frankfurt/O., Okt. 1862 Hilfsarb. JMinm., 1863 GehJusR, Dez. 1866 Vizepräs. AppGer. Naumburg, 1876 GehOJusR, 1879 Senatspräs. OLG Naumburg, Wirkl.GehR, 1891 MdH 281/75 27, 29, 291/75 63, 64
- Brandt, Hermann v.** (1828–1902), 1857–66 LandR Lyck, 1866–67 LandR Danzig, 1867/68–95 PolPräs. Hannover 394/78 76v
- Brandt, Johann**, Polizei-Sergeant zu Aachen, 1864 Disziplinarsache 341/76 105
- Brandt, Rudolf v.** (1835–1909), 1862/63–86 LandR Osterode i. Pr., 1887–95 PolPräs. Königsberg, 1896–1909 Landes-Hptm. Prov. Ostpreußen, 1867–73 MdA (KoP), 1876–87 Mitgl. ProvLT Ostpreußen 271/74 232
- Brassert, Hermann** (1820–1901), 1848 GerAss., 1850 Justitiar u. BergR Siegen, 1855 OBergR Bonn, 1864 GehBergR HandMinm., 1864 BergHptm. u. Dir. BergA Bonn, 1889 Wirkl. GehOBergR, 1892 a.D., 1900 Wirkl.GehR (Exz.) 334/76 75a, 340/76 84v
- Brauchitsch, Heinrich v.** (1831–1916), auf Scharteucke, 1861 Krs.-Richter Demmin, 1863–71 LandR Jerichow II (Genthin), 1871 ORegR u. Vizepräs. Reg. Potsdam, 1876–84 RegVizepräs. Kassel, 1884–98 RegPräs. Erfurt, 1911 Wirkl.GehR, 1866–68 MdA (KoP), 1867–71 MdR (KoP) 271/74 232
- Brauchitsch, Johann Georg Adolph Victor v.**, Hptm. a.D., 1861 Kammerherr 243/74 145
- Brauchitsch, Wilhelm v.** (1820–1884), Rittergutsbes. Klein-Katz, 1847 RegAss. Potsdam, danach Danzig, 1854–65 LandR Danzig, 1866 GehRegR z.D., 1867–70 MdA (KoP), 1867–77 MdR (KoP) 370/77 92; 394/78 76v
- Braun, Andreas**, KrsGer.-Bote, 1861 Disziplinarsache 157/73 146
- Braun, Johann v.**, Grenzaufseher zu Strzalkowo, 1865 Disziplinarsache 365/77 68

- Brawacki, Friedrich**, Lehrer, 1861 Disziplinarsache *130/73* 42
- Bredlow, Johann G.**, Telegraphist, 1862 Pensionssache *269/74* 228
- Bree, Gustav**, Förster, 1860 Disziplinarsache *102/72* 137
- Breithaupt, Justus Wilhelm** (1809–1903), Dr. jur., 1837 Ass. KG, 1838 Richter Finsterwalde, 1844 JusR, 1846 Dir. Stadtger. Wittstock, 1849 Dir. KrsGer. Wittstock, 1852 Erfurt, 1858 GehJusR JMinm., 1863 Präs. Stadtger. Berlin, 1867 Präs. AppGer. Marienwerder, 1874 Naumburg bzw. 1879 1. Präs. OLG Naumburg, 1883 Wirkl.GehOJusR, 1885 GehR, 1849–58 MdA (Rechte, Carl, Büchtemann) *146/73* 87, 90, *158/73* 151, 155; *413/78* 126
- Brenner (-Felsach), Adolf Frh.** (1814–1883), österr. Diplomat, Gesandter Kopenhagen *320/III* 245, 246
- Brettschneider**, Handelsmann, 1862 Begnadigungssache *236/III* 194v
- Briese, Martin**, Steueraufseher *182/73* 232
- Brinkmann**, Witwe *60/III* 68
- Brinkmann, Johann**, Steuerempfänger zu Ibbenbüren, 1862 Disziplinarsache *233/74* 131
- Brochwitz, Ernst G.**, Lehrer u. Küster *182/73* 243
- Brockhaus, Heinrich** (1804–1874), Verleger in Leipzig *198/74* 42
- Brodniewicz, [Dgraisius?]**, Distrikt-Kommissar zu Borek, 1864 Disziplinarsache *341/76* 102
- Brüggemann, Theodor** (1796–1866), Dr. phil., 1823 Gymnasial-Dir. Düsseldorf, 1831 RegR u. SchulR Koblenz, 1837–39 Unterhändler im Kölner Bistumsstreit, 1839 Hilfsarb. KuMinm., 1841 GehRegR, 1843 VortrR, 1851 GehORegR, 1866 Wirkl.GehORegR u. i.R., 1849–54 Mitgl. 1. Kammer, 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1854 MdH *84/72* 50, 51–53v
- Bruns, Heinrich W. Th.**, KrsGer.-Bote zu Karthaus, 1862 Disziplinarsache *269/74* 211
- Brzezinski, Michael**, Lehrer zu Kiebel, 1865 Disziplinarsache *352/77* 16
- Buchholz**, Kreisrichter zu Heiligenbeil, 1859 Diäten-Reklamation *55/71* 132
- Buddenbrock, v.**, Gendarmerie-Rittmeister *305/75* 116–116v
- Buern**, KrsGerR, 1863 Dir. KrsGer. Greifenhagen *288/75* 36
- Bugel, Mathes** [?], Gefreiter, 1865 Begnadigungssache *357/III* 262
- Bulla**, Rechtsanw., Mitgl. Prov.-Vorstand christkath. Gemeinden *14/70* 349–349v; *140/73* 69
- Bülow, Adolf Woldemar v.** (1830–1869), bis 1861 RegAss., 1860/62–69 LandR Neu-Ruppin *136/73* 55
- Bunsen, Christian K. J. Frh. v.** (1791–1860), 1818 Sekr. Gesandtschaft Vatikan/Rom, 1824–38 Gesandter Vatikan/Rom, 1839–45 Gesandter Bern, 1845–54 Gesandter London, 1852 Mitgl. Wochenblattpartei, 1858 MdH *59/71* 161v–162, 163–171
- Buol-Schauenstein, Carl Graf v.** (1797–1865), April 1852–Mai 1859 Vors. Ministerkonferenz u. AMinr. Österreich-Ungarns *27a/Fundort* 275
- Burchard** (gest. 1863), OLGR Königsberg, 1840 TribunalR, 1841 Dir. Stadtger. Königsberg, 1841 Vizepräs. OLG Ratibor, danach Frankfurt/O., 1860 Präs. AppGer. Ratibor *97/72* 112
- Burghart, Hermann** (1824–1902), 1845 Auskultator, 1850 GerAss. Greifswald, 1853 PolDir. Greifswald, 1861 GehFinR FinMinm., 1867 GehOFinR, 1872 stellv. Bevollm. z. BundesR, 1874 GenDir. direkte Steuern u. Wirkl.GehOFinR, 1884 Wirkl.GehR (Exz.) u. MdStR, 1894 Roter Adler-Orden 1. Kl. mit Eichenlaub, 1900 i.R., 1859–61 MdA (Mathis) *145/73* 86v; *240/74* 148; *326/76* 27–27v, 28; *360/77* 46; *402/78* 89, *418/78* 136
- Burghauß, Friedrich N. Graf v.** (1796–1885), Majoratsbes. Laasan, 1816 Kammerherr, Dir. Schlesische General-Landschafts-Direktion, 1861 Wirkl.GehR, 1854 MdH *158/73* 151v
- Bürklein, Friedrich August Joh.**, Kalkulator zu Berlin, 1864 Disziplinarsache *327/76* 34
- Burmehl, Eduard**, Steuer-Aufseher zu Brühl, 1866 Disziplinarsache *390/78* 55
- Buschbacher**, Witwe *163/III* 135–136
- Buschbacher, Jacob** *163/III* 135–136
- Buschbacher, Joh. Peter** *163/III* 135–136
- Büsgen, Eduard**, Steuerempfänger zu Wickerath, 1859 Disziplinarsache *71/71* 240

- Busmann, Johann**, KrsGerSchr., 1860 Disziplinarsache *111/72* 195
- Büttner, Carl**, Grenzaufseher zu Peterwitz, 1858 Pensionssache *5/70* 291, *9/70* 329
- Byer(e)n, Fedor v.** (1807–1863), Rittergutsbes. Kriegsdorf, 1850 Vizepräs. Reg. Königsberg, 1851–59 RegPräs. Gumbinnen (abberufen wegen „streng konservativer Gesinnung“), 1851–58 MdA (Rechte, Arnim, bkF) *48/71* 97v
- Canitz u. Dallwitz, Carl Frh. v.** (geb. 1812), ehem. Gesandter Neapel [um 1858]/Rom, 1842 Kammerherr, 1864 Wirkl.GehR (Exz.) *328/76* 41v
- Caprivi, Leopold v.** (1797–1865), OTribunalR, Mitgl. Disziplinarhof für nicht-richterl. Beamte, 1863–65 MdH *374/77* 122
- Cardinahl, Wilhelm Daniel**, Lehrer zu Groß-Keylau, 1866 Disziplinarsache *429/78* 161
- Caspers, Christian**, Bgm. zu Wanlo, 1859 Disziplinarsache *20/71* 20
- Centner**, KrsGerSchr. u. Kanzlei-Dir. zu Liegnitz, 1859 Reklamationssache *58/71* 157
- Chappuis, Wilhelm v.** (1793–1868), GenMaj. a.D., Dir. Kadettenhaus zu Wahlstatt *231/74* 122–124
- Chauvin, Franz** (1864: v.) (1812–1898), 1833 Ltn., 1845 OLtn., 1849 Hptm., 1856 Maj. u. Dir. für Telegraphie, 1861 Oberstltn., 1864 Oberst, zugleich Abt.-Dir. (Telegrafie) HandMinm., 1867 Gen. u. Telegraphen-Dir. Norddt. Bund, 1869 GenMaj., 1871 Telegraphen-Dir. Dt. Reich, 1872 a.D. *359/77* 45v; *410/78* 121
- Choinski, Thimoteus v.**, Rektor, 1860 Disziplinarsache *111/72* 204
- Christ, Joseph**, Lehrer zu Grunau, 1866 Disziplinarsache *378/78* 22
- Christian August, Herzog v. Schleswig, Holstein, Sonderburg u. Augustenburg** (1798–1869), seit 1814 Chef der augustenburg. Linie des Hauses Schleswig-Holstein u. damit Prätendent für Herzogtümer beim Aussterben der männl. dän. Erblinie, 1836 erbl. Mitgl. der Ständevers. Schleswig, 1848/49 Förderer der schlesw.-holst. Unabhängigkeits-Bewegung, 1852 Übertragung seiner Güter an Dänemark im Zuge des 2. Londoner Vertrags u. zugleich Verzicht auf seine Erbfolgeansprüche auf die Herzogtümer zugunsten der dän. Thronfolge (des „Protokoll-Prinzen“ Christian), Rittergutsbes. Primkenau (Niederschlesien) *316/III* 237
- Christian IX.** (1818–1906), seit 2. Londoner Vertrag 1852 als „Protokoll-Prinz“ Inhaber des Thronfolgerechts nach Ausschaltung Augustenburger Erbansprüche, seit 16.11.1863 **König** von Dänemark u. zugleich Herzog von Schleswig, Holstein u. Lauenburg, mit Verfassung vom 18.11.1863 Inkorporierung Schlesiens in Dänemark verfügt u. damit Bruch des 2. Londoner Vertrags 1852 sowie dt.-dän. Krieg 1864 entscheidend verursacht, mit Frieden von Wien am 30.10.1864 Verzicht auf Herzogtümer *316/III* 237v, *321/III* 247v
- Cielanga, Joseph**, Lehrer zu Märzdorf, 1865 Disziplinarsache *352/77* 12
- Clauss**, Proviand-Amtskontrolleur zu Torgau, 1859 Disziplinarsache *62/71* 182v, *66/71* 196, 207–207v
- Cleinow**, bis 1860 AppGerR Posen, seit 1860 Dir. KrsGer. Posen *94/72* 92
- Cohen, Jacob**, Kaufmann *231/74* 120v
- Colf, Burghard de**, Lehrer zu Xanten, 1865 Disziplinarsache *352/77* 19
- Collins, Ferdinand**, Hauptamts-Assistent zu Breslau, 1859 Disziplinarsache *58/71* 155
- Conradi, Carl**, KrsGerSchr. zu Lüdinghausen, 1862 Disziplinarsache *233/74* 136
- Cords**, BauR in Glogau *215/74* 100v, 101
- Corlin, Rudolph**, Wasserbaumeister zu Kochem, 1864 Disziplinarsache *319/76* 14
- Cornelius, Franz**, Förster zu Saarwellingen, 1863 Disziplinarsache *288/75* 57
- Corsica, Theodor**, PolLtn., 1861 Disziplinarsache *157/73* 140
- Costenoble, August** (1803–1881), Jurist, 1838 RegR Magdeburg, Hilfsarb. StR, 1842 GehFinR FinMinm., 1844–48 VortR KabMinm., 1844 MdStR, 1845–48 Mitgl. Ober-Zensur-Gericht, 1846 Mitgl. Kuratorium der Preuß. Bank, 1846 GehOFinR, 7.11.1846 VortR StMinm. u. Zivilkab., 1853–70 KabR Zivilkab., Mitgl. Gerichtshof z. Entscheidung d. Kompetenzkonflikte, Wirkl.

GehORegR, 1850–51 Mitgl. 1. Kammer 1–8/70, 10–12/70, 14/70; 15–16/71, 19–40/71; 41/III; 42/71, 44–46/71; 47/III; 48/71; 49/III; 50–51/71; 52/III; 53/71; 54/III; 55–59/71; 60/III; 61–62/71; 63/III; 64–71/71; 72–73/72; 76/III; 77–79/72, 81–85/72; 86/III; 88/72; 89/III; 90–92/72, 95–96/72, 98–99/72; 100/III; 101–104/72, 106/72; 107/III; 108–113/72; 114/III; 116–118/72; 123–124/73, 126–130/73, 132–138/73, 140–142/73, 144–148/73, 155–161/73; 162–163/III; 164–166/73; 167/III; 168–174/73, 176–177/73; 177a/Fundort; 178–179/73, 181–182/73; 183/III; 184–188/74; 191/III; 193–195/74; 196/III; 197–199/74, 201–203/74; 204/III; 205–211/74, 214–215/74, 217/74; 218/III; 219–221/74, 223–225/74, 237–239/74, 242–246/74, 256–257/74; 258/III; 259–262/74; 263/III; 265–271/74; 272–279/75, 281–284/75; 285/III; 286–288/75; 289–290/III; 291–292/75, 302–306/75; 307/III; 308–315/75; 316/III; 317/75; 318/III; 319/76; 320–322/III; 323–329/76; 330/III; 331–332/76, 334/76, 339/76, 341–345/76, 347/76; 348/77; 349/III; 350–355/77; 357/III; 358–360/77; 363/III; 364–365/77; 366–367/III; 368–369/77, 371–374/77; 375–379/78; 380/III; 381–384/78; 385/III; 386–390/78, 392/78; 393/III; 394/78; 396–397/III; 399–404/78; 407/III; 408–418/78; 419/III, 423/III; 424/78, 425/78; 426/III; 429/78

**Courte, Johann**, Förster, 1860 Disziplinarsache 115/72 229

**Cowley, Henry Richard Earl of** (1804–1884), 1848–51 brit. Gesandter Schweiz, zugl. Beobachter bei Reichszentralgewalt Frankfurt/M., 1851–52 Gesandter beim Deutschen Bund, 1852–67 Botschafter Paris 27a/Fundort 275

**Croix, Richard de la** (1824–1902), Jurist, 1850 GerAss. Berlin, 1853–96 im KuMinm., 1861 KonsR Prov. Brandenburg, 1864 GehRegR, 1870 GehORegR, 1871–72 kommissar. MinDir., 1880 Wirkl.GehORegR, 1882 MinDir. (Abt. Volksschulen), 1892 Wirkl.GehR (Exz.) 23/71 32v, 34–35, 61/71 173–174v, 180–181v, 70/71 226–227; 109/72 173–173v, 182–182v, 111/72 205, 116/72 232–232v, 233–235v; 128/73 21–23v, 173/73 193, 194–196v; 192/74 26; 304/75, 311/75 121, 122–123, 124–125; 332/76 65, 342/76 110, 111–111v; 353/77 27–27v, 354/77 29, 364/77 55–55v; 386/78 33–33v, 402/78 89v

**Crüger**, GehRegR Merseburg, seit 1858/59 zugl. Dirigent FinAbt. 4/70 289v

**Dach**, bis 1860 GehOFinR u. ProvSteuerDir. Köln 98/72 114

**Dahlhoff, Gottlieb**, Steuer-Aufseher zu Gronau, 1866 Disziplinarsache 403/78 93

**Dannhauer, Ernst H.** (1800–1884), 1841 Maj., 1849 Oberstltm., 1851 Oberst, 1855 GenMaj., Febr. 1858 1. Bevollm. z. Bundesmilitärkomm. Frankfurt/M., Mai 1859 GenLtn., März 1866 a.D. 27a/Fundort 278, 284

**Dawideit, Carl Leopold**, Förster zu Peremtienen, 1866 Disziplinarsache 403/78 95

**Dechen**, Dir. KrsGer. Glatz, 1866 Präs. Stadtger. Breslau 376/78 6v

**Dechen, Heinrich v.** (1800–1889), Dr., 1826 OBergA-Ass., 1831 OBergR, 1835 GehBergR, 1841 BergHptm. u. Dir. OBergA Rheinprovinz in Bonn, 1859 HandMinm., 1860 OBergHptm. Bonn, Ende 1863 a.D., 1863 Wirkl.GehR (Exz.), 1884 MdStR 81/72 33; 319/76 1

**Dechend, Hermann** (1865: v.) (1814–1890), 1844 Finanzverwaltung, dann HandMinm., 1851 Mitgl. Hauptbank-Direktorium der Preuß. Bank, 1864 Präs. Hauptbank-Direktorium, GehOFinR, 1876 Präs. Reichsbank, 1877 kais. Wirkl.GehR, 1884 MdStR, 1867–69 MdA (RFBK), 1872 MdH 375/78 1d, 3–5v, 418/78 136

**Decke, Ernst**, Steueraufseher zu Kunern, 1860 Disziplinarsache 94/72 105

**Decker, Rudolf** (1863: v.) (1804–1877), Buchdrucker, seit 1828/29 Eigentümer der Geh. Ober-Hofbuchdruckerei 308/75 118, 309/75 120

**Deetz, Friedrich** (1812–1871), Jurist, Syndikus Kolberg, 1849–64 LandR Lauban, 1864–71 OB Frankfurt/O., 1865 MdH, 1852–54 MdA (unbek.) 328/76 41v

**Dehn-Rotfelser, Jacob v.** (1808–1881), seit 1833 im kurhess. Justizdienst, Juni 1862–Jan. 1863 kurhess. FinMinr. u. interim. AMinr., Febr. 1863–Okt. 1865 erneut FinMinr., StR 236/III 191v

**Delbrück, Rudolf** (1896: v.) (1817–1903), 1842 Hilfsarb. FinMinm., seit 1844 Handelsamt bzw. -Ministerium, 1849 VortrR, 1857 MdStR, Okt. 1859 MinDir., Aug. 1867 Präs. Bundeskanzleramt



- bzw. 1871 Reichskanzleramt, Nov. 1869–Mai 1876 Minr. o. Geschäftsber., 1878–81 MdR (bkF) 46/71 96, 48/71 97, 65/71 192v; 88/72 62–62v, 106/72 161–161v; 107/III 105–106; 115/72 220–220v; 126/73 9v, 133/73 46, 174/73 198–199v; 245/74 152; 340/76 85; 399/78 83–83v
- Delius, Ludwig E.** (1807–1888), Jurist, 1844–52 u. 1859–86 LandR Mayen, 1849–62 u. 1867–85 MdA (Linke, v. Vincke, Grabow, NLP), 1867 MdR (NLP) 21/71 24
- Demski, Friedrich Wilhelm**, Domänen-Rentmeister zu Soldau, 1864 Disziplinarsache 327/76 37
- Devens, Friedrich Leopold** (1831–1894), bis 1858/59 KrsGer. Dorsten, 1859 LandR Essen, 1867/68 PolPräs. Köln, 1875/76 PolPräs. Königsberg, 1886 ORegR Trier 48/71 97
- Dewall, Louis v.**, Oberforstmeister u. RegR Gumbinnen 123/73 5v
- Dibbelt**, Rittergutsbes. in Zeinicke, 1863 Pensionssache 311/75 129
- Dickens, Charles** (1812–1870), brit. Schriftsteller 344/76 125
- Dickow, Theodor W.**, Förster zu Eichberg, 1859 Disziplinarsache 55/71 120
- Diederichs, Fritz v.** (1805–1888), RegR Düsseldorf, 1858 ORegR Potsdam, 1863 (Straf-)Ver-  
setzung nach Marienwerder „im Interesse des Dienstes“, 1859–66 u. 1873–76 MdA (Vincke,  
Grabow, linkes Centrum, NLP), 1874–77 MdR (NLP) 263/III 208; 294/75 83v
- Diest (-Daber), Otto v.** (1821–1901), bis 1851 Richter KrsGer. Spremberg, 1851 LandR Elber-  
feld, 1859 Amtsenthebung wegen seiner Stellungnahmen gegen Finanzverstrickungen HandMinr.  
von der Heydts, 1868 Konflikt mit Bismarck wegen Gesetzentwurfs betr. Hannoverschen Provin-  
zialfonds, 1877 Beleidigungsklage u. Verurteilung zu drei Monaten Gefängnis, 1867–70 MdA  
(KoP) 58/71 145–145v, 66/71 196
- Diest, Gustav v.** (1826–1911), 1848 Auskultator, 1850 RegRef. Frankfurt/O., 1851–52 vertrw.  
LandR Neuruppin, 1854 RegAss. Düsseldorf, 1857 Hilfsarb. OPräsidium Koblenz, 1858/60–66  
LandR Wetzlar, 1866 Zivilkom. Nassau u.a. Gebiete, 1867–69 RegPräs. Wiesbaden, 1869–76  
RegPräs. Danzig, 1876–94 RegPräs. Merseburg, Wirkl.GehR, 1867–74 MdR (KoP), 1894 MdH  
80/72 15; 404/78 105
- Diesterweg, Adolf** (1790–1866), Dr., 1818 Rektor latein. Schule Elberfeld, 1820 Begr. u. Dir.  
Lehrerseminar Moers, 1832 Dir. Seminar f. Stadtschulen Berlin, 1847 amtsenthoben bzw. beurl.,  
1850 a.D., 1859–66 MdA (Vincke, DFP) 193/74 30
- Dieterici, Wilhelm** (1790–1859), 1818 RegR Potsdam, 1820 Hilfsarb. KuMinm., 1823 GehRegR  
u. VortrR, 1831 GehORegR, 1834 zugl. Prof. f. Staatswiss. Univ. Berlin, 1844 Dir. Statistisches  
Büro, 1847 Mitgl. Akad. d. Wiss., 1858 Wirkl.GehORegR, 1848 Mitgl. 1. Kammer 61/71 174v
- Dillenburger, Theodor** (1838–1881), 1859 RegRef. Königsberg, 1865 RegAss. u. LandR Brauns-  
berg, 1868 z.D., 1869 Reg. Oppeln, 1871/72 kommissar. Bgm. Paderborn, 1872 kommissar. LandR  
Adenau, 1874 RegR Bromberg, 1876 Hilfsarb. FinMinm., 1877 GehFinR, 1880 GehOFinR  
348/77 1v
- Dingel**, Böttcher 60/III 68
- Dirksen, Viktor** (1823–1883), 1847 Ref. KG, 1850 GerAss. u. Hilfsarb. JMinm., 1853 Richter  
Stadtger. Berlin, 1861 StadtGerR, 1863 Admiralitätsrat, 1864 Wirkl. Admiralitätsrat u. VortrR,  
1871 Geh. Admiralitätsrat, 1873 Kom. z. Grenzregulierung des Jadegebiets 267/74 203–203v,  
270/74 229; 327/76 29
- Dobinski**, Tischlerlehrling zu Kammin, 1863 Begnadigungssache 285/III 210
- Doetinchem de Rande, Ludwig C. F. v.**, bis 1862 Gräfl. RegR für Stolberg-Stolberg (Krs. San-  
gerhausen), 1862–95 LandR Sangerhausen 186/74 18v
- Dohmann, Carl F.**, Grenzaufseher zu Glowitz, 1859 Disziplinarsache 39/71 71
- Dohna (-Lauck), Friedrich C. A. Graf zu** (1799–1873), Fideikommißbes. Lauck, 1817–34  
Militär, 1840 Kammerherr, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, Mitgl. ProvLT Preußen, 1850–61 Mar-  
schall Preuß. ProvLT, 1850–54 Mitgl. 1. Kammer bzw. 1854 MdH 155/73 126, 161/73 158–158v;  
162/III 132v–133; 262/74 190
- Doll, Gustav**, Bgm. zu Overath, 1865 Disziplinarsache 354/77 35
- Donalies**, StAnw. KrsGer. Stallupöhnen, 1859 Dir. KrsGer. Lyck 28/71 41v

- Dönhoff (-Friedrichstein), August Graf v.** (1797–1874), Rittergutsbes., seit 1821 im diplomat. Dienst, 1823 LegSekr. Gesandtschaft Paris, 1825 Madrid, 1828 London, 1833–42 Gesandter München, 1842–48 Gesandter am Bundestag Frankfurt/M., 21.9.–1.11.1848 AMinr., 1856 Wirkl.GehR (Exz.), 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1849 Mitgl. 1. Kammer bzw. 1854 MdH, Nov. 1861 erbl. MdH *105/72* 159v–160; *161/73* 158; *262/74* 190
- Dorbritz**, Konrektor, 1861 Disziplinarsache *140/73* 73
- Döring, Johann Gottfried**, Tor-Kontrolleur zu Rawicz, 1866 Disziplinarsache *390/78* 61
- Dornbusch, Friedrich Wilhelm**, Eisenbahn-Sektions-Assistent zu Danzig, 1864 Disziplinarsache *329/76* 56
- Dortu, Sophie** (gest. 1861), Frau des JusR Dortu in Potsdam u. Mutter von Maximilian Dortu *300/75* 89, 91–91v
- Dortu, Max(imilian)** (1826–1849), Sohn des JusR Dortu aus Potsdam, Jurist, Unteroffizier der Badischen Revolutionsarmee, vom Preuß. Kriegsgericht wegen Hochverrats zum Tode verurteilt u. am 31.7.1849 in Freiburg hingerichtet *300/75* 89, 91–91v
- Drake, J. Friedrich** (1805–1882), Bildhauer, 1827 Schüler Rauchs, Prof. u. Mitgl. Akad. d. Wiss. *358/77* 43
- Drees, Friedrich**, Lehrer *182/73* 241
- Drews**, KrsGerSekr. zu Preuß. Holland, 1865 Disziplinarsache *373/77* 124
- Dreyer, Carl Gustav**, Polizei-Sergeant zu Königsberg, 1864 Disziplinarsache *341/76* 101
- Droste-Hülshoff, Heinrich Johann Frh. v.** (1827–1887), Rittergutsbes., 1848–56 Militärdienst, 1864/65–74 LandR Münster *344/76* 121–121v
- Dudeck, Carl**, zu Nicolai (Krs. Pless), 1866 Begnadigungssache *396/III* 286
- Dudeck, Johann C.**, Gymnasial-Oberlehrer zu Hohenstein, 1863 Disziplinarsache *277/75* 10
- Dudeck, Marianne**, 1866 Begnadigungssache *396/III* 286
- Dudkiewicz, Zenon**, Lehrer, 1860 Disziplinarsache *111/72* 202
- Duesberg, Franz** (1840: v.) (1793–1872), Dr., seit 1816 im preuß. Justizdienst, 1821 OLGR Paderborn, 1831 GehJusR JMinm., 1832 GehFinR, 1834 GehOJusR u. ORevisionsR, 1836 MdStR, 1838 StS, 1841 Wirkl.GehOJusR u. MinDir. KuMinm., 1842–46 VotrR StMinm., Aug. 1846–März 1848 FinMinr., 1849 Kom. preuß. Krone u. Vors. prov. Bundesschiedsgericht d. Erfurter Unionsparlament, Juli 1850–Mai 1871 OPräs. Westfalen, 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1851 Mitgl. 1. Kammer bzw. 1854 MdH, 1854 Kronsyndikus *31/71* 46, 47–50, *36/71* 60, 61–63v; *150/73* 115–115v, 119–119v, *158/73* 151, 153–154v; *328/76* 43, *331/76* 61, *343/76* 117v
- Duka, Johann**, Lehrer zu Bielschowitz, 1859 Disziplinarsache *71/71* 235
- Dulk**, KrsGerR Goldapp, 1862 Dir. KrsGer. Darkehmen *245/74* 152v
- Duncker, Franz** (1822–1888), Bruder von Max(imilian), Buchhändler u. Verleger, 1859 Mitbegr. Nationalverein, 1861 Mitbegr. DFP, 1865 Vors. Großen Berliner Handwerkerverein, 1869 Mitbegr. Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine, 1862–77 MdA (DFP), 1867–77 MdR (DFP) *213/74* 95v
- Duncker, Hermann** (1817–1892), Sohn von Karl D., Jurist, Ass. KG, 1843 GerAss. Posen, 1846 StadtR Berlin, 1860 Syndikus, 1872–91 Bgm. Berlin, GehRegR, 1859–61 MdA (Vincke) *88/72* 62–62v
- Duncker, Max(imilian)** (1811–1886), Historiker, 1834 Dr. phil., 1837 verurteilt wegen Zugehörigkeit zur Burschenschaft, 1839 Habil., 1842 Prof. Halle, 1857 Prof. Tübingen, Mitarb. „Preußische Jahrbücher“, April 1859 GehRegR u. Hilfsarb. StMinm. (Dir. Zentralstelle f. Preß-Angelegenheiten bzw. Literarisches Büro), seit Juni 1861 GehORegR u. Berater des Kronprinzen Friedrich, 1866 Zivilkom. Kurhessen, 1867–74 Dir. Preuß. Staatsarchive, 1848–49 Mitgl. dt. NatVers., 1849–52 u. 1860–61 MdA (Linke, Vincke), 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1867 MdR (altlib.) *40/71* 87v; *185/74* 16, *186/74* 18–18v, *188/74* 23, *208/74* 60v
- Dyck**, Büroassistent zu Danzig, 1865 Disziplinarsache *370/77* 98
- Dzialynski, Johann Graf** (1829–1880), 1863 Teilnahme am poln. Aufstand, in Abwesenheit zum Tode verurteilt, später Freispruch, 1862 MdA (Pole) *287/75* 34

- Ebeling**, gen. Gerloff, Kiepenmacher, 1860 Begnadigungssache 107/III 106
- Ebert, August Julius David**, PolKom. zu Stargard, 1865 Disziplinarsache 365/77 65
- Eck, Paul** (1822–1889), 1847 GerAss. Trier, 1850 RegAss. Düsseldorf, 1857 RegR Koblenz, 1859/60 GehRegR HandMinm., 1867 GehORegR, 1867 Bundeskanzleramt, 1868 Prot.-Führer im BundesR, 1871 Dir. Zentral-Abt. Reichskanzleramt u. Wirkl.GehORegR, 1876 UStS Reichskanzleramt, 1879–89 UStS RadI, 1880 Wirkl.GehR 108/72 170v–171v; 127/73 16–16v, 17–18v, 129/73 24–24v, 136/73 55–57v, 138/73 66–66v; 200/74 46–46ev, 201/74 48a–48k, 202/74 49a–49d, 225/74 114; 283/75 31–31v, 291/75 63–63v; 319/76 1–2, 331/76 61, 62a–62av, 332/76 65, 66–69, 342/76 116; 377/78 7, 391/78 67, 73, 416/78 130
- Eckstaedt, Graf Otto Rudolf Vitzthum v.** (1831–1906), 1863–68 LandR Sagan 259/74 173
- Ehlert, Thomas**, Lehrer zu Trzebez, 1865 Disziplinarsache 365/77 62
- Ehrich, August**, Schutzmann, 1861 Pensionssache 169/73 180
- Eichhoff, Wilhelm**, Dr., Literat 93/72 87–87v
- Eichhorst, Johann Friedrich**, Lehrer zu Schönebeck, 1866 Disziplinarsache 378/78 19
- Eichmann, Franz August** (1793–1879), Dr. jur., 1815 Auskultator, 1819 Ass. OLG Stettin, 1822 OLGR Marienwerder, 1824 KGR, 1835 GehFinR u. Justitiar FinMinm., 1836 GehOFinR, 1837 MdStR, 1840–45 MinDir. MAA, 1845–48 OPräs. Rheinprovinz, 21.9.–1.11.1848 Minr.dI u. LandMinr., ab Nov. 1848 erneut OPräs. Rheinprovinz, 1850–68 OPräs. Preußen, 1853 Wirkl.GehR (Exz.), 1860 Nobilitierung abgelehnt, 1868 i.R., 1848 Mitgl. 1. Kammer, 1867–70 MdR (KoP) 381/78 28
- Eichmann, Friedrich Chr.** (1860: v.) (1826–1875), 1848 Auskultator, seit 1848 im diplomat. Dienst, 1851 LegSekr. Neapel, 1852 Konstantinopel, 1855 LegR, 1859 Hilfsarb. MAA, 1859 VortrR u. Wirkl.LegR, 1862 Gesandter Rio de Janeiro, 1867 Dresden, 1873 Konstantinopel, 1874 Stockholm, 1875 beurl., 1872 MdH 29/71 42
- Einhand, Carl August**, Polizei-Wachtmeister, 1863 Pensionssache 311/75 128
- Elbertzhagen, Carl Alexander** (1814–1881), 1839 Schiffbaumeister, 1841–56 im HandMinm. tätig, seit 1848 der Marine-Abt. im KrMinm. attachiert, 1855–56 Schiffbau-Dir. Kgl. Werft Danzig, 1856 Eintritt in die Marine bzw. Admiralität, 1857 Marineschiffbau-Dir., 1858 Wirkl. Admiraltätsrat, 1862 VortrR, 1867 Geh. Admiraltätsrat, 1872 a.D. 330/III 254
- Elckner, Wilhelm F.A.C.**, Krs.-Baumeister zu Warburg, 1862 Disziplinarsache 269/74 223
- Elisabeth** (1801–1873), 1840–61 Königin, Tochter des Königs Max I. von Bayern, 1823 Gattin des späteren Friedrich Wilhelms IV. 400/78 84v
- Elsner von Gronow, Martin Friedrich Wilhelm** (1817–1886), Rittergutsbes., 1852 Landesältester, Mitgl. Landes-Ökonomie-Kollegium, 1854 Mitgl. ProvLT Schlesien, 1855–56 u. 1870–73 MdA (Fraktion unbek./RFKP) 102/72 128v
- Elsner, Friedrich Wilhelm**, KrsGer.-Kanzlist zu Danzig, 1866 Disziplinarsache 390/78 41
- Elteter, Heinrich Otto Wilhelm** (1819–1892), 1850 Kreisrichter Neustadt/Dosse, 1853 KrsGerR Alt-Landsberg, 1860 Dir. KrsGer. Graudenz, 1866 Berlin, 1867 Präs. Stadtger. Königsberg, 1872 Vizepräs. AppGer. Frankfurt/O., 1875 Präs. AppGer. Halberstadt, 1879 Präs. OLG Marienwerder, 1889 Wirkl.GehOJusR 102/72 128
- Elwanger, A. Julius** (1807–1878), 1829 Auskultator, 1831 GerRef., 1851–63 OB Breslau, 1867 Vizepräs. Reg. Schleswig-Holstein, 1868 RegPräs., 1870 Wirkl.GehOFinR u. MinDir. FinMinm., 1872 a.D., 1849–51 Mitgl. 1. Kammer (Rechte, Centrum), 1854–61 u. 1865–78 MdH 348/77 1v
- Ende, August Frh. v.** (1815–1889), 1840 RegRef. Potsdam, 1844 RegAss. Frankfurt/O., 1847 LandR Waldenburg, 1853 LandR Breslau, 1861 a.D., 1863 PolPräs. Breslau, 1870 RegPräs. Schleswig-Holstein, 1872 RegPräs. Düsseldorf, 1876–81 OPräs. Hessen-Nassau u. zugl. RegPräs. Kassel, 1848–49 Mitgl. dt. NatVers. (bkF), 1849–51 Mitgl. 2. Kammer (Centrum), 1871–72 u. 1877–81 MdR (RFKP) 70/71 226
- Engel, Ernst** (1821–1896), 1850 Organisator Allg. Dt. Gewerbeausstellung Leipzig, 1850–58 Dir. Kgl. Sächs. Statist. Bureau Dresden, 1858–60 Leiter Sächs. Hypotheken-Versicherungsges.,

1860–82 Dir. Preuß. Statist. Bureau, 1860 Gründer Preuß. Statist. Zentralkomm., 1862 GehRegR, 1867 GehORegR, 1886 Mitgl. Internat. Statist. Institut, 1867–70 MdA (NLP), 1867–71 MdR (NLP) 75/III 90v

**Engewicht, Ernst**, KrsGerSekr. zu Zielenzig, 1860 Disziplinarsache 94/72 95

**Eoler, Christian Wilhelm**, Steueraufseher 182/73 232

**Erbrich, Julius**, Produkten-Rendant zu Königshütte, 1863 Disziplinarsache 281/75 25

**Erhardt, Friedrich August**, Pol.-Verwalter u. Sekr. zu Proskau, 1865 Disziplinarsache 370/77 99

**Ernst August, Herzog von Hannover** (1845–1923), 1878 auch Herzog von Cumberland, zu Braunschweig u. Lüneburg, 1884 Erbberechtigung im Hzgtm. Braunschweig 407/III 290v, 292, 292v, 293

**Ernst**, RegR Oppeln, 1861 Disziplinarsache 157/73 131

**Esse, Karl** (1808–1874), 1832 Rendant Charité Berlin, 1850 Verwaltungs-Dir. ebd. u. GehRechR, GehRegR, 1873 a.D., Stadtverordnetenvorsteher 115/72 220

**Eulenburg (-Wicken), Botho Graf zu** (1831–1912), 1859–64 LandR Deutsch-Krone, 1864 Hilfsarb. MdI, 1865 GehRegR MdI, 1869 RegPräs. Wiesbaden, 1872–73 BezPräs. Lothringen, 1873–78 OPräs. Hannover, 1878–81 Minr.dI, 1881–92 OPräs. Hessen-Nassau, 1892–94 MinPräs. u. zugl. Minr.dI, 1863–70 u. 1879–81 MdA (KoP), 1867 MdR (KoP), 1899 MdH 48/71 97; 360/77 47–47v, 371/77 114; 394/78 76, 427/78 147–150, 429/78 152

**Eulenburg, Friedrich Graf zu** (1815–1881), Jurist, 1848 Referent FinMinm., 1849 MdI, 1852 GenKonsul Antwerpen, 1859 Kammerherr, 1859–62 Gesandter in China, Japan u. Siam sowie Leiter der Ostasien-Expedition, 8.12.1862–30.3.1878 Minr.dI, 1866–77 MdA (bkF) 267/74 203v; 268a/Fundort; 269–270/74; 272–284/75; 285/III; 286–288/75; 289–290/III; 291–296/75; 297–298/III; 299–300/75; 301/III; 302–306/75; 307/III; 308–315/75; 316/III; 317/75; 318/III; 319/76; 320–322/III; 323–329/76; 330/III; 331–334/76; 335/III; 336–347/76; 348/77; 349/III; 350–351/77; 353–356/77; 357/III; 358–362/77; 363/III; 364–365/77; 366–367/III; 368–374/77; 375–379/78; 380/III; 381–384/78; 385/III; 386–392/78; 393/III; 394–395/78; 396–397/III; 398–406/78; 407/III; 408–412/78, 414–418/78; 419/III; 420–422/78; 423/III; 424–425/78; 426/III; 427–429/78

**Ewert, Carl Ludwig**, Lehrer zu Pronitten, 1866 Disziplinarsache 404/78 112

**Faber**, Intendantur-Registrator zu Münster, 1859 Pensionssache 19/71 16, 55/71 125

**Falckenstein, Friedrich Karl Ernst Eduard Vogel v.** (1797–1885), 1813 Ltn., 1821 OLtn., 1829 Hptm., 1841 Maj., 1848 Oberstltn., 1851 Oberst, 1855 GenMaj., 1858 GenLtn., 1864 Befehlshaber im Krieg gegen Dänemark u. Militär-Gouv. Jütland, 1865 Gen., Juli 1866 Führer der Main-Armee u. kurzzeitig Militär-Gouv. Frankfurts/M., Juli 1866 dann GenGouv. der unter preuß. Verwaltung stehenden Teile Böhmens, Sept. 1866 kommand. Gen. VII. AK, Okt. 1866 kommand. Gen. I. AK, 1866 Rittergut Dolzig mit Dotation erworben, 1870 GenGouv., 1873 z.D., 1867–71 MdR (KoP) 404/78 105, 420/78 137v

**Falk, Adalbert** (1827–1900), Dr. jur., 1847 Auskultator, 1850 GerAss., 1853 StAnw. Lyck, 1861 StAnw. KG, Hilfsarb. JMinm., 1862 AppGerR Glogau, 1868 GehJusR JMinm., 1871 GehOJusR, Bevollm. z. BundesR, 22.1.1872–13.7.1879 KuMinr., 1882–1900 Präs. OLG Hamm, 1859–61 u. 1873–82 MdA (Mathis, bkF), 1867 u. 1873–82 MdR (altlib., DRP/NLP) 157/73 128, 131–132, 169/73 180; 195/74 35–35v, 38, 39, 212/74 71, 231/74 120v, 122–124v, 246/74 160

**Fasshauer, Valentin**, Steueraufseher 182/73 232

**Fatz, Jacob**, Knecht zu Arzelewo, 1860 Begnadigungssache 107/III 106

**Faucher, Julius** (1820–1878), Dr. phil., führender dt. Vertreter der Freihandelslehre, 1846 Begr. des ersten Freihandelsverein Berlin, 1850 Mitbegr. u. Redaktuer der Berliner Abendpost, 1856 Redakteur des Londoner Morning Star, 1860 Rückkehr, 1861 Mitgl. der Ständigen Deputation des Volkswirtschaftl. Kongresses, 1863 Hrsg. der Vierteljahresschrift f. Volkswirtschaft u. Kulturgeschichte, 1862–66 u. 1867–70 MdA (DFP, NLP) 355/77 38

- Faustmann, Robert**, KrsGerSekr. zu Kosten, 1863 Disziplinarsache 288/75 44
- Feldmann, Leopold**, Lehrer zu Echtz, 1864 Disziplinarsache 329/76 53
- Feyke, Robert Franz**, Förster zu Farienen, 1865 Disziplinarsache 370/77 108
- Fidelack, Jacob**, Gefangenen-Inspektor zu Kozmin, 1859 Disziplinarsache 20/71 18
- Fiedler, Andreas**, Polizei-Sergeant zu Hornburg, 1859 Disziplinarsache 39/71 78
- Figuck [?], Franz**, Arbeiter zu Neudorf, 1865 Begnadigungssache 357/III 262
- Fink**, Forst-Aufseher zu Kirchen-Dombrowka, 1865 Disziplinarsache 373/77 131
- Finne**, Förster zu Sonnenburg, 1861 Pensionssache 146/73 87, 90
- Fischbach**, Schmied zu Ober-Geilhausen, 1861 Begnadigungssache 163/III 134v
- Fischer**, Frau, 1866 Begnadigungssache 380/III 276
- Fischer, Ferdinand August** (1805–1866), Bildhauer u. Modelleur, Schüler Schadows u. Rauchs 358/77 43
- Fleischmann, Heinrich Harald**, Büroassistent zu Fraustadt, 1863 Disziplinarsache 288/75 51
- Floeck**, Intendantur-Sekr. zu Magdeburg, 1860 Disziplinarsache 98/72 116
- Flottwell, Adalbert** (1861: v.) (1829–1909), Sohn Eduards F., 1857 RegAss. Potsdam u. Posen, 1862 LandR Meseritz, 1868 Landesdir. Fstm. Waldeck-Pyrmont, 1872 KabMinr. Fstm. Lippe, 1875 RegPräs. Marienwerder, 1880–83 BezPräs. Metz, bis 1902 Dir. Bodenkreditbank Schlesien, 1866–68 MdA (KoP), 1878–81 MdR (DkP) 225/74 114
- Flottwell, Eduard** (1861: v.) (1786–1865), Dr. jur., 1812 AppGerR Königsberg, RegR Gumbinnen, 1825 RegPräs. Marienwerder, 1830 OPräs. Posen, 1840 Wirkl.GehR (Exz.), 1840 OPräs. Sachsen, 1844 MdStR, 1844–Aug. 1846 FinMinr., 1846 OPräs. Westfalen, 1850 OPräs. Brandenburg, 7.10./6.11.1858–3.7.1859 Minr.dI, 1859–62 erneut OPräs. Brandenburg, 1848–49 Mitgl. dt. NatVers., 1849–50 Mitgl. 1. Kammer, 1859 MdA (bkF, altlib.) 1–5/70, 7–8/70, 10–12/70; 13/II; 14/70; 15–16/71; 17–18/III; 19–40/71; 41/III; 42/71, 44–46/71; 47/III; 48/71, 50/71
- Fonkert**, Schuhmacher, 1858 Begnadigungssache 6/70 293
- Forckenbeck, Max(imilian) v.** (1821–1892), 1847 GerAss., 1849 Rechtsanw. Mohrungen, 1859 Elbing, Mitgl. Nationalverein, 1861 Mitbegr. DFP, 1872 OB Breslau, 1878–92 OB Berlin, 1859–73 MdA (Vincke, DFP, bkF), 1866–73 AH-Präs., 1867–92 MdR (NLP, LibVg, DFsP), 1874–79 Präs. RT, 1873–78 u. 1879–92 MdH 258/III 203
- Forcks, Julius**, Förster zu Budweitschen, 1866 Disziplinarsache 378/78 15
- Forke, Georg A.**, KrsGerSekr. 58/71 154
- Frankenberg (-Ludwigsdorf), Leopold v.** (1785–1878), 1816 OLGR, 1827 Vizepräs. OLG Rati-  
bor, 1830 Vizepräs. OLG Breslau, 1832 Präs. AppGer. Posen, 1840 Wirkl.GehR, Kronsyndikus, ca. 1855 a.D., 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1850 Mitgl. 1. Kammer bzw. 1854 MdH, 1867–74 MdR (KoP) 93/72 88v
- Frantz, Friedrich Carl** (geb. 1800), 1824 Auskultator, RegR Merseburg, 1834 GehRegR MdI, 1839 GehORegR, 1864 i.R. 108/72 170; 199/74 44, 226/74 115
- Franz Joseph I.** (1830–1916), 1848 Kaiser von Österreich, König von Ungarn 96/72 111v; 107/III 104v, 393/III 284
- Fremke, Friedrich**, Förster zu Polennen, 1863 Disziplinarsache 302/75 109
- Friedberg, Heinrich** (1888: v.) (1813–1895), 1836 Auskultator, 1841 Ass. KG, 1843–48 Tätigkeit in verschiedenen Ministerien, 1849 OStAnw. Greifswald, 1850 Dr. jur. u. Eintritt JMinm., 1854 GehJusR JMinm., 1857 GehOJusR, 1872 Wirkl.GehOJusR u. Bevollm. z. BundesR, 1873 UStS JMinm., 1875 Kronsyndikus, 1876 StS RJA u. Wirkl.GehR (Exz.), 29.10.1879–16.1.1889 JMinr., 1889 i.R., 1872 MdH 8/70 299, 309v, 10/70 330v, 11/70 332–345, 12/70 346–346v, 14/70 348–362v; 23/71 32v, 24/71 36v, 25/71 38, 28/71 41, 61/71 172v, 176–176v, 62/71 183, 187–189v, 65/71 192v–193, 194–195v, 66/71 196, 207–207v, 71/71 228, 229–229v; 73/72 3v, 4–9, 81/72 33–33v, 85/72 58–60, 90/72 72–72v, 98/72 116, 117, 102/72 125–127v, 128, 104/72 153, 154–155v, 110/72 185, 186–188, 111/72 190, 113/72 209–209v, 210–217v, 115/72 220v–221,

222–225v, 118/72 238v–239, 240–242, 119/72 243–243v, 244–247v; 122/III 108v–109v, 110–111; 126/73 11, 140/73 68–68v, 69–70, 147/73 102, 150/73 113–113v, 116–117, 151/73 120–120v, 165/73 161–161v, 163–165v, 168/73 176–178, 173/73 194–196v, 176/73 206–206v, 207–221, 181/73 229–229v, 230–230v; 184/74 1–1v, 3–11v, 197/74 40, 40v, 41, 199/74 45, 200/74 46–46ev, 215/74 101; 277/75 8; 344/76 121, 122–130v

**Friedlaender, Joh. Joachim Daniel** (geb. 1800), 1827 OLGAss., 1834 OLGR Breslau, 1835 Naumburg, 1836 KGR, 1843 GehPostR, 1850–67 VortrR JMinm., GehOJusR 174/73 198

**Friedrich III.** (1831–1888), März–Juni 1888 König von Preußen u. Deutscher Kaiser, Sohn Wilhelms I., Jan. 1858 vermählt mit Prinzessin Viktoria von England, 1861 Kronprinz 1/70, 3–12/70; 13/II; 14/70; 15–16/71; 17–18/III; 19/71, 21/71, 23–27/71; 27a/Fundort 274; 29–30/71, 32/71, 34–36/71, 38–40/71; 41/III; 45–46/71; 47/III; 48/71; 48a/Fundort 647 u. 654; 49/III, 52/III; 53/71; 54/III; 59/71, 65/71, 66–67/71, 69–71/71; 72–73/72; 74–76/III; 77/72, 79–81/72, 83–84/72; 86/III; 88/72; 89/III; 92/72, 108–109/72, 112–113/72; 114/III; 115–119/72; 120/Fundort; 122/III; 124/73, 126/73, 128–130/73; 131/III; 132–136/73; 136a/Fundort; 137–138/73; 139/III; 140–142/73; 143/III; 145–149/73; 162–163/III; 166/73; 167/III; 171–174/73, 176–177/73; 177a/Fundort; 178–179/73; 180/III; 182/73; 182a/Fundort; 183/III; 184–189/74; 191/III; 192/74; 196/III; 197–200/74, 202/74; 204/III; 206–207/74, 210–211/74, 215/74; 218/III; 219/74, 223/74, 226/74, 232/74; 236/III; 247/74, 252/74, 271/74; 274/75, 282/75; 285/III; 287/75; 300a/Fundort; 318/III, 320–321/III, 349/III, 357/III, 363/III, 366/III, 385/III, 393/III, 407/III; 420/78 137, 421/78 140; 426/III

**Friedrich Wilhelm I.** (1802–1875), 1831–47 Mitregent u. 1847–66 Kurfürst von Hessen(-Kassel) 196/III 170–171; 229/74 117–118; 236/III 191–194

**Friedrich Wilhelm III.** (1770–1840), 1797 König von Preußen 235/III 258v

**Friedrich Wilhelm IV.** (1795–1861), 1840 König von Preußen, seit Okt. 1857 wegen Krankheit regierungsunfähig u. Stellvertretung bzw. Regentschaft (seit 7.10.1858) durch seinen Bruder Kronprinz Wilhelm 120/Fundort

**Friedrich Wilhelm, Prinz bzw. Kronprinz**

→ Friedrich III.

**Friedrich**, Kreisbaumeister zu Berlin, 1859 Reklamationsache 39/71 73

**Friedrich**, (Erb-)Prinz von Schleswig, Holstein, Sonderburg u. **Augustenburg** (1885: **Herzog** posthum) (1829–1880), Sohn von Hzg. Christian August, 1848/49 Anhänger der schlesw.-holst. Unabhängigkeits-Bewegung, Freund des preuß. Kronprinzen Friedrich Wilhelm, 1857 Rittergutsbes. Dolzig (Niederlausitz), 1859 Geltendmachung seiner Erbfolgerechte auf Herzogtümer beim dän. König, nach dem Tod Friedrichs VII. von Dänemark Proklamation seiner Erbfolge für die Herzogtümer als Hzg. „Friedrich VIII.“ am 16.11.1863, blieb ohne Anerkennung Preußens u. Österreichs, 1867 Protest gegen preuß. Besitzergreifung der Herzogtümer, 1869 Verwalter des Ritterguts Primkenau, 1885 posthum preuß. Herzogs-Titel 316/III 237, 318/III 241, 241v, 321/III 247v, 366/III 267v, 268v, 270, 270v

**Friedrich, Prinz von Hessen** (1820–1884), 1867 Landgraf, 1873 Verzicht auf Erbfolgerechte in Kurhessen 407/III 290v, 293

**Fritze, August**, 1859–74 LandR Wehlau 55/71 110v

**Fromm, August**, KrsGerSekr. zu Schroda, 1865 Disziplinarsache 370/77 94

**Fromme**, bis 1859 KrsGerR Neuwaldensleben, 1860 Dir. KrsGer. Neuwaldensleben 69/71 219

**Fuchs, Friedrich**, KrsGerSekr. zu Johannisburg, 1866 Pensionssache 391/78 73

**Fuhrmann, Friedrich**, KrsGerSekr., 1860 Disziplinarsache 102/72 132

**Fürstenberg (-Weitra), Friedrich Landgraf v.** (1813–1892), 1832 Domherr Olmütz, 1836 Priester, 1843 Propst Kollegiatkapitel Kremsier, 1849 Rückkehr nach Olmütz, 1853 Erzbischof Olmütz, 1879 Kardinal 155/73 126

**Fürstenberg, Egon Frh. v.** (1832–1888), 1865–87 LandR Wipperfürth 328/76 41v

**Fürstenberg, Karl Egon Fürst v.** (1820–1892), 1846 Mitverwalter väterl. Güter, 1854 nach Tod des Vaters „Regierungsantritt“, 1863 Präs. Verein Dt. Standesherrn, 1854 Mitgl. Badischen u. Württ. 1. Kammer, 1854 MdH 84/72 50v; 343/76 117–117v, 118–118v

**Gabler**, RegR, 1866 GehRevisionsR 394/78 76

**Gabrielski**, Arbeiter zu Flatow, 1860 Begnadigungssache 89/III 98

**Gaebler**, Dr., RegR PolPräsidium Berlin, 1853 GehRegR u. beurlaubt für Vorarbeit zur Neuorganisation der Admiralität, 1856 Geh. Admiralitätsrat u. Dir. Abt. f. Verwaltungs-Angelegenheiten d. Marine-Verwaltung/Admiralität, 1859 beurlaubt, 1861 z.D. 65/71 192–192v, 68/71 213; 93/72 88v, 89–91v; 146/73 89, 150/73 113; 195/74, 213/74 96v

**Gammert, David**, Steueraufseher zu Marienburg, 1864 Disziplinarsache 341/76 94

**Garibaldi, Giuseppe** (1807–1882), ital. Revolutionär u. Freiheitskämpfer des Risorgimento 140/73 68

**Garn, Julius**, KrsGer.-Bote 182/73 255

**Gayl, Ernst Frh. v.** (geb. 1832), 1863–70 LandR Teltow, 1870–77 LandR Segeberg 276/75 6

**Geim, Adolph** (geb. 1805), 1825 Kalkulator Reg. Potsdam, 1826 FinMinm., 1836 RechR, 1842 StMinm., 1843 wieder FinMinm., 1844 GehRechR, 1850 GehFinR, 1858 GehOFinR, 1872 a.D. 14/70 347

**Geise, Heinrich**, Amtm. zu Metelen, 1859 Disziplinarsache 71/71 251

**Geissel, Johannes** (1839: v.) (1796–1864), 1818 Priester, 1837–42 Bischof Speyer, 1841–45 Erzbischof-Koadjutor Köln, 1845–64 Erzbischof Köln, 1850 Kardinal 244/74 146–146v, 150–151

**Geissler, Rudolph**, Privatschreiber zu Breslau, 1863 Begnadigungssache 285/III 210

**Gellhorn, Benno Friedrich August Hermann Carl v.** (1808–1908), 1832 Auskultator, 1838 RegAss., 1844 Reg. Liegnitz, 1846 RegR, 1849 Hilfsarb. FinMinm., 1851 GehFinR, 1859 GehOFinR, 1868 a.D. 61/71 172

**Georg V.** (1819–1878), 1851–66 König von Hannover 407/III 290v

**George, Johann**, Gefangenenwärter, 1861 Disziplinarsache 147/73 95

**Gerhard, Carl Heinrich Julius** (1808–1868), 1830 Auskultator, 1832 GerRef., 1837 RegAss., 1844 RegR Liegnitz, danach Merseburg, 1854 Hilfsarb. MdI, 1856 GehRegR, 1862 GehORegR, 1868 a.D. 15/71 3; 179/73 226; 193/74 31v–32

**Gerlach, Friedrich Wilhelm Leopold v.** (1828–1891), 1864–84 LandR Oschersleben 332/76 65

**Gerlach, Jacob v.** (1830–1908), Rittergutsbes. Platowo, 1861–92 LandR Gardelegen, GehRegR, 1866–67 u. 1882–88 MdA (KoP/DKP) 147/73 91, 173/73 192; 180/III 154v–155v; 184/74 1

**Gersdorff (-Hermsdorf), Ernst Graf v.** (1843–1908), 1862–84 LandR Rothenburg (Oberschlesien), 1885–91 LandR Hoyerswerda, 1889 MdA (RFKP) 172/73 190

**Gibat, Johann**, Kirchsullehrer, 1860 Disziplinarsache 102/72 144

**Giese**, Förster zu Heydemühl, 1859 Pensionssache 55/71 133–133v

**Gilz, Johann F.**, Lehrer 182/73 239

**Glaesner, Amandus**, Pächter 60/III 68

**Glaser, Mathias H. F.**, Lehrer 182/73 233

**Glaser, Wilhelm**, Grenzaufseher 182/73 235

**Gliszinski, Hans August v.** (1803–1886), 1820 Ltn., 1833 OLn., 1840 Hptm., 1846 Maj., 1853 Oberstltn., 1854 Oberst, 1858 GenMaj., 1861 GenLtn., April 1862 Dir. Allg. KrDept. KrMinm., März 1866 z.D. 376/78 6–6v

**Glock, Friedrich Daniel**, Exekutor Stadtger. zu Berlin, 1866 Disziplinarsache 403/78 99

**Glogau, Eduard** (1815–1877), Jurist, um 1850 Intendanturrat VII. AK Münster, ca. 1858 GehKrR KrMinm., 1862 Wirkl.GehKrR 212/74 70

**Glötz, Wilhelm**, Lehrer zu Nieder-Hartmannsdorf, 1860 Disziplinarsache 91/72 82

- Gneist, Rudolf** (1888: v.) (1816–1895), 1839 Dr. jur., 1845–95 Prof. Berlin, 1875 MdStR, 1875–95 OVGR, 1884 StadtR Berlin, 1886 Wirkl.GehOJusR, 1895 Wirkl.GehR, 1859–93 MdA (Vincke, Linkes Centrum, NLP), 1867–84 MdR (NLP) 367/III 275
- Goebel**, bis 1859 KrsGerR Ortelsburg, seitdem Dir. KrsGer. Ortelsburg 39/71 67
- Goehler, Albert H. J.**, KrsGer.-Bote zu Bialla, 1862 Disziplinarsache 269/74 217
- Goetze, August Wilhelm** (1792–1876), 1813 Auskultator, 1819 Ass. KG, 1821 OLGR Magdeburg, 1835 GehJusR JMinm., 1838 Präs. OAppGer. Greifswald, 1839 Dr. jur., 1844 MdStR, 1846 Vizepräs. OTribunal, 1854 Kronsyndikus, 1856 Wirkl.GehOJusR, 1863 Wirkl.GehR (Exz.), 1872 i.R., 1854 MdH 269/74 207–207v
- Gogel, Friedrich Lorenz**, Kalkulator zu Berlin, 1863 Disziplinarsache 302/75 96
- Goltz, Gustav von der** (1831–1909), 1862–78 LandR (Züllichau-)Schwiebus 186/74 18v
- Goltz, Robert Graf von der** (1817–1869), 1837–39 Justizdienst, 1839 Reg. Stettin, dann Merseburg, 1842 RegAss. Düsseldorf, 1845 Reg. Posen, 1848/49 Mitbegr. Neuen Preuß. (Kreuz-)Zeitung, Protokollführer bei Bundeszentalkomm. Frankfurt/M., Juli 1851 a.D., Mitarbeit in Wochenblatt-Partei, 1854 Ministerresident Athen, 1857 Gesandter, 1859 Konstantinopel, April 1860 St. Petersburg, Jan. 1863 Botschafter Paris 385/III 278–282v
- Goltz, Rüdiger Frh. von der** (1837–1910), 1831–68 LandR Schivelbein, 1870–79 u. 1899–1900 MdA (KoP/DkP), 1871–74 MdR (KoP/bkF), 1900 MdH 372/77 117v
- Gontt** [?], Gerber 163/III 135v
- Gontt** [?], Witwe 163/III 135–136
- Gorzelniaski, Carl**, Lehrer zu Dalewo, 1858 Disziplinarsache 9/70 323
- Gossiau, Emil**, Lehrer zu Brieskow, 1866 Disziplinarsache 404/78 109
- Goßler, Gustav v.** (1838–1902), 1864 GerAss., 1865–74 LandR Darkehmen, 1874 Hilfsarb. MdI, 1878 OVGR, 1879 UStS KuMinm., 17.6.1881–12.3.1891 KuMinr., 1891 OPräs. Westpreußen, 1877–84 MdR (KoP), 1881 Präs. RT 372/77 117v–118
- Gottgetreu, Carl Eduard Rud.**, Steueraufseher zu Schwedt/O., 1866 Pensionssache 400/78 87
- Götze, Ludwig Albert**, OBergA-Assistent zu Halle/S., 1865 Disziplinarsache 370/77 112
- Grabert**, Handarbeiter zu Veltheim, 1861 Begnadigungssache 163/III 134
- Grabow, Wilhelm** (1802–1874), StadtGerR Berlin, 1836 Hofgerichtsrat u. Universitätsrichter Greifswald, 1838–74 OB. Prenzlau, 1841–44 Mitgl. ProvLT Brandenburg, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1848 Mitgl. u. Präs. preuß. NatVers., 1862 Vors. der nach ihm benannten rechtslib. Fraktion, 1849 u. 1862–66 AH-Präs., 1849 u. 1859–66 MdA (Rechtes Centrum, Vincke, Grabow, bkF, Linkes Centrum) 228/III 187v; 232/74 125, 268/74 205; 289/III 211; 331/76 61v
- Grabowski, M.**, Lehrer zu Bladowo, 1859 Disziplinarsache 55/71 111
- Graevenitz, Hermann v.** (1815–1890), 1837 Auskultator, 1843 OGerAss., 1850 Kreisrichter Greifswald, 1851 StAnw. Lübben, 1852 Elbing, 1857 StAnw. Danzig, 1862 OSTAnw. AppGer. Marienwerder, 1870 OTribunalR, 1879–83 RGR, 1853–57 MdA (unbek.), 1877–81 u. 1884–80 MdR (DkP) 245/74 152v
- Graf, Johann**, Hauptamts-Kontrolleur, 1860 Disziplinarsache 102/72 141
- Grandidier, Peter**, Grenzaufseher zu Kaldenkirchen, 1859 Disziplinarsache 55/71 122
- Greffin, Hermann Friedrich**, Grenzaufseher zu Richtenberg, 1863 Disziplinarsache 288/75 52
- Grégy**, Prof., Mordopfer 380/III 276
- Greiff, Julius** (1818–1894), 1841 RegRef., 1845 RegAss., 1854 RegR GenKomm. Breslau, 1861 Hilfsarb. LandMinm., 1864 GehRegR, 1868 GehORegR, 1873 MinDir. KuMinm. (Unterrichts-Abt.), 1884 Wirkl.GehR, 1889 i.R. 240/74 148
- Grein, Franz Carl Anton** (geb. 1800), StadtGerR Berlin, 1843 KGR u. zugleich 1845 GehPostR u. Justitiar Generalpostamt, nach 1848 HandMinm., 1853–61 GehOPostR im Generalpostamt, 1862 i.R. 215/74 99
- Greiner, Johann**, PolLtn., 1861 Disziplinarsache 157/73 142
- Griese, Heinrich Nicolaus**, Bgm. zu Wanzleben, 1864 Disziplinarsache 341/76 104



- Grimm, Ferdinand** (1806–1895), 1825 Auskultator, 1830 Ass. KG, 1834 LGR, 1843 AppGerR Köln, 1849 GehJusR JMinm., 1852 GenStAnw. OTribunal, 1854 MdStR, 1860 Wirkl.GehOJusR u. MinDir., 1866 Vizeprärs. OTribunal, zugl. Mitgl. Gerichtshof z. Entscheidung d. Kompetenzkonflikte, Kronsyndikus, 1875 Wirkl.GehR (Exz.), 1861 MdH 403/78 91, 404/78 105
- Grimm, Heinrich** (1804–1884), 1826 Dr. med. u. Kompagnie-Arzt, 1831 Stabsarzt, 1835 Regiment-Arzt, 1838 Oberstabsarzt, 1840 Leibarzt des Königs, 1844 GenArzt, 1851 GenStabs-Arzt u. Leiter Militär-Medizinalwesen, GehOMedR, 1861 Leibarzt Wilhelms I., VortrR KuMinm., Abt.-Arzt Charité Berlin, 1879 i.R. 338/76 82
- Grimm, Philipp J.**, Hilfslehrer 182/73 237
- Groddeck**, KrsGerR Gumbinnen, 1859 Gehaltssache 58/71 150
- Groening, Adolph**, OFörster zu Wtelno, 1864 Pensionssache 329/76 58
- Grogoreuz, Gotthelf** [?], Lehrer zu Tettau, 1859 Disziplinarsache 71/71 249
- Grolig**, 1846 OLGAss., 1849 Auditeur, 1856 FinMinm., 1859 RegR, Steuerdirektion Köln, 1865 GehFinR, 1869 GehOFinR, 1870 GenInspekteur des Zoll- u. Handelsvereins Thüringen 389/78 36, 37–39v
- Groppler, Eduard**, KrsGerSekr. zu Labiau, 1866 Disziplinarsache 390/78 53
- Groß, gen. v. Schwarzhoff**  
→ Schwarzhoff
- Grothe, Louis**, Arbeiter, 1866 Begnadigungssache 380/III 276
- Gruber**, PostR Breslau, 1865/66 OPostDir. Stralsund 372/77 117v
- Gruner, Justus v.** (1807–1885), 1844–46 LegR Bundesgesandtschaft, 1847–51 VortrR MAA, 1851–54 Leiter „Preußisches Wochenblatt“, 1854 Wirkl.GehLegR, 1858–62 UStS MAA, 1876 a.D., 1877 Wirkl.GehR, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1853–61 MdA (v. Bethmann, Mathis), 1862 MdH, 1867 MdR (altlib., bkF) 3/70 288; 48a/Fundort 647, 654; 155–156/73; 228/III; 229/74
- Grunert, Theodor**, Oberforstmeister u. Dir. Forst-Lehranstalt Neustadt/W. 286/75 33
- Grünfeld**, Büroassistent Stadtger. zu Berlin, 1865 Disziplinarsache 365/77 78
- Grzesinski, Walter**, Forstaufseher, 1861 Disziplinarsache 157/73 137
- Grzybowski, Carl**, Oberbüchsenmacher, 1861 Disziplinarsache 157/73 149
- Guatkowski**, Tagelöhner, 1858 Begnadigungssache 7/70 294
- Guddat**, Grenzaufseher aus Wetten, 1862 Pensionssache 212/74 70, 71
- Günther**, Wirkl.GehKrR u. Justitiar KrMinm. 67/71 208, 209–211; 83/72 36v–37, 41–48
- Günther, William** (1881: v.) (1815–1892), Jurist, 1841 RegAss., 1843 Hilfsarb. FinMinm., 1848 Reg. Stettin, 1849 RegR, 1853 Vors. Einschätzungskomm. Berlin, 1854 GehFinR FinMinm. u. Mitgl. General-Direktorium Seehandlungs-Societät, 1859 GehOFinR, 1861 RegVizeprärs. Koblenz, Jan. 1863 Wirkl.GehOFinR u. MinDir. FinMinm., 1867 Bevollm. z. BundesR, April 1870 Prärs. Seehandlung, 1873–86 OPräs. Posen, 1875 Wirkl.GehR (Exz.), 1872 MdH 58/71 146, 147–148v, 61/71 172; 91/72 73v–74, 104/72 153–153v, 156–158; 147/73 91
- Gürtler, Ernst**, Lehrer, 1860 Disziplinarsache 111/72 196
- Gutterau, Carl**, Gerichtsbote zu Nordhausen, 1859 Disziplinarsache 55/71 126
- Guttry, Alexander** (1813–1891), 1830/31 Teilnahme am poln. Aufstand, 1846–47 im Gefängnis, 1863 Teilnahme am poln. Aufstand (als GenKom. im Ghzgtm. Posen), 1864 in Abwesenheit zum Tode verurteilt, 1871 amnestiert, 1861–66 MdA (Pole, 1864–65 nicht eingetreten) 287/75 34
- Guttzeit**, bis 1860 KrsGerR Roessel u. Rastenburg, seit 1860 TribunalR Königsberg 95/72 110
- Haack**, RegR Danzig, 1866 GehRevR u. Mitgl. Revisions-Kollegium für Landeskultur im LandMinm. 406/78 116v
- Haacke, Karl** (1813–1896), 1847 RegR GenKomm. Münster, RegR Breslau, 1862 (Straf-)Versetzung nach Gumbinnen „im Interesse des Dienstes“, 1864 a.D., 1862–66 u. 1873–79 MdA (linkes Centrum, NLP) 263/III 208
- Haag, Heinrich**, Bgm. zu Rhaunen, 1860 Disziplinarsache 94/72 94

- Haarich, Carl Ludwig**, Lehrer zu Mellentin, 1864 Disziplinarsache 319/76 18
- Haase, Friedrich**, Lehnschulze, 1861 Disziplinarsache 157/73 143
- Haberland, Friedrich**, Zolleinnehmer zu Patschkau, 1859–60 Disziplinarsache 55/71 121; 91/72 83
- Hackemann, Abraham**, Lehrer, 1861 Disziplinarsache 147/73 99
- Hagen, Adolf** (1820–94), 1854 Kämmerer Berlin, sein Anfang März 1862 im AH angenommener Antrag auf Spezialisierung der Etats u. insbesondere des Militär-Etats forcierte den Heereskonflikt u. leitete den kurz darauf folgenden Regierungswechsel ein; 1871–76 Dir. Deutschen Unionsbank, StadtR Berlin, 1862–67 MdA (DFP), 1867–77 MdR (DFP) 197/74 40–40v, 198/74 43–43v, 203/74 51; 204/III 176; 239/74 141
- Hagen, Albrecht Friedrich von der** (1801–1878), 1824 Auskultator, 1833 Ass. KG, OLGAss. Arnsberg, Hamm u. Bromberg, 1845 OLGR, 1846 GehJusR JMinm., 1851 GehOJusR, 1853 MdStR, 1857 Vizepräs. OTribunal, 1866 Wirkl.GehOJusR, 1875 i.R. u. Wirkl.GehR (Exz.) 376/78 6v
- Hagen, Hans Wilhelm v.**, 1860 RegAss. Stettin, 1868–84 LandR Belgard 372/77 117v–118
- Hagen, Justus v.** (1811–1866), 1840 HausMinm., 1855 Forstmeister u. Hilfsarb. FinMinm., 1859 Oberforstmeister u. VotrR, 1865 Landforstmeister 61/71 172
- Hagen, Otto v.** (1817–1880), 1845 HausMinm., ForstAss., 1849 Forstinspektor u. Hilfsarb. FinMinm. (Domänen), 1850 Forstmeister, 1854 Oberforstmeister, 1861 Landforstmeister u. VotrR FinMinm., 1863 Oberlandforstmeister, 1866 MinDir. (Domänen), 1877 Wirkl.GehR (Exz.), 1879 mit Domänen-Abt. zum LandMinm. 179/73 225v; 265/74 199–201v; 420/78 137v
- Hagenau, Obergrenz-Kontrolleur** Danzig, 1863 Pensionssache 281/75 28
- Hagenow, Gustav v.** (1813–1876), auf Langenfelde, 1859–63 LandR Grimmen 38/71 65
- Hahn, Friedrich Carl**, Kassen-Kontrolleur Erfurt, 1865 Disziplinarsache 354/77 31
- Hahn, Ludwig** (1820–1888), Dr. phil., 1849 Lehrer Breslau, 1849–51 Hilfsarbeiter KuMinm., 1851–53 Hilfsarb. Reg. Breslau, 1855 Hilfsarb. MdI u. GehRegR (Charakter), 1859 Hilfsarb. KuMinm., 1860 SchulR Stralsund, 1862 Hilfsarb. MdI u. kommissar. Leiter des Literarischen Büros, 1863 VotrR, 1869 GehORegR, 1881 Wirkl.GehORegR, 1882 i.R., 1856–58 MdA (v. Arnim) 232/74 125v, 266/74 202, 267/74 203
- Hahn, Oscar** (1831–1898), 1853 Auskultator Breslau, 1857 RegAss. Posen, 1862 LandR Obornik, 1867 LandR Oberlahn-Weilburg, 1876 ORegR Bromberg, 1885 OVGR, 1870–73 u. 1879–85 MdA (KoP/DkP), 1886–93 MdR (DkP) 155/73 125; 226/74 115
- Hahndorff, Gustav Ferdinand** (1814–1895), 1854 Dir. KrsGer. Guben, StAnw. Stadtger. Berlin, 1866 Präs. Stadtger. Königsberg, 1867 Vizepräs. AppGer. Bromberg, GehOJusR, 1879 Senatspräs. OLG Posen, 1889 i.R., 1850–54 Mitgl. 1. Kammer (-rechte, bkF) 388/78 35
- Hake, Heinrich v.**, Kalkulator, 1861 Disziplinarsache 157/73 139
- Halberstadt, Ernst G. W.** (geb. 1829), 1861 unbesoldeter StadtR Görlitz, 1864 suspendiert u. 1865 Disziplinarsache 365/77 84
- Hambruch, Rudolf J.**, KrsGerSchr. Ortelsburg, 1862 Disziplinarsache 269/74 209
- Hamman, Johann Gottlieb**, Lehrer zu Plössen, 1863 Disziplinarsache 288/75 46
- Hammer, Karl** (1828/29–1902), 1853 Intendanturrat, 1860 GehKrR KrMinm., Wirkl.GehKrR u. Abt.-Chef, 1891 a.D. 394/78 76, 77–78
- Handreka, Johann**, Lehrer 182/73 252
- Handtmann**, bis 1860 PostR Aachen, 1860/61 PostDir. Koblenz 106/72 161
- Hanert, August Ferdinand**, Gerichtsbote zu Chodziesen, 1864 Disziplinarsache 329/76 50
- Hanisch, Carl**, Lehrer zu Siemianice, 1865 Disziplinarsache 352/77 15
- Hann v. Weyhern, Benno Franz Joseph Adalbert** (1798–1873), 1815 Ltn., 1816 OLtn., 1826 Hptm., 1837 Maj., 1847 Oberstltn., 1849 Oberst, 1854 GenMaj., April 1857 Dir. Allg. KrDept. KrMinm., 1858 GenLtn., Jan. 1859 z.D. 63/III 76v

- Hansemann, David** (1790–1864), Bankier, 29.3.–21.9.1848 FinMinr., 1851 Mitbegr. Disconto-Gesellschaft, 1861/62 Präs. d. Deutschen Handelstags, 1862/64 Mitbegr. Ersten Preuß. Hypothekenbank AG, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer 291/75 63v
- Hansmann, Karl**, Forstaufseher aus Krauschütz 212/74 82
- Hanssen, Georg** (1809–1894), Agrarhistoriker, 1831 Dr. phil. Kiel, 1837 Prof. d. National- u. Agrarökonomie, 1842 Univ. Leipzig, 1848 Univ. Göttingen, 1860 Univ. Berlin, 1869 Univ. Göttingen, 1862 Mitgl. u. 1869 Ehrenmitgl. Akad. d. Wiss., GehRegR 75/III 90v
- Hanstein, Sittig Wilhelm Carl v.** (1837–1904), Jurist, 1864/65–1904 LandR Heiligenstadt, 1867–70 MdA (KoP), 1896 MdH 358/77 44v
- Hantschke, Wilhelm** (geb. 1809), GehSekr. u. Kalkulator, 1861 Disziplinarsache 168/73 177
- Hantusch**, bis 1860 KrsGerR Pleschen, seit 1860 Dir. KrsGer. Wollstein 91/72 73
- Hantzinger, Ferdinand**, Bgm. 130/73 41
- Hardenberg, Hans Frh. v.** (1824–1887), Rittergutsbes. Oberwiederstedt, 1862 LandR Mansfelder Gebirgskreis, 1866 Zivilkom. (Rang RegPräs.) Kgr. Hannover, 1867/68–76 RegPräs. Kassel, 1854 MdH 238/74 140; 405/78 115
- Hardtke, Heinrich**, aus Georgendorf, 1863 Begnadigungssache 298/III 230
- Harff, Clemes August Frh. v.** (1821–1895), Rittergutsbes., 1863/64–95 LandR Schleiden, 1889 GehRegR 339/76 83
- Hartmann**, PostSekr. Posen, 1863 Disziplinarsache 277/75 11
- Hartmann, Johann Gottlieb**, KrsGerSekr. zu Krotoschin, 1863 Disziplinarsache 302/75 103
- Hartmann, Julius** (1856: v.) (1817–1878), 1835 Ltn., 1848 OLn., 1849 Hptm., 1853 Maj., 1858 Oberstltn., Jan. 1859–Juni 1860 Chef Armee-Abt. im KrMinm., 1860 Oberst, 1865 GenMaj., 1867 GenLtn., Mai–Okt. 1867 Militär-GenBevollm. München, 1871 Gouv. Straßburg, 1875 z.D. 69/71 219, 220–225
- Hartmann, Ludwig** (1811–1882), Dr. jur., Dir. KG Seehausen, ebs. Cottbus, OStAnw. OTribunal Berlin, 1868 Präs. AppGer. Hamm, 1879 Präs. OLG Hamm, 1882 a.D., 1848 Mitgl. dt. NatVers., 1849–52 u. 1859–61 MdA (Auerswald-Schwerin, Rechte, Mathis) 19/71 13; 83/72 36, 38–40
- Hartmann, Albert v.** (1805–1865), 1862 ORegR Münster 231/74 120v
- Hartmann, v.**, Hptm. 226/74 115
- Hartung**, Dr. med., Stabs-Bataillonsarzt Jülich, 1863 Disziplinarsache 277/75 12
- Hartung, George Friedrich**, Büroassistent KrsGer. Sensburg, 1863 Disziplinarsache 281/75 18
- Hartwig, Karl**, Schulze zu Tuntschendorf, 1863 Disziplinarsache 288/75 54
- Harz, Friedrich**, Lehrer zu Mighennen, 1859 Disziplinarsache 55/71 113
- Hasenwinkel, Friedrich**, Förster zu Muza, 1860 Disziplinarsache 94/72 102
- Hasselbach, Gustav** (1818–1898), 1843 RegAss. Frankfurt/O., dann Stettin, 1850 Eintritt FinMinm., 1851 OZollinspektor Stralsund, 1853 RegR, 1858 GehFinR FinMinm., 1864 Geh. OFinR, 1870 Wirkl.GehOFinR u. GenDir. indirekte Steuern, 1879 Wirkl.GehR (Exz.), 1880 Vors. Statist. Zentralkomm., 1889 a.D. 14/70 347; 56/71 135; 212/74 71; 411/78 122, 124
- Hatzfeldt, Sophie Gräfin v.** (1805–1881), 1851 geschieden von Edmund Graf v. H., seitdem mit F. Lassalle befreundet u. Sozialistin (ADAV), Mutter des späteren Diplomaten Paul v. H. 117/72 236v–237
- Hauer, Christian**, Lehrer zu Groß-Beuster, 1866 Disziplinarsache 404/78 107
- Häusler, Ernst**, Lehrer zu Hampshire, 1862 Disziplinarsache 269/74 218
- Haxthausen v.**, Gendarmerie-Brigadier u. Oberstltn. 243/74 145v
- Haym, Rudolf** (1821–1901), 1843 Dr. phil., 1850 Habil. Halle, 1850–51 Redakteur Konstitutionelle Zeitung Berlin, 1851 Ausweisung aus Berlin, 1858–64 Redakteur Preuß. Jahrbücher, 1860 ao. Prof. Halle, 1868 Prof. Berlin, 1848–49 Mitgl. dt. NatVers., 1866–67 MdA (altlib.) 269/74 207
- Hedemann, Heinrich** (1800–1872), 1834 Syndikus Berlin, GehRegR, 1860–72 Bgm. Berlin 158/73 151v
- Heer, Franz**, Schneidergehilfe zu Rybnick, 1859 Disziplinarsache 55/71 134

- Hegel, Immanuel** (1814–1891), Sohn des bekannten Philosophen, seit 1836 im preuß. Staatsdienst, 1842 RegAss. Magdeburg, 1844 Handelsamt Berlin, 1848–65 im StMinm. tätig, 1848 Hilfsarb., 1849 RegR u. Leiter Zentralstelle f. Preß-Angelegenheiten, 1853 GehRegR, 1859 GehORegR, zugl. Kurator Verw. Staatsschatz, Febr. 1865 stellv. Präs. d. Konsistoriums Berlin, dann Prov. Brandenburg 8/70 309, 312–312v, 9/70 313–329; 16/71 12, 61/71 172v, 176–176v, 66/71 196, 207–207v; 80/72, 93–94/72, 97/72, 98/72 116, 117, 105/72, 111/72 190, 115/72, 119/72; 121/73, 126/73 9, 11, 137/73, 147/73 102, 149–152/73, 154/73, 168/73 174–175v, 176–178; 182a/Fundort; 189/74, 192/74, 197/74 40, 41, 200/74, 212–213/74, 215/74 101, 216/74, 226–227/74; 228/III; 229–235/74; 236/III; 239/74 141, 240–241/74, 246/74 155–158, 161–168, 247–249/74; 250–251/III; 252–255/74, 259/74 173, 174–174v, 260/74 175, 264/74, 266/74 202–202v, 267/74 203; 273/75 3, 274/75 4, 277/75 10–12, 280/75, 286/75 33, 293–296/75; 297–298/III; 299–300/75; 319/76 1, 3, 323/76, 21, 23, 332/76 65, 70–71, 333/76; 335/III; 336–338/76, 340/76, 342/76 110, 115, 346/76
- Heidemann, Friedrich**, Regierungsbüroassistent zu Frankfurt/O., 1859 Disziplinarsache 39/71 77
- Heidrich, Florian**, Grenzaufseher zu Mittelwalde, 1865 Disziplinarsache 370/77 106
- Heilig, Julius**, Lehrer zu Sulencin-Hauland, 1860 Disziplinarsache 94/72 99
- Heimbrod**, bis 1859 StAnw. KrsGer. Leobschütz u. Neustadt/Oberschlesien, seit 1859/60 Dir. KrsGer. Rybnick 62/71 182
- Heimsoeth, Heinrich Johann** (1811–1887), 1832 Dr. jur., 1836 GerAss. Köln, 1841 Staatsprokurator Trier, 1847 GenAdvokat Köln, 1850 Hilfsarb. JMinm., 1852 GehJusR, 1855 GehOJusR, 1856 Senatspräs. AppGer. Köln, 1870 Präs. AppGer. Köln, 1879 Präs. OLG Köln, 1881 Wirkl. GehOJusR, 1883 Wirkl.GehR, 1884 MdStR, 1887 i.R. 142/73 84
- Heinemann, August**, KrsGer.-Bote zu Guben, 1859 Disziplinarsache 56/71 138
- Heinicke**, Dr. med., Kreisarzt Halberstadt 197/74 40, 41
- Heinrich**, Tischlermeister Trebbin, 1862 Begnadigungssache 236/III 194v
- Heinrich, Robert**, Forstaufseher Mattemblewo, 1866 Disziplinarsache 378/78 26
- Heise, Ludwig August Wilhelm** (1815–1882), 1839 Auskultator Halle, 1844 OLGAss., 1846 StadtR Halle, 1851 StAnw. KrsGer. Halle, Mitgl. Eisenbahn-Direktion Westfalens in Münster, 1857 RegR Münster, 1863 GehRegR HandMinm., 1869 a.D., Gründer u. Aufsichtsratsmitgl. verschiedener Aktiengesellschaften, 1855–56 u. 1866–73 MdA (KoP) 355/77 38
- Heisinger, Ludwig**, KrsGer.-Bote zu Magdeburg, 1859 Disziplinarsache 71/71 246
- Held, Mathias**, Schutzmann zu Berlin, 1860 Disziplinarsache 94/72 96
- Helldorf, Heinrich Ferdinand v.** (1799–1873), Besitzer von Predel, 1862/63–1872/73 LandR Zeitz 276/75 6–6v
- Helldorff, Carl v.** (1828–1895), Rittergutsbes. Baumersroda, 1857/59–63 LandR Querfurt, stellv. Bgm. Halle, 1879–82 MdA (NLP/LibVg) 16/71 11; 286/75 33
- Heller**, Dr. med., Arzt u. Hebammen-Lehrer zu Breslau, 1865 Disziplinarsache 369/77 87, 91–91v
- Hellweg**, KrsGerR, 1864 Dir. KrsGer. Coesfeld 331/76 61v
- Hellwig** (1815–1888), 1841 Ass. KG, 1842 MAA, 1845 LegR, 1847 Wechsel zum FinMinm., 1849 GehFinR, seit 1854 GehOFinR, 1859/60 zugl. ProvSteuerDir. Danzig, 1876 Berlin, 1877 Wirkl.GehOFinR, 1883 Wirkl.GehR 50/71 104; 85/72 56–56v
- Hellwig, Friedrich** (1808–1862), 1828 Auskultator, 1834 Ass. KG, 1839 LegR MAA, 1843 Wirkl.LegR, 1849 GehLegR, 1857 Wirkl.GehLegR 151/73 120–120v; 226/74 115, 227/74 116
- Helmentag, Karl**, RegAss., 1862 Pensionssache 269/74 227
- Hencke, Leonhard**, RegSekr.-Assistent, 1860 Disziplinarsache 140/73 76
- Henckel von Donnersmarck, Guido Graf** (1901: Fürst) (1830–1916), 1848 Fideikommißbesitzer Tarnowitz-Neudeck in Oberschlesien, Montan-Industrieller u. Bankier, 1866/70 Berater Bismarcks, 1884 MdStR, 1889 Wirkl.GehR, 1867–68 MdR (NLP), 1886 MdH 291/75 63v

- Henckel von Donnersmarck, Lazarus A.A.E. Graf** (1785–1876), 1804 Ltn., 1813 OLtn., 1813 Hptm., 1815 Maj., 1830 Oberstltn., 1833 Oberst, 1840 GenMaj., 1846 GenLtn. u. z.D. 374/77 122
- Hendriks, Johann W.**, Hauptamts-Rendant zu Celle, 1859 Disziplinarsache 58/71 153
- Henk, Ludwig** (1878: v.) (1820–1894), 1835–49 in Handelsmarine tätig, 1849 Eintritt in preuß. Marine, 1852 Ltn. z.S., 1855 OLtn. z.S., 1859 Korvetten-Kapitän, 1867 Kapitän z.S., 1873 Konteradmiral, 1877 Vizeadmiral, 1879 z.D., 1890–93 MdR (DkP) 330/III 254; 369/77 87v
- Hennig, Carl Rudolph**, Eisenbahn-Lademeister Guben, 1864 Pensionssache 342/76 114
- Hennig, Friedrich**, KrsGer.-Bote aus Lippehne 212/74 77
- Hennig, Johann**, Lehnscholtiseibesitzer [?] zu Weißholz, 1859 Disziplinarsache 71/71 252
- Henniger**, Tierarzt Halberstadt, 1864 Disziplinarsache 342/76 110, 115
- Henning**, GehOFinR FinMinm. 160/73 157–157v; 399/78 83–83v
- Henning, Moritz Th. W.**, Forstaufseher 182/73 254
- Henning, Theodor**, Forstaufseher Neu-Glienicke, 1865 Disziplinarsache 365/77 70
- Hepke, Rudolf v.** (1820–1898), Dr. phil., 1846 Oberlehrer Posen, 1848 Eintritt ins MAA als Expedient, Hilfsarbeiter u. LegR, 1861 VortrR u. Wirkl.LegR, GehLegR, 1874 Wirkl.GehLegR u. i.R., 1848 Mitgl. dt. NatVers. 405/78 115v
- Hergenhahn, August** (1883: v.) (1830–1903), RegAss. Wiesbaden, GerAss., 1861 Hilfsarbeiter MdI, RegR Wiesbaden, 1872–87 PolPräs. Frankfurt/M., 1889–91 MdA (NLP) 103/72 151; 158/73 151–152, 160/73 157v
- Hering, Friedrich S.** (1864: v.) (1794–1871), 1834 Hptm., 1841 Maj., 1848 Oberstltn., 1851 Oberst, 1855 GenMaj., Juli 1858 Dir. Militär-Ökonomie-Dept. im KrMinm., Mai 1859 GenLtn., 1864 z.D. 57/71 144–144v, 65/71 195v; 97/72, 98/72 117, 102/72; 155/73, 157–160/73, 170/73; 265/74
- Herken**, geb. Kruse, Witwe 60/III 68
- Herrig**, Knecht 163/III 135–136
- Herrmann, Carl G.**, Büroassistent Breslau, 1862 Disziplinarsache 269/74 210
- Hertzog**, StAnw. Angerburg, 1864 Dir. KrsGer. Lyck 336/76 76
- Herweg**, Tagelöhner, 1859 Begnadigungssache 7/70 294
- Herz, Hermann**, AppGer.-Bote zu Marienwerder, 1866 Disziplinarsache 403/78 103
- Herzbruch, Gustav E.** (1808–1886), 1833 Ass. KG, 1838 Dir. Stadtger. Fredeburg, 1842 Tecklenburg, 1847 OLGR Paderborn, 1857 GehJusR JMinm., 1866 GehOJusR, 1872 MdStR u. Kompetenz-Gerichtshof, 1873 Präs. Justizprüfungskomm. 30/71 44, 45–45v, 31/71 46, 47–50, 36/71 60, 61–63v, 66/71 196–196v, 197–206v, 70/71 226–227; 81/72 33, 83/72 36v–37, 41–48, 106/72 168–169v, 113/72 218–219, 115/72 220v–221, 222–225v, 116/72 232–232v, 233–235v; 128/73 21–23v, 130/73 25v–26, 150/73 113v–115v, 118–119v, 158/73 151, 153–154v, 169/73 179–179v, 173/73 193, 197; 192/74 26–27, 28–28v, 29–29v, 240/74 148; 284/75 32, 291/75 63–63v, 293/75; 328/76 41, 43–43v, 343/76; 377/78 7, 379/78 27–27v, 381/78 29, 413/78 126
- Herzog, Karl** (1827–1902), 1848 Auskultator, 1852 GerAss., 1856 RegAss. Breslau, 1859 Hilfsarb. HandMinm., 1864 RegR, 1865 GehRegR, 1868 Vertreter Preußens bei der Rheinschiffahrtskomm., 1871 Wirkl.GehORegR u. Dir. Reichskanzleramt f. Elsaß-Lothringen, 1876–80 ebd. UStS 355/77 38, 361/77 48–49v; 379/78 27–27v
- Hess**, KrsGerR, 1866 Dir. KrsGer. Waldenburg 388/78 35
- Hettwig**, Rentmeister zu Stubendorf, 1866 Begnadigungssache 380/III 276v
- Heuer, Wilhelm**, Kassen-Rendant zu Dortmund, 1859 Disziplinarsache 71/71 248
- Heydebrand und der Lasa, Oscar v.** (1815–1888), Rittergutsbes. Klein-Tschunkawe, 1841 RegRef., 1845 RegAss., 1846 beurl., 1851/52–56 LandR Steinau, 1861–86 LandR Militsch, Geh. RegR, 1859–61 MdA (Pückler) 124/73 6
- Heyden (-Rynsch), Otto Frh. von der** (1827–1912), Rittergutsbes., 1855 GerAss. Hamm, 1860–99 LandR Dortmund 92/72 86

- Heyder, Eduard** (geb. 1808), 1831 Eintritt in Verwaltungsdienst, Subalternbeamter, 1840/41 MdI, 1844 RechR, 1848 LandMinm., 1849 RegR, Dir. Rentenbank Prov. Brandenburg, 1859 GehRegR LandMinm., 1860 VortrR, 1864 GehORegR, 1881 Wirkl.GehOReg, 1883 i.R. 35/71 59, 58/71 150; 129/73 24–24v, 136/73 55–57v, 144/73 85–85v; 347/76 137
- Heydrich**, Krs.-Baumeister Lauenburg, 1865 Disziplinarsache 370/77 95
- Heydt, August (1863: Frh.) von der** (1801–1874), Bankier Elberfeld u. führender Vertreter rhein. Frühlib., 4.12.1848–18.5.1862 HandMinr., 1851 Chef Preuß. Bank, 1854 MdStR, 17.3.–30.9.1862 u. 2.6.1866–26.10.1869 FinMinr., 1866 Mitinitiator Indemnitätsvorlage, 1839–48 Mitgl. ProvLT Rheinprovinz, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1848 Mitgl. preuß. NatVers., 1849–62 u. 1863–70 MdA (bkF u. Kons.), 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1867–70 MdR (bkF) 1–12/70; 13/II; 14/70; 15–16/71; 17–18/III; 19–40/71; 41/III; 42/71, 44–46/71; 47/III; 48/71; 49/III; 50–51/71; 52/III; 53/71, 57–59/71; 60/III; 61–62/71; 63/III; 64–65/71, 67–71/71; 72–73/72; 74–76/III; 77–85/72; 86/III; 87–88/72; 89/III; 91–97/72, 99/72; 100/III; 101–102/72; 102a/Fundort; 103–106/72; 107/III; 108–113/72; 114/III; 115–119/72; 120/Fundort; 121/73; 122/III; 123–130/73; 131/III; 132–137/73; 139/III; 140–141/73; 143/III; 145–152/73; 153/III; 155–161/73; 162–163/III; 164–166/73; 167/III; 168–174/73; 175/Fundort; 176–177/73; 177a/Fundort; 178–179/73; 180/III; 181–182/73; 182a/Fundort; 183/III; 184–189/74; 191/III; 192–195/74; 196/III; 197–203/74; 204/III; 205–217/74; 218/III; 219–221/74; 222/III; 223–227/74; 228/III; 229–235/74; 236/III; 237–249/74; 250–251/III; 252–253/74; 258/III 203; 397/III; 401–402/78, 405/78; 407/III; 408–412/78, 415–418/78; 419/III; 420–422/78; 423/III; 424–425/78; 426/III; 428/78
- Heydt, Daniel von der** (1802–1874), Bruder des August v. d. H., Großkaufmann Elberfeld, 1853–60 beigeordneter Bgm. Elberfeld, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1854–60 MdH, Geh. Kommerzienrat 115/72 221v
- Heymann**, Hptm. a.D., bis 1861 Wirkl. Admiralitätsrat KrMinm., 1862 Geh. Admiralitätsrat MarineMinm. 179/73 226; 220/74 106
- Heynich, Richard**, Proviantamtskontrolleur, 1861 Disziplinarsache 157/73 150
- Hildemann, Friedrich**, Bürodiätarius, 1861 Disziplinarsache 157/73 144
- Hilgner, Wilhelm August**, KrsGer.-Bote zu Sagan, 1865 Disziplinarsache 352/77 21
- Hille, Theodor**, Kreisbaumeister zu Konitz, 1860 Disziplinarsache 94/72 107
- Hiller von Gaertringen, Rudolf Frh.** (1801–1866), Rittergutsbes. Betsche, 1835 Kammerherr, LT-Marschall Posen, 1847 Mitgl. Vereiniger LT, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1849–61 MdA (Rechte, v. Arnim, v. Blanckenburg) 402/78 89v–90
- Hiller, August**, Verwalter Breslau, 1866 Disziplinarsache 378/78 10
- Hiltrop**, GehOJusR u. Mitgl. Revisions-Kollegium für Landeskultur im LandMinm. 406/78 116v
- Hippe, Carl**, Bgm. Velbert, 1866 Disziplinarsache 390/78 59
- Hippuff, Johann Gottlieb**, Steueraufseher Nordenburg, 1863 Pensionssache 291/75 63, 64
- Hirsch**, RegR ProvSteuerDir. Magdeburg 241/74 143
- Hirschhorn**, Hauptamts-Assistent zu Aachen, 1861 Pensionssache 126/73 12–13
- Hobrecht, Arthur** (1824–1912), 1846 RegRef., 1847–49 LandR Rybnik u. Grottkau (interim), 1850–60 RegAss. Posen, Oppeln, Gleiwitz, Marienwerder, 1860 RegR u. Hilfsarb. MdI, 1863 OB Breslau, 1873 OB Berlin, 30.3.1878–5.7.1879 FinMinr., 1879 Wirkl.GehR, seit 1881 Vorstandsmitgl. NLP, 1891–98 Vors. NLP, 1865–78 MdH, 1879–1912 MdA (1885–1912 Fraktionsvors. NLP), 1881–84 u. 1886–90 MdR (NLP) 171/73 187–189, 181/73 229–229v, 182/73 231; 184/74 12–15, 192/74 26, 262/74 190–190v, 264/74 192, 193–198v; 300/75 89v–90
- Hodin** [?], Buchbinder 60/III 68
- Hoefs, August**, Schutzmann Berlin, 1863 Pensionssache 281/75 27
- Hoene, Richard** (geb. 1812), 1833 Auskultator, RegR Potsdam, 1851 GehRegR HandMinm., 1856 GehORegR, 1863 a.D. 16/71 12, 30/71 43–44; 73/72 3v; 138/73 66; 192/74 26–26v, 28–28v, 195/74 35v, 37–37v, 268/74 205–205v

- Hoevel, August Frh. v.** (1807–1864), 1833 Bergbau-Examen Bonn, 1846 OBergA-Ass. Dortmund, 1848 OBergR, 1851 Dir. OBergA Bochum, 1857 BergHptm. u. Dir. OBergA Halle, 1864 Bonn 319/76 1
- Hoevel, v.**, Rittergutsbes. 136/73 55
- Hoffmann, Johannes Deodatus v.**, 1857/59–92 LandR Schönau 15/71 1–1v
- Hoffmann, Joseph**, Polizei-Sergeant, 1861 Disziplinarsache 157/73 148
- Hoffmann, Julius Ferdinand**, 1864 RegAss. Köslin, 1868 Minm. f. Lauenburg in Ratzeburg, 1873 als RegAss. a.D. 355/77 38
- Hoffmann, Otto** (1883: v.) (1833–1905), 1854 Auskultator Stettin, 1856 RegRef., 1859 RegAss. u. Hilfsarb. FinMinm., 1868 RegR, 1869 GehFinR, 1872 GehOFinR, 1876 RegPräs. Danzig, 1878–92 RegPräs. Aachen, 1892 Dir. u. Präs. Hauptverwaltung Staatsschulden, 1902 Wirkl. GehRegR (Exz.) 93/72 88–88v; 127/73 16v, 151/73 120, 121–122; 243/74 145, 270/74 229v; 360/77 46–46v; 412/78 123, 415/78 129
- Hoffmann, Robert**, Förster, 1860 Disziplinarsache 102/72 139
- Hoffmann, Wilhelm** (1806–1873), 1843 Prof. Dr. theol. Basel, 1850 Ephorus Seminar Tübingen, 1852–73 Hof- u. Domprediger Berlin, 1853 zugl. GenSuperintendent Kurmark, 1853 Mitgl. Ev. Oberkirchenrat, 1854 MdStR, 1855 Dom-Kapitular Brandenburg 18/III 44–49
- Hoffschild**, PostSchr., 1861 Disziplinarsache 147/73 102
- Hohenlohe (-Ingelfingen), Adolf Prinz zu** (1797–1873), 1815 Ltn., 1832 Maj., 1832–34 LandR Lubninitz, 1838 Oberstltm., 1842 Oberst, 1845 GenMaj. u. MdStR, 1851 GenLtn., 1856–62 Präs. HH, 11.3.–23.9.1862 MinPräs., 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1850 Mitgl. 1. Kammer bzw. 1854 MdH, 1852–54 Mitgl. 2. Kammer (unbek.) 108/72 170v; 155/73 126; 162/III 132v; 208–217/74; 218/III; 219–221/74; 222/III; 223–227/74; 228/III; 232/74, 238/74
- Hohenlohe (-Oehringen), Hugo Fürst zu** (1861: Herzog v. Ujest, Oberschlesien) (1816–1897), Standesherr u. Fideikommißbes., Montanindustrieller (Zink), 1841 Rittm. u. Adjutant des Königs Württemberg, bis 1851 in württembergischen Militärdienst, 1849 Besitzer des Fstm. Hohenlohe-Oehringen, 1866 GenGouv. Mähren, 1851–54 Mitgl. 2. Kammer (Rechte, bkF), 1854 MdH, 1867–74/75 MdR (1867–70 1. Vizepräs., RFKP) 157/73 128, 129–130; 162/III 133v; 343/76 117, 119–120; 409/78 118
- Hohenzollern (-Sigmaringen), Karl Anton Fürst v.** (1811–1885), bis 1848 reg. Fürst, trat sein Fstm. mit Staatsvertrag v. Dez. 1849 an Preußen ab, 1852 GenLtn., „Wochenblattpartei“ nahestehend, 5.11.1858–11.3./8.10.1862 MinPräs., Nov. 1859–März 1861 interim. Präs. StR u. Chef d. Admiralität, 1863 Militär-Gouv. Rheinprovinz u. Westfalen, 1859 MdH 1–12/70; 13/II; 14/70; 15–16/71; 17–18/III; 19–40/71; 27a/Fundort; 41/III; 42/71; 43/Fundort; 44–46/71; 47/III; 48/71; 48a–48b/Fundort; 49/III; 50–52/71; 52/III; 53/71, 59/71; 60/III; 61–62/71; 63/III; 64–71/71; 72–73/72; 74–76/III; 77–85/72; 86/III, 89/III; 90/72, 92/72, 95–96/72, 108–113/72; 114/III; 115–117/72; 120/Fundort; 121/73; 122/III; 123/73, 129–130/73; 131/III; 132–136/73; 136a/Fundort; 137/73; 139/III; 140–142/73; 143/III; 144–145/73, 147–148/73; 162/III; 166/73; 167/III; 168/73, 181–182/73; 203/74; 360/77 46; 402/78 89
- Holl, Carl**, Lehrer zu Ringingen, 1863 Disziplinarsache 281/75 23
- Holler, Johann Julius Erdmann**, Förster zu Czemlewo, 1863 Disziplinarsache 281/75 26
- Holleufer, Albert v.** (1805–1874), 1827 Auskultator, 1829 RegRef. Merseburg, 1832 RegAss. 1836 RegR Magdeburg, 1846 a.D., 1853–62 LandR Zeitz, 1862 z.D. 238/74 140
- Holtzbrinck, Heinrich v.** (1809–1877), Rittergutsbes., 1842–53 LandR Altena, 1853–57 ORegR Arnsberg, 1857–62 RegVizepräs. Münster, 18.5.–8.10.1862 HandMinr., 1862 Wirkl. GehR (Exz.), 1863–74 RegPräs. Arnsberg, 1843–75 Mitgl. ProvLT Westfalen, Mitgl. Vereinigter LT, 1850–52 MdA (Rechte), 1853–54 Mitgl. 1. Kammer, 1865–75 Marschall ProvLT Westfalen, 1867 MdR (KoP) 2/70 285; 227/74; 228/III; 230–235/74; 236/III; 237–249/74, 255/74 169k, 262/74 190
- Holzappel, Ldg. Friedrich H.** (1807–1877), 1837 Ass. KG, 1839 Stadtrichter Mittenwalde, 1848 Dir. Stadtger. Mittenwalde, 1849 Dir. KrsGer. Spandau, 1855 GehJusR JMinm., 1858 Präs.

Stadtger. Berlin, 1863 1. Präs. AppGer. Ratibor, 1870 Präs. AppGer. Breslau, 1852–58 MdA (bkF) 79/72 14; 343/76 117, 119v

**Homeyer, Gustav** (1824–1894), Sohn des Prof. Karl G. H., 1850 GerAss., 1853 StAnwaltschaft Greifswald, 1855–65 PolPräsidium Berlin, 1863 RegR, 1865 abgeordnet als Hilfsarb. im StMinm., 1866 HandMinm., 1870 GehORegR, 1877 MinDir., 30.7.1877–1.10.1894 UStS StMinm., 1885 Wirkl.GehR, 1879–94 Vors. Gerichtshof z. Entscheidung d. Kompetenz-Konflikte, 1879–88 Präs. Disziplinarhof f. nicht-richterl. Beamte 361–362/77, 365/77 56, 57, 65–67, 71–74, 78–79, 84, 369/77 87, 91–91v, 370/77, 373/77 121v, 125–130, 131; 391/78 67, 68

**Homeyer, Karl Gustav** (1795–1874), Jurist, 1824 ao. Prof. u. 1827 Prof. Univ. Berlin, 1845–66 ao. GehOTribunalR, 1850 Mitgl. Akad. d. Wiss., 1854 MdStR, Kronsyndikus, 1854 MdH 413/78 126

**Höpfner**, PolKom. zu Cottbus, 1866 Disziplinarsache 411/78 122, 125

**Hoppe, Christian**, Büroassistent aus Liebenwerda 212/74 84

**Hörder, Louis**, KrsGer.-Bote zu Breslau, 1863 Disziplinarsache 288/75 42

**Hormel, Philipp**, Waldwärter, 1861 Disziplinarsache 157/73 141

**Horn, Carl** (1865: v.) (1807–1889), 1835 GerAss., 1840 RegR PolPräs. Berlin, 1844–62 FinMinm., 1844 GehFinR, 1849 MinDir., 1853 MdStR, 1854 Wirkl.GehOFinR, 1862/63–69 OPräs. Posen, 1868 Wirkl.GehR (Exz.), 1869–82 OPräs. Preußen bzw. (1878) Ostpreußen 54/III 65–67v; 56/71 135; 144/73 85–85v, 157–160/73; 277/75 8

**Horn, Heinrich Friedrich Erasmus**, Lehrer zu Boschpol, 1864 Disziplinarsache 329/76 54

**Horn, Karl** (1865: v.) (1803–1871), 1827 Dr. med., 1840 RegR u. MedR Erfurt, 1849 GehMedR KuMinm., 1856 VortrR KuMinm., 1859 GehOMedR 16/71 11–11v

**Horn, August v.** (1807–1871), Gutsbes. Stobbenort, Landschaftsrat Krs. Oletzko 80/72 15

**Horstmann, Gustav**, Polizei-Sergeant Aachen, 1865 Disziplinarsache 182/73 247; 354/77 36

**Housselle, Karl** (1799–1885), 1822 Dr. med., 1827–45 prakt. Arzt, 1845 Kreisarzt Elbing, 1854 MedR u. RegR Stralsund, 1856 GehMedR KuMinm., 1861 GehOMedR, 1880 Wirkl.GehOMedR, 1882 i.R. 179/73 225v

**Hoyer**, RegR Frankfurt/O. 337/76 77a

**Hübbe**, Wasserbaumeister Hamburg, seit 1864 im preuß. Dienst 323/76 21

**Hübchen, Johann**, Steueraufseher zu Gommern, 1860 Disziplinarsache 88/72 71

**Hübener, August Wilhelm**, Wegebauinspektor Paderborn, 1837 Reg- u. BauR Düsseldorf, 1846 Gumbinnen, 1848 Aachen, Tätigkeit im Zentral-Eisenbahnbüro, Dir. Bergisch-Märkischen Eisenbahn Elberfeld, 1852 BauR u. VortrR HandMinm., 1855 GehBauR, 1856 GehOBauR, Mitgl. Direktorium Bau-Akademie, 1859 OBauDir. u. Vors. Techn. Baudeputation 35/71 56–57v; 217/74 103

**Hüger, Eduard** (1826–1895), 1848 Auskultator, 1853 GerAss., 1857 RegAss. Koblenz, 1860/61–67 LandR Zell 118/72 238

**Huhn, Carl**, Lehrer zu Guteborn, 1860 Disziplinarsache 94/72 98

**Hühne, Friedrich**, KrsGerSchr., 1861 Disziplinarsache 147/73 93

**Hülse, v.**, RegAss. KrMinm. 268/74 205v–206

**Ignéé, Julius**, Erbscholt-Besitzer zu Gundau, 1865 Disziplinarsache 354/77 37

**Ihsel, Johann Joseph**, Kanonier, 1863 Begnadigungssache 298/III 230

**Illaire, Ernst E.** (gest. 1866), GehPostR, 1832 KGR, Nov. 1844 KabR Geh. Zivilkab., März 1847 GehKabR, Jan. 1858 Wirkl.GehR (Exz.), MdStR, 1852–66 Chef Geh. Zivilkab. 13/II 263–268v; 17/III 39–42, 18/III 44–49; 27a/Fundort 274–284; 41/III 50–51, 47/III 52–53, 52/III 56–64v, 54/III 65–67v, 60/III, 63/III, 74–76/III, 86/III, 89/III, 100/III, 102a/Fundort; 107/III, 114/III; 120/Fundort; 122/III, 131/III, 139/III, 143/III, 153/III; 154/73 124v; 162–163/III, 167/III, 180/III, 183/III, 191/III, 196/III, 204/III, 263/III; 267/74 203v; 285/III, 290/III, 298/III, 301/III, 316/III, 318/III 242v–244, 320–322/III, 335/III, 349/III



**Illing, Julius** (1816–1893), 1839 RegRef. Bromberg, 1844 RegAss., 1844 LandR Mogilno, 1850 Hilfsarb. OPräsidium Koblenz, 1852 RegR Düsseldorf, 1865 Hilfsarb. MdI, 1867 ORegR Aachen, 1870 Koblenz, 1873 GehRegR MdI, 1877 GehORegR, 1889 Wirkl.GehORegR, 1892 i.R. 386/78 33, 388/78 35

**Ingersleben, Karl Friedrich v.** (1802–1879), 1830 Ass. KG, 1831 LGR Bromberg, 1843 OAppGerR Posen, 1849 KGR, 1853 OStAnw. beim OTribunal, 1866 GenStAnw. OTribunal, 1867 Wirkl.GehOJusR, 1869 Vizepräs. OTribunal, 1873 Wirkl.GehR (Exz.) 404/78 105

**Itzenplitz, Heinrich Graf v.** (1799–1883), 1822 Auskultator Frankfurt/O., 1824 Ref. KG, 1827 Hilfsarb. MdI, 1829 RegR Stettin, 1838 Dir. GenKomm. Berlin, 1839 Kammerherr, 1843–45 Vizepräs. Reg. Posen, 1845–48 RegPräs. Arnsberg, 1854 MdStR, 17.3.–8.12.1862 LandMinr., 8.10./8.12.1862–13.5.1873 HandMinr., zugl. Chef Preuß. Bank, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1854 MdH, 1867–71 MdR (KoP) 81/72 33v; 158/73 151v, 152, 161/73 158; 210–217/74; 218/III; 219–221/74; 222/III; 223–226/74; 228/III; 230–235/74; 236/III; 237–241/74, 243–244/74, 246–249/74; 250–251/III; 252–257/74; 258/III; 259–262/74; 263/III; 264–268/74; 268a/Fundort; 269–271/74; 272–281/75, 283–284/75; 285/III; 286–288/75; 289–290/III; 291–296/75; 297–298/III, 301/III; 302–306/75; 307/III; 308–315/75; 316/III; 317/75; 318/III; 319/76; 320/III, 322/III; 323–329/76; 330/III; 331–334/76; 335/III; 337/76; 340–348/77; 349/III; 350–351/77, 353–356/77; 357/III; 358–362/77; 363/III; 364–365/77; 366–367/III; 368–370/77, 372–374/77; 375–379/78; 380/III; 381–384/78; 385/III; 386–392/78; 393/III; 394–395/78; 396–397/III; 398–406/78; 407/III; 408–418/78; 419/III; 420–422/78; 423/III; 424–425/78; 426/III; 427–428/78

**Jachmann, Moritz Julius** (1799–1873), zu Trutenau bei Königsberg, GenLandschaftsR u. GehRegR, Kommerzienrat, 1860/62–73 Dirigent d. Admiralitäts-Kommissariats Oldenburg f. d. Jade-Gebiet 66/71 196; 77/72 10v

**Jacob, Carl Ludwig**, Lehrer Ober-Bellmannsdorf, 1864 Disziplinarsache 341/76 89

**Jacobi, Ludwig H. W.** (1816–1882), 1837 Auskultator, RegRef. Danzig, 1841 RegAss., 1842 Gumbinnen, 1844 GenKomm. Münster, 1848 Hilfsarb. HandMinm., 1849 RegR Arnsberg, 1860 GehRegR MdI, 1864 zur Reg. Liegnitz strafversetzt wegen Dienstverfehlungen, 1882 als GehRegR a.D., Hrsg. d. Zeitschr. des preuß. Beamtenvereins, 1867–82 MdA (NLP), 1871–76 u. 1881–82 MdR (NLP) 96/72 111; 150/73 113v

**Jacobi, Rudolf** (1888: v.) (1828–1903), 1854 Dr. jur., GerAss., 1856 Hilfsarb. HandMinm., 1859 RegAss., 1862 MdI, März 1864 wieder HandMinm., 1866 RegR, 1867 GehRegR, 1870 Geh. ORegR, 1873–81 stellv. Bevollm. z. BundesR, 1873 Wirkl.GehORegR u. VortrR StMinm., 1874 MinDir. HandMinm., 1877 zugl. Präs. RPatentA, Mitgl. Gerichtshof z. Entscheidung d. Kompetenzkonflikte, 1879 UStS HandMinm., 1880–81 zugl. Dir. d. wirtschaftl. Abt. im RAdI, 1881–86 Präs. preuß. Zentral-Bodenkredit AG, 1886 wieder UStS HandMinm. u. Bevollm. z. BundesR, Nov. 1886 StS RSA, 1886 Wirkl.GehR, 1888 a.D., 1891 Mitgl. Kolonialrat 22/71 31, 68/71 212v–213, 216–218v; 73/72 4–9; 133/73 46v, 134/73 48–50, 135/73 52–54, 136/73 55, 150/73 113v, 170/73 185–185v, 176/73 206, 207–221; 184/74 2v, 12–15, 193/74 31v–32, 198/74 43v, 246/74 153–154, 268/74 205–206; 277/75 8v, 302/75 92, 93–95, 303/75 112, 305/75 116; 339/76 83, 346/76 132v–133v, 134–135v; 351/77 5; 381/78 28v, 29, 398/78 82, 418/78 136

**Jacobs, Theodor** (1824–1893), bis 1861 Wirkl. Admiralitätsrat KrMinm., 1862 Geh. Admiralitätsrat MarineMinm., 1874–78 MdR (NLP) 179/73 226; 279/75 14–14v, 286/75 33v, 287/75 34; 362/77 51–52, 369/77 87v

**Jacoby, Johann** (1805–1877), 1827 Dr. med., 1830 Arzt Königsberg, liberale publizistisch-polit. Tätigkeit, 1842–45 Festungshaft wegen Hochverrats u. Majestätsbeleidigung, 1849 erneute Anklage wegen Steuerverweigerung, Flucht in die Schweiz, 1859 Mitgl. Nationalverein, 1872 von Fortschrittspartei zur Sozialdemokratie gewechselt, Stadtverordneter Königsberg, 1848 Mitgl. preuß. NatVers., 1849 Mitgl. dt. NatVers., 1863–70 MdA (DFP, bkF) 367/III 275

- Jaehnigen, Franz Ludwig** (1801–1866), 1824 Auskultator, 1825 Ref. KG, 1829 Ass. OLG Magdeburg, 1831 Staatsprokurator LG Trier, 1835 Eintritt JMinm. sowie GehJusR, 1841 GehOJusR, 1845 MdStR, 1847 GenProkurator Rhein. Revisions- u. Cassationshof, 1852 Vizepräs. OTribunal, Mitgl. Gerichtshof z. Entscheidung d. Kompetenzkonflikte, 1859 Wirkl.GehOJusR, 1860 MdH 44/71 90–90v; 403/78 91
- Jaenicke**, städt. Beigeordneter Saalfeld, 1865 Disziplinarsache 365/77 66
- Jagow, Gustav v.** (1813–1879), 1834 Auskultator, 1842 RegAss. Koblenz, 1846 LandR Kreuznach, 1861 PolPräs. Breslau, 17.3.–8.12.1862 Minr.dI, 1863 Wirkl.GehR, 1863–79 OPräs. Brandenburg u. zugl. RegPräs. Potsdam, 1849–52 Mitgl. 2. Kammer (Centrum) u. 1855–58 MdA (Arnim), 1867–79 MdR (KoP, DkP) 210–211/74, 213–217/74; 218/III; 219–221/74; 222/III; 223–227/74; 228/III; 230–235/74; 236/III; 237–247/74, 249/74; 250–251/III; 252–257/74; 258/III; 259–262/74; 263/III; 264–268/74; 268a/Fundort; 271/74; 337/76 77av
- Janascez, Woyciech**, zu Schildberg, 1866 Begnadigungssache 380/III 276v
- Jänicke, Friedrich**, Förster Karczemka, 1865 Disziplinarsache 352/77 26
- Jansen, Caspar**, Feldhüter zu Katzem, 1859 Disziplinarsache 56/71 142
- Janssen, Wilhelm L.** (1830–1900), 1852 Auskultator, 1854 RegRef. Aachen, 1857 RegAss., 1859 Stettin, 1860–76 LandR Heinsberg, 1866–73 Mitgl. ProvLT Rheinprovinz 92/72 86
- Jasmund, Julius v.** (1827–1879), Dr., ehem. Redakteur „Preußisches Wochenblatt“, Nov. 1858 Leiter Zentralstelle f. Preßangelegenheiten StMinm., LegR Frankfurt/M., 1870–74 GenKonsul Alexandria, GehLegR MAA/AA 2/70 285v
- Jerzenski**, JusR 358/77 44v
- Jesch**, Gendarm Jacobshagen, 1866 Pensionssache 391/78 69
- Joeden-Konieczpolski, Oskar Julius Karl v.**, bis 1861 GerAss., 1861–66 LandR Schlochau 132/73 45
- Johr, Johann**, Bgm. 182/73 250
- Jonas**, Dir. bzw. seit 1859 Präs. GenKomm. f. Regulierung gutsherrl. u. bäuerl. Verhältnisse u. f. Gemeinheits-Aufhebungen Westfalen 44/71 90
- Jordan**, Intendant Garde-Korps 113/72 209
- Jordan**, Steueraufseher Danzig, 1865 Disziplinarsache 373/77 126
- Jordan, Paul Ludwig Wilhelm**, 1860 LegR u. Hilfsarb. MAA, 1862 Wirkl.LegR u. VortR, 1873 GehLegR, 1877 Wirkl.GehLegR, 1881/82 MinDir. 315/75 134; 383/78 31
- Jordan, Franz** (1813–1893), 1851 RegR Merseburg, 1873 ORegR Danzig, 1878 ORegR Potsdam, 1848–49 Mitgl. dt. NatVers., 1859–63 MdA (Vincke, Grabow, bkF) 263/III 208
- Jungfer, Leopold**, KrsGerSekr. aus Zempelburg 212/74 83
- Jüngken, Johann Christian** (1793–1875), 1817 Dr. med., 1825 ao. Prof. u. 1834 Prof. f. Chirurgie u. Augenheilkunde Univ. Berlin/Charité, GehOMedR 413/78 126
- Jurgielewicz, Stanislaus**, Büroassistent zu Schneidemühl, 1860 Disziplinarsache 91/72 81
- Kaddatz, Karl Wilhelm Ferdinand** (1809–1882), 1835 Ass. KG, RegR Münster u. Potsdam, 1850 GehORechR Oberrechnungskammer, 1869 Dir., 1882 i.R. u. Wirkl.GehORegR 237/74 142
- Kadner, Karl**, Lokomotivführer in Liegnitz, 1860 Disziplinarsache 91/72 75
- Kaehne, Friedrich Wilhelm**, Soldat, 1866 Begnadigungssache 380/III 276
- Kaiserling, Christian**, Lehrer Warsleben, 1866 Disziplinarsache 404/78 111
- Kalckstein, Karl v.** (1812–1894), auf Wogau, 1859–76 LandR Preuß. Eylau 53/71 109
- Kalisky, Carl** (geb. 1791), 1821 RegRef., 1827 RegR, 1834 ORegR, 1845 GehFinR FinMinm., 1849 Kurator der General-Staatskasse, 1851 GehOFinR, 1864 a.D. 58/71 149–149v, 59/71 161v–162, 163–171
- Kalländer, Robert**, Seehilfslotse zu Memel, 1858 Disziplinarsache 9/70 325
- Kallweit, Christoph**, Lehrer zu Kaukischken, 1859 Disziplinarsache 71/71 234
- Kalz**, Tagelöhner, 1858–59 Begnadigungssache 6/70 293; 41/III 50v–51

- Kameke, Georg v.** (1817–1893), 1836 Offizier, 1850 Hptm. im GenStab, 1855 Maj., 1856 Militär-Attaché Wien, 1858–61 Oberstltm. u. VortrR KrMinm., 1861 Oberst u. Regiments-Kdr. Breslau, 1865 GenMaj., 1868 GenLtn., 1867 GenInspekteur Ingenieurkorps u. Festungen, 1872 Bevollm. z. BundesR, 1873 2. Chef Armeeverw., 1875 Gen., 9.11.1873–3.3.1883 KrMinr. 22/71 31–31v
- Kampka, Joseph,** Lehrer zu Bowallno, 1865 Disziplinarsache 365/77 61
- Karczewski, Franz v.** (1820–1884), Oberstltm., VortrR KrMinm., 1871–76 Dir. Armeeverw.-Dept. 386/78 33
- Karl Anton, Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen**  
→ Hohenzollern-Sigmaringen
- Karl, Prinz von Preußen** (1801–1883), Sohn Friedrich Wilhelms III. bzw. Bruder Wilhelms I. 45/71 92; 240/74 147v–148; 420/78 137–137v, 421/78 140
- Károlyi, Alois Graf v.** (1823–1889), Nov. 1859–Juni 1866 österr. Gesandter in Berlin, 1871 Botschafter, 1878–88 London 321/III 247, 248v, 322/III 250, 251
- Kässler, Ludwig,** Bgm. Liebstadt, 1864 Disziplinarsache 329/76 46
- Kathen, Karl Ph. v.** (1800–1871), bis 1858/59 RegR u. Justitiar Reg. Stralsund, seit 1859 ORegR u. Vizepräs. Reg. Stralsund, StadtR Berlin, 1860–66 MdA (Vincke, Grabow, Konstitutionell, bkF) 32/71 51v; 105/72 160; 294/75 84
- Kaufmann, Leopold** (1821–1898), Jurist, 1850–51 LandR Zell (auftragsw.), 1851–75 OB Bonn, 1874/75 Wiederwahl als OB ohne Bestätigung durch Regierung, Vorstandsmitgl. Zentrum, Mitbegr. Görres-Gesellschaft, 1851–75 MdH, 1877–88 MdA (Zentrum) 158/73 151v
- Kawczynski, Paul,** Lehrer Klein-Bohumin, 1864 Disziplinarsache 327/76 33
- Kawerau, Wilhelm August** (geb. 1802), 1822 Eintritt in Staatsdienst Elbing, 1834 Wasserbauinspektor, 1848 Reg- u. BauR Breslau, 1856 GehBauR u. VortrR HandMinm., Mitgl. Techn. Baudeputation, Ende 1861 GehOBauR, 1866 a.D. 35/71 56–57; 179/73 225v
- Kayser,** Güter-Expedient Soest, 1865 Disziplinarsache 365/77 57
- Kegler, Alexander Adolph v.,** Steueraufseher Rawicz, 1865 Disziplinarsache 370/77 110
- Kehler, Hermann v.** (1804–1886), 1847 Eintritt ins MAA, bis 1861 Wirkl.LegR MAA, 1861 GehLegR, 1872 i.R. 179/73 226
- Kehler, Rudolf v.** (1827–1919), 1847 Auskultator KG, GerAss. Regenwalde, 1857 Richter KrsGer. Greiffenberg, 1859 Regenwalde u. Gollnow, 1859 Hilfsarb. MdI, 1861–68 LandR Chodziesen, 1868 RegR Marienwerder, 1890–93 VerwGerDir., 1862 MdA (Rechte/Grabow), 1867 MdR (bkF) 77/72 10v–11; 124/73 6, 159/73 156
- Kehler, Wilhelm v.** (1815–1883), 1835 Auskultator, 1839 OLGAss., 1845 RegAss., 1847 RegR, 1849 PolPräs. Breslau, 1861 Hilfsarb. MdI, 1861 GehRegR, 1868 GehORegR, 1881 Wirkl. GehORegR u. Präs. Rentenversicherungsanstalt 198/74 43v, 243/74 145; 304/75, 305/75 116–116v
- Kelch, Johann,** KrsGer.-Bote Gnesen, 1862 Disziplinarsache 269/74 208
- Kelch, Johann,** Zahlmeister zu Anklam, 1859 Disziplinarsache 39/71 75
- Keller,** Lehrer 163/III 135v–136
- Keller, Ernst Christian August** (1797–1879), 1819 RegRef., 1825 RegAss., 1826 RegR Königsberg, 1828 Eintritt KuMinm., 1829 GehRegR, 1836 GehORegR, 1850–58 kommissar. u. 1859–71 stellv. MinDir., 1861 Wirkl.GehORegR, 1871–79 MinDir. (1871–72 kommissar. UStS), 1879 Wirkl.GehR (Exz.) 12/70 346v; 148/73 107; 287/75 34; 337/76 77a, 78–81v
- Keller, Gustav Graf v.** (1805–1897), auf Reinsdorf bei Erfurt, 1837/38–45 LandR Merseburg-Land, 1844 Kammerherr, 1850 Dir. Gothaer Feuerversicherungs-Bank, GehRegR, Mitgl. Eisenbahn-Kommissariat Erfurt, 1848–49 Mitgl. dt. NatVers. (rechtslib.), 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus 30/71 44
- Kempa, Eduard** 335/III 255
- Kempa, Johann** zu Cämmersdorf, Mordopfer 335/III 255
- Kempa, Michael,** Wirt zu Cämmersdorf, 1864 Disziplinarsache 335/III 255

- Kempin, Ernst**, Gerichtsbote Janow, 1863 Disziplinarsache 302/75 100
- Kensy, Adam**, Schulze zu Saddeck, 1866 Disziplinarsache 429/78 163
- Kerpen, Friedrich Karl**, Förster Barsberg, 1863 Disziplinarsache 288/75 58
- Kersting, Johann Heinrich**, Förster Padberg, 1864 Disziplinarsache 341/76 103
- Kessler, Anton** (1816–1890), 1839 Auskultator, 1841 Ref. KG, 1841 RegRef. Arnsberg, 1845 RegAss., 1848–50 LandR Wetzlar, 1850–51 Solingen, 1851–70 Duisburg, 1870 ORegR Arnsberg, 1887 z.D. 80/72 15
- Kette, Gottlieb Wilhelm** (1784–1864), 1829 Hilfsarb. GenKomm. Stendal, 1835 RegR u. Landesökonomierat, 1839 GehRegR Mdl, 1845 GehORegR, Mitgl. Landes-Ökonomie-Kollegium, 1848 LandMinm., 1861 Wirkl.GehORegR 245/74 152
- Keudell, Robert v.** (1824–1903), Jurist, 1852 RegAss. Potsdam, 1857 RegR Breslau, als Vertrauter Bismarcks 1863 Hilfsarbeiter StMinm. u. MAA, 1864 Wirkl.LegR, GehLegR, 1872 Gesandter Konstantinopel, 1873–87 Botschafter Rom, 1887 a.D., 1889 Wirkl.GehR, 1871–72 u. 1890–93 MdR (RFKP), 1888–93 MdA (RFKP) 332/76 65, 66–69; 418/78 136
- Keutel, Heinrich**, Polizeiasistent zu Halbau, 1858 Disziplinarsache 9/70 321
- Kewenig**, 1861 Oberprokurator u. StAnw. LG Aachen, 1864 Kammer-Präs. LG Trier, 1868 Oberprokurator LG Trier 338/76 82
- Keyserling, Otto A. Graf v.** (1818–1872), zu Schloß Neustadt, 1846 Kammerherr, 1860 MdH 56/71 135–135v, 57/71 144
- Kiefer, Nikolaus**, Lehrer zu Welcherath, 1862 Disziplinarsache 269/74 225
- Kielmannsegg(e), Ludwig Ferdinand Graf v.** (1798–1873), zu Cappenberg, seit 1816 Offizier in der Hannov. Armee, bis 1839/46 in Hannov. Diensten, Mitgl. ProvLT Westfalen, 1848–51 Statthalter Lauenburg, Sommer 1864 bis Jan. 1868 RegPräs. Hzgtm. Lauenburg, 1865 Wirkl.GehR (Exz.), 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1856 MdH 158/73 152; 413/78 126v
- Kienemund, Heinrich August**, Lehrer zu Neuendorf, 1865 Disziplinarsache 352/77 17
- Kierski, Emil**, KrsGer.-Büroassistent 111/72 192
- Kieschke, Julius** (1819–1895), 1841 Eintritt in Staatsdienst, 1855 RegR ProvSteuerdirektion Köln, 1859 Hilfsarb. HandMinm., 1860 GehRegR HandMinm., 1867 GehORegR, 1867–72 OB Königsberg, Unternehmer, 1870–93 MdA (NLP, bkF) 328/76 41
- Kiesel**, Oberkaplan Schweinitz 58/71 145v–146
- Kieslich, Franz Friedrich**, Heeres-Zahlmeister Potsdam, 1866 Disziplinarsache 394/78 78
- Kig, Friedrich Wilhelm Rudolph**, Büroassistent KrsGer. Neidenburg, 1864 Disziplinarsache 329/76 49
- Kille, Ernst**, Gärtner zu Baumgarten, 1862 Begnadigungssache 236/III 194v
- Kinderling**, bis 1866/67 KrsGerR Perleberg/Havelberg, danach Dir. KrsGer. Heiligenstadt 422/78 142
- Kirchbach, v.**, Maj. a.D., VotrR KrMinm. 151/73 120, 121–122
- Kirchhoff**, bis 1863 KrsGerR Fischhausen, seit 1863 Dir. KrsGer. Labiau 283/75 31v
- Kirchner, August**, Lumpensammler Alsleben, 1863 Begnadigungssache 298/III 230
- Kittlitz, Friedrich Hans Ernst Frh. v.**, OFörster Königsbruch, 1865 Disziplinarsache 352/77 24
- Klamann, Carl**, Steueraufseher zu Kelbra, 1860 Disziplinarsache 88/72 69
- Klar, August**, Bgm. Adelnau, 1866 Disziplinarsache 390/78 56
- Klasig**, Steueraufseher a.D. zu Schweidnitz, 1859 Gehalts- und Pensionssache 58/71 160
- Klebs, Carl**, Lehrer, 1861 Disziplinarsache 157/73 136
- Klee, August**, KrsGer.-Bote, 1860 Disziplinarsache 102/72 135
- Klefeldt, August**, Lehrer zu Warkallen, 1866 Disziplinarsache 404/78 110
- Klein**, Arbeitsmann Berlin, 1863 Begnadigungssache 285/III 210
- Klein, Johann**, Lehrer zu Neu-Vierzighaben, 1859 Disziplinarsache 55/71 112
- Klein, Johann**, PolKom. Neuss, 1864 Disziplinarsache 341/76 107
- Klein, Julius**, KrsGer.-Bote Insterburg, 1866 Disziplinarsache 390/78 43

- Kleindienst**, RegSekt. zu Potsdam, 1859 Pensionssache 21/71 29
- Kleist (-Retzow) Hans v.** (1814–1892), Rittergutsbes., 1844–51 LandR Belgard, 1848 Mitbegr. Neuen Preuß. (Kreuz-)Zeitung, 1851–58 OPräs. Rheinprovinz, 1883 Wirkl.GehR (Exz.), 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1849–53 Mitgl. 2. Kammer (Rechte), 1858 MdH, 1877–92 MdR (DkP) 2/70 285v
- Kliczewski, Alexander**, Lehrer Niechanowo, 1863 Disziplinarsache 281/75 22
- Klinckowstroem, Leonhard Karl Ludwig Felix Graf v.** (1818–1868), Rittergutsbes., 1860–63 LandR Gerdaun 95/72 110
- Kloetzke, Caroline**, zu Trutenau, 1860 Begnadigungssache 114/III 103
- Klopsch, Fürchtgott**, Oberlehrer Soldin, 1866 Disziplinarsache 390/78 65
- Klostermann, Rudolf** (1828–1886), 1856 RegAss. u. Hilfsarb. HandMinm., 1857 BergR, 1864 OBergR, 1866 OBergA Bonn u. ao. Prof., 1875 GehBergR 326/76 27–27v, 28, 342/76 110–110v
- Klotz, Julius Gustav Adolf** (1812–1892), 1831 Ltn., 1844 OLtn., 1848 Hptm., 1857 Maj., 1861 Dir. Ing.-Abt. KrMinm. u. Oberstltn., 1864 Oberst, 1868 GenMaj., 1869 Mitgl. Gerichtshof z. Entscheidung d. Kompetenzkonflikte, 1870 stellv. KrMinr., 17.2.–27.5.1870 Bevollm. z. BundesR, 1871 GenLtn., 1872 z.D. 169/73 179, 182–184v; 331/76 61
- Klotz, Moritz** (1813–1892), Ass. KG, KrsGer. Berlin, LGR, 1860–66 u. 1869–92 MdA (Vincke, DFP, DFsP), 1871–84 u. 1886–90 MdR (DFP, DFsP) 233/74 126
- Klötzle, Joseph**, Lehrer zu Kappel, 1863 Disziplinarsache 281/75 19
- Klug, Christian**, Waisenhaus-Vorsteher Elberfeld 212/74 88
- Klützw (-Dedelow), Hermann v.** (1813–1902), Rittergutsbes., 1839 RegAss. Potsdam, 1848 RegR Merseburg, 1850 Liegnitz, 1852 Hilfsarb. MdI, 1854 GehRegR, 1857 GehORegR, 1872 Wirkl.GehORegR, 1876–77 kommissar. UStS, 1877 Wirkl.GehR (Exz.), 1878–96 ltd. Dir. Haupttritterschaft Kur- u. Neumark, 1886–95 Vors. Staatsschuldenkomm., 1848–52 u. 1853–58 Mitgl. 1. Kammer (Rechte) bzw. MdA (Arnim), 1866 MdH 56/71 135–135v; 79/72 14
- Knerck, Ferdinand** (1805–1881), 1829–32 Zivilsupernumerar Reg. Potsdam, 1833 Kalkulator-Ass. FinMinm. sowie HausMinm., 1835 Geh. Kalkulator, seit 1836 KuMinm., 1839 RechR, 1844 GehRechR, 1848 Hilfsarb., 1849 KassenR u. VortrR, 1849 GehRegR, 1856 GehORegR, 1871–72 stellv. MinDir., 1881 i.R. 170/73 185v
- Kober, Carl**, Lehrer zu Profen, 1859 Disziplinarsache 39/71 80
- Koch**, ORegR bzw. GehRegR Frankfurt/O. 105/72 160
- Koch, Carl Friedrich August**, Polizei-Büroassistent Breslau, 1864 Disziplinarsache 319/76 4
- Koch, Christian**, Torkontrollleur, 1860 Disziplinarsache 102/72 140
- Koch, Eduard** (1825–1876), seit 1845 im Staatsdienst, 1852 Baumeister, 1857 Eisenbahnbau-Inspektor, 1862 Mitgl. Eisenbahn-Kommissariat Berlin, 1862 Reg- u. BauR HandMinm., 1864 GehBauR, 1867/68 GehOBauR, 1872/73 a.D. 332/76 65
- Koch, Louis**, KrsGerSekt. Brieg, 1863 Disziplinarsache 288/75 55
- Koehler, Conrad**, Grenzaufseher 20/71 23
- Koenen, Albert v.** (1802–1892), 1854–66/67 Vizepräs. AppGer. Naumburg 422/78 141v–142
- Koenen, Emil v.** (1796–1883), Bruder des Albert v. K., 1816 Auskultator, 1820 Ass. KG, 1824 OLGR, 1826 Justitiar Reg. Frankfurt/O., 1837 ORegR Liegnitz, 1838 GehFinR u. VortrR HausMinm., 1841 GehOFinR, 1844 FinMinm., 1854 MdStR, 1862 Wirkl.GehOFinR, Mitgl. Gerichtshof z. Entscheidung d. Kompetenzkonflikte, Mitgl. Disziplinarhof für nicht-richterl. Beamte, 1869 Wirkl. GehR (Exz.) u. a.D. 31/71 47–50, 36/71 61–63v, 39/71 73, 74; 150/73 113v, 115–115v, 119–119v; 269/74 207; 277/75 8, 284/75 32; 328/76 41, 43–43v, 329/76 44
- Koenig, David**, Steueraufseher zu Zobten, 1860 Disziplinarsache 94/72 105
- Koenig, Friedrich August**, Ortsrichter Gebhardsdorf, 1864 Disziplinarsache 319/76 6
- Koepke**, Fischer, Mordopfer 396/III 286
- Koerbin**, Dir. KrsGer. Namslau, 1859 Dir. KrsGer. Lübben 25/71 38

- Köhler, Friedrich Wilhelm**, Hauptsteueramts-Assistent Naumburg/S., 1863 Disziplinarsache 288/75 61
- Köhnemann**, 1828 RegR Magdeburg, 1843 GehFinR FinMinm., 1852–59 GehOFinR 103/72 147v–148, 149–150
- Kohsmann, Eduard**, Lehrer, 1861 Disziplinarsache 147/73 98
- Kohwalt, Otto Karl Ferdinand**, Hauptamts-Assistent, 1860 Disziplinarsache 140/73 77
- Kokot, Thomas**, aus Roczki [?], 1863 Begnadigungssache 298/III 230v
- Köller, Mathias v.** (1797–1883), 1834–35 LandR Randow, GenLandschaftsR Stettin, GenDir. Ständ. Alt-Pommerschen Land- u. Feuer-Sozietät, Mitgl. 1. Kammer bzw. 1854 MdH 262/74 190
- Könen**  
→ Koenen
- König, Bernhard** (1887: v.) (1820–1889), Wirkl.LegR u. VortrR MAA, GehLegR, ca. 1873 Präs. Bundesamt f. Heimatwesen, 1885 Wirkl.GehR 268/74 205–205v; 331/76 61, 62a–62av
- Konzack, Martin**, Auszügler aus Laasow [?], 1863 Begnadigungssache 298/III 230
- Kootz, Joachim Ferdinand**, Büroassistent KrsGer. Treptow/Tollense, 1864 Disziplinarsache 115/72 228; 341/76 100
- Kopelke**, Lehrer zu Radolin, 1865 Disziplinarsache 370/77 101
- Koppe, Johann Gottlieb** (1782–1863), Rittergutsbes., Schüler Thaers, Verwalter Kgl. Domänen, 1842 Mitgl. Landes-Ökonomie-Kollegium, 1844 Landesökonomierat, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1854 MdStR 277/75 8
- Korbach**, KrsGerR, 1866 Dir. KrsGer. Schneidemühl 388/78 35
- Kornatzki, Bernhard Christ. Friedrich v.** (geb. 1820), PolLtn., 1861 Disziplinarsache 140/73 75
- Kornitzki, August Ferdinand**, Lehrer zu Berlin, 1864–66 Disziplinarsache 341/76 88; 394/78 79
- Kortum**, Tagelöhner 163/III 135
- Kortum**, Witwe 163/III 135–136
- Kosmann, Albert** (geb. 1802), 1824 Auskultator, 1830 Ass. KG, 1834 JusR LG Lobsen, 1839 LG-Dir., 1841 AppGerR Stettin, 1861 OTribunalR, 1870 Ober-/ Reichshandelsgericht Leipzig, 1873 i.R. 149/73 109
- Kossatz, Anton**, Lehrer zu Daszewice, 1866 Disziplinarsache 429/78 160
- Kötz, Peter**, Lehrer zu Ottweiler, 1863 Disziplinarsache 288/75 41
- Kowaczek, Igor Alegius**, Lehrer zu Matzkirch, 1864 Disziplinarsache 341/76 92
- Kowallick, Johann**, Polizei-Verwalter, 1861 Disziplinarsache 147/73 105
- Kozmian, Johann v.**, Schul-Vorsteher Posen 353/77 27–27v
- Krach**, Weber 163/III 135–136
- Kraetzig, Albert** (1819–1887), 1843 Dr. jur. u. Auskultator, 1846 GerAss. Breslau, 1849/50 StAnw. Brieg u. Namslau, 1862 Königsberg, 1865 OStAnw. Bromberg, Jan. 1866 GehRegR KuMinm. u. zugl. Direktion Abt. kath. Angelegenheiten, Okt. 1866 GehORegR, 1868 MinDir. u. Wirkl.GehORegR, 1871 z.D., 1874 a.D. 372/77 118; 410/78 121
- Kramm, Robert Julius**, 1845 Eintritt in Staatsdienst, 1854 PostR, 1862 OPostR HandMinm., 1863 GehPostR u. VortrR Generalpostamt, 1867 GehOPostR 317/75 135
- Krampitz, Theodor**, KrsGer.-Bote 182/73 236
- Krause, August**, KrsGer.-Bote Krotoschin, 1864 Disziplinarsache 319/76 17
- Krause, August**, Lehrer zu Zegowo, 1866 Disziplinarsache 404/78 106
- Krause, Friedrich**, Förster zu Hammer, 1859 Disziplinarsache 55/71 118
- Krause, Georg**, KrsGerSekr., 1860 Disziplinarsache 115/72 230
- Krause, Herrmann**, OFörster, 1861 Disziplinarsache 147/73 96
- Krause, Louis**, KrsGer.-Diätarius 182/73 245
- Krausnick, Wilhelm** (1797–1882), 1822 JusR Stadtger. Berlin, 1826 OLGR Breslau, 1832 GehJusR JMinm., 1834–48 u. 1850–62 OB Berlin, 1854–62 MdH 115/72 220; 158/73 151v

- Krebs, Wilhelm Friedrich Joseph**, Anstaltsvater Breslau, 1866 Disziplinarsache 378/78 16
- Kreide, August Ferdinand**, Lehrer zu Paplitz, 1866 Disziplinarsache 390/78 63
- Kretschmann, Carl August**, Gefängenenwärter Königsberg, 1865 Disziplinarsache 352/77 7
- Kretschmer**, Laufbursche 76/III 92
- Kretschmer, Julius**, Steueraufseher zu Schweidnitz, 1860 Disziplinarsache 94/72 105
- Krieger, Carl Friedrich Ludwig**, Förster Neu-Glienicke, 1864 Disziplinarsache 342/76 113
- Krieger, Richard** (1818–1906), 1844 GerAss., RegAss. u. OZollinsp., 1854 RegR Potsdam, 1862 (Straf-)Versetzung „im Interesse des Dienstes“ nach Posen, 1869 Reichsbevollm. f. Steuern u. Zölle, 1872 GehRegR, 1875 ProvSteuerDir. Stettin, 1879 Altona, 1880 GehOFinR, Wirkl. GehOFinR, 1866/67 Mitbegr. NLP, 1862–68 MdA (DFP, NLP), 1867–70 u. 1874–78 MdR (NLP) 263/III 208
- Krienes**, bis 1861 GehKrR KrMinm., 1861/62 Wirkl.GehKrR 16/71 12, 19/71 16, 30/71 43–44, 55/71 125; 179/73 226
- Kries, Moritz v.** (1802–1889), 1830 RegR Bromberg, 1831 Danzig, 1838 Königsberg, 1840 ORegR Köslin, 1845 Reg.Vizeprärs. Posen, 1855 Versetzung aus polit. Gründen zur Oberrechnungskammer (zuletzt GehORechR), 1859–63 RegPräs. Gumbinnen 48/71 97v
- Krohn, Otto**, Mordopfer 396/III 286
- Kropf**, Böttcher Ober-Farnstädt, 1865 Begnadigungssache 357/III 262
- Krossa**, ORegR Königsberg 255/74 170
- Krück**, Feldmesser zu Mülheim, 1858 Diätenreklamation 5/70 292
- Krug von Nidda, Otto L.** (1810–1885), 1850 Bergmeister Tarnowitz, 1850 Dir. BergA Halberstadt, 1850 BergR, 1851 Siegen, 1853 OBergR Breslau, 1854 Hilfsarb. HandMinm., 1854 GehBergR, 1856 GehOBergR, 1860 Wirkl.GehOBergR u. MinDir., 1865 OBergHptm., 1873 Wirkl.GehR (Exz.), 1878 a.D., Vizeprärs. d. Verwaltungsrats d. Vereinigten Königs- u. Laurahütten AG 265/74; 392/78 74–75
- Krüger, Jacob**, Waldwärter, 1861 Disziplinarsache 157/73 141
- Krusemark, Johann Christian Friedrich**, Billet-Diener Berlin, 1865 Disziplinarsache 365/77 58
- Kübeck** (v. Kuebau), **Aloys Frh. v.** (1819–1873), 1859–66 österr. Präsidial-Gesandter am Bundestag Frankfurt/M., 1872 Gesandter Vatikan 236/III 192v
- Kügler**, KrsGerR Liegnitz 339/76 83v
- Kühlwetter, Friedrich** (1866: v.) (1809–1882), 1834 GerAss., 1836 StAnw. Düsseldorf, 1836–45 Staatsprokurator Düsseldorf, 1845 Dir. Düsseldorf-Elberfelder. Eisenbahnges., Sept.–Okt. 1848 Minr.dI, 1848–66 RegPräs. Aachen, 1866 RegPräs. Düsseldorf, 1870 Zivilkomm. Elsaß, 1871–82 OPräs. Westfalen, 1871 Wirkl.GehR (Exz.), 1849–50 Mitgl. 1. Kammer (Linke) 294/75 84; 406/78 116–116v
- Kühn, Adolf**, Förster Bielawkerweide 212/74 74
- Kühn, Ludwig**, Förster Höfen II, 1865 Disziplinarsache 352/77 11
- Kuhne, Gustav** (1808–1876), 1829 Auskultator, 1835 OGerAss., 1840 LGR Schroda, 1846 Dir. LG Wongrowiec, 1853 Dir. KrsGer. Inowracław, 1857 Hilfsarb. OTribunal, 1858 OTribunalR, 1866 Mitgl. Disziplinarhof für nicht-richterl. Beamte 374/77 122
- Kühne, Ludwig** (1786–1864), 1814 RegR Halberstadt, 1816 RegR Erfurt, seit 1817 FinMinm., 1820 GehFinR, 1828 GehOFinR, 1842 GenSteuerDir., März 1848 u. Nov. 1848–Febr. 1849 interim. Verwalter FinMinm., Wirkl.GehOFinR, 1850–51 Vors. Staatsschuldenkomm., 1859 Wirkl. GehR, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1852–63 MdA (Linke, Vincke, Grabow) 44/71 90v; 329/76 44
- Kukulka, Lorenz**, Lehrer, 1861 Disziplinarsache 140/73 71
- Kunowski, v.**, GerAss. 136/73 55
- Künster**, Büroassistent Cottbus, 1865 Disziplinarsache 370/77 97
- Kupfer, Friedrich**, KrsGer.-Bote zu Kammin, 1860 Disziplinarsache 91/72 79
- Kuphal, Eduard**, Kalkulator Bromberg, 1862 Disziplinarsache 233/74 133

- Küster, Johann**, PostSekt. Liegnitz, 1862 Pensionssache 246/74 160
- Kwilecki, Niczyslaw Graf v.** (1833–1918), Rittergutsbes. Oporowo (Krs. Samter), 1851–55 Offizier, 1863 aktiv in poln. Nationalbewegung, 1866 MdH, 1867 MdR (Polen) 424/78 144
- Laak, Johann van**, Bgm. zu Materborn, 1858 Disziplinarsache 9/70 324
- Ladenberg, Adalbert v.** (1798–1855), Sohn des StMinr. Philipp v. L., 1818 Auskultator, 1820 GerRef. Koblenz, 1821 GerAss. Köln, 1823 LGR Koblenz, 1824 RegR Köln, 1829 ORegR Königsberg, Ende 1830 Reg. Merseburg, 1834 RegPräs. Trier, 1839 Wirkl.GehRegR und MinDir. KuMinm., 1839 MdStR, 1840 Wirkl.GehORegR, 1840 kommissar. KuMinr. u. dann wieder MinDir., 3.7./8.11.1848–19.12.1850 KuMinr., 9.11.–4.12.1850 interim. MinPräs., 1850 Wirkl. GehR, 1850 ChefPräs. Oberrechnungskammer, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer (Bethmann Hollweg, bkF), 1854 MdH 9/70 314v
- Ladwig, Peter**, Schulze zu Ball, 1865 Disziplinarsache 365/77 60
- Lamprecht, Ferdinand v.** (1790–1864), 1820 Ass. OLG Frankfurt/O., 1824 OLGR, 1826 Geh. RegR KuMinm., 1831 Mitgl. Hauptverw. der Staatsschulden, 1833 GehORegR, 1837 Präs. Hauptbank-Direktorium der Preuß. Bank, 1838 MdStR, 1853 Wirkl.GehR, Mitgl. Gerichtshof z. Entscheidung d. Kompetenzkonflikte 155/73 125v
- Lampugnani**, Krs.-Richter Erfurt, 1859/60 Dir. KrsGer. Delitzsch 59/71 161
- Lange, Carl**, KrsGer.-Bote, 1860 Disziplinarsache 102/72 136
- Langenbeck, Bernhard v.** (1810–1887), Dr. med., 1838 Priv.-Dozent Göttingen, 1842 Prof. f. Chirurgie Kiel, 1848 Univ. Berlin, GehOMedR, 1882 Wirkl.GehR u. i.R. 91/72 73v
- Langer, Joseph**, Lehrer, 1861 Disziplinarsache 147/73 100
- Langner, Joseph**, Lehrer Rawicz, 1863 Disziplinarsache 281/75 24
- Larenz, Hermann**, Oberinspektor, 1859 Reklamationssache 35/71 59
- Last, Carl Gottlieb**, Polizeidiener Rügenwalde, 1864 Disziplinarsache 341/76 106
- Laube**, Dir. KrsGer. Bromberg, 1866 OStAnw. 376/78 6v
- Laube, Joseph**, KrsSekr. Culm, 1865 Disziplinarsache 370/77 93
- Lauschus, Heinrich**, Lehrer zu Mahrau, 1859 Disziplinarsache 56/71 136
- Lauter** [?], Handelsmann zu Flatow, 1860 Begnadigungssache 89/III 98
- Lavergne-Peguilhen, Moritz v.** (1801–1870), 1841 LandR Allenstein (interim.), 1844–49 Rößel, 1849–61 Wirsitz, 1861 Disziplinarsache 168/73 178
- Lebbin, Hermann v.** (1819–1884), 1846 RegAss. Posen, Minden u. Sigmaringen, 1863 RegR Posen, 1866 Hilfsarb. MdI, 1869 GehRegR, 1870 VotrR, 1874 GehORegR 424/78 143
- Lebrecht, Wilhelm Albert**, Lehrer Hartmannsdorf, 1866 Disziplinarsache 378/78 18
- Ledóchowski, Mieczyslaw Halka v.** (1822–1902), 1845 Priester, 1847 Dr. theol. u. jur., Dienste im päbstl. Staatssekretariat, päbstl. Hausprälat, 1861 Titular-Erzbischof und Nuntius Brüssel, 1866–86 Erzbischof von Gnesen u. Posen, 1874 als erster preuß. Bischof im Verlauf des Kulturkampfes zu zwei Jahren Haft verurteilt u. vom GerHof für abgesetzt erklärt, Entzug der dt. Staatsbürgerschaft, 1875 Kardinal Rom, 1888 preuß. Strafurteil kassiert 390/78 40
- Lehmann**, Steuerinspektor zu Neustettin, 1860 Pensionssache 97/72 113
- Lehmann, Heinrich**, AppGer.-Kanzlist zu Frankfurt/O., 1859 Disziplinarsache 71/71 244
- Lehmann, Johann Georg**, Knecht, Mordopfer 396/III 287
- Lehnert, Hermann** (1808–1871), 1834 GerAss., 1836 Hilfsarb. JMinm., 1842 KGR, 1843 Hilfsarb. KuMinm., 1848 GehRegR, 1853 GehORegR, 1849–71 kommissar. MinDir. (Med.-Abt.), zugl. 1858–71 kommissar. MinDir. (Unterrichts-Abt.), Juli 1861 UStS KuMinm., 1865 MdStR 5/70 292, 11/70 337–345, 12/70 346–346v, 14/70 348–362v; 31/71 47–50, 58/71 160, 62/71 184–185v, 66/71 196–196v, 197–206v; 148/73 107, 154/73; 200/74 46–46v, 201/74 48a–48k, 202/74 49–49d, 265/74 199–201v; 303/75 112
- Leipelt, Johann**, Förster zu Hangelsberg, 1859 Disziplinarsache 56/71 137



- Leipziger, Moritz v.** (1795–1865), 1822/23–65 LandR Bitterfeld, GehRegR, 1847 Mitgl. Vereiniger LT, 1850–61 MdA (Rechte, v. Arnim, Graf Pückler, unbek.) 158/73 152
- Lemberg, Heinrich,** zu Wilkow [?], 1863 Begnadigungssache 285/III 210
- Lemke, Friedrich,** KrsGer.-Bote Marienburg i.Pr., 1863 Disziplinarsache 302/75 104
- Lentz, Heinrich Frh. v.** (1820–1902), 1848 GerAss. Berlin, RegAss., 1850 Hilfsarb. FinMinm., 1858 RegR, 1859 GehFinR, 1865 GehOFinR, 1883 Wirkl.GehOFinR, 1890 a.D. u. Wirkl.GehR 46/71 96v, 57/71 144; 157/73 131–132, 168/73 172v–173, 170/73 185v, 173/73 193, 194–196v; 200/74 46–46ev, 201/74 48a–48k, 202/74 49a–49d, 226/74 115, 269/74 227; 299/75; 325/76 26–26v, 337/76 77a, 78–81v, 340/76 84v, 342/76 110, 111–111v; 354/77 29; 412/78 123
- Lentze, Karl** (1801–1883), 1823 Feldmesser, 1829 Baumeister, 1833 Wasserbau-Inspektor, 1845 Reg- u. BauR, 1847 Mitgl. Oberbaudeputation u. am Bau der Ostbahn beteiligt, 1849 OBauR, 1854 GehOBauR HandMinm., Ende 1866 i.R. 413/78 126
- Lentzke, Theodor v.** (1824–1864), StAnw. Landsberg/W., 1864 a.D. u. Pensionsache 323/76 21, 24–24v
- Lenzer, Heinrich Gottfried,** Steuer-Einzieher Jüterbog, 1863 Disziplinarsache 288/75 40
- Leonards, Theodor Hubert,** KrsSekr. Montjoie, 1866 Disziplinarsache 429/78 162
- Leonhardt, Adolf** (1815–1880), 1842 Rechtsanw., 1848 JMinm. Hannover, 1852 JusR, 1853 OJusR, 1862/63 GenSekr. JMinm. Hannover, 1865 JMinr. Hannover, 1866 GehR, 1866 Vizepräs. OAppGer. Celle, 1867 Präs. OAppGer. f. d. neuen Provinzen Berlin, 5.12.1867–20.9.1879 JMinr., 1854/55 Mitgl. 1. Kammer Hannover, 1867 MdH 417/78 135
- Leonhardy, Carl,** KrsGerSekr. zu Tempelburg, 1860 Disziplinarsache 91/72 78
- Leopold, Adolf Gottlob,** Baudiener Landsberg/W., 1865 Disziplinarsache 370/77 100
- Leske,** Intendanturrat III. AK Berlin, 1864 Militär-Intendant 332/76 65
- Leue** (gest. vor 1877), StAnw. Halberstadt, 1859–62 MdA (Vincke, Grabow, bkF) 263/III 208
- Levetzow, Albert v.** (1828–1903), Rittergutsbes. Gossow, Jurist, 1857 RegAss. Potsdam, 1857–59 Hilfsarb. KuMinm., 1867–76 LandR Königsberg/Nm., 1876–93 LandesDir. Brandenburg, 1892 Wirkl.GehR, 1867–71, 1877–84 u. 1887–1903 MdR (DkP), 1881–84 u. 1888–95 Präs. RT, Fraktions-Vors. der Konservativen, 1890 MdH 68/71 212v–213, 216–218v
- Ley, Franz Adolph,** Büroassistent KrsGer. Hagen, 1866 Disziplinarsache 390/78 45
- Lichnowsky, Carl M. Fürst v.** (1819–1901), Rittergutsbes., Mitgl. ProvLT Schlesien, 1852–54 MdA (bkF), 1854 MdH, 1867–77 MdR (RFKP) 48/71 97v–98, 99–102
- Liczka, Stefan,** zu Ludgierzowitz, 1862 Begnadigungssache 236/III 194v
- Liebich, Karl,** Steueraufseher zu Breslau, 1859 Disziplinarsache 55/71 123
- Lietzmann, Friedrich,** Stadtger.-Büroassistent zu Berlin, 1859 Disziplinarsache 71/71 230
- Lindemann, Johann Christoph Friedrich,** Förster Groß-Gertlaucken, 1865 Disziplinarsache 365/77 72
- Lindenberg, Emil,** Redakteur u. Literat 93/72 87–87v
- Lindner,** Tagelöhner, 1858–59 Begnadigungssache 6/70 293; 41/III 50v–51
- Lingnau, Johann,** KrsGer.-Bote zu Jastrow, 1859 Disziplinarsache 71/71 245
- Linhoff, Joseph** (1819–1893), 1840 Auskultator, 1845 RegAss. Minden, 1854 RegR, 1859 Hilfsarb. KuMinm., 1864 GehRegR, 1866 VortrR, 1873 GehORegR, 1890 i.R. u. Wirkl.GehORegR 342/76 110, 111–111v; 369/77 88; 387/78 34; 402/78 89v, 429/78 152
- Linse, Gottlob,** Büroassistent, 1861 Pensionsache 169/73 181
- Linsenbarh** [?], Böttchermeister Lehnin, 1863 Begnadigungssache 285/III 210
- Lipinski, Franz,** Lehrer zu Grondzaw, 1859 Disziplinarsache 56/71 141
- Lippe (-Biesterfeld-Weißenfeld), Leopold Graf zur** (1815–1889), 1843 GerAss. Glogau, 1849 StAnw. Friedeberg/Nm., 1850 Cottbus, 1851 Potsdam, ca. 1855 AppGerR Glogau, 1860 OStAnw. KG, 17.3.1862–5.12.1867 JMinr., 1862 MdH (Vors. Alte Fraktion) 102/72 125–127v, 128; 210–217/74; 218/III; 219–221/74; 222/III; 223–227/74; 228/III; 230–235/74; 236/III; 237–249/74; 250–251/III; 252–257/74; 258/III; 259–262/74; 263/III; 264–268/74; 268a/Fundort; 269–271/74;

272–284/75; 285/III; 286–288/75; 289–290/III; 291–296/75; 297–298/III, 301/III; 302–306/75; 307/III; 308–315/75; 316/III; 317/75; 318/III; 319/76; 320–322/III; 323–329/76; 330/III; 331–334/76; 335/III; 336–347/76; 348/77; 349/III; 350–355/77; 357/III; 358–362/77; 363/III; 364–365/77; 366–367/III; 368–374/77; 375–379/78; 380/III; 381–384/78; 385/III; 386–392/78; 393/III; 394–395/78; 396–397/III; 398–405/78; 407/III; 408–418/78; 419/III; 420–422/78; 423/III; 424–425/78; 426/III; 427–429/78

**Lippke, Gottfried**, Grenzaufseher Sobierszisko, 1864 Disziplinarsache 319/76 20

**Loch, Mathias**, Lehrer Gusenburg, 1864 Disziplinarsache 341/76 90

**Lodal**, Knecht, 1858–59 Begnadigungssache 6/70 293; 41/III 50

**Loeper, Georg v.** (1819–1900), Rittergutsbes., 1847–50 OLGAss. GerAss., 1864–71 u. 1877–84 LandR Regenwalde 328/76 41v

**Löffler**, Literat 172/73 190–190v

**Loos**, Intendanturrat, seit Anfang 1850er Jahre GehKrR KrMinm., 1856 Wirkl.GehKrR 168/73 172

**Lorenz, Johann W. A.**, Dr., KrsGerSekr. Arnsberg, 1862 Pensionsache 269/74 226

**Loßberg, Karl v.** (1804–1885), GenMaj., 1852–63 GenAdjutant des hess. Kurfürsten Friedrich Wilhelm, Juni 1862 design. MinPräs. 236/III 191

**Louis Napoleon Bonaparte**

→ Napoleon III.

**Löwe, Johann Conrad Carl** (geb. 1807), 1828 Auskultator, 1836 GerAss. Potsdam, 1832 GerRef., 1836 Ass. KG, 1840 JusKom. u. Notar Breslau, 1851/52 Kreisrichter Lübben, 1857 AppGerR Köslin, 1860 GehFinR FinMinm., 1868 GehOFinR, 1879 GehORegR LandMinm., 1880 i.R. 146/73 90; 265/74; 342/76 110–110v

**Lubenau, Ferdinand**, Ger.-Bote u. Gefangenenwärter, 1861 Disziplinarsache 157/73 145

**Lübtow, Carl Julius Th. v.**, Obersteuerkontrolleur zu Sensburg, 1864 Disziplinarsache 327/76 39

**Lucanus, Hermann** (1888: v.) (1831–1908), 1856 GerRef., 1859 RegAss. u. Hilfsarb. KuMinm., 1866 RegR ProvSchulkollegium Berlin, 1869 Hilfsarb. KuMinm., 1871 GehRegR, 1874 Geh. ORegR, 1878 MinDir. u. Wirkl.GehORegR, 1881 UStS, 1884 MdStR, 1886 Wirkl.GehR (Exz.), 1888–1908 GehKabR 337/76 77a; 386/78 33–33v, 416/78 130v, 132–134

**Lucas, Julius**, Lehrer Friedrichsthaler Glashütte, 1859 Disziplinarsache 55/71 116

**Lüdemann, Wilhelm Ernst**, Geh.- u. ORegR PolPräsidium Berlin 155/73 125

**Lüders, Hermann**, Lehrer, 1861 Disziplinarsache 157/73 134

**Lunig**, Bgm. zu Trier, 1859 Disziplinarsache 58/71 156

**Lüt(c)ke, Carl**, Lehrer Aachen, 1862–63 Disziplinarsache 246/74 158; 302/75 105

**Lütke** [?], Witwe 76/III 92

**Lüttke, Uwe**, Lehrer zu Aachen, 1859 Disziplinarsache 39/71 79

**Lützenkirchen, Joseph**, Grenzaufseher zu Eupen, 1862 Pensionsache 195/74 35, 39

**Lux, Friedrich**, Gerichtsdiener zu Lötzen, 1859 Disziplinarsache 20/71 17

**Luz, Karl Konrad Nikolaus**, Lehrer Berlin, 1864 Pensionsache 331/76 63

**Maafen, Christian** (1837: v.) (1804–1878), GehRegR HandMinm., 1862 GehORegR 262/74 190v

**Maafen, Gottfried August** (1837: v.) (1802–1876), 1854 GehFinR u. ProvSteuerDir. Königsberg, seit 1857 Breslau, Dez. 1858 GehOFinR 14/70 347

**Macdonald**, brit. Kapitän kgl. Leibgarde, am 12.9.1860 in Bonn verhaftet wegen Handgreiflichkeiten u. am 24.12.1860 vom LG Bonn zu einer Zivilrechtsstrafe verurteilt; diese „Macdonald-Affäre“ führte im Frühjahr 1861 zu diplomat. Verstimmungen zwischen Großbritannien u. Preußen 148/73 108–108v

- MacLean, Lauchlan** (1805–1879), 1836 RegR Erfurt, 1843 Hilfsarb. StR, 1844–77 HandMinm., 1844 RegR, 1859 Wirkl.GehORegR u. MinDir., 1850–55 MdA (Centrum, bkF) 40/71 87; 144/73 85–85v; 184/74 2v, 12–15; 339/76 83; 364/77 54; 376/78 6–6v
- Madré, Carl August Ludwig**, Polizei-Sergeant Minden, 1863 Disziplinarsache 281/75 17
- Maeder**, Witwe 163/III 135v–136
- Maertens, Friedrich**, Steueraufseher zu Kienitz, 1860 Disziplinarsache 94/72 100
- Magni, Alegius R. F.**, Lehrer Kläden, 1862 Disziplinarsache 269/74 222
- Magnus, Philipp**, Gemeindeförster zu Halsenbach, 1858–60 Disziplinarsache 9/70 319; 45/71 91–91v; 88/72 65
- Mahlo**, Tagelöhner, 1858–59 Begnadigungssache 7/70 294; 41/III 50v
- Malchow**, Knecht 163/III 135–136
- Malchow, Gustav**, Tor-Kontrolleur Lissa, 1866 Disziplinarsache 390/78 60
- Malende, Wilhelm August**, Förster Windischmarchwitz, 1866 Pensionssache 391/78 70
- Malitz, Franz**, Hauptzollamts-Assistent Grabow(o), 1863 Disziplinarsache 302/75 107
- Mallinckrodt, Hermann v.** (1821–1874), Rittergutsbes., 1844 RegRef. Münster, 1846 Erfurt, 1849 RegAss. Minden, 1849 kommissar. Bgm. Erfurt, 1853 Stralsund, 1855 Frankfurt/O., 1859 Hilfsarb. u. RegR MdI, 1860 RegR Düsseldorf, 1867 Merseburg, 1852–63 MdA (kath., Zentrum), 1871–74 MdR (bkF, Zentrum) 72/72 1, 79/72 14v
- Malotki, Heinrich v.**, Lehrer zu Prypkowo, 1859 Disziplinarsache 15/71 6
- Maniewski, Nakutin** [?], Lehrer Czacz, 1863 Disziplinarsache 288/75 62
- Manstein, Otto v.** (geb. 1813), bis 1861 PolHptm., 1861 OAmtn. Sigmaringen u. Disziplinarsache 140/73 67
- Manteuffel, Edwin Frh. v.** (1809–1885), 1828 Ltn., 1842 OLn., 1848 Maj., 1848–53 Flügeladjutant Friedrich Wilhelms IV., 1853 Oberstltm., 1854 Oberst, Febr. 1857–Juni 1865 Chef Geh. Militär-Kab., 1861 GenAdjutant Wilhelms I., 1858 GenMaj., 1861 GenLtn., 1865 kommand. Gen. sowie Gouv. Hgztm. Schleswig u. Holstein, 1866 Gen., 1868 kommand. Gen. I. AK, 1870 Armeebefehlshaber u. 1871–73 mit Besatzungsarmee in Frankreich, 1873 GenFeldmarschall, 1879–85 Statthalter Elsaß-Lothringen 27a/Fundort 274–284; 43/Fundort 546–553; 52/III 56–64v, 63/III 69–69v, 78v, 236/III 191–194, 318/III 242v–244, 320–321/III, 363/III, 366/III, 385/III 278–282v, 397/III 289v; 420/78 137v
- Marin**, Knecht zu Zicker, 1866 Begnadigungssache 380/III 276v
- Markert, Heinrich**, aus Schweinitz, 1863 Begnadigungssache 298/III 230v
- Marnitz, Johann Christian Friedrich**, KrsGer.-Bote Hötenleben, 1864 Disziplinarsache 319/76 11
- Marot** (geb. 1811), 1832 Auskultator, 1836 RegRef., Hilfsarb. LandMinm., 1841 RegR Potsdam, 1859 ORegR u. Abt.-Dirig. Reg. Düsseldorf, 1868 Reg. Schleswig-Holstein, 1871 GehFinR FinMinm., 1875 GehOFinR, 1882 Wirkl.GehOFinR, 1883 i.R. 16/71 11
- Marsch, Gottlieb**, KrsGer.-Bote Königsberg, 1866 Disziplinarsache 378/78 14
- Martin, Heinrich**, Feld- u. Waldhüter Wahlbach, 1862 Disziplinarsache 233/74 135
- Martin, Konrad** (1812–1879), 1834 Dr. theol., 1836 Priester Köln, 1844 ao. Prof. Bonn, 1856–79 Bischof Paderborn, 1875 staatl. abgesetzt 106/72 164v
- Martin, Michael**, Müller 60/III 68
- Martins, Hans** (1802–1865), 1829 Ass. KG, 1831 OBergR Bonn, 1851 GehBergR, 1855 Eintritt HandMinm. u. VortrR, 1859 GehOBergR, 1865 a.D. 24/71 36v; 72/72 1, 115/72 220v; 235/74 138
- Marunde** [?], **Carl Ludwig**, Lehrer Klein-Konitz, 1866 Disziplinarsache 390/78 64
- Marwitz, Johann Nepomuk von der** (1795–1886), 1830 kath. Priester Thorn, 1832 Pfarrer Tucheln, 1838 Dekan Kammin, 1843 Domkapitular Pelplin, 1849 Bischöfl. Kom. Kammin, 1849 Dekan Pelplin, 1857–86 Bischof Kulm, im poln. Nationalitätenkampf engagiert 146/73 87–87v; 224/74 111–113; 299/75 87–88
- Maskus, Carl**, KrsGer.-Bote Posen, 1864 Disziplinarsache 329/76 48

- Massenbach, Christian Frh. v.** (1832–1904), Rittergutsbes., 1855 KrsGer. Samter, 1857 RegRef. Posen, 1858 Koblenz, 1861 RegAss. Posen, 1861 LandR Samter, 1870 LandR Posen, 1877 beurl., 1879 RegVizepräs. Schleswig, 1880 RegPräs. Marienwerder, 1891 a.D. *155/73* 125
- Massenbach, Leo Frh. v.** (1797–1880), 1830 RegR Arnsberg u. Trier, 1834 ORegR Koblenz, 1838 Düsseldorf, 1842 Vizepräs. Reg. Koblenz, 1850–66 RegPräs. Düsseldorf *294/75* 84
- Maßmann, Hans Ferdinand** (1797–1874), Mitgl. der Jahn'schen Turnerbewegung u. Mitinitiator des Wartburgfestes 1817, 1835 Prof. Germanistik, 1846 Prof. Univ. Berlin, 1860 Gehaltssache *103/72* 152
- Massow, Ludwig v.** (1794–1859), 1820 Kammerherr, 1835 Hofmarschall, 1843 MdStR, 12.2./20.3.1854–2.9.1859 Minr. Kgl. Haus, 13.10.1856–6.11.1858 zugl. Mitgl. Staatsministerium, Wirkl. GehR, 1852–54 Mitgl. 1. Kammer *7/70* 295v; *17/III* 39–42
- Matthiolius, Ferdinand**, Lehrer *182/73* 253
- Matzerath, Christian** (1815–1876), GehRegR, 1847–56 RegR Aachen, 1856 Mitgl. Direktorium Köln-Mindener-Eisenbahn u. Kgl. Eisenbahn-Kommissariat Köln, 1849–52 Mitgl. 2. Kammer (Centrum), Mitgl. Erfurter Volkshaus *3/70* 288, *10/70* 330
- Mauderode, Gustav v.** (1805–1871), 1826 Auskultator, 1828 GerRef., 1832 GerAss. KG, 1835 JusR Bromberg, 1837 RegAss. Minden, 1839 RegR, 1843 Münster, 1849 ORegR, 1862–71 Vizepräs. Reg. Münster *231/74* 120v
- Mauerhoff**, Gymnasiallehrer Gumbinnen, 1859 Pensionssache *35/71* 58
- Mauff, Friedrich August**, Steueraufseher Magdeburg, 1864 Pensionssache *329/76* 59
- May, Johann**, Grenzaufseher Tuntschendorf *212/74* 73
- Maybach, Albert** (1888: v.) (1822–1904), 1850 GerAss., 1852 Kreisrichter Hagen, 1855 Dir. d. Oberschlesischen Eisenbahndirektion Breslau, 1858 GehRegR HandMinm., 1863 Direktion Ostbahn, 1867 Eisenbahndir. Hannover, 1874 Präs. REisenbahnA, 1877 UStS HandMinm., 30.3.1878–14.3./14.7.1879 HandMinr., 14.3./14.7.1879–20.6.1891 MöA, 1882–88 u. 1890–93 MdA (bkF) *10/70* 330–330v; *83/72* 36, 38–40; *130/73* 25, *133/73* 46v, *137/73* 63–65, *141/73* 81–83v, *169/73* 179, 182–184v
- Mayer, Albert C.F.M.**, Förster Kallenczin, 1863 Disziplinarsache *288/75* 59
- Megede, Hans zur** (1809–1882), 1847 RegR Merseburg, 1852–63 LandR Freistadt, 1863 z.D. ohne Gehalt wegen „oppositioneller Haltung“ als MdA, Bgm. Peine, 1861–66 u. 1867–70 MdA (Mathis, Grabow, bkF, linkes Centrum), 1867–70 MdR (Freie Vereinigung) *263/III* 208
- Meiling**, bis 1862 KrsGerR Hattingen, 1862 Dir. KrsGer. Bochum *242/74* 144v
- Meinecke, Rudolf** (1817–1905), 1845 RegAss., 1848 Hilfsarb. FinMinm., 1854 RegR, 1859 GehFinR, 1865 GehOFinR, März 1872 Präs. Finanzdirektion Hannover, Okt. 1872 MinDir. FinMinm., 1873 Bevollm. z. BundesR, 1879 UStS FinMinm., 1881 Wirkl.GehR, 1888–1902 Präs. Disziplinarhof f. nicht-richterl. Beamte, 1899 i.R. *21/71* 29, *57/71* 144; *199/74* 44v–45, *220/74* 106, *240/74* 148v; *279/75* 14–14v, *286/75* 33v, *287/75* 34, *291/75* 63–63v, *293/75*, *303/75* 112, *315/75* 135; *328/76* 41
- Melchers, Paul Ludolf** (1813–1895), 1833 Auskultator Münster, RegRef., 1839 Beginn Theologie-Studium, 1841 Priester, 1852–57 GenVikar Münster, 1854 Domdechant, 1857–66 Bischof Osnabrück, 1858 Apostol. Vikar für Nordische Missionen Deutschlands, 1866–85 Erzbischof Köln, Vors. dt.-kath. Bischofskonferenz, 1875 im Kulturkampf für abgesetzt erklärt u. Flucht in die Niederlande, 1885 Kardinal Rom, 1848 Mitgl. dt. NatVers. (bkF) *390/78* 40
- Mengel, Wilhelm**, Ratsherr u. Gastwirt, 1861 Disziplinarsache *140/73* 74
- Mentz, Theodor Hermann**, Büroassistent KrsGer. Tuchel, 1864 Disziplinarsache *329/76* 51
- Menzel, Johann Gottlieb**, Tor-Kontrolleur Grätz, 1866 Disziplinarsache *390/78* 49
- Merk, Alexander**, Distrikt-Kommissarius Posen, 1866 Disziplinarsache *404/78* 113
- Merl, Michael August Leopold**, Förster Sotzweiler, 1863 Disziplinarsache *302/75* 111
- Merveldt, Karl Graf v.** (1790–1859), 1814–28 Militärdienst u. zuletzt Maj, 1830–48 LandR Beckum, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1854 MdH *63/III* 76

- Meslin, Friedrich**, KrsGer.-Bote zu Lötzen, 1859 Disziplinarsache *71/71* 237
- Metzel, Ludwig** (1814–1895), Dr. phil., Gymnasiallehrer u. Publizist, seit 1851 Leiter und Dez. 1855–Nov. 1858 Dir. Zentralstelle f. Preß-Angelegenheiten StMinm., 1859 GehRegR Verw. Staatsschatz, Nov. 1860–Juni 1895 Bürodir. HH, 1867–70 zugl. Bürodir. RT *2/70* 285v; *108/72* 170v
- Metzler, Otto**, Dr., ehem. Redakteur Ostpreuß. Zeitung Königsberg, bis Nov. 1858 Dir. Zentralstelle f. Preß-Angelegenheiten StMinm., danach z.D., seit 1862 Sekr. b. Konsistorium Berlin *2/70* 286
- Mevisen, Gustav** (1884: v.) (1815–1899), führender rhein. Liberaler, 1839 Übernahme des elterl. Unternehmens, 1840 nach Köln verzogen, Mitbegr. Rhein. Zeitung, finanz. Förderer von K. Marx, 1842 Mitbegr. Köln. Rückversicherung, 1844 Direktionsmitgl. Rhein. Eisenbahnges., 1845 Mitgl. Kölner Handelskammer, Mitbegr. Köln. Privatbank (1855 zugelassen), Mitbegr. Köln. Bergwerksverein (1849 zugelassen), 1848 Bank-Direktor, 1857–74 Vors. Verwaltungsrats Kölner Privatbank, Vors. in div. Unternehmens-Verwaltungsräten u. -Banken, 1856 Präs. Handelskammer Köln, 1847 Mitgl. ProvLT Rheinprovinz u. Vereinigter LT, 1848–49 Mitgl. dt. NatVers. (Casino), 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1865 Beigeordneter StadtR Köln, 1866–91 MdH *382/78* 30
- Mewes, Jakob**, KrsGer.-Bote zu Halberstadt, 1865 Disziplinarsache *352/77* 13
- Mewes, Wilhelm**, Förster aus Bechsteinwalde *212/74* 87
- Meyer**, bis 1862 StAnw. Magdeburg, seit 1862/63 OStAnw. Paderborn *309/75* 120
- Meyer**, Militär-Intendant VII. AK Münster, 1864 Wirkl.GehKrR *329/76* 44
- Meyer**, Rittergutsbes. Krieschow (Krs. Cottbus) *181/73* 229–229v; *264/74* 192
- Meyer**, Strafanstalt-Inspektor Naugard, 1860 Disziplinarsache *98/72* 117
- Meyer, Friedrich Wilhelm Franz** (geb. 1813), 1836 Auskultator, 1841 GerAss., 1850 RegR, 1866 ORegR Magdeburg u. Breslau, 1868 GehFinR FinMinm., 1879 GehOFinR *408/78* 117v
- Meyer, Gustav** (1813–1884), 1839 GerAss., 1849 StAnw. Breslau, 1853 OStAnw. Ratibor, 1856 Breslau, 1857 GehJusR JMinm., 1861 GehOJusR, 1866 Präs. AppGer. Paderborn, 1879 Präs. KG u. Wirkl.GehOJusR, 1883 Wirkl.GehR, 1884 MdStR, 1868–69 MdA (KoP), 1879 MdH *14/70* 347, 363–363v; *87/72* 61–61v, *109/72* 173v–174, 175–181v; *136/73* 57v–58, 59–60, *138/73* 66, *179/73* 225, 226, 227–228; *193/74* 31v–32, *259/74* 173, 174–174v, *268/74* 205v–206, *270/74* 229; *272/75* 2, *277/75* 8, 8v, 10–12, *314/75* 132; *319/76* 1, 3, *323/76* 21, 23, *332/76* 65, 70–71, *336/76* 76, 77, *342/76* 110, 115; *370/77* 92, 113, *373/77* 129; *391/78* 67, 68, 72, *413/78* 126, *416/78* 130v, 132–134
- Meza, Christian Julius de** (1792–1865), GenLtn., Febr. 1864 Oberbefehlshaber über dän. Truppen im Hzgtn. Schleswig *321/III* 247
- Michalik, Mathias**, Schulze zu Naklo, 1866 Disziplinarsache *390/78* 62
- Michalsky, Franz**, KrsGer.-Bote Tarnowitz, 1864 Disziplinarsache *319/76* 12
- Michels, Karl Ernst Ludwig** (geb. 1805), 1832 OGerAss., Dir. Stadtger. Schwerin, Gratz u. Krotoschin, 1844 OAppGerR Posen, GehJusR, 1859 OTribunalR *59/71* 161
- Miecznikiewicz, Clemens**, Lehrer Pawlowitz, 1866 Disziplinarsache *378/78* 23
- Mierolawski, Ludwig v.** (1814–1878), Offizier im poln. Aufstand 1831, seitdem Emigration Paris, 1845 Teilnahme am Aufstand in Posen, 1846 verhaftet, 1847 in Berlin zum Tode verurteilt, zu lebenslanger Haft begnadigt, März 1848 aus Haft befreit, 1848/49 Teilnahme an Aufständen in Posen, Sizilien u. Baden, Emigration in Frankreich, 1863 Teilnahme am poln. Aufstand u. Führer der poln. Nationalbewegung, seitdem wieder Emigration in Frankreich *140/73* 68
- Minutoli, Julius Frh. v.** (1805–1860), Dr., 1841–46 LandR Posen, 1847–48 PolPräs. Berlin, Wirkl.GehORegR, 1851/54 GenKonsul für Spanien u. Portugal, 1859 Minister-Resident Persien *62/71* 182v
- Mirbach, Otto Sigismund Magnus Frh. v.** (1806–1888), bis 1855 ORegR Trier, 1855 Vizepräs. Reg. Bromberg, Vizepräs. Reg. Posen, 1860 z.D. *102/72* 125–127v, 128, *110/72* 185, *111/72* 189; *282/75* 30v

- Mittelstaedt, August**, Lehrer zu Amalien, 1859 Disziplinarsache 71/71 232
- Mizerski**, Petent 26/71 39
- Mlinarz [?], Anton**, 1863 Begnadigungssache 298/III 230v
- Modrow, George**, Bote Schubin, 1865 Disziplinarsache 365/77 73
- Moelle**, 1855 GehRechR FinMinm., 1857/58 GehFinR, 1861 GehOFinR, 1870 a.D. 132/73 45, 144/73 85–85v, 169/73 179, 170/73 185v–186, 178/73 223v, 179/73 225v; 217/74 103, 227/74 116, 238/74 139, 261/74 176, 177–185; 274/75 4–4v, 276/75 6, 292/75 65v–66, 67–80v, 309/75 120, 317/75 135; 324/76 25; 350/77, 362/77 51–52v, 364/77 54, 368/77; 387/78 34, 388/78 35–35v, 404/78 105–105v, 418/78 136, 422/78 141–141v
- Moeser**, bis 1862 RegR Merseburg, seit 1862 ORegR u. Dir. GenKomm. zur Regulierung d. gutscherrl. u. bäuerl. Verhältnisse u. f. Gemeinheits-Aufhebungen in Pommern 197/74 40
- Mohr, Gustav F.**, Lehrer zu Nienstedt, 1862 Disziplinarsache 269/74 219
- Moisizig**, bis 1861 KrsGerR Gnesen, seit 1862 Dir. KrsGer. Wagrowiec 198/74 42v
- Moldenhauer, Christoph**, KrsGerSekr. Trzemeszno 212/74 85
- Molkenthin, Christian**, Distrikt-Kommissarius Miencierzyn, 1866 Disziplinarsache 390/78 57
- Moll, Friedrich August**, Intendantur-Sekr., 1862 Disziplinarsache 259/74 174–174v
- Mollard, Karl Julius Alexander** (geb. 1803/04), Dr. jur., 1824 Auskultator, 1829 Ass. KG, 1831 JusR Vormundschaftsgericht Berlin, 1839 KGR, 1852 GehRevisionsR im Revisions-Kollegium f. Landeskultursachen des LandMinm., 1863 OTribunalR 288/75 36
- Mölle**  
→ Moelle
- Möller, Julius O. L.** (geb. 1820), Prof. Dr. Univ. Königsberg, MedR, 1864 a.D. u. Disziplinarsache 323/76 21, 23
- Moltke, Helmuth (1870: Graf) v.** (1800–1891), 1819–22 dän. Offizier, seit 1822 als Ltn. im preuß. Militärdienst, 1833 OLtn., 1835 Hptm., 1835–39 abkommandiert in Türkei/Orient, 1842 Maj., 1850 Oberstltm., 1851 Oberst, 1855–57 Adjutant Prinz Friedrich Wilhelms (d. späteren Kaisers Friedrich III.), 1856 GenMaj., 1857/58–88 Chef d. GenStabs d. Armee, 1859 GenLtn., 1866 Gen., 1871 GenFeldmarschall, 1872 Rittergutsbes. Kreisau, 1888 Präses Landesverteidigungskomm., 1867–91 MdR (KoP/DkP), 1872 MdH 27a/Fundort 274, 276, 279, 280, 283; 43/Fundort 546–553; 52/III 56–64v, 366/III, 385/III 278–282v, 393/III 283–284v, 397/III 288–289v
- Mondorf, Georg**, Bgm. zu Dudeldorf, 1859 Disziplinarsache 39/71 76
- Moser, H. A. Eduard** (1817–1874), 1838 Auskultator, 1847 RegAss. Potsdam, 1850 RegR, 1851 Hilfsarb. HandMinm., Dez. 1858 GehRegR, 1862 GehORegR, 1867 Wirkl.GehORegR u. MinDir. 5/70 290–290v; 221/74 109; 306/75 117–117v
- Motog, Berthold**, Lehrer Heine 212/74 78
- Motz, Otto v.** (1805–1887), bis 1862 RegR ProvSteuerdirektion Danzig, 1862 ORegR, bis ca. 1879 Zollbevollm. München 211/74 64v
- Mroczkowski, Johann**, Instmann, 1864 Begnadigungssache 335/III 255
- Mucha**, GerKanzleiSekr. zu Ratibor, 1860 Gehaltssache 111/72 205
- Muenzer, Franz**, Kreis-Steuerinnehmer Groß-Strehlitz, 1864 Disziplinarsache 319/76 15
- Müffling, Carl Frh. v.** (1834–1901), 1864/65–1900 LandR Erfurt-Land 369/77 88
- Mühler, Ferdinand v.** (1820–1870), Bruder des KuMinr. Heinrich v. M., 1841 Auskultator, 1851 OGerAss. beim Generalpostamt, 1855 OPostR, 1861 GehOPostR, März 1866 KabR Zivilkab., 31.5.1866 GehKabR 85/72 55v–56, 57; 179/73 225v, 226; 367/III, 380/III, 385/III, 393/III, 396–397/III, 419/III, 423/III, 426/III
- Mühler, Heinrich v.** (1813–1874), 1838 GerAss., 1840 Hilfsarb. KuMinm., 1842 RegR, 1846 GehRegR, 1849 Mitgl. Ev. Oberkirchenrat, 1851 OKonsR, 17.3.1862–22.1.1872 KuMinr., 1863–64 Präs. (kommissar.) Ev. Oberkirchenrat, 1862 MdStR, 1867–71 MdR (KoP, bkF) 3/70 288–288v, 12/70 346v; 210–217/74; 218/III; 219–221/74; 222/III; 223–227/74; 228/III; 230–235/74; 236/III; 237–239/74, 241–249/74; 250–251/III; 252–257/74; 258/III; 259–262/74; 263/III; 264/74,

- 267–268/74; 268a/Fundort; 269–271/74; 272–284/75; 285/III; 286–288/75; 289–290/III; 291–296/75; 297–298/III; 299–300/75; 301/III; 302/75, 304–306/75; 307/III; 308–315/75; 316/III; 317/75; 318/III; 319/76; 320–322/III; 323–329/76; 330/III; 331–332/76, 334/76; 335/III; 336–347/76; 348/77; 349/III; 350–356/77; 357/III; 358–362/77; 363/III; 364–365/77; 366–367/III; 368–374/77; 375–379/78; 380/III; 381–384/78; 385/III; 386–392/78; 393/III; 394–395/78; 396–397/III; 398–406/78; 407/III; 408–418/78; 419/III; 420–425/78; 426/III; 427–429/78
- Mühlner, Gottfried**, Steueraufseher zu Egel, 1859 Disziplinarsache 39/71 68
- Müller**, AppGerR Glogau, 1864 Pensionsache 340/76 84–84v
- Müller**, Kossät (Hintersasse) 163/III 135–136
- Müller**, KrsGerR Guben, 1859 Dir. KrsGer. Namslau 25/71 38
- Müller, Carl Daniel Ferdinand** (geb. 1825), Dr. jur., 1846 Auskultator, 1858 GerAss. Aachen, 1859 RegAss. Koblenz, 1860 Hilfsarb. MdI, 1862 Münster, 1864 RegR, 1864 Hilfsarb. FinMinm., 1867 GehFinR, 1868 a.D. 108/72 171v–172, 111/72 189; 155/73 125v–126v; 369/77 88; 386/78 33–33v, 389/78 36–36v, 416/78 130v, 132–134, 424/78 143
- Müller, Carl Ludwig**, Lehrer Alt-Lobitz, 1865 Disziplinarsache 352/77 23
- Müller, Carl Th. C.**, KrsGerSekr. zu Küstrin, 1859 Disziplinarsache 55/71 130
- Müller, Friedrich** (1811–1893), Jurist, 1834 Ass. LG Köln, 1838 Staatsprokurator Rheinprovinz, 1846–48 PolDir. u. LandR Köln, 1848–67 UStS JMinm., 1867 a.D., 1848 Mitgl. dt. NatVers., 1848 Mitgl. preuß. NatVers., 1849–50 u. 1867–76 MdA (Rechtes Centrum, Linke, NLP) 95–96/72; 154/73
- Müller, Friedrich W.**, Büroassistent zu Neisse, 1859 Disziplinarsache 20/71 21
- Müller, Friedrich**, Gefangenenwärter, 1860 Disziplinarsache 115/72 226
- Müller, Gustav A.**, KrsGerSekr. zu Löwenberg, 1859 Disziplinarsache 39/71 84
- Müller, Gustav**, Polizei-Sergeant 182/73 251
- Müller, Karl**, Steueraufseher, 1861 Disziplinarsache 140/73 79
- Müller, Michael**, Lehrer zu Gembitz, 1859 Disziplinarsache 71/71 236
- München, Nikolaus** (1794–1881), 1817 Priester, 1826 Kaplan beim Erzbistum Köln, 1827 Dr. theol., 1832 Domherr Köln, 1850 erzbischöfl. Ordinariatsrat, 1863 Domprobst 244/74 146–146v, 150–151
- Münchhausen, Ferdinand Frh. v.** (1810–1882), Rittergutsbes. Straußfurt, 1850–55 LandR Jerichow I, 1855 RegR Merseburg, ORegR Stendal, vor 1862 Vizeprä. Reg. Magdeburg, 1862–67 RegPräs. Frankfurt/O., 1867–82 OPräs. Pommern, zugl. RegPräs. Stettin, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1849–53 Mitgl. 2. Kammer/MdA (Auerswald, Rechte), 1879 MdH 260/74 175; 321/III 248
- Mundelius, Carl Hermann Otto**, Steuer-Aufseher Schwerin/W., 1866 Disziplinarsache 403/78 101
- Münstermann, Johann**, Bgm., 1861 Disziplinarsache 147/73 106
- Müntz, Carl v.**, Hauptamts-Assistent zu Düsseldorf, 1861 Pensionsache 158/73 151, 155
- Muschold, Carl**, Lehrer, 1860 Disziplinarsache 111/72 197
- Musolff, Louis**, KrsGerSekr. Schönlanke, 1866 Disziplinarsache 390/78 44
- Muttray**, Dir. KrsGer. Loetzen, 1861 Dir. KrsGer. Tilsit 156/73 127–127v
- Nacke, Friedrich Samuel**, KrsGer.-Bote Halberstadt, 1863 Disziplinarsache 288/75 43
- Napoleon I.** (1769–1821), 1804–14/15 Kaiser der Franzosen 407/III 290, 291
- Napoleon III.** (1808–1873), 1852–70 Kaiser der Franzosen 27a/Fundort 275; 43/Fundort 550 f.; 48a/Fundort 646; 86/III 95, 385/III 279, 281, 281v; 392/78 74v–75; 419/III 295
- Natzmer, Ludwig v.**, Steuer-Einzieher, 1862 Disziplinarsache 269/74 224
- Naumann, Jakob**, Schichtmeister-Gehilfe Neukirchen, 1866 Disziplinarsache 390/78 42

- Naumann, Johann Gottlieb August** (1799–1870), 1841 ORegR Reg. Frankfurt/O., 1849–50 Vizepräs. Reg. Münster, 1850–56 RegPräs. Arnberg, 1856–63 RegPräs. Köslin, 1864–70 RegPräs. Bromberg 294/75 84
- Nausester, Josef** (um 1807–1889), Jurist, 1836 Auditeur, 1853 OAuditeur beim General-Auditoriat Berlin u. Wirkl.JusR, Hptm. a.D., 1857 GehKrR u. Justitiar KrMinm., 1862 Wirkl.GehKrR, 1881 i.R. 106/72 162–162v, 168–169v; 186/74 19, 212/74 70; 416/78 130
- Nawock, Hüttenarbeiter** (Krs. Tost), 1860 Begnadigungssache 114/III 103
- Neander, Daniel Amadeus Gottlieb** (1775–1869), 1805 Pfarrer, 1817 Superintendent u. KonsR Merseburg, 1823 OKonsR u. Propst Berlin sowie VortrR KuMinm., 1830 Bischof u. GenSuperintendent Prov. Brandenburg, 1831 MdStR, 1853 GenSuperintendent a.D., 1865 emeritiert als Propst 18/III 44–49; 155/73 126; 162/III 132
- Nerger, Johann**, Gerichtsschreiber zu Rabishau, 1862 Disziplinarsache 246/74 155
- Nerlich, Wilhelm**, Inspektor zu Ratibor, 1866 Disziplinarsache 378/78 9
- Nesselrode, Maximilian B. Graf v.** (1817–1898), auf Ehreshoven, 1856–64 LandR Wipperfürth u. 1863–67 LandR Mülheim a. Rh., 1856–74 Mitgl. ProvLT Rheinprovinz, 1854 MdH, 1867 MdR (RFKP), 1866[?]-90 Oberhofmeister d. Königin u. Kaiserin Augusta 2/70 285v
- Nethke, Julius**, Schulze zu Wesslinken, 1865 Disziplinarsache 365/77 59
- Neubaur**, 1853 Vizepräs. AppGer. Marienwerder, 1862 GehOJusR 215/74 100v
- Neudorff, Carl Wilhelm Ludwig**, Obersteuerkontrolleur Berlin, 1864–65 Disziplinarsache 329/76 60; 365/77 80, 81
- Neugebauer, Theodor**, Bgm. Wielichowo 212/74 91
- Neumann, August**, Bgm. Meyenburg, 1865 Disziplinarsache 365/77 63
- Neuwied**  
→ Wied
- Newiger, Johann Leopold**, Förster Rudowken, 1863 Disziplinarsache 302/75 110
- Niclaß, Johann Wilhelm**, Heeres-Zahlmeister Berlin, 1866 Disziplinarsache 394/78 77
- Niederstetter, Friedrich D. L.** (geb. 1816), PolR Posen, 1860–61 z.D. u. Disziplinarsache 111/72 193; 126/73 9, 11; 368/77 85v
- Niegolewski, Wladyslaw M. v.** (1819–1885), Rittergutsbes., 1845 Dr. jur., 1850–52 u. 1859–61 MdA (Pole), 1867–81 MdR (Pole) 37/71 64; 102/72 125–127v, 128
- Nietrzepkowski**, Ger.-Kanzlist zu Posen, 1860 Gehaltssache 84/72 54
- Nietzki**, KrsGerR Neidenburg, 1864 Dir. KrsGer. Lötzen 323/76 21
- Nikolaus, Heinrich August**, KrsGer.-Bote Elbing, 1866 Disziplinarsache 378/78 12
- Noack, Albert G. A.**, Lehrer Neuendorf, 1862 Disziplinarsache 269/74 221
- Noah, Gustav A.** (geb. 1805), 1829 Auskultaor, 1836 Ass. KG, 1842 RegR Posen, 1847 ORegR Posen, 1850 Hilfsarb. MdI, 1851 GehRegR MdI, 1855 GehORegR, 1870 i.R. 5/70 290; 45/71 91, 94–94v, 61/71 172v, 177–179v; 73/72 4–9, 84/72 50–50v, 87/72 61–61v, 102/72 125–127v, 128, 109/72 173v–174, 175–181v; 134/73 47–47v, 48–50, 135/73 52–54, 136/73 57v–58, 59–60; 198/74 43v, 199/74 44–44v, 264/74 192–192v; 291/75 63–63v, 293/75, 300/75 89, 91–91v; 329/76 44–44v; 398/78 82, 402/78 89v, 412/78 123
- Nobiling, W. C.** (1795–1859), 1828/29 OLGAss. Marienwerder, 1830 RegAss. Königsberg, VortrR HausMinm., GehOFinR FinMinm., Mitgl. Hauptverw. der Staatsschulden, 1850–52 Mitgl. 2. Kammer (Rechte) 55/71 133–133v, 61/71 172
- Noeldechen**, bis 1862 KrsGerR u. Dir. Wernigerode, 1862 Dir. KrsGer. Langensalza 242/74 144v
- Nordmann, Adolph**, Hauptamts-Assistent u. Obersteuerkontrolleur Minden, 1864 Disziplinarsache 342/76 112
- Nottebohm, Wilhelm** (gest. 1875), 1840 Bauinspektor, danach England-Reise zum Eisenbahn-Studium, 1842 Ass. der Techn. Deputation f. Gewerbe, techn. Direktionsmitgl. Berlin-Anhaltische Eisenbahn, 1848 Reg- u. BauR, Bautechniker beim Eisenbahn-Kommissariat Berlin u. Breslau, GehReg- u. BauR HandMinm., 1861 GehOBauR 179/73 225v



- Nowack**, KrsGer.-Bote Elbing, 1865 Disziplinarsache 373/77 127
- Nowack, Joseph**, Tagelöhner Opalenica, 1866 Begnadigungssache 396/III 286, 286v
- Nowack, Robert**, KrsGer.-Bote zu Marienwerder, 1859 Disziplinarsache 71/71 231
- Nowacki, Johann**, Lehrer, 1860 Disziplinarsache 111/72 203
- Nübell, Caspar H.**, KrsGerSekr. zu Soest, 1858 Disziplinarsache 9/70 328
- Obernitz, v.**, Gutsbes. 6/70 293; 41/III 50v
- Obstfelder, Caspar Heinrich Wilhelm v.** (gest. 1877), 1829 Ass. KG, Land- u. Stadtrichter Zehdenick, 1834 Dir. Land- u. Stadtger. Inowraclaw, 1838 KGR, 1843 GehFinR FinMinm., 1844 Hilfsarb., dann VortrR HausMinm., 1852 GehOFinR, 1858 Wirkl.GehOFinR u. MinDir. HausMinm., Sept. 1859–Okt. 1861 interim. Minr.-Verwalter HausMinm., 1864 Wirkl.GehR (Exz.), 1868–75 interim. Dir. Kgl. Hausarchive, 1850 Mitgl. 1. Kammer 120/Fundort
- Odenbach, Heinrich**, Gerichtsbote Magdeburg, 1862 Disziplinarsache 269/74 212
- Oder, Carl**, Lehrer Bertelsdorf, 1866 Disziplinarsache 378/78 21
- Oehlert, Christoph A.**, Steueraufseher 182/73 232
- Oerthel, v.**, Polizei-Kommissarius zu Wesel, 1859 Pensionssache 62/71 186
- Offenberg, Caspar** (1809–1879), KrsGerR Rheine u. Dir. KrsGer. Steinfurt, 1856–79 OB Münster, 1856–79 MdH 158/73 151v
- Ogrzewalka, Adam**, Abdeckerknecht, 1864 Begnadigungssache 335/III 255
- Ohm, August Eduard Louis**, Stadtsekr. Anklam, 1865 Disziplinarsache 370/77 103
- Ohnesorge, Friedrich Herrmann Johann**, Konrektor Anklam, 1865 Disziplinarsache 365/77 79
- Olfers, Ignaz v.** (1793–1871), 1816 LegSekr., 1821 LegR, 1835 GehLegR KuMinm., 1837 Mitgl. Akad. d. Wiss., 1839 GenDir. Kgl. Museen Berlin, 1854 MdStR, 1861 Wirkl.GehR (Exz.), 1869 i.R. 422/78 142
- Ollech, Rudolf** (1861: v.) (1811–1884), 1828 Ltn., 1843 OLTn., 1847 Hptm., 1853 Maj., 1858 Oberstltm., 1860 Oberst, 1861 Kdr. Kadetten-Korps Berlin, 1864 GenMaj., 1866 GenLTn., 1871 Dir. Kriegsakademie, 1877 z.D. 231/74 122v
- Olschowska, Emanuel**, Schuhmacher, Mordopfer 396/III 286
- Olschowska, Franziska**, geb. Dudeck, 1866 Begnadigungssache 396/III 286
- Olshausen, Justus** (1800–1882), Dr., 1823–52 Prof. Kiel (aus polit. Gründen entlassen), 1853–58 Prof. u. Oberbibliothekar Königsberg, Dez. 1858–68 GehRegR KuMinm., seit 1860 Mitgl. Akad. d. Wiss., Nov. 1868–März 1874 GehORegR KuMinm. 7/70 294v
- Olstzynski, Joseph**, Bgm. Scharfenort, 1862 Disziplinarsache 269/74 216
- Oppermann, Carl Eduard** (geb. 1811), 1833 Auskultator, OLGAss., 1847 RegR, 1852 GehRegR LandMinm., 1861 GehORegR, 1881 i.R. 68/71 212–212v, 214–215; 79/72 14; 126/73 9v, 179/73 225v; 184/74 2v, 265/74; 342/76 110–110v, 346/76 132v–133v, 134–135v
- Oppermann, Johann H.** (1821–1898), StAnw. Stadtger. Berlin, 1862 aus polit. Gründen z.D. „im Interesse des Dienstes“, danach im Justizdienst Hzgtm. Sachsen-Koburg-Gotha, 1879 a.D., 1862–63 MdA (DFP) 263/III 208
- Osterrath, Heinrich** (1805–1880), 1838 RegR Merseburg, 1839 Magdeburg, 1847 ORegR Danzig, 1853 Oppeln, 1861 Minden, 1866 Arnsberg, 1875 a.D., 1848–49 Mitgl. dt. NatVers., 1849–53, 1855–66 u. 1876–77 MdA (Rechte, Centrum, Zentrum) 263/III 208
- Ostrowicz, Silvester**, Lehrer in Gola, 1863 Disziplinarsache 302/75 99
- Paentzer, Eduard**, Lehrer in Attern, 1863 Disziplinarsache 288/75 53
- Paesler, Reinhold**, BergA-Assistent, 1861 Disziplinarsache 130/73 44
- Paetzke, August**, Lehrer zu Groß Gustkow, 1859 Disziplinarsache 71/71 242
- Paetzold, Johann G.**, Büroassistent, 1859 Disziplinarsache 55/71 129
- Paezkowski, Severin**, kath. Lehrer in Lonzin, 1866 Disziplinarsache 404/78 110a
- Pankhoff, Mathilde**, geb. Perlbaulet, zu Werne, 1866 Begnadigungssache 396/III 287

- Pankhoff, Wilhelm**, Mordopfer 396/III 287
- Pansmann, Johann**, Gemeinde-Vorsteher, 1861 Disziplinarsache 130/73 40
- Pape, Heinrich E.** (1816–1888), Dr. jur., 1843 OLGAss., 1850 Richter KrsGer. Stettin, 1856 AppGerR Königsberg, TribunalR ebd., 1859 GehJusR JMinm., 1867–70 Bevollm. z. BundesR, 1870 Präs. Ober-/Reichshandelsgericht, 1884 MdStR, Vors. Komm. z. Ausarbeitung des BGB 55/71 110; 185/74 16, 17–17v, 192/74 26–26v, 195/74 35v, 37–37v; 276/75 6; 331/76 61, 62a–62av, 332/76 65, 66–69; 398/78 82
- Papendick, Adolph J.**, KrsGer.-Büroassistent zu Berlin, 1858 Disziplinarsache 9/70 320
- Parei, Georg**, 1861–70 LandR Marienburg 257/74 172
- Patow, Robert E. Frh. v.** (1804–1890), Dr. jur., 1827 Ref. OLG Frankfurt/O., 1829 KG, 1830 Hilfsarb. MdI, 1833 Hilfsarb. FinMinm., 1835 GehFinR, 1836 RegR, 1837 VortrR HausMinm., 1840 GehOFinR u. MdStR, 1841 VortrR Zivilkab., 1844 MinDir. u. Wirkl.GehORegR MdI, 1844 RegPräs. Köln, 1845 Wirkl.GehLegR u. MinDir. MAA, April–Juni 1848 HandMinr., 1848–49 (kommissar.) OPräs. Brandenburg, 1849 a.D. u. Rittergutsbes., „Altliberaler“, 6.11.1858–17.3.1862 FinMinr., 1866–67 Zivilgouv. Frankfurt/M., Oberhessen u. Nassau, 1868 Vors. Staatsschuldenkomm., 1873–81 OPräs. Sachsen, zugl. RegPräs. Magdeburg, 1833 Mitgl. ProvLT Brandenburg, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1849–63 u. 1866–69 Mitgl. 1. Kammer bzw. MdA (Linke, bkF, konst., altlib.), 1867–70 u. 1871–73 MdR (altlib., LibRP), 1872 MdH, 1873–81 Mitgl. ProvLT Sachsen u. LT-Marschall 1–12/70; 13/II; 14/70; 15–16/71; 17–18/III; 19–40/71; 41/III; 42/71, 44–46/71; 47/III; 48/71; 48b/Fundort; 49/III; 50–51/71; 52/III; 53/71, 57–59/71; 60/III; 61–62/71; 63/III; 64–71/71; 72–73/72; 74–76/III; 80–85/72; 86/III; 87–88/72; 89/III; 90–93/72, 95–99/72; 100/III; 101–102/72; 102a/Fundort; 103–106/72; 107/III; 108–113/72; 114/III; 115–119/72; 120/Fundort; 121/73; 122/III; 123–129/73; 131/III; 132–133/73; 135–138/73; 139/III; 140–142/73; 143/III; 144–152/73; 153/III; 154/73; 162–163/III; 164–166/73; 167/III; 168–174/73; 175/Fundort; 176–177/73; 177a/Fundort; 178–179/73; 180/III; 181–182/73; 182a/Fundort; 183/III; 184–189/74; 191/III; 192–195/74, 197–201/74, 203/74; 204/III; 205–209/74, 261/74 177v; 411/78 122, 412/78 123v
- Patzke**, Polizeioberst Berlin, 1863 Dir. Strafanstalt Rawicz 288/75 36
- Pauli**, bis 1861 KrsGerR Neumarkt/Schlesien, 1862 Dir. KrsGer. Löbau 181/73 229
- Paur, Theodor** (1814/15 [?]-1892), 1842 Dr. phil., 1842–48 Lehrer in Neisse, 1850 a.D., freisinniger Politiker in Görlitz, 1848/49 Mitgl. dt. NatVers., 1862–79 MdA (FVP) 196/III 174–174v
- Pechau, Friedrich**, Stadtsekr. Neustadt-Magdeburg, 1865 Disziplinarsache 370/77 102
- Pelka, Anton**, Förster zu Nesselgrund, 1859 Disziplinarsache 39/71 69
- Pellffen, Eduard O. A. v.**, Steuereinzahler Schwerin/W., 1862 Disziplinarsache 246/74 165
- Persch, August Eduard**, Grenzaufseher Wittstock, 1864 Disziplinarsache 341/76 95
- Persius, Paul** (1832–1902), Sohn des Architekten Ludwig P., 1854–59 Ref. u. RegAss. Potsdam, Dr. jur., 1859 LandR Ost-Prignitz, 1867 Hilfsarb. MdI, 1868 RegR, 1869 GehRegR, 1873 Geh. ORegR, 1875–1902 Präs. OVG, 1884 MdStR, 1886 Wirkl.GehR, 1866–67 MdA (KoP), 1867 MdR (KoP), 1891 MdH 28/71 41v
- Peter Nikolaus Friedrich, Großherzog von Oldenburg** (1827–1900), 1853 Ghzg. 419/III 297v
- Peters, Friedrich** (1812–nach 1874), 1849–53 PolPräs. Königsberg, 1852–58 RegPräs. Minden (prominentes polit. „Opfer“ der Neuen Ära), 1852–53 Mitgl. 1. Kammer 4/70 289; 126/73 14
- Petit, Daniel Heinrich**, Steuer-Aufseher Naumburg, 1865 Disziplinarsache 365/77 76
- Peucker, Eduard** (1816: v.) (1791–1876), 1811 Ltn., 1815 OLtn., 1816 Hptm., 1822 Maj., 1834 Oberstltn., 1836 Oberst, 1842 GenMaj., Juli 1848–Mai 1849 RKrMinr. (mit Genehmigung des Königs), 1849 GenLtn., 1849 Chef GenStab Prinz v. Preußen, 1854 GenInspekteur d. Militär-Erziehungs- u. Bildungswesens, Nov. 1858 Gen., 1872 i.R., 1872 MdH 61/71 180v
- Peucker, Karl**, PolSekr. zu Berlin, 1860 Disziplinarsache 94/72 96
- Pfahler, Friedrich**, Förster zu Nerwigk, 1859 Disziplinarsache 20/71 19

- Pfeffer**, bis 1862 Wirkl. Admiralitätsrat KrMinm., 1862 Geh. Admiralitätsrat MarineMinm. 179/73 226; 220/74 106; 279/75 14–14v
- Pfuhl, Johann**, KrsGer.-Bote zu Liegnitz, 1859 Disziplinarsache 71/71 243
- Philipsborn, Max** (1865: v.) (1815–1885), Jurist, 1840 Eintritt ins MAA, 1844 LegR, 1845 GenKonsul Antwerpen, 1849 Wirkl.LegR, 1851 GehLegR, 1854 MdStR, 1857 Wirkl.GehLegR, Abt.-Dirig. MAA, Okt. 1863 MinDir. MAA, 1873 Wirkl.GehR (Exz.), 1872 MdH 220/74 106, 245/74 152; 308/75 118
- Philipsborn, Richard** (1865: v.) (1818–1884), 1835 Eintritt in Postdienst, 1847 Postinspektor, 1849 GehPostR HandMinm. (Generalpostamt), 1852 GenPostinspektor, 1859 GehOPostR, 1862 GenPostdir., April 1870 Rücktritt aus Staatsdienst, Präs. Zentral-Bodenkredit-Gesellschaft 22/71 31v; 84/72 50v; 174/73 198; 199/74 44v–45, 231/74 121; 359/77 45; 384/78 32, 413/78 126
- Pichert, Julius Friedrich**, Lehrer Guttau, 1864 Disziplinarsache 327/76 31
- Pieper, Friedrich W.**, Sanitäts-Unterarzt 182/73 257
- Pierron, Georg Alexander**, Bgm. Rhaunen, 1863 Disziplinarsache 302/75 98
- Pinder, Moritz** (1807–1871), 1829 Dr. phil. u. Bibliotheks-Kustos Berlin, 1849 Bibliothekar, 1851 Mitgl. Akad. d. Wiss., 1858 GehRegR KuMinm., 1868 GehORegR 279/75 14, 280/75 15; 358/77 43–43v
- Piske, Friedrich**, Steueraufseher, 1860 Disziplinarsache 111/72 194
- Pius IX.** (1792–1878), seit 1846 Papst 70/71 226
- Podbielski, Theophilus v.** (1814–1879), 1833 Ltn., 1845 OLn., 1849 Hptm., 1855 Maj., 1859 Oberstln., 1861 Oberst, 1865 GenMaj., 1866 Dir. Allg. KrDept. KrMinm., 1866/67 zeitw. Vertreter des KrMinr., 1868 GenLtn., 1867–1871 Bevollm. z. BundesR, 1873 Gen. 410/78 120, 413/78, 414/78 128, 415/78 129, 416/78 130–134; 419/III 295–298; 420/78 137–138, 421/78; 423/III 299–300; 424/78 143–144v
- Poesch, Heinrich**, AppGer.-Kanzlist Greifswald, 1859–62 Disziplinarsache 55/71 128; 147/73 94; 246/74 156
- Poetsch, Carl**, Obersteuerkontrolleur, 1860 Disziplinarsache 111/72 198
- Pohl, Albert**, Grenzaufseher Mittelwalde 212/74 72
- Pohl, Julius Caspar**, Hilfsprediger Saalfeld, 1864 Disziplinarsache 319/76 13
- Pommer-Esche, Adolph** (1813: v.) (1804–1871), 1831 Ass. KG, Hilfsarb. MdI, 1833 RegR, 1835 GehRegR, 1836 GehFinR FinMinm., 1839 GehOFinR, 1842 MdStR, 1845 Wirkl.GehOFinR u. MinDir. FinMinm., 1848–58 UStS HandMinm., 1858–71 OPräs. Rheinprovinz, 1861 Wirkl.GehR (Exz.), 1849 Mitgl. 1. Kammer 2/70 285v, 3/70 288; 93/72 88, 106/72 161; 107/III 105; 244/74 146–146v, 150–151
- Pommer-Esche, Johann Friedrich v.** (1803–1870), 1831 Ass. KG, 1831 ProvSteuerdirektion Frankfurt/O., 1832 RegAss., 1833 RegR, 1834 Justitiar Reg. Stettin, 1835 Hilfsarb. FinMinm., 1836 GehFinR, 1839 GehOFinR, 1842 Bevollm. d. Rheinschiffahrtskomm., 1849 GenSteuerDir., 1854 Wirkl.GehOFinR, 1854 MdStR, 1865 Wirkl.GehR (Exz.), 1867 Mitgl. BundesR 94/72; 156/73 127; 399/78 83–83v
- Pomplitz, Louis Eduard**, Lokomotivführer Königsberg, 1866 Disziplinarsache 378/78 25
- Pospiech, Paul**, Schuhmacher zu Pless, 1860 Begnadigungssache 107/III 106
- Pourtalès, Albert A. Graf v.** (1812–1861), Rittergutsbes., 1838 Kammerherr, 1844 LegR MAA, 1848–51 Gesandter Konstantinopel, Mitgl. Wochenblattpartei, 1859 Gesandter Paris, 1859 MdA (unbek.), 1860 MdH 49/III 54–55v
- Pratsch**, StadtGerDir, 1866 Vizepräs. AppGer. Marienwerder, 1866 Disziplinarsache 390/78 40
- Preis, Joseph**, Seminarlehrer Peiskretscham, 1865 Pensionssache 371/77 116
- Priever**, bis 1858 KrsGerR Sagan, 1858/59 Dir. KrsGer. Groß-Strehlitz 8/70 311
- Priewe, Reinhold**, Lehrer Königsdorf 212/74 80

- Prittwitz (-Gaffron), Robert v.** (1806–1889), 1837 RegAss. Königsberg, 1838 RegR Münster, 1843–44 Breslau, 1851 ORegR Posen, 1856 Liegnitz, 1856–63 Vizepräs. Reg. Breslau, 1863–68 RegPräs. Danzig 290/III 213
- Proelss, Theodor Rudolf**, Polizei-Verwalter Gerswalde, 1864 Disziplinarsache 319/76 9
- Prüfert, Johann**, KrsGer.-Bote Inowraclaw, 1862 Disziplinarsache 246/74 162
- Pruskil, Johann**, Lehrer zu Groß Beuchow, 1859 Disziplinarsache 39/71 86
- Przetak**, Forstaufseher Adamsverdruss, 1865 Disziplinarsache 373/77 125
- Przyborowski**, bis 1859 KrsGerR Neustadt (RegBez. Marienwerder), 1859 Dir. KrsGer. Rosenberg 48/71 98
- Przybylski, Marcell**, Tor-Kontrolleur Lissa, 1866 Disziplinarsache 390/78 52
- Przyluski, Leon Michal v.** (1789–1865), 1814 Priester, 1823 Dr. jur. utr., 1824–26 u. 1831 GenVikar Posen, 1832 Dompropst Gnesen, 1842–45 Kapitularvikar Gnesen, 1845–65 Erzbischof Gnesen u. Posen, Förderer d. poln. Nationalbewegung u. Sprecher d. preuß. Polen 84/72 51v; 238/74 140–140v; 311/75 121–121v; 328/76 42
- Pückler (-Limpurg), Erdmann Graf v.** (1792–1869), Rittergutsbes., 1835–58 RegPräs. Oppeln, 6.11.1858–17.3.1862 LandMinr., 1840 Mitgl. ProvLT Schlesien, 1849–50 Mitgl. 1. Kammer, 1854 MdH 1/70, 6–12/70; 13/II; 14/70; 15–16/71; 17–18/III; 19–32/71, 34–40/71; 41/III; 42/71, 44–46/71; 47/III; 53/71; 54/III; 58–59/71; 60/III; 61–62/71; 63/III; 64–71/71; 72–73/72; 74–76/III; 77–85/72; 86/III; 87–88/72; 89/III; 90–93/72, 95–99/72; 100/III; 101–102/72; 102a/Fundort; 103–105/72, 111–113/72; 114/III; 115–119/72; 120/Fundort; 121/73; 122/III; 123–130/73; 131/III; 132–138/73; 139/III; 140–142/73; 143/III; 144–147/73, 149–152/73; 153/III; 155–161/73; 162–163/III; 165–166/73; 167/III; 168/73, 171–174/73; 175/Fundort; 176–177/73; 177a/Fundort; 178–179/73; 180/III; 181–182/73; 182a/Fundort; 183/III; 184–189/74; 191/III; 192–195/74; 196/III; 197–201/74, 203/74; 204/III; 205–209/74
- Pückler (-Muskau), Hermann Graf v.** (1822: Fürst) (1785–1871), Gartenbaukünstler u. Schriftsteller, 1845 Verkauf von Muskau und Umzug nach Branitz, 1863 MdH 48/71 99v
- Pückler, Georg Graf v.** (1825–1883), 1868–83 LandR Falkenberg 390/78 40
- Pückler, Hermann Graf v.** (1797–1892), 1827 Kammerherr, Hofmarschall, 1858 Wirkl.GehR, 1861–85 OHof- u. Haus-Marschall, Oberstallmeister u. Intendant Kgl. Schlösser 232/74 125; 295/75 85
- Purrio, Margarete**, geb. Ammhausen, 1863 Begnadigungssache 298/III 230
- Purrio, Peter Anton**, 1863 Begnadigungssache 298/III 230
- Pusch, Rudolph**, Förster Spalienen, 1865 Disziplinarsache 354/77 32
- Putbus, Wilhelm Malte Graf v.** (1807: Fürst) (1783–1854), in schwedischen Offiziersdiensten, seit 1815 im preuß. Offiziersdienst, 1817 MdStR, 1820 GenMaj., Fideikommißbesitzer 48/71 99v, 101
- Puttkamer, Eugen v.** (1800–1874), 1822 Ref. KG, 1825 Ass. OLG Frankfurt/O., 1830 FinMinm., 1831 OLGR Marienwerder, 1836 LandR Randow, 1839–47 PolPräs. Berlin, 1847–48 RegPräs. Frankfurt/O., 1848 MinDir. MdI, 1851–60 OPräs. Posen, ebd. zugl. RegPräs., 1860 z.D., 1851–52 MdA (Rechte) 61/71 172v, 177–179v; 91/72 73–73v
- Puttkamer, Heinrich v.** (1803–1876), auf Klein Gustkow, 1853–73 LandR Bütow 55/71 110
- Puttkamer, Robert v.** (1828–1900), 1854 RegAss. Direktion Ostbahn Bromberg u. Hilfsarb. HandMinm. (Eisenbahn-Abt.), Jan. 1859 Koblenz, 1860/61 LandR Demmin, 1866 Hilfsarb. MdI, 1867 GehRegR Bundeskanzleramt, 1871 RegPräs. Gumbinnen, 1874 BezPräs. Lothringen, 1876/77 OPräs. Schlesien, 13.7.1879–17.6.1881 KuMinr., 1882 Rittergutsbes., 17.6.1881–8.6.1888 Minr.dI, 1881 Vizepräs. StMinm., 1891–99 OPräs. Pommern, 1874–91 MdR (KoP), 1879–85 MdA (bkF), 1889 MdH 16/71 11v; 134/73 47

**Quadt (-Hüchtenbruck), Konstantin Frh. v.** (1825–1881), 1850 GerAss., 1851 RegAss., 1853 Hilfsarb. HandMinm., 1856 LandR Hamm, 1865 ORegR Münster, 1869 Landdrost Osnabrück, 1878 RegPräs. Oppeln, 1862–68 Mitgl. ProvLT Westfalen, 1866–67 MdA (KoP) 360/77 47v

**Quandt, Karl**, Bgm. Fiddichow 212/74 90

**Quinohe** [?], Witwe, 1866 Begnadigungssache 380/III 276

**Quoos, Heinrich v.**, Obersteuerkontrolleur Mogilno, 1863 Disziplinarsache 288/75 60

**Raabe, Franz**, Förster Wilhelmsbruch, 1865 Disziplinarsache 370/77 111

**Radermacher, Friedrich**, Lehrer Longkamp, 1866 Disziplinarsache 404/78 108

**Rafalski**, Stellmacher, Mordopfer 396/III 286

**Raitz von Frentz, Jacob F.H.M. Frh. v.** (1826–1884), 1855 Kammerjunker, 1856–59 OAmtn. Sigmaringen, 1859–84 LandR Koblenz (Land), 1863 zugl. PolDir. Koblenz, Mitgl. ProvLT Rheinprovinz u. 1872–74 Marschall ProvLT, 1867–69 MdA (RFKP) 48/71 97

**Ranze, Heinrich**, KrsGer.-Bote Soest, 1863 Disziplinarsache 281/75 21

**Rappier**, Restgutsbesitzer, 1861 Begnadigungssache 163/III 134

**Rasche, Franz Friedrich Carl**, Grenzaufseher Hultschin, 1864 Disziplinarsache 319/76 19

**Raschke** [?], Tagelöhner 76/III 92

**Raschke, Karl**, Förster Torfbruch 212/74 75

**Rathke, Karl**, Lazarett-Inspektor Thorn 212/74 81

**Ratibor, Viktor** (1840: **Herzog v. u. Fürst v. Corvey**), **Prinz zu Hohenlohe-Waldenburg-Schillingsfürst** (1818–1893), Standesherr, überließ 1845 Herrschaft Schillingsfürst dem Bruder Chlodwig u. übernahm Verwaltung der vom Landgrafen von Hessen ererbten Besitzungen Ratibor u. Corvey, die zum Fstm. erhoben wurden; 1858 Oberstlttn., 1859 Oberst, 1867 GenLtn., 1884 MdStR, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1849–54 Mitgl. 2. Kammer (Rechte), 1854 MdH (1877–93 Präs.), 1856–76 Marschall u. 1876–93 Vors. ProvLT Schlesien, 1867–70 u. 1872–90 MdR (RFKP) 157/73 130

**Raumer, Karl Otto v.** (1805–1859), 1826 GerRef., 1831 RegAss., 1834 RegR Posen, 1837 Frankfurt/O., 1840 GehFinR FinMinm., 1841 GehRegR MdI, 1843 RegVizepräs. Königsberg, 1845 RegPräs. Köln, 1848 RegPräs. Frankfurt/O., 19.12.1850–6.11.1858 KuMinr. 9/70 314v; 115/72 222

**Rauschnig, Ludwig**, KrsGer.-Bote zu Lyck, 1859 Disziplinarsache 15/71 8

**Rechberg (-Rothenlöwen), Johann B. Graf v.** (1806–1899), Sohn des bayer. AMinr. Alois R.-B., seit 1829 im diplomat. Dienst Österreichs, 1849 österr. Bevollm. bei Reichszentralgewalt, 1855 Gesandter am Bundestag Frankfurt/M., März 1859–Okt. 1864 österr. AMinr. 195/74 36

**Reck[e], August Ludwig von der** (1808–1869), 1831 Auskultator, 1841 RegR Arnberg, 1844 Hilfsarb. FinMinm. (Handels-Abt.), 1845 GehFinR, 1851 GehORegR HandMinm., 1857 MdStR, Ende 1858 Wirkl.GehORegR u. MinDir. (Eisenbahn-Angelegenheiten) sowie Mitgl. Gerichtshof z. Entscheidung d. Kompetenzkonflikte, 1868 i.R. 3/70 288; 30/71 44–44v, 32/71 51, 46/71 96–96v; 91/72 73v–74

**Reck[e], Eberhard Friedrich Wilhelm Frh. von der** (geb. 1819), zu Stockhausen, 1842 Auskultator, 1845 RegRef., 1851/53–65 LandR Krs. Belgard 38/71 65v–66v

**Reckling, Carl**, Waldwärter zu Langscheid, 1859 Disziplinarsache 20/71 22

**Redtel, August** (1809–1873), 1830 Feldmesser, 1835 Land- u. Wassebauinspektor, 1837 Salinen-Bauinspektor Schönebeck, 1852 OBERg- u. BauR sowie Hilfsarb. HandMinm., 1856 GehBergR u. MinBauR, 1861 GehOBergR 179/73 225v

**Rège, Heinrich de** (1812–1873), 1834 Auskultator, 1839 Ass. OLG Königsberg, 1850 AppGerR Posen, 1853 GehJusR JMinm., 1857 GehOJusR, 1861 Vizepräs. AppGer. Posen, Dez. 1866 UStS JMinm. 58/71 149–149v; 93/72 88–88v, 103/72 147v–148, 149–150; 129/73 24–24v, 136/73 55–57v, 144/73 85–85v

- Reichenbach, Friedrich Wilhelm**, OFörster Zanderbrück, 1860 u. 1866 Disziplinarsache 88/72 70; 403/78 104
- Reichensperger**, [August oder Peter], MdA 92/72 86
- Reichmann, Gottfried**, Schulze zu Hansdorf, 1866 Disziplinarsache 429/78 153
- Reiffenstahl, Ernst Ewald**, Forstaufseher Neuendorf, 1866 Disziplinarsache 403/78 96
- Reinecke, Carl Hermann**, Büroassistent KrsGer. Garzyn, 1864 Disziplinarsache 341/76 99
- Reinhard(t)**, bis 1862 RegR ProvSteuerdirektion Breslau, 1862 ORegR 211/74 64v; 348/77 1v
- Renard, Andreas M. Graf v.** (1795–1874), Rittergutsbes. Groß-Strehlitz, Wirkl.GehR, 1847 Mitgl. Vereingter LT, 1849–54 u. 1859–61 MdA (Rechte, bkF) 56/71 135v
- Renesse, Hermann v.**, Büroassistent Soest, 1865 Disziplinarsache 352/77 9
- Reppert, Joseph**, Schichtmeister-Gehilfe Dudweiler, 1862 Disziplinarsache 246/74 164
- Reuß, Carl August** (1840: v.) (1793–1874), seit 1815 im Staatsdienst, 1819 Forstinspektor Schleusingen, 1823 Forstmeister, 1828 RegR u. ForstR Gumbinnen, 1831 Hilfsarb. FinMinm., GehFinR, 1836 OLForstmeister, 1840 MinDir. f. Forst u. Jagd, 1843 MdStR, 1859/63 a.D., 1862 Wirkl.GehR (Exz.) 244/74 146
- Reuther, Carl**, Steueraufseher zu Schweidnitz, 1860 Disziplinarsache 94/72 105
- Rhenius**, bis 1863 KrsGerR Schlochau, seit 1863 Dir. KrsGer. Carthaus 283/75 31v
- Ribbeck, Bernhard Ferdinand J. H.** (1819–1881), 1844 GerAss. KG, 1849–51 Reg. Liegnitz, 1851 Übertritt vom Justiz- zum Verwaltungsdienst, 1851 Reg. Breslau, 1852 RegR, 1855–81 MdI, 1858 GehRegR, 1862 GehORegR, 1876 Wirkl.GehORegR, 1876 Präs. Kuratorium Preuß. Rentenversicherungsanstalt, 1880 MinDir. MdI 8/70 299, 307, 309v, 14/70 348–362v; 31/71 47–50, 36/71 61–63v, 48/71 97v–98, 99–102, 55/71 131–131v, 58/71 158, 66/71 196–196v, 197–206v; 140/73 68–68v, 69–70, 146/73 87–87v, 150/73 113v–114, 118–118v, 157/73 128, 129–130, 158/73 151, 153–154v, 179/73 226; 200/74 46–46ev, 201/74 48a–48k, 202/74 49a–49d, 240/74 148; 288/75 36, 37–39, 306/75 117–117v; 328/76 41, 336/76 76, 343/76; 379/78 27–27v, 386/78 33–33v, 389/78 36–36v, 37–39v, 400/78 84–84v, 86, 402/78 89
- Ricasoli, Bettino, Baron v. Brolio** (1809–1880), 1860–61 GenGouv. Toskana, Juni 1861–März 1862 u. 1866–67 Präs. ital. StR/MinPräs. 196/III 171–171v
- Richter**, Proviant-Meister, 1865 Pensionssache 373/77 130
- Richter, Adolph W. M.**, Lehrer 182/73 242
- Richter, Aemilius L.** (1808–1864), Jurist, 1836 Prof. Leipzig, 1838 Marburg, 1846 Prof. für Kirchenrecht in Berlin u. zugl. KuMinm., 1852 OKonsR u. Mitgl. Ev. Oberkirchenrat, 1859 GehORegR KuMinm. 15/71 1v–2, 22/71 31, 62/71 183, 187–189v; 104/72 154–155v, 110/72 185, 186–188, 115/72 220v–221, 222–225v; 140/73 68–68v, 69–70
- Richter, Carl W.**, Polizei-Kommissarius 182/73 249
- Richter, Heinrich**, OFörster Klütz, 1862 Disziplinarsache 233/74 129
- Richter, Konstantin** (1827–1910), 1854 Militär-Intendantur-Ass., 1857 Militär-/Marine-Intendanturrat, 1862 Wirkl. Admiralitätsrat MarineMinm., 1871 GehAdmiralitätsrat, 1883 Wirkl. GehAdmiralitätsrat, 1889 RMarineA, 1891 a.D., 1892 Wirkl.GehR 267/74 203
- Richthofen, Emil Frh. v.** (1810–95), Minister-Resident u. GenKonsul Mexiko, 1859/60 ao. Gesandter u. bevollm. Minr. Hamburg 58/71 145v
- Rieben, August Julius Heinrich I. v.** (1800–1888), 1833 OLtn., 1841 Hptm., 1848 Maj., 1853 Oberstltn., 1857 Oberst, 1860 GenMaj., 1861 interim. MinDir. MarineMinm., 1864 GenLtn., 1.8.1867 Bevollm. z. BundesR, 1867 z.D. 286/75 33v; 330/III; 356/77
- Riecks**, bis 1859/60 Intendanturrat, seitdem Intendant KrMinm. sowie seit 1860/61 GehKrR 57/71 144–144v
- Riedel**, bis 1858/59 KrsGerR (Preuß.) Stargard, seit 1859 Dir. KrsGer. Schlochau 32/71 51–51v
- Rieger, Wilhelm**, Lehrer zu Gremsdorf, 1859 Disziplinarsache 15/71 5
- Riel**, Kreisrichter zu Soldin, 1859 Gehaltssache 55/71 131–131v
- Riemer, Karl August Hermann**, 1861–67 LandR Stallupönen 134/73 47

- Riesen, Jacob van**, Druckereibesitzer, Petent 23/71 32–32v
- Riewe**, Syndikus des Bistums Kulm 224/74 112–113
- Rigal, Ludwig M.** (1840: Frh.) (1828: v.) (1809–1885), 1845–47 Fabrikbesitzer Krefeld, 1850 Rittergutsbes. Godesberg, 1860 MdH, 1865 Mitgl. ProvLT Rheinprovinz 2/70 285
- Rihleben, Ferdinand**, Büroassistent Stadtger. Berlin, 1859 Disziplinarsache 71/71 247
- Rintelen, Otto**, 1863 RegAss. Köln, 1865–68 LandR Bergheim (Erft) 370/77 92
- Rittberg, Oswald Graf v.** (1832–1908), Rittergutsbes. Baalau, 1863–92 LandR Ueckermünde, 1878–81 u. 1884–90 MdR (KoP) 277/75 8
- Ritter**, 1850–51 KrsGer. Frankfurt/O., KrsGerR, 1860 Gehaltssache 103/72 151
- Ritter**, GehKrR KrMinm., Mitgl. Ober-Examinations-Komm. f. Militär-Intendantur-Beamte 144/73 85–85v
- Ritter**, RegRef., Übersetzer 358/77 44v, 372/77 117v
- Rittmüller, Ludwig**, Grenzaufseher zu Kalkar, 1858 Disziplinarsache 9/70 326
- Rocholl, Hermann** (geb. 1827), 1855 GerAss., 1856 Hilfsarb. HandMinm., 1858 RegAss., 1866 RegR, 1867 FinMinm., 1869 Magdeburg, 1886 ORegR u. Abt.-Dir. direkte Steuern, 1895 i.R. 389/78 36, 37–39v
- Rochow, Karl**, KrsGer.-Bote, 1860 Disziplinarsache 91/72 77
- Roeder, Friedrich Hermann v.** (1797–1857), 1813 Ltn., 1817 OLtn., 1821 Hptm., 1834 Maj., 1844 Oberstltm., 1847 Oberst, 1852 GenMaj. 63/III 76
- Roestel**, ORegR, 1866 a.D. 394/78 76
- Roestel, Friedrich**, KrsGer.-Bote aus Insterburg 212/74 86
- Rogeck, Friedrich**, Kirchschullehrer 140/73 72
- Rohde**, OPostSekr. zu Marienwerder, 1859 Reklamationssache 58/71 158
- Rohr, Heinrich Moritz v.** (1800–1879), 1821 Auskultator, 1827 Ass. KG, 1835 OLGR Marienwerder, 1839 TribunalR Königsberg, 1844 GehJusR JMinm., 1850 Vizepräs. AppGer. Königsberg, 1855 Präs. AppGer. Insterburg, 1862 Dr. jur., 1864 Vizepräs. OTribunal, 1867 Wirkl.GehOJusR, 1871 Wirkl.GehR (Exz.), 1879 i.R. 328/76 41v
- Roland, Carl**, Lehrer Oranienburg, 1866 Disziplinarsache 378/78 11
- Rönne, Friedrich Frh. v.** (1798–1865), 1820 Auskultator, 1825 OLGR Hamm, 1828 KGR, 1831 Reg. Potsdam, 1834–43 u. 1849–57 Minister-Resident bzw. Gesandter Washington, 1843 Leiter Handelsamt Berlin, 1844 MdStR, 1850 z.D., 1857 i.R., 1848/49 Mitgl. dt. NatVers. (bkF), 1859–65 MdA (Vincke, DFP) 59/71 161v–162, 163–171; 234/74 137
- Rönne, Ludwig v.** (1804–1891), Dr. jur., 1828 Richter Münsterberg, 1832 Dir. LG Hirschberg, 1836 OLGR Breslau, 1843 KGR, 1859–68 Vizepräs. AppGer. Glogau, Verfasser staatsrechtl. Werke, 1849 Mitgl. 1. Kammer, 1859, 1862–63 u. 1868–79 MdA (Vincke, Grabow, Freier Parlamentarischer Verein), 1871–77 MdR (NLP), Verfasser bekannter Abhandlungen zum Staatsrecht 48/71 98
- Roon, Albrecht v.** (1871: Graf) (1803–1879), 1831 OLtn., 1836 Hptm., 1842 Maj., 1850 Oberstltm., 1851 Oberst, 1856 GenMaj., Mai 1859 GenLtn., 5.12.1859–9.11.1873 KrMinr. (1.1.–9.11.1873 durch Gen. v. Kameke vertr.), 16.4.1861–31.12.1871 zugl. MarineMinr., 1869 Vors. BundesR Dt. Zollverein, 1869 Bevollm. z. BundesR, 1873 GenFeldmarschall, Jan.–Nov. 1873 MinPräs., 1872 MdH 59/71 171; 63/III 71, 76v, 77, 77v; 64/71 190v, 65/71, 67/71, 69/71; 72–73/72; 74–76/III; 77/72, 79–84/72; 86/III; 87–88/72; 89/III; 92–93/72, 95–96/72; 100/III; 101/72, 102a/Fundort; 103–106/72; 107/III; 108–113/72; 114/III; 115–119/72; 120/Fundort; 121/73; 122/III; 123/73, 125–127/73, 129–130/73; 131/III; 132–135/73; 136a/Fundort; 137–138/73; 139/III; 140–142/73; 143/III; 144–152/73; 153/III; 154/73; 162–163/III; 164–166/73; 167/III; 168/73, 171–174/73; 175/Fundort; 176–179/73; 180/III; 181–182/73; 182a/Fundort; 183/III; 184/74, 186–189/74; 191/III; 192–195/74; 196/III; 197–201/74, 203/74; 204/III; 205–217/74; 218/III; 219–221/74; 222/III; 223–227/74; 228/III; 229–235/74; 236/III; 237–240/74, 243–245/74, 247–249/74; 250–251/III; 252–257/74; 258/III; 259–260/74, 266–268/74; 268a/Fundort; 270–

271/74; 272–277/75, 278–284/75; 285/III; 286–288/75; 289–290/III; 292–296/75; 297–298/III; 299–300/75; 301/III; 305–306/75; 307/III; 308–315/75; 316/III; 317/75; 318/III; 319/76; 320–322/III; 324–329/76, 331–334/76; 335/III; 336–338/76, 342–347/76; 348/77; 349/III; 350–351/77, 353–356/77; 357/III; 358–362/77; 363/III; 364/77; 366–367/III; 368–369/77, 372–374/77; 375–377/78, 379/78; 380/III; 381–384/78; 385/III; 386–389/78, 392/78; 393/III; 394–395/78; 396–397/III; 398/78; 407/III; 408–409/78, 412/78, 425/78; 426/III; 427–429/78

**Rose** [?], Tagelöhner 76/III 92

**Rose, Rudolph**, Bgm. Podgorz, 1866 Disziplinarsache 429/78 165

**Rospatt, Lambert** (1829–1902), 1850 Auskultator, 1853 RegRef. Münster, 1856 kommissar. LandR Lüdinghausen, 1858 RegAss. Münster, 1859 Marienwerder, 1861–65 LandR Löbau, 1866–82 LandR Lennep, 1882 RegR Wiesbaden, 1890 GehRegR, 1901 i.R. 150/73 114

**Ross, Daniel**, Steueraufseher, 1860 Disziplinarsache 102/72 138

**Roth, Friedrich W.L.H.**, Obersteuerkontrolleur zu Kreuzburg, 1859 Disziplinarsache 55/71 119

**Rothe, Johann**, KrsGer.-Bote, 1861 Disziplinarsache 130/73 37

**Rothe, Robert** (1803–1893), 1827 GerRef. Marienwerder, 1832 RegAss. Danzig, 1833 Marienwerder, 1836 RegR, 1842 Danzig, 1846 Eintritt ins FinMin. u. GehFinR, HandMin., 1849 ORegR u. stellv. RegPräs. Marienwerder, 1860 Vizepräs. Reg. Posen, 1861–76 RegPräs. Merseburg, 1893 Wirkl.GehORegR u. MinDir. RAdI, 1848/49 Mitgl. dt. NatVers., 1862, 1867–69, 1870–72 MdA (Rechte/Grabow, RFKP) 111/72 189

**Rother, Julius v.** (1834–1899), RegAss., 1868–76 LandR Lüben 386/78 33

**Rother, Karl**, Polizei-Sergeant, 1861 Disziplinarsache 147/73 104

**Rothkirch (-Trach), Leopold Frh. v.** (1861: **Graf**) (1796–1866), auf Panthenau u. Bärsdorf, OLGR a.D., 1854 MdH 288/75 37

**Roy, v.**, Gebrüder 217/74 104

**Rüdiger, Johann**, Steueraufseher zu Kienitz, 1860 Disziplinarsache 94/72 100

**Rumpca** [?], **Anton**, 1863 Begnadigungssache 298/III 230v

**Rumpe, Gustav**, Güterexpedient Sommerfeld 212/74 94

**Russell, John**, Lord (1792–1878), brit. Liberaler (Whig), 1846–52 u. Okt. 1865–Juni 1866 Premierminr., 1852–53 u. Juni 1859–Okt. 1865 AMinr. 148/73 108–108v

**Rüter, Wilhelm**, Lehrer Ringel, 1866 Disziplinarsache 429/78 166

**Sabarth**, ORegR u. Bevollm. bei Zollvereins-Administration Hannover, ProvSteuerDir., 1867 GehFinR, 1871 GehOFinR 348/77 1v

**Sachs(s)e**, bis 1862 PostR in Arnberg, seit 1862/63 kommissar. OPostDir. Arnberg 315/75 134

**Sack**, GerAss. Stadtger. Berlin, 1860 Hilfsarb. Disziplinarhof f. nicht-richterl. Beamte 90/72 72

**Sack, Oswald Ludwig Theodor**, 1839 RegAss. Oppeln, 1843 LandR Rosenberg, RegR Oppeln, 1862 ORegR 241/74 143

**Saeger, Carl**, Steueraufseher zu Wollmirstedt, 1859 Disziplinarsache 71/71 241

**Saenger, Johann**, Lehrer, 1861 Disziplinarsache 157/73 133

**Saldern, Alfred v.** (1829–1904), Gutsbes., 1863–69 LandR Nimptsch, 1870–74 LandR Neuruppin, 1874 LandR Sonderburg, PolDir. Charlottenburg, 1867–76 MdA (RFKP) 271/74 232

**Salkowski**, RegR Bromberg, 1866 Pensionssache 391/78 71

**Sallwürck von Wenzelstein, Karl Nicolaus** (1802–1864), KrsGerR a.D. Hechingen 58/71 149–149v

**Salm (-Horstmar), Friedrich Fürst zu** (1816: **Graf**) (1799–1865), Standesherr, 1847 Mitgl. Vereinigter LT u. ProvLT Westfalen, Mineraloge u. 1856 Ehrenmitgl. Akad. d. Wiss., 1855 MdH 328/76 41, 43–43v

**Salviati, Karl v.** (1823–1878), Gutsbes., 1842 Auskultator, 1849 Ref. AppGer., 1852 Ref. KG, 1859 Hilfsarb. LandMin., 1860 Landesökonomierat u. GenSekr. d. Landes-Ökonomie-Kollegiums, April 1872 GehORegR, Nov. 1872 a.D., 1859–60 MdA (Mathis) 93/72 87v



- Salzenberg, Friedrich Ludwig Wilhelm** (geb. 1803), Geodät, Bauakademie Berlin, Dir. der Telegraphen-Anstalten, Reg- u. BauR Erfurt, ca. 1856 Hilfsarb. HandMinm., Ende 1858 GehBauR, 1862 GehOBauR 219/74 105
- Sametzki, Heinrich G.** (geb. 1796), GehRechR 140/73 80
- Saro, Otto** (1818–1888), 1839 GerRef. Königsberg, 1842 Ass. OLG, 1850 StAnw. Marienwerder, 1851 Graudenz, 1856 Königsberg, 1858–79 OStAnw. AppGer./OLG Insterburg, 1879 OLG Königsberg, 1887 GehOJusR 4/70 289v
- Saß, Theodor Frh. v.** (1833–1894), 1865–94 LandR Heilsberg 358/77 44v
- Saucken (-Julienfelde), August v.** (1798–1873), Rittergutsbes. Julienfelde, 1847 General-Landschaftsrat, 1843 Mitgl. ProvLT Preußen, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1849–63, 1865–66 u. 1867–73 MdA (rechtes Zentrum, Linke, Vincke, Grabow, bkF, NLP) 248/74 169bv, 249/74 169dv
- Sauermann, Carl Otto**, OPostSchr. Liegnitz, 1865 Disziplinarsache 373/77 123
- Savigny, Karl Friedrich v.** (1814–1875), 1863 Wirkl.GehR (Exz.), 1864–66 Gesandter am Frankfurter Bundestag 269/74 207; 393/III 283–284v; 425/78 145–145v; 426/III 301–302
- Sayn (-Wittgenstein), Ludwig Fürst zu** (1799–1866), Standesherr, 1862 MdH 170/73 186v
- Sayn (-Wittgenstein-Berleburg), Albrecht Fürst zu** (1834–1904), Standesherr, Mitgl. ProvLT Westfalen 231/74 120v–121
- Schack, Hans Wilhelm v.** (1791–1866), 1807 Ltn., 1813 OLn., 1815 Hptm., 1825 Maj., 1839 Oberstltn., 1840 Oberst, 1847 GenMaj., 1851 GenLtn., 1858 kommand. Gen. IV. AK, 1859 Gen., 1859 Militär-Gouv.. Sachsen 236/III 191–194
- Schade**, Tagelöhner, 1858 Begnadigungssache 6/70 293
- Schade, Caroline**, geb. Kleinert, 1858 Begnadigungssache 6/70 293
- Schallenberg, Hermann J.**, Grenzaufseher zu Kaldenkirchen, 1859 Disziplinarsache 55/71 122
- Schaper, Justus Wilhelm Eduard v.** (1792–1868), seit 1813 im Staatsdienst, 1818 RegAss. Merseburg, 1819 RegR Marienwerder, 1820 Merseburg, 1827 RechR Oberrechnungskammer, 1834 ORechR Merseburg, 1839 RegPräs. Trier, 1842–45 OPräs. Rheinprovinz, 1845 OPräs. Westfalen, 1846 GenPostmeister, 1846 MdStR, 1849 z.D., 1852 i.R., 1860 Pensionssache 85/72 55v–56, 57
- Scharlock, Friedrich**, Ger.-Bote, 1860 Disziplinarsache 111/72 191
- Schartow, Adolph Friedrich** (geb. 1817), 1842 Auskultator, 1847 GerAss., 1849 RegAss., 1856 Hilfsarb. FinMinm., RegR, 1861 GehFinR, 1868 GehOFinR, 1879 GehORegR LandMinm., 1880 Wirkl.GehORegR u. MinDir., 1883 i.R. 128/73 21–23v; 230/74 119
- Schau, Friedrich**, Lehrer zu Thyrow, 1860 Disziplinarsache 91/72 80
- Schede, Hermann** (1812–1893), 1837 GerAss., 1839 Greifswald, 1844 Hilfsarb. MdI, 1846 RegR Magdeburg, 1849 Marienwerder, 1851 GehRegR HandMinm., 1854–59 Vizepräs. Reg. Koblenz, 1859 GehORegR HandMinm., 1878 Wirkl.GehORegR, 1879 Minm.öA, 1884 i.R. 23/71 32v–33, 55/71 132, 58/71 146, 147–148v; 84/72 54; 169/73 181; 340/76 85; 381/78 29
- Scheele, Friedrich** (1883: v.) (1813–1891), Jurist, 1838 Eintritt in Steuerverw., 1845 RegR, 1853 ORegR, 1854 GehFinR FinMinm., 1859 GehOFinR, 1869 a.D. u. Wechsel zur Disconto-Gesellschaft, 1873–74 Präs. REisenbahnA, 1874 Bevollm. z. BundesR 5/70 291; 61/71 172; 225/74 114; 327/76 29
- Scheller, Friedrich Ernst** (1791–1869), Dr. jur., 1813 Anwalt Göttingen, 1815 Richter Aachen, 1816 GerVors. Krefeld, 1820 OLG Halberstadt, 1830 OTribunalR, 1833 MdStR, 1836–69 Präs. AppGer. Frankfurt/O., 1861 Wirkl.GehOJusR, 1848–49 Mitgl. dt. NatVers., 1849–50 Mitgl. 1. Kammer, 1859 MdA (unbek.) 148/73 107
- Schelling, Hermann** (1857:v.) (1824–1908), Dr. phil., 1844 Auskultator, 1849 GerAss., 1854 StAnw. KrsGer. Hechingen, 1857 KG, 1861 Stadtger. Berlin, 1863 AppGerR Glogau, 1864 Hilfsarb. JMinm., 1866 GehJusR, 1874 Präs. AppGer. Halberstadt, 1875 Vizepräs. OTribunal Berlin, 1876 UStS JMinm., 1879 StS RJA, 1884 MdStR, 31.1.1889–13.11.1894 JMinr., 1889 MdH 354/77 29, 33, 369/77 87, 91–91v, 371/77 114, 115, 116, 373/77 123; 391/78 67, 69–71, 394/78 76, 400/78 84, 87, 411/78 122, 124, 413/78 126v

- Schellwitz, Wilhelm Ferdinand** (1807–1880), 1835 GerAss., 1841 GehRegR, 1848 LandMinm., 1851 Präs. GenKomm. z. Regulierung der gutsherrl. u. bäuerl. Verhältnisse Breslau, Wirkl. GehORegR, 1870–80 MdA (Lib. Zentrum u. NLP) 226/74 115–115v
- Schengen, Gustav v.**, Obersteuerkontrolleur zu Pollnow, 1859 Disziplinarsache 39/71 70
- Schenk, Johann Hugo Heinrich**, Büroassistent KrsGer. Friedeberg/Nm., 1866 Disziplinarsache 429/78 158
- Schepeler**, bis 1860 Amtm. Kgr. Hannover 99/72 119v
- Schering, August Ferdinand** (1810–1886), 1836 GerAss., 1837 Hilfsarb. JMinm., 1840 JusR, 1853 GehJusR, 1859 GehOJusR, 1875 i.R. 61/71 172
- Scherr, Gregor** (1860: v.) (1804–1877), 1856 Erzbischof von München u. Freising 155/73 126
- Schilling, Gustav Eduard**, Bezirks-Steuer-Erheber Oliva, 1865 Disziplinarsache 354/77 34
- Schimmelpfennig, Karl August**, KrsGerSchr. Lüdenscheid, 1866 Disziplinarsache 390/78 54
- Schirmeister, Adolf Friedrich**, Rentenbank-Schr. Münster, 1866 Disziplinarsache 391/78 72
- Schirrmeister**, bis 1860 KrsGerR Lauenburg, 1860 Dir. KrsGer. Schlawe 93/72 87
- Schlanzke, Gottfried**, Gefangenenwärter zu Trebnitz, 1859 Disziplinarsache 55/71 127
- Schlechtenda(h)l, Eugen v.** (1830–1881), 1857 RegAss. Merseburg, 1858 Trier, 1859/60–71 LandR Ottweiler 102/72 128
- Schleinitz, Alexander Frh.** (1879: **Graf**) v. (1807–1885), 1828 Auskultator Berlin, 1836 Schr. Gesandtschaft Kopenhagen, 1836 Petersburg, 1840 London, 1841 VortrR MAA, April 1848 Gesandter Hannover, 19.–25.6.1848 u. 21.7.1849–26.9.1850 AMinr., Vertrauter Prinz Wilhelms in Koblenz, 6.11.1858–16./31.7./10.10.1861 AMinr., 31.8./10.10.1861–19.2.1885 Minr. Kgl. Haus, 1849–52 u. 1859–61 MdA (bkF) 1–12/70; 13/II; 14/70; 15–16/71; 17–18/III; 19–40/71; 27a/Fundort; 41/III; 42/71; 43/Fundort; 44–46/71; 47/III; 48/71; 48a/Fundort; 49/III; 50–51/71; 52/III; 53/71; 54/III; 56–57/71, 59/71; 60/III; 61–62/71; 63/III; 64–71/71; 72–73/72; 74–76/III; 77–78/72, 80–85/72; 86/III; 90–96/72, 99/72; 100/III; 101–104/72, 110–113/72; 114/III; 115–119/72; 120/Fundort; 121/73; 122/III; 123–126/73, 128–130/73; 131/III; 132–134/73, 136/73; 136a/Fundort; 137–138/73; 139/III; 140–142/73; 143/III; 144–152/73; 153/III; 154/73; 162–163/III; 182a/Fundort; 272/75 2v, 288/75 37, 38v; 376/78 6
- Schleinitz, Frh. v.**, Ltn. z.S. 372/77 117–117v
- Schleinitz, Johann Eduard Christoph Frh. v.** (1798–1869), 1822–27 LandR Konitz, 1828 RegR Marienwerder, 1833 ORegR Bromberg, 1837–42 Vizepräs. Reg. Koblenz, 1842–48 RegPräs. Bromberg, 1848–68 OPräs. Schlesien, 1855 Wirkl.GehR (Exz.) 337/76 77av; 361/77 49v
- Schleinitz, Julius Frh. v.** (1806–1865), 1828 Auskultator, 1835 Ass. KG, 1837 RegAss. Marienwerder, 1839 RegR, 1841 Reg. Merseburg, 1844 Hilfsarb. MdI, 1844 GehRegR, 1850 RegPräs. Bromberg, 1864–65 RegPräs. Trier, 1848 Mitgl. preuß. NatVers., 1849–51 u. 1856–62 MdA (Mathis, bkF) 317/75 135
- Schley, Johann**, Lehrer Bommelsvitte, 1862 Disziplinarsache 246/74 166
- Schliack, Carl Eduard Ferdinand**, StAnw.-Gehilfe Spremberg 319/76 1, 3
- Schlieben, August**, Förster Klein-Lutau, 1864 Disziplinarsache 327/76 36
- Schlieben, Gustav Graf v.** (1800–1874), Rittm. a.D., Mitgl. ProvLT Preußen, 1855/1862 MdH 220/74 106v
- Schlieckmann, Heinrich v.** (1800–1869), Dr. jur., 1830 GerAss. Magdeburg, 1832 JusR, 1839 Dir. KrsGer. Querfurt, 1843 OLGR Stettin, 1845 Vizepräs. OLG Naumburg, 1854 Präs. Amtsger. Breslau, 1857 Vizepräs. OTribunal, 1862 Wirkl.GehOJusR, Mitgl. Kronsyndikus, 1864 MdH 214/74 97v; 339/76 83v
- Schmeling, Albert**, Bgm. zu Usedom, 1859 Disziplinarsache 71/71 250
- Schmidt**, Bgm. Goldap, 1865 Disziplinarsache 370/77 104
- Schmidt, David Herrmann**, Eisenbahn-Stationsvorst. Fürstenberg, 1865–66 Disziplinarsache 354/77 30; 391/78 68
- Schmidt, F.W.G.**, Magistrats-Registrator Guben, 1865 Disziplinarsache 365/77 67

- Schmidt, Ferdinand**, Lehrer, 1861 Disziplinarsache *130/73* 43
- Schmidt, Friedrich**, Distrikt-Kommissar u. Bgm. Schocken, 1862 Disziplinarsache *246/74* 161
- Schmidt, Friedrich**, Grenzaufseher zu Teveren, 1866 Pensionssache *413/78* 126, 127
- Schmidt, Friedrich**, Lehrer Kadettenhaus Wahlstadt, 1862 Pensionssache *231/74* 120v, 122–124v
- Schmidt, Paul**, Rektor, 1862 Disziplinarsache *233/74* 127
- Schmiedecke**, Dr. jur., 1845 Eintritt in Staatsdienst, bis 1859 AppGerR Frankfurt/O., 1859 Dir. AppGer. Köslin *50/71* 103v
- Schmitz**, Ökonomie-Inspektor zu Münster, 1859 Pensionssache *15/71* 3
- Schmitz**, Steuer-Kontrolleur zu Dortmund, 1859 Pensionssache *21/71* 30
- Schmitz, Jakob**, Polizei-Sergeant zu Koblenz, 1858 Disziplinarsache *9/70* 322
- Schmückert, Heinrich** (1790–1862), 1807 Eintritt in Staatsdienst, 1815 Postmeister Bernau, 1816 Hilfsarb. Generalpostamt, GehPostR, 1840 GehOPostR, 1846 Dir. Generalpostamt, 1849 GenPostDir., 1854 MdStR, 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1852–61 MdA (Carl, Mathis) *83/72* 38–40
- Schmude**, Sergeant, Mordopfer *367/III* 272
- Schneege**, OPostSchr., 1860 Disziplinarsache *111/72* 190
- Schneppe**, Distrikt-Kommissarius zu Kosten, 1859 Pensionssache *58/71* 159
- Schnur, Peter**, Lehrer Winterbach, 1863 Disziplinarsache *302/75* 106
- Schoenbrunn, Walter**, Lehrer, 1861 Disziplinarsache *157/73* 135
- Scholz, Adolf** (1883: v.) (1833–1924), 1854 Auskultator, 1860 RegAss. Danzig, 1864 Hilfsarb. KuMinm., 1869 RegR, 1871 FinMinm., 1872 GehFinR, 1875 GehOFinR, 1879 StS RSA, Wirkl.GehR, 28.6.1882–23.6.1890 FinMinr., 1870–73 MdA (KoP) *412/78* 123
- Scholz, Benjamin**, Steueraufseher *182/73* 232
- Scholz, Joseph**, KrsGer.-Bote Drossen, 1866 Disziplinarsache *390/78* 50
- Scholz, Julius**, Förster zu Schulenburg, 1859 Disziplinarsache *55/71* 117
- Scholz, Samuel**, KrsGer.-Bote, 1860 Disziplinarsache *102/72* 131
- Schönfeld, Carl**, Gefangenenwärter Elbing, 1864 Disziplinarsache *319/76* 16
- Schönfelder, Bruno** (geb. 1817), 1835 Feldmesser Breslau, 1844 Baumeister Königshütte/Oberschlesien, 1846 Bauinspektor, 1856 OBauinspektor OBERgA Breslau, OBERgR u. OBauR HandMinm., 1866 GehBauR, 1868 GehOBauR, 1879 Minm.öA, 1880 OBauDir., 1888 a.D. *390/78* 40
- Schönwald, Heinrich**, OFörster zu Altchristburg, 1860 Disziplinarsache *88/72* 68
- Schrader**, RegR ProvSteuerdirektion Stettin *348/77* 1v
- Schrage, Johann**, KrsGerSchr. zu Lippstadt, 1859 Disziplinarsache *15/71* 10
- Schreiber, Rosalie** *396/III* 287
- Schreiber, Susanne**, geb. Lewandowska, zu Dakau *396/III* 287
- Schrempf, Carl**, Bgm. Zinten, 1866 Disziplinarsache *390/78* 66
- Schröder, Hugo** (1829–1899), 1854 GerAss., 1856–62 StAnw. Suhl, Langensalza u. Wittenberg, 1862 z.D. ohne Gehalt wegen „oppositioneller Haltung“ als MdA, 1862–75 Publizist Berlin, 1875 Wiedereintritt in Justizdienst als StadtGerR Berlin, 1877 KGR, 1880 Präs. Berliner Unions- u. Dt. Protestantenvereins, 1862–66 u. 1867–77 MdA (linkes Centrum, NLP), 1874–77, 1881–84 u. 1890–98 MdR (NLP, LibVg, Freie Vereinigung) *263/III* 208
- Schroeder, Jan** (1800–1885), 1814–46 niederländ. Seeoffizier, 1846 Kapitän z.S. u. Eintritt in preuß. Marine, 1849 Seebefehlshaber, 1854 Konter-Admiral, Chef Stab der Marine, 1854–59 Chef Marinestation Ostsee in Danzig, 1858 Vize-Admiral, 6.4.1859–6.12.1860 Chef d. Marineverwaltung mit Minister-Rang u. -Verantwortung *16/71* 12, *39/71* 67, *42/71* 88–89v, *44/71* 90–90v, *51/71* 106–108v; *52/III* 56–64v; *57/71*, *62/71*; *63/III*; *64–67/71*, *69/71*; *75/III*; *77–78/72*, *80/72*; *86/III*; *93/72*, *117/72* 236–236v; *121/73* 3
- Schroeder, Nikolaus**, Bgm. Langenfeld, 1865 Disziplinarsache *365/77* 64
- Schroedter, Friedrich August**, StadtGerSchr. Berlin, 1866 Pensionssache *400/78* 86

- Schroeter**, RegSekt. Breslau, 1865 Disziplinarsache 373/77 128
- Schubarth, Ernst Otto** (1829–1908), 1851 Auskultator, 1853 RegRef. Potsdam, 1856 RegAss. u. Hilfsarb. FinMinm. u. HandMinm., 1857 Düsseldorf, 1859 Liegnitz, 1859/60–70 LandR Gladbach, danach in der Bauwirtschaft 93/72 88
- Schubert, Friedrich Wilhelm**, Büroassistent KrsGer. Neumarkt, 1864 Disziplinarsache 341/76 98
- Schubring**, bis 1849 RegR Potsdam, 1849–66 ORegR Bromberg 425/78 145
- Schué, Matthias**, Steuereinnahmer Barmen, 1866 Pensionssache 411/78 122, 124
- Schuhmann, Leopold** (1880: v.) (1815–1886), 1835 Auskultator, 1841 Ass. KG, 1849 RegR LandMinm., 1856 GehRevisionsR im Revisions-Kollegium f. Landeskultur, 1859 GehRegR, Mitgl. Zentralkomm. Rentenbanken, 1862 GehORegR u. Mitgl. Landes-Ökonomie-Kollegium, 1868 MdStR, 1868–70 AR Disconto-Ges., 1869 Wirkl.GehOFinR u. MinDir. FinMinm., 1874 Präs. Disziplinarhof f. nicht-richterl. Beamte, Juli 1874 UStS StMinm., 1876 a.D. u. Wirkl.GehR (Exz.), 1879 Vors. d. Landes-Ökonomie-Kollegiums, 1872 MdH 19/71 13–15, 70/71 226–227; 73/72 3–3v, 4–9, 109/72 173–173v, 182–182v, 113/72 209, 218–219, 116/72 232–232v, 233–235v; 126/73 14, 128/73 19v–20, 21–23v, 130/73 25v–26, 134/73 48–50; 185/74 16, 200/74 46a–46ev, 201/74 48a–48k; 373/77 124; 386/78 33–33v, 398/78 82
- Schulenburg, Christoph Friedrich**, Rektor u. Prediger Gardelegen, 1866 Disziplinarsache 378/78 17
- Schulenburg, Johann**, KrsGer.-Bote Rheine, 1866 Disziplinarsache 429/78 164
- Schultze**, 1853 RegR ProvSteuereinspektion Köln, Reg. Potsdam, Hilfsarb. FinMinm., 1859 GehFinR, 1865 Zollvereins-Bevollmächtigter Frankfurt/M. 57/71 144; 331/76 64
- Schultze, Friedrich Gustav**, Rektor Pr. Eylau, 1864 Disziplinarsache 341/76 91
- Schultze, Heinrich August**, Lehrer u. Musikdir. Nordhausen, 1866 Disziplinarsache 429/78 154
- Schulz, Albert**, Förster zu Pritter, 1860 Disziplinarsache 88/72 63
- Schulz, August Sebastian Ferdinand**, Bgm. zu Bentzin [?], 1864 Disziplinarsache 329/76 47
- Schulz, Carl**, Lehrer zu Barfussdorf, 1862 Disziplinarsache 233/74 128
- Schulz, Johann**, Grenzaufseher, 1859 Disziplinarsache 39/71 72
- Schulz, Karl**, Steueraufseher zu Stettin, 1860 Disziplinarsache 94/72 104
- Schulze (-Delitzsch), Hermann** (1808–1883), Jurist, 1837 Ass. Naumburg, 1841–49 Patrimonialrichter Delitzsch, 1851 aus polit. Gründen versetzt KrsGer. Wreschen u. a.D., Schriftsteller, Förderer u. Gründer des Genossenschaftswesens, 1859 Anwalt des von ihm gegr. Verbands Dt. Genossenschaften in Dresden, 1859 Mitbegr. Nationalverein, 1861 Mitbegr. DFP, 1865 Begr. Dt. Genossenschaften Berlin, 1848 Mitgl. preuß. NatVers., 1849 Mitgl. 2. Kammer u. 1861–72 MdA (DFP), 1867–83 MdR (DFP) 213/74 95v; 283/75 31–31v; 355/77 38
- Schulze, Johannes** (1786–1869), Dr. phil., 1816–18 KonsR u. SchulR Koblenz, 1818 GehORegR KuMinm., Dez. 1849–Dez. 1858 MinDir. KuMinm., 1852–Dez. 1858 Wirkl.GehORegR, 1854 Ehrenmitgl. Akad. d. Wiss. 7/70 294v
- Schumann**, KrsGerR Conitz/Tuchel, 1865/66 Dir. KrsGer. Butow 372/77 118
- Schumann, Carl**, Förster Grzybno bei Schrimm, 1865 Disziplinarsache 352/77 22
- Schütz, Johann**, KrsGerSekt. 115/72 227
- Schwanke, Theodor**, Lehrer, 1860 Disziplinarsache 111/72 201
- Schwarck**, seit 1826 Justizdienst, 1833 OGerAss., 1834 KrsJusR u. Richter Schwetz, 1838 Dir. Stadtger. Schwetz, 1846 OLGR Ratibor, 1848/49 OStAnw. AppGer. Ratibor, 1853 OStAnw. KG, Nov. 1860 z.D. (Stieber-Affäre) 112/72 206–208v; 214/74 98, 215/74 99–99v
- Schwarz, Georg Ferdinand Hugo**, Steuereinnahmer zu Kanth, 1864 Disziplinarsache 341/76 96
- Schwarzenberg, Friedrich Fürst zu** (1809–1885), 1833 Priester, 1836 Dr. theol. u. Fürsterzbischof Salzburg, 1842 Kardinal, 1850 Erzbischof Prag 155/73 126
- Schwarzhoff, Dietrich v.** [= v. Groß] (1810–1896), ORegR Köslin, 1864 Vizepräs. Reg. Magdeburg 329/76 44v

- Schweiger, Wilhelm**, Büroassistent Lyck, 1866 Disziplinarsache 403/78 92
- Schweigler, August**, Tagearbeiter Rothfest [?], 1863 Begnadigungssache 298/III 230v
- Schweinitz** (u. Niebusch), **Hans Hermann Graf v.** (1799–1876), AppGerR Glogau, bis 1861 Vizepräs. AppGer. Posen., 1861 Präs. AppGer. Posen, Wirkl.GehOJusR, 1855–56 MdA (unbek.) 129/73 24
- Schwerin (-Putzar), Maximilian Graf v.** (1804–1872), Rittergutsbes., Jurist, 1833–48 LandR Anklam, März–Juni 1848 KuMinr., 3.7.1859–17.3.1862 Minr.dI, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1848–49 Mitgl. dt. NatVers., 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1867–72 MdA (NLP), 1867–71 MdR (NLP) 53/71; 54/III; 55–59/71; 60/III; 61–62/71; 63/III; 64–70/71; 72–73/72; 74–76/III; 77–85/72; 86/III; 87/72, 90–93/72, 95–96/72, 98–99/72; 100/III; 101–102/72; 102a/Fundort; 103–106/72; 107/III; 108–113/72; 114/III; 115–118/72; 120/Fundort; 121/73; 122/III; 123–130/73; 131/III; 132–138/73; 139/III; 140–142/73; 143/III; 144–152/73; 153/III; 155–161/73; 162–163/III; 164–166/73; 167/III; 168/73, 170–174/73; 175/Fundort; 176–177/73; 177a/Fundort; 178–179/73; 180/III; 181–182/73; 183/III; 184–189/74; 191/III; 192–195/74; 196/III; 197–203/74; 204/III; 205–209/74
- Schwerzel, August**, Steueraufseher zu Reichenbach/Schl., 1866 Disziplinarsache 403/78 98
- Schwichow, v.**, Landstallmeister 110/72 185
- Sedlag, Anastasius** (1787–1856), 1834–56 Bischof von Kulm 299/75 87v
- Seemen, v.**, Rittergutsbes. 55/71 110v
- Seger**, 1863/64 AppGerR Stettin 329/76 44v
- Seidel, August Friedrich Anton**, Stadt- u. Gerichtsbote Magdeburg, 1866 Disziplinarsache 429/78 156
- Seidel, August Friedrich Wilhelm**, 1815 Ref. KG, 1849 GehRegR LandMinm., GehORegR, 1860 a.D. 15/71 1v
- Seiffart, Ferdinand** (1802–1877), 1828 Ass. KG, 1829 Hilfsarb. MdI, 1831 RegR Erfurt, 1832 PolPräsidium Berlin, 1835 GehRegR MdI, 1837 GehORegR, 1842 wegen fehlenden Vertrauens aus MdI versetzt, 1844 GenKonsul u. 1846 Minister-Resident Mexico, z.D., 1851 GehORechR, 1853 1. Dir. u. 1854 Vizepräs. Oberrechnungskammer, 1857 Entlassung im Disziplinarwege, 1855–56 MdA (unbek.) 48/71 97v
- Seiler**, bis 1862 KrsGerR Rheda, 1862 Dir. KrsGer. Lübbecke 244/74 146
- Selchow, Werner v.** (1806–1884), 1824/45–51 LandR Lauenburg (Pom.), 1851–55 RegPräs. Liegnitz, 1856–62 RegPräs. Frankfurt/O., 1862 OPräs. Brandenburg, 8.12.1862–13.1.1873 LandMinr., 1848–49 Mitgl. dt. NatVers., 1850 Mitgl. Erfurter Parlament (Volkshaus), 1849–51 u. 1863–70 MdA (Rechte, bkF) 245/74 152–152v; 268a/Fundort; 269–270/74; 272–280/75, 284/75; 285/III; 286–288/75; 289–290/III; 291–296/75; 297–298/III; 299/75; 301/III; 302–306/75; 307/III; 308–310/75, 312–315/75; 316/III; 317/75; 318/III; 319/76; 320–322/III; 323–329/76; 330/III; 333–334/76; 335/III; 336/76, 338/76, 340–347/76; 348/77; 349/III; 350–351/77, 353–356/77; 357/III; 358–362/77; 363/III; 364–365/77; 366–367/III; 368/77, 370–374/77; 375–377/78, 379/78; 380/III; 381–384/78; 385/III; 386–392/78; 393/III; 394–395/78; 396–397/III; 398–406/78; 407/III; 408–414/78, 421–422/78; 423/III; 424–425/78; 426/III; 427–429/78
- Selle, Peter J. H.**, KrsGerSekt. 182/73 244
- Senfft von Pilsach, Ernst Frh. v.** (1795–1882), 1840 Berater Friedrich Wilhelms IV., 1845–48 GehOFinR HausMinm., 1848 Mitbegr. Neuen Preuß. (Kreuz-)Zeitung, 1852–66 OPräs. Pommern, 1861 Wirkl.GehR (Exz.), 1855 MdH 108/72 170v–171v, 172a–172e; 127/73 16–16v, 17–18v, 156/73 127; 214/74 97, 220/74 106v; 294/75 84; 351/77 5v
- Senft, Friedrich Hermann**, KrsGerSekt. Triebsees, 1864 Disziplinarsache 327/76 30
- Sengbusch, Andreas Ludwig**, Förster zu Spirding, 1865 Disziplinarsache 370/77 109
- Senger, Carl Rudolph**, PostSekt. 311/75 129
- Setz, Carl G. A.**, Strafanstalts-Aufseher 182/73 248

- Seubert, Friedrich** (1819–1890), 1862 RegR Halberstadt, 1862 (Straf-)Versetzung nach Gutten-  
tag (Schlesien) „im Interesse des Dienstes“, 1864 a.D., 1860–70 MdA (Vincke, linkes Centrum)  
263/III 208
- Seydel, Carl Theodor** (1812–1873), 1839 RegAss. Minden, 1841 Hilfsarb. FinMinm., 1843 Reg.  
Oppeln, 1845 RegR FinMinm., 1847 GehFinR, 1854 GehOFinR, 1859–62 RegPräs. Sigmaringen,  
1862–72 OB Berlin 16/71 12, 31/71 46; 168/73 172
- Seydewitz (-Roitzsch), Oscar Maximilian Curt v.** (1836–1902), 1864 RegAss. Merseburg,  
1865–81 LandR Bitterfeld, ORegR Liegnitz 372/77 117v
- Seydewitz, Otto v.** (1818–1898), Rittergutsbes. Biesig, Dr., 1859–64 LandR Görlitz, Landes-  
ältester der Kommunal-landständ. Verwaltung Oberlausitz, 1879–94 OPräs. Schlesien u. zugl.  
1879–81 RegPräs. Breslau, 1882 Wirkl.GehR, 1867–90 MdR (KoP, DkP), 1879 Präs. RT, 1891  
MdH 16/71 11; 361/77 48v
- Seydler, Friedrich Wilhelm G.,** Hauptzollamts-Kontrolleur Friedland, 1864 Disziplinarsache  
327/76 39
- Seykowski, Johann,** Kürschnergeselle zu Schoensee, 1866 Begnadigungssache 396/III 286
- Siebelist, Johann,** KrsSekr. zu Kleve, 1860 Disziplinarsache 94/72 93
- Siehr, Ludwig Ferdinand Hermann,** 1861 RegAss. Gumbinnen, 1862 Königsberg, 1863  
kommissar. LandR Grimmen, 1865–77 LandR Goldap, 1877 VerwGerDir. Gumbinnen, 1878  
ORegR Gumbinnen, 1883/85 Konsistorial-Präs. Ost- u. Westpreußen 372/77 117v
- Sieracki, Johann,** KrsGer.-Bote Löbau, 1866 Disziplinarsache 403/78 102
- Simons, Ludwig** (1803–1870), 1830 Ass. AppGer. Köln, 1832 Prokurator Düsseldorf, 1834  
Elberfeld, 1841 GenAdvokat AppGer. Köln, 1847 GehJusR JMinm., 10.4.1849–14.12.1860 JMinr.,  
Kronsyndikus, 1848 Mitgl. preuß. NatVers., 1849–54 Mitgl. 1. Kammer (bkF), 1854 MdH  
1–12/70; 13/II; 14/70; 15–17/71; 17–18/III; 19–28/71, 30–40/71; 41/III; 42/71, 44–46/71; 47/III;  
48/71; 49/III; 50–51/71; 52/III; 53/71; 54/III; 55–59/71; 60/III; 61–62/71; 63/III; 64–71/71; 72–  
73/72; 74–76/III; 77–83/72, 85/72; 86/III; 87–88/72; 89/III; 90–94/72, 97–99/72; 100/III; 101–  
106/72; 107/III; 108–113/72; 114/III; 115/72, 118/72 238v
- Simson, Eduard** (1888: v.) (1810–1899), Dr. jur., 1831 Privatdozent Königsberg, 1833 ao. Prof.,  
1846 zugl. TribunalR, 1860 Vizepräs. AppGer. Frankfurt/O., 1869 Präs. AppGer. Frankfurt/O.,  
1878 Präs. RG Leipzig, 1891 a.D., 1846 Mitgl. Stadtverordnetenvers. Königsberg, 1848–49 Mitgl.  
dt. NatVers. (Dez. 1848–Mai 1848 Präs.), 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus (Präs.), 1849–52 u.  
1859–67 MdA (Linke, bkF, Vincke, Grabow, konst., NLP, 1860–61 Präs.), 1867–77 MdR (bkF,  
NLP, 1867–73 Präs.) 155/73 126; 162/III 132v
- Sixtus,** 1812–37 in Militär-Verwaltung, GehORechR, 1852 Wirkl.GehKrR u. Intendant II. AK,  
Abt.-Dir. für Etatswesen im KrMinm. 362/77 51–52
- Skalley, Eugen** (1785–1867), 1806 Dr. jur., 1810 OLGR Königsberg, 1811 KGR, 1814 FinMinm.  
(Bergbau), 1816 GehRegR, 1817 GehFinR, 1848 VotrR HandMinm., 1852 Wirkl.GehORegR,  
1854 MdStR, 1855 MinDir., 1860 a.D. 62/71 182–182v
- Skieczynski, Valentin,** KrsGer.-Kanzlist, 1861 Disziplinarsache 130/73 39
- Snethlage, Karl Wilhelm Moritz** (1792–1871), Dr. theol., 1821 Pfarrer in Barl, 1822 Unterbar-  
men, 1842 Hilfsarb. KuMinm., 1844 Hof- u. Domprediger Berlin, 1845 zugl. Stiftpropst des Klo-  
sters zum Heiligengrabe, 1852 Mitgl. Ev. Oberkirchenrat, 1863 Oberhofprediger 155/73 126;  
162/III 132v
- Sobirey, Carl Gottlieb,** Lehrer Stoberau, 1864 Disziplinarsache 327/76 32
- Solemacher (-Antweiler), Friedrich** (1861: Frh.) v. (1832–1906), Rittergutsbes., 1888–94 Vors.  
ProvAusschuß Rheinprovinz, 1875 MdH 288/75 37
- Solms (-Braunfels), Ferdinand Fürst zu** (1797–1873), Standesherr, 1837 reg. Fürst, Mitgl. 1.  
Kammer Ghzgtm. Hessen, Mitgl. ProvLT Rheinprovinz, 1847 Mitgl. Vereinigter LT (Herrenkurie),  
1854 MdH (nicht eingetr.) 31/71 46, 47–50; 150/73 113v, 119–119v

- Solms (-Hohensolms-Lich), Ludwig Fürst zu** (1805–1880), Standesherr, 1824 reg. Fürst, seit 1824 Mitgl. 1. Kammer Ghzgtm. Hessen, Mitgl. ProvLT Rheinprovinz, 1837 MdStR, 1847 Präs. Vereinigter LT, 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1856–61 Präs. 1. Kammer Ghzgtm. Hessen, 1861 MdH, 1867–68 MdR (RFKP) *150/73* 113v, 115–115v
- Sommer, Carl Gottlieb**, KrsGer.-Bote Posen, 1866 Disziplinarsache *378/78* 13
- Sonnenbrodt, Hermann**, Zahlmeister *182/73* 234
- Spankeren, Friedrich Wilhelm van** (1804–1886), 1837 RegR, 1844 ORegR Reg. Koblenz, 1849 RegPräs. Düsseldorf (auftragsw.), 1850 Vizepräs. Reg. Koblenz, 1854–63 RegPräs. Arnberg *294/75* 83v; *297/III* 229
- Sperling, Carl G.** (1802–1864), 1848/54–64 OB Königsberg, GehRegR, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1848 Mitgl. preuß. NatVers., 1854–64 MdH *158/73* 151v
- Spies, Louis v.** (gest. 1889), 1859–89 LandR Mohrungen *61/71* 172–172v
- Spinder, August**, Zoll-Einnehmer Kattowitz, 1865 Disziplinarsache *365/77* 71
- St. Pierre**, Wirkl.LegR u. GenKonsul Bukarest *369/77* 87
- Stachowski**, Wirtschaftler Sierakowo, 1866 Begnadigungssache *396/III* 286, 286v
- Stahl, Mathias**, Wirtssohn zu Bareischkehmen, 1860 Begnadigungssache *107/III* 106
- Stahlhammer, Robert**, Gefangenenwärter zu Ohlau, 1860 Disziplinarsache *94/72* 106
- Stange**, Viehhändler zu Rausse, 1860 Begnadigungssache *89/III* 98
- Starost, Albert**, KrsGer.-Bote zu Strehlen *212/74* 76
- Stavenhagen, Friedrich** (1796–1869), 1813 Ltn., 1816 OLtn., 1821 Hptm., 1833 Maj., 1842 Oberstltn., 1845 Oberst, 1848 GenMaj. z.D., 1848–49 Mitgl. dt. NatVers., 1860–69 MdA (Vincke, Linkes Centrum, NLP), 1867–69 MdR (NLP) *250/III* 197–199v, *251/III* 200–202v; *422/78* 141v
- Stegemann**, Witwe *76/III* 92
- Stein**, bis 1854 staatl. Lehrer, seitdem Privat-Lehrer Breslau *85/72* 55–55v
- Stein, Jakob Heinrich Theodor**, Grenzaufseher, 1859 Disziplinarsache *58/71* 151
- Steinbeck, Aemilius Carl Wilhelm** (1782–1862), 1805 Richter Schweidnitz, 1806 Bergrichter, 1819 OBergR Brieg, 1843 GehBergR, 1850 Breslau, 1860 a.D. *91/72* 73
- Steininger**, Polizei-Sergeant *60/III* 68
- Steinke, Martin**, Ober-Schulze Hutta, 1864 Disziplinarsache *341/76* 108
- Sterken**, GerAss. Düsseldorf *93/72* 88
- Sternagel, Carl August**, Registrator Schönebeck, 1864 Disziplinarsache *340/76* 85, 86–86v
- Stieber, Wilhelm** (1818–1882), Jurist, 1843–45 u. 1850–60 PolPräsidium Berlin, 1848–50 Strafverteidiger polit. Prozesse Berlin, 1851 PolR, 1853 PolDir. u. Leiter Kriminalpolizei, 1860/61 Strafverfahren/Stieber-(Schwarck-)Affäre u. z.D., 1861–66 priv. Polizei-Agent f. Rußland, 1866–71 GehRegR u. Chef polit. Polizei (Leiter Central-Nachrichten-Büro) sowie Dir. Feldpolizei *112/72* 206–208v
- Stiehl, Ferdinand** (1812–1878), Theologe, 1836 Dir. Lehrerseminar Neuwied, 1844 Hilfsarb. KuMinm., 1845 RegR, 1848 GehRegR, 1854 Verfasser d. „Stiehl’schen Regulative“, 1855 GehORegR, 1872 Wirkl.GehORegR u. i.R., 1849–51 Mitgl. 2. Kammer (Auerswald, Rechte) *85/72* 56, 58–60; *200/74* 46–46ev, *201/74* 47–48k
- Stielow, Otto Wolf**, 1861 RegAss. Calbe, 1864/65–1903 LandR Aschersleben bzw. Quedlinburg-Land *348/77* 1v
- Stillfried (-Rattonitz), Rudolf Frh. v.** (1861: **Graf**) (1804–1882), Grand von Portugal u. Graf v. Alcántara, Katholik, 1843 Zeremonienmeister, 1853 Oberzeremonienmeister, 1854 Vorstands-Mitgl. Heroldsamt, 1856 Mitgl. Generalordenskomm., 1856 Wirkl.GehR (Exz.), 1852–68 Leiter kgl. Hausarchiv, 1861 Organisator der Krönung Wilhelms I. *137/73* 62, *155/73* 125v–126v; *288/75* 37,38v
- Stinner, Carl Ambrosius** (geb. 1810), 1831 Auskultator, 1838 OLGAss., 1841 GerAss. Marienwerder, 1850 AppGerR Marienwerder, 1865 OTribunalR *372/77* 118

- Stockhausen, Wilhelm v.** (1810–1899), 1850 AppGerR Stettin, 1851 KG, 1858 Dir. KrsGer. Erfurt, 1865 AppGerDir. Erfurt, 1868 Vizeprärs. AppGer./Ostpreuß. Tribunal Königsberg, 1879 a.D. 372/77 118
- Stodolinsky, Ludwig**, Proviantamts-Assistent zu Neisse, 1864 Disziplinarsache 327/76 35
- Stolberg (-Roßla), Karl Graf zu** (1822–1870), Standesherr, 1855 MdH, 1867 RT-Kandidat Wahlkreis Merseburg 6 36/71 60, 61–63v
- Stolberg (-Stolberg), Alfred Graf zu** (1893: **Fürst**) (1820–1903), Standesherr, 1842 reg. Graf, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1855 MdH 36/71 60, 61–63v
- Stolberg (-Wernigerode), Botho Graf zu** (1805–1881), 1854–58 Vormund seines Neffen Otto 93/72 87v
- Stolberg (-Wernigerode), Otto Graf zu** (1890: **Fürst**) (1837–1896), Standesherr, 1858 reg. Graf, 1867 OPräs. Hannover, 1873 Botschafter Wien, 1875 Präs. ao. GenSynode, 29.5.1878–17.6.1881 Vizeprärs. StMinm. u. stellv. Rklr., Febr. 1885–Juni 1888 Minr. Kgl. Haus, 1867 u. 1871–78 MdR (RFKP), 1867 MdH (1872–76 u. 1893–96 Präs. HH), 1871/73 Marschall ProvLT Sachsen 36/71 60, 61–63v; 158/73 151, 153–154v; 240/74 148
- Stoll**, KrsGerSekr. Lindow, 1865 Disziplinarsache 365/77 74
- Storck, Franz Ludwig**, Bgm. Rhaunen, 1866 Disziplinarsache 429/78 157
- Strack, Johann Heinrich** (1805–1880), 1825 Feldmesser, Schüler Schinkels, 1838 Bauinspektor, 1839 Architektur-Lehrer an Berliner Kunstakademie, 1842–76 im Hofbauamt tätig, 1850 Mitgl. Techn. Baudeputation, 1854 Prof. an Bauakademie (Nachf. Stüler), OHofbauR, 1875 Geh. OHofbauR, 1876 Architekt des Kaisers 358/77 43
- Strampff, Heinrich v.** (1800–1879), 1826 JusR Stadtger. Berlin, 1832 JusR KG, 1838 Bundeszentralbehörde, Frankfurt/M., 1840 Vizeprärs. OLG Münster, 1843 Vizeprärs. OLG Naumburg, 1845 Vizeprärs. KG, 1849–79 Präs. KG, 1859 Wirkl.GehOJusR, 1870 Wirkl.GehR (Exz.) 69/71 219
- Strauch, Carl F.**, Polizei-Sergeant 182/73 258
- Strehlow, Julius Louis**, Bgm. Pollnow, 1863 Disziplinarsache 288/75 47
- Stroehmer, August F.**, Lehrer Höhnstedt, 1862 Disziplinarsache 269/74 214
- Stüler, Friedrich August** (1800–1865), 1823–26 Bauverw. KrMinm., 1827 Baumeister-Prüfung, Schüler Schinkels, 1829 Hofbauinspektor, 1831 HofbauR u. Dir. Schloß-Baukomm., 1834–54 Lehrer Bauakademie, seit 1840/45 Bauberater des Königs; 1841 Mitgl. Akad. d. Künste, 1842 OBauR u. Mitgl. Oberbaudeputation, 1846 GehOBauR, 1850 VortrR HandMinm. u. Mitgl. Techn. Baudeputation, 1854 MinBauDir. HandMinm. 311/75 121v, 126–127v; 358/77 43
- Stülpnagel (-Dargitz), Carl v.** (1788–1875), auf Lübbenau, 1837–63 LandR Prenzlau, GehRegR 158/73 152
- Stülpnagel, Rudolf v.** (1831–1900), 1858 RegAss. Potsdam, 1860 Stralsund, 1861–97 LandR Belzig 178/73 223
- Stümer, Robert v.**, Obersteuerkontrolleur zu Sprottau, 1859 Disziplinarsache 15/71 4
- Stumpff**, OPostSekr. Köln, 1865 Disziplinarsache 373/77 129
- Stupp, Joseph** (1793–1870), 1851–63 OB Köln, JusR, 1848 Mitgl. preuß. NatVers., 1855–63 MdH 158/73 151v
- Stürzenbecher, Johann**, Hauptsteueramts-Assistent zu Posen, 1859 Disziplinarsache 15/71 7
- Sucker, Christian Julius**, Lehrer Weisholz, 1865 Disziplinarsache 365/77 77
- Sucker, Georg**, Lehrer zu Biehlen, 1859 Disziplinarsache 15/71 9
- Sujkowski, Johann**, Kürschner Schönsee 396/III 286, 286v
- Sul(t)zer** (gest. 1896), 1851 Intendanturrat b. brandenburg. AK, 1859 Intendanturrat V. AK, nach 1860 KrMinm., 1866 Intendant Elb-Armee, danach VIII. AK Koblenz, 1870/71 Wirkl.GehKrr, 1871 i.R. 57/71 144–144v



- Sulzer, Theodor v.** (1801–1887), 1823 Ref. KG, 1838 KGR, 1843 kommissar. StAnw. OZensurGer., 1844 GehRegR MdI, 1851 GehORegR, 1854 MdStR, 1855 Wirkl.GehORegR u. MinDir. MdI, 1855 Mitgl. Heroldsamt, 1856 Mitgl. Generalordenskomm., Dez. 1858–Juni 1869 UStS MdI, 1869 a.D. u. Wirkl.GehR, 1882–87 Vors. Heroldsamt, 1872 MdH 9/70 313–329, 10/70 330; 25/71 38, 28/71 41 48/71 97–97v, 53/71 109, 71/71 229–229v; 83/72 41–48, 94/72, 105/72 159–159v, 110/72 185; 148/73 107v–108, 154/73, 169/73
- Sutro, Abraham** (1784–1869), seit 1815 (Ober)Rabbiner in Münster 66/71 197; 90/72 72v; 130/73 29
- Swoboda**, Kaufmann, 1866 Begnadigungssache 380/III 276v–280
- Sydow, Friedrich Hermann** (1824–1900), 1848 Ass. KG, 1851 Hilfsarb. JMinm., 1854 KrsGerR (abgeordn. z. JMinm.), 1859 AppGerR Frankfurt/O. (abgeordn. z. JMinm.), 1861 GehJusR, 1868 GehOJusR, 1868 Vizepräs. AppGer. Glogau, 1870 Präs. AppGer. Münster, 1872 Wirkl.GehORegR u. MinDir. KuMinm., 1873 UStS, 1879 Präs. Hauptverw. der Staatsschulden, 1881 Wirkl.GehR (Exz.), 1891 a.D. 5/70 291–292; 15/71 3, 19/71 16, 21/71 29, 30, 26/71 39, 35/71 56–59, 39/71 73, 74, 55/71 125, 131–131v, 132–133v, 58/71 150, 157–160, 61/71 177–179v, 62/71 184–186; 84/72 54, 95/72 109, 97/72 112, 113, 103/72 151, 152, 111/72 205; 123/73 5, 126/73 9–9v, 12–13, 14, 128/73 19, 132/73 45, 134/73 47–47v, 48–50, 135/73 51, 52–54, 151/73 120, 121–122, 160/73 157–157v, 168/73 172v–173, 174–175v, 174/73 198–199v, 176/73 206; 198/74 43v; 327/76 29; 372/77 117, 119–120; 411/78 122, 125, 421/78 139, 424/78 143
- Sydow, Rudolph v.** (1809–1872), seit 1831 im diplom. Dienst, 1842 Kammerherr, 1845 Gesandter Brüssel, 1847–53 Bern, 1854–59 RegPräs. Sigmaringen, 1859–61 Gesandter Kassel, 1861–66 Gesandter beim Frankfurter Bundestag, 1862 kommissar. UStS MAA, Wirkl.GehR, 1868 MdH 157–160/73, 164/73; 230/74, 232–235/74; 236/III 191–194; 237/74, 246–247/74, 249/74, 265/74; 416/78 130
- Synold von Schüz, Ferdinand Heinrich Albert Karl Friedrich** (1803–1876), 1822 Ltn., 1835 OLtn., 1843 Hptm., 1848 Maj., 1853 Oberstltn., 1856 Remonte-Inspekteur KrMinm., 1856 Oberst, 1859 GenMaj., 1864 GenLtn., 23.5.1866 stellv. KrMinr. während der Mobilmachung, 3.11.1866 z.D., 1870 stellv. kommand. Gen. VI. AK, 1871 erneut z.D., 1867 MdR (KoP) 400/78 84–87, 402/78 89–90, 403/78 91, 404/78 105–114, 406/78 116–116v, 410/78 120–121
- Szczesny**, 1851–58 LandR Strاسبurg (Westpr.) 61/71 176–176v
- Teichert, Herrmann** zu Striegau, 1863 Begnadigungssache 285/III 210
- Teisler**, Oberstltn., Chef Artillerie-Abt. KrMinm. 106/72 162–162v, 168–169v
- Terfeld, Peter J.**, Forsthufemann, 1860 Begnadigungssache 107/III 106
- Terwege**, Knecht 76/III 92
- Tetzlaff, Johann Gottfried Julius** (geb. um 1807), seit 1828 im Staatsdienst, Jurist, 1835 Auditeur, 1847 Korps- u. OAuditeur, 1857 Mitgl. General-Auditoriat KrMinm. u. Wirkl.JusR, 1862 GehJusR 233/74 126v
- Theele, Johann Friedrich Wilhelm**, Steuereinnahmer Büren, 1866 Disziplinarsache 390/78 48
- Thelmann, Anton**, Zimmermann Ochtendung, 1865 Begnadigungssache 357/III 262
- Theremin, Franz Emil August Ludwig** (gest. 1868), RegAss., 1848 Hilfsexpedient MAA, 1851 LegR (Charakter), 1854 Wirkl.LegR u. VortrR, 1861 GehLegR 179/73 226
- Thide, Gustav**, Forstaufseher Görlitz, 1865 Disziplinarsache 365/77 69
- Thiede, August Herrmann**, Kassenbuchhalter Schönebeck, 1864 Disziplinarsache 340/76 85, 86–86v
- Thiege**, KrsGer.-Bote, 1861 Disziplinarsache 130/73 38
- Thiele, Ernst W. A.**, Förster zu Frankendorf, 1859 Disziplinarsache 55/71 124
- Thiele, Johann Heinrich**, KrsGer.-Kanzlist zu Brilon, 1866 Disziplinarsache 390/78 51

**Thile, Herrmann v.** (1812–1889), seit 1837 im auswärtigen Dienst, 1852 Gesandter Athen, 1854–59 Gesandter Vatikan, Dez. 1862 UStS MAA u. Wirkl.GehLegR, 1864 Wirkl.GehR (Exz.), 1870 StS AA, Sept. 1872 a.D. 236/III 191–194; 411/78 122, 412/78; 419/III 295–298; 420/78 137–138; 423/III 299–300

**Thrömer, Oswald**, Lehrer 182/73 238

**Thrun, Johann Ferdinand**, Lehrer Zewitz, 1866 Disziplinarsache 404/78 114

**Thurn und Taxis, Maximilian Fürst v.** (1802–1871), Standesherr, 1827 reg. Fürst, Mitgl. Bayer. Reichsrat, Mitgl. Württemberg. 1. Kammer, Mitgl. österr. Herrenhaus, 1854 MdH (nicht eingetr.) 150/73 113v

**Tiedemann**, 1864 ORegR Stralsund 327/76 29

**Tilebein, Gustav Adolph**, Steueraufseher Cochem, 1864 Pensionssache 331/76 64

**Till, Karl**, KrsGerSchr., 1861 Disziplinarsache 147/73 92

**Titel, Carl**, Steuereinnahmer Berent, 1862 Disziplinarsache 233/74 130

**Titz, Heinrich Alex.**, Grenzaufseher Mehlkehmen, 1864 Disziplinarsache 327/76 39

**Titze, Carl**, Lehrer, 1860 Disziplinarsache 102/72 143

**Toepper, Heinrich Ludwig**, Steueraufseher Greifenberg, 1864 Pensionssache 327/76 29, 40

**Toltz, Friedrich Ludwig Eduard**, Leihamts-Kontrolleur Stettin, 1863 Disziplinarsache 281/75 16

**Toop, Gustav Carl Leopold**, 1836 RegAss. Königsberg, 1840 RegR Marienwerder, 1849 ORegR Köslin, 1861 Vizeprärs. Reg. Posen 149/73 109

**Tourbié**, bis 1862 KrsGerR Tuchel, 1862 Dir. KrsGer. Rosenberg, später Angermünde, 1878/79 a.D. 223/74 110

**Tresckow, Hermann Hans Theodor v.** (1818–1900), 1835 Ltn., 1848 OLtn., 1852 Hptm., 1855 Maj., 1859 Oberstltn., 1861 Oberst, 1865 GenMaj. u. Chef Abt. persönl. Angelegenheiten im KrMinm., 1866 GenAdjutant Wilhelms I., 1870 GenLtn., 1870 Orden Pour le Mérite, 1871 Votr. GenAdjutant Militär-Kab., 1871–72 Chef des Militär-Kab., 1875 Gen., 1888 z.D. 385/III 278–282v, 397/III 288–289v; 410/78 120v

**Treskow, Wilhelm v.** (1797–1874), StadtR Posen, 1854–64 MdH 82/72 35

**Trögel, Mathias Jakob**, Büroassistent zu Strasburg, 1865 Disziplinarsache 365/77 75

**Tuch** (gest. 1865/66), GehRevisionsR 394/78 76

**Turkau**, RegSchr. zu Marienwerder, 1860 Pensionssache 95/72 109, 110

**Twesten, Karl** (1820–1870), 1845 Ass. KG, 1855–68 StadtGerR Berlin, 1861 Duell mit GenAdjutant Edwin v. Manteuffel, 1861 Mitbegr. DFP, 1866/67 Mitbegr. NLP, 1862–70 MdA (DFP, NLP), 1867–70 MdR (NLP) 367/III 275

**Uechtritz, Rudolf v.** (1803–1863), 1825 Auskultator, 1838 JusR, 1840 LandR Marklissa, 1841 Lauban, 1848 Prärs. Konsistorium Breslau, 1849 kommissar. MinDir. KuMinm., 1850–63 Prärs. des Ev. Oberkirchenrat, 1854 MdStR, 1849–52 Mitgl. 2. Kammer (KoP), 1854 MdStR 18/III 44–49

**Uhlemann, Ferdinand**, Oberlehrer zu Lippstadt, 1864 Disziplinarsache 336/76 76, 77

**Ujest, Herzog v.**

→ Hohenlohe-Oehringen, Hugo Fürst zu

**Ulbrich**, Proviant-Kontrolleur zu Neisse, 1865 Disziplinarsache 373/77 130

**Ulrich, Wilhelm** (1817–1872), 1838 Auskultator, 1843 Ass. KG, 1843 Hilfsarb. JMinm., 1844 Hilfsarb. KuMinm., 1852 RegR, 1857 GehRegR, 1858 VotrR, 1866 GehORegR 70/71 226–227; 106/72 161v–162, 164–167; 170/73 185v

**Ulrici, Albinus**, PolSchr. zu Stettin, 1858 Disziplinarsache 9/70 327

**Ulrici, Robert** (1885: v.) (1816–1886), 1841 Reg- u. ForstAss., 1847 Bromberg, 1848 OFörster Morbach, 1850 Forstinspektor Paderborn, 1853 Potsdam, 1854 Forstmeister, 1856 Oberforstmeister Liegnitz, 1861 Hilfsarb. FinMinm., 1862 LandMinm., 1863 VotrR FinMinm., 1868 Land-

forstmeister, 1979 Wechsel mit Forstabt. zum LandMinm., 1880 MinDir. u. Oberlandforstmeister, 1885 i.R. 317/75 135

**Unverzagt, Carl G.**, KrsGerSkr. zu Worbis, 1859 Disziplinarsache 58/71 154

**Unwerth, v.**, Bgm. Glogau 158/73 151v

**Urbani**, Dr. jur., GehJusR, AppGerR Insterburg, 1861 Vizepräs. AppGer. Insterburg 148/73 107v

**Usedom, Guido Frh.** (1862: **Graf**) v. (1805–1884), 1834 GerAss., 1837 Diplomat, 1841 Wirkl.LegR, 1840 Leiter preuß. Staatszeitung im MdI, 1845–48 u. 1849–54 Gesandter Rom/Vatikan, 1854 z.D. u. Wirkl.GehR (Exz.), 1859 Gesandter Bundestag Frankfurt/M., 1862–69 erneut Gesandter Rom, 1872–79 GenDir. Kgl. Museen, 1849–51 Mitgl. 1. Kammer, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1859–60 MdA (Mathis), 1860 MdH 43/Fundort 547; 49/III 54–55v; 119/72 243; 182a/Fundort; 236/III 191–194

**Vaerst, Hermann H. H. Frh. v.** (1798–1877), Rittergutsbes. Herrndorf bei Soldin, bis 1840 Offizier (Maj.), 1862–67 MdA (DFP, NLP), 1867 MdR (NLP) 422/78 141

**Valentin, Ernst**, GenKomm.-Skr. zu Posen, 1859 Disziplinarsache 58/71 152

**Vangerow, Karl Julius August v.** (1809–1898), 1832 Auskultator, 1837 OLGAss., 1850 StAnw. u. AppGerR Bromberg, 1864 Hilfsarb. JMinm., 1864 OTribunalR, RGR 311/75 121v, 128, 129; 323/76 21, 22, 327/76 29, 40, 329/76 44, 58–59, 331/76 61, 63–64, 342/76 110, 112–115

**Varnhagen von Ense, Karl August** (1785–1858), seit 1814 im diplomat. Dienst Preußens, 1824 a.D., seitdem Schriftsteller, nach seinem Tod gab seine Nichte L. Assing seine Tagebücher heraus (1861 ff.), die am preuß. Königshof u. bei der Reg. großen Ärger hervorriefen 198/74 42

**Varro, Ferdinand Moritz**, bis 1862 RechR KrMinm., 1862 Disziplinarsache 259/74 174–174v

**Vegesack, v.**, Rittm./Hptm. u. VortrR KrMinm., 1859 Maj. 23/71 32v, 34–35, 61/71 173–174v, 180–181v

**Veltheim**, KrsGerR Sorau 172/73 190

**Vetten, Johann**, Lehrer zu Manubach, 1859 Disziplinarsache 39/71 82

**Viebahn, Georg v.** (1802–1871), Dr. jur., 1823 Auskultator, 1829 RegAss., 1831 RegR, 1838 ORegR Arnsberg, 1841 GehFinR FinMinm., 1844 GehOFinR, VortrR HandMinm., Mitgl. Landes-Ökonomie-Kollegium des LandMinm., 1858–71 RegPräs. Oppeln, 1849–50 Mitgl. 2. Kammer (Auerswald, Linke), 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1852–53 Mitgl. 1. Kammer 5/70 290v, 7/70 294

**Viebahn, Ludwig v.** (1794–1877), GehJusR, 1861 Dir. AppGer. Münster 168/73 172

**Viktor Emanuel II.** (1825–1878), 1849–61 König von Sardinien, 1861 König von Italien 196/III 171–171v

**Villaume, Adolf Karl Alexander** (1877: v.) (1807–1882), 1827 Auskultator, 1834 Ass. KG, 1834 ProvSteuerdirektion Posen, 1835 Breslau, 1837 RegR, 1841 GenSteuerdirektion Berlin, 1844 GehORechR Oberrechnungskammer, 1863 2. Dir. Oberrechnungskammer, 1869 1. Dir., 1872 Vizepräs. Oberrechnungskammer 282/75 30v

**Vincke, Georg Frh. v.** (1811–1875), Rittergutsbes. Ostenwalde bei Melle bzw. Haus Busch, Jurist, 1837–48 LandR Hagen, 1859/61–68 Begr. u. Vors. der nach ihm benannten altlib. Fraktion, 1840 Mitgl. Huldigungs-LT, 1843–45 Mitgl. ProvLT Westfalen, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1848–49 Mitgl. dt. NatVers., 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1849, 1850–55, 1859–61, 1862–63, 1866–68 MdA (Rechte, bkF, Linke, Vincke, konst., altlib., bkF), 1867–70 MdR (bkF) 251/III 200

**Vincke, Karl Frh. v.** (1800–1869), Rittergutsbes. Olbendorf, 1848–49 Mitgl. dt. NatVers., 1849–54 Mitgl. 1. Kammer, 1850 Mitgl. Erfurter Parlament, 1859–61 u. 1862–69 MdA (Vincke, altlib., rechtes Zentrum) 248/74 169bv

**Vitzthum von Eckstaedt**

→ Eckstaedt

**Vogel von Falkenstein**

→ Falckenstein

- Vogel, Jakob**, KrsGerSchr. Altena, 1865 Pensionssache 369/77 90
- Vogel, Johann Eduard Albert**, PolSchr. Berlin, 1863 Disziplinarsache 302/75 97
- Vogeler**, Steueraufseher Sudenburg-Magdeburg, 1862 Disziplinarsache 246/74 159
- Vogt, Johann Gottfried**, Gerichtsschreiber Kauffung, 1866 Disziplinarsache 429/78 155
- Vogt, Rulan** [?], Lehrer, 1860 Disziplinarsache 102/72 146
- Voigt**, Chaussee-Zolleinnehmer bei Tarnowitz, Mordopfer 357/III 262
- Voigt**, StAnw. Brandenburg, 1864 OStAnw. Posen 329/76 44v
- Voigt, Ferdinand**, KrsGer.-Kassen-Rendant zu Ragnit, 1863 Disziplinarsache 281/75 20
- Voigts-Rhetz, Konstans B. v.** (1809–1877), 1847 Maj., 1853 Oberstltm., 1855 Oberst, Nov. 1858 GenMaj., Jan. 1859 Dir. Allg. KrDept. KrMinm., Juni 1860 Kdr. Luxemburg, 1863 GenLtn., 1864 Oberbefehlshaber Bundesgarnison Frankfurt/M., Juli 1866 GenGouv. Kgr. Hannover, Okt. 1866 kommand. Gen. X. AK, März 1868 Gen., Dez. 1873 a.D. 45/71 91–95v, 69/71 219, 220–225
- Vollhase, Friedrich**, Lazarett-Inspektor Saarlouis 212/74 93
- Vossköhler, Friedrich W.**, Stadt- u. KrsGer.-Bote 182/73 246
- Wachler, Ernst** (1803–1888), 1826 GerRef., 1835 OLGR Breslau, 1849 AppGerR, 1850 Dir. KrsGer. Breslau, 1871 GehJusR, 1880 a.D., 1841–45 Stadtverordneter Breslau, 1848 Mitgl. preuß. NatVers., 1849–51, 1859–66 u. 1870–82 MdA (Vincke, Grabow, Linkes Centrum), 1867–71 MdR (NLP), 1881–84 Vorstands-Mitgl. NLP 319/76 1
- Wacorzynkiewicz, Jacob**, Gerichtsschulze Wolika-Kozia, 1862 Disziplinarsache 246/74 167
- Wagener, Hermann** (1815–1889), bis 1848 GerAss., 1848 z.D., 1848 Mitbegr. u. Redaktionsleiter der Neuen Preuß. (Kreuz-)Zeitung, 1852–53 Gefängnisstrafe wegen Beleidigung des MinPräs., 1861 Mitbegr. Volksverein, 1866 RegR u. 2. VortrR StMinm., 1868 GehORegR, 1872 1. VortrR, 1873 Rücktritt wegen Verwicklung in Eisenbahnskandal, 1876 Programm der Konservativen verfaßt, 1853–58, 1861, 1863–70 MdA (Gerlach, Blankenburg, Konservative), 1867–73 MdR (KoP) 391/78, 398/78 82, 400/78 84v, 405–406/78, 411/78 124, 416/78 130, 132–134, 420–422/78, 427–429/78
- Wagner, v.**, preuß. Minister-Resident in Mexico 321/III 248
- Wahn, Leopold**, Förster 157/73 138
- Waldersee, Friedrich Gustav Graf v.** (1795–1864), 1813 Ltn., 1818 Oltm., 1826 Hptm., 1837 Maj., 1846 Oberstltm., 1849 Oberst, 1851–53 Bevollm. z. Bundesmilitärkomm. Frankfurt/M., 1853 GenMaj., 5.5.1854–6.11.1858 KrMinr., 1857 GenLtn., 1850 Mitgl. Erfurter Staatenhaus, 1854–58 MdA (bkF) 63/III 76v
- Waldow, August v.** (1820–1906), 1847 Förster, 1848 OFörster Klaushagen (RegBez. Köslin), 1851 Hilfsarb. Reg. Erfurt, danach Forstinspektor Stettin, 1856 RegR Frankfurt/O., 1861 Posen, 1864 Oberforstmeister Königsberg, 1871 Magdeburg, 1877 Frankfurt/O., 1884 i.R. 63/III 76; 328/76 41v
- Walenczkowski, Michael**, Steuereinzahler aus Mewe 212/74 89
- Walewski, Alexandre Comte** (1810–1868), Mai 1855–Jan. 1860 AMinr. Frankreichs 43/Fundort 548
- Wallach, Gustav Heinrich** (geb. 1804), 1825 Auskultator, 1830 Ass. KG, 1832 RegR Stralsund u. Gumbinnen, 1838 ORegR Bromberg, 1845 Vizepräs. Reg. Königsberg u. 1850 Stettin, 1853 2. Dir., 1857 1. Dir. u. 1859 Vizepräs. Oberrechnungskammer, 1869 a.D. 192/74 27, 237/74 142
- Walther, Alexander Rudolph**, Polizei-Wachtmeister Löwenberg, 1866 Disziplinarsache 390/78 58
- Walther, Ludwig Friedrich**, KrsGerSchr. Bleicherode, 1866 Disziplinarsache 390/78 46
- Wangenheim, Hermann Frh. v.** (1807–1890), 1835 KabSchr. d. Fürsten v. Hohenzollern-Hechingen, 1836 Mitgl. Fürstl. Reg. Hechingen, 1839 Hof- u. RegR Hechingen, 1844 Vizedir. Reg. Hechingen, 1849 Übertritt in preuß. Staatsdienst, 1852 RegR Erfurt, 1853 Hilfsarb. StMinm., 1854 GehRegR (Titel), 1874 etatmäßiger Rat StMinm., 1879 GehORegR, 1884 i.R. 9/70 313,

- 318–329; 15/71 4–10, 20/71 17–23, 39/71 68–72, 75–86, 55/71 111–124, 126–130, 134, 56/71 135v–142, 58/71 151–156, 68/71 213, 70/71 226–227, 71/71 228, 230–253; 88/72 62v–71, 94/72 92–107, 95/72 108–110, 102/72 128v, 130–146, 111/72 191–192, 194–204, 115/72 220, 226–231; 130/73 25, 37–44, 140/73 68v, 71–80, 147/73 92–101, 103–106, 157/73 128, 133–150, 182/73 231, 232–258; 212/74 70, 72–94, 233/74 126v, 127–136, 246/74 155–158, 161–168, 269/74 208–225; 281/75 16–26, 288/75 36, 40–62, 302/75 92, 96–111; 319/76 1, 4–20, 327/76 29, 30–39, 329/76 44, 46–57, 60, 340/76 85, 86–86c, 341/76 87, 88–109; 352/77 7–26, 354/77 29, 30–32, 34–37, 365/77 56, 58–64, 68–70, 75–77, 80–83, 369/77 87, 89, 370/77 92, 93–94, 99–100, 103, 105–112; 378/78 8–26, 390/78 40–66, 391/78 67, 394/78 76, 77–79, 402/78 89, 404/78 105, 106–114
- Warnatis, Karl**, KrsGer.-Büroassistent zu Gnesen, 1859 Disziplinarsache 39/71 85
- Warnstedt**, 1859 GehRegR u. Kustos Univ. Bonn 24/71 37
- Weckwerth, Karl Friedrich**, Postexpedient zu Potsdam, 1864 Pensionssache 323/76 21, 22
- Wedel, Richard Georg v.** (1820–1894), 1837 Ltn., 1842 OLn., 1852 Hptm., 1858 Maj., 1860 kommissar. Dir. Kadettenhaus zu Wahlstatt, 1863 Oberstltn., 1865 Oberst, 1866 Chef Armee-Abt. KrMinm., 1870 GenMaj., 1873 GenLtn., 1875 a.D. 231/74 122, 122v
- Wedell, Busso H. Chr. v.** (1804–1874), 1824 Auskultator KG, 1835 RegR Frankfurt/O., 1844–48 RegPräs. Aachen, 1850–51 RegPräs. Stralsund, 1851–61 RegPräs. Merseburg, 1861 Dir. Hauptverw. der Staatsschulden (FinMinm.), Wirkl.GehOFinR 149/73 109
- Wegner, Carl v.** (geb. 1804), 1826 Auskultator, 1828 Ref., 1831 Ass. KG, Revisions-Kollegium Stargard, 1843 KGR, 1859 OTribunalR, ca. 1874 i.R. 50/71 103v
- Wegner, Richard** (geb. 1815), 1844 RegAss., 1848 Stadt- u. PolR Elbing, 1850 LandR Schwetz, 1866/67 ORegR Arnsberg, 1875 Vizepräs. Reg. Posen, 1881/82 RegPräs. Stettin, 1887 a.D. 424/78 144
- Wehrmann, Otto W.** (1815–1876), OLGAss., 1843 Hilfsarb. LandMinm., 1846 RegR, 1849 LandMinm., 1854 GehORegR, 1867 Wirkl.GehORegR, Vors. d. Landes-Ökonomie-Kollegiums, 1868 1. VortrR StMinm., 1872 Wirkl.GehR (Exz.) u. a.D. 93/72 88v; 293/75; 351/77 5v; 389/78 36–36v, 400/78 84–84v
- Weickmann**, Verstorbener 103/72 147v–148, 149–150
- Weiel, Johann**, Haubergs-Vorsteher zu Niederdresselndorf, 1859 Disziplinarsache 55/71 114
- Weishaupt, Theodor** (1817–1899), 1843 Land- u. Wasserbau-Inspektor, 1848 Bromberg, 1850 Eisenbahn-Baumeister bei Ostbahn Bromberg, zeitw. Hilfsarb. HandMinm., 1852 Eisenbahn-Bauinspektor, 1856 Reg- u. BauR Aachen, 1858 GehBauR HandMinm., 1862 GehOBauR, 1869 OBauDir. u. MinDir. (Eisenbahn-Abt.), 1870–74 Bevollm. z. BundesR, 1878 MinDir. BauAbt., 1879 Minm.öA, 1880 a.D. 221/74 109; 383/78 31, 410/78 121
- Weiss, Friedrich**, Grenzaufseher zu Altdorff, 1859 Disziplinarsache 20/71 23
- Weiss, Guido**, Dr., Journalist bzw. Literat 331/76 62
- Weissmeyer**, Steueraufseher, 1860 Disziplinarsache 111/72 199
- Welczek, Gustav**, Büroassistent Frankfurt/O., 1862–63 Disziplinarsache 233/74 134; 281/75 29
- Wende**, Restgutsbesitzer, 1860 Begnadigungssache 89/III 98
- Wendland**, GehRegR LandMinm. 277/75 8
- Wendt**, Bauer 163/III 135
- Wendt**, Witwe 163/III 135–136
- Wendt, Adolph**, Werkmeister Schilleningken, 1865 Disziplinarsache 369/77 89
- Wengler, August**, KrsGer.-Bote zu Fraustadt, 1866 Disziplinarsache 403/78 100
- Wentzel, Julius** (geb. 1807), 1829 Auskultator, 1833 OGerAss., 1835 JusR LG Wollstein, 1840 StadtGerR Breslau, 1844 Dir. Stadtger. Trebnitz, 1848 OLGR Glogau, 1862 OTribunalR, 1877 Vizepräs. OTribunal, 1879 Wirkl.GehOJusR 112/72 206; 233/74 126v
- Wenzel, Heinrich** (geb. 1808), Dr. jur., 1835 GerAss., 1839 RegR, 1843 Frankfurt/O., 1844 Hilfsarb. MdI, 1846 GehRegR, 1854 GehORegR, 1879 Wirkl.GehORegR, 1881 i.R. 21/71 24–24v, 28–28v, 22/71 31, 62/71 186

- Werner, Johann Carl Gottlieb**, Billetdiener Berlin, 1864 Disziplinarsache 319/76 5
- Werther, Karl Frh. v.** (1809–1894), seit 1832 im diplom. Dienst, 1834 LegSekr. München, 1835 Haag, 1836 LegR London, 1840 Paris, 1841 Gesandter Bern, 1844 Athen, 1849 Kopenhagen, 1854 Petersburg, 1859 Wien, 1869 Botschafter Paris, 1871 a.D., 1874 Botschafter Konstantinopel, 1877 a.D. 136a/Fundort; 195/74 36; 400/78 84–87, 401/78 88, 402/78 89–90, 403/78 91, 404/78 105–114, 406/78 116–116v
- Werthern, Friedrich K. A. Frh. v.** (1804–1864), Rittergutsbes. Brücken/Klein Werthern, Vizepräs. Reg. Stettin 149/73 109
- Westarp, Otto Graf v.** (1825–1878), 1853 GerAss., 1853–58 Soldin u. Cottbus, 1858 StAnw., 1859 KrsGer. Königsberg, 1863 Cottbus, 1863–68 LandR Dramburg, 1868/69–75 Landdrost Hildesheim, 1875–79 RegPräs. Gumbinnen, 1866–69 MdA (KoP) 338/76 82
- Westhoff, Dr.**, Regens des erzbischöfl. Priester-Seminars Köln, erzbischöfl. Ordinariatsrat 244/74 146–146v, 150–151
- Westphalen (-Fürstenberg), Clemens Graf v.** (1805–1885), 1835–39 LandR Meschede, 1833–65 u. 1868 Mitgl. ProvLT Westfalen, 1858–65 ProvLT-Marschall, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1854–66 MdH (Austritt aus Protest gegen Krieg 1866) 414/78 128
- Westphalen, Otto v.** (1799–1876), 1822/26–30 LandR Bitburg, 1843–44 Vizepräs. Reg. Liegnitz, 1844–49 Vizepräs. Reg. Stettin, 1849–50 RegPräs. Liegnitz, 19.12.1850–7.10.1858 Minr.dI, Jan. 1851–Okt.1854 zugl. interim. LandMinr. 115/72 222
- Wever, Carl** (1807–1884), seit 1828 im Justizdienst, 1833 LG-Ass. Köln, 1839 Prokurator LG Kleve, 1847 Oberprokurator, 1855 OTribunalR Berlin, 1856 GehOJusR JMinm., 1869 GenStAnw. OTribunal Berlin, 1872 Wirkl.GehOJusR, 1875 Kronsyndikus, 1879 a.D. u. Wirkl.GehR, 1872 MdH 50/71 103, 105; 81/72 33, 34; 132/73 45v, 169/73 179, 182–184v; 184/74 2v, 12–15, 246/74 159, 255/74 169k, 170–170v, 269/74 227, 228; 276/75 6, 7–7v, 281/75 28; 326/76 27–27v, 28, 346/76 132v–133v, 134–135v; 364/77 54–55v; 389/78 36–36v, 400/78
- Wichern, Johann Hinrich** (1808–1881), Theologe, 1833 Gründer des „Rauhen Hauses“ Hamburg als Kinder-Erziehungsheim d. Inneren Mission, 1848 Mitbegr. Zentralausschuß f. d. Innere Mission d. dt.-ev. Kirche, 1856 OKonsR u. Mitgl. Ev. Oberkirchenrat sowie Referent f. Gefängnis- u. Armenwesen MdI, 1858 Gründer Ev. Johannisstift Spandau, Nov. 1874 a.D. 87/72 61–61v; 136/73 57v–58, 59–60; 193/74 31v–32; 344/76 121, 122–130v
- Wiebe, Eduard** (1804–1892), 1824 Eintritt in den Staatsdienst als Feldmesser, 1837 Baumeisterprüfung, 1841 Reg- u. BauR, 1850 Mitgl. Direktion der Ostbahn, danach Direktionsvors., 1854 GehRegR, 1856 beurlaubt, 1859 GehBauR HandMinm., 1864 GehOBauR, 1875 a.D. 28/71 41v
- Wiebe, Friedrich Wilhelm Leonhard**, seit 1837 in der Postverwaltung, um 1852 PostR Köslin, dann Köln, 1855 Hilfsarb. HandMinm. (Generalpostamt), 1858 OPostDir. Danzig, 1862 GehPostR HandMinm. (Generalpostamt), 1867 GehOPostR, Dir. RPA, 1882 a.D. 269/74 228
- Wiecki, Peter**, Lehrer zu Neu-Sieles, 1859 Disziplinarsache 56/71 140
- Wiczorek, August**, Gerichtsbote u. Exekutor Kosel, 1866 Disziplinarsache 429/78 159
- Wiczorek, Fedor**, BergA-Assistent Tarnowitz, 1862 Disziplinarsache 233/74 132
- Wied (-Neuwied), Herrmann Fürst zu** (1814–1864), Standesherr, 1836 reg. Fürst, Mitgl. LT Nassau, 1847 Mitgl. Vereinigter LT (Herrenkurie), 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1861 MdH 31/71 46, 47–50
- Wielisch**, KrsGer.-Bote Jauer, 1865 Disziplinarsache 370/77 96
- Wierszba, Ignaz**, Lehrer Schwetzin, 1865 Disziplinarsache 352/77 8
- Wiertelortz, Jacob**, Schulze zu Ostrog, 1859 Disziplinarsache 71/71 253
- Wiese, Ludwig Adolf** (1806–1900), Dr., 1830 Gymnasiallehrer Berlin, 1833 Prorektor Gymnasium Prenzlau, 1838 Prof. Gymnasium Berlin, 1852–75 KuMinm., 1852 GehRegR, 1858 GehORegR, 1875 Wirkl.GehORegR, 1896 Wirkl.GehR (Exz.) 201/74 47–48k, 231/74 122v; 306/75 117–117v
- Wiesner**, Literat, 1861 Disziplinarsache 140/73 68

**Wil(c)kens, Friedrich August Ferdinand** (1814–1879), 1833 Auskultator, 1835 GerRef., 1842/43 Ass. KG, 1844 RegR, 1849 Hilfsarb. FinMinm. u. GehFinR, 1858 GehOFinR, Ende 1865 a.D., 1866/67–72 StadtR Berlin, Dez. 1866 a.D., 1869–79 AR Disconto-Ges., 1868 MdH 14/70 347

**Wilde, Hermann**, StadtGerSekr. zu Berlin, 1859 Disziplinarsache 39/71 81

**Wilhelm I.** (1797–1888), Bruder Friedrich Wilhelms IV., 1830 Vermählung mit Prinzessin Augusta von Sachsen-Weimar, 1840 Prinz von Preußen, 1857 Stellv. Friedrich Wilhelms IV., 7.10.1858 Regent, 2.1.1861–9.3.1888 König von Preußen u. 1871–88 Dt. Kaiser 13/II; 17–18/III; 27a/Fundort; 41/III; 43/Fundort; 47/III; 48a/Fundort; 48b/Fundort; 49/III, 52/III, 54/III, 60/III, 63/III, 74–76/III, 86/III, 89/III, 100/III, 102a/Fundort; 107/III, 114/III; 120/Fundort; 122/III, 131/III; 136a/Fundort; 139/III, 143/III; 148a/Fundort; 153/III, 162–163/III, 167/III, 180/III, 183/III, 191/III, 196/III, 204/III; 208/74 60; 218/III, 222/III, 228/III, 236/III; 237/74 142, 142v, 248/74 169b–169c; 250–251/III, 258/III, 263/III; 268a/Fundort; 285/III, 289–290/III, 297–298/III, 301/III; 300a/Fundort; 307/III, 316/III, 318/III, 320–322/III, 330/III, 335/III, 349/III, 357/III, 363/III, 366–367/III, 380/III, 385/III, 393/III, 396–397/III, 407/III, 419/III, 423/III, 426/III

**Wilhelm**, Bürogehilfe zu Zirke, 1859 Gehaltssache 62/71 184–185v

**Wilke**, 1848 Eintritt in Staatsdienst, 1849 Hilfsarb. KrMinm., um 1850 Intendanturrat, 1851/52 GehKrR, Wirkl.GehKrR 333/76 72–72v, 73–73v

**Wilke, Ludwig Gottlieb**, Hauptsteueramts-Rendant Prenzlau, 1865 Disziplinarsache 370/77 105

**Wilkes, Carl**, KrsGer.-Bote Frankfurt/O., 1859 Disziplinarsache 56/71 139

**Wilkowsky, August**, KrsGer.-Bote Tilsit, 1865 Disziplinarsache 352/77 10

**Willems, Nikolaus**, Lehrer 182/73 240

**Willenbücher, Eduard** (geb. 1811), GerAss., 1842 GenKomm. Stendal, RegAss., 1847 RegR, 1848 Gumbinnen, 1852 OPräsR Magdeburg, 1858 Dir. GenKomm. Stendal u. ORegR, 1864 Vizepräs. Reg. Stettin, nach Auseinandersetzungen mit OPräs. Senfft v. Pilsach 1866 Versetzung nach Posen, 1869 a.D. u. GehORegR, 1870 GenLandschaftsDir. Posen, 1882 a.D. 329/76 44v

**Willisen, Adolf** (1863: Frh.) v. (1798–1864), 1816 Ltn., 1826 OLtn., 1829 Hptm., 1838 Maj., 1844 Oberstltjn., 1847 Oberst, 1852 GenMaj., 1856 GenLtn. u. GenAdjutant Friedrich Wilhelms IV., 1857 Oberstallmeister, 1858 z.D., 1862 Gesandter beim Kgr. Italien, 1863 Gen. 43/Fundort 546–553; 48a/Fundort 647; 63/III 76v; 348/77 2

**Willmann, Johann Heinrich**, Hauptamts-Assistent Wesel, 1865 Disziplinarsache 370/77 107

**Wilmowski, Karl v.** (1888: Frh.) (1817–1893), 1842 GerAss., 1849 Richter KrsGer. Merseburg, 1851 RegR u. Hilfsarb. FinMinm., 1854 GehFinR, 1861 GehOFinR, 22.3.1870–23.6./1.7.1888 GehKabR bzw. Chef Zivilkab., 1877 Wirkl.GehR, 1889 MdH 179/73 225v; 329/76 44

**Windhorn, Hermann Theodor Florian** (1814–1894), 1836 Auskultator, 1845 Hilfsarb. FinMinm., RegAss. Düsseldorf, 1849–55 Bgm. Barmen, 1851 RegR, 1856 Hilfsarb. HandMinm., 1859 GehRegR, 1866 GehORegR, Verwaltungsrat-Mitgl. Preuß. Hypotheken-Versicherungs AG, 1875 i.R. 333/76 72, 74–75v; 408/78 117v

**Windthorst, Ludwig** (1812–1891), 1848 OAppGerR Celle, 1851–53 u. 1862–65 JMinr. Kgr. Hannover, 1866 Kron-OAnwalt, führte für das hannov. Königshaus die Abfindungsverhandlungen, 1874–91 Führer der Zentrums-Partei, Gegenspieler Bismarcks im Kulturkampf, 1849–66 (mit Unterbrechungen) Mitgl. 2. Kammer Hannover, 1867–91 MdA (bkF, Zentrum), 1867–91 MdR (Bundesstaatl.-konstit. Vg., Zentrum) 429/78 152

**Winkelmann, Johann Friedrich Ludwig**, Bote Potsdam, 1864 Disziplinarsache 341/76 97

**Winter, Leopold v.** (1823–1893), 1845 Auskultator, 1847 RegRef. Danzig, 1850/51–60 LandR Lebus, 1859 GehRegR MdI, 1860–62 PolPräs. Berlin, 1862–90 OB Danzig, 1872 MdH, 1871–78 MdR (NLP) 21/71 24, 25–27v, 25/71 38, 40/71 87; 83/72 36v–37, 41–48, 49, 105/72 159–159v, 115/72 221–221v; 122/III 111–111v; 128/73 19v, 140/73 68v, 145/73 86v; 185/74 16–16v, 231/74 119–120v, 232/74 125, 267/74 203v

- Wintzingerode, Friedrich G. Frh. v.** (1799–1870), 1826 MinR Nassau, 1830 Dir. HofGer. Wiesbaden, 1843–48 Präs. hzgl. nass. Rechnungskammer, Juni 1849–Dez. 1851 MinPräs. Nassau, 1853 Vizepräs. Reg. Potsdam, 1858/59 RegPräs. Potsdam *8/70* 311
- Wissell, George Ferdinand Louis**, Förster, 1861 Disziplinarsache *140/73* 78
- Witt**, Elbe-Schiffer *268/74* 205–205v
- Witte, Gustav Adolf**, KrsGerSchr. Küstrin, 1863 Disziplinarsache *302/75* 102
- Witte, Wilhelm**, Polizeidiener zu Witten, 1860 Disziplinarsache *91/72* 85
- Wittstock, Johann**, Rektor zu Lychen, 1859 Disziplinarsache *71/71* 233
- Witzleben, Hartmann v.** (1805–1878), 1830 RegRef. Merseburg, 1833 RegAss. Minden, 1835 Hilfsarb. FinMinm., 1837 RegR Potsdam, 1838 LandR Nieder-Barnim, 1841 Hilfsarb. StR, 1842 GehRegR StR, 1844 RegPräs. Liegnitz, 1848 RegPräs. Merseburg, 1850–72 OPräs. Sachsen, zugl. RegPräs. Magdeburg, 1861 Wirkl.GehR (Exz.), 1873 i.R., 1849–52 Mitgl. 1. Kammer, 1872 MdH *156/73* 127; *213/74* 95–95v
- Wodetzki, Franz**, Lehrer Sowade, 1866 Disziplinarsache *378/78* 20
- Woelk, Julius**, Post-Expedient, 1865 Pensionssache *354/77* 33
- Wohlens**, bis 1860 GehFinR FinMinm., 1860–77 ProvSteuerDir. Rheinprovinz in Köln, 1861 GehOFinR *98/72* 114
- Wohlens, August** (1784–1863), 1815 RechRevisor Oberrechnungskammer, 1819 Geh. RechRevisor MdI, 1821 BergR, 1824 OBergR FinMinm., 1828 GehBergR, 1831 GehOBergR, 1848 VortrR HandMinm., 1859 i.R. *24/71* 36v
- Wohlens, Wilhelm** (1819–1891), 1841 Auskultator, 1843 GerRef., 1846 OLGAss., 1853 RegAss. Düsseldorf, 1856 RegR, 1861 Hilfsarb. MdI, 1865 GehRegR (nur Charakter, da altliberal), 1868 VortrR, 1871 GehORegR, 1890 i.R. u. Wirkl.GehORegR *186/74* 19, *188/74* 23–23v, *265/74*, *269/74* 226; *323/76* 21, 24–24v, *326/76* 27–27v, 28, *342/76* 110–110v; *364/77* 54–55v, *369/77* 88, 90; *418/78* 136
- Woita, Ferdinand**, KrsGerSchr., 1860 Disziplinarsache *102/72* 133
- Wolf(f), Carl Wilhelm Eberhard** (1865: v.) (1815–1869), RegR Münster, 1853 GehRegR HandMinm. (Abt. Eisenbahnen), 1859 GehORegR, 1868 Wirkl.GehORegR u. MinDir. *16/71* 11; *93/72* 88–88v, *104/72* 156–158; *315/75* 134; *365/77* 56–56v; *382/78* 30–30v
- Wolff, Arthur P. F. v.** (1828–1898), 1853 GerAss., 1854 RegAss. Potsdam, RegAss. u. temporärer Hilfsarb. MdI, 1864 RegR, 1865 GehRegR, 1870 GehORegR, 1872 RegPräs. Trier, 1881 OPräs. Sachsen, 1890 Präs. Oberrechnungskammer u. Wirkl.GehR *21/71* 24v; *345/76* 131–131v, *346/76* 132v–133v, 134–135v; *351/77* 5, *360/77* 47v
- Wolff, Friedrich Carl** Eintritt in Staatsdienst 1837, 1850 PostR u. Bürovorsteher OPostdirektion Koblenz, Ende 1859 OPostDir. Arnsberg, 1862 GehPostR u. VortrR im Generalpostamt, 1867 GehOPostR *58/71* 145v; *215/74* 99
- Wolff, Friedrich**, Steuer-Post-Expedient zu Merzig, 1860 Disziplinarsache *94/72* 101
- Wolff, Harald Arthur Wolf v.** (1824–1900), 1845 Auskultator, 1847 Ass. KG, 1851 GerAss., 1856 StAnw. Landsberg/W., 1859 Küstrin, 1862 Danzig, 1866 OStAnw. Königsberg, 1867 Kron-OAnw. Celle, 1869 GenStAnw. OTribunal Königsberg, 1879 Reichsanw., 1886 RG (Senatspräs.), 1895 Wirkl.GehR, 1897 i.R. *417/78* 135
- Wollmar**, Dir. KrsGer. Luckau *168/73* 172v
- Wollny, Rudolph** (geb. 1816), 1836 Auskultator, 1841 Ass. KG, 1850 Richter Berlin, 1854 StadtGerR Berlin, 1860 GehFinR FinMinm., 1867 GehOFinR, 1872 a.D. *103/72* 152, *108/72* 170v–171v, *172a–172e*, *109/72* 173–173v, 182–182v; *127/73* 16–16v, 17–18v, *128/73* 21–23v, *129/73* 24–24v, *130/73* 25v–26, *136/73* 55–57v, *138/73* 66–66v, *150/73* 113–113v, 116–117, *157/73* 129–130, *168/73* 173–173v, 174–175v, *169/73* 179, 182–184v, *170/73* 185–185v, *171/73* 187–189, *172/73* 190v–191, *174/73* 198–205v, *176/73* 206, *179/73* 227–228, *181/73* 229–229v, *182/73* 231; *184/74* 2v, 12–15, *185/74* 16, 17–17v, *186/74* 19, *188/74* 23–23v, *192/74* 26–27, 28–28v, 29–29v, *224/74* 111–113, *233/74* 126v, *235/74* 138, *237/74* 142, *238/74* 139, *245/74* 152;



274/75 4, 276/75 6, 7–7v, 287/75 34, 304/75, 305/75 116–116v, 306/75 117–117v, 311/75 121v, 124–125; 319/76 1–2, 327/76 29, 331/76 61v–62, 333/76 72–72v, 73–73v, 336/76 76, 340/76 84, 346/76 132v–133v, 134–135v; 351/77 5, 353/77 27v, 356/77, 372/77 117–117v, 119–120; 377/78 7, 379/78 27–27v, 387/78 34, 398/78 82, 402/78 89v, 416/78 130, 417/78 135v

**Wollny, Franz**, Bgm. Ujest, 1863 Disziplinarsache 281/75 18a

**Wolniewicz, Wladimir v.**, Gutsbes. 26/71 39, 61/71 172v, 177–179v

**Wrangel, Friedrich H. E.** (1864: **Graf**) (1784–1877), 1798 Lt., 1808 OLtn., 1809 Hptm., 1813 Maj., 1814 Oberstlt., 1815 Oberst, 1823 GenMaj., 1838 GenLtn., 1847–64 Gouv. Berlin, 1848 Oberbefehlshaber der gegen Dänemark eingesetzten Truppen, 1848 Gen., 1849 Oberbefehlshaber in den Marken, 1856 GenFeldmarschall, 1864 Oberbefehlshaber der gegen Dänemark eingesetzten Bundestruppen 217/74 103–103v; 321/III 248

**Wulfshein, Emanuel Gustav** (geb. 1806), 1832 Auskultator, 1834 GerRef., 1838 RegAss., 1846 RegR Trier, 1848 kommissar. LandR u. OB Trier, 1849 Gumbinnen u. Liegnitz, 1850 Glogau, 1851 Münster, 1856 kommissar. Dirigent Admiralitäts-Kommissariat Oldenburg (Jadegebiet), zugl. 1859–60 kommissar. Dir. der II. Abt. f. Verwaltungsangelegenheiten der Marine-Verw. (anstelle des beurlaubten Dr. Gaebler), 1858 GehRegR, 1861 Hilfsarb. u. dann VotrR MdI, 1868 GehORegR, 1873 a.D. 160/73 157v, 165/73 161v–162; 208/74 60, 211/74 64, 66–69

**Wutschke, Carl August**, Hauptsteueramts-Assistent Magdeburg, 1864 Disziplinarsache 327/76 38

**Young, v.**, 1860 LandR Schlochau (auftragsw.), 1861–64 LandR Strasburg, 1864–73 LandR Czarnikau 108/72 170

**Zabel, August**, Lehrer Grabia 212/74 92

**Zahn, Karl** (1806–1882), 1847–71 OB Dortmund, 1854–71 MdH 158/73 151v

**Zakrzewski, Johann**, Lehrer, 1858 Disziplinarsache 9/70 318

**Zander, Friedrich** (1836: **v.**) (1791–1868), 1808 Auskultator, 1811 Ref. Königsberg, 1813 Ass. OLG Insterburg, 1816 OLG Marienwerder, 1825 Dir. OLG Königsberg, 1828 Vizepräs., 1832–68 Präs., Jan. 1861 Kronsyndikus, 1850–54 Mitgl. 1. Kammer, 1854 MdH, 1856 Titel „Kanzler im Königreich Preußen“ 35/71 55; 161/73 158

**Zander, Friedrich**, Steueraufseher Aachen, 1862 Disziplinarsache 246/74 157

**Zastrow, August Ludwig v.** (1833–1896), 1863 RegAss. Frankfurt/O., 1866–71 LandR Friedeberg, 1871 ORegR Potsdam, Köslin 403/78 91v

**Zech (-Burkersroda), Julius Graf v.** (1805–1872), 1840 Kammerherr, 1861 Wirkl.GehR (Exz.), Marschall LT Sachsen, 1847 Mitgl. Vereinigter LT, 1850 Mitgl. Erfurter Parlament, 1855 MdH 158/73 151v, 161/73 158

**Zech, Julius**, Ulanen-Gefreiter Schneidemühl, 1865 Begnadigungssache 367/III 272

**Zedlitz (-Neukirch), Constantin Frh. v.** (1813–1889), 1839 LandR Glatz, 1855 ORegR Liegnitz, 1856–61 PolPräs. Berlin (in Folge der „Stieber-Affäre“ z.D. gestellt), 1864 Zivilkom. Hrgtm. Schleswig, 1867 RegPräs. Schleswig-Holstein, 1868–85 RegPräs. Liegnitz, 1850 Mitgl. Erfurter Volkshaus, 1850–52 u. 1879–85 MdA (Rechte, DkP) 38/71 65; 112/72 206v, 207v, 118/72 238–238v; 145/73 86–86v, 146/73 87v–88v, 172/73 190; 321/III 248, 322/III 252

**Zeeh, Johann**, Gerichtsbote zu Friedland, 1859 Disziplinarsache 39/71 83

**Zetsche, Johann**, Gefangenen-Aufseher zu Neuwied, 1860 Disziplinarsache 94/72 97

**Ziegert**, bis 1860 KrsGerR Eilenburg, 1860 Dir. KrsGer. 98/72 114

**Ziegert, August H.** (1810–1882), Dr. jur., 1842 RegAss., 1848 RegR Minden, 1850 RegR Bromberg, 1860 RegR Posen, 1861 RegR Arnberg, 1862 (Straf-)Versetzung nach Oppeln „im Interesse des Dienstes“, 1866 RegR Oppeln, 1874 GehRegR Breslau, 1886 a.D., 1848–49 Mitgl. dt. NatVers., 1862–66 MdA (linkes Centrum) 263/III 208

**Ziehe, Georg Ernst Karl**, Steueraufseher Memel, 1863 Disziplinarsache 288/75 56

- Zielinski, Joseph**, Arbeitsmann (Krs. Konitz), 1860 Begnadigungssache *114/III* 103  
**Ziemski** [?], Schäferknecht, 1861 Begnadigungssache *163/III* 134v  
**Zimmermann, Albert**, Güter-Expedient-Vorsteher Berlin, 1862 Disziplinarsache *246/74* 163  
**Zimmermann, Carl**, Waldwärter Lessen, 1864 Disziplinarsache *319/76* 8  
**Zitelmann, Karl Ludwig** (1816–1898), 1845 RegAss. Stettin, 1851 an der Bundestags-Gesandtschaft Frankfurt/M., 1854 RegR, 1858/59 Reg. Frankfurt/O., 1862 Hilfsarb. StMinm. bzw. MinPräs.-Büro Bismarcks, 1865 Kuratorium Preuß. Staats-Anzeiger, 1867 GehRegR u. VotrR StMinm., GehORegR, 1877 a.D. *356/77*  
**Zobel, Herrmann Leopold**, Förster zu Theresia, 1863 Disziplinarsache *288/75* 48  
**Zschok, Gottlob Ludwig Ferdinand v.**, 1852 RegR Brandenburg, 1854 Königsberg, 1858 GenKomm. Breslau, 1866 ORegR Frankfurt/O. *394/78* 76  
**Zugehör, Alexander Ernst**, Tor-Kontrolleur Rawicz, 1866 Disziplinarsache *390/78* 47  
**Zühlke, Jakob Ludwig**, Förster Orlowen [?], 1863 Disziplinarsache *288/75* 49  
**Zweigel**, Dir. KrsGer. Rybnick *381/78* 29v  
**Zweigert, Wilhelm** 1863 Präs. Stadtger. Königsberg, 1866–68 Vizepräs. KG, 1868 Präs. AppGer. Arnberg *388/78* 35

## Ortsregister

*Im Folgenden sind bei einigen Orten keine eindeutigen Kreis-Zuordnungen möglich, da mehrere Orte gleichen Namens vorhanden sind.*

**Aachen** 39/71 79, 65/71 192v; 106/72 161–161v; 107/III 105–106; 126/73 9v, 12–13, 140/73 76, 182/73 247, 249, 251, 258; 246/74 157, 158; 294/75 84, 302/75 105, 306/75 117–117v; 338/76 82, 341/76 105; 354/77 36

**Adamsverdruss** (Krs. Ortelsburg) 373/77 125

**Adelnau** 390/78 56

**Ahlen** (Krs. Beckum) 157/73 147

**Aldenhoven** (Krs. Jülich) 94/72 103

**Alsleben** 298/III 230

**Altchristburg** (Krs. Mohrungen) 88/72 68

**Altdorf** (Krs. Jülich) 20/71 23

**Altena** 369/77 90

**Altenbeken** 133/73 46v

**Altenbeken** (Krs. Paderborn) 13/II 263v; 91/72 73v, 99/72 118; 100/III 99

**Alt-Landsberg** 102/72 128; 238/74 140v

**Alt-Lobitz** (Krs. Dramburg) 352/77 23

**Alt-Röhrsdorf** (Krs. Bolkenhain) 182/73 238

**Amalien** (Krs. Birnbaum) 71/71 232

**Angerburg** 336/76 76

**Angermünde** 91/72 73v, 99/72 118; 100/III 99; 133/73 46v

**Anklam** 39/71 75; 365/77 79, 370/77 103

**Antwerpen** 332/76 69

**Arnsberg** 96/72 111; 269/74 226; 294/75 83v, 315/75 134; 372/77 118; 424/78 144

**Arnsdorf** (RegBez. Breslau) 111/72 196

**Arnsdorf** (RegBez. Liegnitz) 246/74 168

**Arnswalde** 338/76 82

**Arzelewo** [? evtl. Arkuszewo, Krs. Bromberg] 107/III 106

**Aschersleben** 182/73 232

**Attern** (Krs. Iserlohn) 288/75 53

**Bad Ems** 63/III 77

**Bad Gastein** 337/76 77b

**Bad Kreuznach** 147/73 102; 193/74 30

**Baden-Baden** 63/III 77v; 154/73 124

**Ball** (Krs. Saatzig) 365/77 60

**Barcelona** 332/76 69

**Barfussdorf** (Krs. Naugard) 233/74 128

**Barmen** 115/72 221v; 411/78 122, 124

**Barsberg** (Krs. Adenau) 288/75 58

**Baumgarten** (RegBez. Breslau) 236/III 194v

- Bayreuth** 407/III 293v  
**Bechsteinwalde** (Krs. Konitz) 212/74 87  
**Beigwitz** (Krs. Neisse) 341/76 109  
**Belgard** 38/71 65–66v; 317/75 135  
**Belzig** 178/73 223  
**Bentzin** [?] (Krs. Demmin) 329/76 47  
**Berent** 233/74 130  
**Berleburg** (Krs. Wittgenstein) 140/73 74  
**Berlin** 9/70 320; 39/71 73, 81; 60/III 68, 63/III 77v, 78; 68/71 212v, 71/71 230, 247; 94/72 96, 102/72 134, 138, 103/72 152, 112/72 206–208v, 115/72 220; 140/73 75, 80, 145/73 86, 146/73 87v, 148/73 107v, 157/73 140, 142, 158/73 151v, 160/73 157, 168/73 177, 169/73 180; 185/74 16, 231/74 122; 236/III 194v; 246/74 163; 276/75 6v, 281/75 27, 283/75 31v; 285/III 210; 302/75 96, 97, 306/75 117; 319/76 5, 327/76 34, 329/76 60, 331/76 63, 341/76 88; 348/77 2, 351/77 5v, 358/77 43, 361/77 49, 365/77 58, 78, 80, 81; 382/78 30, 384/78 32, 388/78 35, 394/78 77, 79, 395/78 80, 400/78 86, 403/78 99  
- Abgeordnetenhaus 190a/Fundort; 202/74 49a–49d  
- Anhalter Tor 389/78 37–39v  
- Brandenburger Tor 389/78 37–39v  
- Frankfurter Tor 389/78 37–39v  
- Hallesches Tor 389/78 37–39v  
- Hamburger Tor 389/78 37–39v  
- Herrenhaus 201/74 47–48k  
- Königsbrücke 381/78 28v–29  
- Königsplatz 358/77 43–43v  
- Kronprinzen-Palais 180/III  
- Landsberger Tor 389/78 37–39v  
- Lustgarten 278/75 13v, 279/75 14, 280/75 15  
- Marstall 341/76 87  
- Neues Königs Tor 389/78 37–39v  
- Oranienburger Tor 389/78 37–39v  
- Palais (des Prinzregenten bzw.) Wilhelms I. 13/II; 17–18/III, 52/III, 54/III, 63/III, 75–76/III, 107/III, 114/III, 122/III, 131/III, 139/III, 143/III, 153/III, 167/III, 183/III, 191/III, 196/III, 204/III, 218/III, 222/III, 258/III, 285/III, 289–290/III, 297–298/III, 301/III, 320–322/III, 330/III, 335/III, 357/III, 363/III, 366–367/III, 396–397/III, 419/III, 423/III, 426/III  
- Porzellan-Manufaktur 311/75 126–127v  
- Potsdamer Tor 389/78 37–39v  
- Prenzlauer Tor 389/78 37–39v  
- Rosenthaler Tor 389/78 37–39v  
- Schönhauser Tor 389/78 37–39v  
- Stadtschloß 23/71 34; 49/III 54–55v; 115/72 222  
- Stralauer Str. (32/33) 387/78 34–34v  
- Stralauer Tor 389/78 37–39v  
→ [einzelne Vororte]  
**Bertelsdorf** (Krs. Lauban) 378/78 21  
**Beuthen** (Oberschlesien) 302/75 101  
**Bialla** (RegBez. Gumbinnen) 269/74 217  
**Biedenkopf** 424/78 143  
**Biehlen** (Krs. Hoyerswerder) 15/71 9  
**Bielawkerweide** (Krs. Karthaus) 212/74 74  
**Bielschowitz** (Krs. Zabrze) 71/71 235

- Binkowo** (Krs. Schrimm) *111/72* 203  
**Bisdorf** (RegBez. Oppeln) *111/72* 201; *147/73* 105  
**Bladowo** (Krs. Strasburg) *55/71* 111  
**Blanckenburg** (Unterharz) *422/78* 141v  
**Bleicherode** (Krs. Nordhausen) *390/78* 46  
**Blumerode** (Krs. Neumarkt) *102/72* 143  
**Bochum** *242/74* 144v  
**Bommelsvitte** (Krs. Memel) *246/74* 166  
**Bonn** *24/71* 37; *105/72* 160, *111/72* 194, *115/72* 221v; *158/73* 151v; *202/74* 49b; *319/76* 1, *334/76* 75a  
**Bordeaux** *330/III* 254, 254v  
**Borek** (RegBez. Posen) *341/76* 102  
**Boschpol** (Krs. Berent) *329/76* 54  
**Bowallno** (Krs. Oppeln) *365/77* 61  
**Brakel** *99/72* 118; *100/III* 99  
**Brandenburg/H.** *6/70* 293; *192/74* 26; *329/76* 44v  
**Braunsberg** *381/78* 28  
**Bremen** *315/75* 134; *425/78* 145v  
**Bremerhaven** *330/III* 254  
**Breslau** *14/70* 347; *35/71* 56, *45/71* 91v; *54/III* 66; *55/71* 123, *58/71* 155; *85/72* 55, *109/72* 173, *111/72* 190; *130/73* 37, *147/73* 104, *182/73* 234; *202/74* 49b, *211/74* 64v, *214/74* 97v, *226/74* 115, *269/74* 210; *285/III* 210; *288/75* 42, *295/75* 85, *300/75* 90; *316/III* 238v; *319/76* 4, *332/76* 71; *348/77* 1v, *368/77* 86, *369/77* 87, 91, *372/77* 117v, *373/77* 128; *376/78* 6v, *378/78* 10, 16, *390/78* 40  
**Brieg** *236/III* 194v; *288/75* 55  
**Brieskow** (Krs. Lebus) *404/78* 109  
**Brilon** *390/78* 51  
**Bromberg** *13/II* 263; *130/73* 39, *168/73* 176, *182/73* 236; *233/74* 133; *317/75* 135; *372/77* 118; *376/78* 6v, *391/78* 71, *425/78* 145  
**Brühl** (Krs. Bergheim) *390/78* 55  
**Brünn** (Mähren) *409/78* 118  
**Buchwalde** (RegBez. Königsberg) *147/73* 98  
**Buckau** (Krs. Magdeburg) *182/73* 233  
**Budweitschen** (Krs. Stallupönen) *378/78* 15  
**Budzislaw** [?] (Krs. Mogilno) *60/III* 68  
**Bukarest** *369/77* 87  
**Büren** *390/78* 48  
**Burg** *400/78* 84v  
**Burg a.d. Ihle** (Krs. Jerichow I) *182/73* 244  
**Burgdorf** *83/72* 36, 38–40  
**Bütow** *88/72* 67
- Cämmersdorf** (Krs. Neidenburg) *335/III* 255  
**Carthaus** *283/75* 31v  
**Celle** *58/71* 153; *407/III* 290v; *417/78* 135  
**Charlottenburg** (bei Berlin, Krs. Teltow) *395/78* 80  
**Chodziesen** *329/76* 50  
**Clausdorf** (Krs. Soldin) *329/76* 52  
**Cochem** *319/76* 14, *331/76* 64  
**Coesfeld** *331/76* 61v

- Cosel** 157/73 129v; 429/78 159  
**Cottbus** 19/71 13; 105/72 160; 370/77 97; 411/78 122, 125  
**Czacz** (Krs. Kosten) 288/75 62  
**Czemlewo** (Krs. Kulm) 281/75 26
- Dakau** (Krs. Rosenberg i.Pr.) 396/III 287  
**Daldorf** (Krs. Oschersleben) 163/III 135  
**Dalewo** (Krs. Kosten) 9/70 323  
**Damm** (Krs. Ukermünde) 157/73 145  
**Danzig** 50/71 104; 211/74 64v, 245/74 152v, 267/74 203v; 281/75 28, 284/75 32, 287/75 34; 316/III 238v; 329/76 56; 370/77 98, 373/77 126; 390/78 41, 394/78 76v, 406/78 116v, 417/78 135  
**Darkehmen** 245/74 152v  
**Daszewice** (Krs. Schrimm) 429/78 160  
**Delitzsch** 59/71 161; 213/74 95v  
**Dessow** (Krs. Ruppín) 157/73 134  
**Deutz**  
 → Köln  
**Dingelstedt** (Krs. Oschersleben) 6/70 293; 41/III 50  
**Doberan** 248/74 169bv  
**Dorsten** 48/71 97  
**Dortmund** 21/71 30, 71/71 248; 158/73 151v  
**Dramburg** 213/74 96v  
**Dresden** 75/III 90v  
**Drossen** (Krs. West-Sternberg) 390/78 50  
**Dudeldorf** (Krs. Bitburg) 39/71 76  
**Dudweiler** (Krs. Saarbrücken) 246/74 164  
**Duhnau** (Krs. Labiau) 329/76 55  
**Duisburg** 80/72 15  
**Düppel** 351/77 5v, 358/77 43; 366/III 267  
**Düsseldorf** 16/71 11; 63/III 77; 158/73 155; 231/74 120v; 294/75 84; 316/III 238v; 368/77 86; 406/78 116–116v
- Echtz** (Krs. Düren) 329/76 53  
**Egeln** (Krs. Wanzleben) 39/71 68; 182/73 232  
**Ehrenbreitstein** 163/III 135v  
**Eichberg** [?] (RegBez. Frankfurt/O.) 55/71 120  
**Eilenburg** 98/72 114  
**Eisenach** 85/72 55v  
**Elberfeld** 60/III 68; 115/72 221v; 212/74 88  
**Elbing** 8/70 305v; 23/71 32; 237/74 142v; 319/76 16; 373/77 127; 378/78 12  
**Engers** (Krs. Neuwied) 368/77 86  
**Erfurt** 43/Fundort 547, 549, 550, 551; 169/73 181, 173/73 193, 194–196v; 212/74 70; 342/76 110; 354/77 31, 372/77 118  
**Erle** (Krs. Recklinghausen) 130/73 40  
**Essen** 48/71 97  
**Eupen** 195/74 35, 39  
**Exin** (Krs. Schubin) 311/75 121v, 124–125; 353/77 27v  
**Eylau**  
 → Preußisch Eylau

- Farienen** (Krs. Ortelsburg) 370/77 108  
**Fiddichow** (Krs. Greifenhagen) 147/73 103; 212/74 90  
**Fischhausen** (bei Königsberg) 283/75 31v  
**Flatow** 89/III 98; 182/73 256  
**Flechtingen** (Krs. Neuhaldensleben) 107/III 106  
**Frankendorf** (Krs. Ruppin) 55/71 124  
**Frankenstein** 137/73 62, 63  
**Frankfurt/M.** 84/72 50–50v; 236/III 192v, 301/III 233; 368/77 85v; 375/78 4, 404/78 105; 407/III; 412/78 123v, 415/78 129, 417/78 135v, 424/78 143, 144–144v  
**Frankfurt/O.** 39/71 77, 50/71 103v, 56/71 139, 62/71 184–185v, 68/71 212, 71/71 244; 97/72 112, 103/72 151, 105/72 160; 148/73 107; 233/74 134, 245/74 152v; 281/75 29; 300a/Fundort; 321/III 248; 328/76 41v; 394/78 76  
**Fraustadt** 288/75 51; 403/78 100  
**Freiburg** (Oberschlesien) 157/73 148  
**Friedeberg** (Neumark) 338/76 82; 429/78 158  
**Friedland** (Krs. Waldenburg) 39/71 83  
**Friedland** (RegBez. Königsberg) 327/76 39  
**Friedrichstein** (Schloß bei Königsberg) 105/72 160  
**Friedrichsthaler Glashütte** (Krs. Niederbarnim) 55/71 116  
**Fuchsberg** (RegBez. Königsberg) 130/73 43  
**Fürstenberg** (Krs. Guben) 354/77 30  
**Fürstenberg** [Krs.?] 391/78 68  
**Fürstenwalde** (Krs. Lebus) 115/72 227
- Gadegast** (Krs. Schweinitz) 182/73 243  
**Gardelegen** 180/III 154v; 378/78 17  
**Garz** (Krs. Rügen) 337/76 78v, 79v  
**Garzyn** (Krs. Fraustadt) 341/76 99  
**Gastein**  
 → Bad Gastein  
**Gebhardsdorf** (Krs. Laubau) 319/76 6  
**Gembitz** (RegBez. Bromberg) 71/71 236  
**Georgendorf** [Krs.?] 298/III 230  
**Gerdaun** 95/72 110  
**Gerswalde** (Krs. Templin) 319/76 9  
**Gevelsberg** (Krs. Hagen) 147/73 99  
**Gießen** 46/71 96  
**Gladbach** 93/72 88  
**Glatz** 137/73 63; 376/78 6v  
**Gleiwitz** 371/77 115  
**Glogau** 8/70 311; 48/71 98; 112/72 206; 158/73 151v; 213/74 96v, 215/74 100v, 101, 233/74 126v; 340/76 84  
**Glowitz** (Krs. Stolp) 39/71 71  
**Gnadau** (Krs. Kalbe) 38/71 65v  
**Gnesen** 39/71 85; 84/72 50, 51–53v; 198/74 42v, 269/74 208; 390/78 40  
**Goch** (Krs. Kleve) 182/73 235  
**Gola** (RegBez. Posen) 302/75 99  
**Goldapp** 245/74 152v; 370/77 104  
**Gommern** 88/72 71  
**Görlitz** 16/71 11; 102/72 140, 115/72 221v; 157/73 131v; 361/77 49v; 412/78 123, 123a–123c

- Görlitz** (RegBez. Königsberg) 365/77 69  
**Görlitz** (RegBez. Liegnitz) 365/77 84  
**Gostyn** (Krs. Kröben) 111/72 204  
**Göttingen** 75/III 90v  
**Grabia** (Krs. Thorn) 212/74 92  
**Grabow(o)** (Krs. Neustadt i.Pr.?) 302/75 107  
**Granpe** [?] (Krs. Luckau) 41/III 50v  
**Grätz** (RegBez. Posen) 140/73 79; 390/78 49  
**Graudenz** 102/72 128; 346/76 132v  
**Greifenberg** 327/76 29, 40  
**Greifenhagen** 288/75 36  
**Greifswald** 55/71 128; 115/72 221v; 145/73 86v, 147/73 94; 246/74 156  
**Gremsdorf** (Krs. Bunzlau) 15/71 5  
**Grillenberg** (Krs. Sangerhausen) 182/73 253  
**Gronau** (Krs. Ahaus) 403/78 93  
**Grondzaw** (Krs. Strasburg) 56/71 141  
**Groß Dommatau** [Krs.?] 298/III 230v  
**Groß-Beuchow** (Krs. Kalau) 39/71 86  
**Groß-Beuster** (Krs. Osterburg) 404/78 107  
**Groß-Gertlauken** (Krs. Labiau) 365/77 72  
**Groß-Gustkow** (Krs. Bütow) 71/71 242  
**Groß-Keylau** (Krs. Wehlau) 429/78 161  
**Groß-Strehlitz** 8/70 311; 102/72 130; 319/76 15  
**Groß-Wysowcko** (Krs. Adelnau) 269/74 213  
**Grunau** (Krs. Neisse) 378/78 22  
**Grünberg** 102/72 133  
**Grzybno** (Krs. Schrimm) 352/77 22  
**Grzywno** (Krs. Thorn) 9/70 318  
**Guben** 25/71 38, 56/71 138; 83/72 36, 38–40; 342/76 114; 365/77 67  
**Gumbinnen** 35/71 58, 48/71 97v, 58/71 150; 102/72 141; 123/73 5v; 295/75 85  
**Gundau** (Krs. Wehlau) 354/77 37  
**Gürzenich** (Krs. Düren) 115/72 229  
**Gusenburg** (Krs. Trier) 341/76 90  
**Güstrow** 135/73 51–51v, 141/73 81–83v  
**Guteborn** (Krs. Hoyerswerda) 94/72 98  
**Guttau** (Krs. Thorn) 327/76 31
- Hagen** 130/73 38; 390/78 45  
**Hagenow** (Krs. Greifenberg) 55/71 115  
**Halbau** (Krs. Sagan) 9/70 321  
**Halberstadt** 71/71 239; 108/72 170v, 115/72 221v; 147/73 101, 158/73 154v; 197/74 40, 41; 288/75 43; 342/76 110, 115; 352/77 13  
**Halle/S.** 319/76 1; 370/77 112  
**Halsenbach** (Krs. Sankt Goar) 9/70 319; 45/71 91v; 88/72 65  
**Hamburg** 268/74 205; 315/75 134; 323/76 21; 330/III 254; 368/77 85; 425/78 145v  
**Hammer** (Krs. Wohlau) 55/71 118  
**Hampshire** (Krs. Ost-Sternberg) 269/74 218  
**Hangelsberg** (Krs. Lebus) 56/71 137  
**Hannover** 348/77 1v; 405/78 115; 407/III 290v; 412/78 123v, 429/78 152  
**Hansdorf** (Krs. Sagan) 378/78 24, 429/78 153



- Hartmannsdorf** (Krs. Lübben) 378/78 18  
**Hattingen** 242/74 144v  
**Havelberg** (Krs. Perleberg) 422/78 142  
**Hechingen** 58/71 149–149v  
**Heidemühl** (Krs. Schlochau) 55/71 133  
**Heiligenbeil** 55/71 132  
**Heiligenstadt** 173/73 195v; 422/78 141  
**Heine** (Krs. Groß-Strehlitz) 212/74 78  
**Heppens** (Amt Jever) 315/75 134  
**Heydekrug** (Krs. Heydekrug) 115/72 231  
**Höfen II** (RegBez. Aachen) 352/77 11  
**Höhnstedt** (Krs. Mansfeld) 269/74 214  
**Holland**  
 → Preußisch Holland  
**Holzminden** 133/73 46v  
**Hornburg** 39/71 78  
**Hötensleben** (Krs. Neuhaldeleben) 182/73 232; 319/76 11  
**Höxter** 13/II 263v; 100/III 99; 133/73 46v  
**Hultschin** (Krs. Ratibor) 319/76 19  
**Hutta** (RegBez. Marienwerder) 341/76 108  
  
**Ibbenbüren** (Krs. Tecklenburg) 233/74 131  
**Inowraclaw** 238/74 140v, 246/74 162  
**Insterburg** 4/70 289v; 147/73 92, 148/73 107v; 212/74 86; 328/76 41v; 390/78 43  
**Itzehoe** 397/III 289  
  
**Jacobshagen** [Krs.?] 391/78 69  
**Jankendorf** [?] (Krs. Chodziesen) 60/III 68  
**Janow** (Krs. Anklam) 302/75 100  
**Jastrow** 71/71 245  
**Jauer** (Krs. Ohlau) 370/77 96  
**Jerichow** 389/78 36–36v  
**Johannisburg** 172/73 190  
**Johannisburg** [Krs.?] 391/78 73  
**Josephstadt** (Böhmen) 137/73 62, 63–63v  
**Jülich** 368/77 85v  
**Jungnau** (Gfscht., RegBez. Sigmaringen) 343/76 118  
**Junkerbrück** (Krs. Schlochau) 55/71 133  
**Jüterbog** 83/72 38v; 288/75 40  
  
**Kaldenkirchen** (Krs. Kempen) 55/71 122  
**Kalkar** (Krs. Kleve) 9/70 326, 329  
**Kallenczin** (RegBez. Königsberg) 288/75 59  
**Kammin** 91/72 79, 115/72 228; 285/III 210  
**Kanth** (Krs. Neumarkt) 341/76 96  
**Kappel** (OAmtsBez. Sigmaringen) 281/75 19  
**Karczemka** (Krs. Inowraclaw) 352/77 26  
**Karlsbad** (Böhmen) 337/76 77av  
**Karlsruhe** 384/78 32  
**Karthaus** 102/72 136; 269/74 211

- Kassel** 236/III 192v, 193v; 348/77 1v; 412/78 123v  
**Kattowitz** 365/77 71  
**Katzem** (Krs. Erkelenz) 56/71 142  
**Kauffung** (Krs. Schönau) 429/78 155  
**Kaukehmen** (Krs. Niederung) 108/72 170; 352/77 20  
**Kelbra** 88/72 69  
**Kempton** 217/74 103  
**Kiebel** (Krs. Bomst) 352/77 16  
**Kiel** 356/77 41; 366/III 268  
**Kienitz** (Krs. Lebus) 94/72 100  
**Kinten** (Krs. Heydekrug) 102/72 144  
**Kirchen-Dombrowka** (Krs. Obornik) 373/77 131  
**Kläden** (RegBez. Magdeburg) 269/74 222  
**Kleefeld** (Krs. Braunsberg) 140/73 78  
**Klein-Bohumin** (Krs. Kulm) 327/76 33  
**Klein-Glienicke** (Krs. Teltow) 340/76 84v  
**Klein-Konitz** (Krs. Konitz) 390/78 64  
**Klein-Lutau** (Krs. Flatow) 327/76 36  
**Klein-Pomeiske** (Krs. Bütow) 157/73 136  
**Klein-Zarnow** (Krs. Greifenhagen) 102/72 142  
**Kleve** 94/72 93; 217/74 103  
**Klützt** (Krs. Pyritz) 233/74 129  
**Koblenz** 9/70 322; 23/71 32v, 39/71 74, 46/71 96, 48/71 97; 106/72 161; 147/73 91; 163/III 135v; 169/73 179, 182–184v; 196/III 174; 316/III 238v  
- Schloß 162–163/III  
**Kochem** 319/76 14; 331/76 64  
**Koesfeld** 111/72 195  
**Kohlfurt** (bei Görlitz) 412/78 123, 123a–123c  
**Kolberg** 115/72 226; 157/73 150  
**Köln** 13/II 263v; 60/III 68; 98/72 114, 106/72 161–161v; 107/III 105–106; 111/72 194; 126/73 9v, 132/73 45v, 158/73 151v; 244/74 146, 150–150v; 276/75 7, 306/75 117–117v, 308/75 118; 369/77 88, 373/77 129; 382/78 30, 390/78 40  
- Deutz 46/71 96  
**Königgrätz** (Böhmen) 137/73 63v  
**Königsau** (Krs. Aschersleben) 182/73 232  
**Königsberg** 4/70 289v, 7/70 294v; 50/71 103v; 54/III 66; 55/71 110; 91/72 73v, 95/72 110, 106/72 162–162v, 168–169v; 148/73 107v; 153/III; 158/73 151v, 160/73 157; 163/III 134; 190a/Fundort; 255/74 169k, 170; 278/75 13, 317/75 135; 323/76 21, 23, 328/76 41v, 332/76 70, 341/76 101; 352/77 7, 368/77 85v; 378/78 14, 25, 388/78 35, 417/78 135  
**Königsbruch** (Krs. Konitz) 352/77 24  
**Königsdorf** (Krs. Flatow) 212/74 80  
**Königshütte** (Krs. Beuthen) 281/75 25  
**Konitz** 94/72 107  
**Konstantinopel** 316/III 239v; 368/77 85  
**Kopenhagen** 332/76 69; 368/77 85  
**Kosel** 157/73 129v; 429/78 159  
**Köslin** 50/71 103v; 149/73 109; 284/75 32, 294/75 84; 329/76 44v; 355/77 38, 360/77 46  
**Kosten** 58/71 159; 163/III 134v; 288/75 44  
**Kozia** (Krs. Birnbaum) 246/74 167  
**Kozmin** (Krs. Samter) 20/71 18

**Krakau** 393/III 283v  
**Krauschütz** (Krs. Liebenwerda) 212/74 82  
**Krefeld** 217/74 103  
**Kreiansen** (Krs. Gandersheim) 91/72 73v  
**Kreuzburg** 55/71 119  
**Krieschow** (Krs. Cottbus) 181/73 229; 264/74 192  
**Krotoschin** 302/75 103; 319/76 17  
**Krott(o)schin** (Krs. Löbau) 130/73 42  
**Kulm** 146/73 87; 224/74 111–113; 299/75; 370/77 93  
**Kulmsee** 146/73 87  
**Kunern** (Krs. Münsterberg) 94/72 105  
**Kurnik** (Krs. Schrimm) 182/73 250  
**Küstrin** 55/71 130; 302/75 102

**Laasow** [?] 298/III 230  
**Labiau** 283/75 31v; 390/78 53  
**Landsberg a.W.** 157/73 139; 323/76 21, 24; 370/77 100  
**Langenfeld** (RegBez. Düsseldorf) 365/77 64  
**Langensalza** 242/74 144v  
**Langscheid** 20/71 22  
**Lasseck** (Krs. Stargard) 341/76 93  
**Lauenburg** (RegBez. Köslin) 93/72 87; 370/77 95  
**Laufdorf** (Krs. Wetzlar) 157/73 141  
**Laukischken** (Krs. Labiau) 71/71 234  
**Lehnin** 285/III 210  
**Lehrte** 382/78 30–30v  
**Leipzig** 198/74 42  
**Lentherhadt** [? Krs. Kempen] 107/III 106  
**Leobschütz** 319/76 10  
**Lessen** (Krs. Graudenz) 147/73 97; 319/76 8  
**Lichtenberg** (RegBez. Potsdam) 111/72 197  
**Liebenwerda** 212/74 84  
**Liebstadt** (Krs. Mohrungen) 329/76 46  
**Liegnitz** 58/71 157, 71/71 243; 91/72 75, 96/72 111; 246/74 160; 339/76 83v; 373/77 123  
**Lindenau** (Krs. Ruppín) 95/72 108  
**Lindow** [Krs.?] 365/77 74  
**Linz** (Krs. Neuwied) 182/73 237  
**Lippehne** (Krs. Soldin) 212/74 77  
**Lippstadt** 15/71 1; 219/74 105, 225/74 114; 336/76 76, 77  
**Lissa** (Krs. Fraustadt) 390/78 52, 60  
**Lissau** (Krs. Lublinitz) 302/75 108  
**Löbau** 7/70 294; 181/73 229; 403/78 102  
**Loetzen** 156/73 127v  
**Loewenberg** 339/76 83v  
**London** 155/73 125  
**Longkamp** (Krs. Bernkastel) 404/78 108  
**Lonzin** (Krs. Thorn) 404/78 110a  
**Lötzen** 20/71 17, 71/71 237; 323/76 21  
**Löwenberg** 39/71 84; 390/78 58  
**Lübbecke** 244/74 146

- Lübben** 25/71 38  
**Lübeck** 425/78 145v  
**Lüben** 96/72 111  
**Luckau** 6/70 293, 7/70 294; 41/III 50v; 168/73 172v  
**Lüdenscheid** (Krs. Altena) 390/78 54  
**Ludgierzowitz** (Krs. Ratibor) 236/III 194v  
**Lüdinghausen** 233/74 136  
**Lychen** 71/71 233  
**Lyck** 15/71 8, 28/71 41v; 336/76 76; 403/78 92
- Magdeburg** 66/71 197, 71/71 246; 98/72 116; 146/73 88v, 182/73 246; 241/74 143, 269/74 212, 215; 309/75 120; 327/76 38, 329/76 44v, 59; 352/77 18; 408/78 117v, 429/78 156  
**Magdeburg-Sudenburg** 246/74 159  
**Magenta** (Oberitalien) 48a/Fundort 654  
**Mahrau** (Krs. Mohrunen) 56/71 136  
**Mansfeld** 277/75 8  
**Manubach** (Krs. St. Goar) 39/71 82  
**Marienburg** a.d. Nogat 302/75 104; 328/76 41, 341/76 94  
**Marienfelde** (RegBez. Königsberg) 140/73 72  
**Marienwerder** 58/71 158, 71/71 231; 95/72 109, 110; 214/74 98, 215/74 100v, 224/74 111–113, 245/74 152v; 372/77 118; 390/78 40, 403/78 103  
**Märzdorf** (RegBez. Breslau) 352/77 12  
**Materborn** (Krs. Kleve) 9/70 324  
**Mattemblewo** (Krs. Danzig) 378/78 26  
**Matzkirch** (Krs. Kosel) 341/76 92  
**Mayen** 21/71 24  
**Medebach** (Krs. Brilon) 111/72 191  
**Mehlkehmen** (Krs. Stallupönen) 327/76 39  
**Mellentín** (Krs. Deutsch Krone) 319/76 18  
**Memel** 9/70 325; 115/72 221v; 288/75 56  
**Merseburg** 4/70 289v; 149/73 109; 197/74 40; 394/78 76  
**Merzig** 94/72 101; 220/74 106v  
**Meschede** 106/72 161v–162, 164–167  
**Meseritz** 225/74 114  
**Metelen** (Krs. Steinfurt) 71/71 251  
**Mewe** (Krs. Marienwerder) 212/74 89  
**Meyenburg** (RegBez. Potsdam) 365/77 63  
**Miencierzyn** (Krs. Mogilno) 390/78 57  
**Migehnen** (Krs. Braunsberg) 55/71 113  
**Minden** 4/70 289; 115/72 221v; 220/74 106; 281/75 17, 315/75 134; 342/76 112  
**Mittelwalde** (Krs. Habelschwerdt) 212/74 72; 370/77 106  
**Moeskirch** (Sigmaringen) 343/76 118  
**Moetze** [Krs.?] 236/III 194v  
**Mogilno** 288/75 60  
**Möllenkotten** (Krs. Hagen) 182/73 241  
**Montjoie** 429/78 162  
**Monzingen** (Krs. Kreuznach) 319/76 7  
**Müggendorf** (Krs. Westprießnitz) 163/III 135  
**Mühlhausen** (RegBez. Erfurt) 182/73 232  
**Mülheim** (Ruhr) 5/70 292, 7/70 294

- München** 85/72 55v  
**Münster** 15/71 3, 19/71 16, 44/71 90, 55/71 125, 66/71 197; 158/73 151v, 168/73 172; 231/74 120v; 315/75 134; 360/77 47v; 387/78 34, 391/78 72  
**Murkwitz** (Krs. Schmiegel) 102/72 125  
**Muza** (Krs. Neustadt, RegBez. Danzig) 94/72 102
- Naklo** (Krs. Tarnowitz) 390/78 62  
**Namslau** 25/71 38  
**Nancy** (Frankreich) 43/Fundort 548  
**Naugard** 60/III 68; 88/72 64, 98/72 117  
**Naumburg a.d.S.** 157/73 144; 236/III 194v; 288/75 61; 365/77 76; 422/78 141  
**Nehden** (Krs. Brilon) 288/75 50  
**Neidenburg** 323/76 21, 329/76 49; 335/III 255  
**Neisse** 20/71 21; 327/76 35; 373/77 130  
**Nerwigk** (Krs. Allenstein) 20/71 19  
**Nesselgrund** (Krs. Habelschwerdt) 39/71 69  
**Neu Sielec** (Krs. Rawitsch) 56/71 140  
**Neudorf** (Krs. Graudenz) 357/III 262  
**Neuendorf** (Krs. Worbis) 352/77 17  
**Neuendorf** (RegBez. Königsberg) 403/78 96  
**Neuendorf** (RegBez. Potsdam) 269/74 221  
**Neufahrwasser** (Danzig) 284/75 32  
**Neu-Glienicke** (bei Potsdam, Krs. Ruppin) 342/76 113; 365/77 70  
**Neuhaldensleben** 69/71 219  
**Neukirchen** (Krs. Wetzlar) 390/78 42  
**Neumarkt** (RegBez. Breslau) 181/73 229; 341/76 98  
**Neuss** 341/76 107  
**Neustadt** (bei Magdeburg) 370/77 102  
**Neustadt** (RegBez. Danzig) 170/73 185v  
**Neustadt** (RegBez. Marienwerder) 48/71 98  
**Neustadt** (West-Preußen) 299/75; 325/76 26v; 354/77 29; 412/78 123  
**Neustadt/ Warthe** (RegBez. Posen) 286/75 33  
**Neustettin** 97/72 113  
**Neu-Vierzighufen** (Krs. Allenstein) 55/71 112  
**Neuwedel** (Krs. Arnswalde) 338/76 82  
**Neuwied** 61/71 173v; 94/72 97  
**Nicolai** (Krs. Pless) 396/III 286  
**Niechanowo** (Krs. Gnesen) 281/75 22  
**Niederdresselndorf** (Krs. Siegen) 55/71 114  
**Nieder-Hartmannsdorf** (Krs. Sagan) 91/72 82  
**Nieder-Poppschütz** (Krs. Freystadt) 89/III 98  
**Nieder-Sodow** (Krs. Lublinitz) 102/72 146  
**Nienstedt** (Krs. Sangerhausen) 269/74 219  
**Nizza** 140/73 68  
**Nordenburg** (Krs. Gerdauen) 291/75 64  
**Nordhausen** 55/71 126; 115/72 230; 147/73 93; 429/78 154  
**Nöschenrode** (Krs. Wernigerode) 111/72 200
- Ober-Bellmannsdorf** (Krs. Bolkenhain) 341/76 89  
**Ober-Farnstädt** (Krs. Querfurt) 357/III 262

- Ober-Geilhausen** (Krs. Waldbröl) *163/III* 134v  
**Oberwinter** (Krs. Ahrweiler) *157/73* 133  
**Ochtendung** (Krs. Mayen) *357/III* 262  
**Oebisfelde** (Krs. Gardelegen) *111/72* 198  
**Ohlau** *94/72* 106  
**Oldenburg i.O.** *220/74* 106  
**Oliva** (Krs. Danzig) *354/77* 34  
**Opalenica** (Krs. Buk) *396/III* 286, 286v  
**Oppeln** *7/70* 294; *157/73* 129v, 131; *241/74* 143  
**Oranienburg** *378/78* 11  
**Orenhofen** (Krs. Trier) *182/73* 240  
**Orlowen** [?] (RegBez. Gumbinnen) *288/75* 49  
**Ortelsburg** *39/71* 67; *269/74* 209  
**Osielsk** (Krs. Bromberg) *157/73* 137  
**Osnabrück** *315/75* 134  
**Ostende** (Belgien) *63/III* 77  
**Osterode** *394/78* 76v  
**Ostrog** (Krs. Ratibor) *71/71* 253  
**Ostrowo** (RegBez. Posen) *111/72* 192; *239/74* 141v  
**Ottweiler** *288/75* 41  
**Overath** (Krs. Mülheim/Ruhr) *354/77* 35
- Padberg** (Krs. Altena) *341/76* 103  
**Paderborn** *309/75* 120  
**Panienka** (Krs. Pleschen) *269/74* 220  
**Paplitz** (Krs. Jüterbog-Luckenwalde) *390/78* 63  
**Paris** *86/III* 97v, *330/III* 254, 254v; *359/77* 45  
**Paruschowitz** (Krs. Rybnik) *352/77* 25  
**Parzynow** (Krs. Schildberg) *111/72* 202  
**Pasewalk** (Krs. Uckermünde) *91/72* 73v; *100/III* 99v; *135/73* 51–51v, *141/73* 81–83v; *365/77* 56  
**Patschkau** (Krs. Neisse) *55/71* 121; *91/72* 83  
**Patzig** (Krs. Rügen) *147/73* 96  
**Pawlowitz** (RegBez. Posen) *378/78* 23  
**Peiskretscham** (Krs. Tost-Gleiwitz) *371/77* 116  
**Penzig** (bei Görlitz) *412/78* 123b  
**Peremtienen** (Krs. Labiau) *403/78* 95  
**Petersburg, St.** *368/77* 85v  
**Peterwitz** *5/70* 291  
**Pillau** *91/72* 73v  
**Pleschen** *91/72* 73; *130/73* 41  
**Pless** *107/III* 106  
**Plössen** (RegBez. Königsberg) *288/75* 46  
**Pluwig** (Krs. Trier) *58/71* 156  
**Podgorz** (Krs. Thorn) *396/III* 286, 286v; *429/78* 165  
**Podrosche** (Krs. Rothenburg/Schlesien) *182/73* 242  
**Polennen** (Krs. Fischhausen) *302/75* 109  
**Pölitz** *61/71* 173v  
**Pollnow** (Krs. Schlawe) *39/71* 70; *288/75* 47  
**Ponarth** (Krs. Königsberg) *106/72* 162–162v, 168–169v

- Posen** 8/70 311; 15/71 7, 58/71 152; 84/72 54, 94/72 92, 109/72 173, 111/72 193; 126/73 9, 11, 129/73 24, 136/73 55, 137/73 61; 238/74 140; 328/76 41v, 329/76 44v, 48; 353/77 27; 378/78 13, 390/78 40, 404/78 113
- Potsdam** 8/70 311; 16/71 11, 21/71 29; 85/72 57; 300/75 89, 91; 323/76 21, 340/76 84v, 341/76 97; 368/77 86; 394/78 78  
- Schloß Sanssouci 120/Fundort
- Prenzlau** 102/72 135; 370/77 105
- Pretsch** (Krs. Lübben) 396/III 287
- Preußisch Eylau** 61/71 173v; 341/76 91
- Preußisch Holland** (Krs. Braunsberg) 373/77 124
- Preußisch Stargard** 32/71 51v, 44/71 90; 140/73 77; 197/74 40, 224/74 112v, 226/74 115v; 365/77 65
- Pritter** (Krs. Usedom-Wollin) 88/72 63
- Profen** (Krs. Zeitz) 39/71 80
- Pronitten** (Krs. Labiau) 404/78 112
- Proskau** (Krs. Oppeln) 116/72 232; 286/75 33; 370/77 99
- Prypkowo** (Krs. Obornik) 15/71 6
- Przychod** (Krs. Neustadt) 102/72 145
- Pützchen** (Krs. Bonn) 35/71 59
- Quartschen** (Krs. Königsberg/Neumark) 182/73 252
- Querfurt** 16/71 11; 157/73 146
- Rabishau** (Krs. Löwenberg) 246/74 155
- Radolin** (Krs. Czarnikau) 370/77 101
- Ragnit** 88/72 66; 281/75 20
- Rastenburg** 95/72 110
- Rathenow** 382/78 30
- Ratibor** 97/72 112, 105/72 160, 111/72 205; 236/III 194v; 343/76 119v; 378/78 9
- Ratingen** 71/71 238
- Rauen** (Krs. Beeskow-Storkow) 182/73 254
- Rausse** (Krs. Neumarkt) 89/III 98
- Rawicz/Rawitsch** (Krs. Kröben) 147/73 100; 281/75 24, 288/75 36; 370/77 110; 390/78 47, 61
- Regeln** (Krs. Lyk) 102/72 139
- Rehberg** (Krs. Schwetz) 157/73 138
- Reichenbach** (bei Görlitz) 6/70 293
- Reichenbach** (RegBez. Breslau) 271/74 230; 403/78 98
- Reichthal** (Krs. Namslau) 380/III 276v
- Rendsburg** 318/III 242
- Rhaunen** (Krs. Bernkastell) 94/72 94; 302/75 98; 429/78 157
- Rheda** 244/74 146
- Rheine** (Krs. Steinfurt) 429/78 164
- Richtenberg** (Krs. Franzburg) 288/75 52
- Riesa** 83/72 36, 38–40
- Ringel** (Krs. Tecklenborg) 429/78 166
- Ringingen** (OAmtsBez. Gammertingen) 281/75 23
- Roczki** [?] 298/III 230v
- Röderau** 83/72 36, 38–40
- Rogasen** (Krs. Obornik) 239/74 141v; 342/76 116
- Rom** 238/74 140; 368/77 85

**Rosenberg** 48/71 98; 223/74 110  
**Rosenberg/Pr.** 403/78 97  
**Rosenfelde** (Krs. Schlochau) 380/III 276v  
**Rostock** 141/73 81–83v  
**Rothfest** [?] (Krs. Neisse) 298/III 230v  
**Rothsürben** (Krs. Breslau) 352/77 14  
**Rudowken** (Krs. Sensburg) 302/75 110  
**Rügenwalde** (Krs. Schlawe) 341/76 106  
**Rybni(c)k** 55/71 134, 62/71 182; 381/78 29v  
  
**Saalfeld** (Krs. Mohrungen) 319/76 13; 365/77 66  
**Saarbrücken** 13/II 263v; 163/III 135v; 392/78 74–75  
**Saarlouis** 163/III 135v; 212/74 93; 368/77 86  
**Saarwellingen** (Krs. Saarlouis) 288/75 57  
**Saddeck** (Krs. Neidenburg) 429/78 163  
**Sagan** 8/70 311; 352/77 21  
**Salzwedel** 382/78 30  
**Sangerhausen** 186/74 18v  
**Sankt Hubert** (Krs. Kempen) 147/73 106  
**Sankt Johann** (Krs. Saarbrücken) 392/78 75  
**Scharfenort** (Krs. Samter) 269/74 216  
**Schildau** (Krs. Schönau) 157/73 135  
**Schildberg** 380/III 276v  
**Schilleningken** (Krs. Memel) 369/77 89  
**Schlawe** 93/72 87  
**Schlochau** 32/71 51v; 102/72 132; 283/75 31v  
**Schneidemühl** 91/72 81; 388/78 35; 367/III 272  
**Schocken** (Krs. Wongrowitz) 246/74 161  
**Schönau** 15/71 1–1v  
**Schönebeck** (Krs. Kalbe) 340/76 85, 86  
**Schönebeck** (Krs. Ostprienitz) 378/78 19  
**Schönlanke** (Krs. Czarnikau) 390/78 44  
**Schönsee** (Krs. Thorn) 396/III 286, 286v  
**Schrimm** 26/71 39; 352/77 22  
**Schroda** 147/73 95; 370/77 94  
**Schubin** (Krs. Kosten) 365/77 73  
**Schulenburg** (Krs. Oppeln) 55/71 117  
**Schwedt/O.** (Krs. Angermünde) 400/78 87  
**Schweidnitz** 58/71 160; 94/72 105; 137/73 63v  
**Schweinitz** 58/71 145v–146; 298/III 230v  
**Schwerin a.d.W.** (Krs. Birnbaum) 246/74 165; 403/78 101  
**Schwet** (RegBez. Marienwerder) 403/78 94, 424/78 144  
**Schwetzin** (Krs. Neustadt/Westpr.) 352/77 8  
**Schwiebus** 186/74 18v  
**Sensburg** 281/75 18; 327/76 39  
**Siegen** 130/73 44  
**Siemianice** (Krs. Schildberg) 352/77 15  
**Sierakowo** (Krs. Thorn) 396/III 286, 286v  
**Sigmaringen** 31/71 46; 140/73 67, 168/73 172  
**Slawentzitz** (Krs. Cosel) 157/73 129v



- Sobierszisko** (Krs. Strasburg) 319/76 20  
**Soest** 9/70 328; 106/72 161v–162, 164–167; 281/75 21; 352/77 9, 365/77 57  
**Soldau** (Krs. Neidenburg) 327/76 37  
**Soldin** 55/71 131; 390/78 65  
**Solferino** (Oberitalien) 52/III 57v  
**Solingen** 234/74 137; 295/75 85  
**Sommerfeld** (Krs. Krossen) 212/74 94  
**Sonnenburg** (Forsthaus, Krs. Oberbarnim) 146/73 89, 90  
**Sorau** 172/73 190  
**Sotzweiler** (Krs. Ottweiler) 302/75 111  
**Sowade** (Krs. Falkenberg) 378/78 20  
**Spalienen** (Krs. Johannsburg) 354/77 32  
**Spandau** (Krs. Osthavelland) 157/73 149, 182/73 248  
**Spirding** (Krs. Sensburg) 370/77 109  
**Spremberg** 319/76 1, 3  
**Sprottau** 15/71 4  
**Stallupö(h)nen** 28/71 41v  
**Stargard**  
 → Preußisch Stargard  
**Stendal** 236/III 194v; 329/76 44v, 57; 382/78 30  
**Stettin** 9/70 327; 24/71 36v; 92/72 86, 94/72 104; 100/III 99v; 127/73 17, 135/73 51–51v, 149/73 109; 281/75 16; 329/76 44v; 348/77 1v, 351/77 5v  
**Stoberau** (Krs. Brieg) 327/76 32  
**Stolp** 58/71 151; 317/75 135; 355/77 38, 360/77 46  
**Stralsund** 32/71 51v; 91/72 73v, 99/72 118; 100/III 99v; 105/72 160; 133/73 46v, 141/73 81–83v; 294/75 84; 327/76 29; 372/77 117v  
**Strasburg** (Uckermark) 141/73 83v  
**Strasburg** (RegBez. Marienwerder) 365/77 75  
**Strehlen** 212/74 76  
**Stresow** (RegBez. Köslin) 182/73 239  
**Striegau** 285/III 210  
**Strzalkowo** (Krs. Wreschen) 365/77 68  
**Stubendorf** (Krs. Groß-Strehlitz) 380/III 276v  
**Stupia** (RegBez. Posen) 140/73 71  
**Sudenburg** (bei Magdeburg) 246/74 159  
**Suhl** (Krs. Schleusingen) 163/III 135; 182/73 245  
**Sulencin-Hauland** (Krs. Schroda) 94/72 99  
**Swinemünde** 287/75 34  
  
**Tarnowitz** [?] 319/76 12  
**Tarnowitz** (Krs. Beuthen) 357/III 262  
**Tarnowitz** (Krs. Brieg) 233/74 132  
**Tempelburg** 91/72 78  
**Teplitz** 96/72 111v  
**Tettau** (Krs. Hoyerswerda) 71/71 249  
**Teveren** (Krs. Geilenkirchen) 413/78 127  
**Theresia** (Krs. Czarnikau) 288/75 48  
**Thorn** 13/II 263; 212/74 81; 303/75 112  
**Thyrow** (Krs. Teltow) 91/72 80  
**Tilsit** 108/72 170; 156/73 127v; 352/77 10

- Torfbruch** (Krs. Büren) 212/74 75  
**Torgau** 62/71 182v, 66/71 207; 157/73 150; 370/77 113  
**Trebbin** (Krs. Teltow) 236/III 194v  
**Trebnitz** 55/71 127  
**Treptow** a.d.Tollense (Krs. Demmin) 140/73 73; 341/76 100  
**Tri(e)bsees** (Krs. Grimmen) 39/71 72; 327/76 30  
**Trier** 220/74 107; 317/75 135  
**Triest** 86/III 95  
**Trochtelfingen** (Gfscht., Sigmaringen) 343/76 118  
**Trutenau** (Krs. Danzig) 114/III 103  
**Trutenau** (Krs. Königsberg) 66/71 196; 77/72 10v  
**Trzebez** (Krs. Kulm) 365/77 62  
**Trzemeszno** (Krs. Krotoschin) 311/75 121v, 124–125, 317/75 135v  
**Trzemeszno** (Krs. Mogilno) 212/74 85  
**Tübingen** 40/71 87v  
**Tuchel** (Krs. Konitz) 223/74 110; 329/76 51; 372/77 118  
**Tuntschendorf** (Krs. Neurode) 212/74 73; 288/75 54  
  
**Ujest** (Krs. Groß-Strehlitz) 281/75 18a  
**Ülzen** 382/78 30  
**Unna** 102/72 131  
**Usedom** 71/71 250  
  
**Velbert** (Krs. Mettmann) 390/78 59  
**Veltheim** (Krs. Minden) 163/III 134  
**Venlo** 315/75 134  
**Villafranca** (Oberitalien) 54/III 65  
  
**Wahlbach** (Krs. Simmern) 233/74 135  
**Wahlstatt** (Krs. Liegnitz) 231/74 122–124v  
**Waldenburg** [?] 137/73 62, 63–63v; 388/78 35  
**Waldenburg** (RegBez. Breslau) 182/73 255  
**Wanlo** (Krs. Grevenbroich) 20/71 20  
**Wanzleben** 341/76 104  
**Warburg** 269/74 223  
**Warendorf** (RegBez. Münster) 182/73 257  
**Warkallen** (Krs. Allenstein) 404/78 110  
**Warschau** 107/III 104v  
**Warsleben** (Krs. Neuhaldensleben) 404/78 111  
**Weis(s)holz** (Krs. Glogau) 71/71 252; 365/77 77  
**Welcherath** (Krs. Adenau) 269/74 225  
**Werne** (Krs. Lüdinghausen) 396/III 287  
**Wernigerode** 240/74 148, 242/74 144  
**Wesel** (Krs. Rees) 62/71 186; 315/75 134; 370/77 107  
**Wesslinken** (Krs. Danzig) 365/77 59  
**Wetten** (Krs. Geldern) 212/74 70, 71  
**Wickrath** (RegBez. Düsseldorf) 71/71 240  
**Wielichowo** (Krs. Kosten) 212/74 91  
**Wien** 43/Fundort 546–553; 325/76 26  
**Wildenschwerdt** (Böhmen) 137/73 62, 63

**Wilhelmsbruch** (Krs. Kulm) 370/77 111  
**Wilkow** [?] (Krs. Stolp) 285/III 210  
**Windischmarchwitz** [Krs.?] 391/78 70  
**Winterbach** (Krs. Sankt Wendel) 302/75 106  
**Wirsitz** 168/73 178  
**Witten** 91/72 85  
**Wittenberg** (Krs. Wittenberg) 111/72 199  
**Wittstock** (RegBez. Potsdam) 341/76 95; 419/III 296v  
**Woblitz** (Krs. Templin) 102/72 137  
**Wolgast** 100/III 99v  
**Wollstein** 91/72 73  
**Wolmirstedt** 71/71 241  
**Woltersdorf** (RegBez. Potsdam) 88/72 70  
**Wongrowitz** 91/72 76  
**Wonno** (Krs. Löbau) 7/70 294  
**Worbis** 58/71 154  
**Wtelno** (Krs. Bromberg) 329/76 58  
**Wustermitz** (Krs. Kammin) 212/74 79  
  
**Xanten** (Krs. Mörs) 352/77 19  
  
**Zanderbrück** (Krs. Schlochau) 403/78 104  
**Zegowo** (Krs. Buk) 404/78 106  
**Zempelburg** (Krs. Flatow) 212/74 83  
**Zerkow** (Krs. Wreschen) 288/75 45  
**Zewitz** (Krs. Lauenburg/Pommern) 404/78 114  
**Zicker** (Krs. Neustettin) 380/III 276v  
**Zielenzig** (Krs. Oststernberg) 94/72 95  
**Zinten** (Krs. Heiligenbeil) 390/78 66  
**Zirke** 62/71 184–185v  
**Zobten** [Krs.?] 94/72 105  
**Zühlichendorf** (Krs. Ruppin) 157/73 143  
**Zürich** 86/III 93

## Die Mitglieder des preußischen Staatsministeriums November 1858 bis Dezember 1866<sup>1</sup>

Ministerpräsident:	<b>Hohenzollern-Sigmaringen, Karl Anton Fürst v.</b> (5.11.1858 <sup>2</sup> –11.3./8.10.1862 <sup>3</sup> ) <b>Hohenlohe-Ingelfingen, Adolf Prinz zu</b> (11.3. <sup>3</sup> –23.9.1862) <b>Bismarck, Otto (Graf) v.</b> (23.9./8.10.1862 <sup>4</sup> –21.12.1872 u. 9.11.1873–20.3.1890)
Minister ohne Ressort:	<b>Auerswald, Rudolf v.</b> (6.11.1858 <sup>5</sup> –17./18.3.1862 <sup>6</sup> )
Außenminister:	<b>Schleinitz, Alexander Frh. v.</b> (6.11.1858–31.7./10.10.1861 <sup>7</sup> ) <b>Bernstorff, Albrecht Graf v.</b> (16./31.7./10.10.1861–8.10.1862 <sup>8</sup> ) <b>Bismarck, Otto (Graf) v.</b> (8.10.1862 <sup>7</sup> –20.3.1890)
Finanzminister:	<b>Patow, Robert Frh. v.</b> (6.11.1858–17./18.3.1862) <b>Heydt, August von der</b> (17./18.3.–23./30.9.1862 <sup>9</sup> ) <b>Bodenschwingh, Karl v.</b> (30.9.1862–2.6.1866 <sup>10</sup> ) <b>Heydt, August Frh. von der</b> (2.6.1866–26.10.1869)

<sup>1</sup> Diese Aufstellung folgt weitgehend den Daten der Ministerliste (aus den Akten des Staatsministeriums gearbeitet) in: *Handbuch über den Preußischen Staat für das Jahr 1930*, 136. Jg., Berlin 1930, S. 99–101. Abweichungen und Differenzierungen beruhen auf eigenen Aktenrecherchen. – Die Reihenfolge der Ministerien in Anlehnung an die Auflistungen in den zeitgenössischen Staatshandbüchern. – Sofern die Geschäftsübernahme bzw. der Amtsantritt der Minister nur einige wenige Tage nach der offiziellen Ernennung erfolgte, wird dies im Folgenden nicht gesondert vermerkt.

<sup>2</sup> KO v. 5.11.1858 in: Rep. 90, Nr. 2352, Bl. 30; vgl. auch Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 91.

<sup>3</sup> Der Amtswechsel am 11.3.1862 wurde offiziell mit einer längeren Erkrankung von Hohenzollern-Sigmaringen begründet; Hohenlohe-Ingelfingen führte das Amt daher interimistisch bzw. kommissarisch. KO v. 11.3.1862 in: Rep. 90, Nr. 2352, Bl. 34 und 35. Vgl. auch die Hinweise zur Sitzung am 12.3.1862. – Zur Entlassung Hohenzollerns am 8.10.1862 vgl. auch die folgende Anm. 4.

<sup>4</sup> Bismarck war am 23.9.1862 zum Staatsminister und interimistischen Vorsitzenden des Staatsministeriums berufen worden; seine definitive Berufung zum Ministerpräsidenten erfolgte am 8.10.1862. KOs v. 23.9. und 8.10.1862 in: Rep. 90, Nr. 2352, Bl. 36 und 41. Vgl. auch die Hinweise zu den Sitzungen am 24.9. sowie am 5.10.1862.

<sup>5</sup> Auerswald hatte die Funktion und Besoldung eines Ministerpräsidenten; vgl. KO v. 6.11.1858 in: Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 100.

<sup>6</sup> Der Ministerwechsel vom März 1862 fand am 18.3. statt; wegen der Assoziation zum 18. März 1848 wurden die Urkunden auf den 17.3. datiert. Vgl. die Anmerkung zu den Sitzungen am 14. u. 19.3.1862.

<sup>7</sup> Zum Amtswechsel Schleinitz–Bernstorff vgl. Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 130–149; ferner III. HA, MAA, ZB Nr. 424. Zu Details vgl. die Hinweise zur Sitzung am 3.11.1861.

<sup>8</sup> KO v. 8.10.1862 in: Rep. 90, Nr. 2352, Bl. 42.

<sup>9</sup> Heydt wurde am 23.9.1862 seines Amtes entbunden, das er bis zum Amtsantritt seines Nachfolgers am 30.9. weiterführte. KOs v. 23. und 30.9.1862 in: Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 186, 187 und 188. Vgl. auch die Hinweise zur Sitzung am 19.9. und 3.10.1862.

<sup>10</sup> KO v. 2.6.1866, in: Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 204–204v. Vgl. auch die Hinweise zum Kronrat am 4.6.1866.

Kultusminister <sup>11</sup> :	<b>Bethmann Hollweg, Moritz v.</b> (6.11.1858–10.3.1862 <sup>12</sup> ) <b>Mühler, Heinrich v.</b> (17./18.3.1862–22.1.1872)
Handelsminister <sup>13</sup> :	<b>Heydt, August von der</b> (4.12.1848–18.5.1862) <b>Holtzbrinck, Heinrich v.</b> (18.5. <sup>14</sup> –8.10.1862 <sup>15</sup> ) <b>Itzenplitz, Heinrich Graf v.</b> (8.10./8.12.1862 <sup>16</sup> –13.5.1873)
Innenminister:	<b>Flottwell, Eduard</b> (7.10./6.11.1858 <sup>17</sup> –3.7.1859 <sup>18</sup> ) <b>Schwerin, Maximilian Graf v.</b> (3.7.1859 <sup>19</sup> –17./18.3.1862) <b>Jagow, Gustav v.</b> (17./18.3.–8.12.1862 <sup>20</sup> ) <b>Eulenburg, Friedrich Graf zu</b> (8.12.1862 <sup>21</sup> –30.3.1878)
Justizminister:	<b>Simons, Ludwig</b> (10.4.1849–14.12.1860 <sup>22</sup> ) <b>Bernuth, August v.</b> (17.12.1860–17./18.3.1862) <b>Lippe, Leopold Graf zur</b> (17./18.3.1862–5.12.1867)
Kriegsminister:	<b>Bonin, Eduard v.</b> (6.11.1858–27.11.1859 <sup>23</sup> ) <b>Roon, Albrecht v.</b> (5.12.1859 <sup>24</sup> –1.1./9.11.1873)
Landwirtschaftsminister:	<b>Pückler, Erdmann Graf v.</b> (6.11.1858–17./18.3.1862) <b>Itzenplitz, Heinrich Graf v.</b> (17./18.3.–8.12.1862) <b>Selchow, Werner v.</b> (8.12.1862 <sup>25</sup> –13.1.1873)

<sup>11</sup> Die zeitgenössische Bezeichnung lautete korrekt: *Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten*.

<sup>12</sup> Vgl. Rep. 90, Nr. 894, Bl. 57–60 und Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 155–155v. Dazu die Hinweise in den Sitzungen am 9. und 10.3.1862. Die Geschäfte des Kultusministeriums vom 10.–17.3. führte interimistisch Innenminister Schwerin; vgl. KO v. 10.3.1862, in: Rep. 76, I Sekt. 3 Nr. 126, Bl. 95.

<sup>13</sup> Die zeitgenössische Bezeichnung lautete korrekt: *Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten*.

<sup>14</sup> KO v. 18.5.1862 in: Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 182–182v.

<sup>15</sup> KO v. 8.10.1862 in: Ebd., Bl. 194–194v.

<sup>16</sup> KOs v. 8.10. und 8.12.1862 in: Ebd., Bl. 194v und 197–197v; vgl. Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 129.

<sup>17</sup> Flottwell hatte das Amt nach der Entlassung Ferdinand von Westphalens bereits interimistisch geführt; vgl. KO v. 7.10.1858 in: Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 90–90v; ferner KO v. 6.11.1858, ebd., Bl. 100.

<sup>18</sup> KO v. 3.7.1859 in: Rep. 90, Nr. 2527, Bl. 141–142v; ferner Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 108. Vgl. auch die Hinweise zur Sitzung am 13.7.1859.

<sup>19</sup> KO v. 3.7.1859 in: Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 108–108v.

<sup>20</sup> KO v. 8.12.1862 in: Ebd., Bl. 197–197v.

<sup>21</sup> KO v. 8.12.1862 in: Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 129.

<sup>22</sup> KO v. 14.12.1860 in: Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 118–118v. Vgl. auch die Hinweise zu den Sitzungen am 27.11. und 22.12.1860.

<sup>23</sup> Mit KO v. 27.11.1859 wurde Bonin entlassen und Ministerpräsident Hohenzollern mit der interimistischen Führung der Geschäfte beauftragt; vgl. Rep. 90, Nr. 2352, Bl. 33. Zur Entlassung Bonins vgl. auch Rep. 90, Nr. 892, n.f.; ferner die Hinweise zum Kronrat am 3.12.1859.

<sup>24</sup> KO v. 5.12.1859 in: Rep. 90, Nr. 892, n.f.; ferner Rep. 89, Nr. 3693, Bl. 111.

<sup>25</sup> KO v. 8.12.1862 in: Rep. 90, Nr. 2350, Bl. 129.

Chef der Admiralität bzw. **Hohenzollern-Sigmaringen, Karl Anton Fürst v.** (interim.  
Marineverwaltung bzw. 15.11.1858<sup>26</sup>–6.4.1859)  
Marineminister: **Schroeder, Jan** (6.4.1859<sup>27</sup>–6.12.1860<sup>28</sup>)  
(seit 16.4.1861<sup>29</sup>) **Roon, Albrecht v.** (6.12.1860/5.3.1861<sup>30</sup>–31.12.1871)

---

<sup>26</sup> KO v. 15.11.1858 in: Rep. 89, Nr. 3727, Bl. 22.

<sup>27</sup> KO v. 6.4.1859 in: Rep. 90, Nr. 956, n.f.; ferner Rep. 89, Nr. 32224, Bl. 123–123v. Vgl. auch die Hinweise zur Sitzung am 19.4.1859.

<sup>28</sup> KO v. 6.12.1860 in: Rep. 90, Nr. 956, n.f.; ferner die Mitteilung Wilhelms I. an das Staatsministerium v. 15.1.1861 in: Rep. 90, Nr. 892, n.f. Vgl. auch die Hinweise zur Sitzung am 22.12.1860.

<sup>29</sup> Vgl. GS 1861, S. 205.

<sup>30</sup> Vgl. die Mitteilung Wilhelms I. an das Staatsministerium v. 16.4.1861 in: Rep. 90, Nr. 892, n.f.

## Verzeichnis der zitierten Archivalien

*Das folgende Aktenverzeichnis mit Signaturen und Kurztitel soll der schnellen Orientierung für Benutzer dienen; es stellt keine Abschrift der Findbücher zu den jeweiligen Beständen noch der - in der Regel bürokratisch umständlich formulierten - Aktentitel dar.*

*Im Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz fanden eine Reihe von Umsignierungen statt, die bis zum Zeitpunkt der Lektorierung des vorliegenden Bandes noch berücksichtigt worden sind.*

*Nicht verzeichnet sind Akten, die zur Erhebung biographischer Daten für das Personenregister dienen (Personalakten etc.).*

*Der Hauptbestand dieser Regesten-Edition, Rep. 90/90a Staatsministerium, ist vorangestellt.*

### Geheimes Staatsarchiv Preuß. Kulturbesitz, Berlin-Dahlem

#### I. Hauptabteilung

##### **Rep. 90: Staatsministerium (Ältere Registratur) (ehemaliger Merseburger Bestand)**

Tit. XIII Nr. 67: M. Duncker, Vortragender Rat beim Kronprinzen (1861–74)

Tit. XIV Nr. 57: Regierungsrat v. Keudell (1863)

Tit. XXI B Nr. 24 Bd. 2: Geh. Ober-Hofbuchdruckerei Decker in Berlin (1851–77)

Tit. XXX A Nr. 63: Fischerei-Ordnungen für Brandenburg, Pommern u. das Oder-Haff (1845–69)

Tit. XXXIII B Nr. 67–1: Präsidenten u. Räte des Obertribunals (1844–79)

Tit. XXXIII C Nr. 69:

Fideikommißstiftung des Gf. v. Keyserling-Neustadt u. dessen Teilnahmerechte der für Besitzer größerer Familien-Fideikomnisse im ständischen Verbandsverbande gestifteten Kollektiv-Stimmen (1859–87)

Tit. XXXIII C Nr. 70: Untersuchung wider den Literaten Eichhoff zu Berlin (1860)

Tit. XXXIII C Nr. 95:

Beschwerde des Rittergutsbesitzers v. Wolniewicz über Vorgehen der Behörden, insbes. des Oberpräsidenten von Puttkamer zu Posen (1859)

Tit. XXXV B Nr. 10: Verhältnisse der Auditeure (1840–1900)

Tit. XLI Nr. 3: Die aus vormals Hannoverschen Kassen fortgeschafften Wertpapiere (1866–67)

Tit. XLI A Nr. 95 Bd. 1:

Auflösung der Kommunal- u. Institutenkasse zu Frankfurt/Oder (1865–66)

Tit. XLIV A Nr. 18/1:

Stellung Preußens zu den kriegführenden Mächten in u. nach dem Kriege zwischen Österreich u. Italien–Frankreich im Jahr 1859 (1859–66)

Tit. XLIV A Nr. 19:

Verfassung u. Verhältnisse des Kurfürstentums Hessen; Verträge mit Kurhessen (1859–62)

Tit. XLIV C Nr. 24 Bd. 4:

Politische Verhältnisse Deutschlands, bes. in Beziehung auf Preußen – Maßregeln wegen der künftigen Verfassung Deutschlands ... (1849–63)

Tit. XLIV C Nr. 60:

Reklamationen der englischen Regierung in der Macdonald-Angelegenheit (1861)

Tit. XLVII A Nr. 29: Ausübung ständischer Rechte durch Juden (1823–60)

**Rep. 90: Staatsministerium (Jüngere Registratur) (Dahlemer Bestand)**

- Nr. 41: Fürstliches Haus Fürstenberg (1808–64)
- Nr. 65: Rechtsverhältnisse der vormals unmittelbaren deutschen Reichsstände (1857–69)
- Nr. 67: Verhältnisse der Mediatisierten; fürstl. Haus Wied (1857–60)
- Nr. 72: Verhältnisse der Mediatisierten; fürstl. Haus Solms-Hohensolms-Lich (1821–1927)
- Nr. 79: Verhältnisse der Mediatisierten; fürstl. Haus Fürstenberg (1864–1929)
- Nr. 91 u. 93:  
Verhältnisse der Mediatisierten; fürstl. Haus Solms-Braunfels (1861–1923; 1845–61)
- Nr. 111:  
Einwirkung der Regierung auf Wahlen zum Hause der Abgeordneten u. zum Reichstage; Verhalten der Behörden u. Beamten (1849–64)
- Nr. 117: Gesetze u. Reglements für die Wahlen zum Deutschen Reichstag (1866–85)
- Nr. 125: Abordnung von Regierungsvertretern zu Parlaments-Verhandlungen (1848–1918)
- Nr. 132:  
Anwendung der Straf- u. Zivilprozeßordnung pp. auf die Abgeordneten während der Tagung der Parlamente (1853–1917)
- Nr. 145: Deutsch-Polnische Ausgabe der Gesetz-Sammlung (1816–71)
- Nr. 154:  
Verhältnisse der Mediatisierten; fürstl. Haus Hohenlohe-Oehringen bzw. Herzöge von Ujest (1840–63)
- Nr. 158: Verhältnisse der Mediatisierten; fürstl. Haus Thurn und Taxis (1848–99)
- Nr. 182–184:  
Verfassungsmäßige Verantwortlichkeit der Minister [Ministeranklage] (1848–61; 1861–62; 1863–1933)
- Nr. 190: Einwirkung der Regierung auf Wahlen zum Abgeordnetenhaus u. Reichstag (1865–82)
- Nr. 200:  
Auseinandersetzung mit Fürst zu Stolberg-Wernigerode bes. wegen der Grafschaft Wernigerode (1860–76)
- Nr. 202: Verhältnisse der Mediatisierten; fürstl. Haus Salm-Horstmar (1863–1927)
- Nr. 209:  
Verhältnisse der Mediatisierten; fürstl. Haus Stolberg-Stolberg u. Stolberg-Roßla (1857–61)
- Nr. 220:  
Vereinigung des Kgr. Hannover, des Kfstm. Hessen, des Hzgtm. Nassau, der freien Stadt Frankfurt/M., bayerische u. ghzgl. hessische Gebietsteile sowie der Herzogtümer Holstein u. Schleswig mit Preußen (1866–68)
- Nr. 241: Verhältnisse der Mediatisierten; fürstl. Haus Bentheim-Tecklenburg (1830–72)
- Nr. 246: Verhältnisse der Mediatisierten; fürstl. Haus Lichnowsky (1858–61)
- Nr. 260: Verhältnisse der Mediatisierten; fürstl. Haus Stolberg-Wernigerode (1857–60)
- Nr. 308: Diskontinuität der Sitzungsperioden der parlamentarischen Körperschaften (1850–1932)
- Nr. 318: Verhältnisse der Mediatisierten; fürstl. Haus Sayn-Wittgenstein-Berleburg (1820–70)
- Nr. 323 u. 325:  
Abgrenzung der Kompetenz der Gerichte u. der Verwaltungsbehörden; Zulässigkeit des Rechtsweges (1861–76; 1841–60)
- Nr. 393: Organisation u. Befugnisse des Staatsministeriums (1808–89)
- Nr. 395: Geschäftsordnung für das Staatsministerium (1808–1919)
- Nr. 396: Organisation u. Befugnisse des Präsidiums im Staatsministerium (1808–1931)
- Nr. 499: Anstellung von Juden im Staatsdienste (1859–62)



- Nr. 504: Bestimmungen über die Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten (1824–61)
- Nr. 540: Verhältnisse der inaktiven Staatsminister (1849–98)
- Nr. 587: Reisen u. Beurlaubungen der Minister sowie deren Stellvertretung (1830–1935)
- Nr. 589: Dienstreisen u. Beurlaubungen der Mitglieder des Staatsministeriums (1843–65)
- Nr. 775: Bestimmungen über Zulässigkeit u. Anordnung von Dienstreisen (1817–1907)
- Nr. 814:  
Einstweilige Versetzung der Beamten in den Ruhestand unter Gewährung von Wartegeld (1818–66)
- Nr. 818: Bestimmungen über die Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten (1862–81)
- Nr. 831: Grundsätzliche Entscheidungen in Pensionsrekurs-Sachen (1853–77)
- Nr. 886: Präsidenten u. Vizepräsidenten des Staatsrats (1810–1932)
- Nr. 891: Ernennung u. Rücktritt des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten (1818–1918)
- Nr. 892: Ernennung u. Rücktritt des Kriegsministers (1814–92)
- Nr. 894: Ernennung u. Rücktritt des Kultusministers (1817–80)
- Nr. 895:  
Ernennung u. Rücktritt des Ministers für Handel, Gewerbe u. öffentliche Arbeiten (1817–79)
- Nr. 897: Höhere Beamte des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten (1825–75)
- Nr. 898: Höhere Beamte des Ministeriums des Innern (1852–1911)
- Nr. 900: Höhere Beamte des Finanzministeriums (1853–93)
- Nr. 956:  
Ernennungen u. Rücktritt der Chefs der oberen Marinebehörden u. des Marineministers (1853–61)
- Nr. 957: Höhere Beamte des Marineministeriums (1849–69)
- Nr. 989: Regierungspräsidenten (1847–66)
- Nr. 994: Regierung-Vizepräsidenten (1854–89)
- Nr. 1164: Errichtung u. Geschäftsführung der Hypothekenbanken (1863–92)
- Nr. 1218: Privat-Feuerversicherungswesen (1849–59)
- Nr. 1378: Bestimmungen über den Staatshaushalts-Etat für den Landtag (1858–79)
- Nr. 1437:  
Staats-Einnahmen u. -Ausgaben mit Nachweis der Etats-Überschreitungen u. außeretatmäßigen Ausgaben (1851–79)
- Nr. 1448:  
Allg. Rechnungen über den Staatshaushalt u. die Verwaltung des Staatsschatzes (1852–67)
- Nr. 1472: Salzmonopol (1816–67)
- Nr. 1650: Gewerbeordnung (1855–1931)
- Nr. 1659: Handelsgesetzbuch (1860–68)
- Nr. 1800: Erhaltung der Stadtmauern, Tore, Türme (1860/65–1920)
- Nr. 1935: Ernennung u. Rücktritt des Ministers des Kgl. Hauses (1819–1921)
- Nr. 1947–1948: Vertretung des Königs in Regierungsgeschäften (1814–60; 1861–1918)
- Nr. 1949: Teilnahme des Thronfolgers an den Beratungen des Staatsministeriums (1818–1918)
- Nr. 1957: Hinscheiden der Könige und Regierungsantritt der Thronfolger (1840–61)
- Nr. 1959:  
Anordnungen aus Anlaß des Hinscheidens der Kaiser u. Könige und des Regierungsantritts der Thronfolger (1861–1903)
- Nr. 1962: Vereidigung der Staatsminister bei Thronwechsel (1840–88)
- Nr. 1965: Vereidigung der Beamten beim Regierungsantritt Wilhelms I. (1861–78)
- Nr. 1969: Krönungsfeier Wilhelms I. (1861–74)
- Nr. 1972: Amnestien aus Anlaß von Thronwechseln (1840–88)
- Nr. 1987–1988:  
Verleihung des Charakters Wirkl. Geheimrat mit Prädikat Exzellenz (1847–60; 1861–72)
- Nr. 2007: Bestimmungen über Standeserhöhungen (1829–87)

- Nr. 2018: Kronen-Orden (1861–1918)  
 Nr. 2019: Verdienstmedaille des Johanniter-Ordens (1859–68)  
 Nr. 2024: Krönungs-Medaille (1861–63)  
 Nr. 2051: Ordensverleihungen zum Ordensfeste (1863–77)  
 Nr. 2056:  
     Mitwirkung des Staatsministeriums bei Vorschlägen zu Ordensverleihungen (1852–1918)  
 Nr. 2078: Bestimmungen über Vorschläge zu Ordensverleihungen (1826–1912)  
 Nr. 2250: Verfassungs-Urkunde v. 31.1.1850 (1853–1918)  
 Nr. 2257: Vereins- u. Versammlungsrecht (1794/1848–93)  
 Nr. 2281: Einrichtung u. Geschäftskreis der Ministerien (1863–80)  
 Nr. 2322: Politisches Verhalten der Beamten, insbes. als Mitgl. des LT u. MdR (1847–70)  
 Nr. 2334: Vereidigung der Beamten (1799–1868)  
 Nr. 2350: Ernennung u. Rücktritt des Staatsministeriums (1848–1916)  
 Nr. 2352: Ernennung u. Rücktritt des Präsidenten des Staatsministeriums (1822–1913)  
 Nr. 2397–2398: Gesetzliche Regelung des Schul- u. Unterrichtswesens (1817–62; 1862–72)  
 Nr. 2410: Bestimmungen über die Presse (1852–69)  
 Nr. 2414: Einwirkungen auf die Privatpresse; offizielles Preßwesen (1848–1914)  
 Nr. 2527–2528: Kabinettsordre-Buch des Staatsministeriums (1856–62; 1863–68)

**Rep. 90a: Staatsministerium (ehemaliger Merseburger Bestand)**

- A VII 1 Nr. 1 Bd. 1: Verfassung des Norddeutschen Bundes u. Deutschen Reiches (1866–1918)  
 A VIII 1c Nr. 1 Bd. 3: Bildung des Herrenhauses u. Ernennung der Mitglieder (1854–64)  
 A VIII 1c Nr. 6 Bd. 1:  
     Berufungen zu Mitgliedern des Herrenhauses aus Allerh. Vertrauen u. Ernennungen zu Kron-  
     syndicis (1854–79)  
 A VIII 1c Nr. 10:  
     Präsentationsrecht der Verbände des alten u. befestigten Grundbesitzes f. das Herrenhaus u.  
     präsentierte Personen (1854–1914)  
 A VIII 1d Nr. 1 Bd. 3:  
     Bildung des Hauses der Abgeordneten; Wahl-Verordnungen u. Reglements; Feststellung der  
     Wahlbezirke (1859–67)  
 A VIII 1d Nr. 3 Bd. 2:  
     Einwirkung der Regierung auf Wahlen zur Volksvertretung u. Eingaben dazu (1851–1913)  
 A VIII 2b Nr. 1 Bd. 1:  
     Einberufung, Eröffnung, Vertagung u. Schluß des Landtags bzw. Auflösung des Abgeordneten-  
     hauses (1850–1913)  
 A VIII 2b Nr. 4 Bde. 1–2:  
     Einberufung, Eröffnung, Vertagung u. Schluß bzw. Auflösung des Landtages (1849–60;  
     1861–69)  
 A VIII 2b Nr. 6 Bde. 1–2:  
     Feststellung der Thronreden zur Eröffnung, Auflösung u. zum Schluß des Landtages (1849–63;  
     1864–67)  
 A VIII 2b Nr. 7 Bd. 1:  
     Thronreden zur Eröffnung, Auflösung und zum Schluß des Landtages (1848–1916)  
 A VIII 3 Nr. 6 Bd. 1:  
     Entschädigungen für Herrenhaus-Mitglieder, Universitätsrepräsentanten (1854–71)  
 A VIII 3 Nr. 7 Bd. 1: Entschädigungen (Diäten) für Abgeordnetenhaus-Mitglieder (1848–1908)  
 A VIII 4 Nr. 12 Bd. 1:  
     Entschließungen der Regierung auf Anträge beider Häuser des Landtags (1860–1918)

- A VIII 4 Nr. 15:  
Verlangen des Landtags nach Anwesenheit der Minister bei den Beratungen (1850–1932)
- A VIII 5b Nr. 11 Bd. 1:  
Adressen des Landtages an den König u. dessen Allerh. Botschaften (1849–72)
- A VIII 5b Nr. 22: Einsetzung parlamentarischer Untersuchungs-Kommissionen (1849–1918)
- A IX 2 Nr. 2 Bd. 1: Beratung der dem Landtag vorzulegenden Gesetzentwürfe (1853–81)
- B III 1 Nr. 1 Bd. 2: Einrichtung u. Geschäftsführung des Staatsrats (1849–82)
- B III 2b Nr. 2 Bd. 1: Sitzungen des Staatsministeriums (1821–86)
- B III 2b Nr. 6 Bde. 70–78: Protokolle der Sitzungen des Staatsministeriums (1858–66)
- B III 2c Nr. 1 Bd. 1: Einberufung zu Kronratssitzungen (1850–1917)
- B III 2c Nr. 3 Bde. II–III: Protokolle der Sitzungen des Kronrats (1858–66)
- B III 4h Nr. 1:  
Einrichtung u. Tätigkeit der Zentralstelle für Preß-Angelegenheiten bzw. des Literarischen Büros (1848–1920)
- B III 6 Nr. 6 Bd. 2:  
Errichtung u. Geschäftsführung der oberen Marinebehörden u. des Marineministeriums (1858–71)
- B III 6 Nr. 46: Einsetzung von Immediatkommissionen (1823–1916)
- B III 7a Nr. 14:  
Einrichtung der obersten Zivilverwaltung in den 1866 mit Preußen vereinigten Ländern (1866–68)
- D I 1 Nr. 1: Leitung der Regierungspolitik durch den Kaiser u. König (1858–1918)
- D I 1 Nr. 2: Richtlinien für die Führung der inneren Politik; Regierungs-Programme (1858–1917)
- D III 4b Nr. 1 Bd. 2: Geschäftsführung der Preußischen Bank; Bankordnung (1847–71)
- D III 4f Nr. 5 Bd. 1: Errichtung von Darlehenskassen (1848–67)
- E VI 1 Nr. 1 Bde. 8–10: Feststellung der Staatshaushaltsetats (1858–61; 1861–65; 1865–69)
- F III 2 Nr. 2: Kosten für die anderweite Veranlagung der Grundsteuer (1861–77)
- F IV 9 Nr. 1 Bd. 2: Erbschaftssteuer (1834–73)
- F V 1 Nr. 1 Bd. 4:  
Anschluß anderer Staaten an das preuß. Zollsystem, insbes. Errichtung des deutschen Zoll- u. Handelsvereins (1842–68)
- G I Nr. 7 Bd. 1:  
Aufsicht der Bergbehörden über den Bergbau; Verhältnisse der Berg- u. Hüttenarbeiter (1860–66)
- G I Nr. 8 Bd. 2: Entwürfe zum allg. Berggesetz (1847–62)
- N I Nr. 7 Bd. 1: Deichwesen (1845–1913)
- P II 2 Nr. 8: Erfurter Exjesuitenfonds (1858–64)
- Q III 2 Nr. 6 Bd. 1: Schulen in der Provinz Posen (1833–95)
- U II 2 Nr. 7: Polenaufbruch (1863–64)
- V II 3 Nr. 2 Bde. 2–3: Neuregelung der Verfassung u. Verwaltung der Kreis-Kommunalverbände (1853–60; 1861–63)
- X IV Nr. 1 Bd. 3: Strafgesetzbuch (1855–67)
- X V 1 Nr. 1 Bd. 2: Zivilprozeßverfahren (1846–69)
- X VI 2 Nr. 1 Bde. 2–3: Strafprozeßordnung (1847–59; 1860–67)
- X VII Nr. 1 Bde. 3–4: Gerichtskosten (1855–65; 1865–77)
- Y I Nr. 1 Bde. 2–5: Wehr- u. Heeresverfassung (1853–60; 1860–62; 1862–63; 1863–68)
- Y II 2b Nr. 1 Bde. 2–3: Kriegsmarine (1848–62; 1863–67)
- Y V 2d Nr. 1 Bd. 1: Verleihung von Dotationen für Verdienste im Krieg 1866 (1866–73)
- Y V 2e Nr. 1:  
Unterstützungen an Veteranen u. Militärintaliden aus den Feldzügen von 1806 bis 1815 (1845–76)

Y V 2f Nr. 2:

Pensionierung von Militärpersonen u. Unterstützung von Angehörigen gefallener Militärs in den Befreiungskriegen (1807–67)

Y IX 2 Nr. 8:

Mobilmachung des Heeres aus Anlaß des österreichisch-italienisch-französischen Krieges 1859

Y IX 2 Nr. 9: Geldmittel für die Mobilmachung 1859 (1859–60)

Y IX 2 Nr. 10 Bd. 1: Krieg gegen Dänemark 1864 (1857–66)

Y IX 2 Nr. 11: Geldmittel für den Krieg gegen Dänemark 1864 (1863–65)

Y IX 2 Nr. 12 Bd. 1: Deutscher Krieg im Jahre 1866

Y IX 2 Nr. 13: Geldmittel für den Krieg 1866 (1865–70)

### **Rep. 90, Annex B: Ministerpräsidenten (Dahlemer Bestand)**

Nr. 369: Bismarck an Wilhelm I. (1866)

### **Rep. 90, Annex C: Registratur des Geheimen Justizrats von Voß (Dahlemer Bestand)**

Nr. 5: Instruktion für den Protokollführer des Staatsministeriums (1838)

### **Rep. 90, Annex F: Disziplinaruntersuchungen (Dahlemer Bestand)**

Nr. 87: Baltzer, Johann, Prof. Dr. (1864)

Nr. 928: Hantschke, Wilhelm (1861)

Nr. 1449: Kornatzki, Bernhard Chr. Friedr. v., Polizei-Leutnant (1860–61)

Nr. 1632: Lavergne-Peguilhen, Moritz v., Landrat (1861)

Nr. 1659: Leopold, Adolf Gottlob (1865)

Nr. 2041: Niederstetter, Friedrich D. L., Polizeirat (1860)

Nr. 2145: Pechau, Friedrich (1864)

Nr. 2870: Stieber, Wilhelm, Polizeidirektor (1860–62)

\*\*\*\*\*

### **Rep. 75 A: Preußische Gesandtschaft am Bundestag (ehemaliger Merseburger Bestand)**

Nr. 697: Kurhessische Verfassungs-Angelegenheiten (1859)

Nr. 727: Holstein-Lauenburgische Verfassung; Schleswig-Holstein-Frage (1860–61)

Nr. 1192: Einheitliches Medizinalgewicht für deutsche Bundesstaaten (1862–66)

Nr. 1272–1273: Einführung gleicher Maße u. Gewichte in den deutschen Bundesstaaten (1860–61; 1862–66)

### **Rep. 76: Kultusministerium (ehemaliger Merseburger Bestand)**

I Sekt. 2 Nr. 29 Bd. 1: Admiralität u. Oberkommando der Marine (1853–63)

I Sekt. 3 Nr. 126: Übernahme des Ministeriums durch Bethmann Hollweg (1858)

IIa Sekt. 42 Gen. Nr. 1 Bd. 1:

Im Staatsministerium beratene Gesetzentwürfe des Finanzministeriums (1847–66)

- Ila Sekt. 43 Gen. 1 Bd. 1:  
 Im Staatsministerium beratene Gesetzentwürfe des Ministeriums des Innern (1847–62)
- Ila Sekt. 46 Gen. Nr. 1 Bd. 1: Organisation und Geschäftskreis der Staatsbehörden (1817–1925)
- Ila Sekt. 54 Gen. Nr. 19 Bd. 2:  
 Wahl von Beamten zu Landtagsabgeordneten; Stellvertretungskosten (1849–62)
- III Sekt. 1 Abt. XIIIa Nr. 2 Bd. 8: Angelegenheiten der Mennoniten (1863–68)
- III Sekt. 1 Abt. XIIIa Nr. 51 Bde. 7–8:  
 Gesetzliche Regelung des Judenwesens (1857–60; 1860–62)
- III Sekt. 1 Abt. XIV Nr. 162 Bd. 3:  
 Regulierung der Verhältnisse der dissidentischen Relegions-Gesellschaften (1858–59)
- III Sekt. 1 Abt. XVII Nr. 139 Bde. 3–4: Einführung der bürgerlichen Zivilehe (1857–59; 1860–62)
- Vb Sekt. 6 Tit. I Nr. 1 Bde. 1–3:  
 Gründung polytechn. Schulen; Techn. Hochschule Aachen (1858–62; 1862–64; 1864–66)
- Ve Sekt. 4 Abt. I Nr. 23 Bd. 3:  
 Errichtung der Denkmäler für Wilhelm III., Fürsten Hardenberg u. Freiherrn vom Stein in Berlin (1863–64)

**Rep. 77: Ministerium des Innern (ehemaliger Merseburger Bestand)**

- Tit. 50 Nr. 83 Bde. 1–2:  
 Vereinigung des Kgr. Hannover, Kfstm. Hessen, Hzgtm. Nassau u. der Freien Stadt Frankfurt/M. mit Preußen (1866; 1866–67)
- Tit. 50 Nr. 84 Bd. 1: Vereinigung der Herzogtümer Schleswig u. Holstein mit Preußen (1864–71)
- Tit. 96 Nr. 15: Tod Friedrich Wilhelms IV. u. Trauerfeier (1861)
- Tit. 98 Nr. 78: Ausführung der beim Thronwechsel zu leistenden Erbhuldigung (1859–61)
- Tit. 98 Nr. 80 Bd. 1:  
 Tod Friedrich Wilhelms IV. u. Trauerfeiern; Regierungsantritt Wilhelms I. (1859–61)
- Tit. 98 Nr. 81: Vereidigung der Staatsbeamten nach Regierungsantritt Wilhelms I. (1861–68)
- Tit. 98 Nr. 82 Bde. 1–2:  
 Landes-Huldigung bei Thronbesteigung Wilhelms I. u. Krönung in Königsberg (1861)
- Tit. 98 Nr. 83 Bde. 1–2 sowie Adhib. 1–2:  
 Gnadenbezeugungen anlässlich der Thronbesteigung Wilhelms I. (1861–62)
- Tit. 98 Nr. 85: Krönungsmedaille 1861
- Tit. 114 Nr. 175 Bde. 3–4:  
 Entscheidung über Kompetenz-Konflikte der Gerichts- u. Verwaltungsbehörden; Zulässigkeit des Rechtsweges (1859–60; 1861–63)
- Tit. 159 Nr. 13 Bd. 4: Ritterakademie des Domstifts zu Brandenburg (1861–62)
- Tit. 182 Nr. 35 Bd. 2: Geschäftsbetrieb der obersten Staats- u. Reichsbehörden (1841–1910)
- Tit. 182 Nr. 37 Bd. 3:  
 Sessions-Protokolle u. Vortrags-Verzeichnisse des Staatsministeriums inkl. Protokolle der Konseils (1847–67)
- Tit. 182 Nr. 65 Bde. 1–2:  
 Verantwortlichkeit der Minister [Ministeranklage] (1849–61; 1862–1914)
- Tit. 190 Nr. 15 Bd. 3: Ober-Präsidium der Provinz Posen (1860–1906)
- Tit. 258 Nr. 1 Bde. 6–10: Anlegung von Eisenbahnen (1857–67)
- Tit. 258a Nr. 42: Eisenbahnen in der Rheinprovinz (1845–69)
- Tit. 343a Nr. 120 Bd. 1: Reform der deutschen Bundesverfassung u. der Nationalverein (1859–61)
- Tit. 343a Nr. 122 Bd. 8: Polnische Agitation u. Zustände im Ghzgtm. Posen (1863)
- Tit. 343a Nr. 125 Bde. 1–3:  
 Denunziationen des Literaten Eichhoff gegen mehrere Polizeibeamte (1860–64)

- Tit. 343a Nr. 127 Bd. 1 u. Adhib. 1–7:  
 Disziplinar-Untersuchung u. Beurlaubung des Polizeipräsidenten Frh. v. Zedlitz; Kommissionsakten (1861–63)
- Tit. 380 Nr. 27: Verordnung v. 1.6.1863 über das Verbot von Zeitungen u. Zeitschriften (1863–64)
- Tit. 438 Nr. 48 Bd. 3:  
 Grunderwerb: Die auf die persönliche Fähigkeit zur Ausübung der Ehrenrechte der Standschaft erteilten Entscheidungen (1859–70)
- Tit. 479 Nr. 230 Bde. 1–2: Entwurf einer revidierten Städteordnung (1861; 1862–73)
- Tit. 496a Nr. 16 Bde. 4–5:  
 Die Verfassungs-Urkunde v. 31.1.1850 u. deren Abänderungen (1856–63; 1863–82)
- Tit. 496a Nr. 33 Bde. 3–4:  
 Allgemeine Bestimmungen über Wahlen zum Haus der Abgeordneten (1861–62; 1862–63)
- Tit. 496a Nr. 88 Bd. 1:  
 Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten; Gesetz v. 27.6.1860 (1859–74)
- Tit. 496a Nr. 104 Bde. 1–2: Wahlen zum Haus der Abgeordneten (1862; 1862–65)
- Tit. 496b Nr. 1 Bd. 3: Berufungen zu Mitgliedern des Herrenhauses (1860–62)
- Tit. 496b Nr. 26 Bd. 1:  
 Herrenhaus-Mitgliedschaft; Ausführung der Verordnungen v. 12.10.1854 u. 10.11.1865 (1854–94)
- Tit. 533 Nr. 1 Bde. 1–2: Wahlgesetz für den Reichstag des Norddeutschen Bundes (1866; 1866–67)
- Tit. 533 Nr. 8 Bd. 1: Verfassung des Norddeutschen Bundes (1866–67)
- Tit. 533 Nr. 9 Bd. 1:  
 Reglement zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag des Norddeutschen Bundes v. 30.12.1866 (1866–67)
- Tit. 598 Nr. 7 Bde. 4–5:  
 Gesetzentwürfe über die ländliche Polizei-Verfassung in den östlichen Provinzen (1861; 1861–63)
- Tit. 767 Nr. 5 Bd. 5: Entwurf einer Landgemeinde-Ordnung für die Rheinprovinz (1861–62)
- Tit. 772 Nr. 1 Bde. 7–9: Kreisständische Verfassung (1860–61; 1861–62; 1862–63)
- Tit. 772 Nr. 18 Bd. 2: Ausübung ständischer Rechte durch Juden u. Dissidenten (1859–60)
- Tit. 859 Nr. 19: Landrat v. Diest zu Elberfeld (1858)
- Tit. 859 Nr. 37a: Stellung des Staatsministeriums zur Huldigungsfrage (1861)
- Tit. 864 Nr. 24a Bd. 1: Beaufsichtigung der Presse (1854–63)
- Tit. 865 Nr. 3 Bd. 1: Bestrebungen zur Bewaffnung der Turn- u. Schützenvereine (1862–63)
- Tit. 865 Nr. 4 Bd. 1: Strengere Maßregeln betr. Vereins- u. Preßverhältnisse (1862–65)
- Tit. 867 Nr. 6 Bde. 1–2 u. Adhib. I Bd. 1:  
 Wahlen zum Haus der Abgeordneten; Regierungsberichte (1861–62)
- Tit. 872 Nr. 5 Bde. 1–2:  
 Truppenbewegungen u. Kriegsausrüstungen in Österreich; Ausfuhrverbot von Pferden u. Kriegsmaterial, etc. (1866; 1866–69)
- Tit. 874 D Nr. 4: Landrat v. Diest zu Elberfeld (1859–92)
- Tit. 874 S Nr. 22a: Polizeidirektor a.D. Stieber (1861)
- Tit. 874 S Nr. 24:  
 Plädoyer des Oberstaatsanwalts Schwarck gegen Polizeidirektor Stieber (1860–61)
- (Tit. 926–949: → Rep. 2.3.35)
- Tit. 951 Nr. 1 Bd. 3:  
 Literarisches Kabinett/Zentralstelle für Preß-Angelegenheiten im Staatsministerium (1852–62)
- Tit. 1116 Nr. 2 Bd. 2: Geschäftsgang in Kabinettssachen (1848–1913)

**Rep. 77: Ministerium des Innern (Dahlemer Bestand)**

- Nr. 752–754: Landrat Otto v. Diest (1850–1900)  
Nr. 4084: Wahl u. Bestätigung der Landräte u. Kreisdeputierten sowie ihre Pensionierung (1853–1937)  
Nr. 5182: Landratsamt Querfurt (1866–1916)  
Nr. 5700: Secreta (1859–87)

**Rep. 81: Gesandtschaften und Konsulate (ehemaliger Merseburger Bestand)**

- Dresden IV A Nr. 24/b: Politische Erlasse 1861  
Paris II Nr. 116 Bd. 2: Erlasse an den Gesandten Pourtalès 1860  
Wien I Nr. 213 Bd. 7: Politische Erlasse des Ministeriums des Äußern (1860)  
Wien II Nr. 302 Bd. 1: Erlasse zur Frage der Reform des Deutschen Bundes 1862  
Wien II Nr. 307 Bde. 2–3: Erlasse betr. die Kurhessischen Verfassungsstreitigkeiten 1862

**Rep. 84a: Justiz-Ministerium (ehemaliger Merseburger Bestand)**

- Nr. 40116: Justizminister (1848–1937)  
Nr. 46725–46726: Die Presse (1862–63; 1863–64)  
Nr. 48058: Entwurf eines deutschen Zivil- u. Strafprozeß-Gesetzes (1861)  
Nr. 48061: Entwurf einer Zivilprozeß-Ordnung (1860–64)  
Nr. 49022–49026: Abänderung der Gesetze über Ehe u. Ehescheidung (1857–71)  
Nr. 58190:  
Strafverfahren wegen Beleidigung, Strafvollstreckung u. Begnadigung des Redakteurs E. Lindenberg (1853–73)

**Rep. 84a: Justiz-Ministerium (Dahlemer Bestand)**

- Nr. 2047–2048:  
Verfassung und Ressortverhältnisse der Ministerien u. obersten Staatsbehörden (1838–53; 1854–65)  
Nr. 2094–2096:  
Die Verantwortlichkeit der Minister [Ministeranklage] (1858–61; 1861–62; 1862–1931)  
Nr. 4384–4385: Das Staatsministerium (1808–59; 1861–1918)  
Nr. 5718–5719: Wuchergesetze (1858–59; 1860–67)  
Nr. 7833: Vollstreckung der Strafe durch Einzelhaft (1859–62)  
Nr. 8066: Einführung eines neuen Strafprozeßverfahrens (1857–64)  
Nr. 11603: Verfahren der Zivilbehörden bei feindlichen Invasionen (1840–66)  
Nr. 11946–11947: Ausschließung der Juden vom Staatsdienst (1848–60; 1861–65)

**Rep. 89: Geheimes Zivilkabinett (ehemaliger Merseburger Bestand)**

- Nr. 179: Preußische Verfassung (1832–1909)  
Nr. 266:  
Wahlgesetze u. Wahlen zum Haus der Abgeordneten; Bestimmungen über beide Häuser des Landtags (1850–63)  
Nr. 278:  
Die von beiden Häusern des Landtags an den König eingereichten Adressen (1849–1918)

- Nr. 285–286: Berufungen in das Herrenhaus (1861–63; 1864–66)
- Nr. 1572: Verleihung des Titels Wirkl. Geheimrat mit Prädikat Exzellenz (1849–76)
- Nr. 3151: Das Ministerium des Kgl. Hauses u. dessen Personal (1856–69)
- Nr. 3693:  
Organisation u. Einrichtung der obersten Staatsbehörden; Ernennung der Minister (1850–73)
- Nr. 3703: Sitzungen des Staatsministeriums u. Konseils (1828–1917)
- Nr. 3710: Instruktion für den Protokollführer des Staatsministeriums (1836–37)
- Nr. 3727: Die Präsidenten u. Vizepräsidenten des Staatsministeriums (1847–1919)
- Nr. 3736:  
Zentralstelle für Preßangelegenheiten bzw. Literarisches Büro des Staatsministeriums (1851–1908)
- Nr. 13438: Organisation der Provinzialbehörden (1847–87)
- Nr. 13586: Oberpräsidium der Provinz Posen u. Personal (1851–1910)
- Nr. 13910: Einberufung der Provinzialstände (1847–79)
- Nr. 13933: Verleihung von Viril- u. Kollektiv-Stimmen auf den Provinzial-Landtagen (1839–60)
- Nr. 14114:  
Kommunal- u. Kreisverwaltung; Kreiseinteilung; Gemeinde-Ordnung u. Kreis-Ordnung (1856–79)
- Nr. 14946: Dienstgebäude des Polizeipräsidiums und des Kriminalgerichts Berlin (1844–1909)
- Nr. 14948: Polizei-Präsidium zu Berlin (1855–66)
- Nr. 14954: Polizei-Präsidenten von Berlin (1844–1916)
- Nr. 15369: Vereine u. Gesellschaften im Deutschen Reich (1860–95)
- Nr. 16827: Personal des Justizministeriums (1850–71)
- Nr. 18670: Erlaß von Amnestien (1840–78)
- Nr. 20916:  
Errichtung von Denkmälern für Friedrich Wilhelm III., Frh. vom Stein u. Fürst Hardenberg (1858–74)
- Nr. 23684: Angelegenheiten der Juden (1847–98)
- Nr. 24635:  
Instruktion für die Oberrechnungskammer sowie deren Einrichtung u. Befugnisse (1836–73)
- Nr. 27417: Erhebung der Grund- u. Gebäudesteuern u. deren Erlaß (1830–59)
- Nr. 27418:  
Erhebung der Grund- u. Gebäudesteuern sowie Entschädigung für die Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen (1860–71)
- Nr. 27748: Rechtsverhältnisse der Schiffsmannschaften auf Seeschiffen (1862–64)
- Nr. 27750: Prisenreglement (1864)
- Nr. 29265: Anlage eines Kanals zwischen Ost- und Nordsee (1862–94)
- Nr. 29582: Schlesische Gebirgsbahn (1854–82)
- Nr. 29632: Westfälische Eisenbahn (1849–83)
- Nr. 29645: Saarbrücker Eisenbahn (1836–84)
- Nr. 29651: Eisenbahn Köln–Krefeld–Kleve (1845–60)
- Nr. 31774: Bestimmungen über das Jagdwesen (1854–87)
- Nr. 32019: Militär-Intendanturen u. deren Personal (1829–61)
- Nr. 32224:  
Errichtung einer bewaffneten Marine zur Verteidigung der Küsten, Häfen u. Binnen-Gewässer; Reorganisation der Admiralität (1825–68)
- Nr. 32224/1: Plan zur Erweiterung der preuß. Kriegsmarine (1864)



**Rep. 92: Nachlässe**

NL Auerswald, Rudolf v. Nr. 2/2a: Personalia (1833–64)  
NL Auerswald, Rudolf v. Nr. 12: Ernennung und Entlassung als Minister (1858–62)  
NL Auerswald, Rudolf v. Nr. 13: Erlasse Wilhelms I., Denkschriften u.a. (1860–62)  
NL Auerswald, Rudolf v. Nr. 16: Schriftwechsel mit Wilhelm I. (1854–62)  
NL Auerswald, Rudolf v. Nr. 25: Schriftwechsel mit Finanzminister Patow (1860–61)  
NL Auerswald, Rudolf v. Nr. 27: Schriftwechsel mit Kriegsminister Roon (1861)

NL Duncker, Max Nr. 62: Briefe des Fürsten Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen  
(1859–84)

NL Flottwell, Eduard v. Nr. 1: Personal-Papiere (1831–65)

NL Heydt, August Frh. von der Nr. 24–31: Ministerwechsel im März 1862

NL Zitelmann, Karl Ludwig Nr. 2: Korrespondenz zwischen Wilhelm I. u. Bismarck (1862–65)  
NL Zitelmann, Karl Ludwig Nr. 4/1–10: Korrespondenz zwischen Bismarck u. Ministern  
(1862–66)

**Rep. 93: Ministerium der öffentlichen Arbeiten (ehemaliger Merseburger Bestand)**

B Nr. 1949: Bau eines Ständehauses für die Versammlung der Volksvertreter (1848/51–67)  
B Nr. 2367: Errichtung von Siegesdenkmälern in Berlin, auf Düppel u. auf Alsen (1865–74)

**Rep. 120: Ministerium für Handel und Gewerbe (ehemaliger Merseburger Bestand)**

A I 2 Nr. 54 Bd. 1: Im Landtag u. beim Reichstag einzubringende legislative Vorlagen (1853–95)  
A V 1 Nr. 13: Internationaler statistischer Kongreß in Berlin 1863 (1863–76)  
A IX 1 Nr. 52 Bde. 1–2:  
Herbeiführung einer Übereinstimmung zwischen Landes- u. Medizinalgewicht (1856–72)  
A XI 1 Nr. 11 Bde. 2–3:  
Errichtung von Grundkredit-Instituten u. Hypotheken-Banken (1862–63; 1863–67)  
BB I 1 Nr. 3: Abänderung einiger Bestimmungen der Allg. Gewerbeordnung (1861–1914)  
BB I 1 Nr. 12 Bde. 1–2: Reform der Gewerbebesetze (1863–65; 1865–66)  
C XVI 1 Nr. 32 Bd. 1: Anlage eines Kanals zwischen Nord- und Ostsee (1864–69)  
E XV 1 Nr. 1 Bde. 1–3:  
Privatrechtliche Stellung der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- u. Wirtschafts-Genossenschaften (1863–66; 1866; 1866–67)

**Rep. 151: Finanzministerium (ehemaliger Merseburger Bestand)**

HB Nr. 292:  
Ernennung eines Finanzministers, Geschäftsgang u. Organisation des Finanzministeriums  
(1857–71)  
HB Nr. 948: Kosten der Bundes-Exekution gegen Dänemark (1863–66)  
HB Nr. 949: Ergänzung u. Vermehrung des Kriegsmaterials (1864–87)  
HB Nr. 952: Bewilligung des Marinekredits (1865–89)

HB Nr. 1427:

Prüfung u. Feststellung der Rechnungen über den Staatshaushaltsetat durch die Oberrechnungskammer u. den Landtag (1862/1871–73)

HB Nr. 1428: Außerordentliche Bedürfnisse der Militärverwaltung für 1864 (1863–64)

HB Nr. 1510:

Aufnahme einer Staatsanleihe von 60 Mio. gemäß Gesetz v. 28.9.1866 über außerordentl. Geldbedarf der Militär- u. Marineverwaltung (1867)

I A Nr. 30–31: Reorganisation der Oberrechnungskammer (1861–62; 1862–71)

I A Nr. 263: Rechnungslegung über den Staatshaushalt und Etatüberschreitungen (1850–71)

I A Nr. 606: Staatshaushalts-Etat 1860 u. Mehrbedürfnisse (1859–60)

I A Nr. 617: Staatshaushalts-Etat 1861 u. Mehrbedürfnisse (1860–61)

I A Nr. 627–629: Staatshaushalts-Etat 1862–63 u. Mehrbedürfnisse (1861–66)

I A Nr. 630:

Nachweisung der aus den Überschüssen von 1862 zu bestreitenden außerordentl. Staatsausgaben für 1863 (1863–66)

I A Nr. 642: Staatshaushalts-Etat 1864 u. Mehrbedürfnisse (1862–65)

I A Nr. 646: Staatshaushalts-Etat 1864; Mehrbedürfnisse des Kriegsministeriums (1863–64)

I A Nr. 653: Staatshaushalts-Etat 1865 u. Mehrbedürfnisse (1863–65)

I A Nr. 653/1:

Verwendung der Beträge für einmalige u. außerordentliche Ausgaben für 1865 (1865)

I A Nr. 663: Staatshaushalts-Etat 1866 u. Mehrbedürfnisse (1864–66)

I A Nr. 2299: Verwaltung des Staatsschatzes u. des Münzwesens (1829–72)

I C Nr. 4857: Mobilmachung der Armee 1866

I C Nr. 4969–4970: Gründung u. Finanzierung der preuß. Kriegsflotte (1862–64; 1865–89)

#### **Rep. 169 C: Abgeordnetenhaus (ehemaliger Merseburger Bestand)**

4 Nr. 9a Bde. 10–11:

Protokolle der Verhandlungen der AH-Budgetkommissionen über den Etat der Militärverwaltung (1862)

4 Nr. 10a Bd. 13:

Protokolle der AH-Zentralkommission zur Prüfung der Staatshaushalts-Etats (1862)

66 Nr. 3 Bd. 2: Verantwortlichkeit der Staatsminister [Ministeranklage] (1861–63)

80 Nr. 9 Bde. 1–2: Feststellung der Wahlbezirke (1860; 1860–82)

#### **Rep. 204: Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte (Dahlemer Bestand)**

Nr. 20: Vorsitzende und Mitglieder des Gerichtshofs (1847–90)

Nr. 30: Novellierung des Gesetzes vom 8.4.1847 zum Verfahren bei Kompetenzkonflikten (1859–60)

#### **Rep. 2.3.35: Literarisches Büro u.a. zur Pressepolitik (ehemaliger Merseburger Bestand) (vorläufiger Bestand; ehem. Rep. 77, Tit. 926–949)**

Nr. 1: Organisation des literarischen Kabinetts im Staatsministerium (1848–82)

Nr. 135:

Einführung eines Gesetzes über eine den Zeitungen aufzuerlegende Stempelsteuer (1851–62)

### III. Hauptabteilung, Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten

#### (ehemaliger Merseburger Bestand)

- ZB Nr. 423–424: Minister, Direktoren u. Unterstaatssekretäre (1858–59; 1861–62)  
I Nr. 1842: Bundestags-Mission in Frankfurt/M. (1851–62)  
I Nr. 5693:  
    Offensiv- u. Defensiv-Vertrag zwischen Preußen u. Italien (gegen Österreich) v. 8.4.1866  
I Nr. 6106: Haltung Österreichs gegenüber Preußen (1865)  
I Nr. 6114–6115:  
    Beratungen zwischen Preußen u. Österreich über ein Defensiv-Bündnis (1860–61; 1861–62)  
I Nr. 6116: Militärische Geheim-Verhandlungen mit Österreich zu Berlin (1860–61)  
I Nr. 6127: Bestimmungen über Kriegsgefangene (1866)  
I Nr. 6130/1: Friedensverhandlungen zwischen Preußen u. Österreich in Prag, Juli–Sept. 1866  
I Nr. 6131:  
    Präliminarfriede von Nikolsburg v. 26. Juli 1866 sowie Friedensvertrag von Prag am  
    23. August 1866  
I Nr. 6132: Ausführung des Friedensvertrags mit Österreich von August 1866 (1866)  
I Nr. 6139/1–2:  
    Verhandlungen mit Bayern, Württemberg, Baden u. Hessen über einen Friedensabschluß  
    (1866–67)  
I Nr. 6142:  
    Heranziehung der von Preußen okkupierten Länder zu einem außerordentl. Beitrag zu den  
    Kriegskosten; Deckung der Kriegskosten (1866–67)  
I Nr. 6150:  
    Gesetze über die Vereinigung von Hannover, Hessen-Kassel, Nassau, Frankfurt/M.,  
    Schleswig u. Holstein mit Preußen (1866–67)  
I Nr. 6153: Stiftung eines Erinnerungskreuzes für den Krieg 1866 (1866–68)  
I Nr. 8312:  
    Erlaß einer Amnestie bei Thronbesteigung Wilhelms I. für polit. Strafsachen (1861–68)  
I Nr. 8760: Bestrebungen zur Wiederherstellung eines unabhängigen polnischen Staates (1863)  
I Nr. 8788:  
    Konvention von Petersburg zwischen Preußen u. Rußland über Maßnahmen zur Unter-  
    drückung der polnischen Revolution [Konvention Alvensleben] (1863)  
I Nr. 8913–8914: Attentat O. Beckers auf Wilhelm I. am 14.7.1861  
I Nr. 10653–10654: Erwerb ausländischer Kriegsschiffe für die Marine (1862–64; 1864–66)  
I Nr. 12758:  
    Betrachtung des Prinzen v. Preußen [Wilhelm] mit der Stellvertretung des Königs in Regie-  
    rungsgeschäften (1857–58)  
I Nr. 12759: Tod u. Beisetzung Friedrich Wilhelms IV. (1861)  
I Nr. 12773: Landeshuldigung beim Regierungsantritt Wilhelms I.; Krönung zu Königsberg (1861)  
II Nr. 4189–4191: Handelsvertrag mit Frankreich (1861–62)  
II Nr. 5102: Handels- u. Schiffsfahrtsvertrag mit Japan (1861–64)  
II Nr. 7165: Eisenbahn von Berlin über Rathenow, Helmstedt, Ülzen nach Lehrte (1863–66)  
II Nr. 7688: Eisenbahn-Angelegenheiten in der Schweiz (1836–66)  
II Nr. 8118–8119:  
    Internationale Telegrafenkongvention u. Telegrafverhältnisse Preußens mit anderen Staaten  
    (1859–64; 1864–66)

**III. Hauptabteilung, Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten  
(Dahlemer Bestand)**

- Nr. 148–155: Pläne für eine Verfassungsreform des Deutschen Bundes (1862; 1863, 1866)  
Nr. 156: Bundesreformpläne, Adhibendum (1861–62)  
Nr. 173:  
    Sendung von Offizieren an die deutschen Höfe betr. militärische Vorkehrungen in Deutschland wegen des Kriegs in Italien (1859)  
Nr. 193–204:  
    Einladung der deutschen Staatsoberhäupter nach Frankfurt durch den Kaiser von Österreich zur Beratung der Bundesreform; inkl. Handakten [Frankfurter Fürstentag] (1863–65)  
Nr. 213–215:  
    Kriegerische u. polit. Folgen der Abstimmung am Deutschen Bundestag v. 14. Juni 1866 über den Antrag Österreichs auf Mobilmachung gegen Preußen v. 11.6. 1866  
Nr. 234: Verhandlungen Preußens u. Österreichs über den Friedensschluß in Prag (1866)  
Nr. 238–239:  
    Verhandlungen mit Bayern, Württemberg, Baden u. Hessen über einen Friedensabschluß (1866)  
Nr. 240–242: Bündnisvertrag mit den zum Norddeutschen Bunde gehörigen Staaten (1866–67)  
Nr. 252: Entwürfe zu einer Verfassung des Norddeutschen Bundes (1866)  
Nr. 427:  
    Ausführung der vom Deutschen Bund am 7.12.1863 beschlossenen Exekution in Holstein u. Lauenburg (1864)  
Nr. 429–430:  
    Militärische Operation u. Verwaltung des Herzogtums Schleswig durch Preußen u. Österreich (1864)  
Nr. 880: Maßregeln gegen Napoleonische Bestebungen (1858–60)  
Nr. 886: Politischer Schriftwechsel mit der Mission [Gesandtschaft] Paris (1860)  
Nr. 888–889: Einladung Napoleons zu einem europ. Kongreß in Paris (1863–66; 1866–68)

**Brandenburg-Preußisches Hausarchiv (ehemaliger Merseburger Bestand)**

**Rep. 51: NL Wilhelms I.**

- E 1 Bd. 2: Krönung in Königsberg am 18. Okt. 1861  
E 32: Auswärtige Politik Österreichs (1828–77)  
E 64: Personalia  
J Nr. 46 K 1: Korrespondenz mit Karl v. Bodelschwingh (1857–68)  
J Nr. 263: Korrespondenz mit August Frh. von der Heydt  
J Nr. 620 t: Korrespondenz mit Maximilian Gf. v. Schwerin

**Rep. 192: Nachlässe**

- NL Heydt, August Frh. von der Nr. 2: Bethmann Hollwegs Opposition im März 1862  
NL Heydt, August Frh. von der Nr. 4: Prinz Adolf zu Hohenlohe u. die Kabinettsumbildung im März 1862

**Brandenburg-Preußisches Hausarchiv (Dahlemer Bestand)**

**Rep. 51: NL Wilhelms I.**

Nr. 47: Programm der Krönungsfeier in Königsberg am 18. Okt. 1861

Nr. 120: Ansprache des Prinzregenten Wilhelm an das Staatsministerium v. 8. Nov. 1858

\*\*\*\*\*

**Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn**

R 16: Protokolle u. -Auszüge zu den Staatsministerial- und Kronratsberatungen (1855–73)

\*\*\*\*\*

**Bundesarchiv, Koblenz**

**NL Werner Frauendienst**

Nr. 3: Manuskript „Das Preußische Staatsministerium 1808–1918. Organisation und Geschichte“.

## Verzeichnis der mehrfach zitierten Literatur

*Das vorliegende Verzeichnis ist in erster Linie als Hilfsmittel für die Benutzung der Regesten gedacht und stellt keine Auswahl-Bibliographie zur Epoche oder den behandelten Themen dar. – Gängige biographische Nachschlagewerke, die das Fundament für die Biogramme des Personenregisters bilden, sind nicht mit aufgenommen worden.*

- Abeken, Heinrich*, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit, aus Briefen zusammengestellt, Berlin 1898.
- Aegidi, Ludwig Karl* u. Klauhold, Alfred (Hrsg.), Aktenstücke zur Deutsch-Dänischen Frage aus den Jahren 1861 bis 1863, Hamburg 1863.
- Aegidi, Ludwig Karl* u. Klauhold, Alfred (Hrsg.), Das Staatsarchiv. Sammlung der offiziellen Aktenstücke zur Geschichte der Gegenwart, Hamburg, 1–11 (1861–66).
- Aktenstücke* zur Wirtschaftspolitik Bismarcks → Poschinger (Hrsg.).
- Alings, Reinhard*, Monument und Nation. Das Bild vom Nationalstaat im Medium Denkmal – zum Verhältnis von Nation und Staat im deutschen Kaiserreich 1871–1918, Berlin, New York 1996 (Beiträge zur Kommunikationsgeschichte, 4).
- Amend, Anja*, Von der Kunst, eine „Steuerfrage aus einer Parteifrage in eine Finanzfrage zu verwandeln“. Das preußische Grundsteuergesetz vom 21. Mai 1861 als historisches Kaleidoskop, St. Katharinen 1997 (Studien zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 15).
- Alter, Peter*, Albrecht Graf von Bernstorff als preußischer Gesandter in London, in: Alter, Peter u. Muhs, Rudolf (Hrsg.), Exilanten und andere Deutsche in Fontanes London, Stuttgart 1996, S. 416–430.
- Andernach, Norbert*, Der Einfluß der Parteien auf das Hochschulwesen in Preußen 1848–1918, Göttingen 1972 (Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im 19. Jahrhundert, 4).
- Anderson, Eugene N.*, The Social and Political Conflict in Prussia, 1858–1864, ND: New York 1968.
- Anderson, Margaret L.*, Windhorst. Zentrumspolitiker und Gegenspieler Bismarcks, Düsseldorf 1988 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, 14).
- Angelow, Jürgen*, Von Wien nach Königgrätz. Die Sicherheitspolitik des Deutschen Bundes im europäischen Gleichgewicht (1815–1866), München 1996 (Beiträge zur Militärgeschichte, 52).
- Assing, Ludmilla* (Hrsg.), Aus dem Nachlaß Varnhagens von Ense. Tagebücher von K. A. Varnhagen von Ense, Bd. 1–2, Leipzig 1861.
- Atzpodien, Hans Christoph*, Die Entwicklung der preußischen Staatsaufsicht über das private Versicherungswesen im 19. Jahrhundert unter besonderer Berücksichtigung ihres Verhältnisses zum Wirtschaftsliberalismus, jur. Diss., Bonn 1982.
- Auerbach, Leopold*, Das Judentum und seine Bekenner in Preußen und in den anderen deutschen Bundesstaaten, Berlin 1890.
- Augst, Richard*, Bismarcks Stellung zum parlamentarischen Wahlrecht, Leipzig 1917.
- Aus dem Leben* des Oberpräsidenten Carl von Horn → Horn.
- Aus dem Leben* Theodor von Bernhardis → Bernhardi.
- Aus dem Leben des Grafen Clemens von Westphalen* → Westphalen
- Aus meinem Leben* → Ernst II.
- Die *Auswärtige Politik* Preußens 1858–1871 [APP]. Diplomatische Aktenstücke, hrsg. von der Historischen Reichskommission von E. Brandenburg, O. Hoetzsch u. H. Oncken, (1. Abt.),

- Oldenburg i.O. 1932–1945; Bd. 1: November 1858 bis Dezember 1859, bearb. v. Chr. Friese (1933); Bd. 2/1: Januar bis Dezember 1860, bearb. v. Chr. Friese (1938); Bd. 2/2: Dezember 1860 bis Oktober 1862, bearb. v. Chr. Friese (1945); Bd. 3: Oktober 1862 bis September 1863, bearb. v. R. Ibbeken (1932); Bd. 4: Oktober 1863 bis April 1864, bearb. v. R. Ibbeken (1933); Bd. 5: April 1864 bis April 1865, bearb. v. R. Ibbeken (1935); Bd. 6: April 1865 bis März 1866, bearb. v. R. Ibbeken (1939); Bd. 7: [nicht erschienen]; Bd. 8: August 1866 bis Mai 1867, bearb. v. H. Michaelis (1934).
- Bachem, Karl*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei, Bd. 3, Köln 1927.
- Bahne, Siegfried*, Vor dem Konflikt. Die Altliberalen in der Regentschaftsperiode der „Neuen Ära“, in: Engelhardt, Ulrich, Sellin, Volker, Stuke, Horst (Hrsg.), Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt, Stuttgart 1976, S. 154–196.
- Barclay, David E.*, Anarchie und guter Wille. Friedrich Wilhelm IV. und die preußische Monarchie, Berlin 1995.
- Barmeyer, Heide*, Hannovers Eingliederung in den preußischen Staat. Annexion und administrative Integration 1866–1868, Hildesheim 1983 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission für Niedersachsen und Bremen, 25/14).
- Baske, Siegfried*, Praxis und Prinzipien der preußischen Polenpolitik vom Beginn der Reaktionszeit bis zur Gründung des Deutschen Reiches, in: Bernath, Mathias u.a. (Hrsg.), Forschungen zur osteuropäischen Geschichte, Bd. 9, Berlin, Wiesbaden 1963, S. 7–268.
- Baumgart, Peter* (Hrsg.), Expansion und Integration. Zur Eingliederung neugewonnener Gebiete in den preußischen Staat, Köln, Wien 1984 (Neue Forschungen zur Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, 5).
- Becker, Otto*, Bismarcks Ringen um Deutschlands Gestaltung, Heidelberg 1958.
- Becker, Winfried*, Die angebliche Lücke der Gesetzgebung im preußischen Verfassungskonflikt, in: Historisches Jb., 100 (1980), S. 257–285.
- Bergengrün, Alexander*, Staatsminister August Freiherr von der Heydt, Leipzig 1908.
- Bergsträsser, Ludwig*, Kritische Studien zur Konfliktszeit, in: Historische Vierteljahrschrift, 19 (1919/20), S. 346–376.
- Berner, Ernst* (Hrsg.), Kaiser Wilhelms des Großen Briefe, Reden und Schriften, Bd. 1–2, Berlin 1906.
- Bernhardi*: Aus dem Leben Theodor von Bernhardis. (Tagebuchblätter), Leipzig; Bd. 3: Die Anfänge der neuen Ära (1894); Bd. 4: Die ersten Regierungsjahre Wilhelms I. (1895); Bd. 5: Der Streit um die Elbherzogtümer (1895); Bd. 6: Aus den letzten Tagen des deutschen Bundes (1897).
- Bernstorff*: Im Kampfe für Preußens Ehre. Aus dem Nachlaß des Grafen Albrecht v. Bernstorff, hrsg. v. Karl Ringhoffer, Berlin 1906.
- Biefang, Andreas*, Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868. Nationale Organisationen und Eliten, Düsseldorf 1994 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 102).
- Biefang, Andreas*, National-preußisch oder deutsch-national? die Deutsche Fortschrittspartei in Preußen 1861–1867, in: GG, 23 (1997), S. 360–383.
- Bismarck, Otto Fürst von*, Die gesammelten Werke, 15 Bde., Berlin 1924–35 [GW]; Bd. 3: Politische Schriften März 1859 bis September 1862; Bd. 4: Politische Schriften 1862 bis 1864; Bd. 5: Politische Schriften 1864 bis 1866; Bd. 10: Reden 1847 bis 1869; Bd. 14/2: Briefe 1862–1898; Bd. 15: Erinnerung und Gedanke.
- Bismarck* → Kohl, Horst (Hrsg.).
- Blaich, Fritz*, Zinsfreiheit als Problem der deutschen Wirtschaftspolitik zwischen 1857 und 1871, in: Schmollers Jb. für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 91/1 (1971), S. 269–306.

- Blasius, Dirk*, Ehescheidung in Deutschland 1794–1945. Scheidung und Scheidungsrecht in historischer Perspektive, Göttingen 1987 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 74).
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang*, Der Verfassungstyp der deutschen konstitutionellen Monarchie im 19. Jahrhundert [1967], in: Ders. (Hrsg.), *Moderne deutsche Verfassungsgeschichte (1815–1918)*, Köln 1972, S. 146–170.
- Böhme, Helmut*, Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848–1881, 3. Aufl., Köln 1974 (1. Aufl. 1966).
- Böhme, Helmut*, Verfassungskonflikt und Handelspolitik. Die Frage der Kontinuität im Jahre 1862, in: Ders. (Hrsg.), *Probleme der Reichsgründungszeit 1848–1878*, Köln, Berlin 1868, S. 195–225.
- Börner, Karl Heinz*, Die Krise der preußischen Monarchie von 1858 bis 1862, Berlin 1976 (Akademie der Wissenschaften der DDR. Schriften des Zentralinstituts für Geschichte, 49).
- Börner, Karl Heinz*, Wilhelm I. 1797 bis 1888. Deutscher Kaiser und König von Preußen, Köln 1984.
- Boldt, Hans*, Die preußische Verfassung vom 31. Januar 1850. Probleme ihrer Interpretation, in: Puhle, Hans-Jürgen u. Wehler, Hans-Ulrich (Hrsg.), *Preußen im Rückblick*, Göttingen 1980, S. 224–246.
- Bornhak, Conrad*, Die Mediatisierung der Grafschaften Stolberg-Stolberg und Stolberg-Roßla, in: FBPG, 19 (1906), S. 353–370.
- Bornhak, Conrad*, Preußische Staats- und Rechtsgeschichte, Berlin 1903.
- Boysen, Carl*, Beiträge zu Bismarcks Politik in der Schleswig-Holsteinischen Frage, in: *Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte*, 64 (1936), S. 287–290.
- Boysen, Carl*, Der Kronprinz und Schleswig-Holstein, in: FBPG, 48 (1936), S. 71–119.
- Brammer, Annegret H.*, Judenpolitik und Judengesetzgebung in Preußen 1812 bis 1847 mit einem Ausblick auf das Gleichberechtigungsgesetz des Norddeutschen Bundes von 1869, Berlin 1987.
- Bremicker, Stefan*, Schleswig-Holstein als Kondominium. Die österreichische Verwaltung in den Elbherzogtümern, Frankfurt/M. etc. 1994 (Rechts- und sozialwiss. Reihe, 8).
- Briefe Kaiser Wilhelms I.* → Schultze, Johannes (Hrsg.).
- Brilling, Bernhard*, Ein Kapitel aus dem Kampf der preußischen Juden um ihre Gleichberechtigung, in: *Theokratia*, 2 (1970–72), S. 273–306.
- Brodersen, Carsten*, Rechnungsprüfung für das Parlament in der konstitutionellen Monarchie. Ein Beitrag zu den Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung des parlamentarischen Budgetrechts in Preußen-Deutschland 1848–1877, Berlin 1977 (Schriften zur Verfassungsgeschichte, 25).
- Brophy, James M.*, *Capitalism, Politics, and Railroads in Prussia, 1830–1870*, Columbus/Ohio 1998.
- Brysch, Thomas*, Marinepolitik im preußischen Abgeordnetenhaus und Deutschen Reichstag 1850–1888, Hamburg, etc. 1996 (Schriftenreihe des Deutschen Marine-Instituts, 10).
- Buchholz, Stephan*, Eherecht zwischen Staat und Kirche. Preußische Reformversuche in den Jahren 1854 bis 1861, Frankfurt/M. 1981 (Ius Commune, Sonderh. 13).
- Büsch, Otto* (Hrsg.), *Handbuch der Preußischen Geschichte*, Bd. 2: Das 19. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens, Berlin, New York 1992.
- Bußmann, Walter*, Die Krönung Wilhelms I. am 18. Oktober 1861. Eine Demonstration des Gottesgnadentums im preußischen Verfassungsstaat, in: Albrecht, Dieter u.a. (Hrsg.), *Politik und Konfession. Festschrift für Konrad Repgen zum 60. Geburtstag*, Berlin 1983, S. 189–212.
- Bußmann, Walter*, *Zwischen Preußen und Deutschland. Friedrich Wilhelm IV.*, Berlin 1990.
- Clark, Chester W.*, *Franz Joseph and Bismarck. The Diplomacy of Austria before the War of 1866*, Cambridge 1934.
- Clausnitzer, L[eopold]* u. H. Rosin, *Geschichte des Preußischen Unterrichtsgesetzes mit besonderer Berücksichtigung der Volksschule*, 6. Aufl., Spandau 1912.



- Collani, Hans-Joachim*, Die Finanzgebarung des preußischen Staates zur Zeit des Verfassungskonfliktes 1862–1866, Düsseldorf 1939.
- Craig, Gordon A.*, Die preußisch-deutsche Armee 1640–1945, Staat im Staate, Düsseldorf 1960 (zuerst 1955: *The Politics of the Prussian Army*).
- Craig, Gordon A.*, Porträt eines politischen Generals: Edwin von Manteuffel und der Verfassungskonflikt in Preußen (1951), in: Ders., *Krieg, Politik und Diplomatie*, Wien, Hamburg 1968, S. 121–156.
- Craig, Gordon A.*, Königgrätz, München 1987 (engl. 1964; dt. ND: Wien, Darmstadt 1997).
- Daebel, Joachim*, Die Schleswig-Holstein-Bewegung in Deutschland 1863/64, Köln 1969.
- Dehio, Ludwig*, Die Taktik der Opposition während des Konflikts, in: *HZ*, 140 (1929), S. 279–347.
- Dehio, Ludwig*, Bismarck und die Heeresvorlagen der Konfliktzeit, in: *HZ*, 144 (1931), S. 31–47.
- Delbrück, Rudolph*, Lebenserinnerungen, Bd. 2, Leipzig 1905.
- Denkwürdigkeiten* aus dem Leben des Kriegsministers von Roon → Roon.
- Denkwürdigkeiten* aus dem Leben Leopold von Gerlachs → Gerlach.
- Der Deutsch-Dänische Krieg 1864*, hrsg. vom Großen Generalstabe, Bde. 1–2, Berlin 1886–87.
- Deutsche Parteiprogramme* → Salomon, Felix [Hrsg.].
- Ditfurth, Theodor von*, Zur Geschichte der Königlich-Preußischen Oberrechnungskammer, Berlin 1909.
- Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte* → Huber, Ernst Rudolf (Hrsg.).
- Dreißig Jahre preußisch-deutscher Geschichte* → Kohl, Horst.
- Düwell, Kurt*, Gründung und Entwicklung der Rheinisch-Westfälischen Hochschule Aachen bis zu ihrem Neuaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Klinkenberg, Hans M. (Hrsg.), *Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen 1870–1970*, Stuttgart 1970, S. 19–176.
- Eisfeld, Gerhard*, Die Entstehung der liberalen Parteien in Deutschland 1858–1870. Studie zu den Organisationen und Programmen der Liberalen und Demokraten, Hannover 1969.
- Eltz, Erwein H.*, Die Modernisierung einer Standesherrschaft. Karl Egon III. und das Haus Fürstenberg in den Jahren nach 1848/49, Sigmaringen 1980.
- Engel, Helmut*, Parlamentarische Provisorien. Die Tagungsorte der preußischen Parlamente von 1847 bis zur Reichsgründung, in: *Der Preußische Landtag. Bau und Geschichte*, Berlin 1993, S. 9–40.
- Engelberg, Ernst*, Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer, Berlin 1985.
- Engelberg, Ernst* (Hrsg.), Im Widerstreit um die Reichsgründung. Eine Quellensammlung zur Klassenauseinandersetzung in der deutschen Geschichte von 1849 bis 1871, Berlin 1970.
- Ernst II.*, Herzog von Sachsen-Coburg-Gotha, Aus meinem Leben und aus meiner Zeit, Bde. 2–3, Berlin 1888–89.
- Eulenburg, Friedrich Graf zu*, Zehn Jahre innerer Politik 1862–1872. Reden des Ministers des Innern Grafen zu Eulenburg ..., Berlin 1872.
- Europäische Chronik* → Ghillany, F. W.
- Europäischer Geschichtskalender* → Schulthess.
- Der Feldzug von 1866 in Deutschland*, hrsg. von der Kriegsgeschichtlichen Abteilung des Großen Generalstabes, Berlin 1867.
- Fenske, Hans* (Hrsg.), Der Weg zur Reichsgründung 1850–1870, Darmstadt 1977 (FSGA, C: Quellen zum politischen Denken der Deutschen im 19. und 20. Jahrhundert, 5).
- Fischer, Wolfram*, Das wirtschafts- und sozialpolitische Ordnungsbild der preußischen Bergrechtsreform 1851–1865, in: Ders., *Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung. Aufsätze – Studien – Vorträge*, Göttingen 1972, S. 139–147.
- Fischer-Frauentienst, Irene*, Bismarcks Pressepolitik, Münster 1963 (Studien zur Publizistik, 4).

- Foerster, Wolfgang* (Hrsg.), Prinz Friedrich Karl von Preußen. Denkwürdigkeiten aus seinem Leben, Bd. 1: 1828–1864, Bd. 2: 1866–1885, 6. Aufl., Stuttgart, Leipzig 1910.
- Frauentdienst, Werner*, Das preußische Staatsministerium in vorkonstitutioneller Zeit, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, 116 (1960), S. 104–177.
- Friedrich I.*, Großherzog von Baden → Oncken, Hermann (Hrsg.).
- Friedrich III.* Tagebücher → Meisner, Heinrich O. (Hrsg.).
- Friedrich Karl*, Prinz → Foerster, Wolfgang (Hrsg.).
- Friese, Christian*, Rußland und Preußen vom Krimkrieg bis zum Polnischen Aufstand, Berlin 1931 (Osteuropäische Forschungen, N.F. 11).
- Fu, Arne*, Kompetenzkonflikte im preußischen Recht des 19. Jahrhunderts, Frankfurt/M. etc. 1999 (Europäische Hochschulschriften, R. II Rechtswissenschaft, 2563).
- Funk, Albrecht*, Polizei und Rechtsstaat. Die Entwicklung des staatlichen Gewaltmonopols in Preußen 1848–1918, Frankfurt/M., New York 1986.
- Gall, Lothar*, Bismarck. Der weiße Revolutionär, Frankfurt/M. etc. 1983 (1. Aufl. 1980).
- Gerlach, Ernst Ludwig von*, Von der Revolution zum Norddeutschen Bund. Politik und Ideengut der preußischen Hochkonservativen 1848–1866. Aus dem Nachlaß hrsg. v. H. Diwald, Bd. 2, Göttingen 1970
- Gerlach, Leopold von*: Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold von Gerlachs, Bd. 2, Berlin 1892.
- Die *Gesetzgebung auf dem Gebiete des Unterrichtswesens in Preußen*. Vom Jahre 1817 bis 1868. Aktenstücke mit Erläuterungen aus dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, Berlin 1869.
- Gesetzsammlung für die Königlichen Preußischen Staaten* vom Jahre ... (1858–1866), Berlin.
- Ghillany, F[riedrich] W[ilhelm]* [Hrsg.], Europäische Chronik von 1492 bis Ende April 1865. Mit besonderer Berücksichtigung der Friedensverträge ... Ein Handbuch ..., Bd. 2: 1831 bis Ende April 1865, Leipzig 1865.
- Gollwitzer, Heinz*, Die Standesherrn. Die politische und gesellschaftliche Stellung der Mediatisierten 1815–1918, Stuttgart 1957.
- Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte* → Hubatsch, Walther (Hrsg.).
- Grünthal, Günther*, Parlamentarismus in Preußen 1848/49–1857/58. Preußischer Konstitutionalismus – Parlament und Regierung in der Reaktionsära, Düsseldorf 1982.
- Grünthal, Günther*, Das Ende der Ära Manteuffel, in: *JbGMOD*, 39 (1990), S. 179–219.
- Grünthal, Günther*, Die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus von 1858, in: Kocka, Jürgen u.a. (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter, München etc. 1994, S. 329–345.
- Grünthal, Günther*, Eine „englische Partei“ in Berlin? Sir Robert Morier und die Neue Ära in Preußen, in: Ritter, Gerhard A. u. Wende, Peter (Hrsg.), Rivalität und Partnerschaft. Studien zu den deutsch-britischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Anthony J. Nicholls, Paderborn etc. 1999, S. 29–51.
- Gruner, Justus von*, Rückblick auf mein Leben, in: *Deutsche Revue*, 26 (1901), Bd. 2, S. 333–345; Bd. 3, S. 74–89, 155–163 u. 297–312.
- Haake, Paul*, Ernst Freiherr Senfft von Pilsach als Politiker, in: *FBPG*, 53 (1941), S. 43–90 und 296–323.
- Hahn, Erich*, Ministerial Responsibility and Impeachment in Prussia 1848–63, in: *Central European History*, 10 (1977), S. 3–27.
- Hahn, Ludwig* (Hrsg.), Zwei Jahre Preußisch-Deutscher Politik 1866–1867, Berlin 1868.
- Hahndorff, Eva*, Das Budgetrecht in den Verhandlungen des Preußischen Landtags (1848–66), Stettin 1931.
- Handbuch der Preußischen Geschichte* → Büsch, Otto (Hrsg.).

- Handbuch für das Preußische Herrenhaus*, Berlin 1864.
- Handbuch über den Königlich Preussischen Hof und Staat* → Staats-Kalender.
- Hartung, Fritz*, Studien zur Geschichte der preussischen Verwaltung [1942–48], in: Ders., Staatsbildende Kräfte der Neuzeit. Gesammelte Aufsätze, Berlin 1961, S. 178–344.
- Hartung, Fritz*, Verantwortliche Regierung, Kabinette und Nebenregierungen im konstitutionellen Preußen 1848–1918 [1932], in: Ders., Volk und Staat in der deutschen Geschichte. Gesammelte Abhandlungen, Leipzig 1940, S. 230–338.
- Haupts, Leo*, Die liberale Regierung in Preußen in der Zeit der „Neuen Ära“. Zur Geschichte des preussischen Konstitutionalismus, in: HZ, 227 (1978), S. 45–85.
- Heffter, Heinrich*, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, 2. Aufl., Stuttgart 1969 (1. Aufl. 1950).
- Hegel, Immanuel*, Erinnerungen aus meinem Leben, Berlin 1891.
- Helfert, Rolf*, Der preussische Liberalismus und die Heeresreform von 1860, Bonn 1989.
- Helmert, Heinz*, Kriegspolitik und Strategie. Politische und militärische Ziele der Kriegführung des preuß. Generalstabes vor der Reichsgründung (1859–69), Berlin 1970 (Militärhistorische Studien, N.F., 14).
- Hertel, [K. Th.]* (Hrsg.), Die Preussische Ober-Rechnungskammer. Ergh., Berlin 1890.
- Hess, Adalbert*, Das Parlament, das Bismarck widerstrebte. Zur Politik und sozialen Zusammensetzung des preussischen Abgeordnetenhauses der Konfliktzeit (1862–1866), Köln etc. 1964.
- Heydt* → Bergengrün.
- Hildebrand, Klaus*, No Intervention. Pax Britannica und Preußen 1865/66–1869/70. Eine Untersuchung zur englischen Weltpolitik im 19. Jahrhundert, München 1997.
- Hintze, Otto*, Das preussische Staatsministerium im 19. Jahrhundert, in: Beiträge zur brandenburgischen und preussischen Geschichte. Festschrift zu Gustav Schmollers 70. Geburtstag, Leipzig 1908, S. 403–493 (auch in: Ders., Regierung und Verwaltung. Gesammelte Abhandlungen, Bd. 3, 2. Aufl., Göttingen 1967, S. 530–619).
- Hocquet, Jean-Claude*, Harmonisierung von Maßen und Gewichten als Mittel zur Integration in Deutschland im 19. Jahrhundert, in: Schremmer, Eckart (Hrsg.), Wirtschaftliche und soziale Integration in historischer Perspektive, Stuttgart 1996, S. 110–123.
- Hohenlohe-Ingelfingen, Prinz Kraft zu*, Aus meinem Leben. Aufzeichnungen, Bd. 2, 6. Aufl., Berlin 1906.
- Horn, Carl*: Aus dem Leben des Oberpräsidenten Carl von Horn 1863 bis 1869, in: Deutsche Revue, 38/2–3 (1913).
- Houben, Heinrich H.*, Verbotene Literatur, Bd. 1, 2. Aufl., Dessau 1925.
- Hubatsch, Walther*, Das Preussische Staatsministerium von Bismarck bis zum Ende der Monarchie, in: Hauser, Oswald (Hrsg.), Zur Problematik „Preußen und das Reich“, Köln, Wien 1984, S. 165–179.
- Hubatsch, Walther*, Der Admiralstab und die obersten Marinebehörden in Deutschland 1848–1945, Frankfurt/M. 1958.
- Hubatsch, Walther* (Hrsg.), Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815–1945. Reihe A: Preußen, 13 Bde., Marburg 1975–81.
- Huber, Ernst Rudolf*, Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789, Bd. 3: Bismarck und das Reich, 3. Aufl., Stuttgart etc. 1988 (1. Aufl. 1963).
- Huber, Ernst Rudolf* (Hrsg.), Dokumente zur deutschen Verfassungsgeschichte, Bd. 2, 3. Aufl., Stuttgart 1986.
- Huber, Ernst Rudolf* u. Huber, Wolfgang (Hrsg.), Staat und Kirche im 19. und 20. Jahrhundert. Dokumente zur Geschichte des deutschen Staatskirchenrechts, Bd. 2, Berlin 1976.
- Die *innere Politik der Preussischen Regierung* von 1862 bis 1866. Sammlung der amtlichen Kundgebungen und halbamtlichen Äußerungen, Berlin 1866.

- Jeserich, Kurt G. A.* u. Neuhaus, Helmut (Hrsg.), *Persönlichkeiten der Verwaltung. Biographien zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1648–1945*, Stuttgart, Berlin, Köln 1991.
- Jürgensen, Kurt*, Die preußische Lösung der Schleswig-Holstein-Frage 1863–1867, in: Kunisch, Johannes (Hrsg.), *Bismarck und seine Zeit*, Berlin 1992, S. 57–80.
- Justiz-Ministerialblatt* für die preußische Gesetzgebung und Rechtspflege, Berlin, 21–28 (1859–66).
- Kaernbach, Andreas*, Bismarcks Konzepte zur Reform des Deutschen Bundes. Zur Kontinuität der Politik Bismarcks und Preußens in der Deutschen Frage, Göttingen 1991 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 41).
- Kaiser Friedrich III.* Tagebücher → Meisner, Heinrich O. (Hrsg.).
- Kaiser Wilhelms I.* Briefe → Schultze, Johannes (Hrsg.).
- Kaminski, Kurt*, Verfassung und Verfassungskonflikt in Preußen 1862–1866. Ein Beitrag zu den politischen Kernfragen von Bismarcks Reichsgründung, Königsberg, Berlin 1938 (Schr. der Albertus-Univ., Geisteswiss. R., 13).
- Im Kampfe für Preußens Ehre* → Bernstorff.
- Karl Friedrich von Savigny* 1814–1875. Briefe, Akten, Aufzeichnungen ..., hrsg. v. Willy Real, Bd. 2, Boppard a.Rh. 1981 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. und 20. Jahrhunderts, 53).
- Kentmann, Hans*, Preußen und die Bundeshilfe an Österreich im Jahre 1859, in: *MIÖG*, Erg.-Bd. 12 (1933), S. 297–415.
- Kessel, Eberhard*, Moltke, Stuttgart 1957.
- Kessel, Eberhard* (Hrsg.), *Moltke Gespräche*, Hamburg 1940.
- Keudell, Robert von*, Fürst und Fürstin Bismarck. Erinnerungen aus den Jahren 1846 bis 1872, Berlin, Stuttgart 1901.
- Klein, Ernst*, Funktion und Bedeutung des Preußischen Staatsministeriums, in: *JbGMOD*, 9/10 (1961), S. 195–261.
- Klöber, Wilhelm*, Die deutsche Frage 1859–1871 in großdeutscher und antiliberaler Beurteilung. Die Zeitläufe Dr. Jörgs in den Historisch-Politischen Blättern für das katholische Deutschland, München 1932.
- Kohl, Horst* [Hrsg.], *Dreißig Jahre preußisch-deutscher Geschichte 1858–1888 in amtlichen Kundgebungen*, Gießen 1888.
- Kohl, Horst* (Hrsg.), *Bismarck-Regesten*, Bd. 1, Leipzig 1891.
- Kohl, Horst* (Hrsg.), *Die politischen Reden des Fürsten Bismarck*, Bd. 2: 1862–1865, Bd. 3: 1866–1868, Stuttgart 1892.
- Kolb, Eberhard*, Strategie und Politik in den deutschen Einigungskriegen. Ein unbekanntes Bismarck-Gespräch aus dem Jahr 1895, in: *MGM*, 48 (1990), S. 123–142.
- Kolb, Eberhard*, Großpreußen oder Kleindeutschland? Zu Bismarcks deutscher Politik im Reichsgründungsjahrzehnt, in: Kunisch, Johannes (Hrsg.), *Bismarck und seine Zeit*, Berlin 1992, S. 11–36.
- Kollander, Patricia*, *Frederick III. Germany's Liberal Emperor*, Westport, London 1995.
- Kollmann, Horst*, *Die Entstehungsgeschichte der deutschen Koalitionsgesetzgebung*, Breslau 1916 (Strafrechtliche Abhandlungen, 191).
- Kraus, Hans-Christof*, Ursprung und Genese der „Lückentheorie“ im preußischen Verfassungskonflikt, in: *Der Staat*, 29 (1990), S. 209–234.
- Kraus, Hans-Christof*, Ernst Ludwig von Gerlach. Politisches Denken und Handeln eines preußischen Altkonservativen, Göttingen 1994 (Schriftenreihe der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, 53).
- Kraus, Hans-Christof*, Militärreform oder Verfassungswandel? Kronprinz Friedrich von Preußen und die „deutschen Whigs“ in der Krise von 1862/63, in: Reif, Heinz (Hrsg.), *Adel und Bürger-tum in Deutschland. Entwicklungslinien und Wendepunkte im 19. Jahrhundert*, Berlin 2000, S. 207–232.

- Kriegsminister von Roon* als Redner → Roon.  
*Die Krönung Ihrer Majestäten des Königs Wilhelm* und der Königin Augusta von Preußen zu Königsberg am 18. Oktober 1861 [bearb. v. R. Gf. v. Stillfried], Berlin 1868.  
*Kunisch, Johannes* (Hrsg.), *Bismarck und seine Zeit*, Berlin 1992 (FBPG, N.F., Beih. 1).  
*Kühne, Thomas*, *Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867–1914. Landtagswahlen zwischen korporativer Tradition und politischem Massenmarkt*, Düsseldorf 1994 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 99).
- Lange, Gerhard*, *Die Bedeutung des preußischen Innenministers Friedrich Albrecht Graf zu Eulenburg für die Entwicklung Preußens zum Rechtsstaat*, Berlin 1993 (Quellen und Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte, 3).  
*Langewiesche, Dieter*, *Liberalismus in Deutschland*, Frankfurt/M. 1988.  
*Lemmer, Georg*, *Die Geschichte des preußischen Gerichtshofs zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte (1847–1945)*, Aalen 1997 (Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, N.F., 33).  
*Loeber, Irmgard*, *Bismarcks Pressepolitik in den Jahren des Verfassungskonfliktes (1862–1866)*, München 1935 (Zeitung und Leben, 24).  
*Loening, Edgar*, *Gerichte und Verwaltungsbehörden in Brandenburg-Preußen. Ein Beitrag zur Preußischen Rechts- und Verfassungsgeschichte*, Halle 1914.  
*Lotz, Albert*, *Geschichte des deutschen Beamtentums*, Berlin 1909.  
*Löwenthal, Fritz*, *Der preußische Verfassungsstreit 1862–1866*, München, Leipzig 1914.
- Malettke, Klaus* (Hrsg.), *Die Schleswig-Holsteinische Frage (1862–1866)*, Göttingen 1969 (Historische Texte/Neuzeit, 5).  
*Manca, Anna Gianna*, *Konstitutionelles und antikonstitutionelles Verfassungsverständnis in Preußen um die Mitte des 19. Jahrhunderts*, in: FBPG, N.F. 8 (1998), S. 203–235.  
*Martens, G. Fr.*, *Samwer, Ch.* (Hrsg.) → *Nouveau Recueil Général de Traités*.  
*Materialien zur Geschichte der Regentschaft in Preußen*, Anfang Oktober bis Ende Dezember 1858, Berlin 1859.  
*Meisner, Heinrich Otto*, *Zur neueren Geschichte des preußischen Kabinetts*, in: FBPG, 36 (1924), (T. 1), S. 39–66.  
*Meisner, Heinrich Otto*, *Der preußische Kronprinz im Verfassungskampf 1863*, Berlin 1931.  
*Meisner, Heinrich Otto*, *Der Kriegsminister 1814–1914. Ein Beitrag zur militärischen Verfassungsgeschichte*, Berlin 1940.  
*Meisner, Heinrich Otto* (Hrsg.), *Kaiser Friedrich III. Tagebücher von 1848–1866*, Leipzig 1929.  
*Messerschmidt, Manfred*, *Die politische Geschichte der preußisch-deutschen Armee*, in: Forstmeier, Friedrich u.a. (Hrsg.), *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648–1939*, Abschnitt 4: Militärgeschichte im 19. Jahrhundert (1814–1890), München 1975, S. 9–380 (ND: 1983, Bd. 2).  
*Meyer, Arnold Oskar*, *Der preußische Kronrat vom 29. Mai 1865*, in: *Gesamtdeutsche Vergangenheit. Festgabe für Heinrich Ritter v. Srbik*, München 1938, S. 308–318.  
*Michaelis, Alfred*, *Die Rechtsverhältnisse der Juden in Preußen seit dem Beginne des 19. Jahrhunderts*, Berlin 1910.  
*Militärische Schriften Kaiser Wilhelms* des Großen Majestät, hrsg. v. Königlich Preußischen Kriegsministerium, Bd. 2, Berlin 1897.  
*Ministerialblatt für die gesamte innere Verwaltung* in den Königlich Preußischen Staaten, Berlin, 20–27 (1859–1866).  
*Moltkes Militärische Werke*, hrsg. v. Großen Generalstabe, Abt. I: *Militärische Korrespondenz*, 1. Teil: *Krieg 1864*, Berlin 1892; 2. Teil: *Aus den Dienstschriften des Krieges 1866* (1896); 4. Teil: *Aus den Dienstschriften des Jahres 1859* (1902).

- Mosse, Werner E.*, Queen Victoria and her Ministers in the Schleswig-Holstein Crisis 1863–1864, in: *English Historical Review*, 78 (1963), S. 263–283.
- Na'aman, Shlomo*, Der deutsche Nationalverein. Die politische Konstituierung des deutschen Bürgertums 1859–1867, Düsseldorf 1987 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 81).
- Napoleon III.* und die italienische Einigung, bearb. v. Beatrix Mesmer, Bern 1969.
- Naujoks, Eberhard*, Bismarck und die Organisation der Regierungspresse, in: *HZ*, 205 (1967), S. 46–80.
- Naujoks, Eberhard*, Die parlamentarische Entstehung des Reichspressegesetzes in der Bismarckzeit (1848/74), Düsseldorf 1975.
- Neugebauer, Wolfgang*, Das Bildungswesen in Preußen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts, in: Büsch, Otto (Hrsg.), *Handbuch der Preußischen Geschichte*, Bd. 2, Berlin, New York 1992, S. 605–798.
- Nöth-Greis, Gertrud*, Das Literarische Büro als Instrument der Pressepolitik, in: Wilke, Jürgen (Hrsg.), *Pressepolitik und Propaganda. Historische Studien vom Vormärz bis zum Kalten Krieg*, Köln, etc. 1997, S. 1–78.
- Nouveau Recueil Général de Traités, Conventions et autres Transactions Remarquables ...*, hrsg. v. G[eorg] F[riedrich] de Martens u. Charles Samwer, [1. Sér.], Bd. 16/2, Göttingen 1860.
- Offermann, Toni*, Preußischer Liberalismus zwischen Revolution und Reichsgründung im regionalen Vergleich. Berliner und Kölner Fortschrittsliberalismus in der Konfliktzeit, in: Langewiesche, Dieter (Hrsg.), *Liberalismus im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich*, Göttingen 1988, S. 109–135.
- Oncken, Hermann*, Die Rheinpolitik Kaiser Napoleons III. Von 1863 bis 1870 und der Ursprung des Krieges von 1870/71. Nach den Staatsakten von Österreich, Preußen und den süddeutschen Mittelstaaten, Bd. 1, Stuttgart, etc. 1926.
- Oncken, Hermann* (Hrsg.), Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854–1871. Briefwechsel, Denkschriften, Tagebücher, Bd. 1, Berlin, Leipzig 1927.
- Ormond, Thomas*, Richterwürde und Regierungstreue. Dienstrecht, politische Betätigung und Disziplinierung der Richter in Preußen, Baden und Hessen 1866–1918, Frankfurt/M. 1994 (*Ius Commune*, Sonderh. 65).
- Parisius, Ludolf*, Deutschlands politische Parteien und das Ministerium Bismarck, Berlin 1878.
- Persönlichkeiten der Verwaltung* → Jeserich/Neuhaus (Hrsg.).
- Perthes, Otto* (Hrsg.) → Roon.
- Petersdorff, Herman von*, Kleist-Retzow. Ein Lebensbild, Stuttgart, Berlin 1907.
- Petter, Wolfgang*, Deutsche Flottenrüstung von Wallenstein bis Tirpitz, in: Forstmeier, Friedrich u.a. (Hrsg.), *Handbuch zur deutschen Militärgeschichte 1648–1939*, Abschnitt 8: Deutsche Marinegeschichte der Neuzeit, München 1977, S. 13–262, (ND: 1983, Bd. 5).
- Pflanze, Otto*, Bismarck. Der Reichsgründer, München 1997.
- Plate, A[ugust]*, Die Geschäftsordnung des Preußischen Abgeordnetenhauses, ihre Geschichte und ihre Anwendung, Berlin 1904.
- Pollmann, Klaus Erich*, Parlamentarismus im Norddeutschen Bund 1867–1870, Düsseldorf 1985.
- Poschinger, H[einrich] von*, Bankwesen und Bankpolitik in Preußen, Bd. 3, Berlin 1879 (ND: 1971).
- Poschinger, Heinrich von* (Hrsg.), Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck, Bd. 1, Berlin 1890.
- Poschinger, Heinrich von* (Hrsg.), Die Ansprachen des Fürsten Bismarck 1848–1894, Stuttgart etc. 1895.
- Poschinger, Margaretha von*, Kaiser Friedrich, Bd. 1, Berlin 1899.

- Preußischer Staats-Kalender* → Staats-Kalender.
- Promnitz, Kurt*, Bismarcks Eintritt in das Ministerium, Berlin 1908 (Historische Studien, 60).
- Die Protokolle des österreichischen Ministerrates 1848–1867*, hrsg. v. Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Institut, VI. Abt.: Das Ministerium Belcredi, Bd. 1: 29. Juli 1865–26. März 1866, bearb. v. Horst Brettner-Messler, Wien 1971; Bd. 2: 8. April 1866–6. Februar 1867, bearb. v. Horst Brettner-Messler (1973).
- Pyta, Wolfram*, Liberale Regierungspolitik im Preußen der „Neuen Ära“ vor dem Heereskonflikt: Die preußische Grundsteuerreform von 1861, in: FBPG, N.F. 2 (1992), S. 179–247.
- Quellen zur deutschen Politik Österreichs* → Srbik (Hrsg.).
- Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914*, I. Abt., Bd. 1: Grundfragen staatlicher Sozialpolitik. Die Diskussion der Arbeiterfrage auf Regierungsseite vom preußischen Verfassungskonflikt bis zur Reichstagswahl von 1881, bearb. v. Florian Tennstedt u. Heidi Winter, Stuttgart etc. 1994.
- Rahne, Hermann*, Mobilmachung. Militärische Mobilmachungsplanung und -technik in Preußen und im Deutschen Reich von Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Zweiten Weltkrieg, Berlin 1983.
- Rautenberg, Hans-Werner*, Der polnische Aufstand von 1863 und die europäische Politik. Im Spiegel der deutschen Diplomatie und der öffentlichen Meinung, Wiesbaden 1979 (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, 10).
- Real, Willy* (Hrsg.) → Karl Friedrich von Savigny.
- Reichle, Walter*, Zwischen Staat und Kirche. Das Leben und Wirken des preußischen Kultusministers Heinrich v. Mühlner, Berlin 1938.
- Rejewski, Harro-Jürgen*, Die Pflicht zur politischen Treue im preußischen Beamtenrecht (1850–1918). Eine rechtshistorische Untersuchung anhand von Ministerialakten aus dem Geheimen Staatsarchiv der Stiftung Preußischer Kulturbesitz, Berlin 1973 (Schriften zur Rechtsgeschichte, H. 4).
- Rietdorf, Fritz*, Das Preußische Staatsministerium im Wandel der preußischen Verfassungsgeschichte, Göttingen 1939.
- Ringhoffer, Karl* (Hrsg.), Im Kampfe für Preußens Ehre. Aus dem Nachlaß des Grafen Albrecht v. Bernstorff, Berlin 1906.
- Ritter, Gerhard*, Die preußischen Konservativen und Bismarcks deutsche Politik 1858 bis 1876, Heidelberg 1913 (Heidelberger Abhandlungen, 43).
- Ritter, Gerhard*, Die Entstehung der Indemnitätsvorlage von 1866, in: HZ, 114 (1915), S. 17–64.
- Ritter, Gerhard*, Staatskunst und Kriegshandwerk. Das Problem des „Militarismus“ in Deutschland, Bd. 1: Die altpreußische Tradition (1740–1890), München 1954.
- Röhl, John C. G.*, Kriegsgefahr und Gasteiner Konvention. Bismarck, Eulenburg und die Vertagung des preußisch-österreichischen Krieges im Sommer 1865, in: Geiss, Immanuel u. Wendt, Bernd Jürgen (Hrsg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts. Festschrift für Fritz Fischer zum 65. Geburtstag, Düsseldorf 1973, S. 89–103.
- Rönne, Ludwig von*, Das Staats-Recht der Preußischen Monarchie, Bde. 1/1–2 u. 2/1–2, 3. Aufl., Leipzig 1869–72.
- Roon*: Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generalfeldmarschalls Kriegsministers Grafen von Roon, Bde. 1–2, 5. Aufl., Berlin 1905.
- Roon*: Kriegsminister von Roon als Redner. Politisch und militärisch erläutert v. Waldemar Graf Roon, 2 Bde., Breslau 1895–96.
- Roon*: Briefwechsel zwischen dem Kriegsminister Grafen von Roon und Clemens Theodor Perthes aus den Jahren 1864 bis 1867, hrsg. v. Otto Perthes, Breslau 1896.

- Rumpler, Helmut*, Das „Allgemeine Deutsche Handelsgesetzbuch“ als Element der Bundesreform im Vorfeld der Krise von 1866, in: Ders. (Hrsg.), *Deutscher Bund und deutsche Frage 1815–1866. Europäische Ordnung, deutsche Politik und gesellschaftlicher Wandel im Zeitalter der bürgerlich-nationalen Emanzipation*, Wien, München 1990, S. 215–234.
- Salewski, Michael*, Die Preussische Expedition nach Japan (1859–1861), in: *Revue Internationale d’Histoire Militaire*, 70 (1988), S. 39–57.
- Salomon, Felix* [Hrsg.], *Die deutschen Parteiprogramme*, H. 1, Leipzig etc. 1907.
- Sandiford, Keith A.P.*, *Great Britain and the Schleswig-Holstein Question 1848–64*, Toronto, Buffalo 1975.
- Savigny* → Karl Friedrich von Savigny.
- Schier, Rolf*, *Standesherrn. Zur Auflösung der Adelsherrschaft in Deutschland (1815–1918)*, Heidelberg, Karlsruhe 1978 (Studien und Quellen zur Geschichte des deutschen Verfassungsrechts, R. A: Studien, Bd. 11).
- Schlumbohm, Jürgen* (Hrsg.), *Der Verfassungskonflikt in Preußen 1862–1866*, Göttingen 1970 (Historische Texte/Neuzeit, 10).
- Schmidt-Bückeberg, Rudolf*, *Das Militärkabinett der preußischen Könige und deutschen Kaiser. Seine geschichtliche Entwicklung und staatsrechtliche Stellung 1787–1918*, Berlin 1933.
- Schmökel, Hermann*, *Die Entstehung des Ober-Rechnungskammer-Gesetzes vom 27. März 1872 und das preußische Budgetrecht*, Berlin 1932 (Historische Studien, 212).
- Schneider, Hans*, *Der preußische Staatsrat 1817–1918. Ein Beitrag zur Verfassungs- und Rechtsgeschichte Preußens*, München, Berlin 1952.
- Schubert, Werner*, *Zur Entstehung der Genossenschaftsgesetze Preußens und des Norddeutschen Bundes (1863–1868)*, in: *ZRG, Germ. Abt.*, 105 (1988), S. 97–121.
- Schulthess, H.* (Hrsg.), *Europäischer Geschichtskalender*, Jg. 1–7 (1860–1866), Nördlingen 1861–1867.
- Schultze, Johannes* (Bearb.), *Kaiser Wilhelms I. Weimarer Briefe*, hrsg. vom Kaiser-Wilhelm-Institut für deutsche Geschichte, Bd. 2, Berlin, Leipzig 1924.
- Schultze, Johannes* (Bearb.), *Kaiser Wilhelms I. Briefe an Politiker und Staatsmänner*, hrsg. vom Kaiser-Wilhelm-Institut für deutsche Geschichte, Bd. 2: 1854–1869, Berlin, Leipzig 1931.
- Schultze, Johannes* (Hrsg.), *Max Duncker. Politischer Briefwechsel aus seinem Nachlaß*, Stuttgart, Berlin 1923 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts, 12).
- Schulze, Hagen*, *Preußen von 1850 bis 1871. Verfassungsstaat und Reichsgründung*, in: *Büsch, Otto* (Hrsg.), *Handbuch der Preußischen Geschichte*, Bd. 2: *Das 19. Jahrhundert und Große Themen der Geschichte Preußens*, Berlin 1992, S. 293–374.
- Seier, Hellmut* (Hrsg.), *Akten und Dokumente zur kurhessischen Parlaments- und Verfassungsgeschichte 1848–1866*, Marburg 1987 (Vorgeschichte und Geschichte des Parlamentarismus in Hessen, 4).
- Senner, Martin*, *Preußens Strategie und Politik im Krimkrieg und im italienischen Krieg*, in: *Gehler, Michael u.a.* (Hrsg.), *Ungleiche Partner? Österreich und Deutschland in ihrer gegenseitigen Wahrnehmung. Historische Analysen und Vergleiche aus dem 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1996, S. 173–200.
- Siebente Sammlung von Aktenstücken betreffend die Verfassungsverhältnisse der Herzogtümer Holstein und Lauenburg* [Ms.-Druck für dän. Reichsrat], Kopenhagen 1864.
- Siemann, Wolfram*, „Deutschlands Ruhe, Sicherheit und Ordnung.“ *Die Anfänge der politischen Polizei 1806–1866*, Tübingen 1985 (Studien und Texte zur Sozialgeschichte der Literatur, 14).
- Siemann, Wolfram* (Hrsg.), *Der ‘Polizeiverein’ deutscher Staaten. Eine Dokumentation zur Überwachung der Öffentlichkeit nach der Revolution von 1848/49*, Tübingen 1983.
- Sösemann, Bernd*, *Publizistik in staatlicher Regie. Die Presse- und Informationspolitik der Bismarck-Ära*, in: *Kunisch, Johannes* (Hrsg.), *Bismarck und seine Zeit*, Berlin 1992, S. 281–308.



- Spenkuch, Hartwin*, Das Preußische Herrenhaus. Adel und Bürgertum in der Ersten Kammer des Landtages 1854–1918, Düsseldorf 1998 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 110).
- Srbik, Heinrich Ritter von*, Deutsche Einheit. Idee und Wirklichkeit vom Heiligen Reich bis Königgrätz, Bd. 2, München 1935; Bd. 3–4 (1942).
- Srbik, Heinrich Ritter von* (Hrsg.), Quellen zur deutschen Politik Österreichs 1859–1866, Bde. 1–5/2: 1859–1866, Oldenburg i. O., Berlin 1934–38 (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts, 29–34).
- Das *Staatsarchiv* → Aegidi/Klauhold (Hrsg.).
- Staatskalender*: Königlich Preußischer Staats-Kalender für das Jahr ... (1858–1865), Berlin [o. J.].
- Stadelmann, Rudolf*, Das Jahr 1865 und das Problem von Bismarcks deutscher Politik, München, Berlin 1933.
- Stahr, Gerhard* (Bearb.), Eisenbahnen in Preußen 1838–1920. Entwicklung des Streckennetzes. Erläuterungstext, Berlin 1995 (Publikationen der Historischen Kommission zu Berlin: Kartenwerk zur Preußischen Geschichte, 4).
- Steeffel, Lawrence D.*, The Schleswig-Holstein-Question, Cambridge, London 1932.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen ...* Haus der Abgeordneten; Sammlung sämtlicher Drucksachen des Hauses der Abgeordneten ...; Sessionen 1858/59–1866/67, Bde. 106 bis 205, Berlin 1859–67.
- Stenographische Berichte über die Verhandlungen ...* Herrenhaus; Sammlung sämtlicher Drucksachen des Herrenhauses ...; Sessionen 1858/59–1866/67, Bd. 67–114, Berlin 1859–67.
- Stern, Alfred*, Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871, Bd. 9–10, Stuttgart, Berlin 1923–24.
- Stern, Fritz*, Gold und Eisen. Bismarck und sein Bankier Bleichröder, Frankfurt/M. etc. 1977.
- Sternfeld, R.*, Der Preußische Kronrat vom 2./3. Jan. 1864, in: HZ, 131 (1925), S. 72–80.
- Stolberg-Wernigerode, Otto Graf von*, Robert Heinrich Graf von der Goltz. Botschafter in Paris 1863–1869, Berlin, Leipzig 1941.
- Streng, Barbara*, Juden im preußischen Justizdienst 1812–1918. Der Zugang zu den juristischen Berufen als Indikator der gesellschaftlichen Emanzipation, München etc. 1996 (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 81).
- Tennstedt, Florian* u. Winter, Heidi (Bearb.) → Quellensammlung zur Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1867 bis 1914, I. Abt.
- Teuteberg, Hans-Jürgen* u. Oelke, Matthias, Politische, militärische und wirtschaftliche Überlegungen über eine neue Nord-Ostsee-Verbindung zwischen der Revolution von 1848 und der Gründung des Norddeutschen Bundes 1868, in: Lagoni, Rainer, Hellmuth Seidenfus u. Hans-Jürgen Teuteberg (Hrsg.), Nord-Ostsee-Kanal 1895–1995. Festschrift, Neumünster 1995, S. 51–85.
- Toury, Jacob*, Soziale und politische Geschichte der Juden in Deutschland 1847–1871. Zwischen Revolution, Reaktion und Emanzipation, Düsseldorf 1977 (Schriftenreihe des Instituts für Deutsche Geschichte Univ. Tel Aviv, 2).
- Treue, Wilhelm*, Wollte König Wilhelm I. 1862 zurücktreten?, in: FBPG, 51 (1939), S. 275–310.
- Treue, Wilhelm*, Die Finanzierung der Kriege 1864–1871 durch die deutschen Länder, in: VSWG, 75 (1988), S. 1–14.
- Triepel, Heinrich*, Zur Vorgeschichte der Norddeutschen Bundesverfassung, in: Festschrift Otto Gierke zum Siebzigsten Geburtstag, Weimar 1911, S. 589–644.
- Varnhagen von Ense* → Assing, Ludmilla (Hrsg.), Aus dem Nachlaß Varnhagens von Ense.
- Via Regia*. Preußens Weg zur Krone. Ausstellung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz [Katalog bearb. v. I. Gundermann], Berlin 1998.
- Voigt, Johannes H.*, Englands Außenpolitik während des deutsch-dänischen Konflikts 1862–1864, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, 89 (1964), S. 61–194.

*Volkmann, Heinrich*, Die Arbeiterfrage im preußischen Abgeordnetenhaus 1848–1869, Berlin 1968 (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 13).

Der *Weg zur Reichsgründung* → Fenske, Hans (Hrsg.).

*Westphalen, Ludger Graf von*, Aus dem Leben des Grafen Clemes A. von Westphalen zu Fürstenberg (1805–1885), 2. Aufl., Münster 1982.

Im *Widerstreit um die Reichsgründung* → Engelberg, Ernst (Hrsg.).

*Wilhelm I.*: → Die Krönung Ihrer Majestäten des Königs Wilhelm und der Königin Augusta.

*Wilhelm I.*: → Militärische Schriften.

*Wilhelm I.*: → Berner (Hrsg.), Schultze (Bearb.).

*Wilmowski, G[ustav] von*, Beiträge zum Pommerschen Lehnrecht, Berlin 1870.

*Winkler, Heinrich August*, Preußischer Liberalismus und deutscher Nationalstaat. Studien zur Geschichte der Deutschen Fortschrittspartei 1861–1866, Tübingen 1964.

*Zechlin, Egmont*, Bismarck und die Grundlegung der deutschen Großmacht [1930], 2. Aufl., Stuttgart 1960.

*Zehn Jahre innerer Politik* → Eulenburg.

*Zingeler, K. Th.*, Karl Anton Fürst von Hohenzollern. Ein Lebensbild nach seinen hinterlassenen Papieren, Stuttgart, Leipzig 1911.

*Zwei Jahre Preußisch-Deutscher Politik 1866–1867*, hrsg. v. Ludwig Hahn, Berlin 1868.